Texte und Materialien zur Zeitgeschichte

Texte und Materialien zur Zeitgeschichte

Band 15

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Redaktion: Hartmut Mehringer und Udo Wengst

Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945-1949

Ziele, Methoden, Ergebnisse
Dokumente aus russischen Archiven

Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

herausgegeben von
Horst Möller (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) und
Alexandr O. Tschubarjan (Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften Moskau)

in Zusammenarbeit mit
Wladimir P. Koslow (Föderale Archivagentur Rußlands),
Sergei W. Mironenko (Staatsarchiv der Russischen Föderation) und
Hartmut Weber (Bundesarchiv)

Verantwortliche Bearbeiter:
Jan Foitzik, Natalja P. Timofejewa

K · G · Saur München 2005

Bearbeiter:
Juri M. Korschunow, Christiane Künzel, Dina N. Nochotowitsch,
Julia G. Orlowa und Jens Rosch

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.ddb.de abrufbar.

⊗

Gedruckt auf säurefreiem Papier

© 2005 by K. G. Saur Verlag GmbH, München

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. All Rights Strictly Reserved.

Jede Art der Vervielfältigung ohne Erlaubnis des Verlags ist unzulässig

Satz: Dr. Rainer Ostermann, München

Druck/Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

ISBN 3-598-11733-7

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis 7

Natalja P. Timofejewa: Deutschland zwischen Vergangenheit und Zukunft: Die Politik der SMAD auf dem Gebiet von Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945–1949. Einleitung 9

Jan Foitzik: Weder „Freiheit" noch „Einheit": Methoden und Resultate der kulturpolitischen Umorientierung in der sowjetischen Besatzungszone. Einleitung 31

Editorische Vorbemerkungen 59

Dokumentenverzeichnis 67

Dokumente
I. Abschnitt: Kontrolle und Lenkung 79
II. Abschnitt: Bildung und Wissenschaft 225
III. Abschnitt: Kulturpropaganda 341

Ausgewertete Archivbestände 443

Auswahlbibliographie 445

Zeittafel zur Kulturpolitik der SMAD 451

Namensregister 458

Ortsregister 466

Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	Akademie der Wissenschaften
AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
AWP RF	Archiw wneschnei politiki Rossiskoi Federazii, d.i. Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau
BArch	Bundesarchiv
Bl.	Blatt
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-AG
DFB	Demokratischer Frauenbund Berlin
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission in der Sowjetisch Besetzten Zone (Deutschlands)
Ebd.	ebenda
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GARF	Gossudarstwenny archiw Rossiskoi Federazii, d.i. Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau
GlawPUR	Glawnoje Polititscheskoe Uprawlenije, d.i. Politische Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee bzw. bis 1946 der Roten Arbeiter- und Bauernarmee
GSOWG	Gruppa Sowetskich okkupazionnych woisk w Germanii, d.i. Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LDP/LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MGB	Ministerstwo/Ministr gossudarstwennoi besopasnosti, d.i. Ministerium/Minister für Staatssicherheit [der UdSSR] (ab 1946, vorher NKGB)
MWD	Ministerstwo/Ministr wnutrennych del, d.i. Ministerium/Minister für Inneres [der UdSSR] (ab 1946, vorher NKWD)
MID	Ministerstwo innostrannych del, d.i. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten [der UdSSR]
NKWD	Narodny komissariat/Komissar wnutrennych del, d.i. Volkskommissariat/Volkskommissar für Inneres [der UdSSR] (bis 1946, danach MWD)

NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Deutschlands
ONO	Otdel/Otdelenie Narodnowo Obrasowanja, d.i. Abteilung/Unterabteilung für Volksbildung [der SMAD]
PV	Parteivorstand
RGASPI	Rossiski Gossudarstwenny Archiw sozialno-polititscheskoi istorii, d.i. Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte, Moskau
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAG	Sowjetische bzw. Staatliche Aktiengesellschaft
SAPMO BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetisch Besetzte Zone [in Deutschland]
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland
SMA/SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SNB	Sowjetisches Nachrichtenbüro
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSSR	Sojus Sowjetskich Sozialistitscheskich Respublik, d.i. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SWA/SWAG	Sowetskaja Wojennaja Administrazija w Germanii, d.i. Sowjetische Militäradministration in Deutschland
TASS	Telegrafnoje Agenstwo Sowetskowo Sojusa, d.i. Presseagentur der Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
USWA	Uprawlenije Sowetskoi Wojennoi Administrazii, d.i. Verwaltung der Sowjetische Militäradministration
UWK	Uprawlenie Wojennowo Kommendanta (goroda Berlin), d.i. Verwaltung des Militärkommandanten (von Berlin, sowjetischer Sektor)
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes
WKP(B)	Wsessojusnaja Kommunistitscheskaja Partija (bolschewiki), d.i. All-Unions-Kommunistische Partei (Bolschewiki), ab 1952 KPdSU
WOKS	Wsesojusnoe Obschtschestwo Kulturnych Swjasei s Sagranizei, d.i All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland
ZAMO RF	Zentralny archiw Ministerstwa oborony Rossiskoi Federazii, d.i. Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation
ZK	Zentralkomitee
ZS	Zentralsekretariat

Deutschland zwischen Vergangenheit und Zukunft: Die Politik der SMAD auf dem Gebiet von Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945–1949. Einleitung

Natalja P. Timofejewa

Im Frühjahr 1945 war in Europa der Krieg zu Ende gegangen. Der Preis des Sieges über den deutschen Faschismus war überaus hoch. Die Rote Armee brachte nach Deutschland den Schmerz um die Verluste und den Haß auf die Deutschen mit, deren Überfall im Sommer 1941 das Leben der sowjetischen Menschen jäh verändert hatte.

Den Aufenthalt der sowjetischen Soldaten und Offiziere in Deutschland nach 1945 kann man nicht loslösen von den Erfahrungen des Krieges in der UdSSR von 1941 bis 1945.[1] Die Soldaten, die bis nach Berlin gekommen waren, freuten sich über den Sieg, waren aber auch müde und wünschten sich vor allem, bald nach Hause zurückzukehren. Der Befehl, in der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zu bleiben, verzögerte die Rückkehr in die Heimat auf unbestimmte Zeit. Die Soldaten und Offiziere sollten im Land des niedergeworfenen Feindes leben und wirken, unter Menschen, die ihnen fremd waren und fern standen.[2] Erst allmählich, erst in der individuellen Erfahrung des Umgangs mit der deutschen Bevölkerung zeigten sich für die Sowjetbürger auf Seiten der Deutschen konkrete menschliche Schicksale, die ihr Leben vertrauter und verständlicher machten. Im Bewußtsein der Rotarmisten begann gewissermaßen ein Prozeß der Vermenschlichung des bisherigen Feindes, an dem Rache zu üben die sowjetische Propaganda bis zum April 1945 aufgerufen hatte.[3]

Dieser Prozeß vollzog sich allerdings auch bei den Deutschen. Die durch die nazistische Propaganda eingeschüchterte deutsche Bevölkerung dachte 1944/45 mit Schrecken an die Begegnung mit den „russischen Barbaren". Verschärft wurde die Situation durch Erzählungen der Flüchtlinge, die 1944/Anfang 1945 den vordringenden Feind erlebt hatten.[4] Die Bevölkerung

---

1 Der Oberstleutnant der Reserve, Soldat der 4. Panzerarmee W. P. Adonjew zog viele Jahre später folgenden Vergleich: „Ich erinnere mich, wir befreiten eines unserer Dörfer – dort stand alles in Flammen, und es war da ein Galgen, an dem Galgen hing eine Frau und ein Kind, ein Säugling, das Kind war wie ein Fisch aufgehängt worden, durch die Lippen hatten sie ihm eine Schnur gezogen. [...] Ich erinnere mich nicht, wie dieser Deutsche in SS-Uniform übriggeblieben war. Wir kletterten aus dem Panzer und schlugen auf ihn ein, weil wir das alles gesehen hatten. [...] Was hatten sie getan?! [...] Wir töteten ihn so, mit den Fäusten. Warum waren ihnen Frauen und Kinder im Wege?! Was sind das für Soldaten? Und dann, als wir die Grenze überschritten, gab es einen Befehl Stalins, die deutsche Zivilbevölkerung nicht anzurühren. Das wurde streng geahndet. [...] Dabei waren unter uns viele, von denen sie die ganze Familie umgebracht hatten." Erinnerungen von W. P. Adonjew, in: Archiv der Autorin.

2 Vgl. Scherstjanoi, Elke: Germanija i nemzy w pismach krasnoarmeizew wesnoi 1945, in: Nowaja i noweischaja istorija, Nr. 2/2002, S. 137-151.

3 Aus den Erinnerungen von N. W. Smirnow, Oberst der Reserve, Veteran der 19. Schützendivision, in: Archiv der Autorin: „Die Kadaver Tausender weißer Kühe lagen umher, ganze Berge [...]. In meiner Mannschaft war der Kanonier Sorokin, 49 Jahre alt. Er sagte: ‚Alle Deutschen werde ich töten, einen nach dem andern, dafür, daß sie die Unseren getötet haben.' Als wir nach Deutschland kamen, fragte ich ihn: ‚Na, was ist, Du tötest nicht?' Er antwortete: ‚Ich habe etwas Dummes gesagt. Die Zivilisten sind nicht schuld.'"

4 So heißt es in einem von Generalmajor M. Burzew, Leiter der 7. Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, unterzeichneten Bericht aus Ostpreußen: „In den ersten Tagen des Vordringens unserer Soldaten auf das Territorium Deutschlands ergriff die von der faschistischen Lügenpropaganda eingeschüchterte

des Landes, das kapituliert hatte, erwartete Vergeltung, während jede Hoffnung auf Gnade des Siegers aus dem Osten ausgeschlossen schien. Dabei waren die Erfahrungen, die man bis zum Sommer 1945 gesammelt hatte, sehr unterschiedlich, sie führten bei den Deutschen zu einem distanziert-vorsichtigen Verhalten zu den Militärs, was nicht ausschloß, daß man mit Vertretern der sowjetischen Besatzungstruppen persönliche oder geschäftliche Beziehungen aufnahm.[5]

Der Führung der UdSSR war klar, daß Sofortmaßnahmen zur Aufnahme von Kontakten mit der deutschen Bevölkerung ergriffen werden mußten. Der erste Schritt in diese Richtung wurde bereits im Mai 1945 getan, und zwar mit der Festsetzung eines Verpflegungssatzes und der Ausgabe von Lebensmitteln an die Einwohner Berlins. Das trug zu einer Veränderung der Stimmung in der Stadt bei und erleichterte den Beginn des Zusammenwirkens der Sowjetarmee mit der Bevölkerung der deutschen Hauptstadt.[6] Indem sie das Problem der Lebensmittelversorgung Berlins lösten, gaben die sowjetischen Truppen den Deutschen auch Auskunft über ihr Verhältnis zur Bevölkerung des einstigen Gegners.

Da das Zusammenwirken mit der Besatzungsmacht für die ostdeutsche Bevölkerung unvermeidlich war, beobachtete man „die Russen" mit gespannter Aufmerksamkeit. Das Fehlen einer gemeinsamen Sprache erhöhte dabei die Bedeutung äußerer Faktoren. So riefen die schlechte Bekleidung der sowjetischen Soldaten sowie Fälle von vorschriftswidrigem Verhalten bei den Deutschen unangenehme Empfindungen hervor.[7] Ein deutscher Informant mit dem Decknamen „Antifaschist" schlug der sowjetischen Truppenführung nicht ohne Grund vor, Maßnahmen zur Festigung der Disziplin in der Truppe zu ergreifen.[8] Neben der Wiederherstellung normaler Lebensumstände war es unter diesen Bedingungen wichtig, den aufklärerischen Charakter der sowjetischen Besatzungspolitik hervorzuheben.[9]

---

deutsche Bevölkerung panikartig die Flucht oder saß in tiefen Kellern und getraute sich nicht auf die Straße. Allmählich wurde die Angst von vorsichtigem Abwarten abgelöst, doch die Überzeugung vom baldigen Untergang oder von der Verbannung nach Sibirien blieb bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung das Hauptmotiv in den Stimmungen. Es wurden zahlreiche Fälle von Selbstmord einzelner Personen oder von Gruppen verzeichnet, begangen aus Furcht vor der Roten Armee". In: RGASPI 17/125/320, Bl. 37. Vgl. auch Naimark, Norman N.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

5 „Eine Gruppe von Militärangehörigen kaufte in einem Geschäft drei Büchsen Leim und zwei Pinsel. Der Verkäufer stellte eine Rechnung über 4,20 Mark aus. Die Militärangehörigen zahlten 10 Mark und weigerten sich, das Wechselgeld zu nehmen. Diese Militärangehörigen schickten zwei Stunden später einen ihrer Genossen, das Gleiche noch einmal einzukaufen. Der Verkäufer stellte nun eine Rechnung über 100,00 Mark aus." Vgl. Zentralnaja swodka Nr. 69, in: RGASPI 17/125/321, Bl. 42.

6 „Die große Masse der Bevölkerung verhält sich loyal zu den Maßnahmen der sowjetischen Regierung zur Ingangsetzung eines normalen Lebens. Gern werden in der Stadt alle Maßnahmen ausgeführt, die mit Arbeitsaufwand verbunden sind." Vgl. O polititscheskom nastrojenii g. Berlina w swjasi s nowymi normami pitanija, in: RGASPI 17/125/321, Bl. 20.

7 „Unsere sowjetischen Soldaten und Kraftfahrer sind furchtbar schlecht bekleidet. Einen schlimmeren Anblick, der unsere Rote Armee noch mehr kompromittieren könnte, kann man sich schwerlich denken. Sie sind schmutzig, abgerissen, kunterbunt bekleidet. Im Vergleich zu den Briten und Amerikanern sehen sie aus wie Landstreicher." Zit. nach: Petschatnow, W. O.: „Strelba cholostymi". Sowetskaja propaganda na Sapad w natschale cholodnoi woiny (1945-1947), in: Stalinskoje desjatiletije cholodnoi woiny. Fakty i gipotesy, Moskwa 1999, S. 131. Vgl. auch Dokladnaja sapiska natschalniku 7owo otdela Polituprawlenija 1owo Belorusskowo fronta polkowniku Melnikowu/6.7.1945, in: ZAMO RF GSOWG/348092s/1, Bl. 179-180, und Drabkin, Jakow: O Kopelewe w schisni i twortschestwe/Lew Kopelew i ewo „Wuppertalski proekt", pod red. J. Drabkina, Moskwa 2002, S. 40.

8 Vgl. Politdonessenije S. I. Tjulpanowu, in: ZAMO RF 233/2374/170, Bl. 832.

9 Nicht zufällig gab der Politische Berater W. S. Semjonow dem Obersten Chef der SMAD G. K. Schukow nach einem Besuch in Weimar folgende Empfehlung: „Angesichts des Weltruhms von Goethe und Schiller und der politischen Bedeutung der Tatsache, daß die sowjetische Besatzungsmacht das Andenken großer deutscher Schriftsteller ehrt, halten wir es für notwendig, Tschuikow die Weisung zu erteilen, daß das Goethe-Haus auf Kosten der sowjetischen Verwaltung kurzfristig zu restaurieren ist, um es danach den städtischen Behörden zu übergeben." Vgl. AWP RF, fond Sekretariat Wyschinskowo/10/18/236, Bl. 37.

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)[10] unterstützte jede Initiative, die auf die Wiederbelebung des kulturellen Lebens in ihrer Besatzungszone gerichtet war. Sie war bestrebt, die Bevölkerung aus ihrer Apathie herauszureißen.[11] Ein amerikanischer Berichterstatter hob im Sommer 1945 die Durchdachtheit der SMAD-Politik gegenüber der schöpferischen Intelligenz hervor und stellte fest, daß gerade deshalb das Personal der zentralen Berliner Kultureinrichtungen „eher zur Mitarbeit bereit und viel weniger unterwürfig ist, weniger dienert, schmeichelt und zu gefallen sucht, als beispielsweise unsere Münchner Klienten".[12]

Die SMAD ließ sich in ihrer Tätigkeit von der kommunistischen Konzeption einer Wiedergeburt Deutschlands leiten, die 1944/45 in Moskau erarbeitet worden war. Die Umsetzung dieser Konzeption im Bereich von Kultur, Wissenschaft und Bildung sollte einhergehen mit der Überwindung des geistigen Erbes des Nationalsozialismus sowie mit der Verbreitung einer kommunistischen Subkultur und ihres Wertsystems. Eine Evolution des gesellschaftlichen Bewußtseins in diesem Sinne war auch Voraussetzung dafür, daß die sowjetische Besatzungszone zur Einflußsphäre der UdSSR werden konnte. Eine besondere Rolle bei der geplanten Umerziehung des deutschen Volkes sollte nach dem Willen der SMAD die deutsche Intelligenz spielen.[13] Um die Mitarbeit des politisch aktiven Teils der deutschen antifaschistischen Intelligenz sicherzustellen, schuf die sowjetische Besatzungsmacht eine Art Datenbank, mit deren Hilfe die Einflußnahme auf diesen Teil der Intelligenz effektiver gestaltet werden sollte. Sorgfältig registriert und studiert wurden Äußerungen deutscher Intellektueller zu außenpolitischen Aktionen der UdSSR und ihrer einstigen Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition, Stellungnahmen zu einzelnen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht, aber auch Reaktionen auf sowjetische Kunst.[14]

Die Arbeit mit den deutschen Berichterstattern (Auswahl der Informationen, Prüfung der übergebenen Nachrichten)[15] zwang die Leitung dazu, die in der Sowjetischen Militäradministration tätigen Offiziere zum Erlernen der deutschen Sprache anzuhalten, womit sie aber keinen großen Erfolg hatte.[16] Die meisten Offiziere der mittleren Ebene zeigten kein Interesse, die Sprache des einstigen Gegners zu erlernen, denn sie erwarteten mit Ungeduld die Rückkehr in die Heimat. Andererseits hatte der Krieg den sowjetischen Menschen das Fenster zur Welt geöffnet, und viele Offiziere waren durchaus dazu bereit, sich in Ostdeutschland zu engagieren, das ihnen als Zone „subjektiver Allmacht"[17] erschien. In Übereinstimmung mit den Verpflich-

---

10 Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland war am 9. Juni 1945 geschaffen worden. Ausführlicher zur SMAD vgl. Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999.

11 Ende 1945 gab es in der sowjetischen Besatzungszone 104 Theater, 1.263 Kinos und 167 Varietés. Das Berliner Funkhaus sendete unter Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht 19 Stunden am Tag. In Ostdeutschland erschienen 22 Zeitungen, und es gab sieben Verlage. Vgl. Semirjaga, Michail Iwanowitsch: Kak my uprawljali Germaniei, Moskwa 1995, S. 216.

12 Chamberlain, Brewster S. (Hg.): Kultur auf Trümmern. Berliner Berichte der amerikanischen Information Control Section, Juli-Dezember 1945, Stuttgart 1979, S. 35.

13 Zur „Intelligenz" rechnete man die Lehrerschaft („vom Dorfschullehrer bis zum Hochschulprofessor"), die Geistlichen und jene Kulturschaffenden, die in Literatur und Theater, beim Film, im Rundfunk und in der Presse tätig waren, d. h. alle, die einen besonderen Einfluß auf die öffentliche Meinung hatten. Vgl. Hader, R.: Zum Anteil J. R. Bechers an der Herausbildung einer Konzeption zur politisch-moralischen Vernichtung des Faschismus, in: Weimarer Beiträge, Nr. 5/1985/Jg. 31, S. 724-725; sowie Jarmatz, Klaus/Barck, Simone/Diezel, Peter: Exil in der UdSSR, Leipzig 1979.

14 Vgl. S. I. Tjulpanowu o rabote srelischtschnych predprijati Tjuringii, in: GARF 7184/1/159, Bl. 21-32.

15 Als Berichterstatter agierten beispielsweise deutsche Antifaschisten, die aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern zurückgekommen waren. Vgl. Politdonessenije S. I. Tjulpanowu, in: ZAMO RF 233/2374/170, Bl. 832.

16 Vgl. Prikasanije Sowetskoi wojennoi administrazii Federalnoi semli Saxonija, in: GARF 7212/1/17, Bl. 4. Die Einstellung der sowjetischen Offiziere zum Erlernen der deutschen Sprache hatte sich auch nach zwei Jahren nicht verändert. Vgl. GARF 7212/1/19, Bl. 76-77.

17 Subkowa, Jelena J.: Obschtschestwo i reformy 1945-1964, Moskwa 1993, S. 35.

tungen der UdSSR, die wie die anderen Siegermächte die Verantwortung für die demokratische Umgestaltung Deutschlands, also auch für dessen Zukunft, übernommen hatte, waren sie entschlossen, ihre militärische Pflicht zu erfüllen, setzten sich selbstlos ein und organisierten das friedliche Leben des besiegten Landes. Militärs mit überdurchschnittlicher Schulbildung und Kenntnis der deutschen Sprache waren aufnahmebereit für die Erfahrungen einer anderen Kultur. Ihr wachsendes Interesse erleichterte es wiederum, Kontakte zu den Deutschen herzustellen. Gleichzeitig bestärkte der Sieg über den Faschismus, der ja auch Hoffnungen auf eine Erneuerung der Sowjetordnung aufkommen ließ, diese Offiziere in der Überzeugung von der Überlegenheit des sowjetischen Entwicklungsmodells. So wurde die Ähnlichkeit mit dem, was man vom eigenen Land her kannte, was man dort gesehen hatte, automatisch zum Qualitätskriterium für die in Deutschland vor sich gehenden Umgestaltungen.

Da die programmatischen Vorgaben aus Moskau nicht mit einem detaillierten Plan zu ihrer Umsetzung versehen waren, hing vieles von den konkreten Umständen sowie von der Intuition der Menschen ab, die die Beschlüsse mit Leben zu erfüllen hatten. Dabei waren die meisten Offiziere der SMAD zum ersten Mal im Ausland und viele kannten die Sprache und Kultur des Landes, in dem sie zu wirken hatten, nicht. Und nach alldem, was sie in den Kriegsjahren erlebt hatten und was noch lange Zeit die Einstellung der sowjetischen Menschen zu den Deutschen bestimmen sollte, waren längst nicht alle dazu bereit, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Seit dem Überschreiten der Staatsgrenze der UdSSR in Ostpreußen leisteten die politischen Organe der sowjetischen Armee den Hauptteil der Arbeit mit der deutschen Bevölkerung.[18] Den Deutschen wurden die Ziele des Aufenthalts der Roten Armee auf dem Territorium Deutschlands erläutert. Man berichtete über die Sowjetunion sowie über die Greueltaten der nazistischen Okkupanten in der UdSSR und die von ihnen angerichteten Zerstörungen. Diese Arbeit mit der Bevölkerung wurde auch von deutschen Antifaschisten geleistet, vor allem von Kommunisten. Nach den Absichten der sowjetischen Führung sollten sie die Schuld des NS-Regimes am Krieg und an der Katastrophe des deutschen Volkes entlarven, sollten sie ihre Landsleute davon überzeugen, daß sie ihre Mitverantwortung für die Verbrechen des Faschismus anerkennen und die Notwendigkeit einsehen, die Folgen der nazistischen Herrschaft zu überwinden und Deutschland zu demokratisieren.[19] Nach dem Krieg wirkten die deutschen Antifaschisten in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Ostdeutschlands, die unter Kontrolle der Besatzungsmacht standen.[20] Doch nicht einmal die deutschen Kommunisten, auch nicht diejenigen, die aus der Emigration in der UdSSR nach Deutschland zurückgekehrt waren, konnten bei den sowjetischen Militärs volles Vertrauen erlangen. Die Deutschen wurden aufgefordert, „um das Vertrauen der russischen Behörden zu ringen".[21]

---

18 Zuständig dafür war die 7. Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, deren Leiter Michail Burzew war. Seit Herbst 1945 gab es bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland eine Verwaltung für Propaganda, der S. I. Tjulpanow vorstand.

19 Vgl. SWAG: Uprawlenije propagandy (informazii) i S. I. Tjulpanow. 1945-1949. Sbornik dokumentow. Pod. red. Bernda Bonwetscha, Gennadija Bordjugowa i Normana Naimarka, Moskwa 1994, S. 22-23.

20 Am 10. Juni 1945 wurde mit Befehl Nr. 2 der SMAD in Ostdeutschland die Tätigkeit antifaschistischer politischer Parteien zugelassen. Am folgenden Tag wandte sich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit einem Aufruf an das deutsche Volk, am 15. Juni folgte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), kurz darauf konstituierten sich in Berlin zwei weitere Parteien – die Christlich-Demokratische Union (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD). Am 15. Juli 1945 bildete sich der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Den Parteien folgten bald die gesellschaftlichen Organisationen. Am 15. Juni 1945 wurde der Aufruf eines gewerkschaftlichen Vorbereitungskomitees von Groß-Berlin zur Bildung freier Gewerkschaften veröffentlicht. Am 31. Juli 1945 bestätigte die SMAD das Statut der antifaschistischen Jugendausschüsse, am 30. Oktober ließ sie die Organisation antifaschistischer Frauenausschüsse bei den Stadtverwaltungen zu.

21 Mit Bitterkeit schrieb Johannes R. Becher an S. I. Tjulpanow: „Wenn es mir im Laufe meiner fast dreißigjährigen Mitgliedschaft in der Partei nicht gelang, das Vertrauen der russischen Genossen zu erringen, dann ist der Ver-

Die sowjetische Politik in der deutschen Frage bedurfte der Werbung. Ziel war es, die Bevölkerung Ostdeutschlands für die Unterstützung der SMAD zu motivieren. Die Information und die Einwirkung auf das Bewußtsein der Deutschen sollten mit allen Mitteln der politischen Propaganda und Agitation erfolgen.

Kultur als „Bestandteil der organisierten, planmäßigen [...] Parteiarbeit"[22]

In der kommunistischen Konzeption von der Wiedergeburt Deutschlands war die Vereinigung der antifaschistischen Intelligenz in einem Bund vorgesehen. Die Idee stammte von dem Dichter und KPD-Mitglied Johannes R. Becher[23]. Am 3. und 4. Juli 1945 fand in Berlin die erste Tagung des „Bundes der Kulturschaffenden zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" (Kulturbund) statt. Wenige Tage später berichtete Becher an das ZK der WKP(B): „Der Kulturbund wird so oder so geschaffen, doch er kann sowohl ohne uns als auch gegen uns geschaffen werden [...], wenn wir nicht die Unterstützung durch Marschall Schukow[24] erhalten [...] Rasche Hilfe ist notwendig, damit wir diese ganze Angelegenheit in unseren Händen behalten können".[25] Mit Unterstützung des sowjetischen Militärs gelang es Becher, anderen deutschen Intellektuellen die Initiative aus der Hand zu nehmen und den Kulturbund zu schaffen, in dem die SMAD ein Instrument ihrer Einflußnahme auf breite Schichten der Intelligenz in der sowjetischen Besatzungszone sah.[26] Um aber die Umwandlung des Kulturbundes in eine Interessenvertretung der SMAD und der KPD zu verhindern, bestanden deutsche Intellektuelle auf einem ausgesprochen überparteilichen Charakter dieser Organisation.[27] Sie traten für den Aufbau eines starken Rechtsstaates in Deutschland ein, wobei die Erfahrungen und Fehler der Weimarer Republik berücksichtigt werden sollten. Ihr Widerstand gegen die kommunistische Entwicklungsperspektive für das Land bestimmte die Tätigkeit des Kulturbundes in den Jahren von 1945 bis 1949. Für die sowjetische Besatzungsmacht war das ein ernstes Problem, angesichts der Eskalation des Kalten Krieges suchte sie deshalb verstärkt nach einem alternativen Modell der Einflußnahme auf die deutsche Intelligenz.

Auch Fragen der Religion wurden von der SMAD mit höchster Aufmerksamkeit bedacht. Hier wirkten sich die Erfahrungen der Zusammenarbeit des sowjetischen Staates mit der russisch-

---

such, dieses Vertrauen überhaupt erlangen zu wollen, aussichtslos. [...] Ich weiß, daß nicht nur ich, sondern auch meine nächsten Kollegen dieses Vertrauen, um das sie unter sehr schwierigen Bedingungen gerungen haben, zu 100 Prozent verdienen." Vgl. Becher/Tjulpanowu/1.11.1946, in: AWP RF 0457b/2116/8, Bl. 140.

22 Lenin, Wladimir I.: Parteiorganisation und Parteiliteratur, in: Werke, Bd. 10, Berlin 1959, S. 31.

23 Becher, Johannes Robert (1891-1958), Dichter, Politiker, 1945-58 Präsident des Kulturbundes, 1945-46 Dritter Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, 1952-56 Präsident der Akademie der Künste, 1954-58 Minister für Kultur der DDR.

24 Schukow, Georgi Konstantinowitsch (1896-1974), Marschall der Sowjetunion, ab April 1942 Erster stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Juni 1945-März 1946 Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland und Oberster Chef der SMAD, 1946-53 Chef verschiedener Militärbezirke, ab 1953 Erster Stellvertreter und 1955-57 Minister für Verteidigung der UdSSR. Vierfacher Held der Sowjetunion (1939, 1944, 1945, 1956).

25 Becher/ZK WKP(b)/8.7.1945, in: ZAMO RF GSOWG/348092s/1, Bl. 208.

26 Vgl. Marschal Sowetskowo Sojusa Schukow/Samestitelju predsedatelja Gossudarstwennowo komiteta oborony W. M. Molotowu/2.8.1945, in: AWP RF 082/27/14/121, Bl. 23.

27 Der französische Direktor der Erziehungsabteilung des Kontrollrates Oberstleutnant Jean Bousquet nannte den Kulturbund Ende 1945 die „einzige wirklich deutsche Organisation, die die Interessen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt". Vgl. ZAMO RF GSWG/348088/1, Bl. 263.

orthodoxen Kirche in den Kriegsjahren aus. Wenn die Kommunisten die Rolle der Geistlichen bei der Umerziehung des deutschen Volkes nach der Zerschlagung des Faschismus ausdrücklich anerkannten, so setzte das auch die Anerkennung eines ideologischen Pluralismus voraus und bedingte die aktive Zusammenarbeit mit der Kirche. Wie sich jedoch zeigte, war die politische Praxis erheblich komplizierter. Die Hauptkirchen Deutschlands waren die einzige Kraft, die auch unter den Nazis eine relative institutionelle Unabhängigkeit bewahren konnte. 1945 sprachen sie im Namen des deutschen Volkes, dessen größter Teil kirchlich gebunden war. Die Möglichkeit einer Vereinigung von Andersdenkenden auf religiöser Basis schreckte die SMAD, und das um so mehr, als Meldungen aus den Gemeinden eingingen, daß Geistliche Christentum und Bolschewismus als Gott und Teufel gegenüberstellten.[28] Die Offiziere der SMAD verfügten nicht über die nötigen Informationen zur Situation der Kirchen in Deutschland.[29] Auch hatten sie als Vertreter eines atheistischen Staates keine Erfahrung im konstruktiven Dialog mit der Kirche und den Gläubigen. Aus ihrer Sicht hatte sich die Tätigkeit der Kirche auf den Gottesdienst zu beschränken. Es verwundert daher nicht, daß in Ostdeutschland die Tätigkeit religiöser Jugendorganisationen mit aller Konsequenz unterbunden wurde.[30] Ebenso konsequent erschwerte man die Durchführung jeder Art von kirchlichen Frauen- und Jugendversammlungen außerhalb der Kirche.[31] Doch die Kirche nutzte weiterhin ihre traditionellen Formen der Arbeit mit der Bevölkerung. In der Provinz Sachsen nahmen im Herbst 1945 auf dem Lande 100 Prozent der Schüler an der Christenlehre teil, in den Städten waren es etwa 90 Prozent. In der Christenlehre unterrichteten Geistliche, ihre Frauen, kirchliche Mitarbeiter und ehrenamtliche Lehrer.[32] Das Mißtrauen gegen die Kirche und die Gläubigen erschwerte auch die Beziehungen der SMAD

28 Vgl. Donessenije polkowniku Barakinu, in: GARF 7184/1/159, Bl. 144.

29 Davon zeugen die zahlreichen Erkundigungen zu den Religionsgemeinschaften und Sekten in Deutschland. Die darin enthaltenen Informationen waren notwendig für die Analyse der politischen Situation in Ostdeutschland.

30 Vgl. Donessenije natschalnika otdela propagandy Uprawlenija SWA prowinzii Saxonija majora Demidowa polkowniku S. I. Tjulpanowu/30.3.1946, in: GARF 7184/1/273, Bl. 291-294.

31 Vgl. Prikas Nr. 0191 natschalnika Uprawlenija SWA semli Saxonija „O merach presetschenija reakzionnoi dejatelnosti zerkwi i christiansko-demokratitscheskowo Sojusa sredi nemezkoi molodjoschi i schenschtschin"/ 22.9.1947, in: GARF 7212/1/19, Bl. 131-134. Unerwartet für die SMAD traten in Ostdeutschland auch Jugendvereinigungen auf, die sich nicht an den Arbeiterparteien orientierten. So entstanden Jugendgruppen, die der LDPD oder der CDU nahestanden, aber auch genossenschaftliche Vereinigungen oder Sportvereinigungen für Jugendliche. Vgl. dazu ausführlicher: Buddrus, Michael: Anmerkungen zur Jugendpolitik der KPD 1945/46, in: Mehringer, Hartmut u. a. (Hg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1998, S. 287-336. Über die Entwicklung der Ereignisse in Ostdeutschland aus der Sicht von jungen Deutschen, die als Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in den 1940er Jahren Augenzeugen waren, vgl. Gotschlich, Helga: „Und der eignen Kraft vertrauend ..." Aufbruch in die DDR, 50 Jahre danach, Berlin 1999. Die Sportorganisationen befanden sich unter aufmerksamer Beobachtung durch die SMAD, im Herbst 1945 wurden sie durch eine Anweisung von Marschall G. K. Schukow verboten. Vgl. Wsem wojennym komendantam okrugow i gorodow/Natschalnik Uprawlenija SWA Federalnoi semli Saxonija general-maior Dubrowski/15.9.1945, in: GARF 7212/1/52, Bl. 12; Wsem wojennym komendantam Federalnoi semli Tjuringija/Natschalnik Uprawlenija SWA Federalnoi semli Tjuringija gwardi general-major Kolesnitschenko in: GARF 7184/1/41, Bl. 1. 1948 veränderte sich die Politik der SMAD in bezug auf Jugend und Sport grundlegend. Um sich die Möglichkeit eines ständigen ideologischen Einflusses auf die jungen Menschen und ihrer Kontrolle zu sichern, stellte die sowjetische Besatzungsmacht am 9. Mai 1948 neue Grundsätze für die Organisation des Sports unter der deutschen Bevölkerung auf. Eines der Hauptziele der Sportbewegung sollte ihr Massencharakter und die verstärkte ideologische Einflußnahme der FDJ sein. Die SED sollte die Führung der Sportbewegung übernehmen, zu ihren Aufgaben gehörte es, in den Sportgemeinschaften politisch-erzieherische Arbeit zu leisten. Vgl. dazu ausführlicher: Prikas natschalnika Uprawlenija SWA semli Saxonija Nr. 296/25.10.1948, in: GARF 7212/1/25, Bl. 41-42.

32 Vgl. Dokument Nr 18: Donessenije natschalnika otdela propagandy Uprawlenija SWA prowinzii Saxonija Demidowa/polkowniku I. S. Tjulpanowu/2.9.1946, in: GARF 7133/1/273, Bl. 204.

zur CDU. Die vom Sektor für Zensur der SMAD herausgegebenen Bulletins der nicht genehmigten Materialien enthielten zum großen Teil Artikel und Notizen der Zeitung „Neue Zeit", des Zentralorgans der CDU.[33] Der Gerechtigkeit halber ist jedoch zu erwähnen, daß in den Bulletins auch Materialien der KPD/SED zu finden sind.

In den zahlreichen Berichten, Meldungen, analytischen und biographischen Erkundigungen, die von der Führung der SMAD in Berlin oder von verschiedenen Behörden in Moskau angefordert wurden, nahmen Informationen über die Beziehung der deutschen Bevölkerung zur UdSSR, über die Reaktion der Deutschen auf einzelne Nachrichten über die Sowjetunion einen großen Raum ein. Und in dem Strom aktueller Nachrichten für Ostdeutschland, wuchs von Tag zu Tag der Anteil der mit der UdSSR im Zusammenhang stehenden Themen. Die sowjetische Propaganda versuchte, jenes Bild der UdSSR aus dem Bewußtsein der Deutschen zu verdrängen, das ihnen von den Nazis eingehämmert worden war. Ohnehin begannen viele von ihnen angesichts der militärischen Niederlage an „Wahrheiten" zu zweifeln, die noch unlängst als unerschütterlich galten.

Mit Hilfe der Kontrolle des öffentlichen Raumes in Ostdeutschland wollte die SMAD im Bewußtsein der Deutschen ein neues UdSSR-Bild durchsetzen und eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht erreichen. Eine außerordentlich wichtige Rolle war dabei dem Wort zugedacht, dem geradezu magische Kräfte zugeschrieben wurden. Eine entsprechende Organisation von Presse, Rundfunk, Film und Theater sowie deren strenge Kontrolle sollten sicherstellen, daß die Besatzungsmacht auf die Bevölkerung Ostdeutschlands den gewünschten Einfluß nehmen konnte. Dem Bemühen der politischen Organe war es zu verdanken, daß bereits im Mai 1945 eine Tageszeitung in deutscher Sprache, die „Tägliche Rundschau", erschien und eine zweite, die „Berliner Zeitung", noch im gleichen Monat folgte. Im Sommer erhielten dann KPD, SPD, CDU und LDPD die Lizenz zur Herausgabe eigener Zeitungen. Alle in der sowjetischen Besatzungszone herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften unterlagen einer Vorzensur[34], desgleichen die Erzeugnisse der registrierten Verlage.

Im September 1945 wurde mit dem Befehl Nr. 78 des Obersten Chefs der SMAD „Über den Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone" der Versuch unternommen, das Problem der „aktuellen und regelmäßigen Versorgung mit politischen Nachrichten" für die Bevölkerung Ostdeutschlands zu lösen. Diese hatte mit dem Befehl das Recht auf individuelle Nutzung von „Rundfunkempfängern"[35] erhalten. Möglich wurde auch der gemeinschaftliche „Empfang von Radiosendungen in Fabriken und Betrieben, in Klubs und Theatern, in Stadien und an anderen öffentlichen Orten". Es folgten Arbeiten zur Wiederherstellung und zum Bau von Sende- und Übertragungsanlagen.

Vom ersten Tag an waren die sowjetischen Propagandisten in Deutschland mit der Notwendigkeit konfrontiert, in Konkurrenz mit den westlichen Alliierten zu agieren, deren Rundfunksendungen man in ganz Deutschland mit jedem Gerät empfangen konnte. Der Chef des Informationsbüros der SMAD I. Tugarinow[36] schlug deshalb in einem Schreiben an das ZK der WKP(B) vor, einen Rundfunksender speziell für Deutschland zu schaffen und Material zu senden, das „die uns feindlichen Darstellungen entlarvt"[37]. Um die Aufmerksamkeit der Deutschen für den

---

33 Vgl. S. I. Tjulpanowu/Obsor materialow, isjatych zensuroi SWA prowinzii Saxonija sa oktjabr 1946g., in: GARF 7133/1/274, Bl. 217-223.

34 Vgl. Rabota sektora propagandy i zensury polititscheskowo otdela SWA (s 15 ijulja po 15 oktjabrja 1945g.), in: AWP RF 082/27/15/121, Bl. 35-41.

35 Vgl. Prikas Nr. 78 Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG „O radioweschtschani w sone Sowetskoi Wojennoi okkupazi Germani"/27.9.1945, in: GARF 7317/8/1, Bl. 309-312.

36 Tugarinow, Iwan Iwanowitsch (1905-1966), 1945-47 Chef des Informationsbüros der SMAD, 1948-60 in der Zentrale des sowjetischen Außenministeriums, 1960-63 Leiter der Abteilung Ferner Osten, 1963-66 Botschafter in den Niederlanden.

37 I. Tugarinow/Sekretarju ZK WKP (b) Malenkowu, in: RGASPI 17/125/374, Bl. 101-102.

sowjetischen Sender zu gewinnen, empfahl Tugarinow, „täglich Berichte über das Leben der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR sowie andere, die Deutschen interessierende Informationen, darunter auch internationale, zu senden".[38] Die Militärs waren sich im klaren über die distanzierte Haltung der ostdeutschen Bevölkerung zur sowjetischen Besatzungsmacht und suchten nach Wegen zur Überwindung dieser Situation.

Im September 1946 wurde durch SMAD-Befehl Nr. 0292 eine deutsche Nachrichtenagentur – der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN) – geschaffen. Damit sollte die Bereitstellung von internationalen und innerdeutschen Nachrichten für die Presse der sowjetischen Besatzungszone verbessert werden.[39] Die allgemeine Führung und Kontrolle der Agentur lag bei dem Chef des Informationsbüros der SMAD, für die Zensur aller Nachrichten der Agentur war die Verwaltung für Propaganda zuständig.

Die Kontrolle über Presse, Rundfunk, Theater und Kino in Ostdeutschland übte der Sektor für Propaganda und Zensur aus, der bei der Politischen Abteilung der SMAD geschaffen worden war.[40] Dabei erwies es sich als unmöglich – und das erschwerte die Arbeit der Zensoren –, alle in Ostdeutschland vorhandenen Nachrichtenkanäle unter Kontrolle zu halten. Erschwerend wirkte auch die ungewohnte Anforderung, Beiträge von Autoren zu bewerten, die nicht die kommunistische Konzeption für die Entwicklung Deutschlands teilten oder gar alternative Programme der demokratischen Umgestaltung des Landes im Auge hatten.[41] Das Andersartige erschien dabei als befremdlich, mitunter einfach auch als feindlich. Teilweise war die Situation nur dadurch zu retten, daß genaue Zensurinstruktionen erteilt wurden.[42] Wie die Wahlen von 1946 zeigten, vermochte die SMAD den öffentlichen Raum in Ostdeutschland nur begrenzt in ihrem Sinne zu kontrollieren. Die Taktik der formalen Loyalität und Korrektheit seitens der CDU- und LDPD-Presse, verbunden mit einer scharfen mündlichen Propaganda, in der die SED als Interessenvertreterin der UdSSR in Deutschland herausgestellt wurde, zeigte ihre Erfolge.

Mit der Kontrollratsdirektive Nr. 40 vom 12. November 1946 wurde die freie Erörterung von Deutschland betreffenden politischen Problemen in der Presse aller Besatzungszonen zugelassen; erlaubt wurden auch „Kommentare zur Politik der Besatzungsmächte in Deutschland" sowie der Nachdruck von politischen Artikeln aus ausländischen Zeitungen.[43] Zwei Wochen später wurde in der sowjetischen Besatzungszone die Vorzensur abgeschafft, was aber nicht bedeutete, daß die SMAD von nun an die Kontrolle und Führung der deutschen Presse eingestellt hätte. Die volle Verantwortung für eine Zeitung trug deren Chefredakteur, und dieser erhielt detaillierte Anweisungen vom Zensor, der mit ihm den Plan der Zeitung, die Leitartikel und die politischen Beiträge beriet und abstimmte.[44] Besonderer Wert wurde auf die Propagierung der Sowjetunion sowie auf die Darstellung ihrer Außenpolitik gelegt. Eine detaillierte Kontrolle sollte ausschließen, daß die britisch-amerikanische Propaganda, deren offensiver Charakter und Effektivität für die SMAD bereits außer Frage stand, in die ostdeutschen Zeitungen eindringt.[45]

---

38 Ebd., Bl. 102.

39 Zum Text des Befehls vgl. GARF 7317/7/26, Bl. 188-199.

40 Ende Oktober 1945 war auf Beschluß des Rates der Volkskommissare der UdSSR die Zensur von der Politischen Abteilung der SMAD in die Zuständigkeit der Verwaltung für Propaganda übertragen worden.

41 Eine effektive Arbeit der Zensur wurde durch den Mangel an Zensoren außerordentlich behindert. Vgl. Samestitel Narodnowo kommissara inostrannych del SSSR A. Wyschinski/Sekretarju ZK WKP(b) G. M. Malenkowu, in: RGASPI 17/125/354, Bl. 51.

42 Vgl. beispielsweise Zirkuljarnoe pismo I. O. natschalnika otdela propagandy SWA Tjuringii Babenko/ 27.11.1945, in: GARF 7184/1/49, Bl. 21-23.

43 Vgl. Direktiwa Nr. 40. Linija powedenija, kotoroi dolschny sledowat nemezkije polititscheskije dejateli i nemezkaja pressa, in: GARF 7317/41/13, Bl. 222.

44 Zur Organisation der Kontrolle über die Zeitungen vgl.: S. I. Tjulpanow/natschalniku otdela propagandy Uprawlenija SWA Federalnoi semli Saxonii podpolkowniku Watniku, in: GARF 7212/1/189, Bl. 50.

45 Vgl. ebd.

Im Frühjahr 1947 wurde mit Befehl Nr. 90 des Obersten Chefs der SMAD eine Ordnung für die Tätigkeit der Verlage und Druckereien vorgegeben.[46] Dieser Befehl stellte den Versuch dar, die Kontrolle über die deutschen Zeitungen und andere Veröffentlichungen aufrechtzuerhalten. Mit seiner Umsetzung wurde die Aufhebung der Vorzensur in ihrer Bedeutung erheblich geschmälert. Die Instruktionen der Militäradministration erschwerten die Verwirklichung einer deutschen Selbstverwaltung in Ostdeutschland, machten sie zu einer mühseligen bürokratischen Prozedur. Die Erklärungen der SMAD, man wolle die Vollmachten der deutschen Selbstverwaltungsorgane erweitern, waren offensichtlich bloße Demagogie.

Kontrollratsdirektive Nr. 55 vom 23. Juni 1947 erlaubte den freien interzonalen Austausch von Zeitungen, Zeitschriften und anderen Periodika sowie von Filmen und Büchern.[47] Angesichts der Eskalation des Kalten Krieges konnte die SMAD diese Direktive aber nicht wirklich akzeptieren. Formal gewährleistete die sowjetische Besatzungsmacht zwar ihre Erfüllung, tat aber gleichzeitig alles Mögliche, die tatsächliche Umsetzung der Direktive in Ostdeutschland zu verhindern.[48] Der Versuch, auf diese Weise den Zustrom von Informationen aus dem Westen zu beschränken, brachte jedoch keine besonderen Ergebnisse.

Immer wieder wurde von den sowjetischen Propaganda-Offizieren die Wirksamkeit der britisch-amerikanischen Propaganda unter der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone konstatiert.[49] Dabei kannten sie das deutsche Publikum gut, als Meister ihres Fachs traten sie in Lehrgängen und Versammlungen der antifaschistischen Jugend, bei Lehrerkonferenzen, in Arbeiter- und in Frauenversammlungen sowie auf Aktivtagungen der SED auf.[50] Sie organisierten Schülermatineen, Jugendfeste, Abende mit Fragen und Antworten, Konzerte mit künstlerischen Darbietungen von Rotarmisten. Die ständige Wiederholung derselben Phrasen und Wendungen, die Vielfalt der Einwirkungsformen, die Breite der Einflußnahme auf die Bevölkerung – das alles mußte schließlich dazu führen, daß bei den Deutschen eine neue Sicht auf die UdSSR entstand. Dabei maß die sowjetische Propaganda der Verbindung von Wort und Bild, also dem Kino, mit seiner Fähigkeit, Verstand und künstlerisches Empfinden anzusprechen, große Bedeutung bei.

Im Sommer und Frühherbst 1945 verhielt sich der Großteil der deutschen Zuschauer sowjetischen Filmen gegenüber noch zurückhaltend, mitunter sogar feindselig. Erst mit dem planmäßigen Einsatz von ins Deutsche synchronisierten Filmen änderte sich die Situation.[51] Hauptsächlich wurden Komödien gezeigt, was den Zuschauern die Möglichkeit bot, die Nöte der Nachkriegszeit zu vergessen. Den Militärs war jedoch vor allem der propagandistische Effekt der Filmvorführungen wichtig. Damit die von der sowjetischen Realität weit entfernten Deutschen das Geschehen auf der Leinwand richtig aufnehmen konnten, erfanden die SMAD-Offiziere sogenannte Libretti, die aufklärerischen Charakter trugen und die „historischen Ereignisse und sozialen Er-

46 Vgl. GARF 7317/8/10, Bl. 252-256.

47 Vgl. GARF 7317/41/12, Bl. 94. Die Kontrollratsdirektive galt auch für Berlin.

48 Vgl. Natschalnik Uprawlenija swjasi SWAG Borsow/Samestitelju politsowetnika pri Glawnonatschalstwujuschtschem SWAG Gribanowu/31.10.1947, in: GARF 7317/41/12, Bl. 94.

49 Vgl. beispielsweise Spezdonessenije ispolnjajuschtschewo objasanosti natschalnika PU GSOWG generalmaiora Kalaschnika/Schikinu I./11.11.1946, in: ZAMO RF 254/245720/12, Bl. 21-41.

50 Vom 1. Nov. 1945 bis zum 20. April 1946 hielten 50 Mitarbeiter aus der 7. Abteilung der Politischen Verwaltung der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland sowie aus den 7. Abteilungen der Politischen Abteilungen der Armeen und Divisionen 480 Vorträge und führten mehr als tausend Gespräche, mit denen 388.000 Zuhörer erreicht wurden. Vgl. Spezdonessenije I. Schikinu/O rabote 7 otdela PU GSOWG sa aprel 1946g., in: ZAMO 254/245720s/11, Bl. 357.

51 Von 1945 bis 1947 sahen 149,8 Millionen Zuschauer (darunter 5 Millionen in den Westzonen Deutschlands) sowjetische Filme, und in den ersten drei Monaten des Jahres 1948 waren es mehr als 10 Millionen. Vgl. Sprawka, in: AWP RF 0457w/6/25/38, Bl. 91.

scheinungen in der Sowjetunion"[52] erklären sollten. Dennoch blieb den Zuschauern vieles, was auf der Leinwand zu sehen war, fremd, löste bei ihnen Erstaunen und Befremden aus. Deshalb wurde etwas Wirksameres als die „Libretti" gesucht. Die SMAD veranstaltete Voraufführungen von Filmen, bevor diese in den öffentlichen Verleih kamen. Dazu wurden außer SED-Funktionären auch Vertreter der Presse und der Massenorganisationen eingeladen. So war es möglich, „breite Schichten der deutschen Bevölkerung mit der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, mit der Kultur und dem Alltag der Sowjetunion [...] bekannt zu machen"[53]. Die Informationsverwaltung der SMAD stellte entsprechende Kontakte zur deutschen Presse her und vermochte so die Aufmerksamkeit der deutschen Zuschauer auf sowjetische Filme zu lenken. Davon zeugte die rasch wachsende Anzahl von Artikeln und Rezensionen deutscher Zuschauer über sowjetische Filme.[54] Die 38 abendfüllenden sowjetischen Filme (künstlerische und Dokumentarfilme), die 1947 in den Verleih kamen, waren in den Kinos Ostdeutschlands an insgesamt 174.980 Tagen zu sehen, das waren 43,8% der Gesamtmenge der Aufführungstage aller Filmtheater. Für diese Filme wurden 59.689.513 Eintrittskarten verkauft.[55] 1948 begann man damit, für SED-Aktivisten und Mitglieder der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion auch nicht ins Deutsche synchronisierte Filme zu zeigen. Die Vorschläge und Wünsche der Teilnehmer an solchen Vorführungen wurden für die weitere Synchronisierung sowjetischer Filme sorgfältig ausgewertet. Das schuf die „Möglichkeit, daß die sowjetischen Filme für die große Masse der deutschen Zuschauer verständlicher und zugänglicher wurden". Im Grunde durchliefen die Filme eine Anpassung an das Zuschauermilieu einer anderen Kultur. Erst danach begann die „Semantik des sowjetischen Kinos" die Deutschen zu überzeugen, konnte seine „Ästhetik ihre Wirkung entfalten".[56]

Doch auch 1948 gab es Kinobesitzer, „insbesondere in Leipzig, die sowjetischen Filmen gegenüber negativ eingestellt" waren. Sie waren der Ansicht, daß sowjetische Filme in Deutschland niemals Fuß fassen werden, und priesen die alten deutschen und die amerikanischen Filme.[57] Eine Reihe von Filmen stieß beim Zuschauer auf Unverständnis und hatte keinen Erfolg. „Einige Filme riefen sogar unerwünschte Reaktionen und Einwände hervor (sogar bei SED-Mitgliedern). Das galt für Filme mit militärhistorischen Themen, wie ‚Kreuzer Warjag' und ‚Admiral Nachimow', die von uns auf anhaltendes Drängen des Ministeriums für Filmwesen hin zugelassen wurden. Viele Deutsche äußerten die Ansicht, daß diese Filme bei der Jugend militaristische Stimmungen erzeugen und daß die patriotischen Ideen dieser Filme den Deutschen fremd seien, auch stößt die positive Darstellung der Offiziere der alten russischen Flotte auf Zweifel."[58]

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte die SMAD die Spielplangestaltung der Theater. Im August 1945 wurde im Deutschen Theater in Berlin das Stück „Unsere kleine Stadt" verboten. Der Intendant Gustav von Wangenheim, Mitglied der KPD und nach zwölf Jahren aus sowjetischer Emigration zurückgekehrt, erklärte das Verbot damit, daß der Inhalt des Stücks zu passiv sei, zu poetisch, zu sehr „reine Kunst", um den „Russen, insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt, zu gefallen".[59] Die SMAD setzte auf die Klassik, mit ihrer Hilfe sollte das geistige Erbe des Nationalsozialismus aus dem Bewußtsein der Deutschen verdrängt werden. Walter Ulbricht for-

52 Dymschiz w otdel propagandy SWA prowinzi Saxonija, in: GARF 7133/1/ 271, Bl. 156.

53 M. Gribanow/A. Smirnowu/22.7.1948, in: AWP RF fond referentura po Germanii 1948/35/174, Bl. 54.

54 1946 wurden 851 Rezensionen veröffentlicht, 1947 waren es 7.690. Vgl. ebd., Bl. 58.

55 Im gleichen Jahr wurden in der SBZ 3 amerikanische, 14 englische und 10 französische Filme gezeigt. Vgl. ebd., Bl. 55.

56 Kara-Mursa, S. G.: Manipuljazija sosnanijem, Moskwa 2002, S. 99.

57 Vgl. Donessenije natschalnika otdela informazii Uprawlenija SWA semli Saxonija Kusminowa/S. I. Tjulpanowu/April 1948, in: GARF 7212/1/235, Bl. 48.

58 Sprawka/14.4.1948, in: AWP RF 04578/6/25/38, Bl. 91.

59 Vgl. Chamberlain, Kultur 1979, S. 91.

derte schon 1945: „Es ist notwendig, der Jugend zuerst etwas über die Rolle des preußischen Militarismus und der nazistischen Lüge zu sagen. Danach muß man beginnen, sie mit der deutschen Literatur bekannt zu machen, mit Heine, Goethe, Schiller usw. Man darf nicht mit Marx und Engels beginnen!" [60] Am 7. September 1945 fand im Deutschen Theater die Premiere von Lessings „Nathan der Weise" statt. Es war eine ideale Wahl, das Stück wurde von den Zuschauern als Ausdruck von Toleranz und Menschlichkeit aufgenommen, gleichzeitig als Protest gegen religiösen Fanatismus und Völkerhaß.

Bereits 1946 begann die SMAD jedoch damit, auf eine veränderte Interpretation des Erbes der deutschen Klassik zu drängen.[61] Die neue Interpretation entsprach dem sowjetischen Wertsystem.[62] Und die Theater sollten diese modifizierte Interpretation der großen Werke dem Zuschauer nahebringen. Über das Mitgefühl trug die darstellende Kunst zur Vereinfachung sowie zur Verfestigung vorgegebener Muster bei, förderte somit ihre Stereotypisierung im Bewußtsein unerfahrener Zuschauer. Bei letzteren konnte es sich beispielsweise um Arbeiter handeln, die die Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen erhalten hatten.[63] So vollzog sich der Prozeß der Umerziehung des deutschen Volkes. Doch das gewünschte Ergebnis stellte sich durchaus nicht immer ein. Die deutschen Humanisten im Dienste der kommunistischen Idee – das stieß noch lange bei Künstlern wie bei großen Teilen des Publikums auf Skepsis. Auf der Suche nach den Ursachen für diese Erscheinung stellte die Politische Verwaltung der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland fest, daß „einige Prinzipien der marxistischen Ästhetik der bürgerlichen Weltanschauung absolut fremd sind"[64]. Da half auch die Überzeugungsarbeit der politischen Offiziere nicht viel: „[...] die These vom ideologischen Inhalt der Kunst, ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und Funktion wurde von den Zuhörern, die überwiegend noch immer Anhänger einer reinen Kunst sind, völlig abgelehnt"[65].

Die Spielpläne der Theater waren ein Spiegel der von Jahr zu Jahr fortschreitenden Expansion der sowjetischen Kultur in Ostdeutschland. Dabei bevorzugten die deutschen Theater Werke der russischen Klassiker.[66] Im Frühjahr 1948 stand in den 88 Theatern Ostdeutschlands aber auch mindestens ein sowjetisches Stück auf dem Spielplan. Die Inszenierungen der Werke russischer Klassiker, besonders aber die der sowjetischen Stücke, wurden von der SMAD kontrolliert. Die sowjetischen Offiziere berieten die deutschen Schauspieler und Regisseure und halfen ihnen,

---

60 Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Zusatzband, Berlin 1965, S. 234.

61 Über die Politik der SED in dieser Frage vgl. Dietrich, Gerd: „Die Goethepächter". Klassikmythos in der Politik der SED, in: Ehrlich, Lothar/Mai, Gunther (Hg.): Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 151-174.

62 Als Beispiel kann eine sowjetische Interpretation von Schillers „Räubern" angeführt werden. Auf der Bühne des Rustaweli-Theaters verwandelten sich die Räuber in eine studentische Masse, die die Leidenschaften ihres Anführers intensiv miterlebt. „Man muß sich einen Revolutionär, einen Anführer vorstellen, der das Banner gegen einen verrotteten, verbrecherischen Staat erhebt. Daß er dabei allein bleiben könnte, ohne Unterstützung durch die Massen – das schien undenkbar. [...] In der georgischen Inszenierung wurde die Tragödie zu einer Demonstration für Klassensolidarität und Einheit: Karl Moor und seine Genossen waren zusammengeschweißt durch einheitlichen Willen und Geist." Bojadschijew, G.: Ot Sofokla do Brechta sa sorok teatralnych wetscherow, Moskwa 1981, S. 189.

63 1948 unternahm die SED einen weiteren Schritt: Ihr Mitvorsitzender Otto Grotewohl erklärte: „[...] unsere besten Schauspieler-Ensembles, unsere Orchester müssen in die Betriebe gehen und dort ihr Können den Arbeitern unmittelbar zeigen." Vgl. Grotewohl, Otto: Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus, in: Dietrich, Gerd (Hg.): Um die Erneuerung der deutschen Kultur, Dokumente zur Kulturpolitik 1945-1949, Berlin 1983, S. 256.

64 Bjulleten Nr. 5, in: ZAMO RF 245/245720/8/1, Bl. 67.

65 Ebd.

66 Vgl. beispielsweise Natschalniku Uprawlenija propagandy SWAG polkowniku Tjulpanowu/Donessenije o kulturnoi schisni federalnoi semli Tjuringija, in: GARF 7184/1/159, Bl. 24.

„den geistigen Gehalt der Werke und der Figuren tiefer zu verstehen“[67]. Den Bemühungen der SMAD war es zu verdanken, daß die ostdeutschen Theater „ihre Budgets und Zuschüsse sogar nach der Währungsreform von 1948“ behalten konnten[68]. Das festigte ihre Rolle bei der „Erziehung eines neuen demokratischen Bewußtseins“ in der deutschen Bevölkerung. Eine Beratung der künstlerischen Leiter der ostdeutschen Theater, die am 16. und 17. Juli 1948 stattfand, demonstrierte dann auch deren Übereinstimmung mit der Linie der SED in Fragen der Kultur und Propaganda. Sie brachte die Bereitschaft der Theater zum Ausdruck, Patenschaften über Betriebe der Zone zu übernehmen und spezielle Programme zu aktuellen politischen Themen zu erarbeiten. Die Theater wurden auch einbezogen in den Kampf um die Erfüllung des Zweijahrplanes zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft Ostdeutschlands.[69] Insbesondere entfalteten die Kulturschaffenden unter der Führung von SMAD/SED die „massenhafte künstlerische Selbstbetätigung“ und leisteten in Erholungsheimen der Gewerkschaft und in Kinderferienlagern „kulturelle Massenarbeit“. Der stellvertretende Chef der Verwaltung für Information der SMAD Oberst A. Abramow[70] konnte dem Vorsitzenden der All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland (WOKS[71]) Kemenew folgendes berichten: „Abgesehen von einzelnen Chören sowie von Laieninszenierungen populärer religiöser Mysterienspiele hat die Selbstbetätigung als Ausdruck des künstlerischen Volksschaffens in Deutschland niemals existiert. Erst mit dem Eintreffen der sowjetischen Besatzungsmacht begann diese volkskünstlerische Massenbewegung, die gegenwärtig die gesamte sowjetische Zone erfaßt“. Die von der SMAD organisierte Annäherung von Kunst und Volk erreichte ein solches Ausmaß, daß bereits 1947 in Ostdeutschland eine erste Leistungsschau des künstlerischen Volksschaffens durchgeführt werden konnte.[72]

Bei der Charakterisierung der deutschen darstellenden Künstler und Musiker konstatierten die SMAD-Offiziere immer wieder deren „politische Fortschrittlichkeit“, die aber verbunden sei „mit einer reaktionären künstlerischen Methode“. Der starke Einfluß von Picasso, Matisse, Chagall und Klee in der deutschen Malerei sowie von Hindemith und Schönberg in der Musik wurde von der SMAD missbilligt.[73] Zugleich gab es keinen Versuch, in Ostdeutschland das Ideal einer Kunst zu verwirklichen, die „von der Partei völlig dirigiert wird“.[74] 1948 war offensichtlich, daß die „Schaffung einer wahrhaft realistischen, eng mit dem Volk verbundenen künstlerischen Schule in der darstellenden Kunst und der Musik sowie die entsprechende Erziehungsarbeit“ in Ostdeutschland von der SMAD noch große Anstrengungen verlangen würden.[75] Die sowjetischen Erfahrungen im Kampf gegen den Formalismus waren, wie es scheint, erst einige Zeit später gefragt.

---

67 Sprawka otdela kultury Uprawlenija informazii SWAG/14.4.1948, in: AWP RF 04578/6/25/38, Bl. 88.

68 In Westdeutschland wurden im Gefolge der Währungsreform über 300 Theater geschlossen und viele Schauspieler wurden arbeitslos. Vgl. ZK WKP(b) tow. Baranowu/O soweschtschani chudrukow sowetskoi sony okkupazii w Germanii“, in: RGASPI 17/128/567, Bl. 29.

69 Vgl. ebd., Bl. 31.

70 Abramow, Alexei Alexandrowitsch, Oberst, ab 1947 stellvertretender und ab 1949 Chef der Informationsverwaltung der SMAD.

71 WOKS, für: Wsesojusnoje Obschtschestwo Kulturnych Swjasei s Sagranizei, d.i. All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland.

72 Vgl. Sam. natschalnik Uprawlenija informazii SWAG polkownik A. Abramow/predsedatelju Wsesojusnowo obschtschestwa kulturnych swjasei s sagranizei Kemenowu/O chudoschestwennoi samodejatelnosti w sowetskoi sone okkupazii Germanii, in: GARF 5283/22/51, Bl. 62-64.

73 Über die Reaktion der Verwaltung für Information auf eine Ausstellung einiger Bilder von Marc Chagall in einer Hallenser Galerie vgl. Samestitelju natschalnika Uprawlenija informazii SAWG polkowniku Abramowu ot i. o. natschalnika otdela informazii USWA semli Saxonija-Angalt Winogradowa/8.4.1949, in: GARF 7133/1/282, Bl. 108.

74 Bairau, Dietrich: Predislowije, in: Literaturny front. Istorija polititscheskoi zensury 1932-1946, Sbornik dokumentow, Moskwa 1994, S. 4.

75 Vgl. Sprawka otdela kultury Uprawlenija informazii SWAG/14.04.1948, in: AWP RF 04578/6/25, Bl. 85.

Kulturelle Expansion war Bestandteil der Politik aller Besatzungsmächte. Sie äußerte sich in der Übertragung von Traditionen, die der deutschen Kultur mehr oder weniger fremd waren. Dabei wurde in der sowjetischen Besatzungszone erneut eine „durchherrschte Gesellschaft" geschaffen. Wichtige Meilensteine in diesem Prozeß waren die Verstaatlichung der Filmtheater und die „Regelung des Theater- und Konzertwesens".[76]

Wissen ist Macht

Bereits im Mai 1945 schlug Marschall G. K. Schukow Walter Ulbricht[77] vor, mit der Vorbereitung einer Schulreform zu beginnen. In der Struktur der SMAD wurde eine Abteilung Volksbildung geschaffen, deren Hauptaufgabe in der Kontrolle aller Lehranstalten und kulturellen Bildungseinrichtungen auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone bestand.[78] Diese Abteilung der SMAD mußte zunächst „mit dem Studium des Schulwesens in Deutschland" beginnen. Das erwies sich als nicht so leicht, zumal auch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung erst am 27. Juni 1945[79] auf Befehl der SMAD geschaffen wurde. Wie die anderen deutschen Zentralverwaltungen war die Zentralverwaltung für Volksbildung ein Hilfsorgan der SMAD und hatte zunächst keine gesetzgeberischen Befugnisse.[80]

Am 1. Oktober 1945 begann in den Schulen Ostdeutschlands das erste Schuljahr nach dem Krieg.[81] Um die Wiederaufnahme des Unterrichts zu ermöglichen, hatte die SMAD kolossale Anstrengungen unternommen. Für die Grund- und Oberschulen wurden 17 Lehrbücher mit einer Auflage von 2.450.000 Exemplaren herausgegeben.[82] Die Aufmerksamkeit der SMAD für die Kinder und die Schulen, die auch die Sicherung entsprechender materieller Aufwendungen einschloß, ließ auch in der Folgezeit nicht nach. Auf Befehl Nr. 268 des Obersten Chefs der SMAD vom 9. September 1946 wurde damit begonnen, an die Schüler von Stadtschulen auf Kosten der sowjetischen Militäradministration ohne Karten eine Tasse Ersatzkaffee und ein Brötchen auszugeben.[83]

---

76 Donessenije natschalniku Uprawlenija informazi SWAG polkowniku S. I. Tjulpanowu/19.1.1949, in: GARF 7184/1/168, Bl. 24.

77 Ulbricht, Walter (1893-1973), 1946-50 stellvertretender Vorsitzender der SED, 1949/50-71 Mitglied des Politbüros des Parteivorstandes bzw. des ZK, Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des ZK der SED, 1949-60 Stellvertretender Ministerpräsident der DDR, 1960-73 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

78 In die Zuständigkeit der Abteilung für Volksbildung der SMAD gehörten die allgemeinbildenden und die Berufsschulen, die vorschulischen und außerschulischen Kindereinrichtungen, die Hochschulen und wissenschaftlichen Institute, Kunst, Literatur, Theater und Film, die Bibliotheken und Museen, die Schulen für Erwachsenenbildung usw. Vgl. Ottschot o rabote ONO SWAG, in: GARF 7317/55/1/14, S. 2.

79 An ihrer Spitze stand der aus sowjetischer Emigration zurückgekehrte Kommunist Paul Wandel. Vor der Zen-tralverwaltung für Volksbildung stand die Aufgabe „der Leitung der Schulen, der Kinderheime und -gärten, der Lehranstalten, der Kunst, der wissenschaftlichen und kulturbildenden Institutionen". Ausführlicher dazu: Dietrich, Gerd: Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945-1949, Bern 1993 S. 38-40.

80 Die Unterstellung der Abteilungen für Volksbildung der Länder und Provinzen unter die Zentralverwaltung für Volksbildung, im Grunde also unter die SMAD, förderte und verfestigte die Tendenz zur Zentralisierung des Leitungssystems der Volksbildung in Ostdeutschland, was im Widerspruch stand zur föderalen Selbständigkeit der Länder.

81 Der Unterrichtsbeginn in den Schulen Ostdeutschlands war durch den SMAD-Befehl Nr. 40 vom August 1945 vorbereitet worden.

82 Vgl. Kratki ottschot o rabote ONO SWAG sa period s 15 ijulja po 15 oktjabrja 1945 g., in: GARF 7317/55/1, Bl. 6.

83 Vgl. Prikas Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG Nr. 268, in: GARF 7317/8/7, Bl. 39.

Bei der Erneuerung des ostdeutschen Schulwesens nahm die SMAD Kurs auf die rasche Heranbildung einer Schicht von Neulehrern aus der Arbeiterklasse bzw. der Bauernschaft. Im Verlauf der Entnazifizierung der Oberschulen wurde unter der ostdeutschen Lehrerschaft eine Auslese vorgenommen. Die Verdrängung alter Pädagogen war mit der Einstellung junger Lehrer verbunden, die überwiegend aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammten.[84] So begann die Herausbildung einer neuen Elite, die ihre sozialen Erwartungen mit den Interessen und Zielen der von der KPD bzw. SED geführten Arbeiterbewegung verband. Die Neulehrer waren für den Einfluß dieser Partei anfälliger als die alten Lehrer. Sie unterschieden sich von ihren Kollegen nicht nur dem Alter nach, sondern auch in ihrer Lebensweise, ihren Wertvorstellungen und Verhaltensmustern. Zur qualitativen Veränderung des pädagogischen Milieus kam der quantitative Ausbau der Lehrerschaft Ostdeutschlands: Von 1946 bis 1950 wuchs die Zahl der Lehrer auf 157,2%[85].

Die Ungleichartigkeit der Lehrerschaft bei ständig zunehmendem Anteil der SED-Anhänger im pädagogischen Milieu sowie die Dominanz von Vertretern der KPD/SED in den Leitungsorganen der Volksbildung schufen schließlich die Basis für die Verwirklichung der kommunistischen Konzeption einer Erneuerung der Grund- und Oberschule in Ostdeutschland. Dazu trugen auch die Bemühungen von SMAD und SED bei, das Prestige des Lehrerberufs und den sozialen Status der Neulehrer zu erhöhen.[86]

SMAD und SED sahen in der Bildung ein Mittel der Einwirkung auf das Verhalten der jungen Menschen und eine Methode der sozialen Kontrolle. Deshalb wurden auch in diesem Bereich alle Anstrengungen unternommen, um eine Integration Ostdeutschlands in die Welt der westlichen Demokratie nach dem Kriege zu verhindern. Die bewegende Kraft für die Erneuerung der Schule waren bis 1948 vor allem die Vertreter des linken Flügels der pädagogischen Reformbewegung aus der Weimarer Republik und die von diesen Ideen begeisterten Neulehrer. Das zentralistische System der Leitung der Volksbildung, die Kontrolle durch SMAD und SED – letztere hatte in den Lehrerbildungs-Kursen eine Monopolstellung inne –, die Einführung der Einheitsschule, die eine Absage an das klassische Gymnasium mit seiner Orientierung auf gesamteuropäische kulturelle Werte bedeutete – das alles trug bald zur Einengung der Reform bei und schmälerte den Einfluß des nichtkommunistischen Teils der antifaschistischen Intelligenz Ostdeutschlands auf diesen Prozeß.

Die SMAD ließ sich in ihrer Tätigkeit von Weisungen aus Moskau leiten, doch die Beamten, die in Moskau die Linie der SMAD bestimmten, beachteten längst nicht immer die besondere Situation in Deutschland. So vertieften sich die Differenzen zwischen den SMAD-Offizieren, die über Erfahrungen in der praktischen Arbeit in Deutschland verfügten, und den Moskauer Führungskräften, die die Tätigkeit der SMAD reglementierten. Auch bei der sowjetischen Delegation zum III. Pädagogischen Kongreß im Juli 1948 war man von der „unermeßlichen Überlegenheit der Kultur und Wissenschaft der UdSSR im Vergleich zur deutschen" und überhaupt gegenüber „aller bürgerlichen Wissenschaft und Kultur" überzeugt und hegte Mißtrauen gegenüber den Deutschen, die noch unlängst Feinde waren. Nach ihrer Rückkehr nach Moskau äußerten die Mitglieder der Delegation die Vermutung, daß die Abkehr der deutschen Lehrer und der

84 Bereits im August 1945 hatten zweimonatige, später dreimonatige Lehrgänge zur Ausbildung von Neulehrern begonnen, 1946 dauerten diese Lehrgänge in Ostdeutschland dann meist acht Monate. Zu Beginn des Schuljahres 1946/47 nahmen 29.200 Neulehrer ihre Arbeit an den Schulen der sowjetischen Besatzungszone auf. Vgl. BArch, Ministerium für Volksbildung/R-2/910, Bl. 2.

85 Vgl. Prokop, Siegfried: Die Intellektuellen und die Staatsgründung, in: Scherstjanoi, Elke (Hg.): „Provisorium für längstens ein Jahr". Protokoll des Kolloquiums Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 257.

86 Vgl. beispielsweise Prikas Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG Nr. 220 „Ob ulutschschenii materialnoprawowo poloschenija nemezkich utschitelei schkol sowetskoi sony okkupazii"/19.7.1946, in: GARF 7317/8/6, Bl. 224-226.

Funktionäre der Volksbildung von der „altdeutschen, pronazistischen Ideologie nur äußerlich, nur verbal erfolgt". Um so seltsamer erschien ihnen die Position der SMAD-Offiziere, die für den Bildungsbereich zuständig waren. So schrieb der Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR I. A. Kairow: „Die Auswahl der Mitarbeiter trug offenbar zufälligen Charakter, und durchaus nicht die besten Kräfte wurden nach Deutschland geschickt. Nach den drei Jahren ihres Aufenthalts begannen sich einige Genossen an die Situation vor Ort ‚zu gewöhnen'. So droht ein Nachlassen der Wachsamkeit und es breitet sich eine grundlose Selbstzufriedenheit aus." Als Ursache für diese Situation nannte er die praktische Isolierung der Mitarbeiter der SMAD von der Führung in Moskau und schlug vor, „eine Gruppe von Personen auszuwählen, die Erfahrung in der Arbeit haben, die politisch geschult sind und sich praktisch bewährt haben, um sie für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren zur Arbeit in der Abteilung Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone zu entsenden, damit sie jene Genossen ablösen können, die in Deutschland bereits mehr als zwei Jahre arbeiten. Ein solcher Austausch sollte künftig regelmäßig, und zwar jährlich, erfolgen"[87].

1948 begannen SMAD und SED mit der Einführung des sowjetischen Modells der Schulbildung. Zur wichtigsten Kraft dieser neuen Etappe wurden jene Lehrer, die SED-Mitglieder waren und nach kurzen Lehrgängen in die Schule kamen. Das System der Schulbildung, das SMAD und SED schufen, war gekennzeichnet durch hierarchische Lehrer-Schüler-Beziehungen sowie durch alternativlosen Unterricht. Es ließ kaum noch zu, daß Menschen ausgebildet wurden, die über die Fähigkeit verfügten, altes Wissen zu interpretieren und neues zu formulieren. Statt dessen begünstigte das System das Wachstum einer sozialen Gruppe, die „bereits ‚fertiges' Wissen in breitere Bahnen überträgt".[88] Unter den Bedingungen Ostdeutschlands konnte damit die soziale Reproduktion einer neuen Elite, bei fortgesetzter Verdrängung der alten, erfolgen, und die SED vermochte ihre Macht zu stabilisieren. Da die sowjetische Führung die Stärkung der bürokratischen Tendenz im System der Volksbildung bevorzugte, beschnitt sie den Einfluß der deutschen intellektuellen Elite auf die Vorbereitung und Durchführung der Schulreform. Die Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit der deutschen Bildungseinrichtungen wurde Anfang 1949 danach beurteilt, „welchen Platz darin die ‚Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion als der führenden Kraft der gesamten fortschrittlichen Menschheit' einnimmt"[89]. Die Sowjetisierung der Schulen war dazu angetan, die Einheit der deutschen Kultur zu untergraben. In der sowjetischen Besatzungszone wuchs eine neue Generation heran, die, wenn auch nur in einem Teil des Landes, die kommunistische Konzeption für die Entwicklung Deutschlands in die Tat umsetzen sollte.

Mit SMAD-Befehl Nr. 50 vom 14. September 1945 wurden die Bedingungen für eine Erneuerung des Hochschulbereichs in Ostdeutschland formuliert.[90] Der Verlauf der Entnazifizierung an den Hochschulen sowie überlieferte Befehlsentwürfe der SMAD, nach denen die Universitäten bereits im Herbst 1945 wiedereröffnet werden sollten (am 15. Oktober in Berlin, am 15. November in den übrigen Städten der sowjetischen Besatzungszone), zeugen davon, daß es zwischen Moskau

87 Vgl. Pismo I. A. Kairowa, in: RGASPI 17/132/68, Bl. 67-80.

88 Uschakin, S. A.: Obrasowanije kak forma wlasti, in: Polis: polititscheskije issledowanija, Nr. 5/1993, S. 44. Solch „fertiges" Wissen waren beispielsweise die ins Deutsche übersetzten Lehrbücher und Lehrmaterialien, die zu einem wirksamen Mittel für die Propagierung der Errungenschaften der UdSSR im ostdeutschen System der Oberschulbildung wurden. Vgl. Sprawka o propagande dostischenii Sowetskowo Sojusa/2.12.1948, in: GARF 7317/10/37, Bl. 215-218.

89 Osnownyje sadatschi. O rabote ONO SWAG sa 1949g., in: GARF 7133/1/254, Bl. 15.

90 Nach diesem Befehl sollten „die nazistischen und militaristischen Doktrinen aus der Ausbildung und Erziehung der Studenten" vollständig ausgemerzt werden; zu garantieren sei zudem „die Ausbildung von Kadern, die dazu befähigt sind, die demokratischen Prinzipien in die Praxis umzusetzen". Vgl. Sa antifaschistskuju demokratitscheskuju Germaiju. 1945-1949, Sbornik dokumentow, Moskwa 1969, S. 144.

und der SMAD Meinungsverschiedenheiten über Situation und Entwicklung der Hochschulen in Ostdeutschland gab.[91] In den Entscheidungen der SMAD, die 1945/46 in Berlin und in den Ländern und Provinzen der SBZ getroffen wurden, zeigten sich Weitsicht und Persönlichkeitsformat jener Offiziere, die für die Wiederherstellung der Hochschulbildung in Ostdeutschland verantwortlich waren. So fand die Wiedereröffnung der Jenaer Universität nach einem Befehl des Chefs der SMA des Landes Thüringen Generaloberst W. I. Tschuikow[92] bereits am 15. Oktober 1945 statt, und der Lehrbetrieb wurde am 1. Dezember des gleichen Jahres wieder aufgenommen.

In den ersten Jahren nach der Zerschlagung des Faschismus zeigte sich bei der Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen deutlich der Einfluß der kommunistischen Entwicklungskonzeption. Veränderungen in der Struktur der Universitäten und in der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft, insbesondere im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Fakultäten[93], mußten sich unvermeidlich auf das politische Kräfteverhältnis und seine Entwicklung auswirken. Die Autonomie der Universität und die Unabhängigkeit der Wissenschaft wurden in dieser Situation zu hochpolitischen Themen.

Da die SED an den Hochschulen nur eine schwache Position hatte, woran sich auch nach der Entnazifizierung des Lehrkörpers nichts geändert hatte, wurden die Hochschulen zu einem Hort des geistigen Widerstands gegen das kommunistische Programm der Erneuerung Deutschlands.[94] Diese Situation beunruhigte die SMAD, zumal auch alle Fehler bei der Leitung der Hochschulen, die der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und den Volksbildungsministerien der Länder unterliefen, im Milieu der Hochschulen „nicht diesen Behörden, sondern der Sowjetischen Militäradministration zugeschrieben" wurden.[95] Die SED, die sich mit Hilfe der SMAD als führende Kraft in Ostdeutschland durchgesetzt hatte, konnte an den Hochschulen bis zum Beginn des Studienjahres 1948/49 keine nennenswerten Positionen erringen. Dann aber führte die Wachsamkeit der SMAD dazu, daß die Opposition gegen die Arbeiterpartei im Hochschulbereich beseitigt wurde. Professoren, die die kommunistische Entwicklungskonzeption für das Land konsequent ablehnten, verließen Ostdeutschland.[96] Die SED setzte auf die Heranbildung

---

91 In einer Information nach Moskau schrieb Marschall Schukow von der Notwendigkeit, möglichst schnell den Universitätsbetrieb wiederaufzunehmen. Vgl. A. Smirnow/W. Molotowu/24.12.1945, in: AWP RF, Referentura po Germanii 1945/27/36/123, Bl. 11. Vgl. auch ebd., Bl. 28 und Sprawka-doklad ONO SWAG ob otkrytii universitetow w Wostotschnoi Germanii, in: GARF 7317/55/2, Bl. 22-24.

92 Tschuikow, Wassili Iwanowitsch (1900-1982), 1941 Generalleutnant, 1955 Marschall der Sowjetunion, 1945 Chef der SMA Thüringen, 1949 Oberster Chef der SMAD, 1960 Chef der Landstreitkräfte/Stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR, 1952 Kandidat/1961 Mitglied im ZK der KPdSU.

93 Vgl. beispielsweise Prikas Nr. 333 SWAG „Ob utschreschdenii fakultetow obschtschestwennych nauk pri Leipzigskom, Jenskom i Rostokskom uniwersitetach", in: GARF 7317/8/8, Bl. 72-78.

94 Daß die Situation an den ostdeutschen Hochschulen für SMAD und SED außerordentlich ungünstig war, zeigte sich bei den Wahlen zu den Studentenräten. Vgl. Samestitel ministra inostrannych del SSSR/Politsowetniku pri Glawnonatschalstwujuschtschem SWAG/11.2.1948, in: AWP RF 082/35/91/174, Bl. 9. Zu den von der SMAD vorgeschlagenen Maßnahmen zur „Gesundung der Situation" vgl. N. Orlow/A. J. Wyschinskomu/8.4.1948, in: AWP RF 082/35/91/174, Bl. 49-51. Vgl. auch Samestitel politsowetnika SWAG M. Gribanow/sawedujuschtschemu 3-m jewropeiskim otdelom MID SSSR A. A. Smirnowu, in: AWP RF 082/35/91/174/Bl. 73-75.

95 Natschalnik uprawlenija SWA semli Tjuringija gw. general-maior Kolesnitschenko/samestitelju glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG po polittschasti general-leitenantu Makarowu/3.6.1947, in: AWP RF 0457b/4/25/22, Bl. 26.

96 So verließ der Rektor der Leipziger Universität, der Philosoph Hans-Georg Gadamer, Ostdeutschland. In den Westen gingen bis 1948 auch die Philosophen Nicolai Hartmann und Eduard Spranger (Berliner Universität), Hans Leisegang und Max Bense (Jenaer Universität) und Theodor Litt (Leipziger Universität). 1949 folgten ihnen jene Genetiker, die die „Wissenschaftlichkeit" der Theorien des sowjetischen Biologen T. D. Lyssenko nicht anerkennen wollten.

einer neuen, aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft stammenden und ihr ergebenen Elite.[97] Bei dem Übergewicht der alten Professoren an den ostdeutschen Hochschulen bildeten diese aber noch lange Zeit eine Art Insel, wo einer jungen Generation von Deutschen die westeuropäische Kulturtradition mit ihren Werten vermittelt wurde. Daran änderte sich auch nichts, als im Studienjahr 1948/49 die Reglementierung des Wissens vom Deutungsmonopol des Marxismus-Leninismus aus begann.[98] Letzteres war begleitet von der Durchsetzung sowjetischer Standards an den Hochschulen Ostdeutschlands. Auf Bitten der SMAD gab die Abteilung Propaganda des ZK der WKP(B) die Anweisung, 15 komplette Lehrprogramme für Geisteswissenschaften nach Ostdeutschland zu schicken. Außerdem sollte eine Gruppe von wissenschaftlichen Mitarbeitern dorthin entsandt werden, um Vorlesungen zu halten „über die sowjetische Ideologie und ihre Überlegenheit über die bürgerliche Ideologie, über die sowjetische Gesellschaftsordnung und die Leninsche und Stalinsche nationale Politik, über die wichtigsten Errungenschaften der sowjetischen Kultur und Wissenschaft, über die Krise der bürgerlichen Demokratie, über moderne Soziologie und Philosophie". 1949/50 wurde eine Reihe sowjetischer Hochschullehrbücher, Monographien und Sammelbände zur Geschichte, Politischen Ökonomie, Philosophie, Rechtswissenschaft, Sprachwissenschaft, Literatur und Biologie herausgegeben. Das Ministerium für Hochschulbildung delegierte eine Gruppe von Hochschullehrern „zum Studium der Lage bei der Universitätsausbildung sowie zur praktischen Hilfe vor Ort".[99]

Die Reorganisation der Deutschen Akademie der Wissenschaften, die am 1. August 1946 in Berlin wiedereröffnet wurde, verlief in ähnlichen Bahnen wie die Entwicklung an den ostdeutschen Hochschulen.[100] Von 1945 bis 1949 gab es in Berlin eine Vertretung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Sie befaßte sich sowohl mit Fragen des Schadensersatzes für die Verluste[101], die die Deutschen der sowjetischen Wissenschaft in den Jahren des Krieges zugefügt hatten, als auch mit der Frage, wie das Innovationspotential der deutschen Wissenschaft nutzbar gemacht werden kann. Letzteres war vor allem durch die Notwendigkeit bedingt, in der UdSSR im Zusammenhang mit der beginnenden Auseinandersetzung zwischen den Supermächten neue, wissenschaftsintensive Waffensysteme zu entwickeln.[102] Am 30. September 1946 faßte der Ministerrat der UdSSR den Beschluß, bei der SMAD eine Verwaltung für das Studium

97 Natschalnik ONO SWAG I. Artjuchin/samestitelju Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG general-leitenantu Dratwinu/10.8.1948, in: GARF 7317/55/6, Bl. 120-121.

98 Im Studienjahr 1948/49 begann die Einführung der Politischen Ökonomie sowie des Dialektischen und Historischen Materialismus als Pflichtfächer. Vgl. Natschalnik ONO SWAG I. Artjuchin/wsem natschalnikam ONO uprawlenija SWA semel/16.9.1948, in: GARF 7317/54/12, Bl. 67-69.

99 Vgl. A. Kusnezow, J. Schdanow/sekretarju ZK WKP (b) Suslowu/23.11.1948, in: RGASPI 17/128/567, Bl. 82-83.

100 Vgl. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946-1956, Berlin 1956, S. 33-54.

101 1945/46 wurden von der Vertretung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Laborgeräte und -materialien, die für 2.934.363 Mark aufgekauft worden waren, aus Deutschland in die Sowjetunion geschickt, außerdem 18 demontierte deutsche Betriebe, eine Orangerie, zwei Bibliotheken, ein Büchermagazin, ein Observatorium und sieben Druckereien. Die Gesamtmenge des versandten Gutes füllte 460 Güterwagen und 12 Transportflugzeuge. Im Auftrag des Bevollmächtigten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurden von deutschen Wissenschaftlern 60 wissenschaftliche Arbeiten aus der Mathematik, der Chemie, der Astronomie, der Kristallographie, Akustik u. a. verfaßt und in die Sowjetunion geschickt. Außerdem erhielten deutsche Firmen Aufträge für Ausrüstungen in einem Wertumfang von annähernd 1.455.000 Mark. Insgesamt vergab die Vertretung in Ostdeutschland Aufträge im Wert von 12.887.640 Mark. Vgl. Akt o prowerke dejatelnosti upolnomotschennowo Akademii Nauk w Germanii, in: Archiv der Russischen Akademie der Wissenschaften 557/1/14, Bl. 18.

102 Vgl. Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993, S. 151-166.

der Errungenschaften der deutschen Wissenschaft und Technik zu schaffen. Damit wurde die Rolle des Vermittlers zwischen der sowjetischen und der deutschen Wissenschafts- und Technik-Gemeinschaft der SMAD übertragen, die staatlicher Reglementierung stärker unterlag als die Vertretung der Akademie der Wissenschaften. Bei allen sowjetischen Ministerien und Behörden wurden Konstruktions- und wissenschaftlich-technische Büros eingerichtet, deren Themen- und Arbeitspläne der SMAD übermittelt wurden. Die SMAD wiederum stellte entsprechende deutsche Forschungskollektive zusammen und erteilte ihnen Aufträge. Gleichzeitig wurden Maßnahmen ergriffen, um die wissenschaftliche Gemeinschaft und das Bildungssystem Ostdeutschlands von den westlichen Besatzungszonen wie vom Westen überhaupt zu isolieren.[103]

„Zusammen mit der Sowjetunion [...] gegen den anglo-amerikanischen Imperialismus"

Im April 1947 hatte die Verwaltung für Propaganda und Agitation des ZK der WKP(B) einen „Maßnahmeplan zur Propagierung der Ideen des sowjetischen Patriotismus unter der Bevölkerung" erarbeitet. Der Grundgedanke dieses Plans bestand darin, alles Sowjetische, d.h. „Fortschrittliche, dem Verfaulenden, Bourgeoisen"[104] diametral entgegenzusetzen. Das hatte auch Auswirkungen für die sowjetische Propaganda in Ostdeutschland. Angesichts der Schwierigkeit der Aufgabe suchte man nach einem effektiven Mechanismus der Einflußnahme auf das Massenbewußtsein der Menschen in der sowjetischen Besatzungszone. Denn das vorhandene Arsenal war offenbar unzulänglich, was um so auffälliger war als die ehemaligen Verbündeten eine beneidenswerte Überlegenheit im Umgang mit der deutschen Bevölkerung bewiesen.

Das Interesse an der UdSSR nahm in Deutschland zu: Deutsche bemühten sich um die Herstellung von informellen Kontakten zu Sowjetbürgern, zu Arbeitskollektiven und schöpferischen Gemeinschaften, und es entstand der Wunsch, die UdSSR zu besuchen. Gleichzeitig wurden aber auch die Briefe und Berichte mit kritischen Bemerkungen zur sowjetischen außenpolitischen Propaganda sowie mit Vorschlägen zu ihrer Verbesserung nicht weniger.[105] Dies beunruhigte auch jene Deutschen, die ihr Leben mit der kommunistischen Entwicklungskonzeption für das Land verbunden hatten.[106] Viele sahen die Notwendigkeit, die Koordinierung unter den sowjetischen Behörden und Organisationen, die mit sowjetischer Propaganda in Deutschland befaßt waren[107], zu verbessern. Besorgnis erregte der Mangel an qualifizierten Propagandisten in der

103 Vgl. I. Artjuchin/samestitelju Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG A. F. Kabanowu/Kratkaja sprawka o merach po demokratisazii wusow sowetskoi sony, in: GARF 7317/54/11, Bl. 86.

104 Die Erziehung zum sowjetischen Patriotismus sollte von Stalins Hinweis ausgehen, daß auch noch der „letzte sowjetische Bürger, der von der Kette des Kapitalismus frei ist, um Haupteslänge jede hochgestellte Beamtenseele im Ausland überragt, die auf ihren Schultern das Joch der kapitalistischen Sklaverei trägt". Vgl. Fatejew, A. W.: Obras wraga w sowetskoi propagande 1945-1954gg., Moskwa 1999, S. 63.

105 Vgl. beispielsweise Samestitel saweduschtewo Zentralno-Jewropeiskim otdelom WOKS I. Schuwalow/Predsedatelju prawlenija WOKS W. S. Kemenewu/29.6.1948, in: GARF 5283/22/106, Bl. 88.

106 Einer von ihnen, der aufrichtig darunter litt, war der Präsident des Kulturbundes Johannes R. Becher. Als er 1946 in Moskau war, versuchte er in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des WOKS A. I. Denissow seine Ansicht über die sowjetische Propaganda darzulegen. Doch aus Angst vor möglichen Folgen unterließ er es dann. Vgl. Is dnewnika predsedatelja Prawlenija WOKS A. I. Denissowa, in: AWP, fond referentura po Germanii/36/115/198, Bl. 65.

107 Dazu gehörten: Sowinformbüro, Sowexportfilm, WOKS, TASS, Rundfunkkomitee, Meschdunarodnaja kniga, die Internationale Abteilung des Unions-Zentralrates der Gewerkschaften, der Verlag für ausländische Literatur, gesellschaftliche Komitees und Ausschüsse – für Frauen, für Juden, für Slawen, für die Jugend.

SMAD.[108] Außerdem verfuhren die sowjetischen Propagandisten nach abgegriffenen Schablonen, konnten sie doch fast nur auf Erfahrungen unter Bedingungen eines staatlichen Informationsmonopols zurückgreifen. Und je mehr sich die internationalen Spannungen erhöhten, desto langsamer wurden in Moskau die Fragen entschieden. Die Furcht vor der Verantwortung produzierte langwierige Briefwechsel, so daß die SMAD die Fähigkeit verlor, operativ zu reagieren. Obwohl die SMAD an der Verbreitung der russischen Sprache interessiert war, vermochte sie nicht einmal die Abteilungen für russische Sprache und Literatur an den pädagogischen Fakultäten mit der entsprechenden Fachliteratur auszustatten. Einzelne Exemplare der benötigten Bücher gerieten erst auf Umwegen in die sowjetische Besatzungszone. Beispielsweise erhielt ein Professor der Berliner Universität das Buch von Akademiemitglied W. W. Winogradow „Die russische Sprache der Gegenwart" über Bekannte aus der Schweiz. Einige sowjetische Bücher kamen auf noch größeren Umwegen in die sowjetische Besatzungszone: Von Moskau nach London, von dort nach Deutschland in die britische Besatzungszone und von dort, und zwar nur zufällig, in die Sowjetische Zone.[109]

Auch die Klagen über das am 27. Februar 1947 eröffnete Haus der sowjetischen Kultur in Berlin nahmen kein Ende. Sarkastisch beschrieb der Schriftsteller P. Pawlenko in einem Brief an Stalin die Realität dieses Hauses: „[...] täglich kommt eine Menge von Deutschen. Mit Interesse betrachten sie eine Ausstellung schlechter Reproduktionen von Originalen aus der Tretjakow-Galerie und eine Ausstellung mit Radierungen von Pawlow, die dem alten Moskau mit seinen Holzhäusern gewidmet ist". Der Schriftsteller verwies auf Fehlgriffe der sowjetischen Propaganda und stellte fest: „Die Deutschen zeigen großes Interesse an sowjetischen Büchern [...]. Wir beschränkten uns darauf, Buchläden des ‚Internationalen Buchs' zu eröffnen, in denen der Rubelpreis mechanisch in Mark umgerechnet wird. Scholochows ‚Stiller Don', der 22 Rubel kostet, wird für 44 Mark verkauft. Für Deutschland ist das ein sagenhafter Preis; ein deutscher, englischer oder amerikanischer Roman kostet dagegen 3 – 5 Mark. [...] Mir erscheint es unbedingt notwendig, daß das ‚Internationale Buch' Preise festlegt, die dem deutschen Büchermarkt entsprechen, daß bei den Buchläden Leseräume eingerichtet werden und daß beim Buchverkauf – insbesondere für Studenten – die Möglichkeit der Bezahlung auf Raten eingeführt wird".[110]

Die deutliche Zuspitzung der außenpolitischen Situation machte es erforderlich, in Ostdeutschland möglichst rasch eine für die UdSSR günstige Informationslage zu schaffen. Doch das erwies sich als schwierig, denn nach wie vor verhielt sich die Mehrheit der Zonenbevölkerung der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber mißtrauisch und distanziert. Im Frühjahr 1948 zeichnete sich die direkte Einbeziehung des östlichen wie des westlichen Teils Deutschlands in die Politik der sich bekämpfenden Großmächte ab, Maßnahmen zur Beschneidung des Einflusses der Oppo-

---

108 So heißt es in einem Bericht der Verwaltung für Information: „Gegenwärtig ist bei uns eine sehr angespannte Kadersituation entstanden: Nicht eine Kulturabteilung ist vollständig besetzt, im Land Mecklenburg gibt es keinen Leiter der Kulturabteilung. In einem Land wie Sachsen, das über eine große Anzahl von Kultureinrichtungen verfügt, arbeitet ein junger Offizier als Chef der Abteilung Kultur, der keinerlei Erfahrungen in der Arbeit auf kulturellem Gebiet besitzt, und als Referent ist in der Abteilung ein Leutnant tätig, der lediglich einen 10-Klassen-Schulabschluß hat. Im letzten Jahr wurden drei Chefs von Kulturabteilungen in den Ländern, zwei Referenten aus Unterabteilungen und zwei Referenten aus Abteilungen für Kultur in die UdSSR zurückberufen, die in der Mehrzahl eine spezielle Hochschulbildung, Erfahrungen in der Kulturarbeit und gute Kenntnisse der deutschen Sprache hatten. Als Ersatz für sie schickte man uns nicht einen einzigen gleichwertigen Mitarbeiter mit entsprechender Bildung." Sprawka Uprawlenija informazii SWAG/14.04.1948, in: AWP RF 04578/6/25/38, Bl. 93.

109 Vgl. Natschalnik ONO SWAG P. Solotuchin/Predsedatelju WOKS Kemenowu/31.01.1948, in: GARF 5283/22/106, Bl. 49.

110 Pissatel Pawlenko w ZK WKP(b) Iossifu Stalinu, in: RGASPI 17/125/509, Bl. 298-301.

sition wurden ergriffen[111]. Für die kulturpolitische Entwicklung in der SBZ hatten auch die „historischen Beschlüsse des ZK der WKP(B) zu ideologischen Fragen" weitreichende Bedeutung. Allen Formen des ideologischen Kampfes, den das „an der Spitze der fortschrittlichen Menschheit stehende sowjetische Volk" in Deutschland führte, sollte jetzt ein „aktiv-offensiver Charakter"[112] verliehen werden. Gleichzeitig verstärkte sich mit der Eskalation des Kalten Krieges in den aus Moskau kommenden Empfehlungen für die SMAD die Tendenz, Ostdeutschland als Bestandteil des Systems zu betrachten, in dem die Sowjetunion die führende Rolle spielte. Strenger reglementiert wurde nun auch die Tätigkeit der SMAD, die sich bis dahin nicht gerade durch Einheitlichkeit in den Ansichten ausgezeichnet hatte.[113]

1948 wurde zum ersten Mal Bilanz über die Tätigkeit der am 30. Juni 1947 in Berlin gegründeten Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion gezogen.[114] Die Gründung der Gesellschaft, die auf Traditionen aus der Weimarer Republik zurückgreifen konnte, war von SMAD und SED initiiert worden. Ihre Mitglieder waren zunächst überwiegend Intellektuelle, sie war also zunächst keine Massenorganisation.[115] 1948 war deutlich geworden, über welche Möglichkeiten die Gesellschaft verfügte. In seiner Analyse ihrer Entwicklung hob der Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD M. G. Gribanow[116] das Ziel der Organisation hervor: „Erziehung von Kadern, die aufrichtige Freunde der Sowjetunion sind, und Popularisierung der sowjetischen Errungenschaften unter der breiten Masse der Bevölkerung". Gribanow berichtete nach Moskau: „Positives Moment in der Tätigkeit der Gesellschaft ist ihre Ausrichtung auf die Propagierung der Sowjetunion als fortschrittlicher sozialistischer Staat und der entschieden antiimperialistische Charakter dieser Propaganda".[117] Er war der Ansicht, daß die sowjetische Propaganda in Ostdeutschland vorwiegend von Deutschen betrieben werden könnte und sollte. Die Reaktion aus Moskau folgte umgehend: Der SMAD wurde die Aufgabe gestellt, der Gesellschaft Massencharakter zu verleihen und Maßnahmen zu ihrer Umwandlung in eine Freundschaftsgesellschaft mit der UdSSR zu ergreifen.[118] Zu dieser Zeit hatte man auch bereits einige Erfahrungen in der Propagierung der Sowjetunion durch Deutsche, die die UdSSR besucht hatten, gesammelt.[119]

---

111 Vgl. S. I. Tjulpanow wsem natschalnikam otdelow informazii Uprawlenija SWA semel, redaktoru gasety „Tägliche Rundschau", direktoru Doma kultury SSSR w Berline/9.3.1948, in: AWP RF 0457b/6/25/38, Bl. 67.

112 Ebd. Siehe auch Verfügung des Leiters der zentraleuropäischen Abteilung des WOKS J. Meleschko an den Chef der Abteilung Kultur in der Verwaltung für Information der SMAD A. L. Dymschiz aus Anlaß des Beschlusses des ZK der WKP(B) vom 10. Feb. 1948 über die Oper „Große Freundschaft" von W. Muradeli, in: GARF 5283/22/106, Bl. 17-20 (Dokument Nr. 117).

113 Vgl. Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission. 1939-1991, Berlin 1995, S. 261.

114 Interessant ist die Bewertung der ersten Schritte dieser Gesellschaft durch hohe Offiziere der SMAD. Vgl. beispielsweise M. Gribanow/marschalu Sowetskowo Sojusa Sokolowskomu W. D. i general-leitenantu Makarowu W. J./28.8.1947, in: AWP RF 0457b/4/25/22, Bl. 110-111.

115 Im Herbst 1948 war Kuczynski noch der Ansicht, daß die Gesellschaft „in dem gegenwärtigen Moment nicht den Ehrgeiz haben kann, viele Hunderttausende oder Millionen Mitglieder zu haben – wo es doch aufgrund des politischen und spezifisch-kulturellen Niveaus der deutschen Bevölkerung eine so hohe Anzahl von den Zielen unserer Gesellschaft wirklich überzeugten Menschen nicht gibt." Zit. nach Hartmann, Anneli/Eggeling, Wolfram: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung, Berlin 1993, S. 29.

116 Gribanow, Michail Grigorewitsch (1906-), Diplomat, 1947-49 stellvertretender Politischer Berater der SMAD, ab 1949 Leiter der 3. Europäischen Abteilung im Außenministerium der UdSSR.

117 M. Gribanow/A. Smirnowu/12.7.1948, in: AWP RF fond referentura po Germanii 1948/35/174, Bl. 50.

118 Vgl. General-leitenant A. Russkich/sekretarju ZK WKP(b) tow. M. A. Suslowu/12.2.1949, in: GARF 7317/3/4, Bl. 13.

119 Im Frühjahr 1946 begann die „Tägliche Rundschau" mit dem Abdruck von Reisenotizen des kommunistischen Publizisten Alfred Kurella, der – damals noch eine Seltenheit – als Deutscher für Deutsche im Sinne der UdSSR Zeugnis ablegte. Vgl. Kurella, Alfred: Urlaubsreise nach Kaukasus, in: Tägliche Rundschau, 19.4.1946

Von sowjetischer Seite wurden diese Erfahrungen analysiert und sehr positiv bewertet. Wie der Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR I. Schikin empfahl, sollte man bei der sowjetischen Propaganda in Ostdeutschland „deutsche antifaschistische Kader stärker und besser nutzen"[120].

Am 1. März 1949 beriet das Politbüro des ZK der SED über die Arbeit und die Situation der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. Unter Hinweis auf ihre besondere Bedeutung „im Kampf gegen den Antibolschewismus" verpflichtete das Politbüro alle Landes- und Kreissekretariate der SED, Maßnahmen zur Einbeziehung breiter Massen in die Gesellschaft zu ergreifen. Die Abteilung Parteischulung sollte ein Programm zur Ausbildung von Funktionären für die Gesellschaft ausarbeiten.[121] Gleichzeitig begann in den sowjetischen Lagern für deutsche Kriegsgefangene die Ausbildung künftiger Mitarbeiter der Gesellschaft.[122]

Der Einfluß der sowjetischen politischen Kultur in Ostdeutschland machte sich bald bemerkbar, was sich mitunter – wie im Fall der „Hennecke-Bewegung"[123] – im bloßen Kopieren sowjetischer Erfahrungen niederschlug. Die Nachahmung der UdSSR wurde von den Massenmedien vorgegeben, Theater und Kino sowie die Schulen wirkten im gleichen Sinne[124]. Auf diese Weise wurde auch der II. Zonenkongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion im Juli 1949 vorbereitet, auf dem die Umbenennung der Gesellschaft in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erfolgte. In den Zentralvorstand der Gesellschaft gingen auch Vertreter der SMAD-Führung: der Politische Berater W. S. Semjonow, Generalmajor S. I. Tjulpanow[125], der

---

und 26.4.1946. Im April 1948 hielt Eduard Claudius (Schmidt), nachdem er kurz zuvor mit einer Delegation deutscher Schriftsteller die UdSSR besucht hatte, zehn Vorträge über die Sowjetunion und seine Eindrücke und zwar vor allem vor Arbeitern von Großbetrieben im Land Brandenburg. Diese Vorträge zählten insgesamt mehr als 4.000 Besucher. Vgl. Gribanow/Smirnowu/12.7.1948, in: AWP RF fond Germanija referentura 1948/35/174, Bl. 42. – Kurella, Alfred (1895-1975), kommunistischer Journalist, Emigration in die UdSSR und Erwerb der sowjetischen Staatsbürgerschaft, im Krieg bei der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und im Nationalkomitee „Freies Deutschland" tätig, 1954 Rückkehr nach Deutschland (DDR), gehörte zu den führenden Kulturpolitikern und Ideologen der SED. Claudius, Eduard (1911-1976), Schriftsteller und Diplomat, 1945 Pressechef im Ministerium für Entnazifizierung in Bayern, 1948 Übersiedlung nach Potsdam, 1956-59 DDR-Generalkonsul in Syrien, 1959-61 DDR-Botschafter in Vietnam.

120 Schikin schlug außerdem vor, die SMAD zu unterstützen, indem zusätzlich „2.000 deutsche Kriegsgefangene, die antifaschistische Schulen und Lehrgänge in der UdSSR abgeschlossen haben", ausgewählt und nach Ostdeutschland geschickt werden. Vgl. Sapiska natschalnika Glawnowo Polituprawlenija WS SSSR I. Schikina/ natschalniku Uprawlenija propagandy i agitazii ZK WKP (b) G. Alexandrowu ob itogach prowerki Uprawlenija propagandy SWAG, in: SWAG: Uprawlenije propagandy (informazii) i S. I. Tjulpanow, S. 146- 147.

121 Erhöht wurde auch das Budget der Landesministerien für Volksbildung, und zwar um 500.000 Mark, die für den Bedarf der Gesellschaft bestimmt waren. Vgl. Walter Ulbricht/Tschreswytschainomu i polnomotschnomu poslu SSSR tow. Semjonow, in: AWP RF fond referentura Germanii 1949/36/115/198, Bl. 22-23; G. Arkadjew, samestitelj politsowetnika SWAG/A. Smirnowu/ 17.3.1949, ebd., Bl. 34.

122 Vgl. Natschalnik spezobjekta Nr. 42 MWD SSSR polkownik Serebriski/predsedatelju prawlenija WOKS professoru Denissowu/23.9.1949, in: GARF 5283/22/165, Bl. 102.

123 Vgl. Generalny direktor otdelenija sowetskowo gossudarstwennowo akzionernowo obschtschestwa „Kali"/ direktoru Beresnikowskowo kombinata tow. I. P. Sabelinu/Juni 1949, in: RGASPI 17/132/108, Bl. 99.

124 Am 9. Jan. 1947 veröffentlichte die Tägliche Rundschau den Artikel „Helden und Ideale von Helden". Darin hieß es: „Falsche Idole müssen vom Sockel gestoßen werden, doch der Sockel darf nicht leer bleiben". Auf ihn sollte der neue, d.h. der sowjetische Mensch gehoben werden, da es „den sowjetischen Menschen gelang, im schwierigen Alltag, im Verlauf der Umgestaltung und der Schaffung neuer Formen menschlicher Beziehungen das Persönliche und das Gesellschaftliche harmonisch zu verbinden, sie vermochten eine neue, höhere und edlere Moral und neue Gesetze des menschlichen Verhaltens auszuarbeiten und im täglichen Leben zu verankern." Der neue Mensch erschien nahezu als Übermensch.

125 Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch, Dr. (1901-1984), 1927 WKP(B), 1942 Oberst, 1949 Generalmajor, 1945-49 Chef der Verwaltung für Propaganda/Information der SMAD, 1950-56 Dozent für politische Ökonomie an der Marine-Akademie Leningrad, später Lehrstuhlleiter für politische Ökonomie der Entwicklungsländer an der Universität Leningrad.

Direktor des Hauses der Kultur der UdSSR Oberst Kusminow und der Leiter der Abteilung Kultur in der Verwaltung für Information Major Rosanow. Die Schaffung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wurde zu einem hochpolitischen Akt. Die in ihr vereinigten „progressiven Kräfte Deutschlands" sollten „zusammen mit der Sowjetunion, zusammen mit dem gesamten demokratischen Friedenslager gegen [...] den angloamerikanischen Imperialismus kämpfen". [126]

Mit dem „kulturellen Aufbau" hatte die SMAD eine organisatorische Basis für die sowjetische Propaganda und Agitation in Ostdeutschland geschaffen, deren Aufgabe darin bestand, ein attraktives Bild von der Sowjetunion zu verbreiten, wie es den sowjetischen außenpolitischen Zielen entsprach. Mit diesem neuen Bild von der UdSSR und vom Sowjetmenschen als nachahmenswertem Vorbild, das unter den Ostdeutschen propagiert wurde, wollte man erreichen, daß die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone auch den ihr offerierten Entwurf des künftigen Deutschlands akzeptierte. Die Entwicklung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in den Jahren von 1947 bis 1949 trug dazu bei, die Wirksamkeit der sowjetischen Propaganda in Ostdeutschland zu erhöhen und die Beteiligung von Deutschen daran zu verstärken.

Aus dem Russischen übersetzt von Dr. Rolf Semmelmann.

126 Natschalnik Uprawlenija informazii general-maior S. I. Tjulpanow/predsedatelju prawlenija WOKS professoru Denissowu/16.7.1949, in: GARF 5283/22/165, Bl. 9-20, hier Bl. 18. Am 17. Aug. 1949 erschien eine Verfügung des Obersten Chefs der SMAD Armeegeneral W. Tschuikow, sie enthielt den Vorschlag „an die Stadt- und Bezirkskommandanten, ihre Stellvertreter für politische Angelegenheiten und die Leiter der Informationsabteilungen, aber auch an die sowjetischen Direktoren und Ingenieure von Betrieben sowjetischer Aktiengesellschaften, in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Mitglieder einzutreten" und verpflichtete sie, „an ihrer Arbeit aktiv teilzunehmen". In: GARF 7133/1/281, Bl. 319.

Weder „Freiheit" noch „Einheit": Methoden und Resultate der kulturpolitischen Umorientierung in der sowjetischen Besatzungszone. Einleitung

Jan Foitzik

Im Mai 1945 war der Krieg zu Ende, nicht aber das materielle und psychische Elend, das die Gesichter der vielen Millionen Opfer trug. Wenn mit dem Kriegsende schlagartig das kulturelle Leben aufblühte, worüber alle Zeitzeugen berichten, so heißt das nur, daß sich nach zwölf Jahren geistiger Verwüstung und sechs Jahren Krieg mit elementarer Kraft Grundbedürfnisse freie Bahn brachen[1]. Sie brachten aber nicht nur pathetischen Siegestriumph oder instinktive Überlebensfreude zum Ausdruck, sondern konnten auch Trost, Betäubung, Ablenkung bedeuten. Sowjetische Soldaten erwiesen lebenden wie toten deutschen Dichtern feierlich ihre Reverenz[2] und sprachen vereinzelt von einer Befreiung der deutschen Kunst und Kultur[3]. Sogar der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten schien für eine Weile vergessen[4]. Bizarr wirkten solche Bilder scheinbarer Normalität in der Katastrophe, Momentaufnahmen einer „Kultur auf Trümmern", schon auf die Zeitgenossen.

Europa glich einem Friedhof. Nur in der Rückschau schien die Masse der Deutschen vom Schock der Niederlage gelähmt. Das Trauma saß tiefer. Die hohe Zahl der exzessiven Selbsttötungen in der letzten Kriegsphase weist darauf hin, daß bei vielen die Lebenskraft schon früher verbraucht war. Die allgemeine Apathie gaben selbst amtliche Berichte wieder: „Und als der Krieg dann zu Ende war, war eigentlich alles zu Ende. [...] Es gab überhaupt nichts mehr. [...] Chaos. [...] Die große Masse der Bevölkerung [...] stand in diesen Tagen wie gelähmt ihrem eigenen Schicksal teilnahmslos gegenüber. Sie war von der Empfindung durchdrungen, daß ihr weiteres Leben oder Sterben völlig in der Hand der Besatzungsmacht liege, von ihr bestimmt und geregelt werde."[5]

---

1 Der Chef der Rückwärtigen Dienste der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland N. A. Antipenko berichtete im Juni 1945, daß allein in Berlin 45 Varietés und Kabaretts sowie 127 Kinos spielten, die täglich von 80.000 bis 100.000 Personen besucht wurden. Vgl. Badstübner, Rolf u.a.: Deutsche Geschichte. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin 1989, S. 83.

2 So veranstaltete etwa am 7. Aug. 1945 der Chef der thüringischen SMA mit seinen Offizieren in Weimar eine Gedenkfeier am Denkmal Goethes und Schillers. Vgl. Semirjaga, Michail Iwanowitsch: Kak my uprawljali Germaniei, Moskwa 1995, S. 326; Pachaly, Erhard/Rosenfeld, Günter/Schützler, Horst/Schulte-Wollgast, Harald: Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, in: Laboor, Ernst u.a. (Hg.): Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Berlin 1967, S. 485. Ein anderes Beispiel bietet die sehr aufmerksame und zuvorkommende Behandlung Gerhart Hauptmanns.

3 Vgl. Hartmann, Anne: „Züge einer neuen Kunst"? Ästhetische Konzepte der SMAD und ihre Herkunft aus dem Stalinismus, in: Ehrlich, Lothar/Mai, Gunther: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht, Köln 2000, S. 61-95, hier S. 61-62.

4 So meldete der amerikanische Geheimdienst in seinem ersten Bericht aus Berlin im Juli 1945: „A great number of cabarets and night clubs are open all over Berlin, and they are enjoying a great success with both the civilian population and the occupying troops. Their programs blend the German and Russian languages." Vgl. Intelligence Summary 17. July 1945, Federal Records Center, RG 208/234/366A.

5 Vgl. Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg, Rückblick und Rechenschaft, hg. vom Präsidium der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Potsdam 1946, S. 6-7.

Die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Mächte befreite vom Krieg. Sie war nicht unmittelbar ein Akt der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur, sondern entsprach den Geboten des Krieges und des internationalen Vertragsrechts[6]. Spätestens mit der Zustimmung zur amerikanisch-britischen Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation signalisierte im Sommer 1943 auch die UdSSR, daß die Kriegs- und Besatzungsziele in Deutschland über das traditionelle Kriegsvölkerrecht hinaus auch Eingriffe in innere Angelegenheiten des besetzten Landes beinhalten werden[7]. Die gemeinsame Festlegung der USA, der UdSSR und Großbritanniens auf der Jalta-Konferenz 1945, im besetzten Deutschland „alle nazistischen und militärischen Einflüsse aus öffentlichen Einrichtungen, dem Kultur- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes zu entfernen und gemeinsam diejenigen anderen Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die sich für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der ganzen Welt als notwendig erweisen"[8], beinhaltete folglich eine Generalvollmacht, die sich auch auf die kulturelle Sphäre erstreckte. Gehemmt durch das Einstimmigkeitsprinzip des Alliierten Kontrollrats, in dem „alle Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen", gelöst werden sollten, kollidierte dieses Prinzip der gesamthänderischen Besatzungsdiktatur der Vier Mächte formal mit der ebenfalls vertraglich vereinbarten Weisungsabhängigkeit der Befehlshaber der einzelnen Besatzungszonen gegenüber ihren Regierungen[9]. Im Frühjahr 1948 wurde diese Selbstblockade dadurch beendet, daß der Kontrollrat seine Tätigkeit einstellte. Nicht nur Deutschland, ganz Europa wurde für fast fünfzig Jahre in zwei militärisch, politisch und kulturell konkurrierende Lager gespalten.

I. Grundsätze des Besatzungsrechts

Kein Dissens zwischen den Siegermächten herrschte ursprünglich über die allgemeinen Besatzungsziele. Sofern sie den kulturpolitischen Bereich betrafen, zogen die vier Oberbefehlshaber der Besatzungszonen in der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 die Aufsicht über alle Nachrichtenmittel an sich. In den „Politischen Grundsätzen" der Potsdamer Konferenz wurde u.a. religiöse und politische Diskriminierung verboten und eine personalpolitische Säuberung öffentlicher und halböffentlicher Einrichtungen von früheren NSDAP-Mitgliedern angekündigt. Im Absatz 7

---

6 Auf sowjetischer Seite tauchte der Ausdruck „Befreiung des deutschen Volkes vom Hitler-Faschismus" zum ersten Mal im Telegramm des ZK der WKP(B) an das ZK der SED vom 11. Mai 1950 auf. Vgl. Telegramma Zentralnowo Komiteta Kommunistitscheskoi partii Sowetskowo Sojusa Zentralnomu Prawleniju Sozialistitscheskoi jedinoi partii Germanii po slutschaju godowschtschiny oswoboschdenija nemezkowo naroda ot gitlerowskowo faschisma/11.5.1950, in: Ministerstwo inostrannych del SSSR/Ministerstwo inostrannych del GDR (Hg.): Otnoschenija SSSR s GDR 1949-1955gg., Moskwa 1974, S. 80. Diese Formel enthält auch das Telegramm Jossip W. Stalins als Vorsitzender der sowjetischen Regierung an den DDR-Ministerpräsidenten O. Grotewohl vom gleichen Tag. In: Ebd., S. 81.

7 Die UdSSR bekannte sich am 14. Okt. 1942 zum selbständigen Vorgehen bei der Bestrafung von Verletzungen internationaler Rechtsnormen und trat weder der Grundsatzerklärung von Vertretern der von Deutschland besetzten Länder vom 13. Jan. 1942 noch der am 7. Okt. 1942 errichteten Kommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung von Kriegsverbrechen bei. Dieses Vorgehen wurde durch die Moskauer Deklaration vom 31. Okt. 1943 sanktioniert.

8 Vgl. Kommunique über die Konferenz der Regierungschefs der drei alliierten Mächte – der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens – auf der Krim, Absatz II, in: Fischer, Alexander (Hg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei", Köln 1985, S. 185.

9 Vgl. Kurze Zusammenfassung des Abkommens über den Kontrollmechanismus in Deutschland, in: Die Berliner Konferenz der Drei Mächte/Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland/Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin, 1945, Sammelheft 1: Kommuniqués, Deklarationen, Proklamationen, Gesetze, Befehle, SWA-Verlag Berlin 1946, S. 32.

vereinbarte man ausdrücklich eine Überwachung des Erziehungswesens, um daraus nazistische und militaristische Lehrsätze zu entfernen sowie „eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen" zu ermöglichen. Absatz 10 garantierte zwar „die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion" sowie – zunächst auf den kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereich beschränkt – die Vereinigungsfreiheit, allerdings nur im Rahmen der „Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit"[10].

Konkreter fielen die Regelwerke des Kontrollrats aus. Die Proklamation Nr. 2 vom 20. September 1945 löste alle militärischen Schulen und Vereine zur Pflege militaristischer Traditionen auf und verbot jede Art militärischer Ausbildung, Propaganda, Betätigungen und Vereine, einschließlich entsprechender Tarnorganisationen unter dem Deckmantel politischer, religiöser, gesellschaftlicher oder sportlicher Betätigung. Absatz 11 schrieb ferner ausdrücklich die Kontrolle und die Zensur „aller Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, einschließlich Radiosendungen, Presse und Veröffentlichungen, Reklame, Filme und öffentlicher Vorstellungen, Unterhaltungen und Ausstellungen aller Art" fest, und dieses Kontrollrecht erstreckte sich nach Absatz 10 sogar auf alle beförderten Dokumente und Gegenstände, nicht nur die Überwachung des amtlichen Postverkehrs also. Die Kontrolle aller Bereiche des wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Lebens nach Absatz 12 wurde im Absatz 13b durch besondere Kontrolle der Rüstungsproduktion und -forschung noch gesondert spezifiziert[11].

Weitere Restriktionen folgten mit Verboten aller nazistischen Organisationen nach Gesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 und dem Verbot der militärischen Ausbildung durch Gesetz Nr. 8 vom 30. November 1945[12], dem Beschluß des Koordinierungskomitees vom 23. November 1945 über Grundsätze des Religionsunterrichts[13] oder mit der Direktive Nr. 23 vom 17. Dezember 1945 über Beschränkung und Entmilitarisierung des Sportwesens[14]. Hinsichtlich der in Folge der unterschiedlichen prozeduralen Umsetzung durch die Besatzungsmächte erzielten personalpolitischen Resultate waren von weitreichender Bedeutung die Direktive des Kontrollrats Nr. 24 vom 12. Januar 1946 über „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen"[15] und die Direktive Nr. 32 vom 26. Juni 1946 über „Disziplinarmaßnahmen gegen leitendes und Verwaltungspersonal von Lehranstalten, den Lehrkörper und die Studenten, die sich militaristischer, nationalsozialistischer oder antidemokratischer Propaganda schuldig machen"[16]. In gewissem Umfang galt dies auch für den Kontrollrats-Befehl Nr. 4 vom 13. Mai 1946 über „Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militärischen Charakters"[17]. Weniger gravierend stellten sich die Folgen des Gesetzes Nr. 25 über „Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung" vom 29. April 1946[18] oder der Direktive Nr. 30 vom 13. Mai 1946 betreffend „Beseitigung deutscher Denkmäler und Museen militärischen und nationalsozialistischen Charakters" dar[19]. Wegen ihres sehr allgemeinen Inhalts und des späten Zeitpunkts ihrer Verabschiedung weitgehend wirkungslos blieb die Direktive Nr. 54 über „Grundprinzipien der Demokratisierung des Erziehungswesens in Deutschland" vom 25. Juni 1947[20].

---

10 Vgl. Mitteilung über die Berliner Konferenz der Drei Mächte, in: Ebd., S. 5-21, hier S. 9-10.
11 Vgl. Proklamation Nr. 2 vom 20. Sept. 1945, in: Ebd., S. 34-46, hier S. 35, 37f.
12 Wortlaut in: Ebd., S. 68-69.
13 Wortlaut in: Ebd., S. 78.
14 Wortlaut in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 3 vom 31. Jan. 1946, S. 21.
15 Wortlaut in: Ebd. (Amtsblatt Nr. 5 vom 31. März 1946), S. 98-115.
16 Wortlaut in: Ebd. (Amtsblatt Nr. 8 vom 1. Juli 1946), S. 162.
17 Wortlaut in: Ebd. (Amtsblatt Nr. 7 vom 31. Mai 1946), S. 151-152.
18 Wortlaut in: Ebd. (Amtsblatt Nr. 6 vom 30. April 1946), S. 138-143.
19 Wortlaut in: Ebd. (Amtsblatt Nr. 7 vom 31. Mai 1946), S. 154-155.
20 Wortlaut in: Amtsblatt der Alliierten Kommandatura Berlin Nr. 9 von Sept. 1947, S. 8-9.

Die im Tenor strengen – gleichwohl dem Buchstaben nach oft nur deklaratorischen und damit willkürlich auslegbaren – Restriktionen des Kontrollrats auf kulturellem Gebiet wurden nur zögerlich und zudem inkonsequent korrigiert. So lockerte etwa die Direktive Nr. 40 vom 12. Oktober 1946 zwar die Vorzensur, doch die „Richtlinien für die deutschen Politiker und die deutsche Presse" verboten wiederum nur vage, „Gerüchte zu verbreiten [...], die die Einheit der Alliierten [...] untergraben" oder zur „Auflehnung gegen demokratische Maßnahmen [aufreizen], [die die] Zonenbefehlshaber in ihren Zonen treffen"[21]. Damit stellten sie die praktische Umsetzung der Direktive ins freie Ermessen der einzelnen Besatzungsmächte, deren politische Konflikte untereinander damals schon die Aversionen der Deutschen gegen die Besatzung zu überlagern begannen. Den Mangel an Gemeinschaftlichkeit des Handelns und am politischen Kooperationswillen der Alliierten, zwischen denen sich im Detail des administrativen Verhandelns des Kontrollrats schon ab Kriegsende der Konfliktstoff häufte[22], dokumentiert der Umstand, daß erst nach der Moskauer Außenministerkonferenz, die den letzten Versuch darstellte, in der Frage der Besatzungsverwaltung in Deutschland zu Kompromisslösungen zu kommen, mit der Direktive des Kontrollrats Nr. 55 vom 25. Juni 1947 der „Austausch von Druckschriften und Filmen im Interzonenverkehr" erlaubt wurde[23]. Die Behinderung der zwischenzonalen Kommunikation, einer unabdingbaren Voraussetzung jeder kulturellen Interaktion im nationalen Rahmen, war wohl kalkuliert. Den Umstand, daß die Direktive Nr. 55 den interzonalen Zahlungsverkehr außer acht ließ, wurde von der SMAD zum Vorwand genommen, um den Leiter der Hauptverwaltung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für Post- und Fernmeldewesen Dr. Wilhelm Schröder am 29. April 1948 – also zwei Monate vor der Währungsreform in den Westzonen und noch vor der Berlin-Blockade – anzuweisen, alle in der SBZ bestehenden Abonnements auf westdeutsche und westberliner Druckschriften zum 15. Mai 1948 zu unterbrechen[24]. Am 5. Mai 1948 erließ Schröder eine entsprechende Verfügung. Betroffen waren nach internen Vermerken der SMAD 1, 76 Millionen Zeitungen, die allein die Post nach der SBZ beförderte[25]. Während der Berlin-Blockade wurde schließlich ab 1. November 1948 der gesamte Postaustausch zwischen den Westzonen und der SBZ sowie Ost-Berlin verboten[26]. Die Besonderheit der sowjetischen Okkupationspolitik auf kulturellem Gebiet ist innerhalb der SMAD reflektiert worden. „Nicht nur eine militärische, sondern auch eine ideologische Okkupation ist zu gewährleisten", dozierte in einem

21 Wortlaut in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 11 vom 31. Okt. 1946, S. 212.

22 Im Mai 1946 entstand beispielsweise im Bildungskomitee des Innendirektorats Streit über historische politisch-geographische Karten in deutschen Schulbüchern. Sowjetische Vertreter waren der Auffassung, daß nur physikalisch-geographische Karten erlaubt sind, weil auf der Potsdamer Konferenz die deutschen Grenzen neu festgelegt worden seien. Früh zog auch die Tatsache Konflikte nach sich, daß die Grenzen der kirchlichen Körperschaften nicht mit den Zonengrenzen identisch waren, was im August 1946 im Zusammenhang mit der Verbreitung eines durch die Zensur der britischen Militärregierung zugelassenen Kirchenflugblatts einen Protest der SMAD gegen „Einmischung in innere Angelegenheiten der SBZ" auslöste.

23 Wortlaut in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 16 vom 31. Juli 1947, S. 286.

24 Vgl. Borsow/Präsident der Hauptverwaltung Post und Verbindung der DWK Dr. Wilhelm Schröder/29.4.1948, in: GARF 7317/41/12, Bl. 95.

25 Vgl. ebd., Bl. 97-98. Die Berliner Tagespresse kommentierte dies am 16. Mai 1948 mit Schlagzeilen wie „Post verbietet Zeitung" und „Das gab es bei Hitler nicht". Die Intensität des zwischenzonalen Presseaustausches indizieren folgende Zahlen: In Cottbus wurden im Frühjahr 1948 täglich 27.857 SBZ- und 11.600 westdeutsche Zeitungen verteilt (vgl. 26.5.1948, in: GARF 7077/1/230 Bl. 152-153), in Potsdam 58.000 SBZ- und 11.000 westdeutsche (vgl. 29.5.1948, in: Ebd., Bl. 156-158). Im 4. Quartal 1947 gingen 800.000 Exemplare nach SMAD-Lizenz erscheinender Zeitungen in die Westzonen. Vgl. Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG/Ottschot o rabote SWAG sa IVi. kwartal 1947g./19.2.1948, in: GARF 7317/7/63, Bl. 23.

26 Vgl. Istoritscheskaja sprawka/Istorija raboty uprawlenija wneschnei torgowli SWAG 1945-1949gg., in: GARF 7317/62/1, Bl. 85. Über dahingehende praktische Maßnahmen der SMAD und der ostdeutschen Polizei berichtete Russkich an Suslow und Schikin bereits am 20. Okt. 1948, vgl. GARF 7317/8/36a, Bl. 162-164.

detaillierten Rechenschaftsbericht an das ZK der WKP(B) der SMAD-Chef in Thüringen Kolesnitschenko und begründete dies damit, daß die Deutschen durch jahrhundertelangen Militarismus zu einer Selbstbefreiung nicht in der Lage seien und die westlichen Besatzungsmächte in Deutschland „nichts neues" wollten[27].

II. Sowjetisches Recht in Deutschland

Dem Grundsatz nach setzten die vom Obersten Chef der SMAD – in der Regel zugleich in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland – erlassenen Befehle die mit Geltungskraft für ganz Deutschland ausgestatteten vierseitigen Normativakte des Kontrollrats in ausschließlich für die sowjetisch besetzte Zone (ohne Berlin) verbindliches Recht um. Obwohl noch nicht genauer untersucht wurde, warum die SMAD in einigen Fällen mit eigenen Befehlen gemeinsamen Kontrollratsbeschlüssen vorauseilte[28], verdient das praktizierte duale Rechtsverständnis der sowjetischen Besatzungsmacht allein aus formalen Verfahrensgründen Beachtung, weil zum einen insbesondere auch der – durch die Unterzeichnung in der Funktion als Truppenoberbefehlshaber bekräftigte – kriegsrechtliche Vorbehalt als Indiz für eine Reserve gegenüber dem kollektiven Kontrollratsrecht gewertet werden muß, und zum anderen, weil es in der SBZ ein Prärogativ des SMAD-Rechts vor dem Kontrollrats-Recht begründete[29].

Der Rechtsdualismus wäre auch im Hinblick auf die Tatsache zu prüfen, daß die UdSSR auf dem von ihren Truppen besetzten Territorium Deutschlands unabhängig von alliierten Beschlüssen und über diese hinausgehend auch gegenüber deutschen Staatsbürgern gleichzeitig die Geltungskraft ihrer binnenstaatlichen Rechtsnormen kodifizierte. Auf kriegsrechtlicher Grundlage ordnete bereits der Befehl des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 u.a. die Beschlagnahmung illegaler Radiosender und Druckereien sowie den Zwangsarrest für „Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure, Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen" an. In geänderter Fassung wurde diese Weisung als NKWD-Befehl Nr. 00315 vom 18. April 1945 und durch den NKWD-Befehl Nr. 00780 vom 4. Juli 1945 schließlich über den kriegsrechtlich üblichen Rahmen hinaus dahingehend erweitert, daß sich dessen Vollmachten auf die Bekämpfung „nach der deutschen Kapitulation neu entstandene[r] antisowjetische[r] Organisationen und Gruppen" erstreckten. Dieser Befehl blieb bis Februar 1954 in Kraft[30].

Nach internationalem Recht regelte Fragen der inneren Sicherheit und der Strafvollmachten der Besatzungsmächte das Kontrollrats-Gesetz Nr. 4 vom 30. Oktober 1945 über die „Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens". Im Artikel 3 entzog es deutschen Gerichten die Rechtshoheit bei Verfolgung „strafbare[r] Handlungen, die sich gegen die alliierten Besatzungsmächte richten"

---

27 Kolesnitschenko/[stellvertretender Leiter der Verwaltung für Propaganda und Agitation des ZK] Ponomarjowu/3.12.1948, in: RGASPI 17/128/572, Bl. 45-104, hier Bl. 85.

28 Auf kulturpolitischem Gebiet beispielsweise mit dem Befehl Nr. 039 vom 8. Sept. 1945 über die Einziehung nationalsozialistischer und militaristischer Literatur, der erst durch Kontrollrats-Befehl Nr. 4 vom 13. Mai 1946 geregelt wurde; mit dem SMAD-Befehl Nr. 85 vom 2. Okt. 1945 betr. Museumswerte, was erst die Kontrollrats-Direktive Nr. 30 vom 13. Mai 1946 betr. Beseitigung deutscher Denkmäler und Museen militärischen Charakters regelte.

29 So schlug Anfang 1946 der Politische Berater Semjonow vor, daß alle in die SBZ eingeführte Literatur und also auch die der westlichen Alliierten, der Vorzensur der SMAD unterworfen werden sollte. Vgl. Semjonow/Sokolowskomu/Projekt [März 1946], in: AWP RF 0457b/2/8/16, Bl. 28.

30 Er wurde durch MWD-Befehl Nr. 099 vom 16. Feb. 1954 aufgehoben. Den Kriegszustand mit Deutschland beendete erst die sowjetische Erklärung vom 25. Jan. 1955.

sowie „strafbare[r] Handlungen, die von Nazis oder von anderen Personen begangen wurden und die sich gegen Staatsangehörige Alliierter Nationen oder deren Eigentum richten, sowie [von] Versuche[n] zur Wiederherstellung des Naziregimes oder zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Naziorganisationen"[31]. Das Gesetz Nr. 4 stand in der Rechtskontinuität der Moskauer Deklaration vom 31. Oktober 1943[32], auf die sich das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats vom 20. Dezember 1945 „über Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben"[33], ausdrücklich bezog.

Tatsächlich wurde auf die SBZ jedoch nicht nur die Geltungskraft von Teilen des Strafgesetzbuches der RSFSR ausgedehnt, sondern auch die Praxis der außergerichtlichen strafrechtlichen Ahndung. Nach dem Strafgesetzbuch der RSFSR war beispielsweise Spionage, Diversion, Terror, antisowjetische Agitation und Propaganda, konterrevolutionäre Sabotage, Mitgliedschaft in antisowjetischen Organisationen mit Freiheitsentzug nicht unter 25 Jahren bewehrt. Nicht nur, daß einige dieser Tatbestände im offenen Widerspruch zu internationalen Rechtsnormen standen, unvereinbar mit der allgemeinen Rechtsnorm war auch Artikel 17 dieses Strafgesetzbuches, wonach der nicht ausgeführte Vorsatz selbst dann strafbar war, wenn zu dessen Durchführung weder Mittel noch Gelegenheit vorlagen. Im traditionellen Rechtsverständnis begründen erst diese drei Tatmomente gemeinsam überhaupt einen objektiven Straftatverdacht. Unter Bezugnahme auf diesen komplexen politischen Rechtsmißbrauch befanden sich zum 1. Juli 1947 allein auf dem Gebiet der SBZ 68 Betreiber illegaler Funkstationen und zwei Betreiber illegaler Druckereien, 312 Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure sowie 669 der „Verbreitung provokatorischer Flugblätter und antisowjetischer Provokation" Beschuldigte im Gewahrsam der Besatzungsmacht[34]. Ebenfalls nach amtlichen Angaben wurden Anfang 1950 in der DDR etwa 5.500 durch sowjetische Militärtribunale Verurteilte aus der Haft entlassen und weitere etwa 10.500 zur weiteren Strafverbüßung an DDR-Behörden übergeben[35]. 1954 saßen in DDR-Gefängnissen 5.628 von sowjetischen Gerichten verurteilte Deutsche ein, darunter 674 „wegen antisowjetischer Propaganda"[36]. Nicht enthalten sind in diesen Angaben die aus Deutschland nach der UdSSR deportierten politischen Strafgefangenen und aus politischen Gründen Internierten. Nach Schätzungen der russischen Militärstaatsanwaltschaft sind in der SBZ/DDR 35.000 bis 40.000 Deutsche durch sowjetische Militärtribunale abgeurteilt worden[37]. Die grob mißbräuchliche Rechtsanwendung dokumentiert allein die bei etwa 80% liegende Quote der nach heutigem russischem Recht positiv beschiedenen Rehabilitierungsanträge.

---

31 Wortlaut in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 2 vom 30. Nov. 1945, S. 8-9.

32 Darin einigten sich die USA, Großbritannien und die UdSSR auf das Prinzip, dem Deutschen Reich die Gerichtshoheit zu entziehen und die im Titel des Gesetzes Nr. 10 genannten Verbrechen einschließlich der Zugehörigkeit zu Organisationen, die später vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg für verbrecherisch erklärt wurden, nach Gesetzen des Gewahrsamsstaates und in jenen Ländern zu ahnden, in denen diese Verbrechen begangen wurden.

33 Wortlaut in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 3 vom 31. Jan. 1946, S. 50-55.

34 Vgl. Mironenko, Sergej (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1959, Bd. 2: Possekel, Ralf: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Berlin 1998, S. 292-294.

35 Vgl. Oleschinski, Brigitte/Pampel, Bert: „Nazis", „Spione", „Sowjetfeinde"? Die SMT-Verurteilten im April 1953 in Torgau, in: Deutschland-Archiv Nr. 5/1995, S. 456-466, hier S. 457.

36 Vgl. Possekel, Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik 1998, S. 385.

37 Vgl. Kopalin, Leonid: Die Rechtsgrundlage der Rehabilitierung widerrechtlich repressierter deutscher Staatsangehöriger, in: Hilger, Andreas/Schmidt, Ute/Wagenlehner, Günther: Sowjetische Militärtribunale, Bd. 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941-1953, Köln 2001, S. 353-384, hier S. 366. Günther Wagenlehner geht sogar von 55.000 betroffenen Zivilisten aus.

III. Forschungsstand und erkenntnisleitende Paradigmen

Mit schätzungsweise 20.000 Einträgen unter den thematischen Schlagworten „Gesellschaft, Bildung, Kirchen" dokumentiert der 1989 erschienene dritte Band der Bibliographie zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der SBZ/DDR[38] zugleich Intensität und Dimension der politisch-kulturellen Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Nach der Öffnung früherer DDR- und SED-Archive 1989/90 wurden etwa viertausend monographische Titel zur Geschichte der SBZ/DDR veröffentlicht.[39] Dabei geriet die Beschäftigung mit kulturpolitischen und kulturellen Fragen sogar ins Zentrum der Aufmerksamkeit, wie diverse Berichte zur Forschungslage belegen. Dies muß allerdings auch im Zusammenhang mit Forschungen über den Widerstand gegen die Einparteiendiktatur in der SBZ/DDR gesehen werden, die in der Forschungspräferenz dem Bereich Kultur unmittelbar folgen, und ebenfalls im politisch-kulturellen Kontext, da die Auseinandersetzung mit der kulturellen Entwicklung in der DDR im Westen immer auch als eine Form des deutsch-deutschen Dialogs und der nationalkulturellen Selbstbehauptung verstanden wurde. Im Hinblick auf gesellschaftliche Relevanz übertrifft die wissenschaftliche und publizistische Bewältigung der „zweiten Diktatur" auf deutschem Boden an Intensität sogar die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit[40]. Von den 500 Forscherinnen und Forschern, die sich gegenwärtig mit den unterschiedlichsten Facetten der SED-Diktatur beschäftigen, konzentriert sich fast die Hälfte auf die Phase der Herausbildung der Diktatur in den vierziger bzw. frühen fünfziger Jahren. Im Kulturbereich dominiert das thematische Interesse an der Geschichte der Kirchen und der Medien. In den Vordergrund schoben sich in den letzten Jahren Projekte über Alltags- und Massenkultur, während die Beschäftigung mit der DDR-Literatur sowie der darstellenden Kunst merklich zurückging. Seit mehr als einem Jahrzehnt konstant ist das Desinteresse der Forschung an der marxistischen und leninistischen Ideologie.

Die Kultur der SBZ-/DDR wurde schon immer auch und vor allem als Ergebnis von SMAD-Kulturpolitik behandelt. Sie interessiert Zeithistoriker, Slawisten, Germanisten, allgemeine Osteuropa- und spezialisierte „Kommunismus"-Historiker, aber auch Kirchenhistoriker, Kulturanthropologen, -soziologen, -psychologen und -historiker, allgemeine Wissenschafts- wie fachlich eng spezialisierte Technik-Historiker. Nicht nur die Fakultäten mit ihren eigenen Methoden sind pluralistisch vertreten; genauso vielschichtig sind auch die Forschungsmotive.

Darüber, „daß unser öffentliches Leben bisher unter der alleinigen Herrschaft und Verantwortung der Besatzungsmacht stand", wie der evangelische Bischof von Berlin Dr. Otto Dibelius 1949 als Zeitzeuge kirchenöffentlich feststellte[41], oder daß die „SMAD als oberste Instanz [...] die ökonomische, soziale, politische und kulturpolitische Umwandlung der SBZ vollzogen"

38 Vgl. Systematische Bibliographie von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der SBZ/DDR seit 1945, Band 3: Gesellschaft, Bildung, Kirchen. Bearbeitet von Walter Völkel unter Mitwirkung von Christiana Stuff, Opladen 1989.

39 Zur Orientierung vgl. Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003.

40 Die neueste Bibliographie von Ruck, Michael: Bibliographie zum Nationalsozialismus, Köln 1995, enthält 37.000 Titel.

41 Vgl. Hirtenbrief des Evangelischen Bischofs von Berlin an die evangelischen Gemeinden in Berlin und Brandenburg. Pfingsten 1949, in: Seidel, J. Jürgen: „Neubeginn" in der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945-1953), Göttingen 1989, S. 274-277, hier S. 274. – Dibelius, Otto, Dr. phil. und Lic. theol. (1880-1967), 1945-66 evangelischer Bischof von Berlin-Brandenburg, 1949-61 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland; Vorsitzender der Ostkirchenkonferenz; ab 1957 Einreiseverbot für die DDR und ab 1961 auch für Berlin (Ost).

habe[42], wie der Fachhistoriker resümierte, herrschte in der westlichen Historiographie Konsens. Vertreter der DDR-Geschichtswissenschaft gewannen vielfach erst nach der Freigabe der parteiinternen Aktenbestände den „bestürzenden Gesamteindruck, daß die direkte und indirekte Einflußnahme der KPdSU unter Führung Stalins auf die Bestimmung der Grundlinien der Politik der KPD/SED, auf die Entscheidung nicht nur aller Grund-, sondern auch außerordentlich vieler Einzelfragen [...] weitaus größer war als angenommen"[43].

Als zentrales forschungsleitendes Paradigma galt im Westen über mehrere Jahrzehnte das „Sowjetisierungskonzept", das das kulturelle und kulturpolitische System der SBZ/DDR auf die Vorbildwirkung des in der Sowjetunion entwickelten Modells und Mythos zurückführt. In sehr zugespitzter Form drückte dies der russische Historiker Knyschewski in der These aus, daß unter dem Deckmantel der „Entwaffnung" des Faschismus die Wurzeln der deutschen Nationalkultur zerstört und auf dem besetzten Gebiet ein geistiges Vakuum geschaffen worden sei, um es mit einer „neuen Kultur" aufzufüllen.[44] Eingehender kann darauf aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Festzuhalten bleibt lediglich, daß die Fokussierung der sowjetischen Kulturpolitik auf das Gebiet der SBZ weder die Bandbreite der allgemeinen deutschlandpolitischen Intentionen auf kulturellem Gebiet noch darin die Genese ihrer Spezifik zu erfassen vermag. Im wesentlichen entsprach das „Sowjetisierungs-Paradigma" als das älteste und erfolgreichste in negativ-kritischer Form der Selbstdeutung der durch die kommunistische Führungspartei bestimmten Staatskultur der DDR als Resultat eines „weltweiten Prozesses einer wesensgemäß gleichen Entwicklung in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus". In den Jahrzehnten ihrer real existierenden Verbindlichkeit wurde diese Doktrin nicht nur von der parteilichen Geschichtsschreibung der SED, sondern kritisch auch von ihren Antipoden in zahllosen Schraffierungen und Schattierungen vorgetragen.

Dieses Paradigma, dem die Vorstellung von einer „Stunde Null" in der deutschen Nachkriegsgeschichte innewohnt, überlagerte die noch in der frühen SBZ-/DDR-Geschichtsschreibung benutzte Deutungsformel von einer „antifaschistisch-demokratischen" Sonderphase und einer Revitalisierung des „fortschrittlichen humanistischen Erbes" in Deutschland bzw. in der SBZ/DDR nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser sogenannte antifaschistische Konsens entsprach in der unmittelbaren Nachkriegszeit durchaus dem Selbstverständnis zahlreicher meinungsführender Kulturschaffender und Kulturpolitiker in der SBZ/DDR und stieß ebenfalls im pluralistisch geprägten Kulturbetrieb Westdeutschlands auf nachhaltige Resonanz. Im „Kalten Krieg" politisch instrumentalisiert, scheint der „Antifaschismus", genauso wie der „Antistalinismus" als sein Anhängsel, nach Öffnung der früheren DDR-Archive durch den in der politischen Kultur Westdeutschlands dominierenden allgemeinen „antitotalitären Konsens" marginalisiert. „Antifaschismus" und „Antistalinismus" leben heute nur noch in der kontrafaktischen Bewältigung der Geschichte „verpasster Chancen" auf. Auf diese Selbstblockade ist vermutlich auch zurückzuführen, daß die in diesem Zusammenhang vorgetragene Meinung der russischen Historikerin Natalja P. Timofejewa, wonach in der Nachkriegszeit ein gesamtdeutscher Konsens der Kulturschaffenden ursächlich nicht an der Kulturpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern an der kompromisslosen Durchsetzung der kulturellen und kulturpolitischen Hegemonie der KPD/SED gescheitert sei[45], noch nicht intensiv rezipiert wird.

---

42 Vgl. Weber, Hermann: Die DDR 1945-1986, München 1988, 3f.

43 Badstübner, Rolf: „Beratungen" bei J. W. Stalin. Neue Dokumente, in: Utopie kreativ, Nr. 7/1991, S. 99-116, hier S. 100.

44 Vgl. Semirjaga, Kak my uprawljali 1995, S. 242; Knyschewski, Pawel: Dobytscha. Tajny germanskich reparazi, Moskwa 1994, S. 113.

45 Timofejewa, Natalja Petrowna: Nemezkaja intelligenzija i politika reform. Sistema obrasowanija w Wostotschnoi Germanii 1945-1949gg., Woronesch 1996.

Während der deutschen Zweitstaatlichkeit blieb die „deutsche Sonderdiskussion" über einen autochthonen demokratischen bzw. antifaschistischen Konsens deutscher Kulturschaffender aktuell und seit den siebziger Jahren wurden ihre Elemente unter dem Schlagwort „kulturelles Erbe" in der Kulturpolitik der DDR auch offensiv thematisiert. Unter den komplizierten politischen Rahmenbedingungen in Deutschland – Labilität bzw. Erosion der ideologisch-kulturellen Bindungen der DDR an die UdSSR als Führungsmacht des „sozialistischen Lagers" auf der einen und auf der anderen Seite Versuche zur Abgrenzung der eigenen Bevölkerung vor politisch-kulturellen Einflüssen Westdeutschlands bei gleichzeitigem Bestreben, gerade dort einen solchen politisch-kulturellen Einfluß auszuüben – trat dieser Strukturkonflikt zwischen der Geschichts- und der Kulturpolitik der SED in zahlreichen historischen Verkleidungen auf.

Von den zahlreichen kritischen Einwänden gegen das „Sowjetisierungs-„Konzept sei hier lediglich hervorgehoben, daß es an der Oberfläche kultureller und kulturpolitischer Phänomene haften bleibt, ohne etwa das Verhältnis zwischen Original und Kopie zu berühren. Gleichwohl weisen die komplementär zum Begriff „Sowjetisierung" auf die kulturelle Entwicklung in Westdeutschland angewandten Termini „Europäisierung", „Verwestlichung", später „Amerikanisierung" oder heute einfach „Integration" genannt, generell auf Momente kultureller Orientierungsnot bzw. kultureller Isolation hin und spiegeln damit indirekt Rahmenbedingungen der Einbindung Deutschlands in den internationalen kulturellen Austausch nach dem Zweiten Weltkrieg wider. In diesem Prozeß spielte der Umstand eine besondere Rolle, daß beide Supermächte – die UdSSR und die USA –, ihre Kulturpolitik in Deutschland jeweils mit der propagandistischen Neutralisierung des kulturellen Einflusses ihres politischen Konkurrenten legitimierten. Heute stoßen Historiker in Archiven auf Belege über gesellschaftliche, institutionelle und politische Konflikte, auch solche im Verhältnis zur Besatzungs- und späteren politisch-ideologischen Führungsmacht UdSSR. Sie zerstören den kommunistischen Mythos gesellschaftlicher Harmonie durch Bildung und Erziehungsdiktatur. Als erster berichtete der US-Amerikaner Norman N. Naimark über die neue Quellenlage, als er die Ergebnisse seiner Archivstudien in der These von einer „kulturellen Distanz" zwischen „Russen" und Deutschen vorstellte und von diesem kulturanthropologischen Ansatz ausgehend die SBZ-/DDR-Geschichte als eine asymmetrische „Interaktion zwischen Russen und Deutschen" interpretierte.[46] Die meisten modernen Arbeiten konzentrieren sich jedoch auf die Untersuchung von Teilbereichen. Ihr Interesse gilt beispielsweise dem „Eigensinn" und dem „Nonkonformismus" als autonomen und staatsfernen Formen kulturellen Ausdrucks. Oder sie umgehen methodologische Fragen und begreifen die „totalitäre Kultur" in ihrer strukturellen, funktionellen und ästhetischen Gesamtheit als ein singuläres kulturhistorisches Phänomen. Generell geriet in den letzten Jahren die „hohe" Kultur als administrativ diktierte Staatskultur jedoch aus dem Blick der Forschung. Sogar frühere DDR-Historiker thematisieren heute vorzugsweise reale Formen der Massen-, Konsum- und Alltagskultur sowie konkrete Spielarten der autonomen Subkultur.

IV. Grundzüge der Ordnungspolitik der SMAD im Kulturbereich

Die Geschichtsschreibung stimmt heute mehrheitlich darin überein, daß die „Sowjetisierung" mit der Besetzung eingesetzt und die SMAD bereits in den Jahren 1945 und 1946 in der SBZ „alle grundsätzlichen Entscheidungen über die Liquidierung von Faschismus und Militarismus und über die Neugestaltung des politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Lebens" ge-

46 Vgl. Naimark, Norman N.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945-1949, Berlin 1997.

troffen habe[47]. Diese Erkenntnisse können durch das neue Aktenmaterial bestätigt werden[48]. Umstritten bleiben jedoch nach wie vor Motive, Intensität, Verlauf und Resultate dieser Intentionen der Besatzungsmacht. Im Hinblick auf die Genese auf den ersten Blick „sowjetischer" Traditionen klaffen außerdem erhebliche Forschungslücken hinsichtlich der kulturpolitischen Programmdiskussion in der KPD und in der KPdSU, wobei sich in vielen Fällen hinter sowjetischen Chiffren sogar originale deutsche Vorläufer finden lassen. Ohne feste Verankerung bleiben die Prozesse auch in der anderen Richtung, denn bei der schwierigen Periodisierung bleibt die erste Zäsur in der kulturpolitischen Entwicklung der SBZ/DDR völlig unscharf. Da das vorgestellte Quellenmaterial die Fachdiskussion mehr anregt als klärt, wird diese erste Zäsur hypothetisch unscharf in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre angesetzt: Der sogenannte Formalismusbeschluß der SED von 1951 und die parteiamtliche Verkündung des „sozialistischen Realismus" als verbindliche Kunstdoktrin im darauffolgenden Jahr stellten zwar Fixpunkte dar, zugleich wäre aber auch die zu Beginn der fünfziger Jahre einsetzende institutionell-organisatorische Differenzierung im Kulturbereich zu beachten, die nicht nur durch Nachahmung „sowjetischer" Praktiken, sondern – vor allem im Hinblick auf die erstmalige Errichtung eines Kulturministeriums der DDR 1954 – gleichzeitig durch eine klare Distanzierung von ihnen geprägt war[49]. Diese Gemengelage hatte schon insoweit Einfluß auf die Konzeption der Dokumentation, als der vage Bezugspunkt außerhalb des thematisierten Zeitraums liegt und die kulturpolitischen Prozesse daher entwicklungsgeschichtlich nicht fest verortet werden können. Weitergehende Fragen nach dem Prozeßverlauf müssen dabei unterschlagen werden. So ist zumindest auffällig, daß der Rücktransport deutscher Kriegsgefangener aus der UdSSR 1948 zu einem Zeitpunkt aufgenommen wurde, als die sogenannte Entnazifizierung des öffentlichen Lebens in der SBZ gerade beendet worden war.

Auf Unförmigkeit der kulturpolitischen Prozesse weist außerdem allein schon die Tatsache hin, daß die Nachkriegsdebatte über den sogenannten Formalismus in der DDR nicht etwa fünf Jahre später als in der UdSSR begonnen wurde, wie früher angenommen, sondern erst mit fünfjähriger Verspätung durchgesetzt werden konnte. Doch von den Resultaten der kulturpolitischen Einflussnahme abgesehen, kennzeichnete das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht überhaupt eine erhebliche strukturelle und funktionelle Auffächerung der Arbeitsabläufe, auf der intentionalen Ebene schnelle Wechsel zwischen autoritärer Aktion und demokratisch gebremster Reaktion, daß sogar der Schein eines „kontrollierten Pluralismus" erzeugt werden konnte. Trotzdem blieb das Verwaltungshandeln der SMAD grundsätzlich durch einen hohen Grad an zentraler politischer Koordination, Konzentration und Kontrolle charakterisiert. Insgesamt bietet sich auch im kulturpolitischen Bereich das Bild eines in der Form gradualistischen und in der

47 Schöneburg, Karl-Heinz: Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945-1949, Berlin (Ost) 1983, S. 34f. Vgl. auch: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949 (Offene Serie). Zusammengestellt und bearbeitet von Jan Foitzik, München 1995, S. 56f.

48 Nach Auszählung der insgesamt herausgegebenen 3.872 Normativakte des SMAD-Stabes sind von 44 solchen Akten im Bildungsbereich 1945 und 1946 insgesamt 29, 1947 zehn und 1948/1949 nur noch fünf herausgegeben worden. Vgl. Nachotowitsch, Dina: Struktura i dejatelnost Schtaba SWAG, unveröffentlichtes Manuskript, Bl. 20.

49 Der Beschluß „Der Kampf gegen den Formalismus in der Kunst, für eine fortschrittliche deutsche Kultur" wurde auf der 5. Tagung des ZK der SED vom 15. bis 17. März 1951 gefällt; zur Kunstdoktrin wurde der „sozialistische Realismus" 1952 sogar durch einen Politbüro-Beschluß erhoben. In der SED-Geschichtsschreibung wurde die „antifaschistisch-demokratische" Phase von 1945 bis 1951 datiert, nachdem 1951 mit der Bildung eines Amtes für Literatur und Verlagswesen sowie einer Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten ein abermaliger Zentralisierungsschub ausgelöst worden war. Im Hinblick auf den Kulturföderalismus, den Tod Stalins, den 17. Juni 1953 usw. wird es vermutlich zweckmäßig sein, die erste „scharfe" Zäsur in der Mitte der fünfziger Jahre anzusetzen. Das Jahr 1956 als Zäsur setzt z.B. Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ära Ulbricht, Göttingen 1999.

Sache integralen Vorgehens. Zum letzteren gehörte auch, daß kulturpolitische Ziele nicht isoliert verfolgt wurden, sondern als integrale Bestandteile der Gesellschafts- und Ordnungspolitik verstanden werden müssen. Auf dem Gebiet der Kulturpolitik stellt sich das Resultat als monopolartige Hegemonie dar, die mit administrativ-disziplinarischen Zwangsmitteln errungen und aufrechterhalten wurde. Als Hegemon trat zunächst unmittelbar die Besatzungsmacht auf, die ihre diktatorischen Vollmachten unter Kontroll- und Interventionsvorbehalt sukzessive an die von ihr geschaffene deutsche politische und administrative Infrastruktur delegierte. Ziel dieser Politik war die Festschreibung des im Rahmen der Besatzungsdiktatur entstandenen Organisations- und Informationsmonopols und damit die Transformation der Besatzungsdiktatur zu einer politischen Herrschaft totalitären Typus.

Der ordnungspolitische Zugriff erfolgte auf mehreren Ebenen gleichzeitig. Auf der zonalen Ebene wurden Nuclei zentraler administrativer und politischer Lenkungs- und Kontrollinstanzen geschaffen, dabei wurde gleichzeitig dem traditionellen deutschen Föderalismus Rechnung getragen. Konstitutiv für das System der aktiven Lenkung und Kontrolle aller kulturellen Äußerungen der Gesellschaft war die Intention, eine permanente Kontrolle der gesamten gesellschaftlichen Kommunikation zu gewährleisten, die mit einer aktiven kognitiven Prädisponierung der Individuen und sozialer Gruppen, Bürokratisierung des Prozesses der Meinungsbildung und „Verstaatlichung" aller gesellschaftlichen und intermediären Agenturen einherging. Der Prozeß wurde zunächst mit Hilfe besatzungsrechtlicher Normen vorangetrieben. Insbesondere sind die vielfältigen Formen der Kontrolle des öffentlichen Lebens und die personellen Säuberungen im Rahmen der sogenannten gesellschaftlichen Entmilitarisierung und politischen Entnazifizierung zu nennen. Über solche präkognitiv positiv besetzten Umerziehungsziele wird meistens übersehen, daß in diesen Jahren nicht nur eine halbe Million früherer NSDAP-Mitglieder ihren Arbeitsplatz verloren bzw. zur Tätigkeit in bestimmten Bereichen nicht zugelassen wurde, sondern gleich mehrere zehntausend Deutsche in der Anonymität der Gefängnisse und weitere Hunderttausende – insgesamt dann mehrere Millionen und damit ein bedeutender Teil des „Staatsvolkes" der DDR – um den Preis der Heimat ihre kulturelle Identität bewahrten, indem sie nach Westdeutschland vorsätzlich vertrieben wurden oder unter dem Zwang der Verhältnisse mehr oder minder freiwillig gingen. Spätestens mit der beginnenden Lockerung des strengen Besatzungsregimes in den Westzonen ab 1947 offenbarte sich nämlich, daß sich der gesamte Kulturbereich in der SBZ zum einen in völliger Abhängigkeit – einschließlich der finanziellen – von der „staatlichen" Verwaltung, im Zweifel also der SMAD, befand und zum anderen, daß er sich aufgrund seiner instrumentellen Ausrichtung vom weitgehend autonomen kulturellen Leben in den westlichen Zonen nicht nur grundlegend unterschied, sondern auch gezielt von der nationalkulturellen Kommunikation isoliert wurde. Denn der völkerrechtlich legitimierten autoritären Durchsetzung der negativen, auf strukturelle Entmilitarisierung und Entnazifizierung gerichteten kulturpolitischen Ziele entsprach im Verständnis der sowjetischen Besatzungsmacht die Intention einer dem Inhalt und der Methode nach identischen Zwangsdurchsetzung des positiven Ziels einer staatsdirigistischen kulturellen Demokratisierung nach sowjetischem Muster.

Mitte 1947 setzte eine Radikalisierung und Beschleunigung der ordnungspolitischen Prozesse im kulturellen Bereich der SBZ ein, die 1948 und 1949 anhielten. Sie zielten auf die einseitige politische und kulturelle Identifikation mit der UdSSR, die mit der Annahme des Zweijahrplans 1948 als bedingungslos galt. Sie beinhaltete zugleich auch das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als ausschließliche „Grundlage [...] der gesamten Arbeit [...] auf dem Gebiet der Kultur"[50], wie die 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 proklamierte. Intern erinnerte der

50 Vgl. Die nächsten Aufgaben der SED. Entschließung der Ersten Parteikonferenz, in: Protokoll der Ersten Parteikonferenz der SED, 25. bis 28. Januar 1949, Berlin (Ost) 1949, S. 514-531, hier S. 522. – Die anfängliche

Politische Berater Semjonow[51] den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Kowal[52] schon im Februar 1948, daß kulturpolitische Fragen in Deutschland im Geiste der Beschlüsse „unserer Partei" auf diesem Gebiet gelöst werden müßten[53], nachdem er im Vormonat aus dem Moskauer Außenministerium entsprechende Weisungen erhalten hatte[54]. Schlagworte wie „politische Kulturarbeit" und „Kultur-Massenarbeit", die im Frühjahr 1948 im Zusammenhang mit der Schaffung einer organisatorischen Sonderstruktur, der „politischen Kultur", auftauchten, die – zuerst bei der Polizei eingeführt – „in engster Zusammenarbeit und gestützt auf die Sowjetunion [...] den Willen der fortschrittlichen demokratischen Kräfte" zu vollstrecken hatte[55], dokumentierten die instrumentelle Funktion von Kultur als politisches Disziplinierungs- und soziales Absorptionsmittel zwischen der diktatorischen Parteienherrschaft und elementaren demokratischen Regungen der Gesellschaft. Anfang 1949 wurde diese „politkulturelle" Sonderstruktur auch in Betrieben der verstaatlichten Wirtschaft eingeführt, die als „Keimzellen einer neuen sozialistischen Volkskultur", wie es im Programm der SED von 1948 hieß, einen stellvertretenden Direktor für Kulturfragen erhielten[56]. Die nunmehr offen proklamierten sozialistischen Ziele und Inhalte der Kulturpolitik von SMAD und SED, die dem damaligen kommunistischen Selbstverständnis von der universellen Geltung der sowjetischen Kultur entsprachen, wurden nur insoweit national larviert, als Stalin Ende 1948 die „teutonische Blöße" der SED beanstandete und in der SBZ aus deutschlandpolitischen Gründen einen „opportunistischen" „Zickzackkurs zum Sozialismus" empfahl.[57]

Reserve gegenüber dem Marxismus-Leninismus reflektierte nicht mittelbar einen Pluralismus der Besatzungsmacht, wie früher oft argumentiert wurde, sondern unmittelbar die in der deutschen Gesellschaft verankerten pluralistischen weltanschaulichen Traditionen. Über ein „schamhaftes" Verhältnis der SED zum Marxismus berichtete der stellvertretende Chef der politischen Abteilung in der Verwaltung des Politischen Beraters I. Filippow an Molotow, Sokolowski, Wyschinski, Dekanossow, Suslow und Smirnow bei der Vorbereitung der Wahlen von 1946. Trotz entsprechender Anweisung der Informationsverwaltung der SMAD propagiere das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" schlecht den Marxismus und statt dessen die Demokratisierung Deutschlands, „schämt sich, gegenüber den Massen von den Endzielen der SED zu sprechen". Vgl. Informazionnoje pismo No. 10 o polititscheskomu poloscheniju w Germanii /s 20 ijulja po 15 awg. 1946g.//23.8.1946, in: RGASPI 17/128/146, Bl. 214-235, hier S. 228. – Filippow, Iwan Filippowitsch (1907-1989), Diplomat, 1939-41 Leiter des TASS-Büros in Berlin, 1941-45 Leiter einer TASS-Redaktion, 1944-45 Redaktionsleiter beim Sowinformbüro, 1945-47 zunächst Chef des Sektors Propaganda und Zensur bzw. Gehilfe des Politischen Beraters und dann stellvertretender Chef der Politischen Abteilung der SMAD; 1967-69 Botschafter in Luxemburg, 1970-79 in Sierra Leone.

51 Semjonow, Wladimir Semjonowitsch (1910-1992), ab 1939 im diplomatischen Dienst, 1945-46 Chef der Politischen Abteilung und Erster Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD, 1946-49 Politischer Berater der SMAD, anschließend bis 1953 Politischer Berater des SKK-Vorsitzenden, 1953-55 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland. 1955-78 stellvertretender Außenminister der UdSSR, 1978-86 UdSSR-Botschafter in der Bundesrepublik.

52 Kowal, Konstantin Iwanowitsch (1908-2001), 1945 Erster Stellvertretender Gehilfe/Gehilfe/Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für ökonomische Fragen, 1948 Erster Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für ökonomische Fragen, 1950 stellvertretender Minister für Schwermaschinenbau der UdSSR.

53 Semjonow/Kowal/17.2.1948, in: GARF 7317/4/107, Bl. 81.

54 Vgl. Dokument Nr. 149, in: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearbeitet und herausgegeben von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, Band 3, Berlin 2004, S. 570-572 sowie *passim* S. 720.

55 Vgl. Aufgabenstellung für die Leiter für politische und kulturelle Arbeit in der Polizei. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 95 (II) der Sitzung des Zentralsekretariats des PV der SED vom 19. Juli 1948, in: „Reorganisation der Polizei" oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Hg. u. eingeleitet von Günther Glaser, Frankfurt/M. 1995, S. 143-147, hier S. 144.

56 Vgl. Dokument Nr. 59: Rundverfügung des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Winogradow an die Militärkommandanten der Kreise über die stellvertretenden Direktoren für kulturelle Angelegenheiten in den volkseigenen Betrieben. 14. April 1949.

57 Vgl. Ergebnis der 4stündigen Besprechung am 18. Dez. 1948, in: Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 259-263, hier S. 260.

In der sogenannten Kulturverordnung vom 31. März 1949 bündelte die Deutsche Wirtschaftskommission die bis dahin ergriffenen ordnungspolitischen Maßnahmen auf kulturellem Gebiet.[58] Sie basierten auf dem Beschluß der 1. Parteikonferenz der SED vom Januar 1949 über „Maßnahmen zur Durchführung der kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahrplans" und zielten unmittelbar auf Integration der 3.000 „neuen" Universitätsabsolventen, die erst nach Kriegsende das Studium aufgenommen hatten. Die materielle Privilegierung der Intellektuellen war derart massiv, daß sie Bert Brecht zu der Bemerkung veranlaßte, die SED habe damit „den Intellektuellen gewährt, was sie den Arbeitern versprochen" hätte. Wie innerhalb der SMAD selbst die Erfolge ihrer eigenen Kulturpolitik in der SBZ eingeschätzt wurden, brachte der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Zivilverwaltung Kabanow[59] auf einer Krisensitzung über die Durchführung dieses DWK-Beschlusses vom 31. März 1949 am 1. Juli 1949 auf den Punkt: „Die Deutschen glauben vielen Punkten dieses Beschlusses nicht. Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß der Plan für dieses Jahr mindestens zu 70% erfüllt wird." In seinem Schlußsatz wurde Kabanow noch deutlicher: „Die Deutschen sollten selbst die Hand anlegen und nicht uns arbeiten lassen. Doch ohne uns, Genossen, wird nichts gemacht. 90% müssen Sie selbst machen", denn die DWK produziere nur Papiere.[60]

1. Administrativ-institutionelle Gleichschaltung

Das Gerüst einer neuen zentralisierten Infrastruktur installierte bereits Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 über die Bildung antifaschistischer Parteien und freier Gewerkschaften, der innerhalb der Gewerkschaften unter der Kontrolle der SMAD auch ausdrücklich die Bildung von „Kultur-, Bildungs- und andere[n] Aufklärungsanstalten und -organisationen" erlaubte[61], in Verbindung mit der durch Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 verfügten Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung „zwecks Führung der Schulen, Kindergärten und Asyle, Lehranstalten, Kunst-, Wissenschafts- und Kulturaufklärungseinrichtungen"[62]. Auch die Gründung des Kulturbundes für die demokratische Erneuerung Deutschlands, die Zulassung von Jugendausschüssen am 31. Juli und der Frauenausschüsse am 30. Oktober 1945 kündigten bereits die Tendenz zur „Verstaatlichung" wichtiger Bereiche autonom-spontaner gesellschaftlicher und kultureller Organisation und Betätigung an. Denn sowohl die Jugend- als auch die Frauenausschüsse waren zunächst nur im Rahmen der von der Besatzungsmacht kontrollierten Stadtverwaltungen zugelassen – nur in den Städten deshalb, um auf dem Lande der heftigen Auseinandersetzung mit den Kirchen auszuweichen –, aus dem Staatshaushalt der Länder finanziert und zentral von der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung geleitet. Auch den Kulturbund als Sammelbecken der gesamten „freien" kulturellen und künstlerischen Tätigkeit in der SBZ bzw. als eine

---

58 Beschluß der DWK vom 31. März 1949 „Über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben", in: Zentralverordnungsblatt. Teil I. Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung, 1949, Nr. 28, Berlin, den 21. April 1949, S. 227-232. Bestätigt durch SMAD-Befehl Nr. 36 vom 2. April 1949, in: GARF 7317/8/17, Bl. 242.

59 Kabanow, Alexandr Fjodorowitsch, 1948-49 Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung, d.h. der deutschen Verwaltung.

60 Stenogramma soweschtschanija rabotnikow narodnowo obrasowania SWAG pri samestitelju Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG 1.7.1949, in: GARF 7317/55/8, Bl. 31-46.

61 Vgl. Wortlaut in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 2. SWA-Verlag, Berlin 1946, S. 9-10.

62 Zitiert nach dem Wortlaut der Sammlung SMAD-Befehle des Obersten Gerichts der DDR.

„Massenorganisation der Intelligenz" und „Zentrum der demokratischen Umbildung", wie es in einem Bericht an Stalin hieß[63], subventionierte die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung[64].

Ausschließlich auf administrativem Weg wurden die entsprechenden Maßnahmen im Schulbereich exekutiert: Auf der Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 40 vom 25. August 1945 über Vorbereitung der Schulen auf den Schulbetrieb und die Säuberung der Schule und der Lehrerschaft von faschistischen Einflüssen waren bis zur Wiederaufnahme des Schulunterrichts am 1. Oktober ehemalige Nationalsozialisten aus der Lehrerschaft zu entlassen und während der NS-Zeit benutzte Lehrbücher aus dem Unterricht zu verbannen. Im Mai/Juni 1946 wurde durch Präsidialerlasse der von der Besatzungsmacht eingesetzten Landes- und Provinzialverwaltungen das sogenannte Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule verfügt und zum 1. September 1946 in Kraft gesetzt (in Ost-Berlin konnte dieses Gesetz erst am 1. Juni 1948 in Kraft treten). Befehl Nr. 70 vom 25. September 1945 ordnete die Gründung des Verlages Volk und Wissen GmbH als zentralen Schulbuchverlag der SBZ an, darin wurden bis 1948 50 Millionen Einheitsschulbücher gedruckt[65]. Ende 1945 wurden erste Kurse zur Ausbildung von sogenannten Neulehrern eröffnet[66], ehemalige Mitglieder der NSDAP blieben von der Teilnahme grundsätzlich ausgeschlossen. Signifikant war jedoch nicht die sogenannte Entnazifizierung der Lehrerschaft[67], als vielmehr deren Deprofessionalisierung und parteipolitische Instrumentalisierung: Nach den äußerst verwirrenden und widersprüchlichen statistischen Angaben setzte sie sich bis zu 70 bzw. 80% aus sogenannten Neulehrern zusammen und zum 1. Mai 1949 gehörten schon 47,6% der Lehrer der SED an[68] (in Ost-Berlin waren es Ende 1948 nur 15%)[69]. Zugleich wurde

63 Vgl. Sokolowski/Stalin u.a./[Bericht über die Tätigkeit der SMAD im 1. Quartal 1946]/28.5.1946, in: GARF 7317/7/33, Bl. 8.

64 Im ersten Halbjahr 1948 erhielt der Kulturbund bei einem Budget von 2, 5 Millionen 435.000 Mark Subvention, für die zweite Jahreshälfte wurden mit 3,5 Millionen Mark gleich fast 90% des Haushalts als Zuschuß beantragt. Vgl. A. Dymschitz, Sprawka, in: AWP RF 0457b/6/38/27, Bl. 30-36. Laut Schreiben des stellvertretenden Chefs der Informationsverwaltung Guljajew an den Chef der SMAD-Finanzverwaltung Maletin vom 16. Aug. 1948 (in: AWP RF 0457b/6/38/27, Bl. 29) waren für die 2. Jahreshälfte 1948 für deutsche Kultur-Massenorganisationen Subventionen von 7,126 Millionen Mark erforderlich. Im Wirtschaftsplan für 1949 waren für Baumaßnahmen des FDGB, der SED, des DFD und des Journalistenverbands Investitionen von 6 Millionen Mark vorgesehen. Vgl. Priloschenije k prikasu Glawnonatschalstwujuschewo SWAG Nr. 38 ot 1.4.1949, in: GARF, 7317/8/18, Bl. 5-6.

65 Vgl. Artjuchin, Korizki/natschalniku Polititscheskowo Uprawlenija SWAG Generalmajoru Russowu A. G./ 28.12.1948, in: GARF 7317/54/11, Bl. 78-87, hier Bl. 81.

66 Vgl. SMAD-Befehl Nr. 162 vom 6. Dez. 1945 über Vorbereitung der Lehrer für die Volksschule, Wortlaut in: GARF 7317/8/2, Bl. 314-318.

67 Nach dem Abschlußbericht der SMAD über die Entnazifizierung sind von 1945 bis 1948 im Bildungsbereich 30.055 ehemalige NSDAP-Mitglieder entlassen und 18.000 nicht zur Tätigkeit zugelassen worden. Ein SMAD-Bericht von Ende 1946 nennt 31.606 und damit 63,7% aller Lehrer als wegen NSDAP-Mitgliedschaft entlassen (vgl. Sokolowski/Stalinu u.a./[Rechenschaftsbericht (ottschot) für das 4. Quartal 1946 vom] 4./6.3.1947, in: GARF 7317/7/36, Bl. 165), ein deutscher Bericht hingegen gibt für 1945 die NSDAP-Belastung der Volksschullehrer mit 71,7% (absolut: 28.179) an (vgl. Meinicke, Wolfgang: Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1948, in: Eckert, Rainer/Plato, Alexander von/Schütrumpf, Jörn (Hg.): Wendezeiten – Zeitenwände. Zur „Entnazifizierung" und „Entstalinisierung", Hamburg 1991, S. 41). Da die summarischen Angaben über die Zahl der Lehrer zwischen 40.000 und mehr als 70.000 schwanken und der Anteil der Neulehrer bis zu 70 bzw. 80% betragen haben soll, bleibt es insbesondere unklar, was aus den Unbelasteten geworden ist, sollen doch nach Abschluß der Entnazifizierung 1949 14,3% der Mittelschullehrer „rehabilitierte ehemalige NSDAP-Mitglieder" gewesen sein. Offenbar waren innerhalb der SMAD nicht nur die Erfassungskategorien uneinheitlich, sondern auch die Auswertungsmethoden. Nach internen SMAD-Angaben übertraf zum 1. Jan. 1947 der Umfang der Entnazifizierung der Lehrerschaft in der US-Zone den der SBZ.

68 Vgl. Bericht vom 13.10.1949, in: GARF 7317/55/7, Bl. 177-189. Nach Moskau wurde schon am 5. Aug. 1947 berichtet, daß mehr als 50% der Lehrer der SED angehörten sowie 5,3% ehemalige, „überprüfte und rehabilitierte

der Beruf des Lehrers sozial aufgewertet. Durch SMAD-Befehl Nr. 220 vom 15. September 1946 war die Lehrerbesoldung beinahe verdoppelt worden und lag in der SBZ mit 4.100 Mark über dem in den Westzonen bei 2.880 Mark liegenden Durchschnittsgehalt[70].

Das Zentralisierungsinteresse radikalisierte bald im Ganzen wie im Detail. SMAD-Befehl Nr. 187 vom 1. Juli 1946 unterstellte der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung auch die als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin wieder eröffnete Preußische Akademie der Wissenschaften – innerhalb der Akademie entstanden in der Folge Fachinstitute; die Forschung entfernte sich schnell von den Universitäten, die bald die Funktion von rigide gesteuerten Ausbildungseinrichtungen für die Planwirtschaft übernahmen. Am 15. August desselben Jahres wurde innerhalb der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung eine Generalintendanz der Rundfunksender in der SBZ gebildet, und SMAD-Befehl Nr. 156 vom 20. Juni 1947 konzentrierte gleich alle jugendpolitischen Kompetenzen bei der Volksbildungsverwaltung, die mit SMAD-Befehl Nr. 247 vom 28. Oktober 1947 auch mit der Lehrmittelversorgung der Schulen in der SBZ beauftragt wurde.

Im Januar 1947 war auf der Grundlage eines SMAD-Befehls unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Erich Weinert ein „Rat für ideologische Fragen der Verlagsarbeit" in der SBZ entstanden. Vertreter des öffentlichen Lebens und der politischen Parteien, Gewerkschaften, des Kulturbundes, der FDJ, der Frauenkomitees, der Hochschulen, der öffentlichen Bibliotheken, des Verbandes deutscher Buchverleger und der deutschen Landesverwaltungen hatten darin „die Kontrolle des Inhalts der in der SBZ erscheinenden Literatur, die Genehmigung der Verlagspläne, die Prüfung des Verlags- und Redaktionspersonals und die Erziehung neuer schriftstellerischer Kräfte des neuen demokratischen Deutschland" zu garantieren[71]. Mit der Übertragung der Zuständigkeit für die im Rundfunkhaus Berlin-Grünau konzentrierte Lenkung der aktuellen Nachrichten- und politischen Sendungen des SBZ-Rundfunks von der SMAD-Informationsverwaltung zur deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung durch Befehl Nr. 90 vom 17. Mai 1948 und der Bildung eines Postzeitungsamtes zum 1. August 1948 mit SMAD-Befehl Nr. 105 vom 9. Juni 1948 erreichte dieser Zentralisierungsprozeß seinen vorläufigen Höhepunkt. Das im Zuständigkeitsbereich der Innenminister angesiedelte Postzeitungsamt bekam ein Monopol zum Vertrieb periodischer Presse in der SBZ. Ausgenommen war nur der Eigenvertrieb der Presse der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Massenorganisationen. Wiederholt wurde schließlich das Verbot, in der SBZ ab 1. Oktober 1948 westberliner und westdeutsche Zeitungen zu abonnieren, das – wie oben festgestellt – schon zum 15. Mai 1948 über die Postverwaltung verfügt worden war. Tatsächlich musste die SMAD nicht nur hier wiederholt nachfassen, um Schlupflöcher zu stopfen, die elementare kulturelle Bedürfnisse in der vielgestaltigen kompetentiellen, institutionellen und rechtlichen Diffusion immer wieder fanden. So auch hier mit dem SMAD-Befehl Nr. 199 vom 9. Dezember 1948, nachdem sich erst in der Praxis herausgestellt hatte, daß die neue Organisation des Pressevertriebs angeblich am

---

NSDAP-Mitglieder" seien (vgl. Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG/Ottschot o rabote SWAG sa II kwartal 1947 g., in: GARF 7317/7/61, Bl. 193). Im Juni 1948 sprach Solotuchin sogar von 60% SED-Mitgliedern (vgl. 29.6.1948, in: GARF 7317/55/4, Bl. 98). – Solotuchin, Pjotr Wassiljewitsch, Dr. (1897-1968), Generalleutnant, Historiker; Rektor des Leningrader Pädagogischen Instituts und der Universität Leningrad, Erster Stellvertretender Volkskommissar für Volksbildung der RSFSR; 1945-48 Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD, danach Direktor des Pädagogischen Instituts W. I. Lenin des Ministeriums für Volksbildung der RSFSR in Moskau.

69 Vgl. natschalnik ONO UWK g. Berlin Sudakow/natschalniku ONO SWAG t. Artjuchinu/11.12.1948, in: GARF 7317/54/12, Bl. 82-89.

70 Vgl. Semirjaga, Kak my uprawljali 1995, S. 233.

71 Vgl. Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 25 vom 25. Jan. 1947, in: GARF 7317/8/9, Bl. 121-122.

Mangel an Transportmitteln gescheitert war. So ruhte das Pressevertriebsmonopol schließlich erst ab dem 20. Dezember 1948 bei dem in Ost-Berlin neugegründeten Postzeitungsamt, dem abermals die Verteilung westdeutscher und westberliner Zeitungen verboten wurde[72]. Im Filmvertrieb war schon früher die „Einfuhr von Filmen aus anderen Zonen begrenzt" worden, nachdem der sowjetische Staatsbetrieb Sowexportfilm als Filmausleihmonopolist in der SBZ deutsche Kinos vertraglich verpflichtet hatte, die Spielzeit zu 40% mit sowjetischen Filmen zu füllen[73].

Ihren vorläufigen Abschluß fand diese Entwicklung mit der Übertragung der Kompetenz zur Bestätigung von Vorschlägen zur Ernennung des Lehr- und administrativ-technischen Personals, der Zusammensetzung der Studentenschaft und der Lehrpläne der Universitäten von den Landesorganen der SMAD an die als „gefestigt" geltenden deutschen Verwaltungen am 27. Januar 1949[74]. Wegen der sehr schwachen Positionen der SED an den Universitäten[75] geschah dies mit erheblichen Vorbehalten. Doch gleichzeitig galt es, die SMAD zu entlasten, die bis dahin in jedem Semester zwei- bis dreitausend verschiedene Lehrprogramme kontrollieren und genehmigen mußte[76].

Die Zentralisierung befand sich nur in zeitweiliger bzw. sogar nur scheinbarer Konkurrenz zu der im Juni 1945 von der Besatzungsmacht gleichzeitig in Angriff genommenen administrativen Föderalisierung der Zonenverwaltung. Denn die SMAD definierte nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern auch die Details der Implementierung und Optimierung der ordnungspolitischen Maßnahmen, ohne sich durch Rücksichtnahme auf das deutsche Staats- oder auch das eigene Besatzungsrecht hemmen zu lassen. Am 23. April 1947 unterzeichnete die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung eine Vereinbarung mit den Landes- und Provinzialregierungen, die der Zentralverwaltung u.a. Einspruchsrecht bei Landesgesetzen und bei Einstellung leitender Mitarbeiter einräumte, und die den ausdrücklichen Auftrag einschloß zur „Koordinierung der Tätigkeit der deutschen Kulturorganisationen (Kulturbund und Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR)" in den Ländern „bei der Erfüllung von Aufgaben, die ihnen die SMAD stellt"[77]. SMAD-Befehl Nr. 6 vom 16. Januar 1948 installierte in der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung eine entsprechende Koordinierungsstelle für die Länder der SBZ. Nachdem man den Pressevertrieb in den Griff bekommen hatte, wurden mit der gemeinsamen Verordnung der Präsidenten der deutschen Verwaltungen für Inneres und für Volksbildung vom

72 Laut Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen: So funktionierte die DDR, Lexikon der Organisationen und Institutionen, Bd. 1, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 204, wurde dieses Monopol sogar erst am 1. Apr. 1949 durchgesetzt.

73 Tjulpanow/Semjonowu/10.6.1948, in: AWP RF 0457a/5/34/31, Bl. 36-52, hier Bl. 37.

74 Die Landesverwaltungen der SMAD wurden vom Chef der Volksbildungsverwaltung Artjuchin angewiesen, die Ministerpräsidenten darüber zu unterrichten. Vgl. Artjuchin/Kabanowu/21.1.1949, mit handschriftlichem Vermerk von Artjuchin vom 27. Jan. 1949, in: GARF 7317/55/10, Bl. 12-17. – Artjuchin, Iwan Dmitrijewitsch, Vorsitzender des ZK der Gewerkschaft der Volks- und Mittelschullehrer; 1945-48 stellvertretender und 1948-49 Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD, danach stellvertretender Leiter der Abteilung Volksbildung der SKK.

75 Vgl. Dokumente Nr. 80, Nr. 89, Nr. 90 und Nr. 91 sowie Dokument Nr. 149 in: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, bearbeitet und herausgegeben von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, Bd. 3, S. 570-572.

76 Vgl. Semirjaga, Kak my uprawljali 1995, S. 232. Noch im Schreiben an den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Wandel vom 9. Okt. 1948 stellte der Chef der SMAD-Volksbildung Artjuchin fest, daß „keine Hochschule [...] ihren Unterricht beginnen [darf], bevor nicht der Entwurf ihres Personal- und Vorlesungsverzeichnisses von der Abteilung für Volksbildung der SMAD überprüft und bestätigt wurde". Das Schreiben ist auszugsweise abgedruckt in: Handel, Gottfried/Köhler, Roland (Hg.): Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949, Berlin (Ost) 1975, S. 80-81. Dort irrtümlich mit der Jahreszahl 1949 versehen.

77 Tjulpanow/Dratwinu/8.12.1947, in: AWP RF, 0457b/4/29/25, Bl. 198.

12. Januar 1949 alle bestehenden lokalen und regionalen Volkskunstgruppen, Volksbildungsvereine und Massensportvereine mit Wirkung vom 1. Januar 1949 in die zentralisierten Massenorganisationen FDGB, FDJ, Kulturbund, Bund Deutscher Volksbühnen, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Demokratischer Frauenbund sowie in die Sportgemeinschaft des Deutschen Sportausschusses überführt[78]. Am 19. Juli 1949 wurde die Liste noch um die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und den Verband Junger Pioniere ergänzt.

2. „Verstaatlichung" gesellschaftlicher und intermediärer Instanzen

Gesellschaftliche Massenorganisationen waren zwischenzeitig nach dem Monopolprinzip und auf administrativer Grundlage gebildet worden. So wurde am 7. März 1946 die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und ein Jahr später (7. bis 9. März 1947) der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) als einheitliche „überparteiliche" Organisationen faktisch aus der zonalen und föderalen Volksbildungsverwaltung „ausgegründet". Zu diesem Zeitpunkt war auch die erste Phase der organisatorischen und programmatischen Stabilisierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) abgeschlossen. Innerhalb des FDGB entstand 1946 der Verband der Deutschen Presse und im Juli 1946 mit der Kammer der Technik eine gesellschaftliche Organisation der Ingenieure, Techniker und Ökonomen. Im Mai 1947 wirkte der FDGB zusammen mit dem Kulturbund bei der Bildung des Bundes Deutscher Volksbühnen mit. Auf der Grundlage der Geheimbefehle Nr. 0169 vom 9. Mai 1948 und Nr. 0296 vom 25. Oktober 1948 wurden in der Trägerschaft des FDGB und der FDJ „gemeinsame Sportausschüsse" gebildet, die unter Kontrolle der Innenministerien „auf Produktionsbasis", also in den Betrieben, die organisatorische Grundlage der „erneuerten deutschen Sportbewegung" darstellten. Hier wurde auf die unmittelbare „Verstaatlichung" zugunsten der Volksbildungsverwaltung verzichtet, obwohl ihr Pieck[79] und Grotewohl[80] ursprünglich den Vorzug gegeben hatten[81]. Nach Auffassung der SMAD und des ZK der WKP(B) hätte diese Organisationsform aber eine zu große Parteinähe bedeutet[82]. Mit Suslows[83] Kompromißvorschlag schlug man dann gleich zwei Fliegen tot: Die damals für erforderlich gehaltene Verstärkung der SED durch die Sportbewegung wurde aber nicht unmittelbar, sondern mittelbar auf dem Umweg über die FDJ erzielt[84]. So konnte am 1. Oktober 1948 in Berlin der Deutsche Sportausschuss gebildet werden. Die vielleicht letzte kulturpolitische Disziplinierungsorganisation mit zonenweitem gesellschaftlichem Anspruch entstand mit der Gründung des Verbandes der Jungen Pioniere bei der FDJ am 13. Dezember 1948 zur Gewährleistung eines „einheitlichen Erziehungsprozesses von Schule, Elternhaus und Kinderorganisation".

---

78 Vgl. Verordnung zur Überführung von Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen vom 12. Jan. 1949, in: Zentralverordnungsblatt. Amtliches Organ der DWK sowie der Deutschen Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung. Berlin 1949, S. 67-69. Ergänzt durch Verordnung vom 19. Juli 1949, in: Ebd., S. 696.

79 Pieck, Wilhelm (1876-1960), Mitbegründer der KPD, bis 1945 Emigration in der UdSSR, 1945-46 Vorsitzender der KPD, 1946-49 Mitvorsitzender der SED, 1949-60 Staatspräsident der DDR.

80 Grotewohl, Otto (1894-1964), 1945-46 geschäftsführender Vorstand der SPD, 1946-54 Mitvorsitzender der SED, 1949-64 Mitglied im Politbüro der SED, 1949-64 Ministerpräsident/Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

81 Vgl. Kratkaja sapis bessedy sekretarja ZK Suslowa mit Pieck, Grotewohl und Oelßner vom 29.3.1948, in: RGASPI 17/128/1166, Bl. 148.

82 Ebd.

83 Suslow, Michail Andrejewitsch (1902-1982), u.a. 1946-48 Leiter Abteilung für Außenbeziehungen des ZK der WKP(B), 1947-82 Sekretär ZK der KPdSU.

84 Vgl. Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 0296 vom 25. Okt. 1948, in: GARF 7212/1/25, Bl. 41.

Sehr oft stimmt die archivalische Befehlslage überhaupt nicht mit der Wirklichkeit überein: So wirkten etwa die „Jungen Gemeinden" bei der evangelischen Kirche fort, obwohl sie von der SMAD schriftlich verboten worden sind. Weniger unklar war etwa die Lage religiöser Sekten[85] oder auch der Freimaurerlogen: Sie wurden nicht erlaubt und galten daher als illegal[86]. Dieser autoritäre besatzungsrechtliche Grundsatz wurde in der Praxis aber pragmatisch angewandt. Oft mangelte es einfach an Arbeitskräften, um die Durchführung aller Anordnungen überwachen zu können. Bemerkenswert ist, daß die erst im Zusammenhang mit der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 unter gesamtdeutschen Auspizien entstandene Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN), in der sich die aktiven Kämpfer gegen die nationalsozialistische Diktatur sammelten, von der allgemeinen Zentralisierung zunächst verschont geblieben war. Erst am 21. Februar 1953 wurde der Verein mit der Tatarenmeldung: „Der Feind ist in der Festung" aufgelöst[87]. Die Pflege des autochthonen antifaschistischen Erbes tangierte nicht nur die ideologisch-kulturelle Abhängigkeit von der UdSSR, sondern auch die Integration ehemaliger Nationalsozialisten in Partei und Staat der DDR. Ein Aspekt, der im Kontext der sogenannten Intelligenz- und Bündnispolitik der SED Beachtung verdient, war doch ohne die alten Funktionseliten in Wissenschaft und Technik kein Staat zu machen. Und diese „alten" Fachleute gehörten früher nach Schätzungen der SMAD zu 25 bis 30% der NSDAP oder ihren Gliederungen an[88].

3. Deutsch-sowjetischer Kulturaustausch

Trotz schwerster Verletzungen und Belastungen auf beiden Seiten stand das deutsch-sowjetische Verhältnis ab April 1945 im Blickpunkt der Deutschlandpolitik Moskaus. Nach diesem Datum erlassene offizielle Dokumente zeugen insgesamt von einer großmütigen Haltung gegenüber Deutschen und selbst gegenüber nominellen Mitgliedern der NSDAP. Angehörigen der Roten Armee war zwar die Fraternisierung mit Deutschen durch interne Weisungen ebenso verboten wie in den Armeen der Westalliierten, doch die dahinter stehende These von der „deutschen Kollektivschuld" wurde nicht in rigiden Dienstvorschriften festgehalten, die selbst Kleinkinder zu Kriegsgegnern machten. Auf die unmittelbare Wirkung der soldatischen Fronterfahrung ist es vermutlich zurückzuführen, daß innerhalb der SMAD zunächst größere Skepsis gegenüber Deutschen zu beobachten war als amtliche Papiere Moskauer Provenienz vermuten lassen. Schon in den ersten Monaten der Besatzung wurden in der Berliner SMAD-Zentrale verschiedentlich sehr deutliche Zweifel an der Möglichkeit einer kulturellen Umorientierung der Deutschen artikuliert. Dennoch galt die Propagierung sowjetischer Errungenschaften in der SBZ schon ab

85 Vgl. I.O. natschalnika otdela informazii Uprawlenija SWA FZ Saxonii Koloß/natschalniku otdelenija informazii okruga Chemniz i okruga Zwickau/[8.] 7.1947, in: GARF 7212/1/189, Bl. 142: Danach waren „Sekten und christliche Gruppen in der Jugendarbeit in der SBZ bis zum 15. Juli 1947 wegen verstärkter Tätigkeit „als illegal aufzulösen", weil sie über den Rahmen der Kirche hinaus wirkten, die FDJ kompromittierten und die Einheit der deutschen Jugend zersetzten. Insgesamt 30 zugelassene und 13 verbotene Kirchen und religiöse Sekten zählt auf: Sekretno. Bjuleten Uprawlenija Informazii SWAG No. 1/15. marta 1948 g. Berlin, Bl. 17-19.

86 Als ausdrücklich verboten werden die Freimaurerlogen genannt in: Sekretno. Bjuleten Uprawlenija Informazii SWAG No. 1/15. marta 1948 g. Berlin, Bl. 19.

87 Vgl. Foitzik, Jan: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), in: Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1990, S. 748-759.

88 Vgl. Dokument Nr. 92: Begleitschreiben des Politischen Beraters der SMAD Semjonow an den Obersten Chef der SMAD Sokolowski und seine Stellvertreter Dratwin, Kowal, Kobulow und Pereliwtschenko mit Bericht des Mitarbeiters der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD Sergejew zur Lage der deutschen Intelligenz vom 3. Nov. 1948. 17. Nov. 1948.

1945 als wichtiger und ab 1947 als zentraler Bestandteil der sowjetischen Kulturpolitik. Die Notwendigkeit zur Intensivierung deutsch-sowjetischer kultureller Beziehungen thematisierte die All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland (WOKS) bereits 1945[89]. In der Selbstkritik der „ernsthaften Mängel [...] in der schwachen Propaganda der russischen klassischen Dramaturgie, Musik, des sowjetischen Repertoires" übte sich der Bericht über die Tätigkeit der SMAD im zweiten Halbjahr 1945[90]. Aber im folgenden Jahr sei der Plan der Propaganda der Sowjetunion nur zu 10% erfüllt worden[91]. Am 18. Mai 1946 ordnete die SMAD mit Befehl Nr. 153 an, in Berlin ein Haus der Kultur der Sowjetunion zu gründen. Ein Jahr später wurde es am 28. Februar 1947 feierlich eröffnet. Filialen entstanden in größeren Städten. Am 26. Oktober 1946 stimmte das sowjetische Außenministerium dem gemeinsamen Antrag des politischen Mitglieds des Militärrates der SMAD, dem ranghöchsten sowjetischen politischen Vertreter in Deutschland, und des Chefs der Politischen Abteilung in der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD Iwanow[92] zu, in Berlin zwecks breiterer Information über die sowjetische Kultur in Deutschland eine ständige Vertretung des WOKS zu bilden[93]. Mit Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 0134 vom 16. Mai 1947 waren bis zum 20. Juni 1947 „breite Kreise der deutschen Bevölkerung [zu] erfassen [, um sie von den] sowjetischen Errungenschaften [und] der Überlegenheit der sozialistischen über die bürgerliche Demokratie" zu überzeugen. Die auf dieser Rechtsgrundlage erfolgte Bildung von Gruppen der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion war bereits verbunden mit „der Entwicklungsperspektive [, sie] in Basen des WOKS in Deutschland umzuwandeln und diese in eine Gesellschaft der Freundschaft mit der Sowjetunion auswachsen" zu lassen[94]. „Vom laufenden Haushalt der Täglichen Rundschau [waren dafür] vier Millionen Mark" zur Verfügung zu stellen[95]. In der entsprechenden Rundverfügung des amtierenden Chefs der Propagandaverwaltung Abramow an die Chefs der Propaganda-Abteilungen in den Ländern der SBZ wies ersterer im Mai 1947 darauf hin, daß das „Wichtigste" in der Propagierung der sowjetischen Kultur und Kunst ihre Besonderheit als sozialistische Kultur und Kunst sei, damit die „Propaganda der Sowjetunion, ihres gesellschaftlichen und staatlichen Systems", die Propaganda der „Überlegenheit der sozialistischen Demokratie über die bürgerliche"[96].

---

89 Bereits im Brief vom 18. Okt. 1945 Nr. 1797/s (in: GARF 5283/22/1, Bl. 1) bat der WOKS-Vorsitzende Karaganow den Politischen Berater der SMAD Soboljow um Verbesserung des Informationsflusses aus Deutschland bis zur Errichtung einer ständigen WOKS-Vertretung.

90 Vgl. Kratki doklad o rabote SWAG sa period s 15 ijulja po 25 dekabrja 1945g., in: GARF 7317/7/15, Bl. 10.

91 Laut Plan sollten 1946 32 Bücher über das sozialistische System der UdSSR erscheinen, tatsächlich erschienen nur vier. Vgl. SWAG. Uprawlenije propagandy (informazii) i S. I. Tjulpanow 1945-1949. Sbornik dokumentow. Pod redakziej Bernda Bonwetscha, Gennadija Bordjugowa i Normana M. Naimarka, Moskwa 1994, S. 189. Ähnlich ungünstige Resultate erzielten auch andere Propagandabereiche.

92 Iwanow, Nikolai Wassiljewitsch (1905-1996), 1938-39 Erster Sekretär bei der sowjetischen Botschaft in Berlin, 1945-46 Chef der Politischen Abteilung und 1946-47 Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD, 1948-49 im Zentralapparat des Außenministeriums tätig.

93 Vgl. Malik/A. W. Karaganowu/26.10.1946g., in: GARF 5283/22/51, Bl. 15.

94 Vgl. die Rundverfügung Tjulpanows an alle natschalniki vom 29. Mai 1947, in: AWP RF 0457b/5/8/28, Bl. 18-19.

95 Vgl. Samestitel natschalnika Uprawlenija Informazii Abramow/natschalniku Finansowo uprawlenija Maletinu/ 18.11.1947, in: AWP RF 0457b/4/29/25, Bl. 155, Tjulpanow/Sitninu/12.6.1947, in AWP RF 0457b/4/29/25, Bl. 36 und Dymschitz, Sprawka, in: AWP RF 0457b/6/38/27, Bl. 30-36. Danach habe die Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR in der ersten Jahreshälfte 1948 3,5 Millionen Mark von der Informationsverwaltung und weitere 640.000 Mark von der deutschen Verwaltung erhalten; für die zweite Jahreshälfte wurden 2,9 Millionen Mark beantragt. Am 16. Sept. 1948 bat Tjulpanow Russkich um eine weitere Million, in: AWP RF 0457b/6/39/28, Bl. 58-59.

96 Abramow/natschalnikam otdelow propagandy prowinzii i semel SSOG/15.5.1947, in: AWP RF 0457b/5/8/28, Bl. 13-14.

Damit setzte der große Sprung ein: Der noch nicht einmal vollständig „entnazifizierten" Kultur der SBZ sollte jetzt unmittelbar die sowjetische Kultur als universelle Ausdrucksform der demokratischen Kultur „aufgepfropft" werden. Anfang 1948 wurde damit begonnen, die Bestände der im gleichen Jahr durch einheitliche Landesgesetze gleichgeschalteten Bibliotheken von „ideologisch feindlicher und schädlicher" sowie „antisowjetischer" Literatur zu „säubern", dies galt auch für Geschenke der westlichen Alliierten, – als Arbeitsgrundlage dienten die amtlichen innersowjetischen Indexverzeichnisse[97]. Innerhalb weniger Monate verloren die Volksbüchereien in der SBZ 15% ihres Buchbestandes[98]. Die Listen der in der SBZ unter Berufung auf den Kontrollrats-Befehl Nr. 4 verbotenen Buchtitel schwollen von 20.000 im Jahr 1947[99] bis 1952 auf insgesamt 35.000 an[100].

Zur Massenorganisation taugte die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zunächst wenig, doch übers Ziel hinaus wurde sehr oft geschossen[101]. Im Sommer und Herbst 1947 warnten sogar führende politische Funktionäre der SMAD: Zuerst seien SED, Gewerkschaften und die Massenorganisationen zu festigen, die „die Basis der Demokratie in der SBZ sind"[102]. Tjulpanow machte auf einen rapiden Bruch in der Stimmung der deutschen Intellektuellen in der SBZ aufmerksam. Sogar jene, die früher mit der SMAD kooperiert hatten, dächten über eine Übersiedlung in die Westzonen nach, weil Gerüchte über eine Schließung der Westgrenze kursierten[103]. Im Oktober 1947 erörterte auch das Zentralsekretariat der SED, daß in der Bevölkerung „schlechte Stimmung für uns" vorherrsche und die SED nicht mehr – wie die KPD 1945 – als „Russenpartei"[104], wie Pieck in Berlin klagte, sondern diesmal als „russische Staatspartei" verunglimpft werde, wie er Stalin berichtete[105]. Der Vorschlag des Sowjetischen Informationsbüros,

97 Gribanow/Solotuchinu/10.2.1948, in: AWP RF 0457"a"/5/34/31, Bl. 53.

98 Die Bestände wurden von 4,2 zum 1. März 1948 auf 3,6 Millionen zum 1. Jan. 1949 reduziert. Vgl. Natschalnik ONO SWAG Artjuchin/Sprawka o narodnom obrasowanii w Sowetskoi sone okkupazii Germanii po sostojaniju na 1 janwarja 1949 goda/22.2.1949, in: GARF 7317/54/14, Bl. 189-199, hier Bl. 197.

99 Vgl. Nikitin/Semjonowu, Malkowu/[Monatsbericht für Juli 1947 über Arbeit ONO im Alliierten Komitee für Bildung/o. D.], in: GARF 7317/54/8, Bl. 149-154.

100 Vgl. Liste der auszusondernden Literatur, hg. von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1. April 1946, Berlin 1948; Liste der auszusondernden Literatur, hg. von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Erster Nachtrag nach dem Stand vom 1. Januar 1947, Berlin 1948; Liste der auszusondernden Literatur, hg. von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Zweiter Nachtrag nach dem Stand vom 1. September 1948, Berlin 1948; Liste der auszusondernden Literatur, hg. von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik. Dritter Nachtrag nach dem Stand vom 1. April 1952, Berlin(Ost) 1953. Kopien im Arbeitsarchiv des Verfassers.

101 Beispielsweise wurden oft sowjetische Lehrprogramme für deutsche Universitäten übernommen. So etwa 1949 für slawistische Fakultäten das Programm für Geschichte der UdSSR des Lehrstuhls für UdSSR-Geschichte der Parteihochschule des ZK der WKP(B) vom Jan. 1947. Die aktenkundige Kritik der „mechanischen Übernahme" zielte aber in erster Linie darauf, daß „die neue Entwicklung der Partei berücksichtigt werden muß". Vgl. Artjuchin/Kabanowu, Russkich/25.2.1949 und Russkich/Artjuchinu, Tjulpanowu/16.3.1949, in: GARF 7317/55/11, Bl. 23, Bl. 26-27.

102 Gribanow/Sokolowskomu, Makarowu/ 29.8.1947, in: AWP RF 0457b/4/29/25, Bl. 110-111.

103 Darüber sowie über den Verbleib von Theodor Plievier in der US-Zone und Bernhard Kellermanns Pläne, in die Westzonen oder in die Schweiz zu übersiedeln, berichtete im Sept. 1947 Tjulpanow an Makarow und Sokolowski (vgl. AWP RF 0457b/4/29/25, Bl. 122-123). Tjulpanow bat deshalb die SMAD-Führung, die SMAD-Landesverwaltungen anzuweisen, die materielle Lage der Intelligenz zu verbessern.

104 Vgl. Pieck-Notizen über die Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 13.10.1947, in: SAPMO BArch ZPA/NL 36/656. Zur Stimmung 1945 vgl. Is obsora Bjuro informazii SWAG/O polititscheskom poloschenii w Germanii/3.11.1945, in: Bonwetsch/Bordjugow/Naimark, SWAG 1994, S. 29-40, hier S. 30.

105 Vgl. Gespräch bei Stalin in Moskau vom 26. März 1948, in: Badstübner/Loth Badstübner, Wilhelm Pieck 1994, S. 190-202, hier S. 191.

in Berlin eine Illustrierte mit dem Titel „SSSR" zu gründen, wurde vom Sekretariat des ZK der WKP(B) am 9. Oktober 1947 auf Vorschlag einer Expertenkommission sofort als „z. Z. nicht zweckmäßig" verschoben[106]. Die Pläne reichten bis 1946 zurück.

Dennoch diktierte Otto Grotewohl am 15. Oktober 1947 auf der 2. Tagung des Parteivorstands der SED: „aus den Erfahrungen der Sowjetunion lernen"[107]. Zwar machten der SED auch 1948 „parteifeindliche und antisowjetische Stimmung in der Bevölkerung" sowie „nationale Überheblichkeit" zu schaffen, doch „ein Zurückweichen davor darf es in der Partei nicht geben, denn es ist der Tod jeder fortschrittlichen Bewegung, wenn sie sich nicht eng an die Sowjetunion als dem ersten Lande des siegreichen Sozialismus anschließt"[108]. Auf der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED kartete Grotewohl am 29. Juni 1948 nach: „Die Ausrichtung unserer Partei [...] [hat] sich eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten zu orientieren"[109], was das Bekenntnis zur Volksdemokratie und zum Marxismus-Leninismus einschloß. Um in der Bevölkerung für die Deutschlandpolitik der Sowjetunion um Verständnis zu werben[110], veröffentlichte im November 1948 Rudolf Herrnstadt[111] im „Neuen Deutschland" einen Grundsatzartikel „Über ‚die Russen' und über uns"[112], weitere 130.000 Exemplare wurden als Broschüre verbreitet[113]. Es handelte sich um den ersten und zugleich den letzten Versuch in der Geschichte der SBZ/DDR, das ambivalente deutsch-sowjetische Verhältnis in der Öffentlichkeit argumentativ und mit demokratischen Mitteln zu entspannen. Doch die eingeleitete Kampagne versandete, nachdem in den rege besuchten öffentlichen Veranstaltungen nur Fragen über die sowjetische Deutschlandpolitik gestellt wurden[114], die die SED nicht beantworten konnte. Mitte 1949 versuchte die SED zwar noch einen zweiten Anlauf, weil „alle antisowjetischen Argumente unter allen Umständen zerschlagen werden müssen"[115]. Doch auch diesmal wurden nur die kritischen Fragen wiederholt.

Die Direktive des Obersten Chefs der SMAD Nr. 1/081 vom 13. August 1949 forderte eine Aktivierung der im Juli 1949 in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) umbenannten Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. Als kulturpolitische Leitorgani-

---

106 Schepilow, Baranow, Bespalow/Sekretarju ZK Kusnezowu/14.10.1947, in: RGASPI 17/128/240, Bl. 130.

107 Stenographische Niederschrift der 2. Tagung des Parteivorstands der SED am 15./16. Okt. 1947, in: SAPMO BArch ZPA/IV 2/1/15.

108 Bericht über die Arbeit des Sekretariats [8. Sept. 1948], in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (künftig: BLHA) Potsdam, Rep. 332/L IV/2/1/13.

109 Otto Grotewohl auf der 11. Tagung des Parteivorstands der SED, in: Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED. Hg. von Thomas Friedrich, Christa Hübner, Herbert Mayer und Kerstin Wolf, Berlin 1995, S. 144.

110 Vgl. hierzu Müller-Enbergs, Helmut: Der Fall Rudolf Herrnstadt, Berlin 1991, S. 85ff.

111 Herrnstadt, Rudolf (1903-1966), Journalist, Mitarbeiter des sowjetischen militärischen Geheimdienstes, im Krieg in der UdSSR, 1945 Mitbegründer des Berliner Verlages, bis 1949 Chefredakteur der „Berliner Zeitung", 1946 SED, 1949-53 Chefredakteur der Zeitung „Neues Deutschland", 1950-53 ZK SED, 1953-66 Angestellter des Deutschen Zentralarchivs, Abteilung Merseburg.

112 Vgl. „Neues Deutschland" vom 19. Nov. 1948.

113 Vgl. Demidow/Abramow/Kratkaja sprawka o rabote otdelenija kultury otdela informazii UWK g. Berlin w janware mesjaza 1949g., in: AWP RF 0457b/9/22/56, Bl. 50-59, hier Bl. 54.

114 Die Fragen betrafen Übergriffe bei der Besetzung 1945, die Ostgrenze, Reparationen und Demontagen sowie das Besatzungsregime. Hierzu sowie zum politischen Kontext ausführlich: Scherstjanoi, Elke: Noch einmal „über ‚die Russen' und über uns." Gedanken zu einer „Diskussion über ein brennendes Thema" aus dem Jahr 1948, in: Zusammenbruch – Befreiung – Besatzung. Rückfragen an die NS-Zeit und Ausblick auf die Entwicklung bis 1948, zusammengestellt von Andreas Herbst, Dr. Rimma Maximowa, Evelyn Rink, Dr. Hilde Schramm, Potsdam 1994. Ausführliches Material zur Kampagne in: SAPMO BArch ZPA/IV 2/2022/33.

115 Hermann Axen auf der zonalen Arbeitstagung der Abteilung Massen-Agitation im Zentralsekretariat der SED am 18./19. Mai 1949. Vgl. Abteilung Werbung, Presse, Rundfunk/Bericht über die zonale Arbeitstagung der Abteilung Massen-Agitation im Zentralsekretariat/25. Mai 1949, in: BLHA Potsdam, Rep. 332/L IV/2/3/29, Bl. 27-34.

sation löste die DSF den Kulturbund ab und errang mit 650.000 Mitgliedern (1949) auch die Hegemonie über den „elitär-sektiererischen" Kulturbund, dem damals nur noch 150.000 Deutsche angehörten. Zu Beginn der fünfziger Jahre waren dann sogar 15% der statistischen DDR-Einwohner (mehr als drei Millionen) Mitglied der DSF[116]. In Westdeutschland zählte die Gesellschaft damals nur 7.000 Mitglieder[117], also gehörten ihr nur einige wenige Prozent der damals noch vielleicht zwei- bis dreihunderttausend KPD-Mitglieder an. Den Höhepunkt der Propaganda der deutsch-sowjetischen Kulturbeziehungen nach dem Krieg stellte der 1949 erstmalig zelebrierte „Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft" dar. Im Jahr der Bildung der DDR kulminierte er in den Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag J. W. Stalins. Was in den Deutschen damals tatsächlich vorging, läßt ein Bericht des Botschafters Semjonow über die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft aus dem Jahr 1953 erahnen: „Bisher gibt es Fälle, daß ein Teil der Arbeiter Versammlungen und Vorträge verläßt, sobald von der Sowjetunion die Rede ist."[118]

Die einzigen Organisationen von gesellschaftlichem Rang, die sich dem kulturellen Kommandosystem der SBZ nachhaltig verweigerten und ihre Autonomie auch offensiv verteidigten, waren die Kirchen, denen noch über 90% der Bevölkerung angehörten[119]. Die kirchliche Betreuung der Bevölkerung stieß nach Kriegsende zunächst auf erhebliche Toleranz der Besatzungsmacht, ohne daß die Garantie einer kulturellen Grundversorgung erkennbar gewesen wäre. Vielmehr wurde in der SMAD sehr früh reflektiert, daß die Kirche eine große Rolle im öffentlichen Leben Deutschlands spiele[120] und „ein bedeutender Teil der evangelischen und katholischen Geistlichen sich in Opposition zu Hitler befand", was ihnen hohes Prestige verleihe[121]. Bereits im Dezember 1945 war daher vorgeschlagen worden, einen besonderen SMAD-Kirchenapparat zu schaffen, einschließlich „eines speziellen Informationsdienstes" zur Sammlung „geheimer Informationen" über „alle kirchlichen Einrichtungen [...] und Gläubigen", wobei in der Kirche ein Stützpunkt („oporny punkt") gebildet werden sollte, um „Vertrauenspersonen aus dem Kreis der progressiven Geistlichen" zu erfassen. Außerdem wurde für zweckmäßig erachtet, solche progressiven Geistlichen vorzeitig aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zu entlassen[122]. Vermutlich noch im Januar 1946 wurden diese Überlegungen Stalin zur Genehmigung geschickt[123]. Diese Politik wie die originalen Archivquellen darüber scheuen aber noch heute das Licht der Öffentlichkeit so sehr wie der Teufel das Weihwasser.

Mit der evangelischen Kirche hatte die SMAD zunächst weniger Probleme als mit der katholischen, mit der sie bald in offenen Konflikt geriet. Anfang 1948 „verkürzte" sie auch die Tätigkeit der „proamerikanischen" Sekte der Zeugen Jehovas[124]. Gegenüber der evangelischen Kirche praktizierte die SMAD zunächst eine Verschleppungstaktik – das nationalsozialistische Reichs-

116 Die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft wurde am 28. März 1992 in einen Verein „Brücken nach Osten, eingeschriebener Verein" umgewandelt und am 31. Dez. 1992 liquidiert.

117 Henkel, Rüdiger: Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994, S. 334.

118 Semjonow/A. Martynowu/O rabote Obschtschestwa germano-sowetskoi druschby/30.10.1953, in: AWP RF 082/96/281, Bl. 97.

119 1946 erklärten in der SBZ (ohne Berlin) 81,6% Einwohner evangelische und 12,2% römisch-katholische Religionszugehörigkeit (5,5% konfessionslos). 1950 bekannten sich 80,5% der DDR-Bevölkerung zur evangelischen und 11% zur katholischen Kirche.

120 Vgl. Semjonow/Sokolowskomu/[6.7.1946], in: AWP RF 0457"a"/2/5/17, Bl. 13-14.

121 Vgl. A. Soboljew/Schukowu/26.1.1946, in: AWP RF 0457"a"/2/5/17, Bl. 17-19.

122 W. Makuchin/A. A: Soboljewu/Dokladnaja sapiska/31.12.1945, in: AWP RF 0457"a"/2/5/17, Bl. 22-26.

123 Schukow, Soboljew/Stalinu, Molotowu/[o.D.], in: AWP RF 0457"a"/2/5/17, Bl. 20-21.

124 Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG Tschuikow/Ottschot o rabote SWAG sa wtoroje polugodije 1948/12./13.4.1949, in: GARF 7317/7/83, Bl. 53.

gesetz über die Verfassung der evangelischen Kirche vom 14. Juli 1933 wurde erst durch das Gesetz des Kontrollrates Nr. 49 vom 20. März 1947 aufgehoben[125], weitere aus der nationalsozialistischen Zeit stammende Bestimmungen, die die Tätigkeit der Kirche hemmten, am 20. Februar 1948[126]. Nur der Religionsunterricht war schon 1945 von den Schulen verbannt worden, weil Stalin die „Jugend nicht durch Popen verwirren lassen" wollte[127]. Ernsthafte Irritationen zwischen der SMAD und der evangelischen Kirche zeichneten sich gegen Ende 1947 ab[128]. Sie eskalierten, als die SMAD von der Kirche aktive Unterstützung für ihre Deutschlandpolitik einforderte. Doch sie überschätzte die intern sehr wohl kalkulierte staatskirchliche Tradition der evangelischen Kirchen. Am 11. Mai 1948 wiesen die evangelischen Bischöfe der SBZ in einem Schreiben an Marschall Sokolowski[129] darauf hin, daß „der Staat von der Kirche [lediglich] erwarten darf, daß sie, wenn sie um ihrer kirchlichen Verantwortung willen einer politischen Maßnahme mit offenem Wort widersprechen muß, diesen Widerspruch in eine Form kleidet, die die Autorität des Staates nicht zu zerstören geeignet ist"[130]. Ein Jahr später gab Bischof Dibelius seine Grundgedanken in der kirchlichen Öffentlichkeit kund, als er an die biblische Gabe der „Kraft und Liebe und Zucht" sowie an den Widerstand der Christen gegen den Nationalsozialismus erinnerte und im gleichen Atemzug die Besatzungsmacht mahnte, daß „der Staat keine sittliche Gemeinschaft mehr" sei. Den Mitgliedern seiner Kirche teilte der Bischof unmißverständlich mit: „Verliert euch nicht in den Wahn, als sei ein Regiment der Gewalt und der Unwahrhaftigkeit der notwendige Ausfluß einer wissenschaftlichen Weltanschauung, der die Zukunft gehöre! Eine solche Zukunft könnte nur eine Zukunft sein, in der der Mensch nicht mehr Mensch sein darf!" Denn: „Friede wird nicht durch Gewalt, sondern durch Gerechtigkeit, nicht durch Lüge, sondern durch Wahrheit".[131]

***

Die Ergebnisse von viereinhalb Jahren Kulturpolitik der SMAD scheinen auf den ersten Blick vielfach imposant: Bis 1947 sind aus Bibliotheken der SBZ 15 Millionen Bücher entfernt worden, der Buchbestand öffentlicher und privater Bibliotheken schrumpfte auf sieben Millionen Bände[132]. Wenn man berücksichtigt, daß allein der SMAD-Verlag bis 1949 18 Millionen deutschsprachige Bücher auf den deutschen Markt brachte – alle nach dem binnensowjetischen

125 Wortlaut in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland Nr. 14 vom 31. März 1947, S. 265.

126 Durch das Kontrollrats-Gesetz Nr. 62, Wortlaut in: Verordnungsblatt von Groß-Berlin, 4. Jahrgang, Nr. 14 vom 7. April 1948, S. 156.

127 Vgl. Beratung am 4. Juni 1945, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck 1994, S. 50-53, hier S. 51.

128 Im Zusammenhang mit der Reise von Dibelius in die USA, wo er vom US-Präsidenten Harry Truman empfangen wurde. Vgl. Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG/Ottschot o rabote SWAG sa IVi. kwartal 1947g./19.2.1948, in: GARF 7317/7/63, Bl. 27f.

129 Sokolowski, Wassili Danilowitsch (1897-1968), 1945 Armeegeneral/1946 Marschall der Sowjetunion; 1945 Erster Stellvertreter und 1946-49 Oberbefehlshaber der GSOWG und Oberster Chef der SMAD, ab 1949 Erster Stellvertreter des Verteidigungsministers der UdSSR.

130 Vgl. Schreiben der evangelischen Bischöfe der Ostzone an Marschall Sokolowski. Vom 11. Mai 1948, in: Seidel, „Neubeginn" 1989, S. 272-274.

131 Vgl. Hirtenbrief des Evangelischen Bischofs von Berlin an die evangelischen Gemeinden in Berlin und Brandenburg. Pfingsten 1949, in: Seidel, „Neubeginn" 1989, S. 274-277, hier S. 276.

132 Außerdem elf Millionen Bände in wissenschaftlichen Bibliotheken. Vgl. Solotuchin – natschalnik otdela obrasowanija SWAG/Politsowjetniku SWA w Germanii/Kratkaja sprawka o demokratisazii obrasowanija w Germanii/23.8.1947, in: GARF 7317/54/8, Bl. 163-172. Anders in: Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG Sokolowski/Stalinu u.a./[Bericht über die Tätigkeit für das 3. Quartal 1946]/29.11.1946, in: GARF 7317/7/35, Bl. 230: Danach waren in 48 wissenschaftlichen Bibliotheken 8 Millionen Bücher vorhanden, weitere 8 Millionen wurden in die Sowjetunion ausgeführt bzw. waren dafür vorgesehen (im Original ist zwar von 7 Millionen auszuführender Bücher die Rede, aber die Summe der einzelnen Positionen ergibt tatsächlich 8 Millionen).

Herstellungsrecht genehmigt –, dann bestand der Bibliotheksfundus der SBZ zu zwei Dritteln aus sowjetischen Werken. Der Anteil der „Neulehrer" schwankt in den internen Statistiken zwischen 50 und 80%, schon vor 1949 gehörte mehr als die Hälfte der Lehrer der SED an. Die „neue Studentenschaft", zielgerichtet nach sozialstatistischen und parteipolitischen Merkmalen rekrutiert, stammte 1949 angeblich zu einem Drittel aus den Haushalten von „Arbeitern und Bauern" und war zum gleichen Teil in der SED organisiert[133]. Doch das soziale Bildungsprivileg als eines der zentralen politischen Ziele war wohl vornehmlich auf dem Papier gebrochen worden, denn die entsprechenden sozialstatistischen Angaben wurden schon damals nicht für authentisch gehalten[134]. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Quellen vielmehr ein verschleierter Konflikt zwischen der auf politische und fachliche Integration der Mittelschichten und der „alten Eliten" gerichteten sogenannten Bündnis- und Intelligenzpolitik der SED auf der einen und der schematischen, ideologisch motivierten Egalisierungsabsicht der Besatzungsmacht auf der anderen Seite. Denn die vertikale soziale Mobilität beschleunigte die horizontale Mobilität der Funktionseliten und des traditionellen Bildungsbürgertums. Die Tatsache, daß Sowjetische Aktiengesellschaften ihre deutschen Spitzenfachleute sogar in Westwährung bezahlten[135], vermittelt einen Eindruck über den tatsächlichen Verlauf der Konfliktlinie zwischen Doktrin und Pragmatismus, zwischen Produktivität und Ideologie. Die Fehlsteuerung der Bildungs-, Wissenschafts- und Intelligenzpolitik blieb dauerhaft.

In vielen Bereichen erscheinen die erzielten Resultate tatsächlich fragwürdig, wenn man von der Oberfläche absieht: Die 24.000 Studenten an SBZ-Universitäten 1949 entsprachen etwa der Hälfte der Studentenschaft von 1932[136]. Manche Zahl bleibt schon auf den ersten Blick fragwürdig: So gehörten etwa Ende 1947 27% aller Studenten der SED an[137], aber noch ein Jahr später ließen sich nur 10% der handverlesenen Studentenschaft (Berliner Universität 5-6%) als FDJ-Mitglied eintragen[138]. Bei Professoren- und Dozentenstellen bestanden 1949 an den Universitäten 341 Vakanzen, das entsprach damals fast der Hälfte des gesamten Lehrkörpers, wobei laut Plan für die Jahre 1949/50 weitere 346 wissenschaftliche Lehrkräfte benötigt wurden, aber nur 136 Aspiranten zur Verfügung standen[139]. Mit der Detailfülle wachsen die Zweifel: Von 246

Zum 1. Jan. 1948 wurde der Gesamtbestand öffentlicher und (größerer) privater Bibliotheken in der SBZ mit 20 Millionen angegeben. Vgl. Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG /Ottschot o rabote SWAG sa IV kwartal 1947g./19.2.1948, in: GARF 7317/7/63, Bl. 209. Laut Semirjaga, Kak my uprawljali 1995, S. 218, befanden sich auf dem Gebiet der SBZ im Jahr 1942 in wissenschaftlichen Bibliotheken 22 Millionen Bände.

133 Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG Tschuikow/Ottschot o rabote SWAG sa 1. polugodije 1949g., in: GARF 7317/7/97, Bl. 39.

134 So wurden etwa an der Universität Leipzig alle selbständigen Mittelständler und Handwerker als Arbeiter gezählt. Vgl. Schuster, Ulrike: Wissen ist Macht. FDJ, Studenten und die Zeitung FORUM in der SBZ/DDR, Berlin 1997, S. 22.

135 Vgl. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck 1994, S. 287.

136 Laut Semirjaga, Kak my uprawljali 1995, S. 214, studierten in Deutschland 1932 130.000 und 1938 70.000 Studenten an Hochschulen und Universitäten. Nach Statistisches Reichsamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1942, S. 643 und 645, waren im Winter-Halbjahr 1938/39 66.734 Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen und weitere etwa 7.500 an pädagogischen und Kunsthochschulen immatrikuliert.

137 Vgl. Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG /Ottschot o rabote SWAG sa IV kwartal 1947g./19.2.1948, in: GARF 7317/7/63, Bl. 201.

138 Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG Tschuikow/Ottschot o rabote SWAG sa 2. polugodije 1948g./12./13.4.1949, in: GARF 7317/7/83, Bl. 29.

139 Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG Tschuikow/Ottschot o rabote SWAG sa 1. polugodije 1949g./9.9.1949, in: GARF 7317/7/97, Bl. 28-29. – Andere Quellen nennen zum 1. Jan. 1949 1.420 Professoren und Dozenten, davon 650 „neue". Vgl. Natschalnik ONO SWAG Artjuchin/Sprawka o narodnom obrasowanii w Sowetskoi sone okkupazii Germanii po sostojaniju na 1 janwarja 1949 goda./21.2.1949, in: GARF 7317/54/14, Bl. 189-199. 1945 wurden in der SBZ 2.041 Professoren und Dozenten erfaßt, von ihnen wurden 581 wegen NSDAP-Mitgliedschaft entlassen.

Studenten des sechsten Semesters der juristischen Fakultät der (Ost-)Berliner Universität lebten 1949 zwei Drittel in den Westsektoren und nur 30 von ihnen beabsichtigten, das Staatsexamen im Osten der Stadt abzulegen[140] und damit in den ostdeutschen Verwaltungsdienst zu treten. Dabei erhielten 75 Studenten der ostberliner Rechtsfakultät Sonderstipendien in Westwährung[141]. Die äußere Fassade gaukelte ein am Planbedarf orientiertes, einheitlich durchorganisiertes Bildungssystem vor, die Wirklichkeit bestimmten jedoch nicht dogmatisch-bürokratische Zielvorstellungen von einer „neuen Intelligenz", sondern die Abwanderung von qualifizierten Fachleuten und Hochschulabsolventen nach Westdeutschland. 1947 erschienen 22% aller medizinwissenschaftlichen Veröffentlichungen der SBZ-Universitäten in Westdeutschland[142], der freie Markt sog den angestrebten Fortschritt auf. Die Auswirkung der Bildungsreform auf die Leistungsfähigkeit vor allem der natur- und technikwissenschaftlichen Forschungsbereiche verdient besondere Aufmerksamkeit, denn es fällt zumindest auf, daß ausgerechnet die Volkshochschulen mindestens 80% ihrer Lehrpläne naturwissenschaftlichen und technischen Fächern zu widmen hatten[143], während an den Universitäten die Allgemeinbildung in Marxismus-Leninismus höhere Priorität genoß als das – in den damaligen naturwissenschaftlichen Irrlehren des Spätstalinismus verfangene – Fachstudium[144].

In den Schulen lernten am 1. Januar 1949 67,9% aller Kinder ab der 5. Klasse Russisch als erste Pflicht-Fremdsprache, freiwillig schrieben sich 1949 an der Volkshochschule Halle aber 213 Hörer für englische und nur 144 für russische Sprachkurse ein[145]. Überhaupt wurden in den Schulen Sachsens noch 1949 die Einheitslehrpläne „seit 1945 [...] nur zu 65-70% erfüllt".[146] 20,6% aller Schulkinder waren Mitte 1949 Pioniere, in Ost-Berlin aber nur 9,2%. Generell weichen Ost-Berliner Statistiken von der SBZ-Statistik stark ab. Diese Differenz dokumentiert die unterschiedlichen Resultate bei der Durchsetzung der einheitlichen kulturpolitischen Ziele der SMAD, die zwar mit gleichen autoritären Methoden und bei denselben Ausgangs-, aber bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen erfolgte: In der SBZ unter Gewährleistung einer völligen Detailkontrolle durch SMAD und SED, die in Ost-Berlin bis 1948 durch die gemeinsame Vier-Mächte-Verwaltung gehemmt wurde. Mit „Sowjetisierung" allein lassen sich solche Ergebnisse nicht hinreichend erklären. Hilfreicher erscheint manchmal die Quellenkritik, denn die präsentierten Berichte über die schulische Lage an den Grenzen der Berliner Westsektoren belegen, wie viele selbst der substantiellen Errungenschaften der SMAD-Kulturpolitik nur auf dem Papier

---

140 Oberstleutnant Paschkewitsch – natschalnik Prawowowo otdela Uprawlenija Wojennowo Komendanta g. Berlin/Samestitelju Polititscheskowo Sowetnika tow. Gribanowu, M. G./8.8.1949, in: GARF 7317/55/11, S. 123-124.

141 Artjuchin – samestitel natschalnika ONO/samestitelju Glawnonatschalstwujuschtewo SWAG tow. Kabanowu, A. F./14.4.1949, in: GARF 7317/55/11, Bl. 59.

142 Vgl. samestitel natschalnika otdela sdrawochranenija Pschenitschnikow/Tjulpanowu/18.5.1948, in: GARF 7317/56/34, Bl. 59-60.

143 Vgl. Protokoll der Ersten Parteikonferenz der SED, 25. bis 28. Januar 1949, Berlin (Ost) 1949, S. 535.

144 Auf die Hochschulbildungspolitik in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern wirkten zahlreiche Faktoren ein, wobei der durch die Einführung der Planwirtschaft ausgelöste Zentralisierungsdruck auch deshalb besondere Beachtung verdient, als noch nicht bekannte Berufsprofile von noch nicht einmal festgelegten Organisationseinheiten objektiv gar nicht eingeplant werden konnten. Hinweise auf dadurch ausgelöste Tendenzen zur Senkung der fachlichen Spezialisierung zugunsten einer breiter angelegten Fachbildung enthält auch der Brief des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD an den Vorsitzenden der DWK Rau und den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Wandel vom 30. Juni 1949, in: Handel/Köhler, Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949, 1975, S. 84-85.

145 Vgl. 29.3.1949, in: GARF 7317/55/11, Bl. 29-31.

146 Artemjew/Russkich/O wypolnenii utschebnych planow w nemezkych narodnych schkolach semli Saxonija/ 7.3.1949, in: GARF 7317/54/15, Bl. 22-24, hier Bl. 22.

erzielt wurden.[147] 1948 entdeckte die SMAD allein in Sachsen-Anhalt sieben nicht genehmigte evangelische Diakonissenanstalten, die sich bis dahin jeder Aufsicht entzogen hatten[148].

Die einseitige parteiideologische und produktionswirtschaftliche Instrumentalisierung der Kulturpolitik löste zahlreiche Konflikte aus. Genauso wie die strukturelle Resistenz deutscher Institutionen entlud sich auch der situative Widerstand fast immer entlang des deutsch-sowjetischen Gegensatzes, der als der einfachste Nenner und als Resonanzboden für alle sachlichen Problemlagen fungierte. Im November 1946 kam es zu einem scharfen Wortwechsel zwischen dem Präsidenten des Kulturbundes, Johannes R. Becher, und dem Chef der Propaganda-Verwaltung der SMAD, Oberst Tjulpanow, als der Kommunist Becher in scharfer Form gegen die Umwandlung des Kulturbundes in ein kulturpolitisches Instrument der SED protestierte[149]. Becher, der auf diesem Posten innerhalb der Führungen der SMAD und der KPD/SED von Anfang an als Fehlbesetzung galt[150], blieb unantastbar wegen seines hohen Ansehens. Zweifellos half ihm auch der Umstand, daß die Zentrale des Kulturbundes noch 1947 im amerikanischen Sektor von Berlin residierte. Einen Rückzieher musste dann auch Tjulpanow machen, der damals bereits aktiv die Absetzung Bechers als Präsident des Kulturbundes betrieben hatte, weil Bechers überparteiliches kulturpolitisches Konzept der Sammlung demokratisch eingestellter deutscher Intellektueller mit der parteilichen Vorstellung von Kulturpolitik in der SMAD unvereinbar war. Becher, der schon damals als „Idealist" denunziert wurde, war sicherlich verborgen geblieben, daß nach der materiellen Intention der SMAD der Kulturbund schon seit Gründung unmittelbar nur als „Kulturorgan der demokratischen Erneuerung und als Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit der Sowjetunion" fungieren sollte.[151] Der Streit zwischen Becher und Tjulpanow schlug so hohe Wellen, daß ihn nach der für die SED verlorenen Berliner Wahl[152] der Politische Berater Semjonow im Auftrag des Obersten Chefs der SMAD, Marschall Sokolowski, schlichten mußte[153]. Nach außen endete die Schlichtung mit einem Kompromiss, doch in seinem internen Bericht hielt der Diplomat seine deutliche Kritik an der „subjektiven Freundschaft Bechers zur Sowjetunion" fest und ließ an den eigentlichen kulturpolitischen Zielen der SMAD keine Zweifel. Im Mai 1947 sollte dann Becher auf dem Ersten Bundeskongreß des Kulturbundes in seiner nationalpatriotischen Rede „Wir, Volk der Deutschen" derart pathetisch-optimistisch Deutschland beschwören „[...] als ein kultureller, ein geistiger, ein nationaler Begriff [...]", „[...] der allen föderalistischen Bestrebungen und Atomisierungsversuchen auf die Dauer widerstehen wird [...]"[154],

147 Vgl. Dokument Nr. 99: Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Brandenburg Korowin an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow über die Lage an Schulen in den an die Westsektoren Berlins angrenzenden Landkreisen. 1. Nov. 1949.

148 Vgl. USWA provizii Saxonija/Sokolowu/24.4.1948, in: GARF 7317/56/34, Bl. 50-55.

149 Vgl. Dokument Nr. 20: Schreiben des Präsidenten des Kulturbundes Becher an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Tjulpanow über die Entwicklung des Kulturbundes. 1. Nov. 1946.

150 Vgl. Gespräch mit Bockow [sic!] am 25. Sept. 1945, in: Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck 1994, S. 58-59, hier S. 59.

151 Vgl. Is stenogrammy ottschota S. Tjulpanowa na sassedanii komissii ZK WKP(b) po prowerke sostojanija raboty Uprawlenija propagandy SWAG/16.9.1946, in: Bonwetsch/Bordjugow/Naimark, SWAG 1994, S. 155-176, hier S. 173.

152 Die SED erhielt im Oktober 1946 in Berlin weniger als 20% der abgegebenen Stimmen.

153 Vgl. Soobschtschenije polititscheskowo sowetnika pri Glawnonatschalstwujuschtem SWAG W. Semjonowa o bessede s predsedatelem „Kulturbunda" J. Becherom, sostajawschejsja 13 nojabrja 1946 g., in: Bonwetsch/Bordjugow/Naimark, SWAG 1994, S. 69-71.

154 Wir, Volk der Deutschen. Rede auf der Ersten Bundeskonferenz des Kulturbundes zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands, in: Johannes R. Becher: Publizistik III. 1946-1951, Berlin (Ost) und Weimar 1979, S. 86-161, hier S. 133.

daß dies in der Öffentlichkeit als Protest gegen die Übertragung fremder Kulturinhalte auf deutsche Verhältnisse verstanden wurde. Diesmal lud Oberst Tjulpanow seinen Ärger über Becher, den er in die Nähe des lebensgefährlichen „bürgerlichen Nationalismus" rückte, bei Pieck ab[155], der daraufhin auf dem 5. Plenum des Parteivorstands der SED den Kulturbund und Becher so scharf angriff, daß das für Kulturfragen im Sekretariat des Parteivorstandes verantwortliche Mitglied Otto Meier[156], ehemaliger Sozialdemokrat, aus Protest die Sitzung verließ[157].

Der Konflikt zwischen den unwillkürlichen Reflexen der nationalkulturellen Kohärenz und der sowjetischen Kulturpolitik wirkte als eine Konstante, die einen konstitutiven Einfluß auf deren konkrete Resultate hatte. Meistens wurde dieser Konflikt aber verbrämt. So hielt Thomas Mann 1949 auf den Goethe-Feiern in Weimar und Frankfurt am Main zwar dieselbe Rede[158], doch Manns Berufung auf die von Goethe salvierte „Einheit" und „Freiheit" der deutschen Kultur wurde in der aktuellen Filmberichterstattung der SBZ einseitig auf die „Einheit" fokussiert. Jahrzehnte lang konnte so „Der Augenzeuge", die von der SMAD kontrollierte Wochenschau der DEFA, einen Irrtum über zwei deutsche Kulturen an die Kino-Leinwand werfen, die in Wirklichkeit nur die beiden Seiten einer baren Münze darstellten.

Was hier aber nur in den stilistischen Feinheiten der Texte von Thomas Mann oder Johannes R. Becher aufgehoben ist, wurde durchaus auch offen auf der Ebene der Massenkultur artikuliert. So blieb die 1949 in der DDR begonnene Tradition des deutsch-sowjetischen Freundschaftsmonats nur bis 1955 mit der Feier der russischen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verknüpft. 1956 wurde der „Freundschaftsmonat" in der DDR zunächst gleich zweimal im Jahr begangen und beide Male auf eine Woche verkürzt: Aber das erste Mal zelebrierte man die „Woche der deutsch-sowjetischen Freundschaft" aus Anlaß des 1950 begründeten „Tages der Befreiung" am 8. Mai und das zweite Mal zum Gedenken an die Oktoberrevolution. Schließlich blieb es in der DDR – offenbar mit Unterbrechungen – bei einer einzigen deutsch-sowjetischen Freundschaftswoche pro Jahr, und zwar in der DDR-Erinnerungstradition der „Befreiung" im Mai.[159]

155 Vgl. Tjulpanow/Bericht 11. Juli 1947, in: SAPMO BArch ZPA/NL 36/734, Bl. 299. Vgl. auch die Schreiben von Johannes R. Becher an Erich Wendt, den Leiter des Aufbau-Verlages, vom 18. Juli 1947, sowie an das Sekretariat des Parteivorstandes der SED vom 8. Dez. 1947, in: Der gespaltene Dichter: Johannes R. Becher. Gedichte, Briefe, Dokumente 1945-1958, Berlin 1991, S. 40-43.

156 Meier, Otto (1889-1962), SPD/SED, Chefredakteur der Zeitung „Das Volk", 1946-50 Mitglied des Parteivorstandes der SED, ab 1952 Generaldirektor des Staatlichen Archivwesens der DDR.

157 Baranow/Sekretarju ZK WKP(B) Suslowu/30.1.1948, in: RGASPI 17/128/1166, Bl. 68.

158 Vgl. Thomas Mann: Ansprache im Goethejahr 1949. Mit Genehmigung des Suhrkamp Verlages vorm. S. Fischer – Thüringer Volksverlag GMBH Weimar, o. O., o. J. Mit dem Vermerk: „Veröffentlicht unter Lizenz Nr. 220 (5046/49 – 8684/49) der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland". Sowie: Thomas Mann: Gesammelte Werke in dreizehn Bänden, Band XI: Reden und Aufsätze 3, Frankfurt/Main 1990, S. 481-497. Die Umgehung der SMAD- und später der DDR-Zensur durch Verkauf der Verwertungsrechte an westdeutsche Verlage wurde damals noch im großen Stil praktiziert.

159 Ausgewertet wurden hierzu die Jahrgänge 1954 bis 1970 des „Neuen Deutschland".

Editorische Vorbemerkungen

Die Auswertung der SMAD-Bestände im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) fand hauptsächlich zwischen November 2000 und Februar 2001 im Rahmen des vom Russischen Staatlichen Archivdienst (Rosarchiv) und dem Bundesarchiv initiierten Pilotprojekts „Erschließung, Reproduktion und Erforschung der Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949" statt[1]. Von der etwa 12.000 Bände umfassenden Überlieferung der zentralen SMAD und der SMAD-Landesverwaltungen standen im GARF zunächst die 1995 freigegebenen 1.620 Aktenbände zur Verfügung. Nach der im Januar 2001 verfügten Freigabe eines Großteils der im GARF deponierten SMAD-Bestände konnten auch die nach offiziellen Angaben insgesamt etwa 11.000 entsperrten Aktenbände in die Bearbeitung einbezogen werden.[2] Insofern spiegelt die Dokumentenauswahl zugleich die archivrechtliche Lage wider.

Hierzu gehört insbesondere, daß in den Beständen des GARF die Überlieferungen einiger zentraler kulturpolitischer Instanzen der SMAD (aber auch der gesamte administrative Nachlaß der Kommandantur des sowjetischen Sektors von Berlin) fehlen. Thematisch fallen vor allem die Überlieferungen der Militärräte der Besatzungstruppen und der SMAD ins Gewicht, die von 1945 bis 1947 als zentrale Koordinierungsorgane wirkten, oder die Akten der Einheiten der 7. Abteilung der politischen Verwaltung der Truppen, die bis Mitte 1946 für Kontakte zu Deutschen zuständig waren. Nicht zugänglich sind weiterhin die Aktenbestände der Redaktion der „Täglichen Rundschau" oder des Informationsbüros der SMAD, die an der Kulturpolitik der SMAD ebenfalls initiativ beteiligt waren. Das Informationsbüro gewährleistete darüber hinaus die interne Kommunikation innerhalb der SMAD und auf der Grundlage der Kontrolle der Arbeitsresultate einzelner Dienststellen die Koordination der Arbeitsabläufe.

Grundsätzlich bleibt außerdem die Tatsache zu beachten, daß die archivalische Überlieferung das Ergebnis (dokumentierter) systematischer Registraturbereinigungen und damit eine Aktenauswahl durch den Aktenbildner darstellt.[3] Nicht nur, daß also von einer selektiven Aktenüberlieferung ausgegangen werden muß, sondern es bleibt ebenfalls zu beachten, daß der SMAD-Bestand im Zeitraum zwischen Ende der fünfziger und Anfang der siebziger Jahre geordnet und verzeichnet an das damalige Zentrale Staatsarchiv der Oktoberrevolution und heutige Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) übergeben wurde. Ob die archivalische Ordnung den politischen Geist der vierziger oder der sechziger Jahre widerspiegelt, ist hier zunächst nachrangig. Es ist jedoch aufgefallen, daß beispielsweise die bereits genannten und biographisch ausgewiesenen vier Bände der „Listen der auszusondernden Literatur" im Aktenbestand des GARF nicht nachweisbar waren, obwohl mittels einer Auflage von 20.000 Exemplaren des ersten 1946 er-

---

1 Vgl. hierzu: Jena, Kai von: Erschließung, Reproduktion und Erforschung der Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Vorprojekt und erste Erfahrungen, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv Nr. 1/2001, S. 27-32. – Das Vorhaben wurde in das Programm der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der neuesten Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen aufgenommen, neben dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin waren daran das Staatsarchiv der Russischen Föderation und das Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften Moskau beteiligt.

2 Einen Überblick über die archivalische Lage vermittelt die vom Föderalen Archivdienst Russlands, dem Bundesarchiv und dem Staatsarchiv der Russischen Föderation herausgegebene Broschüre „Deutsch-Russisches Seminar zur Methodik der Erschließung von Archivdokumenten und der Schaffung eines wissenschaftlichen Rechercheapparates am Beispiel der SMAD-Überlieferung", Koblenz 2002.

3 Schwerwiegend ist auch der Umstand, daß internes Weisungsmaterial der Parteigremien der WKP(B) Moskauer und lokaler Provenienz im SMAD-Bestand nur aus Versehen in einzelnen Splittern überliefert ist, weil die Organisation der WKP(B) in der SMAD „nach konspirativen Grundsätzen" zu arbeiten hatte. Solches grundlegende interne parteipolitische Führungsmaterial ist zudem bisher nicht systematisch erfaßt.

schienenen Bandes[4] und schließlich mit der Indizierung von insgesamt etwa 35.000 Buchtiteln - vornehmlich deutschen, vereinzelt aber auch sowjetischen - zweifellos ein radikaler Einschnitt in die kulturpolitische Entwicklung der SBZ stattgefunden hatte. Darüber hinaus festgestellte Dissonanzen zwischen archivierten und veröffentlichten Primärquellen werden auf die Bestandsstruktur und das Archivrecht zurückgeführt. So konnte in Moskau beispielsweise ein Geheimbefehl nicht nachgewiesen werden, obwohl er 1968 in einer gemeinsamen Dokumentenedition der Außenministerien der DDR und UdSSR veröffentlicht und die Vorgängereinrichtung des GARF als Fundstelle ausgewiesen worden war.[5]

Trotz unserer Bemühung, solche strukturellen Mängel auf der Grundlage der vergleichsweise breiten Quellenbasis mit Hilfe der Konzeption zu kompensieren, müssen einige subjektive Faktoren angesprochen werden, die die Auswahl der präsentierten Dokumente ebenfalls beeinflußten. So wird sicherlich auf Verständnis stoßen, daß ein Parforceritt durch fast alle zentralen SMAD-Fachverwaltungen nicht möglich war, obwohl sie für Lenkung und Kontrolle entsprechender deutscher Fachzeitschriften zuständig waren.[6] Insgesamt hielten wir zwar den Aktennachlaß von mindestens fünfzehn SMAD-Facheinheiten für das Thema von unmittelbarem Interesse, die Erschließung konzentrierte sich jedoch im GARF auf die Überlieferung der Volksbildungsabteilung, der Verwaltung zum Studium der Errungenschaften der deutschen Wissenschaft und Technik, des SMAD-Verlags sowie nachgeordneter Dienststellen der zentralen Volksbildungsabteilung und Propaganda-/Informationsverwaltung in den Ländern der SBZ. Systematisch wurden ferner die nicht geheimen Normativakte der zentralen Ebene ausgewertet. In zweiter Linie wurden Stichproben durchgeführt. Dies gilt vor allem für die Überlieferung der Gesundheits-, Landwirtschafts-, Post- und auch der Militärischen Verwaltung der SMAD, die beispielsweise im Rahmen der Demilitarisierungspolitik für die Kontrolle der deutschen Sportorganisationen zuständig war. Im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (AWP RF) sind die zugänglichen Bestandteile der Propaganda-/Informationsverwaltung der SMAD und der Verwaltung des Politischen Beraters[7], im Russischen Staatsarchiv für soziale und politische

4 Vgl. Glawnonatschalstwujuschtschi SWAG/Ottschot o rabote SWAG sa 2i kwartal 1946g./14.8.1946, in: GARF 7317/7/34, Bl. 210.

5 Vgl. Befehl Nr. 039 des Obersten Chefs der SMAD über die Konfiskation nazistischer und militaristischer Literatur vom 8. Sept. 1945, in: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.): Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin(Ost) 1968, S. 148-149.

6 Den Entwurf eines SMAD-Befehls zur Kontrolle des Inhalts pädagogischer, wissenschaftlich-technischer, landwirtschaftlicher, medizinischer und anderer Fachzeitschriften der SBZ sandte der Stellvertreter des Obersten Chefs Makarow am 8. Jan. 1948 an den Chef der Gesundheitsabteilung Sokolow. Darin hieß es, daß in der SBZ ca. 250 Periodika erscheinen, davon 150 allgemein-politischen Inhalts, und über 100 Fachzeitschriften. Die allgemeinen politischen Zeitschriften kontrolliere „systematisch" die Informationsverwaltung, „medizinische und teilweise landwirtschaftliche und pädagogische Fachzeitschriften stehen außerhalb der Führung und Kontrolle der entsprechenden Verwaltungen und Abteilungen der SMAD" (vgl. GARF 7317/56/34, Bl. 5-7). Am 26. Juli 1948 führte die Informationsverwaltung eine Tagung mit 23 Vertretern der Fachverwaltungen „zwecks Kontrolle der Durchführung des SMAD-Befehls Nr. 094 vom 23. März 1948 über Kontrolle des Inhalts und Führung der Fachzeitschriften" durch. Nach dem Bericht der Gesundheitsverwaltung waren alle medizinischen Verlage in einer Vereinigung medizinischer Verlage zusammengeschlossen, SMAD-Offiziere nahmen in gemeinsamen Beratungen die Bestätigung von Verlagsplänen und die Planung von Artikeln vor, gaben Instruktionen. Auch Mitarbeiter der Landwirtschaftsverwaltung „kontrollieren und richten die landwirtschaftlichen Zeitschriften politisch aus". Über Probleme berichtete nur die Verwaltung zum Studium der Errungenschaften der deutschen Wissenschaft und Technik: Mit Redaktionen finde deshalb keine Arbeit statt, weil Mitarbeiter der Verwaltung nicht über deutsche Sprachkenntnisse verfügten. Vgl. Abramow/Sokolowu/31.7.1948, in: Ebd. Bl. 198-202.

7 Die 1948 mit acht Planstellen ausgestattete Kultur-Abteilung in der Informationsverwaltung der SMAD wurde aufgrund des Beschlusses der Staatlichen Planstellenkommission der UdSSR vom 11. Juli 1949 mit SMAD-

Geschichte (RGASPI) die Bestände der ZK-Abteilungen Agitation und Propaganda, Internationale Information sowie Außenpolitische Kommission des ZK der WKP(B) systematisch durchgesehen worden. Außerdem hatten russische Bearbeiter den WOKS-Bestand des GARF sowie einschlägige Bestände im RGASPI ausgewertet. Begünstigt hatte uns dabei der Umstand, daß wir schon zu Beginn der neunziger Jahre Akten einsehen konnten, die inzwischen für die Benutzung wieder gesperrt sind.

Die deutsche Gegenüberlieferung konnte schon deshalb nicht systematisch zu Rate gezogen werden, weil allein im Berliner Bundesarchiv etwa 30 – im engen Sinne – themenrelevante Aktenbestände staatlicher Provenienz festgestellt wurden. Dieser Mangel wiegt insoweit schwer, als die deutsche Aktenüberlieferung vielfach deutschsprachige SMAD-Quellenunikate enthält[8]. Andererseits werden diese Bestände laufend für editorische und monographische Vorhaben ausgewertet, so daß insgesamt weniger methodische als vielmehr konkrete arbeitsökonomische Fragen Beachtung verdienen.

Die ausgewerteten Bestände bestehen nur zum Teil aus normativen Vorgaben der Besatzungsverwaltung, in der Hauptsache aber aus Geschäftsakten. In erster Linie handelt es sich um Vollzugs- und Kontrollberichte der unterschiedlichen hierarchischen Handlungsebenen. Entsprechend dem arbeitsteiligen Organisationsprinzip der SMAD sind die Geschäftsvorgänge in der Regel nicht zusammenhängend überliefert. Sachakten können innerhalb eines Aktenbandes, eines Bestandes, aber auch auf mehrere Archive verteilt sein, was die Rekonstruktion konkreter Entscheidungs- und Handlungsabläufe erschwert. Politische Führungsbeschlüsse, Konzeptions- oder Planungspapiere liegen nur in minimalem Umfang vor, wobei die Überlieferung zufällig zu sein scheint. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß Kontakte zwischen den Führungen der sowjetischen und der deutschen kommunistischen Partei und später der SED nicht nur über die SMAD verliefen. Dies hat zur Folge, daß der bloße Aktenschein in vielen Fällen nachweisbar eine SMAD-Initiative suggeriert, die tatsächlich von der SED induziert worden war.

Generell ist daher auf die besonderen Erfordernisse der Quellenkritik hinzuweisen. Erste Zweifel an der Qualität der präsentierten Daten ergeben sich bereits aus dem oberflächlichen Vergleich einzelner Dokumente. So schwanken darin beispielsweise die Angaben über die Anteile der vor 1945 in der NSDAP organisierten und deshalb nach dem Krieg entlassenen Lehrer zwischen etwa 64% und 96%[9]. Der Hintergrund solcher Differenzen bleibt unklar. Zum kritischen Umgang mit den auf der allgemeinen Geschäftsebene der SMAD benutzten Zahlen mahnen aber auch andere punktuelle Beispiele: So gibt die SMAD im Bericht nach Moskau die Zahl der

---

Befehl Nr. 0326 vom 23. Juli 1949 in die Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD verlagert und ihr Personalbestand auf zwölf Planstellen aufgestockt. Vgl. Dopolnitelny schtat Uprawlenija polititscheskowo sowetnika pri Glawnonatschalstwujuschtschem SWAG/Priloschenije k prikasu Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG No. 0326 ot 23 ijulja 1949g., in: GARF 7317/8/90, Bl. 580-581.

8 Dies ist sowohl auf die Arbeitsweise der SMAD zurückzuführen, wenn etwa der Politische Berater Semjonow schriftliche Empfehlungen oder Weisungen in deutscher Sprache verteilte, oder auf die Arbeitsweise der deutschen Verwaltungen. So legte z.B. Hoernle als Leiter der DWK-Hauptverwaltung Landwirtschaft und Forsten einen Aktenvermerk über seine Besprechung mit der SMAD an, in der er unter Berufung auf den Sieg der Theorien Lyssenkos im Juli 1948 angewiesen wurde, dazu eine Fachtagung deutscher Agrarbiologen zu organisieren. Auf dieser Fachtagung in Jena kam es dann zu einem Eklat: Die Lehren Lyssenkos seien für „unwissenschaftlich" erklärt worden, wobei sich deutsche Genetiker auf ähnliche gescheiterte Experimente beriefen, die sie schon unter dem Nationalsozialismus wiederholt hätten durchführen müssen. Vgl. Der Leiter der DWK-Hauptverwaltung Landwirtschaft und Forsten/Aktenvermerk über Besprechung mit SMAD am 28. Sept. 1948/ 30.9.1948 und Aktenvermerk Hoernle über eine Besprechung mit Korbut und Terentjew am 30. Nov. 1948 vom 1.12.1948, in: BArch K 1/8127.

9 Diese Angabe in: Sprawka-doklad o rabote Otdela Narodnowo obrasowanija SWAG sa janwar-fewral mesjazi 1946 g./8.3.1946, in: GARF 7317/55/2, Bl. 24, vgl. dazu auch die Einleitung von Jan Foitzik.

Mitglieder der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" im Mai 1948 mit 30.000 an, das Statistische Jahrbuch der DDR weist aber nur 19.000[10] aus. Ein Jahr später, bei der Umbenennung in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft", meldete die SMAD 123.000 Mitglieder, die Statistiker und die SED gingen hingegen nur von 69.000 aus[11]. Solche Auswirkungen kompetenzieller Diffusion auf die Datenqualität zeigten sich also nicht nur innerhalb der SMAD-Organisation, sondern traten ebenso im Kooperationsverhältnis zwischen Besatzungsverwaltung und deutschen Einrichtungen auf.

Eine Validitätsprüfung ist wegen der vielen beteiligten Variablen sehr aufwendig. Unterschiedliche Terminologie und nicht deckungsgleiche semantische Begriffsinhalte[12], unterschiedliche Rechtsauffassungen, die wechselnde Perspektive der Selbst- und Fremdeinschätzung, die „politisch korrekte" quellenwirksame Interpretation der in der Regel von deutschen Verwaltungen erhobenen Primärdaten sowie eine generelle Neigung zur aktenkundigen Antizipation normativer Planziele stellen nicht nur bei der Detailanalyse des Einzelbelegs Tücken dar, sondern auch bei der Einordnung und Bewertung historischer Prozesse. Die Schaffung der „deutschen Einheitsschule" 1946 etwa könnte als das Ergebnis zielsicherer „Sowjetisierung" ausgelegt werden, wenn man außer acht läßt, daß es sich in der Weimarer Republik um zentrale bildungspolitische Forderungen von SPD und KPD gehandelt hatte.[13] Unter dieser Prämisse könnte dann der gleiche Sachverhalt im Gegenteil sogar als Beleg für Eigenständigkeit und Traditionalismus der deutschen Akteure gewertet werden. Mit anderen Worten: Hinter der faktographischen Oberfläche verbirgt sich ein methodisches Problem, das auch auf der Primärquellenebene nicht ohne weitere systematische Analysen lösbar ist, weil sich schon auf dieser Ebene massive Spuren von Zensur, Selbstzensur, politischer Korrektheit und einer „verfahrensspezifischen Leistungsantizipation" feststellen lassen. Im Einzelfall können nicht einmal interne deutsche Arbeitsprotokolle als authentisch betrachtet werden, weil sie oft durch die Zensur der Besatzungsmacht gegangen sind.

Die Konzeption hatte der evidenten Gefahr Rechnung zu tragen, daß eine Dokumentation mehr zu einer symptomatischen Rationalisierung der ihr zu Grunde liegenden archivalischen Überlieferung als zur faktographischen Erhellung der historischen Wirklichkeit beitragen könnte. An einem solchen Vorgehen, das an das Ausmalen eines Kindermalbuchs erinnert, konnte kein Interesse bestehen. Auch die wenigen Aktenfragmente über die Lage in dem von den Vier Mächten bis 1948 gemeinsam verwalteten Berlin wie über die nach der Spaltung der Hauptstadt im sowjeti-

10 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin (Ost) 1956, S. 84. Die gleiche Zahl nennt auch: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, Berlin 1967, S. 155.

11 Ebd., S. 206, sowie: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, Berlin (Ost) 1957, S. 131.

12 Hingewiesen sei stellvertretend auf die vielen semantischen Bedeutungsebenen des Begriffs bürgerliche Freiheiten: Die sowjetische Konstitution vom 5. Dez. 1936 deklarierte im Artikel 125 die Freiheit des Wortes, der Presse und der Versammlung „in Übereinstimmung mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und mit dem Ziel der Festigung des sozialistischen Systems" (vgl. Istorija sowetskoi konstituzii w dokumentach 1917-1956, Moskwa 1957, S. 729-746, hier S. 744). Die entsprechenden Deklarationen der Artikel 8, 9, 12 und 13 der Verfassung der DDR vom 7. Okt. 1949 (vgl. Gesetzblatt der DDR, Nr. 1 vom 8. Okt. 1949, Berlin 1949, S. 5-16, hier S. 6-7) gehen intentional nicht nur über die sowjetische Form hinaus, sondern enthalten sogar noch weniger juristische Kautelen. Doch von der semantischen Begriffsrelativität abgesehen, ist der Wert der DDR-Verfassung als historische Quelle nicht nur aus materiellen, sondern schon aus formalen besatzungsrechtlichen Gründen ein sehr geringer.

13 Von einem in vielen Bereichen stattgefundenen Re-Import ursprünglich in Deutschland entwickelter Konzepte, die in der UdSSR aufgegriffen und in der SBZ erst durch die Besatzungsmacht nach „sowjetischem Vorbild" durchgesetzt wurden, ist etwa auch im Hinblick auf die Organisation der Akademie der Wissenschaften als „Forschungskombinat" (Jürgen Kocka) auszugehen.

schen Sektor „beschleunigt nachgeholte" Entwicklung auf kulturpolitischem Gebiet dementieren das Bild von einer in ihren Zielen, Methoden und Resultaten homogenen Kulturpolitik der SMAD. Die These von einer einheitlichen kulturpolitischen Entwicklung in der SBZ, die sich in systemkritischer Absicht einseitig auf die Vorbildwirkung des sowjetischen Modells orientiert oder, wie früher systemimmanent interpretiert, als Ausdruck objektiver historischer Gesetzmäßigkeit betrachtet und behandelt wurde, würde aber auch die unförmigen Entwicklungen einzelner Fachsparten unberücksichtigt lassen, die etwa im Bereich der bildenden Künste besonders auffällig sind. Nicht zu reden davon, daß es kulturpolitische Kontinuitätslinien des deutschen Kommunismus vernachlässigen würde. Deshalb scheuten wir nicht vor Lücken. Zu berücksichtigen war außerdem, daß die Dokumentation als ein deutsch-russisches Gemeinschaftswerk gleichzeitig auf russische wie auf deutsche Erkenntnisinteressen, und zwar sowohl auf allgemeine als auch auf spezifische, einzugehen hatte.

Unterschiedliche editionstechnische Traditionen schlugen sich zunächst in der unterschiedlichen dokumentarischen Dichte der „deutschen" und der „russischen Variante" nieder: Die „deutsche Variante" präsentiert 150, in der Regel aus dem Russischen übersetzte Dokumente, die „russische" 320 Dokumente im Originalwortlaut. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß die „deutsche Variante" in der umfangreicheren „russischen" enthalten bleibt. Auf in technischen Detailfragen aufgetretene Meinungsunterschiede, die sich fast ausschließlich auf die unterschiedliche Datierungspraxis beziehen, wird in Fußnoten hingewiesen. Obwohl solche Probleme nicht wirklich relevant waren, bleibt jedoch im Hinblick auf mögliche geschichtsmächtige Übermittlungsfehler auf das allgemeine Übersetzungsproblem aufmerksam zu machen: Dies nicht nur deshalb, weil konkret durch die SMAD veröffentlichte deutsche Übersetzungen russischsprachiger Vorgaben stellenweise erhebliche semantische Sorgfalt vermissen lassen, sondern auch deswegen, weil sich solche Sorgfaltspflichtverletzungen auch in russischen Originalquellen feststellen lassen: So sind etwa vereinzelt Befehle in einer „Feld-" und einer „Stabsvariante" nachgewiesen worden. Dieser Sachverhalt wurde unterschiedlich bewertet und konnte aus objektiven arbeitsorganisatorischen Gründen nicht weiter thematisiert werden.[14]

Im Ergebnis entstand eine Quellenedition in der Originalsprache der Dokumente, die auch für den engen Kreis der Slawisten zugänglich ist, sowie ein in deutscher Übersetzung vorgelegter Auszug, der die Dokumente einem breiteren Fachpublikum vorstellt. Zwar ist die Dokumentation so angelegt, daß sie das gesamte Spektrum der Kulturpolitik der SMAD zu erfassen versucht, sie konzentriert sich jedoch auf Strukturelemente und ist bemüht, die Generalia repräsentativ und die Spezifika exemplarisch vorzustellen. Auf den Abdruck schon früher edierter und damit allgemein zugänglicher Dokumente wurde aus Platzgründen verzichtet[15]. Es liegt in der Natur der Sache begründet, daß man sich vielfach auf knappe Hinweise sogar an Stellen beschränken mußte, die reichen Erkenntnisertrag versprechen. Hinsichtlich der vielfältigen Interessen der slawistischen Fachdisziplinen wurde berücksichtigt, daß ihnen auf der Grundlage des im Bundesarchiv Berlin vorhandenen Bestandes der verfilmten SMAD-Akten nachgegangen werden kann.[16]

Inhaltlich verdienen Intentionen, Methoden, strukturell relevante Verlaufsmomente und konstitutive Resultate der sowjetischen Kulturpolitik in der SBZ allgemeines Interesse. Thematisiert

14 Eine von der Stabsfassung abweichende Feldfassung lag auch beim Befehl Nr. 29 vom 18. Aug. 1945 vor. Zumindest in einer russischen Fassung des Befehls Nr. 2 vom 10. Juni 1945 war von „professionalnyje organy" die Rede. In der von der SMAD selbst herausgegebenen deutschen Fassung heißt es an dieser Stelle „gewerkschaftliche Organisationen".

15 Diese formale Regel bestätigen einige wenige Ausnahmen, die aber sowohl durch kooperationsorganisatorische als auch durch inhaltliche Gründe legitimiert sind. Vgl. z.B. die Dokumente Nr. 73, Nr. 76 und Nr. 94.

16 Vgl. hierzu: Föderaler Archivdienst Russlands, Bundesarchiv und Staatsarchiv der Russischen Föderation (Hg.): Sachthematisches Inventar zur Kulturpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949, Koblenz 2002.

wird zugleich die strukturelle, also durch deutsche Institutionen einschließlich der mentalen Attitüden objektiv bedingte, und die situative, gegen konkrete Maßnahmen gerichtete, Resistenz. In der Regel erfüllen die präsentierten Dokumente mehrere Funktionen gleichzeitig.

Die Gliederung berücksichtigt im ersten Teil die allgemeinen Rahmenbedingungen, unter denen sowjetische Kulturpolitik in Deutschland nicht nur aktiv exekutiert, sondern auch passiv rezipiert und interaktiv adaptiert wurde. In zwei weiteren Teilen werden rudimentäre Prozesse im Bereich der Bildung und Wissenschaft sowie zentrale Momente im kulturellen Austausch zwischen der UdSSR und Deutschland nach dem Krieg dokumentiert. Auch hier wurde der Vorwurf der Selektivität nicht gescheut, indem eine repräsentative Auswahl vorgelegt wird.[17] Grundsätzlich werden spezifische Verzerrungen durch den damaligen Zeitgeist zwar nicht unterschlagen, aber dennoch im Grundsatz ein säkularisierter Zugang gesucht, der den Blick mehr auf wirklich kulturelle als auf politische Aspekte der deutsch-russischen Beziehungsgeschichte der jüngsten Vergangenheit konzentriert.

Zur Einrichtung der deutschen Ausgabe

Die in der deutschen Ausgabe vorgestellten Dokumente sind zwar in der russischen Edition enthalten, aber aus arbeitstechnischen Gründen unmittelbar anhand der Archivkopien der russischen Originaldokumente, also nicht auf der Grundlage der russischen Editionsfassung, ins Deutsche übersetzt und editorisch bearbeitet worden. Insofern stellt diese sogenannte deutsche Edition eine selbständige Dokumentation dar.

Grundsätzlich wurden die Dokumente nicht entlang der thematischen Gliederung zerschnitten, sondern ein Dokument, das gleichzeitig mehrere Gliederungspunkte tangierte, dort platziert, wo es nach dem Gliederungsschema zuerst hingehörte. Die innerhalb der drei Gliederungsabschnitte jeweils chronologisch angeordneten Dokumente erhielten eine fortlaufende Ordnungsnummer. Auch die Titel wurden durch die Bearbeiter gebildet; die gemeinschaftlich festgelegten einheitlichen Vorgaben konnten aus terminlichen Gründen leider nicht immer eingehalten werden. Der Dokumententitel besteht aus Angabe der Quellenart, des Absenders und Empfängers unter Angabe der Funktionsstellung, des Sachbetreffs und des Entstehungsdatums. Der Ort der Entstehung des Dokuments wurde nur dann vermerkt, wenn er in der Vorlage enthalten war. Außerdem wurde im Titel vermerkt, ob es sich im Original um einen Entwurf handelt oder Dokumente nur als Auszug gekürzt gebracht werden.

Im Dokument selbst wird ferner die Klassifikationsstufe angegeben. Dabei ist zu beachten, daß im militärischen Dienstbereich auch nicht klassifizierte Dokumente „Nur für den Dienstgebrauch" bestimmt waren.

Die Übersetzer wurden angewiesen, die Texte quellennah und schlicht ins Deutsche zu übertragen. In der übersetzten Fassung werden alle Gliederungen und Absätze der Originalvorlage wiedergegeben. Zwischenüberschriften sind lediglich durch eine fette Schrift hervorgehoben. In der Originalvorlage mit der Schreibmaschine, also durch den Absender, vorgenommene Unterstreichungen werden als Unterstreichungen wiedergegeben, handschriftliche Unterstreichungen oder Randanstreichungen des Empfängers kursiv. Diese handschriftlichen Bearbeitungsvermerke

17 Größere Beachtung verdiente in diesem Zusammenhang nicht nur der Komplex des bilateralen Technologie- und Wissenschafts-, sondern auch des allgemeinen Kulturtransfers. So erschienen beispielsweise in der UdSSR von 1945 bis 1949 380 Buchtitel deutscher Autoren mit einer Gesamtauflage von 12.357.000 Exemplaren. Vgl. Gorski, Günter/Anderle, Alfred/Rosenfeld, Günter: Deutsch-sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart. Berlin (Ost) 1975, S. 213.

werden darüber hinaus in jedem Dokument in Fußnoten vermerkt. Kursiv gesetzt wurden ebenfalls handschriftliche Unterschriften.

Textkürzungen durch die Bearbeiter sind wie üblich durch [...] sowie eine Angabe des Umfangs kenntlich gemacht. Bei Auslassungszeichen, die nicht in eckige Klammern gesetzt worden sind, handelt es sich um Auslassungen in der Originalquelle.

Die in der Regel schwer oder nur unvollständig entzifferbaren handschriftlichen Bearbeitungsvermerke, wie auch weitere administrative Details, wurden in Fußnoten vermerkt, sofern sie für relevant gehalten wurden. Einfache Bearbeitungsvermerke und solche, bei denen der Name des Bearbeiters nicht gelesen werden konnte, mußten naturgemäß weggelassen werden. Hingewiesen wird auf fehlende Anlagen, auf die in den Dokumenten Bezug genommen wird. Hierbei ist grundsätzlich zu beachten, daß archivierte Kopien von ausgehenden Schreiben die darin erwähnten Anlagen in der Regel nicht enthielten. Außerdem scheint es nach entsprechenden Bearbeitungsvermerken der archivfachlichen Praxis zu entsprechen, bei der Bestandsbildung Anlagen aus dem Archivgut zu entfernen. Wegen der parallelen deutschen und russischen Edition mußten an einigen Stellen außerdem unbedeutende technisch-ästhetische Details ausgewiesen werden, um beim Textvergleich unnötige Irritationen zu vermeiden. Mit Blick auf die stellenweise offensichtlich unterschiedlich gehandhabte Dokumentenkürzung in der russischen und der deutschen Editionsfassung bleibt vorsorglich festzustellen, daß die deutschen Texte anhand der Originale zusätzlich überprüft worden sind. Nicht in allen Details überprüft werden konnte hingegen die Stimmigkeit der in den Dokumenten vorgenommenen Rechenoperationen, so daß nur darauf hinzuweisen bleibt, daß sich Additionsfehler in der Prozentrechnung unmittelbar auswirken.

Die Transkription nach Duden-Regeln basiert zunächst auf den schlichten Überlegungen, daß die Edition für ein deutsches Publikum ohne philologische Fachbildung bestimmt ist. Die sprachkundigen Fachleute werden auf die russische Ausgabe verwiesen, die die hier in Übersetzung vorgestellten Dokumente in ihrer Originalsprache bringt. Außerdem deckt sich diese deutsche Transkription weitgehend mit der von der SMAD amtlich verfügten und im zeitgenössischen deutschen Schrifttum angewandten Umschriftsvorschrift, so daß sich eine rückwirkende „slawistische Verwissenschaftlichung" von Urkunden auch aus fachlichen Gründen verbot. Deutsche Personennamen konnten dennoch sehr oft nur phonetisch wiedergegeben worden. Auch bei vielen Ortsnamen war die Lokalisierung und damit die Übersetzung der russischen Angaben nicht immer möglich. Da bereits die hier vorgestellten Dokumente belegen, daß in der SMAD vielfach sogar eigenwillige Vorstellungen von der Struktur und Funktion der deutschen Verwaltung herrschten, wobei Zusammenhänge zwischen Absicht und Irrtum, zwischen papierenem Akt und tatsächlicher Wirkung einer aufwendigen systematischen Analyse bedürfen, werden in Fußnoten die Originalbezeichnungen vermerkt, wenn sich solcher Verdacht aufdrängte. Gleiches gilt für unklare Begriffe, so z.B. wenn „okrug" oder „raion" nicht eindeutig mit „Bezirk" oder „Kreis" übersetzt werden konnten, weil nach der deutschen Verwaltungsorganisation etwa beide Körperschaften bestanden, oder aber nicht festzustellen war, ob Organisationseinheiten der deutschen Selbstverwaltung oder der Besatzungsverwaltung gemeint waren o.ä.

Der Fundstellennachweis besteht aus dem Archivkürzel, bei russischen Archiven – in Übereinstimmung mit der Praxis des Bundesarchivs – aus der Angabe des Bestandes („fond"), des Findbuchs („opis"), der Akte („delo") und der Seitenzahl. Eine Ausnahme bildet lediglich das Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation, dessen Überlieferung in Bestand („fond"), Findbuch („opis"), diese in Mappen („papka") und diese schließlich in Akten („delo" oder „porjadkowy nomer") organisiert ist. Die Dokumentenart: Original, Kopie, beglaubigte Kopie, [zeitgenössische amtliche] deutsche Übersetzung spielte bei der deutschen Edition nicht

die gleiche Rolle wie bei der russischen Ausgabe, in der außerdem noch weitere administrative Details berücksichtigt wurden. Die Sprache der Quelle wurde nur bei nicht russischsprachigen Vorlagen angegeben.

Als Übersetzer aus dem Russischen wirkten Dr. Rolf Semmelmann (Einleitung), Jens Rosch (I. Abschnitt), Dr. Natalia Jeske (II. Abschnitt) und Lars Nehrhoff (III. Abschnitt) mit. Veronika Gerber, Fiona Gutsch, Veronika Morozowa und Ruth Wunnicke waren als Hilfskräfte beteiligt. Veronika Gerber stellte das Namens- und das Ortsregister zusammen. Für die Unterstützung des Vorhabens danken wir der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, dem Staatsarchiv der Russischen Föderation, dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation und dem Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte.

Dokumentenverzeichnis

I. Abschnitt: Kontrolle und Lenkung 79

Nr. 1. Aus dem Befehl Nr. 1 des Chefs der Besatzung und des Stadtkommandanten von Berlin Generaloberst Bersarin. Berlin, 28. April 1945 79

Nr. 2. Johannes R. Becher: Aufruf zur Gründung des Kulturbundes (Entwurf). [20.] Juni 1945 80

Nr. 3. Schreiben des Obersten Chefs der SMAD Marschall Schukow an den stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Molotow über die Gründung des Kulturbundes. Berlin, 2. August 1945 84

Nr. 4. Befehl Nr. 29 des Obersten Chefs der SMAD über die Arbeit des Sektors Propaganda und Zensur der Politischen Abteilung der SMAD. Berlin, 18. August 1945 85

Nr. 5. Befehl Nr. 45 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Versorgung der Provinzzeitungen mit Nachrichtenmaterial. Berlin, 31. August 1945. 86

Nr. 6. Befehl Nr. 039 des Obersten Chefs der SMAD über die Konfiskation nazistischer und militaristischer Literatur. [Berlin], 8. September 1945. 87

Nr. 7. Schreiben des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Wyschinski an den Sekretär des ZK der WKP(B) Malenkow über den Zensurapparat der SMAD. 14. September 1945 88

Nr. 8. Befehl Nr. 0153 des Chefs der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Dubrowski an die Militärkommandanten über das Verbot von Sportorganisationen. Dresden, 15. September 1945. 89

Nr. 9. Bericht des Chefs der Politischen Abteilung beim Politischen Berater der SMAD Semjonow über die Arbeit des Sektors Propaganda und Zensur in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. Oktober 1945. 31. Oktober 1945 89

Nr. 10. Befehl Nr. 129 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Abschaffung der Politischen Sektoren bei den Provinz- und Landesverwaltungen der SMAD. Berlin, 1. November 1945 95

Nr. 11. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Babenko an die Chefs der Propaganda-Unterabteilungen über die Zensur. 28. November 1945 96

Nr. 12. Rundverfügung des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Demidow über die Rechenschaftslegung der Propaganda-Abteilungen in den Ländern und Provinzen. 30. November 1945 98

Nr. 13. Rundverfügung des Chefs der Kultur-Abteilung der SMAD Major Dymschiz an die Chefs der Propaganda-Abteilungen der Verwaltungen der SMA der Provinzen und Länder über die Aufführung sowjetischer Spielfilme. 13. Dezember 1945. 99

Nr. 14. Rundverfügung des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Brandenburg Milchiker über den Rundfunk. 15. Dezember 1945 100

Nr. 15. Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über den Bund Entschiedenes Christentum. 30. März 1946 101

Nr. 16. Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über die Ergebnisse der Kulturwoche. 26. April 1946 103

Nr. 17. Bericht des Chefs der Propaganda-Unterabteilung des Bezirks Gotha Major Arustamow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Oberst Warakin über ehemalige NSDAP-Mitglieder in Kirchenämtern. 29. Juni 1946 106

Nr. 18. Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über die Tätigkeit der Kirchen. 2. September 1946 106

Nr. 19. Aus dem Bericht des stellvertretenden Chefs der Politischen Abteilung des Politischen Beraters der SMAD Filippow an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Wyschinski über die SED. 9. Oktober 1946 111

Nr. 20. Schreiben des Präsidenten des Kulturbundes Becher an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Tjulpanow über die Entwicklung des Kulturbundes. 1. November 1946 112

Nr. 21. Schreiben des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Oberst Rodionow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über die Zensur in der Provinz Sachsen. 9. November 1946 115

Nr. 22. Befehl Nr. 361 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Feiertage. Berlin, 27. Dezember 1946 120

Nr. 23. Rundschreiben des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Watnik an die Chefs der Propaganda-Unterabteilungen der Kreise und Städte über verbotene Parteien, Gruppen und Vereinigungen. 11. Januar 1947 121

Nr. 24. Rundverfügung des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Watnik über die Arbeit der Zensoren. 27. Februar 1947 126

Nr. 25. Rundverfügung des Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen Dr. Schröder an die Oberpostdirektionen betreffend den angeblichen Wegfall der Postzensur bei der Ortspostbeförderung. 5. März 1947 131

Nr. 26. Schreiben des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Verwaltung für Handel und Versorgung der SMAD Kutscherenko über zusätzliche Lebensmittelpakete für deutsche Kulturschaffende. 18. März 1947 132

Nr. 27. Schreiben des Chefs der Post- und Fernmeldeabteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Kolesnikow an den Chef der 4. Abteilung der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Oberstleutnant Gilew betreffend einer Liste aller in der SBZ verbotenen Druckerzeugnisse. Dresden, 4. April 1947 133

Nr. 28. Befehl Nr. 90 des Obersten Chefs der SMAD über die Tätigkeit der Verlage und Druckereien mit Ausführungsbestimmungen. Berlin, 17. April 1947 136

Nr. 29. Sonderbericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Watnik an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über Unruhen in Dresden und Umgebung. 6. Mai 1947 140

Nr. 30. Schreiben des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die erste Konferenz des Kulturbundes. 31. Mai 1947 141

Nr. 31. Bericht des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des Rates für Angelegenheiten der Russisch-Orhodoxen Kirche beim Ministerrat der UdSSR Karpow über die Situation der Kirchen. 31. Mai 1947 145

Nr. 32. Verfügung des amtierenden Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Major Koloss an die Chefs der Informations-Unterabteilungen der Bezirke Chemnitz Gardeoberstleutnant Warchatow und Zwickau Oberst Slawkin über Kirchen und Sekten. 8. Juli 1947 148

Nr. 33. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Koloss an die Chefs der Informations-Unterabteilungen über Wahlen in der evangelisch-lutherischen Kirche. 21. Juli 1947 149

Nr. 34. Rundverfügung des stellvertretenden Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Abramow an die Chefs der Unterabteilungen für Information über die Lizenzvergabe für Verlage und Periodika. 19. August 1947 150

Nr. 35. Schreiben des stellvertretenden Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Abramow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über Volkskunst. 11. September 1947 153

Nr. 36. Schreiben des Chefs der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Generalleutnant Borsow an den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die Umsetzung der Direktive des Kontrollrates Nr. 55 betreffend den Austausch von Druckschriften und Filmen im Interzonenverkehr vom 25. Juni 1947. 31. Oktober 1947 ... 155

Nr. 37. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an die Organisations-Rechnungsabteilung der SMAD über die Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ. 10. Dezember 1947 156

Nr. 38. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an den amtierenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die deutschen Verwaltungsorgane für Volksbildung. 9. Januar 1948 161

Nr. 39. Befehl Nr. 6 des Obersten Chefs der SMAD über die Bildung einer Koordinierungsstelle für Kunst und Volksbildung bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ. Berlin, 16. Januar 1948 163

Nr. 40. Schreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die Säuberung von Bibliotheken und Buchhandlungen, mit Anlage. 4. Februar 1948 164

Nr. 41. Vermerk der Mitarbeiter des ZK der WKP(B) Iljitschow und Morosow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über den Verlag der SED. 27. Februar 1948 168

Nr. 42. Verfügung des Chefs der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Generalleutnant Borsow an den Leiter der Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen der DWK Dr. Schröder über das Abonnement von Periodika aus den westlichen Besatzungszonen. 29. April 1948 169

Nr. 43. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über den ersten Kulturtag der SED. 13. Mai 1948 170

Nr. 44. Bericht des amtierenden Militärkommandanten des Kreises Cottbus Major Wirko an den Chef der SMA-Verwaltung des Landes Brandenburg Generalmajor Scharow über die Verbreitung von Zeitungen im Kreis Cottbus. 26. Mai 1948 173

Nr. 45. Bericht des Militärkommandanten der Stadt Potsdam Werin an den Chef der Verwaltung der SMA des Landes Brandenburg Generalmajor Scharow über die Verbreitung von Zeitungen in der Stadt Potsdam. 27. Mai 1948 174

Nr. 46. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die Gründung einer deutschen Sektion des P.E.N.-Clubs. 12. Juni 1948 176

Nr. 47. Schreiben des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR Generaloberst Apollonow über die Förderung des Massensports. 4. August 1948 178

Nr. 48. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden des Rates für Religionskulte beim Ministerrat der UdSSR Poljanski über die Tätigkeit von Kirchen und Sekten. 5. August 1948 179

Nr. 49. Bericht des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberst Rodionow an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über feindliche Propaganda im Kreis Salzwedel. 24. September 1948 180

Nr. 50. Bericht des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberst Rodionow an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über feindliche Aufschriften in Ammendorf. 9. Oktober 1948 .. 181

Nr. 51. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow und den Chef der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee Generaloberst Schikin über Maßnahmen gegen die Verbreitung von Druckerzeugnissen aus den Westzonen. 20. Oktober 1948. 182

Nr. 52. Schreiben des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR Generaloberst Apollonow an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Sorin über den Beitritt von Sportorganisationen der SBZ zu internationalen Sportverbänden. 7. Dezember 1948. 184

Nr. 53. Befehl Nr. 199 des Obersten Chefs der SMAD über den Vertrieb periodischer Druckschriften. Berlin, 9. Dezember 1948. 185

Nr. 54. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Abramow an den Chef der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberst Rodionow über die Rundfunkzensur. 30. Dezember 1948 ... 187

Nr. 55. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Politischen Berater der SMAD Semjonow über den Beitritt deutscher Sportorganisationen zu internationalen Sportverbänden. 15. Januar 1949 189

Nr. 56. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR Generaloberst Apollonow über Sportorganisationen. 8. Februar 1949 190

Nr. 57. Schreiben des Chefs der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Generalleutnant Borsow an den Politischen Berater der SMAD Semjonow über die Einfuhr wissenschaftlicher Literatur in die SBZ und nach Berlin(Ost). 2. April 1949 191

Nr. 58. Schreiben des Mitglieds des Kollegiums des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden des Rates für Religionskulte beim Ministerrat der UdSSR

Poljanski mit einem Bericht über die Vereinigte Evangelische Kirche in Deutschland. 12. April 1949 ... 192

Nr. 59. Rundverfügung des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Winogradow an die Militärkommandanten der Kreise über die stellvertretenden Direktoren für kulturelle Angelegenheiten in den volkseigenen Betrieben. 14. April 1949 ... 195

Nr. 60. Rundverfügung des stellvertretenden Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Abramow an den Chef der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberstleutnant Winogradow über Betriebszeitungen. 21. April 1949 ... 197

Nr. 61. Schreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow an den Politischen Berater der SMAD Semjonow über den Zugang zu ausländischer wissenschaftlicher Literatur. 9. Mai 1949 ... 198

Nr. 62. Bericht des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Oberstleutnant Makaruschin an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über die Informationsarbeit der SED in Thüringen. 28. Mai 1949 ... 199

Nr. 63. Schreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Scharkow an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow über den Religionsunterricht an Schulen. 7. Juni 1949 ... 203

Nr. 64. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Major Chomjakow an die Chefs der Informations-Unterabteilungen der Kreise über Betriebszeitungen. 5. August 1949 ... 206

Nr. 65. Schreiben des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über die Genehmigung zur Herausgabe einer „Geschichte der WKP(B)". 20. August 1949 ... 207

Nr. 66. Schreiben des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Mitarbeiter des ZK der WKP(B) Borissoglebski über die Zeugen Jehovas. 26. August 1949 ... 207

Nr. 67. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Sawanjuk über die Organisations- und Personalstruktur des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen. 12. September 1949 ... 209

Nr. 68. Anordnung des Chefs der Verwaltung für Polygraphie, Verlagswesen und Buchhandel der SMAD über das Verbot des Buches „Informationskonferenz der Vertreter einiger Kommunistischer Parteien in Polen Ende September 1947". Leipzig, 30. September 1949 ... 216

Nr. 69. Aus dem Protokoll der Liquidationskommission der Verwaltung für Polygraphie, Verlagswesen und Buchhandel der SMAD über die Auflösung der Abteilung für deutschsprachige Literatur. 10. Oktober 1949 ... 216

II. Abschnitt: Bildung und Wissenschaft ... 225

Nr. 70. Bericht des Chefs der Unterabteilung Arbeit unter der Bevölkerung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Major Matwejew über deutsche Schulen. 21. August 1945 ... 225

Nr. 71. Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen-Anhalt Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow und den Chef der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen-Anhalt Generalleutnant Kusnezow über die politische Stimmung unter der Intelligenz. 12. April 1946 228

Nr. 72. Befehl Nr. 208 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über Disziplinarmaßnahmen gegen das leitende Personal von Lehranstalten, Lehrer und Studenten, welche der militärischen, nazistischen oder antidemokratischen Propaganda schuldig sind. Berlin, 17. Juli 1946 233

Nr. 73. Befehl Nr. 333 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Gründung sozialwissenschaftlicher Fakultäten bei den Universitäten in Leipzig, Jena und Rostock, mit Anlage. Berlin, 2. Dezember 1946 234

Nr. 74. Schreiben des Ministers für Bildung der RSFSR Kalaschnikow an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin über Maßnahmen zur Popularisierung des sowjetischen pädagogischen Systems. Moskau, 20. Dezember 1946 239

Nr. 75. Befehl Nr. 79 des Obersten Chefs der SMAD über die Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung, mit Anlage. Berlin, 9. April 1947 240

Nr. 76. Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Zulassung medizinwissenschaftlicher Gesellschaften. Berlin, 21. Mai 1947 245

Nr. 77. Bericht des Chefs der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Kolesnitschenko an den stellvertretenden Obersten Chef der SMAD Generalleutnant Makarow über die Universität Jena. 3. Juni 1947 246

Nr. 78. Befehl Nr. 197 des Obersten Chefs der SMAD über die Verbesserung der Lebensmittelversorgung für Studenten. Berlin, 11. August 1947 250

Nr. 79. Schreiben des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin über den Arbeitsplan der Abteilung für das erste Quartal 1948. 30. Dezember 1947 251

Nr. 80. Bericht des stellvertretenden Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Makarow und den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die Wahl der Studentenräte. 5. Januar 1948 252

Nr. 81. Rundverfügung des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an die Chefs der Abteilungen Volksbildung der Verwaltungen der SMA der Länder über die Qualifikation der Neulehrer. 5. Februar 1948 259

Nr. 82. Beschluß des Methodischen Rates beim Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD nach Rechenschaftslegung des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Bogatyrjow über die Ergebnisse der Kulturpolitik. 28. März 1948 260

Nr. 83. Bericht der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMAD über Formen und Methoden der Arbeit mit der deutschen Intelligenz. 14. April 1948 262

Nr. 84. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Solowjow an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin über die Fluktuation der Lehrer in Sachsen. Dresden, 24. Juni 1948 276

Nr. 85. Aus dem Protokoll der Beratung der Chefs der Abteilungen Volksbildung der Verwaltungen der SMA der Länder in der SBZ. 29. Juni 1948 278

Nr. 86. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Dratwin über den Plan betreffend die Zulassung zum Hochschulstudium 1948/49. 10. August 1948 288

Nr. 87. Rundverfügung des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an alle Chefs der Abteilungen Volksbildung der Verwaltungen der SMA der Länder über die Einführung von Lehrgängen des historischen und dialektischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie an einigen Fakultäten. 16. September 1948 290

Nr. 88. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Kabanow an den Sekretär des ZK des WKP(B) Suslow über die Delegierung sowjetischer Wissenschaftler in die SBZ. 24. September 1948 292

Nr. 89. Verfügung des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Kabanow an den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Wandel betreffend die Kontrolle der Hochschulen. 28. Oktober 1948 293

Nr. 90. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Kabanow und den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die Ergebnisse der Immatrikulation an den Hochschulen. 5. November 1948 294

Nr. 91. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Kabanow über die Tätigkeit der SED an den Hochschulen. 11. November 1948 297

Nr. 92. Begleitschreiben des Politischen Beraters der SMAD Semjonow an den Obersten Chef der SMAD Sokolowski und seine Stellvertreter Dratwin, Kowal, Kobulow und Pereliwtschenko mit Bericht des Mitarbeiters der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD Sergejew zur Lage der deutschen Intelligenz vom 3. November 1948. 17. November 1948 300

Nr. 93. Schreiben des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Kowal an den Politischen Berater der SMAD Semjonow mit Stellungnahme zum Bericht über die Lage der deutschen Intelligenz. 3. Februar 1949 305

Nr. 94. Verfügung des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Kabanow an den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Wandel über Vollmachten bei der Auswahl des Lehrpersonals an Hochschulen. 18. Februar 1949 307

Nr. 95. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda beim ZK der WKP(B) Schepilow über Propaganda marxistisch-leninistischer Philosophie an Hochschulen. 7. März 1949 308

Nr. 96. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Solowjow an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow über Ergebnisse der Inspektionen der Oberschulen in Sachsen. 11. April 1949 310

Nr. 97. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow an den Obersten Chef der SMAD Armeegeneral Tschuikow über die Durchführung der Beschlüsse der DWK vom 31. März 1949. 1. Juni 1949 328

Nr. 98. Schreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow an den Chef der Verwaltung für Landwirtschaft der SMAD Korbut über die Arbeiter- und Bauernfakultäten. 29. Juli 1949 338

Nr. 99. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Brandenburg Korowin an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow über die Lage an Schulen in den an die Westsektoren Berlins angrenzenden Landkreisen. 1. November 1949 339

III. Abschnitt: Kulturpropaganda 341

Nr. 100. Schreiben des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Karaganow über Propagandaaktivitäten. 3. November 1945 341

Nr. 101. Schreiben des Referenten der Abteilung für Kultur und Bühnenunternehmen der Propagandaverwaltung der SMAD Major Patent an den stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Karaganow betreffend Illustrationsmaterial für Ausstellungen. 29. November 1945 342

Nr. 102. Schreiben des Chefs der Abteilung Kultur der Propagandaverwaltung der SMAD Major Dymschiz an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die Verteilung von Literatur und anderen Materialien. 25. Januar 1946 343

Nr. 103. Schreiben des Mitglieds der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Lasarjow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Malenkow über in Deutschland befindliche sowjetische Kunstgegenstände. 8. April 1946 347

Nr. 104. Schreiben des Vorsitzenden des WOKS Kemenow an den Leiter der Abteilung Außenpolitik des ZK der WKP(B) Panjuschkin mit Vorschlägen für die Arbeit in Deutschland. 18. Juli 1946. 348

Nr. 105. Bericht des Bevollmächtigten des Kulturkomitees beim Sonderkomitee des Ministerrats der UdSSR für Deutschland Oberstleutnant Rudomino an das Komitee für Angelegenheiten der Kultur und Bildung beim Ministerrat der RSFSR über Ergebnisse der Arbeit der Bibliotheksgruppe. Berlin, vor dem 28. September 1946 349

Nr. 106. Schreiben der Politischen Abteilung des Politischen Beraters der SMAD an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow betreffend den Arbeitsplan für das Jahr 1947. 30. Dezember 1946. 355

Nr. 107. Verfügung des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Watnik mit Rundverfügung über deutsche und russische Kunst. 12. März 1947 358

Nr. 108. Schreiben des Chefs der Abteilung Kultur der Propagandaverwaltung der SMAD Dymschiz an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 16. Mai 1947 360

Nr. 109. Schreiben des Mitglieds der Leitung des WOKS Kislowa an den Chef der Abteilung Kultur Major Dymschiz über sowjetische Lehrbücher und Literatur. 30. Juli 1947 ... 361

Nr. 110. Schreiben des Mitglieds der Leitung des WOKS Kislowa an den Chef der Abteilung Kultur der Propagandaverwaltung der SMAD Major Dymschiz über die Shakespeare-Konferenz. 30. Juli 1947. 362

Nr. 111. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Karaganow an den Politischen Berater der SMAD Semjonow über Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Kulturschaffenden und Wissenschaftlern. 18. August 1947 362

Nr. 112. Schreiben des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den Obersten Chef der SMAD Marschall Sokolowski und den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Makarow über die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 29. August 1947 363

Nr. 113. Schreiben des amtierenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Karaganow über die Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Kulturschaffenden und Wissenschaftlern. 19. September 1947. ... 365

Nr. 114. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 4. Dezember 1947 365

Nr. 115. Rundverfügung des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an die Chefs der Informationsabteilungen der Verwaltungen der SMA der Länder, an den Chefredakteur der Zeitung „Tägliche Rundschau", an den Direktor des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin über ideologische Tätigkeit auf kulturellem Gebiet. 9. März 1948 371

Nr. 116. Bericht des Chefs des Sowjetischen Informationsbüros (Sowinform) beim Ministerrat der UdSSR Ponomarjow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über die Informations- und Propagandatätigkeit im Ausland. 11. März 1948 377

Nr. 117. Verfügung des Leiters der Abteilung Mitteleuropa des WOKS Meleschko an den Chef der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMAD Oberstleutnant Dymschiz über Maßnahmen zur Vermeidung antisowjetischer Propaganda. 12. März 1948 378

Nr. 118. Schreiben des stellvertretenden Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Orlow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über Maßnahmen zur Propaganda der sowjetischen Ideologie, Kultur und Wissenschaft. 20. März 1948 382

Nr. 119. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über den ersten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 24. Mai 1948 383

Nr. 120. Bericht des Vorsitzenden des WOKS Kemenow an den stellvertretenden Leiter der Abteilung Außenpolitik des ZK der WKP(B) Ponomarjow über Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit mit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 9. August 1948 387

Nr. 121. Schreiben des Vorsitzenden des WOKS Kemenow an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Sorin über die Beförderung von Materialien für die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und das Haus der Kultur in Berlin durch das Außenministerium. 25. August 1948 390

Nr. 122. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den stellvertretenden Leiter der Auslandsabteilung des ZK der WKP(B) Baranow über Vortragsthemen für Deutschland. 30. August 1948 390

Nr. 123. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den stellvertretenden Chef der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee Generalleutnant Schatilow über die Arbeit der Abteilung Kultur der Informationsverwaltung der SMAD. 20. September 1948 393

Nr. 124. Rundverfügung des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an alle Chefs der Landesverwaltungen, der Verwaltungen und

Abteilungen der SMAD über Mängel in der Durchführung des Befehls Nr. 094 des Obersten Chefs der SMAD vom 23. März 1948 betreffend die politische Kontrolle und Führung der von der SMAD lizenzierten Fachzeitschriften. 28. September 1948 395

Nr. 125. Vermerk des stellvertretenden Leiters der Zentraleuropa-Abteilung des WOKS Ljudomirski an den WOKS-Vorsitzenden Denissow über kulturelle Propaganda. 9. Oktober 1948 400

Nr. 126. Schreiben des stellvertretenden Außenministers der UdSSR Sorin an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin. 14. Oktober 1948 400

Nr. 127. Schreiben des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über die Herausgabe eines deutschsprachigen Sammelbandes mit Aufsätzen und Reden von Schdanow. 18. Dezember 1948. 401

Nr. 128. Entwurf zum Beschluß der Leitung des WOKS betreffend die Durchführung des Beschlusses des ZK der WKP(B) vom 10. Mai 1948 über die Arbeit in Deutschland. [Dezember] 1948 402

Nr. 129. Bericht des Chefs der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMAD Oberstleutnant Dymschiz an den Referenten beim Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Major Drabkin über das Universitätslehrprogramm der altrussischen und sowjetischen Literatur. 22. Februar 1949. 404

Nr. 130. Schreiben des stellvertretenden Leiters der Zentraleuropa-Abteilung des WOKS Ljudomirski an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow betreffend das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin. 25. Februar 1949 407

Nr. 131. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Jakowlew an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich mit der Bitte um Informationen über die wichtigsten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen. 25. Februar 1949 407

Nr. 132. Schreiben des stellvertretenden Leiters der Zentraleuropa-Abteilung des WOKS Ljudomirski an den Chef der Abteilung Kultur der Informationsverwaltung der SMAD Dymschiz mit der Bitte um Informationsmaterial. 9. März 1949. 408

Nr. 133. Aufstellung über Themen der von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in Berlin gehaltenen Vorlesungen und Vorträge sowie über Fragen deutscher Zuhörer an die Referenten. 16. März 1949 409

Nr. 134. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 30. März 1949 411

Nr. 135. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Informationsabteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberstleutnant Winogradow an die Chefs der Informationsunterabteilungen der Kreise über den Ausschluß der Werke Strawinskis aus deutschen Theater- und Konzertprogrammen. 6. April 1949 412

Nr. 136. Schreiben des Vorsitzenden des WOKS Denissow an den Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP(B) Grigorjan mit dem Entwurf der Direktive für die WOKS-Delegation zum zweiten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 25. April 1949 413

Nr. 137. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über die Zeitschrift „Sowjetische Literatur". 6. Mai 1949 414

Nr. 138. Vermerk über eine fernmündliche Mitteilung aus dem Außenministerium der UdSSR an das WOKS über den zweiten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 10. Mai 1949 415

Nr. 139. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über den zweiten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 13. Juli 1949 415

Nr. 140. Schreiben des Vorsitzenden des WOKS Denissow an den Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP (B) Grigorjan über die Unterstützung der Zeitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. 2. August 1949 423

Nr. 141. Direktive des Obersten Chefs der SMAD Armeegeneral Tschuikow und des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow Nr. 1/081 an die Chefs der Verwaltungen der SMA der Länder, den Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin und die Chefs der Verwaltungen der SMAD über die Aktivierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. 13. August 1949 424

Nr. 142. Aktennotiz des Chefs der Informationsabteilung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Makaruschin an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow über antisowjetische Stimmungen. 16. August 1949..... 426

Nr. 143. Bericht des Chefs der Informationsabteilung der Verwaltung des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin Oberstleutnant Demidow an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow über die Erfüllung der Direktive Nr. 1/081 vom 13. August 1949. 22. September 1949..... 428

Nr. 144. Bericht des Chefs des Spezial-Objekts Nr. 42 des Innenministeriums der UdSSR Oberst Serebriski an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über die Ausarbeitung eines Konzertprogramms. 23. September 1949..... 432

Nr. 145. Vermerk der Mitarbeiter des ZK der WKP(B) Popow und Pokrowski an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow betreffend Übersetzung politischer Lehrmittel. 17. Oktober 1949 432

Nr. 146. Vortragsthemen und Literaturempfehlungen der Vortragsgruppe der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B) für Deutschland. 19. Oktober 1949..... 433

Nr. 147. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über die Durchführung eines Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in der SBZ, mit Ablaufplan. 19. Oktober 1949 435

Nr. 148. Schreiben des Mitglieds der Leitung des WOKS Kislowa an den Stellvertreter des Obersten Chef der SMAD Generalleutnant Russkich über deutsche Musik. 31. Oktober 1949 441

Nr. 149. Vermerk über eine fernmündliche Mitteilung des amtierenden Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Gribanow an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über deutsch-sowjetischen Wissenschaftsaustausch. 19. Dezember 1949 441

Nr. 150. Schreiben des Mitglieds der Leitung des WOKS Kislowa an den Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Gribanow über deutsch-sowjetischen Wissenschaftsaustausch. 20. Dezember 1949 442

Dokumente

I. Abschnitt: Kontrolle und Lenkung

Nr. 1. Aus dem Befehl Nr. 1 des Chefs der Besatzung und des Stadtkommandanten von Berlin Generaloberst Bersarin[1]. Berlin, 28. April 1945[2]

Heute bin ich zum Chef der Besatzung und zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt worden.
Die gesamte administrative und politische Macht geht laut Bevollmächtigung des Kommandos der Roten Armee in meine Hände über.
In jedem Stadtbezirk werden gemäß der früher existierenden administrativen Einteilung militärische Bezirks- und Revierkommandanturen eingesetzt.

Ich befehle:
1. Die Bevölkerung der Stadt hat volle Ordnung zu bewahren und an ihren Wohnsitzen zu verbleiben.
2. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und alle ihr unterstellten Organisationen (Hitlerjugend, NS-Frauenschaft, NS-Studentenbund usw.) sind aufzulösen. Ihre Tätigkeit wird hiermit verboten. [...][3]
7. Alle Personen, die Feuerwaffen und blanke Waffen, Munition, Sprengstoff, Radioempfänger[4] oder Radiosender, Photoapparate, Kraftfahrzeuge, Krafträder, Treib- und Schmierstoff besitzen, haben oben Erwähntes binnen 72 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls auf den militärischen Bezirkskommandanturen abzuliefern.
Für Nichtablieferung aller oben erwähnten Gegenstände in der festgesetzten Zeit werden die Schuldigen gemäß den Gesetzen der Kriegszeit streng bestraft.
Die Inhaber von Druckereien, von Schreibmaschinen und anderen Vervielfältigungsapparaten sind verpflichtet, sich bei den militärischen Bezirks- und Revierkommandanten zwecks Registrierung zu melden. Es ist kategorisch verboten, jegliche Dokumente ohne Erlaubnis der militärischen Kommandanten zu drucken, zu vervielfältigen, auszuhängen oder in der Stadt in Umlauf zu setzen.
Alle Druckereien werden versiegelt. Einlaß erfolgt nur auf Erlaubnis des militärischen Kommandanten.
8. Der Bevölkerung der Stadt ist verboten:
a) zwischen 22.00 und 08.00 Uhr morgens Berliner Zeit die Häuser zu verlassen, auf den Straßen und Höfen zu erscheinen, sich in unbewohnten Räumen aufzuhalten und dort irgendwelche Arbeit zu verrichten;[5]

---

1 Bersarin, Nikolai Erastowitsch (1904-1945), Generaloberst, leitete die Eroberung Berlins, April-Juni 1945 Stadtkommandant von Berlin.

2 Die russische Fassung ist mit dem Datum vom 30. April 1945 versehen. Vgl. Solotarew, W. A.: Russki archiw: Welikaja Otetschestwennaja: Bitwa sa Berlin, Bd. 15 (4-5), Moskwa 1995, S. 382-384.

3 Zwei Sätze sowie die Spiegelziffern 3-6 wurden hier weggelassen.

4 Auf der Grundlage von Befehlen lokaler Kommandanten wurden die Radioempfänger deutscher Zivilpersonen unmittelbar nach der Besetzung auch außerhalb Berlins beschlagnahmt. Durch SMAD-Befehl Nr. 78 vom 27. Sept. 1945 (in: GARF 7317/8/1, Bl. 309-312) wurde der deutschen Zivilbevölkerung (mit Ausnahme aktiver NSDAP-Mitglieder) der individuelle Empfang lokaler und der kollektive Empfang anderer Radiosender genehmigt.

5 Alle lokalen Beschränkungen der Ausgehzeiten wurden durch den SMAD-Befehl vom 13. Dez. 1945 aufgehoben. Vgl. Befehle des Obersten Chefs 1946, S. 53.

b) nichtverdunkelte Räumlichkeiten zu erleuchten[6];
c) ohne Erlaubnis der militärischen Kommandanten irgendwelche Personen, darunter auch Angehörige der Roten Armee und der Alliierten Truppen, in den Bestand der Familie zu Wohnungs- und Übernachtungszwecken aufzunehmen;
d) eigenmächtiges Wegnehmen der von Dienststellen und Privatpersonen zurückgelassenen Habe und Lebensmittel.
Einwohner, die die erwähnten Verbote verletzen, werden gemäß den Gesetzen der Kriegszeit zu strenger Verantwortung herangezogen.
9. a) Der Betrieb von Vergnügungsstätten (Kino, Theater, Zirkus, Stadion),
b) Gottesdienste in den Kirchen,
c) der Betrieb von Restaurants und Gaststätten ist bis 21.00 Uhr Berliner Zeit erlaubt.
Für die Ausnutzung öffentlicher Betriebe zu der Roten Armee feindseligen Zwecken, für die Störung der Ordnung und Ruhe in der Stadt wird die Verwaltung dieser Betriebe zu strenger Verantwortung gemäß den Gesetzen der Kriegszeit herangezogen.
10. Die Bevölkerung der Stadt wird gewarnt, daß sie für feindseliges Verhalten gegenüber Angehörigen der Roten Armee und Alliierter Truppen die Verantwortung gemäß den Gesetzen der Kriegszeit trägt.
Im Falle von Attentaten auf Angehörige der Roten Armee oder der Alliierten Truppen oder für Verübung anderer Diversionsakte gegenüber dem Personalbestand, dem Kriegsmaterial oder Kriegsgut von Verbänden der Roten Armee und der Alliierten Truppen werden die Schuldigen dem militärischen Standgericht überliefert. [...][7]

Chef der Besatzung und Stadtkommandant von Berlin Oberbefehlshaber der N-ten[8] Armee Generaloberst N. Bersarin
Stabschef der Besatzung Generalmajor Kuschtschow[9].

Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1/1945, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1946, S. 83-85.

Nr. 2. Johannes R. Becher: Aufruf zur Gründung des Kulturbundes (Entwurf). [20.] Juni 1945[10]

Der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“[11] ist bestrebt, die große deutsche Kultur, den Stolz unseres Vaterlandes wieder zu erwecken und ein neues deutsches Geistesleben zu begründen.

---

6 So in der Vorlage. In den Dokumenten werden sprachliche oder logische Fehler grundsätzlich nicht korrigiert. Wortlaut der russischen Fassung: „Räumlichkeiten mit unverdunkelten Fenstern zu erleuchten“.

7 Die Spiegelziffer 11 wurde hier weggelassen.

8 Im Original handelte es sich um handschriftlich ergänzte Vordrucke.

9 Hier ist die Transkription durch die Quelle festgelegt, in allen anderen Fällen wurde auf die Duden-Transkription zurückgegriffen.

10 Der Aufruf wurde als Entwurf am 20. Juni 1945 von Walter Ulbricht an Armeegeneral Sokolowski, Kopie an General Smirnow, geschickt. Zugleich teilte Ulbricht mit, daß am 24. bzw. 25. Juni die erste Sitzung des Gründungskomitees stattfinden werde (in: AWP RF 082/27/121/14, Bl. 1). Das am 4. Juli 1945 in der Deutschen Volkszeitung veröffentlichte „Manifest“ ist mit Bechers Entwurf nicht identisch.

11 Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, abgekürzt: Kulturbund, hatte im Dez. 1945 10.000 und 1949 140.000 (1985: 260.000) Mitglieder. 1990 mit 110.000 Mitgliedern in einen gemeinnützigen Verein „Kulturbund e.V.“ umgewandelt.

Die wahren deutschen Kulturwerte, wie sie mit dem Namen eines Goethe, Lessing und zahlreicher Philosophen, Künstler und Wissenschaftler verbunden sind, wurden verschwiegen, verboten oder durch die menschheitsfeindlichen Zweck- und Nutzlehren des Nazismus aufs Schändlichste verfälscht. Die deutsche Kultur wurde zu einem Werkzeug des verbrecherischen Raubkrieges Hitlers herabgewürdigt. Der Geist der Wahrheit, der jedes hohe deutsche Kulturschaffen kennzeichnet, wurde ersetzt durch den Lug und Trug der Nazipropaganda. Ehrliche Freiheitsstreiter, aufrichtige Wahrheitsbekenner wurden verfolgt, außer Landes getrieben, in Konzentrationslager geworfen und ermordet. Charakterlosigkeit, moralische Abgestumpftheit und Verwahrlosung, geistige Verarmung, zeugen von der Verderblichkeit des Hitlersystems. Die freiheitliche deutsche Literatur und Kunst waren in Hitlerdeutschland verfemt. An Stelle echten Kunstschaffens wurde mit allen staatlichen Zwangsmitteln der nazistische Schmutz und Schund gefördert. Rassenwahn, Geschichtsfälschungen, chauvinistische Hetzliteratur, Kitsch in Wort und Bild, vergifteten deutsches Fühlen und Denken. Die freie wissenschaftliche Forschung wurde von Beginn der Naziherrschaft an militaristischen Zielen unterworfen. Die Kulturwerte anderer Völker wurden verächtlich gemacht oder dem deutschen Volke vorenthalten. In schamloser Selbstüberheblichkeit wurde dem deutschen Volke eingeredet, daß es das einzige wahre Kulturvolk der Welt sei, um aus dieser jeder Wirklichkeit hohnsprechenden Behauptung den Weltherrschaftsanspruch Hitlerdeutschlands abzuleiten. Eine nationale Totalkatastrophe ohnegleichen ist das Ergebnis zwölfjähriger Naziherrschaft. In diese nationale Totalkatastrophe ist auch die deutsche Kultur mit einbezogen. Unersetzbare Kulturwerte sind zerstört. Repräsentanten deutschen Geistes wie Thomas Mann[12], Heinrich Mann[13], Carl Einstein[14], Bruno Walter[15], Leo Blech[16], Arnold Zweig[17], Anna Seghers[18], Lion Feuchtwanger[19], Otto Klemperer[20], Albert Bassermann[21] und viele andere mußten zwölf Jahre fern ihrer Heimat in der Verbannung wirken. Die Grundlage jeder Kultur, das geordnete Leben des Volkes, ist aufs Tiefste erschüttert. Die Liebe und Hochachtung, deren vor allem die deutschen Kulturleistungen bei allen Völkern sich erfreuten, ist verloren angesichts der ungeheuerlichen Kriegsverbrechen, welche die Nazibanditen in den von ihnen überfallenen Ländern begangen haben. Kulturdenkmäler jeder Art wurden dort zerstört, verschleppt, geraubt, die nationalen Heiligtümer der überfallenen Länder, geweihte Stätten der ganzen Menschheit aufs frevelhafteste entehrt und geschändet.

---

12 Mann, Thomas (1875-1955), Schriftsteller, 1933 Emigration in die Schweiz, 1938 in die USA, lebte nach dem Krieg in der Schweiz.

13 Mann, Heinrich (1871-1950), Schriftsteller, 1931 Präsident der Preußischen Akademie der Künste, 1933 Rücktritt und Emigration nach Frankreich, 1940 in die USA, wo er starb. 1949 zum Präsidenten der Deutschen Akademie der Künste gewählt, die 1950 als Rechtsnachfolgerin der 1696 gegründeten Preußischen Akademie der Künste wiedergegründet und 1974 in Akademie der Künste der DDR umbenannt wurde.

14 Einstein, Carl (1885-1940), Kunsthistoriker und -theoretiker, Schriftsteller; lebte ab 1928 in Paris, 1937 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg als Angehöriger der anarcho-syndikalistischen Milizen, 1940 interniert in Südfrankreich, Freitod.

15 Walter, Bruno (1876-1962), Dirigent u.a. in München, Berlin, Leipzig und Wien, lebte ab 1940 in den USA.

16 Blech, Leo (1871-1958), Dirigent und Komponist in Berlin, ab 1937 in Riga und Stockholm, 1949-53 wieder in Berlin.

17 Zweig, Arnold (1887-1968), Schriftsteller, 1933-48 in der Emigration, 1948 Rückkehr nach Berlin (Ost), 1949 Vorsitzender des Vorbereitenden Ausschusses der Deutschen Akademie der Künste.

18 Seghers, Anna (1900-1983), Schriftstellerin, 1928 KPD, 1933-47 Exil in Frankreich und Mexiko, 1950 Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste, 1952-78 Vorsitzende des Deutschen Schriftstellerverbandes (1973 in Schriftstellerverband der DDR umbenannt).

19 Feuchtwanger, Lion (1884-1958), Schriftsteller, ab 1933 in der Emigration in Frankreich und ab 1941 in den USA.

20 Klemperer, Otto (1885-1973), Dirigent in Berlin, ab 1933 in der Emigration.

21 Bassermann, Albert (1867-1952), Schauspieler, 1934-46 Emigration in den USA.

Angesichts all dieser für unser Vaterland, für unsere Kultur zutiefst beschämenden Tatsachen müssen wir erkennen, daß die deutsche Intelligenz, welche die führende Elite unseres Volkes hätte sein sollen, die geschichtliche Prüfung nicht bestanden hat, als es galt, das Verderben der Naziclique von Deutschland abzuwehren, den Krieg zu verhindern oder ihn wenigstens rechtzeitig zu beenden. Wir müssen uns Rechenschaft darüber ablegen, daß die Wehrlosigkeit des deutschen Geistes gegenüber den reaktionären Mächten sich schon seit langem – vor Hitler – angebahnt hat: durch die vor allem in der Philosophie und der Kunst herrschend gewordenen Richtungen des Irrationalismus, durch die Zerstörung der Vernunft und durch die Abspaltung des geistigen deutschen Menschen von allen öffentlichen gesellschaftlichen Angelegenheiten. Wir müssen zugestehen, daß das große deutsche klassische humanistische Erbe auch in der deutschen Intelligenz nicht mehr so lebendig war, um eine unerschütterliche Widerstandskraft gegenüber dem Naziregime zu verleihen. Wohl bewiesen hervorragende Einzelne Widerstandskraft und Standfestigkeit, die Intelligenz in ihrer Gesamtheit ist Verführung und Terror unterlegen. Diese Erkenntnis, so bitter sie auch sein mag, tut Not, damit eine neue deutsche Intelligenz sich herausbildet, die sich berufen fühlt, dem deutschen Volke auf neuen Wegen führend voranzugehen. Ein grundsätzlicher Umbruch tut Not, damit Deutschland wieder erstehen kann. Diese deutsche Auferstehung kann nur im Zeichen der Wahrheit, im Zeichen eines freiheitlich-demokratischen Geistes erfolgen. Wir müssen der Wahrheit wieder die Ehre geben, um unsere nationale Ehre wiederzugewinnen. Wir anerkennen die Kriegsschuld Deutschlands. Wir haben Unsägliches wiedergutzumachen. Wir bekennen uns zur Wiedergutmachung. Der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" setzt sich die Aufgabe, die gegenwärtig eine der höchsten nationalen Aufgaben der Intelligenz ist: alle diejenigen Männer und Frauen zu vereinen, welche des ehrlichen unbeugsamen Willens sind, zur geistigen, kulturellen Erneuerung Deutschlands mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft beizutragen. Die besten Deutschen aus allen Berufen und Schichten gilt es in dieser schwersten Notzeit deutscher Geschichte zu sammeln, um eine deutsche Erneuerungsbewegung zu schaffen, die auf allen Lebens- und Wissensgebieten die Überreste des Faschismus und der Reaktion zu vernichten gewillt ist und dadurch auch auf geistig-kulturellem Gebiet ein neues sauberes, anständiges Leben aufbaut. Es wäre verhängnisvoll für das Schicksal unseres Vaterlandes und würde Deutschland den Weg in die Zukunft versperren, wenn wir nicht rückblickend alle diejenigen Fehler und Schwächen aufdecken und überwinden würden, welche die Naziherrschaft ermöglicht und zur größten Tragödie der Nation geführt haben.

Das Ende der Kriegshandlungen bedeutet die Fortsetzung des Kampfes gegen Nazismus und Reaktion, die Steigerung und Intensivierung dieses Kampfes mit ideologischen Mitteln. Die politische und militärische Totalniederlage der Hitlerherrschaft eröffnet uns erst die volle Möglichkeit, den Nazismus auch dort tödlich zu treffen, wo er sich mit seinen Irrlehren in dem Denken und Fühlen des deutschen Menschen festgesetzt hat. Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß mit dem militärisch-politischen Zusammenbruch der Hitlerherrschaft auch die Naziideologie von selbst verschwinde. Ein Nationalhaß von einer Leidenschaft, wie er in Deutschland noch niemals erlebt wurde, muß alle diejenigen treffen, welche sich nach wie vor als unbelehrbar zeigen und eine Verlängerung und Verewigung der Hitlerschmach darzustellen geneigt sind. Liebe zu Deutschland und nationale Gesinnung müssen danach bemessen werden, inwieweit ein Deutscher bereit ist, ein neuer deutscher Mensch, ein freiheitlicher Mensch zu werden, inwieweit er aktiv selbstkritisch teilnimmt an der Vernichtung der Naziideologie, der imperialistischen und militaristischen Ideologie und inwieweit er Initiative zeigt zur Wiedergutmachung.

Der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" betrachtet sich als ein Instrument der Erweckung wahrhaft freiheitlichen Fühlens und Denkens, als ein Instrument der Erweckung des Gewissens der Nation. Wir fordern, in Deutschlands Namen, die restlose Klarstellung der Ursachen der größten Niederlage unserer Geschichte. Wir fordern, daß die Kriegsverbrecher als Deutschlandfeinde, Vaterlandsverräter und Volksverderber zur schärfsten Verantwortung ge-

zogen und abgeurteilt werden, auch diejenigen, welche als ideologische Vorkämpfer, Trommler und Führer des Kriegsverbrechertums anzuklagen sind. Wir fordern eine grundsätzliche Wende und Wandlung auf allen Lebens- und Wissensgebieten, wir erstreben eine neue freiheitliche demokratische Weltanschauung. Wir fordern die Erziehung unseres deutschen Volkes im Geiste der Wahrheit, im Geiste eines streitbaren Demokratismus. Es handelt sich dabei um ein nationales Aufbauwerk größten Stils auf ideologisch-moralischem Gebiet.

Es handelt sich darum, das deutsche Volk zu befreien von allem reaktionären Unrat seiner Geschichte, wie es sich am schmachvollsten in der Hitlerherrschaft konzentriert hat, und es handelt sich darum, dem deutschen Volke aus seiner eigenen Geschichte und aus der Geschichte anderer Völker alle die positiven Kräfte zuzuführen, die unser Volk als solches lebensfähig erhalten und es ein für allemal vor neuen imperialistischen Abenteuern zu bewahren imstande sind und unserem Volke so wieder die Möglichkeit geben, in die Völkergemeinschaft zurückzukehren. In diesem Sinne fühlt sich der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" berufen, als eine geistige Instanz, die mit Rat und Tat einem neu erstehenden Deutschland zur Verfügung steht. Wir werden es uns aufs dringlichste angelegen sein lassen, daß durch unsere freiheitlichen Leistungen die Beziehungen zu den Kulturträgern anderer Völker wieder aufgenommen werden. Wir wollen das deutsche Volk vor allem auch mit den in der Sowjetunion geschaffenen reichen Kulturwerten bekannt machen.

Wir glauben an die Aufgeschlossenheit und Aufnahmebereitschaft unseres Volkes für diejenigen Ideale und Ideen, die zu unserem wertvollsten Kulturgut gehören und die, in die Wirklichkeit umgesetzt, eine geschichtliche Kraft darstellen. Wir glauben an das Gut des wahren deutschen Geistes. Wir sind überzeugt, daß die besten Kräfte Deutschlands und vor allem die deutsche Jugend unserem Rufe folgen werden und sich zusammenscharen unter der Losung der Wandlung und des demokratischen Aufbruchs der Nation. Durchdrungen vom heiligen Wissen, daß wir in diesem Ringen um die deutsche Seele eine hohe, wahrhaft nationale Pflicht zu erfüllen haben, werden wir uns in harter, gemeinsamer Arbeit diejenigen Einrichtungen und Mittel schaffen, deren wir zu unserer hohen Aufgabe benötigen. Licht bringen müssen wir in diese furchtbare Finsternis, welche uns Hitler hinterlassen hat. Wir dürfen die Millionen Verzweifelter nicht ihrer Verzweiflung überantworten, sondern müssen sie hochreißen und ihnen ein neues, großes, leuchtendes Ziel zeigen und eines geben, worauf es in dieser Katastrophe vor allem ankommt: Vertrauen in die Lebensfähigkeit des von all seinen reaktionären Übeln befreiten Volkes, und Mut, und Mut!

Die Männer und Frauen, welche den „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" ins Leben gerufen haben, gehen beispielgebend voran, da es gilt, aus Ruinen und Schutthaufen ein neues deutsches Leben aufzubauen und eine erste, feste geistige Grundlage zu schaffen für die Neugeburt unseres Volkes.

AWP RF 082/27/121/14, Bl. 2-5. Deutschsprachiges Typoskript.

Nr. 3. Schreiben des Obersten Chefs der SMAD Marschall Schukow an den stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Molotow[22] über die Gründung des Kulturbundes. Berlin, 2. August 1945

Das Sekretariat des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands hat ein Gesuch mit der Bitte eingereicht, in Berlin und im Bereich der Sowjetischen Besatzungszone einen „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung[23] Deutschlands" gründen zu dürfen.

Die grundlegende Aufgabe dieses Kulturbundes wäre eine Vereinigung der wichtigsten kulturell fortschrittlichen Kräfte Deutschlands und die Publikation jener Literatur, die notwendig ist, um ideellen Einfluß auf breite Kreise der deutschen Intelligenz zu nehmen. Der Kulturbund stellt sich außerdem die Aufgabe, das deutsche Volk mit dem kulturellen Leben der Sowjetunion sowie anderer, mit ihr verbündeter Staaten bekanntzumachen.

Zur Erfüllung der oben genannten Aufgaben bittet die Führung der kommunistischen Partei um die Erlaubnis zur Publikation der Monatszeitschrift „Aufbau"[24] und zur Gründung eines gleichnamigen Literaturverlags.[25]

In Anbetracht der Möglichkeit, mit Hilfe des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" auf jene Kreise der deutschen Intelligenz wirken zu können, die der Liberaldemokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union nahestehen, halte ich es für möglich, die Gründung des oben genannten *„Kulturbundes"*, die Publikation der *Monatszeitschrift „Aufbau"* als Organ dieses Bundes und die Gründung eines gleichnamigen Literaturverlags zu gestatten.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

Marschall der Sowjetunion G. Schukow

AWP RF 082/27/121/14, Bl. 23. Original.

---

22 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (1890-1986), 1930-41 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR, 1936-57 Mitglied des Politbüros bzw. des Präsidiums des ZK der WKP(B)/KPdSU, 1939-49 und 1953-56 Volkskommissar bzw. Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, gleichzeitig 1941-46 Erster stellvertretender und 1946-53 stellvertrender Vorsitzender und 1953-56 wieder Erster Stellvertretender des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare bzw. ab 1946 des Ministerrates der UdSSR, 1956-57 Minister für Staatskontrolle der UdSSR, 1957 ZK- und 1962 Parteiausschluß, 1984 Wiederaufnahme in die KPdSU.

23 In der Vorlage: „Perestroika".

24 In der Vorlage: „Aufbau" und in Klammern „Perestroika". – „Aufbau. Kulturpolitische Monatsschrift" erschien ab Sept. 1945 (bis 1958) in Berlin als Organ des Kulturbundes. Auflage 1945 20.000, 1946 110.000. 1946 gingen 74.000 Exemplare in die SBZ und 35.000 nach Westdeutschland. Vgl. Heider, Magdalena: Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, in: Broszat/Weber, SBZ Handbuch 1993, S. 714-733, hier S. 732, sowie diverse Vermerke in den GARF-Akten.

25 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

Nr. 4. Befehl Nr. 29 des Obersten Chefs der SMAD[26] über die Arbeit des Sektors Propaganda und Zensur der Politischen Abteilung der SMAD. Berlin, 18. August 1945

Nur für den Dienstgebrauch

Um die Zensurtätigkeit in Berlin und in allen Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu ordnen, befehle ich:

1. Alle Funktionen bezüglich der Ausübung und Leitung der Zensurtätigkeit sind auf den Sektor Propaganda und Zensur der Politischen Abteilung der SMAD und auf die Politsektoren der SMA-Verwaltungen der Provinzen und Bundesländer zu übertragen.

2. Der gesamte Zensorenapparat der Zentralen Stadtkommandantur Berlin ist dem Sektor Propaganda und Zensur zu unterstellen.

3. Der Stadtkommandant von Berlin und die Kommandanten der Stadtbezirke haben bis zum 25. August Zensoren zu benennen, die unter der Leitung des Sektors Propaganda und Zensur tätig sein werden.

4. Bei den SMA-Verwaltungen der Provinzen Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Thüringen und Pommern sowie in den Kommandanturen der größeren Städte sind oberste Zensoren mit entsprechender Bestallung zu benennen.[27]

Anmerkung: In den kleineren Städten und den Kreisstädten sind die Zensorverpflichtungen auf die Militärkommandanten oder ihre Politstellvertreter zu übertragen.

5. Der Sektor Propaganda und Zensur sowie die durch ihn bevollmächtigten Zensoren verfügen über Stempel in russischer und in deutscher Sprache mit folgendem Inhalt: „Durch die Zensur der Sowjetischen Militäradministration genehmigt." Jeder Zensor muß eine Serie von Nummern zur Verfügung haben, mit welchen er die von ihm genehmigten Druckerzeugnisse kennzeichnet, so wie es in der sowjetischen Zensur üblich ist.

6. In die Verantwortlichkeit des Sektors Propaganda und Zensur sowie der Zensoren ist zu übertragen:

a) Ausübung einer Vorzensur für alle Druckerzeugnisse (Zeitungen, Bücher, Broschüren, Plakate, Handzettel und andere), die auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in Berlin erscheinen.

b) Kontrolle der Arbeit aller tätigen Druckereien. Die Druckereien haben nicht das Recht, Druckerzeugnisse ohne entsprechende Genehmigung der Zensurabteilung oder der Zensoren herzustellen.

c) Kontrolle der Arbeit der Funkhäuser. Alle im Radio gesendeten Materialien müssen vorher von Zensoren durchgesehen worden sein.

d) Kontrolle des Filmwesens. Alle Filme, welche in Filmtheatern zur Aufführung kommen, müssen vorher von Zensoren durchgesehen worden sein.

e) Ausübung einer Vorzensur über alle Nachrichten, die von deutschen Nachrichtenagenturen, Pressestellen und anderen veröffentlicht werden.

---

26 In der russischen Vorlage: „Oberstkommandierender der SMAD".

27 Am 4. Sept. 1945 wurde bezüglich des Punktes 4 des SMAD-Befehls Nr. 29 vom 18. Aug. 1945 folgende Korrektur angenommen: „Der Punkt 4 ist in folgende Fassung zu bringen: ‚Bei den SMA-Verwaltungen der Provinzen Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen und der Bundesländer Thüringen und Sachsen sowie in den Kommandanturen der größeren Städte sind oberste Zensoren und Zensoren mit der üblichen Bestallung zu benennen.'" (Vgl. GARF 7317/8/1, Bl. 99).

f) Kontrolle der Arbeit der Theater und Kabaretts, deren Aufführungen von Zensoren zu begutachten sind.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Marschall der Sowjetunion G. Schukow

Das Mitglied des Militärrates[28] der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generalleutnant Bokow[29]

Der Chef des Stabes der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generaloberst Kurassow[30]

GARF 7317/8/1, Bl. 96-98. Original.

Nr. 5. Befehl Nr. 45 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Versorgung der Provinzzeitungen mit Nachrichtenmaterial. Berlin, 31. August 1945

Um die Provinzzeitungen der Sowjet-Besatzungszone in Deutschland mit den erforderlichen Informations-Nachrichten zu versehen,
befehle ich:

1. dem Chef des Informationsbüros der S.M.A. in Deutschland, zu erlauben, ab 1. 9. 1945 täglich Nachrichten für die Provinzzeitungen per Radio zu übertragen.
   Dem Chef des Informationsbüros der S.M.A., Genosse Tugarinow[31], die regelmäßige Übertragung der Zeitungsinformationen von dem Berliner Radiohaus (Rundfunk) sicherzustellen, für welchen Zweck das Kontroll- und Sprecherpersonal auszuwählen ist.
2. dem Chef der Verbindungs-Abteilung der S.M.A., dem General-Major der Heeres-Verbindungs-Dienststelle, Genosse Popoff[32],
   a) für den vorerwähnten Zweck den langwelligen Radiotelefon-Übertragungs-Apparat von 5 Kwt in Königs Wusterhausen, und ein Sprechzimmer (Studio) im Radiohaus (Rundfunk) vorzubereiten.
   b) die Deutsche Zentralverwaltung für Nachrichtenwesen das erforderliche, administrationstechnische Personal, sowie die Wache für die Radiostation in Königs Wusterhausen – auszusuchen, und das Verzeichnis zur Bestätigung vorzulegen.
   Die Besoldung des Personals aus den Mitteln (aus dem Haushalt) der Deutschen Zentralverwaltung für Nachrichtenwesen zu bestreiten.

---

28 In zeitgenössischen amtlichen Veröffentlichungen der SMAD wurde „Militärrat" mit „Kriegsrat" übersetzt.

29 Bokow, Fjodor Jefimowitsch (1904-1984), 1943 Generalleutnant, 1945-46 erstes/politisches Mitglied des Kriegsrates der SMAD.

30 Kurassow, Wladimir Wassiljewitsch (1897-1973), Generaloberst, Armeegeneral, Juni-Okt. 1945 Chef des Stabes der SMAD.

31 Tugarinow, Iwan Iwanowitsch (1905-1966), 1945-47 Chef des Informationsbüros der SMAD, 1948-60 in der Zentrale des Außenministeriums der UdSSR in Moskau tätig, u.a. zu Beginn der fünfziger Jahre Chef des Informationskomitees des sowjetischen Außenministeriums, das für Nachrichtenaufbereitung, -auswertung und strategische außenpolitische Planung zuständig war; 1960-63 Leiter Abteilung Ferner Osten, 1963-66 Botschafter der UdSSR in den Niederlanden.

32 Popow, Roman Anatoljewitsch, Generalmajor, 1945-47 Chef der SMAD-Abteilung Verbindungen (Post und Fernmeldewesen), ab 1947 zum stellvertretenden Minister für Verbindungen (Post) UdSSR ernannt.

w)[33] die technische Kontrolle über die Arbeit der Radiostation in Königs Wusterhausen dem Kommandanten des Sonder-Verbindungs-Regiments zu übernehmen.

3. dem Chef der S. M. A. der Provinz Brandenburg, den Präsidenten der Provinzialverwaltung zu veranlassen, dem Personal der Radiostation in Königs Wusterhausen die Lebensmittelration nach den von dem Chef der Verbindungs-Abteilung der S. M. A. bestätigten Verzeichnissen auszugeben.

Der Oberste Chef der S. M. A. und Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetbesatzungstruppen in Deutschland G. Schukow

Mitglied des Kriegsrates der S. M. A. in Deutschland Generalleutnant F. Bokoff[34]

Chef des Stabes der S. M. A. in Deutschland Generaloberst W. Kurasoff[35]

Für die Richtigkeit der Übersetzung:
Michaelsen

BArch DX 1 – 45/45. Deutsche Übersetzung.[36]

Nr. 6. Befehl Nr. 039 des Obersten Chefs der SMAD über die Konfiskation nazistischer und militaristischer Literatur. [Berlin], 8. September 1945

Zum Zwecke der schnelleren Ausmerzung der nazistischen Ideen und des Militarismus, die eine weite Verbreitung durch die Veröffentlichung verschiedener Arten von Literatur in den Jahren des faschistischen Regimes gefunden haben,

befehle ich:

Alle Besitzer von privaten Bibliotheken, Buchhandlungen und Verlagen sowie alle Privatpersonen haben bis zum 1. Oktober 1945 an die Bezirkskommandanturen abzuliefern:

a) alle Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Alben und andere Literatur, enthaltend faschistische Propaganda, Rassentheorie, Literatur über gewaltsame Aneignung fremder Länder, ferner alle Art Literatur, die gegen die Sowjetunion und andere Vereinte Nationen[37] gerichtet ist;

b) alle Kriegsliteratur, einbegriffen Lehrbücher und Lehrmittel für Kriegsschulen, ferner wissenschaftliche und technische Literatur, die mit dem Kriegswesen zusammenhängt;

c) den Büchern sind ein Verzeichnis bzw. Karteien beizufügen.

Die Leiter aller ehemals staatlichen und städtischen Bibliotheken, Universitätsdirektoren, Direktoren höherer Lehranstalten und wissenschaftlicher Forschungsinstitute, die Präsidenten von Akademien, wissenschaftlichen Gesellschaften und technischen Vereinigungen haben aus den ihnen unterstellten Bibliotheken sämtliche in § 1 erwähnte faschistische und Kriegsliteratur durch Spezialkommissionen unter dem Vorsitz des Anstaltsleiters auszusondern und geordnet zusammen mit den dazugehörenden Karteien in besonderen Räumen unterzubringen und dem Vertreter der Militärkommandantur zu übergeben.

---

33 Die Stellung des „w" im kyrillischen Alphabet entspricht dem „c" im lateinischen.

34 D.i. Bokow.

35 D.i. Kurassow.

36 Der russische Wortlaut in: GARF 7317/8/1, Bl. 140-141.

37 Ursprünglich Gruppenbezeichnung für 26 gegen die Achsenmächte kämpfende Staaten, die den Washington-Pakt vom 1. Jan. 1942 unterzeichnet haben, und nach der Jalta-Konferenz Sammelbezeichnung für insgesamt 52 Staaten, die vor dem 3. März 1945 Deutschland den Krieg erklärt hatten.

1. den Chefs der SMA der Provinzen, die Entgegennahme der Literatur von den Institutionen und der Bevölkerung gemäß §§ 1 und 2 dieses Befehls zu organisieren, indem sie hierfür besondere Räumlichkeiten einrichten.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration und Oberkommandierende der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Marschall der Sowjetunion G. Shukow

Das Mitglied des Kriegsrates der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generalleutnant F. Bokow

Der Stellvertreter des Chefs des Stabes der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generalleutnant M. Dratwin[38]

Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (Ost) 1968, S. 148-149.

Nr. 7. Schreiben des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Wyschinski[39] an den Sekretär des ZK der WKP(B) Malenkow[40] über den Zensurapparat der SMAD. 14. September 1945[41]

Geheim

Ungeachtet vieler Versuche, den Zensurapparat der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland aufzufüllen, ist es uns nicht gelungen, eine ausreichende Anzahl geeigneter Zensoren zu finden. Insgesamt soll der Zensurapparat zehn leitende Zensoren sowie 30 Zensoren haben, welche die deutsche Sprache beherrschen. Es ist unmöglich, diesen Apparat ohne Hilfe der Politischen Verwaltung der Roten Armee aufzufüllen.

Im Interesse einer schnellstmöglichen Lösung schicke ich Ihnen zur Durchsicht den Entwurf eines Beschlusses des ZK der WKP(B).

Der Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR A. Wyschinski

RGASPI 17/125/354, Bl. 51. Beglaubigte Kopie.

---

38 Dratwin, Michail Iwanowitsch, 1943 Generalleutnant, 1945 zunächst stellvertretender und von 1945 bis Mai 1947 Chef des Stabes der SMAD, 1947-49 Erster Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD.

39 Wyschinski, Andrei Januarjewitsch (1883-1954), Jurist, 1934-44 stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR und 1935-39 Generalstaatsanwalt der UdSSR, 1940-46 Erster stellvertretender Außenminister der UdSSR, 1945 Politischer Berater Schukows bzw. der SMAD, 1946-49 stellvertretender und 1949-53 Außenminister der UdSSR, 1953-54 Erster stellvertretender Außenminister der UdSSR und Vertreter bei der UNO.

40 Malenkow, Georgi Maximilianowitsch (1901-1988), ab 1934 Leiter der Abteilung Parteiorgane, 1939-46 und 1948-53 Sekretär des ZK der KPdSU, 1939-57 Mitglied des Politbüros bzw. Präsidiums, 1953-55 Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

41 [Mit dem von Hand gezeichneten maschinenschriftlichen Bearbeitungsvermerk:] „Dringend. An die Genossen Alexandrow und Schikin. Ich bitte darum, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Entwurf einer Entschließung des Sekretariats des ZK vorzulegen. G. Malenkow, 17.9.[19]45." [Sowie mit teilweise unleserlichen handschriftlichen Bearbeitungsvermerken, darunter:] „Laut ZK-Beschluß fünf leitende Zensoren und 15 Zensoren abgestellt. [Unleserliche Unterschrift]".

Nr. 8. Befehl Nr. 0153 des Chefs der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Dubrowski[42] an die Militärkommandanten über das Verbot von Sportorganisationen. Dresden, 15. September 1945[43]

Geheim

An alle Militärkommandanten der Bezirke[44] und Städte
Nur für den Militärkommandanten

In vielen Fällen dulden Militärkommandanten die Verbreitung deutscher Sportorganisationen.

Ich richte Ihre Aufmerksamkeit nochmals auf die Direktive des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, des Marschalls der Sowjetunion Genossen Schukow, über das Verbot von Sportorganisationen, die eine legale Form der Tarnung faschistischer Organisationen darstellen.

Ich befehle:

1. Die bestehenden Sportorganisationen sind aufzulösen.
2. Zu verbieten ist die Durchführung von Wettkämpfen aller Art wie Fußballspiele, Sportfeste usw.
3. Zu verbieten ist die Popularisierung des Sports durch die Presse.
4. Sportspiele sind in Verantwortung der örtlichen Selbstverwaltungen, unter strenger Kontrolle von Ihrer Seite durchzuführen.

Der Chef der Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration des Bundeslandes Sachsen
Generalmajor *Dubrowski*

GARF 7212/1/52, Bl. 12. Original.

Nr. 9. Bericht des Chefs der Politischen Abteilung beim Politischen Berater der SMAD Semjonow über die Arbeit des Sektors Propaganda und Zensur in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. Oktober 1945. 31. Oktober 1945[45]

Geheim

Zum Zweck der Kontrolle der Propaganda auf den Gebieten Druck, Funk, Theater und Film *wurde bei der Politischen Abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland der*

---

42 Dubrowski, Dmitri Georgewitsch, Generalmajor/Generalleutnant, Parteifunktionär und -redakteur, 1945-49 stellvertretender Chef für Zivilangelegenheiten der SMA Sachsen, 1949-50 Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK) ebd.

43 Der Dokumentenkopf lautet „Volkskommissariat für Verteidigung der UdSSR, Verwaltung der SMA des Landes Sachsen, Politischer Sektor, 15. September 1945, Nr. 0153, Dresden". Das Dokument trägt den handschriftlichen Bearbeitungsvermerk: „Von neun Ausfertigungen wurden vier an die Bezirkskommandanturen Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau sowie vier weitere an die Stadtkommandanturen ebenda verschickt."

44 In der Vorlage: „okrug".

45 Auf dem Dokument ist vermerkt, daß vier Ausfertigungen angefertigt wurden und zwar: „1 – Genosse Wyschinski, 2 – Genosse Alexandrow G. F. (ZK WKP(B)), 3 – Genosse Tjulpanow, 4 – Ablage". Dem Abdruck liegt die Ausfertigung Nr. 1 zugrunde. – Alexandrow, Georgi Fjodorowitsch (1908-1961), 1939-47 Leiter der ZK-Verwaltung für Agitation und Propaganda.

Sektor Propaganda und Zensur[46] gebildet. Zum Chef dieses Sektors wurde der Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung bestellt, der gleichzeitig auch Chef der Zensur der sowjetischen Militäradministration war.

In der Anfangszeit bestand die Aufgabe dieses Sektors darin, die Vorzensur der zu dieser Zeit in Berlin erscheinenden vier Parteizeitungen und der Zeitung des Berliner Magistrats auszuüben. Außerdem war eine strenge Kontrolle der Arbeit des Berliner Rundfunksenders einzuführen. In dem Maße, wie eine strenge Kontrolle dieser beiden hochwichtigen Bereiche der Propaganda etabliert werden konnte, begann sich die Zensurarbeit auszuweiten und auch andere Bereiche von Politik und Kultur, konkret: Verlage, Film und Theater, zu umfassen.

Anfangs gab es Probleme bei der Organisation der Zensurarbeit, welche mit dem Umstand zusammenhingen, daß die Zensurtätigkeit, wenn auch in geringerem Umfang, zugleich von den Militärkommandanturen ausgeübt wurde. Diese Doppelarbeit stand der Einführung einer einheitlichen Leitung und entsprechenden Verantwortlichkeit entgegen. Zum Zweck der Beseitigung dieses Mangels wurde von Marschall Schukow am 18. August der Befehl Nr. 29 erlassen, welcher die Zensurtätigkeit in Berlin und allen Provinzen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands regelte. In diesem Befehl heißt es:

„Alle Funktionen zur Wahrnehmung und Leitung der Zensurtätigkeit sind dem *Sektor Propaganda und Zensur der Politischen Abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland und den Politischen* Sektoren der Verwaltungen der Sowjetischen Militäradministration in den Provinzen und Bundesländern zu übertragen." Auf der Ebene der Militärkommandanturen wurden entsprechend diesem Befehl Zensoren benannt, die nach den Anweisungen des Sektors Propaganda und Zensur zu arbeiten haben.

In diesem Befehl wurden ebenso die Verpflichtungen des Sektors Propaganda und Zensur festgeschrieben.

Welche Arbeit hat der Sektor Propaganda und Zensur im oben genannten Zeitraum geleistet?

1. Kontrolle der Druckereien und Verlage

Zur Aufgabe der Zensur gehörte es, darauf zu achten, daß kein Druckerzeugnis (Buch, Zeitung, Bulletin, Handzettel) ohne Erlaubnis der Zensur hergestellt wird. Es mußte eine allgemeine Regelung für die Arbeit der Verlage und Druckereien eingeführt werden, um einer illegalen verlegerischen Tätigkeit vorzubeugen. Zu diesem Zweck wurde ein Befehl ausgearbeitet, welcher von Marschall Schukow am 2. August unterschrieben wurde (Befehl Nr. 19[47]) und in dem die Pflicht aller Besitzer und Chefs von behördlichen Druckereien, ebenso wie der Inhaber von Vervielfältigungsapparaten (Rotationsmaschinen, Hektographen, Glasplattenmaschinen) festgeschrieben wurde, die Geräte in den entsprechenden Kommandanturen registrieren zu lassen. Zusätzlich zu diesem Befehl wurden vom Chef der Zensur „Vorläufige Regeln über die Arbeit der Druckereien"[48] erlassen, welchen alle Druckereien bei der Annahme von Druckaufträgen zu folgen haben. Entsprechend dieser „Regeln" haben die Druckereien nur dann das Recht, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Plakate, verschiedene politische Handzettel, Aufrufe, Parteiliteratur u.a.m. zu drucken, wenn sie dafür die Genehmigung der Zensur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland erhalten haben. Für den Druck von Geschäftspapieren (Formulare, Rechnungsbögen, Aus-

---

46 Ein Sektor für Propaganda und Zensur wurde durch SMAD-Befehl Nr. 29 vom 18. Aug. 1945 geschaffen. Vgl. Dokument Nr. 4. – Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

47 Befehl Nr. 19 vom 2. Aug. 1945 über Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Verlage und Druckereien. Deutsche Übersetzung in: Befehle des Obersten Chefs der SMAD 1946, S. 16-17. Russische Fassung (mit Anlagen) in: GARF 7317/8/1, Bl. 38-42.

48 Die „Vorläufigen Regeln über die Arbeit der Druckereien" erschienen als Anlage zum SMAD-Befehl Nr. 19 vom 2. Aug. 1945.

hänge und Werbeplakate) muß die Genehmigung vom Zensor der entsprechenden Militärkommandantur eingeholt werden.

Diese Regelung wird von den Deutschen streng eingehalten. Nur in Einzelfällen wurde gegen die Regelung verstoßen. So wurden im Stadtbezirk Pankow (Berlin) von einer Druckerei ohne Genehmigung der Zensur Broschüren über Kunst für das örtliche Theater hergestellt. Auf Anordnung der Zensur wurde die Druckerei wegen Verstoßes gegen die entsprechende Regelung für zwei Wochen geschlossen, dem Inhaber der Druckerei wurde eine Geldstrafe von 300 Mark auferlegt.

Wie bereits festgestellt wurde, nimmt keine Druckerei mehr Aufträge entgegen, wenn auf den entsprechenden Druckbögen der Zensorstempel fehlt.

Was die Tätigkeit verschiedener Arten von Verlagen angeht, so wurden auch hier Maßnahmen getroffen, um eine Verlagsarbeit außerhalb der Kontrolle durch die Zensur nicht zuzulassen.

Entsprechend dem Befehl von Marschall Schukow haben sich alle Verlage bei den Kreiskommandanturen registrieren zu lassen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß ihnen dadurch das Recht auf den Druck von Büchern, Broschüren oder Handzetteln erteilt wäre. Dafür ist eine spezielle Genehmigung von Marschall Schukow oder vom Militärrat nötig.

Bisher wurden folgende Verlage genehmigt:

1. Der Buchverlag der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland.
2. Der Buchverlag des deutschen Kulturbundes, der *Aufbau*-Verlag.
3. Der Buchverlag des ZK der kommunistischen Partei, Verlag *Neuer Weg*.
4. Der Lehrbuchverlag bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung.
5. Ein deutscher Zeitschriftenverlag namens Allgemeiner Deutscher Verlag (gibt die Zeitschrift „Neue Berliner Illustrierte" heraus).

Die Produktion aller dieser Verlage unterliegt der Vorzensur. So wurden beispielsweise von der Zensur bis zu 20 Lehrbücher für deutsche Schulen, etwa 15 Titel schöngeistiger Literatur und über 20 Titel politischer Literatur durchgesehen.

Daneben gestattet die Zensur dem Berliner Magistrat, verschiedene Wirtschaftsbroschüren herauszugeben, und den Parteien, politische Aufrufe, Plakate, Broschüren und verschiedenes Agitationsmaterial zu drucken.

Die Zensur gestattet Privatverlagen, jene Literatur herauszugeben, an welcher die deutsche Bevölkerung gegenwärtig am meisten interessiert ist, wie z.B. Kinderbücher, russisch-deutsche und deutsch-russische Lehrbücher sowie Wörterbücher. Dennoch erscheint auf den Titelblättern dieser Ausgaben nicht die Bezeichnung „Verlag", sondern lediglich der Familienname des Verlegers.

2. Zensur der Zeitungen und Zeitschriften

In Berlin erscheinen folgende, durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland genehmigte Publikationen:

Zeitungen:

1. Deutsche *Volkszeitung* – Organ des ZK der kommunistischen Partei[49],
2. Das Volk – Organ der sozialdemokratischen Partei[50],

---

49 Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde wie andere politische Parteien und Gewerkschaften mit SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 zugelassen und trat am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf ihres Zentralkomitees an die Öffentlichkeit.

50 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) trat am 15. Juni 1945 mit einem Aufruf ihres Zentralausschusses an die Öffentlichkeit.

3. Der Morgen – Organ der liberaldemokratischen Partei[51],
4. Neue Zeit – Organ der christdemokratischen Union[52],
5. Berliner Zeitung – Organ des Berliner Magistrats,
6. Die freie Gewerkschaft – Organ der freien deutschen Gewerkschaften[53],
7. Tägliche Rundschau – Organ der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland,
8. Volkswille – Organ der kommunistischen Partei der Provinz Brandenburg (wird in Berlin gedruckt).

Zeitschriften:

1. Aufbau – Publikation des „Kulturbundes",
2. Verordnungsblatt – Publikation des Berliner Magistrats,
3. Neue Berliner Illustrierte – Publikation der „Berliner Zeitung" auf privater Grundlage,
4. Neues Leben – Organ des Jugendkomitees beim Berliner Magistrat,
5. Betrieb und Gewerkschaft – Organ der freien deutschen Gewerkschaften,
6. Friseur und Kosmetik – private Publikation für Friseursalons,
7. Berliner Modenblatt – private Publikation, Modejournal.

Alle diese Zeitungen und Zeitschriften unterliegen der Vorzensur durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Die Arbeit der Zensur ist in diesem Bereich folgendermaßen organisiert:

Der Zensorenapparat, welcher mit der Kontrolle der Presse befaßt ist, hat seinen Sitz im Druckereibezirk (Stadtzentrum Berlins), wo die Zeitungen und Zeitschriften gedruckt werden. Zwischen der Zensur und den Druckereidirektionen besteht die strikte Vereinbarung, daß nicht eine einzige Notiz in einer Zeitung veröffentlicht werden kann, wenn sie nicht den Zensurstempel und das Visum des Zensors trägt. Deshalb bringen alle Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen ihre Fahnenabzüge mit dem gesamten, in der folgenden Ausgabe zu publizierenden Material in die Zensurstelle, und erst danach geben sie es in den Druck. *Hinter jedem Zensor steht eine bestimmte Zeitung oder Zeitschrift. Nach Durchsicht der Materialien werden sie vom Zensor durch ein Visum beglaubigt und an den Chef der Zensur weitergeleitet. Gemeinsam mit diesem klärt der Zensor alle strittigen Fälle*[54] und ordnet[55] die Entfernung dieses oder jenes Artikels bzw. die Streichung der beanstandeten Passage eines Artikels an. Nach Beendigung dieser Prozedur läßt der Chef der Zensur das Material zum Druck zu, indem er es unterschreibt und mit seinem Stempel versieht. Auf jeder Ausgabe vermerkt der Zensor seine Zensornummer.

Die Aufsicht des Sektors Zensur über die Presse hat eine sehr große politische Bedeutung, da einige Zeitungen, wie z.B. die „Neue Zeit" und „Der Morgen", nicht selten versuchen, Artikel zu bringen, welche gegen die grundlegenden Aufgaben der Sowjetischen Militäradministration

51 Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der SBZ (LDP, LDPD) wurde am 5. Juli 1945 in Berlin gegründet. 1945 88.000, 1948 197.000, 1989 113.000 Mitglieder. März 1990 Umbenennung in Bund Freier Demokraten (BFD) und im Aug. 1990 Beitritt zur Freien Demokratischen Partei (FDP).

52 Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) wurde am 26. Juni 1945 in Berlin gegründet. 1945 ca. 68.000, 1949 206.000, 1989 135.000 Mitglieder. 1990 Zusammenschluß mit der westdeutschen CDU.

53 Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) wurde am 15. Juni 1945 als einheitliche Gewerkschaftsorganisation in der SBZ gegründet. Juni 1946 ca. 3,2 und Dez. 1949 ca. 4,7 Millionen Mitglieder (1989 9,6 Millionen). 1990 Selbstauflösung.

54 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

55 In der Vorlage: „sanksanirujet".

in Deutschland gerichtet sind bzw. dieses oder jenes innerdeutsche Problem falsch bewerten. Manchmal mußte die Zensur in der „Neuen Zeit" während eines halben Monats bis zu 20 Artikel und Bemerkungen streichen. Im Arbeitszeitraum wurde durch die Zensur viel Material aus „Das Volk", der „Berliner Zeitung" und sogar aus der „Deutschen Volkszeitung" und der „Täglichen Rundschau" entfernt.

Ein Ergebnis dieser Arbeit stellen die vom Sektor Zensur herausgegebenen Bulletins zurückgehaltener Materialien dar. Bisher wurden sieben solche Bulletins herausgegeben.

Da der Redakteur der „Neuen Zeit" Dovifat[56] *in seiner Zeitung offen reaktionäre Politik verfolgte, reichte der Sektor Zensur bei Marschall Schukow ein Gesuch über die Absetzung Dovifats als Redakteur der „Neuen Zeit" ein. In der Presse erschienen Materialien, durch welche Dovifat unwiderruflich als aktiver Faschist entlarvt wurde. Am 19. Oktober wurde Dovifat als Redakteur der „Neuen Zeit" abgesetzt.*

Der Sektor Propaganda und Zensur war in diesem Bereich auch stark propagandistisch tätig. Den Zeitungsredakteuren wurden die Themen für die Leitartikel nahegelegt[57], einigen Zeitungen wurde einfach die Verwendung einzelner Materialien vorgeschlagen. Besonders wichtig war die Arbeit des Sektors Propaganda und Zensur im Zusammenhang mit der Bodenreform.

3. Leitung und Kontrolle der Arbeit der Rundfunksender

Das einzige Funkhaus in Berlin, welches Radiosendungen für ganz Deutschland ausstrahlt, befindet sich unter ständiger Kontrolle des Sektors Propaganda und Zensur. Der Sektor Propaganda und Zensur hatte einen Plan für die Inhalte politischer Propaganda des Radiosenders ausgearbeitet, auf dessen Grundlage die Mitarbeiter des Funkhauses ihren Arbeitsplan aufstellten. Dieser Arbeitsplan des Funkhauses wurde vom Sektor Propaganda und Zensur bestätigt, danach vom Chef der Politabteilung des Politischen Beraters.

Im Funkhaus sitzt ein ständiger Zensor des Sektors, er sieht vor jeder Radiosendung die aktuellen Materialien durch und genehmigt sie. In allen wichtigen Fragen berät er sich mit dem Chef der Zensur.

Bei Radioansprachen von Führern der Parteien, des Kulturbundes usw. wurden die Texte vor Ausstrahlung der Reden bei der Zensur eingereicht. Es gab einen Fall, daß der Führer der Christlich-Demokratischen Union Hermes[58] es ablehnte, eine Radioansprache zu halten, weil die Zensur in seiner Rede eine Streichung vorgenommen hatte. Da ihm aber mitgeteilt wurde, daß die Zensur nicht wiederherstellen kann, was durch sie herausgenommen worden ist, gab er seine Einwilligung zur Übertragung der korrigierten Rede.

4. Kontrolle des Films und der Theater

Lange Zeit konnte der Zensorensektor wegen Mitarbeitermangels nicht im Bereich Film und Theater wirksam werden, zumal mit diesem Arbeitsbereich in Berlin die zentrale Kommandantur befaßt war. Dennoch hat sich im Zusammenhang mit dem Befehl von Marschall Schukow über die Zentralisierung der Zensurangelegenheiten der Sektor Propaganda und Zensur in dieses Arbeitsgebiet eingeschaltet.

---

56 Dovifat, Emil, Dr. (1890-1979), war Mitbegründer der CDU in Berlin und Chefredakteur der „Neuen Zeit", im Oktober 1945 von der SMAD abgesetzt.

57 In der Vorlage: „podskasywalis".

58 Hermes, Andreas, Dr. phil. (1878-1964), Mitbegründer und bis Dez. 1945 Erster Vorsitzender der CDU in der SBZ; Ende 1945 von der SMAD zum Rücktritt gezwungen, danach in Westdeutschland tätig.

Der Sektor Zensur organisierte in der Tobis-Filmfabrik[59] dreimal pro Woche Vorführungen deutscher und sowjetischer Filme. Im Anschluß an jede Vorführung wurde von den Zensoren über Zulassung oder Verbot des jeweiligen Films entschieden. Für zugelassene Filme wurde ein spezielles Zertifikat ausgestellt, welches die Filmtheater zur Aufführung des jeweiligen Films berechtigt.

Der Sektor Propaganda und Zensur hat nur für die vier führenden Theater der Stadt eine Kontrolle etabliert:

1. Deutsches Theater (Dramatik),
2. Deutsche Oper (Oper),
3. Theater am Schiffbauerdamm (Künstlertheater),
4. Operettentheater.

Große Arbeit hat der Sektor Propaganda und Zensur in Vorbereitung der Aufführung des neuen, modernen *Stückes von Julius Hay*[60] am Deutschen Theater geleistet. Die Zensur hatte vorgeschlagen, den letzten Akt dieses Stückes umzuarbeiten. Die Zensoren nahmen an zwei Generalproben teil und organisierten eine breite Diskussion zur letzten Probe mit Teilnahme von Wilhelm Pieck, Ackermann[61], Johannes R. Becher, Winzer[62] u.a.

Dieses Stück, welches am Theater bereits gespielt wird, erhielt in der deutschen Öffentlichkeit gute Kritiken und genießt Popularität in der Bevölkerung.

Die Spielpläne der oben angeführten Theater werden vom Sektor Zensur bestätigt. Was die kleineren Theater und Kabaretts angeht, so befassen sich mit ihnen die Zensoren der Stadtbezirkskommandanturen. Der Sektor Zensur kontrolliert lediglich ihre Arbeit.

5. Die Leitung der Zensurtätigkeit in den Regionen

Zunächst hat der Sektor Propaganda und Zensur die in großer Auflage gedruckten Befehle Marschall Schukows über die Organisation der Zensurtätigkeit, zur Regelung der Arbeit der Verlage und Druckereien sowie die „Vorläufigen Regeln über die Arbeit der Druckereien" in alle Provinzen versandt.

Außerdem instruierte der Sektor die Zensurmitarbeiter vor Ort zu unumgänglichen Fragen per Briefwechsel mit den Bevollmächtigten des Politischen Beraters in den Provinzen.

Wegen Mangels an Zensurinstrukteuren konnte der Sektor keine Besuche vor Ort durchführen, jedoch gab es eine Praxis der Vorladung von Zensurchefs der Provinzen nach Karlshorst[63]. So wurde beispielsweise der Zensurchef des Bundeslandes Sachsen Genosse Jessin zu einem Vortrag nach Karlshorst eingeladen. Außerdem lud der Sektor Zensur die Zensoren von der Berliner Kommandantur und den Stadtbezirkskommandanturen zu Vorträgen ein.

---

59 „Tobis-Film", deutsche Filmproduktionsgesellschaft.

60 Hay, Julius (1900-1975), deutsch-ungarischer Dramatiker, emigrierte als Kommunist 1919 aus Ungarn nach Deutschland, 1933 nach Österreich und schließlich 1935 in die UdSSR. Nach seiner Rückkehr nach Ungarn 1945 führend in der dortigen Kulturpolitik aktiv, nach dem Ungarischen Volksaufstand 1956 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, nach drei Jahren amnestiert. 1965 Emigration in die Schweiz.

61 Ackermann, Anton (1905-1973), 1926 KPD, bis 1945 Emigration in der UdSSR, 1945-46 Mitglied des ZK der KPD, ab 1946 Mitglied des Zentralsekretariats, ab 1949 Kandidat des Politbüros der SED, 1949-53 Staatssekretär im Außenministerium der DDR.

62 Winzer, Otto (1902-1975), 1925 KPD, bis 1945 Emigration in der UdSSR, 1945-46 Stadtrat für Volksbildung beim Magistrat von Berlin und Mitglied des ZK der KPD, ab Sept. 1947 Mitglied des Parteivorstandes bzw. ZK der SED, u. a. 1965-75 Außenminister der DDR.

63 In Berlin-Karlshorst befand sich der Dienstsitz der SMAD.

Ende Oktober 1945 wurde gemäß der entsprechenden Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR die Zensur von der *Politabteilung der SMA* in die Zuständigkeit der Propagandaverwaltung der SMAD übergeben.[64]

Der Chef der Politischen Abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland W. Semjonow

Der Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung, der Chef der Zensur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland I. Filippow

AWP RF 082/27/121/15, Bl. 35-41. Beglaubigte Kopie.

Nr. 10. Befehl Nr. 129 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Abschaffung der Politischen Sektoren bei den Provinz- und Landesverwaltungen der SMAD. Berlin, 1. November 1945

Inhalt: Über die Abschaffung der politischen Sektoren bei den Provinz- und Länderverwaltungen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland.[65]

Im Zusammenhang mit der Bildung der Verwaltung für Propaganda bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, der Abteilungen für Propaganda bei den Provinzverwaltungen der Sowjetischen Militäradministration und der Unterabteilungen für Propaganda bei den Kommandanturverwaltungen der Kreise
befehle ich:

1. Die Politischen Sektoren der Provinz- und Landesverwaltungen der Sowjetischen Militäradministration sind abzuschaffen.
2. Mit dem Personalbestand der politischen Sektoren sind die Abteilungen für Propaganda bei den Provinz- und Länderverwaltungen der Sowjetischen Militäradministration und die Unterabteilungen für Propaganda bei den Kommandanturverwaltungen der Kreise aufzufüllen.
3. Die Referenten für Volksbildung bleiben im alten Personalstand und werden den Chefs der Provinz- und Länderverwaltungen direkt unterstellt.
4. Über die Ausführung haben die Chefs der Provinz- und Länderverwaltungen dem Chef des Stabes der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland bis zum *12.*[66] November 1945 Bericht zu erstatten.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration und Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Marschall der Sowjetunion *G. Schukow*

---

64 Die Verwaltung für Propaganda und Zensur der SMAD wurde auf Vorschlag des Militärrates der SMAD auf der Grundlage des Beschlusses des Rates der Volkskommissare vom 4. Okt. 1945 durch Befehl Nr. 129 vom 1. Nov. 1945 gebildet (im April 1947 in Verwaltung für Information umbenannt), ihr wurden auf Landesebene die Mitarbeiter der Politischen Sektoren unterstellt. Zugleich wurden auf der Landesebene die Referenten der SMAD-Volksbildungsabteilung unmittelbar den Chefs der Landes-SMAD unterstellt.

65 Politische Sektoren bei den SMA-Landesverwaltungen wurden durch Befehl Nr. 29 vom 18. Aug. 1945 geschaffen.

66 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

Das Mitglied des Kriegsrates der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generalleutnant *F. Bokow*

Der Stellvertreter des Chefs des Stabes der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generalleutnant *M. Dratwin*

GARF 7317/8/2, Bl. 130. Original.

Nr. 11. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Babenko an die Chefs der Propaganda-Unterabteilungen über die Zensur. 28. November 1945

Geheim

An den Chef der Propaganda-Unterabteilung

Zum Zwecke der Kenntnisnahme und Anleitung teile ich Ihnen die Instruktionen mit, welchen der Zensor bei der Arbeit an Zeitungsseiten und -texten zu folgen hat:

1. Bei allgemeinem Text:

1. Informationen, Darlegungen oder Kommentare zu Befehlen der SMA (sowohl allgemeiner als auch für Thüringen), die allgemein-politischen Charakter haben (z.B. Beschlagnahmung nazistischen Eigentums u.ä.), sind nur in solchen Fällen zu genehmigen, wenn der Text des entsprechenden Befehls in einer überregionalen Zeitung veröffentlicht worden ist oder aber die Genehmigung der Abteilung für Zensur der SMA Thüringen vorliegt.
2. Kritik an Befehlen der SMA ist nicht zuzulassen. (Gewisse Ausnahmen sind möglich, wenn es sich um Kritik an der Versorgung von nicht berufstätigen Bevölkerungsschichten handelt (Hausfrauen). Die Formulierungen dürfen in solchen Fällen aber nicht zu scharf sein. Nicht zuzulassen sind Formulierungen folgender Art: „... unsere Hausfrauen den neuen Anordnungen fast aggressiv gegenüberstehen" oder „die Lage mit Versorgung der Hausfrauen wird einer starken Kritik unterzogen". An Stelle dieser Formulierungen sind Worte wie „unzufrieden", „wird besprochen" u.ä. zu gebrauchen.[67]
3. Gründlich ist auf die richtige Schreibung von Namen und Titeln unserer Führer oder leitender Personen der SMA zu achten.
4. Wenn in Berichten über diese oder jene Versammlung einer politischen Partei die Anwesenheit oder sogar Wortmeldung eines Kommandanten, seines Stellvertreters oder eines beliebigen anderen Vertreters der Besatzungsmacht konstatiert wird, sind diese Fakten aus dem Text zu streichen. Beiträge unserer Vertreter auf Versammlungen oder Sitzungen, die einen sachgebundenen, praktischen Charakter haben (Beratungen mit Bürgermeistern, Industrievertretern usw.), sind zum Druck zuzulassen, aber besonders aufmerksam zu redigieren.
5. Gründlich sind Texte, Gedichte u.ä. zu zensieren, welche die Rote Armee als Ganzes oder ihre einzelnen Vertreter loben oder beschreiben. Besonderes Lob von der Art: „Die Rote Armee – das sind unsere Brüder..." (Zeitung der kommunistischen Partei) ist nicht zuzulassen.

67 Die in Anführungszeichen gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich in deutscher Sprache eingefügt worden.

6. Nicht zuzulassen zur Veröffentlichung sind Mitteilungen über die Demontage und Evakuierung von Betrieben oder auch nur einzelner Werkhallen oder Aggregate.
7. In Berichten über die Arbeit von Industriebetrieben sind keine Mitteilungen über Lieferungen an die Besatzungstruppen und die Besatzungsmächte zuzulassen.
8. Nicht zuzulassen zur Veröffentlichung in der Presse sind Artikel, Bemerkungen usw., in denen Fakten zur Leitung einzelner Arbeitskomitees und anderer Organisationen von enteigneten Betrieben dargelegt werden. Die Verbreitung solcher Fakten durch die Presse ist schädlich.
9. Nicht zuzulassen in der Presse sind Vergleiche der Lage in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands.
10. Darlegungen zur Arbeit der Frauen- und Jugendorganisationen sind nur im Rahmen ihrer Tätigkeit in den antifaschistischen Komitees der Selbstverwaltungsorgane zulässig. Frauen- und Jugendorganisationen bzw. -komitees einzelner Parteien sind bekanntlich verboten.
11. In Berichten zur Tätigkeit antifaschistischer Jugendkomitees ist zu unterbinden, daß der Schwerpunkt auf Fragen des Sports, insbesondere des Massensports wie Fußball usw., gelegt wird.
12. Leserbriefe oder andere Berichte ehemaliger Kriegsgefangener, die eine Beschreibung des Lebens in russischer Gefangenschaft beinhalten, sind zuzulassen. Ortsangaben zu den Lagern werden nicht gemacht. In den Beschreibungen sind keine negativen Charakterisierungen des Lebens in der Gefangenschaft oder Unschicklichkeiten der Art: „Nach der Ankunft im Lager wurden uns alle Haare von Kopf bis Fuß abrasiert..." zuzulassen. Einzelne Mängel und Kleinigkeiten können in Berichten solcher Art durchgelassen werden.
13. Formulare, Vordrucke, Broschüren u.ä., die bei deutschen Druckereien von unseren Truppenteilen und Organisationen zum Druck in russischer Sprache abgegeben werden, sind nur beim Vorhandensein eines Genehmigungsvermerks des Zensors der Division oder des Stabes der Armee zu genehmigen.

2. Bei Inseraten:

1. Es sind keine Inserate von Angehörigen der Roten Armee zur Veröffentlichung zuzulassen.
2. Es sind keine Inserate zuzulassen, die privaten Musik- und Gesangsunterricht betreffen.
3. Es sind keine Inserate zuzulassen, die den Kauf und Verkauf rationierter Waren durch einzelne Firmen betreffen (rationierte Lebensmittel, Woll-, Stoff- und Lederprodukte, Konfektionskleidung, Lederschuhe), Berichte über den freien Markt können Beschreibungen des Handels mit einigen dieser Produkte enthalten. (Eine Liste von Produkten, deren Verkauf auf dem Markt verboten ist, wird ergänzend zugesandt).
4. In Traueranzeigen sind keine Formulierungen der Art „starb einen heldenhaften Tod" zuzulassen.
5. Das Wort „Ostflüchtling" ist nicht zuzulassen. Stattdessen sollen die Worte „Ostumsiedler" oder „Ostevakuierte"[68] verwendet werden.

Das zweite Exemplar der Ihnen zur Zensur übersandten Abzüge wird bei Ihnen aufbewahrt. Tragen Sie alle Korrekturen, Streichungen usw. in diese zweiten Abzüge ein.

68 Die in Anführungszeichen gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich in deutscher Sprache eingefügt worden.

Alle Materialien, die Ihnen zwecks Erteilung einer Druckgenehmigung zugesandt werden, müssen in zwei Exemplaren vorhanden sein. Ein Exemplar verbleibt bei Ihnen, unabhängig davon, ob der Druck genehmigt wurde oder nicht.

Der amtierende Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA Thüringen Major Babenko

GARF 7184/1/49, Bl. 21-23. Original.

Nr. 12. Rundverfügung des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Demidow[69] über die Rechenschaftslegung der Propaganda-Abteilungen in den Ländern und Provinzen. 30. November 1945[70]

Geheim

An den Chef der Propaganda-Abteilung der Provinz Sachsen Major Genosse Demidow

Im Interesse einer Neuordnung in den Fragen von Information und Berichterstattung der Provinzabteilungen für Propaganda der SMA gegenüber der Propagandaverwaltung der SMAD führe ich ab dem 1. Dezember 1945 folgende Regelung zur Vorstellung von Materialien ein:

1. Die Provinzabteilungen für Propaganda der SMA legen zum 5. eines jeden Monats einen Bericht über den politischen und organisatorischen Zustand der Parteien, Gewerkschaften, antifaschistischen Jugend- und Frauenkomitees vor.

2. Zum 15. und 30. eines jeden Monats einen Bericht über Veränderungen in den politischen Einstellungen aller Schichten der deutschen Bevölkerung der Provinz. In diesem Bericht werden alle Fälle antidemokratischer Tätigkeit faschistischer und profaschistischer Elemente dargestellt.

3. Täglich ist per Telegraph oder per Brief zu berichten:

a) Über Auftritte einzelner Funktionäre von Parteien und Massenorganisationen der Provinz auf Versammlungen, Meetings, Beratungen, Konferenzen mit einer kurzen Darlegung des Inhalts ihrer Rede.

b) Über den Inhalt der wichtigsten Gespräche, die von Mitarbeitern der Abteilung mit Vertretern der örtlichen Selbstverwaltungsorgane oder Partei- und Gewerkschaftsfunktionären geführt wurden.

c) Über die wichtigsten politischen Ereignisse in der Provinz.

d) *Über die an diesem Tag durchgeführte praktische Arbeit.*[71]

Die eingeführte Regelung der Berichterstattung schließt nicht aus, daß Sie nach eigenem Ermessen zusätzliche Berichte zu ausgewählten Themen verfassen.

---

69 Demidow, Wladimir Michailowitsch (1914-), Major/Oberstleutnant, 1945-46 Chef der Propaganda-Abteilung der SMA der Provinz Sachsen, ab 1946 in gleicher Funktion bei der Verwaltung des Militärkommandanten des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin.

70 Bei der Vorlage mit dem Kopf: „SMAD, Propagandaverwaltung, [Tagebuch-] Nr. 039/29536" handelt es sich um die Ausfertigung Nr. 6.

71 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

Die Berichte sind an die Adresse der Propagandaverwaltung zu schicken.

Der Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst *S. Tjulpanow*

GARF 7133/1/271, Bl. 136. Original.

Nr. 13. Rundverfügung des Chefs der Kultur-Abteilung der SMAD Major Dymschiz[72] an die Chefs der Propaganda-Abteilungen der Verwaltungen der SMA der Provinzen und Länder über die Aufführung sowjetischer Spielfilme. 13. Dezember 1945[73]

Geheim

An die Propaganda-Abteilung der SMA der Provinz Sachsen Kapitän Genosse Rauchwarger

Der Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow hat folgende unbedingt einzuhaltende Regelung für die Aufführung sowjetischer Spielfilme in Deutschland getroffen:

1. Die Auswahl sowjetischer Filme für eine Aufführung in Deutschland erfolgt unter Beteiligung und mit unbedingtem Sanktionsrecht der Propagandaverwaltung als eines politischen Organs, das fähig ist, die spezifische Lage und die Aufgaben der sowjetischen Politik in Deutschland zu berücksichtigen. Die Liste der Filme, welche synchronisiert und in Deutschland aufgeführt werden sollen, ist unbedingt vom Chef der Propagandaverwaltung oder dem Chef der Abteilung Film zu genehmigen. Im Falle der nachträglichen Aufnahme von Filmen in die bereits bestätigte Liste ist für jeden neuen Film, in jedem Einzelfall eine spezielle Genehmigung einzuholen. Ohne Genehmigung der Propagandaverwaltung hat die Vertretung von „Sojusintorgkino“[74] nicht das Recht, einen Film zur Aufführung vorzubereiten oder auch nur mit dessen Synchronisation zu beginnen.

2. In Abänderung der gegenwärtigen Verfahrensweise, wonach sowjetische Filme bei Aufführung vor deutschem Publikum nicht unbedingt zensiert sein müssen, werden sie künftig vor ihrer Aufführung unbedingt einer Zensur unterworfen. Eine Kontrolle zur Erteilung der Genehmigung durch die Zensurbehörde ist während folgender Etappen der Filmproduktion vorgeschrieben:

a) Bei der Durchsicht der russischen Filmvariante in Bild und Ton zur Festlegung der herauszuschneidenden Bilder bzw. Episoden sowie entsprechender Dialogstücke.

b) Bei der Kontrolle der Endfassung des deutschen Dialogtextes, jedoch nicht nach Gehör, sondern unbedingt anhand des Manuskripts.

---

72 Dymschiz, Alexandr Lwowitsch, Dr. phil. (1910-), Major, Oberstleutnant; 1945-49 Chef der Abteilung Kultur und Filmbetriebe der SMAD-Propaganda-/Informationsverwaltung. Ging 1949 nach heftiger Kritik seiner Haltung in kulturpolitischen Fragen freiwillig in die UdSSR zurück, zuletzt stellvertretender Direktor des Maxim-Gorki-Instituts für Weltliteratur in Moskau.

73 Bei der Vorlage mit dem Kopf: „SMAD, Propagandaverwaltung, [Tagebuch-Nummer] Nr. 039/29598“ handelt es sich laut Vermerken um die Ausfertigung Nr. 2 von insgesamt acht Ausfertigungen, von denen sieben an die [nicht einzeln genannten] Adressaten verschickt wurden.

74 „Sojusintorgkino“, später „Sowexportfilm“, sowjetischer staatlicher Filmausleihbetrieb mit Monopolstellung auch in der SBZ.

3. Um eine locker-verantwortungslose Beziehung der Filmtheaterdirektionen zu den sowjetischen Filmen oder sogar geplante Schädigungen zu verhindern, ist bei Aufführung unbedingt eine systematische Kontrolle vor Ort zu gewährleisten. Spezielle Kontrolleure von „Sojusintorgkino", von Organen für Propaganda der SMA und von Kommandanturen sollen besonders in abgelegenen Filmtheatern überprüfen, ob nicht nach eigenem Ermessen Bilder bzw. Episoden weggelassen oder Teile vermischt werden, ob das Libretto[75] die Zuschauer erreicht u.ä.

4. Nicht ein sowjetischer Film darf auch nur für einen Tag in irgendeinem Filmtheater gezeigt werden, ohne daß eine ausreichende Menge Libretti zum Verkauf angeboten wird. Die Libretti sollen propagandistisch-erklärenden Charakter haben und die historischen Ereignisse und sozialen Erscheinungen in der Sowjetunion verständlich machen, welche dem Film zugrunde liegen.[76] Außerdem soll jeder Film einen erklärenden Vorspann haben, der dem gleichen Ziel folgt wie die Libretti.

5. Vor Erscheinen eines jeden neuen Films in der Öffentlichkeit soll eine Voraufführung stattfinden. Am nächsten Tag, zur Premiere des Films sollen ihm Artikel und Rezensionen in allen Zeitungen gewidmet sein. Überhaupt soll das Erscheinen eines jeden Films vorbereitet werden, und während der Aufführungszeiträume soll er dann mit nicht nachlassender Beachtung in der Presse besprochen werden.

Ich schlage Ihnen vor, zwecks genauer und beständiger Umsetzung der oben genannten Weisungen einen Plan praktischer Maßnahmen auszuarbeiten.

Erstatten Sie mir bis zum 25. Dezember Bericht über die geplanten Maßnahmen.

Der Chef der Abteilung Kultur und Film Major *A. Dymschiz*

GARF 7133/1/271, Bl. 155-156. Original.

Nr. 14. Rundverfügung des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Brandenburg Milchiker über den Rundfunk. 15. Dezember 1945[77]

Geheim

An den Chef der Propaganda-Abteilung der SMAD *der Provinz Brandenburg in Potsdam*[78]

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der Entwicklung des Rundfunknetzes und den Empfang von Rundfunkgeräten und Reproduktoren in Städten und Gemeinden Ihrer Provinz. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß sie alle in Ihrer Provinz befindlichen Rundfunksender unter Ihre Kontrolle nehmen und mit ihrer Hilfe für die Bevölkerung den Empfang von Sendungen

75 Der in der Vorlage benutzte Ausdruck „Libretto" wurde beibehalten, obwohl offensichtlich ein Programmheft gemeint ist.

76 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch Randanstreichung hervorgehoben.

77 Bei der Vorlage mit dem Kopf: „SMAD, Propagandaverwaltung, [Tagebuch-] Nr. 039/029608" handelt es sich um die vierte von insgesamt sieben Ausfertigungen, von denen Nr. 1-6 an die Adressaten verschickt wurden.

78 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

der in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands arbeitenden Sender (Berlin, Leipzig, Dresden u. a.) organisieren. Zugleich ist es notwendig, eine dauerhafte Kontrolle über die Sendungen sicherzustellen, damit es nicht zur Übertragung von Sendern kommt, die nicht in der sowjetischen Besatzungszone tätig sind wie dies beispielsweise in Swinemünde[79] der Fall war, wo infolge eines Mangels an Kontrolle englische Sendungen übertragen wurden.

Der Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst *S. Tjulpanow*

GARF 7077/1/173, Bl. 1. Original.

Nr. 15. Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über den Bund Entschiedenes Christentum. 30. März 1946

Geheim

Bericht

Am 21. März 1946 wurde in Haldensleben ein bei den Organen der SMA nicht registrierter „Bund Entschiedenes Christentum“[80] entdeckt, an deren Spitze der Prediger Franz Höppner[81] (parteilos, Mitglied der evangelischen Kirchenleitung des Kreises) steht.

Die Tätigkeit dieser Organisation wurde eingehend untersucht. Dabei ergab sich Folgendes:

1. Der „Bund Entschiedenes Christentum“ wurde vor über 50 Jahren gegründet und ging aus der Jugendorganisation der ehemaligen (katholischen) Zentrumspartei hervor.

2. Vor 1933 war der Bund in Deutschland weit verbreitet, vereinigte unter seinem Dach 1.500 Grundorganisationen, hatte für seine Mitglieder einheitliche Kleidung sowie eine eigene Zeitung. Der Bund war aktiv an der Gründung verschiedener Schülerzirkel beteiligt, organisierte Demonstrationen, Kundgebungen und Massenversammlungen.

In der Zeit des Hitlerregimes war dem Bund die Durchführung solcher Veranstaltungen untersagt. Verboten war auch die Einheitskleidung ihrer Mitglieder. In dieser Zeit erhielt die Jugendorganisation ihre jetzige Bezeichnung (bis 1934 hieß sie „Jugendbund des Entschiedenen Christentums“), ab 1934 hat er seine ganze Organisationsarbeit (Mitgliederwerbung, Versammlungen, Vorträge) während des Religionsunterrichts durchgeführt.

Gegenwärtig wird der „Bund Entschiedenes Christentum“ vom Generalsekretär Paul Stolpmann und seinen drei Stellvertretern Kamphausen, Otto und Neumann geleitet.

Der Zentralvorstand der Organisation hat seinen Sitz in Woltersdorf (in der Nähe des Bahnhofs Erkner).

---

79 Swinemünde lag in den an Polen abgetretenen Ostgebieten, der Grenzverlauf war damals aber noch nicht genau festgelegt. Wie aus anderen Quellen hervorgeht, wurden nicht „englische“ Sender übertragen, sondern Sendungen des im britischen Besatzungsgebiet befindlichen Hamburger Senders.

80 Der Bund Entschiedenes Christentum entstand 1881 in den USA, ab 1894 auch in Deutschland. Im November 1933 hatte der „Deutsche Verband des Jugendbundes für entschiedenes Christentum“ 37.000 Mitglieder. Im Dez. 1933 wurde der Verband in die Hitler-Jugend überführt, seine Mitglieder führten jedoch die Arbeit illegal fort.

81 In der Vorlage: „Gopner“, Name nicht überprüfbar. Wenig bekannte Namen können grundsätzlich nur in phonetischer Form wiedergegeben werden.

Dem Zentralvorstand sind die regionalen Verbände (der Bundesländer) unterstellt, von denen es vor dem Krieg 15 gegeben hatte.

Vorsitzender der Union der Provinz Sachsen ist der Pfarrer Krismanski (parteilos), der in Tangermünde (Kreis Magdeburg) wohnt.

Vor dem Krieg gab es Kreisvorstände des Bundes, die aber aufgelöst wurden, da ein großer Teil der Mitglieder der Organisation [zum Militärdienst] einberufen wurde.

Gegenwärtig wird der Bund in den Kreisen von Einzelpersonen geleitet.

Grundorganisationen des „Bundes Entschiedenes Christentum" gibt es in Städten und größeren Gemeinden. In der Provinz Sachsen gibt es nach Aussagen von Mitgliedern Grundorganisationen in Halle, Magdeburg (20 Mitglieder), Halberstadt, Schwanebeck[82], Tangermünde, Neuhaldensleben (fünf Mitglieder), Oschersleben und Nordhausen (das früher zur Provinz Sachsen gehörte, heute aber zu Thüringen gehört).

Entsprechend dem Statut, das noch aus der Gründungszeit des Bundes stammt, kann jeder, der mindestens 18 Jahre alt ist, Mitglied der Organisation werden, unabhängig von Geschlecht und Konfessionszugehörigkeit.

Der Bund besteht aus ständigen Mitgliedern, die bereits die biblische Wahrheit erkannt haben, und freiwilligen Mitgliedern, die ihren Rechten nach als Kandidaten bezeichnet werden können.

Jedes Mitglied des Bundes besitzt ein Mitgliedsbuch und zahlt einen [monatlichen] Beitrag von 50 Pfennig bis zwei Mark (50 Pfennig als freiwilliges Mitglied und zwei Mark als ständiges Mitglied).

Die Mitgliedsbeiträge gehen direkt an den Zentralvorstand des Bundes.

Hauptziel des „Bundes Entschiedenes Christentum" ist gemäß Statut die Erziehung der Jugend im Geiste der Bibel.

Der Bund organisiert Gesprächsabende, veranstaltet Jugendversammlungen und außerdem führen die Vorsitzenden der Organisation viele Einzelgespräche.

Gewöhnlich ist der Ablauf der Gesprächsabende und Jugendversammlungen folgender:

1. Predigt.
2. Gemeinsames Bibelstudium.
3. Singen von Gebeten.

Dennoch geht aus einigen Dokumenten hervor, daß sich die Mitglieder des Bundes auch mit politischen Fragen befassen. Beispielsweise:

war auf Flugblättern, die in Haldensleben verteilt wurden, zu lesen, daß die Jugend gezwungen werde, sich nur mit Zerstreuungen die Zeit zu vertreiben, wo doch die Jugend vor der Aufgabe stünde, einem anderen, „reinen" Weg zu folgen.

Am 31. Oktober fand in Bad Hersfeld[83] in der britischen Besatzungszone ein Kongreß des Bundes statt, an dem Stolpmann und Kamphausen aus der sowjetischen Besatzungszone teilnahmen.

Aus einem Brief Stolpmanns zu dieser Konferenz ist ersichtlich, daß es zu den Aufgaben des Bundes gehört, die Jugend nicht nur mittels kirchlicher, sondern auch über politische Organisationen für sich zu gewinnen.

Unbedingt muß der Einfluß der Kirche und der CDU auf den „Bund Entschiedenes Christentum" genannt werden.

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes des Bundes Paul Stolpmann steht in Verbindung mit dem Berliner Kirchenoberhaupt Dibelius[84], wie aus einem Brief des Vorsitzenden der Grundorganisation Haldensleben Franz Hoppmann hervorgeht:

---

82 In der Vorlage: „Schwaneberg".

83 In der Vorlage: „Bad Tersfelde".

84 D.i. Otto Dibelius.

„Ich übergab einen Auszug aus einem Brief Stolpmanns, in welchem gesagt wird, daß die Tätigkeit der evangelischen Gesellschaft religiöser Natur sei und deshalb von Seiten der Kirche unterstützt werden müsse. Hinter uns steht Doktor Dibelius."

Alle Vorträge auf Versammlungen des Bundes werden von Kirchenvertretern gehalten. Diese sind es auch, die eng mit den Vorsitzenden zusammenarbeiten und die geistliche Führung ausüben. Wobei die Führung von Vertretern beider Kirchen ausgeübt wird.

Die Vorsitzenden des Bundes informieren in systematischer Weise das Konsistorium über die geleistete Arbeit.

Vom Einfluß der CDU auf die Tätigkeit des Bundes zeugt in erster Linie der Umstand, daß die Mehrheit der Mitglieder des „Bundes Entschiedenes Christentum" gleichzeitig Mitglied der Christlich-Demokratischen Union ist.

Auf einer der Versammlungen des „Bundes Entschiedenes Christentum" wurde die Frage gestellt, in welche Partei einzutreten am besten sei.

„Da wir ein religiöser Bund sind, kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß es am besten sei, in die Christlich-Demokratische Union einzutreten", sagte der Vorsitzende des Bundes Haldensleben.

Nach uns vorliegenden Angaben weiß eine Reihe von Parteiführern der CDU um die Arbeit der Organisation und beaufsichtigt sie.

Um die Tätigkeit des Bundes zu unterbinden, hat der Chef der SMA-Verwaltung der Provinz Sachsen an die Kreise eine Direktive mit der Forderung geschickt, die Tätigkeit des Bundes zu untersuchen und ihre weitere Arbeit sofort zu verbieten.

Materialien über einzelne Vorsitzende der Organisation wurden an die Organe des NKWD[85] übersandt.

Der Chef der Propaganda-Abteilung der SMA-Verwaltung der Provinz Sachsen Major *Demidow*

GARF 7133/1/273, Bl. 291-294. Original.

Nr. 16. Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über die Ergebnisse der Kulturwoche. 26. April 1946

Geheim

Bericht
Über die Ergebnisse der Kulturwoche

Die Kulturwoche war mit großem Arbeitsaufwand vorbereitet. Überall wurden Organisationskomitees zur Durchführung der Kulturwoche gebildet, die aus Vertretern der SED[86], der Gewerkschaften und des Kulturbundes bestanden. In einigen Städten, wie z.B. in Magdeburg, wurden in dieses Komitee auch Vertreter der Abteilung Volksbildung und des Theaters einbezogen. Diese

85 NKWD, ab 1946 MWD, für: Narodny kommissariat/Ministerstwo/Ministr wnutrennych del, d.i. Volkskommissariat/Ministerium für Inneres der UdSSR.

86 SED, für: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, entstand im April 1946 in der SBZ durch Zusammenschluß der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). 1989 in SED-Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und 1990 in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannt.

Komitees arbeiteten einen genauen Plan zur Durchführung der Kulturwoche aus und leiteten danach auch die gesamte Vorbereitungsarbeit. Das Provinzkomitee zur Durchführung der Kulturwoche verteilte auf dem Postweg drei Direktiven an die Kreiskomitees. In ihnen wurde die Bedeutung der Kulturwoche hervorgehoben, die Aufnahme von Vorträgen zu den Themen „Die kulturelle Mission der Arbeiterklasse" und „Die Kultur in der Sowjetunion" in den Veranstaltungsplan vorgeschlagen und gleichzeitig auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Kulturwoche auch in den Parteiversammlungen zu thematisieren. Im Kreis Merseburg fand eine Beratung von Mitarbeitern der Abteilung für Volksbildung des Kreises und des Kulturbundes über die Aufgaben der Kulturwoche und organisatorische Fragen ihrer Durchführung statt. In einer Reihe anderer Städte haben ebenfalls Beratungen von Kulturfunktionären mit Vertretern der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften stattgefunden.

Während der Vorbereitung der Kulturwoche wurde eine ganze Reihe von Schwachstellen und Mängeln sichtbar. Der Hauptmangel bestand darin, daß die Parteileitung und die für die Durchführung der Kulturwoche verantwortlichen Vertreter der Parteien in der Regel alle Arbeit an die Mitarbeiter des Kulturbundes und der Abteilungen für Volksbildung übertrugen. Die breite Masse der Werktätigen war von den Parteien und Gewerkschaften nicht in entsprechender Weise auf die Kulturwoche vorbereitet worden. Eine Propagierung der Kulturwoche in den Grundorganisationen der Parteien hat selten stattgefunden. In einigen Städten wurde zu spät mit der Vorbereitung der Kulturwoche begonnen, so in Wittenberg (das Vorbereitungskomitee wurde erst einen Tag vor Beginn der Kulturwoche gebildet), in Schweinitz, Wolmirstedt und anderen Orten. Zum Teil besteht die Ursache darin, daß die Provinz- und Kreisparteileitungen, die Leitungen der Gewerkschaften und des Kulturbundes sich kaum für die Gemeinden interessierten und sie nicht anleiteten, weil sie sich auf die Initiative der Organisationen vor Ort verließen.

Die Kulturwoche stand im Zeichen der Losung „Die Einheit der deutschen Kultur ist die Einheit Deutschlands!". Die Veranstaltungspläne der Kulturwoche waren mit Blick auf eine möglichst wirkungsvolle Verbindung von politischen Vorträgen einerseits und Darbietungen der Hauptwerke deutscher Komponisten und Schriftsteller andererseits zusammengestellt worden. [...][87]

An Mängeln bei der Durchführung der Kulturwoche wären zu nennen:

In einigen Städten wurden die Veranstaltungen nur in Form von Vorträgen ohne künstlerische Darbietung bestritten. So waren z. B. in Genthin die ersten beiden Tage der Kulturwoche nur den Vorträgen „Die kulturelle Mission der Arbeiterklasse" und „Die Aufgaben des Lehrers bei der kulturellen Erziehung der Jugend" gewidmet. Im Anschluß an diese Vorträge waren keine künstlerischen Darbietungen eingeplant. Beide Vorträge mußten wegen mangelnder Besucherzahl abgesagt werden. Ein ähnliches Bild bot sich in einer Reihe anderer Städte, was darauf hinweist, daß es notwendig gewesen wäre, politische Vorträge und künstlerische Darbietungen zu koppeln, um Interesse bei der Bevölkerung zu wecken. Es gab kaum Konzerte und Vorträge in Betrieben oder Unternehmen. Die in Betrieben durchgeführten Veranstaltungen sprechen dafür, die Methode der Verbreitung von Kultur unter den Massen der Werktätigen auf breiterer Basis anzuwenden. In einer Reihe von Städten war der Vortrag „Die Kultur in der Sowjetunion" Leuten übertragen worden, die vollkommen ungeeignet waren, dieses Thema vorzustellen. Die Vortragenden beschränkten sich z. T. auf eine oberflächliche Werkanalyse von Vertretern der russischen Literatur und Musik aus der Zeit vor der Revolution, wie es z. B. in Zerbst der Fall war (den Vortrag hielt Dr. Weugt[88]). Konzerte und Abende der russischen Musik und Literatur waren da wesentlich erfolgreicher. Aber in einer Reihe von Städten wurde die Sache durch

87 Hier wurden vier Typoskriptseiten mit lokalen Details weggelassen.

88 Name nicht überprüfbar, möglicherweise Voigt.

mangelndes Material (Noten, Literatur) gebremst, was zur Inhaltsarmut einiger Programme führte.

Es sollte noch angemerkt werden, daß in einer Reihe von Städten die Programme der Kulturwoche nicht unter Beachtung anderer Veranstaltungen, die zur gleichen Zeit stattfanden (Jugendwoche, Parteikonferenzen), zusammengestellt wurden. Das führte oft dazu, daß an ein und demselben Tag drei oder vier verschiedene Veranstaltungen stattfanden, was natürlich die Besucherzahl und die Wirksamkeit der Kulturwoche schmälerte. [...][89]

Schlußfolgerungen: Die Durchführung der Kulturwoche spielte in der Provinz eine bekanntermaßen positive Rolle, lenkte die Aufmerksamkeit einer Reihe von örtlichen Organisationen auf die Demokratisierung von Kultur und Kunst, zwang viele Parteiorganisationen der KPD und SPD zur Intensivierung ihrer Arbeit unter der Intelligenz. Die Kulturwoche begünstigte darüber hinaus eine gewisse Aktivierung der Tätigkeit des Kulturbundes.

Ungeachtet der Tatsache, daß die Veranstaltungspläne recht gut zusammengestellt waren und bei ihrer Umsetzung viel Initiative an den Tag gelegt wurde, hat die Kulturwoche im ganzen dennoch nicht die gewünschten Ergebnisse gezeitigt. Vorträge wie „Die kulturelle Mission der Arbeiterklasse", „Die kulturelle Einheit Deutschlands" u. a. waren schlecht besucht. In Halle beispielsweise waren die Vorträge „Unsere kulturpolitischen Aufgaben" und „Die kulturelle Einheit Deutschlands" sehr schlecht besucht, obwohl die Redner Friedrich Wolf[90] und Professor Bennedik[91] aus Berlin kamen. Der Grund dafür liegt in hohem Maße darin, daß die Partei- und Gewerkschaftsorgane unter den Werktätigen keine vorbereitende Aufklärungsarbeit bezüglich des gesellschaftspolitischen Ranges der Vortragenden sowie der Bedeutung ihrer Vorträge geleistet hatten.

Die Parteien und Gewerkschaften verhielten sich der Durchführung der Kulturwoche gegenüber formalbürokratisch, kümmerten sich nicht um die notwendigen organisatorischen Maßnahmen, taten nichts, um die Intelligenz in die Kulturwoche einzubeziehen. Der Kulturbund und die Abteilungen für Volksbildung waren ihrerseits der Meinung, daß die Durchführung der Kulturwoche im wesentlichen eine Sache der Parteien sei, und taten deshalb weniger, als sie hätten tun können. Letztlich kam es so, daß nicht eine der für die Durchführung der Kulturwoche verantwortlichen Organisationen sich mit der Sache so ernsthaft befaßt hat, wie es nötig gewesen wäre.

Außerdem wurde die Durchführung der Kulturwoche z. T. dadurch behindert, daß zur gleichen Zeit eine große Zahl anderer Veranstaltungen wie die Internationale Woche der Jugend, die Parteikonferenzen der KPD und SPD sowie eine großflächige Mobilisierung für Demontagearbeiten stattfand.

In Zukunft sollten all diese Umstände berücksichtigt werden, um die zweite Kulturwoche erfolgreicher zu gestalten.

Der Chef der Propaganda-Abteilung der SMA-Verwaltung der Provinz Sachsen Major *Demidow*

GARF 7133/1/273, Bl. 396-403. Original.

89 Ein Absatz mit lokalen Details wurde weggelassen.

90 Wolf, Friedrich, Dr. med. (1888-1953), Schriftsteller, Mitglied der KPD, 1933 Emigration, Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, dann Exil in der UdSSR, 1946 Mitbegründer der DEFA und des Bundes deutscher Volksbühnen, 1949-51 erster DDR-Botschafter in Polen.

91 Bennedik, Bernhard, Dr. (1892-1973), Leiter der Hochschule für Musik in Berlin.

Nr. 17. Bericht des Chefs der Propaganda-Unterabteilung des Bezirks[92] Gotha Major Arustamow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Oberst Warakin über ehemalige NSDAP-Mitglieder in Kirchenämtern. 29. Juni 1946[93]

Geheim

In Ausführung Ihrer Weisung berichte ich, daß im Bezirk Gotha von 248 evangelischen und 35 katholischen Geistlichen früher 54 Geistliche der NSDAP angehörten. Alle sind evangelischen Glaubensbekenntnisses. Besonders ist hervorzuheben, daß im Kreis[94] Eisenach von 53 evangelischen Geistlichen neun früher der NSDAP angehörten. 23 Geistliche, einschließlich derjenigen, die der NSDAP angehörten, waren Mitglieder der vom Nazismus gegründeten „Deutschen Christen"[95].

In Verbindung mit der Wahlkampagne halte ich es für unumgänglich, Maßnahmen zur Säuberung des geistlichen Personals von ehemaligen Nationalsozialisten zu ergreifen.
Ein Verzeichnis der Geistlichen, die früher der NSDAP und den „Deutschen Christen" angehörten, lege ich bei.

Der Chef der Propaganda-Unterabteilung des Bezirks Gotha Major *Arustamow*

[Anlage]
Verzeichnis der Geistlichen, die früher der nazistischen Partei angehörten.[96]

GARF 7184/1/159, Bl. 109[97]*. Original.*

Nr. 18. Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über die Tätigkeit der Kirchen. 2. September 1946[98]

Geheim

Über die Tätigkeit der Kirche

1. Lutherische Kirche

In der Provinz dominiert die lutherische Kirche. Etwa 95% der Bevölkerung der Provinz Sachsen gehören der lutherischen und etwa 5% der katholischen Konfession an. Zum gegenwär-

92 In der Vorlage: „okrug".
93 Bei der Vorlage handelt es sich um die Ausfertigung Nr. 1, mit der Ausgangsnummer des Kommandanturendienstes des Bezirks Gotha Nr. 01274 vom 28.6.[19]46.
94 In der Vorlage: „raion".
95 Vermutlich ist hier die unter dem unmittelbaren Einfluß der NSDAP 1932 entstandene evangelisch-kirchliche Glaubensbewegung Deutsche Christen gemeint, die einen bestimmenden kirchenpolitischen Einfluß anstrebte. Nach Ausbruch heftiger innerkirchlicher Konflikte 1936 aufgelöst.
96 Das auf Blatt 110-112 bzw. (infolge mehrfacher Paginierung des Dokuments) 126-128 nach Kreisen aufgeschlüsselte Namensverzeichnis kann aus rechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden, weil eine Retranskription der Namen aus dem Russischen nicht möglich ist.
97 Möglicherweise Blatt 125; das Dokument ist mehrfach paginiert.
98 [Handschriftlicher Bearbeitungsvermerk:] „Ausgangs/nummer/0689/2.09.46"

tigen Zeitpunkt sollte sich aufgrund des Zustroms von Umsiedlern aus den östlichen Gebieten die Menge der Katholiken erhöhen.

Die territoriale Gliederung der Kirche fällt nicht mit der administrativen Gliederung der Provinz zusammen. So kommt es, daß das lutherische Konsistorium in Magdeburg für die Kreise Magdeburg und Merseburg der Provinz Sachsen und den Kreis Erfurt der Provinz Thüringen zuständig ist, der Kreis Anhalt der Provinz Sachsen jedoch über eine eigene Leitung verfügt und nicht dem Magdeburger Konsistorium untersteht.

Im ganzen hat die Provinz 2.095 Kirchen, davon:

Kreis Magdeburg 905,
Kreis Merseburg 890,
Kreis Anhalt 300.

In diesen Kirchen sind 1.341 Pfarrer angestellt, davon im:

Kreis Magdeburg 610,
Kreis Merseburg 600,
Kreis Anhalt 131.

Viele dieser Pfarrer sind in mehreren Kirchen tätig. Von den Pfarrern sind 240 ehemalige nominelle Nationalsozialisten. 34 Pfarrer und 13 Superintendenten, die aktive Nationalsozialisten waren, wurden entlassen.

An der Spitze der Kirche steht ein Bischof. Diese Position ist z. Z. unbesetzt.

Gleichrangig neben dem Bischof steht ein Konsistorium aus 16 Personen, davon 10 Juristen und 6 Theologen. An der Spitze des Konsistoriums stehen zwei Vorsitzende, der Jurist [Körmigk][99] und der Theologe Superintendent Müller[100]. Außerdem hat das Konsistorium eine Kanzlei, in der 35 Personen tätig sind. Unter den leitenden Mitarbeitern des Konsistoriums sind keine ehemaligen Nazis. In der Kanzlei sind von 35 Personen 20 ehemalige (nominelle) Nationalsozialisten.

Unter dem Konsistorium steht der Propst (oberster Pfarrer), welcher 4-7 Kirchenkreise unter sich vereinigt.

Ein Kirchenkreis mit einem Superintendenten an der Spitze umfaßt 25-30 Gemeinden. Die unterste Stufe ist die Kirchengemeinde mit einem Pfarrer an der Spitze.

Die Leitungsarbeit der lutherischen Kirche erfolgt durch schriftliche Anweisungen und Besuche vor Ort.

Das Konsistorium umfaßt folgende Kammern (Abteilungen):

1. Ausbildung von Geistlichen.
2. Frauenhilfswerk.
3. Evangelische Flüchtlingshilfe.
4. Presse (diese Kammer ist z. Z. nicht tätig).

Jede Kammer leitet die Arbeit auf dem jeweiligen Gebiet. Schriftliche Anweisungen werden im Zusammenhang mit konkreten Problemen erteilt, z. B. mit der Durchführung der Bibelwoche. Die Predigten werden von den Pfarrern nach eigenem Ermessen zusammengestellt. Sie haben sittlich-religiösen Charakter und beziehen sich auf den Alltag. In der Regel sind die Predigten apolitisch, und die Pfarrer sprechen keine Gegensätze zwischen Kirche und Besatzungsmächten an. Dennoch gab es Auftritte mit pessimistischer Grundhaltung. So hat beispielsweise der Pastor der Kirche in der Friedrichstraße in Ballenstedt gesagt:

---

99 In der Vorlage: „Kresik", richtig: Körmigk, Friedrich (1879-), Rechtsanwalt und Notar, ab 1945 Landeskirchenrat der Evangelischen Landeskirche Anhalts.

100 Vermutlich Martin Müller.

„Wir hätten Weihnachten immer so feiern sollen wie in diesem Jahr, da wir uns in größter Not befinden. Noch nie haben wir so wahrhaftig gefeiert wie in diesem Jahr, da wir uns verloren glauben. Wir stehen heute in der Welt auf verlorenem Posten. Diese Weihnacht feiern wir in einem Land, das noch finsterer ist als bisher. Ich wollte keinen Augenblick länger leben, verspürte ich nicht den inneren Drang, meinen Brüdern und Schwestern in ihrer Not zu helfen. Wir sollten auch an jene denken, die sich noch in Kriegsgefangenenlagern befinden."

In Bernburg sagte der Pastor in seiner Rede:
„Liebe Brüder und Schwestern! Heute feiern wir Weihnachten unter friedlichen Bedingungen nach einem sechsjährigen Krieg, der bei uns unüberschaubare Zerstörungen hinterlassen hat. Das einzige, was diese schrecklichen sechs Kriegsjahre uns gebracht haben, sind ungefähr sieben Millionen Tote. Heute, am ersten Weihnachtsfeiertag, haben wir noch immer nicht das Recht, uns über die Welt zu freuen, da der Krieg und seine schwerwiegenden Folgen, die jeden von uns betreffen, in jeder einzelnen Seele nicht wegzuwischende Spuren hinterlassen hat."

Das Konsistorium übt seine Leitungsfunktion den Pfarrern gegenüber aus, indem es sie auf die Kirchen verteilt, Gottesdienste anberaumt, den kirchlichen Besitz und die daraus erwachsenden Mittel verwaltet, Land verpachtet, die karitativen Einrichtungen leitet und verwaltet (Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen für Invaliden und Geisteskranke u.a.) sowie an den Schulen außerhalb der regulären Unterrichtszeit Religionsstunden organisiert. Die Kirchengemeinden haben etwa eine Million Mark gesammelt und an bedürftige Umsiedler verteilt.

Die lutherische Kirche verfügt über bis zu sechstausend Krankenhausplätze, über eine Schule für schwererziehbare Kinder sowie über ein Obdachlosenasyl[101].

Der Religionsunterricht wird in Kirchen sowie in Schulen außerhalb der Unterrichtszeit durchgeführt, etwa eine Stunde pro Woche. Unterrichtsgegenstände sind die Bibel, der Katechismus und die Evangelien, außerdem werden religiöse Lieder gelehrt.

Religionslehrer sind die Pfarrer, ihre Frauen, Angestellte der Kirchen sowie freiwillig lehrende Laien. Wie viele Schüler am Religionsunterricht teilnehmen, haben wir nicht untersucht; nach Angaben der Kirchenleitung sind es auf dem Dorf 100% und in der Stadt 90% der infrage kommenden Kinder.

Die finanziellen Mittel der Kirche stammen aus der vierprozentigen Kirchensteuer, aus Landverpachtung und aus staatlichen Hilfen. Gegenwärtig erhält die Kirche keine staatlichen Hilfen, Kirchensteuer geht nur in begrenztem Maße ein. Dies alles bringt die Kirche in eine schwierige materielle Situation.

In jeder lutherischen Kirche gibt es eine religiöse Bibliothek (mit jeweils etwa 200-2.000 Bänden).

2. Gedenkfeiern zum 400. Todestag Luthers

Der 400. Todestag Luthers wurde überall, in allen Kirchen festlich begangen. In Eisleben, der Heimatstadt Luthers, und in Wittenberg erstreckten sich die Feiern auf drei Tage, den 16., 17. und 18. Februar.

In der Kirche des Heiligen Andreas in Eisleben wurde in jenen Tagen ein Stück aufgeführt, das dem 400. Todestag Luthers gewidmet war. In der Kirche des Heiligen Petrus fand am 17. Februar eine Stunde der Kirchenmusik statt. Ein Kirchenchor mit Solisten sang geistliche Lieder der Lutherzeit wie z.B. „Steh auf, deutsches Land"[102] u.a.

---

101 In der Vorlage: „bogodelnja".

102 In der Vorlage: „Wstawai semlja nemezkaja".

In diesen Tagen waren Luthers Geburtshaus und das Haus, in welchem er starb, für jeweils mehrere Stunden geöffnet. Museen und Kirchen hatten bedeutend mehr Besucher als an anderen Tagen. In Luther gewidmeten Predigten erzählten die Pfarrer über sein Leben und Wirken. Es wurde die schwierige Situation Deutschlands und des zu jener Zeit in tiefe Armut gestürzten deutschen Volkes beschrieben. Die Erwähnung der tiefen Armut des deutschen Volkes zu Luthers Zeiten nimmt räsonierend Bezug auf Stimmungen in der deutschen Bevölkerung und auf die materielle Situation nach dem Krieg. Es wurden jedoch in den Predigten keine Schlußfolgerungen formuliert, die sich auf die gegenwärtige Situation beziehen. Wir führen einige typische Beispiele an: Der Pfarrer der Stadtkirche von Wittenberg, Kliche, sagte, daß alle Menschen vor Gott Verantwortung für ihre Taten tragen und daß wie zur Strafe alle hundert Jahre nach Luthers Tod das deutsche Volk tief zu leiden hat. So war es im Jahre 1646 am Ende des dreißigjährigen Krieges, so war es im Jahre 1746 zu Beginn des siebenjährigen Krieges und im Jahre 1846 mit Hunger und einer gescheiterten Revolution[103]. „Über das Jahr 1946 muß ich nicht sprechen", sagte Kliche. Seine Predigt beendete Kliche mit einem Aufruf zur Arbeit: „Arbeit ist die Pflicht eines jeden – für alles andere sorgt Gott."

In Wittenberg sprach der Berliner Bischof Dr. Dibelius: „Zwei Jahre vor seinem Tod sagte Luther, es werde eine Zeit kommen, da Deutschland untergeht und Fremde das Land regieren werden. Wenn wir noch immer an Luthers prophetischem Wort festhalten würden, hätte man das Unglück, in welches die ganze Welt gestürzt wurde, verhindern können. Doch die Welt erkennt Gott bis heute nicht an, und deshalb können auch wir kein wirkliches, friedliches Leben führen. Wenn das Volk eine wirkliche Welt errichten will, darf es darin keinen Platz für Ungerechtigkeiten welcher Art auch immer geben. Die Regierenden[104] sollten sich an Gott halten und alles nach seinem göttlichen Willen tun."

Am 18. Februar 1946 verkündete der Kreispräsident[105] Berger aus Anlaß des 400. Todestags Luthers feierlich den Beschluß des Präsidiums der Selbstverwaltung der Provinz, die Stadt Eisleben in Lutherstadt-Eisleben umzubenennen.

In Wittenberg wurde am 18. Februar 1946 feierlich ein Lutherdenkmal enthüllt.

3. Katholische Kirche

Zur katholischen Kirche gehören 5% der Bevölkerung der Provinz. An der Spitze der Kirche steht der Propst Weskamm[106], welcher dem Erzbischof Lorenz Jaeger[107] aus der britischen Besatzungszone unterstellt ist. Seine unmittelbaren Stellvertreter sind Pfarrer Peter Geberg[108] und Pfarrer Gatf[109].

Die gesamte Provinz ist in neun Dekanate unterteilt (Kirchenkreise). An der Spitze eines Dekanats steht der Dekan.

Die unterste Instanz ist der Pfarrer, der wiederum über Vikare verfügt. Jede Gemeinde hat ihren eigenen Kirchenrat, der sich um die wirtschaftlichen Belange der Kirche kümmert. Insgesamt gibt es in der Provinz Sachsen etwa 140 katholische Kirchen und 204 Pfarrer. Unter den Pfarrern sind keine ehemaligen Nationalsozialisten.

---

103 So in der Vorlage. Tatsächlich endete der Dreißigjährige Krieg 1648, der Siebenjährige Krieg begann 1756 und gemeint war wohl die Revolution von 1848.

104 In der Vorlage: „rukowodjaschtschie ljudi".

105 In der Vorlage: „president okruga".

106 Weskamm, Wilhelm (1891-1956), ab 1943 Erzbischöflicher Kommissar für den sächsischen Teil des Bistums Paderborn mit Sitz in Magdeburg, ab 1949 Weihbischof.

107 Jaeger, Lorenz (1892-1975), ab 1941 Erzbischof von Paderborn.

108 Nicht überprüfbar, möglicherweise Heberg.

109 Nicht überprüfbar, möglicherweise Haft.

Die Führung erfolgt durch schriftliche Anweisungen und Konferenzen (Versammlungen) der Dekane und Pastoren.

Nach Aussage führender Kirchenvertreter hat sich die Arbeit der Kirche nicht verändert. Man arbeitet in „der von Gott gewiesenen" Richtung, vor Hitler, während der Hitlerzeit und auch jetzt. Vom Pfarrer wird angewiesen, sich in Politik nicht einzumischen. Mit diesen Dingen sollen sie sich als Bürger befassen, nicht in der Kirche.

Religionsunterricht wird außerhalb der schulischen Unterrichtszeit zu folgenden Themen erteilt: Bibel, Katechismus, Dogmatik. Als Lehrer sind Pfarrer, kirchliche Angestellte und freiwillige Laien tätig.

Die materielle Situation der katholischen ist analog zur Situation der lutherischen Kirche.

Die Kirchengemeinden organisieren Hilfe für Umsiedler und Bedürftige. In der Provinz gibt es fünf Waisenhäuser, vier Krankenhäuser und zwei Obdachlosenasyle. Außerdem werden Sammlungen durchgeführt und Bedürftige in Form von Geld, Kleidung und Schuhwerk unterstützt.

Kirchen und Religionsunterricht sind bei den Katholiken nach Aussage führender Kirchenvertreter besser besucht als bei den Protestanten.

In jeder Kirche gibt es eine religiöse Bibliothek.

Bei Gesprächen mit den führenden Vertretern der katholischen und der protestantischen Kirche wurde deren Haltung zur Durchführung von Boden- und Schulreform deutlich.

In Bezug auf die Bodenreform sind die Protestanten mit ihrer Durchführung prinzipiell einverstanden und von ihrer Notwendigkeit überzeugt, doch sagen sie, es werde zuwenig Land (5 ha) verteilt, und vom Standpunkt der Kirche aus werde den enteigneten Gutsbesitzern gegenüber eine Ungerechtigkeit begangen, da ihnen alle Mittel zum Leben entzogen würden.

Die Katholiken geben bezüglich dieser Frage eine ausweichende Antwort. So erklärte beispielsweise der Propst (Oberhaupt der katholischen Kirche der Provinz) Weskamm: „Im Prinzip sind wir für die Bodenreform, aber zu den Methoden ihrer Durchführung sagen wir nichts – wir sind Kirchenleute."

In der Frage der Schulreform sprachen die Protestanten die Befürchtung aus, die Schule „werde nicht neutral sein", sondern antireligiös.

Es ist zu konstatieren, daß die katholische und die lutherische Kirche, die in der Weimarer Republik einander feindlich gegenübergestanden hatten, sich während der Zeit der Hitlerherrschaft infolge von Kirchenverfolgung durch den Faschismus einander angenähert haben. Gegenwärtig haben nach Aussage von Vertretern beider Seiten die Kirchen sehr freundschaftliche Beziehungen zueinander. Davon zeugt die Tatsache, daß man sich bei Bedarf gegenseitig Informationen sowie Räumlichkeiten für den Gottesdienst zur Verfügung stellt.

Der Chef der Propaganda-Abteilung der SMA-Verwaltung der Provinz Sachsen Major *Demidow*

GARF 7133/1/273, Bl. 202-207. Original.

Nr. 19. Aus dem Bericht des stellvertretenden Chefs der Politischen Abteilung des Politischen Beraters der SMAD Filippow an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Wyschinski über die SED. 9. Oktober 1946[110]

Geheim

[...][111]

Kulturpropagandistische Arbeit

Die Abteilung Kultur und Bildung des Zentralvorstandes der SED befaßt sich in erster Linie mit Fragen der Bildung und widmet der Kulturarbeit nur wenig Aufmerksamkeit. Die Leiter der Abteilung Dr. Naas[112] und Weimann[113] sind initiativlos. Die personelle Besetzung der Abteilung entspricht nicht ihren Aufgaben. Alles das hat dazu geführt, daß eine Arbeit mit der künstlerischen Intelligenz nicht stattfindet. Eine Leitung einzelner Gebiete der Kultur (Rundfunk, Film u.a.) fehlt fast vollständig. Es spricht für sich, daß in der Abteilung nur ein einziger Referent für alle Fragen der Radiopropaganda zuständig ist.

Die Einflußnahme der SED auf Theater, Film und Rundfunk wird mit Hilfe der SMAD sowie einer entsprechenden Verteilung von SED-Kadern gewährleistet. So befindet sich die deutsche Filmgesellschaft „DEFA“[114] dank der Mitarbeiterbesetzung und der regelmäßigen Hilfe der SMAD ganz unter dem Einfluß der SED.

Der Einfluß der SED auf die Theater wird gleichfalls mittels Hilfe durch die SMAD realisiert.

Mit dem „Kulturbund“ hat die Abteilung fast nichts zu tun, während der „Kulturbund“ zur gleichen Zeit immer stärkeren Einfluß auf die deutschen Intellektuellen nimmt. Vielsagend sind folgende Angaben zum Wachstum der Mitgliederzahl des „Kulturbundes“:

Juli 1945	– 116 Mitglieder,
Januar 1946	– 14.567 Mitglieder,
April 1946	– 26.637 Mitglieder,
Juli 1946	– 46.340 Mitglieder.

Gegenwärtig hat der „Kulturbund“ mehr als 50.000 Mitglieder, davon knapp 10.000 in den Westzonen.

---

110 Das vom Absender handschriftlich unterschriebene Dokument wurde an den stellvertretenden Außenminister A. Ja. Wyschinski geschickt, Kopien an den Sekretär des ZK der WKP(B) M. A. Suslow und den Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow. Auszüge aus dem Dokument, die allerdings mit dem hier vorgestellten Auszug nicht identisch sind, wurden veröffentlicht in: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearbeitet und herausgegeben von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, Band 3, Berlin 2004, S. 6-23, sowie von Gennadij Bordjugow in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953, Paderborn 1998, S. 316-325. Herrn Dr. Jochen Laufer danken wir für die uns erwiesene Hilfe.

111 Blatt 58-77 wurden hier weggelassen.

112 Naas, Josef (1906-1993), Dr. rer. nat., Mathematiker, 1932 KPD, 1942-45 aus politischen Gründen im Konzentrationslager Mauthausen inhaftiert, 1945-46 Leiter ders Ausschusses für Wissenschaft beim Magistrat von Groß-Berlin bzw. Leiter der Abteilung Kultur beim ZK der KPD, 1946 SED, 1946-53 Direktor der Deutschen Akademie der Wissenschaften, ab 1953 Abteilungs- und ab 1959 Bereichsleiter ebd.

113 Weimann, Richard (1890-1976), SPD/SED, 1946-49 Leiter der Abteilung Kultur und Erziehung beim Zentralsekretariat der SED.

114 DEFA, für: Deutsche Film-Aktiengesellschaft Potsdam-Babelsberg, 1946 lizenziert, von 1947 bis 1953 deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft.

Vom Einfluß des „Kulturbundes" zeugt ebenso die Verbreitung seiner Wochenzeitung „Der Sonntag". Die Zeitung wird in folgendem Umfang vertrieben:

in der sowjetischen Zone	– 145.000 Exemplare,
in der amerikanischen Zone	– 13.000 Exemplare,
in der britischen Zone	– 25.000 Exemplare,
in der französischen Zone	– 6.000 Exemplare,
in Berlin	– 75.000 Exemplare.

Obwohl einzelne Mitglieder der SED im „Kulturbund" eine große Arbeit leisten, wird diese Arbeit von Seiten der Abteilung Kultur schlecht kontrolliert und gelenkt. Vielsagend ist folgendes Beispiel. Willmann[115], Sekretär des „Kulturbundes", hat entgegen den Anweisungen des Parteivorstandes der SED eine Anordnung für Leipzig erteilt, wonach bei den dortigen Wahlen keine Liste des „Kulturbundes" aufgestellt werden sollte[116], und erst nach Einmischung der Propagandaverwaltung der SMAD und des Parteivorstandes der SED hat er seine Anordnung zurückgenommen.

Den Einfluß und die Kontrolle der SED in bezug auf den „Kulturbund" zu verstärken – das bedeutet, den Einfluß der SED auf den fortschrittlichen Teil der deutschen Intelligenz auszuweiten und die Verbindung mit ihm zu festigen. Diese Aufgabe wird offensichtlich von den Mitarbeitern der Abteilung Kultur der SED nicht verstanden. [...][117]

AWP RF 082/30/129/21, Bl. 77-79. Original.

Nr. 20. Schreiben des Präsidenten des Kulturbundes Becher an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Tjulpanow über die Entwicklung des Kulturbundes. 1. November 1946

Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands
Berlin West 15, Schlüterstraße 45[118], Fernruf 32-31-55
Der Präsident
Berlin, den 1. November 1946

Sehr verehrter Herr Professor Oberst Tulpanow!

Nach reiflicher Überlegung sehe ich mich veranlaßt, wenn auch schweren Herzens, Ihnen diesen Brief zu schreiben.

---

115 Willmann, Heinz (1906-1991), KPD/SED, 1935-45 Exil in der UdSSR, 1945-50 Generalsekretär des Kulturbundes, 1966-67 Botschafter der DDR in der CSSR.

116 Der Präsidialrat des Kulturbundes beschloß, als überparteiliche Organisation nicht mit eigener Liste an den Gemeinde- und Kreistagswahlen im Sept. 1946 teilzunehmen. Dennoch kam es in Leipzig und Jena sowie in zwei Landkreisen zur Kandidatur. Der „Wahlerfolg von Leipzig" wurde vom Kulturbund zum Vorwand genommen, um bei den Landtagswahlen vom 20. Okt. 1946 in Sachsen mit eigener Liste teilzunehmen. Vgl. Heider, Kulturbund, in: Broszat/Weber, SBZ Handbuch 1993, S. 724.

117 Weggelassen wurden die Seiten 79-101.

118 Die Schlüterstraße befindet sich in Charlottenburg, das zum amerikanischen Westsektor von Berlin gehörte. Dort befanden sich bis Herbst 1947 der Sitz des Präsidiums des Kulturbundes und die Redaktion der Zeitschrift „Aufbau".

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands hat eine Entwicklung genommen, die eindeutig in der Richtung geht, ihn in eine Kulturorganisation der SED umzuwandeln. Diese Entwicklung aber widerspricht der Konzeption, die ursprünglich geplant war, und die ich Gelegenheit hatte, mit Genossen Dimitroff[119] zu besprechen. Der Kulturbund sollte nicht nur dem Anschein nach, sondern auch seinem Wesen nach eine überparteiliche Organisation sein, die den besten Teil der fortschrittlichen deutschen Intellektuellen umfassen sollte, und die auf diese Weise die Möglichkeit gehabt hätte, eine günstige Atmosphäre zu schaffen für alle wahrhaft freiheitlichen Bestrebungen in Deutschland und zugleich Verständnis und Freundschaft für die Sowjetunion zu erwecken.

Als ich nach Deutschland zurückkehrte, gelang es mir und meinen Mitarbeitern schon nach kurzem einen solchen Kreis von Intellektuellen um uns zu sammeln, die Gründungsveranstaltung des Kulturbundes war ein bedeutender Erfolg und zeigte ein Echo in ganz Deutschland. Unabhängig von uns sind daraufhin in ganz Deutschland ähnliche Gebilde entstanden. Es waren also die besten Möglichkeiten für die Entwicklung des Kulturbundes gegeben. Die ersten Schwierigkeiten setzten ein, als nach der Gründungsversammlung es drei Monate dauerte, bis wir eine offizielle Genehmigung erhielten; die zweite Schwierigkeit setzte ein, als uns der Auftrag erteilt wurde, Herrn Kellermann[120] als Präsidenten des Kulturbundes zur Wahl zu stellen. Trotzdem wir darauf aufmerksam machten, dass Herr Kellermann weder geistig noch physisch imstande ist, eine solche Organisation zu repräsentieren, bestand man auf dieser Wahl. Obwohl alle Kommunisten damals, incl[usive] selbstverständlich meiner Person, sich in dem die Wahl zu vollziehenden Gremium für Herrn Kellermann einsetzten, wurde Kellermann gegen die Stimmen der Kommunisten eindeutig abgelehnt, und ich ebenso eindeutig als Präsident vorgeschlagen. Unsere russischen Freunde machten uns diese Wahl zum Vorwurf, obwohl dieser Fehler nicht von uns begangen wurde.

Der Kulturbund entwickelte sich verhältnismäßig rasch, der Verlag des Kulturbundes wurde zum bedeutendsten Verlag in ganz Deutschland, die Zeitschrift der „Aufbau" zeigt ein Niveau, daß sie die Anerkennung aller Intellektuellen fand. Die Präsidialratssitzungen fanden in einem kameradschaftlichen Geist statt, und ich darf wohl sagen, daß die bürgerlich eingestellten Intellektuellen zu unserer Arbeit Vertrauen hatten. Zweifellos zeigte der Kulturbund eine bedeutende ideologische Schwäche, die wir aber rechtzeitig selbst erkannten und rechtzeitig die verschiedenen Stellen ersuchten, uns in dieser Richtung zu unterstützen. Eine solche Unterstützung wurde uns später zuteil.

Daß der Kulturbund im Westen nicht die Erfolge haben kann, die wir gewünscht hätten, hat zweifellos zwei Ursachen: Erstens die, daß gewisse reaktionäre Kreise im Ausland und in Deutschland eine wirkliche konsequente Demokratisierung Deutschlands nicht wünschen, aber zweitens auch die, daß durch die Entwicklung des Kulturbundes innerhalb der Sowjetzone der Kulturbund im Westen sich als überparteiliche Organisation diskreditiert hat. Gerade die unglückselige Art der Beteiligung des Kulturbundes anlässlich der sächsischen Landtagswahlen ist natürlich eine Sache, die weit über Sachsen hinaus bekannt geworden ist.

Im Verlauf der weiteren Entwicklung des Kulturbundes aber zeigte es sich immer häufiger, daß meine Mitarbeiter, und insbesondere ich, das nötige Vertrauen seitens der russischen Stellen nicht besaßen, das nötig war, um eine so schwierige Arbeit zu vollbringen. Man konnte allmählich

---

119 Dimitroff, Georgi Michailowitsch (1882-1949), 1935-44 Generalsekretär der Komintern, 1946-49 Ministerpräsident von Bulgarien.

120 Kellermann, Bernhard (1879-1951), Schriftsteller, parteilos, 1945-51 Vizepräsident und 1947-51 Mitglied des Präsidialrates des Kulturbundes, 1947 und 1950 Landesvorsitzender der DSF in Brandenburg.

sogar von einer schleichenden „Vertrauenskrise" sprechen, die in dutzenden von Fällen zum Ausdruck kam. Derartige Vertrauenskrisen sind mir nun zwar nicht neuartig, aber während meiner Emigration hatte ich in Moskau gegen derartige Verdächtigungen eine autoritative und feste Stütze im Genossen Dimitroff. Eine solche autoritative Stütze habe ich hier nicht. Und wenn mir heute der Rat gegeben wird, ich solle mir das Vertrauen der russischen Stellen gewinnen, so muß ich eine derartige Aufforderung aufs energischste ablehnen. Wenn es mir nicht gelungen ist, innerhalb einer beinahe dreißigjährigen Parteizugehörigkeit das Vertrauen der russischen Stellen zu besitzen, so ist es hoffnungslos, dieses Vertrauen überhaupt jemals zu gewinnen, und damit auch eine führende Arbeit zu behalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, in welch einer beleidigenden und entwürdigenden Weise seinerzeit ich in der Zentralverwaltung für Volksbildung durch Erich Weinert[121] ersetzt wurde, was bis in die weitesten Kreise des Westens berechtigtes Aufsehen erregt hatte. Wenn ich heute Briefe erhalte mit Äußerungen wie die, daß man im Westen nicht ohne schmunzelndes Behagen zusieht, in welch einer Angefochtenheit ich hier lebe, so sind derartige Äußerungen nur der Ausdruck von Mißtrauensäußerungen, wie sie seitens einiger russischer Genossen ziemlich hemmungslos deutschen Genossen gegenüber gemacht werden.

Sie werden verstehen, sehr verehrter Herr Oberst Tulpanow, daß unter solchen Umständen von einer fruchtbringenden Arbeit meinerseits in einer solchen Position, wie ich sie gegenwärtig innehabe, nicht die Rede sein kann. Ich möchte allerdings betonen, daß es sehr wohl russische Genossen gibt, die dieses Mißtrauen nicht haben, im Gegenteil. Aber selbst in einem solchen Zwiespalt der Meinungen wünsche ich nicht zu stehen. Ich weiß, daß nicht nur ich, sondern auch meine engsten Mitarbeiter dieses Vertrauen hundertprozentig verdienen, die in sehr schwierigen Situationen dieses Vertrauen bewiesen haben. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß ich im Verlaufe meiner dreißigjährigen Parteizugehörigkeit oft genug die Gelegenheit gehabt hätte, mich anders zu entscheiden und daß mir genug Angebote gemacht wurden, um mich zu neutralisieren. Ich war nie im geringsten in meinem Leben materiell von der Partei abhängig. Ich habe auch jetzt die Möglichkeit, nur als Schriftsteller zu arbeiten, und ich bin überzeugt, daß ich unserer gemeinsamen Sache dabei mehr nützen würde, als sich in hoffnungslosem Kampf gegen ein schleichendes Mißtrauen geistig und körperlich aufzureiben. Sollte aus diesem meinem Rücktritt eine Krise im Kulturbund entstehen, so trügen diejenigen voll und ganz dafür die Verantwortung, die mit ihren Mißtrauensäußerungen diese Krise heraufbeschworen haben. Es wäre aber dazu noch verhängnisvoll, wenn man die ganz wenigen über den engeren Parteirahmen geachteten Persönlichkeiten auch noch isolieren würde, indem man von ihnen eine politische Haltung verlangt, die zwangsläufig zu solch einer Isolierung führen muß. Auch der Dichter, der noch im weitesten Kreise geachtet ist, muß die Achtung verlieren, wenn er sich gezwungen sieht, nach wie vor für Dinge verantwortlich zu sein, für die er nach seinem besten Gewissen nicht verantwortlich sein kann. Diesen Dichter aber muß man meiner Ansicht nach retten, damit für spätere Zeiten seine Stimme erhalten bleibt. Seine Rettung kann aber nur geschehen, indem man ihn von Funktionen befreit, die ihn, wie ich ausgeführt habe, zwangsläufig in eine völlige Isolierung führen muß.

Aus diesem Grunde, sehr verehrter Herr Oberst Tulpanow, schlage ich vor:
1. daß ich bis zu einer Regelung der Neuwahl eines Präsidenten nur noch formal die Verantwortung für den Kulturbund und den Klub trage. Ich werde so wenig wie möglich als Präsident

121 Weinert, Erich (1890-1953), Schriftsteller, 1929 KPD, 1935-46 Exil in der UdSSR, dort Präsident des Nationalkomitees „Freies Deutschland"; 1946 SED, 1946-48 Dritter Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, darin Leiter der Hauptabteilung für Fragen von Kultur und Propaganda; 1950 Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste in Ostberlin.

in Erscheinung treten und auch die Repräsentation des Kulturbundes denen überlassen, die dafür tatsächlich verantwortlich sind;
2. schlage ich vor, Herrn Abusch[122] die tatsächliche Leitung des Kulturbundes zu übergeben und ihn mit allen Vollmachten auszustatten, die er zu dieser tatsächlichen Leitung braucht. Ich würde auch vorschlagen, daß Herr Abusch als Vertreter des Präsidenten die Präsidialratssitzungen einstweilen bis zur Neuwahl leitet.

Ich bedaure, einen solchen Schritt unternehmen zu müssen, aber im Interesse einer Zusammenarbeit auf längere Sicht ist es der einzige, der die Möglichkeit offen hält, daß ich unserer gemeinsamen Sache diene, ungeachtet des Mißtrauens, das mich wahrscheinlich bis zum Ende meines Lebens begleiten wird.

Mit hochachtungsvollem Gruß
Johannes R. Becher

AWP RF 0457b/2/8/16, Bl. 142-144. Deutsch. Original.[123]

Nr. 21. Schreiben des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen Oberst Rodionow[124] an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über die Zensur in der Provinz Sachsen. 9. November 1946

Geheim

Übersicht
über die im Oktober 1946 durch die Zensur der SMA der Provinz Sachsen nicht genehmigten Texte

In der Provinz werden folgende Zeitungen herausgegeben: die SED-Zeitung „Freiheit" mit Lokalseiten in elf Städten; die „Liberaldemokratische Zeitung"; die CDU-Zeitung „Der neue Weg" und die Provinzseite der Zeitung „Der neue Bauer".

Das Hauptaugenmerk der Zensur lag im Oktober auf Texten, die sich direkt oder indirekt auf den Wahlkampf für die Landtags- und Kreistagswahlen bezogen.

1. Die SED-Zeitung „Freiheit"

Grobe Verstöße gegen die Zensurbestimmungen gab es in der SED-Presse nicht. Bei dem Verbot oder der Korrektur dieses oder jenes Textes in der Zeitung „Freiheit" ging die Zensur von der Notwendigkeit aus, politische und, wie in den meisten Fällen, propagandistische Fehler der Einheitspartei in der Presse zu verhindern. Im Vergleich mit der früheren Zensurpraxis be-

122 Abusch, Alexander (1902-1982), Publizist und Politiker, 1919 KPD, Parteiredakteur, 1933 Emigration, u.a. in Frankreich und Mexiko. Nach Rückkehr 1946 SED, 1946-82 Mitglied des Präsidialrates und 1949-51 Vizepräsident des Kulturbundes, ab 1952 im Vorstand der Deutschen Akademie der Künste, 1958-61 Minister für Kultur und 1961-71 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

123 An derselben Fundstelle liegt auch eine amtliche russische Übersetzung vor (Blatt 138-141).

124 Rodionow, Stepan Rodionowitsch (1906-), Garde-Oberst, Chef der Propaganda-Abteilung der SMA Sachsen-Anhalt.

züglich der SED-Zeitung war die Menge des herausgenommenen Textmaterials bedeutend geringer.

Bei der Provinzredaktion der „Freiheit" sind die von den leitenden Redakteuren gestellten Anforderungen noch nicht hoch genug, und die zweitrangigen Mitarbeiter sind nicht vollends prinzipientreu und politisch noch unerfahren.

Zwar ist es bedeutend seltener geworden, doch gibt die Redaktion immer noch unfertiges und unkonkretes, manchmal auch unechtes und unglaubwürdiges Material zum Druck. Am 1. Oktober 1946 wurde vom Zensor ein Artikel abgelehnt, in dem die Redaktion der „Freiheit" Stellung zu einem Auftritt des Vorsitzenden der Provinzleitung der LDP Delius[125] und dessen Kritik nimmt. Der Artikel strotzte von allgemeinen Phrasen und entbehrte jedweder überzeugenden Argumentation. Am 15. Oktober 1946 wurde der Artikel „Über Maßnahmen zur Aufhebung der 6. Kategorie" entfernt, in welchem auf der Basis von Materialien des „Neuen Deutschland" verfrüht und in unkompetenter Weise verkündet wurde, die SMAD werde in Reaktion auf Vorschläge des PV der SED betreffs Annullierung der 6. Kategorie der Lebensmittelversorgung alle Maßnahmen ergreifen, um der Bitte der SED zu entsprechen.

Mitunter zeigt sich ein Fehlen taktischen Gespürs und politischen Scharfblicks. Am 11. Oktober 1946 wurde ein Artikel mit der Überschrift „Wahlmanöver gegen antifaschistische Politik" verboten, welcher von der Presse- und Propagandaabteilung der Provinzverwaltung im Zusammenhang mit vom britischen Rundfunk und von der Zeitung „Telegraph"[126] verbreiteten Gerüchten über den Austritt der liberaldemokratischen Partei der Provinz Sachsen aus dem antifaschistischen Block verfaßt worden war. Eine Veröffentlichung solchen Materials in der SED-Zeitung war absolut fehl am Platz. (Stattdessen brachte die „Liberaldemokratische Zeitung" am 12. Oktober 1946 selbst eine Richtigstellung im Namen des Vorstands der LDP.)

Nicht immer vermag es die Redaktion, den politischen Effekt und die Massenwirkung des vorbereiteten Materials auf die Leser richtig einzuschätzen. Beispielsweise wurde am 16. Oktober 1946 vom Zensor ein Feuilleton des Journalisten Puppenberger (Pseudonym „Fripor") nicht genehmigt, in welchem eine Kritik des CDU-Vorsitzenden der Provinz Dr. Herwegen[127] (er ist auch Direktor der Abteilung Brennstoffindustrie der Provinzverwaltung) erwähnt wird, der verboten hatte, die Losung „Wählt SED!" auf Briketts aufzudrucken. Gerade in jenen Tagen gab es nämlich Stockungen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Briketts, und dieser Umstand hätte bei den Lesern des Feuilletons zum gegebenen Zeitpunkt Assoziationen geweckt, die für die SED unvorteilhaft wären.

Einzelne stilistisch unsichere und laxe Autoren verhindern die Formulierung prinzipieller Fragen durch billige Sentenzen und Syllogismen. Am 3. Oktober 1946 wurde ein Artikel aus der Serie „Er und sie" entfernt, in welchem folgender Gedanke ausgesprochen wurde: Die Frauen sollten froh sein darüber, daß unter den 18 Verurteilten des Nürnberger Prozesses nicht eine Frau ist ... oder ... „wir Frauen sollten den Nazis dafür dankbar sein, daß sie uns an den Herd verbannten, denn gerade dadurch sind die Frauen als Mehrheit des deutschen Volkes ... jene politische Reserve, aus der das demokratische Deutschland seine neuen Kräfte schöpfen kann..."

Vom Zensor wurden Zitate von Aussprüchen Hitlers, Himmlers u.a. gestrichen, welche falsch und unprofessionell gebraucht wurden.

---

125 Delius, Carl (1874-1953), 1946 Landesvorsitzender der LDP in Sachsen-Anhalt und Mitglied des Zentralvorstandes.

126 Die Tageszeitung „Der Telegraph" erschien in (West-)Berlin.

127 Herwegen, Leo (1886-1972), 1945-49 Mitglied des CDU-Hauptvorstandes, 1945-48 Erster Vorsitzender des CDU-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt, 1945-46 Leiter des Amtes für Brennstoffindustrie und Energiewirtschaft der Provinz Sachsen, 1946-49 Landesminister für Arbeit und Sozialpolitik; 1950 wegen „Verschiebung von Vermögenswerten" zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1956 Entlassung aus der Haft, 1958 Flucht nach Westdeutschland.

Die Redaktion geht nicht aufmerksam genug an die Verarbeitung jenes Materials heran, das den Charakter allgemeiner (lokaler) Informationen trägt. Am 11. Oktober 1946 wurden im Jahresbericht über die Tätigkeit der Provinzverwaltung vom Zensor jene Angaben entfernt, die sich auf Personalstärke und Bewaffnung der Polizei, Anzahl der Verhafteten, der Durchsuchungen u. ä. beziehen.

Im Interesse einer Verbesserung der Textqualität und der Vermeidung von Ungenauigkeiten bei der Behandlung einzelner Fragen wurden vom Zensor beinahe täglich einzelne Worte und Formulierungen entfernt. Ohne die schöpferische Freiheit der Redaktion zu beeinträchtigen, erwies der Zensor seine Hilfe bei der Anordnung des Materials, beim Umbruch u. ä.

2. Die Lokalseiten der Zeitung „Freiheit"

Das hier Anzuführende bezieht sich im wesentlichen auf die lokalen Ausgaben der Zeitung in kleineren Städten. Eine Reihe politischer und propagandistischer Fehler zeugt zum Teil von der politischen Kurzsichtigkeit der Redaktionskader, ihrer schlechten Informiertheit und Kenntnis der Lage vor Ort, ebenso von der ungenügenden Bildung in allgemeinen Fragen des politischen Lebens.

Beispielsweise wurde der Zensur am 29. Oktober 1946 ein Artikel für die Lokalseite von Zeitz vorgelegt, in welchem über eine Sitzung der Gemeindevertreter von Berwitz berichtet wurde, auf der der Bürgermeister der Gemeinde „gewählt" wurde. Auf diese Weise wiederholte die Redaktion den Fehler der Gemeindeversammlung von Berwitz, die den Befehl des Marschalls Sokolowski über die Einsetzung von Gemeindebürgermeistern mißachtet hatte.

Ein Fahnenabzug der Lokalseite von Torgau enthielt am 31. Oktober 1946 eine Mitteilung bezüglich einer Sitzung der Gemeindevertretung von Mühlberg, auf welcher ein Streit zwischen den Parteifraktionen betreffs der Sitzverteilung im Magistrat der Stadt entbrannt war. Im Ergebnis dessen verließen die Fraktionen von LDP und CDU die Sitzung, welche danach als eine offene Versammlung der SED fortgesetzt wurde.

Dort fand sich auch ein Artikel über die Dorfpolizei im Kreis Wittenberg und die Mitteilung, im Zuge der Vorbereitung auf die Wahlen nehme die Dorfpolizei an der Agitationsarbeit teil.

Im selben Blatt entfernte der Zensor am 8. Oktober 1946 eine Mitteilung über die Protestkundgebung in Wittenberg, auf welcher die milden Urteile im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher[128] kritisiert wurden. An erster Stelle waren Zitate aus den Reden von Vertretern der LDP und der CDU platziert, wo doch die bürgerlichen Parteien des Kreises Wittenberg und jener angrenzenden Kreise, in denen die Zeitung vertrieben wird, gerade für ihre Trägheit in dieser Frage bekannt sind, was wiederum in der Agitation der SED aufgegriffen wurde. Im selben Artikel beschuldigte die Redaktion einen gewissen Dr. Binkenstein[129] reaktionärer Ansichten, der in Wirklichkeit der SED höchst loyal gegenübersteht und in einer Reihe von Fragen sogar mit der SED-Kreisleitung zusammenarbeitet.

Nicht immer richtig wird das lokale Faktenmaterial verwendet, es werden taktische Fehler zugelassen.

Der Fahnenabzug der Lokalseite von Naumburg enthielt am 9. Oktober 1946 eine Mitteilung über die Sitzung der Gemeindevertretung von Kessen[130], auf welcher an erster Stelle der Tagesordnung ein Vorschlag der LDP-Fraktion betreffs Verbesserung der Stadtbeleuchtung stand.

---

128 Der „Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher" vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg endete mit der Urteilsverkündung am 1. Okt. 1946. Von den 23 Angeklagten wurden zwölf zum Tode und sieben zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt.

129 Name nicht überprüfbar.

130 Nicht identifizierbar, möglicherweise Hessen, Kreis Halberstadt.

Dort fand sich auch ein Artikel mit der Überschrift „Lernt aus der Vergangenheit", der sich in scharfem Ton gegen die Rückgabe von 735 beschlagnahmten Unternehmen an ihre vormaligen Besitzer, nominelle Nazis, aussprach.

Der Stil einiger Journalisten der SED geht in Richtung eines kleinbürgerlich-spießigen, in seiner Wirkung schädlichen Gequatsches.

Auf der Lokalseite von Dessau wurde der Zensur ein Artikel mit der Überschrift „Strahlende Gesichter in der Schule" vorgelegt, der indirekt ein falsches Bild von der Armut der deutschen Kinder zeichnete und auf diese Weise die Verteilung von Brötchen durch die SMAD in ungünstigem Licht erscheinen ließ. „In einer Schule antwortete man mir auf die Frage nach der Qualität der Brötchen einstimmig: ‚Vorzüglich, nur bekommen wir zuwenig davon.'" ... Und weiter hieß es: „Die Kinder und Eltern sprechen nur noch von den Brötchen." ... „Die Schüler Frank und Klaus versichern, daß sie, da es sonst nichts zu essen gibt, auch ihre Mütter einmal von den Brötchen abbeißen lassen." ... „Die Mütter versichern, ihre Jungen hätten dank der Brötchen bereits einige Pfunde zugelegt" usw.

Dieses Material wurde von der Zensur nicht genehmigt.

3. Druckerzeugnisse der SED

Beim Druck von Plakaten, Losungen, Flugblättern u.a. Druckerzeugnissen der SED im Rahmen der Wahlvorbereitung verhinderte die Zensur eine Reihe politischer Fehler und strich einige Materialien von schlechter Qualität.

Am 14. Oktober 1946 wurde der Unterabteilung Zensur ein Flugblatt vorgestellt, das eine von den Mitgliedern der SED-Provinzleitung Böttge[131] und Koenen[132] zu unterschreibende Erklärung an die Adresse der nominellen Nazis enthielt. Das Flugblatt begann mit den Worten: „Dank den Anstrengungen der Sozialistischen Einheitspartei haben auch die ehemaligen nominellen Nationalsozialisten das Recht, an den Wahlen teilzunehmen...". Abgesehen davon, daß schon die Idee einer solchen Erklärung im Ganzen fehlerhaft ist, verzerrte der Inhalt der Erklärung das Problem der nominellen Nazis zu minderwertiger Demagogie und Werbung um die Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten.

Der vorliegende Fakt ist als ernster Fehler der SED-Provinzleitung in solchen Fragen zu werten, die eine Unterscheidung des mit legitimen Mitteln auf feste, parteilich-prinzipielle Weise geführten Kampfes um die Massen von einer Praxis reputationsschädigender Demagogie betreffen.

Eine Reihe von Texten, Flugblättern und Plakaten der SED wurde nach Aufforderung durch die Zensur teilweise oder vollständig überarbeitet.

4. Zeitungen der bürgerlichen Parteien

Während des Wahlkampfes verfolgten die bürgerlichen Parteien bewußt eine Taktik der formellen Loyalität und „Demut" (im Unterschied zur mündlichen Propaganda). Dennoch wurde durch den Zensor einiges Material verleumderischen und demagogischen Charakters entfernt.

Am 15. Oktober 1946 wurde durch die Redaktion der Zeitung „Der neue Weg" (CDU) ein Aufruf mit der Überschrift „Die CDU zur Frage der Versorgung der Bevölkerung" eingereicht.

---

131 Böttge, Bruno (1891-1967), SPD/SED, 1946-48 Landesvorsitzender der SED in Sachsen-Anhalt, Okt. 1948 Parteiausschluß.

132 Koenen, Bernhard (1889-1964), KPD/SED, Exil in der UdSSR, 1946-52 Landesvorsitzender der SED in Sachsen-Anhalt.

Als Grundlage des vertretenen Standpunktes diente eine Rede J. Kaisers[133], gehalten am 29. September 1946 im „Admiralspalast". Ausgehend von der Behauptung eines Mißverhältnisses zwischen Nachfrage und Versorgung der Bevölkerung mit Textilprodukten, die sich auf irgendwelche vom CDU-Provinzvorstand erhobenen Daten stützte, erging sich der „Aufruf" in einem Vorwurf der Vergeudung von Textilien und Papier während des Wahlkampfes (eine Anspielung auf die SED). In dem Aufruf hieß es, das Papier solle lieber für die Herstellung von Schulheften und Lebensmittelverpackungen verwendet werden. Am Ende des Aufrufes stand die Losung: „Stimmt für Liste 3 – CDU!" Das Material wurde vom Zensor abgelehnt.

Am 16. Oktober 1946 wollte die „Liberaldemokratische Zeitung" einen Artikel bringen, der in großer Ausführlichkeit den Verlauf einer Versammlung von Beamten des Halberstädter Postamtes schilderte, auf der eine Resolution mit der Forderung verabschiedet wurde, Delius (Vorsitzender der CDU in der Provinz) von seinem Posten als Präsident der Provinzialpostverwaltung zu entfernen. Das Ziel des Artikels bestand darin, beim Leser den Eindruck zu erwecken, es würden Resolutionen fabriziert. Die Redaktion konnte keinerlei Beleg über die Richtigkeit des vorgelegten Materials erbringen, deshalb wurde es von der Zensur nicht für den Druck genehmigt.

Nach wie vor versuchen die Zeitungen von CDU und LDP „beglaubigtes" Material aus erster Hand (eigene Korrespondenten, Informationsbüros bei den Zentralvorständen von LDP und CDU u.a.) durchzuschleusen.

So wurde am 15. Oktober 1946 eine Reportage des Korrespondenten der Zeitung „Der neue Weg" zu einer CDU-Wahlkundgebung im „Admiralspalast" (Berlin) eingereicht, auf der CSU-Vertreter aus Bayern anwesend waren. Die Hälfte des Materials war der im Auftritt J. Kaisers formulierten Frage nach dem Umgang mit den nominellen Nazis gewidmet. Kaiser hatte erklärt, daß ihm bei seiner illegalen Tätigkeit im Widerstand gegen Hitler nominelle Nazis sehr geholfen hätten und er deshalb dafür eintrete, sie möglichst schnell wieder in ihre bürgerlichen Rechte einzusetzen. „Nicht jeder konnte seine Verantwortung und die Folgen seines Tuns erkennen. Die Union als Partei von Gewissen und echter Urteilskraft lehnt Proteste gegen die Urteile im Nürnberger Prozesses ab und wartet mit ruhiger Gewißheit auf die Möglichkeit der Bildung eines deutschen Gerichts." Eine Notwendigkeit, dieses Material in der Provinzpresse zu bringen, bestand nicht, deshalb wurde es vom Zensor abgelehnt.

In der Zeitung „Der neue Weg" vom 25. Oktober 1946 wurde die vom Rundfunk im amerikanischen Sektor Berlins verbreitete Erklärung J. Kaisers gestrichen, in welcher er die Sozialdemokratie dazu aufrief, ihren Willen zur Distanzierung von den veralteten Lehren des Marxismus, des Klassenkampfes und der Diktatur zu bekunden.

Die Plakate und Flugblätter der CDU und LDP zu den Wahlen am 20. Oktober 1946 wurden in relativ geringer Menge und in wenigen Varianten gedruckt. Auf Verlangen des Zensors wurde ein Flugblatt der LDP mit einem an die Arbeiter gerichteten Aufruf überarbeitet. Neben manchen demagogischen Punkten des Aufrufes klangen einige Punkte sogar offen provokatorisch, wie z. B.: „Ohne Kleidung und Schuhwerk kannst du nicht arbeiten."; „Du brauchst eine Sozialversicherung, die dir nicht das letzte Geld aus der Tasche zieht, sondern die dir tatsächlich hilft." u. a.

133 Kaiser, Jakob (1888-1961), 1945-47 Vorsitzender der CDU in Berlin und in der SBZ, 1947 von der SMAD abgesetzt; 1949-57 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1950-58 stellvertretender Vorsitzender der (westdeutschen) CDU.

5. Die Zeitung „Der freie Bauer"

Bezüglich des Materials für die Lokalseiten der Zeitung „Der freie Bauer" gab es von Seiten der Zensur keine Einwände, wenn man von der Korrektur kleinerer Fehler absieht.

Der Chef der Propaganda-Abteilung der SMA-Verwaltung der Provinz Sachsen Garde-Oberst *Rodionow*

GARF 7133/1/274, Bl. 217-223. Original.

Nr. 22. Befehl Nr. 361 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Feiertage. Berlin, 27. Dezember 1946[134]

Inhalt: Feiertage in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

In Übereinstimmung mit den örtlichen Gepflogenheiten der Bevölkerung Deutschlands bezüglich der Feiertage befehle ich:

1. Zu den Feiertagen zu zählen:
   a) Neujahr (1. Januar)
   b) Karfreitag
   c) den zweiten Ostertag
   d) den ersten Mai
   e) Himmelfahrt
   f) den zweiten Pfingsttag
   g) Bußtag
   h) den ersten und zweiten Weihnachtstag (25. und 26. Dezember).

Außerdem ist nach Beschluß der Provinzial- oder Landesverwaltung ein weiterer Tag als Feiertag zu rechnen, und zwar:
   a) in Gemeinden mit vorwiegend evangelischer Bevölkerung – der Reformationstag;
   b) in Gemeinden mit vorwiegend katholischer Bevölkerung – der Fronleichnamstag.

2. Die durch diese Feiertage ausgefallene Arbeitszeit wird, falls die Tage auf Wochentage fallen, nur dann bezahlt, wenn die geltenden Tarifverträge oder Vereinbarungen dies vorsehen. Die Bezahlung darf nicht höher sein als die in den Verträgen und Vereinbarungen vorgesehene.

---

134 In der archivierten russischen Vorlage ist der Befehl mit dem Doppeldatum „24./27. Dez. 1946" versehen (in: GARF 7317/8/8, Bl. 267-268), dagegen tragen die im Bundesarchiv überlieferte amtliche russische Druckfassung wie die dort insgesamt überlieferten fünf verschiedenen deutschen Übersetzungen (in: BArch DX 1-361/46) und auch die veröffentlichte deutsche Übersetzung das Datum vom 27. Dez. 1946 (vgl. Gesetzblatt des Landes Sachsen-Anhalt, Teil I, Halle (Saale) 1947/Nr. 1 vom 4. Jan. 1947, S. 5, mit Berichtigung in ebd. Nr. 7 vom 26. Apr. 1947, S. 60). Während russische Archivare dogmatisch am Buchstaben des Doppeldatums der Befehlsurschrift festhalten, wird in der deutschen Ausgabe ein einfaches Datum der rechtswirksamen Befehlsausfertigung angegeben, das in der Regel der letzten Ziffer der Befehlsdatierung russischer Archivare entspricht. Zur Begründung vgl. auch Foitzik, Jan: Berichtigung zum „Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949", in: VfZ 4/2001, S. 685-690.

3. Für Arbeiten an den Feiertagen, die im Punkt 1 aufgezählt sind, ebenso für Arbeiten am ersten Oster- und ersten Pfingsttag wird ein Feiertagszuschlag nach den geltenden Verträgen berechnet. Der Zuschlag darf 100% des normalen Arbeitslohns nicht übersteigen.

4. Für Arbeit an Sonntagen, ausgenommen die unter Punkt 1 aufgezählten, wird, falls diese außerhalb des Produktionsplanes durchgeführt wird, ein Zuschlag auf den nach den Verträgen oder Tarifen zu zahlenden Lohn bezahlt. Dieser Zuschlag darf 50% des normalen Arbeitslohnes nicht übersteigen.

5. Die Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge hat die Kontrolle für die Inkrafttretung dieses Befehls durchzuführen.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration – Der Oberkommandierende der Gruppe Sowjetischer Besatzungsheere in Deutschland
Marschall der Sowjet-Union W. Sokolowski

Mitglied des Rates der Gruppe Sowjetischer Besatzungsheere in Deutschland[135]
General-Leutnant I. Ponomarew[136]

Der Leiter des Stabes der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
General-Leutnant M. Dratwin

BArch DX 1 – 361/46. Deutsche Übersetzung.[137]

Nr. 23. Rundschreiben des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Watnik[138] an die Chefs der Propaganda-Unterabteilungen der Kreise und Städte über verbotene Parteien, Gruppen und Vereinigungen. 11. Januar 1947

Geheim

Ich schicke Ihnen eine Liste der verbotenen antidemokratischen Parteien, Gruppen und Vereinigungen.

Es ist notwendig, die autonome Tätigkeit der antidemokratischen Parteien und Gruppen, welche auf dem Ihnen unterstellten Territorium ohne Genehmigung der Organe der SMA existieren, sofort zu unterbinden. Die Organisationen sind aufzulösen.

---

135 In der im GARF archivierten russischen Vorlage als „Mitglied der Kriegsrats der GSOWG für die SMAD" tituliert, in den im BArch überlieferten russischen und deutschen Vorlagen als „Mitglied des Kriegsrates der GSOWG".

136 In der im GARF archivierten russischen Vorlage wurde zwar maschinenschriftlich der Name von W. Makarow eingetragen, die handschriftliche Unterschrift leistete aber tatsächlich Generalleutnant I. M. Ponomarjow, der als Stellvertreter des Oberbefehlshabers der GSOWG für politische Angelegenheiten dem Kriegsrat angehörte. In der oben bereits genannten, im BArch überlieferten SMAD-amtlichen Druckfassung des Befehls wurde I. Ponomarjow (unterschiedliche Transkription) korrekt als Mitunterzeichner genannt.

137 Der russische Wortlaut in: GARF 7317/8/8, Bl. 267-268, trägt den handschriftlicher Bearbeitungsvermerk: „Aufgehoben durch Befehl der SKK in Deutschland Nr. 004 vom 30.12.[19]49."

138 Watnik, Abram Pinchussowitsch, Oberstleutnant/Oberst, Chef der Propaganda-Abteilung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen.

Um die verbotenen Gruppen und Organisationen zu kontrollieren und ihre Tätigkeit zu unterbinden, ist es notwendig, daß Sie der Propagandaabteilung der Verwaltung bis zum 15. Januar 1947 eine Liste aller im Ihnen unterstellten Gebiet (des Bundeslandes) funktionierenden Organisationen mit kurzer Einschätzung von Ausrichtung und Tätigkeit der jeweiligen Organisation zur Verfügung stellen.

Anlage: 4 Blatt

Der Chef der Propaganda-Abteilung der SMA-Verwaltung des Bundeslands Sachsen Oberstleutnant *Watnik*

Anlage

Liste der verbotenen antidemokratischen Parteien, Gruppen und Vereinigungen.

„Paneuropa-Union". Funktioniert im britischen Sektor Berlins seit Dezember 1946. Wird von Briten über ein Präsidium geleitet, welches sich in Berlin befindet (Koster, Uferstraße 59). Ihre Aufgabe besteht darin, die Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa" zu propagieren.

„Verband des Lebensmittel-Großhandels". Wurde unter aktiver Teilnahme der Berliner Liberalen organisiert. Die Union hat Vertretungen in folgenden Berliner Stadtbezirken: Treptow, Lichtenberg, Kreuzberg und Neukölln. Ihre Aufgabe besteht in der Wiederherstellung kapitalistischer Unternehmen.

Gesellschaft „Nichtoffizielle Kameradschaft der Bewegung freier Arbeitgeber" – „Soziale freie Bewegung in Deutschland". Wurde im amerikanischen Sektor Berlins von Dr. Willi Nebe und Steinborn, einem Kommissar der Berliner Kriminalpolizei, organisiert. Die Gesellschaft hat eigene Gruppen in der sowjetischen Besatzungszone. Insgesamt hat die Gesellschaft etwa 3.000 Mitglieder. Aufgabe ist der Kampf gegen die organisierte Arbeiterbewegung, die Verteidigung der Interessen der Unternehmer. Im sowjetischen Sektor Berlins führen die Mitglieder der Gesellschaft Versammlungen in der Wohnung von Dr. Bender (Proskauer[139] Str. 21) durch.

„Freie konservative demokratische Reichspartei".
Funktioniert in den westlichen Sektoren Berlins. Leiter ist Dr. Leitmann[140]. In Wilmersdorf wird die Ortsgruppe dieser „Partei" vom ehemaligen Offizier der deutschen Flotte, dem Nazi Walter Gerncke von Falkenberg geleitet. Die Partei vereinigt reaktionäre Elemente. Ihre Aufgabe ist es, mit Hilfe angloamerikanischer Reaktionäre Propaganda gegen „die Gefahr aus dem Osten" und für die „Wiederherstellung eines Deutschlands der Bismarckzeit" zu entfalten.

„Gesellschaft freier Umsiedler". Wurde von Silvio Gesell[141] im amerikanischen Sektor Berlins (Stadtbezirk Friedenau, Lütterstr. 3) organisiert. In Berlin hat diese Gesellschaft etwa 400 Mitglieder. Die Gesellschaft hat Ortsgruppen in Leipzig, Dresden, Erfurt, Ilmenau, Zwickau und in Waltershausen. Einmal pro Woche (freitags) werden in der Gesellschaft Diskussionsabende durchgeführt.

---

139 In der Vorlage: „Prospauer".

140 In der Vorlage: „Lajtwan".

141 Gesell, Jean Silvio (1862-1930), Finanztheoretiker, 1919 Finanzminister der bayerischen Räterepublik; entwickelte die Freiwirtschafslehre, die Einfluß auf das westdeutsche Konzept der freien Marktwirtschaft hatte.

„Nationalkommunistische Arbeiterpartei". Wurde mit Hilfe der Alliierten von Friedrich Grell[142] (Neukölln, Fuldastraße 13) und Otto Dienst[143] (Tempelhof, Bacheracher Str. 28) im amerikanischen Sektor Berlins gegründet.

„Deutsche bürgerliche Partei" – „Bürgerpartei". Wurde von Dr. Pichotka im Februar 1946 im amerikanischen Sektor Berlins (Potsdamer Str. 21) gegründet.

„Arbeiterwohlfahrt". Wurde mit Hilfe der Alliierten von Berliner Sozialdemokraten gegründet. Funktioniert in den westlichen Sektoren Berlins.

„Radikaldemokratische Partei". Funktioniert in allen Westsektoren Berlins. Wurde von Otto Steiner und Horst Leise (Friedenau, Fredlerstraße 10) organisiert.

„Jugendkameradschaften der liberaldemokratischen Partei". Zum Bestand gehört die Mehrheit der jungen Mitglieder der LDP. Diese Organisationen funktionieren in den Berliner Stadtbezirken Neukölln, Köpenick, Prenzlauer Berg, Reinickendorf, Pankow, Tempelhof und Schöneberg.

„Junge Union der Christlich-Demokratischen Union". Wurde auf Initiative örtlicher Leiter der CDU gegründet. Funktioniert im britischen Sektor Berlins.

„Organisation der Bewegung für den Frieden". Wurde mit Hilfe der Alliierten in Berlin von Professor Österreich gegründet. Funktioniert in den westlichen Sektoren Berlins.

Vereinigung der Brüder „Odd Fellow" – „Drei Ringe". Organisation eines amerikanischen Ordens. Nahm ihre Tätigkeit in den westlichen Sektoren Berlins im Sommer 1946 mit Genehmigung der amerikanischen Besatzungsmächte wieder auf (unter Hitler war die Organisation verboten). Organisator ist der Architekt Siegfried Hermes (Charlottenburg, Göbelstraße 10).

Die Organe der SMAD und die gemeinsame Alliierte Kommandantur Berlin haben einer Reihe von Vertretern verschiedener antidemokratischer Gruppen offiziell die Gründung folgender Organisationen untersagt:

1. „Demokratische Fortschrittspartei in Deutschland". Hat analoge Aufgaben wie die „Paneuropa-Union". Initiator war das ehemalige Mitglied der LDP Kurt Bürge (Mecklenburg).

3. „Polnische Partei der deutschen nationalen Minderheit" (in den westlichen Sektoren Berlins.) Die Berliner Sozialdemokraten haben mit Hilfe der Briten versucht, in dieser Partei alle deutschen Umsiedler aus den ehemaligen Ostgebieten Deutschlands zu vereinigen.

2. [„Deutscher nichtoffizieller Klub"][144] (in den westlichen Stadtbezirken Berlins.) Die Organisatoren versuchten, die faschistische Jugendorganisation „Hitlerjugend" wiederzubeleben.

4. „Unabhängige Gewerkschaft deutscher Armeeangehöriger und Beamter" (in den westlichen Sektoren Berlins). Der Initiator dieser Vereinigung, der ehemalige Offizier der deutschen Wehr-

142 In der Vorlage: „Krel".
143 In der Vorlage: „Dinst".
144 In der Vorlage: „Nemezki nelegalny klub".

macht Harwick[145], versuchte, eine Partei der deutschen Nationalisten zu gründen und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter zu spalten.

5. „Humanistisch-demokratische Partei".
6. „Liga zur Verteidigung der Menschenrechte".
7. „Anarcho-syndikalistische Partei".
8. „Deutsche Partei des Wiederaufbaus".
9. „Friedensliga".

Liste der verbotenen Frauenorganisationen

„Wilmersdorfer Frauenunion" – „Frauenbund". Funktioniert seit 1945 im britischen Sektor Berlins. Hat Verbindungen zu Londoner Frauenorganisationen. Vereinigt Spezialistinnen mit eigenem Einkommen. Leiterin ist Frau Zanharnack, eine ehemalige Mitarbeiterin des Potsdamer Funkhauses. Aufgabe der Organisation ist die Propagierung der Theorie des Kampfes für die Rechte der Frauen und die Bestrebung, die gesamte Frauenbewegung Deutschlands unter ihren Einfluß zu bringen.

„Gesellschaft christlicher Frauen". Gegründet von der CDU im britischen Sektor Berlins im Stadtbezirk Wilmersdorf.

„Frauenklub". Funktioniert in den westlichen Sektoren Berlins. Leiterinnen sind Frau Nagel und Frau Ditley[146] (ehemalige Bewohnerin von Potsdam).

Liste faschistischer Untergrundorganisationen

Gruppe „Werwolf". Einzelne Gruppen dieser terroristischen faschistischen Jugendorganisation wurden in Radebeul, Kasselvitz, Leisker[147] und in Berlin (Stadtbezirk Prenzlauer Berg) entdeckt.

„Edelweißpiraten". Einzelne Gruppen dieser terroristischen faschistischen Jugendorganisation wurden in folgenden Städten der sowjetischen Besatzungszone entdeckt: Calau, Neubrandenburg u.a.

„Gotischer Schützenklub". Flugblätter mit Aufrufen zum Kampf gegen die Kommunisten und für eine Vertreibung der sowjetischen Besatzungsmacht aus Deutschland mit der Unterschrift dieser Organisation wurden in Gotha gefunden.

„Schwarzer Panther". Handzettel mit einem Aufruf an die Bevölkerung zur Wiederherstellung des faschistischen Regimes in Deutschland wurden mit der Unterschrift dieser Organisation in Zangenberg[148], Merseburg und im Kreis Zeitz verbreitet.

---

145 In der Vorlage: „Charwik".

146 In der Vorlage: „Ditlei". Auffällig ist die Namensähnlichkeit mit Elisabeth Dilthey, einer Berliner „Dame hoher gesellschaftlicher Geltung" und Aktivität. Vgl. Schivelbusch, Wolfgang: Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948, München 1995, S. 66-68.

147 Nicht lokalisierbar.

148 In der Vorlage: „Zangerberg".

„Braunhemden". Spuren der Tätigkeit dieser vermutlich faschistischen Organisation wurden in Lebung[149] entdeckt.

„Union der Schlesier", „Union der Pommeraner", „Union der Ostpreußen". Nazistische Elemente versuchten, diese Vereinigungen in einer Reihe von Kreisen der sowjetischen Besatzungszone und ganz speziell in Cottbus zu gründen.

Liste religiöser Sekten, Organisationen und Gemeinden, über deren Tätigkeit und Ausrichtung keine verläßlichen Daten vorliegen[150]

„Mormonen". Die Sekte existiert im amerikanischen Sektor Berlins, im Erzgebirge und in der Provinz Sachsen. Im Dezember 1946 wurde der Versuch unternommen, diese Sekte in der gesamten sowjetischen Besatzungszone zu gründen.

„Kirche der Offenbarung des Johannes". Ist in Brandenburg zu finden. Die Sekte hat einige Tausend Anhänger.

„Christliche Wissenschaft". Eine Sekte amerikanischer Herkunft. Ist in Brandenburg und Berlin zu finden.

„Schäfer und Herde". Die Sekte funktioniert in den Provinzen Brandenburg und Sachsen sowie im Bundesland Thüringen.

„Gemeinde Zarathustras". Eine Sekte amerikanischer Herkunft. Funktioniert hauptsächlich in den westlichen Sektoren Berlins. Die Leitung befindet sich im Wedding. Leiterin ist Gertrud Koch.

„Freiheitlich-religiöse Union". Nahm ihre Tätigkeit 1945 in Chemnitz wieder auf. Unter Hitler war die Union verboten. Gegenwärtig sind die Organisationen der Union vor allem in den westlichen Sektoren Berlins aktiv. Leiter ist Richard Reber, der Stellvertreter heißt Bilok.

„Erweckung der Welt". Die Sekte steht unter amerikanischem Einfluß. Umfaßt mehrere Tausend Menschen. Funktioniert hauptsächlich in den westlichen Sektoren Berlins.

„Heilsarmee". Eine Organisation britischer Herkunft. Ist äußerlich nach militärischem Muster aufgebaut. Aufgaben mit antisowjetischer Ausrichtung. Funktioniert in den westlichen Sektoren Berlins.

„Samariterinnen". Religiöse Frauenorganisation, hat verschiedene Ausrichtungen und besteht bei jeder der beiden Kirchen. Entfaltet gegenwärtig intensiv ihre Tätigkeit in den westlichen Sektoren Berlins.

---

149 Nicht lokalisierbar.

150 Im geheimen Bjulleten Uprawlenija Informazii SWAG Nr. 1/Berlin, 15.3.1948, werden insgesamt 30 erlaubte Kirchen und religiöse Sekten genannt sowie 13 verbotene, darunter die Heilsarmee. Verboten waren auch Freimaurerlogen. In: RGASPI 17/128/575, Bl. 17-19. Das interne Verzeichnis der in Berlin erlaubten und verbotenen Organisationen bezeichnet insgesamt 21 Organisationen als erlaubt und 426 als „nur in den Westsektoren erlaubt". Vgl. Bjulleten Uprawlenija Informazii SWAG Nr. 10/Berlin, 26.7.1948, in: RGASPI 17/128/575, Bl. 40-45.

„Evangelische Arbeit". Religiöse Frauenorganisation. War auch unter dem Naziregime aktiv. Der Ort konnte nicht ermittelt werden.

Außerdem gibt es noch folgende Sekten: „Sekte der Mennoniten", „Prophet Simon", „Neue Katholiken" und „Alte Lutheraner".

In der sowjetischen Besatzungszone bestehen folgende offiziell zugelassene Kirchen: die lutherisch-evangelische, die uniert-evangelische, die reformierte, die katholische; die russisch-orthodoxe, die griechisch-orthodoxe, die jüdische und die mohammedanische Kirche. Offiziell zugelassen sind folgende Sekten:

„Baptisten". Gruppen dieser Sekte bestehen in jeder Stadt der sowjetischen Besatzungszone und in jedem Stadtbezirk Berlins. In der sowjetischen Zone hat die Sekte bis zu 100.000 Anhänger.

„Methodisten". Sind in allen größeren Städten Deutschlands verbreitet. Stehen unter britischem Einfluß. In der sowjetischen Zone hat die Sekte bis zu 100.000 Anhänger.

„Adventisten des siebenten Tages". Organisationen dieser Sekte gibt es in fast allen Städten der sowjetischen Zone. Die Sekte hat bis zu 90.000 Anhänger.

„Zeugen Jehovas". Die Sekte nahm nach der Kapitulation Deutschlands 1945 ihre Tätigkeit in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone wieder auf. Unter den Nazis verfolgt.[151]

GARF 7212/1/189, Bl. 14-18. Original.

Nr. 24. Rundverfügung des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Watnik über die Arbeit der Zensoren. 27. Februar 1947[152]

Geheim

Die Vorzensur in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor Berlins ist seit dem 25. November 1946 aufgehoben.[153] Im Zusammenhang damit ist es für Sie unerläßlich, sofort die Tätigkeit der Zensurorgane umzustellen und in einer Sonderberatung aller Zensoren der Provinz den betreffenden Mitarbeitern die neuen Formen der Kontrolle zu erklären.

---

151 Von den etwa 20.000 deutschen Zeugen Jehovas war etwa die Hälfte von Verfolgungsmaßnahmen des nationalsozialistischen Regimes betroffen gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bekam die Sekte einen großen Zulauf und zählte 1949 fast 40.000 aktive Mitglieder. Die SMAD tolerierte zunächst die etwa 20.000 Anhänger in der SBZ (1949). Ab 1948 häuften sich dann Verhaftungen von Sektenmitgliedern wegen Druckschriftenvertriebs ohne die erforderliche Lizenzierung durch die SMAD und ab Mitte 1949 wurde der Sekte auch „Agenten- und Spionagetätigkeit" im Auftrag der USA unterstellt, schließlich wurde sie am 31. Aug. 1950 durch den Innenminister der DDR wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verboten. Vgl. Hirch, Waldemar: Die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas während der SED-Diktatur. Frankfurt/Main 2003.

152 In das Dokument ist handschriftlich hinzugefügt worden: „An die Chefs aller Propaganda-Unterabteilungen der Kreise".

153 So meldete dies auch die „Tägliche Rundschau" Berlin am 27. Nov. 1946. Vgl. Foitzik, SMAD 1999, S. 328f.

Dabei ist unbedingt ein richtiges Verständnis der Tatsache zu erreichen, daß die Abschaffung der Vorzensur keinesfalls ein Ende der Kontrolle über die deutsche Presse und ihrer systematischen Anleitung bedeutet. Es geht lediglich um eine Änderung der Formen der Pressekontrolle.

Gleichzeitig mit der Einräumung einer weitgehenden Selbständigkeit und Initiative bei der Auswahl und Erörterung von Fragen mit lokaler Bedeutung, des innerdeutschen und des Parteilebens, von Fragen der Beziehungen zwischen den Parteien und bei der Kritik an der Arbeit der Selbstverwaltungsorgane u. ä. wird die Zensur auch weiterhin, ohne kleinliche Vormundschaft, eine gründliche Kontrolle der deutschen Presse bezüglich aller politischen Fragen, sowohl internationaler als auch innenpolitischer, ausüben müssen.[154]

Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf die Kontrolle der die Sowjetunion betreffenden Propaganda und auf eine richtige Beleuchtung von Fragen der Außenpolitik der Sowjetunion in der Presse zu lenken, speziell in der Deutschlandfrage, sowie darauf, daß keine angloamerikanische Propaganda in die Presse gelangt.

Die Kontrolle der Zeitungen soll wie folgt organisiert sein:

1. Die Herausgabe von Zeitungen wird per Lizenz genehmigt. Eine spezielle Genehmigung für das Erscheinen der aktuellen Ausgabe ist nicht erforderlich, Zensornummern und -stempel entfallen.

Die Zeitungsredakteure sind verpflichtet, sich an eine spezielle Instruktion und eine Erklärung, die eigenhändig zu unterschreiben ist, zu halten (siehe Anlage). Die Instruktion wird den deutschen Lizenzträgern ausgehändigt. Die Verpflichtungserklärung wird dem Betreffenden nicht ausgehändigt. Sie wird vom Redakteur lediglich unterschrieben und dann in der Zensurbehörde aufbewahrt.

2. Der Zensor muß über den Inhalt der Zeitung, die er kontrolliert, im Bilde sein. Dazu kontrolliert der Zensor systematisch, mittels persönlicher Gespräche mit dem Redakteur, den Redaktionsplan, die Leitartikel sowie die wichtigen politischen Beiträge.

Im Falle der Notwendigkeit erteilt der Zensor dem Redakteur Weisungen, welche für letzteren verbindlich sind.

Unter allen Umständen trägt der Redakteur der Zeitung die volle Verantwortung für die entsprechende Ausgabe.

3. Die Nachkontrolle erfolgt mittels gründlichen Lesens jeder Ausgabe der Zeitung durch den Zensor. Alle festgestellten Mängel und Verstöße gegen die Instruktion, ebenso wie gegen die dem Redakteur erteilten Weisungen und gegen die vom Zensor als notwendig erachteten Maßnahmen werden für jede Ausgabe der Zeitung gesondert in einem Bericht festgehalten. Dieser Bericht wird nach Ablauf jeder Dekade an die Abteilung für Zensur der Propagandaverwaltung der SMAD übersandt.

4. Eine zu erteilende Strafe für einen verantwortlichen Redakteur oder für eine Zeitung muß vom Chef der Propaganda-Abteilung sanktioniert sein.

Einem Redakteur können folgende Strafen erteilt werden:

1. Verwarnung des verantwortlichen Redakteurs.
2. Erteilung einer Geldstrafe für den verantwortlichen Redakteur oder die Redaktion.
3. Konfiszierung eines Teiles oder der gesamten Zeitungsauflage.
4. Verkleinerung des Formats oder [dauerhafte] Verringerung der Zeitungsauflage.
5. Vorübergehendes Erscheinungsverbot für eine Zeitung.
6. Einführung einer Vorzensur.

---

154 Zur Sicherstellung der Nachzensur vgl. auch SMAD-Befehl Nr. 356 vom 24. Nov. 1946 über die Pflichtabgabe von Druckerzeugnissen, darunter an SMAD-Dienststellen. Originalwortlaut in: GARF 7317/8/8, Bl. 224-225.

7. Lizenzentzug.
8. Heranziehung zur gerichtlichen Verantwortung.

5. Für die von der SED herausgegebenen sowie für alle wissenschaftlichen Zeitschriften wird die Vorzensur aufgehoben. Für die von anderen Parteien herausgegebenen gesellschaftspolitischen Zeitschriften bleibt die Vorzensur vorerst erhalten.[155]

6. Die Vorzensur für Formulare, Bilder, Visitenkarten, Briefumschläge, Lebensmittelkarten und andere Materialien amtlichen Charakters wird aufgehoben. Genehmigungen für den Druck dieser Materialien werden von den entsprechenden deutschen Organen erteilt (die Nachrichtenämter[156] der deutschen Selbstverwaltungsorgane in den Provinzen und Städten).

7. Für politische Plakate, Flugblätter und Broschüren, ebenso für Ankündigungen von Parteiversammlungen, gesellschaftlichen und Gewerkschaftsversammlungen sowie von Kundgebungen bleibt die Vorzensur bestehen.

8. Für alle im Verlag der SMAD erscheinenden Druckerzeugnisse wird die Zensur aufgehoben.[157]

9. Für alle Bücher wissenschaftlichen Charakters, für schöngeistige Literatur und für alle Bücher aus dem Bereich der Künste wird die Vorzensur aufgehoben, doch ist ein positives Gutachten des [Kulturellen] Beirates[158] der zentralen deutschen Abteilung für Volksbildung erforderlich.

10. Für alle gesellschaftspolitischen Bücher mit Ausnahme der Bücher der SED bleibt die Vorzensur erhalten.

Diese Verfahrensordnung tritt am 26. Februar [19]47 in Kraft.

Der Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow
Für die Richtigkeit[159]: Der Chef der allgemeinen Abteilung Leutnant Kiritschenko

---

155 Der Verzicht auf Vorzensur bei wissenschaftlichen Zeitschriften laut Punkt 5 ist insoweit zu relativieren, als ihre „politische Kontrolle und Lenkung" laut Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 094 vom 23. März 1948 den Fachverwaltungen der SMAD übertragen wurde. Vgl. auch den tendenziellen Widerspruch zum Punkt 9.

156 „Nachrichtenämter" wurden 1945/46 bei Landräten und Oberbürgermeistern gebildet und unterstanden fachlich Informationsabteilungen/Landesnachrichtenämtern bei den Provinzial-/Landesverwaltungen. Die Bezeichnung der Struktureinheiten war nicht einheitlich, sie waren zunächst auch in verschiedenen Fachressorts etatisiert, sie widmeten sich aber alle in Zusammenarbeit u. a. mit den deutschen Zentralverwaltungen und dem Sowjetischen Nachrichtenbüro der „Aufklärung", „Erforschung" und „Kontrolle" der Bevölkerung und des gesellschaftlichen, politischen und religiösen Lebens. In Brandenburg betrieb das Provinzial-Informationsamt im SMAD-Auftrag noch 1948 die Vorzensur aller Drucksachen. Vgl. Foitzik, SMAD 1999, S. 328f. Generell müssen daher die verbalen Bekundungen dem Buchstaben und nicht dem Geiste nach ausgelegt werden, denn mit der Aufhebung der Vorzensur wurde nur der SMAD-Apparat zum Nachteil der deutschen Verwaltung entlastet.

157 Diese Bestimmung bedeutet lediglich, daß für den SMAD-Verlag die SMAD-Zensur aufgehoben wurde und weiterhin unmittelbar die sowjetische Zensur zuständig blieb. Sowjetische Organisationen durften in der SBZ nur im SMAD-Verlag veröffentlichen oder mit einem sowjetischen Zensurvermerk. Als der Verlag der „Täglichen Rundschau" im Dez. 1947 ohne Zensurgenehmigung eine Broschüre veröffentlichte, wurde der Ordnungsverstoß vom Bevollmächtigten des Ministerrates der UdSSR für den Schutz militärischer und Staatsgeheimnisse in der Presse im Schreiben an den Stabschef der SMAD vom 12. März 1949 beanstandet. Vgl. GARF 7317/7/98, Bl. 2.

158 Der „Rat für ideologische Fragen der Verlagsarbeit" oder „Der Kulturelle Beirat für das Verlagswesen" entstand auf der Grundlage des Befehls des Obersten Chefs der SMAD Nr. 25 vom 25. Jan. 1947 (russischer Wortlaut abgedruckt in der russischen Ausgabe unter dem Datum 21./25. Jan. 1947, vgl. GARF 7317/8/9, Bl. 121-122, sowie einschließlich deutscher Übersetzung nachgewiesen in: BArch DX 1-25/47) unter dem Vorsitz des 3. Vizepräsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Erich Weinert. Ihm oblag bis zur Auflösung 1951 Planung und „Kontrolle des ideologischen Inhalts" der Verlagstätigkeit sowie die Kontrolle des Redaktionspersonals.

159 Wenn nicht anders vermerkt, bezieht sich der Richtigkeitsvermerk auf das russische Original und nicht auf die deutsche Übersetzung.

[Anlage 1]

Nur für den Dienstgebrauch

Instruktion für die Lizenzträger der deutschen periodischen Presse

Angesichts des erreichten Entwicklungsstandes der in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erscheinenden Periodika und getragen von dem Wunsch, der diesbezüglichen Presse große Selbständigkeit und Initiative beim Aufwerfen und bei der Erörterung von Fragen des aktuellen politischen Lebens und, in der Hauptsache, beim Kampf für die weitere Demokratisierung Deutschlands und die endgültige Ausrottung des Faschismus und der nazistischen Ideologie einzuräumen, hat die Sowjetische Militäradministration in Deutschland die Vorzensur abgeschafft und führt folgende Art der Kontrolle über die in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor Berlins erscheinenden deutschen Periodika ein.

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland fordert von der periodisch erscheinenden deutschen Presse, daß sie von der ihr eingeräumten Freiheit unter Beachtung der Notwendigkeit Gebrauch macht, die militärische Sicherheit aufrechtzuerhalten und die Interessen der alliierten Besatzungsmächte zu wahren sowie in konsequenter Weise nazistischer und militaristischer Propaganda entgegenzutreten.

Im Zusammenhang damit dürfen die Lizenzträger in den durch sie herausgegebenen Zeitschriften nicht zulassen:

1. Die Verbreitung von Nachrichten, Mitteilungen und Artikeln aller Art, welche die öffentliche Ordnung gefährden oder Widerstand gegen die Besatzungsmächte hervorrufen könnten oder die eine Gefahr für die Besatzungsmächte bzw. für die militärische Sicherheit im allgemeinen darstellen.
2. Die Verbreitung oder Propagierung nationalsozialistischer, faschistischer, pangermanischer, militaristischer, imperialistischer Ideen sowie von Ideen, die Rassenhaß und religiösen Streit hervorrufen.
3. Die Verbreitung von Nachrichten, Mitteilungen und Artikeln, die Angriffe gegen Anordnungen der Militäradministration und ihre Vertreter enthalten, die auf eine Beschädigung des Einvernehmens zwischen den Verbündeten gerichtet sind oder die eine feindliche Haltung des deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten erzeugen.

Die Lizenzträger sind verpflichtet, als Mitarbeiter und Angestellte Personen zu wählen, die fähig sind, bei der Errichtung einer gesunden, demokratischen Gesellschaftsordnung in Deutschland mitzuwirken. Auf keinen Fall dürfen Personen zur Arbeit zugelassen werden, die früher aktive Anhänger des Nationalsozialismus, überzeugte Vertreter rassistischer oder militaristischer Lehren, Funktionäre der nationalsozialistischen Partei oder solcher Organisationen gewesen waren, die durch den Internationalen Gerichtshof in Nürnberg als nationalsozialistisch eingestuft worden sind.

Alles in der Zeitschrift veröffentlichte Material, soweit es von Nachrichtenagenturen stammt oder aus anderen Veröffentlichungen übernommen wurde, muß einen Hinweis auf seine Quelle enthalten; eigene Mitteilungen und Artikel müssen mit der Unterschrift oder mit einem Kürzel des Autors versehen sein.

Die Lizenzträger sind vollständig für das in ihren Zeitschriften veröffentlichte Material verantwortlich, unabhängig von der Quelle.

Ein Verstoß gegen diese Instruktion kann folgendermaßen geahndet werden:

1. Verwarnung des verantwortlichen Redakteurs.
2. Erteilung einer Geldstrafe für den verantwortlichen Redakteur oder die Redaktion.
3. Konfiszierung eines Teils oder der gesamten Zeitungsauflage.
4. Verkleinerung des Formats oder [dauerhafte] Verringerung der Zeitungsauflage.
5. Vorübergehendes Erscheinungsverbot für eine Zeitung.
6. Einführung einer Vorzensur.
7. Lizenzentzug.
8. Heranziehung zur gerichtlichen Verantwortung.

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland

[Anlage 2]

Wird nicht ausgehändigt

Verpflichtungserklärung
des verantwortlichen Redakteurs der Zeitung_____[160]

Ich, der Unterzeichnende, verantwortlicher Redakteur der Zeitung_____[161], verpflichte mich, in der von mir geleiteten Zeitung keine Nachrichten, Meldungen und Artikel zuzulassen, die:

der Instruktion der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 22. November 1946 zuwiderlaufen;[162]

feindliche, provokatorische und verleumderische Gerüchte und Nachrichten über die Sowjetunion, ihre Außen- und Innenpolitik und ihre Politik gegenüber Deutschland, enthalten;

ein tendenziöses Bild von der Lage in der sowjetischen Besatzungszone zeichnen und als Anlaß dienen könnten, Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsbehörden auszudrücken;

Angaben über Benennung, Zusammensetzung, Stationierung und Bewegung, politisch-moralischen Zustand, Sicherheit, Mannschaftsstärke und Bewaffnung, mobilisierende und demobilisierende Maßnahmen der sowjetischen Streitkräfte enthalten, mit Ausnahme derjenigen offiziellen Angaben, die vom Informationsbüro der SMAD oder der Abteilung Presse der Verwaltung für Propaganda der SMAD zu diesen Fragen gemacht wurden.

Angaben zur Produktivität oder Leistungsfähigkeit von Unternehmen machen, die sowjetische Besatzungstruppen versorgen, sofern keine spezielle Genehmigung der Abteilung Zensur der Propagandaverwaltung der SMAD vorliegt.

Angaben über Vorfälle mit sowjetischen Militärangehörigen und Bürgern enthalten, über ihre Lebensweise und ihre Gebräuche, sofern keine spezielle Genehmigung der Abteilung Zensur der Propagandaverwaltung der SMAD vorliegt.

Ich verpflichte mich, in der von mir geleiteten Zeitung lediglich folgende Informationsquellen zu nutzen: ADN[163], Informationsbüro der SMAD, TASS[164].

---

160 Leerstelle für entsprechende Einträge.

161 Leerstelle für entsprechende Einträge.

162 Damit ist sicherlich die als Anlage 1 abgedruckte, im Original undatierte Instruktion gemeint.

163 ADN, für: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Presseagentur für die SBZ mit Monopolstellung, wurde durch SMAD-Befehl Nr. 0292 vom [23.]/26. Sept. 1946 (Wortlaut in: GARF 7317/7/26, einschließlich drei Anlagen Bl. 188-199) als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Berlin gegründet. Der ADN stand unter der unmittelbaren Leitung und Kontrolle des Chefs des Informationsbüros der SMAD, ursprünglich waren im ADN sechs Zensoren der Propaganda-Verwaltung der SMAD tätig. Der ADN unterhielt fünf

Ich verpflichte mich, den sowjetischen Zensor nach bestem Gewissen über alle wichtigen, zur Veröffentlichung in der Zeitung vorgesehenen, politischen Materialien zu informieren sowie über alle anderen Fragen, die mit der Veröffentlichung von Materialien zusammenhängen, die den Zensor interessieren werden.

Ich bin mit der Instruktion der SMAD vom 22. November 1946 bekanntgemacht worden und weiß, welche Maßnahmen als Folge von Verstößen gegen die Instruktion ergriffen werden.

Der verantwortliche Redakteur_____[165]
_____[166] 1947

GARF 7212/1/189, Bl. 50-54. Original.

Nr. 25. Rundverfügung des Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen Dr. Schröder[167] an die Oberpostdirektionen betreffend den angeblichen Wegfall der Postzensur bei der Ortspostbeförderung. 5. März 1947

Pr/ II 2460-0/1

An die Oberpostdirektionen
Dresden, Erfurt, Halle (Saale),
Leipzig, Potsdam und Schwerin (M)
Weitgehende Befreiung der Ortspost von der Zensur

Streng vertraulich!

I. Von sofort ab sind in Orten ohne Militärzensurstelle die eingeschriebenen und gewöhnlichen Briefsendungen aller Art (u.a. auch Streifbandsendungen) sowie die Pakete und Päckchen im Ortsverkehr von der Zensur befreit. Den Zensurstellen bleibt jedoch das Recht vorbehalten, die Briefpost zur periodischen Kontrolle in den Zensurstellen anzufordern.

II. In Orten mit Militärzensurstelle müssen alle Ortssendungen wie bisher der Zensurstelle zugeleitet werden. Ebenfalls gelten die bisherigen Zensurbestimmungen (also allgemeine Zuführung zur Zensurstelle) für die gesamte übrige Briefpost (Ausland, zwischenzonaler Verkehr und Post innerhalb der Zone über den Ortsbereich hinaus).

III. Alle Dienststellen sind sofort anzuweisen. Es sind die nötigen Maßnahmen zu treffen, daß nunmehr die Ortspost unverzögert mit der nächsten Zustellung abgetragen wird.

Abteilungen in den Ländern der SBZ. Erster ADN-Direktor war Georg-Wilhelm Hansen (eigentlich: Willi Leitner) (1903-1976), KPD/SED, 1932 in England wegen Mitarbeit in der sowjetischen militärischen Aufklärung zu neun Jahren Haft verurteilt und 1935 in die Sowjetunion abgeschoben, 1946-52 Direktor des ADN, 1952-56 Leiter der Abteilung Presse- und Rundfunk im ZK der SED, 1956-62 stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland".

164 TASS, für: Telegrafnoje Agenstwo Sowetskowo Sojusa, d.i. amtliche Presseagentur der UdSSR.

165 Leerstelle für entsprechende Einträge.

166 Leerstelle für entsprechende Einträge.

167 Schröder, Wilhelm, Dr. (1890-1972), 1945/46 SPD/SED, 1945-48 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen in der SBZ, danach Leiter der Hauptverwaltung Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), 1949-54 Staatssekretär im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR.

IV. Um auch für die in den Zensurorten eingelieferte Ortspost eine größtmögliche Beschleunigung zu erreichen, ist die Ortspost beim Ordnen der Sendungen auszusondern. Von den örtlichen Zensurstellenleitern wäre die Genehmigung zu erbitten, daß die Ortspost aus jeder Kastenleerung besonders zur Zensurstelle gebracht wird und – gesondert von der übrigen Post – baldmöglichst wieder abgeholt wird.[168] Sie muß dann mit der nächsten Zustellung abgetragen werden.

V. Diese V[er]f[ügung] ist vertraulich zu behandeln. Allen Dienststellen ist strengste Geheimhaltung zur Pflicht zu machen. Die Anordnung darf keinesfalls der Öffentlichkeit bekannt werden.

Dr. Schröder

GARF 7317/41/21, Bl. 20. Deutsch.

Nr. 26. Schreiben des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Verwaltung für Handel und Versorgung der SMAD Kutscherenko[169] über zusätzliche Lebensmittelpakete für deutsche Kulturschaffende. 18. März 1947

Geheim

Ihre Mitarbeiterin Frau Gawritschewa hat mir den Entwurf eines Befehls über die Versorgung herausragender Personen der deutschen Öffentlichkeit mit Lebensmittelpaketen vorgestellt. Entsprechend diesem Entwurf werden der Propagandaverwaltung 1.000 (eintausend) Lebensmittelpakete der ersten und zweiten Kategorie zur Verfügung gestellt.
Ich bitte Sie, Frau Gawritschewa anzuweisen, diese Pakete wie folgt unter die nachfolgend genannten Organisationen zu verteilen (wobei die Übergabe der Pakete durch folgende Offiziere der SMAD und der Berliner Kommandantur zu erfolgen hat):

1. an das Funkhaus Berlin – 200 Pakete (über Oberstleutnant Malachow),
2. an das Funkhaus Leipzig – 24 Pakete (über Hauptmann Bessarab),
3. an die Berliner Intelligenz und die Intelligenz der Provinzen, entsprechend der Ihnen bekannten Liste – 170 Pakete (in Berlin – über Hauptmann Mtschedlischwili, im Bundesland Sachsen – über Major Auslender, in der Provinz Sachsen – über Major Fradkin, im Bundesland Thüringen – über Hauptmann Salman, in der Provinz Mecklenburg – über Hauptmann Bondarenko, in der Provinz Brandenburg – über Hauptmann Poluektow).

---

168 Die Aufhebung der Postzensur auf Orts- und Kreisebene ordnete erst eine interne Weisung vom 27. Aug. 1947 an. Aber noch am 16. Nov. 1948 wandte sich Rau an Kowal von der SMAD mit der Bitte, wegen enormer Zeitverschleppung (bei der Ortspost von 2-3 und innerhalb der SBZ von 5-7 Tagen) die Postzensur aufzuheben bzw. einzuschränken, was die zuständigen sowjetischen Dienststellen in der SBZ ablehnten (vgl. den Schriftwechsel in GARF 7317/4/106, Bl. 237-241). Tatsächlich ist das abgedruckte Dokument vor dem Hintergrund einer noch unklaren Reorganisation der damals von sowjetischen und deutschen Dienststellen gemeinsam betriebenen Postzensur zu interpretieren, für die auf sowjetischer Seite nicht die SMAD, sondern unmittelbar die selbständige Militärische Zensur des Apparates des Bevollmächtigten des NKGB/MGB in Deutschland zuständig war.

169 Kutscherenko, Alexei Nikolajewitsch, stellvertretender Volkskommissar für Handel der UdSSR, 1945-47 Chef der Abteilung bzw. Verwaltung für Handel und Versorgung der SMAD, ab April 1947 wieder stellvertretender Minister für Handel der UdSSR.

4. an die fünf Berliner Theater – 290 Pakete (über Hauptmann Mtschedlischwili),
5. an die Zentrale der „Volksbühne" – 15 Pakete (über Hauptmann Mtschedlischwili),
6. an die leitenden Funktionäre des „Kulturbundes" – 40 Pakete (über Hauptmann Mtschedlischwili),
7. an die Filmgesellschaft „DEFA" – 80 Pakete (über Hauptmann Mtschedlischwili),
8. an den Verlag „Theater der Zeit" – 10 Pakete (über Hauptmann Mtschedlischwili),
9. an die Zeitung „Tägliche Rundschau" – 75 Pakete (über den von Oberst Kirsanow bestätigten Vertreter der Zeitung),
10. an die Zeitung „Tribüne" und die Zeitschrift „Für Dich" – 17 Pakete (über Major Pschenizyn, Stadtkommandantur Berlin),
11. an den Verlag „Volk und Welt" – 34 Pakete (über Major Pschenizyn),
12. an die Zeitung „Berlin am Mittag" – 20 Pakete (über Major Pschenizyn),
13. an den Chef der Verwaltung für besondere Angelegenheiten zur eigenständigen Verfügung – 25 Pakete (über Major Peunow).

Ich bitte Sie, mich von der Unterzeichnung des Befehls rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit ich die oben genannten Offiziere anweisen kann, die zu den Paketen gehörenden Lebensmittelkarten zu empfangen und an die hier aufgelisteten Organisationen zu verteilen.

Der Chef der Verwaltung für Propaganda der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Oberst S. I. Tjulpanow

AWP RF 0457b/4/22/25, Bl. 5-6. Beglaubigte Kopie.

Nr. 27. Schreiben des Chefs der Post- und Fernmeldeabteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Kolesnikow[170] an den Chef der 4. Abteilung der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Oberstleutnant Gilew[171] betreffend einer Liste aller in der SBZ verbotenen Druckerzeugnisse. Dresden, 4. April 1947

Ich bitte Sie, mir eine Liste derjenigen Zeitungen und Zeitschriften zu schicken, deren Übersendung aus den westlichen Zonen Deutschlands in die sowjetische Besatzungszone verboten ist. Ohne diese Liste ist die Kontrolle der deutschen Postämter erschwert.

Der Chef der Post- und Fernmeldeabteilung der Verwaltung der SMA des Bundeslandes Sachsen Oberstleutnant *Kolesnikow*

[Anlage]
Verzeichnis der Berliner Zeitungen[172], deren Übersendung in die sowjetische Besatzungszone erlaubt ist:

1. ABC-Zeitung
2. Arbeit und Sozialversorgung

170 Kolesnikow, Oberstleutnant, Chef der Postabteilung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen.
171 Gilew, Oberstleutnant, Chef der 4. Abteilung der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD.
172 Bei den nachstehenden Zeitungs- und Zeitschriftentiteln handelt es sich um SMAD-Lizenzblätter.

3. Bauzeitung
4. Das Gespräch
5. Berliner Zeitung
6. Modejournal Berlin
7. Demokratischer Aufbau
8. Deutsche Bauerntechnik
9. Deutsches Gesundheitswesen
10. Die Deutsche Landwirtschaft
11. Einheit
12. Die Frau von heute
13. Der freie Bauer
14. Die Freie Gewerkschaft[173]
15. Friseur-Kosmetik-Mode
16. Für Dich
17. Illustrierte Rundschau
18. Der Imker
19. [Märkische] Volkstimme der Provinz Brandenburg – Allgemeine Ausgabe
20. [Märkische] Volkstimme der Provinz Brandenburg – Ausgabe für den Verwaltungsbezirk Berlin
21. [Märkische] Volkstimme der Provinz Brandenburg – Ausgabe für den Verwaltungsbezirk Brandenburg
22. [Märkische] Volkstimme der Provinz Brandenburg – Ausgabe für den Verwaltungsbezirk Cottbus
23. [Märkische] Volkstimme der Provinz Brandenburg – Ausgabe für den Verwaltungsbezirk Eberswalde
24. [Märkische] Volkstimme der Provinz Brandenburg – Ausgabe für die Stadt Frankfurt/Oder
25. Der Morgen
26. Nacht-Expreß
27. Neue Berliner Illustrierte
28. Die neue Schule
29. Neue Welt
30. Neue Zeit
31. Neuer Weg
32. Neues Deutschland – Berliner Ausgabe
33. Neues Deutschland – Reichsausgabe
34. Neues Leben
35. Pädagogik
36. Die Schulpost
37. Sonntag
38. Die Stadtverwaltung
39. Start
40. Statistische Praxis
41. Tägliche Rundschau
42. Die Tagespost
43. Die Technik
44. Theater der Zeit

---

173 Das Zentralorgan des FDGB „Die Freie Gewerkschaft" erschien ab 1. Jan. 1947 unter dem Titel „Tribüne".

45. Theaterarbeit
46. Tribüne – Ausgabe A
47. Verordnungsblatt für Groß-Berlin
48. Die Versorgung
49. Der Volksbibliothekar
50. Vorwärts
51. Die Wirtschaft
52. Zeitschrift für Meteorologie
53. Zeitung für Tarife[174]
54. Bauzeitung
55. Der Schneider
56. Der Bergarbeiter
57. Der Berliner GKB-Angestellte[175]
58. Der Kurier
59. Deutsche Finanzwirtschaft
60. Solidarität
61. Der Eisenbahner
62. Fabrik-Echo
63. Forum[176]
64. Der freie Angestellte
65. Frischer Wind
66. Grundstein
67. Der Holzbearbeiter[177]
68. Jeder[178]
69. Junge Welt
70. Der junge Gewerkschafter
71. Der Korrespondent
72. Kunst und Schreiben[179]
73. Der Land- und Forstarbeiter
74. Der Lederarbeiter
75. Medizintechnik
76. Medizinmechanik
77. Der Metallarbeiter
78. Neue Justiz
79. Neue Post
80. Neue Post – Ausgabe Groß-Berlin
81. Wirtschaft und Verwaltung[180]
82. Stimme der Frau[181]
83. Der Techniker
84. Der Textilarbeiter

---

174 Nur als „Zeitung für Tarife. Preisliste der Handelsorganisation HO" nachgewiesen.

175 „Mitteilungsblatt für Funktionäre der Gewerkschaft der Kaufmännischen, Büro- und Verwaltungsangestellten".

176 „Forum", 1947-49 Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen, 1950-52 Zeitschrift der demokratischen Studenten Deutschlands.

177 In der Vorlage: „Derewoobdelotschnik".

178 In der Vorlage: „Kaschdy".

179 In der Vorlage: „Chudoschestwo i pissatelstwo".

180 Möglicherweise: „Berliner Statistik. Mitteilungen zur Wirtschaft und Verwaltung".

181 Nur mit dem Erscheinungsort Chemnitz (Sachsenverlag) nachgewiesen.

85. Tribüne – Ausgabe B
86. Der Volkslehrer[182]

GARF 7317/41/21, Bl. 27-29. Original.

Nr. 28. Befehl Nr. 90 des Obersten Chefs der SMAD über die Tätigkeit der Verlage und Druckereien mit Ausführungsbestimmungen. Berlin, 17. April 1947[183]

Betrifft: Die Tätigkeit der Verlage und Druckereien

In Verbindung mit der Aufhebung der Vorzensur für deutsche Zeitungen und andere Publikationsorgane sowie zum Zwecke der Beibehaltung der notwendigen Kontrolle ihrer Tätigkeit befehle ich:

1. Es werden bestätigt und in Kraft gesetzt:

a) „Richtlinien über die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten und anderen Drucksachen";

b) „Richtlinien über die Tätigkeit der Druckereien und Vervielfältigungsbetriebe";

c) „Richtlinien über die Tätigkeit der deutschen Selbstverwaltungsorgane auf dem Gebiete der Kontrolle der Drucksachen".

2. Die Verlage, die Besitzer von Druckereien und Vervielfältigungsapparaten sowie die Organe der deutschen Selbstverwaltung richten sich in ihrer Tätigkeit streng nach den oben genannten Richtlinien.

3. Die Kontrolle für die Erfüllung der oben genannten Richtlinien wird den Militärkommandanten der Bezirke, Städte und Kreise auferlegt.

4. Der Befehl der SMViD[184] Nr. 19 v[om] 2. August 1945 wird aufgehoben.

Stellvertretender Oberster Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland
Generaloberst P. Kurotschkin[185]

Der Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland
Generalleutnant M. Dratwin

182 Die unter der Nr. 50, 53, 55, 60, 67, 68, 70, 71, 72, 75 und 76 genannten Titel konnten anhand des übersetzten russischen Originals bibliographisch nicht nachgewiesen werden.

183 Auf der russischen Befehlsurschrift ist das Doppeldatum „16./17. April 1947" vermerkt (in: GARF 7317/8/10, Bl. 252-256 (mit Anlagen)). Darin auf Bl. 252 Vermerke: maschinenschriftlich: „[Auf Antrag] der Militärischen Zensur für Deutschland" sowie handschriftlich „Aufgehoben durch Befehl der SKK Nr. 0031 vom 14.08.[19]51. Salnikow."

184 SMViD, für: Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland.

185 Kurotschkin, Pawel Alexejewitsch, Generaloberst, 1920 WKP(B), Juli 1946-Mai 1947 Erster Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD, danach wieder höchste Kommandostellungen in der Sowjetunion.

[Anlage 1][186]
[Richtlinien zu Befehl Nr. 90 der SMAD vom 17. April 1947]
Über die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten und anderen Drucksachen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

1. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Plakate und andere Massendrucksachen dürfen nur von Verlagen veröffentlicht werden, die eine Lizenz der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland haben.
Die Verlage dürfen ihre Tätigkeit nur ausüben, nachdem sie von der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Lizenzen erhalten haben.

2. Die Verlage dürfen nur Ausgaben veröffentlichen, die in den ihnen ausgestellten Lizenzen vorgesehen und im Verlagsplan bestätigt sind.

3. Zeitungen, wissenschaftliche und technische Bücher und Zeitschriften, schöne Literatur und Literatur über Kunst unterliegen keiner Vorzensur.

4. Soziale und politische Literatur, Broschüren im Umfang bis zu 16 Seiten, Flugblätter und Plakate der politischen Parteien, der Gewerkschaften und öffentlichen Organisationen sowie die Werbung für diese Ausgaben und die Werbung für Bühnenunternehmen unterliegen einer Vorzensur durch die Organe der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland.

5. Wissenschaftliche und schöne Literatur, die vom kulturellen Beirat bei der deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gebilligt worden ist, wird ohne Vorzensur veröffentlicht.

6. Für den Abdruck jeder Ausgabe legt der Verlag der Druckerei einen schriftlichen Auftrag vor, in dem vermerkt sein muß: die Nummer der Lizenz der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, der Name des Lizenzträgers, der Titel, die Auflage und der Umfang der Ausgabe.

7. Die volle Verantwortung für die zu veröffentlichende Ausgabe trägt der Verlag.

8. Der Verlag schickt Exemplare seiner Ausgaben an die Stellen, die im Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Nr. 356 vom 24. 12. 1946[187] angeführt sind.

9. Für Verstöße gegen diese Richtlinien werden über den Lizenzträger folgende Strafen verhängt:

1. Geldstrafe;
2. Beschlagnahme eines Teiles der Auflage oder der ganzen Auflage;
3. Lizenzentziehung;
4. gerichtliche Verfolgung.

Die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland

186 Die nachfolgenden drei Richtlinien sandte der Ministerpräsident des Landes Thüringen am 16. Mai 1947 in deutscher Übersetzung aus. Vgl. BArch DX 1 – 90/47.

187 SMAD-Befehl Nr. 356 vom 24. Dez. 1946 betr. Verpflichtung aller in der SBZ und im sowjetischen Sektor von Berlin ansässigen Verlage zur Abgabe von Musterexemplaren aller seit dem 9. Mai 1945 erschienenen Drucke. Wortlaut, in: GARF 7317/8/8, Bl. 224-225 (russisch), BArch DX 1 – 356/46 (deutsche Übersetzung).

[Anlage 2]
[Richtlinien zu Befehl Nr. 90 der SMAD vom 17. April 1947]
Über die Tätigkeit der Druckereien und der Vervielfältigungsbetriebe in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

1. Der Besitzer einer Druckerei oder eines Vervielfältigungsbetriebes darf die Arbeit in seinem Betrieb nur aufnehmen lassen, wenn er eine entsprechende Erlaubnis des Militärkommandanten vorlegen kann.

2. Die Besitzer von Druckereien oder Vervielfältigungsbetrieben sind berechtigt, zum Abdruck zu bringen:

a) Material von Verlagen, die eine Lizenz der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland haben, und zwar: Zeitungen, Zeitschriften sowie die vom kulturellen Beirat bei der deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gebilligte wissenschaftliche und schöne Literatur ohne eine Vorzensur;

b) sämtliches Material, das von der Zensur der Organe der Sowjetischen Militärverwaltung genehmigt worden ist, falls ein Stempel und eine Unterschrift des Zensors vorliegt;

c) folgendes Material, das von den Organen der deutschen Selbstverwaltung (Nachrichtenamt) der Sowjetzone und von der Polizei des Sowjetsektors der Stadt Berlin genehmigt worden ist: alle Arten von Vordrucken und Formularen deutscher Dienststellen, Handels- und Industriefirmen, öffentlicher Organisationen und Privatpersonen; Briefbogen und Umschläge; Formulare für Aufstellungen, Rechnungen und Quittungen, Verträge und Abkommen; Annoncen und Reklame von Handels- und Industriefirmen; Annoncen einzelner Personen; Stellenangebot und Stellengesuche; Verlobungs-, Heirats- und Todesanzeigen; Visitenkarten, alle Arten von Klebezetteln; Anzeigen von Verlusten, Diebstählen und Raubüberfällen; Eintrittskarten für Theater und Veranstaltungen – falls ein Stempel und eine Unterschrift des zuständigen Beamten dieser Organe vorliegt.

3. Die Besitzer von Druckereien und Vervielfältigungsbetrieben sind nicht berechtigt Material abzudrucken, das in Punkt 2 dieser Instruktion nicht vorgesehen ist.

4. Die Druckerei oder der Vervielfältigungsbetrieb dürfen das Material der Verlage nur dann abdrucken, wenn ein schriftlicher Auftrag vorliegt, in dem angeführt sein muß: die Nummer der von der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland erteilten Lizenz, der Name des Lizenzträgers, der Titel, die Auflage und der Umfang der Ausfertigung. Die Besitzer von Druckereien und Vervielfältigungsbetrieben sind verpflichtet, das zum Abdruck gelangende Material mit folgenden Kennzeichen zu versehen: in der linken unteren Ecke die ständige Nummer der Druckerei in runden Klammern, die vollständige Bezeichnung der Druckerei und ihre Anschrift, die laufende Nummer des Auftrages; in der unteren rechten Ecke in Fettdruck die Nummer der Verlagslizenz oder die Nummer der Zensurgenehmigung.
Material deutscher Dienststellen, Organisationen, Privatpersonen und Firmen darf nur gedruckt werden, wenn von ihnen ein schriftlicher Auftrag und die entsprechende Genehmigung der zuständigen Beamten der deutschen Selbstverwaltungsorgane (des Nachrichtenamtes) der Sowjetzone oder der Polizei im Sowjetsektor Berlins vorliegen und auch dann nur in dem Falle, wenn diese Dienststellen, Firmen, Organisationen und Personen ihren ständigen Sitz in der Sowjetzone oder im sowjetischen Sektor der Stadt Berlin haben.

In diesem Falle wird die rechte untere Ecke mit der Nummer der Zensurgenehmigung oder mit der Nummer der Genehmigung des deutschen Selbstverwaltungsorgans oder der Polizei in Fettdruck versehen.

5. Die Besitzer von Druckereien oder Vervielfältigungsbetrieben sind nicht berechtigt, eigenmächtig die Auflage und den Umfang der Ausgaben zu vergrößern.

6. Zum 5. jeden Monats schicken die Besitzer von Druckereien oder Vervielfältigungsbetrieben je ein Exemplar aller im vergangenen Monat zum Abdruck gelangten Ausgaben dem zuständigen Zensurorgan der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland ein.

7. Der Verkauf oder die Entnahme von Typen oder anderen Einrichtungsgegenständen aus den Druckereiräumen darf nur mit Genehmigung des Militärkommandanten erfolgen. Der Besitzer einer Druckerei ist verpflichtet, dem Militärkommandanten rechtzeitig über alle Veränderungen in der Menge der Typen und der Einrichtungsgegenstände, über die Schließung der Druckerei wegen Reparatur oder aus anderen Gründen und dergleichen Mitteilung zu machen.

8. Der Besitzer einer Druckerei ist verpflichtet, täglich nach Arbeitsschluß die Setzerei und die Räume, wo die Druckereimaschinen stehen, zu versiegeln; der Besitzer eines Vervielfältigungsbetriebes versiegelt den Raum, wo sich der Vervielfältigungsapparat befindet.

9. Für Verstöße gegen diese Instruktion werden über die Besitzer von Druckereien oder Vervielfältigungsbetrieben folgende Strafen verhängt:

1. Geldstrafe;
2. Beschlagnahme der Druckerei oder der Vervielfältigungsapparate;
3. gerichtliche Verfolgung.

Die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland

[Anlage 3]
[Richtlinien zu Befehl Nr. 90 der SMAD vom 17. April 1947]
Über die Tätigkeit der Organe der deutschen Selbstverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bei der Kontrolle von Drucksachen

1. Die deutschen Selbstverwaltungsorgane (in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands das Nachrichtenamt und im Sowjetsektor Berlins die Polizei) haben das Recht, die Genehmigung zum Abdruck folgender Arten von Material zu erteilen:

a) Alle Arten von Vordrucken und Formularen von deutschen Dienststellen, Handels- und Industriefirmen, öffentlichen Organisationen und Privatpersonen (Briefbogen und Umschläge, Vordrucke für Aufstellungen, Formulare für Rechnungen und Quittungen, Verträge und Abkommen usw.);

b) Annoncen und Reklame von Industrie- und Handelsfirmen, mit Ausnahme der Reklame und Annoncen von Bühnenunternehmen, Presseorganen, politischen Parteien, Gewerkschaften und öffentlichen Organisationen;

c) Annoncen von einzelnen Personen (Stellenangebote, Verlobungs-, Vermählungs- und Todesanzeigen), Visitenkarten, Anzeigen von Verlusten, Diebstählen und Raubüberfällen usw.;

d) Eintrittskarten für Theater und Veranstaltungen, mit Ausnahme von Eintrittskarten für Versammlungen und Kundgebungen, die von politischen Parteien und öffentlichen Organisationen veranstaltet werden.

2. Die Kontrolle über das in Punkt 1 aufgezählte Material wird in der sowjetischen Besatzungszone von den Organen der deutschen Selbstverwaltung durchgeführt und im sowjetischen Sektor der Stadt Berlin von der Polizei; jedoch nur für Einrichtungen, Firmen, Organisationen und Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in der sowjetischen Zone oder dem sowjetischen Sektor der Stadt Berlin haben.

3. Den Organen der deutschen Selbstverwaltung (Nachrichtenamt, Polizei) obliegt die systematische Kontrolle über die Arbeit der Druckereien und der Vervielfältigungsbetriebe beim Abdruck von Material, das ihrer Prüfung unterliegt.

4. Die Organe der deutschen Selbstverwaltung (Nachrichtenamt, Polizei) melden der Militärkommandantur des Bezirks monatlich die vorgekommenen Verstöße gegen die Richtlinien durch die Besitzer von Druckereien und Vervielfältigungsbetrieben.

5. Die Militärkommandanten der Bezirke überprüfen systematisch das Material, das von den deutschen Selbstverwaltungsorganen und der Polizei zum Druck freigegeben ist.

6. Die Organe der deutschen Selbstverwaltung (Nachrichtenamt, Polizei) tragen die volle Verantwortung für den Inhalt des Materials, das durch ihre Kontrolle gegangen ist.

7. Für Verstöße gegen diese Vorschriften werden die zuständigen Beamten der deutschen Selbstverwaltungsorgane (Nachrichtenamt) und im sowjetischen Sektor der Stadt Berlin die Kontrollbeamten der Polizei, die damit betraut sind, die Genehmigung zum Druck von Material zu erteilen, zur Verantwortung gezogen und gegebenenfalls dem Gericht übergeben.

Die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland

Für die Richtigkeit der Abschrift: Schrieder, Präs[idial]-Kanzl[ei]

BArch DX 1 – 90/47. Deutsche Übersetzung.[188]

Nr. 29. Sonderbericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Watnik an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über Unruhen in Dresden und Umgebung. 6. Mai 1947

Geheim

Sonderbericht

Hiermit berichte ich, daß die Reaktion in Dresden und Umgebung versucht hat, während der Feiertage zum 1. Mai eine Hungerdemonstration zu provozieren. Am 30. April fand die Polizei von Radeberg in einem Briefkasten ein Flugblatt, das den Aufruf enthielt, gegen die Spekulanten aus der SED, die Industriebonzen, zu kämpfen und am 1. Mai einen Hungermarsch zu organisieren. Im Gebiet um das Werk „Universal" in Dresden und in Radebeul wurden Flugblätter mit dem Aufruf, am 2. Mai eine Hungerdemonstration zu organisieren, gefunden. In Bühlau (Randbezirk Dresdens) wurde ein Flugblatt gefunden, das sich an die demokratischen Frauenorganisationen der sowjetischen Besatzungszone richtete, von Schumacher[189] unterschrieben war und alle möglichen Verleumdungen der SED und der Besatzungsmacht enthielt. Dank der ergriffenen Maßnahmen ist es der Reaktion an den genannten Orten nicht gelungen, während der Maifeiertage Hungerdemonstrationen zu provozieren. Angesichts des Scheiterns aller ihrer Bemühungen provozierte die Reaktion am 3. Mai in Freital (Vorstadt von Dresden) etwa 60 Frauen dazu, zum Militärkommandanten zu gehen und eine Verbesserung der Versorgung mit Fleisch, Fett und Kartoffeln zu fordern. Die Versammelten wählten drei Frauen aus, die mit dem Militärkommandanten sprechen sollten und die wahrscheinlich die Organisatoren dieses Marsches sind. Die Vertreter der versammelten Frauen Schuster, Heitzer und Ilma Heikert[190] teilten dem Kommandanten im Gespräch mit, daß sie sich ungeachtet der Tatsache, daß die Lebensmittelkarten vollständig gegen entsprechende Waren eingelöst werden können, Sorgen über die Lebensmittelver-

188 Der Befehl und die drei Anlagen wurde veröffentlicht in: Gesetzblatt des Landes Sachsen-Anhalt, Teil I, Halle (Saale) 1947/Nr. 11 vom 16. Juni 1947, S. 81-83. Der russische Wortlaut in: GARF 7317/8/10, Bl. 252-256.

189 Schumacher, Kurt (1895-1952), ab 1946 Vorsitzender der SPD in Westdeutschland, 1949-52 Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag.

190 In der Vorlage: „Schoster, Gaizert, Ilma Gaizerkt".

sorgung machen. Vor allem darüber, daß Sachsen wie auch Deutschland im ganzen so wenig Land besitzt, daß die Frauen um zusätzliches Gemüse, um Kartoffeln und Fleisch bitten sowie darum, daß das Fleisch nicht einfach durch Fisch ersetzt wird.

Bezüglich der Versammlung der Frauen vor dem Gebäude der Militärkommandantur Freital wird eine Untersuchung durchgeführt.

Der Chef der Propaganda-Abteilung der SMA-Verwaltung des Bundeslandes Sachsen Oberstleutnant *Watnik*

GARF 7212/1/192, Bl. 23. Original.

Nr. 30. Schreiben des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow[191] über die erste Konferenz des Kulturbundes. 31. Mai 1947

Geheim

Über die Erste Zonenkonferenz des Kulturbundes

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, eine überparteiliche Organisation der deutschen demokratischen Intelligenz, die im Juli 1945 auf Initiative der KPD in Berlin gegründet wurde, führte in den vergangenen Tagen ihre rechenschaftslegende Wahlkonferenz in der SBZ durch.

Zur Zeit umfaßt der Kulturbund in der Zone und in Berlin 93.000 Mitglieder, die in 720 Ortsgruppen organisiert sind. Die Organisation wird durch einen Zentralvorstand mit dem Präsidenten des Kulturbundes, dem Schriftsteller J. R. Becher, an der Spitze sowie durch sechs Landesvorstände geleitet (einschließlich der Berliner Stadtleitung, die über alle Rechte eines Landesvorstandes verfügt).

Seit Januar 1947 gab es in allen Organisationen des Kulturbundes Neuwahlen. Auf den Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen wurden in geheimer Abstimmung die neuen Leitungen und die Delegierten für die Landeskonferenzen gewählt. Im Februar, März und April fanden die Landeskonferenzen des Kulturbundes (einschließlich der Konferenz des Kulturbundes Berlin) statt, auf welchen (ebenfalls in geheimer Abstimmung) die neuen Landesvorstände (einschließlich des Berliner Vorstandes) sowie die Delegierten für die Gesamtkonferenz der SBZ gewählt wurden.

Die erste Gesamtkonferenz des Kulturbundes fand am 20. und 21. Mai in Berlin statt. Außer den 156 Delegierten aus unserer Zone und aus Berlin waren zur Konferenz führende Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz der westlichen Zonen Deutschlands eingeladen worden. Jedoch konnte die Mehrheit der geladenen Gäste aus dem Westen nicht offiziell anreisen, da sie von den alliierten Besatzungsmächten keine Reiseerlaubnis erhalten hatten. Die britische, amerikanische und französische Administration haben den Kulturbund in ihren Zonen bis heute nicht zugelassen, so daß in diesen Zonen lediglich einzelne, verstreute Zellen dieser Organisation bestehen. Angesichts dessen konnten zur Konferenz nur 25 Gäste kommen, wobei die meisten von ihnen

191 Kemenow, Wladimir Semjonowitsch (1908-1988), 1939 WKP(B), 1939-40 Direktor der Tretjakow-Galerie, 1940-48 Vorsitzender der Leitung des WOKS, 1954-56 stellvertretender Kulturminister der UdSSR, 1956-58 ständiger Vertreter der UdSSR bei der UNESCO.

illegal über die Zonengrenzen gereist sind und die restlichen eine Reiseerlaubnis für Berlin nur erhielten, weil sie ihren Reiseantrag nicht mit der Teilnahme an der Konferenz, sondern mit anderen Gründen motivierten. Die Gäste vertraten auf der Konferenz 63 verschiedene kulturelle Organisationen und Gruppen des Kulturbundes aus Westdeutschland (z.B. der Schriftsteller Walther von Hollander[192], Leiter des Kulturbundes Hamburg, der in Deutschland sehr bekannte Schriftsteller Herbert Eulenberg[193], Vorsitzender der einzigen Landesleitung in Westdeutschland, des Landesvorstandes von Nordrhein-Westfalen, und der Sekretär dieses Landesvorstandes Fladung[194], Mitglied der KPD, sowie andere).

Auf der Konferenz wurden der Vortrag des Präsidenten Becher „Über die Ziele und Aufgaben des Kulturbundes" und der Rechenschaftsbericht des Sekretärs des Zentralvorstandes Willmann über die Arbeit des Kulturbundes erörtert und im Anschluß daran der neue Zentralvorstand sowie der neue Präsident gewählt.

Der Vortrag Bechers kam bei den Teilnehmern der Konferenz gut an, festigte seine Autorität als geistiger Führer[195] des Kulturbundes und beförderte den erfolgreichen Ablauf der Konferenz.

Die zweifellos positiven Momente in Bechers Vortrag waren: eine Analyse der geistigen Differenzierung im Milieu der gegenwärtigen deutschen Intelligenz, eine scharfe Kritik an den reaktionären Tendenzen der zeitgenössischen deutschen politischen Publizistik, Philosophie und Literatur sowie die Forderung nach einer breit angelegten und prinzipiellen Orientierung der Intelligenz an der Sowjetunion, ihren demokratischen Erfahrungen und kulturellen Errungenschaften. Becher bemerkte, daß die gegenwärtige geistige Reaktion in Deutschland neofaschistischen Charakter trage und durch militaristische Stimmungen gespeist werde, wobei ihre Hoffnungen bei den Anstiftern eines neuen Krieges liegen, welche den Völkern mit der Atombombe drohen. Er kritisierte scharf die Entstehung mystischer Stimmungen und den wachsenden Einfluß existentialistischer Philosophien (Sartre[196], Jaspers[197], Heidegger[198] u. a.), unter deren Einfluß die reaktionären Kreise der Intelligenz, besonders im Westen Deutschlands, mittlerweile stehen.

In der Diskussion zum Vortrag Bechers meldeten sich 18 Redner zu Wort, die im wesentlichen die in seinem Vortrag formulierten Positionen unterstützten und ausbauten.

Kritik am Vortrag Bechers kam vom stellvertretenden Bürgermeister Berlins Dr. Friedensburg[199] (Mitglied der Christlich-Demokratischen Union), der zu beweisen versuchte, daß nicht der deutsche Imperialismus die Hauptschuld am Sieg des Faschismus in Deutschland trägt, und der versuchte, die Verantwortung für den Hitlerfaschismus und seine Verbrechen breiten Schichten des deutschen Kleinbürgertums zuzuweisen. „Wenn", erklärte er, „der Standpunkt Bechers in dieser Frage zur Meinung des Kulturbundes würde, so sollte niemand verwundert sein, wenn andere den Kulturbund der politischen Einseitigkeit beschuldigen werden."

---

192 Hollander, Walther von (1892-1973), Schriftsteller.

193 Eulenberg, Herbert (1876-1949), Dr. jur., Schriftsteller.

194 Fladung, Johannes (1898-1982), KPD, ab 1946 Sekretär des Kulturbundes in Nordrhein-Westfalen, 1950-58 Bundessekretär des Kulturbundes in der Bundesrepublik Deutschland.

195 In der Vorlage: „awtoritet Bechera, kak ideinowo rukowoditelja". Anm. d. Übers.

196 Sartre, Jean-Paul (1905-1980), Philosoph und Schriftsteller.

197 Jaspers, Karl (1883-1969), Philosoph.

198 Heidegger, Martin (1889-1976), Philosoph.

199 Friedensburg, Ferdinand, Dr. phil. (1886-1972), 1945 CDU, 1945-46 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in der SBZ, 1946-51 Erster stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin (ab 1948 West-Berlin), 1946-47 Mitglied im Parteivorstand der CDU in der SBZ; 1945-48 Mitglied des Präsidialrates und ab 1947 Vizepräsident des Kulturbundes (im Sept. 1948 „wegen antisowjetischer Äußerungen" ausgeschlossen), 1945-68 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Westberlin. Vgl. Friedensburg, Ferdinand: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945, Berlin [1971], S. 59.

Der Rektor der Leipziger Universität Professor Gadamer[200] (ein Schüler Heideggers, einer der Gründer des Existentialismus) versuchte, die Philosophie des Existentialismus vorsichtig in Schutz zu nehmen. Gegen diese Philosophie solle man nicht öffentlich auftreten, erklärte er, da auf diese Weise nur ihre Popularität zunehme. Außerdem, sagte er, solle man vor dieser Philosophie nicht warnen, wenn es „keine ernsthaften Argumente gegen sie" gäbe. Wenn sich selbst der Papst in Rom gegen diese Philosophie wende, dann bedeute dies, daß er in ihr einen „ernstzunehmenden Gegner" sieht, was wiederum bedeute, daß man den Existentialismus nicht einer zu vereinfachten Kritik unterziehen solle, – so faßte Gadamer seinen Beitrag zusammen.

Große Aufmerksamkeit fand auf der Konferenz der Beitrag des Baseler Theologieprofessors Lieb[201], der gerade zu einer Vortragsreihe an der Berliner Universität weilt. Professor Lieb kritisierte die Kirche, welche sich von der Gegenwart abwende und nicht auf die Nöte des Volkes achte. Christentum und Sozialismus könnten und sollten ungeachtet unterschiedlicher Weltanschauungen zusammenarbeiten, so wie das in der Sowjetunion geschehe, – erklärte Lieb.

Zum Vortrag von Heinz Willmann (Bericht zu Organisationsfragen) meldeten sich neun Redner zu Wort. In der Diskussion tauchte die Frage auf, ob auch ehemalige nominelle Nazis in den Kulturbund aufgenommen werden sollten. Im Ergebnis der Diskussion verabschiedete die Konferenz den Beschluß, daß die Frage der Aufnahme solcher Leute in jedem einzelnen Fall streng individuell erörtert werden soll und von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe zu entscheiden sei. Im Falle des Protests gegen die Aufnahme eines ehemaligen nominellen Nationalsozialisten soll vom Landesvorstand des Kulturbundes eine Kommission einberufen werden, an deren Spitze der Vorsitzende dieses Vorstandes oder einer seiner Stellvertreter steht und die in der Streitfrage eine endgültige Entscheidung fällt. (Dieser Beschluß der Konferenz entspricht der Richtlinie, die in dieser Frage vom Parteivorstand der SED früher bereits formuliert worden ist).

In der Diskussion sprachen auch Gäste: die Schriftsteller Eulenberg und Walther von Hollander, die Schriftstellerin Luschnat (Baden-Baden, französische Zone) sowie Rebensdorf (Stuttgart, amerikanische Zone) und Fladung (britische Zone).

Alle Auftritte der Gäste zeugten vom großen Interesse an der Tätigkeit des Kulturbundes in Westdeutschland und von den Verbindungen der Ortsgruppen des Kulturbundes im Westen zur breit angelegten Tätigkeit der Organisation in der sowjetischen Zone. Die Gäste äußerten sich über das große Interesse an den Zeitschriften des Kulturbundes und an den vom Kulturbund herausgegebenen Büchern. Sie bewerteten die Konferenz als positiv und versprachen, die Tätigkeit des Kulturbundes im Westen stärker zu propagieren. Oberst Tjulpanow richtete ein Grußwort der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland an die Konferenz.

Die Konferenz wurde mit der Neuwahl des Zentralvorstandes beendet. Auf Vorschlag der Mecklenburger Delegation wurde J. R. Becher in offener Abstimmung durch die Konferenz einstimmig zum Präsidenten des Kulturbundes wiedergewählt. Von den zur Wahl gestellten 47 Kandidaten für den Zentralvorstand wurden in geheimer Abstimmung 30 gewählt, darunter: 13 Mitglieder der SED, vier Vertreter der CDU und LDP sowie 13 Parteilose, die gern mit der SED zusammenarbeiten (z. B. Professor Stroux[202], Professor Havemann[203], Professor Max Pechstein,

---

200 Gadamer, Hans-Georg, Dr. (1900-2002), Philosoph, ab 1937 Professor an der Universität Marburg und ab 1939 Leipzig, dort 1946-47 Rektor, 1947 Flucht nach Westdeutschland, ab 1947 Professor an der Universität Frankfurt/Main und ab 1949 in Heidelberg.

201 Lieb, Fritz (1892-1970), Professor der evangelischen Theologie in Basel.

202 Stroux, Johannes, Dr. (1886-1954), Altphilologe, ab 1917 Professor in Basel, Kiel, Jena, Berlin; 1946-47 Rektor der Humboldt-Universität in Berlin; 1946-51 Präsident und 1951-54 Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

203 Havemann, Robert, Dr. (1910-1982), Chemiker, 1943 Todesurteil aus politischen Gründen, 1945-50 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie Berlin; ab 1946 Professor an der Universität Berlin

der Schriftsteller Bernhard Kellermann, der Generalsuperintendent Krummacher[204], die Kritiker Herbert Ihering[205] und Paul Wiegler[206]). Außerdem gehören dem Vorstand noch der Präsident sowie die sechs Vorsitzenden der Landesvorstände an, die alle Mitglieder der SED sind. Präsident und Zentralvorstand sind für zwei Jahre gewählt.

Der neue Zentralvorstand ist bedeutend fortschrittlicher als der vorherige und besitzt alle Voraussetzungen, um in der praktischen Arbeit einen Block aus Vertretern der SED und führenden Vertretern der parteilosen Intelligenz zu bilden.

Schlußfolgerungen:

1. Die erste Zonenkonferenz des Kulturbundes der SBZ stand im Zeichen der Aktivierung der fortschrittlichen Elemente der deutschen Intelligenz, der Verstärkung ihres Kampfes gegen die Reaktion und hat die Position der SED im Kulturbund deutlich gestärkt.

2. Die Konferenz zeigte, daß sich der Prozeß der politischen Zersplitterung der Intelligenz deutlich verstärkt hat. Dabei sind einerseits ein Anwachsen der Sympathie für die Sowjetunion und andererseits eine deutliche Orientierung reaktionärer Gruppen auf die Zusammenarbeit mit den angloamerikanischen Besatzungsmächten entscheidend für die Differenzierung.

3. Die Festigung der Position der SED im Kulturbund schafft günstige Voraussetzungen für eine politische und geistige Eroberung des fortschrittlichen Teils der deutschen Intelligenz. Die Verstärkung der ideologischen und politisch-erzieherischen Arbeit der SED im Kulturbund wird deshalb in Zukunft die wichtigste Aufgabe sein.

4. Auch weiterhin wird die Stärkung der Landesverbände und Ortsgruppen des Kulturbundes sowie ihre Versorgung mit überprüften Kadern eine wichtige Aufgabe bleiben.

Der Chef der Informationsverwaltung der SMA in Deutschland Oberst *Tjulpanow*

GARF 5283/22/51, Bl. 42-45. Original.

und ab 1960 gleichzeitig Leiter einer Arbeitsstelle an der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW); 1950-64 (Ausschluß) SED. Wegen Kritik der SED-Politik in westdeutschen Veröffentlichungen 1964 aus der SED und 1966 von der DAW entlassen, in der DDR aus politischen Gründen verfolgt. Vgl. Havemann, Robert: Fragen, Antworten, Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, München 1970; ders.: Rückantworten an die Hauptverwaltung „Ewige Wahrheiten", München 1971; ders.: Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation, Reinbek bei Hamburg 1978.

204 Krummacher, Friedrich-Wilhelm, Dr. h. c. (1901-1974), 1946-55 Generalsuperintendent in Berlin, Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

205 Ihering, Herbert (1888-1977), Publizist, 1945-54 Chefdramaturg am Deutschen Theater Berlin.

206 Wiegler, Paul (1878-1949), Literaturhistoriker und Kritiker. Begründete zusammen mit Johannes R. Becher die ab 1949 erscheinende Kulturzeitschrift „Sinn und Form".

Nr. 31. Bericht des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des Rates für Angelegenheiten der Russisch-Orhodoxen Kirche beim Ministerrat der UdSSR[207] Karpow[208] über die Situation der Kirchen. 31. Mai 1947[209]

Geheim

Bericht über die Situation der Kirchen in Deutschland

Im heutigen Kirchenleben in Deutschland sind deutlich drei Tendenzen ausgeprägt:

1. *Die Kirche im ganzen ist politisch aktiv.*[210]

2. *Kirchenvertreter aller Richtungen bemühen sich um eine Zusammenarbeit mit den jeweils anderen Richtungen.*

3. *Es besteht die Tendenz zur Vereinigung der Lutheraner innerhalb der evangelischen Kirche.*

Die politische *Aktivierung der Kirche zeigt sich vor allem in den Westzonen* in den Gebieten mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Dort bemüht sich die katholische Kirche darum, das gesellschaftliche Leben zu beeinflussen, vor allem im Bereich der Volksbildung. Besonders aktiv ist der Kölner Kardinal Frings[211], einer der reaktionärsten Kirchenvertreter Deutschlands, der vor den Landtagswahlen in der britischen Zone (April 1947) ein spezielles Sendschreiben veröffentlichte, in welchem er betonte, daß vom Ergebnis der Wahlen das Schicksal der Verfassung, das Schicksal der konfessionellen Schulen, der Familie, der Ehe und anderer sozialer Einrichtungen abhänge, und der damit die öffentliche Meinung zu Gunsten der CDU beeinflußte. Noch deutlicher drückte sich die katholische Bischofskonferenz in Bochum (Westfalen) aus, welche die CDU zur Vertreterin der christlichen Prinzipien im politischen Leben erklärte.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in der britischen und französischen Zone[212] und die Verabschiedung des sogenannten Schulparagraphen in der französischen Zone, der die Gründung konfessioneller Schulen erlaubt, haben gezeigt, daß *der Einfluß des kämpferischen Katholizismus dort sehr stark ist. In der sowjetischen Zone tritt die katholische Kirche bescheidener auf, doch auch hier gibt es Fälle antisowjetischer Äußerungen und chauvinistischer Meinungsmache unter den Umsiedlern.*[213]

---

207 In der Vorlage lediglich als „Genosse Karpow" angeredet.

208 Karpow, Georgi Grigorjewitsch (1898-), Oberst der Staatssicherheit und als Abteilungsleiter im Volkskommissariat für Staatssicherheit für Kontrolle über die Kirche zuständig, 1943-60 gleichzeitig Vorsitzender des Rates für Angelegenheiten der russisch-orthodoxen Kirche beim Rat der Volkskommissare/Ministerrat der UdSSR.

209 Auf dem Dokument befinden sich die maschinenschriftlichen Vermerke: „Kopie" und „Ausfertigung Nr. 8".

210 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

211 Frings, Joseph (1887-1978), 1942-69 katholischer Erzbischof von Köln, 1945-65 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

212 Bei den Landtagswahlen in der britischen Besatzungszone am 20. April 1947 (bzw. am 13. Okt. 1946 in Hamburg) wurde in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit über 43% die SPD die stärkste Partei, in Nordrhein-Westfalen die CDU mit 37,6%. In der französischen Besatzungszone erhielt am 18. Mai 1947 die CDU in Rheinland-Pfalz 47,2%, in Baden 55,9% und in Württemberg-Hohenzollern 54,2%. Vgl. Benz, Wolfgang (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55, Berlin 1999, S. 196f.

213 Während die SMAD mit Befehl Nr. 40 vom 25. Aug. 1945 nur staatliche Regelschulen zuließ, fanden vor allem in Süd- und Westdeutschland unter Berufung auf verfassungsrechtliche und kulturelle Traditionen heftige Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche um die Konfessionsschule statt. Der kulturelle Einfluß der Katholiken ist infolge des Zuzugs von Vertriebenen insbesondere aus Schlesien und dem Sudetenland gewachsen.

Eine etwas andere Taktik verfolgt die evangelische Kirche, zu der etwa zwei Drittel der Bevölkerung Deutschlands und achtzig Prozent der Bevölkerung der sowjetischen Zone gehören[214]. Die evangelische Kirche spricht nicht so sehr von den *politischen, sondern von den sozialen Aufgaben der Kirche* und unterstreicht damit ihre eigene Bedeutung für deren Lösung. Jedoch ist es unmöglich, diese beiden Seiten zu trennen, wie sich am markantesten in der Rede gezeigt hat, die Bischof Dibelius am 28. April 1947 in der Berliner Marienkirche hielt.

Dibelius formulierte drei Forderungen:

1. *Eine „Entsäkularisierung" des gesellschaftlichen Lebens, d.h. eine Absage an die Verfolgung rein weltlicher Ziele, eine Wiederherstellung des früheren Einflusses der Kirche.* Praktisch umfaßt das die Forderung nach konfessionellen Schulen und eine Ausweitung des kirchlichen Einflusses auf Presse und Rundfunk. Besonders *scharf wandte sich Dibelius gegen die Trennung von Kirche und Schule*, indem er erklärte: „Wer gab dem Staat das Recht, über die Seelen unserer Kinder zu verfügen? Die evangelische Kirche wird nie der Bildung einer weltlichen Einheitsschule zustimmen."

2. *Eine Beschränkung der Aufgaben des Staates auf die Herstellung von Recht, Ordnung und Sicherheit, während die Sorge um die Seelen (also geht es erneut um Erziehung) der Kirche überlassen wird.*

3. *Eine Ordnung des wirtschaftlichen Lebens, die von christlichem Verantwortungsgefühl ausgeht. Christentum erfordert nicht nur Kollektivität, sondern mehr: Brüderlichkeit.* Praktisch führt das zur Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen der Unternehmen, in denen sie beschäftigt sind, und zur Absage an die Zahlung von Reparationen, von denen Dibelius sagte: *„Arbeit, welche ausschließlich für die Zahlung von Reparationen geleistet wird, ist seelen- und sinnlos, kommt der Sklaverei gleich."*

Das Streben, die Kräfte der Angehörigen aller Konfessionen zu vereinigen, ist ebenso eine vorbereitende Maßnahme zur politischen Aktivierung der Kirche. Speziell *die bereits vor 1933 bestehende Bewegung zur Organisation einer gemeinsamen Tätigkeit der beiden größten Kirchen, der katholischen und der evangelischen*[215]*, hat zugenommen. Diese Bewegung, welche auf Initiative und unter Führung der Katholiken entstanden ist, versendet heute Briefe und Aufrufe und wirbt um neue Anhänger. Sie hat sich in verschiedenen Organisationen formiert,* deren bedeutendste die *„Una Sancta"*[216] ist. Jedoch sichert *der offen ausgedrückte katholische Charakter dieser Bewegung noch keinen schnellen Erfolg unter den Protestanten, wenn sie auch eine Aktivierung des kämpferischen Katholizismus bedeutet.*

Die Bestrebung zur Konsolidierung der kirchlichen Kräfte zeigte sich auch in der Gründung des „Kirchenarbeitskreises" in Berlin, in welchem Vertreter aller Religionen und Konfessionen zur Erörterung von für das Kirchenleben wichtigen Fragen und Notwendigkeiten zusammenkamen.

Die Idee, eine vereinigte lutherische Kirche innerhalb der evangelischen Kirche in Deutschland zu gründen, wie sie schon früher bestanden hat, wurde in letzter Zeit besonders aktuell und wird gegenwärtig vom bayerischen Bischof Meiser[217] *leidenschaftlich propagiert.* Sie besteht darin, zusätzlich zu den einzelnen lutherischen Kirchen (sogenannten Landeskirchen), von denen es zehn gibt, *eine gesamtdeutsche lutherische Kirche zu gründen.* Nach Ansicht der Fürsprecher dieser Idee einer vereinigten lutherischen Kirche soll diese Teil der evangelischen Kirche bleiben,

---

214 1950 gehörten in der Bundesrepublik 51,2% der Bevölkerung der evangelischen und 45,2% der katholischen Kirche an; in der DDR waren 80,5% evangelisch und 10,9% katholisch. Siehe: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 44, sowie: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, S. 36.

215 Gemeint ist die ökumenische Bewegung.

216 Una Sancta, Sammelbezeichnung für katholische Bemühungen um Glaubenseinheit nach dem 2. Weltkrieg.

217 Meiser, Hans (1881-1956), 1933-55 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, ab 1949 leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

aber in ihr die führende Rolle übernehmen, da die Mehrheit der örtlichen Kirchen lutherisch ist. An der Spitze der neuen vereinigten Kirche soll ein lutherischer Kirchenrat stehen.

Die Idee der Vereinigung der lutherischen Kirchen wird von der Mehrheit der örtlichen lutherischen Kirchen unterstützt, doch *sprechen sich die reformierten Kirchen und Calvinisten scharf dagegen aus. Die dritte konfessionelle Gruppe der evangelischen Kirche, die Unierten, ist ebenfalls gegen eine Vereinigung der Lutheraner.* Die einen wie die anderen befürchten, daß die Lutheraner die führende Rolle in der evangelischen Kirche übernehmen und sie selbst in den Hintergrund gedrängt werden. Deshalb haben sich viele einflußreiche Organe der Kirche, in denen die Reformierten und Unierten das Sagen haben, gegen die Vereinigung ausgesprochen. Speziell der Rat der „Bekennenden Kirche" hat sich dagegen ausgesprochen, d. i. das leitende Organ der einflußreichsten Gruppierung innerhalb der evangelischen Kirche, die ihre große Autorität in der Opposition gegen die Kirchenpolitik der Hitlerregierung erworben hat.

Diese Stimmungen werden auch von Seiten der alliierten Besatzungsmächte unterstützt. Auf einer der Sitzungen des Komitees für Religionsfragen beim Alliierten Kontrollrat sprach der französische Vertreter seine Befürchtung bezüglich der geplanten Vereinigung der Lutheraner aus und nannte diese Tendenz gefährlich. Obwohl der amerikanische und der britische Vertreter ihre Positionen nicht ausdrücklich formulierten, war zu erkennen, daß sie der Vereinigung nicht besonders wohlwollend gegenüberstehen. *Das erklärt sich dadurch, daß die Vereinigungsbewegung der Lutheraner eine Abkehr vom Separatismus innerhalb der Kirche ist und daß die Gründung einer zentralisierten Kirche in ganz Deutschland einen offenen Bruch mit den föderalistischen*[218] *Bestrebungen der Alliierten vollzieht,* vor allem der Franzosen. *Die politischen und die kirchlichen Interessen stimmen überein und befördern eine relativ starke Opposition gegen die Idee einer Vereinigung.*

Unsere Haltung in dieser Frage besteht darin, ihre Lösung nicht zu forcieren und sie interessierten Kirchenkreisen zu überlassen. Da die Idee der Vereinigung der Lutheraner der Popularisierung der allgemeineren Idee von der Einheit Deutschlands dient und sich vom kirchlichen und politischen Separatismus absetzt, *findet sie unsere Unterstützung. Konkrete Unterstützung können wir dann leisten, wenn Gewißheit darüber besteht, daß der Sitz der neu zu gründenden vereinigten lutherischen Kirche Berlin sein wird, da sie sich in diesem Falle unter dem Einfluß des fortschrittlichen Teils der Geistlichkeit befinden wird.*

Überhaupt ist die Frage der Wahl des Sitzes der Kirchenleitung heute sehr aktuell, sowohl für die Lutheraner als auch für die evangelische Kirche im ganzen. Rat und Kanzlei der „Evangelischen Kirche in Deutschland" befinden sich derzeit vorübergehend in der Kleinstadt Schwäbisch-Gmünd in der Nähe von Stuttgart, wo *der Vorsitzende des Rates, der württembergische Bischof Wurm*[219], wohnt. Doch weder die konkreten räumlichen Unterbringungsmöglichkeiten noch die Bedeutung der Kleinstadt selbst sind einem zentralen Sitz der größten Kirche Deutschlands angemessen, weshalb *es schon seit längerem Bestrebungen gibt, den Kirchensitz an einen zentraleren Ort zu verlegen. Ein natürliches Zentrum wäre Berlin, doch gibt es in Kirchenkreisen auch die Tendenz, den Sitz nach Frankfurt am Main zu verlegen,* was offenbar die Unterstützung der Alliierten findet. Falls diese Bestrebungen verwirklicht werden sollten, wäre die Bedeutung Berlins als kirchliches Zentrum stark gemindert. Ein erneuter Wechsel des Kirchensitzes von Frankfurt nach Berlin wäre in der nächsten Zeit kaum möglich.

Unter solchen Bedingungen fand am 12. und 13. Mai auf Initiative der fortschrittlichen Geistlichkeit im sowjetischen Sektor Berlins erstmalig eine von uns unterstützte Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland statt. Trotz der Abwesenheit einiger Mitglieder

---

218 In der Vorlage: „dezentralisatorskim".

219 Wurm, Theophil (1868-1953), ab 1933 Landesbischof der evangelischen Landeskirche in Württemberg, 1945-49 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

des Rates wurde eine Reihe wichtiger Fragen erörtert, so auch die Frage der Vorbereitung des Kirchenkongresses.

Die katholische und die evangelische Kirche hatten die gemeinsame Absicht, durch Veröffentlichung eigens dafür verfaßter Aufrufe Einfluß auf den Verlauf der Moskauer Konferenz[220] zu nehmen. In diesen Aufrufen sollten die deutschen Forderungen an die vereinigten Siegermächte formuliert werden. Ein solcher Aufruf wurde von der katholischen Bischofskonferenz Westdeutschlands auch tatsächlich verabschiedet. In der sowjetischen Zone gab es Fälle, daß katholische Geistliche (der Pfarrer Laufer in Thüringen) öffentlich erklärten, die friedlichen Gespräche fänden in der gottlosesten Stadt der Welt statt, was eine große Sünde darstelle.

Die evangelische Kirche war diesbezüglich vorsichtiger. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, der im März tagte, verschob zunächst die Erörterung des Entwurfs eines Appells an die Minister auf April und beschränkte sich letzten Endes auf die Empfehlung, weltweit Sondergottesdienste und Friedensgebete abzuhalten. In derselben Weise wurden die Versuche vereitelt, auf der Sitzung der evangelischen Kirchensynode Berlin-Brandenburgs einen speziellen Aufruf zum Thema der Ostgrenzen und anderer friedenswichtiger Fragen zu verabschieden. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es von Seiten der evangelischen Kirche keine offenen feindlichen Auftritte gab.

Es ist notwendig: 1. die Verlegung leitender Kirchenorgane von Westdeutschland nach Berlin zu erreichen, wo sie sich unter unserem Einfluß befinden würden,

2. den Einfluß der Kirche auf die Jugend zu verringern und Gläubige von der Leitung der Jugendbewegung auszuschließen,

3. den politischen Einfluß der konservativen Kirchenleitung zu verringern und die Kirche im Bereich der Politik zu neutralisieren.[221]

Der Chef der Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Oberst Tjulpanow

GARF 6991/3/50, Bl. 242-246. Kopie.

Nr. 32. Verfügung des amtierenden Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Major Koloss an die Chefs der Informations-Unterabteilungen der Bezirke[222] Chemnitz Gardeoberstleutnant Warchatow und Zwickau Oberst Slawkin über Kirchen und Sekten. 8. Juli 1947[223]

Geheim

Wir erhielten Kenntnis von einer verstärkten Tätigkeit der Kirchen und Sekten unter der deutschen Jugend. Der Kirche ist es gelungen, die Einheit der deutschen Jugend zu sprengen und

220 Die Moskauer Konferenz der Außenminister der USA, UdSSR, Großbrinanniens und Frankreichs fand vom 10. März bis 24. April 1947 statt, sie scheiterte insbesondere an unterschiedlichen Auffassungen in der Reparationsfrage und steht damit für das Ende einer gemeinsamen Politik der Alliierten in Deutschland.

221 Die kursiv gesetzte und zusätzlich unterstrichene Passage ist in der Vorlage mehrfach unterstrichen.

222 In der Vorlage: „okrug".

223 Laut Vermerk wurden von insgesamt neun Ausfertigungen die Ausfertigungen Nr. 1 bis 8 an die Adressaten und die Ausfertigung Nr. 9 zu den Akten genommen.

in einer Reihe von Gemeinden der Kreise[224] Stollberg und Aue christliche Jugendgruppen[225] zu gründen. Allein im Kreis Oelsnitz wurde Ende Mai dieses Jahres die Tätigkeit von vier Gruppen festgestellt: einer christlichen, einer katholischen, einer baptistischen und einer protestantischen. Jugendgruppen der Gesellschaft „Entschiedenes Christentum" wurden in Neuwürschnitz und in Hermersdorf gegründet.

Die Tätigkeit der religiösen Gruppen geht weit über einen rein kirchlichen Rahmen hinaus, da die Kirchen und Sekten die FDJ[226] kompromittieren und damit versuchen, letztere aus der Sphäre der kulturpolitischen Jugendarbeit herauszudrängen.

Ich empfehle Ihnen, Maßnahmen zur Überprüfung der Angaben zu ergreifen und im Falle einer Bestätigung die religiösen Jugendgruppen als in der sowjetischen Zone nicht legale Organisationen aufzulösen.

Über die Ergebnisse der Überprüfung und die ergriffenen Maßnahmen ist bis zum 15. Juli 1947 Bericht zu erstatten.

Der amtierender Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Bundeslandes Sachsen Major *Koloss*

GARF 7212/1/189, Bl. 142. Original.

Nr. 33. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Koloss an die Chefs der Informations-Unterabteilungen über Wahlen in der evangelisch-lutherischen Kirche. 21. Juli 1947[227]

Geheim

Genehmigen Sie den Gemeindevorständen der evangelisch-lutherischen Kirche den Druck von *Stimmzetteln*[228] für ihre Gemeinden nach beiliegendem Muster[229] in einer Auflage, die der Zahl der Teilnehmer an der Abstimmung in der jeweiligen Gemeinde entspricht. Zu diesem Muster müssen die Nachnamen der aufgestellten Kandidaten hinzugefügt werden.

Beobachten Sie den Verlauf der Wahlvorbereitungen. Die Wahlen finden am 17. August statt. Ergreifen Sie Maßnahmen, um den neuen Gemeindevorständen fortschrittliche Elemente zu sichern und damit keine Reaktionäre in die Vorstände eindringen. Die Wahlen müssen in möglichst engem Rahmen, ohne die Aufmerksamkeit breiter Bevölkerungsschichten zu erregen, durchgeführt werden. Die Kontrolle über die Aufstellung der Kandidatenlisten erfolgt auf taktische Weise[230] dergestalt, daß keine unmittelbare Einmischung in den Verlauf der Wahlvorbereitung und -durchführung zugelassen wird.

---

224 In der Vorlage: „raion(ow)", gemeint ist die deutsche Verwaltungsstruktur. Anm. d. Übers.

225 Gemeint sind offenbar Gruppen der Jungen Gemeinde. Anm. d. Übers.

226 FDJ, für: Freie Deutsche Jugend, entstand 1946 als einheitliche Jugendorganisation in der SBZ durch Zusammenschluß der 1945 auf lokaler Ebene von der SMAD zugelassenen „antifaschistischen" Jugendausschüsse. Mai 1946 ca. 240.000, Sept. 1949 ca. 920.000 Mitglieder. Vgl. Weber, Hermann: Freie Deutsche Jugend (FDJ), in: Broszat/Weber, SBZ Handbuch 1990, S. 665-690, hier S. 685. 1990 hatte sich die FDJ für parteiunabhängig erklärt und in „fdj" umbenannt, danach faktisch zerfallen.

227 Laut Bearbeitungsvermerk wurde die Vorlage am 21. angefertigt und am 25. Juli 1947 in acht Ausfertigungen verschickt.

228 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

229 Anlage fehlte in der Vorlage.

230 In der Vorlage: „osuschtschestwljajetsja taktitschno".

Berichten Sie bis zum 15. August über die von Ihnen ergriffenen Maßnahmen im Verlauf der Wahlvorbereitungen. Über den Verlauf der Wahlen selbst und ihre Ergebnisse – bis zum 22. August dieses Jahres.

Erteilen Sie den Kreis-Unterabteilungen[231] entsprechende Anweisungen.

Der amtierende Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Bundeslandes Sachsen Major *Koloss*

GARF 7212/1/189, Bl. 157. Original.

Nr. 34. Rundverfügung des stellvertretenden Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Abramow an die Chefs der Unterabteilungen für Information über die Lizenzvergabe für Verlage und Periodika. 19. August 1947[232]

Kopie

An den Chef der Informations-Unterabteilung_____[233]

Entsprechend dem Befehl des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD wird die Lizenzierung der Tätigkeit neuer Verlage und der Herausgabe neuer Periodika, mit Ausnahme von Zeitungen, ab Juni dieses Jahres an die Chefs der Informationsabteilungen der SMA-Verwaltungen der Bundesländer und Provinzen bzw. im sowjetischen Sektor Berlins an den Chef der Informationsabteilung der Verwaltung des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin übertragen.

Um die Autorität der deutschen Selbstverwaltungsorgane zu stärken und die Informationsorgane der SMAD zu entlasten, sollen die Informationsabteilungen von vornherein keine Anträge von Privatpersonen auf Erteilung von Lizenzen annehmen. Den deutschen Organen, die sich mit der Bearbeitung der Anträge und den Vorschlägen der Verlage befassen (und mittelbar auch der Verleger), muß folgendes Verfahren zum Erhalt von Genehmigungen für die Gründung neuer Verlage und von Lizenzen für Periodika erläutert werden:

1. Verleger, die ihre Verlagstätigkeit erneuern oder eine solche Tätigkeit aufnehmen möchten, wenden sich mit entsprechenden Anträgen an die Abteilungen für Verlagswesen der Landesministerien für Volksbildung (direkt oder über die nächstgelegenen Organe der deutschen Selbstverwaltung), in Berlin an die Abteilung für Volksbildung beim Magistrat.

2. Die Volksbildungsministerien schicken, nachdem sie den Antrag und die Dokumentation zum entsprechenden Verlag geprüft hatten, diese Materialien mit einem Gesuch an die Postadresse der Zentralverwaltung für Volksbildung, Berlin, Unter den Linden 67, Abteilung Verlagswesen.

3. Erst nach Erhalt eines schriftlichen Gesuchs der [Deutschen] Zentralverwaltung für Volksbildung mit Unterschrift ihres Präsidenten oder Vizepräsidenten wendet sich das Landesministerium für Volksbildung unter Vorlage aller Materialien an die Informationsabteilung der SMA-[Landes-]Verwaltung.

---

231 In der Vorlage: „raonnym otdelenijam".

232 Laut Bearbeitungsvermerk wurde die hier abgedruckte Vorlage vom Chef der Informationsabteilung der SMA Sachsen am 18. Aug. 1947 erstellt und am 19. Aug. 1947 in sieben Exemplaren angefertigt und an 1. Dresden, 2. Leipzig, 3. Döbeln, 4. Kamenz, 5. Zwickau, 6. Grimma verschickt.

233 Leerstelle für entsprechende Einträge.

4. Die Informationsabteilung des sowjetischen Sektors von Berlin nimmt die Anträge direkt von der Abteilung für Volksbildung beim Magistrat von Berlin entgegen, berät sich jedoch mit der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zwecks Vermeidung eines nicht zu rechtfertigenden Anstiegs[234] der Zahl von Verlagen gleichen Profils.

5. Einem Antrag auf Gründung eines Verlags (einer Zeitschrift), der bei den Informationsabteilungen der SMA-[Landes-]Verwaltungen (bei der Verwaltung des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin) eingeht, müssen folgende Dokumente beigelegt sein:

a) Ein konkretisierter Plan für die unmittelbar bevorstehende Tätigkeit des Verlags.

b) Ein ausgefüllter Personalbogen mit Lichtbild und persönlicher Unterschrift.

c) Ein Lebenslauf mit persönlicher Unterschrift.

d) Eine schriftliche, durch Stempel und Unterschrift bestätigte eidesstattliche Erklärung, daß die entsprechende Person nicht Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen war.

e) Ein Gesuch des Landesministeriums für Volksbildung.

f) Ein Gesuch der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung mit Unterschrift des Präsidenten oder Vizepräsidenten (in Berlin – ein Gesuch der Abteilung für Volksbildung beim Magistrat von Berlin sowie die Stellungnahme der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung).

Der Personalbogen, der Lebenslauf und die eidesstattliche Erklärung (die Punkte b, c und d) müssen für alle Personen eingereicht werden, die in der Lizenz aufgeführt sind. Wenn eine dieser Personen früher Mitglied einer nationalsozialistischen Organisation war und nach Ansicht der kompetenten Organe dennoch zur Verlagstätigkeit zugelassen werden sollte, muß ein Beleg über die Entnazifizierung vorliegen oder aber eine Empfehlung des Blocks der antifaschistischen Parteien.

In besonderen Fällen, wenn es um Zeitschriften geht, die Probleme der gesamten Zone beleuchten und in der gesamten sowjetischen Besatzungszone vertrieben werden sollen (v. a. Probleme des Transportwesens, des Post- und Fernmeldewesens, der chemischen Industrie im besonderen oder der Industrie im allgemeinen, der Landwirtschaft, der Bildung, des Gesundheitswesens), holen die Informationsabteilungen die schriftliche Stellungnahme der entsprechenden Fachabteilungen der SMA[235] oder der Fachverwaltungen der SMAD ein.

Anträge, welche die Eröffnung neuer Verlage oder die Lizenzierung von Periodika der SED betreffen, dürfen nicht ohne Gesuch des zentralen Parteivorstandes der SED angenommen werden.

Die Eröffnung von Parteiverlagen und Genehmigung von Periodika (Zeitschriften, Almanache, Bulletins) anderer Parteien erfolgt über Lizenzen der Informationsabteilungen der SMA-Verwaltungen der Provinzen mit Sanktionsrecht der Informationsverwaltung der SMAD.

Lizenzen für die Herausgabe von Zeitungen, ohne Rücksicht auf ihren Charakter, erteilt nur die Informationsverwaltung der SMAD.

Alle Fragen, die mit der praktischen Tätigkeit neu zu gründender wie auch bereits genehmigter Verlage und Zeitschriften zusammenhängen, werden, mit Ausnahme der Bestätigung von Verlagsplänen und Papierzuteilung, von der Informationsabteilung der SMA-Verwaltung der Provinz (bzw. des sowjetischen Sektors von Berlin) entschieden, unabhängig davon, wer die Lizenz erteilt hat und ob die Druckerzeugnisse des Verlages bzw. die Ausgabe der Zeitschrift nur für die entsprechende Provinz (bzw. den Sektor) oder für die gesamte sowjetische Besatzungszone bestimmt sind.

Die Entscheidung der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung über die Genehmigung eines Verlages oder einer Zeitschrift ist nicht endgültig. Die Informationsabteilung der SMA-

234 In der Vorlage: „nerazionalnowo uwelitschenija".

235 D. i. in den SMA-Verwaltungen der Provinzen und Bundesländer.

[Landes-]Verwaltung kann nach eigenem Ermessen die Erteilung einer Lizenz verzögern oder ganz unterbinden. Wenn jedoch die Informationsabteilung einer SMA-[Landes-]Verwaltung nicht mit der negativen Entscheidung der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung einverstanden ist, soll eine endgültige Entscheidung bei der Informationsverwaltung der SMAD eingeholt werden.[236]

Über jede Veränderung einer früher erteilten Lizenz (einschließlich der von der Informationsverwaltung der SMAD erteilten Lizenzen) hat die Informationsabteilung die Informationsverwaltung in Kenntnis zu setzen.

Bei Genehmigung eines neuen Verlages oder Lizenzierung einer neuen Zeitschrift hat die Informationsabteilung unmittelbar nach Erteilung der Genehmigung bzw. Lizenz die Informationsverwaltung davon in Kenntnis zu setzen, wie die offizielle Bezeichnung lautet (entsprechend dem Text der Lizenz bzw. Genehmigung). In einem per Feldpost zu übersendenden Bericht sind aufzuführen: für Verlage – der Name des Besitzers, der Teilhaber, die offizielle Firmenbezeichnung, die Art der Druckerzeugnisse, die Lizenznummer und das Datum ihrer Ausgabe. Für Zeitschriften sind zusätzlich zu diesen Angaben aufzuführen: die Namen des Herausgebers und der Redakteure, die Seitenanzahl, das Format, die Auflagenhöhe und die Frequenz der Ausgaben. Außerdem ist die genaue Postadresse des Verlages bzw. der Redaktion aufzuführen sowie, wenn vorhanden, die Telefonnummer.

Noch einmal mache ich die Chefs der Informationsabteilungen auf die Tatsache aufmerksam, daß nach wie vor Fälle der Produktion von Druckerzeugnissen durch nichtlizenzierte Verlage beobachtet werden. Machen Sie die Mitarbeiter der Abteilungen und Unterabteilungen für Information sowie die Militärkommandanten mit dem Befehl Nr. 90 des Obersten Chefs der SMAD vom 17. April 1947 noch einmal bekannt und berichten Sie von nun an zum 1. eines jeden Monats über Verlage, welche gegen diesen Befehl verstoßen und keine Lizenz für die Herausgabe von Druckerzeugnissen besitzen. Gleichzeitig damit ist über die ergriffenen Maßnahmen zur Auffindung der für den jeweiligen Verstoß verantwortlichen Personen zu berichten.

Der stellvertretende Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Oberst Abramow

Beglaubigt: Der Referent für Druckerzeugnisse[237] der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Bundeslandes Sachsen Hauptmann *[Name unleserlich]*

GARF 7212/1/189, Bl. 193-195. Beglaubigte Kopie.

236 Diese Bestimmung erscheint im Zusammenhang insoweit unlogisch, als die Informationsabteilung von einem solchen Antrag nur mit Zustimmung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Kenntnis gewinnen kann.

237 In der Vorlage: „Referent po petschatnoi propagande".

Nr. 35. Schreiben des stellvertretenden Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Abramow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über Volkskunst. 11. September 1947

Geheim

Über künstlerische Laientätigkeit in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Mit Ausnahme einzelner Chorzirkel[238] und Laieninszenierungen von volksreligiösen Mysterien[239] hat es eine Volkskunst, im Sinne von schöpferischer künstlerischer Tätigkeit des Volkes, in Deutschland nie gegeben.[240]

Erst mit dem Einrücken der sowjetischen Besatzungsmacht begann die Entwicklung jener volkskünstlerischen Massenbewegung, die gegenwärtig die gesamte sowjetische Zone ergreift.

Im Einklang mit einem Gesuch der [Deutschen] Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands hat der Oberste Chef der SMAD, Marschall der Sowjetunion Genosse W. D. Sokolowski, mit Befehl Nr. 172 vom 8. Juli 1947[241] die Genehmigung erteilt, in Berlin als erstes Ereignis dieser Art in Deutschland eine Volkskunstschau der sowjetischen Zone durchzuführen.

Die Veranstaltung fand am 6. und 7. August in den Räumen des Theaters „Volksbühne" statt. Daran nahmen 25 Künstlergruppen mit insgesamt 615 Mitgliedern teil.

Der Berliner Veranstaltung war eine breite Vorbereitungsarbeit vorausgegangen, die es ermöglicht hat, alle bestehenden Volkskunstgruppen aufzuspüren, die Qualität ihrer Arbeit zu überprüfen, sie in künstlerischer und organisationstechnischer Hinsicht zu stärken, eine Reihe neuer Kollektive zu gründen und, nicht zuletzt, die Aufmerksamkeit der gesellschaftlichen Öffentlichkeit auf dieses wichtige Gebiet der Erziehung des deutschen Volkes zu demokratischem Bewußtsein zu lenken.

Veranstaltungen in den Kreisen, Bezirken, in einzelnen Städten und in allen Ländern der Zone, die im Juni durchgeführt worden waren, haben gezeigt, daß die Volkskunst in der Zone zu einer Massenbewegung geworden ist, an der breite Schichten von Werktätigen und vor allem der Jugend beteiligt sind.

So gibt es im Land Brandenburg 574 Volkskunstkollektive mit mittlerweile 14.000 Mitgliedern, in Sachsen bestehen 1.020 Kollektive, die bis zu 40.000 Menschen umfassen. Ein ähnliches Bild bietet sich in den anderen Ländern[242].

Die aus einer großen Zahl von Teilnehmern an der Volkskunstbewegung ausgewählten 615 Beteiligten der Veranstaltung in Berlin waren somit die besten Vertreter dieser Bewegung. Mit Repertoire, Qualität der Darbietungen und einer ganz bestimmten Ausrichtung waren sie dazu bestimmt, eine Vorstellung von der Volkskunstbewegung der ganzen Zone zu vermitteln.

---

238 In der Vorlage: „chorowych kruschkow", d.i. Kirchenchöre; Anm. d. Übers.

239 In der Vorlage: „narodno-religiosnych misteri"; Anm. d. Übers.

240 Diese Fehleinschätzung demonstriert lediglich die Unfähigkeit, die Folgen des eigenen Handelns einzuschätzen. Die Lizenzpolitik der SMAD für Volkskunstgruppen, Heimat- und andere kulturelle Vereine war sehr rigide, um die Organisation von Heimatvertriebenen zu unterbinden. 1949 wurden solche kulturellen Laiengruppen dem Kulturbund angeschlossen oder aber aufgelöst. Vgl. Verordnung zur Überführung von Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen vom 12. Jan. 1949, in: Zentralverordnungsblatt. Amtliches Organ der DWK sowie der Deutschen Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung. Berlin 1949, S. 67-69. Ergänzt durch Verordnung vom 19. Juli 1949, in: Ebd., S. 696.

241 SMAD-Befehl Nr. 172 vom 8. Juli 1947 betraf die Organisation einer zonalen Leistungsschau künstlerischer Laientätigkeit in Berlin.

242 In der Vorlage: „w drugich sonach (!)", wahrscheinlich Schreibfehler. Anm. d. Übers.

Die Veranstaltung in Berlin ließ eine Reihe von Schlußfolgerungen zu. Hier wurden verschiedene Formen künstlerischer Darbietung und verschiedene Arten von Kunst vorgestellt: Theatergruppen mit dramatischem Repertoire, große Chöre, musikalische Trios, Quartette, Streichorchester, Tanzensembles und schließlich einzelne Solonummern.

Die große Zahl der bei der Volkskunstschau gezeigten, durch den Auftritt (z. T. erst) zusammengeschweißten und (erstmals) auftretenden Künstlerkollektive mit zahlreichen Darstellern und Interpreten läßt den wichtigen Schluß zu, daß die Volkskunst in der Zone keine zufällige Bewegung ist, die in aller Eile für die Volkskunstschau aus dem Boden gestampft wurde, sondern eine dauerhafte organische Erscheinung, die im Leben des Volkes verwurzelt ist.

Das künstlerische Niveau der Gruppen ist nicht gleichmäßig. Künstlerisch waren die musikalischen Darbietungen besonders wertvoll: Das Streichorchester der Stadt Wismar, das Akkordeontrio aus Apolda und das Jugendorchester Halle bewiesen bei der Auswahl der gezeigten Stücke und der Art der Darbietung guten Geschmack und verbanden Interpretationstiefe mit guter Technik.

Der Chor der Stadt Dresden und der Bergarbeiterchor aus Sachsen zeigten ein vielseitiges Programm mit hohem Niveau der Darbietung.

Geringeren Erfolg hatten die Theatergruppen, mit Ausnahme der Theatergruppe des Berliner Stadtbezirkes Wedding, die ein Fragment aus Weisenborns[243] Stück „Die Illegalen"[244] spielte, und der studentischen Theatergruppe Halle. Das erklärt sich mit dem Umstand, daß die Theaterkollektive gerade die bekannte Repertoirekrise durchmachen, bisher noch kein für sie geeignetes literarisches Material gefunden haben und sich mit Fragmenten des Repertoires der großen Theater[245] begnügen.

Noch weniger gelungen waren die Auftritte der Tanzensembles, welche sich auf den äußerst gefährlichen Weg der Nachahmung von Kabarett und Varieté begeben haben. Anstelle von überlieferten Volkstänzen mit nationalem Kolorit waren nur vulgäres Spiel und Hickhack[246] zu sehen.

Alle diese einzelnen Schwächen können auf einen Nenner gebracht werden: Der gegenwärtigen deutschen Volkskunst, die große Erfolge erreicht und Breitenwirkung erzielt hat und deren Repertoire sich mit Hilfe klassischer und zeitgenössischer demokratischer Kunst auf bedeutende Weise erneuert hat, fehlt noch wirkliche Volksverbundenheit. Sie wird durch ein Streben nach mittelmäßiger Professionalität behindert.

Doch die Hauptsache besteht darin, daß im Ergebnis der wirklichen Demokratisierung, welche in der sowjetischen Zone durchgeführt wird, eine massenhafte Beteiligung des Volkes am künstlerischen Schaffen möglich wird, was Volk und Kunst einander näherbringt.

Die Presse reagierte mit einer Reihe kleinerer Artikel. Die demokratische Presse, wie z. B. das „Neue Deutschland" (das Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands), äußerte sich über die Bedeutung der Volkskunst für eine demokratische Erziehung des deutschen Volkes und bewertete die Qualität der Beiträge der Volkskunstschau als hoch. In diesem Sinne äußerten sich alle im sowjetischen Sektor Berlins erscheinenden Zeitungen.

Der „Tagesspiegel" (erscheint mit amerikanischer Lizenz) äußerte sich in negativer Weise zur Idee der Volkskunst überhaupt, nannte die Künstler Dilettanten, die nicht in der Lage seien, sich bis zum Niveau wirklicher Kunst zu erheben. Die übrigen Zeitungen der westlichen Sektoren

---

243 Weisenborn, Günther (1902-1969), Schriftsteller, 1945-49 Mitherausgeber der bis 1948 mit US-amerikanischer Lizenz in Berlin-Dahlem und ab 1948 mit SMAD-Lizenz erscheinenden pazifistisch-linksorientierten satirischen Zeitschrift „Ulenspiegel".

244 Weisenborn, Günther: Die Illegalen. Drama aus der deutschen Widerstandsbewegung, erschien 1946 im Aufbau-Verlag in Berlin und bei Piper in München.

245 In der Vorlage: „professionalnych teatrow".

246 In der Vorlage: „lomanije".

Berlins wie der „Telegraph", der „Sozialdemokrat" u.a. hielten es nicht einmal für nötig, Kritiken zu den Volkskunstabenden zu bringen.

Im Anschluß an die von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung unter Beteiligung gesellschaftlicher Organisationen durchgeführte Volkskunstschau fand eine Konferenz zu Fragen der Beseitigung der festgestellten Mängel und der Hilfe für die ganze Volkskunstbewegung statt.

Der Stellvertreter des Chefs der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Oberst *A. Abramow*

GARF 5283/22/51, Bl. 62-64. Original.

Nr. 36. Schreiben des Chefs der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Generalleutnant Borsow[247] an den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die Umsetzung der Direktive des Kontrollrates Nr. 55 betreffend den Austausch von Druckschriften und Filmen im Interzonenverkehr vom 25. Juni 1947. 31. Oktober 1947[248]

Durch die Direktive Nr. 55[249] des Koordinationskomitees[250] ist der Austausch von Zeitungen, Zeitschriften, anderen Periodika, Filmen und Büchern gestattet.

Um die genannte Direktive umzusetzen, ist es nötig, in allen Postämtern Deutschlands die Annahme von Abonnements auf jene Zeitungen und Zeitschriften einzurichten, die in den verschiedenen Besatzungszonen und in Berlin erscheinen.

Die Annahme von Abonnements ist in allen Postämtern Deutschlands an die Überweisung von Bezugsgebühren gebunden, einerseits an die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, andererseits an die entsprechenden Postämter in den verschiedenen Besatzungszonen. *Das ist aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu leisten, da es keinen Postscheckdienst und keinen Postscheckverkehr zwischen den Zonen gibt.*[251]

Eine Ausnahme von dieser Regelung sind Berlin und die sowjetische Zone, deren Bevölkerung alle Zeitungen und Zeitschriften abonnieren kann, die in Berlin und in der sowjetischen Besat-

247 Borsow, Nikolai Alexandrowitsch, Generalleutnant, 1945-49 Chef der Abteilung bzw. Verwaltung für Verbindungen (d. i. Post- und Fernmeldewesen) der SMAD, 1949-50 Leiter der Geschäftsabteilung der SKK.

248 [Handschriftliche Bearbeitungsvermerke:] „Für Generalleutnant Borsow: Genosse Rasin und Genosse Tjulpanow sind der Auffassung, daß die Lösung dieser Frage bis zur Beendigung der V. Sitzung des Rates der Außenminister verzögert werden muß. Zu diesem Zweck muß man die Schwierigkeiten bei der Herstellung einer Ordnung in der Rechnungslegung sowie bei der Festlegung, wer diese Verrechnung machen und koordinieren soll, [zwei Worte unleserlich] benutzen, wobei im Grundsatz keine Einwände gegen die Notwendigkeit der Organisation des Abonnements bestehen. Die Regelung der Finanzverrechnung der Abonnements muß die Finanzverwaltung der SMAD treffen und dem Finanzdirektorat [des Kontrollrates] zur Bestätigung vorlegen. 4.12.[19]47" – Rasin, Wassili Fjodorowitsch (auch: Wassili Petrowitsch Roschtschin, eigentlich: Jakow Fjodorowitsch Tischtschenko), ab 1947 stellvertretender Politischer Berater der SMAD und in dieser Position 1948-49 Resident der sowjetischen Auslandsaufklärung in der SBZ.

249 Direktive Nr. 55 des Kontrollrates über Austausch von Druckschriften und Filmen im Interzonenverkehr vom 25. Juni 1947. Wortlaut in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland vom 31. Juli 1947, S. 286. Darin wurde der freie Austausch von Zeitungen, Zeitschriften, Filmen und Büchern zwischen den Besatzungszonen und Berlin genehmigt.

250 Die Direktive Nr. 55 ist tatsächlich vom Koordinierungskomitee des Kontrollrats beschlossen, aber formal als Kontrollrats-Direktive erlassen worden.

251 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

zungszone erscheinen, *da der Postscheckverkehr und Geldüberweisungen zwischen Berlin und der sowjetischen Zone gestattet sind.*

Der Bevölkerung der westlichen Besatzungszonen ist die Möglichkeit genommen, in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin erscheinende Druckerzeugnisse zu abonnieren.

Nach Auskunft der *Finanzverwaltung der SMAD* kann die Überweisung von Bezugsgebühren aus den westlichen Zonen für in der sowjetischen Zone und im sowjetischen Sektor Berlins erscheinende Periodika und in umgekehrter Richtung *über die Berliner Filiale der Deutschen Bank erfolgen.*

Ich halte es für zweckmäßig, im Alliierten Komitee für Post- und Fernmeldewesen einen sowjetischen Vorschlag über den Beginn der Annahme von Abonnements für Zeitungen und Zeitschriften, die in den verschiedenen Besatzungszonen und in Berlin erscheinen, sowie über eine entsprechende Rechnungslegung einzubringen.

Ich erbitte Ihre Weisungen.

Anlage: Entwurf eines sowjetischen Vorschlags[252]

Der Chef der Post- und Fernmeldeverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generalleutnant der Nachrichtentruppen *Borsow*

GARF 7317/41/12, Bl. 94. Original.

Nr. 37. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an die Organisations-Rechnungsabteilung der SMAD über die Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ. 10. Dezember 1947

Geheim

Bericht über die Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach dem Stand vom 1. Dezember 1947

I. Von der Deutschen Verwaltung durchgeführte Tätigkeit

Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung leitet in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die Organe und Institutionen der Volksbildung in folgenden Fragen: allgemeine, berufliche und höhere Schulen, Wissenschaft, Kunst, Literatur, Kulturarbeit, Kinderheime und Vorschuleinrichtungen, Presse, Jugend- und Frauenausschüsse. Sie ist auch dazu berufen, in strenger Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Kontrollrates und den Befehlen bzw. Direktiven der sowjetischen Militäradministration die nazistischen und militaristischen Doktrinen auf dem Gebiet der Kultur, Bildung und Erziehung vollständig zu beseitigen und dadurch dem deutschen Volk eine erfolgreiche Entwicklung demokratischer Ideen zu ermöglichen. Die Funktionen der Zentralen Verwaltung sind in der „Verordnung über die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" zusammengefasst. Diese wurde dem Oberbefehlshabenden der Sowjetischen Militäradministration zur Bestätigung vorgelegt; sie wird in Kopie diesem Schreiben beigefügt[253].

252 Anlage lag nicht bei.

253 Die erwähnte Anlage lag nicht an.

II. Beziehungen der Deutschen Zentralverwaltung zu den Organen der SMAD

Die Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung wird geleitet und kontrolliert:

a) in Fragen der allgemeinbildenden und Berufsschulen, der Vorschuleinrichtungen, der Hochschulen und Wissenschaft, Museen, Bibliotheken mit wissenschaftlichem und bildendem Profil durch die Abteilung der Volksbildung der SMAD;

b) in Fragen der Kunst, Literatur, anderer Kultureinrichtungen und -maßnahmen, der Presse, der Jugend- und Frauenorganisationen durch die Informationsverwaltung der SMAD.

In verschiedenen Fragen, die die Ausbildung von Kadern an Lehranstalten sowie Finanzierungsfragen betreffen, nimmt die Deutsche Zentralverwaltung außerdem Kontakte zu anderen Verwaltungen und Abteilungen der SMAD (Abteilung Finanzen, Abteilung Arbeitskräfte, Abteilung Gesundheitswesen, Abteilung Landwirtschaft, Abteilung Industrie usw.) wahr.

Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung trägt gegenüber der Sowjetischen Militäradministration die volle Verantwortung für ihre Tätigkeit sowie für die Tätigkeit aller Organe und Institutionen der Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

III. Beziehungen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu den Regierungen der Länder in der Sowjetischen Besatzungszone

Die Frage der Beziehungen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu den Regierungen der Länder ist bisher nicht geklärt, weil die „Verordnung über die Deutsche Zentralverwaltung" noch nicht bestätigt ist. Die Deutsche Zentralverwaltung ist ein berufenes Organ[254]. Daher vermeidet sie in ihrer Arbeit, verbindliche Direktiven und Anordnungen für die Regierungen und Ministerien in den Ländern zu erlassen, da sie dies für eine Verletzung der demokratischen Grundprinzipien hielte, weil die Regierungen und die Bildungsminister der Länder gewählt sind.

Deshalb leitet die Deutsche Zentralverwaltung die Volksbildung in der Zone durch regelmäßige, monatlich zusammengerufene Beratungen der Bildungsminister der Länder, in denen eine gemeinsame Linie zur Durchführung aller prinzipiellen Maßnahmen der Volksbildung in der Zone erarbeitet wird. Auf der Grundlage der in der Beratung beschlossenen einheitlichen Richtlinien führen die Bildungsminister die notwendigen Maßnahmen in den Ländern durch.

IV. Verbindungen und Beziehungen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu anderen Deutschen Zentralverwaltungen

Die Deutsche Zentralverwaltung unterhält in ihrer praktischen Tätigkeit Beziehungen zu anderen deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Die Beziehungen zu ihnen werden bestimmt durch notwendige Konsultationen und die Koordinierung von Maßnahmen in speziellen Fragen, die in die Kompetenz der jeweiligen Zentralverwaltungen fallen. In Fragen der Ausbildung von Kadern an den Hoch- und Fachschulen tritt die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung beispielsweise mit den Deutschen Zentralverwaltungen für Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Industrie, Transport- und Nachrichtenwesen usw. in Verbindung, in Fragen pädagogischer und anderer Kader für die Volksbildung mit der Verwaltung für Innere Angelegenheiten usw.

254 Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung ist neben anderen deutschen Zentralverwaltungen durch SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 auf besatzungsrechtlicher Grundlage errichtet worden.

V. Kurze Beurteilungen der führenden Mitarbeiter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (des Präsidenten und seiner Stellvertreter)

1. Präsident der Zentralverwaltung Paul Wandel[255].

Paul Wandel wurde 1905 geboren, Deutscher, stammt aus einer Arbeiterfamilie, der sozialen Stellung nach ist er Angestellter, Mitglied der KPD seit 1925. Von Oktober 1931 bis Juli 1945 befand er sich im Exil in der UdSSR, wo er Mitglied der WKP(B) war, gegenwärtig ist er Mitglied der SED.

Während seines Aufenthaltes in der UdSSR war P. Wandel Propagandist des Rayon- und Moskauer Stadtkomitees der WKP(B) und während des Studiums an der Internationalen Lenin-Schule Sekretär der Parteiorganisation dieser Schule.

Wandel ist kein ausgebildeter Pädagoge. Er absolvierte die Volksschule, dann eine berufstechnische Schule und besuchte schließlich zwei Semester lang eine Ingenieurschule. Seiner praktischen Arbeit nach ist Wandel Parteifunktionär.

Auf Empfehlung des ZK der KPD wurde Wandel im August 1945 durch den Stab der SMAD als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung der sowjetischen Besatzungszone bestätigt und arbeitet bis heute in dieser Funktion.

Während seiner Tätigkeit als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung hat Wandel den Verwaltungsapparat organisiert, Mitarbeiter ausgesucht und ihre praktische Tätigkeit in Gang gebracht.

Wandel, der politisch ausreichend geschult ist und sich in der gegenwärtigen politischen Lage Deutschlands gut auskennt, formuliert richtig die Aufgaben der Volksbildungsorgane bei der Umgestaltung der Volksbildung auf demokratischer Grundlage. In der deutschen demokratischen Öffentlichkeit der sowjetischen Besatzungszone genießt er Anerkennung. In den wissenschaftlichen Kreisen ist sein Ansehen etwas geringer, weil er keine abgeschlossene Hochschulausbildung besitzt und keine wissenschaftlichen Werke vorweisen kann.

Zu Wandels positiven Eigenschaften gehört seine Fähigkeit, organisatorische Formen für die Verbindungen zu den Ministerien der Provinzen zu finden und ihre Arbeit allgemein anzuleiten.

Gleichzeitig ist anzumerken, dass Wandel neben seiner umfangreichen Arbeit in der SED organisatorischen Fragen nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt und die Arbeit einzelner Gliederungen zu wenig kontrolliert. Deshalb ist der Apparat nicht immer in der Lage, operative Arbeit zu leisten (es gibt zu wenige Überprüfungen vor Ort, die Büroarbeit überwiegt usw.). Diesen Mangel in seiner Arbeit überwindet Wandel allmählich.

2. Stellvertretender Präsident der Zentralverwaltung Erwin Marquardt[256]

Erwin Marquardt wurde 1890 geboren, Deutscher, entstammt einer Kaufmannsfamilie, ehemaliges Mitglied der SPD, gegenwärtig Mitglied der SED, Historiker von Beruf (Abschluss an den Universitäten in Jena und München, 1908). 1914, vor dem Krieg, war er als Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswille", später als fester Mitarbeiter der Zeitung „Vorwärts", der „Sozialistischen Monatshefte" und einer wissenschaftlichen Zeitschrift tätig. 1933 wurde er nach Paragraph 4 des Nazigesetzes[257] gekündigt. Während des Naziregimes befasste er sich mit wissenschaftlichen Arbeiten, eine Lehrtätigkeit war ihm untersagt. Von Februar bis Juli

255 Wandel, Paul (1905-1995), 1926 KPD, 1946 SED; 1931-45 Exil in der UdSSR, 1945 Chefredakteur der „Deutschen Volkszeitung" (Zentralorgan der KPD), 1945-49 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ, 1949-52 Minister für Volksbildung der DDR.

256 Marquardt, Erwin (1890-1961), Gymnasiallehrer, 1945/46 SPD/SED, 1945-49 Erster Vizepräsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung.

257 Gemeint ist das sogenannte Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, das zur Entlassung von Mitgliedern demokratischer Parteien und von sogenannten Nichtariern aus dem öffentlichen Dienst benutzt wurde.

1944 war er in der Bezirksverwaltung Reinickendorf und dann in der Verwaltung für Kriegsschäden tätig, wo man ihn wegen „politischer Unzuverlässigkeit" kündigte. In der Funktion des Vize-Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung ist er seit 1945 tätig.

Marquardt verfügt über ausreichende Kenntnisse auf dem Gebiet des Schulwesens, ihm fehlen jedoch organisatorische Fähigkeiten, die in vollem Maße eine erfolgreiche Ausführung der ihm übertragenen Aufgaben sichern würden. Bei der Durchführung neuer Maßnahmen ist er übertrieben vorsichtig.

Er strebt die Beherrschung der materialistischen Methodologie an, ist jedoch noch nicht frei von bürgerlichen, idealistischen Ansichten.

In Lehrerkreisen und in den Organen der Volksbildung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands genießt er Ansehen. Er sollte weiterhin in seiner Funktion tätig sein und in seiner Arbeit unterstützt werden.

3. Stellvertretender Präsident der Zentralverwaltung Theodor Brugsch[258]

Theodor Brugsch wurde 1878 geboren, Deutscher, seiner sozialer Stellung und Herkunft nach ist er Angestellter. Er gehörte früher keiner Partei an, auch heute ist er parteilos. Brugsch beendete 1903 sein Studium an der Berliner Universität. Er war als Arzt bzw. als Oberarzt in Berlin tätig, lehrte als Privatdozent und seit 1910 als Professor an der Berliner Universität, von 1927 bis 1936 als Professor an der Universität Halle, von 1936 bis 1945 wurde er nach Paragraph 4 des Nazigesetzes in den Ruhestand versetzt.

Brugsch ist Antifaschist. Er leitet die Abteilung Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und ist gleichzeitig Professor an der Berliner Universität sowie Direktor der Universitätsklinik; außerdem betreibt er eine große medizinische Privatpraxis. Er ist eine große Kapazität auf dem Gebiet der Medizin, genießt große Popularität in wissenschaftlichen Kreisen Deutschlands und Europas und ist Mitglied vieler Akademien sowohl in Deutschland als auch im Ausland.

Die Funktion des Vizepräsidenten hat Brugsch seit Juli 1946 inne. Mit der Arbeit ist er überlastet, weshalb er in der Zentralverwaltung Fragen der Leitung der Hochschulen und Wissenschaft unzureichende Aufmerksamkeit schenkt.

Als Funktionär entspricht Professor Brugsch zweifellos der von ihm bekleideten Position.

4. Stellvertretender Präsident der Zentralverwaltung Erich Weinert

Erich Weinert wurde 1890 geboren, Deutscher, der sozialen Herkunft nach Angestellter, Mitglied der KPD seit 1929, gegenwärtig Mitglied der SED. Von Beruf Kunstmaler (er absolvierte 1910 eine Kunstschule in Berlin), seit 1921 arbeitet er als Schriftsteller.

Seit 1933 im Exil (Schweiz, Frankreich, von 1935 bis 1945 in der Sowjetunion).

Aktiver Teilnehmer des antifaschistischen Kampfes in Spanien 1937-1939.

Während des zweiten Weltkrieges beteiligte sich Weinert an der Organisation der antifaschistischen Bewegung unter den Kriegsgefangenen sowie an der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland", auf dessen erster Konferenz er zu seinem Präsidenten gewählt wurde.

---

258 Brugsch, Theodor (1878-1963), Arzt, 1927-36 Professor und Direktor der Universitätsklinik Halle, 1945 Kulturbund, 1945-46 Leiter der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft und 1946-49 Zweiter Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, 1945-57 Professor an der Universität Berlin, 1951-63 Mitglied des Präsidialrates des Kulturbunds. – Brugsch wurde 1946 vom Chef der Gesundheitsabteilung der SMAD illoyale Haltung vorgeworfen, weil er „unfähig [ist], eine konsequent demokratische Linie auf dem Gebiet der Volksbildung in der SBZ durchzuführen", nachdem er versucht hatte, in Ost-Berlin mit britischer Lizenz eine medizinische Zeitschrift herauszugeben. Vgl. Natschalnik otdela sdrawochranenija SWA generalmajor Kusnezow/samestitelju Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG generalpolkowniku Serowu/19.4.1946, in: AWP RF 0457b/2/16/8, Bl. 115.

Nach der Auflösung des Komitees Ende 1945 kehrte Weinert nach Deutschland zurück. Im April 1946 wurde er zum Vizepräsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung ernannt, in der er bis zum heutigen Tag für die Leitung von Kultur und Propaganda verantwortlich ist.

Weinert erfüllt erfolgreich seine Pflichten. Er ist zuverlässig, ehrlich und direkt. Doch seine Krankheit (Tuberkulose) behindert ihn in seiner Arbeit.

Weinert sollte für die leitende Tätigkeit in den Organen der Volksbildung erhalten bleiben.

6. Besonderheiten des Personalbestandes der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung

Der Verwaltungsapparat besteht gegenwärtig aus 204[259] Personen.

Ihre Aufteilung nach der Parteizugehörigkeit:

Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei	118
Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei	7
Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union	7
Mitglieder der Liberaldemokratischen Partei	7
Mitglieder der Freien Deutschen Jugend	5 (5 von ihnen sind Mitglieder der SED)
Parteilos	65

Nach dem Alter:

Bis 25 Jahre	25 Personen
Von 25 bis 35 Jahre	35 Personen
Von 35 bis 50 Jahre	82 Personen
50 Jahre und älter	62 Personen

Nach der sozialen Stellung:

Arbeiter	16
Bauern	0
Angestellte	188

Nach der sozialen Herkunft:

Arbeiter	72
Bauern	4
Angestellte, Beamte und Intelligenz	110
Kaufleute, Industrielle, Gutsbesitzer und Geistliche	18

7. Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung

„Die Verordnung über die Zentrale Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands", in der ihre Rechte gegenüber den Bildungsministerien in den Ländern und gegenüber anderen peripheren Organen und Einrichtungen der Volksbildung in der sowjetischen Zone definiert werden, ist zu bestätigen.

Die Kopie der zur Bestätigung vorgelegten „Verordnung" wird beigefügt.[260]

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland P. Solotuchin

GARF 7317/54/8, Bl. 229-234. Beglaubigte Kopie.

259 Die tatsächliche Summe der nachstehend nach Parteizugehörigkeit aufgeschlüsselten Mitarbeiter beträgt 209 Personen.

260 In der Vorlage nicht vorhanden.

Nr. 38. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an den amtierenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die deutschen Verwaltungsorgane für Volksbildung. 9. Januar 1948

I. Kurze Beschreibung des Verwaltungssystems der Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Auflistung und Struktur der Verwaltungsorgane[261]

Die Leitung der Volksbildung nehmen in allen Ländern Bildungsministerien und in den Kreisen und Großstädten Bildungsabteilungen wahr. Die gesamte Volksbildung in der sowjetischen Zone wird von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung geleitet.

Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung hat folgende Struktur:

a) an der Spitze steht der Präsident der Zentralverwaltung, er hat drei Stellvertreter: [-] für Fragen der Hochschulen und der Wissenschaft; [-] für allgemeinbildende und berufstechnische Schulen sowie Kindereinrichtungen; [-] und für Kultureinrichtungen, Presse, Kunst, Literatur, Rundfunk usw.

b) Die Abteilung Schulen besteht aus den Sektoren: allgemeinbildende Schulen, Bildung und Weiterbildung für Lehrer, außerschulische Arbeit mit Jugendlichen, berufstechnische Schulen, Vorschulbildung und Kinderheime.

c) Die Abteilung Schulfilm hat die Sektoren: Materialien (Filme und Diapositive) und Technik (Projektionsapparatur).

d) Die Abteilung Hochschulen und Wissenschaft leitet alle Hochschulen, wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Akademien der Wissenschaften und wissenschaftlichen Gesellschaften.

e) Die Abteilung Jugendeinrichtungen besteht aus den Sektoren: Selbstbildung, Jugendschutz, Freizeit (Exkursionen, Sport, Ferien usw.).

f) Die Abteilung Kulturarbeit besteht aus den Sektoren: Verlagswesen und Propaganda, Erwachsenenbildung, Jugend- und Frauenarbeit, Volkskunst.

g) Die Abteilung Kunst und Literatur besteht aus den Sektoren: Theater, Musik und Kleinkunst, Film, bildende Kunst, Literatur.

h) Kaderabteilung;

i) Abteilung Finanzen und Statistik, bestehend aus zwei Sektoren;

j) Sekretariat.

Die Struktur der Bildungsministerien der Länder entspricht der Struktur der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung. An der Spitze des Ministeriums stehen ein (gewählter) Minister und sein Stellvertreter im Range eines Ministerialdirektors (dieser wird vom Minister ernannt und durch die Landesregierung bestätigt).

Die peripheren Organe der Volksbildung in den Kreisen und großen Städten bilden die Schul- und Kulturämter. An der Spitze des Schulamtes steht ein Schulrat, in dessen Kompetenz alle Fragen des Schullebens, ausgenommen Wirtschaft und Versorgung, fallen. Die Schulräte werden vom Bildungsministerium ernannt. Dem Schulrat stehen ein bis zwei Inspektoren für Methodik sowie ein kleiner technischer Verwaltungsapparat (Kanzlei) zur Verfügung. In jedem Kreis sind die Schulen territorial in methodische Vereinigungen zusammengefaßt. Sie werden von Rektoren geleitet, die zwar formell Schuldirektoren sind, von ihren [Unterrichts-]Pflichten innerhalb der Schule jedoch weitgehend befreit wurden. In jedem Kreis gibt es drei bis fünf solcher methodi-

261 Laut Begleitschreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an den amtierenden stellvertretenden Politischen Berater Gribanow vom 9. Jan. 1948 handelt es sich um Antwort auf die vom Adressaten kommende Anfrage Nr. 16/01186 vom 29. Dez. 1947.

schen Vereinigungen. Die Rektoren sind dem Schulrat unterstellt und nehmen praktisch die Funktion unterer Inspektoren wahr.

Die materiell-technische Abteilung der Schulen sowie die Leitung aller Kultureinrichtungen (Bibliotheken, Museen, Theater usw.), Kindertagesstätten, Kinderheime usw. im Kreis befinden sich in der Kompetenz des Kulturleiters, der dem Kulturamt vorsteht. Der Kulturleiter wird gewählt und ist Mitglied des örtlichen Landrat[samtes]. Im Unterschied zum Schulrat ist er nicht dem Minister, sondern den lokalen Machtorganen unterstellt. Dem Kulturleiter stehen ein bis zwei Inspektoren zur Verfügung, die für einzelne Kultureinrichtungen und -maßnahmen (Theater, Kino, Vorträge usw.) verantwortlich sind.

Die unterste Ebene des ganzen Verwaltungssystems stellen Schuldirektoren bzw. Direktoren anderer Volksbildungseinrichtungen dar, die dem Schulrat (bzw. je nach Einrichtung – dem Kulturleiter) unterstehen, jedoch vom Bildungsminister bestätigt werden.

II. Regeln im [rechtlichen] Verhältnis zwischen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und den Machtorganen in den Ländern

Das [rechtliche] Verhältnis zwischen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und den Regierungen der Länder ist bisher nicht geklärt, weil die „Verordnung über die Deutsche Zentralverwaltung" noch nicht bestätigt worden ist. Die Deutsche Zentralverwaltung ist ein berufenes Organ. Daher vermeidet sie in ihrer Arbeit verbindliche Direktiven und Anordnungen für die gewählten Regierungen und Ministerien in den Ländern zu erlassen, da sie dies für eine Verletzung der demokratischen Grundprinzipien hält.
Deshalb leitet die Deutsche Zentralverwaltung die Volksbildung in der Zone durch regelmäßige, monatlich zusammengerufene Beratungen der Bildungsminister der Länder, in denen eine gemeinsame Linie zur Durchführung aller prinzipiellen Maßnahmen der Volksbildung in der Zone erarbeitet wird. Auf der Grundlage der in der Beratung beschlossenen einheitlichen Richtlinien führen die Bildungsminister die notwendigen Maßnahmen in den Ländern durch, wobei sie diese durch ihre Regierungen gesetzlich festlegen lassen.

III. Kurze Beurteilungen des Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und seiner Stellvertreter werden beigefügt.[262]

IV. Vorschläge zur Verbesserung des geltenden Systems der Organe der Volksbildung und der Kontrolle durch die SMAD

1. „Die Verordnung über die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands", in der ihre Rechte gegenüber den Bildungsministerien in den Ländern und gegenüber anderen lokalen Organen und Einrichtungen der Volksbildung in der sowjetischen Zone definiert werden, ist zu bestätigen.

2. Die Abteilungen, die sich mit den Fragen der Kulturarbeit in der Bevölkerung, in Rundfunk, Film, Presse, Kunst, Literatur usw. befassen, sind aus der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung auszugliedern und in eigenständige Verwaltungen umzuwandeln.

3. Die gleichen Abteilungen sind aus den Landesministerien für Volksbildung als eigenständige Ministerien auszugliedern.

4. Die Kulturämter in den Kreisen und Städten sind den neu zu bildenden Ministerien für kulturelle Aufklärung zu unterstellen.

Die in den Punkten 2 bis 4 vorgesehenen Maßnahmen stützen sich auf das historisch gewachsene System der Volksbildungsverwaltung in Deutschland.

---

262 Eine Charakteristik zu Paul Wandel liegt als Anlage auf Blatt 5 vor. Sie wird hier nicht abgedruckt.

Außerdem wird die vorgesehene Teilung in zwei Verwaltungen bzw. Ministerien die Verantwortung jeder einzelnen Behörde erhöhen und eine höhere Effektivität ihrer Arbeit ermöglichen. Darüber hinaus erleichtert sie wesentlich die Leitung und Kontrolle sowie deren operative Gestaltung seitens der Abteilung Volksbildung der SMAD und der Informationsverwaltung der SMAD.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin

GARF 7317/54/11, Bl. 1-5. Beglaubigte Kopie.

Nr. 39. Befehl Nr. 6 des Obersten Chefs der SMAD über die Bildung einer Koordinierungsstelle für Kunst und Volksbildung bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ. Berlin, 16. Januar 1948[263]

Betrifft: Schaffung einer Koordinierungsstelle für die Länder der Sowjetischen Besatzungszone in der Abteilung für Kunst und Volksbildung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung.

Zum Zwecke einer weiteren Festigung der Lenkung der Tätigkeit der entsprechenden Ministerien der Länder der sowjetischen Besatzungszone seitens der deutschen Verwaltung für Volksbildung, der Koordinierung ihrer Arbeit mit den großen deutschen Kulturorganisationen der gesamten Zone (wie z.B. dem Kulturbund, der Gesellschaft für das Studium der Kultur der Sowjetunion) und der Sicherstellung einer systematischen örtlichen Kontrolle
befehle ich

1. Dem Leiter der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland der deutschen Verwaltung für Volksbildung ab 16. Januar 1948 zu gestatten, bei der Abteilung für Kunst und Volksbildung ein Referat für die Lenkung der Arbeit in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone einzurichten.
2. Den unter Punkt 1 dieses Befehls angeführten Stellenplan des Referats mit insgesamt 4 Arbeitskräften laut Beilage zu bestätigen.
3. Dem Leiter der Finanzverwaltung der SMA in Deutschland den Präsidenten der deutschen Finanzverwaltung zu verpflichten, im Haushaltsplan der deutschen Verwaltung für Volksbildung für das 4-te Quartal 1947/48 des Haushaltsjahres die Bereitstellung von Mitteln[264] für den Unterhalt des in Punkt 1 diese Befehls angeführten Referats vorzusehen.

I[m] A[uftrag] Der Stellvertreter des Oberbefehlshabers der SMA in Deutschland
Generalleutnant Dratwin

Der Chef des Stabes der SMA in Deutschland
Generalleutnant C. Lukjantschenko[265]

---

263 In der Vorlage: „Abschrift. Befehl des Oberbefehlshabers der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Nr. 6., Berlin, 16. Januar 1948".

264 Die unterschrichenen Stellen weist nur die amtliche deutsche Übersetzung aus, im russischen Originaldokument sind sie nicht enthalten.

265 Lukjantschenko, Grigori Sergejewitsch, Generalleutnant, zunächst Chef der Abteilung Landstreitkräfte der SMAD, 1947-49 Stabschef der SMAD.

Für die Richtigkeit: Der Chef der Abteilung 1 des allgemeinen Stabes der SMA in Deutschland
Major A. Komow [266]

2.2.1948
Boncourt[267]

Beilage zum Befehl des Oberbefehlshabers der SMA in Deutschland Nr. 6 vom 16. Januar 1948.[268]

BArch DX 1 – 6/48. Deutsche Übersetzung.[269]

Nr. 40. Schreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die Säuberung von Bibliotheken und Buchhandlungen, mit Anlage. 4. Februar 1948[270]

Geheim

In Antwort auf Ihr Schreiben Nr. 16/067 vom 23. Januar dieses Jahres halte ich es für notwendig, ungeachtet fehlender konkreter Daten sofort mit der Durchführung einer Säuberung deutscher Bibliotheken und Buchhandlungen von ideologisch schädlicher Literatur zu beginnen. Die beigefügte geheime Instruktion für den Chef der Deutschen Verwaltung für Volksbildung legt die Grundrichtung dieser Arbeit und die Wege zu ihrer Realisierung fest. Das geheime Rundschreiben an die Chefs der Abteilungen für Volksbildung der Länder verpflichtet sie, die Tätigkeit der Deutschen bezüglich der Bereinigung ihrer Bücherbestände in ihrem jeweiligen Bundesland zu kontrollieren, persönlich die wichtigsten Bibliotheken im jeweiligen Land zu überprüfen und Listen der entfernten Literatur sowie alles während der Säuberung angefallene Bearbeitungsmaterial zu sammeln.

Die ausgesonderten Bücher sollen in fünf Bibliotheken der sowjetischen Besatzungszone zusammengefaßt werden. Listen über die gesamte, in diesen Bibliotheken versammelte Literatur, die statistischen Daten sowie die entsprechenden Berichte zur durchgeführten Bereinigung sollen bis zum 15. Mai dieses Jahres bei der Abteilung Volksbildung der SMAD eingegangen sein. Die Listen sollten meiner Ansicht nach an das ZK der WKP(B) gesandt werden, um zu überprüfen, ob die entsprechenden Bücher in den größten staatlichen Bibliotheken der Sowjetunion vorhanden sind. Nach Erhalt einer Antwort vom ZK soll ein Teil der Bücher in die Sowjetunion gebracht und der andere Teil vernichtet werden.

Die alphabetische Liste[271] von Glawlit[272] muß im Umfang von mindestens 200 Exemplaren

266 Das russische Original enthält diesen Beglaubigungsvermerk nicht.

267 Vermutlich der Name des Übersetzers.

268 Enthält einen Zusatzstellenplan für vier Stellen. Wird hier nicht abgedruckt.

269 Der russische Wortlaut in: GARF 7317/8/14, Bl. 23.

270 [Handschriftlicher Bearbeitungsvermerk:] „An Genossen Morosow: Habe keine Einwände. M. Gribanow, 6.2.[1948]".

271 Über auszusondernde Titel und Autoren. Anm. d. Übers.

272 Glawlit, d.i. Glawnoje uprawlenije po delam literatury i isdatelstw (d.i. Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Literatur und des Verlagswesens). 1922 gegründete zentrale sowjetische Zensurbehörde für Literatur, in Zusammenarbeit mit dem 1923 gegründeten Glawrepertkom (Komitet po kontrolju sa repertuarom, d.i. Komitee für Repertoire-Kontrolle) und anderen Fachbehörden bis zum Jahr 1990 tätig. Zur Geschichte der sowjetischen Zensur vgl. Gorjajewa, T. M.: Polititscheskaja zensura w SSSR 1917-1991, Moskwa 2002.

bestellt werden, um eine Versorgung aller Kreisinspektoren zu gewährleisten, von denen die Säuberung und Bereinigung der Bücherbestände vor Ort praktisch geleitet werden wird.

Anlagen: 1. Instruktion über die Durchführung der Säuberung für den Chef der Deutschen Verwaltung für Volksbildung Herrn Wandel.
2. Anordnung für die Chefs der Abteilungen Volksbildung der SMA-Verwaltungen der Länder (nur für den Adressaten).[273]

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD *P. Solotuchin*

[Anlage 1]

An den Chef der Deutschen Verwaltung für Volksbildung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands Herrn Wandel

Im Ergebnis der im August durchgeführten Überprüfung der Ausführung des Befehls Nr. 039[274] des Obersten Chefs und der Direktive des Alliierten Kontrollrates Nr. 4 über die Entfernung nazistischer, militaristischer und anderer ideologisch schädlicher Literatur[275] wurde festgestellt, daß einzelne Vertreter von Landesministerien sowie einfache Bibliotheksangestellte nicht in ausreichender Tiefe und Ernsthaftigkeit den Inhalt dieser beiden Dokumente durchdacht haben. In einer Reihe von Fällen wurde von Kontrollkommissionen in öffentlichen Bibliotheken und Buchhandelsorganisationen das Vorhandensein russischer, deutscher und ausländischer antisowjetischer, trotzkistischer und anderer ideologisch schädlicher Literatur festgestellt. Mehr noch, die trotzkistische Literatur steht in der Regel im Fach der marxistischen Literatur, was die Möglichkeiten ihrer schädlichen Wirkung, vor allem auf die Jugend, nachhaltig verstärkt.

Ausgehend von dieser Lage empfiehlt Ihnen die Abteilung Volksbildung, sofort an alle Länder der sowjetischen Zone Weisung zu erteilen, mit der nazistischen und militaristischen Literatur auch jene Bücher mit einem der Sowjetgesellschaft feindlichen Inhalt – das ist die antikommunistische und antisowjetische weiße Emigrantenliteratur sowie die Trivialliteratur und die Pornographie – zu entfernen. Außerdem müssen alle Bücher entfernt werden, die Ausfälle gegen Führer der sowjetischen Regierung und bedeutende Staatsmänner enthalten. Nicht zu unterschätzende Aufmerksamkeit ist in der Zone der Säuberung der Bücherbestände von Werken zu widmen, die von Volksfeinden des Typs Bucharin[276], Trotzki[277], Sinowjew[278], Rykow[279], Jagoda[280], Tuchat-

273 Die Anlage fehlte in der Vorlage.

274 Wortlaut des SMAD-Befehls Nr. 039 vom 8. Sept. 1945 vgl. Dokument Nr. 6.

275 Tatsächlich handelt es sich um den Befehl des Kontrollrates Nr. 4 vom 13. Mai 1946 über „Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militärischen Charakters", mit Abänderung vom 10. Aug. 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrats vom 31. Mai 1946, S. 151f., sowie vom 31. Juli 1946, S. 172.

276 Bucharin, Nikolai Iwanowitsch (1888-1938), u.a. 1924-29 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B) und 1926-29 Vorsitzender der Kommunistischen Internationale, 1937 Parteiausschluß, 1938 aus politischen Gründen in einem Schauprozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet.

277 Trotzki, Lew Dawydowitsch (1879-1940), u.a. Mitorganisator der russischen Oktober-Revolution 1917, 1917-18 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR, 1918-25 Volkskommissar für Kriegs- und Marineangelegenheiten der RSFSR/UdSSR; 1923 Begründer der linken Opposition gegen Stalin, 1927 aus der WKP(B) ausgeschlossen, 1928 Verbannung, 1929 Exil, 1932 Entzug der Staatsbürgerschaft der UdSSR, 1940 in Mexiko aus politischen Gründen ermordet.

278 Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch (1883-1936), u.a. Mitorganisator der russischen Oktober-Revolution 1917, 1919-26 Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 1921-26 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B), 1927 erster Parteiausschluß; 1934 verhaftet und 1935 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, 1936 in einem Schauprozeß aus politischen Gründen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

schewski[281] u.a. verfaßt wurden, sowie von jener Literatur, die Elemente des Lobes auf diese und ähnliche Leute enthält.

Die Säuberung der Bibliotheken und Buchhandelsorganisationen von der oben genannten Literatur muß unbedingt im Zeitraum vom 15. Februar bis zum 1. Mai erfolgen.

Es muß nicht nur die russisch- und deutschsprachige Literatur entfernt werden, sondern auch die in allen anderen Sprachen verfaßte Literatur oben aufgezeigten Inhalts.

Bei der Überprüfung der kleineren Bibliotheken muß der gesamte Bestand ohne Ausnahme überprüft werden. Die größeren Bibliotheken, die mehr als 10.000 Bände besitzen, sollen im oben genannten Zeitraum in erster Linie eine Überprüfung folgender Abteilungen durchführen: Philosophie, Sozialwissenschaften und Ökonomie, Politikwissenschaften sowie russische, deutsche und ausländische Belletristik. Besondere Aufmerksamkeit ist der Überprüfung der wissenschaftlichen Bibliotheken und in der Hauptsache den Bibliotheken der Universitätsinstitute und -seminare sowie den anderen Hochschulbibliotheken zu widmen.

Die gesamte ausgesonderte Literatur soll unter Abwicklung der dazu nötigen Formalitäten mit Unterschrift des Direktors bzw. Inhabers der Bibliothek bzw. Buchhandelsorganisation zusammen mit genauen Listen der ausgesonderten Bücher gegen persönliche Unterschrift an den Direktor bzw. einen durch ihn bevollmächtigten Vertreter folgender Bibliotheken übergeben werden:

1. Von den Bibliotheken und Buchhandelsorganisationen des sowjetischen Sektors von Berlin – an die öffentliche wissenschaftliche Bibliothek in Berlin[282].
2. Von den Bibliotheken und Buchhandelsorganisationen des Landes Sachsen – an die Sächsische Landesbibliothek in Dresden.
3. Von den Bibliotheken und Buchhandelsorganisationen des Landes Sachsen-Anhalt – an die Universitätsbibliothek Halle.
4. Von den Bibliotheken und Buchhandelsorganisationen des Landes Mecklenburg – an die Mecklenburgische Landesbibliothek in Schwerin.
5. Von den Bibliotheken und Buchhandelsorganisationen des Landes Thüringen – an die Thüringer Landesbibliothek in Weimar.

Die Direktoren der oben genannten Bibliotheken sind verpflichtet, die ihnen übergebene Literatur komplett in verschlossenen, für Leser und einfache Mitarbeiter nicht zugänglichen Räumen aufzubewahren. Die nach dem Eintreffen der Bücher überprüften und bestätigten Listen sollen jedoch unverzüglich an den Vorsitzenden der Kommission beim Landesministerium für Volksbildung übersandt werden. Die Literatur wird von den Bibliotheken bis zum Ergehen einer speziel-

279 Rykow, Alexei Iwanowitsch (1881-1938), u. a. 1924-30 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR, 1931-36 Volkskommissar für Post und Telegraph; 1937 verhaftet und 1938 in einem Schauprozeß aus politischen Gründen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

280 Jagoda, Genrich Grigorjewitsch (auch: Georgijewitsch) (1891-1938), ab 1919 in sowjetischen Repressionsorganen tätig, 1934-36 als Volkskommissar des Innern der UdSSR maßgeblich an der Durchführung des politischen Massenterrors beteiligt, 1936-37 Volkskommissar für Verbindungen (d.i. Post) der UdSSR, 1936 verhaftet und 1938 in einem Schauprozeß aus politischen Gründen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

281 Tuchatschewski, Michail Nikolajewitsch (1893-1937), Marschall der Sowjetunion; u.a. 1936-37 Erster stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, 1937 verhaftet und 1938 unter falscher politischer Anschuldigung zum Tode verurteilt und hingerichtet.

282 Mit SMAD-Befehl Nr. 203 vom 6. Juli 1946 (Wortlaut in: BArch DX 1-203/46) wurden die ausgelagerten Bestände der Preußischen Staatsbibliothek nach Berlin zurückgeführt und die in Ost-Berlin verbliebenen Teile in eine Öffentliche wissenschaftliche Bibliothek umgewidmet. Seit den fünfziger Jahren heißt sie Deutsche Staatsbibliothek.

len Weisung durch die Abteilung Volksbildung der SMAD gelagert und darf an absolut niemanden herausgegeben werden.

Literatur in deutscher Sprache oder über Deutschland, die der Aussonderung unterliegt, darf die Deutsche Bücherei in Leipzig[283] bei sich behalten, sie hat sie jedoch von der allgemeinen Benutzung auszuschließen und in einer Spezialabteilung unterzubringen. Literatur in anderen Sprachen, die der Aussonderung unterliegt, muß von der Leitung der Deutschen Bücherei auf der gleichen Grundlage, wie für alle anderen Bibliotheken gültig, an die Landesbibliothek in Dresden übergeben werden.

Zur Leitung und Beratung dieser Arbeit sollten Sie eine Kommission bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung benennen, wobei Sie diese Aufgabe an die bereits bei Ihnen bestehende Kommission übertragen können, welche für die Überprüfung der Tätigkeit der Deutschen Bücherei bei der Herausgabe des Leitfadens der vom allgemeinen Gebrauch auszusondernden Literatur unter der Leitung von Volkmann[284], mit Richter als Stellvertreter, gebildet wurde, wenn Sie diese Kommission um Leute erweitern, die die russische Sprache beherrschen. Diese Kommission soll die Leiter der Kommissionen bei den Landesministerien für Volksbildung gründlich anleiten (es ist wünschenswert, daß es sich bei diesen Personen um die Landesreferenten für öffentliche Bibliotheken handelt) und während der gesamten Zeit, in welcher die Aussonderung durchgeführt wird, engen Kontakt mit ihnen halten. In die Landeskommissionen und die Kommissionen vor Ort müssen gleichfalls politisch gebildete Leute einbezogen werden, die die russische Sprache beherrschen.

Die Statistiken und Berichte über die neuerdings durchgeführte Säuberung der Bibliotheken und Buchhandelsorganisationen sollen bei den Landeskommissionen nicht später als am 20. April dieses Jahres eingegangen sein, die Landeskommissionen wiederum sollen den Bericht über ihr Bundesland mit beigelegter vollständiger Liste der im Land ausgesonderten Literatur spätestens bis zum 1. Mai dieses Jahres der Abteilung Volksbildung der SMA-Verwaltung des jeweiligen Bundeslandes vorstellen.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD P. Solotuchin

AWP RF 0457a/5/34/31, Bl. 54-57. Original.

283 Die 1912 gegründete und ab 1940 im Status einer Anstalt des öffentlichen Rechts als zentrale deutsche Bibliothek und zentrales Archiv des deutschsprachigen Schrifttums wirkende Deutsche Bücherei in Leipzig wurde am 24. Nov. 1945 aufgrund des Befehls des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Marschall Sokolowski Nr. 12 vom 7. Sept. 1945 unter der Bezeichnung Leipziger Bibliothek als bibliographisches Informationszentrum der SMAD wiedereröffnet.

284 Volkmann, Herbert (1901-1983), KPD/SED, 1945-48 Leiter des Hauptamtes bzw. der Abteilung Kunst und Kultur in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ, 1949-50 Leiter der Hauptabteilung Kunst und Literatur im Ministerium für Volksbildung der DDR.

Nr. 41. Vermerk der Mitarbeiter des ZK der WKP(B) Iljitschow[285] und Morosow[286] an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über den Verlag der SED. 27. Februar 1948

Gemäß Ihrem Auftrag haben wir den Plan des Verlages der SED für das Jahr 1948, der am 25. Dezember vergangenen Jahres im „Neuen Deutschland" veröffentlicht worden war, zur Kenntnis genommen.

Der Verlag der SED hat vor, im Jahre 1948 fast ausschließlich Arbeiten von Marx[287], Engels[288], Plechanow[289], Mehring[290], Kautsky[291] und anderen zu veröffentlichen. Die für 1948 zur Veröffentlichung vorgesehenen Werke von Marx, Engels, Mehring, Kautsky beleuchten in der Hauptsache Fragen des Kapitalismus der vormonopolistischen Phase. *Der Plan enthält gar keine Arbeiten von W. I. Lenin und I. W. Stalin zur Charakterisierung des Imperialismus, es fehlen gänzlich die wichtigen Arbeiten des Genossen Stalin zum Leninismus. Außerdem ist in den Verlagsplan die Arbeit von Marx und Engels „Revolution und Konterrevolution in Deutschland" aufgenommen worden, welche die Rolle der Slawen in der Revolution von 1848 falsch beleuchtet.*[292]

Deshalb *ist der Plan des Verlages der SED unbefriedigend.*

L. Iljitschow
M. Morosow

RGASPI 17/125/608, Bl. 45. Original.[293]

285 Iljitschow, Leonid Fjodorowitsch (1906-), Philosoph; 1924 WKP(B), 1938-58 führende politische Funktionen im Pressewesen (u.a. verantwortlicher Sekretär der Zeitschrift „Bolschewik" und der „Prawda", Chefredakteur der „Iswestija", Leiter der Presseabteilung des sowjetischen Außenministeriums) und Mitarbeiter des ZK der WKP(B), 1948-49 stellvertretender Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK, 1952-56 Kandidat des ZK der KPdSU, 1956-61 Mitglied der Zentralen Revisionskommission, 1958-61 Leiter der Abteilung Propaganda und Agitation des ZK, 1961-65 Sekretär des ZK der KPdSU, ab 1965 stellvertretender Außenminister der UdSSR.

286 M. Morosow war Mitarbeiter des ZK der WKP(B), ab 1948 Leiter des Sektors Verlage in der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK.

287 Marx, Karl (1818-1883).

288 Engels, Friedrich (1820-1895).

289 Plechanow, Georgi Walentinowitsch (1856-1918), marxistischer Theoretiker und Politiker.

290 Mehring, Franz (1846-1919), sozialdemokratischer Historiker und Journalist.

291 Kautsky, Karl (1854-1938), sozialdemokratischer Theoretiker und Politiker.

292 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

293 In der Anlage auf Blatt 46 werden die einzelnen Titel unter Bezugnahme auf „Neues Deutschland" vom 25. Dez. 1947 genannt.

Nr. 42. Verfügung des Chefs der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Generalleutnant Borsow an den Leiter der Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen der DWK[294] Dr. Schröder über das Abonnement von Periodika aus den westlichen Besatzungszonen. 29. April 1948[295]

An den Präsidenten der Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen der Sowjetischen Besatzungszone[296]

Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland hat mit der Direktive Nr. 55 den Austausch von Zeitungen, Zeitschriften, Periodika und Büchern zwischen den Zonen gestattet[297]. Jedoch sind bisher weder Regeln für eine Annahme von Abonnements noch eine Gebührenordnung oder eine Verfahrensweise für die zwischenzonale Verrechnung festgelegt worden.

Dessen ungeachtet haben Postämter der sowjetischen Zone selbständig damit begonnen, Anträge auf Abonnements entgegenzunehmen, ohne daß dafür die Erlaubnis der Deutschen Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen vorliegt.

Dies hat dazu geführt, daß die bereits eingezahlten Summen an den Orten der Annahme der Abonnements blockiert sind, was wiederum eine Zahlungsschuld der Postämter der sowjetischen Zone gegenüber den Verlagen der westlichen Zonen und der westlichen Sektoren Berlins erzeugt und bei den Verlagen Unzufriedenheit hervorruft.

Ich bitte Sie daher, die Postämter der sowjetischen Zone anzuweisen, vor Festlegung des Verfahrens zur Verrechnung mit den Verlagen, die Annahme von Abonnements für alle Zeitungen, Zeitschriften, Periodika und Bücher, die in den westlichen Zonen und den westlichen Sektoren Berlins herausgegeben werden, mit Wirkung vom 15. Mai 1948 ***einzustellen***[298].

Die bei der Entgegennahme von Abonnements bereits eingezahlten Gelder sind mit Ausnahme der Beträge für bereits gelieferte Exemplare bis zum 15. Mai 1948 den Abonnenten ***zurückzuerstatten*** mit der Begründung, daß es keine Möglichkeit der Verrechnung mit den Verlagen gibt. Gleichzeitig ist den Betroffenen ein Abonnement für entsprechende, in der sowjetischen Zone und im sowjetischen Sektor Berlins erscheinende Druckerzeugnisse anzubieten und im Falle ihrer Zustimmung zu gewähren.

Ich bitte Sie, mich über die Ausführung zu informieren.

Generalleutnant *Borsow*

GARF 7317/41/12, Bl. 95. Original.

---

294 DWK, für: Deutsche Wirtschaftskomission in der SBZ. Die DWK entstand im Juni 1947 als Vereinigung mehrerer deutscher Zentralverwaltungen mit dem Ziel, insbesondere die Wirtschaft der SBZ auf zentraler zonaler Ebene zu lenken. 1948 wurden ihre fachlichen und rechtlichen Kompetenzen erweitert und 1949 wurde sie in eine Regierung der DDR umgebildet.

295 [Handschriftliche Bearbeitungsvermerke:] „Genosse Gribanow hat keine grundsätzlichen Einwände, bittet aber, das Dokument nicht abzuschicken, sondern eine mündliche Weisung zu erteilen. 29.4.[19]48" – „Genossen Potapow zur Kontrolle: Die Weisung wurde Dr. Schröder von [Name unleserlich] mündlich erteilt. 4.5.[19]48."

296 Die Anschrift ist insofern irreführend, als darin die alte Position des Adressaten in der Zentralverwaltung mit seiner neuen Funktion in der DWK vermengt wurde.

297 In Sachsen-Anhalt wurden beispielsweise bis zum 1. Dez. 1947 1.459 verschiedene westdeutsche und westberliner Zeitungen und Zeitschriften abonniert, darunter 2.000 Exemplare des in West-Berlin erscheinenden „Telegraphs". Vgl. Rodionow/Tjulpanowu/29.12.1947, in: GARF 7133/1/277, Bl. 393-400.

298 Die fett und kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage gesperrt.

Nr. 43. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über den ersten Kulturtag der SED. 13. Mai 1948

Geheim

Vom 5. bis 7. Mai dieses Jahres führte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in Berlin einen Kongreß deutscher Kulturschaffender („Kulturtag") durch.

Am Kongreß nahmen 2.074 Personen teil: 1.274 Delegierte und 800 Gäste. Von den anwesenden Delegierten waren: 289 Lehrer oder Angestellte der Volksbildungsorgane, 122 Professoren und Dozenten, 54 Schriftsteller, 65 Maler, 36 Künstler, 30 Rundfunkjournalisten, 91 Kulturbundfunktionäre, 68 Studenten, 18 Ingenieure, 15 Ärzte, 17 Juristen. Außerdem nahmen am Kongreß Kulturfunktionäre der Landes- und Kreisorganisationen der SED, der Gewerkschaften, des Demokratischen Frauenbundes[299], der Freien deutschen Jugend und anderer Organisationen teil. 85% der Delegierten und Gäste des Kongresses sind Mitglieder der SED, 15% sind parteilose Kulturschaffende.

Die westlichen Zonen Deutschlands waren durch 69 Delegierte der Kommunistischen Partei der amerikanischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands vertreten.

Auf Einladung des Parteivorstandes der SED nahmen auch Kulturschaffende und Vertreter der kommunistischen Parteien einiger Länder Europas am Kongreß teil: der dänische Schriftsteller Martin Andersen-Nexø[300], das Mitglied des ZK der kommunistischen Partei Frankreichs und Redakteur der Zeitung „L'Humanite" Georges Cogniot, das Mitglied des ZK der kommunistischen Partei Norwegens Ingeborg Bokken, der Redakteur der schwedischen kommunistischen Zeitung „Ny Dag" Olle Moberg, vier Kulturschaffende aus der Tschechoslowakei, zwei aus Österreich und einer aus der Schweiz.

Der Kongreß wurde am 5. Mai mit einer Rede von Wilhelm Pieck eröffnet. Er begrüßte im Namen des Parteivorstandes der SED die anwesenden ausländischen Kulturschaffenden, die Delegierten und Gäste und formulierte in Kurzfassung die Ziele und Aufgaben des Kongresses.

Danach sprach der Vorsitzende des Parteivorstandes der SED Otto Grotewohl zum Thema „Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus"[301].

Grotewohl legte in seinem Vortrag eine gründliche Analyse des in Deutschland stattfindenden ideologischen Kampfes vor, zeigte die ideelle Wirklichkeit des Neofaschismus und seine Verbindung zur „Ideologie" des Hitlerfaschismus auf, legte den zutiefst reaktionären, dekadenten Charakter der gegenwärtigen bürgerlichen Kultur dar, ihre Feindschaft gegenüber dem Volk und dem Fortschritt.

Der Redner unterstrich die weltweite Bedeutung der sowjetischen Kultur als der Kultur einer neuen sozialistischen Gesellschaft, bestimmte ihre charakteristischen Züge und zeigte anhand konkreter Beispiele die gewaltige Kraft der marxistisch-leninistischen Lehre auf.

Als er über den Aufbau einer neuen demokratischen Kultur sprach, formulierte Grotewohl das Verhältnis der SED zur klassischen deutschen Kultur und bestimmte die wichtigsten, vor der

---

299 Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), entstand auf der Grundlage des Befehls des Obersten Chefs der SMAD Nr. 254 vom 11. Nov. 1947 als einheitliche Frauenorganisation der SBZ durch Verschmelzung lokaler „antifaschistischer" Frauenkomitees. Dez. 1947 ca. 230.000, Jan. 1950 ca. 500.000 Mitglieder. Vgl. Weber, Gerda: Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), in: Broszat/Weber, SBZ Handbuch 1990, S. 691-713, hier S. 710. 1988 ca. 1,5 Millionen Mitglieder, 1990 Umwandlung in einen gemeinnützigen Verein Demokratischer Frauenbund e.V. (dfb e.V.) mit ca. 5.800 Mitgliedern im Jahr 2000.

300 Andersen Nexø, Martin (1869-1954), dänischer Schriftsteller, lebte seit 1951 in Dresden.

301 In der wörtlichen Übersetzung der Vorlage: „Der gegenwärtige Zustand der ideologischen Front und der Marxismus".

Partei und vor allem vor der Parteiintelligenz stehenden Aufgaben: Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz, Vorbereitung neuer Kader der Intelligenz aus den Reihen der Werktätigen sowie Einbeziehung breiter Teile der deutschen Intelligenz in den aktiven Kampf um die Einheit Deutschlands und um eine einheitliche deutsche demokratische Kultur auf der Grundlage jener tiefen sozialökonomischen Veränderungen, die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vollzogen wurden. *Mängel im Vortrag Grotewohls waren: eine zu allgemeine und abstrakte Formulierung der Frage des sozialistischen Realismus und eine zu oberflächliche (des sozialgeschichtlichen Zugangs beraubte) Formulierung des Problems der Aneignung des klassischen deutschen Nationalerbes.*[302]

Zum Abschluß des ersten Kongreßtages fand in der Staatsoper am Abend eine dem 130. Geburtstag von Karl Marx gewidmete Festveranstaltung statt. (Das Mitglied des Parteivorstandes der SED Otto Meier hielt eine Rede.)

Am 6. Mai hörten sich die Kongreßteilnehmer einen Vortrag von Professor Deiters[303] an, dem Vorsitzenden des Berliner Vorstandes des Kulturbundes, zum Thema „Die kulturelle Einheit Deutschlands und die Intelligenz".

Ausgehend von der Position des Marxismus bestimmte Professor Deiters die gesellschaftliche Rolle der Intelligenz in der Gesellschaft und formulierte die Aufgaben der deutschen Intelligenz im Kampf um eine demokratische Wiedergeburt der deutschen Kultur und um die kulturelle Einheit Deutschlands.

Am 7. Mai hielt der Sekretär für Propaganda des Parteivorstandes der SED Anton Ackermann auf dem Kongreß einen Vortrag zum Thema „Marxistische Kulturpolitik".

Ackermann führte eine tiefe theoretische Analyse des Wesens der humanistischen[304] Kultur durch, bestimmte die charakteristischen Seiten der europäischen Kultur während ihrer verschiedenen kulturellen Etappen und zeigte das Wesen der neuen, ihrer Form nach nationalen und ihrem Inhalt nach sozialistischen Kultur der Völker der Sowjetunion auf. Der Redner bestimmte außerdem die wissenschaftlichen Grundlagen der marxistischen Kulturpolitik und formulierte die Aufgaben der SED bei der Schaffung einer neuen deutschen demokratischen Kultur und bei der Arbeit mit der deutschen Intelligenz.

In der zu den Vorträgen von Grotewohl, Ackermann und Professor Deiters geführten Diskussion ergriffen 29 Delegierte das Wort, die Vertreter verschiedenster Berufsgruppen waren (Arbeiter, Wissenschaftler, Parteifunktionäre, Schriftsteller, Studenten, Künstler).

Die Redner konstatierten in ihren Diskussionsbeiträgen die bedeutenden, beim Wiederaufbau des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone erreichten Fortschritte, die große Bedeutung des „Kulturtages" für die Verstärkung des Einflusses der SED auf die deutsche Intelligenz und für die Konsolidierung ihrer Kräfte im Kampf um die politische, ökonomische und geistige Einheit Deutschlands.

Die Vertreter der westlichen Zonen erzählten über das von den reaktionären Kräften durchgeführte und von den angloamerikanischen Besatzungsmächten angeregte Vorgehen gegen die wahrhaft fortschrittlichen demokratischen Kräfte sowie von Verfolgungen und Hetzjagden auf die demokratische Presse. Sie verurteilten entschieden den „Marshall-Plan"[305] als eine Maßnahme,

---

302 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen und am Rand abermals angestrichen.

303 Deiters, Heinrich, Dr. phil. (1887-1966), 1945/46 SPD/SED, 1945-46 Leiter der Abteilung Lehrerbildung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, ab 1946 Professor an der Berliner-Universität, 1949-58 Dekan der pädagogischen Fakultät.

304 In der Vorlage: „tschelowetscheskoi".

305 „Marshall-Plan", d. i.: European Recovery Program, nach US-Außenminister George Catlett Marshall (1880-1959) benanntes und 1947 von ihm initiiertes (west-)europäisches Wiederaufbauprogramm der USA, in dessen Rahmen bis 1952 Westeuropa in Kreditform eine Wirtschaftshilfe in Höhe von rund 13 Milliarden US-Dollar

die nicht nur auf die politische und ökonomische Versklavung, sondern auch auf die geistige Einlullung des deutschen Volkes gerichtet sei.

Eine glühende Rede hielt auf dem Kongreß der mit einer Delegation deutscher Schriftsteller und Kulturschaffender aus der UdSSR zurückgekehrte Schriftsteller Wolfgang Langhoff[306]. Er gab seine Eindrücke vom kulturellen Leben der Sowjetunion wieder, erzählte von der Arbeit der sowjetischen Schriftsteller, Gelehrten, Künstler, vom schöpferischen Enthusiasmus der sowjetischen Intelligenz, die eng mit ihrem Volk verbunden sei sowie von den unbegrenzten schöpferischen Möglichkeiten, die die sozialistische Ordnung für die Geistesschaffenden und Künstler hervorgebracht habe. An konkreten Beispielen zeigte Langhoff die Breite der kulturellen Interessen und Bedürfnisse des einfachen sowjetischen Menschen und den gewaltigen Aufschwung der Kultur in der UdSSR. Seine Rede wurde mehrfach von stürmischem Beifall aus dem ganzen Saal und durch Zustimmungsrufe unterbrochen.

Langhoff und andere Redner riefen die deutsche Intelligenz dazu auf, gemäß dem Vorbild der sowjetischen Intelligenz mit den Werktätigen Hand in Hand für das Wohl ihres Volkes zu arbeiten und sich für die fortschrittliche Kultur eines neuen demokratischen Deutschlands einzusetzen.

Der Kongreß bestätigte einstimmig das von der Redaktionskommission vorbereitete Manifest zu den Aufgaben der SED im Bereich der Kultur und verabschiedete eine Protestresolution gegen die Verfolgung der freien Presse in den westlichen Zonen Deutschlands.

Das Präsidium des Kongresses nahm Grüße von der kommunistischen Partei Finnlands, der Arbeiterpartei Rumäniens und von zahlreichen deutschen Gelehrten, Schriftstellern und Personen des öffentlichen Lebens entgegen.

Der Kongreß erregte die Aufmerksamkeit breiter Kreise der deutschen demokratischen Öffentlichkeit.

In der Presse des sowjetischen Sektors von Berlin wurden ausführlich der Verlauf des Kongresses beleuchtet und Auszüge aus allen Vorträgen sowie Inhaltsangaben zu allen Diskussionsbeiträgen veröffentlicht. Auch im Radio wurde die Arbeit des Kongresses in Sonderbeiträgen kommentiert.

Die Zeitungen der westlichen Sektoren Berlins, besonders der „Kurier", der „Telegraph" und der „Tagesspiegel" brachten zum Kongreß bösartige Hetzartikel, welche den Inhalt der Arbeit des Kongresses, seine Aufgaben und seine Bedeutung für den Kampf um die demokratische Entwicklung der deutschen Kultur verfälschten.

Der Kongreß deutscher Kulturschaffender, der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands durchgeführt wurde, war ein bedeutendes Ereignis im Leben der Partei.

Die Bedeutung des Kongresses besteht in Folgendem:

1. Dem Wesen nach hat die SED durch die Vorträge ihrer führenden Vertreter und das vom Kongreß verabschiedete Manifest erstmalig ihr Programm im Bereich der Kultur formuliert.

2. Die auf dem Kongreß klar formulierten Grundlagen der Kulturpolitik der SED und die Prinzipien der Arbeit mit der Intelligenz werden die Überwindung der linkssektiererischen Haltung vieler Parteifunktionäre der unteren Ebenen zur Intelligenz begünstigen, die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch weit verbreitet ist.

3. Die Tatsache, daß am Kongreß eine bedeutende Zahl parteiloser Kulturschaffender teilgenommen hat, wird zweifellos zu einer Festigung der Autorität und des Einflusses der SED

---

gewährt wurde. Die UdSSR und die osteuropäischen Länder in ihrem Einflußgebiet lehnten die Teilnahme z. T. unter dramatischen Umständen ab, was die Spannungen zwischen den politischen und wirtschaftlichen Blöcken erhöhte.

306 Langhoff, Wolfgang (1901-1966), Schauspieler, 1928 KPD, 1933-34 im Konzentrationslager Esterwegen interniert, 1934-45 Exil in der Schweiz, 1946-63 Intendant des Deutschen Theaters in Berlin, 1950 Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste.

unter der deutschen Intelligenz und zur Einbeziehung noch größerer Teile der Intelligenz in die Volksbewegung für die Einheit Deutschlands und eine gerechte Welt führen.

Der Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Oberst *Tjulpanow*

GARF 5283/22/106, Bl. 44-48. Original.

Nr. 44. Bericht des amtierenden Militärkommandanten des Kreises Cottbus Major Wirko an den Chef der SMA-Verwaltung des Landes Brandenburg Generalmajor Scharow über die Verbreitung von Zeitungen im Kreis Cottbus. 26. Mai 1948

Geheim

Bericht
über die Verbreitung von Zeitungen im Kreis Cottbus

Der Kreis Cottbus (einschließlich der Stadt Cottbus) erhält mit Stand vom 20. Mai 1948 in folgender Zahl Zeitungen der sowjetischen Zone:

1. Märkische Volksstimme	–	5.600 Exemplare täglich,
2. Tägliche Rundschau	–	3.400 Exemplare täglich,
3. Neues Deutschland	–	752 Exemplare täglich,
4. Nationalzeitung	–	1.400 Exemplare täglich,
5. Tagespost	–	1.700 Exemplare täglich,
6. Nachtexpreß	–	500 Exemplare täglich,
7. Märkische Union	–	1.500 Exemplare täglich,
8. Neue Zeit	–	1.200 Exemplare täglich,
9. Der Morgen	–	800 Exemplare täglich,
10. Der Freie Bauer	–	11.430 einmal pro Woche,
11. Junge Welt	–	175[307]
		Insgesamt: 27.857[308].

Von der oben genannten Zahl an Zeitungen erhält der Kreis täglich allerdings nur 16.427 Exemplare, da die Zeitung „Der Freie Bauer" nur einmal wöchentlich erscheint.

Der Kreis Cottbus hat 129.000 Einwohner, so daß *auf 80 Einwohner eine Zeitung entfällt*[309]. Die vorliegende Zahl deckt keinesfalls die Nachfrage in der Bevölkerung. Besonders schlecht steht es um die Versorgung der Gemeinden im Kreis. „Der Freie Bauer" ist die einzige Zeitung, welche den Bauern einmal pro Woche zugestellt wird. Die übrigen Zeitungen gelangen nur in unbedeutender Zahl in die Gemeinden.

Die wichtigsten Zeitungsvertriebsfirmen sind:

1. die Brandenburger Vertriebsgesellschaft,
2. die Firma Nickel.

---

307 Hier fehlt im Original die Angabe zur Erscheinungs- bzw. Zustellungsfrequenz. Die „Junge Welt" war eine Tageszeitung. Der folgende Satz bestätigt, daß sie laut Auflistung auch täglich zugestellt wird. Anm. d. Übers.

308 Die tatsächliche Summe der Einzelpositionen beträgt 28.457.

309 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

Der Firmeninhaber Eduard Nickel, ehemaliges Mitglied der SPD seit 1907, seit 1946 Mitglied der SED, unterhält 26 Filialen in verschiedenen Städten des Kreises Cottbus und in anderen Kreisen des Landes.

Der Hauptteil der Zeitungen gelangt in den offenen Verkauf, und nur ein unbedeutender Teil wird per Abonnement vertrieben. Bis Mai 1948 wurde die Zeitung „Tägliche Rundschau" den Abonnenten (1.235 Personen) direkt von der Redaktion über die Abteilung für Druckerzeugnisse der Eisenbahnverwaltung zugestellt. *Zum 1. Mai hat der Verlag der „Täglichen Rundschau" den Lesern das Zeitungsabonnement wegen Papiermangels gekündigt.*

Die oben genannte Firma Nickel vertreibt in Cottbus eine große Menge von Zeitungen der westlichen Zonen:

1. Die Neue Zeitung – je 8.700 Exemplare dreimal pro Woche,
2. Tagesspiegel – 1.800 Exemplare täglich,
3. Die Welt – je 500 Exemplare dreimal pro Woche,
4. Telegraph – 600 Exemplare täglich.

Insgesamt: 11.600.

Nach Cottbus gelangen also fast genau so viele Zeitungen der westlichen Zonen wie der sowjetischen Zone.

Als Mitglied der SED wurde Firmeninhaber Nickel mehrmals zur Kreisleitung geladen, wo ihm vorgeschlagen wurde, die Menge der Zeitungen der westlichen Zonen zu verringern. *Nickel lehnte dies kategorisch ab und forderte als Ersatz für die Zeitungen der westlichen Zonen entsprechende Zeitungen unserer Zone zum Verkauf:*

Einzelexemplare von Zeitungen der westlichen Zonen werden durch Reisende aus Berlin in die Stadt und den Kreis gebracht.

Der amtierende Militärkommandant des Kreises Cottbus Major *Wirko*

GARF 7077/1/230, Bl. 152-153. Original.

Nr. 45. Bericht des Militärkommandanten der Stadt Potsdam Werin an den Chef der Verwaltung der SMA des Landes Brandenburg Generalmajor Scharow über die Verbreitung von Zeitungen in der Stadt Potsdam. 27. Mai 1948

Geheim

Betrifft Ihr Schreiben Nr. 1/01302 vom 19.5.1948

Ich lege dar, daß folgende Zeitungen aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in die Stadt Potsdam gelangen:

Titel der Zeitungen	Anzahl der Exemplare	Anzahl der Abonnenten
Märkische Volksstimme	21.542	16.500
Märkische Union	4.000	60
Die Neue Zeit	5.300	1030
Der Morgen	1.215	1.100
Tägliche Rundschau	3.806	6
Neues Deutschland	2.700	700
Deutschlands Stimme	830	–

Titel der Zeitungen	Anzahl der Exemplare	Anzahl der Abonnenten
Tagespost	14.320	9.196
Tribüne	2.000	–
Vorwärts	1.500	–
Der Freie Bauer	1.000	–
Nationalzeitung	50	–
Insgesamt:	58.257[310]	

Der Vertrieb dieser Zeitungen erfolgt zum Teil über besondere Kioske, an denen sie gegen Bargeld verkauft werden.

Die Abonnenten erhalten ihre Zeitungen über Zeitungsvertriebsfirmen.

Aus den *westlichen Zonen*[311] und den westlichen Sektoren Berlins kommen folgende Zeitungen:

Titel der Zeitungen	Anzahl der Exemplare	Anmerkung
Telegraph	4.000	
Die Neue Zeitung	1.300	
Sozialdemokrat	3.000	
Tagesspiegel	200	
Die Welt	525	
Volksblatt Spandau	1.200	
Kurier und Der Tag	700	Manchmal kommt der Kurier, manchmal Der Tag
Berliner Zeitung[312]	500	
Insgesamt:	11.425	

Alle oben genannten Zeitungen kommen aus Berlin nach Potsdam und werden über Zeitungskioske vertrieben, ein Teil der Zeitungen wird gleich am Bahnhof verkauft.

In der Stadt gibt es 46 Personen, welche als Zeitungsverkäufer tätig sind, wobei *27 Personen über eigene Zeitungskioske verfügen.* Außerdem gibt es acht große Verkaufsstellen, in denen Zeitungen sowohl unserer Zone als auch der westlichen Zonen vertrieben werden.

Oft gelangt die verbotene Zeitung „Kurier" über Berliner Geheimagenten nach Potsdam.

Der Zeitungsvertrieb erfolgt auch über private Firmen, wie z.B. die Firma Otto Stellmacher mit der Anschrift Ernst-Thälmann-Str. 205; diese Firma verkauft in Babelsberg vor allem Zeitungen aus den westlichen Zonen und den westlichen Sektoren Berlins.

Die Firma Groß, Babelsberg, Ernst-Thälmann-Str. beliefert in Potsdam viele Kioske.

Die Zeitungsverkäufer und Kioskinhaber waren früher nicht Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen, ein Teil von ihnen ist sogar Mitglied der SED (und verkauft Zeitungen unserer Zone), ein Teil ist Mitglied der CDU oder parteilos. Die Firmeninhaber gehörten ebenfalls nicht der NSDAP an und verhalten sich loyal gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht. Es muß festgestellt werden, daß die Zeitung „Kurier" nicht von diesen Firmen und Kiosken verkauft wird.

Der Militärkommandant der Stadt Potsdam *Werin*

GARF 7077/1/230, Bl. 156-158. Original.

---

310 Die tatsächliche Summe beträgt 58.263.

311 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

312 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen und mit einem Fragezeichen versehen. Die „Berliner Zeitung" erschien tatsächlich mit einer SMAD-Lizenz.

Nr. 46. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die Gründung einer deutschen Sektion des P.E.N.-Clubs[313]. 12. Juni 1948

Geheim

Gründung einer deutschen Sektion des P.E.N.-Clubs

Vom 1. bis 5. Juni dieses Jahres fand in Kopenhagen der 20. Kongreß des P.E.N.-Clubs statt. Am Kongreß nahmen mehr als 300 Schriftsteller aus 30 Ländern teil. Deutschland wurde lediglich von einem Schriftsteller vertreten: *J. R. Becher.*[314]

Die zentrale Frage auf der Tagesordnung des Kongresses war die Gründung einer *deutschen Sektion des P.E.N.-Clubs.* Dieses Thema war auf den beiden vorangegangenen Kongressen – 1946 in Stockholm und 1947 in Zürich – z.T. vorbereitet worden. Auf dem Züricher Kongreß war ein spezielles Komitee zur Vorauswahl der Kandidaten für die deutsche Sektion gebildet worden. Dem Komitee gehörten Vertreter Frankreichs, Polens, der Tschechoslowakei, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs an. An der Arbeit des Komitees nahmen aktiv teil: der Sekretär des P.E.N.-Clubs Ould[315], der Vertreter der Gruppe deutscher Exilschriftsteller in London Professor *Friedmann*[316] und der Chef der Abteilung Presse des britischen Nachrichtendienstes in Deutschland Peter de Mendelson[317].

Auf dem Kopenhagener Kongreß wurde auf Vorschlag J. R. Bechers eine Reihe von Kandidaturen für eine Mitgliedschaft in der deutschen Sektion fallengelassen. Zum Beispiel: Die Schriftsteller Hans Leip[318] und Rudolf A. Schröder[319], die seinerzeit an faschistischen Ausgaben beteiligt waren; die Redakteure der reaktionären, durch die Amerikaner lizenzierten Berliner Zeitung „Tagesspiegel" Professor Edwin Redslob[320], Erik Reger[321] und Walter Karsch[322], die als Publizisten nicht über den für Literaten nötigen gesellschaftlichen Takt verfügen.

Nach den Beiträgen von Peter de Mendelson und Johannes R. Becher nahm der Kongreß einstimmig 20 deutsche Schriftsteller in den P.E.N.-Club auf, die damit nun die deutsche Sektion des P.E.N.-Clubs bilden.

Zur deutschen Sektion gehören:
1. Johannes R. Becher, Mitglied der SED.
2. Anna Seghers, Mitglied der SED.
3. Friedrich Wolf, Mitglied der SED.

---

313 PEN-Club, für: Poets, Essayists, Novelists, internationale Schriftstellervereinigung, gegründet 1921 in London.

314 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

315 Hermann Ould; weitere Daten waren nicht zu ermitteln.

316 Friedmann, Adolph Hermann (1873-1957), Jurist, Philosoph; ab 1934 Exil in London, 1946 Vorsitzender der deutschen PEN-Gruppe in London, 1951 Ehrenpräsident des (west-)deutschen PEN-Zentrums.

317 Mendelson, Peter de (1908-1982), Schriftsteller; nach 1933 Emigration nach England, 1945-49 britischer Presseoffizier in Deutschland, 1975 Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

318 Leip, Hans (1893-1983), Journalist, Zeichner, Schriftsteller.

319 Schröder, Rudolf Alexander (1878-1962), Schriftsteller.

320 Redslob, Edwin (1884-1973), Kunst- und Kulturhistoriker, 1945 zusammen mit Erik Reger und Walter Karsch Lizenzträger und Mitherausgeber des mit US-amerikanischer Lizenz in Berlin erscheinenden „Tagesspiegels", 1948 Mitbegründer der Freien Universität in Berlin.

321 Reger, Erik (Pseudonym von Hermann Dannenberger) (1893-1954), Schriftsteller, 1934-36 Exil in der Schweiz, ab 1938 Lektor im „Deutschen Verlag" (früher: Ullstein-Verlag), 1945-54 Mitherausgeber des Berliner „Tagesspiegels".

322 Karsch, Walter (1906-1975), Literatur- und Theaterkritiker, 1945 kurze Zeit Mitglied der KPD, Mitherausgeber und Redakteur des „Tagesspiegels" in Berlin.

4. Ludwig Renn[323], Mitglied der SED.
5. Paul Wiegler, parteilos, aktiver Funktionär des Volkskongresses.
6. Günther Weisenborn, parteilos, Mitglied der Schriftstellerdelegation, die im April/Mai 1948 zu Besuch in der Sowjetunion war.
7. Theodor Plievier[324], parteilos, verließ 1947 die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und siedelte in die amerikanische Zone über.
8. Dolf Sternberger[325], parteilos.
9. Erich Kästner[326], parteilos, bekannt als Antifaschist, Mitarbeiter der mit sowjetischer Lizenz erscheinenden „Weltbühne", wohnt in München.
10. Ernst Penzoldt[327], parteilos, westlich orientiert.
11. Elisabeth Langgässer[328], parteilos, westlich orientiert.
12. Herbert Eulenberg, parteilos, wohnt in der britischen Zone, aktiver Funktionär des Kulturbundes.
13. Reinhold Schneider.[329]
14. Axel Eggebrecht[330], parteilos, bekannt als Antifaschist, prosowjetisch eingestellt.
15. Rudolf Schneider-Schelde.[331]
16. Hermann Kasack[332], parteilos, wohnt in Potsdam, aktiver Funktionär des Kulturbundes.
17. Günther Birkenfeld[333], Sozialdemokrat. Redakteur der mit amerikanischer Lizenz erscheinenden Zeitschrift „Horizont". Antisowjetist.
18. Johannes Tralow.[334]
19. Hans-Henny Jahnn[335], parteilos, bekannt als Antifaschist, wohnt im Westen, arbeitet mit den Kommunisten zusammen.
20. Hermann Friedmann.

Der Kongreß stellte der deutschen Sektion zwei Bedingungen für ihre Arbeit: Die Sektion darf neue Mitglieder *nur einstimmig, mit Zustimmung aller 20 Mitglieder* der Sektion aufnehmen, und zweitens darf die Sektion in ihre Reihen keine Schriftsteller aufnehmen, die ehemalige Nazis sind oder mit der nazistischen Presse verbunden waren.

Die Hoffnungen der Reaktionäre, den Kopenhagener Kongreß des P.E.N.-Clubs für antisowjetische Propaganda zu nutzen, haben sich nicht erfüllt. Der amerikanische Journalist und Mitarbeiter des „Tagesspiegels", der Trotzkist Melvin Laski[336] hielt auf dem Kongreß eine antisowjetische

---

323 Renn, Ludwig (1889-1979), Schriftsteller, 1928 KPD; 1933-35 inhaftiert, 1936-47 Exil in Spanien, Frankreich und Mexiko, 1947 Professor für Anthropologie an der Technischen Hochschule in Dresden.

324 Plievier, Theodor (1892-1955), Schriftsteller.

325 Sternberger, Dolf (1907-1989), Publizist und Politologe.

326 Kästner, Erich (1899-1974), Schriftsteller.

327 Penzoldt, Ernst (1892-1955), Schriftsteller und Bildhauer.

328 Langgässer, Elisabeth (1899-1950), Schriftstellerin.

329 Schneider, Reinhold (1903-1958), Schriftsteller.

330 Eggebrecht, Axel (1899-1991), Journalist und Schriftsteller, vor 1933 KPD-Mitglied.

331 Schneider-Schelde, Rudolf (1890-1956), Schriftsteller.

332 Kasack, Hermann (1896-1966), Schriftsteller, 1949 Flucht nach Westdeutschland vor Nachstellungen der sowjetischen Geheimpolizei, 1953-63 Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

333 Birkenfeld, Günther (1901-1966), Schriftsteller.

334 Tralow, Johannes (1882-1968), Schriftsteller, 1951-60 Präsident des Deutschen PEN-Zentrums Ost und West.

335 Jahnn, Hans Henny (1894-1959), Schriftsteller und Orgelbauer.

336 Laski, Melvin J. (1920-2004), geboren in New York, kam 1945 als Kriegshistoriker der US-Army nach Berlin, wo er als Berater der US-Militärregierung und freier Journalist wirkte. Während der Berliner Blockade gründete

Rede, fand aber bei der Mehrheit der Delegierten des Kongresses keine Zustimmung. Der zweite Versuch – eine Protesterklärung zu „Hetzjagden auf die Kultur" in der Tschechoslowakei zu verabschieden – fiel ebenso durch.

Am 5. Juni wurde im „Tagesspiegel" ein Artikel von M. Laski veröffentlicht, in welchem er sein „Bedauern" darüber ausdrückte, daß der Kongreß politischen Fragen „ausgewichen" sei und die „kommunistische Frage", die „russische Frage", nicht auf seine Tagesordnung gesetzt habe. Laski „empfiehlt" den deutschen Schriftstellern (natürlich den Schriftstellern der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands), ihren Protest gegen den „Terror" auszudrücken, und ihren „Kollegen", den Spion Dieter Friede[337] in Schutz zu nehmen, der von den Organen der SMAD verhaftet wurde, u.s.w.

Die Tatsache, daß der Kongreß zu diesen Fragen keinerlei Beschlüsse gefaßt hat, „erzürnte" nicht nur Laski, sondern alle angloamerikanischen Reaktionäre.

Gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß in die deutsche Sektion des P.E.N.-Clubs neben fortschrittlichen deutschen Schriftstellern (wie J. R. Becher, Anna Seghers, Friedrich Wolf und andere) auch eine Anzahl proamerikanisch eingestellter (wie z.B. Günther Birkenfeld), westlich orientierter (wie Elisabeth Langgässer, die eine Propagandistin der „Philosophie" des Existentialismus ist) oder eine unklare politische Linie vertretender Schriftsteller (wie z.B. Kasack u.a.) aufgenommen wurde.

Die Presse der sowjetischen Besatzungszone bewertete den Kopenhagener Kongreß im ganzen positiv und unterstrich dabei die fortschrittliche Rolle J. R. Bechers.[338]

Der Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Oberst *Tjulpanow*

GARF 5283/22/106, Bl. 67-69. Original.

Nr. 47. Schreiben des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich[339] an den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR Generaloberst Apollonow[340] über die Förderung des Massensports. 4. August 1948

Geheim

In letzter Zeit wurde der Freien Deutschen Jugend und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund im Interesse der aktiven Einbeziehung breiter Schichten der deutschen Jugend in das politische und wirtschaftliche Leben sowie mit dem Ziel, einen bedeutenden Teil der werk-

L. 1948 die Zeitschrift „Der Monat", die – zeitweilig von der CIA finanziell unterstützt – bis 1971 das wichtigste und einflußreichste Organ antitotalitär eingestellter deutscher Intellektueller war. Auch mit dem 1950 in Berlin gegründeten Kongreß für die Freiheit der Kultur stand L., der zeitweilig mit dem „Trotzkismus" kokettiert haben soll, an der Spitze der Auseinandersetzung westeuropäischer Intellektueller mit dem Kommunismus.

337 Friede, Dieter, Schriftsteller, wurde in der SBZ wegen angeblicher Spionage verhaftet.

338 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch Randanstreichung hervorgehoben.

339 Russkich, Alexandr Georgewitsch (1903-1989), Generalleutnant, 1924 WKP(B); Juni 1948-49 Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen.

340 Apollonow, Arkadi Nikolajewitsch (1907-1978), Generaloberst, ab 1941 Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD und ab 1942 stellvertretender Volkskommissar für Inneres der UdSSR, ab 1948 Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR, 1950-51 stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR, 1951-53 im Verteidigungsministerium der UdSSR tätig, Dez. 1953 wegen Krankheit außer Dienst gestellt.

tätigen Jugend in die Reihen der Freien Deutschen Jugend aufzunehmen, von Seiten der Führung der Sowjetischen Militäradministration gestattet, in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auf Landes- und Zonenebene eine breiter angelegte Arbeit auf dem Gebiet des Sports durchzuführen.

Im Zusammenhang damit wächst die Notwendigkeit, die Erfolge der Massensportbewegung in der UdSSR und in den Ländern der neuen Volksdemokratie mit Hilfe der deutschen Presse, die unter unserer Lizenz steht, zu propagieren.

Die Informationsverwaltung der SMAD benötigt deshalb dringend Material über die Entwicklung des sowjetischen Sports, über seine Erfolge, über einzelne Sportvereine, Kollektive, über die Resultate einzelner Sportler, methodische Literatur über Sport sowie regelmäßige Informationen über das Sportgeschehen in unserem Land sowie in den Ländern der neuen Volksdemokratie.

Ich bitte Sie um entsprechende Hilfe sowie um Übersendung der oben genannten Materialien an die Adresse: Postfach 30560.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland für politische Angelegenheiten Generalleutnant Russkich

[Handschriftlicher Beglaubigunsgsvermerk] Hauptmann K. Trofimow

GARF 7317/3/1, Bl. 84. Beglaubigte Kopie.

Nr. 48. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow[341] an den Vorsitzenden des Rates für Religionskulte beim Ministerrat der UdSSR Poljanski[342] über die Tätigkeit von Kirchen und Sekten. 5. August 1948

Geheim

Laut Mitteilung der Verwaltung des Politischen Beraters in Deutschland hat sich in der jüngsten Zeit die Tätigkeit von Kirchen und Sekten in der sowjetischen Besatzungszone verstärkt, die gegen Maßnahmen der SED und der sowjetischen Besatzungsbehörden in Deutschland gerichtet ist. Die Tätigkeit dieser religiösen Gruppen wird durch Religionszentren der westlichen Zonen Deutschlands, der USA, Großbritanniens und des Vatikans gesteuert. Die für Westdeutschland und Berlin zuständigen Kardinäle Faulhaber[343], Preysing[344] und Giuseppe[345] besuchten den Vatikan, wo der Plan ausgearbeitet wurde, in Deutschland eine „Päpstliche Hilfskommission" mit Filialen in allen Großstädten des Landes zu bilden. *Für September 1948 ist eine Reise der höchsten Prälaten der Kirche der sowjetischen Besatzungszone zum Vatikan geplant.*[346]

---

341 Smirnow, Andrei Andrejewitsch (1905-1982), 1943-49 Leiter der 3. Europäischen Abteilung im Außenministerium der UdSSR.

342 Poljanski, I. W., Vorsitzender des 1944 gegründeten Rates für Fragen der Religionskulte beim Rat der Volkommissare/Ministerrat der UdSSR.

343 Faulhaber, Michael von (1869-1952), 1911 katholischer Bischof von Speyer, 1917 Erzbischof von München und Freising; 1921 Kardinal.

344 Preysing (-Lichtenegg-Moos), Konrad Graf von (1880-1950), 1932 katholischer Bischof von Eichstätt, 1935 von Berlin; 1946 Kardinal.

345 Vermutlich handelt es sich um den Apostolischen Nuntius Monsignore Luigi Giuseppe Muench.

346 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

Vom Franziskanerkloster im westdeutschen Ort [Bad] Tölz aus wird die gegen die UdSSR gerichtete Tätigkeit der religiösen Organisationen (einschließlich der Sekten) der sowjetischen Besatzungszone gelenkt. In diesem Kloster sind ständig Geistliche der amerikanischen Armee anwesend, die mit der amerikanischen Aufklärung in Verbindung stehen. Diese Organisationen betreiben Spionage: Sie sammeln Daten über die UdSSR, über die sowjetischen Truppen in Deutschland sowie über die Ökonomie der sowjetischen Zone.

Die größte religiöse Organisation der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist eine Gemeinschaft namens „Zeugen Jehovas". Das Zentrum dieser Gemeinschaft befindet sich in den USA, von wo aus Instruktionen übermittelt sowie materielle Unterstützung nach Deutschland übersandt wird. So erhielt die Gesellschaft im Jahre 1947 aus Amerika 256.661 Dollar. Die Führungszentrale der Gemeinschaft für Deutschland befindet sich in Magdeburg und verfügt über das Presseorgan „Wachturm". Die Gemeinschaft ist durch Filialen in Warschau und Lodz (Polen) mit den Gruppen der „Zeugen Jehovas" in der Sowjetunion verbunden.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

Der Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR *A. Smirnow*

GARF 6991/3/56, Bl. 289. Original.

Nr. 49. Bericht des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberst Rodionow an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über feindliche Propaganda im Kreis Salzwedel. 24. September 1948

Geheim

Über feindliche Ausfälle im Kreis Salzwedel

In der Nacht zum 11. September dieses Jahres während der Festlichkeiten zum Erntedankfest haben in der Gemeinde Langenapel Unbekannte zwei mit Korn und Landwirtschaftsgeräten gefüllte Umsiedlerscheunen angezündet. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 260.000 Mark.

In der Nacht zum 12. September wurden von Unbekannten auf dem Straßenasphalt und auf Hauswänden in Salzwedel mit wasserfester Ölfarbe Losungen feindlichen Inhalts aufgebracht, wie z. B. vor dem Gebäude der Operativen Gruppe[347] „Wo ist Blei?" (Blei wurde vor einigen Monaten von der Operativen Gruppe verhaftet), „Opfer des Faschismus", „Früher Gestapo, heute NKWD!", „1939 ein rotes, heute ein braunes Jahr", „Gebt uns mehr zu essen, sonst vergessen wir Hitler nicht, so wie diese früher rote, heute braune Farbe!", „Die Russen sind fett – die Befreiten hungern. KZ-Häftling! Wirst du satt? Wo geht es den Arbeitern besser – hier oder in den Westzonen? Lügen über Lügen!"

In anderen Straßen war geschrieben: „Heute Kommunismus, morgen Krieg!", „Vaterland in Gefahr", „Partei nein" (daneben waren Hammer und Sichel gezeichnet), „Schaut euch die russischen Wendehälse[348] an!", „Kommunistischer Pöbel", „Wir achten die Russen, aber hassen Kommunisten", „Opfer des Betrugs".

Am Gebäude der Polizei war ein Galgen aufgemalt mit dem Schriftzug „Polizei", und am Haus der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion prangte eine Swastika.

347 In der Vorlage: „Opergruppa", d.i. Operative Gruppe des MWD bzw. MGB in der SBZ.
348 In der Vorlage: „raswratnik(i)".

Alle diese Aufschriften anzubringen erfordert viel Zeit. Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß diese Ausfälle von einer faschistischen Untergrundgruppe mit dem Ziel verübt wurden, die Bevölkerung zu demoralisieren und die Bedeutung des Gedenktages für die Opfer des Faschismus herabzuwürdigen.
Folgende Maßnahmen wurden ergriffen: Die Aufschriften wurden beseitigt, es wurden Sondersitzungen des Kreissekretariats der SED und der Polizei durchgeführt, die Operative Gruppe untersucht den Vorfall.

Der Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt
Gardeoberst *Rodionow*

GARF 7133/1/280, Bl. 32-33. Kopie.

Nr. 50. Bericht des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberst Rodionow an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über feindliche Aufschriften in Ammendorf. 9. Oktober 1948

Geheim

Mitarbeiter der Informations-Unterabteilung der Militärkommandantur Halle entdeckten am 30. September 1948 in den Toiletten und Werkhallen der sowjetischen Waggonfabrik ‚Lindner' in Ammendorf folgende feindliche Aufschriften:

1. Kollegen, bald wird alles anders!
2. Achtung, hört die „Stimme Amerikas"!
3. Wenn der Iwan drückt, werden wir wieder braun!
4. Lieber satter Nazi als hungriger Kommunist!
5. Denkt an jene, die illegal arbeiten.
6. Deutschland in Kampfesstimmung.
7. Es lebe die nationalsozialistische Partei Deutschlands und die Waffen-SS.
8. Die Nazis gaben uns Butter und Brot, die SED bringt uns den Tod.
9. Es gibt nur einen Verbrecher – Stalin!
10. Hitler war Deutschlands Heil, Pieck und Grotewohl sind das Verderben.
11. Betriebsräte und Genossen an den Galgen!
12. Es lebe die Kriegsflotte und die Demokratie.
13. Wie die Versorgung, so der Verkehr.
14. Winkler, Meißner, Hipperling, Hesse, Herrichter, Frühgraf[349] sind SED-Schweine.
15. Wir fordern eine Diskussion über die heuchlerischen Betriebsräte. Der [Betriebs-]Rat Lindner AG.
16. Was Hitler konnte, kann die SED noch lange nicht – „Die Freiheit".
17. Gebt uns Brot und Gerechtigkeit.
18. Ob Nazis oder Kommunisten – alles die gleiche Suppe.
19. Tauschen SED gegen Brot.
20. Es kommt der Tag der Rache.

349 Wahrscheinlich handelt es sich um Namen von SED-Funktionären.

21. Kann ein System überleben, das von Verbrechern geführt wird?
22. Es lebe Deutschland und sein Führer.
23. Sollen sie Fetissenko und alle Russen hängen, dann drücken wir auf die deutsche Regierung, und mit uns ohne Zweifel alle Deutschen.
24. Adolf Hitler ist Reichskanzler, deshalb ist Hitler unserem Verständnis nach besser. Die SS wird uns befreien.

Sämtliche Aufschriften wurden entfernt. Die Orte werden beobachtet.

Der Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt Gardeoberst *Rodionow*

GARF 7133/1/280, Bl. 34. Original.

Nr. 51. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow und den Chef der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee Generaloberst Schikin[350] über Maßnahmen gegen die Verbreitung von Druckerzeugnissen aus den Westzonen. 20. Oktober 1948

Streng geheim

Bericht

Ich berichte über die praktischen Maßnahmen, die ergriffen wurden zwecks Entfernung aller derjenigen Druckerzeugnisse aus dem offenen Verkauf, die mit Lizenz der Besatzungsmächte der Westzonen Deutschlands erscheinen, sowie über die Maßnahmen, welche in Zukunft ein Vordringen dieser Erzeugnisse verhindern sollen.

1. Die Chefs der SMA-Verwaltungen aller Länder der Zone haben entsprechende Anweisungen an alle Militärkommandanten erteilt.

2. Es wurden Anweisungen an alle Chefs der Polizei sowohl der Kreise als auch der Städte sowie an die Chefs einzelner Spezialeinheiten einschließlich der Grenzpolizei und der Polizei des Rings um Berlin zur Durchsuchung aller Geschäfte, Kioske, Restaurants, Friseursalons und öffentlichen Bibliotheken auf Druckerzeugnisse aller Art erteilt, die mit Lizenz der westlichen Besatzungsmächte erscheinen oder durch sie lizenziert wurden.

3. Auf den Bahnhöfen in und um Berlin wurden zwecks Verhinderung der Ausfuhr von Zeitungen, Zeitschriften und anderen Druckerzeugnissen aus den Westsektoren Berlins bewegliche Polizeistreifen eingerichtet, die den Güter- und Personenverkehr kontrollieren.

4. Die Kioske, Büfetts und Restaurants auf den Bahnhöfen wurden unter Beobachtung gestellt.

5. Zwecks Entfernung aller Zeitungen und Zeitschriften der Westzonen aus dem Postverkehr wurden Sondergruppen der Kriminalpolizei gebildet, welche die Arbeit der entsprechenden Postabteilungen überwachen.

---

350 Schikin, Iossif Wassiljewitsch (1906-1973), Generaloberst, ab 1942 stellvertretender und 1945-49 Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten bzw. Sowjetischen Armee, 1949-50 Chef der Militärpolitischen Akademie W. I. Lenin, 1950-61 im Apparat des ZK tätig, 1961-62 Botschafter in Albanien, ab 1962 erster stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Volkskontrolle der UdSSR.

6. Zwecks Unterbindung der massenhaften Ausfuhr von Zeitungen und Zeitschriften aus den Westzonen auf dem Wasserwege wurden aus dem Bestand der Wasserschutzpolizei an allen Knotenpunkten des Wasserverkehrs rund um Berlin Kontrollgruppen eingerichtet.

7. Den Polizeikontrollpunkten rund um Berlin wurde die Verantwortung für Kontrollen des Gütertransportverkehrs von Berlin in die SBZ und die Entfernung jeglicher in den Westsektoren [Berlins] erscheinender Druckerzeugnisse übertragen.

8. Alle Buchhändler und Zeitungsverkäufer wurden durch die Polizei davon in Kenntnis gesetzt, daß der Verkauf von West-Zeitungen und -Zeitschriften ab sofort verboten ist und daß sie persönlich für jeden Verstoß gegen diese Anweisung verantwortlich gemacht werden können.

9. Die Kriminalpolizei erhielt Instruktionen zur Aufdeckung und Unterbindung der illegalen Verbreitung von Zeitungen, Zeitschriften und anderen Druckerzeugnissen der Westzonen und Westsektoren Berlins.

10. Der Postdirektion und allen Leitern der Postämter wurde die Anweisung erteilt, das gesamte Postfrachtgut gründlich zu überprüfen, jegliche mit Lizenz der westlichen Besatzungsmächte erscheinende Druckerzeugnisse einzuziehen, Listen der einzuziehenden Druckerzeugnisse zu erstellen und die [eingezogenen] Druckerzeugnisse den Polizeiorganen zu übergeben.

11. Den Zeitungsvertriebsstellen der Länder wurde die Anweisung erteilt, sofort alle Verträge mit Verlagen, welche von den Westmächten lizenzierte Zeitungen herausgeben, aufzulösen und ihren Vertragspartnern vor Ort die Verbreitung jeglicher Druckerzeugnisse, die nicht mit sowjetischer Lizenz erscheinen, zu verbieten. Darüber hinaus wurde ihnen empfohlen, Kontrolleure in die Kreise zu entsenden, um die Tätigkeit der Vertragspartner vor Ort zu beobachten und jeglichen Versuch der Verbreitung von westlichen Druckerzeugnissen zu vereiteln.

12. Den Landesvorständen von CDU und LDP, welche über ein eigenes Zeitungsvertriebsnetz verfügen, wurde empfohlen, sofort Anweisung an alle ihre Zeitungskioske über die sofortige Einstellung des Verkaufs von West-Zeitungen und -Zeitschriften zu erteilen.

13. Den Nachrichten-Abteilungen der Landesregierungen und Nachrichtenämtern der Landräte[351] wurde die Anweisung erteilt, ständig auf die verbreitete Literatur zu achten und Fälle des Verkaufs von Druckerzeugnissen, die mit Lizenz der westlichen Besatzungsmächte erscheinen, sofort zu melden.

Es folgen einige Fakten bezüglich des Kampfes mit westlichen Druckerzeugnissen in den ersten Oktobertagen dieses Jahres.

Allein im kurzen Zeitraum vom 6. bis 9. Oktober dieses Jahres wurden in 48 Postämtern des Landes *Brandenburg*[352] 1.009 Exemplare an Zeitungen und Periodika aus dem Verkehr gezogen, die mit Lizenz der Westmächte erscheinen. Im Kreis Bernau wurde von der Post ein Paket eingezogen, das 60 Exemplare des „Tagesspiegels" und 40 Exemplare der „Neuen Zeitung" in verkleinertem Format enthielt, welches von der im amerikanischen Sektor [Berlins] ansässigen Firma Walther abgeschickt wurde.

Für das Land Thüringen:

Vom 5. bis 10. Oktober dieses Jahres wurden in den Postämtern 6.453 Zeitungen und 10.102 Zeitschriften eingezogen, die auf individuelle Bestellung hin von den Verlagen selbst verschickt wurden.

Am 5. Oktober dieses Jahres wurden auf dem Bahnhof Erfurt 100 Exemplare des „Tagesspiegels" in der Verkaufsauslage entdeckt. Die Zeitungen waren mit dem Zug aus Berlin gekommen. Der Besitzer des Verkaufsstandes wurde abgestraft, sein Verkaufsstand geschlossen.

Am 6. Oktober erhielt der Besitzer der Firma Eisenbach in Eisenach mit einem verschlosse-

351 In der Vorlage: „informazionnym otdelam [...] i otdelenijam [...]".

352 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

nen Paket 50 Exemplare des „Telegrafs" und der „Neuen Zeitung". Der Firmenbesitzer brachte die Zeitungen selbständig zur Kommandantur.

Ähnliche Fakten werden aus anderen Ländern vermeldet. Es wurde festgestellt, daß westliche Zeitungen vor allem auf zwei Wegen in die sowjetische Zone gelangen: mit der Post per verschlossenem Paket aus Berlin oder Westdeutschland sowie auf dem Schienenweg.
Feindselige Auftritte in der Öffentlichkeit wurden in diesem Zeitraum nicht festgestellt.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Politische Fragen Generalleutnant Russkich

GARF 7317/3/1, Bl. 162-164. Beglaubigte Kopie.

Nr. 52. Schreiben des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR Generaloberst Apollonow an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Sorin[353] über den Beitritt von Sportorganisationen der SBZ zu internationalen Sportverbänden. 7. Dezember 1948

Geheim

Wie uns bekannt wurde, gibt es in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands Bestrebungen, Sportorganisationen dieser Zonen als Mitglieder in internationale Sportvereinigungen aufzunehmen. So hat noch im Jahr 1947 die deutsche Basketball-Föderation mit Sitz in München, die sich selbst „Deutscher Zentralausschuß für Basketball" nennt, ein Schreiben an die Internationale Föderation der Freunde des Basketballs mit der Bitte gerichtet, erneut der Organisation beitreten zu dürfen.

Der Vorsitzende dieses Zentralausschusses ist Dr. Carl Diem[354], der während des faschistischen Regimes auf dem Gebiet des Sportwesens aktiv tätig war und das volle Vertrauen der nationalsozialistischen Führung genoß. Diem war 1936 in Berlin Organisator der olympischen Basketballwettkämpfe. Ebenso charakteristisch ist, daß Diem im August 1948 vom Sekretär des Organisationskomitees der Londoner Olympiade Lord D. Bargly empfangen wurde.

Da in einer ganzen Reihe internationaler Sportvereinigungen die Vertreter des angloamerikanischen Blocks über eine Stimmenmehrheit verfügen, ist nicht auszuschließen, daß reaktionäre Sportfunktionäre eine Aufnahme von Sportorganisationen der westlichen Zonen Deutschlands in internationale Sportvereinigungen erreichen könnten.

Um dies zu verhindern ist es notwendig, die Satzungen der internationalen Föderationen in Betracht zu ziehen, denen zufolge von jedem Land nur eine Sportorganisation in die Föderation aufgenommen werden kann und nur so eine Organisation, welche die Führung der entsprechenden Sportart im ganzen Land innehat.

Im Zusammenhang damit ist es wünschenswert, daß Anträge auf Aufnahme in die internationalen Vereinigungen auch von Sportorganisationen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gestellt werden.[355]

353 Sorin, Walerijan Alexandrowitsch (1902-1986), u. a. 1947-55 stellvertretender Außenminister der UdSSR und ab 1949 Leiter des Informationskomitees beim Ministerrat der UdSSR zur Koordination der sowjetischen Auslandsgeheimdienste.

354 Diem, Carl, Dr. (1882-1962), Sportwissenschaftler, Sportfunktionär, Generalsekretär des Organisationskomitees der Olympischen Spiele 1936 in Berlin.

355 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage durch Randanstreichungen hervorgehoben.

Wenn ein solcher Antrag aus den Westzonen bereits eingegangen ist, muß gemäß der Satzung die Bitte um Aufnahme sowohl der Sportorganisation der Westzonen als auch die Bitte der Sportorganisation der Ostzone abgelehnt werden.

Sofern noch kein Antrag von Sportorganisationen der Westzonen eingegangen ist, wird auf diese Weise dem Versuch vorgebeugt, Sportorganisationen der Westzonen in internationale Sportvereinigungen aufzunehmen, und es könnten Sportorganisationen der sowjetischen Zone als Mitglieder aufgenommen werden.

Auf der Grundlage des oben Festgestellten hält es das Komitee für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR für sinnvoll, über den Politischen Berater beim Obersten Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Anträge auf Aufnahme in die internationalen Sportvereinigungen zu stellen[356].

Der Vorsitzende des Komitees *A. Apollonow*

AWP RF 082/36/198/113, Bl. 26-27. Original.

Nr. 53. Befehl Nr. 199 des Obersten Chefs der SMAD über den Vertrieb periodischer Druckschriften. Berlin, 9. Dezember 1948

Betr.: Über Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Regelung des Vertriebes von periodischen Druckschriften in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands[357].

Bei einer Überprüfung der Durchführung des Befehls der SMAD Nummer 105 vom 9. Juni 1948 „Über die Verbesserung der Regelung des Vertriebes von periodischen Druckschriften in der Sowjetischen Besatzungszone in Übereinstimmung mit der Direktive Nummer 55 des Kontrollrates“[358] ist festgestellt worden, daß die Organisierung des Zeitungs- und Zeitschriftendienstes im System der Hauptverwaltung des Post- und Fernmeldewesens bei der DWK, die Gründung von Landes-Aktiengesellschaften „Zeitungsvertriebsgesellschaft“ und ebenso die Umregistrierung aller vorher ausgegebenen Genehmigungen für den Handel und den Vertrieb von periodischen Druckschriften die Möglichkeit zu einer erheblichen Verbesserung der Regelung und zur Einführung der erforderlichen Kontrolle des Vertriebes von in Deutschland erscheinenden periodischen Druckschriften in der Sowjetischen Besatzungszone geschaffen haben.

Zum Zwecke einer weiteren Verbesserung der Regelung des Vertriebes von periodischen Druckschriften in der Sowjetischen Besatzungszone in Übereinstimmung mit der Direktive Nummer 55 des Kontrollrates befehle ich:

1. Der Deutschen Wirtschaftskommission:

a) die Abteilungen bei den Oberpostdirektionen und der Abteilung für den Vertrieb und die Expedition von periodischen Druckschriften bei der Hauptverwaltung für Post- und Fernmelde-

356 In der Vorlage: „naprawit sajawlenija o prijome ich“. Pragmatisch bestehen hier zwei Möglichkeiten des Übersendens von Aufnahmeanträgen: 1. von Moskau nach Berlin, 2. von Berlin nach (dem Sitz der internationalen Sportvereinigung). Beide Möglichkeiten schließen sich nicht aus. Anm. d. Übers.

357 Nachstehend wird der Wortlaut der amtlichen Übersetzung des Landes Sachsen-Anhalt abgedruckt. Orthographische und formale Fehler wurden stillschweigend korrigiert.

358 SMAD-Befehl Nr. 105 vom 9. Juni [19]48 „Über Verbesserung des Postzeitungsvertriebs in der SBZ entsprechend der Direktive Nr. 55 des Kontrollrates“, Wortlaut in: GARF 7317/8/15, Bl. 264-266.

wesen durch erfahrenes Personal zu verstärken und ihr die örtlichen Aktien-Gesellschaften „Zeitungsvertriebsgesellschaft" zu unterstellen; diese Reorganisierung ist im Laufe des Dezember 1948 zu beenden;

b) den Vertrieb und die Expedition von periodischen Druckschriften auf der Grundlage der Rentabilität mit einem eignen Haushaltsplan im System der Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen bei der DWK zu organisieren;

c) die zentrale Versorgung des Zeitungen- und Zeitschriftendienstes durch die Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen zu übernehmen; in nächster Zeit der Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen für LKWs, die mit der Beschaffung von Zeitungen und periodischen Druckschriften für die Abonnenten beschäftigt sind, 300 Sätze Autobereifung und die erforderliche Anzahl von Akkumulatoren zuzuteilen.

2. Der Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen bei der DWK, zusammen mit der Verkehrsverwaltung und den Verlagen, in Berlin ebenso wie in Hauptstädten der Länder, Pläne für die Auslieferung von Zeitungen und Zeitschriften zum Abgang der Postzüge auszuarbeiten, und dabei die finanzielle Verantwortung der Verlage für die verspätete Auslieferung von Druckschriften gegenüber dem in den Plänen vorgesehenen Termin vorzusehen.

3. Dem Chef der Transportverwaltung der SMAD:

a) die Annahme und Übersendung von Zeitungen, Zeitschriften und anderer periodischer Druckschriften per Bagage ist nur durch das „Postzeitungsamt" und seine Filialen in den Ländern vorzunehmen;

b) die Fahrpläne einiger Post- und Personenzüge mit dem Zweck der Schaffung einer Möglichkeit der Absendung der gesamten periodischen Druckschriften am Tage ihres Erscheinens durchzusehen und ebenso zum Zweck der besseren Versorgung der Leser die Ausladung von Zeitungen auf einer möglichst großen Anzahl von Eisenbahnstationen sicherzustellen.

4. Dem Militärkommandanten des Sowjetischen Sektors der Stadt Berlin, zum 1. Januar 1949 die Bereitstellung eines geeigneten Gebäudes für das „Postzeitungsamt" und ebenso von Autobereifung und Ersatzteilen für 30 Kraftfahrzeuge sicherzustellen.

5. Die Kontrolle der Durchführung dieses Befehls wird der Verwaltung für Informationen und Verbindung der SMAD übertragen.

Für den Obersten Chef der SMAD
Generalleutnant G. Lukjantschenko

Gehilfe des Chefs des Stabes der SMAD
Generalmajor N. Panow[359]

Für die Richtigkeit der Übersetzung:
Halle, den 13. Dezember 1948
Friedenthal
Dolmetscherin

BArch DX 1 – 199/48. Deutsche Übersetzung.[360]

359 Panow, Generalmajor, Gehilfe des Stabschefs der SMAD.

Nr. 54. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Abramow an den Chef der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberst Rodionow über die Rundfunkzensur. 30. Dezember 1948[361]

Geheim

Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der demokratischen Kader beim Rundfunk sowie mit dem Ziel, den Mitarbeitern des deutschen Rundfunks größere Selbständigkeit und Initiative bei der Beleuchtung von Fragen des Alltagslebens der Länder einzuräumen, wird die der Ausstrahlung von Sendungen durch die Rundfunksender der Länder vorausgehende Zensur aufgehoben.

Jedoch bedeutet die Aufhebung der Vorzensur keinen Verzicht auf die Kontrolle des deutschen Rundfunks, sondern nur eine Veränderung der Form dieser Kontrolle.

Im Zusammenhang damit lege ich Ihnen nahe:

1. Die Kontrolle der Redaktionsarbeit der Landesrundfunkanstalten der *Unterabteilung für mündliche und schriftliche Propaganda bei der Informationsabteilung*[362] zu übertragen. Den Propaganda- Unterabteilungen die Verantwortung für *das tägliche Abhören der Radiosendungen der Landesrundfunkanstalten zu übertragen, ebenso wie die Begutachtung der Thematik und der Sendepläne des politisch und künstlerisch relevanten Programms.*
2. Dem Intendanten und dem Chefredakteur den Sinn und die Bedeutung der Aufhebung der Vorzensur für Rundfunksendungen als Ausdruck des Vertrauens der SMA in die demokratischen Kräfte Deutschlands zu erklären.
3. Vom Intendanten und vom Chefredakteur eine *schriftliche Verpflichtungserklärung* (Muster liegt bei) einzuholen und sie auf die Maßnahmen hinzuweisen, welche ihnen gegenüber von Seiten der SMA im Falle der Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen ergriffen werden können (Verwarnung, Verhängung einer Geldstrafe, Einführung der Vorzensur, Gerichtsverfahren, Absetzung). *Die Verpflichtungserklärung ist ein geheimes Dokument und wird in der Informationsabteilung aufbewahrt*, Intendant und Chefredakteur erhalten keine Kopie der Erklärung.
4. *Die Informationsverwaltung in regelmäßigen Berichten über die Programmarbeit der Landesrundfunkanstalten zu unterrichten.*

Der amtierende Chef der Verwaltung für Information der SMA in Deutschland Oberst *Abramow*

---

360 Wortlaut des russischen Originals, in: GARF 7317/8/16, Bl. 458-459. In: GARF 7317/41/12, Bl. 154-157, befindet sich ein Entwurf zum Befehl Nr. 199, datiert vom 9. Nov. 1948, mit einem handschriftlichen Bearbeitungsvermerk des Politischen Beraters Semjonow und einer Stellungnahme von Walter Beling vom Zentralsekretariat der SED vom 29. Nov. 1948, in der seitens der SED prinzipielles Einverständnis signalisiert und ein Ergänzungswunsch geäußert wurde, der vorsah, daß die Zeitungsvertriebsabteilung der DWK ausdrücklich auch für die Versorgung der regionalen Vertriebsstellen mit Arbeitsmaterial zuständig sein sollte. Diesem Wunsch wurde nicht stattgegeben.

361 Beim Dokument handelt es sich laut Bearbeitungsvermerken vom 24. Dez. 19[48] um die an den Chef der Informationsabteilung des Landes Sachsen-Anhalt Gardeoberst Genosse Rodionow gerichtete Ausfertigung Nr. 2 von insgesamt sechs Ausfertigungen, wobei fünf an die Adressaten verschickt worden seien. Weitere handschriftliche Bearbeitungsvermerke vom 4. Jan. 1949 sind unleserlich.

362 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

[Anlage]

Wird nicht ausgehändigt.

Verpflichtung[363]

des verantwortlichen ___*Intendanten*[364]___ des Landessenders Halle.

Ich, Unterzeichneter, verantwortlicher ___*Intendant*___ des Landessenders Halle, verpflichte mich, durch den von mir geleiteten Landessender Halle, keine Nachrichten, Meldungen und Sendungen zuzulassen, welcher Art sie auch sein mögen, die:
1. feindliche, provokatorische und verleumderische Gerüchte und Nachrichten über die Sowjetunion, ihre Außen- und Innenpolitik und ihre Politik gegenüber Deutschland verbreiten,
2. tendenziös und nicht richtig die Lage in der sowjetischen Besatzungszone schildern und als Anlaß zum Ausdruck von Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsbehörden und deutscher Regierungsstellen in Hinsicht auf die Demokratisierung Deutschlands dienen können,
3. Angaben über Benennung, Zusammensetzung, Stationierung und Bewegung, politischen und moralischen Zustand, Kampffähigkeit, Organisation, zahlenmäßige Stärke und Bewaffnung, Maßnahmen der Mobilisierung der sowjetischen Truppen enthalten. (Mit Ausnahme der amtlichen Angaben darüber seitens des SNB).
4. Angaben über die zahlenmäßige Stärke, Stationierung und Bewaffnung der deutschen Volkspolizei enthalten,
5. Mitteilungen über die Kapazität, Leistungsfähigkeit der SAG-Betriebe, Reparationslieferungen und Besatzungskosten enthalten. (Mit Ausnahme der amtlichen Mitteilungen des SNB).
6. Über Vorfälle mit sowjetischen Militärpersonen und Sowjetbürgern, sowie über ihre Lebensweise berichten, ohne eine besondere Genehmigung der Informationsabteilung der SMA.
Ich verpflichte mich, dem sowjetischen Kontrolloffizier gewissenhaft über alle grundsätzlichen, zur Sendung vorgesehenen politischen Materialien, sowie über alle anderen Fragen, welche mit den Sendungen verbunden sind und ihn interessieren werden, zu informieren.

[Unleserliche Unterschrift] 5. 1. [19]49

GARF 7133/1/281, Bl. 2-4. Original.

363 Abgedruckt wird hier der im Originaldokument auf Bl. 4 anliegende und handschriftlich gezeichnete deutsche Wortlaut der Verpflichtungserklärung des Intendanten, auf Bl. 5 befindet sich die inhaltsgleiche Verpflichtungserklärung des Chefredakteurs vom gleichen Tag. Die Verpflichtungserklärung liegt in der Vorlage sowohl in russischer als auch in deutscher Fassung vor. Die Namen des Intendanten („Gustav [???]") und des Chefredakteurs („Fritz [???]") sind unleserlich, ergebnislos waren auch die Recherchen bei der zuständigen Sendeanstalt.

364 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

Nr. 55. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Politischen Berater der SMAD Semjonow über den Beitritt deutscher Sportorganisationen zu internationalen Sportverbänden. 15. Januar 1949[365]

Geheim

Laut Mitteilung des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR werden in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands Maßnahmen zum Beitritt von Sportorganistionen dieser Zonen zu internationalen Sportvereinigungen getroffen. So hat die deutsche Basketball-Föderation aus München, die sich selbst „Deutscher Zentralausschuß für Basketball" nennt, ein Schreiben an die Internationale Föderation der Freunde des Basketballs mit der Bitte gerichtet, erneut der Organisation beitreten zu dürfen.

Das Komitee für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR hält es für notwendig, die Aufnahme von Sportorganisationen der westlichen Zonen in internationale Sportvereinigungen zu verhindern und zu diesem Zweck die Satzungen der internationalen Föderationen zu nutzen, denen zufolge von jedem Land nur eine Sportorganisation in die Föderation aufgenommen werden kann und nur eine solche Organisation, die die Leitung der entsprechenden Sportart im ganzen Land innehat.

Deshalb hält es das Komitee für wünschenswert, daß auch die Sportvereinigungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands entsprechende Anträge auf Aufnahme in die internationalen Vereinigungen stellen, was den Versuch, Sportorganisationen der westlichen Zonen in internationale Sportorganisationen aufzunehmen, verhindern wird und weiteren Versuchen vorbeugt.

Ich bitte Sie, mir Ihre Meinung in dieser Frage mitzuteilen.

Der Leiter der 3. Europäischen Abteilung A. Smirnow

AWP RF 082/36/198/113, Bl. 29. Beglaubigte Kopie.

365 Mit Schreiben vom 12. Jan. 1949 teilte der stellvertretende Chef der Politischen Abteilung in der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD I. Filippow dem Leiter der 3. Europäischen Abteilung im Außenministerium der UdSSR Smirnow mit (in: AWP RF 082/36/198/113, Bl. 28), daß lediglich zwei vierseitige Beschlüsse die Tätigkeit deutscher Sportorganisationen einschränken: 1. Abschnitt 1 der Proklamation Nr. 2 vom 20. Sept. 1945, der die Gründung von Vereinigungen von Kriegsveteranen unter dem Deckmantel von Sport- und anderen Organisationen verbot (vgl. Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 1 vom 29. Okt. 1945, S.8-19, hier S. 8), und 2. die Direktive Nr. 23 des Kontrollrates vom 17. Dez. 1945, die die Tätigkeit [örtlicher] nichtmilitärischer Sportorganisationen nur bis zur Kreisebene gestatte (vgl. Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 3 vom 31. Jan. 1946, S. 49.)

Nr. 56. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR Generaloberst Apollonow über Sportorganisationen. 8. Februar 1949[366]

Geheim

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben Nr. 15 vom 7. Dezember 1948[367]

Im Zusammenhang mit Ihrem Brief fragten wir bei der Verwaltung des Politischen Beraters in Deutschland an, worauf uns folgendes mitgeteilt wurde.[368]

Im Unterschied zu den westlichen Zonen gründet die Sportbewegung in der sowjetischen Besatzungszone nicht auf dem Prinzip, Sportvereinigungen für die einzelnen Sportarten aufzubauen, wie z.B.: eine Liga für Fußball, eine Basketball-Union, Schwimmvereine usw., sondern wird von den Sportlerkollektiven getragen, die in einer Gesellschaft organisiert sind, die alle Sportarten in der Rechtsform von Sektionen in sich vereinigt.

Leitendes Organ der Sportbewegung in der sowjetischen Zone ist der Deutsche Sportausschuß[369] in Berlin, in dem bisher lediglich vier Sektionen bestehen: eine Fußball-, eine Leichtathletik-, eine Ballsport- (Basketball u. a.) sowie eine Schwimmsektion.

Diese Sektionen können Anträge bezüglich ihrer Aufnahme in entsprechende internationale Sportvereinigungen stellen.

Die Verwaltung des Politischen Beraters in Deutschland bittet uns mitzuteilen, bei wem und in welcher Form diese Anträge einzureichen sind.

Ich bitte Sie um die Ausarbeitung einer Antwort für Berlin.

Der Leiter der 3. Europäischen Abteilung A. Smirnow

AWP RF 082/36/198/113, Bl. 31. Beglaubigte Kopie.

---

366 In der Mappe sind ferner ein Begleitschreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR Postnikow an den Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow vom 15. Feb. 1949 abgelegt, in dem er unter Bezugnahme auf eine nicht überlieferte Anlage Anweisungen bezüglich deren Übersendung an die Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD erbittet, sowie das Begleitschreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung im Außenministerium der UdSSR Smirnow an den Politischen Berater beim Obersten Chef der SMAD Semjonow vom 26. Feb. 1949, mit dem die (nicht anliegende) Auskunft des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR bezüglich der Modalitäten des Beitritts zu internationalen Sportföderationen übersandt wurde (vgl. AWP RF 082/36/198/113, Bl. 32-33). Nach der Sachlage kann es sich bei den oben genannten Anlagen nur um die Dokumente Nr. 55 und Nr. 56 handeln.

367 Abgedruckt als Dokument Nr. 52.

368 Die folgenden vier Absätze dieses Schreibens sind identisch mit dem Wortlaut der protokollierten telefonischen Auskunft des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow vom 5. Feb. 1949 (in: AWP RF 082/36/198/113, Bl. 30).

369 Der Deutsche Sportausschuß als Dachorganisation aller Sportverbände wurde am 1. Okt. 1948 in Berlin(Ost) gebildet. Durch gemeinsame Verordnung der deutschen Verwaltungen für Inneres und für Volksbildung vom 12. Jan. 1949 wurden u. a. alle Sportvereine mit nachträglicher Wirkung vom 1. Jan. 1949 in die Sportgemeinschaft des Deutschen Sportausschusses überführt.

Nr. 57. Schreiben des Chefs der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Generalleutnant Borsow an den Politischen Berater der SMAD Semjonow über die Einfuhr wissenschaftlicher Literatur in die SBZ und nach Berlin(Ost). 2. April 1949[370]

Im Zusammenhang mit Gesuchen von Wissenschaftlern, Kultur- und Kunstschaffenden der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und des sowjetischen Sektors von Berlin um Einräumung der Möglichkeit, die nötige technische, wissenschaftliche und andere Literatur zu erhalten, die in anderen Ländern der Welt erscheint, teile ich mit, daß:

1. Ein abgestimmter Kontrollratsbeschluß zur Frage des internationalen Austauschs von Druckerzeugnissen nicht erreicht wurde.
2. Die westlichen Besatzungsmächte in Deutschland den beiderseitigen Austausch von Druckerzeugnissen zwischen den Westzonen und anderen Ländern der Welt gestattet haben, Japan und Spanien eingeschlossen.
3. Ich es nicht für zweckmäßig halte, einen Austausch von Druckerzeugnissen zwischen der sowjetischen Zone einschließlich Berlins und anderen Ländern der Welt (mit Ausnahme der Länder der Volksdemokratie) zu gestatten, da auf die Zone und Berlin ein Schwall reaktionärer und propagandistischer Druckerzeugnisse, Zeitungen inbegriffen, einströmen würde.

Dennoch glaube ich, daß im Interesse der Kenntnisnahme von Errungenschaften auf den Gebieten von Wissenschaft, Technik, Literatur und Kunst den deutschen Wissenschaftlern, Kultur- und Kunstschaffenden diese Möglichkeit eingeräumt werden kann, wenn folgende Bedingungen eingehalten werden:

1. Ein einzelner Forscher, Literaturwissenschaftler oder Vertreter der Kunst muß sich im Falle seines Interesses am Abonnement einer wissenschaftlich-technischen oder einer anderen Zeitschrift bzw. an der Bestellung eines Buches an den Kulturellen Beirat [371] der Deutschen Verwaltung für Volksbildung bei der DWK der sowjetischen Zone mit der Bitte um Genehmigung des Abonnements bzw. der Bestellung wenden. *Der Kulturelle Beirat darf aber keine Genehmigungen für Literatur erteilen, welche gegen die Sowjetunion oder die sowjetischen Besatzungsbehörden gerichtete Propaganda enthält oder aber auf andere Weise reaktionär ist.*[372]

2. Hat er die Genehmigung für das Abonnement bzw. die Bestellung des ihn interessierenden Materials erhalten, geht er mit dieser Genehmigung zu einem der großen Postämter im sowjetischen Sektor Berlins oder zu einem der Postämter in den Landeshauptstädten Dresden, Leipzig, Erfurt, Halle, Potsdam, Schwerin und legt dort die Genehmigung des Kulturellen Beirates vor. Außerdem gibt er den Preis des bestellten Buches bzw. der Zeitschrift an, wonach die Post sein Abonnement bzw. seine Bestellung annimmt und den Betrag in Mark der Deutschen Emissionsbank entgegennimmt, und zwar entsprechend dem von der Deutsche Emissionsbank festgelegten Kurs.

3. Das Postamt, das die Bestellung entgegengenommen hat, überweist das Geld und schickt ein Kärtchen mit der Adresse des Abonnenten, dem Titel des Buches bzw. der Zeitschrift, der Verlagsadresse des Herausgebers sowie einer Angabe des Herausgeberlandes an das *Postamt W-8 in Berlin*[373] (sowjetischer Sektor). Letzteres stellt nach Erhalt von Geld und Kärtchen eine Sammelliste zusammen und übergibt das Geld der Deutschen Emissionsbank. Danach schickt die Bank eine Bestellung an den Herausgeber und teilt ihm die Adresse des Abonnenten mit.

---

370 Auf der Vorlage befinden sich größtenteils unleserliche handschriftliche Bearbeitungsvermerke: „Für Artjuchin: [Ein Satz unleserlich] Mir scheint, daß Genosse Borsow die Lösung dieser Frage etwas schwierig macht. W. Semjonow 8.4.[1949]".

371 In der Vorlage: „Oberster Kulturrat".

372 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch eine doppelte Randanstreichung hervorgehoben.

373 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

4. Um eine Beschlagnahmung oder Postverzögerung der auf diese Weise eingehenden wissenschaftlichen Literatur zu vermeiden, führt der Kulturelle Beirat über die von ihm erteilten Genehmigungen Buch und unterrichtet die Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen der DWK darüber – in Abhängigkeit von der Menge der Genehmigungen mehr oder weniger häufig –, welche wiederum über die Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD die Informationen an die Militärzensur und die Kontrollorgane des Zolls weitergibt.

5. Alle bestellten Bücher bzw. Zeitschriften werden im internationalen Postamt Berlin NW-7 eingehen und nach Durchsicht durch die Organe der Militärzensur den Adressaten zugestellt.

Ich bitte um Ihre Meinung zu dieser Frage.

Der Chef der Post- und Fernmeldeverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generalleutnant der Nachrichtentruppen *Borsow*

GARF 7317/55/10, Bl. 66-67. Original.

Nr. 58. Schreiben des Mitglieds des Kollegiums des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden des Rates für Religionskulte beim Ministerrat der UdSSR Poljanski mit einem Bericht über die Vereinigte Evangelische Kirche in Deutschland. 12. April 1949

Geheim

Hiermit übersende ich Ihnen zur Kenntnisnahme eine Kopie des Berichts über die „Vereinigte evangelisch-[lutherische] Kirche Deutschlands“ [374] sowie eine Kopie des Textes des „Wortes der Synode zur Flüchtlingsfrage“, welcher auf der Tagung der Synode der Evangelischen Kirchen in Deutschland verabschiedet wurde.

Anlage: auf sechs Seiten.

Das Mitglied des Kollegiums des Außenministeriums der UdSSR *A. Smirnow*

[Anlage 1]

Geheim

Bericht
Die Vereinigung der evangelischen Kirchen in Deutschland

Vom 6. bis 13. Januar dieses Jahres fand in Bethel (in der Nähe von Bielefeld, britische Zone) die 1. Tagung der Synode der Evangelischen (protestantischen) Kirche in Deutschland (EKD) statt. Auf der Tagung wurde die gesamtdeutsche Organisation dieser Kirche abgeschlossen.

374 Im Aug. 1945 wählte eine Kirchenführerkonferenz in Treysa einen „Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) als provisorisches Leitungsgremium, im Juli 1948 wurde in Eisenach von einer verfassunggebenden Versammlung die „Grundordnung“ der EKD verabschiedet und auf der ersten Synode der EKD im Januar 1949 in Bethel der Rat neu gewählt. Die EKD war keine Unionskirche, sondern ein Bund lutherischer, reformierter und unierter Kirchen.

Nach den Daten der Volkszählung aus dem Jahre 1946 gibt es in Deutschland *39,8 Millionen Protestanten, davon sind 20,3 Millionen Lutheraner*[375] und 0,4 Millionen Reformierte, die Restlichen sind Unierte (Anhänger der Union, die im vorigen Jahrhundert von Lutheranern und Reformierten geschlossen wurde). Insgesamt gibt es in Deutschland 28 evangelische „Landeskirchen", von denen jede *entweder lutherisch, reformiert oder uniert* ist. In der sowjetischen Zone gibt es acht [Landes-]Kirchen, die zusammen 44% der protestantischen Bevölkerung Deutschlands umfassen; in den Westzonen gibt es 20 [Landes-] Kirchen mit 56% der protestantischen Bevölkerung Deutschlands.

Erste Versuche, eine gesamtdeutsche Einheit dieser Kirchen herzustellen, gab es bereits 1945. Damals wurde ein provisorischer Rat dieser Kirchen gebildet und mit der Ausarbeitung einer Kirchenverfassung beauftragt. Die Verfassung war erst drei Jahre später fertig und wurde im Juli 1948 auf dem ersten gesamtdeutschen Kongreß der evangelischen Kirche in Eisenach verabschiedet.

In der Verfassung ist von der „vollen Unantastbarkeit der einzelnen Glaubensrichtungen" die Rede. Dennoch sieht die Verfassung vor, daß die zentralen Organe der Vereinigung zu Fragen der Ausbildung der Geistlichen, ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Lage, zur Verwaltung von Kircheneigentum und anderen wichtigen Fragen für die Regionalkirchen verbindliche „Kirchengesetze" erlassen können. Die zentralen Organe vertreten die evangelische Kirche Deutschlands als einheitliches Ganzes in den Beziehungen zu ausländischen Kirchen und zu den Machtorganen in Deutschland selbst. Auf diese Weise sieht die Verfassung der Vereinigung einen hohen Grad an kirchlicher Einheit vor, was ohne Zweifel die Stellung der evangelischen Kirche Deutschlands stärken wird.

Von den 28 Einzelkirchen traten 27 der Vereinigung bei (die Kirche von Bremen trat nicht bei).

Leitende Organe der Vereinigung sind: Die Generalsynode, bestehend aus 120 Mitgliedern (100 Mitglieder werden von den Regionalkirchen gewählt, 20 Mitglieder vom Rat der Kirchenvereinigung benannt); die Kirchenkonferenz, bestehend aus Vertretern der Landeskirchen, wobei jede Kirche einen Vertreter stellt sowie dem aus zwölf Mitgliedern bestehenden Rat, der auf der gemeinsamen Tagung der Generalsynode und der Kirchenkonferenz gewählt wird. Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates werden auf eben dieser Tagung mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Alle leitenden Organe werden für sechs Jahre gewählt.

Die 1. Tagung der Synode in Bethel hatte die Aufgabe, den Rat der Vereinigung zu wählen. Es wurden folgende Personen gewählt: Der Bischof von Berlin-Brandenburg Dibelius, der Bischof von Sachsen Hahn[376], der Präsident der sächsischen Synode Mager[377], der ehemalige Präsident der [provinz]sächsischen Synode Kreyssig[378], der Bischof von Hannover Lilje[379], der Präsident

375 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

376 Hahn, Hugo Carl (1886-1957), Pfarrer in Estland und ab 1919 in Deutschland, 1927-30 Superintendent in Dresden, 1930-38 Pfarrer in Dresden, 1938 von der NSDAP aus Sachsen ausgewiesen, 1938-47 Vikar bei Stuttgart, 1947-53 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen.

377 Mager, Reimer, Dr. theol. (1906-1966), 1930 Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften in Dresden, nach 1933 Geschäftsführer der Bekennenden Kirche, Haft, 1946 Mitglied der (Ost-) CDU, 1947-48 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Sachsen, ab 1948 Mitglied bzw. Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen.

378 Kreyssig, Lothar, Dr. jur. (1898-1986), 1924 Richter, 1936 Leiter der sächsischen Bekenntnissynode, 1937-45 Mitglied des Provinzialbruderrates Brandenburg und der Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, 1946-47 Präsident des Konsistoriums der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, 1947-64 Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, 1949-61 Mitglied des Rates der EKD.

379 Lilje, Hanns, Dr. theol. (1899-1977), 1927-36 Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung, 1936-44 Mitarbeiter im Lutherrat Berlin, 1945-47 Oberlandeskirchenrat in Hannover und Bevollmäch-

des Kirchenrates von Hessen Pastor Niemöller[380], der Präsident der Generalsynode und Oberbürgermeister von Essen Heinemann[381], der Bischof von Bayern Meiser, das Oberhaupt der reformierten Kirche Niesel[382], der Prälat der Kirche von Württemberg Hartenstein[383], der Hamburger Oberkirchenrat Herntrich[384] und der Göttinger Theologieprofessor Smend[385].Von den zwölf Ratsmitgliedern vertreten vier die Kirchen der sowjetischen Zone, während es im provisorischen Rat nur zwei Vertreter der Kirchen der sowjetischen Zone gab (Dibelius und Hahn).

Im ganzen kann die personelle Besetzung des Rates als relativ fortschrittlich und der Sowjetunion gegenüber loyal eingeschätzt werden.

Dibelius wurde nach einer heftigen Auseinandersetzung zum Vorsitzenden des Rates gewählt. Sein Gegenkandidat war der Hannoveraner Bischof Lilje. Durch die Wahl wurde mitentschieden, wo sich das gesamtdeutsche Zentrum der evangelischen Kirche befinden wird: in Berlin oder in Hannover. Mit der Wahl von Dibelius wurde diese Frage zugunsten von Berlin entschieden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates wurde Lilje gewählt.

Die Tagung der Synode verabschiedete eine Erklärung zur Flüchtlingsfrage, in der sie Stellung gegen die Kriegstreiber bezieht. Die Erklärung transportiert auch nationalistische Motive. (Der Text der Erklärung liegt bei.[386])

Die gesamtdeutsche Vereinigung der evangelischen Kirchen spiegelt zweifellos die immer stärker werdenden Bestrebungen des Volkes in Bezug auf die Einheit Deutschlands wider, die auch von den Geistlichen dieser Kirchen unterstützt werden.

Vom 25. bis 28. Januar fand in Leipzig die 1. Tagung der Generalsynode der VELKD[387] statt. Auf der Tagung wurden gewählt: Der leitende Bischof (der bayerische Bischof Meiser), sein

---

tigter für das Hilfswerk der EKD, 1945-73 Mitglied des Rates der EKD, 1946-57 Präsident des Zentral-Ausschusses für die Innere Mission, 1947-71 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover, 1955-66 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

380 Niemöller, Martin (1892-1984), 1931 Pfarrer in Berlin-Dahlem, 1933 Gründer des Pfarrernotbundes und bis 1937 führend in der Bekennenden Kirche, 1938-45 in Haft, 1945-56 Mitglied des Rates des EKD und Leiter des Kirchlichen Außenamtes, 1947-64 Präsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, 1961-68 einer der sechs Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen.

381 Heinemann, Gustav, Dr. jur., Dr. rer. pol. (1899-1976), Rechtsanwalt, 1945-72 Mitglied des Rates der EKD, 1946-49 CDU-Oberbürgermeister von Essen, 1947-48 Justizminister von Nordrhein-Westfalen, 1949-50 Bundesinnenminister, 1949-55 Präses der Synode der EKD, 1966-69 Bundesjustizminister, 1969-74 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

382 Niesel, Wilhelm, Lic. Theol. (1903-1988), Theologe, 1945-72 Mitglied des Rates der EKD, 1946-73 Präses und Moderator des Reformierten Bundes, 1964-70 Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen.

383 Hartenstein, Karl, Dr. theol. (1894-1952), Pfarrer, 1926 Direktor der Basler Mission in Basel, 1938 Beauftragter der Basler Mission in Deutschland, 1941 Prälat und Stellvertreter des Landesbischofs der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, 1949-52 Mitglied des Rates der EKD und stellvertretender Vorsitzender des Wiederaufbau-Ausschusses bzw. des Hilfswerk-Ausschusses des Hilfswerks der EKD.

384 Herntrich, Volkmar, Dr. theol. (1908-1958), 1932 Pfarrer und Privatdozent in Kiel, 1934 Entzug der Lehrerlaubnis, 1934 Dozent an der Theologischen Schule Bethel, 1940-45 Leiter des Burckhardhauses Berlin, 1945-50 Bevollmächtigter für das Hilfswerk der EKD, ab 1949 Professor für Altes Testament, ab 1956 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate, 1957 Vorsitzender des Diakonischen Rates; Mitglied der Synode und des Rates der EKD.

385 Smend, Rudolf, Dr. jur. (1851-1913), 1909-1950 Professor für öffentliches Recht und Kirchenrecht, ab 1935 in Göttingen; 1945-55 Mitglied des Rates der EKD.

386 Die Anlage auf Blatt 85-87 ist als Übersetzung aus „Die Kirche" Nr. 10 vom 30. Jan. 1949 ausgewiesen. Der Wortlaut wird hier nicht abgedruckt. Das „Wort der Synode der EKD zur Flüchtlingsfrage", Bethel, den 13. Jan. 1949, ist veröffentlicht in: Merzyn, Friedrich (Hg.): Kundgebungen. Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland 1949-1959, Hannover 1993, S. 62-64.

387 Statt von der VELKD ist in der Vorlage von „der lutherischen Kirche" die Rede.

Stellvertreter (der sächsische Bischof Hahn) sowie sechs Mitglieder des Kirchenrates: Lotz[388], Kotte[389], Schanze[390] (alle aus der sowjetischen Zone), Herntrich (Hamburg), Lerche[391] (Braunschweig) und Blötz[392] aus Schlewig-Holstein. Blötz ist gleichzeitig Vorsitzender der Generalsynode der lutherischen Kirche.

Das Hauptziel der gesamtdeutschen Vereinigung wird offenbar durch die Intention getragen, eine Auflösung der lutherischen Kirche innerhalb der vereinigten evangelischen Kirche nicht zuzulassen. Diese Vereinigung wird offenbar in bekanntem Maße mit der gesamtevangelischen Vereinigung konkurrieren und dadurch die Bildung einer mächtigen evangelischen Einheitskirche erschweren. Eine solche Konkurrenz verringert in bekanntem Maße auch die Gefahr eines zu großen Einflusses der vereinigten evangelischen Kirche auf das gesellschaftspolitische Leben Deutschlands.

Dieser Bericht wurde auf der Grundlage von Materialien der Informationsverwaltung der SMAD sowie von Materialien verfaßt, die in der Zeitung „Die Kirche" veröffentlicht wurden.

Der Chef der 1. Abteilung der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD L. Maximow

Beglaubigt *[Unleserliche Unterschrift]*

GARF 6991/3/58, Bl. 81-84. Anschreiben: Original, Anlage: Beglaubigte Kopie.

Nr. 59. Rundverfügung des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Winogradow[393] an die Militärkommandanten der Kreise über die stellvertretenden Direktoren für kulturelle Angelegenheiten in den volkseigenen Betrieben. 14. April 1949[394]

Geheim

Zur Wahrnehmung Ihrer Führungsaufgaben übersende ich Ihnen die Verfügung über die Arbeit der stellvertretenden Direktoren für kulturelle Angelegenheiten in den volkseigenen Betrieben der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. *Die Verfügung wurde vom Politbüro des Parteivorstandes der SED bestätigt.*[395]

---

388 Lotz, Gerhard (1911-1981), Jurist, ab 1939 im Dienst der Thüringischen Evangelischen Kirche, 1941 Kriegsteilnahme und Gefangenschaft, ab 1945/46 stellvertretender Vorsitzender des Landeskirchenrates der Thüringer Evangelischen Kirche (ab 19. Okt. 1948: Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen), 1946 Oberkirchenrat, 1946 (Ost-)CDU, 1948 Mitglied der Synode der EKD, 1956 Mitglied des (Ost-)CDU-Hauptvorstandes, 1967-76 Abgeordneter der Volkskammer der DDR.

389 Kotte, Erich (1886-1961), Jurist, 1926 Mitglied des Landeskonsistoriums der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, 1933-35 Zwangsbeurlaubung; 1945-57 Präsident des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens.

390 Schanze, Wolfgang, Dr. theol. (1897-1972), Theologe, 1933 Bekennende Kirche, ab 1945/46 Mitglied des Landeskirchenrates der Thüringer Evangelischen Kirche, 1945-66 Vorsitzender des Kirchenkreises Mittelthüringen (Dienstsitz in Weimar), Leiter der Evangelisch-Lutherischen Akademie Eisenach.

391 Lerche, Dr. jur., Landgerichtsdirektor in Braunschweig, 1949 stellvertretendes Mitglied der VELKD.

392 Blötz, Dr. jur., Landgerichtsdirektor, 1949 Präsident der Generalsynode und Mitglied der Kirchenleitung der VELKD.

393 Winogradow, Oberstleutnant, Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung Sachsen-Anhalt.

394 Der Verteiler der Rundverfügung weist 34 Positionen auf.

395 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

Verfügung

über die Arbeit der stellvertretenden Direktoren für kulturelle Angelegenheiten der volkseigenen Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands[396].

Der Stellvertreter des Direktors für kulturelle Angelegenheiten ist der Organisator der politischen Erziehungsarbeit und der kulturellen Aufklärungstätigkeit unter den Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz und in dieser Eigenschaft Vertreter der Direktion des volkseigenen Betriebes.

Der Stellvertreter des Direktors für kulturelle Angelegenheiten hat folgende Aufgaben:

1. Erziehung der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz im Geiste der Demokratisierung der sowjetischen Besatzungszone und im Geiste des Kampfes um ein einheitliches demokratisches Deutschland gegen die Kräfte der Reaktion und des imperialistischen Krieges.

2. Er hat die Arbeit der Gewerkschaften und der anderen demokratischen Massenorganisationen im Geiste des Kampfes um die Erfüllung und Übererfüllung des Produktionsplanes, für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, für die Festigung der Arbeitsdisziplin, für die Entfaltung des Wettbewerbs um hohe Arbeitsleistungen sowie der Aktivistenbewegung, für die Erhöhung des politisch-ideologischen und kulturellen Niveaus der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz zu unterstützen.

3. Er hat die Einbeziehung der technischen Intelligenz in die schöpferische Arbeit zur Erfüllung der Produktionspläne zu unterstützen. Für die Vertreter der technischen Intelligenz müssen diesbezügliche Bedingungen geschaffen werden.

4. Er hat Sorge dafür zu tragen, daß sich die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz rechtzeitig und richtig über alle wichtigen internationalen Ereignisse und über das politische Leben in Deutschland informieren.

5. Im Rahmen seiner Arbeit hat er eine besonders breite und systematische Aufklärungsarbeit über die Sowjetunion zu organisieren. Die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz müssen davon überzeugt werden, daß Siege der fortschrittlichen demokratischen Kräfte in Deutschland sowie eine Wiederherstellung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands nur mit Unterstützung der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie möglich sind.

6. Er hat die kulturellen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz des volkseigenen Betriebes ständig zu wecken und zu fördern. Er trägt die Verantwortung für ihre Versorgung mit Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, für die Organisierung von Vorträgen, Vorlesungen und Filmabenden, für die Organisierung von Radiosendungen in den Betrieben und Abteilungen, für die Durchführung von künstlerischen Veranstaltungen, für die Gründung von Musik-, Theater- und anderen Zirkeln sowie für die breite Entfaltung der betrieblichen Sportbewegung.

7. Er hat die materiellen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz zu achten, z.B. indem er für die Erhöhung der Qualität der zusätzlichen Essensversorgung, für die Bereitstellung von besonderer Arbeitskleidung und von Wohnungen sorgt.

8. Er hat die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz, die Mitglieder des Wachschutzes und der Feuerwehrbrigade im Geiste der Erhöhung der Wach- und Sorgsamkeit gegenüber antidemokratischen Elementen, feindlichen Agenten, Saboteuren und besitzgierigen Raffern zu erziehen.

---

396 Lediglich eine sehr knappe Anordnung der DWK über die Aufgaben des stellvertretenden Direktors für die Kulturarbeit in den volkseigenen Betrieben vom 20. April 1949 erschien in: Zentralverordnungsblatt 1949, Nr. 36 vom 11. Mai 1949, S. 288.

9. In den Betrieben müssen Räumlichkeiten für die kulturelle Aufklärungsarbeit geschaffen werden (Klubs, Bibliotheken, Rundfunkempfänger, Lesesäle, mit Gerät ausgestattete Sporträume usw.).

10. Der stellvertretende Direktor für kulturelle Angelegenheiten muß in seinem Umgang mit den Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz ein höflicher, aufmerksamer und fürsorglicher Genosse sein, der die Wünsche und Nöte des Kollektivs kennt und schnell auf sie reagiert.

11. Er hat den Gewerkschafts-, Frauen-, Jugend- und anderen demokratischen Organisationen des Betriebs Hilfe zu erweisen.

12. Der stellvertretende Direktor für kulturelle Angelegenheiten ist verpflichtet, ständig zu lernen, ständig seine politische und allgemeine Bildung sowie seine berufliche Qualifikation zu verbessern.

13. Der stellvertretende Direktor für kulturelle Angelegenheiten muß für die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz ein Vorbild an Disziplin, Pünktlichkeit bei der Arbeit und bewußter Wach- und Sorgsamkeit sein. Mit seiner ganzen Tätigkeit hat er beispielgebend im Kampf für ein geeintes und demokratisches Deutschland zu sein.

Der stellvertretende Direktor für kulturelle Angelegenheiten hat folgende Rechte:

1. Im Namen der Betriebsdirektion Weisungen zu Fragen der politisch-erzieherischen und massenkulturellen Arbeit zu erteilen.

2. Leiter der ihm unterstellten Kultureinrichtungen des Betriebs einzusetzen und auszutauschen.

3. Ausübung der Kontrolle sowie Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Kaderabteilung und der mit sozialen Problemen befaßten Kommissionen in den volkseigenen Betrieben.

Der Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt
Oberstleutnant *M. Winogradow*

GARF 7133/1/281, Bl. 90-91. Original.

Nr. 60. Rundverfügung des stellvertretenden Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Abramow an den Chef der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberstleutnant Winogradow über Betriebszeitungen. 21. April 1949[397]

Geheim

An den Chef der Informations-Abteilung des Landes *Sachsen-Anhalt Oberstleutnant Winogradow*[398]

Ungeachtet der Tatsache, daß schon eine längere Zeit in einer ganzen Reihe von Unternehmen Betriebszeitungen erscheinen, hat die Informationsverwaltung von Ihnen bis heute noch keinerlei Berichte über diese Zeitungen erhalten. Deshalb lege ich Ihnen nahe, bis zum 20. Mai dieses Jahres der Informationsverwaltung folgende Schriftstücke vorzulegen:

397 Laut Vermerk handelt es sich um die Nr. 3 von insgesamt sieben angefertigten Ausfertigungen, wovon 6 an die (ungenannten) Adressaten verschickt wurden.

398 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

1. *Eine Liste aller im Land erscheinenden Betriebszeitungen*[399] mit folgenden Angaben: Auflage, Name des herausgebenden Betriebs sowie seit wann und wie oft die Zeitung erscheint.

2. *Eine Liste der Zeitungsredakteure* mit kurzer Einschätzung zu jedem.

3. *Einen Überblick über den ideell-politischen Inhalt zweier-dreier Zeitungen mit einer Analyse der jeweiligen Mängel und der positiven Erfahrungen.*

4. *Einen Bericht darüber, welche Empfehlungen die Informations-Abteilung zur Verbesserung des Inhalts der Betriebszeitungen gegeben hat und wie die Kontrolle der Zeitungen durch die Informations-Abteilung erfolgt.*

Gleichzeitig lenke ich Ihre Aufmerksamkeit darauf, daß es unbedingt notwendig ist, den Betriebszeitungen Hilfe zu erweisen und die Kontrolle ihres Inhalts durch die Informations-Abteilung zu verstärken.

Der stellvertretende Chef der Informationsverwaltung für der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Oberst *Abramow*

GARF 7133/1/281, Bl. 166. Original.

Nr. 61. Schreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow[400] an den Politischen Berater der SMAD Semjonow über den Zugang zu ausländischer wissenschaftlicher Literatur. 9. Mai 1949

Unter Bezugnahme auf den Brief des Chefs der Post- und Fernmeldeverwaltung der SMAD Generalleutnant der Nachrichtentruppen Genosse Borsow[401] über die Regelung des Zugangs von Wissenschaftlern der sowjetischen Besatzungszone zur ausländischen wissenschaftlichen Literatur halte ich es für richtig, diese Frage wie folgt zu regeln:

1. Der DWK ist vorzuschlagen, einen besonderen Valutafonds für die Bestellung ausländischer wissenschaftlicher Literatur einzurichten und 10% dieser Mittel für individuelle Bestellungen von Wissenschaftlern vorzusehen.

2. Die Verteilung der Valutamittel unter die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Deutschen [Zentral-]Verwaltung für Volksbildung und die Verteilung der Mittel für individuelle Bestellungen (und Abonnements) dem Ausschuß zur Unterstützung von Wissenschaftlern[402] zu übertragen.

3. Alle Bestellungen und Abonnements ausländischer wissenschaftlicher Literatur werden über den Kulturellen Beirat bei der Deutschen [Zentral-]Verwaltung für Volksbildung abgewickelt.

4. Die in der Sowjetischen Besatzungszone eintreffende ausländische Literatur wird dem Kulturellen Beirat bei der Deutschen [Zentral-]Verwaltung für Volksbildung oder einer vom Kulturellen Beirat festgelegten wissenschaftlichen Bibliothek zugestellt.

---

399 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

400 Danilow, Andrei Danilowitsch, Mitarbeiter des Ministeriums für Hochschulbildung der UdSSR, 1949 Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD.

401 Vgl. Dokument Nr. 57.

402 Der Ausschuß zur Unterstützung von Wissenschaftlern (Vorlage: „Komitet Sodeistwija utschonym") wurde auf der Grundlage der sogenannten DWK-Kulturverordnung vom 31. März 1949 unter der Leitung von Anton Ackermann mit dem Ziel gegründet, Wissenschaftlern materielle und finanzielle Privilegien zu gewähren, um ihre Übersiedlung nach Westdeutschland zu bremsen.

Der Kulturelle Beirat ist verpflichtet, die aus dem Ausland kommende wissenschaftliche Literatur zu überprüfen, Bücher und Zeitschriften mit antisowjetischem und reaktionärem Inhalt einzuziehen und zu vernichten und die restliche Literatur an die Adressaten zu verschicken.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD A. Danilow

GARF 7317/55/11, Bl. 60. Kopie.

Nr. 62. Bericht des Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Oberstleutnant Makaruschin an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow über die Informationsarbeit der SED in Thüringen. 28. Mai 1949

Geheim

Bericht
über Erfahrungen mit der Informationsarbeit der SED in Thüringen und aufgrund von Signalen von unten ergriffenen Maßnahmen

Auf der Grundlage des Studiums der bei der Arbeit mit Informationen in der SED Thüringens gemachten Erfahrungen können folgende grundlegende Schlußfolgerungen gezogen werden:

1. Bisher wurden kein einziges Mal Fragen der Arbeit mit Informationen auf Beratungen oder Konferenzen von Parteifunktionären thematisiert. Der Landesvorstand hat keinerlei Verantwortlichkeiten für das Aufwerfen des Informationsthemas in der Partei festgelegt.

2. Die Informationslage in der Partei ist überaus unbefriedigend. Besonders schlecht ist es um sie in den Parteigrundorganisationen bestellt. In der Folge wissen die Kreisorganisationen kaum Bescheid um die Lage in den örtlichen Gruppen und können deshalb auch keine rechtzeitigen Maßnahmen zur Beseitigung dieser oder jener Mängel einleiten.

Informationen auf der Linie[403] der Abteilung für Information im Landesvorstand und entsprechender Referenten in den Kreisvorständen

Die Abteilung für Information beim Landesvorstand, welche aus zwei Personen besteht, erhält Berichte mit Informationen von den Kreisvorständen. Auf der Basis dieser Berichte stellt sie Informationsbulletins in jeweils 24 Exemplaren her. Diese Bulletins werden an die Mitglieder des engeren Sekretariats und die Abteilungsleiter zur Verwendung in Vorträgen sowie als allgemeine Orientierung verteilt. Die Referenten für Information bei den Kreisvorständen erstellen eigene Berichte mit Informationen, die sie von den Parteigrundorganisationen, den Massenorganisationen und von Mitarbeitern verschiedener Einrichtungen erhalten.

Nach Angaben des Landesvorstandes soll es in jeder örtlichen Gruppe ein Parteileitungsmitglied geben, das für Information verantwortlich ist. Jedoch wurden sie in vielen Gruppen gar nicht bestimmt. Die Vorsitzenden der Gruppen wiederum empfinden es als lästig, regelmäßig Berichte zu liefern, weshalb die Referenten bei den Kreisvorständen gezwungen sind, Material bei zufälligen Begegnungen zu sammeln oder aber sich auf unvollständige Information zu beschränken. So liefern beispielsweise im Kreis Gera nur 17 von 130 örtlichen Gruppen Berichte. So ist die Situation auch in anderen Kreisen. Es gibt sogar solche Kreisvorstände, in denen gar kein Referent für Information existiert (Kreis Gotha).

403 Im Russischen versteht man unter „Linie" in etwa das, was im Deutschen „Amtsstrecke" genannt wird.

Charakter der Informationen, die auf der Linie der Abteilungen für Information übermittelt werden

Nach Aussage des Leiters der Abteilung für Information beim Landesvorstand Ditmar[404] besteht die wichtigste Funktion der bei ihm eingehenden Informationen darin, „eine systematische Analyse der Einstellungen und Ansichten der Massen zu den wesentlichsten politischen und wirtschaftlichen Fragen zu ermöglichen". Außer einer Analyse der Stimmungen in der Bevölkerung sind in den Bulletins Informationen zur Lage in den Massenorganisationen und in den bürgerlichen Parteien enthalten.

Informationen über die innerparteiliche Lage oder die Tätigkeit parteifeindlicher Elemente sind in den Bulletins nicht enthalten. Die oben genannte Abteilung für Information ist der Ansicht, daß Material über die innerparteiliche Lage von der Parteikontrollkommission gesammelt werden muß.

Um den Charakter der verteilten Bulletins zu illustrieren, führe ich eine Liste der Fragen an, von denen im Bulletin Nr. 22 vom 20. Mai 1949 die Rede ist:

1. Äußerungen der Bevölkerung, von Mitgliedern und Funktionären der Parteien und anderen Organisationen über die Ergebnisse der Wahlen zum 3. Volkskongreß.

Aus einzelnen zitierten Stellungnahmen wird im Bulletin die Schlußfolgerung gezogen, daß feindliche Propaganda im Land in systematischem Ausmaß betrieben wurde. Im Bulletin wird festgestellt, daß die Ergebnisse der Wahlen bei einem Teil der Mitglieder und Funktionäre der SED eine pessimistische Stimmung hervorgerufen haben. Im Bulletin werden außerdem zahlreiche Fakten feindlicher Propaganda in der Zeit vor den Wahlen sowie während der Wahlen angeführt.

Ebenda werden Beispiele für Wahlsabotage durch Vertreter der CDU und LDP angeführt. Im Bulletin werden auch Beispiele dafür gegeben, daß von Seiten der Umsiedler und anderer Teile der Bevölkerung Unmut über die Ostgrenze geäußert wird.

2. Die Stimmungslage im Zusammenhang mit der Einberufung der Außenministerkonferenz in Paris am 23. Mai 1949.

Das Bulletin zieht auf der Basis zahlreicher Äußerungen folgende Schlußfolgerungen:

a) Die Entscheidung der Alliierten über die Einberufung der Konferenz hat großes Interesse unter der deutschen Bevölkerung hervorgerufen.

b) Fast alle Äußerungen sprechen dafür, daß die Bevölkerung die getroffene Entscheidung vollständig befürwortet.

c) Ein bedeutender Teil der Bevölkerung sieht dem möglichen Ausgang der Konferenz pessimistisch entgegen: Man ist der Meinung, daß die Alliierten wegen der großen Widersprüche zwischen Amerika, England und Frankreich auf der einen und der UdSSR auf der anderen Seite das deutsche Problem nicht positiv lösen können.

3. Die Situation in den bürgerlichen Parteien.

a) Die Situation in der NDPD. Es werden Beispiele für SED-feindliche Propaganda innerhalb der NDPD im Kreis Langensalza angeführt.

b) Die Situation in der LDP. Das Bulletin berichtet über Methoden der Agitationsarbeit der LDP in Bad Salzungen.

4. Kirche und Sekten.

Im Bulletin werden Beispiele für Aktivitäten von Kirche und Sekten angeführt, die darauf gerichtet sind, ihren Einfluß unter der Jugend zu verstärken.

5. Verschiedenes.

Hier werden verschiedene Gerüchte und Stimmungen aus der Bevölkerung mitgeteilt, welche die Lebensmittelversorgung betreffen.

---

404 Nicht auflösbar.

Informationen auf der Linie der Parteikontrollkommission

Die Landeskontrollkommission erhält ihre Informationen von den Kreiskontrollkommissionen sowie von einzelnen Funktionären und Mitgliedern der Partei. Wie die Kreiskontrollkommissionen verfügt auch die Landeskontrollkommission nicht über einen besonderen Apparat an Informanten.

Es ist festzustellen, daß die Parteikontrollkommissionen eine relativ bedeutende Menge an Briefen von SED-Mitgliedern mit Mitteilungen über die Tätigkeit von Schumacher-Anhängern, über korrupte und andere Elemente erhalten. So erhielt die Parteikontrollkommission im Zeitraum vom 1. April 1949 bis zum 15. Mai 1949 beispielsweise 600 Briefe, von denen 450 Appelle bezüglich unberechtigter Parteiausschlüsse und 150 Berichte über die Tätigkeit parteifeindlicher Elemente enthielten. Mitglieder der SED-Betriebsgruppe des Theaterinstituts Weimar berichten über die Untergrundtätigkeit der Schumacher-Anhänger Johannes Meinel, Knoll und Menzel.

Parteimitglieder aus Schmiedefeld, Kreis Suhl, berichten über die Tätigkeit einer opportunistischen Gruppe innerhalb der SED in ihrer Stadt.

Das SED-Mitglied Paul Holmer aus Eisenberg berichtet in einem Brief über die antisowjetische Tätigkeit einiger Mitglieder der Parteiorganisation von Eisenberg.

Die Parteikontrollkommission erörtert auf ihren Sitzungen jeden einzelnen Brief und fällt dann eine Entscheidung bezüglich der Untersuchung der im Brief genannten Fakten. In vielen Fällen beauftragt die Landeskontrollkommission die entsprechende Kreiskontrollkommission, die notwendigen Maßnahmen betreffs der übermittelten Fakten zu ergreifen.

Die Kontrollkommission wird oft von Mitgliedern des Sekretariats und von Funktionären der Kreisleitungen informiert. So erhielt die Landeskontrollkommission beispielsweise im April Signale, daß einige Mitglieder des Kreisvorstandes Altenburg in einem antisowjetischen, trotzkistischen Sinne wirken, des weiteren Informationen über schumacherische Umtriebe in Pößneck sowie über die Unterstützung des Schumacher-Anhängers Urich durch den Vorsitzenden des Kreisvorstandes Arnstadt Steinbrück. Im April und Mai hat die Parteikontrollkommission die aufgezeigten Fakten untersucht und entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Informationen auf der Linie von Monatsberichten der Vorsitzenden der Kreisvorstände

Der Landesvorstand der SED hat die Vorsitzenden der Kreisvorstände angewiesen, monatlich einen schriftlichen Bericht in festgelegter Form zu liefern. Diese Berichte dienen nicht nur dem Ziel der Informationsgewinnung, sondern auch dem Ziel der Kontrolle der Tätigkeit der Kreisvorstände.

Am Anfang eines jeden Monats werden im Sekretariat des Landesvorstandes spezifische Fragen ausgearbeitet, auf die die Vorsitzenden der Kreisvorstände in erschöpfender Weise zu antworten haben. So müssen beispielsweise im Mai Berichte zu folgenden Fragen eingereicht werden:

1. Welche wichtigen Veranstaltungen hat die Partei im vorangegangenen Monat durchgeführt?
2. Wie verliefen die Feierlichkeiten zum 1. Mai in Ihrem Kreis?
3. War in Vorbereitung des 1. Mai ein Wettbewerb in den Betrieben organisiert worden, mit welchen Ergebnissen?
4. Wie steht es um die Gewinnung neuer Kader für die Polizei?
5. Geben Sie eine Analyse der Wahlergebnisse zum 3. Volkskongreß in Ihrem Kreis:

a) Was hat die Partei zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen unternommen?

b) Feindliche Tätigkeit.

c) Wie hat sich die Wahlteilnahme der anderen Parteien gestaltet?

6. Bestehen in Ihrem Kreis nationalistische Tendenzen und Parteien? Wie äußert sich das?
7. Welche Aktivitäten entfalten die anderen Parteien?
8. Grundlegende Momente, die die Stimmungslage der Bevölkerung charakterisieren (negative und positive).

9. Gibt es Anzeichen für eine faschistische Tätigkeit?
10. Besondere Vorkommnisse im Kreis.

Die entsprechenden Berichte sind geheim und werden nur von Personen des engeren Sekretariats und von Abteilungsleitern des Landesvorstandes genutzt.

Eine Art, Informationen zu gewinnen, ist der persönliche Kontakt der Funktionäre des Landesvorstandes zu den Grundorganisationen, überhaupt der Kontakt von Funktionären zu Grundorganisationen, telefonische Mitteilungen, mündliche Berichte sowie Auftritte von Funktionären und Parteimitgliedern bei Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen. Die Informationsübermittlung von höherstehenden Parteiinstanzen an niedrigere erfolgt auf dem Wege des persönlichen Kontakts der Funktionäre, über Instruktionsberatungen, den Versand von Direktiven sowie das regelmäßig erscheinende Organ für Funktionäre „Sozialistische Tribüne". In diesem Organ werden die Artikel führender Funktionäre über Aufgaben der Partei auf diesem oder jenem Gebiet ihrer Tätigkeit publiziert. Hier werden auch Artikel publiziert, in denen die Erfahrungen der Parteiorganisationen in ihrer konkreten Arbeit vorgestellt werden. Außerdem erhalten die Funktionäre des Landesvorstandes und der Kreisvorstände vom zentralen Parteivorstand spezielle Informationsbulletins, in denen Informationen zu den wichtigsten politischen, ökonomischen und anderen Ereignissen in der Welt enthalten sind.

Auf der Grundlage konkreter Signale von unten ergriffene Maßnahmen

Wie bereits gesagt, hat die Partei auf konkrete Signale hin entsprechende Maßnahmen ergriffen. So ergriff beispielsweise der Landesvorstand rechtzeitig Maßnahmen zum Kampf gegen nationalistische Elemente in Altenburg und Saalfeld. Über die Parteikontrollkommissionen werden entsprechende Maßnahmen zur Bloßstellung von parteifeindlichen Elementen und zum Kampf gegen sie ergriffen. Nachdem sie eine Mitteilung über die „schumacherische" Tätigkeit einiger Gewerkschaftsfunktionäre erhalten hatte, setzte die Partei eine Kommission zur Untersuchung der mitgeteilten Fakten ein, diese Kommission bestätigte das Vorhandensein „schumacherischer" Elemente in den Leitungen einiger Fachgewerkschaften, und das Sekretariat erreichte auf der Basis dieser Materialien die Entfernung der Schumacher-Anhänger Schroth, Sollstedt und anderer aus den Gewerkschaftsleitungen.

Nachdem der Kreisvorstand aus der Gemeinde Mühlberg eine Mitteilung über den Austritt der SED-Fraktion aus dem Gemeinderat wegen Konflikten mit der CDU-Fraktion erhalten hatte, entsandte er sofort ein Mitglied des Sekretariats nach Mühlberg, das den entsprechenden Fakt untersuchte und grobe Fehler des Vorsitzenden der Ortsgruppe der Gemeinde feststellte. Der Kreisvorstand unterzog die Arbeit der entsprechenden Parteiorganisation einer harten Kritik und ordnete Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel an.

Der Kreisvorstand Gera erhielt am 20. April 1949 ein Signal betreffs Unregelmäßigkeiten der Arbeit auf der Bahnstrecke im Bereich Lobenstein-Triptis. Die Arbeiter aus Triptis waren aufgrund systematischer Zugverspätungen sechs bis acht Stunden unterwegs. Das rief Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervor, die daraufhin die SED baten, ihnen bei der Beseitigung der Mängel zu helfen. Der Kreisvorstand setzte sich mit der Eisenbahndirektion in Verbindung und erwirkte eine Normalisierung des Eisenbahnverkehrs auf dem entsprechenden Streckenabschnitt.

Die Hauptmängel der Informationsarbeit der SED bestehen in folgendem:

1. Schlechte Informationsanbindung der Parteigrundorganisationen.
2. Schlechte Verbindung der Kreisvorstände zu den Parteigrundorganisationen.
3. Fehlen einer Verantwortlichkeit der Vorsitzenden der örtlichen Gruppen bezüglich einer rechtzeitigen Bereitstellung von Informationen.
4. Ungenügende Informiertheit über die Situation in den bürgerlichen Parteien, was zur Unkenntnis bezüglich der Tätigkeit dieser Parteien und ihrer innerparteilichen Lage führt.

5. Die Parteikontrollkommissionen gründen ihre Arbeit im Augenblick auf „naturwüchsige" Informationen und verfügen nicht über Vertrauenspersonen in den Parteigrundorganisationen.

Der Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Landes Thüringen
Oberstleutnant *Makaruschin*

GARF 7184/1/168, Bl. 360-365. Original.

Nr. 63. Schreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Scharkow[405] an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow über den Religionsunterricht an Schulen. 7. Juni 1949[406]

Über den Religionsunterricht und über Tendenzen der Kirche zur Verstärkung ihres Einflusses auf die Schule

Gemäß dem *Gesetz über die Schulreform wurde die Kirche von der Schule getrennt und der Religionsunterricht zur Sache der Kirchengemeinde erklärt.*[407] Formal wird diese Festlegung an allen Schulen zwar eingehalten, doch sind aktive Bestrebungen der Kirche zu verzeichnen, ihren Einfluß auf die Schule zu verstärken. Diese Bestrebungen äußern sich in folgender Weise:

1. Beeinflussung der Eltern,
2. Werbung von Kindern für den Besuch des Religionsunterrichts durch das Verteilen von Handzetteln,
3. Bestrebungen, Einfluß auf die Kindergärten zu nehmen,
4. Bestrebungen, unter allen Umständen den Religionsunterricht in den Räumlichkeiten der Schule abzuhalten.

Gesondert muß die Hartnäckigkeit der Kirche unterstrichen werden, den Religionsunterricht in Schulräumen abzuhalten und dadurch auf die schulische Erziehung der Kinder einzuwirken. Dabei beruft man sich auf jene Stelle der Verfassung, in der es heißt, schulische Räumlichkeiten *können* für Religionsunterricht zur Verfügung gestellt werden. Die Kirche versucht, auch dann den Religionsunterricht in den Räumlichkeiten der Schule durchzuführen, wenn sie selbst über geeignete Räumlichkeiten in Gemeindehäusern verfügt. In dieser Frage *stößt die Kirche auf so gut wie keinen Widerstand* von Seiten der Schulleitung.

In Halle beispielsweise werden der Kirche an fast allen Schulen Räumlichkeiten für den Religionsunterricht zur Verfügung gestellt, obwohl alle Kirchengemeinden über geeignete Gemeindehäuser verfügen. Räume für den Religionsunterricht werden lediglich an solchen Schulen nicht zur Verfügung gestellt, an denen der Direktor größere Hartnäckigkeit zeigt und vom Lehrerkollektiv unterstützt wird, wie z.B. an der Diesterwegschule in Halle, wo der Rektor Planer Mitglied der SED ist und das Lehrerkollektiv zu mehr als der Hälfte aus SED-Mitgliedern besteht, oder an der Friedensschule in Ammendorf u.a.

Dazu muß angemerkt werden, daß die Kirche in der Frage der Nutzung schulischer Räumlichkeiten für den Religionsunterricht großen Rückhalt bei der Landesregierung findet. Minister-

405 Scharkow, A., Chef der Abteilung Volksbildung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt.

406 Datiert nach dem Ausgangsdatum. Als Eingangsdatum ist der 18. Juni 1949 vermerkt.

407 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

präsident Hübener[408] (LDP) hatte eine Reihe von Direktiven herausgegeben, in denen die Überlassung schulischer Räumlichkeiten für Religionsunterricht eingefordert wird: Es handelt sich um die Direktiven vom 27. Januar 1948 und vom 21. Mai 1948.

In diesen Direktiven wird darauf hingewiesen, daß Pausen zwischen Schul- und Religionsunterricht nicht nötig sind. Ministerpräsident Hübner hatte im April 1949 den Vorschlag eingebracht, die *Gründung eines Seminars für evangelische Kindergärten* zu gestatten. Dieser Vorschlag war abgelehnt worden.

Es muß angemerkt werden, daß es bis zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Dokument gibt, das die Rechte der Kirche auf Nutzung schulischer Räumlichkeiten reglementieren oder einschränken würde. Eine Festlegung, daß zwischen Schul- und Religionsstunden eine Pause einzuhalten ist, wird durch kein einziges Dokument formuliert. Das ermöglicht den Kirchengemeinden des Landes, mit der Unterstützung des Ministerpräsidenten, von den Schulen Räumlichkeiten für die Durchführung von Religionsstunden nach dem (regulären) Unterrichtsschluß einzufordern. Das erweckt den dauerhaften Eindruck, daß die Religionsstunden Bestandteil des Stundenplans sind, was sich negativ auf die erzieherische Arbeit in der Schule auswirkt.

Ein direkter Zwang zur Teilnahme an Religionsstunden wurde bei den Schülern nicht festgestellt. Doch gab es oft Fälle, daß Kinder für die Teilnahme am Religionsunterricht geworben wurden, obwohl deren Eltern dies nicht wünschten. So verteilte der Religionslehrer der Rudolf-Hildebrandt-Schule in Stendal Werbezettel. In diesem Fall wurde der Kreisschulrat von Stendal beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen. Eben dieser Welfert hatte versucht, die Kinder zum Besuch des Religionsunterrichts zu zwingen.

Es hat Fälle der Einmischung von Religionslehrern in schulische Belange gegeben. In dem Ort Beleben[409] im Landkreis Mansfelder Seekreis zwang eine Religionslehrerin die Schüler, Texte von Kirchenliedern in ihre Schulhefte zu schreiben. Gegen den Direktor, der das verboten hat, verbreitet jene Lehrerin Verleumdungen.

Einige Kirchenangestellte drücken ihren Protest gegen die materialistische Behandlung der Geschichte aus. In der Gemeinde Schwarz, Kreis Calbe, beleuchtete der Neulehrer Herens[410] bei der Behandlung des Themas „Reformation in Deutschland" die Persönlichkeit Luthers auf materialistischer Grundlage und bewertete sowohl Luther selbst als auch seine Epoche historisch richtig. In dieser Angelegenheit beschwerte sich der Gemeindepfarrer beim Kreisschulrat, indem er kritisierte, auf diese Weise würden die Gedanken der Kinder über Luther gespalten. Kreisschulrat Schade diskutierte zwar mit diesem Pastor, doch dieser war mit den Schlußfolgerungen des Schulrates nicht einverstanden. Vom Evangelischen Konsistorium Halle ging ein Protest gegen die Weisung des Ministeriums für Volksbildung ein, als Geschichtslehrbuch die „Geschichte des Altertums"[411] von Mischulin zu verwenden. Der Protest wird damit begründet, daß in dem Lehrbuch die Existenz Jesu Christi bestritten wird.

Hofmann[412], der diesen Protestbrief unterschrieben hat, beruft sich auf diesbezügliche Signale aus zahlreichen Kirchengemeinden. Darüber hinaus ging beim Ministerium für Volksbildung ein Protestschreiben des Konsistoriums gegen einen Beitrag des Leiters der Abteilung Schule des

---

408 Hübener, Erhard, Dr. phil. (1881-1958), 1945 LDP, 1945 Präsident der Provinz Sachsen-Anhalt, 1946-49 Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Rücktritt aus Protest gegen die Politik von SMAD und SED. Vgl. Scherstjanoi, Elke: Gegen eine „völlige Sowjetisierung der Ostzone". Neues zur Amtsniederlegung des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Dr. Ehrhard Hübener (LDP), im Sommer 1949, in: Geschichte im Westen, Heft 2/1994, S. 197-223.

409 Nicht lokalisierbar, möglicherweise: Belleben.

410 In der Vorlage: „Cherens".

411 In der Vorlage: „Istorija drewnewo mira".

412 In der Vorlage: „Gofman".

Ministeriums Doktor Elchleb[413] ein, der auf der Lehrerkonferenz in Stendal gefordert hatte, die Erteilung von Religionsunterricht durch Lehrer staatlicher Schulen und entlassene Nazis zu verbieten.

Die Durchführung des Religionsunterrichts obliegt den Kirchengemeinden. Die Religionslehrer werden von den Kirchengemeinden bestimmt. Es gibt viele Beispiele, daß Religionsunterricht von ehemaligen Nazis erteilt wird, die im Rahmen der Entnazifizierung der Schulen entlassen worden waren. Die Kirchengemeinden ignorieren die Verordnung, nach der es entlassenen Nazis verboten ist, als Lehrer tätig zu sein. Beispiele für die Beschäftigung entlassener Nazis gibt es in jedem Kreis. Bei Hinweisen auf diese Lage von Seiten des Ministeriums für Volksbildung beruft sich die Leitung der Kirchengemeinden darauf, daß der Religionsunterricht Sache der Kirche sei.

Viele Kirchengemeinden beschäftigen für den Religionsunterricht auch Lehrer, die in (staatlichen) Schulen arbeiten.

Eine Erlaubnis für die Erteilung von Religionsunterricht durch staatliche Lehrer wird von den Schulräten ausgesprochen. Es gibt Beispiele, daß Lehrer den Religionsunterricht an denselben Schulen erteilen, an denen sie auch sonst arbeiten. Die Religionsstunden werden von ihren Schülern besucht. Das wird auch dadurch begünstigt, daß es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine schriftliche Grundlage gibt, die die Erteilung von Religionsunterricht in der eigenen Schule und eigenen Klasse verbietet.

Angesichts dessen gehen viele Schulräte den Weg des geringsten Widerstandes, ignorieren die Anordnung des Ministers und genehmigen allen Lehrern, die sie darum ersuchen, die Erteilung von Religionsunterricht. Die Regelung, die die Erteilung von Religionsunterricht durch staatliche Lehrer genehmigt, muß zumindest dahingehend verändert werden, daß solche Genehmigungen ausschließlich vom Ministerium erteilt werden dürfen.

Die Kirche trifft bei ihren Bestrebungen, die Schule zu beeinflussen, von Seiten der Schuldirektoren und Lehrerkollektive nur auf sehr geringen Widerstand. Manchmal leisten sie der Kirche geradezu moralischen Beistand. Die erdrückende Mehrheit der Schuldirektoren interessiert sich überhaupt nicht für den Religionsunterricht an ihren Schulen: Wieviel Prozent der Schüler daran teilnehmen, wie viele Kinder konfirmiert[414] sind u.ä. Die Direktoren sind der Meinung, daß der Religionsunterricht eine Angelegenheit der Kirche sei, und kümmern sich nicht um die Frage, was er für die allgemeine Erziehung der Kinder bedeutet. Sogar der atheistische Teil der Direktoren wendet sich nicht immer entschieden gegen das verstärkte Eindringen der Kirche in die Schule. Viele von ihnen halten religiöse Riten für gute alte Traditionen.

Es gab viele Fälle, daß konfirmierte Kinder die Schule abbrachen (so im Kreis Liebenwerda), was dafür spricht, daß diese Kinder unter einem besonders starken Einfluß der Kirche gestanden haben. Im Ergebnis dessen wurde die Reife des Kindes nicht nach dem Abschluß der Schule bemessen, sondern nach dem Ritus der Konfirmation.[415] Es wurden administrative Maßnahmen zur Rückkehr der Kinder in die Schule ergriffen.

Besonders großen Einfluß hat die Kirche auf die Erziehung von Kindern im Vorschulalter. Es gibt viele kirchliche Kindergärten. Bei insgesamt 1.152 Kindergärten gibt es in Sachsen-Anhalt 97 kirchliche. Besonders großen Einfluß auf die Vorschulerziehung nimmt die Kirche in Halle, Wittenberg und Magdeburg.

So sind von 49 Kindergärten in Halle 18 kirchlich (17 evangelisch und einer katholisch). In den kirchlichen Kindergärten werden die Vorschulkinder religiös erzogen. Es wird morgens, mittags und abends gebetet, es werden Märchen erzählt und Lieder mit religiösem Inhalt gesungen. Die

413 In der Vorlage: „Elchlep".

414 Im russischen Originaldokument wurde einheitlich „konformieren" statt „konfirmieren" benutzt.

415 Da die religiöse Mündigkeit schon mit dem 14. Lebensjahr eintritt und die Konfirmation erst im Alter von 14 bis 16 Jahren erfolgt, erscheint die Argumentation nicht nachvollziehbar.

Erziehungsarbeit in den Kindergärten wird von Pfarrern geleitet, Leiterinnen der Kindergärten sind häufig Diakonieschwestern.

Die Kirche strebt ebenso nach Erweiterung ihres Einflusses auf staatliche Kinderheime. Einige Kinder aus staatlichen Kinderheimen wurden für den Besuch von Religionsunterricht und für Gebete begeistert.

In einem Brief an die Landesregierung vom 2. März dieses Jahres drückt das Konsistorium der Evangelischen Kirche Sachsen-Anhalt seinen Protest dagegen aus, daß in den staatlichen Kinderheimen des Kreises Gardelegen keine Möglichkeiten für eine Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht und an Gottesdiensten geschaffen wurden.

Im obengenannten Brief wird auch dagegen protestiert, daß staatlichen Lehrern verboten wird, Religionsunterricht zu erteilen mit der Begründung, daß sie im Hauptberuf überlastet seien. Ebenfalls protestiert das Konsistorium dagegen, daß durch die Militärkommandantur Oschersleben bei Magdeburg der Druck eines Rundschreibens an die Eltern verboten wurde, in welchem die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht eingefordert wurde.

Aus dem Dargelegten folgt, daß das Verhältnis zwischen Schule und Kirche unbedingt auf gesetzgeberischem Weg geklärt werden muß und die Möglichkeiten der Kirche in die Schule einzudringen, eingeschränkt werden müssen.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt
A. Scharkow

GARF 7317/55/7, Bl. 71-75. Original.

Nr. 64. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Informations-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Major Chomjakow[416] an die Chefs der Informations-Unterabteilungen der Kreise über Betriebszeitungen. 5. August 1949[417]

Geheim

In den Kreisen des Landes erscheinen nach wie vor Betriebszeitungen der SED ohne Wissen und ohne Lizenz der SMA.

Ich schlage vor:

1. Die Kommandanturen haben die Herausgabe von Zeitungen ohne Lizenz und die Erteilung von Genehmigungen für das Erscheinen von Zeitungen sofort einzustellen.

2. In allen Fragen der Organisation und der Lizenzierung von Betriebszeitungen ist der Landesvorstand der SED zuständig.

Der amtierende Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt Major *Chomjakow*

GARF 7133/1/281, Bl. 281. Original.

---

416 Chomjakow, Major, amtierender Chef der Informations-Abteilung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt.

417 Laut Bearbeitungsvermerken handelt es sich um die Ausfertigung Nr. 1 von insgesamt 34 Ausfertigungen, von denen 33 an die Adressaten verschickt wurden.

Nr. 65. Schreiben des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über die Genehmigung zur Herausgabe einer „Geschichte der WKP(B)". 20. August 1949

Geheim

In Ergänzung unserer Bitte, in Deutschland einen Bildband zur Geschichte der WKP(B) herausgeben zu dürfen, teilen wir Ihnen folgendes mit:

Der Bildband ist im wesentlichen für Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gedacht, die die „Geschichte der WKP(B)" studieren.

Gegenwärtig ist der Kurs „Geschichte der WKP(B)" Teil der Lehrprogramme der Kreis- und Bezirksparteischulen und der Parteihochschule der SED. Innerhalb der SED gibt es mehr als 2.000 Studiengruppen mit insgesamt etwa 50.000 SED-Mitgliedern, in denen die Geschichte der WKP(B) studiert wird; eine bedeutende Zahl von Mitgliedern der SED eignet sich die Geschichte der bolschewistischen Partei im Selbststudium an. Zirkel zum Studium der „Geschichte der WKP(B)" gibt es auch in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Eine bedeutende Schwierigkeit beim Studium der Geschichte der WKP(B) in den Studiengruppen und an den Parteischulen der SED stellt der Mangel an erklärender Sekundärliteratur und an Anschauungsmaterial zur Geschichte der WKP(B) in Deutschland dar. Die Herausgabe eines Bildbandes mit Anschauungsmaterial zur Geschichte der WKP(B) und mit deutschem Text wird den Mitgliedern der SED die Aneignung der Geschichte der bolschewistischen Partei erleichtern.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bittet uns um Mitwirkung und Unterstützung, um den beschriebenen Bildband innerhalb kürzester Frist herausgeben zu können. Der Bildband wird im Dietz-Verlag, dem Parteiverlag der SED, in einer Auflage von zehn- bis fünfzehntausend Exemplaren erscheinen.

Ich bitte Sie, dem GOSPOLITISDAT[418] *entsprechende Anweisungen zur Übergabe all jenes Materials an den Dietz-Verlag zu erteilen, das für die Herausgabe des genannten Bildbandes gebraucht wird.*[419]

Der Chef der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor *S. Tjulpanow*

RGASPI 17/132/108, Bl. 108. Original.

Nr. 66. Schreiben des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Mitarbeiter des ZK der WKP(B) Borissoglebski über die Zeugen Jehovas. 26. August 1949

Geheim

Nach Mitteilung der Deutschen Verwaltung des Innern[420] entfaltet die religiöse Sekte „Zeugen Jehovas" im Land Sachsen aktiv ihre Tätigkeit.

418 GOSPOLITISDAT, sowjetischer Staatsverlag für politische Literatur.

419 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch Randanstreichung hervorgehoben.

420 Die Deutsche Verwaltung des Innern wurde durch den geheimen SMAD-Befehl Nr. 0212 vom 30. Juli 1946 gebildet.

Die Prediger dieser Sekte unterlassen es nicht, bei ihren zahlreichen Auftritten vor Mitgliedern der Sekte feindliche Äußerungen zu tätigen, die gegen die demokratische Ordnung in der Zone und gegen die Verordnungen der sowjetischen Besatzungsmacht gerichtet sind.

Als Beleg dessen mögen folgende Aussagen von Predigern dieser Sekte dienen, die allesamt vom Mai des Jahres 1949 stammen:

a) „Die Lehre von Marx ist falsch. Sie vergiftet die Menschen und stürzt sie ins Unglück. Die SED ist wie eine weiße Wand, die mit guter Farbe glänzen und sich alle geneigt machen möchte, doch hinter dieser Wand findet sich viel Schlechtigkeit und verbirgt sich der Teufel. Die rote Fahne ist ein scharlachfarbener Fetzen, welcher der Menschheit nur Unglück und Zwietracht verursacht."
„Wer uns überfällt, der wird vernichtet. Sie verfolgen uns, weil wir nicht tun, was sie wollen. Menschen können die Weltlage nicht verändern, das kann allein Gott." (Kreis Chemnitz)

b) Im Kreis Görlitz erklärten einzelne Teilnehmer einer Versammlung der Sekte unter dem Einfluß dessen, was der Prediger Raute gesagt hatte:
„...dann ist hoffentlich der Tag der Abrechnung mit dieser roten Bande nicht fern".

c) Im Kreis Döbeln erklärte der Prediger Dominke nach Verbot einer Versammlung der Sekte durch die Kreiskommandantur auf einem Polizeirevier, daß „er die Gesetze und Verordnungen von SMAD und Polizei nicht achtet und nicht einhält, weil sie den Gesetzen Gottes widersprechen".

Die Anhänger der Sekte „Zeugen Jehovas" agitieren heimlich in der Bevölkerung für einen Wahlboykott. Insbesondere hat sich die Sekte gegen eine Teilnahme an den Wahlen zum Deutschen Volkskongreß[421] gewandt.

a) Am 17. Mai erklärte der Sektensprecher Labig im Gasthaus „Hilbert" in Dresden:
„Für uns gibt es nur eine einzige Wahl, die auf ewig getroffen wird, das ist die Wahl Jehovas. Mit anderen Wahlen, bei denen heute dieser und morgen jener gewählt wird, haben wir nichts zu schaffen."

b) Im Kreis Oelsnitz nahm der Prediger Albert Drechsler[422] am 9. Mai während einer Versammlung der Sekte im Gasthof „Schützenliesel" die Plakate für die Wahl zum Deutschen Volkskongreß von der Wand und erklärte, daß er nicht zulasse, hier solche Plakate zu zeigen.

c) Im Kreis Grimma gingen in der Polizeibehörde Resolutionen von Betrieben und Unternehmen ein mit der Forderung nach einem Verbot der Sekte, da diese in der Bevölkerung gegen eine Teilnahme an den Wahlen agitiere.

---

421 Im Nov. 1947 initiierte die SED im Vorfeld der Londoner Außenministerkonferenz „zur Wahrung deutscher Interessen" eine „gesamtdeutsche" „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden". Am 6./7. Dez. 1947 fand in Berlin der 1., am 17./18. März 1948 der 2. und am 29./30. Mai 1949 der 3. Deutsche Volkskongreß statt. Bereits am 15./16. Mai 1949 wurde (fast ausschließlich) in der SBZ nach „Einheitsliste" ein „Volksrat" gewählt, der sich nach DDR-Bildung zur „Provisorischen Volkskammer der DDR" erklärte. Die Volkskongreßbewegung diente propagandistischen und herrschaftslegitimatorischen Zwecken der SED. Insbesondere trug sie zur Legitimation der Zentralisierung der föderalen Verfassungsstruktur der SBZ bei.

422 In der Vorlage: „Dreksier".

Neben der Agitation gegen eine Teilnahme an den Wahlen verbreiten die Mitglieder der Sekte unter der Bevölkerung verschiedene Broschüren und Flugblätter, die in den USA gedruckt wurden. So verbreiteten sie in Olbernhau (Kreis Marienberg) eine in Brooklyn (USA) gedruckte Broschüre, in der es unter anderem heißt:

> „Der himmlische Kampf Jehovas gegen Satan wurde im Jahre 1914 beendet. Von 1914 an lenkt Jehova selbst die Geschicke der Menschheit und hat den Kampf aus dem Himmel auf die Erde verlegt.
> Satan ist nun auf Erden in Gestalt eines großen Drachen, der rot ist wie Feuer."

In vielen Fällen machen auf Versammlungen der Sekte ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Organisationen einen bedeutenden Teil der Anwesenden aus, was z.B. die Überprüfung der Teilnehmer einer Versammlung der Sekte am 4. Mai 1949 in Coswig, Kreis Meißen, ergab.

Um einer Erfassung und dem Genehmigungsverfahren für Gottesdienste und religiöse Versammlungen zu entgehen, versuchen die „Zeugen Jehovas", besondere Räumlichkeiten zu mieten, da nach der geltenden Gesetzeslage für die Durchführung von Gottesdiensten und Versammlungen in eigenen Räumlichkeiten keine Genehmigung der Machtorgane erforderlich ist.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Politische Fragen Generalleutnant A. Russkich

GARF 7317/3/4, Bl. 136-138. Beglaubigte Kopie.

Nr. 67. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Sawanjuk[423] über die Organisations- und Personalstruktur des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen. 12. September 1949[424]

Bericht
über die Organisations- und Personalstruktur des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen

1. Vor einem Monat hat die Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA Thüringen das Ministerium für Volksbildung des Landes Thüringen mit Hilfe des Landesvorstands der SED einer umfassenden Revision unterzogen.

An der Überprüfung waren 15 Personen beteiligt:

von der der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA Thüringen	– 7 Personen
vom Landesvorstand der SED	– 8 Personen
Insgesamt:	15 Personen

Die Überprüfung dauerte zehn Tage: vom 25. Juli bis zum 5. August dieses Jahres.

---

423 Sawanjuk, Artemi Iossifowitsch war zunächst Chef des Sektors leitende und wissenschaftliche Kader in der Abteilung für Volksbildung der SMAD und zuletzt Chef der Volksbildungsabteilung bei der Verwaltung der SMA Thüringen.

424 Die nicht klassifizierte, von Hand unterschriebene Vorlage enthält im Kopf den handschriftlichen Vermerk: „Mappe Nr. 16, unregistriert, zu Nr. 512. 28. IX. [19]49" und nennt weder Adressaten noch Auftraggeber. Wegen des knappen Berichtsstils könnte es sich um die Disposition eines mündlichen Vortrags handeln. Das Dokument enthält im Detail rechtsdogmatische Mängel und der Inhalt steht insgesamt im Widerspruch zur Verfassung des Landes Thüringen vom 20. Dez. 1946. Unklar bleibt daher, ob die tatsächliche Lage oder politische Intentionen beschrieben bzw. nur subjektiv verzerrt wiedergegeben werden.

2. Im Zuge der Überprüfung wurde festgestellt, daß die Arbeit des Ministeriums für Volksbildung vor allem an einem formal-bürokratischen, kanzleigebundenen Arbeitsstil krankt, insbesondere hinsichtlich der Führung der dem Ministerium unterstellten Organe und Einrichtungen. Die Arbeit ist durch und durch von Papier, Büroarbeit und trockener, abstrakter Statistik beherrscht.

Die Referenten fahren nur selten in die Kreise; die Arbeitserfahrung vor Ort wird weder analysiert noch verallgemeinert.

3. Fakten:

(1.) Dem Ministerium ist aufgrund der Berichte der Schulräte bekannt, daß der Lehrplan der 8-Klassen-Schule jedes Jahr wieder aufs Neue nicht eingehalten wird. Wie es aber in den einzelnen Schulen tatsächlich aussieht, weiß es nicht. Was getan werden muß, um diesen Mangel zu beseitigen, weiß es ebenfalls nicht. Die Erfahrungen der besten Lehrer werden nicht analysiert. Die Kommission konnte im Ministerium keinerlei überzeugende Dokumente finden.

(2.) Dem Ministerium ist bekannt, daß in den vergangenen drei Jahren 1.356 neue Lehrer die Schulen wieder verlassen haben. Es ist bekannt, daß 850 von diesen (25,7%[425]) in den Westen gegangen sind, 239 (17,6%) den Beruf gewechselt haben und 181 (13%) infolge von Heirat aufgehört haben zu arbeiten usw. Aber warum sie in den Westen gegangen sind, warum sie den Beruf gewechselt haben usw., das ist nicht bekannt. Es gibt im Ministerium keine Analysen der Gründe, weshalb junge Lehrer die Schule verlassen.

(3.) In den letzten drei Jahren sind viele hervorragende neue Lehrer in der Schule herangewachsen, aber das Ministerium für Aufklärung kennt sie nicht, analysiert die Erfahrung ihrer Arbeit nicht und tut nichts, um sie bekannt zu machen.

Es steht außer Zweifel, daß es unter den Lehrern eigene „Henneckes“ [426] gibt, an deren Erfahrung andere Lehrer geschult werden müssen, aber das Ministerium kennt sie nicht wirklich und kann nichts Vernünftiges über sie sagen.

..... und so ist es in allen Arbeitsbereichen:

in den Berufsschulen, in den Vorschuleinrichtungen, in den Bibliotheken usw.

4. Es ist zu fragen, warum dies so ist?

Wo sind die Gründe für dieses Unwissen zu suchen?

Es gibt viele Gründe: die Neuartigkeit der Sache, fehlende Kader, feindliche Propaganda usw.

Aber all das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist die bürokratische Arbeitsweise des Ministeriums und seiner Organe vor Ort. Die Referenten fahren nicht in die Kreise und interessieren sich nicht dafür, was vor Ort passiert. Alles wird auf der Grundlage der schriftlichen Berichte der Schulräte entschieden.

5. Es ist zu fragen, warum sie nicht vor Ort fahren?

Vielleicht steht kein Geld zur Verfügung?

Nein – Geld ist vorhanden.

Die Kommission hat festgestellt, daß für das II. Quartal dieses Jahres 12.500 Mark für Reisespesen angewiesen waren, von denen 9.300 Mark = 74% ausgegeben wurden. Aber trotzdem wurde eine Prüfung der Schulen und Kreise nicht durchgeführt.

---

425 Richtig muß es heißen 62,7%.

426 Hennecke, Adolf (1905-1975), initiierte 1948 in der SBZ als Bergmann nach sowjetischem Vorbild eine Hochleistungsbewegung in der Produktion.

Das Geld wird dafür verwendet, Wohnungen für die Mitarbeiter anzumieten, mit dem Taxi zur Arbeit zu fahren usw.

6. Wir sind zum folgenden Schluß gelangt:
   – Es fährt niemand vor Ort, weil es niemand für nötig erachtet.
   – Und es wird nicht für nötig erachtet, weil die Organisation des Apparates des Ministeriums selbst und entsprechend der gesamte dort herrschende Arbeitsstil das Gefühl für eine solche Notwendigkeit verkümmern läßt.

7. Fakten:
(1.) Dem Ministerium für Aufklärung wurde für das Jahr 1949 ein Personalbestand von 126 Mitarbeitern bewilligt, davon:

– leitende Mitarbeiter	– 39 Personen (=30%)
– Bürokräfte und technisches Personal	– 87 Personen (=70%)
Tatsächlich arbeiten	152[427] Personen, davon:
– leitende Mitarbeiter	– 43 Personen (=28%)
Bürokräfte und technisches Personal	– 109 Personen (=72%).

Auf jeden leitenden Mitarbeiter kommen also drei technische Mitarbeiter.
(2.) Die Abteilungen des Ministeriums sollten bilden:
   – Schule
   – Hochschule
   – Kader.

Entsprechend wäre zu erwarten, daß hier auch die Kräfte des Ministeriums konzentriert werden.
Tatsächlich aber ist es keineswegs so:

In diesen drei Abteilungen arbeiten	– 44 Personen (=28%),
aber in der Verwaltungsabteilung arbeiten	– 54 Personen (=35%).

Schlussfolgerungen

(1.) Der Apparat des Ministeriums ist für die operative Arbeit nicht geeignet, es handelt sich um einen erzbürokratischen Apparat.
(2.) In der Praxis hat sich die Demokratisierung der Organe der Volksbildung in folgender Weise vollzogen:
   – die alten Beamten wurden entlassen,
   – ihre Stellen wurden mit neuen Leuten besetzt,
   aber
   – die alten Methoden der Arbeit dieser Organe blieben unangetastet.
   – Der Apparat wurde so aufgebaut, daß diese alten bürokratischen Methoden verfestigt wurden.
(3.) Das Ministerium muß vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

8. Noch im Verlauf der Arbeit der Kommission habe ich die Ministerin für Volksbildung Torhorst[428] auf diesen gravierenden Mangel ihres Apparats hingewiesen und sie gebeten, mir ihre Überlegungen hinsichtlich einer Verkleinerung und Umstrukturierung ihres Apparats vorzulegen.

---

427 In der Vorlage fälschlich: „1520".

428 Torhorst, Maria (1888-1989), Lehrerin, 1945/46 KPD/SED, 1945-46 Dezernentin für Lehrerbildung in Berlin, 1947-50 Ministerin für Volksbildung in Thüringen, 1951 Leiterin der Abteilung Internationale Beziehungen im Ministerium für Volksbildung der DDR, 1958 Leiterin der Auslandsabteilung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts.

Sie schlug 134 Mitarbeiter vor, davon
– leitende Mitarbeiter – 35% (gegenüber ursprünglich 28%)
– Bürokräfte und technisches Personal – 65% (gegenüber ursprünglich 72%).

9. Da auf diese Art offensichtlich nichts zu erreichen war, schlug ich ihr vor, die folgende Variante der Organisations- und Personalstruktur des Ministeriums zu überdenken:

Abteilung	leitende Mitarbeiter		Technisches Personal		Insgesamt	
	aktuell	Vorschlag	aktuell	Vorschlag	aktuell	Vorschlag
1. Büro des Ministers	3	3	3	3	6	6
2. Schulabteilung	18	20	13	5	31	25
3. Abt. berufliche Bildung	–	10	–	2	–	12
4. Kaderabteilung	5	5	12	5	17	10
5. Hochschulabteilung	3	4	3	2	6	6
6. Jugendabteilung	6	6	12	2	18	8
7. Abt. Kunst und Literatur	2	4	5	2	7	6
8. Abt. kulturelle Aufklärung	2	3	4	1	6	4
9. Bauabteilung	–	2	–	1	–	3
10. Allgemeine Abt.	4	10	57	20	61	30
Insgesamt:	43	67	109	43	152	110
	28%[429]	60%	72%	40%	100%	100%

10. Gleichzeitig habe ich diese Variante auf der Sitzung über die Resultate der Überprüfung des Ministeriums beim Stellvertretenden Chef der Verwaltung Genosse Sacharow vorgetragen. Von deutscher Seite waren dort anwesend:
(1.) Vizepräsident[430] Eggerath[431]
(2.) Vorsitzender des Landesvorstandes der SED Kops[432]
(3.) Ministerin für Volksbildung Torhorst.
Sie alle haben sich entschieden für eine Neuordnung des Ministeriums in der von mir gewiesenen Richtung ausgesprochen.

11. Nach dieser Sitzung hat mir Torhorst eine andere Variante des Ministeriums mit einer Mitarbeiterzahl von 112 Personen vorgeschlagen:

Abteilung	Gesamtzahl	davon Leitende Mitarbeiter Technisches Personal
1. Büro des Ministers	5	3 2

429 In der Vorlage fälschlicherweise „18%".

430 So in der Vorlage, tatsächlich war Werner Eggerath von 1947 bis 1952 Ministerpräsident von Thüringen.

431 Eggerath, Werner (1900-1977), 1924 KPD; 1945-46 Vorsitzender der KPD-Bezirksleitung Thüringen, 1946-47 Vorsitzender der SED-Landesleitung ebd., 1946-47 Vizepräsident der Landesverwaltung und 1947-52 Ministerpräsident von Thüringen.

432 Kops, Erich (1905-1961), 1923 KPD, 1928-29 Leninschule Moskau, 1935-37 Emigration in der UdSSR; 1946-47 stellvertretender und 1947-49 SED-Landesvorsitzender in Thüringen, 1950-51 Leiter der DDR-Mission in Ungarn, 1952-55 Leiter der Handelsorganisation in Sachsen.

Abteilung	Gesamtzahl	davon Leitende Mitarbeiter Technisches Personal
2. Schulabteilung (mit Unterabteilung berufliche Bildung)	31	23 8
3. Kaderabteilung	10	5 5
4. Hochschulabteilung	6	4 2
5. Jugendabteilung	12	9 3
6. Abteilung Kunst	7	5 2
7. Abt. kulturelle Aufklärung	6	3 3
8. Allgemeine Abteilung (mit Bauabteilung)	35	13 22
Insgesamt:	112	65 (58%) 47 (42 %)

Diese Variante ist bereits als Grundlage für eine weitere Erörterung angenommen worden.

Ich beharre allerdings auf meiner Variante hinsichtlich der Ausgliederung der berufstechnischen Ausbildung in eine eigenständige Abteilung und des Aufbaus einer neuen Bauabteilung.

12. Was sind die Kosten dieser neuen Variante?
– 72.280 Mark

Die momentane Variante kostet 76.190 Mark.
Das ergibt eine Verringerung der Kosten um 5%.

II. Die Kreisebene

13. Die Kreisebene ist noch weniger geordnet als das Ministerium für Volksbildung.
(1.) Für die Institutionen auf dieser Ebene haben sich noch keine festen Amtsbezeichnungen etabliert,
(2.) es hat sich noch keine feste Personalstruktur etabliert,
(3.) ihr Leiter ist juristisch nicht dem Ministerium für Volksbildung unterstellt,
(4.) von den drei auf Kreisebene bestehenden Einheiten (Schulamt, Kulturamt und Jugendamt) ist nur das Schulamt dem Ministerium für Volksbildung unterstellt.

14. Welches Bild der tatsächlichen Lage läßt sich bei uns in Thüringen zeichnen?
Als Beispiel sei eine Analyse des Kreises Suhl angeführt:

(a) Innerhalb des Landtags[433] gibt es die Abteilung Kreisvolksbildungsamt,
(b) an der Spitze des Kreisvolksbildungsamtes steht ein Dezernent (Mitglied des Landtags[434]).
(c) Das Kreisvolksbildungsamt besteht aus drei eigenständigen Ämtern
– Kulturamt
– Schulamt
– Jugendamt
(d) Jedes Amt hat seinen eigenen Apparat:
Schulamt – 11 Personen, davon 7 leitende Mitarbeiter und 4 Personen technisches Personal
Kulturamt – 3 Personen, davon 2 leitende Mitarbeiter und 1 Person technisches Personal
Jugendamt – 5 Personen, davon 4 leitende Mitarbeiter und 1 Person technisches Personal
Insgesamt: 19 Personen, davon 13 leitende Mitarbeiter und 6 Personen technisches Personal

(e) Der gesamte Apparat wird aus dem Haushalt des Landtags[435] finanziert, einschließlich des Schulrates.

15. Während wir hinsichtlich des Ministeriums für Volksbildung lediglich die Planstellenfrage lösen müssen, stellen sich auf Ebene der Kreise gleich zwei Probleme:
– die Frage der Organisationsstruktur und die Planstellenfrage.

16. Hinsichtlich der Organisationsfrage habe ich die folgenden Vorschläge:
(1.) Die aktuell in Thüringen bestehenden Amtsbezeichnungen und die Struktur der Institutionen auf Kreisebene sollen beibehalten werden.
(2.) Das Kreisvolksbildungsamt soll ein einheitliches, nach dem Prinzip der Einzelführung von einer einzigen Person – dem Leiter[436] – geführtes Organ sein,
(3.) Der Leiter wird vom Landtag berufen und vom Ministerium für Volksbildung bestätigt. Von Berufs wegen soll er Pädagoge sein.
(4.) Der Leiter kann Mitglied des Landtags sein, muß es aber nicht sein. Entscheidend ist seine fachliche und politische Charakteristik.
(5.) In seiner Tätigkeit ist der Leiter einerseits dem Landtag, andererseits dem Minister für Volksbildung unterstellt.
(6.) Die Leiter der einzelnen Ämter[437] werden vom Leiter des Kreisvolksbildung[samts] ausgewählt und vom Minister für Volksbildung berufen, der Leiter des Jugendamts wird vom Minister für Volksbildung nach Abstimmung mit der FDJ berufen.

---

433 So in der Vorlage, richtig: Kreisrat.

434 So in der Vorlage, richtig vermutlich: Kreisrat und/oder Kreistag, obwohl der Dezernent zufälligerweise auch Mitglied des Landtags gewesen sein könnte. Bei der Quellenanalyse ist zu beachten, daß aus einer zufälligen Konstellation manchmal eine systematische Schlussfolgerung gezogen, Koinzidenz mit Kausalität verwechselt wurde.

435 Diese Feststellung steht im Widerspruch zur Verfassung des Landes Thüringen vom 20. Dez. 1946 sowie zur thüringischen Kreisordnung vom 20. Dez. 1946, da die Kreise Selbstverwaltungskörperschaften waren. Um die formalrechtlichen Strukturen nach thüringischem Staatsrecht und die tatsächlich herrschenden Verhältnisse zu entzerren, wäre eine Einzelfallprüfung erforderlich, da mit dem thüringischen Gesetz über die Wahrnehmung der Aufgaben der übergeordneten Organe in Gemeinde- und Kreisangelegenheiten vom 25. April 1947 die Vollmachten des Landtags gestärkt wurden. Dabei wäre allerdings nicht nur die komplexe formale und materiell-reale Rechtslage, sondern auch der Umstand zu beachten, daß das Dokument sachliche Fehler enthält. Verfassung des Landes Thüringen vom 20. Dez. 1946, in: Thüringen-Handbuch, hg. von Bernhard Post und Volker Wahl, Redaktion Dieter Marek, Weimar 1999, S. 329-342; Die demokratische Kreisordnung vom 20. Dez. 1946, in: Handbuch des Thüringer Landtages, Weimar 1948, S. 31-41.

436 In der Vorlage ist der deutsche Ausdruck benutzt worden.

437 In der Vorlage ist der deutsche Ausdruck benutzt worden.

(7.) Die Referenten des Kreisvolksbildungsamtes werden vom Leiter der Kreisvolksbildung[samts] berufen und vom Minister für Volksbildung bestätigt.

(8.) Der technische Apparat wird vom Leiter des Kreisvolksbildungsamtes berufen.

Alle diese Vorschläge wurden im Prinzip auf der Sitzung über die Überprüfung des Ministeriums vorgetragen und stießen auf keinerlei Einwände.

17. In der Planstellenfrage gingen unsere Meinungen mit denen des Ministeriums für Volksbildung auseinander, was vermutlich darauf zurückgeführt werden kann, daß wir die Entwürfe des Ministeriums noch nicht gemeinsam erörtert haben.

18. Das Ministerium schlägt vor, auf der Grundlage der Bevölkerungszahl drei Kategorien einzuführen:

bei einer Bevölkerung von 200.000 Einwohnern – 44 Mitarbeiter,
bei einer Bevölkerung von 150.000 Einwohnern – 35 Mitarbeiter,
bei einer Bevölkerung von 100.000 Einwohnern – 27 Mitarbeiter.

19. Diesem Prinzip ist zuzustimmen, allerdings sollte die Gesamtzahl der Mitarbeiter geringer angesetzt werden:

für die 1. Kategorie – 21 Mitarbeiter,
für die 2. Kategorie – 18 Mitarbeiter,
für die 3. Kategorie – 15 Mitarbeiter.

20. Das Verhältnis zwischen leitendem und technischem Personal sollte 60 : 40 betragen.

21. Dem Kreis sollte die Bezahlung der Lehrer der Achtklassen-Schulen, der Erzieher in den Kindergärten und der Bibliothekare sowie die Berufung dieser Kategorien von Mitarbeitern übertragen werden, die anschließend durch das Ministerium für Volksbildung zu bestätigen sind. Die Personalakten dieser Kategorie von Mitarbeitern sollten ebenfalls an den Kreis übergeben werden.

22. Schlußfolgerung:

Generell wäre es erforderlich, eine Verordnung zu verfassen und diese auf einer Sitzung der Regierung zu bestätigen, sobald alle prinzipiellen Fragen hinsichtlich des unteren Apparats entschieden sind.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen *A. Sawanjuk*

GARF 7317/55/9, Bl. 88-94. Original.

Nr. 68. Anordnung des Chefs der Verwaltung für Polygraphie, Verlagswesen und Buchhandel der SMAD über das Verbot des Buches „Informationskonferenz der Vertreter einiger Kommunistischer Parteien in Polen Ende September 1947". Leipzig, 30. September 1949

Mit Schreiben vom 23. September [19]49, Nr. 118s hat der Verlag für fremdsprachige Literatur mitgeteilt, daß das deutschsprachige Buch „Informationskonferenz der Vertreter einiger kommunistischer Parteien"[438] nicht erscheinen darf.

Die Leiterin des Archivs hat alle Signal- und Kontrollexemplare[439] dieses Buches einzusammeln und beim Zentralen Auslieferungslager abzugeben.

Der Chef der Abteilung für Buchhandel hat das Vorhandensein dieses Buches bei den Buchhandelsorganisationen, bei der Firma Volkmar und in der Druckerei zu überprüfen und Anweisung zur Abgabe aller Exemplare beim Zentralen Auslieferungslager zu erteilen.

Die Bücher sind diagonal zu zerschneiden und als Altpapier zu verwenden.

Für die Vernichtung der gesamten Auflage des Buches setze ich eine Kommission aus folgenden Personen ein: *Oberstleutnant Jurkow*[440] (Vorsitzender), Krywoschein, Bogolepowa.

Ein Protokoll über die Vernichtung der Auflage des Buches ist mir bis zum 10. Oktober [19]49 vorzulegen.

Der Chef der Verwaltung für Polygraphie, Verlagswesen und Buchhandel[441]

GARF 7317/43/17, Bl. 14. Beglaubigte Kopie.

Nr. 69. Aus dem Protokoll der Liquidationskommission der Verwaltung für Polygraphie, Verlagswesen und Buchhandel der SMAD über die Auflösung der Abteilung für deutschsprachige Literatur. 10. Oktober 1949

Dieses Protokoll wurde am 10. Oktober 1949 von der zur Auflösung der Abteilung für deutschsprachige Literatur durch Befehl der Verwaltung für Polygraphie, Verlagswesen und Buchhandel der SMAD Nr. 8 vom 5. September [19]49 eingesetzten Kommission erstellt. Es stellt fest:

1. In Übereinstimmung mit Punkt 3 des Befehls Nr. 21-a vom 20. September [19]49 wurden aus dem Bestand der zum Druck angenommenen Manuskripte der Abteilung den deutschen demokratischen Verlagen folgende Anzahl an Büchern übergeben:

---

438 Das Buch „Informationskonferenz der Vertreter einiger Kommunistischer Parteien in Polen Ende September 1947. Verlag für fremdsprachige Literatur", Moskau 1948, ist in westdeutschen Bibliotheken überliefert. Der Band muß auch in der SBZ ausgeliefert worden sein, denn in der SED-Parteihochschule in Kleinmachnow wurde er bei den Lehrgangsteilnehmern nach der sogenannten Kominform-Resolution gegen die jugoslawischen Kommunisten eingesammelt und erst nach der Entfernung der obsolet gewordenen Beiträge der jugoslawischen Konferenzteilnehmer Edvard Kardelj und Milovan Djilas wieder ausgehändigt. Mündliche Auskunft von Prof. Dr. Hermann Weber, Mannheim.

439 „Signalnye i kontrolnye exemplary", d.i.: Signal- und Kontrollexemplare, sind Fachausdrücke aus dem damaligen sowjetischen Zensurverfahren. Zunächst erhielt die zentrale Zensurbehörde in Moskau vor dem Druck „Signalexemplare" und nach dem Druck „Kontrollexemplare" jedes Buches, erst nach jeweiliger Freigabe durch Moskau durfte mit dem Druck begonnen bzw. die Bücher ausgeliefert werden.

440 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

441 In der Vorlage: „Natschalnik Uprawlenija Poligrafisdata".

Nr.	Verlag	Bücher des Plans für 1949	1950	Nachaufl.	andere Bücher	Insg.
1.	Kultur und Fortschritt	9	4	6	–	19
2.	Dietz	2	10	1	–	13
3.	Aufbau	–	3	2	–	5
4.	Kinderbuchverlag	2	1	4	1	8
5.	Neues Leben	1	–	–	1	2
	Insgesamt	14	18	13	2	47

Nr.	Verlag	Bücher des Plans für 1949	1950	Nach-aufl.	andere Bücher	Insg.
1.	Kultur und Fortschritt	9	4	6	–	19
2.	Dietz	2	10	1	–	13
3.	Aufbau	–	3	2	–	5
4.	Kinderbuchverlag	2	1	4	1	8
5.	Neues Leben	1	–	–	1	2
	Insgesamt	14	18	13	2	47

Eine Liste der übergebenen Bücher ist in Anlage 1 enthalten.

Alle Bücher wurden auf der Grundlage von Verträgen übergeben, in denen sich die deutschen Verlage verpflichtet haben, dem Verlag der SMAD eine Summe von 121.000 Mark zu erstatten, was die tatsächlichen Ausgaben für diese Bücher deckt. Die Originale dieser Verträge wurden der Finanzabteilung der Verwaltung zur Aufbewahrung übergeben.

Die Bücherübergabe erfolgte in Abstimmung mit der Informationsverwaltung der SMAD und dem Verlag Internationales Buch sowie dem Verlagszentrum (Zentralsekretariats der SED).

2. Im Bestand der zum Druck angenommenen Manuskripte der Verwaltung sind sieben Bücher verblieben, die in Übereinstimmung mit den Punkten 1 und 2 des Befehls Nr. 21-a von der Chefredaktion für ausländische Literatur herausgegeben werden. Davon haben fünf Bücher bereits eine Druckgenehmigung erhalten, ein Buch wird gerade überprüft und ein Buch ist noch in der Gestaltungsphase. Die Gesamtauflage dieser Bücher beträgt 250.000 (siehe Anlage 2).

Der Bevollmächtigte der Verwaltung für Sachsen hat einen Plan für das beschleunigte Erscheinen dieser Bücher erstellt.

Außerdem befinden sich im Bestand der zum Druck angenommenen Manuskripte der Verwaltung 25 Notendrucke (alle mit Druckgenehmigung) mit einer Gesamtauflage von 75.000.

3. Im Redaktionsbestand der zum Druck angenommenen Manuskripte verblieb folgende Zahl an Büchern, die nicht an deutsche Verlage übergeben wurden:

Bücher aus dem Plan für 1949 7 Titel,
andere Bücher 2 Titel.
Insgesamt 9 Titel.

Die Verhandlungen zur Übergabe dieser Bücher an deutsche Verlage sind noch im Gange und liegen in der Zuständigkeit der Chefredaktion für ausländische Literatur. Außerdem sind im Redaktionsbestand 20 Notendrucke klassischer Vokalmusik und 16 Notendrucke moderner Musik verblieben (siehe Anlage 3).

Die Kommission hält es für unumgänglich, die Kosten für jene Bücher, die nicht von deutschen Verlagen angenommen werden, als Verluste abzuschreiben.
[...][442]

9. Die Kommission stellt fest, daß die Abteilung für deutsche Literatur im Verlauf der vier Jahre ihres Bestehens einen großen und positiven Beitrag zur Propagierung des Marxismus-Leninismus (Herausgabe des Abrisses der Geschichte der WKP(B) in einer Auflage von 640.000, einer zweibändigen Auswahl von Werken W. I. Lenins in einer Auflage von 200.000, der „Fragen des Leninismus" von I. W. Stalin in einer Auflage von 200.000, einer kurzen Stalin-Biographie in einer Auflage von 200.000 und anderer Bücher) und gute Arbeit bei der Herausgabe von Büchern zur Propagierung der Politik und der Kultur der Sowjetunion, von Werken russischer Klassiker (A. S. Puschkin[443] in einer Auflage von 300.000, I. S. Turgenjew[444] in einer Auflage von 260.000, N. G. Tschernyschewski[445] in einer Auflage von 100.000) und sowjetischer Schriftsteller (M. Gorki[446] in einer Auflage von 800.000, W. Majakowski[447] in einer Auflage von 200.000, A. N. Tolstoi[448] in einer Auflage von 200.000, M. Scholochow[449] in einer Auflage von 150.000, W. Katajew[450] in einer Auflage von 250.000, W. Kawerin[451] in einer Auflage von 200.000, I. Ehrenburg[452] in einer Auflage von 250.000 u.a.) sowie von Kinder- und Jugendliteratur und auch von Musik- und Notenmaterial geleistet hat.

Zum 1. Oktober 1949, innerhalb von vier Jahren, hat der Verlag 309 deutsche Titel mit einer Gesamtauflage von 18.728.000 Exemplaren im Umfang von 3.361 Autorenbögen[453] und 225.889.000 Druckbögen [454] hergestellt. Diese Arbeit stellt einen wesentlichen Beitrag zur Propagierung der Errungenschaften und Erfolge der sowjetischen Politik und Kultur und zur Demokratisierung Deutschlands dar (siehe Anlage 6).

10. Die Liquidationskommission erklärt ihre Arbeit für beendet. Das vorliegende Protokoll wird dem Chef der Verwaltung zur Bestätigung übergeben.

Dem Protokoll liegen bei:
1. Liste der Bücher, die zum 10. Oktober [19]49 vertragsgemäß den deutschen demokratischen Verlagen übergeben wurden.
2. Liste der Bücher, die sich zum 10. Oktober [19]49 in Druck befinden.
3. Liste der deutschsprachigen Bücher, die zum 10. Oktober [19]49 im Redaktionsbestand verbleiben.
4. Liste der deutschsprachigen Bücher, die zum 10. Oktober [19]49 gemäß dem Plan für 1949 produziert worden sind.

---

442 Die Punkte 4 bis 8 mit zahlreichen Details wurden weggelassen.
443 Puschkin, Alexandr Sergejewitsch (1799-1837), Schriftsteller.
444 Turgenjew, Iwan Sergejewitsch (1818-1883), Schriftsteller.
445 Tschernyschewski, Nikolai Gawrilowitsch (1828-1889), Schriftsteller und Ökonom.
446 Gorki, Maxim (1868-1936), Schriftsteller, lebte im Ausland, 1931 Rückkehr in die UdSSR, verkündete 1934 die Doktrin vom „Sozialistischen Realismus".
447 Majakowski, Wladimir Wladimirowitsch (1893-1930), Dichter.
448 Tolstoi, Alexei Nikolajewitsch Graf (1883-1945), 1918-23 in der Berliner Emigration. Die Trilogie „Der Leidensweg" (1920-41) thematisiert Schicksale russischer Intellektueller und mündet in die Anerkennung des Bolschewismus.
449 Scholochow, Michail Alexandrowitsch (1905-1984), Schriftsteller, 1965 Nobelpreis für Literatur.
450 Katajew, Walentin Petrowitsch (1897-1986), Schriftsteller.
451 Kawerin, Wenjamin Alexandrowitsch (1902-1989), Schriftsteller.
452 Ehrenburg, Ilja Grigorjewitsch (1891-1967), Schriftsteller.
453 In der Vorlage: „autorski list".
454 In der Vorlage: „listow-otiskow".

5. Liste der Bücher und anderer Druckerzeugnisse, deren Kosten gemäß Punkt 7 dieses Protokolls einer Abschreibung unterliegen.
6. Eine Zusammenfassung der vom SMAD-Verlag in den Jahren 1945-1949 herausgegebenen deutschsprachigen Literatur.

Der Vorsitzende der Kommission: *Ionow*

Die Mitglieder der Kommission: *Schibkow Ossekin Silberman Pissarew Sokolow*

Anlage 1

Liste der Bücher, die zum 10. Oktober [19]49 vertragsgemäß den deutschen demokratischen Verlagen übergeben wurden.

I. Verlag „Kultur und Fortschritt"

A. Bücher in deutscher Sprache, die sich im Druck befinden:

1. Rjasanzew: Sowjetisches Kirgisien
2. Maximow: Lehrbuch der Pflanzenphysiologie
3. Lyssenko[455]: Agrobiologie

B. Manuskripte in deutscher Sprache:

1. Pospelow: Geschichte der russischen Literatur
2. Sertschaninow: Geschichte der russischen Literatur
3. Popowski: Die schöpferische Kunst
4. Majakowski: An die Kinder
5. Safonow: Die Erde blüht
6. Panowa: Kruschilicha

C. Übersetzungen von Büchern, die bereits im SMAD-Verlag erschienen sind:

1. Tolstoi: Nikitas Kindheit
2. Tschakowski: Es geschah in Leningrad
3. Tolstoi A.: Russische Märchen
4. Märchen der Völker der Sowjetunion
5. Schwarz: Drei Märchen
6. Katajew: Es blinkt ein einsam Segel

D. Bücher und Manuskripte in russischer Sprache:

1. Abrosin: Handbuch des Agitators, 1949
2. Kowal: Der Kampf gegen die Dürre, 2. Auflage
3. Oschegow: Wörterbuch der russischen Sprache, 1949
4. Pjalk: Sowjetisches Estland (Manuskript und beiliegende Fotographien)

455 Lyssenko, Trofim Denissowitsch (1898-1976), Botaniker und Agrarbiologe, 1940-65 Direktor des Instituts für Genetik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. L. entwickelte eine Vererbungslehre, nach der die Entstehung neuer Erbeigenschaften nur durch Umwelteinflüsse gelenkt werden könne; 1948-64 der „Papst" der sowjetischen Biologie. Zur zurückhaltenden Rezeption seiner Pseudo-Theorien in der SBZ/DDR vgl. auch Scherstjanoi, Elke: Zur „Sowjetisierung" in Agrarwissenschaft und Agrarwirtschaft der DDR, in: Jahr-Buch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003/II, S. 168-174.

II. Dietz-Verlag

A. Manuskripte von Übersetzungen ins Deutsche:

1. Mate Salka: Doberdo
2. Dubkowezki: Auf dem Weg zum Glück
3. Malzew: Von ganzem Herzen

B. Bücher in deutscher Sprache, die bereits im SMAD-Verlag erschienen sind:

1. Katajew: Vorwärts, Zeit!

C. Texte in deutscher und Bücher in russischer Sprache:

1. Stalin: Über drei Besonderheiten der Roten Armee
2. Wyschinski: Gerichtsreden (vorläufiger Titel)
3. Aschajew: Fern von Moskau
4. O. Forsch: Radischtschew (vorläufiger Titel)

D. Bücher, die vom Dietz-Verlag ohne Vertrag übernommen werden:

1. Lenin: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nation
2. Lenin: Ob die Bolschewiki die staatliche Macht behalten werden
3. Lenin: Tagesaufgaben der Sowjetmacht
4. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der WKP(B)
5. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der WKP(B)

III. Aufbau-Verlag

A. Bücher, die bereits im SMAD-Verlag erschienen sind:

1. Tschernyschewski: Was tun?
2. Krylow: Fabeln

B. Bücher in russischer Sprache:

1. Korolenko: Ausgewählte Werke
2. Kuprin: Ausgewählte Werke
3. Blagoi: A. S. Puschkin

IV. Kinderbuchverlag

A. Manuskripte von Übersetzungen:

1. Marschak: Mister Twister
2. Chalturin: Der Hitzevogel
3. Gajdar: Die Schule und andere Erzählungen

B. Übersetzungen von Büchern, die bereits im SMAD-Verlag erschienen sind:

1. Beljajew: Der zehnte Planet
2. Jefremow: Die Schatten der Vergangenheit
3. Lagin: Zauberer Hottab
4. Tschaplina: Vierbeinige Freunde

C. Bücher in russischer Sprache:

1. Saparin: Eine wundersame Reise

V. Verlag Neues Leben

A. Manuskripte von Übersetzungen:

1. Ignatow: Das Leben eines einfachen Menschen
2. Prjanischnikow: Die Welt, in der wir leben

Anlage 3[456]

Liste der deutschsprachigen Bücher, die zum 10. Oktober [19]49 im Redaktionsbestand verbleiben.

I. Aus dem Plan für das Jahr 1949

1. Prjanischnikow: Der Stickstoff im Leben der Pflanzen
2. Herzen: Wer schuld ist
3. Michalkow: Fabeln
4. Kudrjawzew: Lomonossow
5. Majakowski: Was ist gut
6. Schidkow: Was ich sehe
7. Ljapin: Sozialistische Arbeitsorganisation in der UdSSR

II. Aus den Reserven

1. Michajlow: Vor der Karte der Heimat
2. Kassil: Der Torhüter der Republik

III. Musikliteratur

1. Serie: Klassische Vokalmusik – 20 Stücke
2. Serie: Zeitgenössische Vokalmusik – 16 Stücke

Anlage 4

Liste der deutschsprachigen Bücher, die zum 10. Oktober [19]49 gemäß dem Plan für 1949 produziert worden sind (ohne Berücksichtigung des Plans des Verlages für fremdsprachige Literatur[457])

I. Politische Literatur und Literatur über die Sowjetunion

fortl. Nr.	Autor	Titel	Umfang (Druck-bögen[458])	Auflage (Tausend)	Fahnen-bögen (Tausend)
1.	Lenin	Über Kooperation	0,75	20	15
2.	Lenin	Über den Nationalstolz der Großrussen[459]	0,5	30	15
3.	Stalin	Zu Fragen des Leninismus	4,25	50	212,5
4.	Stalin	Rede auf der All-Unionsversammlung der Stachanow-Arbeiter am 17. November	1,25	30	37,5

456 Anlage 2, die sich auf Blatt 46-47 des Dokuments befindet, wird hier weggelassen.

457 In der Vorlage: „Inoisdat".

458 Ein Druckbogen wird nach russischer Norm mit 23 russischen Schreibmaschinenseiten, d. i. 58-62 Anschläge x 30 Zeilen, gerechnet.

459 In der Vorlage: „welikorossy", d. i.: seit Mitte des 19. Jahrhunderts Bezeichnung für ethnische Russen vor allem des europäischen Teils des Russischen Imperiums.

5.	Stalin	Die Verfassung der UdSSR	3,5	20	70
6.	Stalin	Geschichte der WKP(B). Kurz-fassung (2. Auflage)	31,25	50	1562,5
7.	Stalin	Geschichte der WKP(B). Kurz-fassung (3. Auflage)	31,25	50	1.562,5
8.	Odud	Die Moldauische SSR	4,5	20	90
9.	Fisch	38-tausendmal Weizen	4,37	100	437
10.	Gorelik	Detroit-Moskau	1,37	100	137
11.	Gorelik	Menschen und Automobile	8,5	50	425
12.	Gorelik	Kriegsgefangene in der UdSSR	13,25	30	397,5
13.	Gorelik	Kriegsgefangene in der UdSSR (2. Auflage)	13,25	20	265
14.	Weber	Geschichte des Ideendiebstahls[460]	8,5	30	255
15.	Jegolin	Die sowjetische Literatur	2,75	30	82
16.	Tschetschetkina	Indien ohne Wunder	15,5	30	465
			144,74	660	6.028,5

II. Belletristik

fortl. Nr.	Autor	Titel	Umfang (Druck-bögen)	Auflage (Tausend)	Fahnen-bögen (Tausend)
17.	Korolenko	Der Augenblick	1,75	100	175
18.	Altajew	Ein Leben für die Musik	15,75	50	787
19.	Bogdanow	Der Frosch mit den gläsernen Augen	0,625	100	62,5
20.	Mate Salka	Der kleine Trommler	2,25	100	225
21.	Kuprin	Der Elefant	2,75	100	275
22.	Lukaschewitsch	Vergangenen Sommer	1,5	100	150
23.	Paustowski	Wintergeschichte	1	100	100
24.	Erberg	Der Komödiant Nowrus	1	100	100
25.	Majakowski	Aus voller Kehle	11,5	50	575
26.	Katajew	Es blinkt ein einsam Segel (2. Auflage) (100 – 130.000)	24	30	720
27.	Koptjajewa	Direktor Anna	34	30	1.020
28.	Gulija	Der Ort des Blutes	2,5	50	125
29.	Krymow	Die Ingenieurin	11	30	330
			109,625	940	4.644,5

III. Kinder- und Jugendliteratur

fortl. Nr.	Autor	Titel	Umfang (Druck-bögen)	Auflage (Tausend)	Fahnen-bögen (Tausend)
30.	-	Aus der Welt der großen Entdeckungen	10,5	50	525
31.	Iljin	Wovon die Dinge erzählen (100.000 – 130.000)	22,62	30	678,6
32.	Prischwin	Die Vorratskammer der Sonne	12,75	50	637,5
33.	Samml. Tolstois	Russische Volksmärchen (100.000 – 150.000)	21,5	50	1.075
34.	-	Wahre Freunde	5,5	50	275

460 In der Vorlage: „Istorija pochischtschennoi idei".

35.	Tschechow	Die kleine Kastanie	4,5	50	225
36.	Rakowskaja	Unsere Haustiere	6,75	50	360
37.	Schwarz	Drei Märchen (3. Auflage)	3	15	45
38.	Jefremow	Die Schatten der Vergangenheit (3. Auflage)	5	20	100
39.	Beljajew	Der zehnte Planet (3. Auflage)	8,5	15	127,5
			100,62	380	4.048,6

IV. Musikliteratur

fortl. Nr.	Autor	Titel	Umfang (Druckbögen)	Auflage (Tausend)	Fahnenbögen (Tausend)
40.	Akulenko	Heimat	0,5	3	1,5
41.	Aljabjew	Die Nachtigall	0,5	3	1,5
42.	Ananjew	Zwischen steilen Ufern	0,5	3	1,5
43.	Bulachow	Troika	0,5	3	3
44.	Warlamow	Die rote Schürze	0,75	3	2,25
45.	Warlamow	Das Segel	0,5	3	1,5
46.	Wilboa	Die Seeleute	1,25	3	3,75
47.	Worotnikow	Und Wanjuscha ging spazieren	0,5	3	1,5
48.	Glinka	Der Zweifel	0,75	3	2,2
49.	Glinka	Denk' ich an jenen Augenblick	1	3	3
50.	Glinka	Versuche mich nicht ohne Grund	1	3	3
51.	Gurilew	Was weißt du, Welt	0,75	3	2,2
52.	Gurilew	Die Schürze	0,5	3	1,5
53.	Gurilew	Das Glöckchen	0,5	3	1,5
54.	Dargomyschski	Wanja-Tanja	0,75	3	2,25
55.	Dargomyschski	Bin schwermütig	0,75	3	2,25
56.	Jedlitschka	Es kamen aufs Feld die Schnitter	0,5	3	1,5
57.	Saremba	Verwundert schau' ich zum Himmel	0,5	3	1,5
58.	Kalinnikow	Auf einem alten Grabhügel	0,75	3	2,25
59.	Karatygin	Leb' wohl, Freude	0,5	3	1,5
60.	Kjui	Lieber Schwager	1,25	3	3,75
61.	Mussorgski	Das Lied Warlaams	1,25	3	3,75
62.	Rubinstein	Romanze eines Dämons	0,75	3	2,25
63.	Rubinstein	Persisches Lied	0,75	3	2,2
64.	Rimski-Korsakow	Nicht Wind weht von der Höhe	0,75	3	2,2
65.	Rimski-Korsakow	Lied des Warägergasts	0,75	3	2,2
66.	Rimski-Korsakow	Lied des Gasts aus Indien	0,75	3	2,2
67.	Tanjejew	Schlägt ruhelos ein Herz	1,5	3	4,5
68.	Tschaikowski	Lied Tomskis	0,75	3	2,2
69.	Tschaikowski	Duett von Lisa und Paulina	0,75	3	2,2
70.	Tschaikowski	Florentinisches Lied	1	3	3
71.	Tschaikowski	Gesegnet seid ihr, Wälder	1	3	3
72.	Tschaikowski	In einem Ballsaal, quirlig laut	0,75	3	2,2
73.	Jakowlew	Winterabend	1	3	3
			26,25	102	79,8
		Insgesamt:	381,235	2082	14.801,4

GARF 7317/43/25, Bl. 38-52. Original.

Russische Texte des I. Abschnittes wurden von Jens Rosch übersetzt.

II. Abschnitt: Bildung und Wissenschaft

Nr. 70. Bericht des Chefs der Unterabteilung Arbeit unter der Bevölkerung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Major Matwejew über deutsche Schulen. 21. August 1945

Geheim

Bericht über die Tätigkeit der Unterabteilung *für Arbeit unter der Bevölkerung*[1]

I. Über die Arbeit der deutschen Schulen

1. Alle bestehenden Lehranstalten in Sachsen wurden durch uns entweder geschlossen oder der Schulbetrieb wurde bis auf weiteres eingestellt.

2. Die gesamte Lehrerschaft wird durch die deutsche Provinzialverwaltung Sachsens[2], die Lehrergewerkschaft und die Organe der örtlichen Selbstverwaltung überprüft. Zur Arbeit in den Schulen werden vor allem jene Lehrer zugelassen, die nicht Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, deren Gliederungen oder sonstiger reaktionärer Verbände waren. Nach vorläufigen Informationen handelt es sich höchstens um 5 bis 10% der Gesamtzahl der Lehrer. Deshalb werden auch jene Lehrer erfaßt, die lediglich nominelle Mitglieder der faschistischen Partei oder deren Gliederungen waren. In jedem Einzelfall müssen Beweise für ihre antifaschistische Einstellung erbracht werden. Die Frage über ihre Zulassung zum Schulunterricht bleibt vorerst offen.

3. *Am 23. August werden die sechsmonatigen Kurse zur Ausbildung neuer Lehrkader ihre Arbeit beginnen. Aufgenommen wurden 50 Hörer aus den Reihen der überprüften Antifaschisten.*[3] Mit den Lehrern, den Mitarbeitern der Abteilung Schulen der Provinzialverwaltung sowie den Mitarbeitern des Stadtmagistrats von Dresden wurden drei *Beratungen durchgeführt, in denen wir Anweisungen zum Inhalt schulischer Arbeit* gegeben und Programme bzw. Referate zu politisch-erzieherischen und historischen Fragen durchgenommen haben. Die Themenauswahl für Vorlesungen zu politischen Fragen und ihre schriftlichen Vorlagen werden von uns sorgfältig kontrolliert bzw. rezensiert.

4. *Unter unserer Kontrolle wird ein Vortrags- und Seminarplan zur Umschulung von früheren Lehrern erarbeitet, die zur Arbeit an den Schulen zugelassen werden. Mit Vorträgen treten hier Matern*[4]*, Weidauer*[5] und andere Führer der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei auf. *Unsere Beteiligung an einigen Vorträgen* ist ebenfalls geplant.

5. Nach der Auswertung der Ergebnisse in den ersten Wochen der erwähnten sechsmonatigen Kurse werden weitere Kurse zur Ausbildung von Lehrern in Dresden, Leipzig, Chemnitz und anderen Städten organisiert.

---

1 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

2 In der Vorlage wird das Land Sachsen unspezifisch als „Provinz" bezeichnet, so auch als „Provinz Land Sachsen".

3 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

4 Matern, Hermann (1893-1971), 1911 SPD, 1919 KPD, 1928-29 Leninschule in Moskau, 1934-45 Exil (ab 1941 in der UdSSR), 1945-46 Vorsitzender der KPD-Bezirksleitung Sachsen, 1946-48 SED-Landesvorsitzender Berlin, 1946-71 Mitglied des Zentralsekretariats bzw. des Politbüros der SED.

5 Weidauer, Walter (1899-1986), 1919 USPD, 1922 KPD, 1935-41 im Exil, danach bis 1945 Haft in Deutschland aus politischen Gründen; 1945 Erster Bürgermeister und 1946-58 Oberbürgermeister von Dresden, 1958-61 Vorsitzender des Rates des Bezirks Dresden.

6. Gemäß unseren Anweisungen erarbeitet die Abteilung Schulen der Provinzialverwaltung Lehrpläne für die Schulen und bereitet Lehrbuchentwürfe für die Grundschulen vor. Die Entwürfe werden uns zur Begutachtung vorgelegt.

II. Kultur- und Aufklärungsarbeit

Im zurückliegenden Zeitraum wurde durch uns der Zustand der Kultur- und Aufklärungsarbeit in folgenden Städten kontrolliert: Dresden, Freiberg, Bautzen, Zittau, Pirna, Flöha, Annaberg, Schwarzenberg und Stollberg.

Bei der Überprüfung wurde eine extreme Vielfalt künstlerischer Programme in verschiedenen Varietés festgestellt. *Ebenso wurden in vielen Lichtspielhäusern nicht zugelassene Filme gezeigt.* Aus diesem Grund haben wir Anweisung erteilt, daß alle Stücke und Darbietungen, die in der ganzen Provinz vorgeführt werden sollen, von uns genehmigt werden müssen. *Die Filme sind erst nach Erhalt unserer Zulassung vorzuführen. In der Provinz Land Sachsen gibt es mindestens 460 Lichtspielhäuser. In der Zeit vom 20. Juli bis 20. August wurden von uns 80 deutsche Filme begutachtet, 61 davon dürfen nun der deutschen Bevölkerung gezeigt werden, 19 Filme wurden verboten. Außerdem stehen zehn russische Filme zur Verfügung, die der deutschen Bevölkerung ebenfalls vorgeführt werden:*

1. Tscherewitschki
2. Wolga-Wolga
3. Die Krim-Konferenz
4. Silva
5. Um 6 Uhr abends nach dem Krieg
6. Lenin im Oktober
7. Einmarsch sowjetischer Truppen in Berlin
8. Iwan der Schreckliche
9. Die Mai-Parade in Moskau
10. Die Befreiung Wiens

Die letzten vier Filme sind synchronisiert. Für die Eintrittskarten gelten folgende Preise:
1 Mark 20 Pfennige
1 Mark
80 Pfennige
60 Pfennige
Jeder Film läuft in den Lichtspielhäusern eine Woche lang.

Es ist anzumerken, daß die Berliner Vertretung der Gesellschaft „Sojusintorgkino" schon vor einiger Zeit eine Liste zugelassener Filme in der Provinz verteilt hat. Es ist jedoch nicht bekannt, wer diese Filme genehmigt hat. Stichproben haben gezeigt, daß die Kontrolle nicht sorgfältig ausgeübt wurde und verbotene Filme wie z.B. „Münchhausen" und „Opfergang" gezeigt wurden. Um in die Genehmigungsverfahren Ordnung zu bringen, wurde nach unserem Vorschlag in der Propaganda-Abteilung ein spezielles Büro geschaffen, *das für die Vorauswahl von Filmen verantwortlich ist.* Dieses Büro gibt Gutachten *zum Inhalt von Filmen ab und trägt die noch nicht kontrollierten Filme zusammen.*

Unter Berücksichtigung dessen, daß es sehr viele Varieté-Programme gibt, hat die Propaganda-Abteilung gemäß unserem Vorschlag Bevollmächtigte zur Vorabnahme und zur Empfehlung von Darbietungen ernannt.[6]

6 Der Absatz ist in der Vorlage durch Randanstreichung hervorgehoben, die zusätzlich unterstrichene Passage ist handschriftlich unterstrichen.

Bisher haben wir *25 Varieté-Programme mit insgesamt über 400 Nummern begutachtet und zur Vorführung freigegeben.*

In bezug auf Theaterstücke haben wir Anweisung erteilt, Beschreibungen ihres Inhalts vorzulegen. Allgemein bekannte Stücke wie „Fledermaus", „Silva", „Figaros Hochzeit" und andere sind von uns *unter dem Vorbehalt späterer Überprüfung genehmigt* worden.

III. Agitationsarbeit unter der deutschen Bevölkerung

1. Bisher *war im Süd-West-Kreis*[7] *eine Tonübertragungsstation in Betrieb. Hauptthema der Sendungen war die Bekanntmachung des Befehls von Marschall Schukow zum Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens*[8]*. Es gab 80 Sendungen in den Städten Flöha, Thurm, Annaberg sowie in den nahe gelegenen Ortschaften.*

2. Für unsere Provinz wurden *200.000 Exemplare der Zeitung „Tägliche Rundschau"*[9] *zur Verfügung gestellt. Die Zeitungsexemplare werden an alle Kreiskommandanturen verteilt. Die Zeitungen werden per Flugzeug zugestellt. Überprüfungen haben gezeigt, daß die Zustellung nicht überall regelmäßig erfolgt.*

3. Für die deutsche Bevölkerung haben wir 210.000 Exemplare der Beschlüsse der Berliner Konferenz[10] *gedruckt, davon 10.000 in Plakatform. An alle Kommandanturen sind Parolen für die deutsche Bevölkerung geschickt worden. In allen Ortschaften wurden sämtliche Spruchbänder entfernt, die der gegenwärtigen politischen Situation nicht entsprechen.*

4. Die zwölf Kreiskommandanturen haben Anweisungen zur Durchführung der politischen Arbeit unter der Bevölkerung erhalten.

5. In acht Großstädte wurden speziell für die Arbeit unter der Bevölkerung zuständige Mitarbeiter entsandt.

Der Chef der Abteilung Major *Matwejew*

GARF 7212/1/53, Bl. 8-10. Original.

7 In der Vorlage: „raion".

8 Vgl. SMAD-Befehl Nr. 9 vom 21. Juli 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland 1968, S. 72-75, dort mit dem Datum vom 21. Juni 1945 veröffentlicht. Laut der im GARF archivierten Befehlsurschrift ist der Befehl am 21. Juli 1945 herausgegeben worden (in: GARF 7317/8/1, Bl. 18-21).

9 Die „Tägliche Rundschau" erschien von 1945 bis 1955 in Berlin unter Leitung sowjetischer Offiziere als deutschsprachige Tageszeitung der Besatzungsmacht.

10 Die „Berliner Konferenz" ist die sogenannte Potsdamer Konferenz der Staatschefs der USA, der UdSSR und Großbritanniens vom 17. Juli bis zum 2. Aug. 1945.

Nr. 71. Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen-Anhalt Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow und den Chef der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen-Anhalt Generalleutnant Kusnezow[11] über die politische Stimmung unter der Intelligenz[12]. 12. April 1946

Geheim

Über die politische Stimmung unter der Intelligenz

Die deutsche Intelligenz hat nach der militärischen Niederlage Deutschlands und dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes noch nicht wieder richtig zu sich gefunden. Charakteristisch für die Einstellung eines großen Teils der Intelligenz sind Verschlossenheit, Vorsicht, abwartende Politik und Skepsis in Hinsicht auf alle Neuerungen sowie eine negative Haltung gegenüber der Besatzungsmacht.

Die Referentin für Kulturfragen bei der Kreisverwaltung Merseburg, Frau Wedingen, die enge Kontakte zu verschiedenen Vertretern der Intelligenz hat, schildert es so:

„In der Intelligenz ist die Meinung verbreitet, daß das Streben des demokratischen Teils der Intelligenz nach voller Meinungs- und Handlungsfreiheit solange nicht realisierbar ist, bis sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nicht endgültig stabilisiert haben. Eine Stabilisierung ist in ihren Vorstellungen mit der Beendigung des Besatzungsregimes verbunden. Diese Kreise wollen keine positiven Ergebnisse der Arbeit der Besatzungsmacht merken und nehmen lediglich ihren Druck und ihre Gewalt wahr. Der große Teil der Intelligenz geht der Besatzungsmacht aus dem Weg und verhält sich ihr gegenüber ablehnend, obwohl alle zugeben müssen, daß die Beziehungen zu der Besatzungsmacht in der sowjetischen Besatzungszone besser sind als in den westlichen Zonen. Sehr schädlich wirkt sich die Disziplinlosigkeit einzelner russischer Armeeangehöriger aus, die die öffentliche Sicherheit gefährden."

Der verantwortliche Mitarbeiter der Kulturabteilung in der Provinzialverwaltung, Dr. Träger, äußert sich so:

„Lehrer, Ärzte, Kulturschaffende und Professoren sind verunsichert, weil sie noch immer von Nachwirkungen der zwölfjährigen geistigen Unterdrückung beherrscht sind. Es ist schwierig für sie, die bekannten Vorurteile über die kulturpolitischen Ideen aus Rußland abzulegen. Sogar diejenigen, die stark links orientiert sind, haben psychologische Vorurteile gegenüber Russen, vor allem gegenüber russischen Soldaten. Die Ursache hierfür sind vor allem die Gewaltexzesse gegenüber Frauen."

Die deutsche Intelligenz hat große Angst vor der Möglichkeit eines neuen Krieges. Diese Angst hat im Zusammenhang mit der Rede Churchills[13] noch zugenommen. Wir zitieren einige Aussagen zu diesem Thema:

---

11 Kusnezow, Generalleutnant, Chef der SMA der Provinz Sachsen-Anhalt, Kommandeur der 3. Stoßarmee.

12 Aus arbeitstechnischen Gründen wird der ideologisch belastete Ausdruck Intelligenz beibehalten. Im wesentlichen handelt es sich um Funktionseliten, die im marxistisch-leninistischen Kontext als eine besondere Schicht betrachtet wurden.

13 Am 5. März 1946 sprach der frühere britische Ministerpräsident Winston Churchill in einem Vortrag in Fulton/Missouri von einem „Eisernen Vorhang" von Stettin bis Triest, der Europa politisch und kulturell in zwei Teile zerreiße. Noch im März 1946 veröffentlichte die Moskauer „Prawda" ein Stalin-Interview, in dem Churchill als Kriegstreiber bezeichnet wurde.

Dr. Rinklom aus Eisleben:

„Das Wortduell zwischen Churchill und Stalin zwingt die deutsche Intelligenz zur Vorsicht. Die Beleidigungen, die Churchill zugefügt wurden [sic!], haben die Gefahr eines Krieges erhöht."

Der stellvertretende Leiter der Landwirtschaftsabteilung des Kreises Merseburg, Dr. Kraba:

„Der Krieg zwischen England und der UdSSR wird schon bald beginnen. Die Rede von Churchill ist dabei aber nicht entscheidend, denn die Frage über den bevorstehenden Krieg wurde schon früher entschieden. Wir Deutschen befinden uns in einer tragischen Lage, weil wir nicht wissen, welcher Seite wir uns anschließen sollen. Wenn die Russen anständig wären, könnte man ihnen ohne Bedenken folgen. Aber einen guten Eindruck machen nur einzelne Russen, die breite Masse ist furchtbar."

Dr. Bach, Ingenieur und Journalist, Vorsitzender des Kulturbundes im Kreis Dessau, Mitglied der KPD:

„Ich glaube, daß ein neuer Krieg unvermeidbar ist und schon bald, ungefähr in einem Jahr, ausbrechen wird. Churchill überbot Hitler und will der Sowjetunion einen neuen Krieg aufzwingen. Nicht wenige Deutsche werden den Engländern folgen, aber viele Deutsche werden auch für die Russen sein."

Journalist Kästner, verantwortlicher Sekretär des Kulturbundes in der Provinz Sachsen, Mitglied der KPD:

„In meinen Gesprächen mit Wissenschaftlern, Pädagogen und Kulturschaffenden wurde immer wieder die Meinung geäußert, daß die Rede von Churchill eine Gefahr für den Frieden darstellt. Oft wird darüber gesprochen, daß die westlichen Staaten einen Konflikt mit der Sowjetunion heraufbeschwören wollen und dabei große Hoffnungen auf die Atombombe setzen. Die Mehrheit rechnet mit dem Krieg im Frühjahr, weil die Gegner Rußlands sich beeilen werden, denn wenn sich die Dinge länger hinziehen, wird die Sowjetunion selbst hinter das Geheimnis der Atombombe kommen. Die Reduzierung der Versorgungsnormen in den westlichen Besatzungszonen wird ebenfalls auf Kriegsvorbereitungen zurückgeführt. Beunruhigend ist, daß die deutschen Kriegsgefangenen in den westlichen Besatzungszonen in ihren Truppenteilen formiert bleiben. Es gibt Gerüchte, daß viele Männer aus den westlichen Zonen in die russische Zone fliehen, weil sie befürchten, zum Militärdienst eingezogen zu werden.

Nur in seltenen Fällen bekommt man eine klare politische Position gegenüber der UdSSR oder den westlichen Staaten zu hören. Das negative Verhältnis der Deutschen zur Provokation von Churchill ist vor allem durch die Angst der Deutschen um ihr eigenes Leben zu erklären, weil der bevorstehende Konflikt auf deutschem Territorium ausgetragen werden könnte."

Der leitende Mitarbeiter der Kulturabteilung der Provinzialverwaltung, Dr. Träger:

„Überall herrscht große Aufregung wegen des vermeintlich bevorstehenden, fürchterlichen Krieges zwischen den Alliierten. Ein befreundeter Arzt sagte mir gestern: „Wenn die internationalen Angelegenheiten sich weiter so entwickeln, wird unser Land in wenigen Wochen zum Schlachtfeld zwischen Rußland und England. Nicht umsonst gehen die Gerüchte um, daß die Bewachung der Grenzen auf beiden Seiten unheimlich streng sei."

Rückert, Theaterregisseur in Halle:

„Ich verstehe nicht, warum die Russen wollen, daß wir angesichts eines neuen Krieges, der auf unserem Territorium auszubrechen droht, völlig ungeschützt bleiben. Sie sprengen alle unsere Bunker, so daß wir im Fall von Luftangriffen alle umkommen werden."

Große Beunruhigung unter den deutschen Intellektuellen lösen die zur Zeit laufenden Demontagen aus. Wir zitieren einige typische Meinungen zu dieser Frage:

W., Student der medizinischen Fakultät der Universität Halle, 23 Jahre alt, parteilos:

„Eines kann man nicht verstehen – warum in unserer Zone so viele Betriebe demontiert werden, wie z. B. Zuckerfabriken u. ä. Andererseits werden Befehle herausgegeben, mehr Zuckerrüben anzubauen. Aber wie sollen die denn verarbeitet werden, wenn es keine Fabriken mehr gibt?"

B., Student der medizinischen Fakultät der Universität Halle, 20 Jahre alt, parteilos:
„Offenbar wollen die Russen bei uns alle Fabriken demontieren. Aber was werden sie damit erreichen? Die Arbeitslosigkeit wird steigen, und das wird die Verbreitung der kommunistischen Ideen in Deutschland keinesfalls begünstigen".
Ingenieur J.: „Die Demontage von Fabriken führt zu Massenarbeitslosigkeit und Armut. Als die Rote Armee zu uns kam, hofften wir auf ein neues Leben. Worauf sollen wir jetzt hoffen?"
Studiendirektor H., Mitglied der SPD:
„Die Demontage wird eine gewaltige Arbeitslosigkeit zur Folge haben, was die Anzahl der Steuerzahler erheblich senken wird. Die ganze Steuerlast wird auf wenige Arbeitende geladen. Die Steuern werden so steigen, daß die Arbeiter fast gar nichts mehr bekommen und jede Lust an der Arbeit verlieren werden."
Studienrat G., Mitglied der SPD:
„Alles wird dafür getan, um das deutsche Volk arm zu machen. Was früher durch niedrige Versorgungsnormen, Verbot der Auszahlungen von den Sparkonten und anderem nicht erreicht werden konnte, wird nun durch eine willkürlich herbeigeführte Arbeitslosigkeit erreicht."
Poppe, Bibliotheksbesitzer, Mitglied der LDP:
„Alle denkenden Deutschen, auch diejenigen, die aufrichtige Sympathien für Rußland hegen, werden mit einem schmerzhaften Widerspruch konfrontiert: Die Presse berichtete in der letzten Zeit über ein großes und ernsthaftes wirtschaftliches Wachstum, nun sind gerade die Betriebe, in denen das größte Wachstum zu verzeichnen war, für die Demontage vorgesehen."
Techniker des Konstruktionsbüros der chemischen Fabrik Koneven:
„Wem nützt meine Arbeit? Fabriken und Betriebe werden demontiert und nach Rußland gebracht. Nun werde ich Holzspaten konstruieren."
Frau Hollander, Aktivistin der SPD, Kreis Merseburg:
„Die Demontage der Betriebe löst im Kreis sowohl unter den Arbeitern als auch in Intelligenzkreisen Depressionen aus. Zudem gehen im Kreis Gerüchte um, daß die Amerikaner in ihrer Zone keine Demontagen betreiben. Es verbreitet sich die Angst, daß die Wirtschaft in Rückständigkeit versinken wird und sich die Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen ausbreiten könnte."

Die gewaltige, vielseitige Arbeit der SMA-Organe, die Arbeit der demokratischen Parteien, vor allem der KPD und der SPD, die Arbeit der Presse usw. üben eine positive Wirkung auf den Stimmungswandel der deutschen Intelligenz aus. Davon zeugt eine ganze Reihe von Äußerungen, die uns zur Verfügung stehen. Wir zitieren einen Teil von ihnen:

Lehrer Wolfgang (Bezirk Querfurt):
„Westlichen Reaktionären wird es kaum gelingen, den internationalen Frieden zu zerstören. Zum einen gibt es hierfür keine wirtschaftlichen Voraussetzungen, zum anderen hält die Mehrheit der Weltbevölkerung am Frieden fest. Die Rede von Churchill ist als ein Zeichen der Schwäche des englischen Imperiums gegenüber dem demokratischen Europa und der UdSSR zu werten. Churchill hat Angst vor der wachsenden Macht Rußlands."
Angestellter Fritz Hegel (Stadt Zeitz):
„Nach der Zerschlagung des Faschismus war der Ton von Churchills Rede in Fulton eine Überraschung. Nach dem fürchterlichen zweiten Weltkrieg, der über ganz Europa so viel Unglück gebracht hat, muß die Rede von Churchill im Herzen jedes anständigen Menschen große Empörung auslösen. Gleichzeitig empfindet jeder anständige Mensch, der die Antwort Stalins gehört hat, Befriedigung. Es wäre kein Fehler, Churchill als Kriegsverbrecher zu bezeichnen und ihn zusammen mit seinen Freunden auf die Anklagebank zu bringen."

S., Student der theologischen Fakultät der Universität Halle, 23 Jahre alt:
„Früher habe ich nicht an die Ernsthaftigkeit der Friedensbemühungen Sowjetrußlands geglaubt. Aber nachdem die Sowjetunion sogar ihre Truppen aus Prag abgezogen hat, müßte der ganzen Welt klar werden, daß Rußland sich tatsächlich um den Frieden bemüht."
Dr. Negan, CDU-Vorsitzender in Burg:
„Die Politik Churchills ist bekannt, es ist eine imperialistische Politik. Generalissimus Stalin hat Recht, wenn er davon spricht, daß Churchill rassistische Theorien verbreitet. Wohin eine solche Theorie führt, wissen wir Deutschen allzu gut. Rußland steht uns näher als England. Churchill spricht von dem „eisernen Vorhang". Wir, CDU-Mitglieder, befinden uns hinter diesem „Vorhang", verspüren aber keinerlei Druck. Wir können frei unserer Arbeit nachgehen und unsere Versammlungen abhalten."
Jurist Kutert (Stendal):
„Churchill war ein aktiver Teilnehmer des ersten Weltkrieges, hatte nicht den kleinsten Anteil am zweiten und nun spricht er vom dritten Weltkrieg. Der nächste, der auf die Anklagebank von Nürnberg gehört, ist Churchill."
Parteilose Lehrerin Erna Schilling (Bezirk Merseburg):
„Churchill will einen neuen Krieg anzetteln. Dieser Krieg wird noch grausamer sein als alle früheren Kriege. Doch das russische Volk wünscht sich kein neues Blutvergießen und keine neuen Opfer. Das ist ein friedliebendes Volk mit einer offenherzigen Seele. Der Fehler Hitlers bestand darin, die Sowjetunion anzugreifen. Das deutsche und das russische Volk können zusammen unschlagbar sein."
Medizinstudent D., 22 Jahre alt, parteilos:
„Daß die Russen die Demontage so schnell vorantreiben, hat auch eine positive Seite. Je schneller die Demontage abgeschlossen wird, um so schneller werden wir sehen, was uns bleibt und wie wir unsere wirtschaftlichen Berechnungen und Zukunftspläne aufstellen können."

Zur Lage an der Universität Halle

Die Anzahl der Studenten an der Universität beträgt etwa 800. Ihrer sozialen Herkunft nach stammen die meisten aus dem bürgerlichen Milieu: Sie wuchsen während der faschistischen Herrschaft auf und sind im Geiste der nazistischen Ideologie erzogen worden.

Ihrer politischen Weltanschauung und ihrem Verhältnis zum Aufbau eines neuen Deutschlands nach kann man die Studentenschaft der Universität Halle in vier Gruppen einteilen:

Die erste Gruppe umfaßt etwa 10 bis 15% der Studierenden. Das ist der beste Teil der Studentenschaft: Aktivisten, die für eine Demokratisierung der Universität kämpfen. Eine führende Rolle in dieser Gruppe spielen die Mitglieder der KPD und der SPD.

Die zweite Gruppe ist die zahlreichste und umfaßt ca. 50% der Studenten. Ihr gehören Personen an, die sich trotz ihrer Verwurzelung in der Vergangenheit aufrichtig bemühen, die ideologische Last des Nazismus abzuwerfen und am Aufbau eines demokratischen Deutschlands teilzunehmen.

Die dritte Gruppe umfaßt etwa 25% der Studentenschaft. Das sind Personen, die besonders eng mit der alten Lebensweise und den alten Vorstellungen verbunden sind. Zur Zeit vertreten sie jedoch weniger nazistische als individualistische Ansichten; sie sehnen sich nach ihren alten Privilegien und träumen von ihrer Wiederherstellung. Sie stellen keine bösartige Opposition dar, sind jedoch allen Erneuerungen gegenüber negativ eingestellt. Um diese Gruppe auf unsere Seite zu bringen, ist eine besonders umfangreiche und mühsame Arbeit erforderlich.

Die vierte Gruppe umfaßt ca. 5 bis 10% der Studentenschaft. Sie stellen eine bewußte und böswillige Opposition dar. Diesen Personen ist es gelungen, sich trotz der Hindernisse, die im Aufnahmeverfahren gegen solche Elemente geschaffen wurden, in die Universität einzuschleichen. In Versammlungen und überall, wo es nur geht, versuchen sie, sich geschickt zu verstellen

und dabei Hetze zu verbreiten. Die Aufgabe besteht darin, die Anhänger dieser Gruppe zu ermitteln, zu isolieren und schließlich ganz von der Universität zu vertreiben.

Um die Tätigkeit der antidemokratischen Elemente zu charakterisieren, nennen wir zwei Beispiele:

1. Während der Beerdigung von Martha Brautsch, die von Reaktionären umgebracht wurde, wurden unter den Studenten folgende Gespräche geführt:

„Die Beerdigung ist genauso prunkvoll organisiert wie bei den Nazis, als sie ihre Aktivisten beerdigten. Versuch jetzt irgendwo Blumen oder Stoff zu finden, das wird dir nicht gelingen. Hier aber hat man sie gefunden, und sogar in Unmengen. Und so eine Menschenmasse haben sie gezwungen, an der Beerdigung teilzunehmen. Genauso lief es bei den Nazis ab. Und weshalb diese Frau zu solchen Ehren gekommen ist – wir kennen sie überhaupt nicht und haben von ihr früher nichts gehört. Man schreibt, sie sei von den Faschisten ermordet worden, aber in Wirklichkeit wurde sie wahrscheinlich von russischen Soldaten umgebracht. Solche Beispiele hat es öfter gegeben, warum wurden dann die anderen nicht mit solchen Ehren beigesetzt?"

2. Unter den Studenten und zum Teil unter den Theatermitarbeitern ist vor kurzem ein Vers herumgegangen: „Herr, schenk uns das fünfte Reich! Das vierte ist dem Dritten gleich."[14]

An der Universität gibt es 51 Professoren und 17 Dozenten. Nur einzelne Professoren beziehen demokratische Positionen. Das sind die Professoren Geisler[15], Barnikol[16], Jakobi[17] und einige wenige andere.

Die überwiegende Mehrheit der Professoren mit dem Rektor, dem Theologen Eißfeldt[18], an der Spitze ist reaktionär gesinnt. Das zeigt sich im Widerstand gegen Neuerungen, im Widerstand gegen die Maßnahmen des Universitätskurators und in Bemühungen, die Universität von der Öffentlichkeit abzukapseln.

Besonders reaktionär sind der Professor der juristischen Fakultät Jahn[19] und der Professor der medizinischen Fakultät Bude[20]. Beide haben den Nimbus von Antifaschisten, weil sie unter Hitler gewisse Verfolgungen hinnehmen mußten, da sie mit Jüdinnen verheiratet waren. Doch in Wirklichkeit waren sie nie Antifaschisten gewesen.

Ein charakteristisches Beispiel für die Haltung der reaktionären Professorenschaft ist die Äußerung des Dekans der philosophischen Fakultät, Dr. Weyhe[21]. Auf den Vorschlag des Kurators, zwei freie Lehrstühle an der philosophischen Fakultät mit je einem Vertreter der idealistischen und der materialistischen Philosophie zu besetzen, entgegnete er:

---

14 Die in Anführungszeichen gesetzte Passage ist in der Vorlage auf deutsch in Klammern handschriftlich eingefügt worden.

15 Nicht ermittelbar. Vgl. hierzu auch: Eberle, Henrik: Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, Halle 2002.

16 Barnikol, Ernst (1892-1968), Theologe, ab 1928 Professor in Kiel und ab 1929 in Halle.

17 Nicht ermittelbar.

18 Eißfeldt, Otto (1877-1973), Theologe, 1921-57 Professor in Halle, 1945-48 Rektor der Universität.

19 Jahn, Georg (1885-1962), Staatswissenschaftler, ab 1923 Professor an der Technischen Hochschule Dresden und ab 1924 an der Universität Halle, 1937 aus politischen Gründen entlassen, 1945-46 Professor an der Universität Halle und ab 1946 an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg.

20 Bude, Werner, Dr. med., (1886-1960), 1926-45 Leitender Arzt der Chirurgischen Abteilung und 1925-37 Professor an der Universität Halle, 1937 Entzug der Lehrbefugnis aus politischen Gründen, ab 1. Okt. 1945 bis 1956 Professor und Klinikdirektor an der Universität Halle, 1946-47 Dekan der medizinischen Fakultät.

21 Weyhe, Hans, Dr. phil., (1879-1955), Philologe, 1920-49 Professor an der Universität Halle, 1945-47 Dekan der philosophischen Fakultät.

„Ich verstehe nicht, was Ihr mit Eurem Materialismus und Marxismus wollt. Das galt doch für die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Das ist doch längst überholt. Der Marxismus ist heute ein Aberglaube oder ein Schreckgespenst für Kinder."

Das sind die Ansichten des Dekans der philosophischen Fakultät und stellvertretenden Rektors der Universität, d.h. einer Persönlichkeit, die in der Universität ein überaus großes Ansehen genießt und auf deren Meinung alle Professoren und Dozenten hören.

In dieser Woche wird die Frage der Verbesserung der politischen Arbeit unter den Studenten sowie unter der Dozenten- und Professorenschaft der Universität auf unseren Vorschlag hin vom Sekretariat der Sozialistischen Einheitspartei und anschließend im Ausschuß des antifaschistischen Blocks erörtert werden.

Der Chef der Propaganda-Abteilung der SMA-Verwaltung der Provinz Sachsen Major
Demidow

GARF 7133/1/273, Bl. 305-311. Original.

Nr. 72. Befehl Nr. 208 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über Disziplinarmaßnahmen gegen das leitende Personal von Lehranstalten, Lehrer und Studenten, welche der militärischen, nazistischen oder antidemokratischen Propaganda schuldig sind. Berlin, 17. Juli 1946

Betr.: Disziplinarmaßnahmen gegen das leitende Personal von Lehranstalten, Lehrer und Studenten, welche der militärischen, nazistischen oder antidemokratischen Propaganda schuldig sind.

In Erfüllung der Richtlinien des Kontrollrates Nr. 32[22] über Disziplinarmaßnahmen gegen das leitende Verwaltungspersonal von Lehranstalten, Lehrer und Studenten, welche der militaristischen, nazistischen oder antidemokratischen Propaganda schuldig sind,
befehle ich:

1. Personen des leitenden Verwaltungspersonals oder Lehrkörpers jeder Lehranstalt, die, ganz gleich auf welche Weise militaristische, nazistische oder antidemokratische Lehrsätze verbreiten, an deren Verbreitung mitwirken oder ihr nicht entgegentreten, sind von den Lehranstalten zu entlassen.
2. Hörer einer jeden Hoch- oder technischen Hochschule, die, ganz gleich auf welche Weise militaristische, nazistische oder antidemokratische Lehrsätze verbreiten, oder an deren Verbreitung mitwirken, sind von den Lehranstalten auszuschließen.
3. Die obengenannten Maßnahmen sind unabhängig von anderen disziplinären Strafmaßnahmen durchzuführen, die den Schuldigen außerdem noch auferlegt werden können.
4. Die Verwaltung der Lehranstalten haben von jedem Fall einer solchen Entlassung oder Ausschließung aus den Lehranstalten die zuständigen öffentlichen Sicherheitsorgane der Sowjeti-

22 Direktive Nr. 32 des Kontrollrats vom 26. Juni 1946 über „Disziplinarmaßnahmen gegen leitendes und Verwaltungspersonal von Lehranstalten, den Lehrkörper und die Studenten, die sich militaristischer, nationalsozialistischer oder antidemokratischer Propaganda schuldig machen", in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland vom 1. Juli 1946, S. 162.

schen Besatzungszone unverzüglich zu verständigen. Außerdem sind die Listen der Entlassenen der Volksbildungsabteilung der SMA einzureichen.

5. Aus den Lehranstalten auf Grund der §§ 1 und 2 dieses Befehls entlassene oder ausgeschlossene Personen verlieren das Recht des Eintrittes in den Dienst oder zum Unterricht in ganz gleich welche Lehranstalten ohne Genehmigung der SMA.

6. Die Gültigkeit des § 2 dieses Befehls erstreckt sich auf Studenten und Hörer folgender Lehranstalten:
Universitäten, technische und Wirtschafts-Hochschulen, Konservatorien und Kunstakademien, Forst- und Bergakademien, Ingenieur- und Bauschulen, Lehrerbildungskurse, Volkshochschulen[23].

7. Die Kontrolle über die Durchführung des Befehls unterliegt dem Chef der Volksbildungsabteilung der SMAD Solotuchin.

Oberster Chef der SMA[D] usw. Marschall Sokolowski

Stabschef [der] SMAD G[eneral]l[eutnan]t Dratwin

Mitglied des Militärrates [der] SMAD G[eneral]l[eutnan]t Bokow

BArch DX 1 – 208/46. Deutsche Übersetzung.[24]

Nr. 73. Befehl Nr. 333 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Gründung sozialwissenschaftlicher Fakultäten bei den Universitäten in Leipzig, Jena und Rostock, mit Anlage. Berlin, 2. Dezember 1946[25]

Zum Zwecke der Ausbildung von Fachkräften für die Arbeit der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-demokratischen Behörden und Organisationen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die fähig sind, die begonnene demokratische Erneuerung Deutschlands zu vollenden und zu festigen[26], befehle ich:

1. dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands:

a) bei den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten für die Ausbildung von Kräften der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-demokratischen Behörden und Organisationen Deutschlands zu gründen;

---

23 In der deutschen Vorlage: „Volksoberschulen" statt „Volkshochschulen".

24 Der russische Wortlaut in: GARF 7317/8/6, Bl. 160-161, enthält den handschriftlichen Vermerk: „Aufgehoben durch Befehl der SKK Nr. 0031 vom 14.08.[19]51."

25 In der archivierten russischen Urschrift vom 29. [Nov.]/2. Dez. 1946 datiert, in: GARF 7317/8/8, Bl. 72-78.

26 Die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten erfüllten nicht die in sie gesetzten Erwartungen und wurden im Wintersemester 1950/51 aufgelöst. Zur „Heranbildung hochqualifizierten leitenden Personals für Dienststellen der deutschen Selbstverwaltung" wurde durch SMAD-Befehl Nr. 262 vom 28. Nov. 1947 (Wortlauf der deutschen Übersetzung in: Handel/Köhler, Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949 1975, S. 70-71) in Verbindung mit dem (von der SED initiierten und entworfenen) SMAD-Befehl Nr. 46 vom 22. März 1948, der auch das Statut, den Stellen- und Haushaltsplan festlegte, eine Deutsche Verwaltungsakademie in Forst Zinna gegründet und am 12. Okt. 1948 (damit mit einjähriger Verspätung gegenüber der im Befehl genannten Frist) eröffnet. Wortlaut der deutschen Übersetzung des Befehls Nr. 46 und der Anlage in: Handel/Köhler, Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949 1975, S. 73-77.

b) die Studiendauer an der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät mit 2 Jahren anzusetzen;

c) die gesellschaftswissenschaftliche Fakultät an der Universität Leipzig am 15. Februar 1947 und die an den Universitäten Jena und Rostock am 1. September 1947 zu eröffnen.

2. ein kostenfreies Studium an den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten, sowie Stipendien in folgender Höhe festzusetzen:

Im ersten Studienjahr.....250 Mark monatlich

Im zweiten Studienjahr.....300 Mark monatlich

3. folgende Studentenkontingente für die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten für das Jahr 1947 festzulegen:

Universität Leipzig.....200 Studenten

Universität Jena.....100 Studenten

Universität Rostock.....100 Studenten

4. zu verfügen, daß die Auswahl der Studenten für die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten von den deutschen Volksbildungsabteilungen der Provinzen und Bundesländer der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands [durchzuführen ist,][27] und zwar aus zuverlässigen Demokraten, die eine abgeschlossene Oberschulbildung oder eine selbständige Ausbildung im Niveau der Oberschule haben und mindestens ein Jahr in einer staatlichen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlich-demokratischen Behörde oder Organisation gearbeitet haben. Die Immatrikulation der Studenten erfolgt durch die Rektoren nach den allgemeingültigen Grundsätzen.

5. der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und den Rektoren der Universitäten Leipzig, Jena und Rostock zu genehmigen, nötigenfalls folgende Abteilungen in den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten zu organisieren:

a) eine Abteilung der Ausbildung von Kräften für die deutschen Selbstverwaltungsorgane;

b) Abteilungen der Ausbildung von Kräften für Industrie- und Wirtschaftsunternehmen;

c) eine Abteilung der Ausbildung von Kräften für die Arbeit in den gesellschaftlich-demokratischen Organisationen.

6. der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, der Volksbildungsabteilung der SMAD bis zum 15. Januar zur Bestätigung vorzulegen:

a) den Lehrplan der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten;

b) eine Personalaufstellung der Professoren, Dozenten, Dekane und Abteilungsleiter dieser Fakultäten,

7. der Deutschen Finanzverwaltung die Stellenverzeichnisse und Haushaltspläne der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten durchzusehen und der Finanzverwaltung der SMAD zur Bestätigung einzureichen:

a) für die gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig bis zum 1. Januar 1947

b) für die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Jena und Rostock bis zum 1. Juli 1947.

Der Oberste Chef der SMA, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Marschall der Sowjetunion W. Sokolowski

Mitglied des Militärrates der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland

---

27 Der in eckige Klammern gesetzte Text ist in der deutschen Vorlage nicht enthalten und wurde aus dem russischen Original übertragen. Ein systematischer Abgleich der oft schadhaften und aufgrund der dezentralen Verteilung in mehreren Fassungen vorhandenen amtlichen deutschen Übersetzungen von SMAD-Befehlen konnte nicht durchgeführt werden.

General-Leutnant W. Makarow[28]

Chef des Stabes der SMA in Deutschland General-Leutnant M. Dratwin

Für die Richtigkeit:
Der stellvertretende Chef der allgemeinen Abteilung des Stabes der SMAD
Major Polegenko[29]

Anlage zum Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 333 vom 2. Dezember 1946:
Grundbestimmungen über die Organisation der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten bei den deutschen Universitäten.

1. Die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der deutschen Universitäten werden zu dem Zwecke geschaffen, gut ausgebildete Fachkräfte für die Arbeit in den staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-demokratischen Behörden und Organisationen Deutschlands heranzubilden.

2. Die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der deutschen Universitäten werden von der deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auf Grund entsprechender Befehle und Verfügungen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland eingerichtet.

3. Die Studiendauer auf den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten ist zwei Jahre. Sie kann auf drei oder vier Jahre erhöht werden, wenn eine praktische Zweckmäßigkeit und eine besondere Genehmigung seitens der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vorliegt.

4. Die Besetzung der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten mit Studenten und Professoren und Dozenten wird auf den allgemeinen Grundlagen vorgenommen, die von der Sowjetischen Militäradministration für Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands aufgestellt worden sind.

5. Die Auswahl der Studentenanwärter der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten wird von der deutschen Volksbildungsabteilung der Provinzen oder Bundesländer der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands aus zuverlässigen Demokraten vorgenommen, die eine abgeschlossene Oberschulbildung oder eine selbständige Ausbildung im Niveau der Oberschule und eine mindestens einjährige Tätigkeit in einer staatlichen, wirtschaftlichen oder gesellschafts-demokratischen Behörde oder Organisation vorweisen können.

Die ausgewählten Anwärter unterwerfen sich Aufnahmeprüfungen (Kolloquien) und werden nach Bestehen dieser Prüfungen vom Rektor der Universität immatrikuliert.

Den Prozeß der Auswahl und der Aufnahme in die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten wird von der deutschen Verwaltung für Volksbildung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gemeinsam mit den Rektoren der Universität ausgearbeitet.

6. Innerhalb der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten können nötigenfalls folgende Abteilungen organisiert werden:

---

28 Makarow, Wassili Jemeljanowitsch (1903-1975), Generalleutnant, 1946-1947 politisches Mitglied im Militärrat der GSOWG bzw. SMAD, 1946-48 Stellvertretender Oberkommandierender der GSOWG und Stellvertretender Oberster Chef der SMAD für politische Fragen, 1948-50 Stellvertretender Chef GlawPUR, 1951 stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR, 1952 stellvertretender Verteidigungsminister für politische Fragen.

29 Das russische Original (in: GARF 7317/8/8, Bl. 72-78) enthält diesen Beglaubigungsvermerk nicht. Außerdem befinden sich auf der deutschsprachigen Vorlage die Vermerke: „Eingegangen am 3.12.[19]46, 16° [Uhr], Übersetzt 7.12.[19]46, 12° [Uhr], Verteiler: Präsident, Vizepräsident, Dr. Fehse, Heinzelmann, Dr. E. Meyer, Noortwyck, Dr. Riewald, Statistisches Amt = 2 x, Bibliothek". Offenbar stammt diese Übersetzung aus der Deutschen Zentralfinanzverwaltung in der SBZ.

a) eine Abteilung der Ausbildung von Kräften für die deutschen Selbstverwaltungsorgane,

b) eine Abteilung der Ausbildung von Kräften für die Industrie- und Wirtschaftsorgane,

c) eine Abteilung der Ausbildung von Kräften für die gesellschaftlich-demokratischen Organisationen.

7. An der Spitze der Fakultäten stehen Dekane, die von den Rektoren der Universitäten mit vorheriger Genehmigung seitens der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ernannt werden.

An der Spitze der Abteilungen stehen Abteilungsleiter, die von den Rektoren der Universitäten ernannt werden.

Lehrpläne und Lehrprogramme der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten

1. Die lehrpädagogische Arbeit in den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten basiert auf den Lehrplänen und Lehrprogrammen, die von der deutschen Verwaltung für Volksbildung mit ihrer späteren Bestätigung durch die Volksbildungsabteilung der SMAD bestätigt werden.
2. Die Hausordnung und das lehrpädagogische System in den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten werden von den Dekanen dieser Fakultäten auf Grund der allgemeinen Regeln festgelegt, die für alle anderen Fakultäten aufgestellt und von den Rektoren der Universität bestätigt werden.
3. Zu den Lehrplänen der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten gehören folgende Pflichtfächer:

Nr.	Name der Fächer	Stundenzahl		insgesamt	
		1. Sem[ester]	2. Sem.	3. Sem.	4. Sem.
1.	Philosophie				
2.	Nationalökonomie				
3.	Psychologie				
4.	Allgemeine Geschichte				
5.	Deutsche Geschichte				
6.	Die Geschichte der UdSSR				
7.	Die Geschichte der revolutionär-demokratischen Befreiungsbewegung				
a)	in den Ländern Europas u. Amerikas				
b)	in den Kolonial- und Abhängigkeitsländern Asiens und Afrikas				
8.	Staatsrecht und öffentliches Recht in Deutschland				
9.	Geschichte der deutschen Kultur				
10.	Geschichte der russischen Kultur/Literatur/Wissenschaft/Kunst und Bildungswesen				
11.	Programme und Statuten der demokratischen Parteien Deutschlands				
12.	Die Verfassung der demokratischen Staaten von Europa und Amerika				
13.	Wirtschaftsgeographie von Deutschland				
14.	Wirtschaftliche und politische Maßnahmen der Besatzungsmächte zur Demokratisierung Deutschlands				
15.	Planung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in den demokratischen Ländern Europas und Amerikas				
16.	Russische Sprache				
17.	Englische Sprache				
18.	Praxis.				

Insgesamt:

4. Wenn ein von den oben aufgeführten Fächern schon in den Lehrplänen anderer Fakultäten vorgesehen ist, können sie aus dem Lehrplan der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät ausfallen, doch sind die Studenten verpflichtet, es auf den Fakultäten zu hören, auf denen es gelesen wird.
5. Die Studentenzahl für jedes Lehrplanfach wird von den Dekanen der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten auch von den Rektoren der Universitäten bestätigt.
6. Außer den Pflichtfächern können in Lehrpläne der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten auch fakultative Fächer und Kurse je nach dem Wunsch der Studenten und der Fachrichtung der auszubildenden Fachkräfte aufgenommen werden.
7. Der Stoff jedes Lehrplanfaches der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten sowie seine Ausrichtung wird in den Programmen festgelegt. Die Programme werden von den Professoren der Universitäten ausgearbeitet und von der deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands mit darauffolgender Bestätigung seitens der Volksbildungsabteilung der SMAD bestätigt.

Die Mittel der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten

1. Die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der deutschen Universitäten werden auf Kosten des Staatshaushaltes gemäß der deutschen Verwaltung für Volksbildung finanziert.
2. Die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten haben keine selbständigen Haushaltspläne. Die Ausgaben für ihren Unterhalt werden im allgemeinen Budget der Universitäten vorgesehen. Die Mittel für die Unterhaltung der Fakultäten werden von den Rektoren der Universitäten nach den allgemeinen Regeln als den Kreditlenkern ihrer Universitäten ausgegeben.
3. Außer den staatlichen Mitteln können die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten besondere Mittel aus der Unterhaltung von Häusern von Hauswirtschaften, gesellschaftlichen Organisationen und anderen Quellen haben. Diese Mittel werden nach besonderen Haushaltsanschlägen ausgegeben, die von der deutschen Finanzverwaltung nach Einrichtung von der deutschen Verwaltung für Volksbildung bestätigt werden.

Stipendien für Studenten

1. Die Universitäten gewähren allen Studenten der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät Stipendien in einer von der Sowjetischen Militäradministration festgelegten Höhe.
2. Behörden und Organisationen, die ihre Mitarbeiter an die gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität abkommandiert haben, bewahren ihnen für die ganze Studienzeit ihren Posten und ihre Wohnung, soweit sie in Häusern wohnen, die diesen Behörden und Organisationen gehören.
3. Allen Studenten der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten wird möblierte Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung gewährt.

Termin der Eröffnung der Universitäten

1. Die gesellschaftswissenschaftliche Fakultät wird in erster Linie an der Universität Leipzig und in zweiter Linie in den Universitäten Jena und Rostock an folgenden Terminen eröffnet:
   a) an der Universität Leipzig am 15. Februar 1947,
   b) an den Universitäten Jena und Rostock am 1. September 1947.

2. In der Zeit bis zur Eröffnung der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät führen die deutsche Verwaltung und die Verwaltung der Universitäten
   a) die Auswahl der Studenten,
   b) die Auswahl und Bestätigung der Leiter und des Lehrkörpers,
   c) die Instandsetzung der Gebäude, ihre Ausstattung und Einrichtung und
   d) die Ausarbeitung der Satzung der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten und ihre Einreichung an die Volksbildungsabteilung der SMAD durch.

BArch DX 1 – 333/46. Deutsche Übersetzung.[30]

Nr. 74. Schreiben des Ministers für Bildung der RSFSR Kalaschnikow[31] an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin über Maßnahmen zur Popularisierung des sowjetischen pädagogischen Systems. Moskau, 20. Dezember 1946

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben, in dem Sie auf die Notwendigkeit der Popularisierung des sowjetischen pädagogischen Systems und der Organisation eines Volksbildungssystems in der deutschen Bevölkerung hinweisen, teile ich mit, daß das Ministerium für Bildung der RSFSR Ihnen bei der Durchführung folgender Maßnahmen behilflich sein kann:

1. Vorträge für Lehrer und Studenten an Universitäten zu Fragen der sowjetischen Pädagogik und des Systems der Volksbildung in der UdSSR, gehalten von ordentlichen und korrespondierenden Mitgliedern der Akademie der pädagogischen Wissenschaften der RSFSR (Genossen Swadkowski, Konstantinow, Medynski und anderen).
Zur Genehmigung der Dienstreise für die Lektoren ist jeweils eine Voranmeldung erforderlich.

2. Übersetzung einer Reihe von Werken und einzelnen Artikeln zu pädagogischen Themen ins Deutsche, wie beispielsweise:
   „Lenin und Stalin über Schule und Erziehung"
   „Das Wesen und die Aufgaben der kommunistischen Erziehung"
   „Ideologisch-politische Erziehung in der Schule"
   „Die Überwindung des Formalismus in der Erziehung und Bildung"
   „Grundprinzipien der sowjetischen Didaktik"
   „M. I. Kalinin[32] über die kommunistische Erziehung der Jugend"
   „Arbeit als Erziehungsmittel" (nach Uschinski[33])

30 Der in: Handel/Köhler, Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949 1975, S. 56-61, veröffentlichte deutsche Wortlaut weicht von dem hier vorgestellten geringfügig ab. Laut der in: Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945-1961. Eingeleitet, kommentiert und herausgegeben von Andreas Malycha. [Leipzig] 2003, S. 156-157 (ohne Anlage) veröffentlichten Befehlsfassung zeichnete Bokow als Mitglied des Kriegs- bzw. Militärrats der SMAD. In der russischen Urschrift wurde der maschinenschriftlich getippte Name „Bokow" handschriftlich durch „Makarow" ersetzt; Makarow unterschrieb den Befehl auch handschriftlich.

31 Kalaschnikow, Alexei Georgiewitsch (1893-1962), 1942 WKP(B), 1946-48 Bildungsminister der RSFSR, ab 1947 Mitglied der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR.

32 Kalinin, Michail Iwanowitsch (1875-1946), 1919-1946 als Vorsitzender des All-Russischen Zentralen Exekutivkomitees bzw. ab 1938 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR nominelles Staatsoberhaupt Rußlands bzw. der Sowjetunion, ab 1926 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B).

33 Uschinski, Konstantin Dimitrowitsch (1824-1871), Pädagoge.

„Schule und sozialistisches Eigentum"
„Pionierorganisation in der Schule"
Diese Materialien *können*[34] Ihnen demnächst für die Übersetzung ins Deutsche *bereitgestellt werden.*

3. Ausstellungen über Vorschulerziehung (Erziehung und Bildung im Kindergarten). Diese Materialien sind im Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik der Akademie der pädagogischen Wissenschaften erarbeitet worden und können Ihnen übergeben werden.

Außerdem hat Detgis[35] *(Dubrowina L. Z.) sein Einverständnis erklärt, Materialien für eine Ausstellung zum Thema Kinderbuch vorzubereiten (ausgewählte Bücher, Plan und Werbeprospekt einer Ausstellung zur Kinderliteratur). Die Montage der Ausstellung ist vor Ort zu organisieren.*

4. Übersetzung folgender pädagogischer Lehrbücher ins Deutsche:
   1. Jessipow[36] und Gontscharow „Pädagogik" (Lehrbuch für pädagogische Fachschulen)
   2. Kairow[37] „Pädagogik" (das Lehrbuch wird in nächster Zeit erscheinen).

Bitte setzen Sie mich über Ihre Meinung zu dieser Frage in Kenntnis.

Der Minister für Volksbildung der RSFSR *A. Kalaschnikow*

GARF 7317/55/3, Bl. 22-23. Original.

Nr. 75. Befehl Nr. 79 des Obersten Chefs der SMAD[38] über die Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung, mit Anlage. Berlin, 9. April 1947[39]

Betrifft: Kontrolle der wissenschaftlichen Forschungsarbeit.[40]

Zur Sicherstellung der erforderlichen Kontrolle der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in der Sowjetischen Besatzungszone
befehle ich
in Übereinstimmung mit dem Gesetz Nr. 25[41] des Kontrollrats für Deutschland:

---

34 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

35 Detgis, für: Detskoje gossudarstwennoje isdatelstwo, d.i. Staatlicher Kinderbuchverlag.

36 Jessipow, Boris Petrowitsch (1894-1967), Pädagoge, 1948 WKP(B), ab 1950 korrespondierendes Mitglied der Akadamie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR.

37 Kairow, Iwan Andrejewitsch (1893-1978), ab 1944 Mitglied und 1946-67 Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR, 1949-56 Bildungsminister der RSFSR. Autor und Redakteur pädagogischer Lehrbücher.

38 Der Befehl wurde vom Ersten Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD ausgefertigt, der laut Dienstreglement den Obersten Chef in allen Fragen vertrat.

39 In der archivierten russischen Urschrift vom 8./9. April 1947 datiert, in: GARF 7317/8/10, Bl. 171-183 (Rückseite).

40 SMAD-Befehl Nr. 133 vom 30. Mai 1947 (in: GARF 7317/8/11, Bl. 165-167) rügte die mangelhafte Erfüllung des Befehls. Am 24. Juni 1949 notierte der Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow in „Sametschanije k projektu Glawnonatschalstwujuschtschewo SWAG „O rukowodstwe dejatelnostju nemezkich nautschno-issledowatelskich organisazii"", daß die Forschungstätigkeit der Akademie der Wissenschaften, der Universitäten usw. nicht zwei- bis dreimal im Jahr kontrolliert werden könne, weil theoretische Forschungsarbeiten oft länger dauerten (in: GARF 7317/55/11, Bl. 149).

41 Gesetz Nr. 25 des Kontrollrats vom 29. April 1946 über „Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung", Wortlaut in: Amtsblatt des Kontrollrats vom 30. April 1946, S. 138-143 (mit zwei Anlagen).

1. Die Organisation und Leitung der Kontrolle der wissenschaftlichen Forschungsarbeit in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands obliegt der „Verwaltung zum Studium des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts in Deutschland“[42] bei der Sowjetischen Militärverwaltung; die Durchführung der Überwachung in den Provinzen und Bundesländern – den Verwaltungen der Sowjetischen Militäradministration.

2. Die „Bestimmungen zur Durchführung der Überwachung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten“ werden hiermit bestätigt.

3. Die Chefs der SMA-Verwaltungen der Provinzen und Bundesländer haben nach den in den „Bestimmungen“ festgelegten Vordrucken bis zum 15. April 1947 die Registrierung sämtlicher deutschen wissenschaftlichen Forschungsanstalten durchzuführen, deren Tätigkeit laut Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates für Deutschland vor der Bestätigung der oben angeführten „Bestimmungen“ genehmigt war.

4. Der Chef der Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschrittes in Deutschland bei der SMA hat zu den Anträgen auf Eröffnung neuer wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen Stellung zu nehmen und sie mir zur Bestätigung vorzulegen.

5. Die Erteilung von Genehmigungen zur Durchführung von Forschungsarbeiten, die einer vorherigen Genehmigung bedürfen, erfolgt auf von der Provinzialregierung und Provinzial-SMA befürwortete Anträge durch den Chef der Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts bei der SMA.

6. Die Chefs der SMA der Provinzen und Bundesländer haben die systematische Überwachung der Durchführung des Gesetzes Nr. 25 und die genaue Erfassung aller in der Provinz tätigen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen sowie der von ihnen durchgeführten wissenschaftlichen Arbeiten sicherzustellen.

7. Die Militärkommandanten der Kreise und Bezirke haben die Überwachung der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, der verschiedenen Laboratorien und Konstruktionsbüros zu verstärken, eine ungenehmigte Tätigkeit ihrerseits zu verhindern und zu kontrollieren, ob der tatsächlich beschäftigte Personalbestand sowie die Produktionsflächen und die auf denselben vorhandenen Einrichtungen nach ihrer Art und ihrer technologischen Zweckbestimmung der Genehmigung entsprechen.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland
Generaloberst P. Kurotschkin

---

42 Die Verwaltung zum Studium der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften Deutschlands bei der SMAD wurde formal durch SMAD-Befehl Nr. 0323 vom 17. Okt. 1946 gebildet. 1948 beschäftigte sie noch 611 sowjetische Spezialisten und führte in den ihr angeschlossenen wissenschaftlich-technischen Büros bis zum 1. Jan. 1948 in Deutschland fast 5.000 Forschungsprojekte durch. Vgl. GARF 7317/22/1, Bl. 1-78. 1948 waren in der SBZ mehr als 6.000 deutsche Wissenschaftler in sowjetischen und 2.000 in deutschen Forschungseinrichtungen beschäftigt. An die Beschränkungen des Kontrollrats hielt sich die SMAD nicht und war der Auffassung, daß sie nur für Deutsche gelten. Vgl. auch: Foitzik, Jan: „Über die Frage, inwieweit die selbständige Existenz der sowjetischen Zone zweckmäßig ist, muß schnellstmöglich entschieden werden“. Gutachten aus der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom Dezember 1946 mit Bearbeitungsvermerken von Marschall Sokolowski, in: Deutschland Archiv, Jg. 36 (=2003), S. 428-446.

Der Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Generalleutnant M. Dratwin

Anlage zum Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 79 vom 9. April [19] 47:
Bestimmungen zur Durchführung der Überwachung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten in der Sowjetischen Besatzungszone gemäß Gesetz Nr. 25 des Kontrollrats für Deutschland.

I. Aufgaben und Ziele der Überwachung.

Die Aufgaben der Überwachung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bestehen in:

a) dem Verbot der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten militärischen Charakters und deren praktischer Anwendung;

b) der Beobachtung der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten friedlichen Charakters und ihrer Anwendung zum Zwecke der Verhinderung der Entstehung eines neuen Kriegspotentials.

II. Die Organisation der Überwachung.

Organisation und Leitung der Überwachung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands obliegt der Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in Deutschland bei der SMA.
Die örtliche Durchführung der Überwachung obliegt den Verwaltungen der Sowjetischen Militär-Administration der Provinzen (Bundesländer).

Die Sowjetische Militärverwaltung führt durch ihr Personal Inspektionen und Kontrollen der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten so häufig durch, als dies zur Sicherstellung der gehörigen Überwachung erforderlich ist.

III. Die Verantwortlichkeit der deutschen Behörden.

Die Regierungen der Provinzen (Bundesländer) sind der Verwaltung der Sowjetischen Militär-Administration verantwortlich für:

1. Die Durchführung dieser Bestimmungen, die die Verwirklichung des Gesetzes Nr. 25 des Kontrollrats bezwecken und aller sonstigen darauf bezüglichen Anweisungen der Sowjetischen Militär-Verwaltung.

2. Die rechtzeitige Vorlage aller in diesen Bestimmungen vorgesehenen Berichte (siehe Abschnitt VII).

Das gesamte wissenschaftliche Forschungen betreffende Material ist von den Provinzialregierungen vor Personen und Vertretungen, die damit nicht in Verbindung stehen, geheimzuhalten.

IV. Verbotene wissenschaftliche Forschungen.

Zu dieser Art von Forschungen gehören folgende:

a) alle wissenschaftlichen Arbeiten sowohl theoretischer als auch angewandter Art, die gänzlich oder vorwiegend militärischen Charakter besitzen.

b) Alle angewandten wissenschaftlichen Arbeiten, die in der Aufstellung des Gesetzes Nr. 25 des Kontrollrats für Deutschland angeführt sind.

c) Alle wissenschaftlichen Arbeiten, die zwar keinen militärischen Charakter besitzen, aber zu ihrer Durchführung Anlagen erfordern, die nach ihrem Ausmaß oder der Art ihrer Einrichtung zu angewandten Forschungen von militärischem Charakter benutzt werden können.

Die Regierungen der Provinzen (Bundesländer) tragen die Verantwortung für nicht rechtzeitig erfolgende Verbote oder die Durchführung der oben angeführten wissenschaftlichen Forschungsarbeiten.

V. Begrenzte Untersuchungen.

Untersuchungen, die vom Gesetz Nr. 25 des Kontrollrats nicht verboten sind, dürfen nur in Forschungseinrichtungen durchgeführt werden, die von der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland genehmigt sind.

Laut Gesetz Nr. 25 bestehen drei Kategorien zugelassener Forschungen, von denen jedoch jede als begrenzt gilt:

1. Angewandte wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf Gebieten, die in der Aufstellung B des Gesetzes Nr. 25 angeführt sind, bedürfen der vorhergehenden Genehmigung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland.

2. Wissenschaftliche Untersuchungen auf Gebieten, die im § 2 Punkt 5 des Gesetzes Nr. 25 angeführt sind, dürfen erst nach Abgabe einer Anmeldung an die Sowjetische Militärverwaltung Deutschlands durchgeführt werden.

3. Theoretische wissenschaftliche Untersuchungen auf Gebieten, die in der Aufstellung A des Gesetzes Nr. 25 nicht angeführt sind, werden in den genehmigten Anstalten ohne vorhergehende Genehmigung durch die Sowjetische Militär-Verwaltung durchgeführt.

VI. Verfahren der Antragsstellung und der Erteilung der Genehmigungen durch die Militärverwaltung.

Zum Empfang von Genehmigungen der Militärverwaltung zur Schaffung von Forschungseinrichtungen sowie zum Empfang von Genehmigungen zur Durchführung von Forschungsarbeiten wird folgendes Antragsverfahren festgelegt:

Die Anmeldung der Einrichtung und Tätigkeit einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung wird nach Vordruck 1 an den Obersten Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland gerichtet und zusammen mit den Auskünften laut Vordruck 2, 3, 4, 5, 6 in drei Exemplaren in russischer und deutscher Sprache bei der Provinzialregierung eingereicht.

Die Anmeldung zur Durchführung von Forschungsarbeiten, die der schriftlichen Genehmigung des Kommandierenden der Zone bedürfen, wird nach Vordruck 7 in drei Exemplaren bei der Provinzialregierung eingereicht.

Die Anmeldung zur Durchführung von Forschungsarbeiten, die in § 2 Punkt 5 des Gesetzes Nr. 25 angeführt sind, wird vor Beginn der Arbeit in drei Exemplaren nach Vordruck 6 bei der Provinzialregierung eingereicht.

Meldungen über begonnene theoretische wissenschaftliche Forschungen auf Gebieten, die in der Aufstellung A des Gesetzes Nr. 25 nicht angeführt sind, werden in drei Exemplaren nach Vordruck 6 gemeinsam mit dem fälligen Viermonatsbericht bei der Provinzialregierung eingereicht.

Der für die Kontrolle der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten verantwortliche Minister überprüft das eingereichte Material gemäß Gesetz Nr. 25 des Kontrollrats für Deutschland und nimmt schriftlich hierzu Stellung.

Hiernach werden die Anmeldungen mit sämtlichen Anlagen in zwei Exemplaren und mit der Stellungnahme der Provinzialregierung der Sowjetischen Militärverwaltung der Provinz zur weiteren Überprüfung übersandt.

Die Sowjetische Militärverwaltung der Provinz übersendet sämtliche Dokumente in einem Exemplar mit ihrer Stellungnahme an die Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in Deutschland zur Beschlußfassung.

Eine wiederholte Vorlage der Meldung zwecks Revision der Beschlüsse der oben genannten Instanz erfolgt in gleicher Weise.

VII. Berichterstattung.

Jede genehmigte wissenschaftliche Forschungseinrichtung hat dreimal im Jahr technische Berichte einzureichen, die ihre Tätigkeit für die mit 1. Mai, 1. September und 1. Januar ablaufenden vier Monate beleuchten.

Der Bericht wird nach den Vordrucken 2, 3, 4, 5 und 8 zusammengestellt, eine erläuternde Notiz und sämtliche beendete wissenschaftliche Arbeiten sind beizulegen.

Der Bericht nach Vordruck Nr. 5 wird nur für jene Personen eingereicht, die in der Berichtsperiode in der wissenschaftlichen Forschungseinrichtung zu arbeiten begonnen haben.

Die Berichte sind der Provinzial-SMA spätestens einen Monat nach Ablauf der Berichtsperiode einzureichen.

Der Bericht und die erläuternde Notiz wird in drei Exemplaren bei der Provinzialregierung eingereicht, welche ihn mit ihrer Stellungnahme in zwei Exemplaren an die Provinzial-SMA weitergibt.

Alle genehmigten wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen reichen ab 1. Januar 1947 einen Jahresbericht ein, der die gesamte Forschungstätigkeit vom 1. Januar bis 31. Dezember des vorhergehenden Jahres umfaßt.

Der Jahresbericht ist nach Möglichkeit nicht in der Fachsprache zu verfassen. Er wird in drei Exemplaren der Provinzialregierung eingereicht, welche ihn mit ihrer Stellungnahme in zwei Exemplaren an die Provinzial-SMA weitergibt.

Abgeschlossene wissenschaftliche Arbeiten dürfen in einem Exemplar in deutscher Sprache, mit Inhaltsangabe in zwei Exemplaren in russischer Sprache zur Weiterleitung an die Provinzial-SMA eingereicht werden.

Die Provinzial-SMA haben von den Provinzialregierungen die rechtzeitige Vorlage der Berichte in russischer und deutscher Sprache zu fordern und ein Exemplar des gesamten Berichtsmaterials an die Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in Deutschland einzusenden.

Der Stellvertreter des Chefs der Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in Deutschland Ingenieur-Oberstleutnant Korobkow[43]

Anlage:
[8 Meldevordrucke][44]

BArch DX 1 – 79/47. Deutsche Übersetzung

43 Korobkow, Iwan Wassiljewitsch, Ingenieur-Oberst, 1946-47 amtierender Chef der Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in Deutschland.

44 Die Vordrucke werden hier nicht abgedruckt.

Nr. 76. Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der SMAD und des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die Zulassung medizinwissenschaftlicher Gesellschaften. Berlin, 21. Mai 1947

Organisation der deutschen wissenschaftlichen medizinischen Gesellschaften

Zwecks Förderung der weiteren Demokratisierung der deutschen medizinischen Wissenschaft und der Gesundheitsfürsorge in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sowie der Steigerung der Möglichkeiten des wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungsaustausches im Bereich der Medizin befehle ich:

1. In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist die Organisation der wissenschaftlichen medizinischen Gesellschaften ihren Fachrichtungen entsprechend (Chirurgie, Gynäkologie, innere Medizin) zuzulassen.[45]
2. Die Ministerpräsidenten der Länder und Provinzen haben:
   a) Die Organisation der im Punkt 1 erwähnten Gesellschaften in den Universitäten Jena, Leipzig, Rostock, Halle, Greifswald und in ihren Untergliederungen in solchen Städten zuzulassen, welche zusammen mit den angrenzenden Ortschaften mindestens 25 Ärzte des betreffenden Faches aufweisen.
   b) Die Unterstützung und Kontrolle der Arbeit dieser Gesellschaften durch die Abteilungen für das Gesundheitswesen der entsprechenden Ministerien sicherzustellen.
   Jede Gesellschaft bedarf der Registrierung in dem Ministerium, welches für die Fragen des Gesundheitswesens der Provinz oder des Landes zuständig ist, wobei das letztere den Präsidenten der Deutschen Verwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetischen Besatzungszone hiervon in Kenntnis setzt.
3. Die Aufnahme früherer aktiver Mitglieder der NSDAP in die wissenschaftlichen medizinischen Gesellschaften ist verboten.
4. Die allgemeine Leitung, Kontrolle und wissenschaftlich-methodische Unterstützung der Arbeit der Gesellschaften wird der Deutschen Verwaltung für das Gesundheitswesen und den für die Fragen der Gesundheitsfürsorge zuständigen Ministerien der Länder und Provinzen übertragen.
5. Dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetischen Besatzungszone ist gestattet:
   a) die Schaffung einer wissenschaftlichen medizinischen Gesellschaft der Fachärzte an der medizinischen Fakultät der Universität Berlin,
   b) die Einberufung von Konferenzen und Zusammenkünften von Fachärzten im Bereich der Zone.

---

45 Die Haltung der SMAD gegenüber wissenschaftlichen Gesellschaften war nicht einheitlich, die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft wurde beispielsweise bereits mit Befehl Nr. 355 vom 21. Dez. 1946 zugelassen. Politische Überlegungen im Zusammenhang mit der Bildung von wissenschaftlichen Gesellschaften dokumentiert der Brief Walter Ulbrichts an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung Kabanow vom 29. März 1949 (in: GARF 7317/55/11, Bl. 33). Darin hält Ulbricht die Wiedererrichtung der deutschen chemischen und geologischen wissenschaftlichen Gesellschaften für unzweckmäßig, weil sie in der Vergangenheit mit dem Kapital verbunden und ihre Mitglieder nationalistisch eingestellt gewesen seien, außerdem seien sie in der britischen Zone bereits wiedergegründet worden und stünden unter dem Einfluß der Besatzungsmacht. Ulbricht schlug vor, im Einvernehmen mit der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung bei der Akademie der Wissenschaften Organe zu schaffen, die die Funktion der früheren Forschungsgesellschaften übernehmen sollten.

Die Arbeitspläne und die Tagesordnung der Konferenzen und Zusammenkünfte der Fachärzte sind dem Leiter der Abteilung für das Gesundheitswesen der SMA in Deutschland mindestens 2 Monate vor ihrer Einberufung zwecks Bestätigung vorzulegen.

6. Das beigefügte Statut der wissenschaftlich medizinischen Gesellschaft der Fachärzte wird bestätigt.
7. Die Kontrolle der Durchführung dieses Befehls wird dem Leiter der Abteilung für das Gesundheitswesen der SMA in Deutschland übertragen.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militär-Administration und Oberste Befehlshaber der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Marschall der Sowjetunion W. Sokolowski

Der Stabschef der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland Generalleutnant M. Dratwin

Anlage zum Befehl Nr. 124 vom 21. Mai 1947 des Obersten Chefs der SMAD:
Statut der deutschen wissenschaftlichen medizinischen Gesellschaft der Fachärzte.[46]

BArch DX 1 – 124/47. Deutsche Übersetzung.[47]

Nr. 77. Bericht des Chefs der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Kolesnitschenko an den stellvertretenden Obersten Chef der SMAD Generalleutnant Makarow über die Universität Jena. 3. Juni 1947[48]

Geheim

Die von mir am 16. April 1947 durchgeführte Versammlung von Studenten und Professoren der Universität Jena hat eine ganze Reihe von Mängeln offengelegt, sowohl in der Arbeit der Universität als auch in unserer Haltung ihr gegenüber. Beide sind nicht immer richtig, was zur Entfremdung der führenden Kreise der deutschen Intelligenz von uns führt. Für uns ist das deshalb so wichtig, weil alle möglichen Fehler, die vom thüringischen Ministerium für Volksbildung und von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung bei der Leitung der Universität begangen werden, nicht diesen Behörden, sondern uns zugeschrieben werden. Deshalb habe ich mich dazu entschlossen, mir in einem offenen Gespräch, zunächst mit Studenten und dann mit Professoren, all ihre Nöte, Sorgen und Vorschläge anzuhören, um ihnen zu zeigen, daß wir, die

46 Wird hier nicht abgedruckt.

47 Russischer Wortlaut einschließlich Anlage in: GARF 7317/8/11, Bl. 123-127 (Rückseite). Dort befindet sich auf Bl. 125 ein Teil einer vom Chef der (initiativen) Abteilung Gesundheitswesen der SMAD Sokolow, vom Chef der Rechtsabteilung Karasjow sowie vom Politischen Berater der SMAD Semjonow handschriftlich unterzeichneten Entwurfsfassung, die formal-redaktionell geringfügig von der erlassenen Fassung abweicht. Der Wortlaut der deutschen Übersetzung ist veröffentlicht in: Handel/Köhler, Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949 1975, S. 67-68.

48 Laut Begleitschreiben des Chefs des Sekretariats des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen Garde-Major Lyssoiwan vom 3. Juni 1947 sind Kopien des Berichts an den Chef der Volksbildungsabteilung Solotuchin und den Chef der Informationsverwaltung Tjulpanow geschickt worden. Bei dem abgedruckten Dokument handelt es sich um die an Solotuchin geschickte Kopie. Sie trägt dessen handschriftliche Verfügung: „[Name unleserlich] Schlussfolgerungen vorbereiten! 5.6.1947". In: GARF 7317/54/8, Bl. 87.

Sowjetische Militäradministration, uns für die Lage an der Universität interessieren und uns um Hilfe bemühen. Deshalb habe ich gleich vor Ort eine ganze Reihe von kleinen Fragen gelöst. Dies wurde mit der für Deutsche üblichen Begeisterung aufgenommen. Bei den Versammlungen waren auch der Ministerpräsident von Thüringen, Eggerath, und der Minister für Volksbildung, Dr. Wolf[49], anwesend.

Die wichtigsten in der Studentenversammlung aufgeworfenen Fragen waren folgende:

1. Obwohl die Wahlen des Studentenrates weit zurückliegen, wurde der Studentenrat bisher nicht bestätigt und hat somit kein Recht, seine Arbeit unter den Studenten aufzunehmen.

Diese Frage wurde leidenschaftlich diskutiert, weil sich die Studenten über die Ursache für die Verzögerung der Bestätigung des Studentenrates nicht im klaren waren.

Ich habe befohlen, den Studentenrat unverzüglich zu bestätigen (die Bestätigung ist dem Rektor vorbehalten) und die Voraussetzungen für seine Arbeit zu schaffen.

2. Der Immatrikulation der Studenten an der Universität ging eine Überprüfung jedes einzelnen Studenten durch eine Zulassungskommission voraus.

Sowohl der Aufnahmevorgang als auch die an die Universität Zugelassenen selbst wurden von Vertretern der Abteilung Volksbildung der SMAD und der [Landes-]Verwaltung der SMAD überprüft. Außerdem fanden im letzten Jahr eine zusätzliche Überprüfung und eine Säuberung unter den Studenten statt. Zur Zeit wird laut Anweisung des Ministeriums für Volksbildung Thüringens eine weitere Säuberungskommission geschaffen, die die Exmatrikulation von 250 Studenten plant. Diese Situation sorgt bei den Studenten für Unsicherheit und verhindert normale Studienbedingungen.

Ich habe zehn Studenten eingeladen, die zur Exmatrikulation vorgesehen waren, und habe sie in Anwesenheit der Säuberungskommission gefragt, wer sie sind und weshalb sie exmatrikuliert werden sollen. Es wurde festgestellt, daß die Gründe für die Exmatrikulation vollkommen unzureichend sind. Deshalb habe ich Anweisungen erteilt, alle zur Exmatrikulation Vorgesehenen persönlich zu befragen (und nicht nach Aktenlage), zu überprüfen und nicht nur formell, sondern gründlich der Sache nachzugehen und dabei das durch den Landtag verabschiedete Jugendgesetz zu berücksichtigen.

3. Viele Studenten wohnen zur Untermiete in Privatwohnungen. Es ist deshalb erforderlich, ein Wohnheim einzurichten. Ein Gebäude für das Wohnheim ist bereits vorhanden, es muß noch renoviert werden.

Dem Bürgermeister der Stadt Jena und dem Stadtkommandanten habe ich befohlen, das Studentenwohnheim bis zum Herbst herzurichten. Falls es an Arbeitskräften mangelt, sind die Studenten selbst zur Arbeit heranzuziehen, um die Reparaturen zu beschleunigen.

4. Die Frage, ob man Kontakte zu Studenten aus den anderen Besatzungszonen haben darf, habe ich bejaht, weil es solche Kontakte ohnehin gibt und es nicht möglich ist, diese zu verbieten.

5. Der Studentenausschuß bittet um eine Möglichkeit, Verbindungen zu Studenten an den Hochschulen der UdSSR aufzunehmen. Ich habe versprochen, diese Frage an meine übergeordneten Organe weiterzuleiten, weil ich nicht berechtigt bin, solche Fragen allein zu entscheiden. Trotzdem habe ich ihnen versichert, daß es prinzipiell möglich ist, aber etwas Zeit braucht.

6. Auf die Frage, ob das Studentenkontingent vergrößert werden könnte, habe ich erklärt, daß die materielle Basis der Universität noch zu schwach ist und das Fehlen von Professoren es in manchen Fächern noch nicht erlaubt, die Anzahl der Studenten zu erhöhen.

7. An der Universität studieren Studenten aus anderen Besatzungszonen [. Sie fragten], ob sie während der Ferien ihre Verwandten besuchen dürfen? Auch das habe ich ihnen erlaubt.

---

49 Wolf, Walter (1907-1977), Lehrer, 1930 KPD, 1937-45 im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert, 1946-47 Minister für Volksbildung Thüringen, 1947-49 Leiter des Instituts für dialektischen Materialismus an der Universität Jena, ab 1949 Professor an der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Potsdam.

Dies sind die wichtigsten Fragen, die von den Studenten aufgeworfen wurden. Weitere Fragen wurden vom Rektor der Universität, Professor Zucker[50], und den anwesenden Ministern geklärt.

Die Fragen, die bei der Versammlung der Professoren gestellt wurden, sind folgende:

1. Zum Universitätsstatut. Die Universität hat ein Statut, das 1924 beschlossen wurde. Alle Professoren sind der Meinung, daß dieses Statut ausreichend durchdacht ist und auch den Anforderungen des heutigen Universitätsbetriebes entspricht. Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung rief vor kurzem die Rektoren der Universitäten der Zone zusammen und stellte den Entwurf eines neuen Universitätsstatuts zur Diskussion. Bald darauf folgte die Anweisung, daß die Universität nach dem Statutentwurf, der gerade mit den Rektoren diskutiert wurde, zu arbeiten hat. Alle Professoren waren aufrichtig empört, daß ihre Meinung in dieser wichtigen Frage überhaupt nicht gefragt ist und daß der Entwurf nicht mit allen Professoren jeder Universität besprochen, sondern als eine Anleitung zum Handeln erlassen wurde, obwohl er schlechter ist als das Statut aus dem Jahre 1924, weil er die besonderen Merkmale jeder einzelnen Universität in der Zone nicht berücksichtigt.

Es lohnt sich, dieser Frage ernsthafte Beachtung zu schenken, denn obwohl die Empörung ausschließlich an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung gerichtet war, mußte man erkennen, daß alle die Abteilung Volksbildung der SMAD meinen, die die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung anleitet und keine Rücksicht auf die Traditionen und Besonderheiten jeder einzelnen Universität nimmt bzw. darauf bedacht ist, allen Universitäten ein Standardstatut aufzudrängen.

Da ich mich mit all diesen Fragen nicht auskenne, bitte ich Sie, Genosse Solotuchin darauf anzusprechen, um die Sache auf irgendeine Weise zu korrigieren und den Professoren keinen Anlaß zur Empörung wegen einzelner, unzureichend aufgearbeiteter Fragen zu geben.

2. Eine noch ernsthaftere Frage, zu der viele Meinungsäußerungen zu hören waren, ist die Frage nach den Lehrplänen der Universität.

Fast alle Professoren erklären, daß die Lehrpläne nicht zu verwirklichen seien und Fehler enthielten; bei ihrer Erarbeitung seien keine Fachleute zur Beratung herangezogen worden und nun werde angeordnet, ihnen Folge zu leisten.

Der berühmte Professor Harms[51] hat direkt gesagt, daß es in unserer Zone drei bis vier Fachleute in seiner Disziplin (Zoologie) gebe, mehr nicht. Warum wurden sie nicht gefragt, wie die Lehrpläne in diesem Fach gestaltet werden sollen? Er, Professor Harms, könnte mit seinen jahrzehntelangen Erfahrungen in der pädagogischen und wissenschaftlichen Tätigkeit bei den Planungen in seinem Fach behilflich sein, aber leider habe ihn keiner gefragt, und nun werde ihm ein sinnloser und unrealisierbarer Plan aufgedrängt.

Ich sah mich gezwungen, Anweisung zu erteilen, den von der Zentralverwaltung zugeschickten Plan nur als allgemeine Grundlage zu betrachten, in deren Rahmen jeder Dekan und Professor jeweilige Fachvorgaben korrigieren kann, solange ein übergeordnetes Ziel als Ausgangspunkt gilt: die Vorbereitung von Studenten im jeweiligen Fach nicht zu verschlechtern, sondern zu verbessern. Mit diesem Ausweg aus der gegenwärtigen Lage gaben sich alle zufrieden. Dennoch bitte ich, die Aufmerksamkeit der Abteilung Volksbildung der SMAD darauf zu lenken, die Frage der Lehrpläne behutsamer und gründlicher anzugehen und bei ihrer Erörterung die Universitätsprofessoren stärker heranzuziehen, um sich nicht, wie dieses Mal, zu blamieren.

---

50 Zucker, Friedrich (1881-1973), Altphilologe, 1917 Professor an der Universität München, 1918 Universität Tübingen, 1918-43 und 1945-61 Universität Jena, dort 1928-29 und 1945-48 Rektor; 1963 Übersiedlung nach Hamburg.

51 Harms, Jürgen Wilhelm (1885-1956), Zoologe, Professor an den Universitäten Münster, Königsberg, Tübingen, Jena und Marburg.

3. Gesondert wurde die Frage nach wissenschaftlicher Literatur für die Universität gestellt. Die Lösung dieser Frage überlasse ich Ihnen mit dem Hinweis, daß sie unbedingt geklärt werden muß.

Es ist bekannt, daß in den Jahren des Hitler-Regimes viel Literatur vernichtet wurde. Die deutsche Wissenschaft war in diesen Jahren außerdem von der Wissenschaft anderer Länder größtenteils isoliert. Gegenwärtig sieht die Lage nicht besser aus, weil sich diese Isolation durch die Teilung Deutschlands in Zonen noch mehr vertieft hat. Die Professoren sprechen deshalb davon, daß sie seit langen Jahren im eigenen Saft schmoren und bereits daran zu ersticken drohen.

Trotz der genannten Umstände hat eine Reihe von Wissenschaftlern eigene Werke verfaßt, die sie jedoch nicht veröffentlichen können. Es ist aber bekannt, daß die Veröffentlichung seiner Werke für einen Wissenschaftler alles bedeutet: einen Namen, seinen Ruhm; sie ist auch sein Lebensziel.

Deshalb wurde dringend um Folgendes gebeten:

1. die Universität mit wissenschaftlicher, zumindest mit periodischer Literatur (Zeitschriften) aus den anderen Zonen zu versorgen;

2. die Versorgung mit Literatur aus anderen Ländern zu gewährleisten.

3. Besonders dringend wurde um wissenschaftliche Literatur aus der UdSSR gebeten, von der man nur dunkle Vorstellungen hat. Nachdem man jedoch von den großen Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft erfahren hat, ist man an entsprechender Literatur besonders interessiert.

4. Es wurde gebeten, sowjetische Wissenschaftler aus verschiedenen Fachrichtungen zu delegieren, um Vorlesungen und Vorträge vor den Professoren der Universität zu halten.

5. Es wurde gebeten, die Herausgabe von wissenschaftlichen Zeitschriften in der Zone zu organisieren, in denen die Arbeiten der Universitätswissenschaftler veröffentlich werden können.

Eine ganze Reihe anderer Fragen, die ich vor Ort geklärt habe oder in Zukunft selbst klären kann, werde ich hier nicht aufführen.

Ich bin der Meinung, daß alle obengenannten Fragen eine ernsthafte Beachtung verdienen.

Äußerst wichtig ist für uns, dafür zu sorgen, so viel von unserer sowjetischen wissenschaftlichen Literatur wie möglich an der Universität einzuführen und durch ihr Beispiel Professoren und Studenten zu erziehen. Auch wenn es Schriften in russischer Sprache sind, kann man diese unkompliziert übersetzen lassen, auf ihre Richtigkeit hin überprüfen und auf Deutsch vorlegen. Solche Erfahrungen gibt es bereits, man braucht nur die Literatur sowie die Genehmigung für deren Übersetzung und Veröffentlichung.

Sollte unsere Literatur nicht in ausreichenden Mengen vorliegen, wird man sich auf verschiedenen Wegen englische, französische und amerikanische Schriften besorgen, was für uns in jeder Hinsicht unerwünscht ist.

Notwendig ist es auch, für die Abkommandierung unserer Wissenschaftler – Akademiemitglieder, Doktoren und Professoren – an deutsche Universitäten zu sorgen, damit sie dort Vorlesungen und Vorträge halten und somit Kontakte zwischen deutschen und sowjetischen wissenschaftlichen Einrichtungen entstehen können.

Ebenfalls gelöst werden muß die Frage nach einer Einladung deutscher Professoren in die UdSSR zum Kennenlernen unseres Wissenschafts- und Lehrbetriebes sowie zur Besichtigung einiger Ortschaften, die noch Spuren der Barbarei der Hitlertruppen tragen.

Im großen und ganzen müssen wir ernsthaft darüber nachdenken, wie wir die deutsche Intelligenz, die bei der deutschen Bevölkerung über ziemlich viel Popularität und Einfluß verfügt, für uns erobern können.

Zu lösen ist die Frage der Herausgabe zonaler wissenschaftlicher Zeitschriften sowie der Herausgabe von wissenschaftlichen Universitätsschriften.

An der Universität Jena habe ich bereits die Herausgabe von „Wissenschaftlichen Schriften der Universität Jena" angeordnet, in denen wissenschaftliche Arbeiten von Professoren der Universität veröffentlicht werden sollen.

Damit verfolge ich zwei Ziele:

1. Es entsteht die Möglichkeit, die Unzufriedenheit der Professoren zu mindern, die jahrelang an ihren Werken gearbeitet haben und diese bisher nicht veröffentlichen konnten.

2. Eine andere Möglichkeit besteht darin, uns Zugang zu wissenschaftlichen Arbeiten zu verschaffen, die zu anderer Zeit für uns unzugänglich wären oder große Devisenbeträge erfordert hätten.

Und noch eins – anhand dieser Werke wird es leichter sein, die Qualifikation, den wissenschaftlichen Wert, die Ideologie usw. jedes einzelnen deutschen Wissenschaftlers zu ermitteln. Zur Zeit wissen wir darüber fast nichts.

All diese Fragen halte ich für so wichtig, daß ich mich dazu entschlossen habe, Sie darüber zu informieren, damit Sie entsprechende Beschlüsse zur Veränderung unserer Haltung gegenüber den deutschen Universitäten fassen, um die Universitäten für uns zu erobern und daraus politischen und wissenschaftlichen Nutzen für uns zu ziehen.

In der Geschichte Deutschlands waren die Universitäten im Regelfall die Brutstätten reaktionärer Ideen. Die Universitäten haben die Jugend im Geiste der Verehrung der preußischen Staatsordnung, im Geiste des Militarismus und des Nationalismus ausgebildet und damit langfristig den Boden für das Hitler-Regime vorbereitet. Der Geist der Universitäten wurde über die ausgebildeten Lehrer und Pädagogen in die Mittelschulen und Grundschulen getragen und das ganze Bildungssystem beruhte auf einer reaktionären Grundlage.

All das wissen wir, und wir alle wollen das Bildungs- und Erziehungssystem in Deutschland von Grund auf verändern, aber wir haben noch nicht alles getan, um gute Ergebnisse zu erzielen.

Ich bin der Meinung, daß Ihre Einmischung in dieser Frage unabdingbar ist.

Der Chef der Verwaltung der sowjetischen Militäradministration des Föderalen Landes Thüringen Garde-Generalmajor Kolesnitschenko

Für die Richtigkeit: Der Chef des Sekretariats des Stellvertretenden Chefs [der SMAD] für politische Angelegenheiten Garde-Major *Lyssojwan*

GARF 7317/54/8, Bl. 88-94. Beglaubigte Kopie.
AWP RF 457b/4/22/25, Bl. 26-32. Beglaubigte Kopie.

Nr. 78. Befehl Nr. 197 des Obersten Chefs der SMAD über die Verbesserung der Lebensmittelversorgung für Studenten. Berlin, 11. August 1947

Inhalt: Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Studenten der Hochschulen und der Zuhörer der Vorbereitungskurse für die Hochschulen.[52]

Indem ich die Wichtigkeit der Vorbereitung von neuen demokratischen Kadern höchstqualifizierter Spezialisten in Betracht ziehe und der Bitte des ersten Studentenkongresses der Sowjet-Okkupationszone Deutschlands entgegenkomme,
befehle ich:

52 Dieser Befehl schließt eine Serie von Befehlen zur Erleichterung der Versorgungslage im Bildungs- und Kulturbereich ab. Vgl. auch SMAD-Befehl Nr. 220 vom 19. Juli 1946 über Verbesserung der materiellen und recht-

Für die Studenten der Hochschule, sowie für die Zuhörer der Vorbereitungskurse für die Hochschulen der Sowjet-Okkupationszone Deutschlands vom 1. September 1947 ab die Lebensmittelversorgung nach den Normen der Lebensmittelkarte der 2. Kategorie festzusetzen.

I[m] A[uftrag] Stellvertreter des Hauptchefs der Sowjet[ischen] Militär-Administration in Deutschland Generalleutnant M. Dratwin

Chef des Stabes der Sowjet[ischen] Militär-Administration in Deutschland
Generalleutnant G. Lukjantschenko

Richtig: Chef der I. Unterabteilung der allgemeinen Abteilung des Stabes der SMAD
Major des adm[inistrativen] D[ienstes] gez. A. Komow

BArch DX 1 – 197/47. Deutsche Übersetzung.[53]

Nr. 79. Schreiben des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin über den Arbeitsplan der Abteilung für das erste Quartal 1948. 30. Dezember 1947

Geheim

Zu dem von Ihnen vorgelegten Arbeitsplan der Abteilung Volksbildung der SMAD für das erste Quartal 1948 teile ich Folgendes mit:

1. In dem Plan werden folgende Fragen unzureichend beachtet: Organisation der Kontrolle und Überprüfung der Tätigkeit von höheren und mittleren Bildungseinrichtungen sowie der Bibliotheken und insbesondere die Prüfung der politischen und fachlichen Eigenschaften der Professoren-, der Lehrer- und der Studentenschaft an den Lehranstalten.

Die letzten Wahlen der Studentenräte, die an den Universitäten durchgeführt wurden, erregen ernsthafte Besorgnis über die weitere Entwicklung des dortigen innenpolitischen Lebens im demokratischen Sinne. Es ist unerläßlich, der Überprüfung der innenpolitischen Lage an den Universitäten und Hochschulen ernsthafte Aufmerksamkeit zu widmen und ein System von konkreten

lichen Lage der Lehrer der Schulen in der SBZ (in: GARF 7317/8/6, Bl. 224-226), Nr. 268 vom 9. Sept. 1946 über zusätzliches Essen für Schüler (in: GARF 7317/8/7, Bl. 39), Nr. 55 vom 5. März 1947 über Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in Berlin und über die Vorbereitung neuer wissenschaftlicher Kader (in: GARF 7317/8/10, Bl. 8-9), Nr. 56 vom 13. März 1947 über Verbesserung der materiellen Lage der Dozenten höherer Lehreinrichtungen in der SBZ (in: GARF 7317/8/10, Bl. 10-14), Nr. 157 vom 1. Okt. 1948 über die Ordnung der Bestimmung des Grundgehalts der Professoren und der wissenschaftlichen Assistenten an den Hochschulen der SBZ (in: GARF 7317/8/15, Bl. 296). Außerdem bat Tjulpanow um Zusatzverpflegung in Form von „Paioks" (d.i. Lebensmittelpakete) für 1.000 „herausragende deutsche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" in seinem Zuständigkeitsbereich. Vgl. Tjulpanow an den Chef der Verwaltung Handel und Versorgung Kutscherenko vom 18. März 1947, in: AWP RF 0457b/4/22/25, Bl. 5-6. In Sachsen wurden im Mai 1947 36 solcher „Paiki" an Künstler und die „Intelligenz" ausgegeben. Vgl. Auslender/Ottschot vom 11.6.1947, in: GARF 7212/1/192, Bl. 76-77. In deutscher Übersetzung sind einige Befehle veröffentlicht in: Handel/Köhler, Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949 1975.

53 Die Vorlage wurde beim Ministerpräsidenten des Landes Thüringen erstellt und am 15. Aug. 1947 ausgesandt, russischer Wortlaut in: GARF 7317/8/12, Bl. 112.

Maßnahmen zu überdenken und zu entwickeln, das darauf zielt, die Anführer der bürgerlichen und rechten sozialistischen Parteien, die immer noch einen starken Einfluß auf die Studentenschaft ausüben, zu isolieren.

2. Zu wenig Aufmerksamkeit wird in dem Plan auch der Frage der politischen Erziehung der Professoren-, Lehrer- und Studentenschaft an den Hoch- und sonstigen Schulen geschenkt.

3. Im Arbeitsplan sind die Hauptziele, die im ersten Quartal von besonderer Bedeutung sind, nicht hervorgehoben. Insbesondere ist über die praktischen Konsequenzen für die Volksbildung nachzudenken, die sich aus der fünften Sitzung des Rates der Außenminister[54] ergeben.

Der stellvertretende Politische Berater der SMA in Deutschland M. Gribanow

AWP RF 0457a/4/22/60, Bl. 24. Kopie.

Nr. 80. Bericht des stellvertretenden Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Makarow und den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die Wahl der Studentenräte. 5. Januar 1948

Geheim

Im Zeitraum vom 10. bis zum 16. Dezember 1947 fanden an den meisten Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ordentliche Wahlen der Studentenräte der Hochschulen und Fakultäten statt.

Sowohl der Verlauf der Wahlkampagne als auch die Wahlergebnisse haben bekräftigt, daß sich der Kampf zwischen dem reaktionären und dem progressiven Teil der Studentenschaft verschärft hat.

Konnte man noch 1946 die meisten Studenten als apolitische junge Deutsche einschätzen, die es nur darauf absahen, so schnell wie möglich einen gutbezahlten Beruf zu erlernen, so hat sich die Situation jetzt verändert. Der Kampf zwischen den Teilen der Studentenschaft, die aus dem Bürgertum und aus der Arbeiterschaft stammen, hat sich zugespitzt. Ursache dieses Kampfes ist die Frage der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft. Die Studenten, die die Interessen des Bürgertums zum Ausdruck bringen, mobilisieren angesichts der wachsenden Arbeiterschicht in der Studentenschaft alle Kräfte zur Erhaltung ihrer Stellung an den Hochschulen.

Andererseits vermochten die Hochschulorganisationen der SED wegen ihrer organisatorischen und ideologisch-politischen Schwächen nicht überzeugend darzustellen, daß die über Jahrhunderte herrschende soziale Ungerechtigkeit an den deutschen Schulen, als der Zugang zu Hochschulen für die Kinder der Werktätigen und vor allem die Arbeiter- und Bauernkinder, versperrt war, überwunden werden muß.

Während der Wahlkampagne lösten neben den Fragen der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft auch die Frage der Rolle der Politik an den Hochschulen und der Haltung der Studentenschaft gegenüber dem Volkskongreß usw. heftige Diskussionen aus.

In ihren offiziellen Reden sprachen diejenigen Studenten, die Mitglieder der bürgerlichen Parteien sind, über die Notwendigkeit, die Hochschulen von der Politik fernzuhalten und riefen

54 Gemeint ist die Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in London vom 25. Nov. bis 15. Dez. 1947, die ergebnislos auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

dazu auf, dort keine Auseinandersetzungen zwischen Parteien zuzulassen. In Wirklichkeit beabsichtigten sie jedoch, die Positionen des progressiven Teils der Studentenschaft und seine Bestrebungen zur Konsolidierung aller progressiven Kräfte im Kampf für die Einheit Deutschlands und eine echte Demokratisierung der Hochschulbildung zu schwächen.

Obwohl die Wahlkampagne formell einen überparteilichen Charakter hatte, spiegelten die Wahlen der Studentenräte bzw. ihre Ergebnisse den Kampf zwischen den Parteien und das Kräfteverhältnis zwischen ihnen ziemlich genau wider.

Unten werden die Zahlen aufgeführt, die die Ergebnisse der Wahlen an zehn Hochschulen zeigen. (Die Wahlen in weiteren sieben kleineren Hochschulen finden erst im Januar 1948 statt).

Die Zusammensetzung der Studenten der Hochschulen in der Sowjetischen Zone nach dem Stand vom Wintersemester 1947/1948:

Bezeichnung der Hochschule	Studenten	Davon insgesamt SED (65 SPD)	LDP	CDU	Arbeiter	Bauern
Universität Berlin	5.684	800	110	86	650	136
Universität Leipzig	2.487	1.499	506	458	693	60
Universität Halle	2.801	1.063	430	261	749	128
Universität Jena	2.962	1.105	469	212	??	119
Universität Greifswald	1.482	250	82	160	160	73
Universität Rostock	1.516	385	56	85	300	110
Technische Hochschule Dresden	1.171	437	186	77	403	32
Bergakademie Freiberg	212	77	22	13	86	6
Hochschule für Architektur Weimar	252	70	16	11	90	8
Weimarer Konservatorium	291	17	8	12	80	1
Gesamt	19.859[55]	5.703	65/1.885	1.405[56]	3.962	673
%	100	28,7[57]	0,3/9,5	7	20	3

Die Zusammensetzung der *neu*[58] gewählten Studentenräte:

Bezeichnung der Hochschule (Universität)	Mitglieder des Rates gesamt	Davon SED	SPD	LDP	CDU	parteilos
Berlin	30	3	4	1	2	19
Leipzig	30	8	0	11	9	2
Halle	23	12	0	4	3	4
Greifswald	17	7	0	2	4	4
Rostock	21	11	0	1	3	6
Jena	20	7	0	6	5	2
Gesamt	141	48	4	25	27[59]	37
Angaben in %	100	34,0	2,8	17,7	19,1	26,3
Ergebnisse der letzten Wahlen vom Feb. 1947 in %	100	32,2	3	11,6	15	38

55 Die tatsächliche Spaltensumme beträgt 18.858.

56 Die tatsächliche Spaltensumme beträgt 1.375.

57 Die in der Zeile genannten Prozentwerte halten der Nachprüfung nicht stand.

58 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

59 Die tatsächliche Spaltensumme beträgt 26.

Zusammensetzung der Studentenräte an den kleineren Hochschulen der sowjetischen Zone:

Bezeichnung der Hochschule (Universität)	Mitglieder gesamt	Davon SED	SPD	LDP	CDU	parteilos
Technische Hochschule Dresden	12	4	0	3	2	3
Bergakademie Freiberg	7	4	0	1	1	1
Hochschule für Architektur Weimar	6	5	0	0	0	1
Weimarer Konservatorium	10	2	0	2	0	6
Gesamt	35	15	0	6	3	11

Aus den genannten Zahlen kann man entnehmen, daß die Wahlergebnisse im großen und ganzen nicht als befriedigend anerkannt werden können.

Im Vergleich zu den Wahlen im Februar 1947[60] erreichten die Organisationen der SED in den Studentenräten an den Universitäten einen wesentlich geringeren Stimmenzuwachs als die bürgerlichen Parteien.

Über sichere Positionen verfügt die SED nur an den neu gegründeten Universitätsfakultäten – an den pädagogischen bzw. gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten sowie in den Hochschulvorbereitungskursen.

Äußerst schwach sind ihre Positionen an den medizinischen und philosophischen Fakultäten.

Unten werden besonders bezeichnende Beispiele für die schwache Position der SED an einzelnen Universitäten aufgeführt.

An der Universität Berlin[61], wo 800 Mitglieder der SED registriert sind, sind von 28 Kandidaten, die Mitglieder der SED sind und für den Studentenrat aufgestellt worden waren, nur drei

60 Im Feb. 1947 wurden bei den Studentenratswahlen von 14.200 Studenten (23% SED-, 7% LDP- und 6,3% CDU-Mitglieder) und einer Wahlbeteiligung von 80% Studentenräte gewählt, die sich folgendermaßen zusammensetzten: 33% SED-, 16% CDU- und 11% LDP-Mitglieder (vgl. Ottschot o rabote SWAG sa Iy kwartal 1947g., in: GARF 7317/7/60, Bl. 17-18). Nach den im selben Bericht enthaltenen Angaben der Abteilung Volksbildung betrugen die Anteile der SED 33,7%, der CDU 14,3%, der LDP 11,1%, der SPD 2,9% und der Parteilosen 38,0% (vgl.: ebd., Bl. 158). Bei den sogenannten außerordentlichen Studentenratswahlen im Dez. 1947 an zehn Universitäten und Hochschulen der SBZ kam die SED auf 35,8%, die LDP auf 17,6% und die CDU auf 17,0% (vgl. Ottschot o rabote SWAG sa IVy kwartal 1947g. vom 19.2.1948, in: GARF 7317/7/63, Bl. 178). Im Frühjahr 1948 entfielen auf SED 36,7%, CDU und LDP je 19%, Parteilose 25,3% der Studentenräte laut: Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 201.

61 An der Berliner Universität errang die SED bei Studentenratswahlen am 6. Feb. 1947 nur zehn Prozent der Mandate, die Mehrheit der gewählten Studentenvertreter war parteilos. Im März 1947 wurden in Berlin sechs Studentenvertreter von sowjetischen Sicherheitsorganen verhaftet (vgl. „Neues Deutschland" vom 28. März 1947), darunter der Medizinstudent Georg Wrazidlo und der Student der Rechtswissenschaften Manfred Klein (CDU), die später zu 25 Jahre Strafarbeitslager verurteilt wurden. Danach folgte eine Verhaftungswelle an weiteren SBZ-Universitäten. Bei den anschließend angesetzten „außerordentlichen" Studentenratswahlen wurden in Berlin von 28 SED-Kandidaten nur drei gewählt (vgl. Gribanow/Smirnow/21.1.1948, in: AWP RF 082/35/174/91, Bl. 4-7). Mit Schreiben vom 11. Feb. 1948 teilte der Stellvertreter des Außenministers der UdSSR W. Sorin dem Politischen Berater Semjonow mit, daß die am 21. Jan. 1948 vom Politischen Berater vorgestellten Informationen über die Ergebnisse der „außerordentlichen" Studentenratswahlen an zehn SBZ-Universitäten eine „außerordentlich ungünstige Lage an den Hochschulen" dokumentierten, so daß „unverzüg-

gewählt worden (alle drei kommen von der pädagogischen Fakultät). In die Fakultätsräte sind von 40 Kandidaten, die Mitglieder der SED sind, lediglich 15 gewählt worden. Die Mehrzahl der zur Wahl angetretenen und nicht in die Studienräte gewählten Mitglieder der SED hat äußerst wenig Stimmen erhalten.

So erhielten an der medizinischen Fakultät die acht Mitglieder der SED, deren Namen auf den Listen für die geheime Wahl standen, folgende Anzahl von Stimmen: 95, 73, 22, 18, 15, 10, 8, 3, wobei der parteilose Kandidat, der mit der geringsten Anzahl von Stimmen gewählt wurde, 272 Stimmen erhielt. An dieser Fakultät sind insgesamt vier Parteilose, ein Mitglied der CDU und ein Mitglied der SPD gewählt worden.

An derselben Fakultät stellten sich elf Mitglieder der SED zur Wahl des Fakultätsrates, kein einziger kam durch. Sie bekamen 20, 25, 25, 29, 30, 37, 75, 80, 93, 106 und 163 Stimmen, während für den Parteilosen, der mit der geringsten Anzahl von Stimmen gewählt wurde, 295 Stimmen abgegeben wurden.

An der ökonomischen Fakultät stellten sich vier Mitglieder der SED zur Wahl. Von 2.162 Stimmen bekamen sie insgesamt 504 und keiner von ihnen kam durch. Gleichzeitig erhielten ein Mitglied der SPD, ein Mitglied der CDU, ein Mitglied der LDP und ein Parteiloser, die als Vertreter der Fakultät in den Studentenrat gewählt wurden, 1.658 Stimmen.

An der juristischen Fakultät stellten sich neun Personen zur Wahl für den Studentenrat, davon zwei Mitglieder der SED, die von 1.016 abgegebenen Stimmen 83 bzw. 49 erhielten.

In die Fakultätsräte der Berliner Universität sind 15 Mitglieder der SED, vier Mitglieder der SPD, zwei Mitglieder der LDP und 44 Parteilose gewählt worden. Die 15 Mitglieder der SED verteilen sich folgendermaßen auf die Fakultäten: pädagogische Fakultät – sieben, ökonomische Fakultät – drei, philosophische Fakultät – vier und landwirtschaftliche Fakultät – eine Person.

Von 30 Mitgliedern des Studentenrates sind vier Frauen und in den Fakultätsräten von 66 Personen zwölf Frauen.

An der Universität Jena, wo es an der medizinischen Fakultät 184 Mitglieder der SED, 165 Mitglieder der LDP und 57 Mitglieder der CDU gibt, ist keiner der SED-Kandidaten in den Studentenrat gekommen. Es wurden ein Mitglied der LDP, ein Mitglied der CDU und ein Parteiloser gewählt. Die zur Wahl angetretenen drei Mitglieder der SED bekamen nur 112 Stimmen, obwohl sie allein von den Mitgliedern der SED, die sich an der Wahl beteiligten, 480 Stimmen hätten bekommen sollen.[62]

An der philosophischen Fakultät mit 174 Mitgliedern der SED, 69 Mitgliedern der LDP und 52 Mitgliedern der CDU stellten sich drei Mitglieder der SED zur Wahl. Sie bekamen zusammen 184 Stimmen, obwohl sie allein von den Mitgliedern der SED, die sich an der Wahl beteiligten, 400 Stimmen hätten bekommen sollen. Die Kandidaten der LDP und der CDU bekamen insgesamt 404 Stimmen, obwohl sie lediglich mit 250 Stimmen ihrer Parteien rechnen konnten. 114 Stimmen bekamen sie von den Mitgliedern der SED und den Parteilosen.

---

lich Maßnahmen zur Verbesserung der Lage" zu ergreifen seien. Er bittet abschließend, über konkrete Maßnahmen der Abteilung Volksbildung der SMAD, der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und des Parteivorstandes der SED zu berichten. In: AWP RF 082/35/174/91, Bl. 9. Am gleichen Tag beschäftigte sich mit der Lage der SED an den Universitäten auch der Parteivorstand der SED. Vgl. dazu: Krönig, Wolfgang/Müller, Klaus-Dieter: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994.

62 So im Original. Entweder bezieht sich die letzte Zahl nicht auf die medizinische Fakultät oder aber es lag – was bei Studentenratswahlen möglich war – eine Manipulation der Wahlberechtigten vor, indem Fakultätsfremde mit abstimmten.

Die naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät zählt 711 Studenten, 245 von ihnen sind Mitglieder der SED und insgesamt 150 Mitglieder der LDP und der CDU. Unter den sechs in den Studentenrat gewählten Personen ist nur ein Mitglied der SED, drei gehören der LDP an und zwei sind parteilos.

Fazit: Die Mitglieder der SED haben nicht nur die Stimmabgabe für die Kandidaten ihrer Partei verweigert, sondern stimmten für die Kandidaten der bürgerlichen Parteien.

An der Universität Greifswald haben 68 Personen, die Mitglieder der SED sind, d. h. 25% der Betriebsgruppe, nicht an der Wahl teilgenommen.

An der Universität Leipzig standen die Namen von 51 Mitgliedern der SED auf den Wahllisten für den Studentenrat und die Fakultätsräte, gewählt wurden nur 21, wobei diese gewählten Kandidaten „die geringste Anzahl der Stimmen bekamen. An der juristischen Fakultät“[63] gibt es 219 Mitglieder der SED. Das sind mehr als 50% der Gesamtzahl der Studenten an der Fakultät. Bei einer Versammlung während der Wahlkampagne gelang es in einer offenen Abstimmung, nur zwei von fünf aufgestellten SED-Kandidaten auf der Liste für die geheime Wahl zu belassen. Bei den geheimen Wahlen sind diese zwei Kandidaten durchgefallen und es wurden mit einer Mehrheit der Stimmen zwei Mitglieder der LDP und ein Mitglied der CDU gewählt.

An der veterinärmedizinischen Fakultät erhielt ein Kandidat der SED 24 Stimmen bei 50 Mitgliedern der SED an der Fakultät; an der zahnmedizinischen Fakultät war es eine Stimme bei 33 Mitgliedern der SED in dem Bereich. An der medizinischen Fakultät bekamen zwei Kandidaten der SED 100 Stimmen, obwohl es an der Fakultät 216 SED-Mitglieder gibt.

Die Ergebnisse der Wahlen für den Studentenrat an der Universität Leipzig sind wesentlich schlechter als beim letzten Mal. Im letzten Studentenrat waren acht von 24 Personen Mitglieder der SED, nun ist die Zahl die gleiche geblieben, jedoch hat der Studentenrat jetzt 30 Mitglieder.

Eine entscheidende Rolle dabei hat die durch die örtliche Informationsabteilung der SMA (Oberstleutnant Genosse Schischkow) in den Leipziger Zeitungen inspirierte Kampagne gespielt, die gegen den Vorsitzenden des Studentenrates, das LDP-Mitglied Natonek[64], gerichtet war. Nach dieser Kampagne wurden er und seine Gesinnungsgenossen von der LDP in den Augen der Studenten- und Professorenschaft zu Märtyrern. Dieselbe Informationsabteilung verletzte offensichtlich und grob die von ihr eigens gebilligte Verordnung über die Aufstellung von Kandidaten, woraus die bürgerlichen Parteien ihren Nutzen gezogen haben.

Die Analyse der Wahlergebnisse zeigt, daß die Parteiorganisationen der SED an den Hochschulen nicht nur unter vielen parteilosen Studenten, sondern auch bei einem großen Teil der Mitglieder der eigenen Partei keine Unterstützung finden.

Trotz des Zuwachses des Arbeiteranteils unter den Studenten der Universitäten (von 15% 1946 auf 22% 1947) und eines großen Prozentsatzes an SED-Mitgliedern (Universität Leipzig 42%, Universität Jena 37%, Universität Halle 38%) ist überall eine schwache Arbeit der Parteiorganisationen der SED festzustellen.

---

63 Die in Anführungszeichen gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

64 Natonek, Wolfgang (1920-1994), Student der Philosophie und Germanistik, ab Feb. 1947 Vorsitzender des Studentenrats der Universität Leipzig und gleichzeitig Vorsitzender der LDP-Betriebsgruppe an der Universität; am 11. Nov. 1948 zusammen mit anderen Mitgliedern der LDP-Gruppe wegen angeblicher Spionage verhaftet und vom sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, bis 1956 Haft in der DDR, lebte zuletzt in Westdeutschland, 1995 postum rehabilitiert. – Über die Zerschlagung der Leipziger LDP-Universitätsgruppe berichtete der Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD Arkadjew an den Leiter der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums Smirnow am 21. Dez. 1948. In: AWP RF 082/35/174/92, Bl. 121-122.

Der größte Mangel ist die sehr schlechte Organisation der Betriebsgruppen der SED. Eigentlich gibt es keine richtige Organisation. Es ist nicht einmal eindeutig festzustellen, wer tatsächlich Mitglied der SED ist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es Fälle gibt, daß ein SED-Mitglied gleichzeitig auch den Ausweis einer anderen Partei besitzt oder sich für parteilos hält.

Obwohl die Parteiversammlungen der SED manchmal ein hohes Niveau haben und unter den studentischen Mitgliedern der SED viele pflichtbewußte und überzeugte Parteimitglieder sind, gibt es außer ihnen vor allem unter den ehemaligen Mitgliedern der SPD viele rechte Elemente, die zusammen mit den bürgerlichen Studenten einen Block bilden und gegen die Beschlüsse der eigenen Parteiorganisation auftreten.

Viele Mitglieder sind in die SED nur eingetreten, um an die Universität aufgenommen zu werden. Da sie keine richtigen Mitglieder der SED sind, konnten sie leicht dem Einfluß der bürgerlichen Parteien unterliegen.

Die Disziplin der Parteimitglieder befindet sich auf einem äußerst niedrigen Niveau. Von den 1500 Mitgliedern der SED, die an der Universität Leipzig registriert sind, sind bei den Parteiversammlungen im Regelfall 300 bis 400 Personen anwesend. Die Beteiligung der Parteimitglieder an Parteiversammlungen in den Fakultäten ist sehr gering.

Die Stadt- und Bezirksleitungen der SED schenken den Parteiorganisationen an den Hochschulen zu wenig Aufmerksamkeit.

Die politisch-erzieherische Arbeit sowohl unter den Mitgliedern der SED als auch unter den Studenten ist im allgemeinen völlig unbefriedigend organisiert. Vorlesungen und Vorträge finden sehr selten statt, und wenn sie durchgeführt werden, sind sie schlecht besucht. Mit den Studenten aus dem Arbeitermilieu wird nicht gesondert gearbeitet. Dadurch erklärt sich zum Teil, weshalb ihr Einfluß auf die übrigen Studenten noch unzureichend ist. Vor allem, wenn man bedenkt, daß sie in ihrer Entwicklung noch häufig den Studenten aus den bürgerlichen Schichten unterlegen sind.

Die progressiven Professoren und Lehrkräfte werden nur wenig in die politisch-erzieherische Arbeit involviert, die bürgerlichen Professoren dagegen üben einen tatkräftigen Einfluß auf die Studenten aus.

Im Gegensatz zu der schlechten Arbeit der SED-Organisationen haben die verhältnismäßig kleinen Organisationen der LDP und der CDU ihre Arbeit unter den Studenten verbessert und dabei die Fehler der SED-Organisation sowie die kleinbürgerlichen Stimmungen unter den Studenten, die sich insbesondere gegen den Arbeiterzuwachs an den Hochschulen richten, ausgenutzt.

Unbefriedigend organisiert ist die Arbeit mit einzelnen begabten Studenten, die andere führen könnten. Von solchen Studenten machen die bürgerlichen Parteien Gebrauch, indem sie sie bestechen. So gibt es in Greifswald einen begabten Studenten Schöpf, der Mitglied der CDU ist und Philosoph werden will. Er hat die Arbeiten von Lenin und Stalin durchgenommen, akzeptiert diese vollständig, tritt jedoch in Versammlungen gegen die SED und die demokratischen Prinzipien auf, weil seine Partei, von der er im Semester ein Stipendium über 500 Mark bekommt, ihn dazu zwingt.

Alle oben genannten Mängel in der Arbeit unter den Studenten könnten wesentlich geringer sein, wenn die Abteilung Volksbildung der SMAD über mehr Kräfte für die Kontrolle über die Arbeit der Hochschulen der Zone verfügen und die Informationsverwaltung der SMAD den SED-Organisationen an den Hochschulen mehr Aufmerksamkeit schenken würde.

Angesichts der dringenden Notwendigkeit, die Arbeit zur Demokratisierung der Studentenschaft zu verstärken, plant die Abteilung Volksbildung der SMAD in der nächsten Zeit folgende Maßnahmen:

Die Demokratisierung der Studentenschaft ist weiterhin in zwei Richtungen zu verfolgen:

1. Verbesserte Kontrolle über die Immatrikulation neuer Studenten an den Hochschulen,

2. Verstärkung der politisch-erzieherischen Arbeit unter den bereits aufgenommenen Studenten.

Zu den praktischen Maßnahmen, die die Zuverlässigkeit der neu immatrikulierten Studenten bereits 1948 gewährleisten sollen, gehören:

a) Verstärkung der Hochschulvorbereitungskurse (die Anzahl ihrer Hörer liegt gegenwärtig bei 3.300 Personen).

Dies kann durch die alltägliche Überprüfung der Zusammensetzung der Kursteilnehmer sowie durch ihre systematische politische Erziehung mit Hilfe von Vorlesungen und gesondert organisierten außerschulischen Maßnahmen erreicht werden.

Die (vor allem aus politischen Gründen) ungeeigneten Elemente sind aus den Kursen zu entfernen. Die Tätigkeit des Fakultätsrates in den Kursen ist in den Dienst der politischen Erziehung der Kursteilnehmer zu stellen.

Im Januar/Februar muß die gesamte Lehrerschaft der Kurse überprüft werden. Ungeeignete Lehrer sind durch neue zu ersetzen, die in der Lage sind, die an die Kurse gestellten Aufgaben zu lösen.

Die Arbeit zur Festigung der Hochschulvorbereitungskurse soll dazu führen, daß diese in den nächsten zwei bis drei Jahren zur Hauptquelle einer echten Demokratisierung bei der Zusammensetzung der Studentenschaft an den Hochschulen werden.

b) Untersuchung der Schüler in den 12. Klassen der Oberschulen, um die in sozial-politischer Hinsicht geeignetsten Schulabgänger für die Immatrikulation im Herbst 1948 auszuwählen.

Diese Arbeit, die hauptsächlich über die Schulräte geleistet wird, soll schon jetzt beginnen und bis zum Juli beendet sein.

Für die Verstärkung der politisch-erzieherischen Arbeit unter den Studenten der Hochschulen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

Aufgrund von Beurteilungen der Arbeit der Studentenräte in ihrer früheren Zusammensetzung und der Analyse der letzten Kampagne zur Wahl der Studentenräte bzw. ihrer Ergebnisse soll die Deutsche Verwaltung für Volksbildung (Wandel, Rompe[65]) Schlüsse ziehen und einen zukunftsorientierten Plan für die politische Erziehung von Studenten erarbeiten. Dieser Plan soll folgende Hauptmaßnahmen enthalten:

a) organisatorische Stärkung der Hochschulorganisationen der SED (Präzisierung der Mitgliederzahlen, Festigung der Parteidisziplin, Bereitstellung eines führenden Mitarbeiters aus den Landesvorständen der SED speziell für die Arbeit in den Hochschulorganisationen usw.).

b) Verstärkung der ideologisch-politischen Arbeit unter den Studenten und Professoren, die Mitglieder der SED sind.

c) Stärkung der kulturpolitischen Sektionen der Studentenräte, indem ihre Tätigkeit auf eine planmäßige Basis gestellt wird und zu ihrer Unterstützung in jeder Hochschule einige Dutzend besonders politisch zuverlässiger und angesehener Studenten herangezogen werden, die Mitglieder der SED sind. Diese werden die Realisierung der gesamten kulturpolitischen Arbeit unter den Studenten anleiten und sicherstellen.

d) Heranziehung einer progressiven Professorenschaft, vor allem aus den Reihen der SED-Mitglieder, zur aktiven Teilnahme an der politischen Erziehung von Studenten sowohl durch Vorlesungen und Seminare als auch durch öffentliche studienbegleitende Maßnahmen wie Zirkel, Versammlungen und Diskussionen. Zu dieser Arbeit ist auch die progressiv gesinnte und nicht an die Hochschulen gebundene Intelligenz heranzuziehen.

---

65 Rompe, Robert Wilhelm Herrmann (1905-1993), Physiker, 1945/46 KPD/SED, ab 1946 Professor an der Universität Berlin; 1945-49 Leiter der Hauptabteilung Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, 1946-50 Mitglied des Parteivorstandes und 1958-89 des ZK der SED.

e) Entschlossene Unterbindung aller antidemokratischen Auftritte von Studenten.

f) Aktivierung der Arbeit des Studentenrates der Zone mit dem Auftrag, die Herausgabe einer Studentenzeitung der Zone zu organisieren.

Es ist vorgesehen, den genannten Arbeitsplan im Zeitraum bis zum 15. Januar (nach einer vorläufigen Vereinbarung am 12. Januar 1948) im Zentralsekretariat des Parteivorstandes der SED zu besprechen. In den darauf folgenden zehn Tagen sind die im Parteivorstand gefaßten Beschlüsse in den Landesleitungen der SED zu diskutieren und Maßnahmen zu ihrer praktischen Realisierung vor Ort auszuarbeiten.

Ich bin der Meinung, daß die Maßnahmen, deren Realisierung von der SED-Organisation geplant ist, nur unter einer besseren organisatorischen Kontrolle seitens der Informationsverwaltung der SMAD verwirklicht werden können.

Nach Kenntnisnahme dieser Informationen über den Zustand der Arbeit innerhalb der Studentenschaft und über die geplanten Maßnahmen zu ihrer Verbesserung bitte ich um Ihre Anweisungen.[66]

Der stellvertretende Chef der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland *Artjuchin*

GARF 7317/54/12, Bl. 1-9. Beglaubigte Kopie.

Nr. 81. Rundverfügung des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin an die Chefs der Abteilungen Volksbildung der Verwaltungen der SMA der Länder über die Qualifikation der Neulehrer. 5. Februar 1948[67]

Geheim

Dem Chef der Abteilung Volksbildung der SMA des Landes____, Genossen____

Zwecks Umsetzung des von mir bestätigten Beschlusses zur Erhöhung der Qualifikation deutscher Neulehrer, der während der Beratung der Chefs der Abteilungen Volksbildung der SMA der Länder und in Anlehnung an den Vortrag des Leiters des Sektors Schulen der Abteilung Volksbildung der SMAD, Genosse Mitropolski, gefaßt wurde, schlage ich Ihnen vor:

1. die Kontrolle über folgende Maßnahmen zu gewährleisten:

a) Die Vorbereitung der Lehrer auf die Prüfungen und die Prüfungsabnahme sind in genauer Übereinstimmung mit der „Verordnung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung über das erste und zweite Lehrerexamen" durchzuführen. Die Organisation, die Inhalte und die Anforderungen an die Prüfungsteilnehmer sind auf der Grundlage des Prüfungsprogramms zu vereinheitlichen.

b) Der offizielle Charakter der Prüfungen muß gewahrt werden. Dazu müssen die Ministerien für Volksbildung die Prüfungskommissionen der jeweiligen Landesregierung vorstellen und durch diese bestätigen lassen. Diejenigen, die die Prüfungen bestanden haben, erhalten ein nach einer einheitlichen Vorlage erstelltes Zeugnis.

---

66 Über „verstärkte Kontrolle" und „Säuberung" der Universitäten vgl. die Berichte an das sowjetische Außenministerium, in: AWP RF 082/35/174/91, Bl. 33-46, Bl. 49-51, Bl. 73-75, Bl. 138-141.

67 Das Dokument wird aus Gründen der Einheitlichkeit in Anlehnung an die russische Archivtradition nach dem auf dem ersten Blatt des Dokuments handschriftlich notierten „Ausgangs"-Vermerk datiert. Nach dem auf dem letzten Blatt des Dokuments befindlichen handschriftlichen Bearbeitungsvermerk vom 14. Jan. 1948 handelt es sich um die Nr. 1 von insgesamt sieben versandten Ausfertigungen (Nr. 1 in die Ablage Abteilung Volksbildung, Nr. 2 Brandenburg, Nr. 3 Mecklenburg, Nr. 4 Sachsen-Anhalt, Nr. 5 Sachsen, Nr. 6 Thüringen, Nr. 7 Zentralkommandantur des sowjetischen Sektors von Berlin).

2. Beim Ministerium für Volksbildung ist Folgendes durchzusetzen:

a) daß in die Programme von Seminaren und Zirkeln (Beratungspunkten) ein Sonderkurs „Politische und soziale Probleme der Gegenwart" aufgenommen wird und die politisch-erzieherische Arbeit in diesen Seminaren unter Beteiligung der SED, der FDJ und der Lehrergewerkschaft breit aufgezogen wird;

b) daß an den Schulen, an denen die Seminare durchgeführt werden, Bibliotheken für Lehrer geschaffen werden. Die Lehrer, die sich auf die Lehrerprüfungen vorbereiten, sollen breite Möglichkeiten zur Nutzung von Universitäts- und anderen Hochschulbibliotheken erhalten;

c) daß im Ministerium für Volksbildung des jeweiligen Landes, und zunächst auch in den großen Kreisen, pädagogische Kabinette organisiert werden, die zum Ziel haben, die Lehrer pädagogisch und ideologisch umzurüsten und ihre pädagogischen Leistungen zu erhöhen: Sie sollen den Lehrern bei den Vorbereitungen auf die Lehrerprüfungen helfen und die Erfahrungen aus der Lehr- und Erziehungstätigkeit der neuen demokratischen Schule erfassen und zusammentragen.

Die Ausgaben für die Bibliotheken und die Instandhaltung der pädagogischen Kabinette sind im Haushalt 1948/1949 des Ministeriums für Volksbildung einzuplanen.

3. Das Ministerium für Volksbildung ist aufzufordern, die Verantwortung der deutschen Bildungsorgane, insbesondere der Schulräte, bei der Vorbereitung und Durchführung von Prüfungen und von in den Seminaren geplanten politischen Maßnahmen zu erhöhen. Die Verantwortung der Schuldirektoren für eine systematische Arbeit der Lehrer während der Prüfungsvorbereitungen sowie für notwendige Hilfeleistungen ist ebenfalls zu erhöhen.

Über die Abnahme von Prüfungen bei Russisch-Lehrern wird eine gesonderte Vorschrift erlassen.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß die Vorbereitung auf die Prüfungen und deren Bestehen große Bedeutung für die Heranziehung junger Lehrer zur pädagogischen Arbeit haben wird.

Die in der letzten Zeit aktiv gewordenen reaktionären Elemente versuchen, die neuen Lehrerkader zu diskreditieren und deren Zuversicht in die Sicherheit ihrer Dienststellung zu untergraben.

Die Ablegung von Prüfungen, vor allem des ersten Examens, spielt neben der juristisch geregelten Stellung jedes Lehrers eine große Rolle in der Erhöhung seiner politischen und pädagogischen Qualifikation und ist eine vorrangige Aufgabe in der weiteren Demokratisierung der deutschen Schule.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD *P. Solotuchin*

GARF 7317/54/11, Bl. 9-10. Original.

Nr. 82. Beschluß des Methodischen Rates beim Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD nach Rechenschaftslegung des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Bogatyrjow über die Ergebnisse der Kulturpolitik. 28. März 1948[68]

Nach Anhörung und Besprechung der Rechenschaftslegung des Genossen Bogatyrjow, des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMA des Landes Thüringen, ist der Methodische Rat beim Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD der Meinung, daß die Demokratisierung der

68 Aus den Bearbeitungsvermerken geht hervor, daß fünf Ausfertigungen des Beschlusses als Rundverfügung vermutlich an die Landes-SMA verschickt wurden.

Volksbildung in Thüringen zufriedenstellend realisiert wird. Die im letzten Jahr erbrachten konkreten Leistungen sind wie folgt zu verzeichnen:

1. Der Prozentsatz der Arbeiter und Bauern sowie deren Kinder unter den Universitätsstudenten hat sich wesentlich erhöht (34%, darunter 44,5% unter den im Jahr 1947 Immatrikulierten).
2. Zuwachs an Arbeiter- und Bauernkindern unter den Neuzugängen an den Oberschulen.
3. In den letzten Monaten verbesserte sich die Arbeit mit Neulehrern, die sich auf das erste Lehrerexamen vorbereiten.
4. Die systematische Arbeit mit Schuldirektoren hat begonnen.

Gleichzeitig wurde die Arbeit der deutschen Organe für die Volksbildung nicht mit der erforderlichen Strenge kontrolliert. Deshalb sind noch folgende spürbare Mängel bei der Realisierung des Gesetzes zur Demokratisierung der Schule festzustellen:

1. An den deutschen Schulen werden die gültigen Lehrpläne und Schulprogramme noch mangelhaft umgesetzt, insbesondere in bezug auf die in den Hauptschulkurs eingeführten neuen Fächer (Fremdsprache, Physik, Chemie).
2. Die Reform der Dorfschule wird in einem äußerst zögerlichen Tempo umgesetzt. Die zentralen Schulen finden zu wenig Beachtung. Unter den Eltern findet kaum Aufklärungsarbeit über die Schulreform statt.
3. Die Arbeit an der politischen und ideologischen Erziehung der Lehrer hat noch nicht begonnen.
4. Es wird nicht systematisch daran gearbeitet, die Qualifikation der Lehrer zu erhöhen, die das zweite Lehrerexamen bestanden haben.
5. Die Erziehungsarbeit an den Oberschulen wird noch unbefriedigend organisiert.
6. Die politisch-erzieherische Arbeit mit den Studenten zwecks ihrer Einbeziehung in die demokratische Erneuerung Deutschlands wird an den Hochschulen, vor allem an der Universität Jena, kaum geleistet. Offene Auftritte der Reaktion werden nicht angemessen zurückgewiesen.
7. Die kulturellen Bildungseinrichtungen werden unzureichend kontrolliert, was an den Volkshochschulen zu Abweichungen von den Lehrplänen und Programmen führt, die in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung festgelegt wurden. Die Ausstellungen sind fehlerhaft und der Arbeit der Bibliotheken wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt.
8. Die Befehle des Obersten Chefs [der SMAD] werden unbefriedigend ausgeführt. So wurde der Befehl Nr. 48[69] in bezug auf die Vorbereitung von Deutsch-Lehrern, die Erhöhung der Lehrerqualifikation, die Vorbereitung von Schulräten und die Ausbildung von Lehrern in den Fächern Werken, Zeichnen und Musik nicht ausgeführt. Der Vorbereitung der Lehrer-Kreiskonferenzen 1947 wurde nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Bei den Aufnahmen in die Berufs- und Fachschulen wurden Abweichungen von den festgelegten Kontingenten festgestellt.
9. Die Bestätigung der Stellenpläne und der Struktur des Apparates des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen wurde ohne Beteiligung der Abteilung Volksbildung der SMA Thüringens vollzogen. Deshalb zeichnen sich die Struktur und die Stellenpläne des Bildungsministeriums durch ein unbegründetes Mißverhältnis in der Ausstattung der Abteilungen mit Personal aus. So ist der Personalbestand der Abteilung Verwaltung (mit mehr als 70 Personen) zu hoch, wobei die Stellenpläne der Abteilung Schulen und anderer Abteilungen beschnitten wurden.

Die Abteilung Volksbildung der SMA Thüringen erlaubt sich, einige Maßnahmen ohne Genehmigung der Abteilung Volksbildung der SMAD durchzuführen. Beispielsweise wurden ohne

69 SMAD-Befehl Nr. 48 vom 26. Feb. 1947 über Maßnahmen zur Ausbildung von Lehrern der Grund-, Mittel- und Berufsschulen und zur Umschulung von Lehrern und Schulräten in der SBZ, Wortlaut in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland 1968, S. 425-427.

Absprache mit der Abteilung Volksbildung der SMAD der Professoren- und der Lehrkörper der Universität bestätigt, Lehrerkurse für die Vorbereitung auf das erste Lehrerexamen eröffnet oder die Anweisungen des Sektors politische Aufklärungseinrichtungen der Abteilung Volksbildung der SMAD zur Organisierung eines Seminars für Lehrer an den Volkshochschulen mißachtet.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA-Verwaltung Genosse Bogatyrjow hat erst vor kurzem die Weiterbildungslehrgänge für Kreisinspektoren organisiert.

Die meisten der genannten Mängel sind auf die unkritische Haltung des Genossen Bogatyrjow zu seiner Arbeit bzw. auf dessen Selbstzufriedenheit zurückzuführen. Anstatt einen feinfühligen, aufmerksamen und sich auf eine gute Sachkenntnis stützenden Führungsstil zu praktizieren, beruhen seine Tätigkeit und auch seine Beziehungen zu den Deutschen und den eigenen Mitarbeitern noch immer auf rein administrativer Grundlage.

Die Abteilung Volksbildung der SMAD schlägt dem Genossen Bogatyrjow vor, die erwähnten Mängel in seinem persönlichen Arbeitsstil und in der Arbeit der Abteilung Volksbildung der SMA-Verwaltung in Thüringen zu beseitigen.

In Zukunft ist es erforderlich, alle Kräfte der Abteilung Volksbildung in Thüringen zu mobilisieren, um offensiver als je zuvor gegen reaktionäre Kräfte vorzugehen, die die Maßnahmen zur konsequenten Demokratisierung der Volksbildung bremsen. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei den Maßnahmen zur ideologischen und politischen Umerziehung der Professoren- und Lehrerschaft an der Universität bzw. der Lehrerschaft an den Schulen zu widmen sowie den Säuberungen der reaktionären Elemente an der Universität, im Ministerium, in den Schulen und unter den Schulräten.

Als Arbeitsgrundlage für 1948 soll der Arbeitsplan der Abteilung Volksbildung der SMAD gelten.

Die Methoden der Kontrolle über die deutschen Organe der Volksbildung sind radikal zu überdenken. Dabei gilt es, sich vor allem auf die demokratischen Elemente zu stützen.

Die Chefs der Sektoren in der Abteilung Volksbildung der SMAD haben die Abteilung Volksbildung der SMA-Verwaltung Thüringen tagtäglich zu unterstützen und die Umsetzung aller oben genannten Vorschläge zu kontrollieren.

Die Durchführung der Beschlüsse des Methodischen Rates beim Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD ist im dritten Quartal 1948 zu kontrollieren.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland P. Solotuchin

GARF 7317/55/4, Bl. 68-70. Original.

Nr. 83. Bericht der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMAD über Formen und Methoden der Arbeit mit der deutschen Intelligenz. 14. April 1948[70]

Geheim

1. Formen und Methoden der Arbeit mit der deutschen Intelligenz

Die Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMAD arbeitet aus eigener Kraft systematisch hauptsächlich mit der künstlerischen Intelligenz – mit Schriftstellern, Schauspielern, Malern, Kunstschaffenden, und zum Teil auch mit der wissenschaftlichen Intelligenz. Die Arbeit

70 Nr. 3 (für die Ablage) von insgesamt drei Ausfertigungen (Nr. 1 Soboljow, Nr. 2 Semjonow).

mit anderen Schichten der Intelligenz erfolgt hauptsächlich über den Kulturbund, der durch die Kultur-Abteilung kontrolliert wird, sowie auf der Grundlage von Empfehlungen in kulturpolitischen Fragen, die an die Abteilung für Kultur und Propaganda des Parteivorstandes der SED[71] weitergegeben werden.

Bei der Arbeit mit der Intelligenz werden folgende Arbeitsformen angewandt:

a) Kontrolle und Hilfe für den Kulturbund, eine Organisation, die einen großen Teil der deutschen Intelligenz erfaßt (Empfehlungen für die Themen von Vorlesungen, Vorträgen, Kunstabenden und Diskussionen; persönliche Beteiligung von Offizieren aus den Abteilungen und Unterabteilungen an lokalen Veranstaltungen des Kulturbundes).

b) Unterstützung der Arbeit der Klubs der Intelligenz[72] und der Klubs der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion", die in einigen Städten der Zone geschaffen wurden.

c) Empfehlungen zur Durchführung von Tagungen auf Zonen- und Landesebene sowie Beratungen von Vertretern verschiedener Berufsgruppen (Schriftsteller, Maler, künstlerische Theaterleiter), in denen aktuelle Schaffensfragen zur Diskussion gestellt werden.

d) Vorträge der Mitarbeiter der Abteilung bzw. ihrer Unterabteilungen auf Versammlungen der Intelligenz zu Fragen der marxistischen Ästhetik, der sowjetischen Kultur, der Kritik der reaktionären bürgerlichen Kultur und zu Fragen unserer Kulturpolitik in Deutschland. Als besonders lohnenswert hat sich die Praxis erwiesen, besondere Frage-und-Antwort-Abende zu organisieren, in denen sowjetische Offiziere Fragen beantworten, die die Intelligenz bewegen.

e) Kontrolle und Empfehlungen für die Zeitschriften des Kulturbundes „Aufbau" und „Sonntag"[73] sowie für weitere Zeitschriften für die Intelligenz („Ost und West"[74], „Theater der Zeit", „Dramaturgische Blätter", „Bildende Kunst"[75]).

f) Veröffentlichungen der Mitarbeiter der Kultur-Abteilung in den Presseorganen der SMAD zu einzelnen aktuellen Fragen.

g) Empfänge im Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin sowie in den Häusern der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion im Anschluß an Beratungen und Konferenzen deutscher Kulturschaffender sowie nach Premieren russischer und sowjetischer Theaterstücke.

h) Persönliche Gespräche mit den prominentesten Vertretern der deutschen Kultur.

[2.] Stimmung unter der deutschen Intelligenz und ihre Einstellung gegenüber der UdSSR

Die Vorgänge und Veränderungen, die sich innerhalb der deutschen Intelligenz seit Beginn der Besetzung Deutschlands bzw. der Durchführung einer Reihe von demokratischen Reformen in der sowjetischen Zone vollzogen haben, sind im großen und ganzen noch nicht gründlich untersucht worden. Nach persönlichen Beobachtungen und aufgrund eines systematischen Studiums von Presse und Literatur, kann man folgende Schlüsse ziehen (die sich jedoch fast ausschließlich auf die künstlerische Intelligenz beziehen).

---

71 1946 wurde beim Parteivorstand der SED eine Abteilung Kultur und Erziehung gebildet und im Okt. 1947 mit der Abteilung Parteischulung und Werbung zur Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung/Propaganda zusammengelegt.

72 „Klubs der Intelligenz" oder „Klubs der Kulturschaffenden" wurden lokale Gruppen des Kulturbundes genannt.

73 „Sonntag", eine Wochenzeitung des Kulturbundes, erschien vom Juli 1946 bis Nov. 1990.

74 Die Zeitschrift „Ost und West" erschien von 1947 bis 1949 in Berlin unter der Leitung von Alfred Kantorowicz mit SMAD-Lizenz und sollte eine kulturelle Brückenfunktion zwischen den Besatzungszonen wahrnehmen. – Kantorowicz, Alfred, Dr. iur. (1899-1979), Jurist, Literaturhistoriker und Publizist; 1931 KPD, 1933-46 Emigration in Frankreich, Spanien und 1941-46 in den USA, 1947-49 Herausgeber der Zeitschrift „Ost und West", 1950 SED, 1950-57 Professor für neueste deutsche Literatur an der Humboldt-Universität Berlin und Leiter des Heinrich-Mann-Archivs der Akademie der Künste, 1957 Flucht nach Berlin/West, später in München und Hamburg seßhaft.

75 Alle hier genannten Zeitschriften erschienen mit SMAD-Lizenz.

Der Zusammenbruch des Naziregimes, die faktische Spaltung Deutschlands und die Unverkennbarkeit einer langfristigen Besetzung haben bei einem großen Teil der Intelligenz eine tiefe Depression ausgelöst. Den Aufbau der neuen demokratischen deutschen Kultur führten jene Vertreter der deutschen Kultur an, die aus dem Exil, aus den Konzentrationslagern und aus dem Untergrund zurückkehrten.

Sie haben einen entschlossenen Kampf gegen die faschistische Ideologie und für die Schaffung einer neuen demokratischen Kultur begonnen. In diesem Kampf offenbarten sich die Positionen der verschiedenen Gruppen der Intelligenz. Entscheidend dabei sind die Fragen über die Wege zur deutschen Einheit und über die Beziehung zur UdSSR.

Führend in der Intelligenz sind jene, die entweder in der SED vereinigt sind oder ihr nahe stehen. Dieser Teil der Intelligenz ist der UdSSR gegenüber freundschaftlich eingestellt und nimmt aktiv an der Propaganda des Marxismus und der sowjetischen Kultur teil. Ein großer Teil der Intelligenz hat im stattfindenden Machtkampf noch nicht klar Position bezogen und versucht, diesen Auseinandersetzungen fernzubleiben.

Schließlich gibt es eine Gruppe in der Intelligenz, die gänzlich dem Westen zugewandt und der Sowjetunion und dem demokratischen Lager gegenüber feindlich eingestellt ist.

Eine positive Wirkung auf die Beziehung der Intelligenz zur Sowjetunion hatte und hat die Politik der SMAD, die auf eine Verbesserung der materiellen Lage der Intelligenz (Zusatzkartensystem, Erhöhung der Gehälter von Lehrern usw.), den Wiederaufbau eines Netzes von Kultureinrichtungen und die Schaffung einer breiten Basis für das Verlagswesen gerichtet ist sowie Hilfe und Unterstützung für Forschungseinrichtungen leistet. Die kürzlich getroffenen Maßnahmen der SMAD in bezug auf ehemalige nominelle Nazis[76] werden zweifellos jenen Teil der Intelligenz für die UdSSR gewinnen, der früher mit dem Nazismus verbunden war, und seine Einbeziehung in den Aufbau eines demokratischen Deutschlands beschleunigen.

Beurteilung der Stimmung in einzelnen Gruppen der künstlerischen Intelligenz

Schriftsteller: Die prominentesten deutschen Schriftsteller leben in der sowjetischen Zone. Sie nehmen aktiv am Aufbau der deutschen demokratischen Kultur teil und stützen sich in ihrer Arbeit auf die Erfahrungen des sozialistischen Sowjetstaates. Diese Gruppe von Schriftstellern leitet die während der Besatzung entstandenen gesellschaftlichen Organisationen, Literaturzeitschriften und Verlage. Sie übt einen bedeutenden Einfluß auf das gegenwärtige ideologische Leben in der Zone aus.

Zu dieser Gruppe gehören Mitglieder der SED, ehemalige Kommunisten wie Becher, Weinert, Bredel[77], Ludwig Renn, Anna Seghers, Marchwitza[78], Claudius[79], Leonhard[80], Kantorowicz,

---

76 SMAD-Befehl Nr. 35 vom 26. Feb. 1948 ordnete an, bis zum 10. April 1948 in der SBZ die Entnazifizierungsmaßnahmen zu beenden.

77 Bredel, Willi (1901-1964), Metalldreher, Schriftsteller; 1919 KPD, ab 1928 Redakteur kommunistischer Zeitungen, 1933-34 im Konzentrationslager Fuhlsbüttel interniert, 1934 Emigration, 1937-39 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, 1939 in die UdSSR, 1943 Mitbegründer und Präsident des Nationalkomitees Freies Deutschland; 1945-49 Landesleiter des Kulturbundes in Mecklenburg, 1947-49 Chefredakteur der Literaturzeitschrift „Heute und Morgen", 1949-51 Vizepräsident der DSF, 1950 Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste, 1952-56 Chefredakteur der Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur", 1954-64 Mitglied des ZK der SED, 1962-64 Präsident der Deutschen Akademie der Künste.

78 Marchwitza, Hans (1890-1965), Bergarbeiter und Schriftsteller, 1920 KPD, 1933 Emigration in die Schweiz, ab 1936 Offizier der Internationalen Brigaden in Spanien, ab 1938 Exil in Frakreich und 1941-46 in den USA. 1950 Mitbegründer der Deutschen Akademie der Künste.

Hermlin[81], Friedrich Wolf und Parteilose wie Kellermann, Clara Viebig[82], Weyrauch[83] und andere. Diese Schriftsteller gaben antifaschistische Werke heraus, die sie im Exil geschrieben hatten und die dem deutschen Leser bis 1945 unbekannt geblieben waren. Sie haben auch neue Bücher verfaßt. Die deutschen Schriftsteller widmen sich weiterhin solchen Themen wie der Entlarvung des Nazismus, seiner Entstehungsgeschichte und seines Untergangs. Die Probleme der Gegenwart beginnen erst jetzt das Interesse der Künstler zu wecken (so gelang es dem vor kurzem verstorbenen Schriftsteller Adam Scharrer[84], einen Roman über die Bodenreform zu beenden, Bredel arbeitet an einem Roman über die demokratische Umgestaltung in der sowjetischen Zone).

Das künstlerische Werk der fortschrittlichen deutschen Schriftsteller zeichnet sich durch realistische Wahrnehmung der Wirklichkeit, Darstellung der moralischen Größe einer revolutionären Persönlichkeit, soziale Aktualität und hohen ideologischen Wert aus.

In der sowjetischen Besatzungszone gibt es eine Gruppe von Literaturkritikern, die die Positionen des Marxismus vertreten und gegen Ästheten-Theorien kämpfen. Als besonders prominent gelten unter ihnen Erpenbeck[85], Klaus Gysi, Rilla[86], Harich[87], Kaiser[88] und andere.
Einige antifaschistische Schriftsteller, die sich immer noch im Exil befinden, haben schon öfter ihre Sympathien für die demokratischen Umgestaltungen in der sowjetischen Zone zum Ausdruck gebracht (Bert Brecht[89], Heinrich Mann, Arnold Zweig).

---

79 Claudius, Eduard (1911-1976), Maurer, Schriftsteller und Diplomat, 1932 KPD, 1934 Emigration in die Schweiz, 1936-38 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, anschließend Internierung in Frankreich und ab 1939 in der Schweiz. 1945 Pressechef im Ministerium für Entnazifizierung in Bayern, 1948 Übersiedlung nach Potsdam, 1956-59 DDR-Generalkonsul in Syrien, 1959-61 DDR-Botschafter in Vietnam.

80 Leonhard, Rudolf (1889-1953), Schriftsteller, lebte ab 1927 in Frankreich, 1950 Rückkehr nach Berlin (Ost).

81 Hermlin, Stephan (1915-1997), Schriftsteller, 1931 Mitglied im kommunistischen Jugendverband, 1936 Emigration, Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, ab 1939 in Frankreich und ab 1944 in der Schweiz. 1945 Rundfunkredakteur in Frankfurt/Main, 1947 Übersiedlung nach Berlin, Mitarbeiter der Zeitschriften „Ulenspiegel" und „Aufbau", 1952-63 Sekretär der Sektion Dichtkunst und Sprachpflege der Deutschen Akademie der Künste, 1953-54 und 1962-90 Mitglied des Präsidiums des PEN-Zentrums Deutschland.

82 Viebig, Klara (1860-1952), Schriftstellerin.

83 Weyrauch, Wolfgang (1904-1980), Schriftsteller, 1946-48 Redakteur in Berlin, 1952-58 Lektor in Hamburg.

84 Scharrer, Adam (1889-1948), Schlosser, Schriftsteller; 1918 KPD/1946 SED.

85 Erpenbeck, Fritz (1897-1975), Schriftsteller und Kulturfunktionär, 1927 KPD, 1933 Emigration in die Tschechoslowakei und 1935 in die UdSSR, nach Rückkehr 1945 Chefredakteur der „Berliner Zeitung", Redakteur der „Deutschen Volkszeitung", 1946 Gründung der Zeitschrift „Frau von heute", 1946-58 Chefredakteur von „Theater der Zeit" und „Theaterdienst", 1950 Leiter der Spielplankommission im Ministerium für Volksbildung, 1951 Leiter der Hauptabteilung Darstellende Kunst und Musik in der Staatlichen Kunstkommission beim Ministerrat der DDR, 1954-56 Chefredakteur der Zeitschrift „Artistik".

86 Rilla, Paul (1896-1954), Literaturwissenschaftler, 1945 Leiter der Kulturredaktion der „Berliner Zeitung".

87 Harich, Wolfgang (1923-1995), Philosoph und Publizist, 1945/46 KPD/SED, 1948 Lehrbeauftragter für marxistische Philosophie an der Universität Berlin, 1950-56 Lektor im Aufbau-Verlag, 1953-56 Chefredakteur der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie", 1956 verhaftet und 1957 zu zehn Jahren Haft wegen „Bildung einer konspirativ-staatsfeindlichen Gruppe" verurteilt, 1964 amnestiert, 1990 gerichtlich rehabilitiert.

88 Kaiser, Bruno (1911-1982), 1947-49 Abteilungsdirektor an der Deutschen Staatsbibliothek Berlin, 1948 SED, 1949 Vorsitzender der Sektion Literatur im Zentralvorstand der DSF.

89 Brecht, Bertolt (1898-1956), Schriftsteller und Regisseur, 1933-48 in der Emigration, 1941-47 in den USA. Als die SMAD Brecht Anfang 1949 zur Übersiedlung nach Ost-Berlin bewegen wollte, indem sie ihm dort eine „Wohnung" anbot, lehnte er ab. Vgl. Demidow/Abramow/Kratkaja sprawka o rabote otdelenija kultury otdela informazii UWK g. Berlin w janware mesjaza 1949g., in: AWP RF 0457b/9/22/56, Bl. 50-59, hier Bl. 58. 1949 begründete Brecht das Berliner Ensemble, nahm aber 1950 die österreichische Staatsbürgerschaft an. Die von Brecht und seinen Erben geübte Praxis, durch Übertragung der Veröffentlichungsrechte an westdeutsche Verlage der SMAD- und der DDR-Zensur zu entgehen, war damals keineswegs selten.

Viele deutsche Schriftsteller, vor allem Dichter, verhalten sich jedoch apolitisch und bemühen sich, aktuelle Fragen zu meiden. Weit verbreitet unter ihnen sind Verzweiflung, Pessimismus und Mißtrauen gegenüber dem Volk. Der Zerfall der bürgerlichen Kultur drückt sich natürlich auch im ideologischen Leben der Deutschen aus. Auch die Besonderheit der gegenwärtigen Lage Deutschlands macht sich bemerkbar und ist für viele Kulturschaffende ein schmerzhaftes Erlebnis. Zu dieser Gruppe gehören die Dichter Hagelstange[90], Johanna Moosdorf[91], Elisabeth Langgässer und andere.

Theaterschaffende. In der Zeit der Besatzung ist es gelungen, die leitenden Funktionen an Theatern mit progressiven Theaterschaffenden zu besetzen (Langhoff, Wisten[92], Legal[93], Ihering, Keller[94], Litt[95], Lewitt[96] und andere). Führende Schauspieler des deutschen Theaters unterstützen die demokratischen Maßnahmen in der Zone und die Politik der SMAD. Unsere Hilfe bei der Durchsetzung gewichtiger und inhaltsreicher Spielpläne zieht sie ebenso an wie unsere hohe Wertschätzung für die Rolle des Theaters im öffentlichen Leben. Die nazistische Politik der Bewegung „Kraft durch Freude“[97] hatte verderblichen Einfluß auf das Publikum und schränkte das Theater auf Erheiterung und Unterhaltung ein. Dieses Verhältnis zum Theater hat echte Schauspieler verletzt. Unsere Politik auf dem Gebiet der Spielpläne, die das klassische Repertoire und alles, was in der modernen Dramaturgie von Bedeutung ist, fördert, findet bei den besten deutschen Schauspielern Verständnis.

Unter den deutschen Schauspielern ist die Begeisterung für den Formalismus und das westliche bürgerlich-dekadente Theater stark zu spüren. Die Schauspieler widersetzen sich dem realistischen Theater und einem politisch relevanten Repertoire. Für das sowjetische Theater, seine Probleme und künstlerischen Richtungen interessieren sich die Schauspieler sehr. Die ins Deutsche übersetzten Arbeiten von Stanislawski[98] stießen auf großes Interesse.

In der Zone gibt es einige Regisseure und Pädagogen, die dem System von Stanislawski folgen und auf seiner Grundlage Theaterschulen gegründet haben, die ganze Schauspielerensembles nach der Methode von Stanislawski ausbilden. Professor Vallentin[99] leitet eine solche Schule in Weimar, in Rostock ist das die Schule von Professor Achenbach[100].

---

90 Hagelstange, Rudolf (1912-1984), Schriftsteller.

91 Moosdorf, Johanna (1911-2000), Schriftstellerin.

92 Wisten, Fritz (eigentlich Moritz Weinstein) (1880-1962), Schauspieler, bis 1938 Leiter des Jüdischen Kulturbundes, 1942-45 Zwangsarbeit. 1945 Regisseur, 1946-54 Lizenzträger und Intendant des Theaters am Schiffbauerdamm, 1954-62 Intendant der Volksbühne am Luxemburgplatz in Ost-Berlin.

93 Legal, Ernst (1881-1955), 1945-52 Intendant der Deutschen Staatsoper Berlin, 1950 Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste, 1952 Amtsenthebung, Austritt aus der Deutschen Akademie der Künste und Übersiedlung nach West-Berlin.

94 Keller, Robert (1901-1972), 1920 SPD, 1933-38 Emigration in der Tschechoslowakei, 1938-42 in Frankreich und 1942-47 in den USA. 1945 SPD, 1947 SED, 1947-49 Chefredakteur von „Vorwärts“, 1949-52 stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, 1953 Flucht nach Westdeutschland.

95 Litt, Theodor (1880-1962), Philosoph und Pädagoge, als Nachfolger Eduard Sprangers ab 1920 Professor an der Universität Leipzig, ab 1947 Professor an der Universität Bonn.

96 Lewitt, Paul (1895-1983), Schauspieler, Regisseur, Theaterleiter.

97 Die nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) nahm im Dritten Reich Aufgaben der organisierten kollektiven Freizeitgestaltung wahr.

98 Stanislawski, Konstantin Sergejewitsch (1863-1938), Regisseur, Schauspieler, ab 1898 Leiter des Moskauer Künstler-Theaters.

99 Vallentin, Maxim (1904-1987), Regisseur, 1926 KPD, 1933-45 Emigration in der Tschechoslowakei und in der UdSSR, 1946 KPD/SED, Mitbegründer der Abteilung für Schauspiel an der Musikschule Weimar, 1947-52 Intendant des Deutschen Theaterinstituts Weimar, 1952-68 Intendant des Maxim-Gorki-Theaters Berlin, 1964/65 Intendant der Volksbühne Berlin.

100 Professor Achenbach war damals Leiter der Schauspielschule in Rostock.

Maler und Musikschaffende. Für viele führende Vertreter der deutschen bildenden Kunst und der Musik ist folgendes charakteristisch: Sie sind politisch progressiv, aber ihre künstlerische Methode ist reaktionär. Sogar jene Maler und Musiker, die Mitglieder der SED sind und sich früher am Widerstand beteiligt hatten und während des Faschismus in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert waren, vertreten in ihrem künstlerischen Schaffen surrealistische, abstrakt-formelle und konstruktivistische Positionen (Maler Sandberg[101], Komponist Blacher[102]). Die Vertreter der älteren Künstlergeneration, wie der Maler Hofer[103], der Komponist Tissen[104] und andere, die vom Hitlerregime als Anhänger der „degenerierten" Kunst verfolgt und verboten wurden, versuchen heute, in ihrer Kunst die expressionistische Richtung aufrechtzuerhalten, die vor 1933 in Deutschland weit verbreitet war.

Der Umstand, daß die Kunstschaffenden, die offen und aufrichtig den Weg zur realistischen Kunst suchen, wie der Maler Nerlinger[105] (Mitglied der SED) oder der Komponist Borris[106], diesen Weg aber letztendlich nicht finden, ist im wesentlichen dadurch zu erklären, daß in der deutschen bildenden Kunst und Musik die realistischen Traditionen schwächer ausgeprägt sind als in anderen Kunstbereichen.

Die bildende Kunst im Nachkriegsdeutschland ist im wesentlichen dekadent. Das zeigte die gesamtdeutsche Kunstausstellung in Dresden im Sommer 1946.[107] Dies fand Ausdruck auf dem Kunstkongreß, mit dem die Ausstellung beendet wurde, vor allem in den Reden jener Künstler aus Westdeutschland, in deren Bildern ein starker Einfluß von Picasso[108], Braque[109], Matisse[110], Chagall[111] und Klee[112] zu spüren ist. Diese Maler waren während des Faschismus verboten und üben allein aus diesem Grund eine starke Anziehungskraft auf die künstlerische Jugend aus.

Die Werke der Musikjugend stehen aus dem gleichen Grund unter dem Einfluß solcher Komponisten wie Hindemith[113] und Schönberg[114], die von den Faschisten aus Deutschland vertrieben worden waren.

Besser ist die Lage mit Musikerkadern. Vor allem soll so ein bekannter Dirigent wie Furtwängler[115] genannt werden, dessen Werk wahre realistische und volksnahe Tendenzen ausmachen. Erwähnt werden muß auch der junge Dirigent Celibidache[116], der gegenwärtig die Berliner Phil-

101 Sandberg, Herbert (1908-1991), 1945-49 Herausgeber des „Ulenspiegels", 1947-61 Bühnenbildner, 1954-57 Chefredakteur der „Bildenden Kunst".

102 Blacher, Boris (1903-1975), Komponist, 1948 Professor für Komposition an der Hochschule für Musik Berlin (1953-70 Direktor), 1968 Präsident der Deutschen Akademie der Künste.

103 Hofer, Karl (1878-1955), Künstler, Professor an der Berliner Kunstakademie, 1947-49 Herausgeber der Zeitschrift „Bildende Kunst", 1949 im „Neuen Deutschland" wegen „Formalismus" kritisiert.

104 Professor Heinz Tissen, Musiker.

105 Nerlinger, Oskar (1893-1969), Künstler, 1945-51 Professor an der Kunsthochschule Berlin-Charlottenburg, 1947-49 Herausgeber der Zeitschrift „Bildende Kunst", 1951 Übersiedlung nach Ostberlin, 1955-58 Professor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee.

106 Borris, Siegfried (1906-1987), Komponist, Musikwissenschaftler und -schriftsteller.

107 In Dresden fand vom 25. Aug. bis Nov. 1946 die sogenannte Erste Allgemeine Deutsche Kunstausstellung statt.

108 Picasso, Pablo (1881-1973), Maler.

109 Braque, George (1882-1963), Maler.

110 Matisse, Henri (1869-1954), Maler.

111 Chagall, Marc (1887-1985), Maler.

112 Klee, Paul (1879-1940), Maler.

113 Hindemith, Paul (1895-1963), Komponist.

114 Schönberg, Arnold (1874-1951), Komponist.

115 Furtwängler, Wilhelm (1886-1954), Dirigent, 1922-28 Gewandhaus Leipzig, 1922-45 und 1947-54 Leiter und ab 1954 Dirigent der Berliner Philharmoniker.

116 Celibidache, Sergiu (1912-1996), Dirigent, 1945-52 Dirigent der Berliner Philharmoniker.

harmonie leitet und viel für die Popularisierung der besten Vorbilder, der russischen Klassik und der sowjetischen Musik getan hat.

Die meisten deutschen Maler und Musiker verfolgen mit großem Interesse und großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der sowjetischen Kunst und würdigen die moralische und materielle Unterstützung, die sie seitens der SMAD erfahren.

Die deutschen Künstler sind sich nach wie vor nicht im klaren über das Verhältnis zwischen Staat und Kunst, zwischen Volk und Kunst in der Sowjetunion. Das erklärt sich aus dem extremen Individualismus der Künstlerposition in Deutschland und in der westlichen Kunst allgemein.

Die Arbeit am Aufbau und der Erziehung einer wahrlich realistischen, eng mit dem Volk verbundenen Kunstrichtung in der bildenden Kunst und in der Musik in Deutschland wird von uns noch sehr viele Anstrengungen erfordern.

3. Formen und Methoden der Arbeit der Engländer, Amerikaner und Franzosen mit der deutschen Intelligenz

Wir besitzen keine halbwegs vollständigen und zusammenfassenden Materialien über die Formen und Methoden der Arbeit der westlichen Besatzungsmächte mit der deutschen Intelligenz, weil ihre Erforschung schwierig ist (die Hauptquellen sind Pressemeldungen und Berichte der Deutschen, die aus den westlichen Zonen kommen).

Laut den uns vorliegenden Informationen wenden die westlichen Besatzungsmächte folgende Arbeitsformen und -methoden an:

1. Das System der „Informationszentren" (Klub mit Büfett, Tanz- und Kinosaal sowie Leseraum). Diese Klubs sind dem Außenministerium unterstellt, werden von ihm finanziert und sind sein Eigentum. Gegen einen geringen Beitrag kann ein Deutscher Mitglied in diesem Klub werden, der auch für einen ausgewählten Teil der Besatzungsarmee offen ist. In der englischen und amerikanischen Zone besteht ein ziemlich weites Netz solcher Klubs.

In Berlin wird die deutsche Intelligenz in großen Klubs ideologisch bearbeitet: „Amerika-Haus", Englischer Klub, Französisches Kulturhaus und ein Netz von Bezirksklubs in der amerikanischen Zone. Die Arbeitsformen in diesen Klubs erstrecken sich auf Vorlesungen, Gespräche am „Runden Tisch", Filmvorführungen, Ausstellungen, manchmal Theatergastspiele (besonders aktiv sind hier die Franzosen). In diesen Klubs gibt es auch Büchereien und Leseräume, die in großen Mengen ausländische Periodika erhalten.

Häufig praktiziert werden Auftritte von Lektoren, Kulturfunktionären und Kunstschaffenden aus den USA, England und Frankreich sowie Diskussionen mit ihnen.

So luden die Franzosen im Zusammenhang mit der Inszenierung seines Stückes „Fliegen" am Hebbel-Theater in Berlin Sartre ein, der an Diskussionen über philosophische Fragen des Existentialismus teilnahm. Die Amerikaner organisierten in ihrem Klub eine Vorlesungsreihe „Über Demokratie", die aus Auftritten von Offizieren verschiedener westlicher Länder bestand. Oft finden dort Vorträge amerikanischer Offiziere statt (vor kurzem trat dort ein schwarzer Offizier mit einem Vortrag über Rassenprobleme in den USA auf).

2. Aktiver Einfluß an Universitäten (in den Westzonen gibt es an jeder Universität einige Kontrolloffiziere; es werden Lektoren aus den Ländern der Besatzungsmächte eingeladen, Sonderfahrten von Professoren und Studenten organisiert; an den Universitäten der französischen Zone studiert eine beträchtliche Zahl französischer Studenten, die sich aktiv am öffentlichen Leben der Universitäten beteiligen).

3. Deutsche Professoren werden in die USA und nach England für zeitlich begrenzte Tätigkeit oder zum Kennenlernen des Wissenschaftsbetriebes in diesen Ländern eingeladen; ebenso werden namhafte Dirigenten, Schauspieler und Künstler eingeladen.

4. Es werden spezielle Berufsschulen und Kurse organisiert, die Aufenthalte der Teilnehmer in den USA und in England einschließen.

5. Bildung einzelner deutscher Berufs- und Amateurverbände, die von den Besatzungsbehörden kontrolliert und geleitet werden.

6. Verleihung von Ehrentiteln an deutsche Wissenschaftler durch wissenschaftliche Einrichtungen in den USA und in England.

7. Umfassende individuelle Bearbeitung, häufige Privatbesuche bei deutschen Kulturschaffenden und der Empfang von Besatzungsoffizieren in ihren Privatwohnungen.

8. Materielle Unterstützung des führenden und aktiven Teils der Intelligenz, der westlich orientiert ist (Lebensmittelzuteilungen, Mittagessen, Carepakete).

9. Einlaß Deutscher (Intellektueller und Jugendlicher) in die Tanzklubs der Besatzungstruppen.

10. Umfassende Werbung für philanthropische Maßnahmen aller Art.

11. Amerikaner und Engländer gründen keine großen kulturellen Massenorganisationen, verfügen aber über „Privatsalons", in denen ein Teil der Intelligenz bearbeitet wird. Diesen Zwekken dienen auch der Journalistenklub und der Bühnenkünstlerklub in Berlin sowie andere Berufsklubs, die als Gegenstück zu entsprechenden Organisationen bei uns geschaffen wurden.

12. Spezielle Druckerzeugnisse für Deutsche, d. h. Zeitschriften, Zeitungen, Kriminal- und Dekadenzliteratur sowie Massenauflagen von antisowjetischer Literatur aller Art werden großzügig nach Deutschland eingeführt.

13. Verstärkter Einsatz von Deutschen als Korrespondenten und Kommentatoren (der Herausgeber des „Tagesspiegels" E. Reger ist in die USA geschickt worden, K. Holler nach London).

14. Reaktionäre deutsche philosophische „Richtungen" und formalistische Strömungen in Literatur und Kunst werden besonders unterstützt.

Es ist anzumerken, daß wir die Arbeitsmethoden der englischen und der amerikanischen Besatzungsmacht nicht speziell erforscht haben. Wegen des erschwerten Zugangs zu den westlichen Sektoren von Berlin und der Einengung des Kreises deutscher Funktionäre, mit denen Kontakt gehalten wird, ist eine solche Erforschung in der letzten Zeit äußerst schwierig geworden.

4. Propaganda der sowjetischen Kultur

Literatur. Der Verlag der SMA sowie die mit unserer Lizenz arbeitenden deutschen Verlage haben in den letzten zweieinhalb Jahren eine umfangreiche Arbeit bei der Übersetzung von russischer Klassik und sowjetischer Literatur ins Deutsche und ihrer Herausgabe geleistet. Auf Deutsch sind folgende Bücher erschienen: „Der stille Don" und „Neuland unterm Pflug" von Scholochow, „Der Leidensweg" von A. Tolstoi, ausgewählte Werke von Gorki und Majakowski, „Der Fall von Paris" von Ilja Ehrenburg (zur Zeit wird sein Buch „Der Sturm" übersetzt), „Zwei Kapitäne" von Kawerin, „Stalingrad" und „Das Volk ist unsterblich" von W. Grossman[117], Romane von Ostrowski[118], Katajew, Simonow[119], Panowa[120] und anderen. Während der Besetzung sind etwa sechs Millionen Bücher russischer und sowjetischer Autoren erschienen. Außerdem werden nach unseren Empfehlungen in den periodisch erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften regelmäßig Artikel und Auszüge aus den Neuerscheinungen sowjetischer Literatur und verschiedene Materialien aus der sowjetischen Presse veröffentlicht.

Vom Kulturbund und insbesondere von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion werden Vortragsabende über Werke russischer und sowjetischer Schriftsteller durchgeführt, die von Lesungen der literarischen Werke begleitet werden. Diese Abende ziehen in der Regel ein großes Publikums an.

---

117 Grossman, Wassili Semjonowitsch (1905-1964), Schriftsteller.

118 Ostrowski, Nikolai Alexejewitsch (1904-1936), Schriftsteller.

119 Simonow, Konstantin Michailowitsch, Pseudonym für Kirill M. S. (1915-1979), Schriftsteller.

120 Panowa, Wera Fjodorowna (1905-1973), Schriftstellerin.

Für Lehrer der russischen Sprache und Literatur wurden in Berlin und Schwerin Vorlesungsreihen über die Geschichte der sowjetischen Literatur gehalten. An den Universitäten sollen im Sommersemester von fachkundigen Mitarbeitern der SMAD für Studenten der Slawistik Vorlesungen zur Geschichte der sowjetischen Literatur gehalten werden.

Unter den Büchern sowjetischer Schriftsteller, die deutsche Leser nachhaltig beeindruckt haben, ist vor allem „Der stille Don" von Scholochow, „Wie der Stahl gehärtet wurde" von Ostrowski und „Einfach Liebe" von W. Wassiljewskaja[121] zu nennen. Bei der Jugend findet das Buch von Kawerin „Zwei Kapitäne" großen Zuspruch.

Es ist unbestritten, daß infolge einer großen propagandistischen Arbeit in der deutschen Bevölkerung das Interesse für russische Literatur geweckt wurde. Die sowjetische Literatur beeinflußt zunehmend die Entwicklung der besten Schriftsteller Deutschlands.

Theater. Die Kultur-Abteilung kontrolliert vier Theaterverlage, die sich mit der Herausgabe von dramaturgischen Werken und ihrem Theaterverleih befassen. In diesen Verlagen sind während ihrer zweijährigen Existenz etwa 40 russische klassische und größtenteils sowjetische Theaterstücke erschienen. Gegenwärtig gibt es unter den 88 Theatern der Zone kein einziges, das nicht auf seinem Spielplan wenigstens ein sowjetisches Stück hätte.

Das deutsche Publikum interessiert sich besonders für jene sowjetischen Theaterstücke, in denen aktuelle Fragen der internationalen Politik interpretiert werden, wie „Die Russische Frage" von Simonow (läuft in 30 Theatern der Zone) oder jene, in denen das Alltagsleben sowjetischer Menschen dargestellt wird, wie beispielsweise „Maschenka" von Afinogenow[122].

Besonders erfolgreich sind sowjetische Komödien (das Stück „Ein Urlaubstag" von Katajew läuft in 49 Theatern der Zone) und Theaterstücke für Kinder („Lachen und Weinen" von Michalkow[123], „Die Schneekönigin" von Je. Schwarz[124]).

Großes Interesse löste in dieser Saison das Stück der Brüder Tur und L. Scheinin „Oberst Kusmin" aus, in dem das für die Deutschen aktuelle Thema der Unterschiede in der Politik der Besatzungsmächte interpretiert wird (das Stück läuft in dreizehn Theatern).

Aus dem russischen klassischen Repertoire werden an den Theatern der sowjetischen Zone die Stücke von Gorki, Tschechow[125], Ostrowski und anderen erfolgreich aufgeführt.

Die Inszenierung klassischer russischer und sowjetischer Stücke wird kontrolliert, in der Regel wirken dabei die Mitarbeiter der Abteilung Kultur und ihrer Unterabteilungen beratend mit. Diese Konsultationen helfen deutschen Regisseuren und Schauspielern, den ideologischen Inhalt der Werke und Figuren tiefer zu erfassen und den Alltag bzw. die reale Umgebung genauer nachzubilden.

In der nächsten Zeit wird das Theaterrepertoire in der Zone durch neue sowjetische Stücke erweitert. So werden bald „Der Löwe auf dem Marktplatz" von Ehrenburg, „Die große Kraft" von Romaschow[126], die Komödie „Der Mensch aus dem Jenseits" von Slobodskoi, „Krieg ohne Frontlinie" von Jakobson[127] auf Deutsch erscheinen.

---

121 Wassiljewskaja (polnisch: Wasilewska), Wanda Lwowna (1905-1964), polnisch-sowjetische, politisch aktive Literatin, die ab 1939 in der UdSSR lebte. Sie war mit dem ukrainischen Schriftsteller und Politiker A. J. Korneitschuk verheiratet.

122 Afinogenow, Alexandr Nikolajewitsch (1904-1941), Dramatiker.

123 Michalkow, Sergei Wladimirowitsch (geb. 1913), Kinderbuchautor, Mitautor der sowjetischen Nationalhymne.

124 Schwarz, Jewgeni Lwowitsch (1896-1958), Schriftsteller.

125 Tschechow, Anton Pawlowitsch (1860-1904), Schriftsteller.

126 Romaschow, Boris Sergejewitsch (1895-1958), Dramatiker, Schriftsteller.

127 Jakobson, August (1904-1963), russischsprachiger Schriftsteller aus Estland; 1942 WKP(B), 1950-58 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Estnischen SSR, stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

Musik. Seit 1945 wurde die Arbeit zur Propaganda der russischen und sowjetischen Musik bis zum heutigen Tag in folgenden Richtungen geführt:

a) Vermittlung der bekanntesten und für das Rußland des 19. Jahrhunderts prägendsten Musikwerke in der deutschen Öffentlichkeit, die in Deutschland wenig oder überhaupt nicht bekannt sind und die die ganze Vielseitigkeit und Vielfalt der klassischen russischen Musikkultur in den verschiedenen Genres zeigen.

Zur Realisierung dieser Aufgabe wurden zur Inszenierung empfohlen und zum großen Teil in der deutschen Opernszene der sowjetischen Zone inszeniert: „Pique Dame" und „Jolanta" von Tschaikowski[128], „Der Jahrmarkt von Sorotschin" von Mussorgski[129], „Ruslan und Ljudmila" von Glinka[130] sowie „Sadko" von Rimski-Korsakow[131].

Auf dem Gebiet der sinfonischen, der Kammer- und der Vokalmusik wurden die zum großen Teil erstmalig in Deutschland gespielten Werke von Glinka, Borodin[132], Rimski-Korsakow, Rachmaninow[133], Mussorgski und Tanjejew[134] in das deutsche Konzertrepertoire eingeführt.

b) Parallel zur Propaganda der in Deutschland unbekannten Werke großer russischer Komponisten der Vergangenheit wurde systematisch daran gearbeitet, um die dem deutschen Publikum bereits vertrauten Musikwerke von Tschaikowski, teilweise von Dargomyschski[135], Rimski-Korsakow und Glinka populärer zu machen.

c) Von den sowjetischen musikalischen Werken wurden überwiegend jene Stücke propagiert, die von der sowjetischen Öffentlichkeit hoch anerkannt wurden, wie die 5. und. 7. Sinfonie von Schostakowitsch[136], die Suite zum Balett „Gajane" von Chatschaturjan[137], die Suite zum Balett „Romeo und Julia" von Prokofjew[138], „Die Komödianten" und die Suite zur Oper „Colas Breugnon" von Kabalewski[139], Kammermusikwerke, Vokalzyklen und Romanzen von Chrennikow[140], Kabalewski, Prokofjew und anderen.

Die Einschränkungen in der Auswahl an sowjetischen Opern erklären sich durch den Mangel an Noten, das Angebot konnte noch nicht erweitert werden. Ausgesprochen unzureichend wird die russische Solo- und Chorkultur präsentiert, was zum Teil an den Schwierigkeiten mit qualitativ guten Übersetzungen liegt.

Auch das sowjetische Massenlied und das russische Volkslied wurden ungenügend populärisiert. Zur Zeit befinden sich zwei Bücher mit russischen Volksliedern und sowjetischen Liedern in Vorbereitung. Die Frage nach einer erweiterten Produktion von Grammophonplatten mit Aufnahmen russischer Lieder und Romanzen wurde bereits gestellt.

Eine neue Form der Verbreitung der russischen Musikkultur ist die Organisation von Musiksektionen bei der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, deren Aufgabe es ist, russische klassische Musik und moderne sowjetische Musik zu populärisieren.

---

128 Tschaikowski, Pjotr Iljitsch (1840-1893), Komponist.

129 Mussorgski, Modest Petrowitsch (1839-1881), Komponist.

130 Glinka, Michail Iwanowitsch (1804-1857), Komponist.

131 Rimski-Korsakow, Nikolai Alexandrowitsch (1844-1908), Komponist.

132 Borodin, Alexandr Porfirjewitsch (1833-1887), Komponist.

133 Rachmaninow, Sergei Wassiljewitsch (1873-1943), Komponist und Pianist.

134 Tanjejew, Sergei Iwanowitsch (1856-1915), Komponist.

135 Dargomyschski, Alexandr Sergejewitsch (1813-1869), Komponist.

136 Schostakowitsch, Dmitri Dmitrijewitsch (1906-1975), Komponist.

137 Chatschaturjan, Aram Iljitsch (1903-1978), Komponist.

138 Prokofjew, Sergei Sergejewitsch (1891-1953), Komponist, verließ 1918 Rußland.

139 Kabalewski, Dmitri Borissowitsch (1904-1987), Komponist, einer der Hauptvertreter des musikalischen Sozialistischen Realismus.

140 Chrennikow, Tichon Nikolajewitsch (geb. 1913), Komponist.

Es ist anzumerken, daß unter breiten Schichten der deutschen Bevölkerung ein großes Interesse für russische klassische und sowjetische Musik sowie für das moderne Lied vorhanden ist. Davon zeugen die erfolgreichen Inszenierungen russischer Opern und Konzerte russischer klassischer und sowjetischer Musik. Das gleiche gilt für die zahlreichen Bestellungen von sowjetischen Liederbüchern und Noten russischer und sowjetischer Kammermusik, die wir jedoch noch nicht befriedigen können.

Film. Für die Arbeit zur Propaganda sowjetischer Filme, die in die deutschen Kinos kommen, zieht die Kultur-Abteilung der SMAD die SED wie auch die demokratischen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Kulturbund, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion sowie Jugend- und Frauenorganisationen) heran.

Die sowjetischen Filme werden wie folgt propagiert:

a) durch öffentliche Vorführungen sowjetischer Filme speziell für Parteien und gesellschaftlich-demokratische Organisationen;

b) Filmfestivals sowjetischer Filme in Berlin und in der ganzen Zone;

c) Vorführungen sowjetischer Filme im Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin sowohl im Original als auch auf Deutsch;[141]

d) Propagierung sowjetischer Filme durch Presse, Rundfunk und Werbung;

e) Vorführung sowjetischer Filme vor einem breiten Publikum in Deutschland.

Sowjetische Filme werden, bevor sie in deutschen Kinos anlaufen, aber auch danach, in öffentlichen Vorführungen gezeigt. Das hilft nicht nur, die Filme richtig zu verstehen, sondern auch, um breite Schichten der Werktätigen in der Zone mit dem sowjetischen Staat und der sowjetischen Kultur bekanntzumachen. In solchen öffentlichen Vorführungen treten in der Regel Offiziere der Informationsorgane, Vertreter der deutschen Filmkunst, Leiter demokratischer Organisationen und Funktionäre der SED mit Vorträgen über sowjetische Filme auf.

Erste Erfahrungen bei der Durchführung von Filmfestivals sowjetischer Filme wurden bei einem Festival gesammelt, das anläßlich des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der UdSSR organisiert wurde.

In Berlin und in der sowjetischen Zone wurde das Festival von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion durchgeführt, es fand große Beachtung und hatte großen Erfolg.

Während des Filmfestivals haben mehr als drei Millionen Menschen sowjetische Filme gesehen.

Einen großen Erfolg hatte das Festival sowjetischer Dokumentar- und Kulturfilme, das von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion organisiert wurde.

Eine große Rolle bei der Propaganda sowjetischer Filmkunst in Deutschland spielt auch die Werbung in Presse und Rundfunk.

In der Regel werden Filme, die in deutsche Kinos kommen, in der Presse der sowjetischen Zone besprochen. Allein 1947 wurden in den Zeitschriften und Zeitungen, die in Deutschland erscheinen, 7.690 Rezensionen und Artikel über sowjetische Filmkunst veröffentlicht. Zu den Auftritten in der Presse und im Rundfunk werden prominente deutsche Literaten, die die sowjetische Realität gut kennen, herangezogen.

Von November 1945 bis April 1948 wurden in deutschen Kinos 78 sowjetische Spielfilme gezeigt, die entweder synchronisiert oder mit Untertiteln versehen waren. Außerdem wurde eine große Anzahl sowjetischer Dokumentar-, populärwissenschaftlicher und Kulturfilme aufgeführt.

Von 1945 bis 1947 sahen insgesamt 149,8 Millionen Zuschauer (davon fünf Millionen in den Westzonen Deutschlands) sowjetische Filme.

---

141 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1948 sahen über zehn Millionen Zuschauer sowjetische Filme.

Diese Angaben belegen, daß der sowjetische Film einen festen Platz in den Kinos der sowjetischen Zone eingenommen hat. Die Analyse der Besucherzahlen und Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit zeugen davon, daß sowjetische Komödien, Abenteuer-, Märchen- und Kinderfilme den meisten Anklang finden. Einen überwältigenden Erfolg hatte der Film „Die steinerne Blume". Auf beachtliches Interesse, insbesondere bei den Arbeitern, stießen historisch-revolutionäre Filme (allen voran „Lenin im Oktober", „Lenin 1918", „Der Schwur" und andere). Einen großen Erfolg hatte der antifaschistische Film „Professor Mamlock".

Eine Reihe von Filmen stieß jedoch beim Durchschnittszuschauer auf Unverständnis und hatte keinen Erfolg. Einige Filme lösten darüber hinaus unerwünschte Reaktionen und Gegenstimmen aus (sogar unter SED-Mitgliedern). Dies betrifft Filme zu militärhistorischen Themen, vor allem „Der Kreuzer Warjag" und „Admiral Nachimow", die wir erst auf ausdrückliche Aufforderung des Ministeriums für Filmkunst zugelassen haben.

Viele Deutsche meinten, daß diese Filme „bei der Jugend militaristische Stimmung" fördern, ihre patriotischen Ideen den Deutschen fremd sind und die positive Darstellung der Offiziere der alten russischen Flotte befremdlich wirkt.

„Sowexportfilm"[142] geht beim Verleih sowjetischer Filme nach Deutschland oft von kommerziellen Interessen aus und berücksichtigt dabei nicht die politische Zweckmäßigkeit und die Reaktionen des deutschen Zuschauers.

Mängel bei der Propaganda sowjetischer Filme

1. Unzureichende Nutzung der fortschrittlichen Lokalpresse und des Rundfunks für die Propaganda sowjetischer Filme.
2. Die Parteien und die demokratischen Organisationen in den kleinen Städten und Ortschaften werden selten als Hilfe bei der Propaganda der sowjetischen Filmkunst unter den Werktätigen der Betriebe und auf dem Lande herangezogen.
3. Die vorhandenen Filmvorführwagen auf dem Lande werden unzureichend für die Propaganda sowjetischer Filme genutzt, der „Sowexportfilm" hat keinen gesonderten Filmbestand für die Arbeiterklubs und die demokratischen Massenorganisationen.
4. Sowjetische Dokumentarfilme und die Filmjournals „Nachrichten vom Tage", in denen die besten sowjetischen Arbeiter und das Leben bzw. der Alltag in den Sowjetrepubliken gezeigt werden, erhalten wir in Deutschland unregelmäßig und äußerst unpünktlich.
5. Die Planung des Filmverleihs und des Filmrepertoires für Deutschland ist nicht durchschaubar, weil die Unionsvereinigung „Sowexportfilm" sowjetische Filme planlos schickt und sich dabei keine Gedanken über die politische Situation in Deutschland und die Zweckmäßigkeit der Vorführung der Filme unter dem Aspekt der politischen Aufgaben der SMA-Organe in Deutschland macht.

5. Mängel und Schwierigkeiten in der Arbeit der Kultur-Abteilung

1. Es fehlen qualifizierte Mitarbeiter[143], so daß der Arbeitsumfang nicht vergrößert und der Einfluß auf die Intelligenz nicht verstärkt werden kann (durch häufige spezielle Vorträge, Teil-

142 „Sowexportfilm", Nachfolgeeinrichtung von „Sojusintorgkino".

143 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage zusätzlich durch Randanstreichung hervorgehoben.

nahme an schöpferischen Diskussionen, Auftritte in der Presse usw.), die Kontrolle über das kulturelle Leben in der Zone kann nicht im nötigen Umfang gewährleistet werden.

Unsere Kadersituation ist gegenwärtig sehr schwierig: Keine der Kultur-Unterabteilungen ist vollständig besetzt, die Kultur-Abteilung im Land Mecklenburg hat keinen Leiter. In einem Land wie Sachsen, das zahlreiche Kultureinrichtungen hat, wird die Kultur-Abteilung von einem jungen Offizier geleitet, der über keine Berufserfahrungen auf dem Gebiet der Kultur verfügt; als Referent ist in der Abteilung ein Leutnant eingesetzt, der nur eine zehnklassige Schulbildung hat.

Im letzten Jahr sind drei Leiter der Kultur-Abteilungen in den Ländern, zwei Referenten der Abteilungen und zwei Referenten aus der Kulturabteilung – fast alle mit Hochschulfachbildung, mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Kultur und guten Kenntnissen der deutschen Sprache – in die UdSSR abberufen worden. Als Ersatz haben wir keinen gleichwertigen Mitarbeiter mit einer entsprechenden Ausbildung bekommen. Infolgedessen sind die Kultur-Abteilungen nicht vollständig besetzt, weil es nicht möglich ist, geeignete Mitarbeiter vor Ort zu finden oder auszubilden, da an die Mitarbeiter der Kultur-Abteilung besondere Anforderungen gestellt werden.

2. Die Arbeit mit dem Kulturaktiv der SED im Rahmen von Vorträgen, Vorlesungen und persönlichen Gesprächen ist unzureichend.

3. Die mittlere Schicht der deutschen Intelligenz (Lehrer, Ärzte, Ingenieure und Techniker, Intelligenz auf dem Lande) wird noch unzureichend durch unsere Arbeit erfaßt.

4. Das Fehlen von Kontrolloffizieren an den Universitäten erlaubt es nicht, die politisch-erzieherische Arbeit mit der dort arbeitenden wissenschaftlichen Intelligenz und den Studenten richtig zu entfalten, unter denen die bürgerlichen Parteien – CDU und LDP – besonders aktiv sind. Die Arbeit, die in dieser Richtung von den Mitarbeitern der Kultur-Abteilung der SMAD geführt wird, ist offensichtlich unzureichend.

5. Es gibt keinen aktiven Kulturaustausch zwischen der UdSSR und der sowjetischen Zone. Der Bücheraustausch zwischen den großen Bibliotheken läuft noch nicht, es fehlen lebendige Kontakte zwischen den Universitäten und Kulturorganisationen. Äußerst selten kommen aus der UdSSR Lektoren, Kunstschaffende, Theater- und Musikkollektive sowie die besten Theaterleute.

6. Die Arbeit der von uns kontrollierten Organisationen – des Kulturbundes und der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion – weist wesentliche Mängel auf (Vorlesungen werden oft auf niedrigem ideologischem Niveau gehalten, es gibt Schwächen in der Organisation, eine breite Massenarbeit dieser Organisationen mit den werktätigen Massen der Bevölkerung fehlt).

7. Die individuelle Arbeit mit der Intelligenz ist noch schlecht entwickelt, es gibt keinen kulturellen Kontakt zwischen speziell ausgebildeten Mitarbeitern der SMAD und deutschen Funktionären. Unsere Mitarbeiter sind in Fragen der individuellen Arbeit mit Deutschen auch durch eine Reihe von Formalitäten und Einschränkungen gebunden, die aus unserer Sicht für eine bestimmte Kategorie von Informationsmitarbeitern abgeschafft werden könnten, was den persönlichen Einfluß unserer Mitarbeiter auf die führenden Vertreter der deutschen Intelligenz verstärken würde.

Vorschläge:

Um die Erfüllung der Aufgaben der Kultur-Abteilung und ihrer Unterabteilungen in der sowjetischen Zone zu gewährleisten ist es erforderlich:

1. die Kultur-Unterabteilungen der Informationsabteilungen in den Ländern dringend mit qualifizierten Kadern zu besetzen (vor allem benötigen wir einen Abteilungsleiter und fünf Referenten). Angesichts der Besonderheiten in der Arbeit der Kultur-Abteilungen und Unterabteilungen halten wir es für möglich, für diese Arbeit nicht nur Offiziere abzukommandieren, sondern auch geprüfte Fachleute aus zivilen Einrichtungen oder Hochschulabsolventen bzw. Aspiranten der

philologischen Fakultäten von Universitäten und der Abteilungen für Theaterwissenschaften an den Theaterhochschulen.

2. Für die Arbeit in der sowjetischen Zone sechs politische Mitarbeiter auszusuchen und als Kontrollinspektoren für die Universitäten abzukommandieren (äußerst wünschenswert wären dabei gute Kenntnisse der deutschen Sprache und ein abgeschlossenes geisteswissenschaftliches Hochschulstudium).

Es ist notwendig, in der Informationsverwaltung einen qualifizierten Musikwissenschaftler, einen Theaterwissenschaftler und einen Kunsthistoriker zu haben.

3. In die sowjetische Zone sind qualifizierte Lektoren, bekannte Wissenschaftler und Kulturschaffende abzukommandieren, um Vorlesungsreihen und *Kurse im Haus der Kultur der Sowjetunion* in Berlin, an den Universitäten und in den Klubs des Kulturbundes und der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion abzuhalten.

4. Zu lösen ist die Frage des Bücheraustauschs zwischen den großen Bibliotheken und Universitäten der sowjetischen Zone und den entsprechenden Institutionen in der UdSSR.

5. Studienfahrten verschiedener deutscher Delegationen in die UdSSR sollen öfter stattfinden (wünschenswert sind eine spezielle Delegationsreise der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion sowie Fahrten von Studenten und Professoren der Abteilungen für slawische Philologie sowie von Lehrern der Oberschulen).

6. Die sowjetische Kunst sollte verstärkt und im größeren Umfang von den besten sowjetischen Künstlern vorgestellt werden. Hierfür sind zu organisieren:

a) Gastspiele großer sowjetischer Künstler (Sänger, Musiker, Dirigenten) sowie Theater- und Musikkollektive (wie das Obraszow-Theater, eines der Moskauer Schauspielhäuser, eines Volkschores, des Staatlichen Tanzensembles, eines der nationalen Tanz- und Musikensembles usw.) in Berlin und in der Zone.

b) Eine Reihe von Original-Kunstausstellungen sowie von thematischen Fotoausstellungen (besonders wichtig sind die Themen „Arbeiterklasse der UdSSR", „Schule und Erziehung in der UdSSR", „Bauernschaft in der UdSSR", „Fünfjahres-Nachkriegsplan in der UdSSR", „Hochschule in der UdSSR" und andere).

7. Die All-Unionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland soll verpflichtet werden:

a) der Kultur-Abteilung die Neuerscheinungen der Dramatik, neue Bücher zu Fragen der Philosophie, Ästhetik, Literaturwissenschaft und der Kunstwissenschaft zukommen zu lassen;

b) Artikel und Dokumente für den von uns geplanten Sammelband über den sozialistischen Realismus vorzubereiten und uns zuzusenden;

c) einige Diapositiv-Serien zur Geschichte der russischen Kunst und Kunst der Völker der UdSSR zusammenzustellen und uns zukommen zu lassen.

d) Die Hilfe für die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ist zu verstärken, indem regelmäßig Materialien für ihre Vorlesungen, Broschüren und Zeitschriften zugeschickt werden, die das Leben der UdSSR und die sowjetische Kultur darstellen. Das gilt auch für wissenschaftliche Fachartikel in der von der Gesellschaft ins Leben gerufenen Zeitschrift „Sowjetische Wissenschaft".

e) Von den Gemälden der Tretjakow-Galerie sowie von Porträts großer Vertreter der russischen und sowjetischen Kultur sind gute Reproduktionen zur weiteren Vervielfältigung und zur Ausstattung der Klubs der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu übersenden.

f) Die Zusendung von Noten, insbesondere für Kammermusik, Vokalstücke und Massenlieder ist zu verstärken.

Für den Chef der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMAD Major A. Korkbilin

AWP RF 0457b/6/38/25, Bl. 81-95. Original.

Nr. 84. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Solowjow an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin über die Fluktuation der Lehrer in Sachsen. Dresden, 24. Juni 1948

Geheim

Über den Abgang und die Fluktuation von Lehrern im Land Sachsen

Da sich in den letzten drei Jahren die Zusammensetzung der Lehrer im Land Sachsen stark veränderte (75% Neulehrer) und viele Neulehrer sich bezüglich ihrer pädagogischen Qualifikation noch nicht festlegten, ist in der Lehrerschaft während des ganzen Schuljahres eine hohe Fluktuation und ein großer Abgang zu beobachten, wobei diese Fluktuation im Schuljahr 1947/1948 zugenommen hat.

Vom 1. Oktober 1945 bis zum 31. Dezember 1945 waren nur 243 Lehrer aufgrund ihres persönlichen Wunsches ausgeschieden, 225 von ihnen an den Volksschulen;

vom 1. Januar 1946 bis zum 31. Dezember 1946 waren es 2.438 Personen, davon 2.016 an den Volksschulen;

vom 1. Januar 1947 bis zum 31. Dezember 1947 waren es 3.416 Personen, davon 2.827 an den Volksschulen.

Obwohl die Stellen der ausgeschiedenen Lehrkräfte durch fast die gleiche Anzahl von neuen Lehrern besetzt wurden und die Lehrerschaft sich daher zahlenmäßig nicht veränderte, verändert sich die Lehrerschaft jedoch qualitativ zum Schlechteren. Wenn dieser Prozeß nicht gebremst wird, droht die Gefahr, daß die ganze Lehrerschaft in den nächsten sechs bis sieben Jahren ausgewechselt sein wird und sich damit ihre Zusammensetzung nachteilig verändert.

Besonders zugenommen hat die Fluktuation der Lehrerschaft im Schuljahr 1947/1948 unter den Neulehrern – ehemaligen qualifizierten Arbeitern und Angestellten, die aus Fabriken und Betrieben in die Schulen kamen und jetzt wieder dorthin zurückkehren. Das macht sich besonders nach der Umsetzung des Befehls Nr. 234[144] in den Betrieben bemerkbar.

Diese Frage wurde in zwölf von 30 Kommandanturen untersucht, darunter in den drei Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz. Dabei wurde festgestellt, daß vom 1. September 1947 bis 1. Mai 1948 in den dort bestehenden 1.200 Schulen aller Typen 1.860 Personen ihren Arbeitsplatz verlassen haben; das sind 15% der gesamten Lehrerschaft in zwölf Kreiskommandanturen. Im gleichen Zeitraum wurden auf dem Gebiet dieser Kommandanturen 1.925 Personen neu eingestellt.

In Leipzig sind innerhalb von acht Monaten 395 Personen ausgeschieden, 437 wurden neu eingestellt; in Chemnitz sind 165 Personen ausgeschieden, 342 wurden neu eingestellt; in Dresden sind 342 Personen ausgeschieden und 328 wurden neu eingestellt. In den Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz erfaßten Abgänge und Fluktuation unter den Lehrern 20-25% aller Neulehrer. So haben von insgesamt 1.345 Lehrern in Stadt und Kreis Dresden 342 Neulehrer gekündigt.

In der Stadt und im Kreis Leipzig waren von 395 ausgeschiedenen Lehrern 321 Neulehrer;

in der Stadt und im Kreis Chemnitz waren von 165 ausgeschiedenen Lehrern 154 Neulehrer.

Unter den 1.860 ausgeschiedenen Lehrern waren 948 Frauen und 912 Männer.

---

144 Mit SMAD-Befehl Nr. 234 vom 9. Okt. 1947 über die Steigerung der Arbeitsproduktion und Arbeitsdisziplin sowie Arbeitsschutzmaßnahmen (in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland 1968, S. 504-511) wurde u. a. in den Betrieben zusätzliche Lebensmittelversorgung für die Beschäftigten eingeführt.

Von den 1.860 in den zwölf Kommandanturen ausgeschiedenen Lehrern waren 312 alte Lehrer und 1.548 Neulehrer, davon 707 Personen mit dem Abschluß der [Neu]Lehrerlehrgänge; 45 von ihnen haben bereits das 1. Lehrerexamen bestanden.

Die Einteilung der ausgeschiedenen Lehrer nach der Ausbildung sieht wie folgt aus: Mit Hochschulbildung 104 Personen, mit mittlerer Reife (Oberschulseminare) 603 Personen, die restlichen Lehrer haben die Volksschulreife.

Ursachen der Abgänge:

1. Wechsel vom Lehrerberuf in einen lukrativeren Beruf (in deutsche Betriebe und Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften usw.) 461 Personen,
2. Abgang zum Studium 158 Personen,
3. in andere Kreise verzogen 133 Personen,
4. wegen Heirat den Arbeitsplatz verlassen 95 Personen,
5. in die westlichen Zonen übergesiedelt 95 Personen,
6. wegen schlechter Arbeit gekündigt 83 Personen,
7. aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden 87 Personen,
8. wegen verschiedener Straftaten (Diebstahl, Schwarzhandel, Erpressung u. a.) gekündigt 89 Personen,
9. wegen antidemokratischer Auftritte gekündigt 8 Personen,
10. im Zuge der Entnazifizierung gekündigt 26 Personen,
11. gestorben (davon zwei Selbstmorde) 26 Personen,
12. aus sonstigen nicht ermittelbaren Gründen ausgeschieden 592 Personen.

Der Parteizugehörigkeit nach sind die meisten ausgeschiedenen Lehrer Mitglieder der SED. So waren von 117 ausgeschiedenen Lehrern im Kreis Borna 90 Mitglieder der SED, 21 Personen Mitglieder der bürgerlichen Parteien und sechs parteilos;

im Kreis Hoyerswerda waren 28 von 55 ausgeschiedenen Lehrern Mitglieder der SED, zwei Mitglieder der bürgerlichen Parteien und 25 parteilos.

In bezug auf die Wohnbedingungen sind von den Lehrern während der Schulinspektionen keine Beschwerden eingegangen. Junge alleinstehende Lehrer haben ein bis zwei Zimmer und die älteren Lehrer im Regelfall eine Wohnung mit drei und vier Zimmern.

Obwohl einige Lehrer an den Dorfschulen besser mit Lebensmitteln versorgt sind als die Lehrer in den Städten, verfügen einige Dorflehrer wegen Bodenknappheit im Land Sachsen über keine Privatgärten.

Die Gehälter der Lehrer werden regelmäßig ausgezahlt, doch im Vergleich zu anderen Berufen sind sie niedriger und die Abzüge hoch. Als Beispiel führe ich die Angaben zu den Unterhaltskosten von sechs Lehrern im Kreis Chemnitz auf: Alfred Kreissig, Neulehrer an einer Volksschule, hat eine zweiköpfige Familie zu ernähren. Er bezieht ein Gehalt von 391 Mark, wobei ihm nach allen Abzügen 270 Mark auf die Hand ausgezahlt werden. Luisa Schawal, ältere Lehrerin an einer Oberschule, hat eine dreiköpfige Familie und bezieht ein Gehalt von 614 Mark im Monat; nach allen Gehaltsabzügen erhält sie 393 Mark auf die Hand usw. (siehe Anlage)[145].

Eine der Ursachen für die Fluktuation junger Lehrer im Land Sachsen ist die Einteilung der Lehrerschaft in zwei Gruppen: in hauptberufliche Lehrer mit einem Stundensoll von mehr als zwölf Stunden und in nebenberufliche mit einem Stundensoll von weniger als zwölf Stunden.

145 Anlage lag nicht vor.

Letztere erhalten keinen Monatslohn, sondern einen Stundenlohn. Diese falsche Praxis wird zur Zeit gemäß meinem Vorschlag vom Bildungsminister aufgehoben.

Die Hauptursache für die Fluktuation in der Lehrerschaft ist die schlechte Versorgung der Lehrer mit Lebensmitteln und Industriewaren, die Neulehrer und Lehrer, die als Umsiedler in die Kreise kamen, besonders dringend benötigen.

Schlußfolgerung: *Um die Lehrer an den Schulen zu halten und die Fluktuation der Schulmitarbeiter zu verhindern, müssen nicht nur die pädagogischen Qualifikationen der Lehrer weiter erhöht, sondern auch ihre Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren soweit verbessert werden, daß sie den im Befehl Nr. 234 festgelegten Versorgungsnormen der Arbeiter entsprechen.*[146]

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA des Landes Sachsen *Solowjow*

GARF 7317/54/11, Bl. 39-41. Original.

Nr. 85. Aus dem Protokoll der Beratung der Chefs der Abteilungen Volksbildung der Verwaltungen der SMA der Länder in der SBZ. 29. Juni 1948

Vortrag des Chefs des Sektors Schulen der Abteilung Volksbildung der SMAD Genosse Mitropolski

Ende letzten Jahres hat Genosse Solotuchin folgende Anweisungen zur Arbeit der Schulen erteilt.

1. Die Arbeit zur politischen Mobilisierung der Lehrer ist zu verbessern.
2. Die Qualifikation der Neulehrer ist zu erhöhen.

Diese Anweisungen des Genossen Solotuchin wurden erfüllt, wovon die Ergebnisse der pädagogischen Konferenzen in den Ländern zeugen.

Die Konferenzen haben gezeigt: Die Lehrer sind politisch aktiver geworden, 60% von ihnen sind Mitglieder der SED.[147] Die politische Linie der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und der SED wird im großen und ganzen eingehalten. In den Referaten der Chefs wurde im gebührenden Maß Kritik und Selbstkritik geübt. Das ist eine große Leistung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und der Abteilung Volksbildung der SMAD.

Zum Wachstum der Schülerzahlen: 1947/1948 gab es 2.800.000 Schüler. Die Anzahl der überalterten Schüler an den Volksschulen ist übermäßig hoch. In der 1. Klasse beträgt ihr Anteil 11%, was die Qualität des Unterrichts verschlechtert. Die Neuzugänge an den Schulen entwickeln sich zufriedenstellend. In diesem Jahr gab es in den 1. Klassen 465.229 Schüler. Den größten Zuwachs gab es in Mecklenburg, den geringsten in Brandenburg. Hier gibt es in den 1. Klassen weniger Schüler als im letzen Jahr.

146 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

147 Laut Broszat/Weber, SBZ Handbuch 1990, S. 233, waren 1949 in der SBZ 47,7% aller Grund- und Oberschullehrer Mitglied der SED, 13% der LDP und 10% der CDU. In Berlin-Ost gehörten im Schuljahr 1948-49 16% und 1949/50 18% der Lehrer der SED an. Hierzu vgl. GARF 7317/54/15, Bl. 75-104.

Zu dem Zuwachs in den 9. Klassen: Die soziale Zusammensetzung hat sich verbessert: 21,9% der Schüler sind Arbeiter- und Bauernkinder. Der Anteil der Oberschüler wächst. Den geringsten Zuwachs gibt es in Sachsen, den höchsten in Mecklenburg.

Das Problem des Lehrermangels wurde auf den Konferenzen falsch behandelt. So entfallen auf einen Lehrer an der Volksschule 45 Schüler, an den Oberschulen sind es nur elf. An den Volksschulen gibt es insgesamt 2.522 Lehrer, an den Oberschulen sind es 1.292 Lehrer zu viel. Unsere Aufgabe ist es, die Lehrer richtig einzuteilen.

Der Befehl des Marschalls über die Versorgung der Neulehrer wird von den Chefs nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit ausgeführt. So kommt es vor, daß Gehälter nicht ausgezahlt und Gartengrundstücke nicht zur Verfügung gestellt werden usw.

Zur Erweiterung der Arbeit mit den jungen Kadern: Diese beinhaltete die Vorbereitung auf die Prüfungen für das 1. und 2. Lehrerexamen. Auf den Konferenzen wurde die ernste Einstellung der Prüfungskommissionen und der Lehrer zu ihrer Arbeit hervorgehoben. Die Zahlen überstiegen die Erwartungen. Wir rechneten mit vier- bis fünftausend, doch bis zu siebentausend haben die Prüfungen bestanden.

Mängel bei der Vorbereitung der Lehrer auf das 1. und 2. Lehrerexamen sind folgende: schablonenhafte Vorgehensweise des Ministeriums und der Schulräte bezüglich der Seminare. Die Vorlesungen in diesen Seminaren sind in der Regel langweilig und schlecht vorbereitet. In Brandenburg ist man zum System der Einzelkurse übergegangen, was zu sehr guten Ergebnissen führte. Der Seminarunterricht droht in eine sinnleere Formalität auszuarten. Dies spiegelt sich in der Qualität der Ausbildung von Neulehrern wider. Diese Probleme sollten ernsthaft beachtet werden; dies wird uns helfen, weitere Abgänge von Lehrern zu stoppen. Auch den älteren Lehrern bzw. deren Weiterbildung wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist dringend notwendig, zentrale Weiterbildungskurse für Lehrer bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und deren Zweigstellen in den Ministerien einzurichten. In das Programm sind die wichtigsten Fächer wie Deutsch, sozialökonomische Probleme der Gegenwart, Russisch usw. aufzunehmen. Dieses System soll in der Gründung eines Instituts für Lehrerweiterbildung münden. Auf den Konferenzen wurde mehr Aufmerksamkeit für die älteren Lehrer gefordert. Sie vertreten opportunistische Positionen und kämpfen gegen Neulehrer, wie z. B. in Sachsen, wo die alten Lehrer die Einführung eines Geschichtsexamens fordern.

Der politischen Bildung der Lehrer sollte mehr Beachtung geschenkt werden: Der Vortrag von Frau Kautzer in Brandenburg war kämpferisch und fand sowohl unter den jungen als auch unter den alten Lehrern Anerkennung. Im Vortrag wurde gesagt: Parteilos zu sein bedeutet, ein Gegner der Demokratisierung Deutschlands zu sein. Das ist zwar linksradikal, jedoch gleichzeitig eine starke Propaganda der politischen Bildung. Die politische Arbeit in den Kursen und Seminaren darf nicht kumpelhaft durchgeführt werden.

Auf den Konferenzen wurde die Frage der Versorgung der Lehrer mit marxistischer Literatur angesprochen. Die im letzten Jahr getroffene Anordnung zur Organisation von Bibliotheken und deren Versorgung mit marxistischer Literatur wurde dem Selbstlauf überlassen. In Cottbus wurde die Literatur für die Bibliothek von Religionslehrern ausgesucht. Marx und Engels wird man dort vergeblich suchen. Der Direktor behauptet, die ganze Literatur sei bereits vergriffen, was jedoch nicht besonders glaubwürdig ist.

Auf den Konferenzen wurde das große Interesse der Schüler für sowjetische Wissenschaft und Kultur hervorgehoben. Die Schüler der höheren Klassen arbeiten erfolgreich in den Zirkeln

der Gesellschaft der Freunde der UdSSR[148] und interessieren sich für die Geschichte und Geographie der UdSSR. Die ganze Arbeit erfolgt jedoch ohne Plan und ist dem Zufall überlassen (mit Ausnahme von Brandenburg). Auf diesem Gebiet mangelt es an Führung durch die Abteilung Volksbildung der SMAD und der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, denn Wandel hat diese Aufgabe der Partei übertragen.

Zur Qualität der Arbeit an den Schulen: Spürbare Verbesserungen gibt es in der Volksschule, die Oberschule ist noch nicht so weit. Zu den Mängeln gehört hier das Vorherrschen von gleichförmigen Methoden in der Arbeit der Schulen. Es überwiegt die Methode der Diskussion, das zeugt von schlechten Kenntnissen der Methodik (z. B. in Sachsen-Anhalt). Fragen der Methodik sind daher mit konzentrierter Aufmerksamkeit zu behandeln. Während der Konferenz in Mecklenburg ist kein Wort über Methodik gefallen, die Neulehrer kennen sie nicht.

Zur Anschaulichkeit im Unterricht an der Volksschule: Nach der Inspektion des Unterrichtszyklus Naturwissenschaften ist man zu dem Schluß gekommen, daß es an Anschauungsmaterialien mangelt und dort, wo es sie gibt, diese nicht angewandt werden.

Positiv wurde die Erfüllung des Lehrplans und der Lehrprogramme bewertet. In diesem Jahr kann man im großen und ganzen zum ersten Mal über die Erfüllung der Lehrpläne reden. Das bestätigt auch die erfolgte Inspektion des naturwissenschaftlichen Unterrichts.

Die politisch-erzieherische Arbeit unter den Schülern an den Oberschulen brach völlig zusammen. Aufschlußreiche Beispiele dafür können die Themen der Aufsätze liefern. Es dominieren Themen, die die Ernährung und anderes betreffen, politische Themen dagegen kommen kaum vor. Eine gewisse Arbeit auf diesem Gebiet ist bereits geleistet worden, positiv wirkt hier die FDJ. Auf den Konferenzen wurde die Arbeit der FDJ jedoch zum Teil kritisiert: Diese Organisation beschäftigt sich überwiegend mit der Verteilung von Kartoffeln aus der Schweiz bzw. Amerika oder mit der Verteilung von Eintrittskarten. Die politische Arbeit wird dabei deutlich vernachlässigt.

Unsere Aufgabe ist es, die Schüler politisch zu erziehen und den Jugendorganisationen und der Selbstverwaltung mehr Aufmerksamkeit zu widmen – sonst verfallen sie dem feindlichen Einfluß. In der FDJ überwiegen prowestliche Stimmungen, die Organisation hat nur wenige Mitglieder. Die Abteilung Volksbildung der SMAD hat die FDJ leider an die Informationsverwaltung abgeben müssen, dort wird dieses Arbeitsgebiet jedoch vernachlässigt.

Es ist auch an der Zeit, sich von einer bewußten Vernachlässigung der Sportarbeit zu verabschieden, die alten Zeiten sind vorbei.

Allgemeine Schlußfolgerung:

1) Den theoretischen Fragen der Pädagogik wurde bisher unzureichende Aufmerksamkeit geschenkt. Die Herausgabe von pädagogischen Zeitschriften ist ein großes Verdienst von Genosse Scherbow. Allerdings sind sie beim Zielpublikum unpopulär und enthalten pädagogische Entstellungen.

2) Die Rolle der Gewerkschaften in der Schule wird unterschätzt. Dieses Gebiet liegt ebenfalls im Zuständigkeitsbereich der Informationsverwaltung. Es ist schwierig, erzieherische Arbeit an den Schulen zu leisten, ohne etwas über die Lehrer zu wissen.

---

148 In der Vorlage: „Gesellschaft der Freunde der UdSSR", wahrscheinlich ist die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion gemeint.

3) Die Abteilung Volksbildung der SMAD arbeitet unzureichend mit den Kadern. Im Ministerium in Sachsen kam es vor, daß progressive Mitarbeiter bewußt zum Ausscheiden gezwungen wurden.

4) Unsere Pläne sind mit den Plänen der Länder abzustimmen, vorhandene Unstimmigkeiten zu beseitigen (vor allem in Thüringen).

Diskussion über den Vortrag des Genossen Mitropolski

Genosse Oreschkow (Brandenburg): Ich möchte in bezug auf den Vortrag von Frau Kautzer richtigstellen, daß sie mit Recht von „apolitischer" Haltung und nicht von „Parteinahme" sprach. Hier gibt es keine Überspitzungen und keinen Linksradikalismus.

Die Konferenz hat den Lehrern viel gegeben und ihnen ihre Unsicherheit genommen.

Zur Vorbereitung auf die Konferenz: Zunächst fanden Beratungen von Inspektoren statt. Es wurden auch Unterredungen mit den Referenten und mit dem Minister durchgeführt. Des weiteren fanden eine Beratung mit zehn Oberschuldirektoren und eine Sonderberatung zum Thema Dorfschule statt. Die Listen der Delegierten wurden rechtzeitig vorbereitet. Der Minister ist mit einem Vortrag über die Vorbereitungen der Konferenz aufgetreten. Alle Referenten wurden instruiert (allerdings hat der Minister vergessen, in seinem Vortrag die Vorbereitung auf das neue Schuljahr anzusprechen).

Alle Vorträge auf der Konferenz waren gut.

Die Ergebnisse der Konferenz und unserer Arbeit in letzter Zeit:

1. Ein Teil der führenden Mitarbeiter des Ministeriums und der Schulräte denkt jetzt politisch mit.

2. Aus den Reihen der Schuldirektoren und Lehrer sind demokratische Kräfte herangewachsen, die der Reaktion Widerstand leisten, so daß man sich auf sie verlassen kann.

3. Die Ministerien haben die Kontrolle über ihre Einrichtungen verbessert.

Es ist erforderlich, die Aktivitäten zu fördern, die die Konferenz ausgelöst hat.

Wir führten eine systematische politische Arbeit mit dem Ministerium und mit den Lehrern durch. Frau Kautzer stellte in ihrem Vortrag ein Programm zur politischen Erziehung von Lehrern vor, das jedoch auf der Ministerberatung wegen seiner linken Ausrichtung abgelehnt wurde. Doch es wird auf anderen Wegen, wie z. B. durch unsere Zeitschriften usw. realisiert. Das Programm für das Fach „Sozialpolitische Fragen der Gegenwart", das von der pädagogischen Fakultät erarbeitet wurde, befriedigt uns nicht.

Die Prüfungen für die Lehrerexamen werden erfolgreich durchgeführt. Die Lehrer müssen mehr Unterstützung erfahren. Etwa 40% der Lehrer werden bald das 1. Examen ablegen. Es ist erforderlich, sie mit Literatur zu versorgen.

Bei der politischen Erziehung der Lehrer ist davon auszugehen, daß sich an den Schulen jene Lehrer, die Mitglieder der SED sind, in Parteigruppen organisieren. In den Städten existieren für solche Lehrkräfte, die Mitglieder der SED sind, lokale Lehrer-Parteiverbände. Wir haben Anweisungen zur Arbeit dieser Gruppen erteilt: Sie sollen die FDJ anleiten. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Nur in sechs Schulen gibt es keine Grundorganisationen der FDJ. In einzelnen Fällen gab es auch Übertreibungen, z. B. wurden 95% der Schüler in der Jugendorganisation erfaßt.

Die FDJ organisiert die außerschulische Arbeit. Es wurden verschiedene Fachzirkel, Kulturgruppen, Gruppen zur Erforschung der Kultur der UdSSR, Chöre des russischen Volksliedes sowie Gruppen zur Rezitation russischer Gedichte organisiert.

Ich schlage vor, an jeder Schule einen Jugendleiter bzw. einen Lehrer für Jugendarbeit einzusetzen. Diese Maßnahme wurde bei uns überall getroffen und brachte positive Ergebnisse. Wir haben einen Monatslehrgang für solche Erzieher durchgeführt.

Frage des Genossen Schewtschenko: Aus welchen Mitteln werden diese Erzieher bezahlt?

Antwort des Genossen Oreschkow: Das sind Lehrkräfte, die nicht mehr als sechs Stunden in der Woche unterrichten und sich dafür mit politischen Fragen befassen. Dafür werden sie nicht extra bezahlt.

Genosse Solowjow: Zu den allgemeinen Ergebnissen der Konferenzen: Sie haben einen großen Aufschwung ausgelöst und Kräfte zur weiteren Demokratisierung der Schule mobilisiert. Sowohl das Ministerium als auch die SED und die bürgerlichen Parteien haben sich aktiv an den Konferenzen beteiligt. Die Frage der deutschen Einheit wurde von allen einhellig diskutiert. Ein wichtiges Thema auf den Konferenzen waren Berufsschulen. Diese Frage wurde noch nicht endgültig geklärt, es fehlen Lehrpläne. Der Mangel besteht darin, daß die vollzogenen Veränderungen zu gering sind. Die Deutschen treten mehr mit Erklärungen auf, die eigene Arbeit wird nicht analysiert und notwendige Kritik und Selbstkritik nicht geübt.

Die Vorbereitung des Ministers auf seinen Vortrag war unzureichend. Er nannte nur wenige Fakten aus Angst, konkret zu werden und die Autorität der Lehrer zu untergraben. Potentielle Streitpunkte wurden gemieden, obwohl es genug Gesprächsstoff gab.

Wir beurteilen die Arbeit anhand der Erfüllung der Lehrpläne. In Sachsen werden die Pläne seit drei Jahren nicht erfüllt, in diesem Jahr sind erstmalig große Veränderungen zu bemerken. Bis vor kurzem stellten die materiellen Schwierigkeiten noch ein Hindernis dar, jetzt haben die Schulen mehr Heizmaterial, mehr Hefte, mehr Schreibgeräte usw.

Im Lehrplan gibt es spürbare Veränderungen: Die Anzahl der Unterrichtstunden wurde auf das Niveau vor der Reform reduziert. Die Überprüfung des naturwissenschaftlichen Unterrichts hat ergeben, daß in 50% der Schulen der naturwissenschaftliche Zyklus nicht unterrichtet wird. Anschauungsmaterial ist zwar vorhanden, es wird jedoch nicht benutzt und staubt ein, weil Lehrer fehlen.

Einige Schuldirektoren leiten gleichzeitig zwei Schulen, so daß letztendlich beide vernachlässigt werden. Es fehlen Russischlehrer.

An den Volksschulen werden die Lehrpläne um 15% reduziert, die Oberschulen haben ihre Pläne erfüllt. Somit wird die Kluft zwischen den Volksschulen und den Ober- und Hochschulen immer größer.

Die Lage der Berufsausbildung ist katastrophal. Es fehlen richtungsweisende Maßnahmen und Berufsprofile, worüber auf der Konferenz diskutiert wurde. Der Lehrplan wurde wegen Lehrermangels um 37% reduziert, obwohl 90% der Volksschulabgänger auf Berufsschulen gehen. Dabei werden im Regelfall die einfachsten bzw. lukrativsten Berufe gewählt.

In Leipzig gab es 1947 insgesamt 700 Lehrstellen für Maurer, eine entsprechende Ausbildung begannen nur zwölf Lehrlinge. Von 7.000 Schulabgängern haben sich 120 für den Beruf des Schlossers entschieden. Die Anzahl der Schüler an den Berufsschulen nimmt durch den Zugang von Umsiedlern zu. Die Situation der Berufsausbildung von Frauen ist unbefriedigend. Sie gehen nur in die Hauswirtschaftsschulen und nicht in die Produktion.

Die Frage der Lehrwerkstätten wurde auf der Konferenz in aller Schärfe gestellt. In der ganzen Provinz gibt es 87 Lehrwerkstätten, bis Ende 1947 wird es 115 geben. Bei 6.500 Schülern ist das eindeutig zu wenig. Auf der Konferenz wurde die Frage gestellt, ob Berufsschulen ihre eigenen Werkstätten haben sollen oder ob eine Ausbildung im Betrieb besser ist. Die Betriebe nehmen ungern Praktikanten auf, weil diese die Planerfüllung stören. Deshalb ist es erforderlich, die Werkstätten an den Schulen einzurichten. Wer leitet die Berufsschulen? Die Konferenz hat diese Frage nicht klar beantwortet. Ich schlage vor, die Berufsschulen an die DWK[149] zu übergeben,

149 In der Vorlage: „Ekonomitscheski Sowet".

weil das Bildungsministerium nicht über Fachleute für Berufsschulen verfügt und die Schulräte sich mit den Berufsschulen nicht befassen.

Zu den pädagogischen Kadern: Dies ist ein heikles Thema. Sachsen hat hier den linken Weg eingeschlagen. Zwischen 1945 und 1946 wurden die Schulen von Nazi-Lehrern gesäubert. Jetzt haben wir 75% Neulehrer an den Volksschulen, zahlenmäßig sind das etwa 17.000, 11.000 von ihnen haben pädagogische Lehrgänge absolviert. Sie bilden den Kern unserer Lehrerschaft. Mehr als 2.000 von ihnen haben bereits die Prüfungen für das erste Lehrerexamen bestanden. Sie haben sich fest an den Schulen etabliert und die Fluktuation unter ihnen ist gering. Allgemein ist in der Provinz eine hohe Fluktuation ausgeprägt. Von Oktober bis Dezember 1945 sind 243 Personen aus persönlichen Gründen ausgeschieden, 1946 2.438 Personen, 1947 3.416 Personen, davon 2.720 an den Volksschulen. Viele Lehrer kehren in die Betriebe zurück. Die Ursachen der Abgänge sind materieller Natur, die Leute entscheiden sich für einen besser bezahlten Beruf. Ich schlage vor, die Frage der besseren Versorgung der Lehrer vor allem der Volksschulen mit Lebensmitteln und Industriewaren an die leitenden Organe weiterzuleiten.

Sachsen benötigt 4.000 Lehrer für die Volksschulen.

Zu den Lehrern der 5., 8. und 12. Klassen.

An den Oberschulen werden andere Gehälter gezahlt, dort wurden auch die Ränge beibehalten. Dieses System soll auf die an den Oberschulen tätigen Neulehrer ausgedehnt werden.

Die Einheitsschule stellt lediglich eine mechanische Einheit dar. Es ist notwendig, daraus eine organische Einheit zu machen.

Zu der Öffentlichkeitsarbeit an den Schulen: Die Schüler lernen erfolgreich Russisch. Sie interessieren sich für die Kultur der UdSSR. In Sachsen wurden fünf Russischkabinette eingerichtet.

Genosse Rosenbaum (Sachsen-Anhalt):

Die Konferenz hat bei uns, wie auch in anderen Provinzen, eine große politische Aktivität ausgelöst. Der Ministerialdirektor aus Halle hielt einen guten Vortrag zum Thema „Methoden der marxistisch-leninistischen Erziehung". Bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien hat dieser Vortrag Unmut ausgelöst, doch keiner hat sich getraut, offen dagegen aufzutreten.

Zur Einführung der neuen Programme: 80% der Schulen bei uns haben eine bis zwei Klassen je Stufe. Das verhindert die Erfüllung der Lehrpläne. Diese Schulen müssen zusammengelegt werden.

Den Oberschulen wird zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Inspektionen an den Oberschulen, die vom Minister Thape[150] und seinen Mitarbeitern durchgeführt wurden, haben bei ihnen Entsetzen über den herrschenden Kadermangel ausgelöst. Die leitenden Kader der Oberschulen sind nicht unsere Leute. Das sind Konservative, Greise, die die neuen Aufgaben und Methoden nicht begreifen. Sie sind Mitglieder der bürgerlichen Parteien. Deshalb werden auch die Lehrpläne nicht erfüllt. Wir haben versucht, Direktoren von Grundschulen an die Oberschulen zu versetzen. Am schlimmsten ist die Situation beim Geschichtsunterricht. Die Erfüllung des Lehrplans im Fach Geschichte wird bewußt verzögert. Auf der Konferenz wurde die starke Überladung des Lehrplans hervorgehoben. Die Kommission hat gefordert, den Lehrplan zu überarbeiten, die Kurse der Geschichte des Altertums und des Mittelalters zu kürzen und die Aufmerksamkeit auf die Zeitgeschichte zu konzentrieren.

150 Thape, Ernst (1892-1985), Schlosser, Ingenieur, 1908 SPD, Redakteur, 1939-45 Haft im Konzentrationslager Buchenwald, ab 1945 2. Vizepräsident und 1946-48 Minister für Volksbildung in Sachsen-Anhalt, Dez. 1948 Flucht in den Westen.

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrer ist nicht wissenschaftlich fundiert. Es ist erforderlich, eine zentrale Universität mit Zweigstellen in den Ländern zu errichten. Das Ablegen von Prüfungen für die Lehrerexamen verlief in diesem Jahr schneller als vor einem Jahr. Von September 1946 bis März 1948 sind an den Schulen 1.240 Neulehrer ausgeschieden. Die Ursachen dafür sind persönliche Wünsche, Wechsel in Betriebe, Umsiedlung in die Westzonen sowie die Familiensituation usw. Ich schlage vor, zu befürworten, daß die Lehrer in die Versorgungskategorie 2 überführt werden. Dies haben sowohl die Konferenz als auch die Kommissionen gefordert.

Information des Genossen Solotuchin:

Die höheren Organe haben diesen Vorschlag gebilligt. Eine konkrete Lösung wird nach der neuen Ernte getroffen. Genosse Kabanow wird einen speziellen Befehl verfassen. Bezüglich der Versorgung der Lehrer mit Industriewaren: Hier widersprechen sich unsere Maßnahmen und die der SED, welche die Arbeiter überschätzt und die Lehrer unterschätzt. Sokolowski und Dratwin haben gegen diese Linie protestiert.[151]

Zu den Berufsschulen: Das ist das schwächste Glied im Bildungssystem. Vielleicht sollte man die Berufsschulen an andere Ministerien übergeben? Das würde zwar die Organisation verbessern, aber die Ausbildung und Leistung schwächen, vor allem in den allgemeinbildenden und politischen Fächern. Man muß einen Mittelweg finden: Die Berufsschulen den Betrieben annähern, dort den zwölfstündigen Arbeitstag einführen und die politische Erziehung der Schüler verbessern.

Zur politischen Erziehung der Lehrer: Bisher hatte sie einen rein deklaratorischen Charakter, die Anleitung durch die Gewerkschaft war mangelhaft. Es ist erforderlich, Formen der Anleitung auszuarbeiten. Mit dieser Aufgabe soll das Ministerium betraut werden.

Zur Arbeit der Partei: Die SED versteht nicht bzw. unterschätzt die Bedeutung unseres Landes. Die CDU hat einen Vertreter für die Leitung der Studentenorganisation an der Universität benannt, aber die SED betraut mit dieser Arbeit junge Burschen. Eine ähnliche Haltung nimmt sie auch gegenüber den Lehrern ein.

Die Lehrerschaft ist als aktive Kraft bei der Demokratisierung Deutschlands aufgetreten. Die Jugend ist aktiver geworden, doch die reaktionären Parteien haben reaktionäre Jugendorganisationen als Konkurrenz zur FDJ gegründet.

Um den Unterricht über die aktuellen Probleme der Gegenwart zu verbessern, schlage ich vor, für die Lehrer im Sommer einen einwöchigen Lehrgang durchzuführen.

Genosse Schewtschenko (Mecklenburg):

Die Konferenz wurde auf einem hohen politischen Niveau abgehalten. Mit dem Vortrag über die politische Erziehung der Lehrer trat der Parteisekretär auf. Die von ihm eingebrachten Vorschläge haben die Lehrer gebilligt. Minister Grünberg[152] trat mit einem selbstkritischen Vortrag auf, doch wurde dieser nicht im nötigen Maße diskutiert. Den dritten Vortrag hat der Ministerial-

151 Offenbar endet hier die Information und der Referent fährt in seinem Vortrag fort.

152 Grünberg, Gottfried (1899-1985), Bergarbeiter, 1928 KPD, 1933-45 Exil in der UdSSR und Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1946-50 Minister für Volksbildung in Mecklenburg, 1950-56 Generalsekretär der DSF, ab 1956 Offizier/Leiter der Abteilung Propaganda der Politischen Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee der DDR, zeitweilig Stellvertretender Verteidigungsminister, 1960-61 Militärattaché in Moskau.

direktor Hoffmann[153] über die Methodik gehalten. Trotz der Anweisungen von Scherbow hat er seinen Vortrag nicht umgeändert, was die darauffolgende Diskussion durcheinander gebracht hat.

Die Diskussion hatte Massencharakter, es sind 24 Personen aufgetreten. Die pädagogische Fakultät nahm an der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz besonders aktiv teil. Die Beschlüsse der Konferenz waren gut vorbereitet. Nach der Beendigung der Konferenz hat der Chef der Verwaltung einen Empfang für die besten Lehrer organisiert.

Die Mängel der Konferenz bestanden darin, daß der Minister unzureichend die Vorbereitung auf das neue Schuljahr behandelt hat. Den Schulen fehlt es an materieller Ausrüstung. Es fehlen Klassenräume und Schulmöbel, dies führt zur Nichterfüllung von Lehrplänen. In den Dorfschulen ist ein altes Gesetz in Kraft geblieben: Der Lehrer ißt der Reihe nach bei den Bauern. Das sollte abgestellt werden. Die Berufsschulen sind noch wenig erforscht, es gibt dort viele Kulaken. Die Oberschulen sind Nester der Reaktion. Der Prozentsatz der Schüler aus dem Arbeiter- und Bauernstand ist unbedeutend. Uns fehlen 700 Lehrer. *Mitte des Schuljahres wird dieser Mangel durch Neuzugänge von Absolventen der Lehrgänge behoben.*

Unter den leitenden Mitarbeitern des Ministeriums herrschen Disziplinlosigkeit und Laxheit. Der Minister und seine Gehilfen fallen für längere Zeit aus, was sich auf die Arbeitsergebnisse des Ministeriums auswirkt. Es gibt keine Schulstatistik. Erst vor kurzem wurde eine neue Hausordnung für Schulen bestätigt.

Aufgrund des Fehlbestandes in den Prüfungskommissionen treten beim Ablegen der Prüfungen für die Lehrerexamen Verzögerungen auf.

Genosse Malzew (Thüringen):

Die Konferenz hat einen Aufschwung ausgelöst und verlief besser als im letzten Jahr.

Zur Durchführung der Schulreform: Die Lehrer erfüllen den Lehrplan nicht. Die Ursachen dafür sind materieller und anderer Natur. Die Neulehrer sind weniger als andere Lehrer mit Unterricht ausgelastet, weil sie sich auf das Examen vorbereiten sollen. Auf eine höhere Stundenzahl lassen sich die Lehrer nicht ein, weil diese nicht bezahlt werden. Aus meiner Sicht wäre es möglich, daß die Lehrer Zusatzstunden übernehmen und die Bezahlung dafür neu geregelt wird.

Zum Lehrerexamen: Auf diesem Gebiet haben wir viel getan. Zur Zeit laufen die Vorbereitungen auf das 2. Examen. Es ist angebracht, ein Institut zur Weiterbildung der Lehrer bzw. der deutschen Kader zu gründen. Die Lehrer sollen sich mehr mit theoretischen Problemen der Pädagogik beschäftigen. Das Institut sollte die Ausbildung sowohl in einzelnen Disziplinen als auch in Methodik gewährleisten.

Zur Arbeitsplanung: Die Kreise stimmen ihre Pläne mit den Landesverwaltungen nicht ab. Das verlangsamt die Arbeit in den Ländern, weil die Landespläne nicht rechtzeitig bei der Abteilung Volksbildung der SMAD eingereicht werden.

Zur Presse: Die Presse hat über den Verlauf der Konferenz ausführlich berichtet. Wünschenswert ist, daß es nicht bei einer Kampagne bleibt, sondern zur Regel wird. Wir müssen erreichen, daß über Fragen der Volksbildung in der Presse regelmäßig berichtet wird.

In unserem Land gibt es ebenfalls eine tiefe Kluft zwischen der Volks- und der Oberschule. Ein Experiment in allen 8. Klassen hat große Unterschiede des Wissensstandes der Schüler gezeigt.

153 Hoffmann, Vorname nicht feststellbar, ab 1947 Ministerialdirektor im Bildungsministerium von Mecklenburg.

Das neue Schuljahr wurde unzureichend vorbereitet. Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung soll den Ministern Anweisungen erteilen, damit die Vorbereitungen in allen Richtungen, d. h. Kaderfragen, Räumlichkeiten, Lehrpläne und Anschauungsmaterial, getroffen werden.

Genosse Scherbow: Mit den abschließenden Referaten auf den Landeskonferenzen bin ich einverstanden. Bei den Vorbereitungen bauen wir immer noch auf die Deutschen, doch sie begreifen nicht immer, was wir von ihnen wollen. So wurde in Thüringen die Diskussion nicht vorbereitet und die Auftritte sind kleinkariert ausgefallen.

Zur Vorbereitung auf das neue Schuljahr: Diese Frage fand auf den Konferenzen wenig Beachtung. Man muß dieses Problem energisch angehen und dabei die Erfahrungen aus dem letzten Jahr berücksichtigen, d. h. die Probleme auf den Sitzungen des Landrates ansprechen und die Öffentlichkeit stärker einbeziehen, wie beispielsweise in Thüringen, wo an den Schulen ein Tag der offenen Tür organisiert wurde. Für die Wirtschaftsfragen gilt es, sich weniger auf die DWK zu verlassen, sondern mehr Fragen unmittelbar vor Ort zu klären.

Zur Aufnahmepraxis an den Oberschulen: Die Aufnahme in die 9. Klassen ist zu verbessern. Der Beschluß der Ministerkonferenz[154] ist dabei als Grundlage zu betrachten, d. h. die Aufnahme erfolgt ohne Prüfungen und ausschließlich durch Auswahlkommissionen. Im letzten Jahr hat Linke[155] in Sachsen-Anhalt richtige Aufnahmeprüfungen organisiert, aber letztendlich nicht diejenigen aufgenommen, die wir brauchen.

Zur Zeit finden an den Schulen Abiturprüfungen statt. Ich bitte die Chefs der Volksbildungsabteilungen in den Ländern, mich darüber zu informieren. Was ist eigentlich das Abitur? Ist das wirklich eine Prüfung oder eine Farce? Nach den vorhandenen Informationen sind die Anforderungen an das Abitur sehr niedrig, so daß alle Prüfungen an einem Tag durchgeführt werden.

Es wird wohl erforderlich sein, die Lehrpläne zu überarbeiten und den Unterricht in Kursen abzuschaffen. Auf den Konferenzen wurde diese Frage nicht besprochen, doch sie wird auf dem Kongreß gestellt. Die Lehrpläne der Oberschule und der Grundschule sind zu ändern.

Zum Thema: Eure Hilfe für die Abteilung Volksbildung der SMAD: Für uns entstehen Schwierigkeiten, wenn die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung Neuerungen an den Schulen einführt. Einzelne Fragen werden nicht im erforderlichen Maße vor Ort vorbereitet und kommen dann in den Ministerkonferenzen nicht durch, wie z. B. die Frage nach der Abschlußprüfung in der Grundschule oder Fragen der Selbstverwaltung. Man muß die Fragen im voraus vorbereiten und sich über die Beschlüsse der Ministerkonferenz informieren.

Die Schulen sollen gründlich untersucht werden. Dann werden die Mängel in der Arbeit der Lehrer nicht nur aufgrund statistischer Angaben bewertet.

Zur Frage der Unterrichtsqualität: Wir fangen zum ersten Mal an, uns damit zu beschäftigen. Zur Person Hoffmanns. Er ist kein Reaktionär, sondern ein typischer Reformer aus der Weimarer Zeit. Man darf sich nicht auf ihn verlassen, deshalb ist es erforderlich, ihn durch Nelson zu unterstützen.

---

154 In der Vorlage: „Sowet Ministrow". Offensichtlich ist damit die Konferenz der Bildungsminister gemeint.

155 Linke, Karl, 1945/46 SPD/SED, Leiter der Schulabteilung im Ministerium für Volksbildung Sachsen-Anhalt.

Eine Information: Der Befehl Nr. 220[156] sieht vor, daß Überstunden bezahlt werden.
Antwort an den Genossen Solowjow: Die Oberschullehrer, die in die 5. bis 8. Klassen wechseln, werden nach der Kategorie 2 bezahlt.

Genosse Sudakow (Berlin):

Ich kann keine volle Rechenschaft ablegen, weil das Schuljahr in Berlin noch nicht beendet ist. Die vorläufigen Ergebnisse sind nicht ganz positiv. Die Arbeitsbedingungen bei uns sind schwer: Wir kämpfen ständig gegen die Alliierten und die Reaktionäre. In diesem Jahr wurde in Berlin mit zweijähriger Verspätung gegenüber der Zone das Gesetz über die Schulreform angenommen. Die Kommandantur faßte einen Beschluß über eine Gehaltserhöhung für Lehrer. Mit Verspätung wurde das Programm im Fach Geschichte angenommen, bis dahin haben die Amerikaner die Lösung dieser Frage sabotiert. Bei uns gibt es viele Mängel. In der Berliner Lehrerschaft gab es einen Rechtsruck, die reaktionäre Stimmung unter den Lehrern hat zugenommen. Bei den Wahlen der Betriebsräte und in den Gewerkschaften haben die Sozialdemokraten die Mehrheit errungen.

Zur Zeit gibt es in Berlin keine einheitliche Lehrergewerkschaft, weil sich die westlichen Sektoren abgespalten haben. Das wirkt sich auf die Arbeit der Schulen aus. Die Amerikaner versuchen, unsere Schulen zu bestechen, indem sie ein Frühstück zur Verfügung stellen. Dafür bedanken sich bei ihnen sogar leitende Mitarbeiter der Abteilung Schulen im Stadtmagistrat. Die Sozialdemokraten versuchen, SED-Anhänger aus den Schulen zu vertreiben. Positionen, die wir im letzten Jahr erkämpft hatten, gaben wir wieder auf.

In diesem Jahr wurde erstmalig der Geschichtsunterricht eingeführt. Die Amerikaner haben in den Westsektoren ihr eigenes Lehrbuch herausgegeben. Diesen Moment haben wir verpaßt und können nun den Amerikanern nichts entgegensetzen.

Die Alliierte Kommandantur hat ihre Arbeit eingestellt. Vor uns steht jetzt die Aufgabe, Berlin zum zweiten Mal zu erobern. Ende nächsten Monats werden wir die Ergebnisse des Schuljahres in ganz Berlin vorlegen.

Genosse Solotuchin. Heute legen wir die Ergebnisse unserer einjährigen Arbeit vor. In unserer Arbeit haben wir die Phase erreicht, in der der Demokratisierungsprozeß bis zum Ende geführt wird. Welche positiven Ergebnisse haben die Konferenzen vorzuweisen?

1. Eine bessere Organisation. Es sind neue Lehrerkader hervorgetreten, die sich mutiger äußern und ihre Arbeit mit den Bedürfnissen des Volkes verbinden.

2. Aus der Masse der Lehrer, die wir zur Leitungsarbeit herangezogen haben, ist ein festes Aktiv herausgewachsen. Wir müssen diesem neuen Aktiv einen breiten Weg vorbereiten. Was wir auf diesem Gebiet erkämpft haben, darf nicht verlorengehen.

3. Ein aktuelles Problem stellt die Lehrererziehung dar. Die Lehrer fordern uns auf, sie politisch zu erziehen, wir dagegen stellen keine Forderungen. Die bürgerlichen Parteien haben dieses Bedürfnis der Lehrer erkannt und schicken ihre Propagandisten vor. Wir dürfen dies nicht verpassen, sondern müssen zusammen mit dem Minister und der Partei die politische Erziehung der Lehrer in die Hand nehmen. Es ist eine Schande, daß die Vertreter der SED nicht an den Konferenzen teilgenommen haben.

156 SMAD-Befehl Nr. 220 vom 19. Juli 1946 über die Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Lehrer an den Schulen in der SBZ, Wortlaut in: GARF 7317/8/6, Bl. 224-226.

4. Zu wenig Aufmerksamkeit schenken wir den Oberschulen. Ihre Leitung liegt in den Händen der bürgerlichen Parteien. Wir müssen unsere geprüften Lehrerkader an den Oberschulen einsetzen, um dort die reaktionäre Atmosphäre zu entspannen. Wie sieht die Sache mit der Aufnahme der Schüler in die Oberschule aus? Man muß überwiegend Arbeiter- und Bauernkinder aufnehmen und den Deutschen erklären, durch welche Maßnahmen die soziale Zusammensetzung der Oberschüler beeinflußt werden kann.

5. Die Organisation der FDJ und die Selbstverwaltung dürfen nicht voneinander getrennt werden. Die Erfahrungen in Brandenburg sind dabei zu berücksichtigen. Dort wurden Jugendleiter eingesetzt.

6. Die Reaktion hat ihre Positionen gefestigt, sie stützt sich auf die Kirche und auf die Eltern. Die Kirche befindet sich in der Obhut der englisch-amerikanischen Reaktion. Die Amerikaner und die Engländer gewinnen die Bevölkerung in unserer Zone durch Verteilung von Lebensmitteln für sich. Es ist erforderlich, der Reaktion alle unsere Kräfte entgegenzusetzen.

7. Wir nutzen die Presse noch sehr wenig. Unsere pädagogische Zeitschrift ist noch nicht kämpferisch genug. Das deutsche Lehreraktiv soll öfter in der Presse auftreten. Die Beteiligung der Deutschen an den pädagogischen Fachpublikationen ist äußerst gering.

8. Zu den Vorbereitungen auf das neue Schuljahr.

a) Die Minister sind zu verpflichten, einen Entwurf zum Aufbau des Schulnetzes vorzulegen und die Schülerkontingente in allen Schulen festzulegen.

b) Die Lehrer sind auf die Schulen zu verteilen und dort zu verankern. Außerdem soll unter ihnen für das Ablegen des ersten Lehrerexamens geworben werden. Die Fluktuation der Lehrer nimmt gefährliche Ausmaße an. Manchenorts könnten die Abgänge der Lehrer jedoch verhindert werden. Der Minister soll über die Regierung Maßnahmen zur materiellen Unterstützung der Lehrer einleiten.

c) Es bringt nichts, in bezug auf die Raum- und Heizungsprobleme Hilfe von der DWK zu erwarten, denn die Arbeit muß vor Ort organisiert werden.

d) Aus Mitgliedern der SED, Parteilosen und Mitgliedern der bürgerlichen Parteien ist ein echtes Aktiv zu schaffen, dann werden wir jedem Angriff standhalten.

GARF 7317/55/4, Bl. 98-100. Kopie.

Nr. 86. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Dratwin über den Plan betreffend die Zulassung zum Hochschulstudium 1948/49. 10. August 1948[157]

Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands hat uns zur Bestätigung ihren Plan für Immatrikulationen an den Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone vorgelegt. Diesen Plan hat die Deutsche Verwaltung mit den Bildungsministern der Länder sowie mit der Deutschen Wirtschaftskommission abgestimmt.

Der Plan sieht folgende Studentenkontingente für das Studienjahr *1948/49*[158] vor (nach Fakultäten und Fachrichtungen):

157 Datiert nach dem handschriftlichen Bearbeitungsvermerk: „Einverstanden. Dratwin 10.8.[19]48".

158 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich doppelt unterstrichen.

1. Gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten: 300 (gegenwärtig studieren 366)[159] Personen
2. Juristische Fakultäten: 215 (1.765) Personen
3. Pädagogische Fakultäten und das Pädagogische Institut in Potsdam 1.450 (2.394) Personen
4. Historisch-philologische Fakultäten und entsprechende Fachrichtungen an den philosophischen Fakultäten (Germanistik, Romanistik, Slawistik, alte Sprachen, Geschichte, Philosophie usw.) 480 (2.663) Personen
5. Naturwissenschaftlich-mathematische Fakultäten mit den Fachrichtungen Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geographie, Mineralogie usw. 495 (3.191) Personen
6. Medizinische Fakultäten mit zahnmedizinischen Sektionen 485 (4.658) Personen
7. Landwirtschaftliche Sektionen 480 (636) Personen
8. Veterinärmedizinische Fakultäten 160 (433) Personen
9. Forstwirtschaftliche Fakultäten 105 (178) Personen
10. Sozialökonomische Fakultäten 255 (1.589) Personen
11. Theologische Fakultäten 215 (410) Personen
12. Bergbau 30 (115) Personen
13. Metallurgie 20 (33) Personen
14. Maschinenbau 75 (123) Personen
15. Elektrotechnik 40 (93) Personen
16. Bautechnik 50 (136) Personen
17. Architektur 80 (281) Personen
18. Fasertechnik 30 Personen
19. Kunst- und Musikhochschulen 400 (1.600) Personen

Das gesamte Aufnahmekontingent für das Studienjahr 1948/1949 sieht somit 5.365 Studienanfänger vor. Gegenwärtig studieren an allen Hochschulen 21.210 Studenten. Wenn man berücksichtigt, daß in diesem Jahr etwa 800 Personen ihr Studium beenden, wird nach der Bestätigung der vorgesehenen Kontingente die Gesamtzahl der Studenten etwa 24.500 betragen.

Während der Vorbereitung auf die neuen Zugänge haben die Hochschulen der Sowjetischen Zone bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung 25.000 Fragebögen angefordert.
Nach vorläufigen Angaben wurden bis zum 1. August 1948 an allen Hochschulen mehr als 20.000 Aufnahmeanträge gestellt. Etwa 3.000 Arbeiter bzw. Arbeiter- und Bauernkinder wurden bereits als Kandidaten für die Immatrikulation ausgewählt, deshalb wird der Anteil dieser Personengruppen unter den in diesem Jahr an den Hochschulen der Sowjetischen Zone Aufgenommenen nicht weniger als 50% betragen.

Aufgrund dessen bitte ich Sie, das Aufnahmekontingent von Studenten an den Hochschulen der Sowjetischen Zone für das Studienjahr 1948/49 mit 5.365 Personen zu bestätigen. Die Zahl der aufzunehmenden Studenten in den einzelnen Fachrichtungen wurde mit den beteiligten Verwaltungen und Abteilungen der SMAD abgestimmt.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland *I. Artjuchin*

GARF 7317/55/6, Bl. 120-121. Original.

159 In Klammern ist jeweils die Zahl der „gegenwärtig Studierenden" angegeben.

Nr. 87. Rundverfügung des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an alle Chefs der Abteilungen Volksbildung der Verwaltungen der SMA der Länder über die Einführung von Lehrgängen des historischen und dialektischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie an einigen Fakultäten. 16. September 1948[160]

Geheim

Die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands hat zusammen mit dem Sekretariat des Parteivorstandes der SED den Beschluß gefaßt, zu Beginn des neuen Studienjahres an einigen Fakultäten der Hochschulen der Sowjetischen Zone Lehrgänge des historischen und dialektischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie einzuführen.[161]

Gemäß diesem Beschluß wird der Lehrgang des historischen und dialektischen Materialismus als Pflichtfach an den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Rostock, Leipzig und Jena, an den pädagogischen Fakultäten der Universitäten Rostock, Berlin, Halle, Leipzig, Jena und an der Technischen Hochschule Dresden sowie an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam, an der Hochschule für angewandte Kunst in Berlin-Weißensee und an der Musikhochschule in Halle eingeführt.

Es wurde beschlossen, den Lehrgang der politischen Ökonomie als Pflichtfach an allen gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten (Rostock, Leipzig, Jena), an den ökonomischen Fakultäten (Berlin, Leipzig), an den Abteilungen Ökonomie der juristischen Fakultäten sowie an der landwirtschaftlichen Fakultät in Halle, an der Fakultät für Kommunalwirtschaft der Technischen Hochschule Dresden, an der Bergakademie Freiberg und an der Hochschule für Architektur in Weimar einzuführen.

Der gleiche Beschluß sieht vor, daß Lehrgänge des historischen und dialektischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie als Wahlfächer an folgenden Hochschulen eingeführt werden:

Historischer und dialektischer Materialismus:

- an der juristischen, naturwissenschaftlich-mathematischen und philosophischen Fakultät der Berliner Universität,
- an der juristischen Fakultät der Universität Jena,
- an der philosophischen und juristischen Fakultät der Leipziger Universität,
- an der juristischen Fakultät in Halle,
- an der juristischen und philosophischen Fakultät in Rostock und an der Bergakademie Freiberg.

---

160 Ausweislich der Bearbeitungsvermerke handelt es sich um die Ausfertigung Nr. 6 von insgesamt sechs Ausfertigungen, die an die Chefs der Volksbildungsabteilungen der Verwaltungen der SMAD der Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verschickt wurden.

161 Vgl. Beschluß des Zentralsekretariats der SED über „die Einführung von Pflichtvorlesungen über die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus an allen Universitäten und Hochschulen" vom 22. März 1948, Dokument Nr. 49, in: Malycha, Geplante Wissenschaft 2003, S.232-233. Vgl. auch Dokument Nr. 149, in: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearbeitet und herausgegeben von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, Band 3, Berlin 2004, S. 570-572.

Politische Ökonomie:

– an der landwirtschaftlichen Fakultät sowie an den landwirtschaftlichen Abteilungen der philosophischen [sic] Fakultäten der Universitäten Berlin, Leipzig und Rostock.

Diese Kurse sollen nicht durch direktive Anweisungen der Deutschen Verwaltung, sondern durch entsprechende Beschlüsse der Fakultäts- bzw. Hochschulräte eingeführt werden. Als Lehrer in diesen Fächern werden Dozenten ernannt, die gegenwärtig in Lehrgängen an der Parteihochschule der SED ausgebildet werden. Die Zuweisung und Ernennung dieser Dozenten wird zum 1. Oktober abgeschlossen.

Zur Zeit wird die Erarbeitung der Programme für diese Lehrgänge abgeschlossen. Es wurden Maßnahmen zur Versorgung der Hochschulbibliotheken mit der notwendigen Literatur ergriffen. Die Frage der Einführung der Lehrgänge des historischen und dialektischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie an der Universität Greifswald bleibt wegen des Mangels an Lehrkräften vorerst offen.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMA in Deutschland für Fragen der Zivilverwaltung Genosse A. F. Kabanow hat die oben aufgeführten Maßnahmen gebilligt.

Um den normalen Ablauf der Lehrveranstaltungen in marxistischen Disziplinen an den deutschen Hochschulen zu gewährleisten, schlage ich vor:

1. Die Minister für Volksbildung oder ihre Stellvertreter zu verpflichten, einen Maßnahmenplan vorzulegen, der die Einführung dieser Lehrgänge an den oben aufgeführten Hochschulfakultäten in den Ländern gewährleistet.
2. An jeder Hochschule ist eine Verbindung zu zuverlässigen Kontaktpersonen herzustellen. Durch diese Personen ist vor Ort die Bestätigung der Beschlüsse über die Einführung der Lehrgänge des historischen und dialektischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie durch die Fakultätsräte zu gewährleisten.
3. Es ist darauf hinzuwirken, daß im laufenden Studienjahr alle Studenten der pädagogischen Fakultäten im 5. und 6. Semester sowie der höheren Semester anderer Fakultäten, an denen diese Fächer eingeführt werden, die neuen Lehrgänge obligatorisch mit Testat absolvieren.
4. Die Bildungsminister und die Rektoren der Hochschulen sind aufzufordern, die Einführung der Lehrgänge mit der notwendigen Literatur (nach Lehrprogramm) im erforderlichen Umfang zu unterstützen und diese den Studenten zur Verfügung zu stellen (Organisation spezieller Lesesäle, Konsultationen usw.).
5. Die Bildungsminister und die Rektoren der Hochschulen sind aufzufordern, für Dozenten und Professoren in diesen Disziplinen entsprechende materielle Lebensbedingungen zu schaffen.

Ich weise darauf hin, daß es notwendig ist, alle von Ihnen abhängenden Maßnahmen zu ergreifen, damit die marxistischen Disziplinen organisiert und auf einem hohen theoretischen Niveau unterrichtet werden können.

Über die ergriffenen Maßnahmen haben Sie zum 1. Oktober 1948 zu melden.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland *I. Artjuchin*

GARF 7317/54/12, Bl. 67-69. Original.

Nr. 88. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Kabanow an den Sekretär des ZK des WKP(B) Suslow über die Delegierung sowjetischer Wissenschaftler in die SBZ. 24. September 1948[162]

Geheim

In den zurückliegenden drei Jahren wurde eine bedeutende organisatorische Umgestaltung der deutschen Hochschule, einschließlich der Säuberung der Professoren- und Lehrerschaft von Nazis, der Überprüfung und Schaffung neuer Lehrpläne, der Demokratisierung der Studentenschaft usw. vollzogen.

Dennoch ist in der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit der Universitäten nach wie vor ein starker Einfluß der idealistischen, d. h. reaktionären Ideologie zu spüren.

Die neuen, wahrhaftig progressiven Kader, die eine marxistische, materialistische Position einnehmen, stellen an der Professoren- und Lehrerschaft der Hochschulen nur einen unbedeutenden Anteil dar. Sie benötigen eine ernsthafte, qualifizierte Unterstützung bei ideologischen und methodologischen Auseinandersetzungen, die sie an den Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen führen müssen.

Die Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland kann diese Hilfe nicht im erforderlichen Umfang und in einer entsprechenden Qualität leisten, weil unter den Mitarbeitern der Abteilung Volksbildung der SMAD Fachleute auf dem Gebiet der sozialökonomischen, historischen und juristischen Wissenschaften fehlen.

Um die demokratischen Umgestaltungen auf dem Gebiet der Bildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu beschleunigen, *wären regelmäßige Besuche sowjetischer Wissenschaftler in der sowjetischen Zone mit Vorlesungsreihen*[163] über die Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft und ihre führende Rolle in der internationalen Wissenschaft besonders hilfreich.

Die Auftritte sowjetischer Wissenschaftler vor deutschen Professoren, Aspiranten und Studenten sowie vor Schullehrern *werden große Bedeutung für das wissenschaftliche Wachstum* und für die ideologisch-politische Entwicklung der deutschen Intelligenz haben.

Vor allem sind regelmäßige Dienstreisen jener sowjetischen Wissenschaftler nach Deutschland erforderlich, die Vorträge zu folgenden Themen halten könnten:

1. Die leninistisch-stalinistische Etappe in der Entwicklung des dialektischen und historischen Materialismus.
2. Die sozialistische Planwirtschaft und die Planungspraxis der Volkswirtschaft in der UdSSR.
3. Die Mitschurin[164]-Lehre in der Biologie.
4. Das sowjetische Recht.
5. Die deutsche Geschichtsschreibung.
6. Psychologie.
7. Kritik der wichtigsten Richtungen in der modernen bürgerlichen Pädagogik.
8. Führende Vertreter der russischen und sowjetischen Pädagogik.

---

162 Auf der Vorlage befindet sich die handschriftliche Verfügung: „An Genossen Iljitschow. M. Suslow. 30/IX.[1948]."

163 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen bzw. durch Randanstreichung hervorgehoben, die zusätzlich unterstrichenen Passagen sind auch in der Vorlage zusätzlich handschriftlich unterstrichen.

164 Mitschurin, Iwan Wladimirowitsch (1855-1935), Biologe und Pflanzenzüchter. Die Propaganda seiner Kreuzungs- und Züchtungserfolge löste eine agrotheoretische Euphorie aus und wurde für wissenschaftspolitische Zwecke mißbraucht.

9. Pädagogik.

10. Die „Neue Sprachlehre" (wünschenswert ist eine Vorlesungsreihe des Genossen Jakowlew, Professor am N. Ja. Marr[165]-Institut für Sprache und Denken der Akademie der Wissenschaften der UdSSR).

11. Kurzer Lehrgang der Geschichte der UdSSR (in russischer Sprache).

12. Vorlesungskurs über die sowjetische Literatur (in russischer Sprache möglich).

13. Was ist sozialistischer Realismus?

14. Theoretische Grammatik der russischen Sprache (in russischer Sprache).

15. Grundprinzipien der sowjetischen Literaturwissenschaft.

16. Einführung in die slawische Philologie (in russischer Sprache).

17. Ziele und Prinzipien des Aufbaus des Lehrgangs „Weltliteratur" an sowjetischen Hochschulen.

Vom 16. bis 17. Oktober dieses Jahres findet eine Konferenz deutscher Germanisten der Universitäten in der Sowjetischen Besatzungszone statt. Die Anwesenheit einer Delegation sowjetischer Wissenschaftler bei dieser Konferenz ist dringend erforderlich.

Die Abteilung Volksbildung der SMAD ist der Meinung, daß der Delegation zur Konferenz deutscher Germanisten folgende sowjetische Wissenschaftler angehören könnten: Professor Motylewa (Gorki-Institut für Weltliteratur), Professor Metallow (Moskauer Universität) und Professor Schirmunski (Leningrader Universität).

Ich bitte um Ihre Zustimmung und entsprechende Anweisungen.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
A. Kabanow

RGASPI 17/132/65, Bl. 67-69. Original.

Nr. 89. Verfügung des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Kabanow an den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Wandel betreffend die Kontrolle der Hochschulen. 28. Oktober 1948

Obwohl auf dem Gebiet der demokratischen Umgestaltung der Hochschulen in der Zone einige Erfolge zu verbuchen sind, weist die Organisation des Hochschulunterrichts noch große Mängel auf.

Die Leiter der Hochschulen und einzelner Fakultäten genehmigen Kurse, die in den Lehrprogrammen nicht vorgesehen sind; es fehlt die nötige Strenge bei der Entwicklung von Vorlesungsprogrammen usw.

Dies darf nicht geduldet werden.

Um die Kontrolle seitens der Deutschen Verwaltung für Volksbildung über die Unterrichtsarbeit an den Hochschulen zu verbessern, verpflichte ich Sie:

1. Die Programme der Vorlesungskurse zu überprüfen und zu bestätigen.

---

165 Marr, Nikolai Jakowlewitsch (1865-1934), Linguist, 1930 WKP(B), Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Seine sprachwissenschaftliche Abstammungstheorie wurde widerlegt.

2. Das Vorlesungsverzeichnis für das bevorstehende Semester zu überprüfen und zu bestätigen. „(Personal- und Vorlesungsverzeichnis)“[166]

3. Streng darauf zu achten, daß alle Lehrveranstaltungen in genauer Übereinstimmung mit den bestätigten Lehrplänen und -programmen erfolgen.

4. Mindestens einmal im Semester sollen Inspektionen des Unterrichts an den Hochschulen der Zone durchgeführt werden.

Die Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland habe ich angewiesen, die Kontrolle über die Ausführung dieser Anweisung zu gewährleisten.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
A. Kabanow

GARF 7317/55/6, Bl. 190. Kopie.

Nr. 90. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Kabanow und den stellvertretenden Politischen Berater der SMAD Gribanow über die Ergebnisse der Immatrikulation an den Hochschulen. 5. November 1948

Ergebnisse der Immatrikulation an den Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Studienjahr 1948/49

Im Januar 1948 hat sich die Abteilung Volksbildung der SMAD zum Ziel gesetzt, die Vorbereitung auf die Immatrikulationen an den Hochschulen dergestalt zu organisieren, daß der Anteil der Arbeiter und Bauern an den Neuzugängen nicht unter 50% liegt; alle Neuzugänge an den Hochschulen sind sorgfältig zu überprüfen.

Hierfür wurden durch den Parteivorstand der SED in allen Ländern der Zone Parteikommissionen gebildet, die für die Immatrikulation geeignete Kandidaten aussuchen sollten, und zwar unter den werktätigen Arbeitern und Bauern, den Absolventen der Oberschulen sowie den politisch besonders wertvollen Vertretern der Intelligenz.

Diese Auswahlkommissionen haben etwa 2.300 Kandidaten, darunter etwa 1.000 Arbeiter und Bauern sowie 1.320 Personen aus dem Kreise der Angestellten und der Intelligenz ausgewählt und zur Immatrikulation empfohlen.

Unter Berücksichtigung der Zahl der von den Kommissionen empfohlenen Arbeiter und Bauern, der Zahl der Absolventen von Hochschulvorbereitungskursen (800 Personen) und unter Berücksichtigung der vorläufigen Angaben über die Anzahl der Arbeiter, die ihre Aufnahmeanträge bei den Hochschulen individuell eingereicht haben, wurde das Gesamtkontingent für die Immatrikulationen 1948 mit 5.023 Personen festgelegt.

Um größere Zugänge von Arbeitern und Bauern an die Hochschulen zu sichern, hat die Deutsche Verwaltung für Volksbildung im April neue Aufnahmeregeln erarbeitet, die Vorteile für Arbeiter und ärmste Bauern bei ihrer Aufnahme an die Hochschulen vorsehen.

166 Die in Anführungszeichen gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich auf deutsch eingefügt worden.

Die neuen Aufnahmeregeln wurden von den Bildungsministerkonferenzen der Länder der Sowjetischen Zone gebilligt und von der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland bestätigt.

Es muß festgestellt werden, daß die neuen Aufnahmeregeln für die Hochschulen bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien sowohl an den Hochschulen als auch außerhalb einen heftigen Widerstand auslösten. Ihre Einwände gegen die Bevorzugung der Arbeiter und Bauern begründeten sie damit, daß es notwendig sei, das „traditionell" hohe akademische Niveau der deutschen Studenten aufrechtzuerhalten. Deshalb bestanden sie darauf, daß als wichtigste Kriterien für die Aufnahme zum Hochschulstudium die „Begabung" und eine gute akademische Bildung der Aufzunehmenden betrachtet werden.

In Mecklenburg und Sachsen-Anhalt gelangten die Proteste der LPD gegen die neuen Aufnahmeregeln bis in die Landtage. Doch die Aufklärungsarbeit an den Hochschulen und der Widerstand der SED-Fraktionen in den Landtagen gegen die Liberalen haben die Umsetzung der neuen Aufnahmeregeln ermöglicht.

Die Aufnahmekommissionen an den Hochschulen wurden folgendermaßen zusammengesetzt: der Rektor als Vorsitzender, der Dekan der jeweiligen Fakultät, ein Vertreter der Studentenschaft und Vertreter der demokratischen Organisationen: der Parteien, des FDGB, der FDJ, des VdgB und des DFB.

In Berlin bestanden die Kommissionen aus dem Dekan, einem Studentenvertreter und einem Vertreter der Gewerkschaft. Der Rektor bestätigte alle Listen der Immatrikulierten.

An den Hochschulen gab es insgesamt mehr als zwanzigtausend Studienbewerber, also vier Bewerber auf einen Studienplatz.

An allen Hochschulen der Zone wurden insgesamt 4.840 Personen aufgenommen, davon wurden 2.500 im voraus geprüft und ausgewählt (773 Personen von den Hochschulvorbereitungskursen).

Unter den Aufgenommenen sind 2.389 (49,3%) Arbeiter, Bauern und deren Kinder, die übrigen sind Angestellte, Lehrer oder Kinder von in Einrichtungen und Betrieben der Sowjetischen Zone tätigen Lehrern, Ärzten und Ingenieuren. Im letzten Jahr betrug der Anteil der aufgenommenen Arbeiter, Bauern und deren Kinder lediglich 29,4% aller Immatrikulierten.

Unter den Aufgenommenen sind 1.530 (31%) Mitglieder der SED, 270 (5,6%) Mitglieder der LDP und 150 (3,1%) Mitglieder der CDU.

Über 600 Mitglieder der SED, die an den Hochschulen immatrikuliert wurden, haben vorher an Landes- und Kreisschulen der SED spezielle Lehrgänge besucht. Dort wurden die künftigen Studenten sowohl in allgemeinen politischen Fragen als auch – und vor allem – über die neuen Bedingungen unterrichtet, die sie an den Hochschulen erwarten.

Unter den Immatrikulierten befinden sich 55 ehemalige Nazis und 42 ehemalige Offiziere.

Im großen und ganzen wurden die Immatrikulationen an den Hochschulen in diesem Jahr besser organisiert und durchgeführt als in den letzten Jahren. Die in sozialer und politischer Hinsicht bessere Zusammensetzung der neu aufgenommenen Studenten wird die Arbeit zur weiteren Demokratisierung der Studentenschaft an den Hochschulen der Sowjetischen Zone wesentlich erleichtern.

In die Hochschulvorbereitungskurse wurden 1.130 Personen aufgenommen, davon machen Arbeiter, Bauern und deren Kinder 80% (906 Personen) aus, 52% (587 Personen) sind Mitglieder der SED.

<u>Mängel, die während der Immatrikulation festgestellt wurden:</u>

1. Die Aufnahmeregeln für die Hochschulen, die von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung erarbeitet wurden, sehen keine Vergünstigungen für die progressive technische Intelligenz vor.

2. Die Kreisleitungen der SED waren bei der Auswahl von neuen Studenten nicht immer streng genug und empfahlen die Aufnahme antidemokratischer Elemente (Leipzig).

3. Die Kommissionen zur Anwerbung und Auswahl von Studenten bei den Kreisorganen der Volksbildung sowie die Kommissionen zur Förderung des Hochschulstudiums von Arbeitern und Bauern haben ihre Arbeit zu spät aufgenommen. Diese Kommissionen wurden schlecht in ihre Aufgaben eingewiesen und haben deshalb nicht immer geeignete Kandidaten ausgewählt.

4. Die Gewerkschaften, die die Anwerbung neuer Studenten in den Betrieben breit organisieren sollten, haben mangelhaft gearbeitet.

Die FDJ hat sich kaum an der Anwerbung von neuen Studenten aus dem Arbeiter- und Bauernmilieu sowie aus den Reihen der demokratisch gesinnten Jugend beteiligt.

Die Empfehlungen der FDJ waren oft ziemlich zweifelhaft.

5. Während der Arbeit der Aufnahmekommissionen haben die bürgerlichen Elemente (Mitglieder der LDP) Widerstand gegen die Immatrikulation von Arbeitern, Bauern und anderen demokratischen Elementen geleistet. So haben die Professoren Kühn und Alverdes[167] (beide Mitglieder der LDP) ihre eigenen Kandidaten deutlich über- und Kandidaten aus dem Arbeiter- und Bauernstand oder Mitglieder der SED unterbewertet. Mitglieder der LDP, die als technisches Personal am Aufnahmeverfahren teilnahmen, informierten die LDP systematisch über den Verlauf.

6. Das Kontingent wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Dies ergab sich dadurch, daß an der Universität Greifswald 60 Personen zu wenig, an der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Leipzig bei einem Kontingent von 200 Personen nur 120 Personen und an der neu gegründeten Pädagogischen Hochschule Brandenburg bei einem Kontingent von 300 Personen nur 167 aufgenommen wurden. Die mangelnde Auslastung erklärt sich dadurch, daß gute Kandidaten fehlen.

7. Nicht zufriedenstellend verlief die Immatrikulation an der Universität Berlin, denn von 903 Personen sind nur 197, also 20%, Arbeiter, während an allen Universitäten der Zone der Arbeiteranteil über 50% liegt.

8. Die Aufnahmefristen wurden nicht überall eingehalten. Besonders schleppend verlief die Aufnahme an der Berliner Universität[168], wo Mitte Oktober (das neue Studienjahr begann am 1. Oktober) an einigen Fakultäten noch nicht bekannt war, wer aufgenommen wurde und wer nicht.

9. Die Abteilungen Volksbildung der SMA-Verwaltungen haben nicht eng genug mit den Landesleitungen der SED zusammengearbeitet.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
I. Artjuchin

GARF 7317/55/6, Bl. 163-166. Original.

167 Alverdes, Kurt (1896-1959), Professor der Medizin an der Universität Leipzig, Mitglied der LDP.

168 Ab 8. Feb. 1949 in Humboldt-Universität umbenannt.

Nr. 91. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Artjuchin an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Kabanow über die Tätigkeit der SED an den Hochschulen. 11. November 1948[169]

Geheim

Auf Initiative der Abteilung Volksbildung der SMAD hat sich das Zentralsekretariat der SED in diesem Jahr mehrmals mit der Frage der weiteren Demokratisierung der Hochschulen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands befaßt. Die wichtigsten Beschlüsse des Zentralsekretariats in dieser Frage beinhalten die Festigung der Parteiorganisationen der SED an den Hochschulen.[170]

Diese Beschlüsse trugen zu einer gewissen Verbesserung der Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen bei, doch die Schwäche der Parteiorganisationen an den Hochschulen ist noch heute der Hauptgrund für die Verzögerungen in der dort stattfindenden demokratischen Umgestaltung.

In Übereinstimmung mit Ihrer Anweisung hat die Abteilung Volksbildung in den letzten zwei Wochen den Zustand der Parteiorganisationen an den Universitäten Leipzig, Halle und Jena sowie an der Technischen Hochschule Dresden untersucht.

Es wurde festgestellt, daß 1948 an den Hochschulen anstelle besonderer Parteiorganisationen der Studenten, Professoren und des administrativ-technischen Personals einheitliche Parteiorganisationen ins Leben gerufen wurden. Die zahlenmäßige Erfassung der Parteimitglieder wurde verbessert, die „Doppelherrschaft“[171] in den Organisationen, als zwei Vorsitzende gewählt wurden (jeweils ein ehemaliges Mitglied der KPD bzw. der SPD), wurde beseitigt.

Zugleich wurde festgestellt, daß *das Niveau der organisatorischen und ideologisch-politischen Arbeit unter den Parteimitgliedern noch äußerst niedrig ist.*[172] Eine der Grundursachen für die Schwäche der Parteiorganisationen an den überprüften Hochschulen liegt in der *schwachen Führung* dieser Organisationen. Unter den vier genannten Hochschulen ist 1948 nur die Parteiorganisation der Universität Leipzig stärker geworden. Dabei spielte eine große Rolle, daß der Leiter der Parteiorganisation hauptamtlich tätig war. An den drei übrigen Hochschulen gibt es keine hauptamtlichen Leiter, obwohl die *Parteiorganisationen an der Universität Halle etwa 2.000 Personen, an der Universität Jena 1.330 Personen, an der Technischen Hochschule Dresden etwa 800 Personen und an der Universität Leipzig etwa 2.400 Parteimitglieder zählen.*

Das Büro der Parteiorganisation der Universität Halle besteht aus 50 Personen, die meisten sind Studenten. Das Büro hat zwei Vorsitzende: Der erste Vorsitzende ist der Professor für politische Ökonomie Agricola[173] und der zweite der Student Keine. Die Parteiorganisation wird

---

169 Das Dokument wurde am 17. Nov. 1948 vom Sekretariat des Stellvertreters des Obersten Chefs für Zivilangelegenheiten an Oberst Abramow von der Informationsverwaltung der SMAD geschickt. Vgl. AWP RF 0457b/6/38/25, Bl. 356-362 (mit Anschreiben).

170 Vgl. hierzu insbes. Beschluß des Zentralsekretariats der SED über die Bildung von SED-Hochschulgruppen vom 14. August 1947, Entschließung des Zentralsekretariats der SED über „die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen“ vom 6. Feb. 1948 und Beschluß des Kleinen Sekretariats des Politbüros der SED über „die Reorganisation der Arbeit an den Universitäten und Hochschulen“ vom 8. April 1949, Dokumente Nr. 42, Nr. 45 und Nr. 59, in: Malycha, Geplante Wissenschaft 2003, S. 188-189, S. 218-223, S. 270.

171 Gemeint ist die statutarisch festgelegte sogenannte Parität zwischen früheren Mitgliedern der SPD und KPD in den Leitungsgremien der SED.

172 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

173 Agricola, Rudolf (1900-1985), 1945 Vorsitzender der KPD Heidelberg, 1945-48 Mitherausgeber der „Rhein-Neckar-Zeitung“ in Heidelberg, 1947 Gastprofessor und ab 1948 Direktor des Instituts für Politische Ökonomie der Universität Halle, 1948 SED, 1948-51 Prorektor und 1951-53 Rektor der Universität Halle.

praktisch vom zweiten Vorsitzenden geleitet, der an der juristischen Fakultät im 3. Semester studiert (er ist 21 Jahre alt, Sohn eines Arbeiters, war seit Januar 1946 ursprünglich Mitglied der SPD, ein Jahr lang war er in einem Betrieb als Arbeiter tätig). Zum Parteiarbeiter stieg er während seines Studiums an der Hochschule auf: zunächst als Parteileiter an den Hochschulvorbereitungskursen und dann als Büromitglied der gesamten Hochschulorganisation. Als Vorsitzender ist er seit September 1948 tätig. Seine Leitung dieser riesigen Parteiorganisation ist aus verschiedenen Gründen nicht effektiv: Zum einen verfügt er über eine niedrige politische Bildung, zum anderen fehlen ihm Erfahrungen in der leitenden Parteiarbeit. Außerdem muß er seine umfangreiche Parteiarbeit mit dem Studium vereinbaren.

Als hauptamtlichen Sekretär der Parteiorganisation der Universität hat die Kreisleitung im Juni dieses Jahres Stude eingesetzt, der aus der Gefangenschaft in der UdSSR zurückgekehrt ist, wo er die antifaschistische Schule in Krasnogorsk besucht hatte. Stude kann jedoch die Parteiorganisation sowohl wegen fehlender Erfahrungen in der Parteiarbeit als auch wegen der Unkenntnis der Arbeitsbedingungen nicht leiten. Ein ähnliches Bild bietet die Parteiorganisation der Universität Jena, wo der Student Jahn, Student im 3. Semester an der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, 22 Jahre alt, unter den drei Bürovorsitzenden (jeweils einer von der Studentenschaft, von den Dozenten und vom administrativ-technischen Personal) die leitende Funktion innehat. Er ist im Februar 1946 in die Partei eingetreten, Sohn eines Angestellten, bis Februar 1946 hatte er sich in englischer Gefangenschaft befunden, in der Armee hatte er als einfacher Soldat gedient, vor dem Wehrdienst war er als kaufmännischer Angestellter tätig gewesen.

Als hauptamtlicher Mitarbeiter ist an der Universität Jena eine Person tätig, die hauptsächlich technische Aufgaben erledigt.

Nicht besser ist die Situation der leitenden Kader in der Parteiorganisation an der Technischen Hochschule Dresden: Von den drei Vorsitzenden hat der ins Büro kooptierte Student Rener, Student im 5. Semester an der kommunalwirtschaftlichen Fakultät, 24 Jahre alt und Sohn eines Ingenieurs, die leitende Funktion inne. In die KPD ist er im Mai 1946 in Nürnberg, in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager, eingetreten.

Die Kreisleitung hat an der Technischen Hochschule erst seit dem 1. November dieses Jahres einen hauptberuflichen Parteiarbeiter eingesetzt, wiederum nur für technische Aufgaben. Es handelt sich um eine 26-jährige Frau, die die Volksschulbildung besitzt und bisher als technische Sekretärin der Kreiskulturkommission tätig war.

Wesentlich besser ist die Situation bezüglich der Leitung der Parteiorganisation an der Universität Leipzig. Neben dem ersten Bürovorsitzenden, dem standfesten Parteimitglied Professor Behrens[174], gibt es dort den zweiten hauptamtlichen Vorsitzenden Deckers. Um einen hauptamtlichen Leiter der Parteiorganisation zur Verfügung zu stellen, hat man Deckers von seinem Studium an der Universität Leipzig beurlaubt. Er ist 35 Jahre alt, verfügt über Erfahrungen in der Parteiarbeit im Untergrund während des Hitlerregimes, in der Nachkriegszeit war er als Sekretär für Fragen der politisch-erzieherischen Arbeit des Bezirkes Pankow in Berlin tätig gewesen.

Dank der Verstärkung der Leitung der Parteiorganisation an der Universität Leipzig 1948 konnte auch eine umfangreiche Arbeit zur Festigung der gesamten Universitätsparteiorganisation geleistet werden. Es wurde Ordnung in der Erfassung von Parteimitgliedern geschaffen, die politischen Bildungsgruppen führten ihre Tätigkeit regelmäßiger als früher durch und es entstand ein Aktiv, dem bis zu 25% aller Parteimitglieder angehören. Neben der Einteilung in Parteiorganisationen nach Fakultäten sind alle Parteimitglieder in Zehnergruppen eingeteilt, denen ein leitender

174 Behrens, Friedrich (Fritz) (1909-1980), Maschinenbauer/Ökonom, 1926 SPD, 1931 SAPD, 1932 KPD, 1935 Mitarbeiter Statistisches Reichsamt, 1945 Professor für Politische Ökonomie an der Universität Leipzig, 1954 stellvertretender Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften, 1955-57 Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Funktionär vorsteht. Im Sommer haben etwa 400 Studenten Kurse der Landesparteischule besucht. Alle in diesem Jahr immatrikulierten Studenten, die Mitglieder der Partei sind, sind ebenfalls durch Schnellkurse der Landesparteischule gegangen. Es ist geplant, bis zum Frühjahr 1949 alle Funktionäre durch Kurse der Landesparteischule zu erfassen. Dies gilt auch für alle Angestellten der Universität, die Mitglieder der SED sind.

Die Parteiorganisation leitet alle Maßnahmen an der Universität, die zur Erfüllung des zweijährigen Wirtschaftsplanes der Zone beitragen. Mehr als 600 Studenten der Universität Leipzig wurden im Sommer organisiert zum Arbeitseinsatz in die Betriebe delegiert und ihre Arbeit von den Betriebsleitungen positiv bewertet. Viele Studenten wurden für ihre Arbeit in den Betrieben mit Prämien und Dankschreiben ausgezeichnet.

Auf Initiative der Parteiorganisation wird an der Universität eine Kommission gebildet, die die Arbeit zur Unterstützung bzw. Erfüllung des Zweijahrplanes an der Universität leitet und kontrolliert. Positiv anzumerken ist auch, daß die Parteiorganisation der Universität Leipzig am 3. November dieses Jahres mit einer Mehrheit von 1.140 gegen neun Stimmen den rechten Sozialdemokraten Professor Grimmer aus ihren Reihen ausschloß.

Die schlechte Parteileitung an den drei übrigen Hochschulen hat ein niedriges Niveau der gesamten Parteiarbeit zur Folge. Über den Zustand der Parteiorganisationen an diesen Hochschulen können folgende Fakten Auskunft geben:

An der juristischen Fakultät der Universität Jena wurde im Oktober dieses Jahres ein Mitglied des Studentenrates nachgewählt. Obwohl an den Wahlen 85 Mitglieder der SED teilgenommen hatten, bekam der Kandidat der SED lediglich 71 Stimmen. Das heißt, daß mindestens 14 Stimmen von SED-Mitgliedern für den Kandidaten der bürgerlichen Parteien abgegeben wurden.

An der Universität Halle fiel ein Student der juristischen Fakultät, der Mitglied der SED ist, bei der Abschlußprüfung durch, die zwei Professoren – ein SED-Mitglied und ein Parteiloser – abgenommen hatten. Am nächsten Tag ging der Prüfling zum parteilosen Professor und erklärte ihm, daß er „deshalb durchgefallen sei, weil er die ganze Nacht beim NKWD festgehalten wurde und nicht schlafen konnte". Als sich nach einer Überprüfung herausstellte, daß dieser Student gelogen hatte und daß er nicht beim NKWD gewesen war, sondern ruhig zu Hause geschlafen hatte, beließ es die Parteiorganisation nach der Untersuchung seiner Angelegenheit dabei, ihm lediglich einen Verweis zu erteilen.

An der Technischen Hochschule Dresden wurde der Universitätsangestellte Lauschke als drittes Büromitglied gewählt. Er hatte offen die Währungsreform abgelehnt und deshalb seinen Austritt nicht nur aus dem Büro, sondern auch aus der Partei erklärt. In den letzten vier Monaten traten aus der Parteiorganisation der Technischen Hochschule auf eigenen Wunsch 18 Personen aus. Die Hauptursache für die Austritte war die Ablehnung der Politik der SED. An der Technischen Hochschule Dresden ist man im Zusammenhang mit den bevorstehenden Nachwahlen auf den Gedanken gekommen, als zukünftigen Bürovorsitzenden den Studenten Procke vorzuschlagen, der erst vor zwei Monaten nach einer besonderen Untersuchung seines antiparteilichen Auftrittes durch die Kreisleitung zum Studium zugelassen wurde.

In allen drei genannten Hochschulen gibt es keine regelmäßige politische Schulung für Parteimitglieder, die Parteidisziplin ist äußerst schlecht, an den Versammlungen der Parteiorganisation nehmen höchstens 50% der Mitglieder teil. Einen durchdachten und vorausschauenden Arbeitsplan gibt es an allen drei Hochschulen nicht. Es gibt lediglich einen Monatsplan, in dem steht, wann Versammlungen oder Sitzungen durchgeführt werden müssen. Was in diesen Versammlungen und Sitzungen besprochen werden soll, wird erst zwei bis drei Tage vorher entschieden. Mit Mitgliedern der bürgerlichen Parteien wird überhaupt nicht gearbeitet und es wird nichts

getan, um diese Parteien zu zersetzen oder wenigstens etwas über ihre führenden Mitarbeiter in Erfahrung zu bringen.

Die Leitung der Hochschulorganisationen durch die Landesleitungen ist unzureichend. Das gilt vor allem für die Landesleitung Sachsen, deren führende Mitarbeiter nichts über den Zustand der in ihrer Nähe liegenden Technischen Hochschule wissen.

Die Informationsabteilungen der SMA der Länder befassen sich überhaupt nicht mit den Parteiorganisationen an den Hochschulen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die weitere Entwicklung der Hochschulen vor allem von der Stärkung der internen Parteiorganisationen der SED abhängt, halte ich es für notwendig, die Frage der radikalen Verbesserung der Leitung der Parteiorganisationen an den Hochschulen vor den Parteivorstand der SED zu bringen.

Unter anderem ist es notwendig, den Parteiorganisationen aller Hochschulen wenigstens einen hauptamtlichen qualifizierten Parteileiter zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin ist es erforderlich, daß die Leitung der Parteiorganisationen an den Hochschulen unmittelbar durch die Kreisleitungen wahrgenommen und nicht den wenig qualifizierten Mitarbeitern in den Kreisen übertragen wird.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
I. Artjuchin

GARF 7317/54/12, Bl. 76-81. Original.

Nr. 92. Begleitschreiben des Politischen Beraters der SMAD Semjonow an den Obersten Chef der SMAD Sokolowski und seine Stellvertreter Dratwin, Kowal, Kobulow[175] und Pereliwtschenko[176] mit Bericht des Mitarbeiters der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD Sergejew zur Lage der deutschen Intelligenz vom 3. November 1948. 17. November 1948[177]

Streng geheim

Ich übersende Ihnen zur Kenntnisnahme einen Bericht des Mitarbeiters der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD, Genosse Sergejew, über die Lage der deutschen Intelligenz in

175 Kobulow, Bogdan Sacharowitsch (1904-1953), Generaloberst, 1943-45 Stellvertretender Volkskommissar für Staatssicherheit der UdSSR, 1947-53 Stellvertretender Chef der Hauptverwaltung Auslandsvermögen beim Ministerrat der UdSSR/Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Tätigkeit sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG) in Deutschland, 1953 Erster Stellvertretender Innenminister der UdSSR, 1953 zum Tode verurteilt.

176 Pereliwtschenko, Michail Iossifowitsch (1900-), Stellvertretender Volkskommissar für allgemeinen Maschinenbau der UdSSR, 1948-49 Chef der Planökonomischen Abteilung der SMAD, 1948-49 Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Industrie und Mitglied des Wirtschaftsrates der SMAD, 1949-53 Stellvertretender bzw. Erster Stellvertretender Vorsitzender der SKK für Industrie.

177 Hier wird die 3. Ausfertigung (von insgesamt 6 angefertigten) aus dem GARF abgedruckt und die darin enthaltenen handschriftlichen Unterstreichungen kursiv wiedergegeben. Als pikant kann der Umstand genannt werden, daß auf dem Verteiler sowohl der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen Russkich als auch der Stellvertreter des Obersten Chefs für Zivilverwaltung Kabanow fehlen. In der unmittelbaren Zuständigkeit des Letzteren befanden sich damals sowohl die Informationsverwaltung als auch die Abteilung Volksbildung der SMAD. Vgl. deshalb auch das Dokument Nr. 93, in dem auf die Fachkompetenz dieser beiden Stellvertreter indirekt hingewiesen wurde.

der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, der für Sie von Interesse sein kann. Ich glaube, in diesem Bericht wird eine der brennenden Fragen unserer Arbeit in Deutschland angesprochen, die im Sinne der Haltung unserer Partei zu den Wissenschaftlern und Kunstschaffenden gelöst werden muß. Die entsprechenden Vorschläge werden zur Zeit von uns erarbeitet und demnächst dem SMAD-Kommando vorgelegt.

W. Semjonow

[Anlage]

Streng geheim

Bericht
Über die Lage der deutschen Intelligenz in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

In der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gibt es gegenwärtig eine große Anzahl (über 100.000) wissenschaftlicher und ingenieur-technischer Mitarbeiter sowie Personen, die auf dem Gebiet der Bildung, des Gesundheitswesens und der Kunst tätig sind.
Die größte Gruppe der Intelligenz stellt die Gruppe der ingenieur-technischen Mitarbeiter dar, die etwa 89.170 Personen zählt (alleine in der Industrie und im Transportwesen sind 33.200 Ingenieure und Techniker beschäftigt).

Die zweitgrößte Gruppe bilden die Lehrer. Nach Angaben der Schulzählung gab es am 1. Januar 1948 an allen Schulen zusammen 65.268 Lehrer, davon 6.912 Lehrer mit Hochschulbildung (Universität, pädagogische Akademie, pädagogisches Institut usw.). Insgesamt gibt es über 10.000 Personen, die als Lehrer an den Hochschulen und Oberschulen tätig sind, oder Malerei, Musik und Gesang unterrichten. Über 35.000 Personen sind auf dem Gebiet der Kunst tätig (Schriftsteller, Bildhauer, Kunstmaler, Schauspieler, Regisseure, Komponisten und Musiker).

An 378 Einrichtungen, die mit wissenschaftlichen Forschungen befaßt sind, arbeiten 2.015 Personen, 210 von ihnen sind Professoren und 500 Doktoren. An deutschen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen sowie an wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die in Deutschland Behörden und Ministerien der UdSSR unterstehen, arbeiten insgesamt 4.850 Professoren, Doktoren, Ingenieure und Techniker. Die meisten von ihnen sind gegenwärtig parteilos (früher waren 25-30% von ihnen Mitglieder der NSDAP und anderer faschistischer Organisationen).

Die meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter führen wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Maschinenbaus, der Mechanik, Optik, Physik, Chemie, Bakteriologie, Medizin und der Landwirtschaft durch. Altersmäßig überwiegen Personen ab 30 Jahre und älter.

Diese große Masse der Intelligenz stellt eine reale Kraft dar, deren richtige Nutzung die Erfüllung wichtiger Aufgaben zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens und den wirtschaftlichen Wiederaufbau bzw. die Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone wesentlich erleichtern würde.

Die durchgeführten sozialökonomischen Reformen haben in der Intelligenz unverkennbare Spuren hinterlassen. Dennoch wird die Rolle der ingenieur-technischen Mitarbeiter noch immer unterschätzt.

In der Phase der aktiven Demilitarisierung wurde die gesamte deutsche Intelligenz als eine Kaste von Reaktionären angesehen, die „von der Vorstellung über die eigene Einmaligkeit und den überparteilichen Charakter der Wissenschaft erfüllt war". *Die sowjetische Verwaltung zum Studium der wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften Deutschlands war zwar bestrebt, den nazistischen und militaristischen Geist der deutschen Wissenschaft auszurotten und*

die Beschlüsse des Kontrollrates zur Kontrolle über die wissenschaftliche Forschung zu erfüllen, sie ging dabei jedoch von falschen Vorstellungen aus, daß „nur jede mögliche Hemmung der Entwicklung der deutschen Wissenschaft ihre Unschädlichkeit für den Frieden garantieren kann." Diese auf die Hemmung und auf die Schaffung eines einige Jahrzehnte großen Rückstandes der deutschen Wissenschaft ausgerichtete Zielsetzung bildete bis vor kurzem die Grundlage für die Maßnahmen zur Kontrolle über die deutsche Wissenschaft.[178]

Diese unbegründete Haltung gegenüber der Intelligenz sowie die Unterschätzung ihrer Rolle und ihrer Fähigkeiten haben dazu geführt, daß technische Intelligenz wie auch Wissenschaftler nur langsam in den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbauprozeß einbezogen wurden, obwohl in der Zone der Mangel an qualifizierten Kadern vor allem in der volkseigenen Industrie noch immer schmerzhaft zu spüren ist. Trotzdem gab es im zweiten Quartal 1948 zonenweit mehr als anderthalb Tausend arbeitslose Ingenieure und Techniker. Erst im September dieses Jahres wurde bei der DWK das Büro für das Erfindungswesen gegründet; weiterhin fehlt ein Organ, das den Bedarf der Wirtschaft an wissenschaftlichen Forschungen registrieren, die Forschungsarbeit planen und in die nötige Richtung lenken würde.

Die Unterschätzung der Rolle der Intelligenz hatte zur Folge, daß ihr Einsatz zum einen unzureichend bleibt und zum anderen, daß für sie keine günstigen Arbeitsbedingungen geschaffen wurden. Die meisten Ingenieure und Techniker in der Industrie und im Transportwesen haben ein monatliches Gehalt von 360 Mark (16.300 Personen); *13.000 Ingenieure und Techniker in diesen Branchen bekommen bis zu 500 Mark im Monat und nur 3.900 Personen beziehen ein Gehalt von 710 Mark und mehr.*

30% der deutschen Wissenschaftler, die an deutschen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen arbeiten, bekommen ein Gehalt zwischen 200 und 400 Mark im Monat, 25% zwischen 400 und 600 Mark. Das bedeutet, daß etwa 60% aller Fachleute, die auf dem Gebiet der Wissenschaft tätig sind, ein Gehalt unter 600 Mark und nur 5% mehr als 1.000 Mark erhalten.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das System der Progressionssteuer angewandt wird, das bei Gehaltserhöhungen zur steilen Steigerung der Lohnsteuerabgaben führt. So wird bei einem Gehalt von 400 Mark eine Steuer von 26% einbehalten, bei 800 Mark sind es 31%, bei 1.500 Mark 49,9% und bei 3.000 Mark 70,8%.

Das geltende Steuersystem ist nichts anderes als ein Instrument der schädlichen Gleichmacherei, wobei das Gehalt kein Ansporn zum richtigen Einsatz der Fachkräfte ist.

Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Lohnsätze. So sind die Gehälter der deutschen Fachleute, die in sowjetischen Einrichtungen beschäftigt sind, *zwei- bis viermal höher als jener Fachkräfte, die in deutschen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen arbeiten. In Thüringen ist das Gehalt der Schauspieler halb so hoch wie in Sachsen usw.*

Die Versorgung der wissenschaftlichen und ingenieur-technischen Mitarbeiter mit Lebensmitteln und Industriewaren erfolgt nach unterschiedlichen Kategorien. So sind wissenschaftliche Mitarbeiter den Kategorien 1, 2 und 3 zugeordnet und erhalten in der Kategorie 1 Lebensmittel mit einem Gesamtkaloriengehalt von 4.690 Kalorien[179], in der Kategorie 2 sind es 4.215 Kalorien und in der Kategorie 3 1.710 bis 2.355 Kalorien (ohne warme Mahlzeiten).[180]

Eine große Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter bekommt keine zusätzlichen warmen Mahlzeiten; in einzelnen Fällen sind sie einer noch niedrigeren Versorgungskategorie zugeordnet.

---

178 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der GARF-Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben. Die AWP-Vorlage enthält keine Anstreichungen.

179 So in der Vorlage, gemeint sind selbstverständlich kcal.

180 Diese zusätzliche markenlose Verpflegung wurde in den Betrieben durch Befehl Nr. 234 vom 9. Okt. 1947 eingeführt.

So werden die Lehrkräfte an der Universität Rostock schlechter versorgt als die Studenten. Obwohl Lehrer im Regelfall besser als andere Fachleute versorgt werden und zusätzliche Verpflegungssätze erhalten, ist ihre materielle Lage wesentlich schlechter als die der qualifizierten Arbeiter.[181]

In der letzten Zeit wechselte allein *in Sachsen ein Drittel der Neulehrer in die Industrie über, in der die Versorgung besser ist. Die Lehrerkonferenz, die am 4. Oktober dieses Jahres in Eisenach stattfand, betonte in ihrer Resolution, daß eine Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer in der Sowjetischen Zone* erforderlich ist.

Der niedrige Lohn der meisten wissenschaftlichen und ingenieur-technischen Mitarbeiter, *äußerst hohe Steuern auf höhere Verdienste*[182] sowie mangelnde Versorgung mit Lebensmitteln und mit Industriewaren haben zusammen eine ungünstige Situation geschaffen, die es nicht erlaubt, Fachleute mit maximalem Nutzen einzusetzen.

Eine geringschätzige Haltung gegenüber der Intelligenz führt dazu, daß die Notwendigkeit verkannt wird, die materiellen und betrieblichen Bedingungen zu verbessern; sie unterschätzt zudem die politische Arbeit innerhalb der Intelligenz.

Erst Anfang 1948 hat der Parteivorstand der SED die Frage des kulturellen Aufbaus gestellt. Auf dem ersten Kulturtag der SED (5. bis 7. Mai 1948)[183] wurde die Frage des Zusammenschlusses zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz sowie „die Überwindung der abschätzenden und feindlichen Haltung der SED gegenüber den Geistesschaffenden" erörtert.

Anton Ackermann hat in seinem Vortrag über marxistische Politik auf dem Gebiet der Kultur die Notwendigkeit betont, die Intelligenz richtig einzuschätzen und mit ihr sorgsam umzugehen. Ein entschlossener Kampf gegen die reaktionäre Minderheit, eine enge Zusammenarbeit mit der demokratischen Intelligenz und eine von Mißtrauen und Vorurteilen freie, loyale und praktische Zusammenarbeit mit der zahlenmäßig größten Gruppe der Unentschlossenen, das sei die Politik der SED gegenüber der Intelligenz. Diese Politik wird jedoch äußerst langsam realisiert. *Während der Arbeit mit Lehrern und Mitarbeitern im Gesundheitswesen in der Zone bereits früher Beachtung geschenkt wurde, wurden die technische Intelligenz und vor allem die wissenschaftlichen Mitarbeiter bis vor kurzem nur unzureichend zur Erfüllung ihrer Aufgaben herangezogen.*[184]

Erst vom 24. bis 30. Oktober dieses Jahres wurde die erste Konferenz des Kulturbundes zum Thema „Der Zweijahrplan und die Intelligenz"[185] durchgeführt. Trotz der schlechten Vorbereitung (von 500 eingeladenen Teilnehmern waren nur 300 anwesend, schlechte Organisation) haben die meisten Anwesenden die Aufgaben der Intelligenz richtig bewertet und den Beschluß über die Notwendigkeit ihrer aktiven Teilnahme an der Durchführung des zweijährigen Wirtschaftsplanes und über die Verstärkung des Kampfes der Intelligenz um die weitere Demokratisierung usw. gefaßt. Das zeugt davon, daß die Intelligenz nicht nur auf dem Gebiet des kulturellen Aufbaus, sondern auch in der Wirtschaft eingesetzt werden kann.

Alle oben genannten Fakten über die Lage und die Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz erlauben die Schlußfolgerung, daß die Rolle und Bedeutung der Intelligenz

181 Diese Passagen sind am Rande zusätzlich mit Fragezeichen versehen.

182 Diese Passagen sind am Rande zusätzlich mit Fragezeichen versehen.

183 Auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin referierte Otto Grotewohl über die kulturelle Einheit Deutschlands „auf der Grundlage der tiefen sozial-ökonomischen Umgestaltungen, die in der SBZ durchgeführt wurden", und Anton Ackermann über ein Bündnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen auf der Grundlage des Marxismus.

184 Diese Passagen sind am Rande zusätzlich mit Fragezeichen versehen.

185 Die Konferenz des Kulturbundes „Der Zweijahrplan und die Intelligenz" fand vom 24. bis 30. Okt. 1948 in Berlin statt. Der Zweijahrplan für die Jahre 1949/1950 wurde schon im Sommer 1950 als erfüllt beendet.

bis vor kurzem unterschätzt wurde und deshalb ihre Teilnahme am kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetischen Zone zu gering war.

Die SED stellt die Frage der Intelligenz im großen und ganzen richtig. Es ist jedoch erforderlich, eine solche Politik gegenüber der Intelligenz zu verstärken, die darauf gerichtet ist, die aktiven Reaktionäre zu vernichten, die Neutralen bzw. Unentschlossenen zu spalten und die Loyalen entschlossener und breiter zur Mitarbeit heranzuziehen. Gleichzeitig müssen alle Kräfte dafür eingesetzt werden, um aus Vertretern der Arbeiter und werktätigen Bauern eine neue Intelligenz zu schaffen. Einiges wurde in dieser Richtung bereits getan (von den 3.000 Direktoren der volkseigenen Betriebe entstammen etwa 50% dem Arbeitermilieu, in der Zone gibt es ein breites Netz von Kursen und Schulen zur Ausbildung von Fachkräften, an den Hochschulen studiert nach der erfolgreich abgeschlossenen Schulreform eine beträchtliche Anzahl von Studenten aus Arbeiterfamilien usw.). Alle diese Maßnahmen schließen aber nicht aus, daß die Arbeit mit der Intelligenz heute verstärkt werden muß.

Um sie stärker zur Arbeit heranzuziehen, ist es erforderlich, vor allem die politische Arbeit innerhalb der Intelligenz zu verstärken und ihre materielle Lage und ihre Stellung in den Betrieben zu verbessern.

Zur Erreichung dieses Ziels kann man dem Parteivorstand der SED empfehlen, eine spezielle Konferenz zu Fragen des kulturellen Aufbaus durchzuführen und einen Beschluß über die Verbesserung der Arbeit innerhalb der Intelligenz zu fassen.

Es ist erforderlich, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der kulturellen Gesellschaften (des Kulturbundes, der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion[186]) und zur Erweiterung ihrer Kontakte mit der UdSSR bzw. den Ländern der neuen Demokratie zu entwerfen. An den Konferenzen der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz zu Fragen der Erfüllung des Zweijahrplanes sind die besten Arbeiter zu beteiligen. Die Arbeit der Kammer der Technik[187] ist zu beleben, zusätzlich zu dem bei der DWK gegründeten Büro für Erfindungswesen ist ein Wissenschaftlicher Rat zu gründen, der die ganze wissenschaftliche Forschungsarbeit in der Zone leiten soll. In Berlin ist ein Haus der Deutschen Wissenschaft und Technik zu errichten.

Um die materielle Lage der Intelligenz zu verbessern muß die schädliche Gleichmacherei beim Lohn als Folge des geltenden Steuersystems unverzüglich beseitigt und die Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren verbessert werden.

Zur Verbesserung der Arbeit der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen ist ihre materielle Basis (Versorgung der Labors mit technischen Mitteln, Versorgung mit Materialien und Ausrüstung usw.) ebenfalls zu stärken.

A. Sergejew
3. November 1948

GARF 7317/4/107, Bl. 153-159. Original.
AWP RF 0457a/5/34/32, Bl. 117-123. Original.

186 In der Vorlage: „Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit der UdSSR".

187 Die „Kammer der Technik" wurde im Juli 1946 als gesellschaftliche Organisation der Ingenieure, Techniker und Ökonomen in der SBZ beim Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) gegründet.

Nr. 93. Schreiben des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Kowal an den Politischen Berater der SMAD Semjonow mit Stellungnahme zum Bericht über die Lage der deutschen Intelligenz. 3. Februar 1949[188]

In bezug auf die Lage und Nutzung der deutschen Intelligenz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die in einem mir zur Einsichtnahme zugeschickten Bericht von Genosse Sergejew aufgeworfen wurde, habe ich folgendes mitzuteilen:

1. Die Behauptung des Genossen Sergejew, daß „alle oben genannten Fakten über die Lage und die Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz zu dem Schluß kommen lassen, daß die Rolle und Bedeutung der Intelligenz bis vor kurzem unterschätzt wurde, [und] deshalb ihre Teilnahme am kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetischen Zone zu gering war", stimmt in bezug auf die wissenschaftliche und technische Intelligenz nicht.

Die unbefriedigende materielle Lage eines Teiles der technischen Intelligenz ist durch fehlende Aufmerksamkeit oder Unterschätzung ihrer Rolle mit Sicherheit genauso wenig zu erklären, wie sich dadurch die unbefriedigende materielle Lage von Arbeitern und Bauern erklären läßt.

Seitens der SMAD wurde viel getan, um die deutsche technische Intelligenz zu nutzen und sie zum wirtschaftlichen Aufbau in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sowie zu wissenschaftlich-technischen Arbeiten für die Sowjetunion heranzuziehen. Dafür spricht allein die Tatsache, daß eine spezielle Verwaltung für das Studium der deutschen Wissenschaft und Technik innerhalb der SMAD organisiert wurde und arbeitet.

Durch diese Verwaltung wurden über 9.000 besonders qualifizierte wissenschaftliche und ingenieurtechnische Kader der sowjetischen Besatzungszone in verschiedenen Entwicklungsbüros und Forschungseinrichtungen vereint und genutzt. Für diese Spezialisten wurden entsprechende zufriedenstellende materielle Bedingungen geschaffen. Es wurde die notwendige technische Basis für die Arbeit in ihrer Fachrichtung geschaffen, was zweifelsohne zu ihrer moralischen Befriedigung beitrug.

In Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaften haben ingenieurtechnische Mitarbeiter ebenfalls volle Aufmerksamkeit und Fürsorge genossen. Es wurde alles mögliche zur Verbesserung ihrer materiellen Lage unternommen, ihre Arbeit und wirtschaftliche Aktivität wurden auf jede mögliche Weise gefördert.

Der restliche Teil der ingenieurtechnischen Intelligenz, der im Transportwesen und in der Wirtschaft der sowjetischen Zone zur Erfüllung der Wirtschaftspläne beitrug, war entsprechend den Möglichkeiten der Zone materiell versorgt und bekam im Regelfall die Verpflegung nach der Kategorie 1 und 2 (4.600-4.200 Kalorien).

Völlig unverständlich und verwirrend sind die Behauptungen des Genossen Sergejew, daß „die Lehrkräfte an der Universität Rostock schlechter versorgt werden als Studenten" und wiederum „Lehrer im Regelfall besser als andere Fachleute versorgt werden". Daraus folgt, daß „andere Fachleute" **wesentlich schlechter versorgt würden als Studenten**[189] (?!).

Schon wenige Zeilen weiter schreibt Genosse Sergejew: „In der letzten Zeit hat allein in Sachsen ein Drittel der Neulehrer in die Industrie (d. h. in die Kategorie „sonstige Fachleute" – K. K.) gewechselt, wo die Versorgung besser ist". Weshalb die Lehrer in die Wirtschaft fliehen, wird noch unverständlicher, wenn Sie weiter eine solche Behauptung lesen: „Während der Arbeit mit Pädagogen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen in der Zone bereits früher Beachtung geschenkt wurde, wurde die technische Intelligenz ... bis vor kurzem nur unzureichend zur Erfüllung ihrer Aufgaben herangezogen".

---

188 Das Schreiben stellt eine Stellungnahme zum vorstehenden Dokument Nr. 92 dar.

189 Die fett gesetzten Passagen sind in der Vorlage in Großbuchstaben geschrieben.

Möglicherweise hat Genosse Sergejew diese Frage für sich nicht geklärt und bringt etwas durcheinander.

2. Falsch ist auch die Behauptung des Genossen Sergejew, daß in der Phase der aktiven Demilitarisierung „**die gesamte deutsche Intelligenz** als eine Kaste von Reaktionären angesehen wurde". Wessen Betrachtung ist das? Wo kommt sie her?

Ich weiß auch nicht, wer der SMAD-Verwaltung für das Studium der [deutschen] Wissenschaft und Technik das Recht bzw. die Anweisung erteilt hat, bei der Kontrolle der wissenschaftlichen Forschungsarbeit von der falschen Vorstellung auszugehen, daß „nur jede mögliche Hemmung der Entwicklung der deutschen Wissenschaft ihre Unschädlichkeit für den Frieden garantieren kann".

Ich weiß aber, daß sich diese Verwaltung in ihrer Arbeit zur Kontrolle der wissenschaftlichen Forschungsarbeit deutscher Wissenschaftler auf den Beschluß Nr. 25 des Alliierten Kontrollrates stützte, der den Deutschen verbat, sich mit wissenschaftlichen Forschungsarbeiten für militärische Zwecke zu befassen.

3. Nun zur Entlohnung und zum Steuersystem. Die Höhe des Gehaltes, das die deutschen ingenieurtechnischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter bekommen, wird, wie auch die Höhe der Tariflöhne der Arbeiter, durch die Tarifnormen bestimmt, die es noch vor der Besatzung gab. Die SMAD hat sich nicht das Ziel gesetzt, die materielle Lage in der Zone durch Erhöhung der Nominallöhne zu verbessern. Dies soll durch eine Steigerung der Reallöhne erreicht werden.

4. Angesichts der gegenwärtigen schwierigen und komplizierten finanziellen Lage der Zone darf man nicht ernsthaft meinen, daß die Steuern auf den Arbeitslohn der Intelligenz erheblich gesenkt werden können. Die ganze Last des Haushalts darf nicht auf die Schultern der Arbeiter geladen werden.

Im Dezember des vergangenen Jahres hat die Deutsche Wirtschaftskommission bei der Revision des Steuersystems, ausgehend von den vorhandenen Möglichkeiten, die Steuern auf die in den mittleren Lohnkategorien (400-2.000 Mark) liegenden Löhne, d. h. die Kategorien der geistigen Arbeit gesenkt. *(Vgl. den Beschluß der DWK s 310/48).*[190]

Gemäß diesem Beschluß wurden die Steuern erheblich gesenkt.[191]

Bei einem Gehalt von 400 Mark wird eine Steuer von 55,80 Mark erhoben, was 13,9% des Lohnes ausmacht und nicht 26% wie früher. Bei einem Gehalt von 800 Mark werden es nun 210 Mark, d. h. 26,2% und nicht 31%. Bei einem Gehalt von 1.500 Mark werden es 590 Mark, d. h. 32,7% und nicht 40,9% usw. Das heißt, die größte Gruppe der Intelligenz mit einem Gehalt von 400 bis 600 Mark – das sind 60% aller Fachleute –, wird in Zukunft eine Steuer zwischen 14 bis 20% entrichten, was keinerlei „schädliche Gleichmacherei beim Lohn" herbeiführt.

Um diese Frage endgültig zu klären und Vorschläge zur Organisation der wissenschaftlichen Forschungsarbeit in der Zone sowie zur Nutzung von Wissenschaftlern und ingenieurtechnischen Mitarbeitern zu erarbeiten bzw. sich mit anderen die deutsche Intelligenz betreffenden Fragen auseinanderzusetzen, schlage ich vor, eine Kommission einzuberufen in der Zusammensetzung:

Semjonow (Vorsitzender)
Russkich[192]
Kowal
Kabanow.

---

190 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden. Beschluß der DWK „s 310/48", kyrillisch: „c 310/48", somit steht das „s" für „sekretno", d. i. „geheim".

191 Die kursiv gesetzte Passage wurde handschriftlich eingefügt und der folgende maschinenschriftliche Satz gestrichen: „Die Zahlen über die Höhe der Steuern, die Genosse Sergejew anführt, sind **unglaublich**." [Gesperrt].

192 Der Name Russkich wurde handschriftlich hinzugefügt.

Diese Kommission soll die genannte Frage untersuchen und einen entsprechenden Bericht an den Obersten Chef der SMAD vorbereiten.

K. Kowal

GARF 7317/4/107, Bl. 160-164. Beglaubigte Kopie.

Nr. 94. Verfügung des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Kabanow an den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Wandel über Vollmachten bei der Auswahl des Lehrpersonals an Hochschulen. 18. Februar 1949

Um Ordnung beim Verfahren zur Auswahl des Leitungspersonals, der Professoren und der Lehrer sowie des administrativen Personals der Hochschulen herzustellen, hat die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung der Sowjetischen Zone folgende Aufgaben zu übernehmen:

1. Die Bestätigung der Rektoren, Dekane, Institutsdirektoren, Leiter der Lehrstühle und der Universitätskliniken sowie der ordentlichen, außerordentlichen Professoren und Honorarprofessoren an allen Hochschulen der Zone.

Alle Versetzungen des Leitungs- und Lehrpersonals dürfen erst nach einer Genehmigung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung der Sowjetischen Zone erfolgen.

2. Die Bestätigung der Dozenten, Lektoren, Studenten und des administrativ-technischen Personals der Berliner Universität und der Berliner Hochschule für angewandte Kunst.

3. Die Bestätigung der Statuten der Hochschulen und der wissenschaftlichen Gesellschaften.

Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, daß den Volksbildungsministern der Länder die Pflicht übertragen wurde, die Dozenten, Lektoren, das administrativ-technische Personal und die Studentenschaft der Hochschulen der jeweiligen Länder zu bestätigen.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
A. Kabanow

GARF 7317/55/11, Bl. 32. Beglaubigte Kopie. [193]

193 In einer abweichenden redaktionellen Fassung, die den deutschen Gegebenheiten Rechnung trägt, als Brief des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD an den Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung vom 18. Feb. 1949 veröffentlicht in: Handel/Köhler, Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949 1975, S. 82-83, sowie als Dokument Nr. 56 in: Malycha, Geplante Wissenschaft 2003, S. 254.

Nr. 95. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda beim ZK der WKP(B) Schepilow[194] über Propaganda marxistisch-leninistischer Philosophie an Hochschulen. 7. März 1949

Geheim

Über die Propaganda der marxistisch-leninistischen Philosophie

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Idealisten an den deutschen Hochschulen immer noch die Oberhand haben und qualifizierte deutsche Kader auf dem Gebiet der marxistischen Philosophie fast vollständig fehlen, hat die Informationsverwaltung Vorlesungen über marxistisch-leninistische Philosophie für die deutsche Bevölkerung organisiert.

Mit den Vorlesungen wurde der Lektor der Verwaltung Genosse Major Patent[195] beauftragt, der über eine spezielle philosophische Ausbildung verfügt, früher Philosophie an der Pädagogischen Hochschule in Saratow unterrichtet hatte und der die Situation der deutschen Wissenschaft und Kultur gut kennt.

Die erste [Serie von] vier Vorlesungen über marxistische Philosophie wurde in den Universitätsstädten der Zone gehalten: in Berlin, Rostock, Greifswald, Jena, Leipzig, Dresden und Halle. Nach jeder zweistündigen Vorlesung wurden die Fragen der Hörer beantwortet, woraus sich Diskussionen ergaben, die zwei bis vier Stunden andauerten.

Die Vorlesungen wurden von den Zweigstellen der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion organisiert und lockten viele Hörer an, vor allem Professoren, Studenten, andere Schichten der Intelligenz und das Parteiaktiv der SED.

Die vier Vorlesungen in Halle besuchten 16.000 Personen, wobei der Publikumsandrang so groß war, daß der Vorlesungssaal nicht alle Interessenten fassen konnte. Die fünf Vorlesungen in Leipzig haben etwa 20.000 Personen besucht und die Zeitung „Neues Deutschland“[196] berichtete, daß „die Zahl der Zuhörer von Tag zu Tag stieg und eine Höhe erreichte, die man bei wissenschaftlichen Vorträgen bisher nicht kannte.“ Das gleiche berichteten alle Zeitungen in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Die reaktionären Kreise der Professorenschaft und Theologen versuchten während der Diskussionen überall, die Gesetze des Marxismus zu widerlegen und als Sieger aus den Diskussionen hervorzugehen. Ein großer deutscher Idealist, der Professor der Universität Greifswald Jacoby[197] sowie der Professor der Universität Jena Leisegang[198], einer der bedeutendsten Vertreter des Idealismus in Deutschland, und viele andere Idealisten nahmen an den Diskussionen teil und verteidigten leidenschaftlich den Idealismus. An jedem Diskussionsabend traten 15 bis 20 Gegner

---

194 Schepilow, Dmitri Trofimowitsch (1905-1995), 1947-48 stellvertretender und 1948-49 Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B), 1952-56 Chefredakteur der „Prawda“, 1955-57 Sekretär des ZK der KPdSU, 1956-57 Außenminister der UdSSR; 1960-82 in der Archivhauptverwaltung tätig.

195 Patent, Grigori Iossifowitsch (1913-), Major, verantwortlicher Referent für den Kulturbund und Massenorganisationen in der Kulturabteilung für Propaganda der Informationsverwaltung der SMAD, Stellvertretender Chef (für Ausbildung) an der Antifa-Schule der SMAD.

196 „Neues Deutschland“, ab 1946 das Zentralorgan der SED.

197 Jacoby, Günther (1881-1969), Philosoph, 1919-37 und 1945-56 Professor an der Universität Greifswald, 1946-48 erster Dekan der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät, seit 1950 einziges DDR-Mitglied im Vorstand der (westdeutschen) Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland, ab 1953 Mitarbeiter im wissenschaftlichen Beirat für Philosophie beim Staatssekretär für das Hochschulwesen der DDR.

198 Leisegang, Hans (1890-1951), Philosoph, 1930-34 und 1945-48 Professor an der Universität Jena, 1948-51 Professor an der Freien Universität Berlin.

des Marxismus auf. Dennoch erlitten sie überall Niederlagen. Die erwähnten Professoren Jacoby und Leisegang gaben zu, daß „ihre Auftritte mißglückt waren".

Die deutsche Presse, darunter auch die bürgerlich-demokratische Presse, widmete den genannten Vorlesungen und Diskussionen Dutzende Artikel und Notizen und hob jedes Mal die unverkennbare Überlegenheit des Marxismus über den Idealismus hervor. Die Zeitungen publizierten die Artikel unter folgenden Titeln: „Idealismus in der Sackgasse", „Der Materialismus ist der Kompaß des Forschritts", „Philosophie ist die Waffe im Kampf", „Major Patent überzeugte die Skeptiker", „Die gewonnene Schlacht", „Bresche im philosophischen Idealismus" usw.

Natürlich konnten die vier Vorlesungen nicht die ideologische Zerschlagung des Idealismus herbeiführen, sie haben jedoch eine Bresche in die Positionen der Idealisten geschlagen und das Interesse für den Marxismus geweckt. Dafür sprechen das Echo in der Presse sowie mündliche und schriftliche Reaktionen der Hörer, des Parteiaktivs der SED und andere Quellen.

Der bekannte deutsche Wissenschaftler Professor Klemperer[199] schrieb beispielsweise: „Der Eindruck, den die Vorlesungen hinterlassen haben, war außergewöhnlich. Sie wurden mit großem Interesse aufgenommen und dem Referenten ist es gelungen, einen großen Teil von skeptisch gesinnten Studenten und auch Professoren für sich zu gewinnen."

Die Zeitung „Neues Deutschland", wie auch andere Zeitungen, berichtet, daß „die öffentlichen Diskussionen einen eindeutigen Sieg des philosophischen Materialismus" über seine Gegner bedeuteten. Die Zeitung betont, daß die Vorlesungen einen gewaltigen Erfolg hatten und „aufgrund ihrer Bedeutung die Zukunft beeinflussen werden".

Führende Mitarbeiter des Parteivorstandes der SED betrachten diese Vorlesungen als große Hilfe für die Partei. Aus vielen Städten, in denen es keine Universitäten gibt, sind Bitten eingegangen, solche Vorlesungen auch in diesen Städten zu organisieren.

An der Universität Jena, der Hochburg der Idealisten, erklärte Professor Leisegang unter dem Beifall der Studenten: „Wenn ihr die Armseligkeit des philosophischen Denkens erleben wollt, geht zu den Marxisten." Nach den Vorlesungen des Genossen Patent forderte der Studentenrat der Universität aus eigener Initiative den Rektor auf, einen obligatorischen Kurs der marxistischen Philosophie einzuführen. Den gleichen Beschluß hat der Studentenrat der Universität Greifswald gefaßt. Die Vorlesungen und Diskussionen haben zahlreiche Reaktionen im Saal ausgelöst, vor allem in der Intelligenz.

Bisher wurden in den genannten Städten die ersten vier von insgesamt zwölf Vorlesungen gehalten. Die restlichen Vorlesungen werden in den nächsten Monaten folgen.

Die während der Vorlesungen über die marxistisch-leninistische Philosophie gesammelten Erfahrungen bezeugen, daß diese Arbeit fortgesetzt und erweitert werden soll.

Ich bitte um Ihre Entscheidung, eine Gruppe sowjetischer Professoren nach Deutschland abzukommandieren, um hochqualifizierte Vorlesungen in Philosophie zu halten.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen Generalleutnant
A. Russkich

GARF 7317/3/4, Bl. 26-28. Beglaubigte Kopie.

199 Klemperer, Victor (1881-1960), Romanist und Germanist, 1919 Professor an der Universität München, 1920-35 Professor an der Technischen Hochschule Dresden, 1945/46 KPD/SED, 1945-47 Professor an der Technischen Hochschule Dresden, 1947 Professor an der Universität Greifswald, 1948 Professor an der Universität Halle/Direktor des romanistischen Seminars, 1951-54 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1947-60 Präsidialrat des Kulturbundes, 1952 Mitglied im Deutschen PEN-Zentrum Ost und West, 1956 Deutsche Akademie der Künste.

Nr. 96. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Solowjow an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Daniłow über Ergebnisse der Inspektionen der Oberschulen in Sachsen. 11. April 1949

Geheim

Über die Ergebnisse der Inspektionen an den Oberschulen im Land Sachsen im Februar 1949

Vom 9. bis 25. Februar 1949 haben die Abteilung Volksbildung der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen und das Bildungsministerium gemäß dem Vorschlag der Abteilung Volksbildung der SMAD 28 Oberschulen mit insgesamt 441 Lehrern und 8.285 Schülern inspiziert.

Von den 28 überprüften Schulen befinden sich 15 in Großstädten (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Görlitz und Zwickau), sieben Schulen in mittelgroßen Städten (Riesa, Crimmitschau, Werdau, Meerane, Bautzen, Zittau) und sechs Schulen in Kleinstädten (Borna, Grimma, Frankenberg, Aue, Lichtenstein, Niesky). Darunter befanden sich fünf Internatsschulen (Dresden-Süd, Grimma, Lichtenstein, Sorbische Oberschule Bautzen, Thomas-Schule Leipzig).

Durch die Inspektionen wurden folgende Schulen erfaßt: [...][200]

Für die Inspektionszwecke wurden elf Kommissionen gebildet, bestehend aus jeweils sechs Personen:

1. ein Vertreter des Bildungsministeriums (Vorsitzender),
2. der Kreisschulrat,
3. ein Vertreter der Lehrergewerkschaft,
4. ein Vertreter der Kreisleitung der FDJ,
5. ein Vertreter der Kreisleitung der SED,
6. der Inspektor für Volksbildung der SMA des Landes Sachsen.

Die Inspektion von 28 Schulen hat ergeben, daß sich an den deutschen Oberschulen, wie auch an den Volksschulen, infolge der Schulreform ein langsamer Wandel ihrer Struktur, der Zusammensetzung der Schüler und Lehrer sowie der Organisation der gesamten Erziehung und Bildung vollzieht. Die Unterschiede zwischen der Oberschule und der Volksschule sind oft noch zu groß, weil die Lehrkräfte an der Volksschule schlecht ausgebildet, die Lehrer an der Oberschule dagegen hochqualifiziert sind.

Obwohl die Oberschule noch nicht eine völlig demokratische Einrichtung geworden ist, so verliert sie allmählich den Charakter einer Schule für die privilegierten Gesellschaftsklassen.

Zum Ende des Schuljahres 1947/1948 sind die Oberschulen mit vier Klassen und die Gymnasien kleiner geworden, weil die unteren Klassenstufen (1. bis 4.) weggefallen sind. Um die Schulen zu vergrößern, wurden einige zusammengelegt. Daraufhin ist die Anzahl der Oberschulen von 92 auf 86 zurückgegangen, die Gesamtzahl der Schüler beträgt jetzt 22.314. Die Anzahl der Lehrer sank von 1.560 (Stand am 15. Oktober 1948) auf 1.165 Personen (Stand am 1. Februar

200 Die Aufzählung der Schulen wurde weggelassen.

1949). Die Klassenstärke hat infolge der Zusammenlegung zugenommen, wobei nicht selten verschiedene Fachklassen zusammengeführt wurden wie in Dresden und Leipzig.

Unter den 86 Oberschulen gibt es eine Sorbische Schule in Bautzen von der ersten bis zur elften Klasse, drei Schulen in Dresden, Chemnitz und [Gajnchaim][201], die auf der Basis von Volksschulen gegründet wurden (von der ersten bis zur elften Klasse), eine experimentelle „Volks- und Oberschule" in Dresden sowie 16 sogenannte Einheitsschulen, die zwar aus Volks- und Oberschule bestehen, praktisch jedoch nicht zusammengelegt wurden, denn gemeinsam sind nur die Gebäudenutzung und der Direktor.

1. Pädagogen und Direktoren der Oberschulen

Die Zusammensetzung der Schulleiter und Pädagogen verändert sich positiv. Zu qualifizierten pädagogischen Kadern der bürgerlichen Intelligenz sind Lehrer aus den demokratischen Schichten hinzugekommen, jedoch gehören nach wie vor 45% der Oberschullehrer bürgerlichen Parteien an.

a) Unter 84 Direktoren gibt es nur zwei Frauen.

Parteizugehörigkeit der Direktoren:

Mitglieder der SED	59 (69%)
Mitglieder der CDU	7 (8,3%)
Mitglieder der LDP	15 (19%)
Parteilose	3,7%[202]

Nach Bildungsabschluß:

Universität 41 (48,8%)
Lehrerseminar und Pädagogische Akademie 42 (50%)
zweijähriges Studium an der Technischen Hochschule 1 Person

Nach Alter:

Jahrgang 1918	1 Person
1910-1900	9 Personen
1899–1890	33 Personen
1889–1880	38 Personen
1879 und älter	3 Personen,

d. h. 74 (88%) aller Direktoren sind älter als 50 Jahre.

Nach Berufsjahren als Lehrer:

von 10 bis 19 Jahren	4 Personen
von 20 bis 30 Jahren	30 Personen
von 30 bis 40 Jahren	25 Personen
über 40 Jahre	25 Personen

Im Ergebnis der Inspektionen der Oberschulen in Grimma, Frankenberg und Bautzen wurde vorgeschlagen, die Direktoren dieser Schulen wegen schlechter Bildungsarbeit ihrer Posten zu entheben.

---

201 Nicht lokalisierbar. Da in der hier weggelassenen Schulliste nicht enthalten, handelt es sich möglicherweise um einen Ortsteil.

202 So in der Vorlage, vermutlich wurde die absolute Zahl (3) weggelassen. Die Prozentwerte sind eigenwillig errechnet worden.

b) Pädagogische Kader:

An den 28 untersuchten Schulen besteht die Lehrerschaft, ebenso wie die Direktoren, überwiegend aus langjährigen pädagogischen Mitarbeitern, ihrer Bildung nach sind sie qualifizierte Fachkräfte und gehören der bürgerlichen deutschen Lehrerschaft an.

Von 441 Personen sind 72% Männer und 28% Frauen.

Nach der Parteizugehörigkeit setzen sie sich folgendermaßen zusammen:

Mitglieder der SED	32,1%
Mitglieder der LDP	28,1%
Mitglieder der CDU	16,2%
Parteilose	23,6%

Nach Bildungsabschluß:

1) Universität und Technische Hochschule	55,5%
2) Abgebrochenes Studium	4%
3) Lehrerseminar	24,5%
4) Spezialschule und Gymnasium	15%
5) Volksschule	1%

Wie man sieht, beträgt der Anteil der Lehrer mit Hochschulbildung an den Oberschulen etwa 60%, an den Volksschulen liegt ihr Anteil nur bei 4%. Den Volksschulabschluß hat hier nur 1% der Lehrer, während es an den Volksschulen 83,5% sind. An den Oberschulen gibt es über 25% Neulehrer, an den Volksschulen sind es 85-90%.

Nach Alter:

Bis Jahrgang 1920	24,5%
1919–1910	14,5%
1909–1900	14,9%
1900–1890	22,7%
1890–1880	21,8%
älter als Jahrgang 1880	1,6%

46% der Lehrer sind älter als 50 Jahre.

Lehrer nach Dienstjahren:

von 1 bis 3 Jahre	37%
bis 5 Jahre	10%
bis 15 Jahre	11%
bis 25 Jahre	10%
mehr als 25 Jahre	32%

An fast allen Schulen sind die Lehrerstellen besetzt. An den Oberschulen des Landes fehlen lediglich 25 Lehrer.

Es sind alle Bedingungen vorhanden, um die Bildungs- und Erziehungsarbeit richtig zu organisieren und den Lehrplan zu erfüllen. Leider wird der Stundenplan im Durchschnitt nur zu 95-98% erfüllt, im Lehrstoff liegen die 11. und 12. Klassen ein halbes bis ein Jahr zurück.

Obwohl an den inspizierten Oberschulen 25% Neulehrer und 75% alte Lehrer tätig sind, wird sehr wenig getan, um deren praktische und politische Qualifikation zu erhöhen. Die alten Lehrer unterstützen innerhalb ihrer Fachschaften in methodischer und pädagogischer Hinsicht die Lehrer der Volksschulen, mit ihnen selbst wird jedoch nicht gearbeitet und sie sind auf sich selbst gestellt.

In Schulen, in denen die Weiterbildungsarbeit befriedigend organisiert ist (Lichtenstein, Dresden-West, Zwickau und andere), treffen sich die Lehrer ein- bis zweimal im Monat zu Fachsitzungen, auf denen der methodische Leiter aktuelle methodische, pädagogische und politische Fragen zur Diskussion stellt. An anderen Oberschulen (Bautzen, Zittau, Grimma und anderen) wird diese Arbeit entweder überhaupt nicht oder nur planlos durchgeführt.

Nur an der Oberschule Dresden-West führt der Schuldirektor für die Neulehrer einmal in der Woche ein Seminar zu Fragen der Methodik, der Pädagogik und Psychologie durch. Die meisten alten Lehrer dieser Schule (zwölf Mitglieder der LDP) leiten methodische Zirkel für Volksschullehrer.

An den Schulen gibt es nur sehr wenige Parteigruppen der SED. An der Schule der Stadt Grimma gibt es eine Parteigruppe der SED, die jedoch so schwach ist, daß sie keine spürbare Arbeit leisten kann und sich in schulische Angelegenheiten nicht einmischt. Etwas besser arbeiten die Parteigruppen an den Oberschulen in Zwickau, Werdau, an der Dresdener Oberschule in der Jägerstrasse 34 und an der Oberschule Dresden-West. An diesen Schulen arbeiten auch die FDJ-Gruppen zufriedenstellend.

Über viele Schulen haben Fabriken und Betriebe Patenschaften übernommen. Besonders gut ist die Patenarbeit durch den Direktor von „Drewag", Herrn Kunze, an der Oberschule Dresden-West organisiert.

An allen Schulen wurden Elternbeiräte gegründet, viele von ihnen arbeiten jedoch noch unzureichend. Die Arbeit des Elternbeirates, wie auch die Patenarbeit, ist an der Oberschule Dresden-West gut organisiert. Zwischen den Arbeitern der Eisenbahnreparaturwerke in Lichtenstein und der Schule ist eine enge Verbindung entstanden. Die Schüler der Oberschule Dresden-West besuchen oft den Betrieb und die Lehrlinge des Betriebes erhalten ihren planmäßigen Unterricht in den Kabinetten für Physik und Chemie dieser Schule.

Die Organisationen „Freunde der neuen Schule"[203] befinden sich noch in Gründung und existieren somit an den meisten Schulen noch nicht. An den Schulen in Bautzen und Zwickau wurden diese Organisationen bereits gegründet und arbeiten erfolgreich. An der Oberschule in Grimma gibt es diese Organisation nur auf dem Papier. Die bestehenden Parteiorganisationen und die verschiedenen öffentlichen Organisationen nehmen an der Arbeit der Schulen nur auf Einladung teil, eigene Initiative zeigen sie nicht. In Orten, in denen die öffentlichen Organisationen schwach sind, werden kirchliche Organisationen aktiv (in Dresden, Plauen, Chemnitz, Stollberg, Karl-Marx-Schule in Leipzig, Thomas-Schule in Leipzig und anderen).

203 „Freunde der neuen Schule" entwickelten sich aus praktischen lokalen Hilfsaktionen zur Vorbereitung der Schuleröffnung 1945 und sollten auf Initiative der SED 1946 institutionalisiert werden. Im Februar 1947 wurde ein zentrales „Initiativkomitee Freunde demokratischer Erziehung" in Berlin gebildet, dem gesellschaftliche Organisationen, Vertreter von deutschen Zentralverwaltungen sowie des Verlages „Volk und Wissen" angehörten. Es blieb aber untätig bezüglich dem am 28. Juni 1948 festgeschriebenen Führungsanspruch der SED in der pädagogischen Bewegung „Freunde der neuen Schule (Arbeitsgemeinschaft demokratischer Organisationen)", die vor allem mit Hilfe der Schulleiter, Behörden und der FDJ den Einfluß gewählter Elternvertreter in den Schulen eindämmen sollte.

2. Zusammensetzung der Schüler

Die Zusammensetzung der Schüler hat sich sehr verändert. Früher waren Arbeiterkinder die Ausnahme, heute ist ihr Anteil insbesondere in den 9. und 10. Klassen gewachsen. Unter 8.225 Schülern der 28 inspizierten Schulen sind 19,5% Arbeiterkinder, 12,5% Kinder von Handwerkern und 2,2% Bauernkinder. Die weiteren 65% machen Kinder von kleinen Angestellten, Beamten und Freiberuflern aus.

30 bis 50% der Schüler an der Sorbischen Schule, der Schule in Lichtenstein, der Pestalozzi-Schule in Dresden und der Schule in Niesky sind Arbeiterkinder. An den Oberschulen der Städte Meerane, Riesa, Zittau, Chemnitz, Werdau, Aue, Zwickau, Dresden-Nord und Dresden-West sind 20 bis 30% der Schüler Arbeiterkinder. An den Schulen in Borna, Dresden-Süd, in der Hohenstraße in Chemnitz, Frankenberg, in der Jägerstraße in Dresden und in Grimma sind 11 bis 15% der Schüler Arbeiterkinder.

An einigen Schulen auf dem Lande erreicht der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder 70%. So sind in Altenberg 46% der Oberschüler Arbeiter- und Bauernkinder, in Limbach 41%, in Weißwasser und Oelsnitz 39% und an der Sorbischen Schule der Stadt Bautzen 71%.

Nur ein kleiner Prozentsatz der Arbeiter- und Bauernkinder – zwischen 3 und 9% – besucht die Leipziger Oberschulen. Nur an der Humboldt-Schule sind 21% Arbeiterkinder.

In diesem Schuljahr wurden an fast allen inspizierten Schulen, mit Ausnahme der Leipziger Schulen und der Schule Dresden-Ost, eine ähnlich hohe Anzahl Schüler aus den genannten sozialen Gruppen, mit Ausnahme von Bauern, in die 9. Klassen aufgenommen. An einigen Schulen der Städte Leipzig (Thomas-Schule, Karl-Marx-Schule) und Dresden (Pestalozzi-Schule, Schule in der Jägerstraße 34) gibt es gar keine Bauernkinder.

Das Ministerium für Volksbildung des Landes Sachsen hat die Schulräte angewiesen, im Schuljahr 1949/50 den Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder in den 9. Klassen der Oberschulen auf 50% zu erhöhen.

Die Altersstruktur entspricht im großen und ganzen der Norm, obwohl es immer noch viele überalterte Schüler aus Umsiedlerfamilien bzw. aus den Reihen zurückgekehrter junger Kriegsgefangener gibt.

In den 9. Klassen werden Jugendliche von 14 bis 18 Jahren, in den 10. Klassen von 16 bis 19 Jahren, in den 11. Klassen von 16 bis 20 Jahren und in den 12. Klassen von 17 bis 21 Jahren und älter unterrichtet. In den 12. Klassen macht der Anteil der Schüler, die älter als 20 Jahre sind, 6% aus. Obwohl unter den Schülern die Zahl ehemaliger Angehöriger der deutschen Armee bereits zurückgegangen ist, besuchen die 11. bis 12. Klassen der 28 inspizierten Schulen noch 91 ehemalige Soldaten (1,1%), davon 85 einfache Soldaten, fünf Unteroffiziere und ein Offizier.

Die Verteilung der Schüler auf Fachgruppen erfolgt in den Schulen unterschiedlich. In sechs Schulen (Dresden-West, Karl-Marx-Schule in Leipzig, Schule in der Höhenstraße in Chemnitz, Schiller-Schule in Bautzen, Schulen in Zittau und Görlitz) gibt es drei Fachgruppen: A, B und C.

An der Thomas-Schule in Leipzig gibt es nur die Fachgruppe C, an der Sorbischen Oberschule und der Oberschule in Niesky nur die A-Fachgruppe, an der Oberschule Lichtenstein nur die B-Fachgruppe. In allen Klassen wurden jedoch zusätzlich drei Stunden Englisch und zwei Stunden Latein in den Lehrplan aufgenommen. An den übrigen 17 Schulen gibt es die Fachgruppen A und B.

An der experimentellen Dresdener Oberschule in der Jägerstraße 34 wird der Unterricht nach Epochen (Perioden) eingeteilt.

Die soziale Zusammensetzung der Schüler in den jeweiligen Fachgruppen zeigt, daß Arbeiter- und Bauernkinder genauso wie Kinder aus anderen sozialen Schichten vorrangig die Spezialisierung in den Gruppen A und B und nur sehr wenige die Gruppe C wählen. So haben von 74[204] Arbeiterkindern, die die Oberschule der Stadt Zittau besuchen, 31 die Fachgruppe A, 35 die Fachgruppe B und acht die Fachgruppe C gewählt; in den 10. Klassen besuchen von 53 Arbeiterkindern 29 die Gruppe A, 23 die Gruppe B und eins die Gruppe C.

Von insgesamt 8.285 Schülern an 28 Oberschulen haben 1.625, d. h. 19,5%, die 8. Klasse der Volksschule absolviert.

Nach den vorliegenden Informationen aus elf Schulen haben 47% der insgesamt 1.639 Schüler der 9. Klassen die 8. Klasse der gleichen Schule absolviert, 53% der Schüler kommen aus den 8. Klassen der Volksschulen.

Bezüglich der Abgänge herrscht Unklarheit. Mitarbeiter des Ministeriums und die Schuldirektoren haben keine einheitliche Vorstellung darüber, was unter Abgängen zu verstehen ist, an einigen Schulen werden Abgänge mit Sitzenbleiben gleichgesetzt. Deshalb kommt es vor, daß einer von 5% Abgängen und ein anderer von 20% Abgängen spricht, wobei der letztere neben den ausgeschiedenen Schülern auch die Sitzengebliebenen berücksichtigt. Man kann nur eines sagen: An den Oberschulen kommen sowohl Abgänge als auch Sitzenbleiben vor, es werden jedoch keine Maßnahmen zu deren Bekämpfung ergriffen.

Der Anteil schwacher Schüler schwankt zwischen einem und 22,5%, wobei an einigen Schulen nichts unternommen wird, um ihnen zu helfen. So hat beispielsweise Herr Zinder, Direktor der Oberschule in Grimma und Mitglied der SED (früherer Sozialdemokrat), nach der Ermittlung von schwachen Schülern deren Eltern zu sich bestellt und ihnen vorgeschlagen, Nachhilfelehrer zu engagieren. An anderen Schulen (Zwickau, Werdau und an anderen) helfen FDJ-Gruppen schwachen Schülern.

An einigen Kreisoberschulen (Zittau und andere), an denen bis zu 40% der Schüler aus einem Umkreis von 10 bis 30 km mit der Bahn oder mit dem Bus in die Schule kommen, gibt es keine Wohnheime. Nur an 14 von insgesamt 86 Schulen wurden Wohnheime für 40 bis 60 Schüler errichtet. Die vorhandenen Wohnheime sind, die Sorbische Schule ausgenommen, völlig unzureichend eingerichtet und verfügen nicht einmal über Bettwäsche. Besonders schlecht ist die Einrichtung an der Oberschule in Grimma.

3[205]. Arbeit der FDJ an der Oberschule

An allen 28 inspizierten Oberschulen gibt es Organisationen der FDJ, deren Aufgabe darin besteht, die Erziehungsarbeit unter den Schülern zu organisieren. Sie sollen zugleich die Schülerselbstverwaltungen ersetzen.

Im Durchschnitt sind 21 bis 22 % der Schüler Mitglied der FDJ. Berücksichtigt man den durchschnittlichen Anteil in den Klassen, so kommt man zu dem Schluß, daß dieser sehr unter-

204 Diese Zahl ergibt die Addition der nachstehenden Teilzahlen. In der Vorlage: 81 oder 84. Darin wurde die getippte Zahl handschriftlich undeutlich korrigiert.

205 Im Original ist von arabischen auf lateinische Zahlen umgestellt worden, hier wurde die Numerierung vereinheitlicht.

schiedlich ist. Je höher die Klassenstufe, um so größer ist der Anteil der FDJ-Mitglieder: In den 9. Klassen sind das 10 bis 12%, in den 10. Klassen 18 bis 20%, in den 11. Klassen über 20% und in den 12. Klassen über 30%.

Zwischen einzelnen Schulen schwankt der Anteil der FDJ-Mitglieder zwischen 1,5% und 45%. [...][206]

Da diese Organisationen von den Kreis- und Landesleitungen der FDJ nur unzureichend angeleitet werden, konnten sie nicht die Schülermassen erfassen, ihre Aufgaben sind in den Schulen kaum bekannt und werden von einigen Direktoren und Lehrern nicht unterstützt. Einige Direktoren betrachten diese Organisation als eine Vereinigung, die die Arbeit der Direktoren stört (Schulen in Grimma, Zittau und andere).

Nur an zwölf von 28 Schulen arbeiten die FDJ-Gruppen erfolgreich, wie beispielsweise an der Oberschule der Stadt Lichtenstein, wo 54 von insgesamt 145 Schülern Mitglied der FDJ sind. Sie arbeiten besonders aktiv im Biologiezirkel, Turnverein, Chor und Orchester, die auch von anderen Schülern besucht werden. Die FDJ-Gruppe leistet neben den Lehrern Hilfe für schwächere Schüler. Der Schuldirektor, Herr Weiß, arbeitet mit der FDJ-Gruppe und mit der Lehrergewerkschaft zusammen. Die Schülerselbstverwaltung wurde dort aufgelöst. An der Käthe-Kollwitz-Oberschule ist die Arbeit der FDJ ebenfalls gut organisiert. Die Leitung aller Zirkel liegt in den Händen der FDJ. Auf Initiative der FDJ-Gruppe finden regelmäßig Besprechungen zu aktuellen politischen Fragen statt, einige Mitglieder der FDJ leiten Fachzirkel. Die schulische Selbstverwaltung liegt nun in den Händen der FDJ.

Die ganze Unterrichts- und Erziehungsarbeit des Schuldirektors wird in engem Kontakt mit der Lehrergewerkschaft, der FDJ, der SED-Betriebsgruppe und der örtlichen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion geleistet. Einige Lehrer wie auch der Schuldirektor sind selbst Mitglieder der FDJ. [...][207]

Die FDJ-Organisation der Oberschule in der Jägerstraße in Dresden, die aus 42 Mitgliedern besteht, leistet ebenfalls eine umfangreiche Arbeit unter den Schülern, indem sie Gespräche zur aktuellen Politik organisiert. Sie wird vom Direktor, von den Lehrern und allen voran von der Betriebsgruppe der SED unterstützt. Deshalb gibt es an dieser Schule keine kirchliche Gruppe der Jungen Gemeinde[208]. Die gleiche Situation ist auch an anderen Schulen zu beobachten.

An den übrigen 16 Schulen ist die FDJ noch nicht zu einer Massenorganisation der Schüler geworden, obwohl die Schülerselbstverwaltung dort bereits aufgelöst wurde. Die neu gegründeten FDJ-Gruppen haben ihre Funktionen innerhalb der Schulen für sich noch nicht geklärt, weshalb sie sich manchmal in die Arbeit des Schuldirektors oder sogar eines Pförtners, wie in Frankenberg, einmischen. [...][209]

An einigen Schulen existiert neben den FDJ-Gruppen noch die Schülerselbstverwaltung, die jedoch nicht mehr aktiv ist.

---

206 Zwei Absätze mit Details wurden weggelassen. Besonders niedrig war danach die FDJ-Mitgliedschaft der Oberschüler in Leipzig (1,5 bis 9%).

207 Zwei Absätze wurden weggelassen.

208 „Junge Gemeinde" ist eine Sammelbezeichnung für lose Gruppen jugendlicher evangelischer Kirchenmitglieder. Sie wurden von der SMAD ab 1947 als Bestandteil der Kirche toleriert. Ein Verbot wurde für den Fall angedroht, daß sie sich in eine Organisation verwandeln. 1952/53 verschärfte die SED ihre Repressionen gegen Mitglieder der Jungen Gemeinden, die sich an Schulen und Hochschulen zu aktiven Sammelbecken oppositioneller Jugend entwickelten und damit das Organisationsmonopol der FDJ in Frage stellten.

209 Zwei Absätze wurden weggelassen.

Während der Inspektionen haben die Kommissionen die Auflösung der Schülerselbstverwaltungen angewiesen.

Nur an einer Oberschule in Dresden-West wird mit Genehmigung des Bildungsministeriums vom Professor der pädagogischen Fakultät der Technischen Hochschule Schellenberg ein Experiment zur Organisation der Arbeit der Schülerselbstverwaltung durchgeführt. An der Schule wurden folgende Arbeitsgruppen gewählt: für Sozialfürsorge, für Disziplinarstrafen, für Schulbibliothek und für Freizeit und Schulfeiern. Jede Arbeitsgruppe besteht aus je einem Vertreter der Lehrerschaft und des Elternbeirats. Mitglieder der FDJ beteiligen sich aktiv an dieser Selbstverwaltung.

Ein großes Hindernis bei der Entfaltung der Arbeit der FDJ und deren Wachstum stellten in diesem Schuljahr die religiöse Tätigkeit der kirchlichen Jugendorganisation und der Einfluß anderer kirchlicher Organisationen auf die Schularbeit dar.

An mehreren Oberschulen wurde während der Inspektionen festgestellt, daß viele Schüler der religiösen Organisation Junge Gemeinde angehören. Traten diese Organisationen im letzten Schuljahr an den Oberschulen noch kaum in Erscheinung, so sind sie in diesem Jahr zu einem Massenphänomen geworden. An der Oberschule Chemnitz und an einigen Dresdener Schulen erfaßt diese Organisation 20 bis 35% der Schüler, allein an den Schulen der Stadt und des Bezirks Chemnitz zählt sie etwa 7.000 Mitglieder. Diese neu gegründete christliche Vereinigung verwandelt sich aus einer gewöhnlichen kirchlichen Organisation in eine politische kirchliche Massenorganisation. Neben zwei Stunden Religionsunterricht an der Schule werden einmal im Monat Mitgliederversammlungen auf Stadtebene und alle drei Monate gemeinsame Stadt- und Kreisversammlungen abgehalten. Bei den Mitgliedern der Jungen Gemeinde wird zwischen einfachen und aktiven Mitgliedern unterschieden. Ein einfaches Mitglied trägt ein Abzeichen mit Kreuz und ein aktives Mitglied ein Kreuz mit Ring. Die Organisation arbeitet nicht nur an Schulen, sondern dringt auch in die Schulinternate ein, sie veranstaltet sportliche Massenwettbewerbe und führt Gespräche zu politischen Themen durch. Sogar jene Schüler, deren Eltern Mitglieder der SED sind, gehören der Jungen Gemeinde an. An der Oberschule in Werdau ist sogar die Leiterin der schulischen FDJ-Gruppe Mitglied dieser kirchlichen Jugendorganisation.

An der Käthe-Kollwitz-Oberschule (Zwickau) ist die dortige 52 Mitglieder starke Junge Gemeinde feindlich gegenüber der FDJ eingestellt. An der Oberschule Dresden-West wird offen und mit dem Wissen des Direktors bzw. der Parteigruppe für religiöse Zirkel geworben. Ein Lehrer (und zugleich Bibliothekar) an dieser Schule, ein ehemaliger Theologe, machte in der Bibliothek einen Aushang mit dem Angebot für die Schüler, im Rahmen eines Zirkels an seinem Religionsunterricht teilzunehmen. Die eigenmächtigen Handlungen dieses Lehrers werden von der Schulleitung nicht unterbunden. An der Oberschule der Stadt Stollberg, der Thomas-Schule in Leipzig, der Karl-Marx-Schule in Leipzig und in anderen Städten hat der Einfluß der kirchlichen Jugendorganisation zugenommen.

In der letzten Zeit sind Stimmen der Kirchenvertreter lauter geworden, die für die Einführung eines obligatorischen Religionsunterrichtes plädieren. An einigen Schulen, wie beispielsweise in Stollberg, wird regelmäßig von neun bis 14 Uhr nachmittags inoffizieller Religionsunterricht erteilt. Einige Lehrer dieser Schule sind aktive Mitglieder der Jungen Gemeinde. An einigen Schulen wird der Religionsunterricht in Schulräumen abgehalten, obwohl die Kirche über eigene geeignete Räumlichkeiten verfügt.

Der Einfluß der religiösen Erziehung ist im Geschichts- und Biologieunterricht sowie in den Themen der Aufsätze im Fach Deutsch zu spüren. So schrieben die Schüler der Oberschule

Werdau in ihren Aufsätzen: „Gott hat das Wasser, eines der größten und rätselhaftesten Wunder der Erde, geschaffen!"

An der Ernst-Schneller-Oberschule in Aue gibt es trotz umfangreicher Arbeit der FDJ-Gruppe auch eine kirchliche Organisation der Jungen Gemeinde mit 50 Mitgliedern. Außerdem wurde an dieser Schule eine besondere Organisation namens „Karavan" mit fünf Mitgliedern aufgedeckt, deren Charakter zur Zeit ermittelt wird.

An der Oberschule der Stadt Niesky sind von insgesamt 120 Schülern nur zehn Mitglieder der FDJ, wobei die kirchliche Jugendorganisation 68 Mitglieder zählt.

Obwohl die offen profaschistische Stimmung der Schüler und Lehrer an den Oberschulen in diesem Schuljahr schwächer geworden ist, konnte die profaschistische und antisowjetische Haltung nicht vollständig ausgerottet werden.

So hat ein Lehrer an der Knabenschule Dresden-Nord, um die Überlegenheit der deutschen Nation zu betonen, während des Unterrichts seine offensichtlich antipolnische und nazistische Haltung mit den Worten zum Ausdruck gebracht: „Die Polen haben uns nur Flöhe, Läuse und Wanzen gebracht." Ein anderer profaschistisch gesinnter Lehrer zweifelte in seinem Unterricht an, daß die Faschisten den Reichstag 1933 angezündet hätten. Im Dezember wurden diese zwei Lehrer und der Direktor, Dr. Fischer, entlassen. Aus der gleichen Schule wurden auch drei Schüler der 12. Klasse wegen ihrer nazistischen Haltung ausgeschlossen.

An der Lessing-Oberschule in Görlitz haben drei Schüler der 9. Klasse, Kinder ehemaliger Nazis, faschistische Militärspiele „Flughafen Tempelhof" und „Luftbrücke" veranstaltet und dabei ein englisches faschistisches Lied gesungen, das England hochlobt und eine feindliche Stimmung gegenüber der UdSSR offenbart. Der Refrain des Liedes lautet: „Da wir gegen das Moskau-Land sind". Der Direktor und die Lehrer dieser Schule unternahmen keine vorbeugenden Maßnahmen gegen die ungesunde Stimmung unter den Schülern. Drei Schüler wurden von der Schule ausgeschlossen, der Schuldirektor, Felix Jäger, Mitglied der LDP, wurde entlassen.

4. Die Leitung der Schulen durch die Direktoren

Die Inspektion hatte gezeigt, daß viele Direktoren, darunter auch SED-Mitglieder, noch nicht zu wirklichen Organisatoren der Bildungs- und Erziehungsarbeit sowie des gesellschaftlich-politischen und wirtschaftlichen Lebens der Schule geworden sind.

Auch jene Direktoren, die sich um ehrliche Arbeit bemühen, können die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit nicht unter Kontrolle halten, weil sie mit dem Unterricht überlastet sind. Die Frage nach der Einführung der Stelle eines Leiters für Unterrichtsfragen gewinnt an der Oberschule, wie auch an der Volksschule, an Bedeutung.

Die Einstellung der Schuldirektoren zu ihren Pflichten ist sehr unterschiedlich. So hat beispielsweise der Direktor der Oberschule Dresden-West, Georg Primus, Mitglied der SED, die Bildungs- und Erziehungsarbeit an der Schule gut organisiert. Er inspiziert systematisch den Unterricht und gibt konkrete Anweisungen an die Lehrer: Die Lehrer befinden sich unter seiner ständigen Kontrolle. Er plant die Arbeit der Lehrer und organisiert ihre berufliche und politische Weiterbildung. Seine ganze Tätigkeit übt er im Kontakt mit der Lehrergewerkschaft aus.

Gut organisiert ist die Bildungs- und Erziehungsarbeit mit den Schülern an der Sorbischen Oberschule. Es ist kein Zufall, denn 45% ihrer Schüler sind Mitglieder der FDJ und 71% Arbeiter- und Bauernkinder.

Gut organisiert ist die Erziehungsarbeit an der Pestalozzi-Oberschule in Dresden (Klassen 1. bis 11.). Der Direktor, Herr Fischer, Mitglied der SED, hat die Arbeit des Lehrerkollektivs richtig

organisiert. Er besucht regelmäßig die Unterrichtsstunden der Lehrer und leistet ihnen praktische Hilfe.

Der Unterricht erfolgt nach einem festen Stundenplan. Während der Inspektion der Schule haben die Schüler handfeste Kenntnisse gezeigt. In der Schule ist es sauber und gemütlich. In allen Klassenräumen gibt es Wandzeitungen. [...][210]

Eine ganz andere Situation herrscht an der Oberschule der Stadt Grimma, wo als Schuldirektor ein alter Sozialdemokrat, Herr Zinder, jetzt Mitglied der SED, tätig ist. Er mischt sich in das politische und wirtschaftliche Leben der Schule sowie in den Unterricht nicht ein, liest zwar selbst einen Kurs zur aktuellen Politik, bereitet sich jedoch auf die Unterrichtsstunden nicht vor. Seine Haltung gegenüber den gegenwärtigen sozialen Problemen unterscheidet sich kaum von der der alten Lehrer, die Mitglieder der bürgerlichen Parteien sind. Zu seiner Unterrichtsstunde über den Zweijahrplan im Fach „Aktuelle Politik" in der 9. Klasse ist er unvorbereitet erschienen. Das ganze Gespräch über den Zweijahrplan hat er auf die Verpflegungsnormen im Jahr 1950 reduziert.

An dieser Schule wird eine unzureichende Bildungs- und Erziehungsarbeit geleistet. In einigen Fächern wird das Programm nur zu 75 bis 80% erfüllt. Während der Inspektion wurde festgestellt, daß die Erfüllung des Lehrprogramms in Geschichte, Russisch und in anderen Fächern weit zurückliegt. Anfang 1948 wurde an dieser Schule während des Englisch-Unterrichts ein antisowjetischer Artikel des amerikanischen Spions Krawtschenko[211] übersetzt.

Die große Schulbibliothek wird von den Schülern und Lehrern überhaupt nicht benutzt.

Die gleiche Situation ist an der Oberschule Dresden-Plauen zu beobachten. An dieser Schule wird die Bildungsarbeit der Lehrer ebenfalls nicht kontrolliert. Die Geschichtslehrer dieser Schule legen den Stoff im Sinne des „Objektivismus" (des Idealismus) dar. Als in der 9. Klasse das Thema „Das Ruhr-Statut" durchgenommen wurde, baute der Lehrer trotz des großen Interesses der Schüler seine Schilderungen auf allgemeinen Formulierungen auf und wies nicht auf die Bedeutung des Ruhrgebietes für Deutschland hin. Die Geschichte der Literatur wird aus idealistischer Sicht behandelt (Lehrer Polmer). In der 10. Klasse wird Geschichte nach einem Lehrbuch aus der Kaiserzeit unterrichtet. Der Zweijahrplan wird nur während der Mathematikstunden beim Lehrer Hesse propagiert.

Im Biologie-Unterricht fehlt die Kritik der bürgerlichen Theorie und der religiösen Lehre über die Entstehung des Lebens und die Abstammung des Menschen (Lehrer Eisler).

In die Geographiestunden von Lehrer Schindler wird die revanchistische Ideologie eingeschleppt. In den Geographie-Heften der Schüler steht: „...Weil die Grenzen Deutschlands nicht ausreichend geschützt waren, wurde es mehrfach in Kriege hineingezogen. Jedes Mal dachte man, wie unglücklich die Lage Deutschlands sei: Der Zugang zum Meer ist blockiert, jeder Nachbarstaat ist ein Gegner, zuerst wird man von einem überfallen und dann von einem anderen."

Ein anderer Lehrer für Geschichte und Deutsch, Uhlig (Mitglied der LDP), versteht wenig von der antifaschistischen Literatur. Nach Feststellung der Kommission ist unter den Schülern und Lehrern noch die Vorstellung von der „freien Disziplin" verbreitet, was dazu führt, daß sowohl Schüler als auch Lehrer ungestraft Stunden schwänzen bzw. nicht zur Arbeit erscheinen.

---

210 Ein Absatz wurde weggelassen.

211 Krawtschenko, Viktor A., lief 1944 als früherer NKWD-Mitarbeiter zu den Amerikanern über. 1946 erschienen in den USA unter dem Titel „I Chose Freedom" seine Erinnerungen, deren Kritik an den Zuständen in der UdSSR sehr aufmerksam von der Weltöffentlichkeit registriert wurden.

Anstatt Erziehungsarbeit zu leisten, hat der Direktor Eisler in der Schule eine falsche Disziplinarpraxis eingeführt. Bei Vergehen werden die Schüler mit einem zweistündigen Arrest in einem gesonderten Klassenraum bestraft.

Das Schulleben bleibt allen demokratischen Umgestaltungen und allen wirtschaftlich-politischen Kampagnen fern, die in der östlichen Besatzungszone Deutschlands stattfinden. Die meisten Themen für die selbständige Arbeit der Schüler im Unterricht sind abstrakt und haben manchmal eine unverkennbar schädliche Ausrichtung. Man kann keine erzieherischen Elemente finden in Themen wie:

„Die Technik – Freund und Feind"
„Der deutsche Mensch der Befreiungszeit"
„Besuch auf einer Insel"
„Das Bild des Hafens"
„Der Bäcker aus Limburg"
„Der Wille macht die Menschen groß und klein"
„Der Aufbau der Frauenkirche"

Nur ein Lehrer an der Schule, Penitz, führt den Unterricht sowie Gespräche durch, die mit der Gegenwart zu tun haben. In der letzten Zeit hat er mit den Schülern folgende Themen durchgenommen:

„Hennecke und die Aktivisten der Wirtschaft"
„Zwei Revolutionen – zwei Ergebnisse"
„1648 – 1948"
„Die Berlin-Krise"

An dieser Schule gibt es eine Jugendorganisation mit 65 Mitgliedern, doch auf den Versammlungen sind im Regelfall nur sieben bis acht Personen anwesend. Diese Situation nutzten die Vertreter der Kirche aus und nahmen die Schüler in ihre Obhut. Sehr viele Schüler tragen das Abzeichen der Jungen Gemeinde.

Obwohl an dieser Schule eine Parteigruppe der SED existiert, wird keine ideologisch-politische Arbeit geleistet. Die Lehrerschaft der Schule erinnert, nach dem bildreichen Ausdruck der Kommission, an ein „Altersheim".

Etwas besser ist es mit der Bildungs- und Erziehungsarbeit an einer anderen Dresdener Schule in Dresden-West bestellt (Direktor Müller ist Mitglied der SED). Der Schuldirektor meint jedoch, daß die Parteizugehörigkeit der Lehrer nichts mit ihrer Arbeit zu tun habe und kontrolliert deshalb nicht die Arbeit jedes Lehrers. Die Disziplin an der Schule ist unzureichend. Unterrichtsstunden fallen oft aus. Darüber hinaus bleibt die Schule am ersten Mittwoch im Monat geschlossen, weil die Lehrer an diesem Tag eine politische Schulung besuchen. An Sonnabenden kommt es vor, daß an der Schule nur drei Unterrichtsstunden stattfinden usw.

All diese Mängel sind Folgen der fehlenden Kontrolle über die Arbeit der Oberschulen durch die Schulräte und das Bildungsministerium. [...][212]

6. Schulordnung und Erfüllung der Lehrprogramme

An den Oberschulen sind alle Bedingungen vorhanden, um die Bildungs- und Erziehungsarbeit richtig zu organisieren und die Lehrprogramme in allen Fächern zu erfüllen. Da durch das Bildungsministerium und die Schulräte jedoch keine wirksame Kontrolle erfolgt, herrscht an den Schulen keine feste Ordnung und die Planung des Lehrstoffes erfolgt willkürlich. Obwohl der

212 Weggelassen wurde der Abschnitt Nr. 5 über die materielle Ausstattung der Schulen.

Stundenplan zu 95 bis 98% erfüllt wird, liegt die Erfüllung der Lehrprogramme in den 11. und 12. Klassen fast in allen Fächern um acht bis zwölf Monate und mehr zurück.

Die Schuldirektoren kontrollieren nicht die Erfüllung der Lehrprogramme und weder die Arbeit der neuen noch der alten Lehrer. Da es an der Schule keinen Arbeitsplan gibt, verläuft die Arbeit der Lehrer planlos. In vielen Klassen werden keine Klassenbücher geführt und dort, wo es welche gibt, ist ihre Führung unregelmäßig und unordentlich. Das unentschuldigte Fehlen von Lehrern sowie Unterrichtsausfälle aufgrund von besonderen Vorkommnissen werden nicht vermerkt. Nur in wenigen der 28 Schulen konnte man die Ursachen der Stundenausfälle und ihre Anzahl vom 1. September bis zum 15. Februar 1949 nachvollziehen.

An der Oberschule der Stadt Bautzen fand im September kein Unterricht statt, weil die Schule renoviert wurde. Im Oktober fielen ohne jegliche Begründung 38 Stunden aus, im November waren es 130 Stunden, im Dezember 158 Stunden und im Januar 144 Stunden. In den ersten 15 Tagen sind im Februar 25 Stunden ausgefallen, vom 1. September bis zum 15. Februar waren es insgesamt 495 Stunden. An dieser Schule plant jeder Lehrer seine Arbeit so, wie es ihm gerade paßt. Hausaufgaben werden zwar aufgegeben, jedoch nicht in die Klassenbücher eingetragen.

Einige Lehrer beachten die gültigen Programme und Lehrpläne nicht und unterrichten nach ihren eigenen, willkürlich zusammengestellten Plänen.

Bei der Inspektion der Oberschule Dresden-Süd stellte die Kommission fest, daß der Deutschlehrer über kein allgemeingültiges Programm für die 12. Klasse verfügte und nach eigenem Programm unterrichtete. Das gleiche gilt für die Klasse 11 A. In der Klasse 11 C wurden eindeutige Abweichungen vom Programm festgestellt: Themen wie „[Walter von der] Vogelweide“ und „Maria Stuart“ gehören nicht zum Programm der 11. Klassen.

In der Klasse 10 A wird anstelle der Literatur des 10. bis 12. Jahrhunderts die „Odyssee“ durchgenommen. In der Klasse 9 B wird das Lehrprogramm nicht berücksichtigt.

In der 12. Klasse wurde lediglich „Hamlet“ durchgenommen. In der Klasse 12 C wurden nach zweimonatiger Beschäftigung mit „Wallenstein“ von 31 Themen nur sechs Themen ausgewählt. In der 11 B wurden nur die Themen „Goethe“ und „Lessing“ durchgenommen.

In der Klasse 10 C wird seit Beginn des Schuljahres „Kabale und Liebe“ behandelt.

In der Klasse 12 B hat man im Fach Geographie mit dem Stoff der 10. Klasse begonnen.

Im Fach Geschichte wird nur in den 9. Klassen der Stoff nach Plan und in Übereinstimmung mit dem Lehrprogramm vermittelt.

In anderen Klassen gibt es große Abweichungen vom Lehrplan: In der Klasse 10 A wird anstelle der Geschichte des Mittelalters bis 1648 die Geschichte Roms (Kurs der 9. Klasse) unterrichtet. In der Klasse 10 B ging man erst im Januar 1949 zum Programmstoff über, bis dahin beschäftigte man sich mit der „Einführung in die deutsche Geschichte“. In der Klasse 10 C werden die Geschichte Roms sowie die Stein-, Bronze- und Eisenzeit durchgenommen.

In der 12. Klasse wird der Stoff der 9. Klasse unterrichtet und der Stoff der 12. Klasse gänzlich ausgelassen.

An der Oberschule Dresden-West wurde in den 9. und 10. Klassen ein Rückstand von ein bis zwei Jahren in den Fächern Mathematik, Naturkunde und Deutsch festgestellt. An der Oberschule in Grimma wird anstelle von Russisch Latein unterrichtet. In der 10. Klasse nimmt man

nicht die Werke der russischen Klassik durch, sondern das Buch von Steinitz „Ambulante und stationäre Aufnahme".

An der Schiller-Schule in Bautzen verliefen nur drei von den insgesamt 15 inspizierten Unterrichtsstunden nach dem Lehrplan.

7. Ideologischer Inhalt des Unterrichts in den Fächern Geschichte, Deutsch und Literatur

Was die ideologische Ausrichtung im Unterricht der humanistischen Fächer angeht, so kann man behaupten, daß beim Unterricht dieser Fächer die bürgerliche bzw. idealistische Sichtweise dominiert. Nur in einzelnen Unterrichtsstunden werden erste Schritte und Versuche unternommen – mehr im Geschichtsunterricht, weniger in Deutsch und Literatur –, soziale Erscheinungen im materialistischen Sinne zu erklären.

Die Kommissionen, die die Schulen inspiziert hatten, teilen die Geschichtslehrer in drei Gruppen ein:

Die erste Gruppe bilden Lehrer, die den demokratischen Weg sicher eingeschlagen haben, offen für die demokratische Entwicklung der Ostzone kämpfen und in der Freundschaft mit der Sowjetunion den einzigen Weg zum Aufbau des neuen Deutschlands sehen. Die meisten von ihnen gehören der SED an. Sie versuchen, bei der Erklärung historischer Ereignisse einen marxistischen Standpunkt einzunehmen. Sie meistern erfolgreich den Geschichtsunterricht und verbinden den historischen Stoff mit aktuellen Aufgaben.

Sie kämpfen entschlossen gegen die idealistische, reaktionäre Auffassung von sozialen Prozessen, so daß sogar die Schüler der höheren Klassen beginnen, die historischen Ereignisse richtig zu verstehen. Zu den besten Lehrern für Geschichte gehören drei Lehrer der Karl-Marx-Oberschule in Leipzig, zwei Lehrer der Oberschule am Karl-Marx-Platz in Chemnitz, zwei Lehrer der Oberschule in Frankenberg sowie Lehrer aus Werdau, Lichtenstein und der Käthe-Kollwitz-Schule in Zwickau.

Die zweite Gruppe bilden jene Geschichtslehrer, die zwar ehrlich bemüht sind, die Geschichtsstunden im demokratischen Sinne abzuhalten, ihnen fehlt jedoch noch handfestes Wissen und eine gereifte Weltanschauung. Diese Gruppe von Lehrern rutscht zwangsläufig auf idealistische Positionen zurück und behandelt die Fragen der aktuellen Politik nicht immer fehlerfrei. Diese Gruppe von Lehrern soll Weiterbildungskurse belegen.

Die dritte Gruppe stellen schließlich jene Lehrer dar, die bürgerlichen Parteien angehören und in deren Unterricht keine Spur von demokratischem Denken zu merken ist. Die historischen Ereignisse werden in chronologischer Abfolge, ohne jeden Zusammenhang mit sozialen Prozessen, aneinander gereiht. Sie beachten die Fragen der aktuellen Politik nicht, umgehen in ihrem Unterricht internationale und innerdeutsche Probleme und erziehen die Kinder im idealistischen Geist. Es ist kein Zufall, daß die Schüler der 12. Klassen der Goethe-Schule in Leipzig und die Schüler der älteren Klassen der Oberschule in Aue nichts über die Ereignisse in China, in Griechenland sowie über den Kampf der progressiven Menschheit für Frieden, gegen den Krieg und die Atombombe wissen; sie wissen nichts über das Ruhr-Statut und über den Auftritt von Max Reimann[213]. Die Schüler der 12. Klasse der Goethe-Schule wissen nicht, was unter der Organisation der Vereinten Nationen zu verstehen ist.

Noch weniger entwickelt ist der Deutsch- und Literaturunterricht. Davon zeugen die Themen der Aufsätze und Vorträge der Schüler der höheren Klassen sowie der Unterrichtsinhalt, den einige Deutschlehrer an die Schüler weitergeben. Unter diesen Lehrern gibt es, wie auch unter den Ge-

213 Reimann, Max (1898-1977), Werftarbeiter, 1919 KPD, ab 1948 Vorsitzender der KPD der Westzonen.

schichtslehrern, eine progressiv gesinnte Gruppe, in deren Unterricht Deutsch und die Geschichte der Literatur richtig behandelt werden. Die meisten Lehrer aus dieser Gruppe beziehen jedoch nach wie vor alte reaktionäre Positionen und haben Angst davor, bei der Analyse von sozialen Prozessen in den Werken der klassischen deutschen Literatur und der modernen Schriftsteller eine parteiliche Haltung zu zeigen.

In den Schlußfolgerungen der Kommissionen werden die wesentlichen Mängel des Deutsch- und Literaturunterrichtes, vor allem an solchen Schulen wie der Goethe-Schule, der Thomas-Schule, der Gaudig-Schule und an anderen Schulen in Leipzig, richtig benannt. An der Oberschule in Aue wird ein Vierteljahr lang „Faust" durchgenommen. Einige Lehrer dieser Schule organisieren Vorlesungen der Novellen von Jeremias Gotthelf, die unserer Zeit fremd sind. Die neueste Literatur, insbesondere Werke ausländischer Schriftsteller, werden oberflächlich und an letzter Stelle vermittelt.

Besonders große Mängel haben die Kommissionen im Deutschunterricht an den Leipziger Oberschulen festgestellt. Die Sprache wird von abstrakten, rein philologischen Positionen aus analysiert und die literarischen Werke werden idealistisch interpretiert. Sogar ein solches Werk wie „Wallenstein" von Schiller wird nicht als Werk dargestellt, das von bürgerlichen gesellschaftlichen Motiven erfüllt ist, sondern wird aus literarisch-ästhetischer Sicht betrachtet. Der Lehrer versucht nicht, die objektive Bedeutung der Schiller-Werke zu ergründen und analysiert die historischen Bedingungen von Schillers Leben und Schaffen nicht.

Werke der literarischen Kritik sowie von materialistischen Literaturwissenschaftlern (Mehring, Lukacs[214], Kuczynski) verfaßte Schriften werden überhaupt nicht genutzt.

Die Auswahl der Themen für die Aufsätze hat mit den Themen der Gegenwart nur selten etwas zu tun. Als typisch können folgende Themen gelten: „Der Mensch als Höhepunkt der Welt" (Goethe-Schule), „Gedanken über das fallende Blatt" (9. Klasse der Thomas-Schule) sowie rein literarische Themen zu Goethe, Storm und anderen.

Beispielsweise wurden an der Thomas-Schule im Laufe des Schuljahres folgende Aufsatzthemen vergeben:

Klasse 9 A
1. Auf einem Blatt ist ein Kreis eingezeichnet. Das Thema soll eigenständig bestimmt werden.
2. Über das Buch von Mörike „Mozart auf der Reise nach Prag".
3. Warum sind die Töpfe rund?
4. Ein sonderbares Ereignis (Aufsatz als Hausaufgabe).

Klasse 9 B
1. Taten! Keine Worte.
2. Gedanken über das fallende Blatt.

Klasse 9 C
1. Der Zweijahrplan.

Klasse 10 A
1) a) Ferienabenteuer oder
b) Werbung oder
c) Propaganda oder
d) Rundfunk – Segen und Fluch.

214 Lukacs, Georg (von) (1885-1971), aus Ungarn stammender Literaturhistoriker und Philosoph, 1919 stellvertretender Volkskommissar für Erziehung in der ungarischen Räterepublik, lebte danach im Ausland (u.a. in Deutschland und ab 1929 in der UdSSR), 1945-58 Hochschullehrer in Budapest.

Klasse 10 B
1. Rundfunk – Segen und Fluch, oder Ferienabenteuer.
2. Wer nicht gut reden kann, soll schweigen, damit man ihn für einen Klugen hält.

Klasse 11 A
1. a) Meister des Hofepos und ihre Ideale.
b) Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.
c) Gefahren der industriellen Entwicklung.
2. Selbstentfremdung als Quelle der menschlichen Unzufriedenheit.

Klasse 11 B
1. Freies Thema.
2. Warum darf ich nicht stehlen?

Klasse 12 A
1.a) Industrielle Revolution.
b) „Nur jener kann seine Wünsche erfüllen, der sich selbst und seinem Willen gegenüber kalt bleibt. Jemand, der die Führung anstrebt, soll fähig sein, auf vieles zu verzichten." (Goethe)
c) Egmont als Vertreter der Volksidee.
2. Goethes Gedanken über die Kollektiverziehung in „Wilhelm Meisters Wanderjahre"

Klasse 12 B
1. Weislingen aus „Götz von Berlichingen" von Goethe.
2. Goethes Gedanken über die Kollektiverziehung in „Wilhelm Meisters Wanderjahre".

Es besteht kein Zweifel daran, daß die Auswahl der Themen für die 9. Klassen zu religiös-mystischen Gedanken verleitet, zumal die Besonderheit der Thomas-Schule darin besteht, daß die Sänger des Thomanerchors wegen ihrer Verbindung zur Thomaskirche zu religiösen Fragestellungen neigen und die Mehrheit der Schüler religiös gesinnt ist.

So enthielt ein Aufsatz zum Thema 1, der als ausgezeichnet bewertet wurde, die Formulierung: „Der Kreis ist die Welt selbst, der Kreis für sich hat keinen Sinn, diesen Sinn bekommt er nur dann, wenn er einen Mittelpunkt hat, zu dem alle Punkte im Kreis tendieren und dieser Mittelpunkt kann nur Gott sein."

In einigen Fällen, wenn das Thema des Aufsatzes in irgendeiner Form mit der Gegenwart verbunden ist, beurteilen die Lehrer nicht den wesentlichen Gedankeninhalt, sondern beschränken sich auf eine formelle Bewertung: Ob die Gedanken logisch genug aufgebaut sind, ob die Sprache gut ist und die Schlußfolgerungen und Argumente überzeugen.

Da die Lehrer der Thomas-Schule bewußt die Bewertung der Gedanken der Schüler meiden, verwundert es nicht, daß dort zum Beispiel ein Vorfall aufgedeckt wurde, bei dem der Lehrer Leer antisemitische und böswillige antisowjetische Angriffe des Schülers Klaus Lange (Klasse 10 B) nicht abgewehrt hat, der in seinem Aufsatz zum Thema „Das Gute und das Schlechte am Rundfunk" (wörtlich: „Rundfunk – Segen und Fluch") die Sendungen aus London hoch pries und im Sinne des „Telegraph" den sowjetischen Rundfunk anschwärzte.

Dieser antisowjetisch gesinnte Schüler, Klaus Lange, schrieb: „Zu diesen guten Eigenschaften kommen natürlich schlechte hinzu. Diese treten heute am stärksten zum Vorschein und können in unserer nahen Umgebung täglich beobachtet werden. Durch den Rundfunk hetzen die Radiosender eines Staates und seiner Satelliten gegen andere Völker. Gerade der Staat, der sich als der

„freieste" Staat bezeichnet, beschimpft Völker, die in echter Freiheit leben. Solche Rundfunksendungen sind kein Segen, sondern ein Fluch. Jeder anständige Mensch muß dagegen kämpfen. Es ist einfacher gesagt als getan, weil die Regierung dieses sogenannten „Landes des Sozialismus" seinem Volk und den unterdrückten Staaten schwere materielle und geistige Ketten anlegt, so daß der Rundfunk in diesen Ländern kein einziges Mal die Meinung ihrer Völker frei wiedergeben konnte. Sie sind auf die Hilfe von außen angewiesen, die von den Bürgern auch genutzt wird. Die meisten hören schon seit Jahren den Londoner Rundfunk (BBC), der durch seine Objektivität bekannt ist und seine Sendungen, wie man weiß, in vielen Sprachen ausstrahlt. Dieser Rundfunk galt bereits während der früheren Diktatur als die einzige Quelle der Wahrheit. Sicherlich, es gibt auch in unserem Land schon Sender, die zu einer wahrhaftigen Darstellung der Ereignisse übergehen. Doch sie sind noch nicht so objektiv, wie sie sein sollen und befinden sich unter starkem Einfluß der USA, von denen sie als Propagandamittel genutzt werden. Es wäre besser, wenn die deutschen Sender deutsche Interessen vertreten würden und kein Instrument der Werbung für andere Nationen wären. Damit möchte ich abschließen".

Die Beurteilung des Lehrers Leer: „Ihre oberflächliche Betrachtung führt zu Meinungen, die Sie selbst bemängeln. Eine halbe Wahrheit ist ein ganzer Irrtum. Den Gedanken fehlt der Zusammenhang, sie reihen einen Gedanken an den anderen."

In der 11. Klasse wurde ein in seiner Fragestellung reaktionäres Thema „Die Gefahr der industriellen Entwicklung" aufgegeben. Die Aufsätze sind von mystischer Stimmung erfüllt, was auch für die Gaudig-Schule (insbesondere beim Lehrer Dr. Kissig) charakteristisch ist.

Typische Themen in der Gaudig-Schule sind:

Klasse 9A
1. „Herbsterlebnis."
2. „Meine Meinung über den jungen Goethe."
3. „Das Schönste auf der Gartenausstellung."
4. „Mein größter Wunsch, kann ich ihn erfüllen?"

Klasse 12 A
1. „Freiheit ist die bewußt gewordene Notwendigkeit."
2. „Illusionen."
3. „Frauen und das Wahlrecht."
4. „An das Gute glaubt nur der, der das Gute tut."

Oft kommen Themen vor wie „Der Totentanz" (Nacherzählung), „Alle menschlichen Verbrechen werden durch die Menschlichkeit entschädigt", „Bald kommt Weihnachten" usw.

Wesentlich besser ist die Situation an der Karl-Marx-Schule, wo in allen Klassen Aufsätze zu modernen und politisch aktuellen Themen aufgegeben wurden („Der Zweijahrplan", „Der Wiederaufbau Leipzigs", „Helden des Friedenskampfes", „Die Oktoberrevolution in Rußland und die Novemberrevolution in Deutschland" usw.), wobei auch literarische und sonstige Themen keinen ausgeprägt abstrakten und formellen Charakter hatten.

An der Karl-Marx-Schule kommen in den Aufsätzen häufig antidemokratische und antimaterialistische Äußerungen vor. Sie stoßen dort, wie auch an anderen Oberschulen, nicht auf den Widerstand der Lehrer und werden von ihnen nicht aufgedeckt.

Beispiele:

1. 11. Klasse, beim Thema „Friede, das größte Wohl" (Lehrer Fleming): Die Schüler haben das Thema von bürgerlich-pazifistischen Positionen aus behandelt und mit keinem Wort die

Rolle der UdSSR als Friedensfaktor erwähnt. „Millionen wurden aus ihrer Heimat vertrieben und mußten das Land verlassen, in dem ihre Vorfahren Jahrhunderte lang gelebt hatten. Die Ungerechtigkeit, die diesen Vertriebenen angetan wurde, schreit zum Himmel." (Die Anmerkung des Lehrers zu diesem Aufsatz: „Ganz gelungen – 2").

2. Schüler Moltke (Klasse 12 A, Lehrer Fleming): „Ganz anders wird diese Frage vom Materialisten betrachtet. Er hat keine Freiheit. Das Individuum ist der gesellschaftlichen Notwendigkeit überlassen. Das Leben eines Menschen ist durch das gesellschaftliche Leben bestimmt. Für diesen Menschen gibt es deshalb keine Entscheidungsfreiheit". Die Meinung des Lehrers: „Das Thema wurde in Übereinstimmung mit dem Hauptgedanken richtig aufgearbeitet. Note – 2."

Die Goethe-Schule ist ein Beispiel dafür, daß Schülerinnen mit großer Bereitschaft auf für sie interessante moderne Themen („Aufgaben der modernen Jugend" usw.) reagieren, obwohl auch hier aktuelle Themen selten vorkommen und in der Masse „neutraler" Themen versinken.

8. Russisch an der Oberschule

Der Russisch-Unterricht an der Oberschule hat sich wesentlich verbessert. Das bestätigen bessere Russischkenntnisse der Lehrer und gute Sprachkenntnisse der Schüler. Von allen Oberschülern sind durch den Russischunterricht 19.280 Personen, also 86%, erfaßt. Doch das Gesamtniveau des Russischunterrichts an den inspizierten Oberschulen übersteigt nicht das Niveau der Volksschule, obwohl der Vorbereitungsgrad der Schüler es erlaubt, bei einer strengeren Auswahl der Lehrer das Niveau des Unterrichts zu verbessern. Der Unterricht stützt sich auf eine allgemeine sprachwissenschaftliche Grundlage und ist trocken, seelenlos. Unter diesen Bedingungen kann man die Kenntnisse der Schüler, vor allem an den Mädchenschulen: der Gaudig- und Goethe-Schule, als zufriedenstellend bewerten.

Die negative Einstellung der Schüler gegenüber der russischen Sprache (Hausaufgaben werden nicht gemacht, schlechte Disziplin usw.) ist nach den Aussagen von Direktoren und Lehrern noch nicht überwunden. Manchenorts wurden verschiedene Protestformen gegen den Russischunterricht festgestellt. So haben die Schüler der 12. Klasse der Karl-Marx-Schule in Russisch die Noten 3 bis 4, obwohl diese Schüler in anderen Fächern gute und ausgezeichnete Noten bekommen. An der Oberschule der Stadt Stollberg haben alle Schüler der Klasse 12 B am 28. Februar 1949 demonstrativ das Klassenzimmer verlassen und sind nicht zur Russischstunde erschienen. Der Schuldirektor, Herr Belman, Mitglied der SED, hat dagegen keine Maßnahmen ergriffen und nahm den Vorfall als ein gewöhnliches Ereignis auf.

An einigen Schulen wurde die Zusammensetzung der Lehrerkader dem Zufall überlassen. Der Lehrer der Thomas-Schule, Haubold, ist zum Beispiel der russischen Sprache nicht besonders mächtig, denn als „großer Philologe" und „Kenner der östlichen Sprachen" hat er sie „im Selbststudium" erlernt.

Generell wurden keine Versuche festgestellt, die Russischstunden für Propaganda der Sowjetunion zu nutzen. In einem Fall (Gaudig-Schule) hat Frau Harten, um der Kommission einen Gefallen zu tun, versucht, in allgemeinen Worten über die Veränderungen, die in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution stattgefunden hatten, zu berichten. Das war jedoch ein hilfloses Lallen, so daß die Lehrerin nach Meinung der Kommission das Gegenteil erreichte.

Dieser Fall beweist, daß Frau Harten keine richtige Russischlehrerin ist, obwohl sie gut russisch spricht (ihre Allgemeinbildung ist niedrig, sie ist ehemalige Hausfrau und hat vor der Revolution das Gymnasium in Riga absolviert).

Die Russischlehrer haben, abgesehen von wenigen Ausnahmen, keine Kontakte zur Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, die sich um die Festigung der Beziehungen zur UdSSR bemüht.

Schlußfolgerungen:

1. Infolge der Schulreform hat auch die deutsche Oberschule, obwohl noch langsam, den Weg der Demokratisierung beschritten. Sie verliert allmählich den Charakter einer Schule für die privilegierten Gesellschaftsklassen. Gegenwärtig beträgt der Anteil der Arbeiterkinder an diesen Schulen 20%, der Bauernkinder 2,2% und der Kinder von Handwerkern 12,5%.
An den meisten Schulen der Kreisstädte erreicht der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder unter den Schülern durchschnittlich 30 bis 35%. Im Rückstand sind einige Schulen in den Großstädten (Dresden, Leipzig), die von den Arbeiterbezirken weit entfernt liegen. An diesen Schulen beträgt der Anteil der Arbeiterkinder nur 3 bis 10%.

Im letzten Schuljahr wurden über 600 Absolventen der Oberschulen aus Arbeiter- und Bauernfamilien an den Hochschulen Sachsens im freien Auswahlverfahren immatrikuliert. Im Jahr 1949 werden über 700 Schüler die 12. Klasse abschließen. 1950 werden es über 800, 1951 1.200 und 1952 bis zu 3.000 Personen sein. Diese Zahl wird somit die Zahl der gegenwärtig im ersten Semester an den sächsischen Hochschulen immatrikulierten Studenten um 30% übersteigen. Absolvierten 1949 3.500 die 12. Klassen, so werden es 1952 über 8.000 sein, also genauso viele, wie alle Hochschulen und Fachschulen zusammen aufnehmen können.

2. Fast alle Lehrerstellen an den Schulen sind besetzt. Die pädagogischen Kader sind in ihrer Mehrheit hochqualifiziert. Etwa 60% haben einen Universitätsabschluß und nur 1% hat die Volksschule abgeschlossen, während an den Volksschulen 83 bis 85% der Lehrer lediglich über eine Volksschulbildung verfügen.

Es gibt nur 25% Neulehrer, an der Volksschule sind es 85 bis 90%. Von den Oberschullehrern sind nur 32% Mitglieder der SED, an der Volksschule sind es mehr als 50%. Der Anteil der Mitglieder der bürgerlichen Parteien beträgt an der Oberschule bis zu 45%.

Die Zusammensetzung der Oberschuldirektoren hat sich ebenfalls stark verändert. Von den Direktoren der Oberschulen sind 69% Mitglieder der SED und ungefähr 27% Mitglieder der bürgerlichen Parteien.

3. Die Oberschulen sind materiell gut ausgestattet. Sie verfügen über gut eingerichtete Lernkabinette für Physik, Chemie, Biologie usw., doch nachdem die ersten vier Klassen aus der Oberschule ausgegliedert und in die Volksschule eingegliedert worden sind, wird ein großer Teil des Lehr- und Anschauungsmaterials nicht genutzt.

4. An den Oberschulen sind alle Bedingungen vorhanden, um die Bildungs- und Erziehungsarbeit richtig zu organisieren und den Lehrplan zu erfüllen, doch aufgrund einer fehlenden festen Schulordnung werden lediglich 90 bis 98% der Unterrichtsstunden abgehalten und der Lernstoff nur zu 75 bis 85% durchgenommen. In den 11. und 12. Klassen liegt die Erfüllung des Lehrprogramms um sechs bis zwölf Monate zurück.

Ein Direktor, der bereits mit dem Unterricht überlastet ist, kann den gesamten Schulunterricht nicht kontrollieren. In den Stellenplan der Schulen muß daher die Stelle eines Leiters für Unterrichtsfragen aufgenommen werden.

Hinsichtlich ihrer Struktur sind Schulen mit der 1. bis zur 12. Klasse unter einem Dach solchen Schulen vorzuziehen, auf denen nur von der 9. bis zur 12. Klasse unterrichtet wird. Nur so könnte man die Ausstattung der Oberschulen und den Einsatz der Lehrer verbessern; außerdem ist die politische Zusammensetzung der Volksschullehrer günstiger als die der Oberschullehrer.

5. In bezug auf die ideologische Ausrichtung des Unterrichts in den humanistischen Fächern – Geschichte und vor allem Deutsch und Literatur – wurde an den Oberschulen noch wenig getan. Im Geschichts-, Deutsch- und Literaturunterricht dominieren nach wie vor bürgerliche, idealistische Sichtweisen, der Unterrichtsstoff wird planlos vermittelt. Es ist erforderlich, die Aus- und Weiterbildung von Deutsch- und Geschichtslehrern für die Oberschulen in Angriff zu nehmen. Die Praxis, daß Lehrer die Themen für schriftliche Arbeiten in den 9. bis 12. Klassen der Oberschule willkürlich festlegen, muß abgestellt werden.

6. Die Position des Bildungsministeriums, die der unsrigen sowjetischen Position entspricht, in bezug auf religiöse Erziehung und religiöse Bewegung an deutschen Schulen muß eindeutig festgelegt werden. Gegenwärtig nehmen die kirchlichen Organisationen immer mehr Einfluß auf die Erziehung der Jugend sowohl an den Volksschulen als auch an den Oberschulen, was früher nicht vorkam. Die leitenden Mitarbeiter der deutschen Organe der Volksbildung verhindern dies nicht und verweisen auf den Artikel 93 der Landesverfassung, in dem festgehalten ist, daß Religionsgemeinschaften Schulräume für Religionsunterricht nutzen dürfen.

Der Leiter der Abteilung Volksbildung der SMA des Landes Sachsen *Solowjow*

GARF 7317/54/15, Bl. 30-58. Original.

Nr. 97. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow an den Obersten Chef der SMAD Armeegeneral Tschuikow über die Durchführung der Beschlüsse der DWK vom 31. März 1949. 1. Juni 1949

Geheim

Inhalt: Über die Ausführung des Beschlusses der DWK vom 31. März 1949 „Über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben".[215]

Der Beschluß der DWK „Über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur usw.", der am 31. März 1949 veröffentlicht wurde, stieß in breiten Kreisen der deutschen Intelligenz auf großes Echo.

„Noch nie wurde die Wissenschaft in Deutschland so ernst genommen und so stark vom Staat materiell unterstützt, wie das der Beschluß der DWK und der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung vorsieht", steht in einem Brief des Senats der Universität Leipzig. „Dieser Akt der politischen Weitsichtigkeit", so im Brief weiter, „wird eine Verbindung zwischen Vertretern der Wissenschaft einerseits und den Werktätigen in Stadt und Land andererseits herstellen. Die Wissenschaft wird das Vertrauen, das ihr im Beschluß der DWK entgegengebracht wurde, rechtfertigen."

Zahlreiche Auftritte von Wissenschaftlern, Lehrern und anderen Vertretern der deutschen Intelligenz in der Presse und in Versammlungen zeugen davon, daß der Beschluß der DWK von der deutschen Intelligenz als historisches Ereignis aufgenommen wurde.

Professor Strasser (LDP) schreibt: „Zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Volkes wird ein enges Verhältnis zwischen der deutschen Wissenschaft bzw. Intelligenz und dem Volk

215 Beschluß der DWK vom 31. März [19]49: „Über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben", in: Zentralverordnungsblatt. Teil I. Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung, 1949, Nr. 28, Berlin, den 21. April 1949, S. 227-232. Bestätigt durch SMAD-Befehl Nr. 36 vom 2. April 1949 (in: GARF 7317/8/17, Bl. 242). Die sogenannte DWK-Kulturverordnung basierte auf dem Beschluß der 1. Parteikonferenz der SED vom Jan. 1949 über „Maßnahmen zur Durchführung der kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahrplans" und sah z. T. erhebliche materielle Privilegierung, aber auch politische Korrumpierung der Intellektuellen vor. Laut Bert Brecht habe die SED damit „den Intellektuellen gewährt, was sie den Arbeitern versprochen" habe.

aufgebaut. Dieser Beschluß kennt keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und nichtbürgerlicher Intelligenz. Er vereinigt in einem Begriff alle, die Träger der Wissenschaft, Kunst und der ganzen Kultur sind."

In der ersten Dekade des Monats April haben die deutschen Organe für Volksbildung Stadt- und Kreiskonferenzen der Lehrer, Sitzungen von Wissenschaftlichen Räten an den Hochschulen, Versammlungen von Professoren und der Hochschullehrerschaft sowie Studentenversammlungen durchgeführt, die dem Beschluß der DWK vom 31. März 1949 gewidmet waren. In zahlreichen Resolutionen, die auf diesen Versammlungen gefaßt wurden, wird die große Bedeutung dieses Beschlusses betont und der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland für ihre Sorge um die Intelligenz und den Erhalt bzw. die Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaft gedankt.

Die Kontrolle über die Ausführung des Beschlusses der DWK vom 31. März 1949 und die Unterstützung der deutschen Organe bei der Realisierung dieses Beschlusses stellten in den letzten zwei Monaten die Hauptaufgabe der Abteilung Volksbildung der SMAD dar.
Unten wird auf die Ausführung jedes Punktes des Beschlusses im einzelnen eingegangen. An dieser Stelle soll jedoch auf jene Schwierigkeiten hingewiesen werden, mit denen man sich bei der Realisierung dieses Beschlusses auseinandersetzen mußte.

In den deutschen Verwaltungsorganen, wie auch in den Organen der Volksbildung und in anderen Organen, gibt es noch zu viel Bürokratismus, Trägheit und Schwerfälligkeit. Es reicht schon, folgende Beispiele zu nennen: Man brauchte anderthalb Monate, um die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates beim Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu bestimmen, genauso viel Zeit brauchte man für die Errichtung des Ausschusses für die Verleihung der Nationalpreise und des Ausschusses zur Unterstützung von Wissenschaftlern.[216]

Unter den leitenden Mitarbeitern der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung machen sich Stimmungen bemerkbar, die vom Unglauben an die eigene Kraft und vom Zweifel an eine schnelle Realisierbarkeit des Beschlusses der DWK geprägt sind. Das betrifft insbesondere die Frage nach der Aspirantur[217]: Es wird darauf hingewiesen, daß geeignete Kandidaten für Aspirantur-Lehrgänge fehlen. Das gilt ebenfalls für die Erarbeitung der Verordnung über die Arbeiter- und Bauernfakultäten[218].

---

216 Der Ausschuß zur Unterstützung von Wissenschaftlern wurde im April/Mai 1949 unter dem Vorsitz von Anton Ackermann gebildet mit dem Ziel, die individuelle Lebenssituation der Wissenschaftler zu verbessern.

217 Mit dem SMAD-Befehl Nr. 55 vom 5. März 1947 über die Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in Berlin und über die Vorbereitung neuer wissenschaftlicher Kader (in: GARF 7317/8/10, Bl. 8-9) wurde der deutschen Verwaltung aufgetragen, innerhalb der nächsten zwei Jahre in einem Sonderprogramm 200 Personen zu Hochschullehrern auszubilden. Dadurch sollte nach sowjetischem Vorbild ein konkurrierender Ausbildungsweg zu der an deutschen Hochschulen traditionellen Habilitation eingeschlagen werden. Die entsprechende Direktive der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung vom 31. Jan. 1949 wurde am 7. Feb. 1949 in russischer Übersetzung mit einem Verzeichnis akademischer Lehrer, die zur Ausbildung wissenschaftlicher Kader zugelassen waren, allen SMAD-Landesverwaltungen geschickt (vgl. Natschalnik otdela narodnowo obrasowanija I. Artjuchin/Wsem semljam i Berlinu/7.2.1949, in: GARF 7317/55/11, Bl. 10-16). Obwohl die Aspiranten Lebensmittelkarten der Gruppe I und ein monatliches Stipendium von 300 Mark erhielten, stieß dieses Programm an den Hochschulen auf starken Widerstand und konnte nicht planmäßig durchgeführt werden. Durch die sogenannte Kulturverordnung der DWK vom 31. März 1949 wurde die Zahl der Stipendien um weitere 150 und die monatliche Förderung auf 400 Mark aufgestockt, außerdem für weitere 100 begabte Studenten höherer Semester ein Stipendium von 300 Mark gestiftet. Von den 350 Aspirantur-Stipendien waren Ende 1949 allerdings nur 175 besetzt. Dies änderte sich zwar zu Beginn der fünfziger Jahre für kurze Zeit, doch nach 1953 verlor die Aspirantur nach sowjetischem Vorbild an Bedeutung. Das traditionelle deutsche akademische Laufbahnmuster setzte sich durch. Vgl. Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999.

218 Arbeiter- und Bauern-Fakultäten wurden in der SBZ zum 1. Okt. 1949 eingerichtet, die erste entstand bereits 1946 in Halle. Sie bereiteten jene auf das Studium vor, die das Abitur als Hochschulzugangszeugnis nicht

Die planmäßige Nutzung der Geldmittel, die im Investitionsplan für die Volksbildung vorgesehen sind, geht schleppend voran. So hat zum Beispiel der Berliner Magistrat bis heute keine leistungsfähige Baufirma mit der Ausführung der Wiederaufbauarbeiten am Gebäude der Berliner Universität beauftragt.

Andererseits darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Beschluß der DWK vom 31. März 1949 völlig neue Maßnahmen vorsieht, die keine Beispiele in der deutschen Geschichte haben. Die Organisation der Arbeiter- und Bauernfakultäten, die Errichtung der Aspirantur, die Reorganisierung und Erweiterung der Deutschen Akademie der Wissenschaften[219] u. a. sind für Deutschland etwas völlig Neues und deshalb ist es verständlich, daß ihre Umsetzung etwas Unsicherheit sogar bei den führenden Kadern der deutschen Verwaltungsorgane und der SED auslöst, die bisher keine derartigen Erfahrungen sammeln konnten.

Unter Beachtung dieser Tatsachen sah sich die Abteilung Volksbildung der SMAD verpflichtet, neben der üblichen Kontroll- und Beratungstätigkeit eigenhändig eine Reihe von Dokumenten aufzusetzen, die von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung hätten verfaßt werden sollen. Die Abteilung Volksbildung der SMAD hat folgende Dokumente vorbereitet: Die Verordnungen über den Wissenschaftlichen Rat, über den Ausschuß zur Unterstützung von Wissenschaftlern und über den Ausschuß für die Verleihung der Nationalpreise. Außerdem wurden von der Abteilung Volksbildung der SMAD der Plan für den Bau von neuen Schulgebäuden, der Plan zur Reorganisierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften, der Plan zur Aufnahme von Aspiranten an die Hochschulen der Zone sowie die Verordnung über die Arbeiter- und Bauerfakultäten usw. erstellt.

Die aufgesetzten Dokumente wurden als Arbeitsentwürfe an den Parteivorstand der SED und an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung weitergeleitet. Dort bekamen sie ihre endgültige Form, indem sie besprochen und in Anpassung an die deutschen Bedingungen verbessert wurden.

Alle Maßnahmen, die in den letzten zwei Monaten realisiert wurden, führte die Abteilung Volksbildung in engem Kontakt mit dem Parteivorstand der SED durch (mit Anton Ackermann persönlich).

---

erwerben konnten, und setzten damit im wesentlichen die im Sept. 1946 an den Universitäten der SBZ geschaffenen Vorstudienanstalten fort, deren Tätigkeit durch die Richtlinie der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung vom 16. Dez. 1947 vereinheitlicht wurde. Das Zentralsekretariat der SED beriet am 24. Feb. 1949 über die Umwandlung der Vorstudienanstalten in Arbeiter- und Bauern-Fakultäten, die durch Verordnungen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung vom 21. und 23. Mai 1949 vollzogen wurde.

219 Die Deutsche Akademie der Wissenschaften [zu Berlin] wurde mit SMAD-Befehl Nr. 187 vom 1. Juli 1946 auf der Grundlage der altehrwürdigen Preußischen Akademie der Wissenschaften zugelassen, die sich im Dez. 1945 in Deutsche Akademie der Wissenschaften umbenannt hatte. Mit diesem gemeinsam von den Präsidenten der Akademie Stroux und der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ Paul Wandel bei der SMAD „bestellten Befehl" wurde sie der genannten Zentralverwaltung unterstellt und schied damit aus der Rechtsaufsicht des Magistrats von Groß-Berlin aus, nachdem die Alliierte Kommandantur 1945 und 1946 ihren Etat aus dem Haushalt gestrichen hatte. Die DWK-Verordnung vom 31. März 1949 wies der Akademie eine zentrale Rolle im Wissenschaftssystem der SBZ zu. Hierzu sehr ausführlich: Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Berlin 2002, sowie Malycha, Geplante Wissenschaft 2003, insbes. S. 98-100 und 133-134. – Laut Schreiben Smirnow/Wyschinski/22. Mai 1946 beantragte die Wiedereröffnung und Umbenennung der Akademie die KPD-Führung, nachdem in der britischen Besatzungszone die Göttinger Akademie wiedereröffnet worden war, und die Gefahr drohte, daß sie die 25 in der SBZ lebenden Mitglieder der Preußischen Akademie aufnehmen könnte. So wurde zumindest gegenüber Stalin argumentiert. Vgl. AWP RF 082/30/134/68, Bl. 3-4. – Der Aspekt „einheitliche Organisationen für ganz Deutschland" verdient mit Blick auf die Verbandspolitik in der SBZ besondere Aufmerksamkeit im deutschlandpolitischen Kontext. Bei wissenschaftlichen Vereinigungen, „Standesvertretungen" und Sportverbänden indizieren die Primärquellen einen solchen Zusammenhang.

Es wurden einige Besprechungen beim Parteivorstand der SED, in der Abteilung Volksbildung der SMAD und in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung abgehalten, die sich mit den Fragen der Realisierung des Beschlusses der DWK befaßten. Aus dem Zentralapparat der Abteilung für Volksbildung wurden spezielle Mitarbeiter zur Verfügung gestellt, die vor Ort in den Ländern die örtlichen Organe der Volksbildung kontrollierten und unterstützten. Auf den Sitzungen des Beirates beim Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD berichten die Chefs der Abteilungen für Volksbildung in den Ländern monatlich über die Durchführung des Beschlusses der DWK.

Infolge dieser Maßnahmen der Abteilung Volksbildung der SMAD und der deutschen Organe für Volksbildung ist der gegenwärtige Stand der Durchführung des Beschlusses der DWK folgender:

[1.] Betreffend Deutsche Akademie der Wissenschaften

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften hat dem Beschluß der DWK eine außerordentliche Vollversammlung gewidmet. Auf dieser Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, an der Akademie der Wissenschaften sechs Klassen zu errichten. Weiterhin wurden Maßnahmen zur Durchführung der Wahl neuer Akademiemitglieder beschlossen.

Die Wahlordnung für die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften wurde nicht geändert. Laut Statut von 1946 können alle Hochschulen, wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und ordentlichen Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften Kandidaten für vakante Stellen der Akademie vorschlagen. Die für die Akademie der Wissenschaften vorgeschlagenen Kandidaten werden vom Präsidium der Akademie, von der Versammlung der Akademiemitglieder in der jeweiligen Klasse und dann in der Vollversammlung aller Akademiemitglieder gewählt. Die Ergebnisse der Wahlen im Plenum der Akademie müssen vom Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung bestätigt werden.

Am 28. April dieses Jahres hat der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften in der Presse die Wahlen neuer Akademiemitglieder angekündigt. Diese Nachricht wurde in den Zeitungen „Neues Deutschland", „Tägliche Rundschau" sowie in zwei periodisch erscheinenden Zeitschriften veröffentlicht, die von der Akademie der Wissenschaften herausgegeben werden. Außerdem wurde an alle Rektoren der deutschen Hochschulen, auch in den Westzonen, ein Brief versandt, der vom Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung unterschrieben wurde. Darin wurde in sechs Klassen die Wahl neuer ordentlicher Mitglieder durch die Deutsche Akademie der Wissenschaften bekanntgegeben. Die Anträge müssen bis zum 31. Mai eingereicht werden. Die Wahlen der Akademiemitglieder werden am 7. und am 14. Juli in den Plenarsitzungen stattfinden.

In der Plenarsitzung der Akademie der Wissenschaften am 21. April dieses Jahres wurde eine Kommission gewählt, die den Auftrag erhielt, im Zusammenhang mit den neuen Aufgaben einen Entwurf für Ergänzungen des Statuts der Akademie einzubringen.

Alle Akademiemitglieder bekommen seit dem 1. April dieses Jahres ein neues Gehalt in Höhe von 1.000 Mark im Monat. Der neue, erhöhte Haushalt der Akademie wurde aufgestellt und der DWK zur Bestätigung vorgelegt.

Am 31. Mai dieses Jahres fand eine feierliche Übergabe des Guts Paulinenau an die Akademie statt, auf dem wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Landwirtschaft organisiert werden sollen.

Die Akademie erhielt eine Etage im Gebäude Jägerstraße Nr. 22-23. Das gesamte Gebäude wurde noch nicht übergeben, weil die Redaktion von „Sowetskoje slowo"[220] noch nicht in ein neues Gebäude umgezogen ist.

220 „Sowetskoe Slowo" erschien von 1947 bis 1949 in Berlin als russischsprachige Tageszeitung der Politischen Abteilung des Stabes bzw. der Politischen Verwaltung und der Parteiorganisation der WKP(B) in der SMAD.

An die Akademie der Wissenschaften wurden vier Gebäude des ehemaligen Instituts für Aerodynamik in Adlershof übergeben. Die Renovierungs- und Wiederaufbauarbeiten an diesen Gebäuden haben bereits begonnen. Mit Ausnahme eines Gebäudes, in dem noch immer der Lagerraum eines Truppenteils untergebracht ist.

Im Mai hat die Akademie zwei Personenkraftfahrzeuge erhalten. Demnächst sollen der Akademie und ihren Mitgliedern zusätzliche Automobile zur Verfügung gestellt werden.

2. Betreffend Vergabe von Nationalpreisen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik

Im April wurden zwei Ausschüsse für die Verleihung der Nationalpreise auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik sowie auf dem Gebiet der Literatur und Kunst gegründet.[221] Als Vorsitzender des ersten Ausschusses wurde der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Professor Stroux, bestätigt; als Vorsitzender des zweiten Ausschusses der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Wandel. Die Verordnungen über die Tätigkeit dieser Ausschüsse wurden erarbeitet, bestätigt und in der Presse veröffentlicht.

An den Hochschulen, wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen sowie in einzelnen Großbetrieben werden zur Zeit Kandidaten für den Nationalpreis vorgeschlagen. Die Verleihung des Nationalpreises ist für Juli 1949 vorgesehen.

3. Gründung des Ausschusses zur Unterstützung von Wissenschaftlern

Es wurde ein Ausschuß zur Unterstützung von Wissenschaftlern gegründet. Als Vorsitzender wurde Ackermann und als Stellvertreter wurden Selbmann[222], das Akademiemitglied Ertel[223], der Schriftsteller Marchwitza, Professor Franck[224] und der Intendant des Staatstheaters[225] Langhoff bestätigt.

Am 16. Mai fand die erste Sitzung des Ausschusses zur Unterstützung von Wissenschaftlern statt. Es wurden fünf Kommissionen gegründet, deren Aufgaben den Zielen dieses Ausschusses entsprechen. Gegenwärtig bereitet der Ausschuß die Eröffnung von Kurhäusern und Erholungsheimen vor, die Mitte Juni erfolgen soll. Außerdem sammelt er Unterlagen zur geplanten Ver-

---

221 Der „Ausschuß für die Verleihung der Nationalpreise für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten und wichtige technische Erfindungen" sowie der „Ausschuß zur Verleihung der Nationalpreise auf dem Gebiet der Literatur und Kunst" wurden bei der DWK durch die sogenannte DWK-Kulturverordnung vom 31. März 1949 geschaffen.

222 Selbmann, Fritz (1899-1975), Bergarbeiter, 1922 KPD, 1934-45 wegen illegaler politischer Arbeit in Deutschland inhaftiert. 1945/46 KPD/SED, 1945-46 Präsident des Landesarbeitsamtes/Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, 1946-48 Minister für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung Sachsen, 1948-49 stellvertretender Vorsitzender der DWK/Leiter der Hauptverwaltung Industrie, 1949-50 Minister für Industrie, 1950-51 Minister für Schwerindustrie, 1951-53 Minister für Hüttenwesen und Erzbergbau, 1953-55 Minister für Schwerindustrie der DDR, 1954-58 ZK der SED, 1955-58 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR, 1969-75 Vizepräsident des Schriftstellerverbandes.

223 Ertel, Hans Max (1904-1971), Geophysiker, 1941 Professor an der Universität Berlin, 1942-43 Professor an der Universität Wien, 1943-45 Professor an der Universität Innsbruck, 1946-48 Professor/Direktor des Institutes für Meteorologie und Geophysik an der Universität Berlin, 1948-69 Direktor des Instituts für physikalische Hydrographie, ab 1949 Mitglied und 1951-61 Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

224 Franck, Hans-Heinrich (1888-1961), Chemiker, 1927-37 Professor an der Technischen Hochschule Berlin (Charlottenburg), 1945-48 Leiter des Stickstoffwerkes Piesteritz/Professor für chemische Technologie an der Technischen Hochschule Berlin, 1946 SED, 1947 Präsidialrat des Kulturbundes, 1949 Präsident der Kammer der Technik, 1949 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin.

225 Beim Deutschen Theater, dessen Intendant Langhoff war, handelte es sich um ein früheres preußisches und späteres DDR-Staatstheater.

teilung von Geldmitteln für individuelle Baukredite. Die Verordnung über die Tätigkeit des Ausschusses wurde erarbeitet und vom Sekretariat der DWK bestätigt.

4. Gründung des Wissenschaftlichen Beirates bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung

Bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung wurde ein Wissenschaftlicher Beirat gegründet. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates ist der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Wandel, zu Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirates wurden die Akademiemitglieder Baumgarten[226], Frings[227], Heubner[228], Hund[229], Mitscherlich[230], E. Schmitt[231], Stroux, Stubbe[232] und andere ernannt, insgesamt 28 Personen. Die Verordnung über den Wissenschaftlichen Beirat wurde fertiggestellt, gegenwärtig wird die Einberufung seiner ersten Sitzung vorbereitet. Die Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirates wurde in der Presse bekanntgegeben.

5. Organisation der Vorbereitung von wissenschaftlichen Kadern

Im Beschluß der DWK ist vorgesehen, daß in diesem Jahr 150 Aspiranten aufgenommen werden sollen. Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung hatte die Aufnahmekontingente für die Aspirantur nach einzelnen Hochschulen folgendermaßen verteilt: Deutsche Akademie der Wissenschaften 45, Berliner Universität 20, Universität Rostock acht, Universität Greifswald sieben, Universität Jena 14, Universität Halle 14, Universität Leipzig 17, Technische Hochschule Dresden 20, Bergakademie Freiberg fünf. An der Verteilung der Kontingente auf die Fachrichtungen wird gearbeitet.

---

226 Baumgarten, Arthur (1884-1966), Rechtswissenschaftler, 1909 Professor an der Universität Genf, Ordinarius, 1920 an der Universität Köln, 1923 Universität Basel, 1930 Universität Frankfurt (Main), 1934 Professor an der Universität Basel (Mitbegründer der schweizerischen kommunistischen Partei der Arbeit), 1946 Gastprofessor an der Universität Leipzig, 1946 SED, 1949-53 Professor an der Humboldt-Universität Berlin, 1949 Mitglied des Wissenschaftlichen Senats beim Minister für Volksbildung der DDR, 1951-52 Rektor an der Potsdamer Landeshochschule, 1951-60 Präsident der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft und Chefredakteur der Zeitschrift „Staat und Recht".

227 Frings, Theodor (1886-1968), Germanist, 1917 Professor an der Universität Bonn, 1927-57 Professor/Direktor am Institut für Germanistik, 1945 Ordinarius an der Universität Leipzig, 1946 Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, 1952-64 Direktor des Instituts für deutsche Sprache und Literatur der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

228 Heubner, Wolfgang (1877-1957), Pharmakologe, ab 1907 Professor, 1927-28 Rektor an der Universität Göttingen, 1929 Professor an der Universität Düsseldorf, 1930 Professor an der Universität Heidelberg, 1932-49 Professor an der Universität Berlin, 1950-52 Professor an der Freien Universität Berlin.

229 Hund, Friedrich (1896-1997), Physiker, 1946-51 Professor für Theoretische Physik, 1948 Rektor an der Universität Jena (Amtsniederlegung, von der SMAD abgesetzt laut: GARF 7184/1/28, Bl. 293-294), ab 1949 ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, ab 1951 Professor an der Universität Frankfurt/Main.

230 Mitscherlich, Eilhard Alfred (1874-1956), Bodenkundeforscher, 1906-41 Professor/Direktor des Instituts für Pflanzenbau an der Universität Königsberg, 1946-50 Professor/Direktor des Instituts für Kulturtechnik an der Universität Berlin, 1947-51 Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in der SBZ/DDR, 1949-56 Direktor des Instituts zur Steigerung der Pflanzenerträge Paulinenaue.

231 Schmitt, Erhard, Mathematiker, Professor an der Universität Berlin.

232 Stubbe, Hans (1902-1989), Biologe, 1945-67 Direktor des Instituts für Kulturpflanzenforschung Gatersleben, 1946 Professor/Direktor des Instituts für Genetik an der Universität Halle, ab 1949 Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, 1951-67 Präsident der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin(Ost).

Bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung wurde eine Aufnahmekommission für die Aspiranten unter dem Vorsitz des Akademiemitglieds Baumgarten gegründet. Bis jetzt sind 59 Bewerbungen für Aspiranturen eingegangen.

6. Betreffend Gründung von Arbeiter- und Bauernfakultäten

Anfang Mai 1949 hat das Kleine Sekretariat der SED[233] den Beschluß über die Entfaltung der Agitations- und Aufklärungsarbeit im Zusammenhang mit der Gründung von Arbeiter- und Bauernfakultäten sowie über die Aufnahme von Vertretern der Arbeiter- und Bauernjugend in die Arbeiter- und Bauernfakultäten gefaßt.

Der Parteivorstand der SED führte umfangreiche Beratungen mit Vertretern der Landesvorstände der SED, den Leitern der Kader- und Kulturabteilungen dieser Vorstände, Mitarbeitern der Bildungsministerien der Länder und der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Vertretern demokratischer Organisationen, der Presse und des Rundfunks durch. Auf dieser Beratung wurde der Plan zur Durchführung der Beschlüsse des Kleinen Sekretariats bezüglich der Aufnahme von Arbeitern auf die Arbeiter- und Bauernfakultäten besprochen.

Diese Frage wurde auf Sekretariatssitzungen der SED-Landesvorstände diskutiert. In Berlin fand eine solche Besprechung unter Beteiligung der Schulräte und der Leiter städtischer Großbetriebe am 20. Mai statt.

In den Ländern wurde bereits umfangreiche Arbeit geleistet, um die Aufnahme an die Arbeiter- und Bauernfakultäten zu organisieren. In Sachsen wurden 20.000 Plakate angebracht sowie 10.000 Flugblätter verteilt, die über die Aufnahme an die Arbeiter- und Bauernfakultäten informieren. Außerdem erschienen eine besondere Broschüre und ein Kurzfilm über die Arbeiter- und Bauernfakultäten.

Studenten aus der Arbeiterklasse traten in Betrieben auf. In Sachsen wurden solche Versammlungen für 16.000 Arbeiter und in Mecklenburg für mehr als 20.000 Arbeiter abgehalten. Im Rahmen der gewerkschaftlichen Weiterbildung wurden Tagesveranstaltungen über das Studium von Arbeitern und Bauern an den Hochschulen durchgeführt.

Infolge der in Sachsen und Mecklenburg durchgeführten Arbeit wurden mehr Anträge für die Aufnahme an die Arbeiter- und Bauernfakultäten eingereicht als freie Plätze zur Verfügung stehen. In Mecklenburg sind für 300 Plätze 1.000 Anträge eingegangen.

Sehr schlecht ist die Lage in Berlin. Der Berliner Vorstand der SED hat den Arbeiter- und Bauernfakultäten wenig Aufmerksamkeit geschenkt und die SED-Organisation der Berliner Universität hat sich als unfähig erwiesen und diesbezüglich nichts getan.

Das Kontingent für die Aufnahmen an die Arbeiter- und Bauernfakultäten wurde für 1949 auf 3.000 festgelegt, davon 1.700 für das erste und 1.300 für das zweite Studienjahr. Auf Berlin entfallen 500, Sachsen 1.000, Sachsen-Anhalt 600, Thüringen 400, Mecklenburg 300 und auf Brandenburg 200 Personen.

Es wurde eine „Verordnung über Arbeiter- und Bauernfakultäten" erarbeitet. An die Arbeiter- und Bauernfakultäten wurden die Gebäude der russischen Schulen in Halle, Dresden und Leipzig übergeben, in Rostock eine Kaserne, in Greifswald ein ehemaliges Lazarett. An der Berliner Universität und der Universität Jena wurden die Arbeiterfakultäten [sic] bisher nicht mit Räumlichkeiten ausgestattet.

---

233 Das Kleine Sekretariat des Politbüros der SED wurde im Jan. 1949 unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht errichtet.

7. Betreffend Sonderstipendien für Studenten

Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung hat eine „Verordnung über Sonderstipendien" und Richtlinien für die Aufstellung von Stipendienkandidaten erarbeitet.

Zur Zeit erfolgt die Aufstellung der Kandidaten für Stipendien. Sachsen und Mecklenburg haben ihre Kandidatenlisten samt den Beurteilungen von Professoren und Bildungsministerien bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung bereits eingereicht.

8. Betreffend Ausstattung der Hochschulen mit wissenschaftlichem Gerät und Lern- sowie Anschauungsmaterial

In den vergangenen zwei Monaten wurde eine Liste des Bedarfes der Hochschulen an wissenschaftlichen Geräten und an Lern- bzw. Anschauungsmaterial angefertigt, ein solcher Plan wurde auch für die Deutsche Akademie der Wissenschaften aufgestellt. Gegenwärtig werden diese Angaben bearbeitet und Anfang Juni an die Planabteilung der DWK übergeben, um die Bestellungen an die Betriebe zu verteilen.

9. Betreffend Wiederaufbau von Hochschulgebäuden

Alle Universitäten sowie die Technische Hochschule Dresden und die Bergakademie Freiberg haben Bau- und Kostenpläne aufgestellt. Die Investitionsbank, deren Gründung sich über eine längere Zeit hinzog, verzögert jetzt die Finanzierung der Bauarbeiten. Alle Hochschulen verfügen bei dieser Bank über eigene Konten.

An der Universität Greifswald wurde der Bau des Instituts für landwirtschaftlichen Maschinenbau beschleunigt, an der Universität Rostock wird das Gebäude des Instituts für anorganische Chemie gebaut, dort wird auch eine ehemalige Kaserne für die Arbeiter- und Bauernfakultät umgestaltet. Wiederaufgebaut werden die Gebäude der Institute für Slawistik an den Universitäten Leipzig, Jena und Halle. An der Berliner Universität sind vier Hauptobjekte für den Wiederaufbau vorgesehen: das Hauptgebäude, das Institut für Chemie, die Charité und die Wirtschaftsfakultät. Außerdem soll der vom Magistrat finanzierte Bau des Studentenhauses abgeschlossen werden.

Die Überprüfung des Bauablaufs an der Berliner Universität hat gezeigt, daß der Bauablaufplan nicht eingehalten wird. An der Universität wurde bisher keine Stelle für einen Bauingenieur geschaffen, der für die Erfüllung des Wiederaufbauplans verantwortlich wäre. An den Bauarbeiten innerhalb der Universität sind über 30 kleine Firmen beteiligt, die durch die Universität unzureichend kontrolliert werden. Durch die Beteiligung mehrerer leistungsschwacher Firmen verteuert und verzögert sich der Bau zusätzlich. Anfang Mai dieses Jahres hatte der Berliner Magistrat einen Beschluß über den beschleunigten Wiederaufbau des Berliner Universitätsgebäudes gefaßt und die Bauverwaltung beauftragt, eine leistungskräftigere Firma zu finden, was den Bauverlauf zweifelsfrei beschleunigen wird.

Durch Unregelmäßigkeiten bei der Lieferung von Baumaterialien werden die Bauvorhaben an vielen Universitäten verzögert.

10. Betreffend Versorgung der Professoren und Lehrer mit Zusatzverpflegung

Ordentliche und außerordentliche Professoren, Honorarprofessoren und Dozenten erhalten zusätzliche Verpflegungssätze. An den Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone mangelt es aber an Professoren und Dozenten, so daß einzelne Kurse von Lektoren gelesen werden, die keine wissenschaftlichen Titel und Grade haben. Die Mehrzahl dieser Personen gehört zu der hervorragend demokratisch gesinnten Gruppe. Die Frage der Versorgung dieser Gruppe von Wissenschaftlern mit zusätzlichen Lebensmitteln wurde in der Zone noch nicht gelöst.

Es ist festzustellen, daß es Fälle gab, in denen zusätzliche Lebensmittel an Personen ausgegeben wurden, die dazu nicht berechtigt waren. Ein großer Teil der zusätzlich genehmigten Lebensmittel verschwand im Verwaltungsapparat der Länder.

Die von der DWK zur Verfügung gestellten zusätzlichen Lebensmittel für Wissenschaftler sichern bei richtiger Verteilung die Versorgung aller Lehrkräfte und wissenschaftlichen Assistenten. Gegenwärtig wird die Ausgabe von zusätzlichen Lebensmitteln auf ihre Richtigkeit überprüft.

11. Betreffend Steuerermäßigungen und Einführung personengebundener Renten für Wissenschaftler

Im April dieses Jahres wurde durch Beschluß des Sekretariats der DWK die bisher geltende Praxis der Besteuerung von Geistesschaffenden aufgehoben und eine neue Ordnung für die Besteuerung der Einkünfte von Wissenschaftlern und Kunstschaffenden eingeführt, die der Besteuerung von Arbeitern angepaßt wurde. Die neue Steuerregelung ist bereits in Kraft getreten.

Gegenwärtig wird eine Anweisung über den Bezug personengebundener Renten für Wissenschaftler erarbeitet. Der Ausschuß zur Unterstützung von Wissenschaftlern bereitet eine Liste von Wissenschaftlern vor, die personengebundene Renten beziehen sollen.

12. Betreffend Verbesserung der Lage der Lehrer

In allen Ländern haben die Lehrer in der ersten Aprilhälfte Lebensmittel nach den neuen Normen erhalten, die im Beschluß der DWK festgelegt wurden. Um diesen Beschluß schneller zu realisieren, haben die örtlichen Organe zusätzliche Bezugsscheine ausgegeben und ab Mai werden die bereits ausgegebenen Bezugsscheine der Kategorie 2 gelten.

In Sachsen-Anhalt wurde die Frage aufgeworfen, ob jene Personen, die als Lehrer tätig sind, aber die Prüfungen für das zweite Lehrerexamen noch nicht abgelegt haben, als Lehrer behandelt werden dürfen. Solche Personen werden in Deutschland Lehrer-Referendare genannt. Es handelt sich um jene Lehrer, die ihre pädagogische Arbeit nach 1945 aufgenommen und vorher einjährige pädagogische Kurse absolviert hatten. Offensichtlich ist dies ein Versuch, einem großen Teil (40.000 Personen) der demokratisch gesinnten Neulehrer jene Leistungen zu verweigern, die im Beschluß der DWK vorgesehen sind. In einer speziellen Anweisung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung wurde erläutert, daß alle Lehrer, die an Schulen tätig sind, sowie Mitarbeiter der Vorschuleinrichtungen und Schulräte gemäß dem Beschluß der DWK nach der Kategorie 2 zu versorgen sind.

13. Betreffend Institut für Lehrerweiterbildung

Vorbereitungen für die Eröffnung des Zentralinstituts für Lehrerweiterbildung[234] zum 1. September 1949 bzw. dessen Zweigstellen zum 1. Januar 1950 werden sowohl in Berlin als auch in den Ländern getroffen. Es wurden der Aufgabenplan, die Struktur und die Stellenpläne für das Institut in Berlin und seine Zweigstellen in den Ländern erarbeitet. Für das Zentralinstitut in Berlin wurde ein besonderes Gebäude in der Burgstrasse Nr. 27 zur Verfügung gestellt, das den Bedürfnissen des Instituts in ausreichendem Maße entspricht. Der Direktor des Instituts wurde bereits ernannt.

In den Ländern wurden bisher nur die Gebäude für die Zweigstellen zugewiesen.

234 Das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut (DPZI) wurde am 1. Sept. 1949 in Berlin(Ost) eröffnet, Zweigstellen in den Ländern entstanden 1950.

14. Betreffend Schulbau

Vor dem Beschluß der DWK haben sich die deutschen Organe für Volksbildung mit Fragen der Bauarbeiten an den Schulen kaum beschäftigt. Die Bildungsministerien der Länder versuchen immer noch, sich der Kontrolltätigkeit in Baufragen zu entziehen. Infolgedessen wurden die Bauarbeiten im schulischen Bereich dem Selbstlauf überlassen und ohne einen streng durchdachten Plan ausgeführt. Die Entwürfe für den Bau neuer Schulgebäude entsprachen nicht den Aufgaben und den Perspektiven der Schularbeit in Deutschland. Die Gebäude wurden für eine Schule konzipiert, in der ein Lehrer acht Klassen unterrichten sollte (Thüringen). Diese Entwürfe wurden nun gänzlich überarbeitet und für den Neubau von Schulen wurde ein durchdachtes Programm erstellt.

Laut Plan der DWK zum kulturellen Aufbau sollen 1949 135 neue Schulen für 19.200 Schüler gebaut und 257 Schulen für 40.000 Schüler wieder aufgebaut werden.
Zur Zeit erfolgen an 76 Schulen Bauarbeiten.

Die Bauentwürfe und Kostenpläne für alle Bauobjekte einschließlich Neubauten und Wiederaufbauobjekte wurden von den Bildungsministerien der Länder begutachtet, jedoch noch nicht komplett bewilligt. Besonders weit zurück liegen Mecklenburg und Brandenburg.
Wo Bauentwürfe und Kostenpläne bereits bewilligt sind, gibt es keine Schwierigkeiten mit der Mittelzuteilung.

Große Schwierigkeiten gibt es in Sachsen und Thüringen im Hinblick auf alle Arten von Baumaterialien. In Sachsen-Anhalt fehlt Zement. Nur in Mecklenburg und in Brandenburg ist die Versorgung mit Baustoffen sichergestellt.

15. Betreffend Verleihung von Ehrentiteln an Lehrer

In allen Ländern wurden Kandidaten für die Verleihung des Ehrentitels „Verdienter Lehrer" aufgestellt.

Ursprünglich wurden größtenteils Funktionäre der Volksbildung und Mitarbeiter der Bildungsministerien bzw. der Lehrergewerkschaft in die Kandidatenlisten aufgenommen, doch nach der Ministerkonferenz wurden auf der Liste nur solche Lehrer belassen, die unmittelbar an den Schulen tätig sind.

Es wurde eine Verordnung über den Ehrentitel „Verdienter Lehrer" sowie ein Statut für seine Verleihung erarbeitet. Das Abzeichen „Verdienter Lehrer" ist noch nicht bestätigt worden.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland *A. Danilow*

GARF 7317/54/14, Bl. 95-105. Original.

Nr. 98. Schreiben des Chefs der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow an den Chef der Verwaltung für Landwirtschaft der SMAD Korbut[235] über die Arbeiter- und Bauernfakultäten[236]. 29. Juli 1949

Im Beschluß der DWK, der durch den Befehl Nr. 36 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration Armeegeneral Tschuikow vom 2. April 1949 bestätigt wurde, ist eine Umwandlung der in der sowjetischen Besatzungszone bestehenden Hochschulvorbereitungskurse in Arbeiter- und Bauernfakultäten vorgesehen.

In diesem Jahr sollen die Arbeiter- und Bauernfakultäten[237] 3.000 Betriebsarbeiter aufnehmen. Zusammen mit den bereits studierenden Kursteilnehmern wird damit die Zahl der Studenten an den Arbeiter- und Bauernfakultäten im Schuljahr 1949-50 insgesamt 4.500 Personen betragen.

Viele der an den Arbeiter- und Bauernfakultäten Studierenden erhielten früher in den Betrieben einen relativ hohen Arbeitslohn. Deshalb fordern sie, daß ihnen ein Stipendium gezahlt wird.

Im Beschluß der DWK wird festgehalten: Es sind Maßnahmen zur praktischen Verbesserung der materiellen Lage der Intelligenz zu ergreifen, wobei die vor Ort vorhandenen Ressourcen und Möglichkeiten auszuschöpfen sind.

Deshalb bitte ich Sie, die Deutsche Zentralverwaltung für Landwirtschaft anzuweisen, unter den Arbeitern der Maschinen-Ausleih-Stationen und der volkseigenen Güter für die Arbeiter- und Bauernfakultäten zu werben und den Arbeitern und Bauern, die zum Studium an die Arbeiter- und Bauernfakultäten delegiert wurden, ein Stipendium zu zahlen.

Wünschenswert ist ein Monatsstipendium in Höhe von 150 bis 200 Mark.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA in Deutschland Danilow

GARF 7317/55/11, Bl. 120. Beglaubigte Kopie.

235 Korbut, Leonid Alexejewitsch, 1945-48 stellvertretender und 1948-49 Chef der Abteilung Land- und Forstwirtschaft der SMAD.

236 Grunlegende Dokumente zur Lenkung der Arbeiter- und Bauernfakultäten wurden mit dem Beschluß des Kleinen Sekretariats des Politbüros der SED über „Richtlinien für die Aufnahme von Studenten an die Universitäten und Hochschulen vom 8. April 1949 und den Richtlinien der Deutschen Verwaltung für Volksbildung über die Arbeiter- und Bauernfakultäten an den Universitäten und Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 21. Mai 1949 erlassen, vgl. Dokumente Nr. 60 und Nr. 63, in: Malycha, Geplante Wissenschaft 2003, S. 271, S. 276-277.

237 In der Vorlage wird ab hier durchgehend der Ausdruck „rabfak" benutzt.

Nr. 99. Bericht des Chefs der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der SMA des Landes Brandenburg Korowin[238] an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Danilow über die Lage an Schulen in den an die Westsektoren Berlins angrenzenden Landkreisen. 1. November 1949

Geheim

Über die Lage an den Schulen in den an die Westsektoren von Berlin angrenzenden Landkreisen

Nach vorläufigen Informationen des Bildungsministeriums des Landes Brandenburg haben etwa 1.000 Schüler aus den umliegenden Landkreisen Groß-Berlins in Schulen der Westsektoren gewechselt. Die Verteilung auf die Kreise nach dem Stand vom 20. Oktober 1949 sieht wie folgt aus:

Nr.	Landkreis	Anzahl der Schüler aus der Volksschulen	Anzahl der Schüler aus den Oberschulen	Insgesamt
1.	Teltow	185	14	199
2.	Osthavelland	11	26	37
3.	Niederbarnim	378	31	409
4.	Zauch-Belzig	13	8	21
5.	Potsdam	113	45	158
Insgesamt		700	124	824

Es ist festzustellen, daß die Zahl der Schülerabgänge in die westlichen Sektoren von Monat zu Monat wächst. Die Ursachen des Wechsels sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überall die gleichen:

a) *Schulgeld*[239]. In Groß-Berlin wird kein Schulgeld erhoben. Sogar ein Lehrer aus Velten hat seinen Sohn in die Schule eines Berliner Westsektors geschickt.

b) *Kein warmes Frühstück an den Schulen.* Diese Frage ist möglicherweise die wichtigste von allen. An den Schulen des Landes werden zum Frühstück keine warmen Mahlzeiten ausgegeben. Verteilt werden nur trockene Brötchen, und die nicht einmal an alle Kinder. In [den Westsektoren von] Groß-Berlin dagegen bekommen alle Schüler ein warmes Frühstück.

c) *Mangel an qualifizierten Lehrern im Land.* In einzelnen Fällen nehmen Eltern ihre Kinder von der Schule, weil es dort keine Kunst- bzw. Französischlehrer usw. gibt, und melden sie an Schulen in Westsektoren an.

d) *Nähe zur Schule, die sich im Westsektor befindet und bequemere Schulwege.* Solche Fälle gibt es in Mahlow, wo es keine Oberschule gibt. Die Eltern dieser Gemeinde schicken ihre Kinder in die Schulen nach Lichtenrade im Westsektor Berlins, die in sieben Minuten mit der S-Bahn erreicht werden können, und nicht nach Zossen, wohin die Bahn über 45 Minuten braucht.

---

238 Korowin, Fjodor Georgijewitsch (1911-), Oberleutnant, bis 1946 Dolmetscher der militärischen Abteilung bei der Verwaltung Kommandanturdienst Magdeburg, danach Inspektor für Personalfragen bei der Abteilung Volksbildung der SMAD, später Chef der Volksbildungsabteilung der SMA des Landes Brandenburg.

239 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

e) *Verbreitung falscher Gerüchte.* An allen Schulen des Landes wird das falsche Gerücht verbreitet, daß das in der Ostzone abgelegte Abitur im Westen nicht anerkannt wird. Deshalb entscheiden sich viele gleich für eine Schule im Westen.

f) *Anwerbung von Schülern durch Agitation aus den Westsektoren von Groß-Berlin.* In den Westsektoren von Berlin wird eine umfangreiche Agitationsarbeit zur Anwerbung von Schülern aus der Ostzone betrieben. Nach ungeprüften Informationen des Bildungsministeriums des Landes organisieren Franzosen, Amerikaner und Engländer an den Grenzen zur Ostzone Jugendklubs, in denen sie „Aufklärungsarbeit" leisten. Es werden Abende mit Essen, Tee usw. veranstaltet. In den Westsektoren werden den Schülern folgende Leistungen „garantiert":

a) Befreiung vom Schulgeld,
b) Auszahlung von fünfzehn Westmark pro Schüler,
c) kostenlose Lehrbücher,
d) Internatsplätze für diejenigen, die in der Zone wohnhaft sind,
e) Verpflegung und Kleidung.

Maßnahmen des Bildungsministeriums

Das Bildungsministerium des Landes Brandenburg hat folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der Abgänge der Schüler in die Westsektoren von Berlin vorgesehen:

1. An die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik werden folgende Forderungen gestellt:

a) Nach Schulgeldbefreiung der Schüler aus den Kreisen rund um Groß-Berlin (insgesamt 31.000 Mark).

b) Nach Verbesserung der Schülerverpflegung. Dafür sind zusätzliche Lebensmittel erforderlich, darunter:

Fleisch 3.165 Kilogramm
Fett 3.165 Kilogramm
Brot 15.825 Kilogramm
Kartoffeln 158.250 Kilogramm
Gemüse 67.300 Kilogramm
Zucker 2.637 Kilogramm

alle zehn Tage für insgesamt 73.850 Schüler.

c) Nach Ausstattung der Schüler mit kostenlosen Lehrbüchern, wofür 80.000 Mark erforderlich sein werden.

2. Das Bildungsministerium hat die Kaderabteilung verpflichtet, die Stellen an den Schulen rund um Berlin mit den besten Lehrern und Kulturräten zu besetzen.

3. Die Presse und der Rundfunk des Landes werden verpflichtet, Aufklärungs- und organisatorische Arbeit zur Bekämpfung der falschen Propaganda der Amerikaner, Franzosen und Engländer zu leisten.

4. An den Schulen werden Elternabende durchgeführt, auf denen fortschrittliche Lehrer die aktuelle Lage erläutern.

Der Chef der Abteilung Volksbildung der SMA des Landes Brandenburg *Korowin*

GARF 7317/54/15, Bl. 112-114. Original.

Russische Texte des II. Abschnittes wurden von Dr. Natalia Jeske übersetzt.

III. Abschnitt: Kulturpropaganda

Nr. 100. Schreiben des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Karaganow[1] über Propagandaaktivitäten. 3. November 1945

Geheim

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 18. Oktober 1945[2], Nr. 1797/c[3] teile ich mit:

1. Innerhalb der Propagandaverwaltung der SMA gibt es eine Abteilung für Kultur und Bühnenunternehmen, die mit Fragen beschäftigt ist, die eine gemeinsame Arbeit von WOKS und unserer Verwaltung dringend erforderlich machen. Zur Wahrnehmung der Kontakte mit Ihnen habe ich *Major Genosse Patent*[4] abgestellt. Ich bitte Sie, zu seinen Händen Ihre Schreiben und Anfragen zu richten sowie die von ihm angeforderten Materialien zu schicken.

2. *Die Kompliziertheit der politischen Lage in Deutschland macht eine Intensivierung sämtlicher Formen unserer Propaganda, einschließlich der Propaganda der Kultur, Kunst, Literatur und Wissenschaft der Sowjetunion dringend erforderlich. Dies ist um so notwendiger, als die Propagandaaktivität der Alliierten spürbar zugenommen hat. Deshalb bitte ich darum, uns schnellstmöglich Material (Bücher, Broschüren, Aufsätze) zuzusenden, das die Errungenschaften der unterschiedlichen Zweige unserer Wissenschaft, Literatur und Kunst zum Inhalt hat (in deutscher oder russischer Sprache), oder herausragende Wissenschaftler und andere im Bereich der Literatur und der Künste tätige Personen*[5] *damit zu beauftragen, entsprechende Arbeiten mit Blick auf den deutschen Leser und insbesondere die Angehörigen der Intelligenz zu schreiben.* Besonders *dringend benötigt* werden Manuskripte oder bereits gedruckte Bücher aus diesem Bereich für den Verlag des Kulturbundes sowie neue und besonders herausragende Werke der sowjetischen Belletristik. Darüber hinaus bitte ich Sie, uns regelmäßig Periodika und wissenschaftliche Veröffentlichungen unserer Akademien, Forschungsinstitute und Wissenschaftsgesellschaften zu schicken, um sie in der deutschen Presse und bei der Organisation von Vorträgen für unterschiedliche Schichten der deutschen Intelligenz nutzen zu können. Schließlich *benötigen wir dringend sowjetische Theaterstücke*, deren Fehlen einer Verbreitung des sowjetischen Repertoires auf deutschen Bühnen im Wege steht (siehe beigefügte Auflistung der am dringendsten benötigten sowjetischen Stücke[6]).

3. Es ist nötig, systematisch und nach vorheriger Absprache mit uns Reisen unserer herausragenden Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler zu organisieren, um die deutsche Intelligenz mit den Errungenschaften der Sowjetunion in unterschiedlichen Bereichen der Kultur bekannt zu machen.

---

1 Karaganow, Alexandr Wassiljewitsch; Literaturwissenschaftler, 1945-48 Chefredakteur der englischsprachigen Ausgabe der Zeitschrift „Sowetskaja literatura", 1950 WKP(B).

2 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichungen hervorgehoben.

3 Im Brief vom 18. Okt. 1945 Nr. 1797/s (in: GARF 5283/22/1, Bl. 1) bat Karaganow den Politischen Berater der SMAD Soboljew, zur Verbesserung des Informationsflusses aus Deutschland bis zur Errichtung einer ständigen WOKS-Vertretung einen Mitarbeiter zur Pflege der Kontakte zu beauftragen, das WOKS mit allen in der SBZ erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften zu beliefern sowie sich zu Planungszwecken über die Perspektiven der WOKS-Arbeit in Deutschland zu äußern.

4 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

5 In der Vorlage: „rabotniki literatury i isskustw".

6 Anlage fehlt in der Vorlage.

4. Ich bitte Sie, uns über die von Ihnen geplanten Maßnahmen und deren Fristen zu informieren, damit wir uns entsprechend orientieren und auf die zahlreichen bei uns eingehenden Anfragen antworten können.

5. Genosse Patent wird Ihnen regelmäßig Exemplare der in der Sowjetischen Besatzungszone erscheinenden deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften zusenden.

Der Chef der Propagandaverwaltung der SMA in Deutschland Oberst *Tjulpanow*

GARF 5283/22/1, Bl. 2 (Rückseite). Original.

Nr. 101. Schreiben des Referenten der Abteilung für Kultur und Bühnenunternehmen der Propagandaverwaltung der SMAD Major Patent an den stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Karaganow betreffend Illustrationsmaterial für Ausstellungen. 29. November 1945

In Ergänzung unseres Schreibens Nr. 09 vom 3. November 1945 teile ich in Beantwortung Ihres Schreibens Nr. 1797/s vom 18. Oktober 1945 mit:

1. Die innerhalb der Propagandaverwaltung bestehende Presseabteilung benötigt neben dem bei Ihnen bereits angeforderten Textmaterial (Aufsätze, Broschüren, Bücher usw.) über das Leben unseres Landes dringend Illustrationsmaterial (mit entsprechenden Bildunterschriften) zur Verwendung in illustrierten Zeitschriften, Zeitungen usw., um die deutschen Leser umfassend mit dem gesellschaftlichen und politischen Leben in der Sowjetunion und den jüngsten Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft, Literatur, Kunst usw. bekannt machen zu können.

2. Ich bitte Sie, uns schnellstmöglich die Ihnen zur Verfügung stehenden fertig zusammengestellten Fotoausstellungen sowie Fotomontagen und Fotosätze zu den folgenden Fragen zu schicken:

über die Greueltaten der Deutschen auf russischem Boden und die von ihnen verursachten Zerstörungen,
über die Stalin-Verfassung,
über die Rote Armee,
über die Volksbildung,
über das Gesundheitswesen,
über die Landwirtschaft,
über die Stellung der Frauen im Sowjetstaat,
über die Erziehung der Jugend (Bewegung zur Körperertüchtigung) usw.

3. Ich bitte Sie, uns Fotografien aus den besten nach Deutschland geschickten Kinofilmen zuzusenden, da die dem Intorgkino zur Verfügung stehenden Fotografien von schlechter Qualität sind und sich für eine Veröffentlichung in der Presse nicht eignen.

Der verantwortliche Referent der Abteilung für Kultur und Bühnenunternehmen der Propagandaverwaltung der SMA in Deutschland Major *Patent*

GARF 5283/22/1, Bl. 3. Original.

Nr. 102. Schreiben des Chefs der Abteilung Kultur der Propagandaverwaltung der SMAD Major Dymschiz an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die Verteilung von Literatur und anderen Materialien. 25. Januar 1946

Geheim

Die Propagandaverwaltung der SMAD hat von Ihnen zwei Posten Literatur und sonstiges Material samt Begleitschreiben erhalten. Ich bin Ihnen überaus dankbar und hoffe auf weitere systematische Zusammenarbeit mit Ihnen auf dem Gebiet der Propaganda sowjetischer Kultur und Kunst in Deutschland.

Entsprechend Ihrer Bitte teile ich Ihnen mit, wie das von Ihnen geschickte Material verteilt wurde:

Ein Exemplar der Ausstellung „Die Neue Ordnung" wurde der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone übergeben und *wird in den nächsten Tagen im Zentrum Berlins gezeigt werden*[7]. Es ist geplant, diese Ausstellung anschließend in die wichtigsten Städte der Provinz ziehen zu lassen.

Das zweite Exemplar der Ausstellung wurde der Leitung der Sozialdemokratischen Partei übergeben und wird zunächst in deren Gebäude und anschließend in den Provinzleitungen der Sozialdemokratischen Partei gezeigt werden.

Das Lehrbuch der russischen Sprache wurde an den Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD Genosse Solotuchin weitergeleitet, dem auch die von Ihnen dargelegten Veröffentlichungsbedingungen mitgeteilt wurden. In dieser Frage wird sich Genosse Solotuchin offensichtlich selbst unmittelbar mit Ihnen in Verbindung setzen.

Die Manuskripte „Meine Kindheit" von Gorki, „Tanker Derbent" und „Frontbriefe" von Krymow[8] sowie „Zwei Kapitäne" von Kawerin wurden dem „Aufbau"[-Verlag] des „Kulturbundes" übergeben und werden im Laufe des ersten Halbjahres 1946 erscheinen.

Die Theaterstücke „Jegor Bulytschow" von Gorki und „Stürmischer Lebensabend" von Rachmanow wurden dem künstlerischen Leiter des Max Reinhardt-Theaters (Berlin) Gustav [von] Wangenheim[9] übergeben und werden in der laufenden Spielzeit aufgeführt werden. Gleichzeitig wurden mehrere Exemplare in die Provinz geschickt, wo ebenfalls Inszenierungen dieser Stücke geplant sind.

Die von Ihnen geschickten Aufsätze wurden an die Berliner Zeitungen „Tägliche Rundschau", „Berliner Zeitung", „Neue Berliner Illustrierte", „Der Morgen", „Nachtexpress"[10] und anderen zum Abdruck weitergeleitet und sind zum Teil bereits erschienen.

Das Material über die Moskauer Theater (Moskauer akademisches Theater der Kunst[11], Kammertheater, Zentralhaus der Roten Armee[12]), über sowjetische Musik, über das Gesundheitswesen in der UdSSR und über das Leben sowjetischer Studenten wird in Form von Broschüren vom

---

7 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichungen hervorgehoben.

8 Krymow, Juri Solomonowitsch (1908-1941), Schriftsteller.

9 Wangenheim, Gustav von (1895-1975), Regisseur, Intendant, 1922 KPD, 1933-45 Emigration in der UdSSR, Anfang 1945 Mitglied einer Kommission der Moskauer KPD-Führung für Filmfragen, 1945-46 Intendant des Deutschen Theaters Berlin, 1946 SED, Mitbegründer des Kulturbundes, 1947 Mitglied der Filmkommission des Zentralsekretariats der SED, 1952 DEFA-Regisseur.

10 Bei allen genannten Zeitungen bzw. Zeitschriften handelt es sich um SMAD-Lizenzblätter.

11 In der Vorlage: „MChAT", für: Moskowski Chudoschestwenny Akademitscheski Teatr, d.i. Moskauer Akademisches Theater der Kunst.

12 In der Vorlage: „ZDKA", für: Zentralny Dom Krasnoi Armii, d.i. Zentralhaus der Roten Armee.

„Aufbau"[-Verlag] des Kulturbundes herausgegeben werden sowie zum Teil bereits in den nächsten Ausgaben der Zeitschrift „Aufbau" in Form von Aufsätzen erscheinen.

Das Fotomaterial wird in den nächsten Ausgaben der Wochenzeitung „Neue Berliner Illustrierte" benutzt werden und ist zum Teil bereits in den Berliner Tageszeitungen erschienen.

Das Notenmaterial wird abfotografiert. Die zugesandten Werke werden von den nächsten Tagen an im Berliner Radio aufgeführt werden. Mehrere Exemplare der Noten und Partituren eines jeden Werkes werden der Anfang Februar eröffnenden musikalischen Leihbibliothek übergeben.

Die Noten wurden Ernst Busch[13] übergeben.

Zugleich muß ich Ihnen mitteilen, daß ein Teil des von Ihnen geschickten Materials unter den in Deutschland bestehenden Bedingungen nicht genutzt werden kann.

Die Darstellung der Deutschen in der Erzählung „Regenbogen" von Wanda Wassilewskaja kann nur das Nationalgefühl des deutschen Lesers verletzen und wird eher eine Zunahme der Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion als eine Zunahme der politischen Sympathien für uns bewirken. Ebenso ist es politisch nicht zweckmäßig, die hervorragende Erzählung „Die Unbeugsamen" von Gorbatow[14] in Deutschland herauszugeben (einzelne Kapitel werden veröffentlicht). Das Theaterstück „In den Steppen der Ukraine" von Korneitschuk[15] ist angesichts der geringen Kenntnisse über die Sowjetunion und insbesondere über das Leben der Kolchosbauern für das deutsche Publikum nicht verständlich und kann weder Erfolg haben noch die von uns gewünschte politische Reaktion des deutschen Zuschauers hervorrufen.

Was die Stücke „Das Vaterhaus" von Katajew, „Erzählungen aus dem Ural" von Assanow und Baschow und die Frontreportage von Leonid Sobolew[16] betrifft, ist die Frage einer Aufführung bzw. Veröffentlichung dieser Werke noch nicht geklärt. Über die in dieser Frage getroffenen Entscheidungen werden wir Sie in Kenntnis setzen.

Ich bitte Sie sehr, auch weiterhin Material zu schicken. Besonders dringend benötigen wir:

1. Theaterstücke sowjetischer Autoren, die für die Aufführung in Deutschland geeignet sind. Vor allem: „Das fremde Kind", „Das Jüngste Gericht" und „Der letzte Tag" von Schkwarkin, „Die Leinentasche" von Soschtschenko, „Aristokraten" und „Mein Freund" von Pogodin[17], „Pao-Pao" und „Umka – der Eisbär" von Selwinski, „Der Schatten" und „Die Schneekönigin" von Schwarz, „Das Goldene Tal" und „Spiel vor dem Feind" von Swetlow[18], „Feinde" von Gorki, „Ljubow Jarowaja" von Trenjow[19], „Platon Kretschet" von Korneitschuk, „Die Bresche" von Lawrenjow[20], „Optimistische Tragödie" von Wischnewski, „Sanka" von Finn, Komödien von Raskin und Slobodski, Dichowitschny, Ardow[21] und anderen.[22]

---

13 Busch, Ernst (1900-1980), Schauspieler, Sänger, 1919 KPD, 1933-43 in der Emigration, u.a. kurze Zeit in der UdSSR und Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, 1940 in Frankreich verhaftet und 1943 an Deutschland ausgeliefert, bis Kriegsende in Haft. 1945/46 KPD/SED, Gründer des Verlages „Lied der Zeit", ab 1945 Schauspieler in Berlin (Berliner Ensemble, Deutsches Theater, Volksbühne), 1950 Deutsche Akademie der Künste, 1951/52 SED-Ausschluß (1971 SED-Mitgliedschaft wieder hergestellt).

14 Gorbatow, Boris Leontjewitsch (1908-1954), Schriftsteller.

15 Korneitschuk, Alexandr Jewdokimowitsch (1905-1972), Dramatiker, 1938-41 und 1946-53 Vorsitzender des ukrainischen Schriftstellerverbandes, 1953-54 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Ukrainischen SSR, 1959-72 Vorsitzender des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR.

16 Sobolew, Leonid Sergejewitsch (1898-1971), Schriftsteller.

17 Pogodin, Nikolai Fjodorowitsch (1900-1962), Dramatiker.

18 Swetlow, Michail Arkadjewitsch (1903-1964), Dichter.

19 Trenjow, Konstantin Andrejewitsch (1876-1945), Schriftsteller, Dramatiker.

20 Lawrenjow, Boris Andrejewitsch (1891-1959), Schriftsteller, Dramatiker.

21 Ardow, Wiktor Jefimowitsch (1900-1976), Schriftsteller.

22 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch handschriftliche Randanstreichung hervorgehoben und mit einem Fragezeichen versehen.

Wünschenswert wäre, zusammen mit den Stücken auch Material zu Inszenierungen dieser Stücke an sowjetischen Theatern zu erhalten (Kostüm- und Bühnenbildentwürfe, Fotografien, Bildbände, Regiebücher, besonders aussagekräftige Aufsätze und Rezensionen).

2. Partituren und Noten von Werken sowjetischer Komponisten. In erster Linie brauchen wir Symphonien sowie die besten Orchester- und Instrumentalwerke von Schostakowitsch, Prokofjew, Mjaskowski[23], Chatschaturjan, Schebalin[24], Schaporin[25], Chrennikow, Kowalewski, Bely u.a. Benötigt werden ferner einige sowjetische Opern („Colas Breugnon" von Kabalewski, „Im Sturm" von Chrennikow, „Krieg und Frieden" von Prokofjew u.a.), Ballette („Romeo und Julia" von Prokofjew, „Die Flamme von Paris" und „Die Fontäne von Bachtschisaraj" von Assafjew[26], „Gajaneh" und „Durchsichtiger Bach" von Chatschaturjan und andere) und Operetten („Das Goldene Tal", „Hochzeit in Malinowka" und andere).

3. Ausstellungen. Wünschenswert sind Ausstellungen zu folgenden Themen: „Das Leben sowjetischer Studenten" (für das Foyer der Berliner Universität), *„Die Moskauer Metro" (für den Berliner Magistrat)*, „Kulturelles Leben in der ehemaligen Kolonie des Zaren" (Kontraste am Beispiel einer der nationalen Republiken) und andere. Außerdem werden im Zusammenhang mit Aufführungen russischer und sowjetischer Theaterstücke [folgende] Ausstellungen für die Foyers der großen Berliner Theater benötigt:

a) Für die Aufführung des Stückes „Stürmischer Lebensabend" von Rachmanow am Max-Reinhardt-Theater eine Ausstellung über Timirjasew[27], insbesondere über sein politisches Engagement in den letzten Jahren des Zarismus und in den ersten Jahren der Sowjetmacht, über die Beziehung der jungen Sowjetmacht und insbesondere Lenins zur Wissenschaft, über die Sabotage seitens der bourgeoisen Intelligenzija, über Timirjasews Buch „Wissenschaft und Demokratie", über die Bewahrung des Andenkens an Timirjasew in der UdSSR und über die Inszenierung von Rachmanows Stück an sowjetischen Theatern. *Die Ausstellung* wird zum 15. April benötigt.

b) Für die Aufführung der neuen Oper des zeitgenössischen deutschen Komponisten Florizel von Reuter[28] „Der Postmeister" (nach dem Sujet von Puschkin) an der Staatsoper eine Ausstellung über Puschkin, insbesondere über „Belkins Erzählungen", über Puschkin in der Musik und in der Oper, über Puschkins Beziehung zu den Dekabristen (das Thema Dekabristen wurde vom Komponisten in die Oper eingefügt) und über Aufführungen von Opern auf der sowjetischen Bühne, die auf Puschkins Texten basieren. Die Ausstellung wird zum 1. Mai benötigt.

c) Angesichts dessen, daß die Premiere von Tschechows „Onkel Wanja" am Max-Reinhardt-Theater bereits stattgefunden hat, bitte ich, die von Ihnen bereits zusammengestellte Ausstellung über Tschechow schnellstmöglich zu schicken.

4. Die besten Werke der sowjetischen Literatur der letzten 10 bis 15 Jahre. Wünschenswert sind vor allem Werke von Scholochow, Alexei Tolstoi, Paustowski[29], Grossman, Katajew („Es

---

23 Mjaskowski, Nikolai Jakowlewitsch (1881-1950), Komponist.

24 Schebalin, Wissarion Jakowlewitsch (1902-1963), Komponist.

25 Schaporin, Juri Alexandrowitsch (1887-1966), Komponist, ab 1940 Professor am Moskauer Konservatorium; 1941, 1946 und 1952 Laureat der Staatsprämie der UdSSR.

26 Assafjew, Boris Wladimirowitsch (1884-1949), Komponist.

27 Timirjasew, Kliment Arkadjewitsch (1843-1920), Agrarwissenschaftler.

28 Reuter, Florizel von (1890-1985), amerikanischer Violinist und Komponist, Violinpädagoge in Wien und Berlin, ab 1951 in den USA.

29 Paustowski, Konstantin Georgijewitsch (1892-1968), Schriftsteller.

blinkt ein einsam Segel"), Ilf und Petrow[30] (*„12 Stühle" und vor allem „Das Goldene Kalb"*), Ehrenburg („Der Fall von Paris" und „Der Zweite Tag"), Lewin („Junona" und „Es lebten zwei Genossen"), Janowski[31] („Die Reiter"), *Wirta*[32] *(„Allein geblieben")* und andere. Ich bitte, unbedingt die aus Anlaß des 25. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erschienene Anthologie sowjetischer Dichtung im Original sowie eine größtmögliche Zahl an Gedichten in Übersetzung zu schicken.

Abschließend bitte ich Sie, mir zu schreiben, auf welche Weise in Deutschland Autorenhonorare und Tantiemen für die Aufführung von Stücken sowjetischer Bühnenautoren, die Publikation von Büchern sowjetischer Autoren und die Nutzung von Werken sowjetischer Komponisten eingezogen werden sollen. In welcher Form soll dies gemacht werden, Umfang der Tantiemenzahlungen, Prozedur ihrer Umsetzung, rechtliche Grundlagen usw.? Können die eingezogenen Summen an die Adresse des WOKS überwiesen werden?

Im Zusammenhang mit den von Ihnen erwähnten technischen Schwierigkeiten bei der Übersendung des von uns angeforderten Materials, teile ich Ihnen mit, daß unsere Verwaltung keine Vertretung in Moskau hat. Ich bitte Sie, sich unter der Telefonnummer K5-68-69 an Oberstleutnant Alexejew, den Repräsentanten des Stabes der SMAD in Moskau zu wenden. Wir werden uns unsererseits ebenfalls mit der Bitte an ihn wenden, uns bei der Übersendung Ihres Materials an unsere Adresse behilflich zu sein.

Ich hoffe auf weitere systematische Lieferung kleinerer, aber möglichst häufiger Partien. Über die Nutzung des Materials werde ich Sie regelmäßig informieren.

Der Chef der Abteilung Kultur der Propagandaverwaltung der SMAD Major *Dymschiz*

GARF 5283/22/1, Bl. 5-8. Original

30 Ilf, Ilja, Pseudonym für Fainsilberg, Ilja Arnoldowitsch (1897-1937), Schriftsteller, und Petrow, Jewgeni, Pseudonym für Katajew, Jewgeni Petrowitsch (1903-1942), Schriftsteller, die zusammen arbeiteten.

31 Janowski, Juri Iwanowitsch (1902-1954), Schriftsteller.

32 Wirta, Nikolai Jewgenjewitsch (1906-1976), Schriftsteller.

Nr. 103. Schreiben des Mitglieds der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Lasarjow[33] an den Sekretär des ZK der WKP(B) Malenkow über in Deutschland befindliche sowjetische Kunstgegenstände. 8. April 1946[34]

Eilt

Im Auftrag der Außerordentlichen Staatlichen Kommission[35] bin ich zusammen mit dem Vertreter dieser Kommission Genosse W. N. Makarow nach München gefahren, wo von den Amerikanern Museumsgut aus dem Besitz der Sowjetunion gefunden wurde, das von den faschistischen Usurpatoren aus ukrainischen Museen beschlagnahmt und nach Bayern gebracht worden war. Wie festgestellt werden konnte, befinden sich in München zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1.815 Kisten mit Exponaten aus Museen der Städte Kertsch, Odessa, Cherson, Simferopol, Kijew, Minsk und Lwow sowie aus anderen Museen der Ukraine. Dieser Besitz ist von unschätzbarem Wert und muß schnellstmöglich in die UdSSR zurückgebracht werden. Zu diesem Zweck muß ein Vertreter der ukrainischen Museen nach München entsandt werden. Als bestgeeigneten Kandidaten für eine solche Reise könnte ich den Stellvertretenden Direktor der Wissenschaftsabteilung der Museen des Kiewer Petschora-Klosters W. A. Bogussewitsch nennen.

Die in München entdeckten Museumsschätze werfen die eher allgemeine Frage nach dem Schicksal unseres in Deutschland befindlichen Museumsbesitzes auf. Die Arbeit zu dessen Aufspürung wird in den amerikanischen, englischen und französischen Zonen gerade begonnen. Entsprechende systematische Arbeit sollte auch in unserer Besatzungszone durchgeführt werden. Man muß bedenken, daß bislang keinerlei Besitz der Museen in Nowgorod und Pskow sowie der vor den Toren Leningrads gelegenen Paläste und einer ganzen Reihe von Provinzmuseen gefunden wurde, obwohl wir sicher wissen, daß solcher von den Deutschen außer Landes gebracht wurde. Zur Realisierung dieser großen und verantwortungsvollen Arbeit müssen unbedingt die folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

1. Es muß ein kompetenter Genosse zur ständigen Arbeit in der Verwaltung für Reparationen und Lieferungen der SMAD mit dem Auftrag nach Berlin abkommandiert werden, Museumsgüter aus dem Besitz der UdSSR aufzuspüren und zurückzuführen. Als bestgeeigneten Kandidaten für diese Aufgabe könnte ich den Leiter der Kulturabteilung der Außerordentlichen Staatlichen Kommission W. N. Makarow nennen. Er ist mit allen Museumsfragen bestens vertraut,

---

33 Lasarjow, Wiktor Nikititsch; Kunstwissenschaftler (altrussische und byzantinische Kunst), Professor an der Moskauer Staatlichen Universität, ab 1943 korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

34 Auf dem Dokument befindet sich ein handschriftlich gezeichneter maschinenschriftlicher Bearbeitungsvermerk: „Weiterleiten an: Genossen A. A. Schdanow, K. E. Woroschilow, N. S. Chruschtschow, A. Ja. Wyschinski. [Unterschrift] G. Malenkow 10. April [19]46". Sowie ein handschriftlicher Vermerk: „An Alexandrow: Gemeinsam mit den interessierten Institutionen und Museen müssen Vorschläge zu dieser Frage entwickelt werden. Schdanow, 17. 4." – Schdanow, Andrei Alexandrowitsch (1896-1948), ab 1927 ZK-Sekretär, ab 1934 Parteisekretär von Leningrad, ab 1935 Kandidat und ab 1939 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B); ab 1938 Leiter der ZK-Abteilungen für Außenpolitik und Kultur. Gehörte nach dem Krieg zum engsten Führungskreis um Stalin und spielte führende Rolle in der sowjetischen Kulturpolitik. – Woroschilow, Kliment Jefremowitsch (1881-1969), 1925-40 Volkskommissar für Verteidigung; 1926-60 Mitglied des Politbüros/Präsidiums des ZK der WKP(B)/KPdSU; 1946-53 stellvertretender Ministerpräsident; 1953-60 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatsoberhaupt). – Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch, (1894-1971), 1934-66 Mitglied des ZK, 1939-64 Mitglied des Politbüros (1952-66 des Präsidiums) und 1953-64 Erster Sekretär des ZK der WKP(B)/KPdSU, 1958-64 Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

35 Gemeint ist wahrscheinlich die durch den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 2. Nov. 1942 entstandene „Außerordentliche Staatliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung von Greueltaten der deutschen Okkupanten und deren Helfershelfer sowie des von ihnen angerichteten Schadens".

hat fast während des gesamten Krieges in der Außerordentlichen Staatlichen Kommission gearbeitet, gehört als Experte der Internationalen Reparationskommission an und kennt bestens alle Akten und Auflistungen verlorenen Museumsbesitzes (im Zuge der Abwicklung der Rückgabe von Kunstschätzen werden mit Sicherheit Dokumente der Außerordentlichen Staatlichen Kommission genutzt werden).

2. Der Verwaltung für Reparationen und Lieferungen der SMAD muß das Recht gewährt werden, die von ihr benötigten Experten nach Berlin abzurufen, um a) an den Sitzungen der Museumskommission des Alliierten Kontrollrates teilzunehmen, b) die entdeckten Museumssammlungen zu inventarisieren und die Besitzansprüche der UdSSR eindeutig festzustellen, c) Listen verlorengegangener einzigartiger Kunstschätze zusammenzustellen, um sie durch gleichwertige Schätze aus deutschen Museen zu ersetzen.

Als bestgeeignete Experten könnte ich das korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR M. W. Dobroklonski[36], Professor Ju. H. Dmitrijew, Professor W. F. Lewinson-Lessing[37], Professor G. W. Schidkow und andere Experten der Außerordentlichen Staatlichen Kommission empfehlen.

Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR W. N. Lasarjow

RGASPI 17/125/471, Bl. 64-65. Beglaubigte Kopie.

Nr. 104. Schreiben des Vorsitzenden des WOKS Kemenow an den Leiter der Abteilung Außenpolitik des ZK der WKP(B) Panjuschkin[38] mit Vorschlägen für die Arbeit in Deutschland. 18. Juli 1946

Geheim

Vorschläge des WOKS zur Arbeit in Deutschland.

1. In Berlin ein Haus der Kultur[39] organisieren, daran angeschlossen ein Verlag mit Druckerei, ein Fotolabor und eine künstlerisch-gestalterische Werkstatt, damit dieses Haus der Kultur zu einem Zentrum für die Verbreitung sowjetischen Propagandamaterials in Deutschland werden kann.

Die gesamte mit Aufbau und Entfaltung der Tätigkeit des Hauses der Kultur zusammenhängende Arbeit den politischen Organen der sowjetischen Militäradministration übertragen.

2. Sich von Seiten des WOKS an der Ausstattung des Hauses der Kultur mit Propagandamaterial über die Sowjetunion und die sowjetische Kultur beteiligen: Aufsätze, Material für die Aus-

36 Dobroklonski, Michail Wassiljewitsch (1886-1964), Kunstwissenschaftler (sowjetische und westeuropäische Graphik); ab 1919 Mitarbeiter der Eremitage, 1944-51 Professor an der Leningrader Staatlichen Universität.

37 Lewinson-Lessing, Wladimir Franzewitsch (1893-1972), Kunstwissenschaftler (westeuropäische Kunst); Mitarbeiter, stellvertretender Direktor und zuletzt Direktor der Eremitage.

38 Panjuschkin, Alexandr Semjonowitsch (1905-1974), 1944-47 Erster Stellvertreter des Leiters bzw. ab 1945 als Nachfolger Dimitroffs Leiter der Abteilung Internationale Information (ab 1945 Abteilung für Außenpolitik) beim ZK der WKP(B), 1947-52 Botschafter in den USA, dann in China, 1953-56 Chef einer Hauptverwaltung im MWD bzw. KGB.

39 Das Haus der Kultur der Sowjetunion (auch: [Zentrales] Haus der Kultur der UdSSR oder der Sowjetunion) in Berlin sollte laut SMAD-Befehl Nr. 153 vom 18. Mai 1946 (in: GARF 7317/8/5, Bl. 174-175) am 15. Juli 1946 eröffnet werden, modifiziert durch SMAD-Befehl Nr. 214 vom 19. Juli 1946 (in: GARF 7317/8/6, Bl. 196-197), und wurde schließlich am 28. Feb. 1947 eröffnet. 1950 wurde es der DDR-Regierung übereignet.

arbeitung von Vorträgen, Nachschlagewerke und bibliographisches Informationsmaterial, Fotochroniken, Fotoausstellungen, Bulletins des WOKS usw.

3. Die folgenden vom WOKS für das Ausland zusammengestellten Fotoausstellungen als Bildbände herausgeben: „Die Zerstörung von Kulturdenkmälern durch die deutschen faschistischen Usurpatoren", „Hitlers neue Ordnung", „Die Freundschaft der Völker der Sowjetunion", „Der Ural – Waffenschmiede der Roten Armee", „Moskau – Hauptstadt der UdSSR", „Erziehung und Bildung in der UdSSR".

4. Regelmäßige Gastspielreisen herausragender Solisten und Meister der sowjetischen Kunst nach Deutschland organisieren.

5. Regelmäßige Reisen hochqualifizierter Lektoren nach Deutschland organisieren. Bei der Planung von Vorträgen besondere Aufmerksamkeit auf die Propaganda wissenschaftlicher Erkenntnisse richten, die die rassistische Ideologie und faschistische Wissenschaftsfälschung entlarven; zu diesem Ziel in Deutschland eine Vorlesungsreihe sowjetischer Wissenschaftler mit den Themenschwerpunkten Anthropologie, Biologie, russische Geschichte und Kultur, nationale Frage usw. organisieren; zwei bis drei Lektoren mit Vorträgen nach Deutschland entsenden, die die wichtigsten Aspekte der deutschen Kultur vom marxistischen Standpunkt aus beleuchten, um deren demokratische Traditionen zum Kampf gegen die Überreste des Faschismus aktiv zu nutzen.

6. In Deutschland eine Gesellschaft zur Förderung des Studiums der UdSSR[40] organisieren, breite Kreise deutscher Antifaschisten und die neugegründeten wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen Deutschlands (Akademie der Wissenschaften, Universitäten usw.) für die Mitarbeit in der Gesellschaft gewinnen.

WOKS beauftragen, der Gesellschaft durch Bereitstellung von Material, Entsendung von Personal usw. systematische Hilfe zu leisten.

GARF 5283/22/1, Bl. 15-17 (mit Anschreiben). Kopie.

Nr. 105. Bericht des Bevollmächtigten des Kulturkomitees beim Sonderkomitee des Ministerrats der UdSSR für Deutschland Oberstleutnant Rudomino[41] an das Komitee für Angelegenheiten der Kultur und Bildung beim Ministerrat der RSFSR über Ergebnisse der Arbeit der Bibliotheksgruppe. Berlin, vor dem 28. September 1946[42]

Geheim

Ergebnisse der Arbeit der Bibliotheksgruppe des Kulturkomitees beim Sonderkomitee des Ministerrats der UdSSR für Deutschland

Mai 1945 – August 1946

Die aus drei Personen bestehende Bibliotheksgruppe des Kulturkomitees beim Ministerrat der RSFSR hat ihre Arbeit beim Bevollmächtigten des Sonderkomitees des Ministerrats der UdSSR für Deutschland[43] im Mai 1945 aufgenommen und im September 1946 abgeschlossen.

---

40 Die hier genannte „Gesellschaft zur Förderung des Studiums der UdSSR" entstand 1947 als „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion", ab 1949 „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft".

41 Rudomino, Margarita Iwanowna, Oberstleutnant; Mai 1945-Ende 1946 Bevollmächtigte des Kulturkomitees beim Ministerrat der RSFSR in Deutschland.

42 Das vom Sept. 1946 datierte Dokument trägt handschriftliche Bearbeitungsvermerke vom 28. Sept. 1946.

43 Durch Beschluß des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 21. Feb. 1945 wurde unter der Leitung von Malenkow ein sogenanntes Sonderkomitee für die Entnahme von Ausrüstungen und Materialien eingerichtet und mit besonderen Trophäentruppen ausgestattet.

Die Bibliotheksgruppe hatte die folgenden Arbeiten zu verrichten:

1. Aufdeckung und Prüfung von Buchbeständen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Auswahl und Abtransport der aus diesen Beständen beschlagnahmten Literatur in die UdSSR;

2. Ankauf aktueller technischer und wissenschaftlicher Literatur in den großen Städten Deutschlands für die wissenschaftlichen Bibliotheken des Kulturkomitees.

3. Aufbau eines technischen Büros für Bibliothekswissenschaft und Bibliographie, in dem deutsche Spezialisten im Auftrag sowjetischer Bibliothekswissenschaftler an der Lösung einzelner Probleme arbeiten sollen.

4. Demontage und Bestellung von Bibliotheksausrüstung und Bibliothekstechnik für die wissenschaftlichen Bibliotheken des Kulturkomitees.

5. Abwicklung der im Zusammenhang mit Transport und Lagerung des zusammengetragenen Besitzes sowie seiner Entsendung in die UdSSR anfallenden organisatorischen und technischen Arbeit: Aufbau von Lagerstätten, Anschaffung von Verpackungsmaterial, Verpackungsarbeit, Lagerung und Konservierung, Transport, Zusammenstellung von Militärzügen usw.

I. Hinsichtlich der Ausfuhr von Literatur aus Deutschland in die UdSSR hatte die Bibliotheksgruppe des Kulturkomitees vor allem die folgenden Aufgaben zu erfüllen:

a) Aufdeckung von Buchbeständen, die von den Deutschen während des Krieges aus Bibliotheken der Sowjetunion weggeschafft wurden.

b) Aufdeckung und Prüfung von Bibliotheken und Büchersammlungen früherer militärischer oder nationalsozialistischer Einrichtungen, einzelner Ministerien sowie von Angehörigen der SS und anderen nationalsozialistischen Funktionären.

c) Beschlagnahmung besonders wertvoller, für die Ergänzung der Bestände sowjetischer (wissenschaftlicher) Bibliotheken benötigter Literatur und deren Ausfuhr in die UdSSR.

Die Suche nach Büchern, die von den Deutschen aus sowjetischen Bibliotheken weggeschafft wurden, stieß insofern auf zahlreiche Schwierigkeiten, als sich diese Bestände größtenteils auf dem Gebiet Polens oder der alliierten Besatzungszonen befinden. Im September 1945 war das Komitee an Fund und Abtransport von Buchbesitz einer Reihe sowjetischer Bibliotheken beteiligt, den die 33. Stoßarmee auf dem Gebiet Polens zusammengetragen hatte. Diese Bestände wurden umgehend aus der Stadt Schwiebus (bei Frankfurt an der Oder) nach Moskau gebracht. Von der Reparationsverwaltung der SMA in Deutschland haben wir acht Waggons entgegengenommen, die Bücher aus der amerikanischen Zone enthalten, und in die UdSSR gebracht; diese Bücher waren zuvor von den Deutschen aus Bibliotheken der Ukrainischen und der Weißrussischen SSR weggeschafft worden.

Während des Krieges war das deutsche Bibliotheksnetz starken Veränderungen unterworfen. Große Buchbestände wurden dezentralisiert und auf kleine Städte, Dörfer, Schlösser, Güter, Bergwerke, Bunker, Höhlen usw. verteilt. Viele private Bibliotheken wurden von ihren Besitzern herrenlos zurückgelassen. Die in den großen Städten verbliebenen Bestände befanden sich vielfach in den Ruinen zerstörter Häuser oder in überfluteten Kellern. Ein erheblicher Teil der erhalten gebliebenen Literatur wurde von der örtlichen Bevölkerung geplündert. Ein Teil der Literatur wurde noch während der Kriegshandlungen in Trophäenlager bzw. Lager der Kommandantur gebracht. Vor diesem Hintergrund stieß die Aufdeckung und Prüfung der Buchbestände auf erhebliche Schwierigkeiten.

Die von Mai 1945 bis Mai 1946 durchgeführte Überprüfung von *300 Bibliotheken*[44] und Büchersammlungen *in 112 deutschen Städten* führte schließlich zur Beschlagnahmung von *über 100 Bibliotheken* mit einer Gesamtzahl von *1.000.000 Bänden*.

44 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

Außerdem wurden dem Kulturkomitee im Juni 1946 auf Anordnung der SMA etwa 800.000 Bände unterschiedlicher Literatur zum Abtransport in die UdSSR übergeben, die aus Bergwerken in der Umgebung von Magdeburg sowie aus Bibliotheken von Schlössern und Gutshäusern stammen, die im Zuge der Landreform verlassen wurden. Insgesamt hat das Kulturkomitee also etwa 2.000.000 Bände in die Sowjetunion gebracht.

Der Inhalt der ausgeführten Buchbestände spiegelt fast alle Wissensbereiche. Unter den beschlagnahmten und in die Sowjetunion ausgeführten Bibliotheken sind die folgenden von besonders großem Interesse:

1. Die Bibliothek der Reichskanzlei, etwa 50.000 Bände, die sehr große Bestände an Gesetzessammlungen aller Staaten der letzten 15 bis 25 Jahre sowie Literatur zu Fragen der Wirtschaft, der politischen Ordnung, der Geographie, Geschichte, Statistik usw. Deutschlands und anderer westeuropäischer Staaten enthalten. Von großem Interesse sind die in dieser Bibliothek enthaltenen Protokolle über die Tätigkeit der Landtage und des Reichstages von Beginn ihres Bestehens an. Von besonders herausragendem Wert ist ein gedruckter stenographischer Bericht der Sitzung des Militär-Feldgerichts zum Mord an Karl Liebknecht[45] und Rosa Luxemburg[46]. Reich vertreten ist Literatur über verschiedene politische Parteien Deutschlands.

2. Die Bibliothek des früheren Innenministeriums, die eine einzigartige Sammlung deutscher Gesetze in Erstausgaben enthält, beginnend im 16. Jahrhundert.

3. Die Bibliothek des früheren Osteuropaministeriums[47] mit einer vollständigen Sammlung der Bücher, die von den Deutschen über die Sowjetunion herausgegeben wurden, einschließlich der Publikationen der Jahre 1941-45 und der jüngsten Publikationen über slawische Staaten.

4. Die Bibliothek für Fragen der Kolonialpolitik in unterschiedlichen europäischen Sprachen, vorrangig vom Ende des 19. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, darunter auch Literatur, die unmittelbar in den Kolonialländern herausgegeben wurde.

5. Eine Reihe wissenschaftlich-technischer Bibliotheken, darunter die Bibliothek der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft" (AEG) und die Bibliothek des „Vereins deutscher Ingenieure" (VDI). Beide Bibliotheken verfügen über reiche Bestände an Periodika der letzten Jahre in vielen europäischen Sprachen sowie über neueste technische Literatur. Zusammen mit den Bibliotheken wurden auch die Archive der Gesellschaften in die Sowjetunion ausgeführt. Große Bedeutung hat für die UdSSR die von der Berliner Öffentlichen wissenschaftlichen Bibliothek[48] für den Unterricht der Technischen Hochschule zusammengetragene technische Bibliothek, die zu Beginn des Krieges in das Dorf Roßla evakuiert worden war und jetzt nach Leningrad gebracht wurde. In dieser Bibliothek sind sämtliche neuen Publikationen aus allen Bereichen der Technik enthalten, einschließlich von Periodika der letzten Jahre in unterschiedlichen Sprachen. Erwähnt werden muß ferner die technische Bibliothek der Leuchtenfabrik Körting & Mathiesen aus Leipzig.

6. Die Bibliothek aus dem früheren Gebäude der Gestapo. In den Kellern des zerstörten Gebäudes der Gestapo wurden Bücher, Zeitschriften und Zeitungen gefunden, die von der Gestapo aus dem Verkehr gezogen worden waren. Ferner eine Sammlung freimaurerischer Literatur, von jüdischen Gemeinden in England und Amerika herausgegebene Zeitschriften und Noten aus der Sammlung des Pianisten Arthur Rubinstein[49].

---

45 Liebknecht, Karl (1871-1919), Politiker.

46 Luxemburg, Rosa (1871-1919), Politikerin.

47 Gemeint ist offensichtlich das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete unter der Leitung von Alfred Rosenberg.

48 Es handelt sich um die ehemalige Preußische und spätere Deutsche Staatsbibliothek.

49 Rubinstein, Arthur (1887-1982), amerikanischer Pianist polnischer Herkunft.

7. Privatbibliotheken der Nationalsozialisten – Goebbels[50], Ribbentrop[51], Schacht[52], Funk[53], Dönitz[54], Rust[55], Brauchitsch[56] und anderen.

8. Hofbibliotheken der preußischen Könige. In den Räumen der Paläste in Potsdam (Sanssouci, Orangerie und anderen) wurde die dorthin ausgelagerte, aus den persönlichen Bibliotheken der Könige von Friedrich II. bis Wilhelm II. bestehende sogenannte „Königliche Hausbibliothek" in Stapeln gelagert. Diese enthält Literatur zu Geschichte und Literatur, Reiseberichte, Memoiren und zahlreiche prächtig illustrierte Kunstbände. Ungeachtet der nicht zu bestreitenden Buntheit der Bestände wurden Editionen von herausragendem Wert entdeckt: z. B. eine Sammlung gedruckter und handschriftlicher Noten französischer, deutscher und italienischer Komponisten, beginnend im 17. Jahrhundert, einzelne bibliographische Raritäten („Bilder der Französischen Revolution" – ein Geschenk des Pariser Verlegers Auber[57]), Sammlungen von Stichen usw. Die Mehrzahl der Bücher ist exquisit in Leder gebunden.

9. Die Schloßbibliothek der sächsischen Könige in der Moritzburg (bei Dresden). Die Bibliothek wurde über einen Zeitraum von etwa 300 Jahren zusammengetragen. Die Hauptsammelgebiete sind Literatur, Philologie, Geschichte, Reiseliteratur, Nachschlagewerke. Von herausragendem Interesse ist eine einzigartige umfangreiche Sammlung von Literatur über Dante sowie Biographien berühmter Persönlichkeiten aus allen Epochen und Ländern in unterschiedlichen Sprachen.

10. Privatbibliotheken früherer Magnaten und Großgrundbesitzer (Graf Lynar, Graf von der Schulenburg, Graf Hardenberg, von Treskow[58], Baron Liegnitz[59] und andere). Aus der Bibliothek des Grafen Hardenberg, Diplomat und Teilnehmer des Wiener[60] Kongresses[61], wurden z. B. eine in ihrer Art einzigartige Sammlung von Broschüren und Flugblättern aus Napoleonischer Zeit, Editionen zur Astronomie aus dem 18. Jahrhundert, eine Sammlung zu Lebzeiten erschienener Ausgaben der Werke großer europäischer Schriftsteller, Politiker, Ökonomen und Philosophen des 18. und 19. Jahrhunderts sowie eine Reihe weiterer interessanter Editionen entnommen.

11. Die Polnische Bibliothek (etwa 60.000 Bände). Die von den Deutschen aus dem besetzten Frankreich weggeschaffte Bibliothek wurde von uns auf dem Dachboden einer verlassenen Ziegelei in Neugersdorf bei Dresden entdeckt. Interessant ist diese Bibliothek wegen ihrer umfang-

---

50 Goebbels, Joseph (1897-1945), 1933-45 deutscher Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung.

51 Ribbentrop, Joachim von (1893-1946), 1938-45 deutscher Reichs-Außenminister; 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilt.

52 Schacht, Horace Greely Hjalmar (1877-1970), 1933-39 deutscher Reichsbankpräsident, 1934-37 zugleich Wirtschaftsminister, 1937-44 Minister ohne Geschäftsbereich; 1946 in Nürnberg freigesprochen.

53 Funk, Walther (1890-1960), 1938-45 deutscher Reichswirtschaftsminister und ab 1939 zugleich Reichsbankpräsident; in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

54 Dönitz, Karl (1891-1980), Großadmiral; seit 1943 Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, 1946 zu zehn Jahren Haft verurteilt.

55 Rust, Bernhard (1883-1945), Lehrer, 1925-40 NSDAP-Gauleiter, 1933-34 preußischer Kultusminister, 1934-45 deutscher Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

56 Brauchitsch, Walther (1881-1948), Generalfeldmarschall, 1938-1941 Oberbefehlshaber des deutschen Heeres.

57 Gemeint ist wohl die 1804 im Pariser Verlag Auber erschienene „Collection Complète des Tableaux Historiques de la Révolution Francais".

58 Vertreter der genannten Adelsgeschlechter wurden im Zusammenhang mit dem gescheiterten Staatsstreich und Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 hingerechtet.

59 Nicht auflösbar. Das schlesische Geschlecht der Fürsten von Liegnitz war im 17. Jahrhundert ausgestorben, der Titel Fürstin von Liegnitz und Gräfin von Hohenzollern wurde der zweiten Ehefrau des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen (1770-1840) Auguste geb. Gräfin Harrach (1800-1873) verliehen.

60 In der Vorlage: „Woner", vermutlich Tippfehler.

61 Gemeint ist der preußische Staatskanzler und Reformer Karl August Freiherr, 1814 Fürst von Hardenberg (1750-1822).

reichen Sammlung von Literatur über Polen und dessen Nachbarstaaten, vor allem in polnischer und französischer Sprache.

12. Einzelne Teile der Dresdner Sächsischen Bibliothek, die das Komitee aus den Lagern für Trophäenliteratur bei den Stadtkommandanturen des Landes Sachsen übernommen hat. In ihrem Bestand gibt es wissenschaftliche Literatur zu allen Fachgebieten in unterschiedlichen Fremdsprachen. Besonders wertvoll für die UdSSR sind die beschlagnahmten Sätze deutscher Periodika der letzten 10 bis 15 Jahre.

13. Eine Sonderstellung unter der zusammengetragenen und aus Deutschland in die UdSSR gebrachten Literatur nehmen nationalsozialistische Publikationen des letzten Jahrzehnts ein. So wurde dem Komitee auf Weisung von Marschall Sokolowski je ein Exemplar im Depot der Universität Jena beschlagnahmter nationalsozialistischer und anderer vergleichbarer Literatur übergeben, um sie zur Sonderverwahrung in die Leninbibliothek zu bringen. Gleichzeitig wurden Bücher, Plakate, Broschüren, Flugblätter und weiteres Material, das von den Deutschen in der Zeit der Besetzung auf dem Gebiet der UdSSR in den Jahren 1941-44 herausgegeben wurde, aus der Deutschen Bücherei in Leipzig entnommen und in die UdSSR[62] gebracht. Zu erwähnen sind ferner eine auf Weisung der SMA aus dem Lager Herold (Stadt Jessnek, Thüringen[63]) in die UdSSR ausgeführte Büchersammlung zur jüdischen Frage sowie deutsche Periodika der letzten Jahre. Im Gebäude der Japanisch-Deutschen Gesellschaft in Berlin wurde die Produktion des Verlags der Gesellschaft sowie andere Literatur beschlagnahmt und ebenfalls zur Sonderverwahrung in die Lenin-Bibliothek gebracht.

14. Besonders wertvolle Ergänzungen erhalten die Abteilungen seltener Bücher der Lenin-Bibliothek und der Öffentlichen Saltykow-Schtschedrin-Bibliothek. So hat das Komitee z. B. aus dem zerstörten Gebäude des Buchmuseums in Leipzig Unikate von Erstausgaben und alten Editionen aus dem 15. Jahrhundert entnommen, darunter die berühmte 42-zeilige Gutenberg-Bibel aus dem Jahr 1455, die erste gedruckte Ausgabe einer griechischen Grammatik, Sammlungen zur Geschichte von Stoffen und Bucheinbänden, beginnend im 12. und 13. Jahrhundert. Auch in einzelnen Privatsammlungen ließen sich einige bibliographische Raritäten finden. Als Beispiel können die Erstausgabe der „Die Pickwicker" mit dem Autograph von Dickens[64], eine überaus seltene Edition zur Geschichte der Französischen Revolution des Pariser Verlegers Auber, ein Album mit Originalstichen von Geiser[65], numerierte Exemplare bibliophiler, in kleinen Auflagen erschienener Editionen usw. genannt werden.

15. Musterexemplare aller Publikationen deutscher Verlage der letzten Jahre – das Verlagsexemplar Deutschlands –, die das Komitee von über 100 Verlagen Berlins und Leipzigs aufgrund einer Anordnung der Kommandanten an die Magistrate dieser Städte erhalten hat. Die Gesamtzahl der ausgeführten Verlagsexemplare beträgt ungefähr fünf- bis sechstausend Titel. Zugleich hat die Gruppe des Komitees die Lager einer Reihe von Verlagen überprüft, aus denen eine große Menge Literatur entsprechend den „Desideraten" unserer Bibliotheken zusammengetragen wurde.

Insgesamt hat die Bibliotheksgruppe etwa 2.000.000 Bände zusammengetragen und in die UdSSR ausgeführt. Diese Literatur ist schon von ihrem Umfang, vor allem aber von ihrem Inhalt her von erheblichem Interesse für die Bibliotheken der Sowjetunion und erweitert in vielerlei Hinsicht die Bestände unserer großen Bibliotheken wie z. B. der Staatlichen Lenin-Bibliothek, der Öffentlichen Saltykow-Schtschedrin-Bibliothek, der Staatlichen Zentralen Bibliothek für

62 In der Vorlage: „aus der UdSSR", was ein Tippfehler sein dürfte.

63 Diese phonetisch wiedergegebene Ortsangabe ist nicht auflösbar.

64 Dickens, Charles (1812-1870), Schriftsteller.

65 Phonetische Wiedergabe, nicht auflösbar.

ausländische Literatur, der Staatlichen Historischen Bibliothek, der Staatlichen Polytechnischen Bibliothek sowie einer Reihe von Bibliotheken in den Sowjetrepubliken und sonstiger wissenschaftlicher Bibliotheken.

II. Im November 1945 hat die Gruppe des Kulturkomitees begonnen, in Buchläden und Verlagen verschiedener deutscher Städte systematisch Bücher anzukaufen. Für den Ankauf wurden über den Bevollmächtigten des Außenhandelsministeriums der UdSSR in Deutschland aufgrund eines in Moskau vom Komitee für Angelegenheiten von Kultur- und Aufklärungseinrichtungen über diese Summe ausgestellten Kreditbriefs eine Million Deutscher Mark angewiesen.

Bei der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin und beim Börsenverein (der Vereinigung deutscher Buchhändler) in Leipzig wurden Vertretungen für den Ankauf von Büchern eingerichtet. Ferner wurden große Verlage und Buchhandelsgesellschaften in der Provinz aufgesucht (Halle, Jena, Weimar, Dresden und andere).

Insgesamt wurden bis zum 1. September 1946 Bücher im Wert von 600.000 Mark angekauft (über 30.000 Titel). Die Auswahl der angeschafften Literatur orientierte sich größtenteils an entsprechenden Wunschlisten der Moskauer und Leningrader Bibliotheken: fortlaufende Publikationen, komplette Zeitschriftensätze für viele Jahre, Subskriptionsausgaben, fehlende Bände gesammelter Werke usw. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Erwerb neuester fremdsprachiger technischer Literatur sowie der Schließung von Lücken unserer führenden Bibliotheken in der wissenschaftlichen Literatur und in Nachschlagewerken aller Fachrichtungen.

III. Ab November 1945 hat das Kulturkomitee ein wissenschaftliches Büro für Bibliothekswissenschaften und Bibliographie aufgebaut, das an das Wissenschaftlich-Technische Büro des Sonderkomitees für Deutschland angeschlossen ist und dem Ziel dient, mit Hilfe deutscher Spezialisten einzelne Fragen im Bereich des Bibliothekswesens unter Anleitung sowjetischer Bibliothekswissenschaftler zu bearbeiten und die Erfahrung deutscher Bibliotheken in diesem Bereich abzuschöpfen. Zur Arbeit herangezogen sind 25 deutsche Spezialisten unter Leitung des Direktors der Preußischen Staatsbibliothek Dr. Hoecker[66] und des Bibliographen Dr. Vorstius[67].
Das Büro gab 20 wissenschaftliche Arbeiten in Auftrag, von denen elf im Umfang von 45 Druckseiten bereits fertiggestellt und nach Moskau geschickt wurden, um von sowjetischen Bibliothekswissenschaftlern und Bibliographen für ihre wissenschaftliche Arbeit genutzt werden zu können.

IV. Im Bereich der Ausstattung sowjetischer Bibliotheken mit Einrichtungsgegenständen und Technik wurden über 1.000 Tonnen Fracht abtransportiert, darunter:

1. Druckmaschinen mit Drucksatz,
2. Vervielfältigungsmaschinen „Rotoprint" und „Ormig",
3. Buchbindemaschine,
4. Maschinen des Typs „Adrema" für den Druck von Karteikarten,
5. Schreibmaschinen mit ausländischer Tastatur zum Schreiben von Karteikarten,
6. Radioempfänger mit Verstärkern für wissenschaftliche Bibliotheken und Schallplattenmuster mit klassischer Musik,
7. Stahlplatten zur Vervielfältigung von Karteikarten auf Maschinen des Typs „Adrema" und Stahlschränke für die Lagerung dieser Platten,
8. Muster von Stahlregalen und andere Einrichtungsgegenstände.

---

66 Hoecker, Rudolf, Dr. (1889-1976), 1945/46-1950 zunächst kommissarischer Direktor, dann Direktor der Öffentlichen wissenschaftlichen Bibliothek, die die in Ost-Berlin verbliebenen Teile der früheren Preußischen Staatsbibliothek beherbergte. 1950 siedelte H. nach West-Berlin über.

67 Vorstius, Joris, Dr. (1894-1964), 1946-55 Leiter der Katalogabteilung der Öffentlichen wissenschaftlichen Bibliothek/Deutschen Staatsbibliothek in Berlin(Ost).

V. Zusätzlich zu der im Rahmen des Aufspürens und Zusammentragens sowie des Ankaufs von Buchsammlungen angefallenen Arbeit wurde umfangreiche organisatorische und technische Arbeit im Zusammenhang mit der Überführung und Lagerung sowie dem Abtransport des zusammengetragenen Materials in die Sowjetunion geleistet. Für den Transport wurden Kraftwagen angeschafft. Es wurden folgende Aufbewahrungslager eingerichtet: 1. Umschlaglager in Schloß Treskow, 2. Hauptlager im Packhaus des Stettiner Bahnhofs in Berlin, 3. Hauptlager auf dem Güterbahnhof in Radeberg bei Dresden (Januar bis Mai 1946), 4. Lager für angekaufte Bücher im Gebäude der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin, 5. Lager für angekaufte Bücher im Gebäude des „Börsenvereins" in Leipzig, 6. im Gebäude der Fabrik „Azeta" (Berlin, Bahnhof Rummelsburg, Basis der SMA, das von Juni bis August 1946 vom Komitee genutzt wurde).

Es wurde Verpackungsmaterial beschafft (Kisten, Bretter, Sperrholzplatten, Nägel). Verpackt und in die UdSSR gebracht wurden insgesamt 21.586 Kisten.

Die besonders wertvolle Literatur wurde Ende 1945 per Flugzeug nach Moskau gebracht und an die Lenin-Bibliothek adressiert. Die restliche Literatur wurde mit den folgenden fünf Militärzügen nach Moskau und Leningrad gebracht und an den Staatlichen Literaturfonds adressiert:

1. 10. Februar 1945 nach Moskau aus Berlin – Militärzug Nr. 177/8028 – 31 Waggons – 3.449 Kisten.
2. 30. April 1946 nach Moskau aus Berlin – Militärzug Nr. 177/8929 – 3 Waggons – 334 Kisten.
3. 6. Mai 1946 nach Moskau aus Dresden – Militärzug Nr. 177/8930 – 40 Waggons – 4.725 Kisten.
4. 1. August 1946 nach Leningrad aus Berlin – Militärzug Nr. 176/8037 – 42 Waggons – 6.257 Kisten.
5. 24. August 1946 nach Moskau aus Berlin – Militärzug Nr. 176/8036 – 44 Waggons – 6.711 Kisten.

Der Bevollmächtigte des Kulturkomitees Oberstleutnant *Rudomino*

GARF 7317/54/7, Bl. 38-42. Original.

Nr. 106. Schreiben der Politischen Abteilung des Politischen Beraters der SMAD an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow betreffend den Arbeitsplan für das Jahr 1947. 30. Dezember 1946[68]

Geheim

An den Stellvertretenden Leiter der 3. Europa-Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Genosse Lawrow, I. M.

Die Hauptaufgabe des WOKS in Deutschland besteht darin, die Propaganda der UdSSR in Deutschland zu verbessern und die Kulturbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu intensivieren. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, eine Vertretung des WOKS in Berlin zu eröffnen, deren Aufgabe darin bestehen würde, die gesamte Arbeit zur Propaganda der sowjeti-

68 Datiert nach dem Begleitschreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow vom 30. Dez. 1946, mit dem das abgedruckte Dokument abgefertigt wurde.

schen Kultur in Deutschland zu konzentrieren, die Lieferung literarischen, illustrativen und sonstigen Materials zu planen, den Kontakt zu deutschen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, Verlagen und Redaktionen zu pflegen, Besuchsreisen sowjetischer Lektoren, Wissenschaftler und Künstler sowie Gastspiele sowjetischer Theater und Tanz- und Musikensembles zu organisieren usw. WOKS soll die Führung des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin übernehmen, Filialen in der Provinz gründen und die Herausgabe einer deutschsprachigen illustrierten Zeitschrift über die UdSSR in Angriff nehmen.

Konkret soll WOKS nach den Vorstellungen der Propagandaverwaltung der SMAD folgende Arbeit leisten:

1. Für die Propaganda sowjetischer Theaterkunst ist es erforderlich, daß WOKS folgendes Material nach Berlin schickt:

a) Kostüm- und Bühnenbildentwürfe, Regieaufzeichnungen und weiteres Material zu sowjetischen Inszenierungen jener Theaterstücke, die 1947 in Deutschland aufgeführt werden. In erster Linie sind dies: „Jegor Bulytschew" und „Feinde" von Gorki, „Verstand schafft Leiden" von Gribojedow[69], „Talente und Verehrer" von Ostrowski, „Die Bresche"[70] von Lawrenjow, „Der Schatten" von Schwarz, „So wird es sein" von Simonow, „Das Goldene Tal" von Swetlow u.a.

b) Aufsätze herausragender Meister des sowjetischen Theaters zu prinzipiellen methodologischen Fragen, über die Ausbildung junger Bühnenkünstler in der UdSSR, über Fragen der Regie, der Theatermalerei usw. sowie entsprechendes Illustrationsmaterial.
Monografische Aufsätze über sowjetische Bühnenautoren (in erster Linie über Pogodin, Lawrenjow, Simonow, Leonow[71], Wischnewski, Katajew u.a.), über herausragende Regisseure und Schauspieler sowie über die wichtigsten sowjetischen Theater wie das Moskauer akademische Theater der Kunst, das Wachtangow-Theater, das Kammertheater, das Leningrader Komödientheater, das GOSET[72] usw.
Aufsätze über die Gewerkschaft der Kulturarbeiter RABIS[73] und über die rechtliche und materielle Stellung der sowjetischen Kulturschaffenden.

c) Organisation von Gastspielen sowjetischer Theater und einzelner herausragender Künstler (insbesondere des Gesang- und Tanzensembles der Roten Armee, des Tanzensembles der Völker der UdSSR unter Leitung von Igor Moissejew[74], der besten Ballettpaare, des Puppentheaters von Sergei Obraszow[75] usw.)

2. Für die Propaganda der sowjetischen Filmkunst wird folgendes Material benötigt:

a) Aufsätze führender Filmschaffender, Regisseure, Drehbuchautoren, Schauspieler und Kameraleute über ihre Arbeit an den besten Filmen.

b) Material über den Erfolg sowjetischer Kinofilme im Ausland in Form von Statistiken, Aufsätzen und Illustrationsmaterial.

c) Aufsätze von Professoren des GIK[76] über Erziehung und Methoden zur Ausbildung des sowjetischen Filmnachwuchses.

d) Organisation einer Reise herausragender Vertreter des sowjetischen Films nach Deutschland, um Vertreter der deutschen Kultur zu treffen.

---

69 Gribojedow, Alexandr Sergejewitsch (1795-1829), Dramatiker und Diplomat.

70 Die Titel der Stücke sind in der Vorlage jeweils handschriftlich unterstrichen.

71 Leonow, Leonid Maximowitsch (1899-1994), Schriftsteller.

72 GOSET, für: Moskowski gossudarstwenny jewreiski teatr, d.i. Moskauer jüdisches Staatstheater.

73 RABIS, für: Rabotniki iskusstwa, d.i. Arbeiter der Kunst.

74 Moissejew, Igor Alexandrowitsch (1906-), Ballettänzer.

75 Obraszow, Sergei Wladimirowitsch (1901-1992), Schauspieler, Regisseur, Puppenspieler.

76 GIK, für: Gossudarstwenny institut kultury, d.i. Staatliches Kulturinstitut, Moskauer Kunsthochschule.

3. Für eine umfassende Propaganda der Musikkultur der Sowjetunion in Deutschland wird benötigt:

a) Die besten Werke sowjetischer Komponisten unabhängig vom Genre (Symphonische, Kammermusik-, Vokal- und Opernliteratur). Dabei ist es überaus wichtig, daß symphonische und Opernliteratur komplett geschickt wird, d. h. Partituren, Orchesterpartien, Klaviere usw.
b) Material zum musikalischen Werk nationaler Komponisten der Republiken der UdSSR sowie zur musikalischen Folklore.
c) Aufsätze von Musikwissenschaftlern, Historikern und Musiktheoretikern über das Schaffen der wichtigsten sowjetischen Musiker und Komponisten, über Opern- und Kammermusik sowie Kompilationen aus bereits vorliegenden Forschungsarbeiten sowjetischer Wissenschaftler über das Werk der großen Komponisten der Welt, insbesondere der deutschen Komponisten (Bach, Beethoven, Mozart, Schumann, Schubert und andere).
d) Organisation von Gastspielen sowjetischer Ensembles und der besten Solisten (Gilels[77], Sofronizki[78] und andere) in Deutschland.

4. Um die deutsche Bevölkerung mit den Bildenden Künsten in der Sowjetunion umfassend bekanntmachen zu können, wird folgendes Material benötigt:

a) Für die in der Sowjetzone erscheinende Monatszeitschrift „Bildende Kunst" Aufsätze führender sowjetischer Kunsthistoriker zu verschiedenen theoretischen Fragen, Monographien über herausragende sowjetische Maler, Graphiker, Bildhauer und Architekten, Texte sowjetischer Kunsthistoriker über das Werk westeuropäischer, insbesondere deutscher Meister der Bildenden Kunst (Dürer, Cranach und andere). Da die Zeitschrift im Zusammenhang mit Plänen zum Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte besonderes Gewicht auf Fragen der Architektur legen wird, ist Material über den Bau neuer und den Wiederaufbau zerstörter Städte in der Sowjetunion besonders dringend erforderlich. Alles genannte Material sollte mit Illustrationsmaterial, Reproduktionen der Arbeiten sowjetischer Meister versehen sein.
b) Ausstellungen herausragender sowjetischer Maler, Graphiker, Bildhauer, Architekten, Bühnenbildner und Volkskünstler (insbesondere ukrainische Folklore, Juwelierarbeiten der Völker des Nordens, mittelasiatische und transkaukasische Teppichkunst, Kunsthandwerk aus Palech, Mstjora usw.).

Kopie geprüft:[79]

GARF 5283/22/51, Bl. 5-7. Beglaubigte Kopie.

---

77 Gilels, Emil Grigorjewitsch, Pianist, ab 1936 Lehrer am Moskauer Konservatorium (1952 Professor), 1942 WKP(B), 1942 Staatsprämie der UdSSR.

78 Sofronizki, Wladimir Wladimirowitsch (1901-1961), Pianist, Pädagoge; 1942-61 Professor am Moskauer Konservatorium, 1942 Verdienter Künstler der RSFSR, Lenin-Preisträger.

79 Die handschriftliche Unterschrift ist unleserlich.

Nr. 107. Verfügung des Chefs der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Chef der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Watnik mit Rundverfügung über deutsche und russische Kunst. 12. März 1947

An alle Chefs der Propaganda-Unterabteilungen der Städte und Kreise[80]
An den Chef der Abteilung Propaganda der Verwaltung SMA in Sachsen Oberst Watnik

Es ist bekannt, daß die Arbeit der Propagandaorgane der SMAD im Bereich der Kontrolle über die Demokratisierung der deutschen Kunst und der Propaganda der sowjetischen Kunst weiterhin unter gravierenden Mängeln leidet. Dies findet vor allem darin Ausdruck, daß die Bedeutung dieser Tätigkeit vor Ort oft unterschätzt wird. Infolgedessen, daß die Chefs der Kreispropaganda-Unterabteilungen die Wichtigkeit der der SMAD gestellten Aufgaben zur Ausmerzung der Reste des deutschen Faschismus im Bereich von Kunst und Kultur nicht ausreichend in Betracht ziehen und diese vielfach als zweitrangig einstufen, [daß] sie ihre Referenten für Kultur und Bühnenunternehmen in einer Reihe von Fällen nicht ihrer Bestimmung entsprechend einsetzen und sie dadurch ihrer unmittelbaren Aufgabe entziehen, die demokratische Tätigkeit der deutschen Kulturintelligenz zu kontrollieren, versäumen sie es, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine Hebung der Fachqualifikation der Referenten gewährleisten könnten. Sowohl die Chefs der Kulturunterabteilungen als auch die Referenten der Kreispropaganda-Unterabteilungen schenken inhaltlichen Aspekten der Arbeit der unter ihrer Kontrolle stehenden deutschen Organisationen nicht ausreichend Aufmerksamkeit und erfüllen ihre Kontrollfunktion nicht in Form einer kreativ lenkenden Kontrolle der Tätigkeit letzterer, sondern in Form einer kleinlichen Bevormundung.

Infolgedessen:

1. Arbeiten die Organe der SED im großen und ganzen weder in inhaltlicher noch in praktischer Hinsicht an der Entwicklung von Konzepten für Kultur und Kunst.

2. Findet der Beschluß des ZK der WKP(B) über das Repertoire der Theater in der Arbeit der Propagandaorgane vor Ort nicht überall Niederschlag. In vielen deutschen Theatern dominiert auch weiterhin ein unideologisches Repertoire, das im wesentlichen auf den Massenerfolg zielt.

3. Läßt sich im Bereich der Propaganda sowjetischer Kunst in Deutschland mangelnde Initiative zur Ausweitung bestehender und zur Entwicklung neuer Formen der Propaganda sowjetischer Kunst feststellen.

4. Widmen sich die Propagandaorgane vor Ort nicht in ausreichendem Maße der politischen Lenkung des Verleihs sowjetischer Filme und überlassen diesen Arbeitsbereich vollständig den Provinz- und Stadtvertretungen des Sowexportfilms.

5. Sind Fälle der Zerstörung deutscher Museen und der Vernichtung historischer Werte durch Mitarbeiter der Kreiskommandanturen und andere Militärpersonen zu registrieren.

Um die Mängel zu beseitigen und der Arbeit zur Kontrolle der Demokratisierung der deutschen Kunst und der Propaganda der sowjetischen Kunst in Deutschland eine der erstrangigen Wichtigkeit dieser Arbeit gebührende Bedeutung zu verleihen, schlage ich vor:

1. Die Praxis der kleinlichen Bevormundung und der Ersetzung der Arbeit deutscher Kunst- und Kulturorgane durch die Arbeit unserer Propagandaorgane einzustellen. Die gesamte Arbeit von den Organen der deutschen Selbstverwaltung ausführen zu lassen und dabei ihre Kräfte durch Kontrolle kreativ zu lenken und ideologisch zu erziehen. Den Schwerpunkt der Arbeit auf Fragen des ideologischen Inhalts zu legen, gegen ein unideologisches Repertoire deutscher Büh-

80 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

nenunternehmen zu kämpfen, in größtmöglichem Maße Inszenierungen von Werken zeitgenössischer deutscher antifaschistischer Autoren, deutscher Klassiker und sowjetischer Stücke zu fördern. Ferner die Werke progressiver westlicher Autoren zu propagieren.

2. In größtmöglichem Maße die Kunst und Kultur betreffende Arbeit der Organe der SED zu aktivieren. Um die SED herum den Aufbau von Vereinigungen der Kulturintelligenz (Schriftsteller, Musiker, Künstler, Bühnenkünstler usw.), die schriftliche und mündliche Propaganda betreiben sowie Bühnen-, Konzert- und Ausstellungsaktivität entfalten, zu fördern. Derartige Vereinigungen auf einen aktiven Kampf gegen die reaktionäre Ideologie in der Kunst und auf die Propaganda der Errungenschaften des marxistisch-leninistischen ästhetischen Denkens auszurichten.

3. Die Politik des Verleihs sowjetischer Kinofilme unter Berücksichtigung dessen, daß alle Vertretungen des Sowexportfilms in ideologischen Belangen den Propagandaorganen unterstellt sind, auf allen Ebenen vollständig zu kontrollieren und zu lenken.

4. Neben den bestehenden neue Formen der Propaganda sowjetischer Kunst in Deutschland zu suchen und zu entwickeln, darunter solche Formen wie literarisch-musikalische Abende, Leserkonferenzen und Diskussionen über Aufführungen sowjetischer Theaterstücke und sowjetischer Kinofilme.

5. Sofortige Information von unten sowohl über alle bereits stattgefundenen als auch über alle geplanten wichtigen Ereignisse des Kulturlebens zu erfassen und systematisch über die Reaktion der Bevölkerung auf diese Veranstaltungen zu berichten. In der zentralen und lokalen Presse umfassend über Beachtung verdienende progressive Erscheinungen im deutschen Kulturleben zu berichten.

Zur praktischen Gewährleistung des oben Gesagten:

1. Verbiete ich kategorisch, Mitarbeiter der Propagandaorgane, die mit der Kontrolle der Demokratisierung der deutschen Kunst und mit der Propaganda der sowjetischen Kunst beschäftigt sind, abzuziehen und ihnen anderweitige Aufgaben aufzubürden.

2. Schlage ich vor, für die mit Fragen von Kunst und Kultur beschäftigten Referenten systematischen Unterricht in Form von Ausbildungskursen, Seminaren und individueller Arbeit zu organisieren, um dadurch eine Hebung ihrer Fachkenntnisse zu gewährleisten.
Dabei soll besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, daß sie die deutsche Sprache gründlich erlernen.

3. Die Chefs der Kulturabteilungen sollen mit Transportmitteln ausgestattet werden, um eine vollständige Kontrolle der Tätigkeit sämtlicher deutscher Kulturorganisationen von Einrichtungen auf der Landesebene bis hin zu mobilen Kinos im Dorf realisieren zu können.

Die vorliegenden Instruktionen sind bis hinunter auf die Ebene der Chefs der Propaganda-Unterabteilungen der Kreise weiterzuleiten.

Der Chef der Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
Oberst Tjulpanow

Kopie geprüft: Hauptmann Bondarew

GARF 7212/1/189, Bl. 71-73. Beglaubigte Kopie.

Nr. 108. Schreiben des Chefs der Abteilung Kultur der Propagandaverwaltung der SMAD Dymschiz an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 16. Mai 1947

Geheim

Sehr geehrter Wladimir Semjonowitsch!

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß mit Befehl des Genossen Sokolowski in unserer gesamten Zone *über 50*[81] Gesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion[82] genehmigt wurden (in Berlin sowie in den Provinz- und Bezirkszentren und Universitätsstädten). Dieser Befehl garantiert sehr günstige materielle Bedingungen für die Entfaltung ihrer Arbeit, so daß Befürchtungen hinsichtlich ihrer Existenzfähigkeit wegfallen. Ferner wurden (unmittelbar von unserer Seite) Maßnahmen ergriffen, um schnellstmöglich Aktivisten für diese Gesellschaften zu rekrutieren. In beiden Sachsen[83] ist diese Arbeit fast abgeschlossen. Im Zusammenhang damit wende ich mich mit der Bitte an Sie:

a) *55 kleine Bibliotheken zu Fragen der Kultur, Wissenschaft und Kunst* zusammenzustellen und schnellstmöglich an unsere Adresse zu schicken,

b) in gleicher Zahl Sätze mit unterschiedlichem Anschauungsmaterial zu schicken, d. h. geographisches Karten- und ökonomisches Informationsmaterial, Diagramme und statistische Tabellen sowohl zum neuen Fünfjahrplan als auch zu den bereits erzielten Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus,

c) *Sätze von Grammophonplatten mit Werken russischer und sowjetischer Musik,*

d) Lehrmittel für den Russischunterricht.

Darüber hinaus brauchen wir unbedingt (schon für andere Aufführungsziele) drei Theaterstücke (möglichst im englischen Original): 1. „Golden Boy" von Clifford Odets[84], 2. „Machinal" von [Sophie] Treadwell und 3. *„Deep Roots"*[85].

Mit kräftigem Händedruck *A. Dymschiz*
Der Chef der Abteilung Kultur der Propagandaverwaltung der SMAD

GARF 5283/22/51, Bl. 84-85. Original.

81 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

82 Die Bildung von Gesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion wurde mit Geheimbefehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 0134 vom 16. Mai 1947 gestattet, der Zulassungsantrag an die SMAD wurde allerdings erst am 1. Juli 1947 gestellt (vgl. „Tägliche Rundschau" vom 1. Juli 1947). Die Berliner Organisation wurde am 5. Sept. 1947 gegründet und am 20. Nov. 1947 durch die Alliierte Kommandantur lizenziert.

83 Gemeint sind das Land Sachsen und die Provinz Sachsen, das spätere Land Sachsen-Anhalt.

84 Odets, Clifford (1906-1963), amerikanischer Dramatiker.

85 Der kursiv gesetzte Titel ist in der Vorlage zweifach unterstrichen und mit dem Vermerk „abgeschickt" versehen.

Nr. 109. Schreiben des Mitglieds der Leitung des WOKS Kislowa an den Chef der Abteilung Kultur Major Dymschiz über sowjetische Lehrbücher und Literatur. 30. Juli 1947

Geheim

Wir schicken Ihnen die Kopie eines Schreibens, das Hauptmann Wassiljew (Bezirk[86] Greifswald) an WOKS geschickt hat. In diesem Schreiben kommen sehr wichtige Fragen und Bemerkungen zur Sprache, die Sie bei Ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen sollten. Von unserer Seite aus werden wir uns bemühen, die Ausstattung der Häuser der Kultur und anderer deutscher Kultureinrichtungen mit unserem Material zu verstärken.

Der wichtigste Punkt in Wassiljews Schreiben ist unseres Erachtens der Hinweis, daß deutschen Spezialisten und insbesondere den Geschichtsdozenten an deutschen Universitäten das nötige Material für die Vorbereitung von Vorträgen und Vorlesungen über die UdSSR fehlt. Unserer Ansicht nach läßt sich dieses Problem nicht dadurch lösen, daß WOKS in großer Zahl sowjetische Lehrbücher in russischer Sprache nach Deutschland schickt. Es ist vielmehr nötig, in großem Umfang Übersetzung und Druck derartigen Materials in Deutschland zu organisieren. Wir bitten Sie, uns umgehend mitzuteilen, welche sowjetischen Lehrbücher übersetzt und in Deutschland herausgegeben wurden. Welche Lehrbücher und Materialien werden besonders dringend benötigt? Wenn sowjetische Lehrbücher für Geschichte und andere gesellschaftswissenschaftliche Fächer tatsächlich nicht oder nur in unzureichendem Umfang in deutscher Übersetzung vorliegen, wird WOKS entsprechende Lehrbücher auswählen und Ihnen zur Publikation schicken.

Gleichzeitig bitten wir Sie mitzuteilen, in welchem Umfang sowjetische Literatur seit Mai 1945 in Deutschland übersetzt und (in deutscher Sprache) herausgegeben wurde. Zur Orientierung ist es wünschenswert, eine Auflistung der in den Jahren 1945-47 in Deutschland in deutscher Sprache veröffentlichten Literatur der Völker der UdSSR zu erhalten. Es ist nötig, eine umfassende Herausgabe vor allem der wichtigsten Lehrmittel zur russischen und sowjetischen Kultur in Deutschland zu organisieren, auf deren Fehlen Genosse Wassiljew in seinem Schreiben aufmerksam macht.

Wir warten auf Ihr Schreiben mit ausführlicher Antwort auf die angesprochenen Fragen.

Anlage: Genanntes auf 2 Seiten.[87]

Mitglied der Leitung des WOKS L. Kislowa

GARF 5283/22/51, Bl. 18. Kopie.

86 In der Vorlage: „okrug".
87 Anlage fehlt in der Vorlage.

Nr. 110. Schreiben des Mitglieds der Leitung des WOKS Kislowa an den Chef der Abteilung Kultur der Propagandaverwaltung der SMAD Major Dymschiz über die Shakespeare-Konferenz. 30. Juli 1947

Geheim

Mit Bezug auf Ihr Telegramm betreffend die Teilnahme an der Shakespeare-Konferenz teilen wir mit:

Unter den momentanen Bedingungen wird die britische Propaganda die Organisation einer Shakespeare-Konferenz in Berlin, selbst wenn diese ursprünglich nicht von britischen Organen inspiriert war, zweifellos umfassend unterstützen, um auf diese Weise die „Weltgeltung der angelsächsischen Kultur" vor den Deutschen hervorheben und die Aufmerksamkeit der breiten, mit der Sowjetunion sympathisierenden demokratischen Kreise auf die eigene Propaganda lenken zu können. Vor diesem Hintergrund wird eine Teilnahme der UdSSR an der Konferenz (mit Materialien zum Thema „Shakespeare in der UdSSR") eher der britischen Propaganda in die Hände spielen, statt als Beweis für den machtvollen Anstieg der Kultur der Völker der Sowjetunion zu dienen. Je umfangreicher die Belege über die Verbreitung der Werke Shakespeares in der UdSSR sein werden, desto mehr kann sie die britische Propaganda für ihre Ziele benutzen. Deshalb steht WOKS der Idee, in Deutschland eine Shakespeare-Konferenz einzuberufen, ablehnend gegenüber und erachtet es für nicht zweckmäßig, Materialien zum Thema „Shakespeare in der UdSSR" nach Deutschland zu schicken.

Mitglied der Leitung des WOKS L. Kislowa

GARF 5283/22/51, Bl. 19. Kopie.

Nr. 111. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Karaganow an den Politischen Berater der SMAD Semjonow über Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Kulturschaffenden und Wissenschaftlern. 18. August 1947

Geheim

In jüngster Zeit gehen bei WOKS immer häufiger Briefe deutscher Wissenschaftler und Kulturschaffender ein, die an sowjetische Wissenschaftler und Kulturschaffende adressiert sind. In diesen Briefen wird dem Wunsch Ausdruck verliehen, in den unterschiedlichsten Bereichen Beziehungen mit der sowjetischen Wissenschafts- und Kulturwelt aufzubauen.

Gleichzeitig erreichen uns Schreiben von Mitarbeitern der Organe der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, deren Verfasser auf das Interesse der deutschen Intelligenz für die Kultur der UdSSR aufmerksam machen und der Ansicht Ausdruck verleihen, daß die Zeit reif ist, Beziehungen zwischen sowjetischen und deutschen Kulturschaffenden aufzubauen.

Ich bitte Sie, uns mitzuteilen, ob Sie es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für zweckmäßig erachten, Beziehungen zwischen deutschen Wissenschaftlern und Kulturschaffenden und ihren sowjetischen Kollegen aufzubauen. Im positiven Fall wäre es nötig, konkrete Formen und Wege dieser Beziehungen aufzuzeigen. In welchem Maße können in diesem Zusammenhang der Kulturbund und andere Organisationen, insbesondere die deutschen Hochschulen herangezogen werden. Welche Hilfe können WOKS, die antifaschistischen Komitees sowjetischer Frauen, der Jugend

und der Wissenschaftler[88] und andere im Ausland aktive sowjetische Organisationen (Sowinformbüro[89], TASS, Radiokomitee[90]) leisten.

Ich bitte Sie, uns Ihre Überlegungen und konkreten Vorschläge zu der angesprochenen Frage mitzuteilen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Leitung des WOKS A. Karaganow

GARF 5283/22/51, Bl. 55. Kopie.

Nr. 112. Schreiben des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den Obersten Chef der SMAD Marschall Sokolowski und den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Makarow über die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 29. August 1947

Geheim

In den Bulletins des Informationsbüros der SMAD wurde mehrfach mitgeteilt, daß die Gründung von Ortsgruppen der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in einer Reihe von Städten und Ortschaften unserer Zone auf seiten der örtlichen Intelligenz auf eine passive und zuweilen sogar feindselige Haltung trifft. Aus diesen Mitteilungen läßt sich schließen, daß die Entwicklung dieser Gesellschaft zu einer Massenorganisation zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor Ort forciert betrieben wird. Da diese Frage von unserer Seite bislang noch nicht ausreichend untersucht wurde und eine Entscheidung der Instanzen[91] über die Gründung einer solchen deut-

88 In der UdSSR entstanden 1941 zur Verstärkung der sowjetischen Auslandspropaganda beim Sowjetischen Informationsbüro verschiedene antifaschistische Komitees, so der Jugend, der Frauen, ein Jüdisches Antifaschistisches Komitee und das Slawische Komitee. Nach dem Krieg führten die Komitees ihre Arbeit – z.T. in veränderter organisatorischer Form – fort. Nur das Jüdische Antifaschistische Komitee wurde liquidiert, nachdem 1948 sein Vorsitzender, der Schauspieler S. M. Michoels (1890-1948), durch Mitarbeiter des Geheimdienstes ermordet und 1949 weitere prominente Mitglieder verhaftet, später zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Vgl. Naumow, W. P. (Hg.): Neprawedny sud. Posledni Stalinski rasstrel. Stenogramma sudebnowo prozessa nad tschlenami Jewreiskowo antifaschistskowo komiteta, Moskwa 1994.

89 D.i. Sowjetisches Informationsbüro („Sowetskoje Informazionnoje bjuro", „Sowinformbjuro") wurde 1941 zur „Konzentration der Führung aller Arbeiten auf dem Gebiet der Aufklärung internationaler Ereignisse, [...] des Innenlebens des Landes, [...] der Gegenpropaganda und weiteren wichtigen Aufgaben" gegründet, später beim Ministerrat der UdSSR angesiedelt. Dem Büro gehörten ursprünglich Vertreter des ZK-Apparates, des Außenministeriums, der Chef der Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabes, der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees und der Vorsitzende des Komitees für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (WOKS) sowie der TASS-Generaldirektor an. Das Büro war auch nach dem Krieg auf dem Gebiet der sowjetische Auslandsproganda federführend tätig. Sein Leiter war bis 1948 (1941-45 stellvertretender Leiter) der stellvertretende Volkskommissar/Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Solomon Abramowitsch Losowski (1878-1952), der nach 1945 wiederholt wegen mangelnder Erfolge des Sowinformbüros im Ausland kritisiert, 1949 verhaftet und im Verfahren gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

90 Das Staatliche Rundfunkkomitee beim Ministerrat der UdSSR war die zentrale Leitungsinstanz für alle sowjetischen Rundfunksender und auch für die fürs Ausland bestimmten fremdsprachigen Sendungen.

91 Mit „Instanz", im Dokument: „Instanzen", ist die politische Beschlußinstanz gemeint, in der Regel das Politbüro oder das ZK der WKP(B). Die Bildung der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion als Grundlage einer künftigen „Gesellschaft der Freundschaft mit der Sowjetunion" als Organisationsbasis des WOKS in Deutschland" ordnete bereits der Geheimbefehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 0134 vom 16. Mai 1947 an. Die weitere organisationspolitische Entwicklung wurde mit dem Beschluß des Politbüros vom 10. Mai

schen Massenorganisation nicht vorliegt, müßte abgewogen werden, ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt erforderlich ist, die Entwicklung solcher Organisationen zu forcieren.

Wir stehen in unserer Zone bereits vor der Aufgabe, die SED, die Gewerkschaften, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe[92] und andere Massenorganisationen stärken zu müssen, die die Basis der Demokratisierung der Zone darstellen. Deshalb ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zweckmäßig, zusätzlich die Frage der Entwicklung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu einer Massenorganisation aufzuwerfen. Eine derartige Aufgabenstellung wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durch Notwendigkeit diktiert und würde unsere Kräfte lediglich von der Lösung anderer wichtigerer Aufgaben ablenken.

Uns erscheint in diesem Bereich die Durchführung folgender Maßnahmen zweckmäßig:

1. Die Führung des (Berliner) Zentralvorstands dieser Gesellschaft durch angesehene Persönlichkeiten organisatorisch zu stärken. Als Vorsitzender des Vorstands müßte ein sowohl in Deutschland als auch im Ausland bekannter Politiker oder Kulturschaffender installiert werden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands könnte ein energischer junger Mensch wie z. B. Professor Steinitz[93] ernannt werden, der unter führenden Gruppen der Berliner Intelligenz nützliche Arbeit organisieren könnte.

2. Die Arbeit in den Ländern einstweilen nur auf die zentralen und großen Städte wie Leipzig und andere zu konzentrieren. Dort ist es möglich, Vortragsarbeit über die Sowjetunion zu leisten, deutsche Lektoren zu rekrutieren, mit diesen zu arbeiten und von dort Lektoren auch in kleinere Zentren zu entsenden.

3. Die Hauptaufgabe der Gesellschaft in der Rekrutierung und Ausbildung deutscher Kader zu sehen, die unter der Masse der Intelligenz erfolgreich in Richtung einer sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit wirken könnten. Um diese Kader herum wird später auch die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion wachsen.

4. Die Gesellschaft nicht unter parteilichen Gesichtspunkten aufzubauen, sondern neben einzelnen Vertretern der SED auch progressive bürgerliche Intellektuelle für die Mitarbeit zu gewinnen.

5. WOKS vorzuschlagen, einen Mitarbeiter nach Deutschland zu entsenden, der helfen könnte, die Tätigkeit des Hauses der Kultur der Sowjetunion zu verbessern und die Arbeit der Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion in Gang zu bringen.

Die gleiche Meinung vertritt auch Genosse Semjonow.

M. Gribanow

AWP RF 0457b/4/22/25, Bl. 110-111. Original.

1948 genehmigt. Zum letzteren vgl. ZK WKP(b) – Politbjuro/s[owerschenno] s[ekretno] Protokol No. 63 sassedanija Politbjuro ZK WKP(b) ot 10.V.[19]48g., in: RGASPI 17/3/1070, Bl. 32. – Darin ist nur der Vermerk enthalten, „115. Wopross MID. Reschenije – ossobaja papka." [D. i. „115. Antrag Außenministerium. Beschluß – Sondermappe"]. Vgl. dazu auch die Dokumente Nr. 120 und Nr. 128. Darin heißt es, daß mit dem Beschluß des ZK der WKP(B) vom 10. Mai 1948 das WOKS verpflichtet worden sei, Beziehungen mit der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion aufzubauen und deren regelmäßige Ausstattung mit dem nötigen Material zu gewährleisten.

92 „Vereinigungen (auch: Komitees) der gegenseitigen Bauernhilfe" entstanden im Zusammenhang mit der im Sept. 1945 eingeleiteten Bodenreform. 1946 schlossen sie sich zu Landesvereinigungen zusammen, 1947 entstand eine zonale „Zentrale Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe", die durch SMAD-Befehl Nr. 61 vom 14. April 1948 als „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" (VdgB) den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts bekam. 1990 traten der genossenschaftliche Raiffeisenverband und der Bauernverband die Rechtsnachfolge des VdgB an.

93 Steinitz, Wolfgang (1905-1967), Philologe und Völkerkundler, 1923 SPD, 1927 KPD, 1934 Emigration in die UdSSR, 1938-45 Gastprofessor an der Universität Stockholm. Nach Rückkehr Professor an der Universität Berlin, 1947-52 Vorsitzender der DSF Berlin.

Nr. 113. Schreiben des amtierenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Karaganow über die Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Kulturschaffenden und Wissenschaftlern. 19. September 1947

Geheim

Auf Ihr Schreiben Nr. 1812/s vom 18. August 1947[94] teilen wir mit, daß wir die Idee unterstützen, unter Vermittlung des WOKS Kontakte zwischen Vertretern der deutschen Wissenschaft und Kultur sowie Vertretern der sowjetischen Wissenschaft und Kultur herzustellen.

Als erste Maßnahmen zur Herstellung derartiger Kontakte erachten wir für erforderlich:

1. Den regelmäßigen Austausch belletristischer, wissenschaftlicher und sonstiger Literatur zwischen deutschen Bibliotheken (Deutsche Bücherei und anderen) und sowjetischen Bibliotheken sowie den Austausch wissenschaftlicher Literatur zwischen den Akademien der Wissenschaften und den deutschen Hochschulen und entsprechenden Einrichtungen in der Sowjetunion zu organisieren.

2. Sowjetische Wissenschaftler, insbesondere Philosophen, Historiker, Ökonomen, Juristen und Literaturwissenschaftler in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands zu schicken, damit sie dort Vorträge und Vorlesungen zu unterschiedlichen Themen halten.

3. Sowjetische Philosophen, Historiker und Ökonomen für ein bis zwei Semester an die Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Leipzig, Jena, Rostock zu schicken, damit sie dort Vorlesungen halten. Die Fakultäten dieser Universitäten wurden erst 1947 eingerichtet und leiden unter einem akuten Mangel an Spezialisten für dialektischen und historischen Materialismus, Historikern und marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern.

4. Besuchsreisen kleinerer Gruppen progressiver deutscher Wissenschaftler und Studenten in die UdSSR zu organisieren, damit sie die sowjetischen Wissenschafts-, Lehr- und Kultureinrichtungen kennenlernen können.

Die Herstellung derartiger Kontakte ließe sich am besten über die von uns gegründete deutsche Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion realisieren, die bei der Herstellung entsprechender Kontakte mit dem Kulturbund und anderen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Organisationen in Deutschland behilflich sein könnte.

Der amtierende Politische Berater der SMA in Deutschland *M. Gribanow*

GARF 5283/22/51, Bl. 93. Original.

Nr. 114. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über die Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 4. Dezember 1947

Geheim

Über die Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.

Im Frühjahr 1947 hat eine Gruppe progressiver Vertreter der deutschen demokratischen Intelligenz bei der Informationsverwaltung der SMA um Genehmigung angesucht, in der sowjetischen

94 Vgl. Dokument Nr. 111.

Besatzungszone Deutschlands eine Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu organisieren.

Mit Befehl Nr. 0134 des Obersten Chefs der SMA vom 16. Mai 1947 wurde die Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in der gesamten sowjetischen Besatzungszone Deutschlands genehmigt. Ende Oktober dieses Jahres wurde die Tätigkeit der Gesellschaft in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur genehmigt.

Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ist eine überparteiliche Organisation, die es sich zum Ziel setzt, breite Kreise der deutschen Öffentlichkeit mit den kulturellen Errungenschaften der Völker der Sowjetunion bekannt zu machen, Ausstellungen, Konzerte russischer klassischer und sowjetischer Musik, Russisch-Sprachkurse, Aufführungen sowjetischer Theaterstücke und Kinofilme, Vorträge zu Fragen der Kultur, Geschichte und Gegenwart der Sowjetunion sowie andere der Popularisierung der Kultur und des Lebens der Sowjetunion unter der deutschen Bevölkerung dienende Veranstaltungen zu organisieren.

Die Gesellschaft ist nach demokratischen Prinzipien organisiert. Sie finanziert ihre Tätigkeit aus Mitgliedsbeiträgen, den Einnahmen aus den von der Gesellschaft organisierten Massenveranstaltungen (Vorträge, Konzerte usw.) und aus dem Verkauf der vom Verlag der Gesellschaft („Kultur und Fortschritt") herausgegebenen Bücher.

Die Sommermonate 1947 dienten in erster Linie dem organisatorischen Aufbau der Gesellschaft. In allen Ländern wurden Wahlen zu den Landesvorständen der Gesellschaft abgehalten, in vielen Städten der Sowjetzone wurden Ortsgruppen gegründet, Leiter für Arbeitsgruppen und Sektionen ausgesucht, Häuser (Klubs) der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion eingerichtet und Finanzmittel für eine umfassende Entfaltung der Tätigkeit der Gesellschaft ausfindig gemacht.

Für eine erhebliche Belebung der Arbeit der Gesellschaft sorgten die von ihr aus Anlaß der 800-Jahrfeier Moskaus durchgeführten Veranstaltungen. Die Gesellschaft konnte ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Feierlichkeiten aus Anlaß des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in vollem Maße entfalten. Systematische Hilfe leisteten und leisten der Gesellschaft die Mitarbeiter der Informationsorgane der SMA und des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin.

1. Führungskader. Charakteristik des Mitgliederbestandes.

Dem Zentralvorstand und den Landesvorständen der Gesellschaft gehören Vertreter unterschiedlicher Schichten der deutschen Bevölkerung an: Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angestellte, Studenten, Hausfrauen. An der Arbeit der Gesellschaft sind sowohl Mitglieder der demokratischen Parteien und Organisationen – SED, CDU, LDPD, Freie Deutsche Jugend, Demokratischer Frauenbund als auch Parteilose aktiv beteiligt.

Präsident der Gesellschaft ist der angesehene deutsche Wissenschaftler Professor Jürgen Kuczynski (SED)[95], Vizepräsidenten sind die bekannte deutsche Schriftstellerin Anna Seghers (SED) und Professor Ehmsen[96] (parteilos).

---

95 Kuczynski, Jürgen (1904-1997), Wirtschaftshistoriker, 1930 KPD, 1936-45 Exil in Großbritannien, 1945 Präsident der deutschen Zentralverwaltung für Finanzen in der SBZ, 1946 SED, 1947-50 Präsident der Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR bzw. der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft; 1955 Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften in der DDR (DAW), 1956-68 Leiter der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der DAW.

96 Ehmsen, Heinrich (1886-1964), Maler, 1945-49 Mitbegründer, Professor und stellvertretender Rektor der Hochschule für bildende Künste in Berlin-Charlottenburg, danach Maler in Ost-Berlin.

Generalsekretär des Zentralvorstandes ist der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär Hans Mark[97] (SED).

Unter den führenden Mitarbeitern der Gesellschaft befinden sich die bekannten deutschen Schriftsteller Bernhard Kellerman, Willi Bredel, Adam Scharrer, Bruno Bürgel[98] und Ludwig Renn, die Wissenschaftler Professor Steinitz (einer der wichtigsten deutschen Spezialisten für slawische und finno-ugrische Sprachen), Professor Haack[99] (Geograph), Professor Heisler (Inhaber des Lehrstuhls für Slawische Literatur und Sprache an der Universität Halle), Professor Heidebroeck[100], Professor Schwarz[101], Professor G. Schneider[102] und Professor Unger; der Künstler Otto Nagel[103], die Politiker Professor Strasser[104] (LDP, Finanzminister des Landes Mecklenburg), Maria Torhorst (Ministerin für Volksbildung des Landes Thüringen), Grünberg (SED, Minister für Volksbildung des Landes Mecklenburg) und andere Vertreter unterschiedlicher Schichten der deutschen Intelligenz. Eine führende Rolle in der Gesellschaft spielen Intellektuelle und Politiker, die der SED angehören oder ihr nahestehen, sehr aktiv sind auch einzelne Funktionäre der LDP (insbesondere in Sachsen und Mecklenburg). Die lokalen Kader werden durch Absolventen der antifaschistischen Schule der SMA in Königs Wusterhausen[105] ergänzt.

Insgesamt steht die gesamte Tätigkeit der Gesellschaft unter ständiger Kontrolle der Mitarbeiter der Informationsorgane der SMA, wodurch eine korrekte ideologische Ausrichtung der Arbeit der Gesellschaft gewährleistet ist.

Innerhalb der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens ist die Gesellschaft zu einer bedeutsamen Organisation geworden. Zum 15. November dieses Jahres wurden in der sowjetischen Zone 79 Ortsgruppen mit einer Mitgliederzahl von 30 bis 1.000 Personen gezählt. Die größten Gruppen

---

97 Mark, Hans (1901-1988), 1926 KPD, nach 1933 Exil in Großbritannien, 1947-50 Generalsekretär der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.

98 Bürgel, Bruno (1875-1948), Schriftsteller, Astronom, Journalist.

99 Haack, Hermann Otto (1872-1966), Geograph, Kartograph, 1920 Professor, 1922 korrespondierendes Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 1932 korrespondierendes Mitglied der Staatlichen Geographischen Gesellschaft Leningrad sowie Ehrenmitglied der Geographischen Gesellschaft München, 1942 Ehrenmitglied der Deutschen Kartographischen Gesellschaft, nach 1945 wissenschaftlicher Leiter der Geographisch-Karthographischen Anstalt Gotha.

100 Heidebroeck, Enno, für: Tielko, Wilhelm (1876-1955), ab 1911 Professor für Maschinenkunde, 1931-51 an der Technischen Hochschule Dresden, 1945 LDP, 1945-47 Rektor der TH Dresden, 1946-49 Präsident der Kammer der Technik in der SBZ.

101 Vermutlich: Schwarz, Otto (1900-1983), Botaniker, 1927 KPD, 1931-34 Professor für Pflanzenkrankheiten in Smyrna/Türkei, 1934-39 Mitarbeiter Botanischer Garten Berlin-Dahlem, 1944-46 Abteilungsleiter am Institut für Kulturpflanzenforschung Stecklenburg, 1946 Professor für spezielle Botanik, 1948 Direktor des Instituts für spezielle Botanik an der Universität Jena, 1948-51 und 1958-62 Rektor; 1949-63 Mitglied der Volkskammer der DDR. Möglicherweise: Schwarz, Hanns (1898-1977), Psychiater und Neurologe, 1946 Professor und Direktor der Universitätsnervenklinik Greifswald, 1950-54 Dekan der medizinischen Fakultät.

102 Schneider, Georg (1909-1970), Zoologe, Remigrant aus der UdSSR, 1945-46 Mitglied der KPD-Landesleitung Thüringen, 1946 Lehrer an der SED-Parteihochschule Kleinmachnow, 1947-51 Lehrbeauftragter für wirtschaftliche, politische und kulturelle Probleme der Sowjetunion an der Universität Jena, zugleich stellvertretender Direktor des Ernst-Haeckel-Hauses, 1951-59 Professor für Theoretische Biologie Jena, 1960-62 Kulturattaché der DDR-Botschaft in Moskau, 1962-70 Professor für Theoretische Biologie der Universität Jena.

103 Nagel, Otto (1894-1967), Maler, 1946 SED, 1948 Professor an der Kunsthochschule; 1950 Gründungsmitglied, 1953-56 und 1962-67 Vizepräsident sowie 1956-62 Präsident der Deutschen Akademie der Künste bzw. ab 1962 Akademie der Künste der DDR; 1953-59 Vorsitzender bzw. Präsident des Verbandes Bildender Künstler.

104 Strasser, Hans Gotthilf (1883-1963), Jurist, 1945 LDP, 1946-49 Finanzminister in Mecklenburg, 1948 Professor an der Universität Rostock.

105 Die SMAD unterhielt bis 1948 in Königs Wusterhausen eine Antifa-Schule, die aus Antifa-Frontschulen hervorgegangen ist.

wurden in Schwerin (1.012 Mitglieder), Dresden (570 Mitglieder), Halle (408 Mitglieder), Weimar (600 Mitglieder), Gera (730 Mitglieder), Gotha (600 Mitglieder), Erfurt (400 Mitglieder) und Leipzig (412 Mitglieder) gegründet. In einer Reihe von Kreiszentren und in Berlin befinden sich die Gruppen der Gesellschaft im Stadium des organisatorischen Aufbaus.

Zum 18. November 1947 hatte die Gesellschaft in der Zone über 12.000 Mitglieder. Daten über die Parteizugehörigkeiten der Mitglieder liegen nicht vor, da diesbezügliche Angaben nach den Statuten beim Beitritt zu der Gesellschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gemacht werden müssen.

Die soziale Zusammensetzung der Mitglieder der Gesellschaft läßt sich anhand von Daten für das Land Mecklenburg illustrieren. Insgesamt gibt es 1.961[106] Mitglieder; 1.287 Männer und 674 Frauen.

1. Angehörige der Intelligenz 600
2. Angestellte 858
3. Arbeiter 105
4. Schüler und Studenten 49
5. Hausfrauen 113
6. Sonstige 226

In den industriell geprägten Ländern liegt der Arbeiteranteil wesentlich höher und es gibt Gruppen der Gesellschaft in den großen Fabriken (Sachsen-Anhalt). Den größten Teil der Mitglieder stellen Angehörige der Intelligenz und Angestellte verschiedener staatlicher Behörden und von Handels- und Industrieunternehmen. Um den Arbeiteranteil unter den Mitgliedern zu steigern, gründet die Gesellschaft in den großen Betrieben Förderkomitees, die die Veranstaltungen der Gesellschaft unter den Arbeitern popularisieren.

Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. Formen und Inhalt der Arbeit.

Noch vor Abschluß der organisatorischen Aufbauphase (Juli bis September) wurden von den Ortsgruppen der Gesellschaft einzelne Massenveranstaltungen durchgeführt: Literarisch-musikalische Abende, auf denen Vorträge über die Aufgaben der zu gründenden Gesellschaft gehalten wurden, Vorlesungen über sowjetische Literatur und Kunst und über den gesellschaftlichen und staatlichen Aufbau der UdSSR und anderes. Recht umfangreich wurden die Feierlichkeiten zum 800. Jahrestag Moskaus begangen. Das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin stellte acht Fotoausstellungen zusammen:„Moskau: Hauptstadt der UdSSR" und sieben Ausstellungen antifaschistischer Karikaturen von Boris Jefimow[107] („Hitler und seine Clique"), die in Berlin und den großen Städten der Zone gezeigt wurden. In Potsdam zeigte die Gesellschaft mit großem Erfolg die Fotoausstellung „Sowjetische Skulptur".

In Thüringen organisierte die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ein großes Filmfestival, in dessen Rahmen etwa 350.000 Zuschauer sowjetische Filme sahen.

Parallel zu dem Festival wurden in einer Reihe großer Städte Abendveranstaltungen durchgeführt, auf denen die örtliche Öffentlichkeit mit den Zielen und Aufgaben der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion bekannt gemacht wurde.

---

106 Die Summe der nach Geschlecht aufgeschlüsselten Mitglieder stimmt, nicht aber die der nachstehenden Aufschlüsselung nach Berufsstatus, die lediglich 1.951 ergibt.

107 Jefimow, Boris Jefimowitsch (1900-), Grafiker und Karikaturist, ab 1922 Mitarbeit bei „Prawda", „Iswestija" und „Krokodil", ab 1966 Chefredakteur der Vereinigung „Agitplakat"; 1954 korrespondierendes Mitglied der Akademie der Künste der UdSSR, 1967 Volkskünstler der UdSSR.

Auf einem dieser Abende waren in Jena über 1.000 Personen anwesend, die mit großem Interesse einen Vortrag des Professors der Universität Jena Stolte über Leben und Werk Maxim Gorkis hörten. Das Mitglied des Organisationskomitees Professor Schneider umriß bei seinem Auftritt knapp die Geschichte Rußlands und der slawischen Völker und zeigte anhand von historischen Beispielen überzeugend, wie kläglich sämtliche Versuche der Deutschen geendet hatten, russisches Land zu erobern und Zwietracht unter den Slawen zu säen.
[...][108]

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stehen folgende Fragen im Mittelpunkt des Interesses des Zentralvorstandes und der Landesvorstände[109]:

1. Organisation tiefgehender und systematischer Arbeit zum Studium der Kultur der Sowjetunion in den in 20 Städten der Zone eröffneten Häusern der Gesellschaft, organisatorischer Aufbau der Arbeit der einzelnen Sektionen (für Wissenschaft, Recht, Wirtschaft, Literatur, Kino und Theater, Musik und andere), der Russisch-Sprachkurse, der Bibliotheken russischer Bücher usw.

2. Umfassende Entfaltung der Vortragsarbeit und Propaganda der sowjetischen Kultur durch Veranstaltung von Konzerten, Literaturabenden und anderen, insbesondere in den großen Betrieben und auf dem Land.

3. Entfaltung verlegerischer Tätigkeit. Im November erschien die erste Nummer der Monatszeitschrift der Gesellschaft „Die neue Gesellschaft“[110], in Vorbereitung ist die Herausgabe einer Reihe von Broschüren über die Sowjetunion, alle drei Monate wird das Bulletin „Neuigkeiten der sowjetischen *Wissenschaft* und Kultur“[111] erscheinen.

4. Organisation der Arbeit der Gesellschaft in Berlin. Im Dezember werden Gruppen in den Stadtbezirken aufgebaut, einige Bibliotheken und Leseklubs der Gesellschaft werden eröffnet. Für die Westsektoren (englischer und amerikanischer Sektor) ist vorgesehen, Gruppen der Gesellschaft auf der Grundlage der von den Angloamerikanern verbotenen Gruppen des Kulturbundes zu organisieren.

Schlußfolgerungen

1. Der erhebliche Anstieg der Mitgliederzahlen der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion sowie die erfolgreiche Durchführung von Massenveranstaltungen der Gesellschaft zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution zeugen davon, daß in weiten Kreisen der deutschen Intelligenz und der Werktätigen großes Interesse für die Aufgaben und Aktivitäten der Gesellschaft besteht. Die Gesellschaft hat sich bereits fest etabliert und verfügt über alle Voraussetzungen, sich zu einer starken Organisation zur Pflege kultureller Beziehungen des deutschen Volkes zur UdSSR zu entwickeln.

2. Die Tätigkeit der Gesellschaft leistet einen Beitrag zur Entlarvung der verlogenen Hitlerschen und der reaktionären angloamerikanischen Propaganda über die Sowjetunion und hilft, das deutsche Volk im demokratischen Geist umzuerziehen und in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten.

3. Für eine weitere Ausweitung ihrer Arbeit bedarf die Gesellschaft umfassender materieller Hilfe von Seiten der Organe der Sowjetischen Militäradministration (Einrichtung der Häuser, Bibliotheken und Lesehallen der Gesellschaft, Bereitstellung von Büchern und Materialien über

---

108 Drei Blatt mit regionalen und lokalen organisatorischen Details wurden weggelassen.

109 In der Vorlage: „des Zentral- und der Zonenvorstände“.

110 „Die neue Gesellschaft“ erschien ab Nov. 1947 in Berlin im Verlag „Kultur und Fortschritt“.

111 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen. – Ab Juni 1948 erschien in Berlin vierteljährlich die Zeitschrift „Sowjetwissenschaft“ und ab 1950 zweimonatlich in zwei Ausgaben „Sowjetwissenschaft: Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge“ und „Sowjetwissenschaft: Naturwissenschaftliche Beiträge“.

die Sowjetunion usw.). Es muß erreicht werden, daß die lokalen Organisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Freien Deutschen Jugend, des Demokratischen Frauenbundes und der Gewerkschaften der Arbeit der Gesellschaft größere Aufmerksamkeit widmen.

Vorschläge:

Um ein hohes ideologischen Niveau der von der Gesellschaft durchgeführten Veranstaltungen und die weitere Popularisierung der Errungenschaften der sowjetischen Kultur unter breiten Massen der deutschen Bevölkerung durch die Gesellschaft gewährleisten zu können, ist es erforderlich:

1. Im Zuge der Ausweitung der Kontakte der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion mit dem WOKS durch die WOKS 50 Bibliotheken mit Büchern russischer Autoren in deutscher Sprache und den besten Werken der sowjetischen Literatur in russischer Sprache zusammenzustellen und in die Sowjetzone zu schicken. Die Menge des von WOKS an die Gesellschaft geschickten Materials über die Errungenschaften der Sowjetunion in Wirtschaft und Kultur zu vergrößern.[112]

2. Eine Besuchsreise herausragender sowjetischer Wissenschaftler und Kulturschaffender nach Berlin und in die Sowjetzone zu organisieren, damit sie Vorträge an den Universitäten, in den Häusern der sowjetischen Kultur und in den Klubs der deutschen Intelligenz halten. Ihre Auftritte sind so zu gestalten, daß sie als Gäste des Hauses der Kultur der Sowjetunion und der Gesellschaft auftreten.

3. Im Verlauf des Jahres 1948 eine Reihe wichtiger Theater- und Musikensembles sowie einzelne herausragende Repräsentanten der sowjetischen Kunst als Gäste des Hauses der Kultur der Sowjetunion und der Gesellschaft zu Gastspielen nach Deutschland zu schicken.

4. Eine Reihe von Ausstellungen originaler Werke (sowjetische Malerei und Graphik, Arbeiten von Meistern der Volkskunst, Arbeiten einzelner herausragender sowjetischer Bildhauer) sowie Fotoausstellungen über die Erfolge der UdSSR beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft, über die Volksbildung in der UdSSR, über die Hochschule, das Gesundheitswesen und die Rolle der Frauen in der Sowjetunion, über die sowjetische Jugend und über das sowjetische Theater nach Deutschland zu schicken und mit diesen Ausstellungen die Häuser (Klubs) der Gesellschaft zu bestücken.

5. Im Frühjahr 1948 die Besuchsreise einer zehn- bis zwölfköpfigen Delegation der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in die Sowjetunion zu organisieren, damit sich diese mit den Errungenschaften und mit dem Leben der Völker der UdSSR bekannt machen kann. Sie sollte durch WOKS organisiert werden und auf Einladung der Akademie der Wissenschaften und des Schriftstellerverbandes der UdSSR erfolgen.

Der Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
Oberst *Tjulpanow*

GARF 5283/22/51, Bl. 2-9. Original.

112 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch handschriftliche Randanstreichung hervorgehoben.

Nr. 115. Rundverfügung des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an die Chefs der Informationsabteilungen der Verwaltungen der SMA der Länder, an den Chefredakteur der Zeitung „Tägliche Rundschau", an den Direktor des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin über ideologische Tätigkeit auf kulturellem Gebiet. 9. März 1948[113]

Geheim

An alle Chefs der Informationsabteilungen der Landesverwaltungen der SMA
An den Chefredakteur der Zeitung „Tägliche Rundschau"
An den Direktor des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin

Über die Intensivierung der Arbeit zur Demokratisierung der deutschen Kultur.

Die Organe der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland entscheiden eine Aufgabe von außerordentlicher Wichtigkeit: die Durchführung der wirklichen Demokratisierung Deutschlands, die Ausmerzung der Ideologie des Nazismus und Militarismus in der deutschen Bevölkerung und den Aufbau der sowjetischen Besatzungszone zu einem zuverlässigen Bollwerk aller progressiven demokratischen Kräfte Deutschlands. Bei der Realisierung dieses Ziels kommt der ideologischen Arbeit entscheidende Bedeutung zu.

Die den Informationsorganen der SMAD auferlegten Aufgaben, die politischen Voraussetzungen für den ökonomischen Aufbau der Zone zu schaffen, die durchgeführten sozialökonomischen Reformen zu festigen, neue deutsche demokratische Kader heranzuziehen und den deutschen Werktätigen eine neue bewußte Einstellung zur Arbeit zu vermitteln, verlangen von uns, die ideologische Offensive gegen die imperialistische bürgerliche Ideologie und die reaktionäre Kultur des verwesenden Kapitalismus entschlossen zu intensivieren.

Die bolschewistische Partei und die Sowjetregierung schenken den Aufgaben der ideologischen Offensive gegen den Kapitalismus und seine Kultur große Beachtung, was sich in den historischen Beschlüssen des ZK der WKP(B) „Über die Zeitschriften ‚Swesda' und ‚Leningrad'"[114], „Über das Repertoire der Sprechtheater und Maßnahmen zu seiner Verbesserung" und „Über den Film ‚Großes Leben'", in den Diskussionen über Fragen der Philosophie unter Leitung des Genossen Schdanow und schließlich in dem kürzlich veröffentlichten, überaus wichtigen Beschlußdokument des ZK der WKP(B) „Über die Oper ‚Eine große Freundschaft' von W. Muradeli[115]" spiegelt.

Alle diese Beschlüsse des ZK der WKP(B) entlarven ebenso wie die Diskussion über Fragen der Philosophie das Wesen der modernen reaktionären Ideologie des Imperialismus in all ihren

---

113 Datiert nach dem Anfertigungsvermerk der Schreibkraft vom 9. März 1948, der Registraturvermerk ist vom 15. März 1948.

114 Mit dem Beschluß des ZK der WKP(B) über die Zeitschriften „Swesda" und „Leningrad" vom 14. Aug. 1946 wurde ein Kurs auf Isolation von westlichen kulturellen Einflüssen eingeleitet (sogenannte Schdanowschtschina). Ein ähnlicher Beschluß des ZK der WKP(B) vom 4. Sept. 1946 kritisierte die Filmkunst, am 16. Juli 1947 warnte eine Anweisung ("ukasanije") des ZK der WKP(B) vor einem Eindringen bürgerlicher Ideologie und vor Unterwürfigkeit vor bürgerlicher Kultur und proklamierte die Überlegenheit des sozialistischen Systems über das kapitalistische sowie der sozialistischen über die kapitalistische Kultur; vom 10. Feb. 1948 datiert ein Beschluß des ZK über sogenannte Entartungserscheinungen in der Musik. Der zuletzt genannte Beschluß wurde durch Beschluß des ZK der KPdSU vom 28. Mai 1958 als fehlerhaft kritisiert und faktisch zurückgenommen (vgl. Prawda, Moskau, vom 8. Juni 1958), den Beschluß vom 14. Aug. 1945 gegen die Zeitschriften „Swesda" und „Leningrad" hob das ZK der KPdSU am 20. Okt. 1988 als fehlerhaft auf.

115 Muradeli, Wano Iljitsch (1908-1970), Komponist.

Erscheinungsformen und zeigen durch Betonung des parteilichen Charakters des Kampfes für die weitere Entwicklung und Stärkung der sozialistischen Ideologie, wie dieser Kampf geführt werden muß.

Der ideologische Kampf, den das sowjetische Volk an der Spitze der progressiven Menschheit führt, stärkt die Position der Freunde des Friedens und der Demokratie in aller Welt. Deshalb sind die historischen Beschlüsse des ZK der WKP(B) auch für den Kampf für die Entstehung einer deutschen demokratischen Kultur von herausragender Bedeutung und programmatisch für die Tätigkeit aller an der ideologischen Front arbeitenden Organe der SMA.

In Deutschland ist ein äußerst scharfer politischer und ideologischer Kampf zwischen den Kräften der Reaktion und den Kräften der Demokratie entbrannt. Die internationale imperialistische Reaktion setzt es sich zum Ziel, Deutschland nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und geistig in eine Kolonie des amerikanischen Imperialismus zu verwandeln. Eben diesem Ziel dient der von General Clay[116] ausgerufene antikommunistische Kreuzzug, der die Reaktion aktivieren und den Glauben der von der SED und den Kommunisten der Westzonen angeführten jungen deutschen Demokratie an ihre Kraft erschüttern soll.

Ein scharfer ideologischer Kampf wird im heutigen Deutschland auch im Bereich der Kultur geführt: Es wird die Frage entschieden, ob diese Kultur eine demokratische Kultur sein wird, die die Interessen des Volkes ausdrückt und dabei ihre nationale Eigenständigkeit wahrt, oder ob sie der zeitgenössischen bürgerlichen Kultur auf dem Weg des Verfalls und der Dekadenz folgt.

In Deutschland, wo die bürgerliche Intelligenz gerade erst eine Zeit äußersten Verfalls der kapitalistischen Kultur hinter sich hat, die ihren Ausdruck in der Ideologie des Faschismus gefunden hatte, bestehen besonders günstige Bedingungen für die Verbreitung einer extrem dekadent ausgerichteten Philosophie, Literatur und Kunst. Diese Bedingungen macht sich die internationale Reaktion umfassend zunutze, die Westdeutschland mit Werken volksfeindlichen und menschenverachtenden Schaffens überschwemmt. In den Westzonen sind die schädlichen Theorien der idealistischen existentialistischen Philosophen Heidegger, Sartre und Jaspers sehr weit verbreitet, die die „Freiheit" der menschlichen Persönlichkeit von gesellschaftlichen Bezügen und moralischen Normen predigen, mit allen Mitteln wird der sozialdemokratische Revisionismus gefördert. Während die kommunistische Presse in jeder erdenklichen Weise niedergehalten wird, bieten sich Schumacher und Konsorten[117] umfassende Propagandamöglichkeiten, erscheinen in großen Auflagen sozialdemokratische Zeitschriften[118], die den Marxismus pervertieren und Kommunisten und die Sowjetunion verleumden. Aufgrund der aktiven Unterstützung durch die Angloamerikaner, den Vatikan und alle möglichen ausländischen Sektenorganisationen (insbesondere aus Amerika und der Schweiz) haben in Deutschland auch verschiedene religiöse und mystische Lehren weite Verbreitung gefunden, die auf die Massen der Bevölkerung einen erheblichen zersetzenden Einfluß ausüben.

Im Bereich der Bildenden Künste werden die kunstfeindlichen, pseudoprogressiven „Prinzipien" der Formalisten und Abstrakten[119] (z. B. Braque, Chagall usw.) propagiert, die in ihrem Schaffen die Grundlagen der wahrhaftigen realistischen Widerspiegelung der objektiven Wirklich-

116 Clay, Lucius Dubignon (1897-1978), General, 1947-49 Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, 1961-62 persönlicher Berlin-Berater von US-Präsident John F. Kennedy.

117 In der Vorlage: „Schumacherowzy" statt „Schumacher und Konsorten".

118 In der Vorlage handschriftlich gestrichen: „‚Das Sozialistische Jahrhundert' und sozialdemokratische Zeitungen und Schriften von Sozialverrätern vom Typ Schumacher, Blum, Laski, Saragat". – Die Zeitschrift „Das Sozialistische Jahrhundert" erschien 1946-50 in Berlin(West). Blum, Leon (1872-1950), französischer sozialistischer Politiker, 1936-37 und 1946-47 Ministerpräsident. Saragat, Giuseppe (1898-1988), italienischer sozialistischer Politiker, 1947-50 und 1954-57 stellvertretender Ministerpräsident, 1964-71 Staatspräsident.

119 In der Vorlage: „Formalisten-Abstraktionisten".

keit zerstören und das künstlerische Schaffen des lebendigen konkreten Inhalts berauben. Die Filme, die in den Kinos der Westzonen gezeigt werden, predigen entweder ein abgeschmackt-spießiges Ideal oder narkotisieren den Zuschauer durch kriminelle und mystische Sujets, zersetzen seine Moral und lenken ihn von drängenden Problemen der Gegenwart ab.

Die Bücher von André Gide[120] und Malraux[121] und viele Stücke von Sartre, Anouilh[122], Giraudoux[123], Osborne[124], Eliot[125], Thornton Wilder[126] und anderen dekadenten bürgerlichen Autoren, die von den von angloamerikanischen und französischen Besatzungsbehörden lizenzierten Verlagen und Theatern propagiert werden, sind dazu berufen, mit „demokratischen Illusionen" aufzuräumen und ein Gefühl völliger sozialer Ausweglosigkeit sowie einen absoluten Unglauben an die Kraft des Volkes, den Fortschritt und den Triumph der menschlichen Vernunft zu suggerieren.

Nachdrücklich popularisiert werden in Westdeutschland Komponisten formalistisch-konstruktivistischer Ausrichtung: Honegger[127], Barber[128], Messiaen[129], das Spätwerk von Schönberg, Strawinski[130] und Hindemith. Komponisten, die in ihrem Werk die harmonisch-melodischen Grundlagen der Musikkunst zersetzen und die Musik durch Verkomplizierung und Atonalität bewußt dem Volk entfremden.

Es wäre allerdings falsch anzunehmen, daß die bestehenden Zonengrenzen ein unüberwindliches Hindernis für das Vordringen dieser verderblichen Tendenzen und ihres Einflusses auf das Bewußtsein der deutschen Bevölkerung der Sowjetzone darstellen. Es muß vielmehr immer berücksichtigt werden, daß ein Vordringen dieser Tendenzen aufgrund des Vorhandenseins einer sozialen Basis für die reaktionäre Ideologie des Imperialismus und *der vielfältigen Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Westzonen und der Sowjetzone jederzeit möglich ist.*[131]

Der Kampf für die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands bedingt natürlich auch den Kampf für eine einheitliche deutsche demokratische Kultur. Die angloamerikanische Reaktion ist bestrebt, Deutschland politisch und ökonomisch zu spalten, und läßt auch die Entwicklung einer einheitlichen demokratischen deutschen Kultur auf neuer, wahrhaft progressiver Grundlage nicht zu.

Nach der Zerschlagung des Faschismus wurden in Deutschland infolge der Durchführung wichtiger sozialer Reformen in der Sowjetzone zweifellos die Voraussetzungen für die Schaffung einer progressiven, wahrhaft volksnahen Kultur geschaffen, die in Ansätzen bereits zu erkennen ist. Reale Voraussetzungen für die Schaffung dieser neuen Kultur sind das Vorhandensein eines starken Lagers der Demokratie in der Welt, das gewaltige Anwachsen des Einflusses der sozialistischen Kultur der Sowjetunion sowie das Vorhandensein von fortschrittlichen Intelligenzkadern in Deutschland, die in ihrer Mehrheit mit der SED verbunden sind.

---

120 Gide, André (1869-1951), Schriftsteller, 1947 Nobelpreis für Literatur.

121 Malraux, André (1901-1976), Schriftsteller und Politiker, 1945-46 französischer Informationsminister, 1959-69 Staatsminister für kulturelle Angelegenheiten.

122 Anouilh, Jean (1910-1987), Dramatiker.

123 Giraudoux, Jean (1882-1944), Diplomat und Schriftsteller.

124 Osborne, John James (1929-), Schauspieler und Dramatiker.

125 Eliot, Thomas Stearns (1888-1965), Schriftsteller, 1948 Nobelpreis für Literatur.

126 Wilder, Thornton (1897-1975), Schriftsteller.

127 Honegger, Arthur (1892-1955), Komponist.

128 Barber, Samuel (1910-1981), Komponist.

129 Messiaen, Olivier Eugène Prosper Charles (1908-1992), Komponist.

130 Strawinski, Igor Fjodorowitsch (1882-1971), Komponist und Dirigent, lebte ab 1913 in der Schweiz und ab 1939 in den USA.

131 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben. Das Satzende ist handschriftlich überschrieben, so daß der Wortlaut heißt: „diese Tendenzen dringen auf breiter Basis in die SBZ ein".

Die Informationsorgane der SMA, die Zeitung „Tägliche Rundschau" sowie das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin haben durch Propaganda der Kultur der Sowjetunion und der marxistisch-leninistischen Philosophie, durch Entlarvung der imperialistischen Ideologie und durch Stärkung der wahrhaft demokratischen, progressiven Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone bereits erhebliche Arbeit an der ideologischen Front in Deutschland geleistet.

Es wurde eine sozialistische Massenpresse aufgebaut. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus sowie Werke der klassischen russischen und der zeitgenössischen sowjetischen Literatur wurden in Massenauflage in deutscher Sprache herausgegeben. Die Vortragstätigkeit sowjetischer Offiziere hat ein beachtliches Ausmaß angenommen.
Erhebliche Arbeit wurde für die Propaganda des sowjetischen Kinofilms und der russischen Musik sowie zur Verbesserung des Repertoires der deutschen Theater geleistet; großen Erfolg hatten die in vielen Theatern der Sowjetzone aufgeführten politisch scharfen aktuellen sowjetischen Stücke „Die russische Frage", „Der Provinzgouverneur" und andere.

Allerdings gibt es sowohl in der durch die lokalen Informationsorgane der SMAD kontrollierten als auch in der von den Informationsorganen selbst durchgeführten ideologischen Arbeit und in der Pressearbeit gravierende Mängel:

a) Die in großen Auflagen herausgegebenen Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus (Marx' „Kapital", Lenins „Staat und Revolution" und „Materialismus und Empiriokritizismus", die Arbeiten des Genossen Stalin „Fragen des Leninismus", „Über dialektischen und historischen Materialismus", „Kurzer Lehrgang der Geschichte der WKP(B)" und andere) wurden den breiten Massen der deutschen Bevölkerung nicht wirklich nahegebracht. Presse und gesellschaftliche Organisationen leisten keine systematische Arbeit zur Popularisierung dieser herausragenden Werke des Marxismus-Leninismus. *Ein so herausragendes Ereignis wie das Erscheinen von acht Bänden der Gesammelten Schriften Stalins in Moskau fand in der Presse nicht das gebührende Echo.*

b) In der Presse und in der Vortragsarbeit werden die besten Werke der progressiven Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung der Vergangenheit (A. Bebel[132]*, F. Mehring, R. Luxemburg, K. Liebknecht, K. Zetkin*[133] *und andere) nicht ausreichend propagiert.*[134]

c) Der Marxismus dringt nicht ausreichend an die Universitäten, Höheren Schulen und Volksschulen vor. Alle gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen werden in erheblichem Maße von weltanschaulich reaktionären Positionen aus unterrichtet, der Marxismus wird oft in verfälschter und vulgarisierter Form präsentiert.

d) Es wird nicht ausreichend naturwissenschaftliche Propaganda betrieben, es wird keine Arbeit zur Entlarvung mystisch-religiöser Sekten und Kritik ihrer „Lehren" geleistet.

e) Die Propaganda der Sowjetunion und der sozialistischen Ideologie wird zwar in großem Ausmaß betrieben, läßt aber in einer Reihe von Fragen einen ausreichend offensiven Charakter vermissen (Propaganda der Errungenschaften der sowjetischen Philosophie und unserer Kritik an antimarxistischen bürgerlichen Strömungen in der Philosophie, der politischen Ökonomie und der Kunst, Propaganda unseres Kampfes gegen die heutigen Sozialverräter und Reaktionäre aus den Reihen der westlichen rechten Sozialdemokratie).

---

132 Bebel, August (1840-1913), sozialdemokratischer Politiker.

133 K. Zetkin handschriftlich ergänzt. – Zetkin, Klara (1857-1933), geb. Eißner; Lehrerin, Politikerin, 1891-1917 Chefredakteurin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit", Mitbegründerin der USPD, des Spartakusbundes und der KPD, 1919-24 und 1927-29 Mitglied der Zentrale bzw. des ZK der KPD, 1920-33 Mitglied des Reichstags. Vgl. Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004.

134 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch handschriftliche Randanstreichung hervorgehoben und durch z. T. unleserliche Vermerke ergänzt. Darunter: „Völlig [unleserlich] der Arbeiten E. Thälmanns."

Sowjetische Filme historisch-revolutionären und politischen Inhalts („Der Schwur", „Lenin im Oktober", „Lenin im Jahr 1918", „Der Mann mit dem Gewehr", „Professor Mamlok" und andere) werden ungeachtet ihres großen Propagandawerts oft nicht genutzt. In einer Reihe von lokalen Theatern werden einzelne Inszenierungen sowjetischer Theaterstücke auf nicht ausreichend hohem Niveau gezeigt, was ihre Wirksamkeit zweifellos mindert.

f) Die Erfahrung der Länder der Volksdemokratie und die Tätigkeit der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, *Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Polens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns*[135] und anderer Länder Europas[136] wird nicht ausreichend propagiert.

Angesichts des oben Gesagten und in Ergänzung der zuvor bereits mehrfach auf Sondersitzungen zu Fragen der ideologischen Arbeit gegebenen Instruktionen[137]

schlage ich vor:

1. An der kulturellen ideologischen Front ist, gestützt auf die fortschrittliche deutsche Intelligenz (vor allem die Mitglieder der SED) und vor allem mit den Kräften dieser Intelligenz, umfassende Arbeit zur Propaganda der in den historischen Beschlüssen des ZK der WKP(B) zu ideologischen Fragen dargelegten Prinzipien und Positionen sowie zur Kritik und Entlarvung der imperialistischen Reaktion zu leisten. Scharfer Kritik müssen insbesondere die Theorien der existentialistischen Philosophen, die „Theorien" des sozialdemokratischen Revisionismus, die ideenlose formalistische Kunst sowie die ästhetischen Theorien des „l'art pour l'art" unterzogen werden, die die Künstler von drängenden Problemen der Gegenwart wegführen und auf die Liquidation der Kunst gerichtet sind.

2. Demokratische Tendenzen und progressive Erscheinungen im deutschen ideologischen Leben sind aktiv zu unterstützen und umfassend zu fördern. Dem breiten Lesepublikum sind die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, zeitgenössische, das Weltbild des Marxismus popularisierende und festigende philosophische Werke sowie realistische literarische Werke nahezubringen, die die Entstehung der neuen sozialistischen Ordnung zeigen, die Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Wirklichkeit bestätigen und thematisch und ideologisch aktuell sind.

3. Allen Formen der ideologischen Arbeit[138] ist ein offensiver Charakter zu verleihen, gegen Erscheinungen des verfaulten bürgerlichen Liberalismus im Bereich der Kulturpropaganda ist zu kämpfen und diese mit dem Geist kämpferischer Parteilichkeit und konsequenten Demokratismus zu durchdringen. Entschieden ist das volksfeindliche und antihumanistische Wesen der imperialistischen Ideologie zu entlarven, insbesondere die aggressive Ideologie des amerikanischen Imperialismus.

4. Die Propaganda der Errungenschaften der Sowjetunion, ihres gesellschaftlichen und staatlichen Aufbaus und der sowjetischen Kultur unter besonderer Betonung der universellen, für alle Völker gültigen und humanistischen Bedeutung der Kultur des Sozialismus und der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das kapitalistische ist zu intensivieren. Der Propaganda der Prinzipien des Sozialistischen Realismus und der ästhetischen Theorie der Klassiker des Marxismus-Leninismus ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

5. Progressive Erscheinungen in der Kultur Westeuropas und Amerikas, die auf demokratischer Grundlage und unter dem Einfluß der sozialistischen Kultur der UdSSR entstanden sind und in

135 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

136 In der Vorlage handschriftlich gestrichen: „Westeuropa".

137 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch zweifache handschriftliche Randanstreichung hervorgehoben.

138 In der Vorlage handschriftlich gestrichen: „im Bereich der Kultur".

den imperialistischen Staaten aus diesem Grund Verfolgungen ausgesetzt sind, sind aktiver zu popularisieren (z. B. das Werk Dreisers[139] in den USA, Aragons[140] und Cassous[141] in Frankreich, Nexøs in Dänemark, Aldrichs[142], O'Caseys[143], B. Shaws[144] in England und einer Reihe anderer). Besondere Aufmerksamkeit muß der Propaganda der demokratischen Kulturen der europäischen Länder der Volksdemokratie gewidmet werden.

6. In jeglicher Hinsicht sind die Bemühungen zur Aktivierung jener Kunstformen zu unterstützen, denen operativ-politische Bedeutung zukommt (Kinoreportage, politische Satire, Karikatur, Plakat, Massenlied, politische Revue) und die Entwicklung dieser Kunstformen den aktuellen Aufgaben des ökonomischen Aufbaus und der sozialistischen Umgestaltung in der Zone unterzuordnen.

Die Ausweitung der Arbeit und Hebung des ideologischen und künstlerischen Niveaus der Laienkunst ist zu fördern. Ein umfassendes Vordringen politisch progressiver Kunst zu den breiten Massen in das Dorf, in die Betriebe und Fabriken ist zu erreichen.

7. Bei der Arbeit zur Aktivierung des ideologischen Lebens in der Zone ist unbedingt eine Koordinierung der Aktivitäten der Kulturorgane der SED und der Gewerkschaften, der Abteilungen für Kunst der Ministerien für Volksbildung, des Kulturbundes, der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion sowie der Organe der sozialistischen Presse und der Radioredaktionen zu erreichen.

Auch Arbeitsformen wie Diskussionsveranstaltungen zu Fragen der Philosophie und der Kunst (auf denen die führende Rolle marxistischer Kader gewährleistet werden muß), Leserkonferenzen, Vorlesungen und Vorträge, Kulturabende, Ausstellungen, Theater- und Kinofestivals sind zu nutzen.

Die Intensivierung der ideologischen Arbeit in der sowjetischen Besatzungszone muß eine Stärkung des Einflusses der progressiven Schichten der deutschen Bevölkerung und der demokratischen Intelligenz auf die Intelligenz der Westzonen Deutschlands gewährleisten und dazu beitragen, die sowjetische Besatzungszone zu einem Zentrum der Anziehung für alle demokratischen und sozialistischen Kräfte Deutschlands zu machen.

Der Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
Oberst *Tjulpanow*

AWP RF 0457b/6/38/25, Bl. 66-73. Original.

139 Dreiser, Theodor (1871-1945), Schriftsteller.
140 Aragon, Louis (1897-1982), Schriftsteller.
141 Cassou, Jean (1897-1986), Schriftsteller.
142 Aldrich, Thomas Bailey (1836-1907), Journalist und Schriftsteller.
143 O'Casey, Sean (1880-1964), anglo-irischer Dramatiker.
144 Shaw, George Bernhard (1856-1950), Schriftsteller, 1925 Nobelpreis für Literatur.

Nr. 116. Bericht des Chefs des Sowjetischen Informationsbüros (Sowinform) beim Ministerrat der UdSSR Ponomarjow[145] an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über die Informations- und Propagandatätigkeit im Ausland. 11. März 1948

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt schicken eine ganze Reihe staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen Informations- und Propagandamaterial ins Ausland: das Sowinformbüro, WOKS, das Slawische und andere Antifaschistische Komitees. In letzter Zeit hat auch TASS begonnen, in dieser Richtung aktiv zu sein.

Meist erhalten alle genannten Organisationen Aufsätze von ein und demselben Autor und schicken diese in ein und dasselbe Land. Ein offensichtlicher Parallelismus[146] in der Arbeit, eine unnötige Verausgabung von Mitteln sowie eine Minderung der Qualität des versandten Materials sind nicht zu übersehen. Einige der Organisationen sind nur äußerst schlecht über die Nutzung des von ihnen geschickten Materials informiert.

Es steht außer Zweifel, daß für unsere Propaganda im Ausland unterschiedliche Kanäle genutzt werden müssen. Aber die Praxis zeigt, daß der überwiegende Teil des aus der UdSSR geschickten Materials bei ein und denselben Organisationen oder Publikationsorganen im Ausland eingeht und daß gleich mehrere sowjetische Organisationen Material ins Ausland schicken, ohne daß damit eine Ausweitung der Verbreitungskanäle dieses Materials im Ausland bewirkt wird.

Deshalb wäre es zum gegenwärtigen Zeitpunkt zweckmäßig, die Tätigkeit aller genannten Organisationen zusammenzufassen, um Überschneidungen zu vermeiden, ihre Tätigkeit klar voneinander abzugrenzen und die Auslandspropaganda insgesamt zu verbessern.

Zu diesem Ziel wäre es zweckmäßig, in nächster Zeit im ZK der WKP(B) eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der genannten Organisationen und des Außenministeriums einzuberufen, um konkrete Maßnahmen in dieser Frage anzuvisieren und sie dem ZK der WKP(B) zur Prüfung vorzulegen.

Der Chef des Sowjetischen Informationsbüros *B. Ponomarjow*

RGASPI 17/132/4, Bl. 1. Original.

145 Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch (1905-1995), 1944-46 stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Information beim ZK der WKP(B), 1946-48 Erster Stellvertreter und 1948-49 Leiter des Sowjetischen Informationsbüros (Sowinformbüro) beim Ministerrat der UdSSR, ab 1947 gleichzeitig erster stellvertretender Leiter der Abteilung für Außenpolitik bzw. ab 1948 bis 1955 der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP(B), 1955-86 Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und 1961-86 gleichzeitig Sekretär des ZK.

146 Mit Parallelismus ist Doppelarbeit infolge fehlender Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin gemeint.

Nr. 117. Verfügung des Leiters der Abteilung Mitteleuropa des WOKS Meleschko an den Chef der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMAD Oberstleutnant[147] Dymschiz über Maßnahmen zur Vermeidung antisowjetischer Propaganda. 12. März 1948[148]

Geheim

Die Veröffentlichung des Beschlusses des ZK der WKP(B) vom 10. Februar 1948 „Über die Oper ‚Eine große Freundschaft' von W. Muradeli" wurde im Ausland und insbesondere in der reaktionären amerikanischen Presse zum Vorwand genommen, um eine ungezügelte antisowjetische Kampagne zu entfesseln. Die von Seiten der amerikanischen und der von Amerika instruierten reaktionären Presse anderer Staaten auf uns niedergehenden Ströme schmutziger Verleumdung desinformieren auch prosowjetisch gestimmte Vertreter der ausländischen Intelligenz und lösen bei ihnen Verständnislosigkeit und Verwirrung aus. Deshalb müssen alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen werden, um der reaktionären bürgerlichen Verleumdung entgegenzuwirken und den Beschluß des ZK der WKP(B) zu Fragen der Musik korrekt zu beleuchten.

Die verleumderischen Auftritte gegen die UdSSR und ihre Kultur, denen die Veröffentlichung des obengenannten Beschlusses des ZK der WKP(B) als Vorwand dient, werden im wesentlichen in drei Stoßrichtungen geführt:

1. Die Existenz der Freiheit der Kunst in der UdSSR wird negiert und eine angebliche Reglementierung des künstlerischen Schaffens durch Staat und Partei behauptet.
2. Kunstgeschmack und Kunstpolitik der UdSSR werden als reaktionär diffamiert.
3. Den im Beschluß des ZK der WKP(B) gegebenen Einschätzungen des Schaffens von Schostakowitsch, Prokofjew, Chatschaturjan und anderen Komponisten werden frühere Einschätzungen der sowjetischen Kritik entgegengestellt, um den Beschluß zu diskreditieren.

Bei der im Zusammenhang mit dem Beschluß des ZK der WKP(B) über Musik zu leistenden Aufklärungsarbeit müssen gerade diese drei Richtungen der verleumderischen Auftritte der reaktionären bourgeoisen Presse im Blick behalten werden, von denen die beiden erstgenannten ständige und beharrliche[149] Motive der antisowjetischen Verleumdung darstellen. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß gerade die beiden erstgenannten Thesen der reaktionären antisowjetischen Propaganda einen besonders großen Einfluß auf das kleinbürgerliche Bewußtsein der ausländischen Intelligenz ausüben, von denen selbst ihre politisch progressiven Vertreter in ihren künstlerischen Ansichten mehrheitlich weiterhin auf reaktionären Positionen verharren. Als deutlichstes Beispiel dafür können die künstlerischen Ansichten und Praktiken der französischen Künstler Picasso und Matisse dienen.

Die im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Beschlusses des ZK der WKP(B) zu leistende Aufklärungsarbeit sollte nicht defensiv, sondern offensiv geführt werden. Sie sollte der Aufgabe dienen, aktive Propaganda der sowjetischen Kunstpolitik und der sowjetischen Ansichten in Fragen der Aufgaben und der Freiheit der Kunst zu betreiben und den reaktionären Charakter der in der kapitalistischen Welt in diesen Fragen vorherrschenden Ansichten zu entlarven.

---

147 In der Vorlage wurde Dymschiz ohne Dienstgrad als „Genosse" angeredet.

148 Diese Verfügung ist auch in: AWP RF 0457b/6/38/25, Bl. 75-78, überliefert. Laut Schreiben von Dymschiz an Meleschko vom 1. April 1948 (in: GARF 5283/22/106, Bl. 21) wurden Kopien der Vorlage als „direktiwnye ukasanija" allen Abteilungschefs der Informationsverwaltung der SMAD in den Ländern, dem Chefredakteur der „Täglichen Rundschau", dem Direktor des „Hauses der Kultur der Sowjetunion" in Berlin und allen leitenden Mitarbeitern zur Kenntnis gebracht.

149 In der Vorlage: „postojannye i ustoitschiwye".

So muß z. B. die Gegenpropaganda in der Frage der Freiheit der Kunst vor allem von der Tatsache ausgehen, daß diese[150] in der kapitalistischen Welt nicht vorhanden ist. Dabei müssen Fakten wie die Hetze gegen Charly Chaplin[151] und die Tätigkeit des Ausschusses zur Untersuchung antiamerikanischer Umtriebe in den USA, die sich in den Schicksalen progressiver amerikanischer Künstler und vor allem Filmschaffender spiegelt, sowie das Verbot der Tätigkeit des Kulturbundes und andere ähnliche Fakten genutzt werden.

Derartige Fakten enthüllen besser als alles andere den heuchlerischen Charakter der Freiheit der Kunst in den kapitalistischen Staaten. Sie beweisen, daß diese „Freiheit" lediglich für die Propaganda reaktionärer und volksfeindlicher Ideen in der Kunst nicht eingeschränkt, für die Propaganda progressiver Ideen aber vollkommen inexistent ist.

In diesem Sinne existiert eine absolute Freiheit des künstlerischen Schaffens im Sinne einer Unabhängigkeit des Künstlers von der Gesellschaft nicht und kann auch nicht existieren, weil es, wie Lenin gesagt hat, „nicht möglich ist, in der Gesellschaft zu leben und von dieser Gesellschaft frei zu sein".

Freiheit der Kunst kann nur in der UdSSR bestehen und besteht auch nur in der UdSSR in Form eines uneingeschränkten und umfassend geförderten Dienstes am historischen Fortschritt und an der Sache des Volkes. Aus diesem einzig richtigen Verständnis von Schaffensfreiheit, das mit der allgemeinen Auslegung der Frage der Freiheit im Marxismus in Zusammenhang steht, resultiert die Einschränkung der Freiheit für alles, was gegen die Interessen des Fortschritts und gegen die Interessen des Volkes gerichtet ist.

Das nächstliegende Beispiel für die konsequente Umsetzung des Prinzips der Freiheit der Kunst im wahren und demokratischen Sinne dieser Worte in der Sowjetunion ist der Beschluß des ZK der WKP(B) „Über die Oper ‚Eine große Freundschaft' von W. Muradeli".

Kommen wir zur zweiten These der antisowjetischen Verleumdung, der Behauptung eines angeblich „reaktionären" und „bürgerlichen" Charakters des in der UdSSR etablierten Kunstgeschmacks.

Die Urheber derartiger Behauptungen sehen diesen reaktionären Charakter einerseits in der Achtung, die in der Sowjetunion den großen Klassikern der russischen und der Weltkunst entgegengebracht wird, wie etwa in der Musik Tschaikowskis und Mussorgskis, andererseits in der ausgeprägt negativen Einstellung gegenüber der „Kultur" der bürgerlichen Dekadenz.

Es ist ganz offensichtlich, daß alle, die danach trachten, die für veraltet erklärten Errungenschaften der russischen und der internationalen klassischen Kultur auszustreichen, daß alle, die danach trachten, diese durch Verwendung des Beiwortes „bürgerlich" zu beschmutzen, bewußt oder unbewußt der imperialistischen Reaktion in die Hände spielen. Nur letztere, in keinem Fall aber das Volk eines jeden beliebigen Landes ist daran interessiert, die großen progressiven, humanistischen und demokratischen Ideale zu vergessen, die in den besten Werken der russischen und internationalen klassischen Kultur verkörpert sind.

Andererseits spielen jene bewußt oder unbewußt der imperialistischen Reaktion in die Hände, welche die allen großen Werken der klassischen Kunst zugrundeliegenden Prinzipien der Volkstümlichkeit und des Realismus dem Vergessen anheimfallen lassen wollen und an ihrer Statt Prinzipien einer Abkehr der Kunst vom Leben, einer elitären Kunst, der persönlichen Willkür des Künstlers behaupten.

Daß gerade in der UdSSR und nur in der UdSSR der Aufbau der neuen Kunst und Kultur nicht denkbar ist, ohne die besten demokratischen Traditionen der früheren Kultur wahrzunehmen,

---

150 Dies bezieht sich – auch in der Vorlage – offenbar auf die „Freiheit der Kunst" und nicht auf die „Gegenpropaganda".

151 Chaplin, Charles Spencer (1889-1977), Schauspieler und Filmregisseur.

daß gerade die UdSSR und nur die UdSSR diese Traditionen propagiert, ist durch die sozialistische Natur des Sowjetstaats und die Herrschaft der fortschrittlichsten gesellschaftlichen Ideen in ihm bedingt.

Die in der UdSSR bestehende und in dem Beschluß des ZK der WKP(B) „Über die Oper ‚Eine große Freundschaft' von W. Muradeli" in aller Deutlichkeit formulierte Einstellung zum klassischen künstlerischen Erbe und zur klassischen künstlerischen Tradition ist einer der hervorstechendsten Beweise für den progressiven und demokratischen Charakter der sowjetischen Kultur.

Wenn sich die sowjetische Kultur den Klassikern der russischen und der Weltkunst zuwendet, sieht sie diese als Vorbilder des Dienstes der Kunst am Volk und stellt sie in diesem Sinne der zeitgenössischen Kunst des imperialistischen Westens entgegen, einer Kunst, die die Interessen des Volkes mißachtet und verrät. Die sowjetische Regierung und die WKP(B), die in allen Bereichen und so auch im Bereich der Kunst über die Interessen des sowjetischen Volkes wachen, können eine derartige Einstellung gegenüber den Interessen des Volkes von Seiten sowjetischer Künstler nicht tolerieren. Insofern handelt es sich bei der Kritik, der das ZK der WKP(B) das Schaffen der sowjetischen Komponisten unterzogen hat, nicht um eine Reglementierung der Kunst von oben, sondern um die Spiegelung des Willens der sowjetischen Volksmassen, d. h. um eine demokratische Kritik. Beleg dafür sind zahlreiche Reaktionen sowjetischer Bürger auf den Beschluß des ZK der WKP(B), die in der sowjetischen Presse veröffentlicht wurden (s. Anlage[152]).

Was die dritte These der reaktionären bourgeoisen Presse betrifft, muß erklärt werden, daß es sich bei dem Dekret des ZK der WKP(B) um eine konsequente, auf W. I. Lenin und I. W. Stalin basierende Umsetzung der Parteilinie in Fragen der Kunstpolitik handelt.

Volkstümlichkeit und Realismus waren jene Forderungen, die in der UdSSR bereits von den ersten Tagen der Sowjetmacht an an die Kunst gestellt wurden. Bereits damals unterzog W. I. Lenin in einer Reihe von Arbeiten jeglichen Formalismus und jegliche künstlerische Taschenspielerei härtester Kritik, die in der Praxis des Proletkults aus einer falsch verstandenen Idee des Neuerertums resultierten. Bereits damals rief Lenin die sowjetischen Kulturschaffenden zu einer behutsamen Haltung gegenüber den klassischen Traditionen auf (Lenin „Über die proletarische Kultur", 1920, Band XXV, S. 409)[153].

I. W. Stalin hat in seiner Arbeit „Die Aufgaben der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens mit Blick auf die sowjetischen Republiken des Ostens" gezeigt, wie wichtig die nationale Form ist, um unterschiedliche Nationalitäten an die sozialistische Kultur heranzuführen, und davor gewarnt, daß eine Vernachlässigung dieser Form eine Entfremdung von den Massen und die Degeneration zu linkem Schwätzertum zur Folge hat (Stalin, „Fragen des Leninismus", Ausgabe VI, S. 255-261)[154].

Im Kern wurden die vom ZK der WKP(B) an die sowjetischen Komponisten gerichteten Forderungen bereits vor einigen Jahren in dem Aufsatz „Durcheinander statt Musik" formuliert, der seinerzeit im Zusammenhang mit der Aufführung von Schostakowitschs Oper „Lady Macbeth von Mzensk" in der Prawda veröffentlicht wurde.

Darüber hinaus bezogen sich auch die erst kürzlich in den Beschlüssen des ZK der WKP(B) „Über die Zeitschriften ‚Swesda' und ‚Leningrad'", „Über den Film ‚Großes Leben'" und „Über das Repertoire der sowjetischen Theater" gegebenen Instruktionen in ihrem prinzipiellen Teil nicht nur auf Literatur, Film und Theater, sondern auf alle Bereiche des künstlerischen Schaffens, was von den sowjetischen Komponisten nicht berücksichtigt wurde.

152 Anlage in der Vorlage nicht vorhanden.

153 Die Angaben beziehen sich auf die russische Ausgabe.

154 Auch diese Angaben beziehen sich auf die genannte russische Ausgabe.

Angesichts der von der *alten*[155] Führung des All-Unionskomitees für künstlerische Angelegenheiten und der alten Führung des Organisationskomitees des sowjetischen Komponistenverbandes zugelassenen Abweichung von der Parteilinie in der Kunstpolitik, die sich in der Ermunterung formalistischen Schaffens sowjetischer Künstler einerseits und mangelnder Aufmerksamkeit für die den Forderungen der Volkstümlichkeit und des Realismus entsprechende Musik andererseits ausdrückte, mußte das ZK der WKP(B) erneut und in solch entschiedenen Formen auf die Frage formalistischer Pervertierungen in der sowjetischen Musik zurückkommen.

Eine der Folgen dieser Abweichung von der Parteilinie waren unkorrekte, begeisterte Urteile über formalistische Werke sowjetischer Komponisten von Seiten der sowjetischen Kritik. Diese Urteile, die auch in der westlichen Musikwelt publik wurden, werden von der reaktionären Presse zum gegenwärtigen Zeitpunkt genutzt, um den Beschluß des ZK der WKP(B) zu diskreditieren. Gerade aus diesem Grund ist es besonders wichtig, die wahre, während des gesamten Bestehens der Sowjetmacht konsequente Parteilinie in kulturellen Fragen zu erklären.

Bei der Erklärung des Beschlusses des ZK der WKP(B) zu Fragen der Musik muß berücksichtigt werden, daß das formalistische Werk sowjetischer Komponisten im Ausland großen Erfolg hatte.

Dies ist einerseits leicht durch die Sympathien der ausländischen Volksmassen für die UdSSR zu erklären, die der sowjetischen Musik nicht so sehr wegen ihres künstlerischen Wertes als vielmehr wegen des Wunsches, Sympathie und Dankbarkeit für das sowjetische Volk und die Sowjetunion zu bekunden, Beifall spendeten.

Andererseits ist es nicht verwunderlich, daß formalistische Werke sowjetischer Komponisten Erfolg bei der professionellen ausländischen Musikkritik hatten, weil letztere selbst Positionen des Formalismus und Ästhetizismus vertritt.

Angesichts dessen muß eine Reihe von Vorträgen, Vorlesungen und Diskussionen im Haus der Kultur der Sowjetunion und in den Häusern der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion durchgeführt werden, um den Beschluß des ZK der WKP(B) zu Fragen der Musik zu erklären. Zur Durchführung dieser Vorträge und Vorlesungen müssen in erster Linie progressive Vertreter der deutschen Kultur herangezogen werden.

In der Presse muß in großem Umfang Material veröffentlicht werden, das sich auf den Beschluß des ZK der WKP(B) bezieht, insbesondere Reaktionen aus der Bevölkerung.

Es ist nicht nötig, vor Ort vorhandene formalistische Werke zu beschlagnahmen, aber es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, damit diese Werke nicht aufgeführt werden. Dabei muß unbedingt berücksichtigt werden, daß nicht alle Werke der in dem Beschluß des ZK der WKP(B) genannten Komponisten formalistisch sind. Die von der reaktionären Presse verbreitete Lüge, daß angeblich alle Werke der betreffenden Komponisten zur Aufführung in der UdSSR verboten sind, muß zurückgewiesen werden. Im Bolschoi-Theater laufen weiterhin S. Prokofjews Ballette „Aschenputtel" und „Romeo und Julia" und in den Moskauer Kinos ist der neue Film „Die russische Frage" mit Musik von A. Chatschaturjan angelaufen.

Anlage: Reaktionen auf den Beschluß des ZK der WKP(B) „Über die Oper ‚Eine große Freundschaft' von W. Muradeli".[156]

Der Leiter der Abteilung Mitteleuropa des WOKS *Je. Meleschko*

GARF 5283/22/106, Bl. 17-20. Original.

155 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage ergänzend maschinenschriftlich eingefügt worden.

156 In der Vorlage nicht vorhanden.

Nr. 118. Schreiben des stellvertretenden Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Orlow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über Maßnahmen zur Propaganda der sowjetischen Ideologie, Kultur und Wissenschaft. 20. März 1948

Geheim

In Ergänzung unseres Schreibens Nr. 214/3eo vom 10. März dieses Jahres.[157]

Zwecks Ausweitung der Kulturbeziehungen der UdSSR zur sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und zu Berlin erachten es die Genossen Sokolowski und Semjonow für nötig:

1. Die Leitung der All-Unions-Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher und kultureller Kenntnisse ist zu verpflichten, *unmittelbaren Kontakt zum Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin und zur Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion herzustellen*[158] und die Propaganda des sowjetischen gesellschaftlichen Aufbaus sowie der sowjetischen Ideologie, Kultur, Wissenschaft und Technik in Deutschland sicherzustellen. Insbesondere ist es erforderlich, *allmonatlich hochqualifizierte Lektoren* (Philosophen, Soziologen) nach Deutschland zu entsenden, Material zu schicken für die Lektoren der SMAD, die Vorträge in deutscher Sprache halten, und *ihnen methodische Hilfe zu erweisen*, den Austausch von Publikationen und die Sendung wissenschaftlich-technischer und geographischer Filme zu organisieren.

2. Der Verlag „Meschdunarodnaja kniga"[159] ist zu verpflichten, für das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin und soweit möglich auch für die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in den wichtigsten Zentren der Zone (Dresden, Leipzig, Halle, Weimar, Erfurt, Schwerin) *regelmäßig sowjetische Bücher und Zeitschriften zu schicken, da die in diesen Städten bestehenden Bibliotheken sowohl allgemein als auch insbesondere hinsichtlich sowjetischer Bücher zu ideologischen Fragen äußerst spärlich bestückt sind.*

3. WOKS ist zu verpflichten, im Verlauf des Frühjahrs und Sommers 1948 Ausstellungen sowjetischer Malerei, Skulptur und Grafik, über den kommunalen Wohnungsbau in der UdSSR sowie über die größten Städte (vor allem Leningrad, Stalingrad und andere) nach Deutschland zu schicken. *Einige Ausstellungen sollen möglichst unmittelbar aus Leningrad, Kijew und anderen Zentren* der Unionsrepubliken geschickt werden. Dabei sollen unbedingt zwei Ausstellungen mit Originalbildern sowjetischer Künstler geschickt werden.

4. Das Komitee für künstlerische Angelegenheiten ist zu verpflichten, in den nächsten Monaten Gruppen großer Meister der sowjetischen Kunst nach Deutschland zu entsenden und für den

---

157 Mit diesem Schreiben vom 10. März bat der stellvertretende Außenminister der UdSSR Wyschinski den Vorsitzenden des WOKS Kemenow unter Bezugnahme auf telegraphische Vorschläge von Marschall Sokolowski und seinem Politischen Berater Semjonow vom 6. März 1948 um regelmäßige Versorgung des Hauses der Kultur der Sowjetunion mit sowjetischer Literatur, um Organisierung von Ausstellungen sowie um regelmäßige Reisen sowjetischer Künstler nach Deutschland (in: GARF 5283/22/106, Bl. 53). Im sachlichen Kontext stehen auch die Dokumente „Über die Arbeit der zentraleuropäischen Abteilung des WOKS in Deutschland im 2. Quartal 1948" vom 23. März 1948 (in: GARF 5283/22/106, Bl. 56-58) sowie Orlow von der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR an L. D. Kislowa von der WOKS-Leitung vom 7. April 1948, in dem festgestellt wird, daß die 3. Europäische Abteilung keine Einwände gegen die Vorschläge des WOKS zur Verstärkung seiner Arbeit in Deutschland habe und daß über den Arbeitsplan die SMAD zu informieren sei (in: ebd., Bl. 59).

158 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

159 „Meschdunarodnaja Kniga", staatlicher sowjetischer Verlag für ausländische Literatur.

Rest des Jahres in Abstimmung mit der SMAD einen *Plan* zu erstellen. Wünschenswert wäre, das Tanzensemble der Völker der UdSSR unter Leitung von Moissejew, die Leningrader Kapelle sowie die Solisten Ulanowa[160] oder Lepeschinskaja[161], Dudinskaja[162], Spiller[163], Reisen[164], Sofronizki, die Violinisten Knuschewizki[165], Oistrach[166], Mrawinski[167], den *Organisten Gedike*[168], das Quartett des Bolschoi-Theaters oder andere Meister vergleichbarer Klasse zu schicken.

5. Kleineren Gruppen des Aktivs[169] der deutschen Gesellschaft[170] und herausragenden Vertretern der Kultur und Kunst sind Reisen in die UdSSR zu erlauben, damit sie persönlich das Leben der UdSSR und ihre Kultur kennenlernen können. Im einzelnen haben um eine Reiseerlaubnis nach Moskau gebeten: B. Kellermann, Anna Seghers und viele andere herausragende deutsche Schriftsteller, der Dirigent Furtwängler, herausragende Bühnenkünstler, der Wirtschaftswissenschaftler Kuczynski und andere.

Der stellvertretende Leiter der 3. Europäischen Abteilung *P. Orlow*

GARF 5283/22/106, Bl. 54 (Rückseite). Original.

Nr. 119. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Kemenow über den ersten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 24. Mai 1948

Geheim

Am 22. und 23. Mai fand in Berlin die erste Zonenkonferenz der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion statt. An der Konferenz nahmen 80 im April und Mai auf den Landeskonferenzen der Gesellschaft gewählte Delegierte sowie etwa 100 Gäste aus der Zone und aus Berlin teil.

Die Einberufung der Zonenkonferenz war auf den ersten Jahrestag der Gründung des Zentralen Organisationskomitees der Gesellschaft in Berlin und der Veröffentlichung des Befehls des Obersten Chefs der SMA in Deutschland[171] über die Genehmigung der Tätigkeit der Gesellschaft in der gesamten Sowjetzone angesetzt.

160 Ulanowa, Galina Sergejewna (1909-1998), Ballettänzerin, Tanzpädagogin am Moskauer Bolschoi-Theater.

161 Lepeschinskaja, Olga Wassiljewna (1916-), Ballettänzerin am Moskauer Bolschoi-Theater, 1943 WKP(B).

162 Dudinskaja, Natalja Michailowna (1912-2003), Ballettänzerin am Kirow-Theater in Leningrad.

163 Spiller, Natalja Dmitrijewna, 1935-58 Sängerin am Moskauer Bolschoi-Theater, 1947 Volkskünstlerin der RSFSR.

164 Reisen, Mark Ossipowitsch (1895-1992), Sänger, 1930-54 am Moskauer Bolschoi-Theater; 1937 Volkskünstler der UdSSR.

165 Knuschewizki, Swjatoslaw Nikolajewitsch (1908-1963), Cellist.

166 Oistrach, Dawid Fjodorowitsch (1908-1974), Geiger und Dirigent; ab 1939 Professor am Moskauer Konservatorium, 1942 WKP(B).

167 Mrawinski, Jewgeni Alexandrowitsch (1903-1988), Dirigent, ab 1938 Chefdirigent des symphonischen Orchesters der Leningrader Philharmonie.

168 Gedike, Alexandr Fjodorowitsch, Dr. (1877-1957), Pianist, Organist, Komponist; ab 1909 Professor am Moskauer Konservatorium, 1946 Volkskünstler der RSFSR.

169 Unter einem „Aktiv" verstand man damals das Funktionärcorps sowie aktive Mitglieder einer Leitung, Vereinigung oder auch Arbeitsgruppe.

170 Hier ist wahrscheinlich die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion gemeint.

171 Dies beruht auf einem Irrtum, weil die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion durch den nicht veröffentlichten Geheimbefehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 0134 vom 16. Mai 1947 in der SBZ zu-

Am ersten Konferenztag (22. Mai) fand in der Staatsoper ein öffentlicher Festakt aus Anlaß des ersten Jahrestages des Bestehens der Gesellschaft statt, auf dem über 1.500 Personen anwesend waren: Delegierte, Konferenzgäste, Mitglieder der Berliner Organisation der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Vertreter demokratischer gesellschaftlicher Organisationen, kultureller Einrichtungen und der progressiven Presse Berlins.

Die Sowjetische Militäradministration wurde durch den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Dratwin, den Politischen Berater Genosse Semjonow und den Chef der Informationsverwaltung der SMAD vertreten.

An die Adresse des Präsidenten der Gesellschaft und des Präsidiums der Konferenz ergingen Grußtelegramme des Obersten Chefs der SMA in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Genosse Sokolowski, der zentralen Vorstände der SED, der LDPD, der CDU, des FDGB, der FDJ, des Kulturbundes und des DFD sowie zahlreicher Landesvorstände verschiedener demokratischer Organisationen, von Betriebsräten einer Reihe großer Unternehmen sowie von Kultureinrichtungen und herausragenden Vertretern der deutschen Gesellschaft und Kultur.

Im Namen der Sowjetischen Militäradministration begrüßte der Chef der Informationsverwaltung der SMAD die Konferenz und im Namen des Kulturbundes der Redakteur der Zeitschrift „Aufbau", der Schriftsteller Klaus Gysi[172].

Anschließend trat der Präsident der Gesellschaft Professor Jürgen Kuczynski mit einem Grundsatzreferat auf.

Kuczynski legte die Aufgaben der Gesellschaft dezidiert dar und begründete, warum das eingehende Studium der fortschrittlichen sozialistischen Kultur der Sowjetunion für das deutsche Volk notwendig sei. Er verwies auf die Interessengleichheit des deutschen Volkes und der Völker der UdSSR, die für einen stabilen Frieden und Sicherheit der Völker kämpfen.

Mit großem Interesse hörten die Versammelten Kuczynskis Ausführungen über seine Reise in die Sowjetunion im Rahmen einer Delegation deutscher Schriftsteller und Kulturschaffender.[173] Kuczynski verlieh seiner Gewißheit Ausdruck, daß die Reise der Delegation von Vertretern der deutschen Kultur in die UdSSR der Stärkung und Ausweitung der Kulturkontakte zwischen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der UdSSR sowie einem Anwachsen der Sympathie für die UdSSR in weiten Kreisen des deutschen Volkes förderlich sein werde.

Abschließend rief der Vortragende zum aktiven Kampf gegen die von der Reaktion verbreitete antisowjetische Verleumdung und zum Kampf für die politische, ökonomische und kulturelle Einheit Deutschlands auf.

Am Abend gab die Informationsverwaltung im Haus der Kultur der Sowjetunion einen großen Empfang für die Delegierten und Gäste der Konferenz, der in herzlicher und freundschaftlicher Atmosphäre verlief. In kurzen Auftritten und Trinksprüchen wurde von deutscher Seite dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß sich die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" durch gute Arbeit das Recht erkämpfen werde, zu einer „Gesellschaft der Freundschaft mit der Sowjetunion" zu werden.

---

gelassen wurde. In der „Täglichen Rundschau" vom 1. Juli 1947 erschien lediglich ein Gründungsantrag an die SMAD, nachdem am 30. Juni 1947 in Berlin die Gründungsveranstaltung stattgefunden hatte.

172 Gysi, Klaus (1912-1999), 1931 KPD, 1935 Diplom-Volkswirt, 1936-40 Exil in England und in Frankreich, 1940-45 illegale Tätigkeit in Berlin, 1946 SED, 1945-48 Chefredakteur der Zeitschrift „Aufbau", ab 1945 Mitglied des Präsidialrates und 1949-51 Bundessekretär des Kulturbundes, 1951 Funktionsverbot, 1952-57 stellvertretender, später Abteilungsleiter im Verlag „Volk und Wissen", 1957-77 Mitglied des Präsidiums des Kulturbundes, 1966-73 Minister für Kultur der DDR, 1973-78 DDR-Botschafter in Italien und Malta, 1979-88 Staatssekretär für Kirchenfragen, 1990 Mitglied der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS).

173 Im April/Mai 1948 besuchte eine deutsche Delegation von Schriftstellern und Kulturfunktionären die UdSSR, zu der u.a. Kuczynski, Stephan Hermlin, Eduard Claudius, Bernhard Kellermann und Wolfgang Harich gehörten. Über die propagandistische Auswertung berichtete Tjulpanow an WOKS am 29. Mai 1948. Vgl. GARF 5283/22/106, Bl. 60-66.

Am 23. Mai setzte die Konferenz ihre Arbeit in den Räumlichkeiten des Hauses der Kultur der Sowjetunion fort. Im Zuge der Debatte über den Rechenschaftsbericht des Zentralvorstandes (der allen lokalen Organisationen zuvor zugeschickt worden war) ergriffen 20 Personen das Wort.

Der Rechenschaftsbericht zeigt, daß sich die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion innerhalb relativ kurzer Zeit zu einer einflußreichen Organisation entwickelt hat, die sich in weiten Kreisen der Bevölkerung der Sowjetzone Popularität und Autorität erobern konnte. Zum 1. Mai 1948 hatte die Gesellschaft etwa 30.000 Mitglieder[174]. Gruppen der Gesellschaft gibt es in 118 Städten und Ortschaften. Die Gesellschaft verfügt über 42 Klubs, die systematische Arbeit leisten. Die von der Gesellschaft veranstalteten Vorlesungen, Vorträge über die Sowjetunion, Konzerte, Kulturabende, Ausstellungen und Filmfestivals wurden im Rechenschaftszeitraum von mehr als vier Millionen Menschen besucht.

Die Delegierten der Ortsgruppen wiesen auf eine Reihe gravierender organisatorischer Mängel in der Arbeit der Gesellschaft hin und machten zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Tätigkeit des Zentralvorstandes und der lokalen Gruppen. Insbesondere wiesen sie auf die Notwendigkeit hin, die Kontakte der Gesellschaft zu Gewerkschafts- und Jugendorganisationen zu stärken, die Aktivitäten der Gesellschaft in den Betrieben zu intensivieren, um den Arbeiteranteil unter den Mitgliedern der Gesellschaft zu steigern sowie die mit der Publikation methodischen Materials für Lektoren über die Sowjetunion und mit der Organisation von Fotoausstellungen usw. in Zusammenhang stehende Arbeit zu verbessern.

Alle Redner verwiesen zudem auf die dringende Notwendigkeit, den Kulturaustausch mit der Sowjetunion zu intensivieren, Besuchsreisen sowjetischer Kulturschaffender, Musiker und Theatergruppen zu organisieren und die Beziehungen zum WOKS und zu wissenschaftlichen und kulturellen Organisationen und Einrichtungen der Sowjetunion weiter zu verbessern.

In den Beschlüssen der Konferenz wurden die zentralen Aufgaben der Gesellschaft für die nähere Zukunft formuliert und in der Satzung der Gesellschaft einige unerhebliche, von der Redaktionskommission vorgeschlagene Änderungen bestätigt.[175]

Anschließend fanden Wahlen zum Zentralvorstand der Gesellschaft statt. Insgesamt wurden 35 Personen in den Vorstand gewählt, größtenteils Mitglieder der SED und Parteilose. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde einstimmig Professor Kuczynski (SED) gewählt. Vizepräsidenten sind die bekannte deutsche Schriftstellerin Anna Seghers (SED) und der Präsident der deutschen Akademie der Wissenschaften Professor Stroux (parteilos). Auch hochangesehene Vertreter der deutschen Kultur und Gesellschaft wurden in den Vorstand gewählt, im einzelnen der Schriftsteller Bernhard Kellermann (parteilos), der Dichter Erich Weinert (SED), der künstlerische Leiter der Berliner Staatsoper Ernst Legal (parteilos), Professor Winter (Halle, parteilos), Professor Haack (Weimar, parteilos), der Künstler Professor Ehmsen (Berlin, parteilos), der Minister für Volksbildung des Landes Mecklenburg Grünberg (SED), Professor Dieckmann[176] (Dresden, LDP), der Minister für Volksbildung des Landes Sachsen Holzhauer[177] (SED), Minister

---

174 Nur 19.166 Mitglieder zum 31. März 1948 laut: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin (Ost) 1956, S. 84. Die gleiche Zahl nennt auch: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, Berlin 1967, S. 155.

175 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch handschriftliche Randanstreichung hervorgehoben und mit einem unleserlichen Vermerk versehen.

176 Dieckmann, Johannes (1893-1969), 1945 LDP, 1948-50 Stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister in Sachsen, 1949 Präsident der (provisorischen) Volkskammer, 1960 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

177 Holzhauer, Helmut (1912-1973), 1945/46 KPD/SED, 1946-48 Bürgermeister von Leipzig, 1948-51 Minister für Volksbildung in Sachsen, 1951-53 Mitglied im Ministerrat, Staatssekretär und Vorsitzender der Staatlichen

Karsten (Schwerin, CDU)[178], der Musikprofessor Tissen (Berlin, parteilos), Professor Bontjes van Beek[179] (Berlin, parteilos), der Verleger Michael Tschesno[180] (SED) und andere.

Die gesamte progressive Berliner Presse hat umfangreich über den Jahrestag der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion berichtet und Artikel und Material über die erste Zonenkonferenz der Gesellschaft veröffentlicht. Auch im Radio wurde über die Arbeit der Konferenz berichtet.

Auf der Konferenz der Gesellschaft wurde eine sowjetische Delegation erwartet, deren Zusammensetzung WOKS und *das Sowinformbüro*[181] mitgeteilt hatten (was dazu führte, daß in einigen Berliner Zeitungen noch vor Beginn der Konferenz unter Berufung auf Material des Informationsbüros der SMAD Meldungen über den bevorstehenden Besuch einer Delegation und ihre Zusammensetzung veröffentlicht wurden). Aber bereits nach Beginn der Konferenz stellte sich heraus, daß die Delegation nicht kommen würde und WOKS sich auf eine Grußbotschaft an das Präsidium der ersten Zonenkonferenz der Gesellschaft beschränkte. Diese Grußbotschaft, die wir in der Nacht zum 23. Mai erhalten haben, wurde von uns an die Führung der Gesellschaft weitergeleitet und auf der Abschlußsitzung der Konferenz verlesen.

Schlußfolgerungen:

1. Die erste Zonenkonferenz und die Bilanz der Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion im ersten Jahr ihres Bestehens haben gezeigt, daß sich die Gesellschaft in die richtige Richtung entwickelt als Organisation, die Kader aufrichtiger Freunde der Sowjetunion heranzieht, die Verbreitung wahrheitsgemäßer Information über die Sowjetunion fördert und die sowjetische Kultur in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone popularisiert.

2. Positive Momente der Tätigkeit der Gesellschaft sind deren korrekte Ausrichtung auf die Propaganda der Sowjetunion als sozialistischer Staat und der ausgeprägt antiimperialistische Charakter dieser Propaganda.

3. In den Reihen der Gesellschaft ist ein Kader aktiv arbeitender Funktionäre herangewachsen, unter ihnen sind sehr zahlreich junge Leute vertreten, die eine spezielle Ausbildung in der antifaschistischen Schule der SMAD absolviert haben, und ehemalige Kriegsgefangene, die eine Ausbildung in antifaschistischen Schulen in der UdSSR durchlaufen haben.[182]

4. Die weitere Ausweitung der Tätigkeit der Gesellschaft erfordert von Seiten der lokalen Organisationen der SED eine aktivere Beteiligung an deren Arbeit und Hilfe sowie eine Stärkung der

---

Kommission für Kunstangelegenheiten, 1954-71 Direktor der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar.

178 Nicht idententifizierbar, vermutlich ist der Lehrer Martin Karsten gemeint, CDU-Mitglied und 1947 stellvertretender Vorsitzender der DSF in Mecklenburg.

179 Bontjes van Beek, Jan (1899-1969), Keramiker und Bildhauer, 1946-50 Dozent, Professor, Rektor der Kunsthochschule Berlin-Weißensee, 1950 Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland.

180 Tschesno-Hell, Michael (1902-1980), Verleger, Filmautor, 1922 KPD, nach 1933 in der Emigration in Frankreich, Holland und der Schweiz. 1945 Vizepräsident der deutschen Zentralverwaltung für Umsiedler, 1946 SED, 1947 Mitbegründer des Verlages „Volk und Welt".

181 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

182 Ab 1942 fanden in sowjetischen Lagern für deutsche Kriegsgefangene sogenannte antifaschistische Umerziehungskurse statt, die insgesamt etwa 50.000 Deutsche absolviert hatten, von ihnen kehrten etwa 18.000 später in die DDR zurück. In der SBZ unterhielt die SMAD bis 1948 eine Antifa-Schule in Königs Wusterhausen. Franz Dahlem vom Zentralsekretariat der SED schrieb am 16. Mai 1949 an Oberst Tjulpanow: „Ich bitte [...], zu Hause zu ersuchen, daß wir die Charakteristiken der Schüler der Antifaschule 27 so rechtzeitig vorher bekommen, daß bereits mit ihnen über ihre vorgesehene Verwendung gesprochen werden kann, wenn sie in Frankfurt/Oder eintreffen." In: BArch/Nachlaß Tjulpanow, ungeordnet.

Beziehungen der Gesellschaft zu gewerkschaftlichen und anderen demokratischen gesellschaftlichen Organisationen der Sowjetzone.

5. Zur Steigerung des Einflusses der Gesellschaft auf breite Kreise der Bevölkerung und zur Verbesserung des Inhalts ihrer Tätigkeit ist es erforderlich, daß WOKS der Gesellschaft systematischer und in größerem Umfang Material über die Sowjetunion schickt und die Beziehungen der Gesellschaft zu sowjetischen Wissenschafts- und Kulturorganisationen intensiviert werden. Ferner muß im Verlauf des laufenden Jahres eine Besuchsreise einer Delegation von sowjetischen Kulturschaffenden, Meistern der sowjetischen Kunst und Lektoren für Auftritte in den Häusern (Klubs) der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion realisiert werden.

Der Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Oberst *Tjulpanow*

GARF 5283/22/106, Bl. 38-41. Original.

Nr. 120. Bericht des Vorsitzenden des WOKS Kemenow an den stellvertretenden Leiter der Abteilung Außenpolitik des ZK der WKP(B) Ponomarjow[183] über Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit mit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 9. August 1948[184]

Geheim

Bericht
über Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit mit der „Deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion", durchgeführt von WOKS von Mai bis Juli 1948

In Übereinstimmung mit dem Beschluß des ZK der WKP(B) vom 10. Mai 1948[185] hat WOKS in der Zeit von Mai bis Juli 1948 folgende Arbeit geleistet:

1. Im April/Mai dieses Jahres hat eine Delegation deutscher Kulturschaffender auf Einladung des Schriftstellerverbandes der UdSSR die UdSSR besucht. Die vier dem Vorstand der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion angehörenden Delegationsmitglieder: Professor J[ürgen] Kuczynski, die Schriftstellerin Anna Seghers, der Künstler Heinrich Ehmsen und der Verlagsdirektor Michael Tschesno wurden zweimal von WOKS empfangen. Darüber hinaus haben sie auf Vermittlung von WOKS sowjetische Kulturschaffende und leitende Funktionäre getroffen. Organisiert wurden Gespräche des Vorsitzenden des Vorstandes der Gesellschaft Professor Kuczynski mit dem Direktor des Marx-Engels-Lenin-Instituts W. S. Kruschkow[186] und dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität Professor Udalzow, ein Gespräch Anna Seghers' mit dem Vizepräsidenten der Pädagogischen Sektion des WOKS Professor Medynski, Treffen des Künstlers Ehmsen mit dem stellvertretenden Leiter der Verwaltung für Einrichtungen der Bildenden Kunst beim All-Unionskomitee für Kunstangelegen-

183 D.i. Boris N. Ponomarjow.

184 Der Bericht ist vom 9. Aug. datiert, das Begleitschreiben vom 10. Aug. 1948.

185 Vgl. ZK WKP(b) – Politbjuro/s[owerschenno] s[ekretno] Protokol No. 63 sassedanija Politbjuro ZK WKP(b) ot 10.V.[19]48g., in: RGASPI 17/3/1070, Bl. 32. Vgl. auch Dokument Nr. 112 passim.

186 Kruschkow, W. S. (1905-1991), 1944-49 Direktor des Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der WKP(B), 1949-50 stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung Agitation und Propaganda, 1950-53 Leiter der ZK-Abteilung für schöne Literatur, 1953-55 Leiter der ZK-Abteilung für Propaganda und Agitation.

heiten A. K. Lebedew sowie mit dem Kunsthistoriker G. A. Nedoschibyn und mit den Künstlern A. M. Gerassimow[187] und G. Maniser, ferner ein Gespräch M. Tschesnos mit dem Direktor des Verlags „Meschdunarodnaja kniga" K. M. Kaganowitsch.

Für die Zukunft plant WOKS, einen Briefwechsel zwischen den genannten deutschen Kulturschaffenden und jenen sowjetischen Kulturschaffenden und Einrichtungen zu organisieren, mit denen sie in der UdSSR persönlichen Kontakt hatten.

Eine von WOKS zusammengestellte Delegation sowjetischer Kulturschaffender, die den Ersten Kongreß der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in Berlin (22. und 23. Mai dieses Jahres) besuchen sollte, konnte nicht abreisen, weil der Beschluß über die Abkommandierung der Delegation nicht zu Stande kam. WOKS hat der Gesellschaft ein Grußtelegramm geschickt, das auf der feierlichen Sitzung des Kongresses verlesen wurde.

2. Umfassende Hilfe, insbesondere hinsichtlich der Lieferung von Material, erhält die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion vor Ort vor allem vom Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin. An die Adresse des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin hat WOKS von Mai bis Juli 1948 folgendes Material geschickt:

Literatur:	333 Bücher
Aufsätze:	16
Lehrmaterial für den Russischunterricht:	4
Fotochroniken:	2 Nummern in jeweils 4 Exemplaren
Fotoserien:	7

Das Ausstellungsalbum „Vorrevolutionäre russische Malerei" mit etwa 150 Farbreproduktionen.

Das von WOKS an das Haus der Kultur geschickte Material wird vereinbarungsgemäß auch der Gesellschaft zur Nutzung überlassen.

Unmittelbar für die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion wurden im betreffenden Zeitraum folgende Materialien geschickt (über die SMAD und das Haus der Kultur der Sowjetunion):

1. Literatur: 600 Bücher
2. Den Aufsatz „Lenin über Tschernyschewski" von N. Meschtscherjakow für die Literatursektion der Gesellschaft.
3. Den Aufsatz „Kindertheater in der Sowjetunion" von O. Olidor (in deutscher Sprache, mit 25 Fotoillustrationen) für die Theatersektion der Gesellschaft.
4. Die Fotoserie „Der Sonntag des sowjetischen Soldaten".
5. Fotomaterial über sechs sowjetische Theateraufführungen an W. Langhoff (für die Theatersektion der Gesellschaft).
6. Die Fotoserien „W. Majakowski" und „Die Metrostation Majakowskaja" an den Verleger M. Tschesno (auf dessen Bitte).

Angesichts der Tatsache, daß zwischen der UdSSR und Deutschland keine Postverbindung besteht (es wird keine Art von Korrespondenz an die Adresse deutscher Institutionen und deutscher Bürger angenommen), kann WOKS das Material nicht, wie für andere Staaten üblich, in einer größeren Zahl Banderolen nach Deutschland schicken. Das gesamte Material wird mit der Diplomatenpost nach Deutschland geschickt, deren Kapazitäten begrenzt sind. Dadurch erklärt sich die relativ geringe Menge des von WOKS an die Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion geschickten Materials.

Selbst sowjetische Zeitschriften und Zeitungen für die Gesellschaft müssen auf die Feldpost-Adresse des Hauses der Kultur der Sowjetunion abonniert werden, dessen Leitung die von WOKS erhaltenen Periodika vereinbarungsgemäß an die Gesellschaft zum Studium der Kultur

187 Gerassimow, Alexandr Michailowitsch (1881-1963), Maler.

der Sowjetunion weiterleitet. Für das Jahr 1948 abonniert WOKS für die deutsche Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion acht Titel sowjetischer Zeitungen und 33 Zeitschriften (insgesamt 344 Jahresabonnements).

Es würde die Versorgung der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion mit Periodika und Literatur erheblich erleichtern, wenn das Postministerium der UdSSR angewiesen werden könnte, für die Gesellschaft eine Ausnahme zu machen und an deren Adressen gerichtete Korrespondenz aus der Sowjetunion entgegenzunehmen.

3. WOKS hat die Arbeit an der Ausstellung „Das Moskauer Künstlertheater" abgeschlossen. Es handelt sich um eine große Ausstellung (70 Ausstellungstafeln) mit deutschsprachigem Text, welche die 50-jährige Geschichte des Theaters dokumentiert. Die Ausstellung wird in nächster Zeit nach Deutschland geschickt, wo sie im Berliner Haus der Kultur der Sowjetunion und anschließend in den deutschen Gesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion gezeigt wird. Außerdem wird ein Exemplar der von WOKS zusammengestellten Ausstellung „Sowjetisches Buch" (etwa 4.500 Exponate), das zunächst in Ungarn gezeigt wird, anschließend nach Deutschland geschickt. Darüber hinaus wird geprüft, eine Ausstellung der Werke vier sowjetischer Künstler (A. Gerassimow, S. Gerassimow[188], A. Plastow[189], A. Deineka[190]), die mit Erfolg in Österreich, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und in anderen Ländern Osteuropas gezeigt worden ist, nach Deutschland zu schicken. Außerdem bereitet WOKS für die nächste Zeit für die deutsche Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion drei Ausstellungen („Architektur der Völker der UdSSR", „Sowjetische Sportler", „W. G. Belinski"[191]) sowie acht Fotoserien und Fotoreportagen und sieben Aufsätze zur Publikation in der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft" vor („Das Finanzsystem in der sozialistischen Wirtschaft", „Gorki und Dostojewski[192]", „Die Tätigkeit der All-Unionsgesellschaft zur Verbreitung kultureller und politischer Kenntnisse", „Die Entwicklung von Körperertüchtigung und Sport in der UdSSR", drei Aufsätze über „Die Blüte der Kultur in den sowjetischen Unionsrepubliken"). Geplant ist ferner, die Bibliotheken von 55 Abteilungen der Gesellschaft zu komplettieren (darunter auch die große zentrale Bibliothek der Gesellschaft in Berlin).

4. WOKS erhält viele Einladungen für Reisen sowjetischer Kulturschaffender nach Deutschland. Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion bittet besonders nachdrücklich, sowjetische Wissenschaftler nach Deutschland zu entsenden, damit diese Vorlesungen zu Fragen der Politik, Ökonomie, Philosophie, der sowjetischen Gesetzgebung usw. halten.

Die Kunstschule Weimar lädt sowjetische Kunststudenten zu den Festlichkeiten aus Anlaß der Eröffnung des Goethe-Theaters in Weimar ein.

Eine Annahme dieser Einladungen erachten wir als sinnvoll.

Der Vorsitzende der Leitung des WOKS W. Kemenow

GARF 5283/22/106, Bl. 92-96. Beglaubigte Kopie.

188 Gerassimow, Sergei Wassiljewitsch (1885-1964), Maler.
189 Plastow, Arkadi Alexandrowitsch (1893-1972), Maler.
190 Deineka, Alexandr Alexandrowitsch (1899-1969), Maler.
191 Belinski, Wissarion Grigorjewitsch (1811-1848), Literaturkritiker, Publizist.
192 Dostojewski, Fjodor Michailowitsch (1821-1881), Schriftsteller.

Nr. 121. Schreiben des Vorsitzenden des WOKS Kemenow an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Sorin über die Beförderung von Materialien für die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und das Haus der Kultur in Berlin durch das Außenministerium. 25. August 1948

Geheim

Der Umfang der von WOKS in Deutschland geleisteten Arbeit hat in letzter Zeit erheblich zugenommen. Während WOKS in Deutschland früher hauptsächlich damit beschäftigt war, das Berliner Haus der Kultur [der Sowjetunion] mit Material auszustatten, ist es mittlerweile infolge der Aktivierung der Arbeit der im Mai 1947 gegründeten deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu einer ebenso wichtigen Aufgabe geworden, auch dieser Gesellschaft und ihren 118 lokalen Abteilungen durch Bereitstellung von Material (Aufsätze, Bücher, Fotos usw.) zu helfen.

Eine zügige Versorgung der Abteilungen der Gesellschaft mit Material wird durch das Fehlen einer Postverbindung zwischen der UdSSR und Deutschland erschwert (an deutsche Organisationen und Privatpersonen adressierte Banderolen werden in der UdSSR nicht angenommen). Das bestehende Gewichtslimit des WOKS für die Diplomatenpost nach Deutschland von zehn Kilogramm ist völlig unzureichend.

Ich erachte es für notwendig, das Gewichtslimit von WOKS für Deutschland auf 30 bis 40 kg anzuheben, damit WOKS der Informationsverwaltung der SMAD alle eiligen Materialien rechtzeitig zur Weiterleitung an die Gesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion und die Häuser der Kultur der Sowjetunion zur Verfügung stellen kann.[193]

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Der Vorsitzende der Leitung des WOKS W. Kemenow

GARF 5283/22/106, Bl. 142. Beglaubigte Kopie.

Nr. 122. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den stellvertretenden Leiter der Auslandsabteilung des ZK der WKP(B) Baranow[194] über Vortragsthemen für Deutschland. 30. August 1948

Geheim

Bezugnehmend auf Ihre Anfrage hinsichtlich der Thematik der von sowjetischen Lektoren für das deutsche Publikum gehaltenen Vorlesungen trage ich vor:

Im Zusammenhang mit der Anfrage des Außenministeriums der UdSSR vom Juni dieses Jahres hinsichtlich der Thematik von geeigneten Vorlesungen der All-Unionsgesellschaft zur Verbreitung

193 Mit Schreiben vom 6. Okt. 1948 erlaubte das Außenministerium dem WOKS, mit jeder diplomatischen Postsendung nach Berlin 30 kg WOKS-Material befördern zu dürfen (vgl. MID/WOKS/6. Okt. 1948, in: GARF 5283/22/106, Bl. 143). 1946 wurde die diplomatische Post zwischen Berlin und Moskau nur einmal im Monat bedient. Vgl. Foitzik, SMAD 1999, S. 295.

194 Baranow, Leonid Semjonowitsch (1909-1953), stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Information bzw. der Auslandsabteilung des ZK der WKP(B) und ab 1949 Mitglied der Außenpolitischen Kommission des ZK.

wissenschaftlicher und politischer Kenntnisse zur Lesung in der sowjetischen Besatzungszone, hat die Informationsverwaltung dem Außenministerium der UdSSR über den Politischen Berater der SMAD folgende Vorlesungsthemen mitteilen lassen, deren Lesung ich für deutsche Zuhörer in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands für zweckmäßig erachte:

1. Marxistische Dialektik als Wissenschaft
2. Grundzüge der marxistischen dialektischen Methode
3. Die marxistische Staatslehre
4. Formen des sozialistischen gesellschaftlichen Bewußtseins
5. Sozialismus und Kommunismus
6. Die Rolle der Intelligenz beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR
7. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
8. Die Stalinschen Fünfjahrpläne der Vorkriegszeit
9. Die Stalinschen Fünfjahrpläne der Nachkriegszeit
10. Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus
11. Was ist eine Kolchose?
12. Die ökonomische Stärke des Sowjetstaates
13. Die große Freundschaft zwischen Lenin und Stalin
14. Die Partei Lenins und Stalins – Inspirator und Organisator der großen Siege des sowjetischen Volkes
15. Grundlagen des sowjetischen Rechts
16. Grundprinzipien der sowjetischen Außenpolitik
17. Die Außenpolitik der UdSSR zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges
18. Dreißig Jahre sowjetische Außenpolitik
19. Lenin und Fragen der Literatur
20. Die Weltgeltung der russischen Musikliteratur und Entwicklungswege der sowjetischen Musik
21. Aufgaben der sowjetischen Musik
22. Entwicklung der sowjetischen Musik
23. Gesellschaftlicher und staatlicher Aufbau der UdSSR
24. Grundprobleme der sowjetischen Biologie
25. Die russische physiologische Schule und ihre Bedeutung für die Weltwissenschaft
26. Lenins Kampf für den Materialismus in der Wissenschaft Anfang des 20. Jahrhunderts
27. Die Lehre von der Materie und der Bewegung im Zusammenhang mit den Erfolgen der modernen Physik
28. Die Weltgeltung der russischen Literatur
29. A. S. Puschkin
30. Dreißig Jahre sowjetische Literatur
31. L. N. Tolstoi[195]
32. Überblick über die internationale Lage[196]

Zur Beschleunigung der demokratischen Umerziehung im Bereich der Volksbildung bitte ich um regelmäßige Abkommandierung sowjetischer Wissenschaftler, um zu den folgenden Themen Vorlesungsreihen für Professoren, Doktoranden, Hochschulstudenten und Schullehrer zu halten:

---

195 Tolstoi, Lew Nikolajewitsch (1828-1910), Schriftsteller.

196 Bis hierher sind das Anschreiben und die Themenliste identisch mit dem Inhalt des Schreibens Tjulpanows an den Politischen Berater Semjonow vom 14. Juni 1948 (in: AWP RF 0457b/6/38/25, Bl. 191-192). Darin befindet sich ein amüsanter, handschriftlich korrigierter Tippfehler in Punkt 10: Ursprünglich hieß das Vortragsthema „Der Übergang vom Kommunismus zum Sozialismus".

1. Deutsche Historiografie

2. Psychologie:
   a) Probleme der Entwicklung in der Psychologie
   b) Erblichkeit, Milieu und Erziehung
   c) Persönlichkeitslehre
   d) Methoden der psychologischen Analyse

3. Kritik der Hauptströmungen der zeitgenössischen bourgeoisen Pädagogik:
   a) Pragmatische Pädagogik
   b) „Kulturelle" Pädagogik[197]
   c) Theorie der „Arbeitsschule" und ihre Vertreter
   d) Anthroposophie

4. Herausragende Vertreter der russischen und sowjetischen Pädagogik

5. Pädagogik:
   a) Gegenstand und Methode der sowjetischen Pädagogik
   b) sittlich-moralische Erziehung in der sowjetischen Schule
   c) Methoden und Organisation des Unterrichts in der sowjetischen Schule
   d) außerschulische Arbeit in der sowjetischen Schule

6. „Neue Sprachlehre" (wünschenswert ist eine Vorlesungsreihe des Professors des N. Ja. Marr-Instituts für Sprache und Denken der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Genosse *Jakowlew*[198])
7. Kurzer Kurs der Geschichte der UdSSR (in russischer Sprache)
8. Was ist Sozialistischer Realismus?
9. Theoretische Grammatik der russischen Sprache (in russischer Sprache)
10. Grundprinzipien der sowjetischen Literaturwissenschaft
11. Einführung in die Slawische Philologie (in russischer Sprache)
12. Ziel und Prinzipien der Struktur des Studiengangs „Allgemeine Literatur" an den sowjetischen Hochschulen (wünschenswert in Form eines Vortrags auf dem Germanistenkongreß im Oktober dieses Jahres)

Mit der Organisation von Vorlesungen sowjetischer Lektoren für das deutsche Publikum im Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin und in den Häusern der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in den Städten der Sowjetzone können wir im September dieses Jahres beginnen.

Es wäre sehr wünschenswert, daß die All-Unionsgesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse unabhängig vom Zustandekommen der Vorlesungsreisen von Lektoren an das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin Stenogramme aller Vorlesungen zu den vorgeschlagenen Themen schickt.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen Generalleutnant *Russkich*

RGASPI 17/128/567, Bl. 72-75. Original.

197 In der Vorlage: „kulturnaja' pedagogika".
198 Der kursiv gesetzte Name ist in der Vorlage handschriftlich zweifach unterstrichen.

Nr. 123. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den stellvertretenden Chef der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee Generalleutnant Schatilow[199] über die Arbeit der Abteilung Kultur der Informationsverwaltung der SMAD. 20. September 1948[200]

Geheim

Über die Arbeit der Abteilung Kultur der Informationsverwaltung der SMAD.

Auf Anordnung von Generaloberst Genosse Schikin hat eine Sonderkommission im August dieses Jahres die Arbeit der Abteilung Kultur der Informationsverwaltung der SMAD überprüft.

Die Kommission stellte fest, daß die von Oberstleutnant Genosse Dymschiz geleitete Abteilung Kultur vor allem in Fragen der Kontrolle und Lenkung der Tätigkeit deutscher Bühnenunternehmen und der Propaganda der Errungenschaften der sowjetischen Literatur und Kunst usw. große Arbeit geleistet hat, warf zugleich aber die Frage auf, inwieweit Aufgabenumfang und Funktionsbestimmung der Abteilung Kultur den Anforderungen gerecht werden.

Aufgrund der gegenwärtigen personellen Ausstattung beschränkt sich die Abteilung vor allem darauf, mit Vertretern von Kunst und Literatur zu arbeiten, dabei hauptsächlich auch nur mit den Spitzenkräften. Diese Arbeit ist wichtig und nötig, reicht aber nicht aus.

Außerhalb des Blickfeldes der Abteilung bleiben weite Kreise von Wissenschaftlern, Professoren und Hochschuldozenten, Juristen, Ärzten, Ingenieuren usw. Bis heute ist z. B. faktisch niemand damit beschäftigt, die ideologische Arbeit in Fragen der Philosophie, Geschichte und Politischen Ökonomie zu lenken. Dieses gravierende Versäumnis kann nicht hingenommen werden. Unter den Mitarbeitern der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland gibt es zahlreiche wissenschaftliche Arbeiter und Spezialisten für unterschiedliche Wissensbereiche, die herangezogen werden sollten, Vorlesungen zu halten, Aufsätze zu schreiben, neu erschienene Bücher zu rezensieren usw. Die ideologische Arbeit mit der deutschen Intelligenz muß so organisiert werden, daß man von ihren professionellen Interessen und Bedürfnissen her an diese herantritt. Gleichzeitig muß die Führung der ideologischen Arbeit unter der Intelligenz zentralisiert werden.

Ausgehend davon hat es die Kommission für zweckmäßig und nötig erachtet, die gesamte ideologische Arbeit mit der Intelligenz, einschließlich der Lehrer, Ärzte und der technischen Intelligenz in einer Hand zu konzentrieren. Da die Abteilung Kultur bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Führung des Kulturbundes als der Sonderorganisation der deutschen demokratischen Intelligenz zuständig ist, sollten ihr in Zukunft sämtliche Aufgaben der Koordination und allgemeinen Lenkung der ideologischen Arbeit unter der Intelligenz übertragen werden.

Auf der anderen Seite darf die Abteilung Kultur nicht vernachlässigen, die fortschrittliche demokratische Kultur den Massen näherzubringen. Andernfalls würde die Arbeit der Abteilung Kultur oberflächlich bleiben. Die Abteilung muß eine Führungsrolle bei der Lenkung der gesamten von Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenorganisationen getragenen kulturellen Massenarbeit spielen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bleiben diese Fragen außerhalb des Blickfeldes der Abteilung Kultur. Die Kulturabteilungen in den Ländern heißen bis heute „Abteilungen für die Kontrolle

---

199 Schatilow, S. S. (auch: I. W), Generalleutnant, damals stellvertretender, später Chef der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee.

200 Ein ausführlicher Bericht über die Schlußfolgerungen der Inspektion durch eine Kommission unter der Leitung von Major Jakow Drabkin und Oberstleutnant Posdyschew vom 4. Sept. 1948 befindet sich in: AWP RF 0457b/6/38/25, Bl. 285-300.

der Bühnenunternehmen", obwohl sie in immer geringerem Maße Zensurfunktion ausüben. Diese Einengung des Aufgabenfeldes der Abteilung Kultur hat gravierende Folgen für die Qualität unserer Arbeit mit der deutschen Intelligenz und die Entfaltung der kulturellen Massenarbeit unter Arbeitern, Frauen und Jugendlichen. Die Abteilung Kultur unterhält lediglich mit der Propaganda-Abteilung einen engen Arbeitskontakt, während sie gleichzeitig völlig losgelöst von den Abteilungen für gesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften arbeitet. Diese Isolation der Abteilung Kultur von den anderen Abteilungen unserer Verwaltung hat zur Folge, daß ihre Mitarbeiter fälschlicherweise anzunehmen scheinen, daß sich ihr Aufgabenbereich lediglich auf die Arbeit mit dem in den Bereichen Kunst und Literatur tätigen Teil der Intelligenz beschränkt.

Abgesehen von der Einengung des Aufgabenbereichs der Abteilung Kultur auf eine fast ausschließliche Arbeit mit Kunst- und Literaturschaffenden als dem Hauptmangel in der Arbeitsorganisation der Informationsverwaltung nennt die Kommission als weiteren gravierenden Mangel, daß die Abteilung Kultur nicht schnell genug auf aktuelle Entwicklungen reagiert und sich nur unzureichend an der Entscheidung wichtiger allgemeinpolitischer Aufgaben beteiligt. Dies äußert sich darin, daß die unter der Kontrolle der Abteilung stehenden deutschen Organisationen unter diesen Mängeln leiden und die Abteilung keinerlei Maßnahmen ergreift, um diesen Umstand zu korrigieren.

Als weiteren gravierenden Mangel in der Arbeit der Abteilung Kultur nennt die Kommission die schwache Verbindung der Abteilung mit den entsprechenden Abteilungen in der Leitung der SED. Der Kontakt von Oberstleutnant Dymschiz zu Genosse Ackermann reicht nicht aus, da er nicht durch enge Kontakte auf der Ebene der Länder und Kreise gestärkt wird. Dieser Lücke in der Arbeit der Abteilung sind sich deren Mitarbeiter offenkundig noch nicht bewußt.

Die Kommission hat ferner die von der Abteilung zur Führung der Massenorganisationen (Kulturbund, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion) geleistete Arbeit eingehend analysiert und auf gravierende Mängel bei der Kontrolle von Herausgabe und Verleih von Kinofilmen und insbesondere der Kinochronik „Der Augenzeuge" hingewiesen, die nicht ausreichend schnell auf aktuelle Ereignisse reagiert und politische Schärfe vermissen läßt.

Als weiteren gravierenden Mangel nennt die Kommission die Tatsache, daß die Abteilung zu wenig Arbeit leistet, damit neue deutsche Theaterstücke mit aktueller Thematik geschrieben und aufgeführt werden. Negativ wirkt sich auf die Arbeit der Abteilung die Tatsache aus, daß es unter ihren Mitarbeitern keine Fachleute für Musik und Malerei gibt, was aber nicht Rechtfertigung dafür sein kann, daß bis heute kein einziger sozialer Auftrag der Arbeiterjugend erfüllt worden ist: Es wurden keine Massenlieder geschrieben und es gibt keine künstlerischen politischen Plakate.

Die politische Arbeit an den Hochschulen der Zone, deren Führung zum Aufgabenbereich der Abteilung gehört, ist faktisch nicht entwickelt, während gleichzeitig die politische Lage an den Universitäten sehr besorgniserregend ist. Dem ZK der WKP(B) wurde vorgeschlagen, einen Beschluß über die Ernennung verantwortlicher Hochschuloffiziere zu verabschieden. Die Kommission verweist ferner auf Mängel in der Organisationsarbeit der Abteilung, die sich darin ausdrücken, daß ihre Mitarbeiter selten Inspektionsreisen unternehmen.

Die Schlußfolgerungen und Vorschläge der Kommission wurden in meiner Anwesenheit auf einer Sitzung der Mitarbeiter der Abteilung Kultur erörtert. Es wurden angemessene Instruktionen zur Umstrukturierung der Arbeit der Abteilung und zur Korrektur der genannten Mängel gegeben.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen Generalleutnant Russkich

GARF 7317/3/1, Bl. 150-153. Beglaubigte Kopie.

Nr. 124. Rundverfügung des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an alle Chefs der Landesverwaltungen, der Verwaltungen und Abteilungen der SMAD über Mängel in der Durchführung des Befehls Nr. 094 des Obersten Chefs der SMAD vom 23. März 1948 betreffend die politische Kontrolle und Führung der von der SMAD lizenzierten Fachzeitschriften. 28. September 1948[201]

Geheim

Eine Reihe von Verwaltungen und Abteilungen der SMA und insbesondere die Verwaltung für die Sammlung von Information über die deutsche Wissenschaft und Technik, die Verwaltung für Leichtindustrie und die Abteilung für Arbeit und Arbeitskraft leisten dem Befehl Nr. 094 des Obersten Chefs der SMA in Deutschland vom 23. März 1948 über die politische Kontrolle und Führung der von der SMA lizenzierten deutschsprachigen wissenschaftlichen, technischen und sonstigen Fachzeitschriften bis zum heutigen Zeitpunkt nicht Folge.

Infolgedessen weisen die der Kontrolle dieser Verwaltungen unterstehenden Zeitschriften eine ganze Reihe gravierender Mängel auf:

– Bis zum heutigen Zeitpunkt wird nur in geringem Maße Propaganda für die Sowjetunion, für die Länder der Volksdemokratien sowie für die Kraft und Stärke des demokratischen Lagers und seine Überlegenheit über das imperialistische Lager betrieben.

– In den wissenschaftlich-technischen Zeitschriften wird nur in absolut unzureichender Weise Propaganda für den Zweijahrplan zum Wiederaufbau der Friedenswirtschaft der sowjetischen Zone betrieben. Geistige Unbeweglichkeit, Bürokratismus und Sabotage in Fabriken, Betrieben und administrativen Einrichtungen werden nicht enthüllt.

– Die Rolle der Sozialistischen Einheitspartei [Deutschlands], der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen bei der Mobilisierung der Massen für die Erfüllung des Zweijahrplans wird nicht gezeigt.

– Es wird keine Kritik entfaltet und nur in geringem Maße Propaganda zur Entlarvung der Schumacher-Elemente und der Spaltungsaktivitäten des angloamerikanischen Imperialismus betrieben.

– Eine ganze Reihe wissenschaftlich-technischer und sonstiger Fachzeitschriften nehmen bis zum heutigen Zeitpunkt keinen Anteil an den unmittelbaren Aufgaben der demokratischen Umgestaltung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, an denen die Verwaltungen und Abteilungen der SMA arbeiten.

– Die Zeitschriften „Forschung und Fortschritt“[202], „Zentralblatt für Arbeitswissenschaft“[203] und „Die Waage“[204] enthalten eine ganze Reihe politischer Fehler und pseudowissenschaftlicher Aussagen.

Infolge dieser Feststellungen halte ich es für nötig, die Chefs der Verwaltungen und Abteilungen zu instruieren, daß eine Nichtbefolgung des Befehls Nr. 094 des Obersten Chefs der SMA

---

201 Die vorliegende Ausfertigung Nr. 19 (von insgesamt 34) trägt in der Kopfzeile zusätzlich den handschriftlichen Vermerk: „Abteilung Gesundheitswesen der SMAD“.

202 Die Zeitschrift „Forschung und Fortschritt“ erschien mit SMAD-Lizenz zunächst monatlich, später vierzehntägig im Akademie-Verlag Berlin.

203 Das „Zentralblatt für Arbeitswissenschaft“ wurde von Hans Kellner im Carl Heymann Verlag Berlin herausgegeben.

204 „Die Waage: Verkaufskunde, Warenkunde, Verkaufskultur“ erschien von 1947 bis 1953 im Berliner Verlag „Die Wirtschaft“. Vgl. Katalog der Staatsbibliothek Berlin und Der Magistrat von Groß-Berlin (Hg.): Adreßbuch des Berliner Buchhandels, Berlin 1948.

nicht hingenommen werden kann, und fordere, unverzüglich Maßnahmen zu einer radikalen Verbesserung der Führung von Redakteuren und Redaktionen der Zeitschriften zu ergreifen.

Im Interesse der Verbesserung des Inhalts der wissenschaftlich-technischen, medizinischen, landwirtschaftlichen und sonstigen Fachzeitschriften erachte ich es für notwendig:

1. Besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, die Propaganda für die Sowjetunion – den ersten SOZIALISTISCHEN Staat der Welt, für die Überlegenheit ihres Systems über das kapitalistische System, für die Stärke der Sowjetischen Armee und für ihre Mission der Befreiung der Völker Europas zu intensivieren. Die sowjetische sozialistische Demokratie sowie Wissenschaft und Technik, Kunst und Literatur, Alltag und Familie, Volksbildung und Gesundheitswesen müssen in größerem Maße populär gemacht werden.

2. Die demokratischen Umgestaltungen und das wahrhaft volksnahe und demokratische System in den Ländern der Volksdemokratie müssen in größtmöglichem Maße populär gemacht werden, um die deutschen Massen auf diese Weise im Geist der Demokratie zu erziehen. Besonders hervorzuheben sind dabei die Rolle der Volksmassen beim Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft dieser Länder, der aus eigener Kraft und unter Führung der Arbeiterklasse erfolgt, und die enge Verbundenheit dieser Länder mit der Sowjetunion. Die Führer der Länder der Volksdemokratie müssen in größtmöglichem Maße bekannt gemacht werden.

3. Die zunehmende Stärke des demokratischen Lagers, seine Gegenwart und große Zukunft und seine Überlegenheit über das imperialistische Lager sowie die Unausweichlichkeit des Untergangs des imperialistischen Lagers müssen aufgezeigt werden. Dem Kampf der demokratischen Völker in Griechenland, Italien, Frankreich, China, Indonesien usw. gegen den aggressiven, expansionistischen englischen und amerikanischen Imperialismus muß größere Aufmerksamkeit zukommen, eingedenk der Worte des Genossen Schdanow: „Die Hauptgefahr für die Arbeiterklasse besteht im Moment in der Unterschätzung der eigenen Kräfte und in der Überschätzung der Kräfte des Feindes...".

Es ist nötig, auf den Seiten der Zeitschriften Propaganda für die Einheit der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte zu betreiben. Dies gilt um so mehr hier in Deutschland, wo die angloamerikanischen Imperialisten die bourgeoisen Parteien und die Schumacher-Führung dazu benutzen, die Einheit der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte Deutschlands zu spalten, um auf diese Weise die Spaltung Deutschlands zu erleichtern, die demokratischen Elemente niederzuhalten und Deutschland in einen Brückenkopf für den Kampf gegen die demokratischen Elemente und vor allem gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie zu verwandeln.

4. Die „Theorien" der „Amerikanisierung" und des „Amerikanismus", denen zufolge die angelsächsische Rasse die moderne Zivilisation geschaffen hat, müssen ebenso entlarvt werden wie das Streben der Angelsachsen, andere Völker und Nationalitäten nach ihrem Muster zu formen und die nationale Kultur und staatliche und territoriale Unabhängigkeit anderer Völker im Interesse der Weltherrschaft des amerikanischen Monopolkapitals zu liquidieren. Es muß die These entlarvt werden, das 20. Jahrhundert sei das Jahrhundert der Amerikaner. Dem deutschen Volk muß in allgemeinverständlicher Form aufgezeigt werden, was die Politik der Amerikanisierung tatsächlich bedeutet – am Beispiel der Londoner Empfehlungen, der Schaffung eines westdeutschen Marionettenstaates und der von den Amerikanern gesteuerten Ausarbeitung einer Verfassung, die einem Besatzungsstatut gleichkommt; am Beispiel des Marschallplans, der die Wirtschaft der Westzonen Deutschlands dem Monopolkapitalismus unterwirft und die Westzonen in einen militärischen Brückenkopf gegen die Sowjetunion verwandelt. In diesem Zusammenhang muß auch gezeigt werden, welche unheilvollen Konsequenzen die „Hilfe" des Marschallplans für die Westzonen hat, wie Westdeutschland und die Ruhrkohle ausgeplündert werden, verdeckte Repara-

tionen eingezogen werden, die Monopole wiedererstehen, Kleinunternehmer in den Ruin getrieben werden, die Arbeitslosigkeit zunimmt, die werktätigen Massen verarmen und die Unzufriedenheit breiter Schichten der Bevölkerung der Westzonen mit der Politik der Besatzungsbehörden zunimmt.

Der deutschen Bevölkerung muß erklärt werden, welch unheilvolle Gefahr von der Politik der angloamerikanischen Besatzungsbehörden ausgeht. Unter Verletzung der Potsdamer Beschlüsse nehmen die Angloamerikaner die endgültige Spaltung Deutschlands in Angriff. Um die Aufmerksamkeit der deutschen Bevölkerung davon abzulenken, was in Bonn gemacht wird, organisieren sie faschistische Provokationen in Berlin und Pogrome gegen die Organisationen der SED und der Gewerkschaften. Sie brauchen das Blut der Demokraten und sind bestrebt, Berlin in Griechenland zu verwandeln. Mit Hilfe von Neumann[205], Schwennicke[206] und Friedensburg versuchen sie, ein blutiges faschistisches Regime in Berlin zu errichten. Ihre Methoden gleichen denen von Hitler und Goebbels wie ein Ei dem anderen.

5. Es ist nötig, in allgemeinverständlicher Form Propaganda für die friedliebende Außenpolitik der Sowjetunion zu betreiben, die einen stabilen, demokratischen Frieden und gutnachbarschaftliche Beziehungen mit friedliebenden Staaten anstrebt. Dem deutschen Volk muß gezeigt werden, daß es in der Welt nur ein einziges Land gibt – die Sowjetunion –, das danach strebt, ein einiges und demokratisches Deutschland zu schaffen, eine gesamtdeutsche demokratische Regierung zu bilden und einen Friedensvertrag abzuschließen, in dessen Folge die Besatzungstruppen abgezogen und die Besatzungsleistungen aufgehoben werden.

Während gleichzeitig die angloamerikanischen Imperialisten mit ihrer Spaltungspolitik danach streben, in Deutschland ein Besatzungsstatut einzuführen und auf diese Weise das Besatzungsregime, dessen Hauptlast von den werktätigen Massen Westdeutschlands getragen werden muß, für mehrere Jahre fortzusetzen.

In jeder erdenklichen Form popularisiert werden müssen die Erklärung der Sowjetregierung, der Berliner Bevölkerung und der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone 100.000 Tonnen Getreide und andere Lebensmittel sowie 10.800 Tonnen pflanzliche und tierische Fette zukommen zu lassen[207], und der Befehl Nr. 151 des Obersten Chefs der SMA Marschall Sokolowski über die Hebung der Lebensmittelrationen. Systematisch muß auf den Seiten der wissenschaftlich-technischen und sonstigen Fachzeitschriften Propaganda für den Befehl Nr. 234 des Marschalls Sokolowski über die Steigerung der Arbeitsproduktivität und Hebung des Wohlstands der werktätigen Bevölkerung betrieben werden.

6. Die Propaganda für die Erfolge bei der Demokratisierung der sowjetischen Besatzungszone muß intensiviert werden: die Durchführung der Agrarreform, die Enteignung von Unternehmen nationalsozialistischer Verbrecher und Übergabe selbiger an die Organe der deutschen Selbstverwaltung, die Organisation von Hilfsmaßnahmen für Übersiedler und Neubauern, die Demokratisierung der Organe der deutschen Selbstverwaltung, die Vertreibung ehemaliger Nazis und Kriegsverbrecher aus diesen Organen, die Gründung der das Wirtschafts-, Handels- und Kulturleben der Zone koordinierenden Deutschen Wirtschaftskommission, die Gesundung der Finanzen und der Handelsbeziehungen mit den Ländern der Volksdemokratie.

7. Es ist nötig, die Propaganda für die Mobilisierung der Massen zur Erfüllung des Zweijahrplans für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Friedenswirtschaft der Zone auszuweiten, die

---

205 Neumann, Franz (1904-1974), Politiker, 1920 SPD, trat im März 1946 in Berlin für eine Urabstimmung über die Vereinigung der SPD mit der KPD ein, 1946-58 Landesvorsitzender der SPD in Berlin, 1949-69 Mitglied des Bundestages.

206 Schwennicke, Carl-Hubert (1906-), Berliner Politiker, Mitbegründer der LDP und ab 1946 Vorsitzender des LDP-Landesverbandes Berlin.

207 Davon wurden im Mai/Juni 1948 22.538,3 Tonnen Getreide geliefert. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Chronik, Teil III, Berlin (Ost) 1967, S. 154.

Errungenschaften bei der Erfüllung des Halbjahreswirtschaftsplans für das Jahr 1948 aufgeschlüsselt nach einzelnen Unternehmen, Fabriken und Betrieben umfassender bekannt zu machen und die Initiative des Arbeitswettbewerbs zur Suche nach inneren Ressourcen, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erfüllung der Produktionsprogramme zu unterstützen.

Es ist nötig, umfassender für Initiative und Innovation zu werben, die besten Produktionsarbeiter und Aktivisten der Produktion zu zeigen und die führende Rolle der unteren Parteiorganisationen der SED und der Gewerkschaftskomitees für die Mobilisierung der Massen herauszustellen. Bürokratismus, geistige Bewegungslosigkeit und Sabotage von Seiten reaktionärer Elemente müssen auf den Seiten der Zeitschriften entlarvt und als Form des Ausdrucks des Klassenkampfs dargestellt werden. Den Anhängern Schumachers und dem reaktionären Teil der Vertreter der bourgeoisen Parteien muß ein unversöhnlicher Kampf angesagt werden, während die progressiven Schichten der CDU und der LDP zur Zusammenarbeit zu bewegen sind.

7. Die Sozialistische Einheitspartei muß als die einzige Partei in Deutschland dargestellt werden, die marxistische Positionen vertritt und die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und der demokratischen Schichten der Bevölkerung Deutschlands spiegelt. Es muß Propaganda für die Beschlüsse der 12. Tagung des Parteivorstands[208] über die ideologisch-organisatorische Stärkung der SED und ihre Verwandlung in eine Partei neuen Typs gemacht werden.

Gezeigt werden muß, welche Rolle die SED für die Demokratisierung der Zone spielt, ihre Initiative bei der Mobilisierung der Massen für die Erfüllung des Zweijahrplans, ihre Rolle bei der Konsolidierung der demokratischen Elemente und bei der Organisation des Volkskongresses für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Die schädliche, antimarxistische These, daß Deutschland kraft besonderer historischer, ökonomischer und politischer Bedingungen ohne Zuspitzung des Klassenkampfes einen „Sonderweg" zum Sozialismus gehen werde[209], muß entlarvt werden.

Intensiviert werden muß die Propaganda für die Resolution des Informbüros von acht kommunistischen Parteien[210] zur Situation in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens[211]. Gezeigt werden muß die Abkehr der Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens von marxistisch-leninistischen Positionen und von Positionen des Internationalismus und ihr Abgleiten in kleinbürgerlichen Nationalismus. Es muß aufgezeigt werden, daß die Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens die führende Rolle der Arbeiterklasse und den Bund der Arbeiterklasse mit den Bauern negiert, die Klassengegensätze vertuscht, die führende Rolle der kommunistischen Partei negiert und zu einer Bande bürgerlicher Nationalisten und politischer Mörder degeneriert ist.

Durch ihre verbrecherische Politik des bürgerlichen Nationalismus hat die Gruppe Titos den Weg eines direkten Bruchs mit den kommunistischen Bruderparteien und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschritten. Statt einer Einheitsfront mit den kommunistischen Parteien

---

208 Die 12. (26.) Tagung des Parteivorstandes der SED fand am 28./29. Juli 1948 statt und stand im Zeichen der Forderung Ulbrichts, die SED in eine „Partei neuen Typs" umzuwandeln.

209 Der in der Nummer 1 des Jahrgangs 1946 der KPD-Zeitschrift „Einheit" unter dem Titel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?" veröffentlichte Artikel von Anton Ackermann wurde nicht als Frage, sondern unbegründet als positive Antwort interpretiert. Im Sept. 1948 griff Ulbricht Ackermanns angebliche These an, was A. Ackermann im „Neuen Deutschland" vom 24. Sept. 1948 zum Widerruf der These von einem „besonderen deutschen Weg" und der Erklärung bewog, daß die KPdSU(B) Vorbild für alle wirklich marxistisch-leninistischen Arbeiterparteien sei.

210 Das (Kommunistische) Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien („Kominform") wurde im Sept. 1947 gebildet und 1956 aufgelöst, die SED gehörte dem Büro nicht an. Ursprünglich sollte es als Koordinationsorgan zwischen den neun (nach Ausschluß der Kommunistischen Partei Jugoslawiens: acht) angeschlossenen Parteien fungieren, tatsächlich wirkte es als Kontrollorgan des Moskauer ZK über die kommunistischen Parteien.

211 Die Resolution des Kominform „Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens" wurde am 28. Juni 1948 verabschiedet.

bildet sie eine Einheitsfront mit den Imperialisten. Die Gruppe Titos vertritt nicht mehr die Mehrheit der jugoslawischen kommunistischen Partei, sie ist eine Fraktion, die nur das Vertrauen einer Minderheit in der Partei hat und faktisch im Kriegszustand mit der Gesamtpartei steht. Sie hat das Vertrauen der Mehrheit der Kommunisten Jugoslawiens verloren.

8. Die Propaganda für das Material zur Diskussion „Über die Lage der biologischen Wissenschaft" der Sitzung der Akademie der Agrarwissenschaften[212] muß auf den Seiten der landwirtschaftlichen, medizinischen und anderen Fachzeitschriften intensiviert werden. Die Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft in den Bereichen Geschichte, Philosophie, Medizin, Literatur, Kunst, Pädagogik, Technik und Architektur müssen stärker herausgestellt werden. Den deutschen Spezialisten muß beigebracht werden, wissenschaftliche Probleme von der Position marxistisch-leninistischer Methodik aus zu lösen, die als einzige wissenschaftliche Methodik auf der reichen Erfahrung der Theorie und Praxis des revolutionären Kampfes gründet. Die bürgerliche Pseudowissenschaft, die den verfaulten und absterbenden angloamerikanischen Imperialismus zu rechtfertigen bestrebt ist, muß auf den Seiten der wissenschaftlich-technischen und sonstigen Fachzeitschriften in jeder erdenklichen Weise entlarvt werden.

9. *Im Interesse der erfolgreichen Umsetzung der Aufgaben zur politischen Kontrolle über die wissenschaftlichen, technischen, medizinischen, pädagogischen, landwirtschaftlichen und sonstigen Fachzeitschriften müssen den Verwaltungen und Abteilungen unbedingt eigens für diese Aufgaben qualifizierte, politisch gebildete und der deutschen Sprache mächtige Mitarbeiter zugewiesen werden.*[213]

Es ist nötig, enge Beziehungen zu den Redakteuren und Redaktionen der Zeitschriften aufzubauen und in Form von individuellen Gesprächen und Sitzungen systematische Erziehungsarbeit mit den Redaktionskadern zu leisten. Vor dem Erscheinen jeder Nummer einer Zeitschrift ist es sinnvoll, sich mit deren inhaltlicher Konzeption bekannt zu machen, den Redakteuren den Nachdruck der nötigen Artikel aus sowjetischen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zu empfehlen und die Redaktionen (mit Wissen der Führung) mit Material über die Errungenschaften der ökonomischen und politischen Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone zu versorgen.

Der Inhalt der wissenschaftlich-technischen Fachzeitschriften muß den unmittelbaren Aufgaben untergeordnet werden, die sich der SMA bei der Demokratisierung Deutschlands stellen. In möglichst großem Umfang müssen wissenschaftliche Kräfte aus der fortschriftlichen deutschen Intelligenz zur Mitarbeit in diesen Zeitschriften herangezogen werden.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen Generalleutnant Russkich

Kopie geprüft: Der Chef des Sekretariats Hauptmann *Trofimenko*

GARF 7317/56/34, Bl. 254-259. Beglaubigte Kopie.

212 In diese Diskussion zwischen Lyssenko und dem Leiter der Wissenschaftsabteilung des ZK der WKP(B) Juri A. Schdanow griff Stalin persönlich zuungunsten seines Schwiegersohns und Biologen Schdanow ein und unterstützte Lyssenkos Pseudo-Theorien.

213 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage durch Randanstreichung hervorgehoben.

Nr. 125. Vermerk des stellvertretenden Leiters der Zentraleuropa-Abteilung des WOKS Ljudomirski an den WOKS-Vorsitzenden Denissow[214] über kulturelle Propaganda. 9. Oktober 1948

Geheim

1. Wie aus dem beigelegten Schreiben des Vorstandsmitglieds der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion Professor H. Ehmsen hervorgeht[215], sind volksfeindliche Tendenzen im Bereich der Bildenden Kunst in Deutschland noch sehr stark verbreitet, was es erforderlich macht, die Propagandatätigkeit gerade in diesem Bereich zu intensivieren.

Unter Berücksichtigung dessen, daß sich gedruckte Propaganda unter den gegebenen Umständen als wenig effektiv erweisen kann, erachte ich es für nötig, sowjetische Lektoren nach Deutschland zu schicken, um dort Vorträge über den *sozialistischen*[216] Realismus in der Bildenden Kunst der UdSSR zu halten.

Besonders geeignete Kandidaten zur Lesung qualifizierter Vorträge sind Professor Sidorow[217] und Fjodorow-Dawydow[218].

2. Gleichzeitig halte ich es für notwendig, Professor Ehmsen auf seinen Brief zu antworten. Meiner Meinung nach sollte *W. S. Kemenow* antworten, weil der Brief an ihn adressiert war.

Der stellvertretender Leiter der Zentraleuropa-Abteilung des WOKS *N. Ljudomirski*

GARF 5283/22/164, Bl. 27. Original.

Nr. 126. Schreiben des stellvertretenden Außenministers der UdSSR Sorin an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin. 14. Oktober 1948

Geheim

Nach Mitteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland *verkümmert*[219] das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin in letzter Zeit und wandelt sich in einen gewöhnlichen Klub. Dies läßt sich vor allem darauf zurückführen, daß das Haus der Kultur im Verlauf des Jahres aus Moskau keinerlei Hilfe durch *Lektoren, Ausstellungen, Künstlerbrigaden* usw. erhält.

---

214 Denissow, A. I. (1909-), 1948-57 Vorsitzender des WOKS.

215 In der Vorlage nicht vorhanden.

216 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

217 Sidorow, Alexei Alexejewitsch; Kunsthistoriker; Professor an der Moskauer Staatlichen Universität, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

218 Fjodorow-Dawydow, Alexei Alexandrowitsch (1900-1969), Kunsthistoriker; 1929-34 Abteilungsleiter für neue russische Kunst an der Tretjakow-Galerie, 1946 WKP(B), ab 1948 Professor für russische und sowjetische Kunst an der Moskauer Staatlichen Universität, 1948-56 Lehrstuhlleiter an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der WKP(B)/KPdSU; korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

219 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

In Zusammenhang damit bitte ich Sie, einen Maßnahmenplan zur Verbesserung der Arbeit des Hauses der Kultur zur Berichterstattung an den Genossen W. M. Molotow vorzulegen.

Der stellvertretender Außenminister der UdSSR *W. Sorin*

GARF 5283/22/106, Bl. 210. Original.

Nr. 127. Schreiben des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über die Herausgabe eines deutschsprachigen Sammelbandes mit Aufsätzen und Reden von Schdanow. 18. Dezember 1948

Der Verlag „Tägliche Rundschau" (Oberst Kirsanow[220]) hat um Genehmigung angesucht, einen deutschsprachigen Sammelband der Aufsätze und Reden des Genossen Andrei Alexandrowitsch Schdanow herauszugeben.[221]

Nach den Plänen des Verlags sollen in den Sammelband die folgenden Werke des Genossen A. A. Schdanow eingehen:

„Der 29. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" (Vortrag auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets vom 6. November 1946), „Über die internationale Lage" (Vortrag auf der Informationssitzung von Vertretern einiger kommunistischer Parteien, die Ende 1947 in Polen stattgefunden hat), Auftritt im Rahmen der Diskussion über das Buch „Geschichte der westeuropäischen Philosophie" von G. F. Alexandrow[222] am 24. Juni 1947, Rede auf dem ersten Gesamtsowjetischen Schriftstellerkongreß *1934*, Vortrag über die Zeitschriften „Swesda" und „Leningrad" auf der Versammlung des Parteiaktivs und der Versammlung der Schriftsteller in Leningrad, Eröffnungsrede auf der Sitzung sowjetischer Musikschaffender im ZK der WKP(B) im Januar 1947, Auftritt auf der Sitzung sowjetischer Musikschaffender im ZK der WKP(B) im Januar 1948.

Alle diese Werke wurden seinerzeit in der Zeitung „Tägliche Rundschau" und in der Zeitschrift „Neue Welt" veröffentlicht. Nach Mitteilung von Oberst Kirsanow wurde die Übersetzung aller für den Sammelband vorgesehenen Reden erneut sorgfältig geprüft, redigiert und mit dem russischen Text abgeglichen.

Der Sammelband der Reden des Genossen Schdanow wird unter den Bedingungen des sich verschärfenden ideologischen Kampfes gegen die Reaktion zweifellos eine sehr große Rolle für die ideologische Erziehung der Kader der SED und der neuen demokratischen Intelligenz spielen.

---

220 Kirsanow, Alexandr Wladimirowitsch (1905-1984), Historiker, Oberst; 1920 WKP(B), Dozent für Politische Ökonomie an der Internationalen Leninschule in Moskau, ab 1942 Arbeit unter deutschen Kriegsgefangenen. 1945 Chef des SMAD-Verlages, 1946-49 Chefredakteur der deutschsprachigen SMAD-Zeitung „Tägliche Rundschau". Danach Historiker an der Hochschule für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen Moskau, zuletzt an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR tätig, Vizepräsident der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR.

221 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichungen hervorgehoben.

222 Alexandrow, Georgi Fjodorowitsch (1908-1961), Philosoph, Partei- und Staatsfunktionär; 1928 WKP(B) 1940-47 Leiter der ZK-Verwaltung für Agitation und Propaganda, 1941-56 Kandidat des ZK der WKP(B)/KPdSU, 1947-54 Direktor des Instituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, danach Minister für Kultur der UdSSR. Seine 1946 erschienene „Geschichte der westeuropäischen Philosophie" wurde im darauffolgenden Jahr unter veränderten außenpolitischen Auspizien einer öffentlichen Schau- und Lehrkritik unterzogen.

Es ist vorgesehen, den Sammelband auf gutem Papier und mit dem Porträt des Genossen Schdanow in einer Auflage von 10.000 Exemplaren herauszugeben. Anschließend ist geplant, eine neue Massenausgabe desselben Sammelbandes für breite Leserschichten herauszugeben.

Muster der Umschläge und Umbruchfahnen des Sammelbandes lege ich bei.[223]

Ich bitte um Instruktionen.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant *A. Russkich*

RGASPI 17/132/23, Bl. 133-134. Original.

Nr. 128. Entwurf zum Beschluß der Leitung des WOKS betreffend die Durchführung des Beschlusses des ZK der WKP(B) vom 10. Mai 1948 über die Arbeit in Deutschland. [Dezember] 1948[224]

Entwurf
Geheim

Beschluß
der Leitung des WOKS über die Durchführung des Beschlusses der Instanz vom 10. Mai 1948 über die Arbeit in Deutschland

In Übereinstimmung mit dem Beschluß des ZK der WKP(B) vom 10. Mai 1948, der das WOKS verpflichtete, Beziehungen mit der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion aufzubauen und deren regelmäßige Ausstattung mit dem nötigen Material (wissenschaftliche und politische Literatur, Belletristik, Noten, Ausstellungen usw.) zu gewährleisten, hat sich die Arbeit des WOKS in Deutschland in den letzten drei Monaten insbesondere im Bereich der Ausstattung der Gesellschaft mit dem nötigen Propagandamaterial erheblich verbessert. In diesem Zeitraum hat das WOKS unmittelbare systematische Kontakte zum Vorsitzenden des Vorstands der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion Professor J. Kuczynski, zum Sekretär des Vorstands der Gesellschaft Mark, zu den Sektionen für Theater und Bildende Kunst sowie über den Vorstand der Gesellschaft zu den 50 Bibliotheken der Klubs der Gesellschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands aufgebaut, denen regelmäßig Literatur zugesandt wird. In den vergangenen 3 Monaten hat das WOKS der Gesellschaft folgendes Material zugesandt:

Bücher	3.700 Exemplare
Stenogramme öffentlicher Vorlesungen zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse	700 Exemplare
Artikel (Originale und aus Zeitungen)	100 Exemplare
Photographische Aufnahmen	230 Exemplare

223 Am 10. April 1949 erinnert D. Schepilow in einem Vermerk für Suslow an die ausstehende Entscheidung. Darauf wurde vermerkt, daß Suslow keine Einwände habe und General Russkich die Antwort auf sein Schreiben über WTsch-Leitung (d. i. abhörsichere Hochfrequenzleitung) der Informationsverwaltung der SMAD mitgeteilt wurde (in: RGASPI 17/132/23/136, Bl. 136). Schdanows Aufsätze über Kunst und Wissenschaft erschienen im April 1948 in russischer Sprache als *Sbornik Statei i Materialow* Nr.17, hg. von der Informationsverwaltung der SMAD, und erst 1951 in deutscher Sprache in der „Kleinen Bücherei des Marxismus-Leninismus". Vgl. A. Schdanow: Über Kunst und Wissenschaft, Dietz-Verlag Berlin 1951, 1.-50. Tausend.

224 Der Entwurf ist nicht datiert, im Text wurden jedoch für den Dezember die ersten Planungsfristen festgelegt.

Noten	1.500 Hefte
Schallplatten	700 Stück
Plakate	120 Stück

Die Wandausstellung „50 Jahre MChAT"
Das Ausstellungsalbum „31. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution"

Nichtsdestotrotz bleibt die Arbeit des WOKS mit der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion noch weit hinter den Erfordernissen und Möglichkeiten der Propaganda der politischen, ökonomischen und kulturellen Errungenschaften der UdSSR *in Deutschland*[225] zurück. Einige Beispiele:

1. WOKS hat noch keine klare Vorstellung über das weitverzweigte Netz der Filialen und Klubs der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Das hat zur Folge, daß WOKS die deutsche Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion für seine Arbeit noch nicht als Massenorganisation nutzt.

2. WOKS arbeitet nicht mit den Presseorganen der Gesellschaft und nutzt auch sonst die deutsche progressive Presse nicht für ihre Arbeit.

3. WOKS schickt noch sehr wenige Ausstellungen über die UdSSR nach Deutschland, obwohl der Bedarf an solchen Ausstellungen und die Möglichkeiten, diese zu zeigen, in Deutschland sehr groß sind.

4. Der Kontakt zwischen den Sektionen der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und entsprechenden Sektionen des WOKS ist noch nicht hergestellt.

5. WOKS hat bis heute noch nicht einen einzigen Lektor aus der UdSSR zu der Gesellschaft geschickt.

6. WOKS hat bis heute noch keine einzige Ausreise sowjetischer Künstler für Konzert-Auftritte in den Klubs der Gesellschaft organisiert.

Indem sie die Notwendigkeit einer entscheidenden Verbesserung der Arbeit des WOKS in Deutschland sieht, ordnet die Leitung an:

1. Einen leitenden Mitarbeiter des WOKS im Dezember für mindestens zwei Wochen nach Deutschland zu delegieren, um einen unmittelbaren Kontakt zu der Gesellschaft und ihren Abteilungen herzustellen und die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Gesellschaft vor Ort kennenzulernen, und diesen zu verpflichten, praktische Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit mit der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion auszuarbeiten und dem Vorstand darzulegen.

2. Einen Redakteur mit Deutschkenntnissen in die Abteilung Zentraleuropa abzukommandieren, um die Arbeit mit den Presseorganen der Gesellschaft zu organisieren. Frist: 10. Dezember.

3. Von Seiten der Abteilung Zentraleuropa zusammen mit der Abteilung Kultur aus den Mitgliedern der Sektionen des WOKS zwei bis drei angesehene sowjetische Journalisten und Schriftsteller auszuwählen, damit diese eigens für die Monatszeitschrift der Gesellschaft „Die Neue Gesellschaft" systematisch Artikel über das Leben und die Errungenschaften des sowjetischen Volkes schreiben. Frist: 20. Dezember.

4. Die Abteilung Zentraleuropa zu verpflichten, für die letzten sechs Monate einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft" und für das erste Halbjahr 1949 einen detaillierten Plan für die Arbeit mit der Zeitschrift zu erstellen. Frist: 20. Dezember.

5. Zu organisieren ist die Radioübertragung von Vorlesungen sowjetischer Wissenschaftler und Kulturschaffender auf der Grundlage von entsprechenden Vorschlägen der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.

---

225 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

6. Der Instanz ist vorzuschlagen, in Deutschland (im ersten Quartal des Jahres 1949) Ausstellungen sowjetischer Industrieerzeugnisse zu organisieren[226].

GARF 5283/22/164, Bl. 24-26. Kopie.

Nr. 129. Bericht des Chefs der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMAD Oberstleutnant Dymschiz an den Referenten beim Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Major Drabkin über das Universitätslehrprogramm der altrussischen und sowjetischen Literatur. 22. Februar 1949[227]

Die General Genosse Russkich von der Abteilung Volksbildung der SMAD zur Bestätigung vorgelegten Programme zur altrussischen und sowjetischen Literatur waren mir *zuvor nicht zur Abstimmung vorgelegt worden.*[228] Nach Kenntnisnahme dieser Programme bin ich zu folgenden Schlußfolgerungen gekommen:

I. Zum Programm des Studienlehrgangs Altrussische Literatur:

Da ich in diesem Bereich kein Spezialist bin, kann ich das Programm im Detail nicht beurteilen, nehme aber an, daß es ohne Berücksichtigung dessen zusammengestellt wurde, daß es sich nicht an sowjetische, sondern an deutsche Studenten richtet. Für deutsche Studenten muß der Schwerpunkt auf das Studium von Originaldokumenten und -texten und höchstens zwei bis drei Lehrbüchern gelegt werden, indem man das Programm *von der großen Zahl empfohlener Lehrbücher befreit, die zum Teil veraltet sind und gravierende methodologische Fehler enthalten (in der Art des formalistischen Kurses des Akademiemitglieds M. N. Speranski).*

In der Einführung in den Kurs wird meines Erachtens eine parteilose, objektivistische Einschätzung der Entwicklungsetappen der Erforschung der Geschichte der altrussischen Literatur gegeben, die sich auf eine bloße Aufzählung einzelner Forscher (Buslajew[229], Tichonrawow[230], Pylin, Alexandr Wesselowski[231]) beschränkt, ohne die von diesen repräsentierten Richtungen zu bewerten und die Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft in diesem Bereich aufzuzeigen. In dem Programm sind Spuren des Einflusses der reaktionären Theorien von A. N. Wesselowski

226 In der Vorlage handschriftlich gestrichen: „im Namen der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion".

227 Die Anschrift lautet: „An das Sekretariat von Generalleutnant Genosse Russkich, dem zuständigen Referenten, Major Genosse Drabkin". Im Original sind zwei Datumsangaben enthalten: „8. und 22. Februar 1949."

228 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben. – Tatsächlich bat Artjuchin im Schreiben an Russkich vom 7. Feb. 1949 um Genehmigung eines Lehrprogramms für Slawistik-Abteilungen betreffend die Geschichte der russischen Literatur im 11.-17. Jahrhundert, in dem vermerkt war, daß das Programm dem Chef der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung Dymschiz bekanntgemacht worden sei (vgl. GARF 7317/55/11, Bl. 19). Am 25. Feb. 1949 schickte Artjuchin an Kabanow und Russkich einen 33 Seiten umfassenden Entwurf eines Lehrprogramms zur Geschichte der Sowjetunion für die Slawistik-Abteilungen der SBZ-Universitäten mit dem Vermerk: „als Grundlage diente das Programm für Geschichte der UdSSR für zweijährige Parteischulen, das vom Lehrstuhl Geschichte der UdSSR an der Parteihochschule des ZK der WKP(B) im Jan. 1947 bestätigt wurde" (in: GARF 7317/55/11, Bl. 23ff.).

229 Buslajew, Fjodor Iwanowitsch (1818-1897), Philologe, Kunsthistoriker.

230 Tichonrawow, Nikolai Sawwitsch (1832-1893), Literaturwissenschaftler.

231 Wesselowski, Alexandr Nikolajewitsch (1838-1906), Literaturwissenschaftler.

und seiner Schule enthalten (bis hin zu einer Empfehlung auf Seite 3), die gänzlich aus dem Programm ausgemerzt werden müssen.

II. Zum Programm des Studienlehrgangs Sowjetische Literatur:

Dieses Programm ist ohne die geringste Berücksichtigung dessen zusammengestellt, daß es sich an *deutsche* Studenten richtet, was dazu führt, daß Begriffe wie *Patriotismus, Volkstümlichkeit und Parteilichkeit* unserer Literatur, die für uns allgemein verständlich, für einen Deutschen aber nicht immer klar sind, nicht erklärt werden, und auch der *Internationalismus* unserer Literatur nicht ausreichend betont wird.

In dem Programm werden literarische Veröffentlichungen und Bücher erwähnt, die deutschen Professoren und Studenten nicht zugänglich sind, da es über diese Veröffentlichungen in Deutschland keine entsprechende Literatur gibt und die Bücher weder im Original noch in Übersetzung vorliegen. Auf der Grundlage eines Programms, in dem von der reaktionären Gruppe „Perewal"[232] und den kleinbürgerlichen Gruppen LCK (Literaturzentrum der Konstruktivisten)[233] und LEF[234] die Rede ist, kann ein deutscher Professor keine Vorlesung halten, und ein Student keine Prüfung ablegen. Das Programm enthält einzelne unklare Formulierungen (z.B. „Ideologisierung (?!) der Literatur", S. 8) und unzutreffende Beurteilungen (wie z. B. eine uneingeschränkt positive Bewertung der Romane „Der Zweite Tag" von I. Ehrenburg[235], „Der Tod des Basir-Muchtar" von Tynjanow[236], „Zwölf Stühle" und „Das Goldene Kalb" von I. Ilf und E. Petrow[237]). Unter der den Studenten empfohlenen Sekundärliteratur (Lehrbücher) gibt es schädliche und fehlerhafte Bücher wie Jusowskis[238] Buch über Gorki, Bjalins[239] Bücher über Gorki (in denen die Ästhetik des sozialistischen Realismus falsch dargestellt ist) oder das bereits vor zehn Jahren geschriebene und mittlerweile veraltete Buch des verstorbenen A. Gurstein[240] über den sozialistischen Realismus.

Das Programm stellt einige Anforderungen, die unter den in Deutschland bestehenden Bedingungen nicht realisiert werden können. Texte wie Chlebnikows[241] Poeme, Jessenins[242] „Verklärung", Ws[ewolod] Iwanows[243] Partisanenerzählungen, Selwinskis „Uljajew-Abenteuer", Pasternaks[244] Poeme, Malyschkins[245] „Fall von Dair" und viele andere sind weder in russischer noch in

232 Perewal, 1923 gegründete und 1932 aufgelöste Literatengruppe um die Zeitschrift „Krasnaja now", die Intuition und künstlerische Ausdruckform stark betonte.

233 LCK für „Litzentr konstruktiwistow", literarisch-künstlerische Vereinigung.

234 LEF für „Lew front iskusstw" [d.i. Linksfront der Künste], literarisch-künstlerische Vereinigung der zwanziger Jahre, zu deren führenden Vertretern Majakowski gehörte.

235 „Der Zweite Tag" von Ehrenburg erschien 1933 in Paris. In der UdSSR wurde der Roman scharf kritisiert, weil ein Romanheld, der Student Wolodja Safonow, seinen Platz in der sowjetischen Gesellschaft nicht findet und Selbstmord begeht.

236 Tynjanow, Juri Nikolajewitsch (1894-1943), Schriftsteller, Literaturwissenschaftler. Sein Roman „Der Tod des Basir-Muchtar" erschien 1928 in Leningrad und wurde von der Kritik als pessimistisch bezeichnet.

237 Den Roman „Zwölf Stühle" beendeten Ilf und Petrow 1928. Im Nov. 1948 faßte das Sekretariat des sowjetischen Schriftstellerverbandes einen Beschluß, in dem die Herausgabe der beiden Bücher als „grober politischer Fehler" des Verlages bezeichnet wurde.

238 Jusowski, Iossif Iljitsch (1902-1964), sowjetischer Theater- und Literaturkritiker. Seine Werke wurden im Rahmen der 1948 begonnenen Kampagne gegen „vaterlandslose Kosmopoliten" kritisiert.

239 Richtig: Bjalik, B., Literaturhistoriker.

240 Gurstein, Aron Scheftelewitsch (1895-1941), Literaturwissenschaftler und -kritiker. Veröffentlichte 1941 ein Buch über „Probleme des sozialistischen Realismus".

241 Chlebnikow, Welimir (Wiktor Wladimirowitsch) (1885-1922), Dichter.

242 Jessenin, Sergei Alexandrowitsch (1895-1925), Dichter.

243 Iwanow, Wsewolod Wjatscheslawowitsch (1895-1963), Schriftsteller.

244 Pasternak, Boris Leonidowitsch (1890-1960), Schriftsteller, Lyriker, den ihm 1958 verliehenen Nobelpreis mußte er ablehnen; dann verfemt; 1987 in der öffentlichen Meinung rehabilitiert.

deutscher Sprache erhältlich (es gibt keine Übersetzung und in einigen Fällen sind solche auch nicht erforderlich). Bloks[246] „Skythen" im Unterricht zu behandeln, ist unter den in Deutschland bestehenden Bedingungen nur schädlich, da es die Deutschen in rassistischen „Ideen" bestärken kann. Es bringt absolut nichts, die Kenntnis von Scholochows antideutschem Essay „Wissenschaft des Hasses" zu fordern[247], die bei deutschen Lesern eine Verschärfung chauvinistischer Gefühle hervorrufen kann. Die Texte „Meuterei" von Furmanow[248], „Sewastopol" und „Der 13. Winter" von Malyschkin und „Semjon Proskakow" von Assejew[249] sowie eine Reihe anderer Werke sind bislang weder in Übersetzung noch im Original für den deutschen Leser erhältlich.

In einer Reihe von Fällen muß das Programm für die deutschen Hochschulen methodisches Material enthalten. Es reicht nicht zu sagen: „Junge Garde" – „Mängel des Romans" (S. 16)[250], man muß erklären, worin diese Mängel bestehen, da der deutsche Student nicht täglich die „Prawda" liest und dementsprechend auch nicht das für das Thema nötige Material finden kann.

Nicht berücksichtigt werden in dem Programm die besten (mit Stalinpreisen ausgezeichneten) Werke der sowjetischen Literatur der letzten zwei bis drei Jahre (von denen viele in deutscher Übersetzung vorliegen) und wichtige Ereignisse des kulturellen und politischen Lebens des sowjetischen Volkes (das Dekret des ZK der WKP(B) zu Fragen der Musik, die Diskussionen des vergangenen Jahres zu Fragen des sozialistischen Realismus, die Beschlüsse der letzten Vollversammlungen des Schriftstellerverbandes der UdSSR).

Ich empfehle nachdrücklich, das Programm für die deutschen Hochschulen dergestalt zu ändern, daß es aus einem einleitenden Überblick (Politik der Partei im Bereich von Kunst und Literatur, Hauptetappen der Entwicklung der sowjetischen Literatur und ihre Errungenschaften, Methode und innovative Züge der sowjetischen Literatur) und einer Reihe monographischer Themen zusammengestellt wird. Die vorgeschlagenen Monographien sollten durch eine Vorlesung über Serafimowitsch[251] und Vorlesungen zu den folgenden Themen ergänzt werden: „Sowjetische Dichtung", „Sowjetische Bühnenliteratur", „Sowjetische Prosa im Kampf für das Bild des positiven Helden unserer Epoche", „Sowjetische Folklore", „Der sowjetische historische Roman" und „Die Weltgeltung der sowjetischen Literatur". Entsprechend muß die empfohlene Bibliographie überprüft und geändert werden.

III. Allgemeine Bemerkungen:

Ich empfehle, die Programme (nach ihrer abschließenden Ausarbeitung durch die Abteilung Volksbildung der SMAD) den deutschen Universitäten für die Fachbereiche Slawistik nicht „von oben" vorzulegen, sondern den Professoren und Dozenten dieser Fachbereiche auf von der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung einzuberufenden Konferenzen zur Erörterung vorzulegen, woraufhin letztere sie in das Hochschulprogramm aufnehmen kann.

---

245 Malyschkin, Alexandr Georgijewitsch (1892-1938), Schriftsteller.

246 Blok, Alexandr Alexandrowitsch (1880-1921), Dichter. – In seinem Poem „Die Skythen" thematisiert Blok die Differenz zwischen der europäischen und russischen Kultur und die Überlegenheit des „Panmongolismus" Bloks (W. Solowjew).

247 Scholochows Essay „Wissenschaft des Hasses" wurde am 22. Juni 1942 in der Moskauer „Prawda" veröffentlicht.

248 Furmanow, Dmitri Andrejewitsch (1891-1926), Schriftsteller.

249 Assejew, Nikolai Nikolajewitsch (1889-1963), Dichter.

250 Das Manuskript von Fadejews Roman „Die junge Garde" wurde 1947/48 kritisiert und erst nach Überarbeitung veröffentlicht. – Fadejew, Alexandr Alexandrowitsch (1901-1956), Schriftsteller, 1936-44 und 1946-54 Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes, beging nach der Kritik Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU Selbstmord.

251 Serafimowitsch, Alexandr Serafimowitsch (1863-1949), Schriftsteller.

Die von der Abteilung Volksbildung der SMAD vorgelegten Programme sind schlecht Korrektur gelesen und enthalten grobe Tippfehler, die bei der weiteren Arbeit mit ihnen entfernt werden müssen.

Der Chef der Kultur-Abteilung der Informationsverwaltung der SMA in Deutschland
Oberstleutnant *A. Dymschiz*

GARF 7317/55/11, Bl. 20-22. Original.

Nr. 130. Schreiben des stellvertretenden Leiters der Zentraleuropa-Abteilung des WOKS Ljudomirski an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow betreffend das Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin. 25. Februar 1949

Geheim

Angesichts der Tatsache, daß es für die Arbeit des WOKS dringend erforderlich ist, über die Arbeit des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin detailliert informiert zu sein, bitten wir Sie, den Leiter des Hauses der Kultur zu instruieren, dem WOKS einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Hauses der Kultur im Jahr 1948 sowie einen Arbeitsplan für das Jahr 1949 zu schicken.

Gleichzeitig bitten wir, uns über den Plan der SMA für die Arbeit mit der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion für das Jahr 1949 und über die Sendeprogramme des Radiohauses in Berlin für das erste Halbjahr 1949 zu informieren.

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Zentraleuropa des WOKS Ljudomirski

GARF 5283/22/164, Bl. 45. Beglaubigte Kopie.

Nr. 131. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des WOKS Jakowlew[252] an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich mit der Bitte um Informationen über die wichtigsten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen. 25. Februar 1949

Geheim

Angesichts der Tatsache, daß die dem WOKS zum gegenwärtigen Zeitpunkt übertragene Aufgabe, die Propagandaarbeit in Deutschland umfassend zu stärken, ein detailliertes Studium des politisch-gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erforderlich macht, bitten wir Sie, uns dabei behilflich zu sein, ausführliche Information über Tätigkeit und Strukturen der wichtigsten Partei-, Gesellschafts- und Kulturorganisationen

252 Jakowlew, W. G. (1908-), Diplomat; 1938-39 Mitarbeiter der Handelsvertretung der UdSSR in der Tschechoslowakei, 1939-40 Generalkonsul in Prag, 1940-45 im Zentralapparat des Volkskommissariats des Äußeren der UdSSR, 1945-47 Berater der sowjetischen Botschaft in Polen, 1947-57 erster Stellvertreter des Vorsitzenden des WOKS, 1957-60 Botschafter auf Ceylon, 1961-70 im Apparat des ZK der KPdSU.

Deutschlands sowie Charakteristiken der wichtigen Vertreter von Gesellschaft, Politik und Kultur (einschließlich der Führer der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion) zu erhalten.

Gleichzeitig bitten wir um Instruktion, daß dem WOKS regelmäßig das Bulletin der Innerdeutschen Information zugesandt wird, welches das WOKS für seine Arbeit mit der Presse dringend benötigt.

Der stellvertretende Vorsitzende der Leitung des WOKS Jakowlew

GARF 5283/22/164, Bl. 46. Beglaubigte Kopie.

Nr. 132. Schreiben des stellvertretenden Leiters der Zentraleuropa-Abteilung des WOKS Ljudomirski an den Chef der Abteilung Kultur der Informationsverwaltung der SMAD Dymschiz mit der Bitte um Informationsmaterial. 9. März 1949

Geheim

1. Wir bitten Sie, mit der Zensurabteilung der SMAD zu verabreden, WOKS regelmäßig die neuesten kunstkritischen und wissenschaftlichen deutschen Publikationen zukommen zu lassen, von denen nach den uns vorliegenden Informationen mehrere Pflichtexemplare an diese Abteilung geschickt werden müssen.

WOKS benötigt dieses Material dringend zur Information der Fachsektionen des WOKS und der entsprechenden sowjetischen Einrichtungen.

2. Hinsichtlich Ihrer Bitte um Instruktionsmaterial für die Durchführung des Puschkin-Jubiläums in Deutschland, teilen wir mit, daß Ihnen das betreffende Material geschickt werden wird, sobald wir auf unsere Anfrage beim Komitee für die Vorbereitung des Puschkin-Jubiläums Antwort erhalten. Zu Ihrer Information teilen wir mit, daß WOKS zum Jubiläum eine große, dem Leben und Werk Puschkins gewidmete Ausstellung vorbereitet.

3. Wir bitten Sie, uns detaillierte Informationen über die monatlich erscheinenden Publikationen der Landesorganisationen der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu schicken.

4. Das Theaterstück „Die grüne Straße" von A. Surow und ein Foto der Aufführung des Stückes „Der Moskauer Charakter" von A. Sofronow[253] werden Ihnen in nächster Zeit zugesandt.

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Zentraleuropa des WOKS Ljudomirski

GARF 5283/22/164, Bl. 68. Beglaubigte Kopie.

253 Sofronow, Anatoli Wladimirowitsch (1911-1990), Dichter, Dramatiker, Publizist.

Nr. 133. Aufstellung über Themen der von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in Berlin gehaltenen Vorlesungen und Vorträge sowie über Fragen deutscher Zuhörer an die Referenten. 16. März 1949[254]

1. Ziele und Aufgaben der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.
2. Das Studium der Kultur der UdSSR als Beitrag zur Sache des Friedens.
3. Leben und Tätigkeit Wladimir Iljitsch Lenins.
4. Leben und Tätigkeit Iossif Wissarionowitsch Stalins.
5. Frauen in der UdSSR.
6. Jugend in der UdSSR.
7. Gewerkschaften in der UdSSR.
8. Staatlicher und gesellschaftlicher Aufbau in der UdSSR.
9. Was sind Räte?
10. Die Überlegenheit des sowjetischen sozialistischen Wirtschaftssystems über das kapitalistische.
11. Die Verfassung der UdSSR.
12. Die Stachanow-Bewegung in der UdSSR.[255]
13. Familie und Ehe in der UdSSR.
14. Die Außenpolitik der UdSSR.
15. Die Freiheit der Persönlichkeit in der UdSSR.
16. *Sowjetische Filmkunst.*[256]
17. Elektrifizierung in der UdSSR.
18. Die Intelligenz[257] in der UdSSR.
19. Die Sowjetunion und die Lage in Berlin.
20. Gorki – ein großer russischer Schriftsteller.
21. Der Ursprung des Lebens auf der Erde (nach neuen sowjetischen wissenschaftlichen Erkenntnissen).
22. Astronomie in der UdSSR.
23. Der Fünfjahrplan in der UdSSR.
24. Aus meinem Leben in der UdSSR.
25. Alexandr Herzen[258], sein Leben und Werk.
26. Die internationale Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.
27. Die Presse in der Sowjetunion.
28. Die Stellung der Arbeiter in der UdSSR.
29. Der Lebensstandard in der UdSSR.
30.[259] Neue naturwissenschaftliche Theorien in der UdSSR.
31. Ein Sechstel der Erdoberfläche.

---

254 Dieses Dokument ist die Anlage zum Bericht des Chefs der Informationsabteilung der Kommandantur des sowjetischen Sektors von Berlin Demidow an Oberst Tjulpanow vom 16. März 1949 „Charakteristika raswitija Obschtschestwa po isutscheniju kultury Sowetskowo Sojusa (sentjabr 1947-fewral 1949gg.)", in: AWP RF 0457b/ 9/56/23, Bl. 15-23.

255 Stachanow-Bewegung: Im Rahmen des Sozialistischen Wettbewerbs in der Sowjetunion eine Methode zur Senkung der Arbeitskosten und zur Steigerung der Arbeitsnormen, benannt nach dem Bergarbeiter Alexei G. Stachanow (1906-1977). Damit wurde die Stachanow-Bewegung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgelöst.

256 Die ursprüngliche Formulierung „Filmindustrie in der UdSSR" wurde handschriftlich gestrichen und ersetzt.

257 In der Vorlage: „Intelligenzija".

258 Herzen/Gerzen, Alexandr Iwanowitsch (1812-1870), Schriftsteller und Publizist.

259 Die Ordnungsziffern 30, 31 und 36 sind in der Vorlage handschriftlich hervorgehoben.

32. Das Gesundheitswesen in der UdSSR.
33. Die Volksbildung in der UdSSR.
34. Die Sowjetunion drei Jahre nach Kriegsende.
35. Neue sowjetische Musik.
36. Eindrücke von Reisenden im alten und im neuen Rußland.
37. Die Bedeutung des Studiums der russischen Sprache.
38. Unsere Haltung gegenüber der UdSSR.
39. Meine Treffen mit Sowjetbürgern.
40. Grundlagen der Sozialversorgung in der UdSSR.
41. Die Sowjetunion heute.
42. Die Bedeutung der Wolga für das Wirtschaftsleben der UdSSR.
43. Theater in der Sowjetunion.
44. Wechselbeziehungen zwischen russischer und deutscher Literatur.[260]
45. Deutsche Literatur und Sprache in der Sowjetunion.
46. Die Beschlüsse des ZK der WKP(B) im Kulturbereich.
47. Belinski – ein großer russischer Kritiker.
48. Stanislawski – ein großer russischer Schauspieler *und Regisseur*[261].
49. Tolstoi – ein großer russischer Schriftsteller.

Fragen, die einem sowjetischen Lektor am 28. Februar 1949 im Haus der Gesellschaft des Stadtbezirks Prenzlauer Berg von Zuhörern gestellt wurden. Die Zuhörer gehörten unterschiedlichen Bevölkerungsschichten an.

1. Warum werden in sowjetischen Kinofilmen nur Soldaten gezeigt?
2. Wie steht es um die Rückkehr von Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion?
3. Wieviele Anzüge und Schuhe kann sich ein Arbeiter für einen Monatslohn kaufen?
4. Bis zu welchem Alter muß ein sowjetischer Arbeiter arbeiten?
5. Besteht in der UdSSR für Frauen Arbeitspflicht?
6. An wen muß man sich wenden, wenn in der UdSSR befindliche Kriegsgefangene keine Briefe schreiben?
7. Warum gibt es in der Sowjetarmee einen so großen Unterschied in der Verpflegung von Offizieren und einfachen Soldaten?
8. Warum sind sowjetische Bücher so teuer?
9. Warum wurde in der Sowjetunion getrennter Unterricht für Jungen und Mädchen eingeführt?
10. Können Deutsche die sowjetische Staatsangehörigkeit annehmen?
11. Wann verlassen die sowjetischen Besatzungsbehörden Deutschland?
12. Welche Aufgaben stellen sich den Gewerkschaften in der UdSSR?
13. Muß ein sowjetischer Arbeiter für eine Reise in ein Sanatorium oder in einen Kurort bezahlen?
14. Gibt es in der Sowjetunion einen arbeitsfreien Tag für Frauen (Waschtag)[262]?

---

260 In der ursprünglichen Fassung „zwischen russischer und deutscher Kultur und Literatur".

261 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich eingefügt worden.

262 Der sogenannte Waschtag war ein 1939 eingeführter und 1943 gesetzlich verankerter unbezahlter Hausarbeitstag für Arbeiterinnen und Angestellte mit eigenem Haushalt. Nach 1945 wurde er nur in einigen Ländern wieder eingeführt. In Westdeutschland fiel er in den fünfziger Jahren der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung zum Opfer, in der SBZ wurde er 1946 – teilweise in Widerspruch zur SMAD – in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen eingeführt, 1952 in der ganzen DDR gesetzlich vereinheitlicht und erst nach der Wiedervereinigung 1991 abgeschafft. Vgl. Sachse, Carola: Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939-1994, Göttingen 2002.

15. Hat der Sowjetbürger ein Recht auf Arbeit?
16. Wie ist in der Sowjetunion die Sozialversorgung von Invaliden organisiert?
17. Wie lebt ein Student in der UdSSR?
18. Warum ist ein Teil der Ukrainer nach Kriegsende nicht in die UdSSR zurückgekehrt, sondern nach Bayern gegangen?
19. Warum verhalten sich die in Berlin lebenden sowjetischen Frauen so distanziert gegenüber deutschen Frauen?
20. Können sie über Komsomol- und Pionierorganisationen erzählen?
21. Was denkt man in der UdSSR über die Oder-Neiße-Grenze?
22. Welche Politik verfolgt die UdSSR gegenüber Polen und den anderen Volksrepubliken?
23. Zieht die Sowjetunion Reparationen in Form von Lebensmitteln ein?
24. Wie ist das Leben in Sibirien?
25. Was ist eine Kolchose und wie lebt man in ihr?
26. Was wird die Sowjetunion machen, wenn Amerika einen Krieg beginnt?
27. Von wem und in welcher Weise werden in der Sowjetunion Fragen der Entlohnung der Werktätigen entschieden? Sind die Gewerkschaften an der Entscheidung von Lohnfragen beteiligt?
28. Wie wird in der Sowjetunion das Recht auf Mutterschaft geschützt?
29. Stimmt es, daß Arbeitern in der Sowjetunion der halbe Arbeitslohn ausgezahlt wird?

AWP RF 0457b/9/56/23, Bl. 24-25 (Rückseite). Original.

Nr. 134. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 30. März 1949

Geheim

Nach der Sitzung des WOKS, auf der Anfang Februar die Frage der Arbeit der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion erörtert wurde, haben wir beim Politischen Berater in Deutschland Genosse Semjonow angefragt, welche Maßnahmen die SMAD zur Verbesserung der Arbeit der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und Intensivierung der Lenkung ihrer Arbeit vorsieht.

Auf unsere Anfrage teilt der Stellvertreter des Politischen Beraters der SMA in Deutschland Genosse Arkadjew[263] mit, daß eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt wird, um die Arbeit der Gesellschaft zu verbessern. Das Politbüro der SED hat am 1. März[264] über *die Arbeit und den Zustand der Gesellschaft beraten und einen Beschluß gefaßt,*[265] der alle Landes- und Kreisleitungen der SED verpflichtet, die Lage der Gesellschaft zu erörtern und ihr reale Hilfe zu leisten.

Das Politbüro der SED hat die Kaderabteilungen der Länder und Kreise verpflichtet, der Gesellschaft bei der Auswahl qualifizierter Kader für leitende Tätigkeit in der Gesellschaft zu helfen. Für eine Verbesserung der Arbeit der Massenzeitschrift „Die neue Gesellschaft" wird ein Wechsel

263 Arkadjew, Georgi Petrowitsch (1905-), 1947-49 Stellvertretender Politischer Berater der SMAD, 1949-51 Berater im diplomatischen Korps der UdSSR in der DDR, 1951-52 Chef der 4. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR.

264 Am 1. März 1949 verabschiedete das Politbüro des Parteivorstandes der SED eine Erklärung „Gegen Aggression – für Unterstützung der Sowjetarmee". Ähnliche Erklärungen gaben damals auch die französische, italienische und britische kommunistische Partei ab.

265 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

innerhalb der Redaktion durchgeführt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird die Zeitschrift von dem erfahrenen Redakteur Harald Hauser[266] redaktionell geleitet.

Die Aufmerksamkeit der Verwaltungen der SMAD für die Arbeit der Gesellschaft muß ebenfalls gestärkt werden. Die Resolution der Versammlung des Parteiaktivs der SMAD, die Anfang März stattgefunden hat, verpflichtet die sowjetischen Menschen in Deutschland, die Arbeit der Gesellschaft zu unterstützen und die ihr notwendige Hilfe zu leisten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat sich die materielle Basis der Gesellschaft verbessert. Genehmigt wurden *Zuwendungen in Höhe von fünf Millionen Mark*, was eine erhebliche Ausweitung der Arbeit der Gesellschaft ermöglicht. Bis zum II. Kongreß der Gesellschaft, der im Mai 1949 stattfinden wird, soll ihr *Mitgliederbestand auf 100.000*[267] *gesteigert* werden.

Zur Kenntnisnahme.

A. Smirnow

GARF 5283/22/164, Bl. 80. Original.

Nr. 135. Rundverfügung des amtierenden Chefs der Informationsabteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberstleutnant Winogradow an die Chefs der Informationsunterabteilungen der Kreise über den Ausschluß der Werke Strawinskis aus deutschen Theater- und Konzertprogrammen. 6. April 1949[268]

Geheim

Angesichts der ausgeprägt antisowjetischen Position des Komponisten Strawinski, die dieser in jüngster Zeit einnimmt, schlage ich vor, seine Werke aus dem Repertoire deutscher Theater und Konzertprogramme zu streichen und ihre Aufführung in Zukunft nicht zu gestatten.

Der amtierende Chef der Informationsabteilung der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt Oberstleutnant *Winogradow*

GARF 7133/1/281, Bl. 88. Original.

266 Hauser, Harald (1912-1994), Schriftsteller, nach 1933 Emigration nach Frankreich. KPD/SED, 1949-55 Chefredakteur der Zeitschrift „Die neue Gesellschaft".

267 Am 1. Dez. 1948 zählte die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in der SBZ und in Berlin 42.289 Mitglieder (40% Frauen; in Berlin im Januar 1949: 4.957 Mitglieder) und insgesamt 52 Klubs. Das Diskussionsmaterial zur bis dahin größten Massenkampagne in der SBZ „Über die Russen und über uns", die durch einen gleichnamigen Artikel von Rudolf Herrnstadt im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" vom 18. Nov. 1948 ausgelöst worden war, erschien in einer Auflage von 130.000 Exemplaren. Vgl. Rechenschaftsberichte für die SBZ für Juni-Dez. 1948 vom 14.1.1949, in: GARF 5283/22/164, Bl. 52-64, sowie für Berlin für Jan. 1949 vom 4.2.1949, in: AWP RF 0457b/9/56/23, Bl. 8-12.

268 Ausweislich des Bearbeitungsvermerks wurde eine Ausfertigung und davon 33 Kopien hergestellt.

Nr. 136. Schreiben des Vorsitzenden des WOKS Denissow an den Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP(B) Grigorjan[269] mit dem Entwurf der Direktive für die WOKS-Delegation zum zweiten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 25. April 1949[270]

Geheim

Hiermit schicken wir Ihnen die Kopie des Schreibens 1269s vom 23. April 1949 an den Genossen W. M. Molotow und den Entwurf der Direktive für die Delegation des WOKS zum II. Zonenkongreß der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.

Anlage: Obengenanntes auf 3 Blatt.[271]

[Anlage]

Entwurf
Geheim

Direktive
für die Delegation des WOKS zum zweiten Zonenkongreß der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion[272]

Bei ihren Auftritten auf dem Kongreß und in den Organisationen der Gesellschaft müssen die Mitglieder der WOKS-Delegation:

1. Die Wichtigkeit des Kampfes der progressiven Menschheit für Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt gegen die Kriegstreiber eines neuen Krieges erklären und dabei die führende und entscheidende Rolle der Sowjetunion in diesem Kampf aufzeigen.
2. Zeigen, daß die Sowjetunion als konsequenter Verfechter des Prinzips der Gleichberechtigung und Souveränität der Völker konsequent für die Gründung eines friedliebenden, einigen und demokratischen Deutschland eintritt, das sein nationales Schicksal selbständig bestimmt.
3. Die von den nach Weltherrschaft strebenden Angloamerikanern betriebene Politik der Spaltung und Knechtung Deutschlands entlarven, die Deutschland in ein militärisches und ökonomisches Bollwerk des aggressiven Nordatlantischen Paktes verwandeln soll.
4. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung in Deutschland die durch das Grundgesetz des Sowjetstaates – die Stalin-Verfassung – garantierten Rechte der Sowjetbürger sowie die Überlegenheit der gewaltigen Errungenschaften der Sowjetunion im Bereich der Politik, Ökonomie und Kultur sowie die in der Welt fortschrittlichste sozialistische Ordnung herausstellen und dabei vor allem den friedlichen und konstruktiven Charakter dieser Errungenschaften unterstreichen.

---

269 Grigorjan, Wagan G. (1901-1983), 1933-45 Chefredakteur der Zeitung „Sarja Wostoka" in Tbilissi, 1946-47 Abteilungsleiter und stellvertretender Leiter der Verwaltung für Agitation und Propaganda, 1947-49 stellvertretender Chefredakteur des Kominform-Organs „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie", 1949-53 Vorsitzender der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP(B), 1953-54 Leiter der ZK-Abteilung für Verbindungen zu ausländischen kommunistischen Parteien.

270 In der russischen Ausgabe wird der Entwurf der Direktive mit „nicht später als 23. April 2004" datiert, hier anhand des ebenfalls veröffentlichten Begleitschreibens.

271 In der Vorlage ist als Anlage nur die Direktive (ein Blatt) vorhanden.

272 Die zweite Zonenkonferenz der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion fand am 4. Juli 1949 in Berlin statt. Sie beschloß die Umbenennung in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

5. Die progressive Rolle der sowjetischen Intelligenz beim politischen, ökonomischen und kulturellen Aufbau der UdSSR aufzeigen und dabei die gewaltige Arbeit und Unterstützung herausstellen, die Partei und Regierung der sowjetischen Intelligenz erweisen.

6. Den historischen Prozeß der politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung der Sowjetunion herausstellen und auf diese Weise der progressiven deutschen Öffentlichkeit helfen, praktischen Nutzen aus den reichen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zu ziehen.

GARF 5283/22/164, Bl. 112-114. Kopie

Nr. 137. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow über die Zeitschrift „Sowjetische Literatur". 6. Mai 1949

Geheim

Mit Beschluß des ZK der WKP(B) wurde dem Verlag „Tägliche Rundschau" der Druck der Zeitschrift „Sowjetische Literatur" in deutscher Sprache mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren und dem Berliner Kontor der All-Unionsgesellschaft „Meschdunarodnaja kniga" die Distribution dieser Zeitschrift aufgetragen.

1948 ist es „Meschdunarodnaja kniga" nicht in einem einzigen Monat gelungen, die vorgesehene Auflage abzusetzen, so daß der Verlag auf ihre Bitte nur 15.000 Exemplare der Zeitschrift gedruckt hat. 1949 ist die Nachfrage nach der Zeitschrift nicht gestiegen.

Die schwache Verbreitung der Zeitschrift läßt sich vor allem dadurch erklären, daß das in den ersten Nummern gegebene Versprechen nicht eingelöst wird, große Werke sowjetischer Autoren ungekürzt zu drucken. In den acht 1948 erschienenen Nummern der Zeitschrift (sieben Bände) waren lediglich zwei Romane (der Schriftsteller Gontscharow[273] und Kerbabajew[274]), eine Novelle und drei Erzählungen enthalten. Zugleich enthält die Zeitschrift umfangreiches bibliographisches Material und Rezensionen zu Werken, die dem deutschen Leser nicht zugänglich sind usw. Ein derartiger Inhalt der Zeitschrift engt den Kreis seiner Leser künstlich ein, so daß sie vor allem von Literaturwissenschaftlern, Philologen und einigen Lehrern und Studenten gelesen wird.

Die Gestaltung des Umschlags ist einfarbig, was keine Leser anlockt.

Von unserer Seite werden Maßnahmen zur Intensivierung der Reklame und besseren Verbreitung der Zeitschrift „Sowjetliteratur" ergriffen. Zugleich bitte ich Sie, das Redaktionskollegium der Zeitschrift über die Notwendigkeit zu instruieren, ihren Inhalt zu ändern und ihre äußere Gestaltung zu verbessern. Es ist sehr wichtig, daß die Zeitschrift in größerem Umfang literarische Neuerscheinungen sowjetischer Schriftsteller druckt und auf dem Umschlag Fotografien der Schriftsteller platziert, deren Werke in der Zeitschrift abgedruckt sind.

Wir erachten es für zweckmäßig, die Auflage der Zeitschrift auf 15.000 Exemplare festzulegen.

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen Generalleutnant Russkich

GARF 7317/3/4, Bl. 117-118. Beglaubigte Kopie.

273 Gontscharow, Iwan Alexandrowitsch (1812-1891), Schriftsteller.

274 Kerbabajew, Berdy Muradowitsch (1894-1974), Schriftsteller.

Nr. 138. Vermerk über eine fernmündliche Mitteilung aus dem Außenministerium der UdSSR an das WOKS über den zweiten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 10. Mai 1949[275]

Geheim

Genosse N. W. Iwanow aus dem Außenministerium hat mitgeteilt, daß der Oberste Chef der SMAD Armeegeneral Tschuikow und der Stellvertreter des Politischen Beraters Gribanow auf ein Schreiben von WOKS hin mitteilen, daß der Kongreß der Deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion am 26. Mai stattfinden wird. Es wäre wünschenswert, auf den Kongreß eine aus Vertretern der Wissenschaft, Technik, Pädagogik, Literatur und Musik zusammengestellte sowjetische Delegation zu entsenden.

Sie erachten es ferner als zweckmäßig, den Genossen Oistrach im Mai, den Genossen Oborin[276] im Juni und den Genossen Knuschewizki im Juli nach Deutschland abzuordnen.

Auf dem Telegramm der Genossen Tschuikow und Gribanow hat Genosse Wyschinski vermerkt: Dem Genossen Denissow mitteilen, da zu berücksichtigen ist, daß man in die Instanz gehen muß.

Entgegengenommen von W. G. Jakowlew 10. V. [19]49

GARF 5283/22/164, Bl. 108. Original.

Nr. 139. Bericht des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über den zweiten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 13. Juli 1949

Geheim

Der zweite Zonenkongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.

Vom 1. bis 4. Juli dieses Jahres fand in Berlin der zweite Zonenkongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion statt. An der Arbeit des Kongresses beteiligten sich über 500 Delegierte der lokalen Organisationen der Gesellschaft und etwa 1.300 Gäste – Vertreter von Betrieben, demokratischen Organisationen, der Bauernschaft und der Jugend der Zone und Berlins. Auf Einladung des Zentralvorstandes der Gesellschaft nahmen eine Delegation des WOKS unter Leitung des Akademiemitglieds Meschtschaninow[277] sowie Vertreter der Gesellschaften für Kulturbeziehungen und Freundschaft mit der UdSSR aus England, Schottland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Frankreich, der Schweiz und Holland an dem Kongreß teil. Aus Westdeutschland waren acht Repräsentanten demokratischer Organisationen des Ruhrgebiets, aus Stuttgart, Hamburg und Frankfurt am Main angereist.

---

275 Die Vorlage trägt den handschriftlichen Vermerk: „An Genossin Kislowa. Muß eilig der Instanz mitgeteilt werden. A. D[enissow]."

276 Oborin, Lew Nikolajewitsch (1907-1974), Pianist, Professor am Moskauer Konservatorium.

277 Meschtschaninow, Iwan Iwanowitsch (1883-1967), Linguist, 1932 Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 1945 Held der sozialistischen Arbeit. – Ursprünglich hatte WOKS der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP(B) mit Schreiben vom 20. Juni 1949 eine siebenköpfige Delegation unter der Leitung des WOKS-Vorsitzenden A. I. Denissow vorgeschlagen, der das Akademitglied Meschtschaninow nicht angehörte (in: GARF 5283/22/164, Bl. 199-200).

Die Einberufung des Kongresses war auf den zweiten Jahrestag der Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion angesetzt. In der Zeit seit dem ersten Zonenkongreß (Mai 1948) hat die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion eine herausgehobene Stellung im öffentlichen Leben der Sowjetzone einnehmen können und sich erfolgreich in Richtung einer Massenorganisation entwickelt.

Gruppen der Gesellschaft wurden in allen Städten und Kreisen der Sowjetzone gegründet. Über 600 Untergruppen wurden in großen Betrieben, an Lehranstalten und in kleineren Ortschaften organisiert. Die Gesellschaft verfügt über 76 Klubs und 127 Bibliotheken. 30 Klubs befinden sich im Stadium des Aufbaus.

Der Anstieg der Mitgliederzahlen wird durch folgende Daten belegt:

zum 1. April 1948 – 20.188 Mitglieder
zum 1. Januar 1949 – 50.300 Mitglieder
zum 1. April 1949 – 80.000 Mitglieder
zum 1. Juli 1949 – 123.000 Mitglieder[278]

Soziale Zusammensetzung der Mitglieder der Gesellschaft: Arbeiter 20% (1948 11%), Angestellte und Angehörige der Intelligenz 57%, Bauern 3%, Schüler und Studenten 12%, Hausfrauen 5%, sonstige 3%. Die Anzahl der Arbeiter unter den Mitgliedern der Gesellschaft hat sich innerhalb eines Jahres verdoppelt, die Zahl der Bauern ist gering, da die Gesellschaft auf dem Land noch keine umfassende Arbeit geleistet hat.

Im Verlauf dieses Jahres hat die Gesellschaft große Arbeit auf dem Gebiet der Propaganda der Errungenschaften und der Kultur der Sowjetunion geleistet und unter der deutschen Bevölkerung stabile Autorität und Popularität gewonnen. Der Wirkungsgrad der Gesellschaft hat erheblich zugenommen. So hat die Gesellschaft im vergangenen Jahr über 25.000 unterschiedliche Veranstaltungen durchgeführt, die von 3.750.000 Menschen besucht wurden. Allein in den großen Betrieben wurden über 2.500 Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Literaturabende und Konzerte durchgeführt, die von über 500.000 Menschen besucht wurden. *Seit dem Frühjahr 1949 hat die Gesellschaft begonnen, ihre Arbeit auf dem Land zu intensivieren. In den Ländern Mecklenburg und Brandenburg wurden Dutzende Dorfgruppen in Gemeinden, auf volkseigenen Gütern und in Maschinen-Ausleih-Stationen*[279] *gegründet. Städtische Gruppen der Gesellschaft übernehmen Patenschaften für die Häuser der Kultur der Maschinen-Ausleih-Stationen. Auf besonders großes Interesse der Bauern stießen von der Gesellschaft organisierte Vorträge über die Errungenschaften der sowjetischen Agronomie und über die Werke Mitschurins und Lyssenkos.*[280]

Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ist in organisatorischer Hinsicht erheblich erstarkt, das ideologische Niveau ihrer Arbeit ist gestiegen. Hinsichtlich des eigentlichen Inhalts der Arbeit der Gesellschaft haben sich grundlegende Veränderungen vollzogen. Erfolgreich überwunden wurden Tendenzen zu unpolitischer Schöngeisterei, Begeisterung für die Vergangenheit Rußlands und Furcht vor scharfen politischen Diskussionen, die 1947 und in der ersten Hälfte des Jahres 1948 in vielen lokalen Gruppen der Gesellschaft noch zu beobachten waren. Den Schwerpunkt der Arbeit der Gesellschaft bilden heute Vorträge und Vorlesungen über politische Themen, über die Errungenschaften der UdSSR in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur sowie Fragen der

278 123.000 Mitglieder zum 1. Juli 1949: Nur 69.707 Mitglieder zum 1. Juli 1949 laut: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, Berlin (Ost) 1967, S. 206, sowie: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, Berlin (Ost) 1957, S. 131.

279 „MPS" für: „Maschinno-prokatnaja stanzija" – Maschinen-Ausleih-Station (MAS).

280 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage durch Randanstreichungen hervorgehoben.

Politik der UdSSR gegenüber Deutschland, des Kampfes für den Frieden und der Entlarvung reaktionärer antisowjetischer Verleumdungen.

Eine der hinsichtlich ihrer Massenwirkung und politischen Bedeutung besonders herausragenden Veranstaltungen, die die Gesellschaft im ersten Halbjahr 1949 durchgeführt hat, waren Diskussionen zum Thema „Die Russen und wir" (aufgrund eines Aufsatzes des Redakteurs der Zeitung „Neues Deutschland" Rudolf Herrnstadt). Diese in fast allen Städten der Zone und in vielen großen Betrieben veranstalteten Diskussionen haben die Aufmerksamkeit breiter Schichten der deutschen demokratischen Öffentlichkeit auf sich gezogen. Innerhalb kurzer Zeit war eine von der Gesellschaft in einer Auflage von 240.000 Exemplaren herausgegebene Broschüre mit Herrnstadts Artikel und Materialien der Diskussion vergriffen. *Diese Diskussionen machten es möglich, Vorurteile und Mißtrauen vieler einfacher Deutscher gegenüber der Politik der UdSSR und den Maßnahmen der SMAD zu überwinden, und trugen dazu bei, die von der reaktionären Presse und angloamerikanischen Agenten verbreitete lügenhafte antisowjetische Verleumdung zu entlarven. Insgesamt wurden in der Zeit von Januar bis April 1949 440 derartige Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, die über 300.000 Menschen erreichten.*

Ein Indikator für die gewachsene Autorität der Gesellschaft waren die Feierlichkeiten anläßlich des 150. Geburtstages A. S. Puschkins. Auf Initiative der Gesellschaft wurden im Verlauf des Monats Juli dieses Jahres dem Schaffen Puschkins Hunderte von Vorträgen gewidmet, feierliche Abende, Schulmatinees und Konzerte durchgeführt. In einer Reihe von Städten wurden die besten Straßen nach Puschkin benannt, in Weimar wurde der Grundstein für ein Denkmal des Dichters gelegt. Erstmals wurden breite Schichten des deutschen Volkes so umfassend und tiefgreifend mit dem Schaffen A. S. Puschkins bekannt gemacht.

Vielseitiger und inhaltlich anspruchsvoller wurde die Arbeit der von den lokalen Gruppen der Gesellschaft organisierten Arbeitskreise der Klubs, ihr ideologisches Niveau ist gestiegen. Neben Arbeitskreisen zum Erlernen der russischen Sprache und zum Studium von Literatur, Theater und Musik der Sowjetunion wurden in vielen Klubs Arbeitskreise zum Studium der Geschichte der WKP(B), des historischen und dialektischen Materialismus und der Außenpolitik der UdSSR gegründet.

Die Gesellschaft hat ein beachtliches Aktiv nebenberuflicher deutscher Referenten über die Sowjetunion aufgebaut, das sich aus Propagandafunktionären der SED, Lehrkräften höherer und mittlerer Schulen und aus der UdSSR zurückgekehrten ehemaligen Kriegsgefangenen rekrutiert.

Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion beteiligt sich aktiv am Kampf der progressiven deutschen Kräfte für den Frieden und die Einheit Deutschlands. Aus einer kleinen Organisation kulturell-propagandistischen Charakters hat sie sich zu einer wichtigen gesellschaftlichen Organisation gewandelt, die große Arbeit auf dem Gebiet der Propaganda der Sowjetunion und der Erziehung aufrichtiger Freunde der Sowjetunion leistet.

Alle diese Veränderungen in der Arbeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion fanden vollen Niederschlag in der Arbeit und in den Beschlüssen des II. Zonenkongresses. Der Kongreß ging weit über den Rahmen einer lediglich den Aufgaben der Gesellschaft und der Stärkung der Kulturbeziehungen zwischen zwei Ländern gewidmeten Veranstaltung hinaus und verwandelte sich in ein bedeutsames Ereignis für das gesellschaftliche und politische Leben nicht nur der Sowjetzone, sondern ganz Deutschlands.

Die ersten zwei Tage der Arbeit des Kongresses fanden in Anwesenheit zahlreicher Gäste und Vertreter der deutschen demokratischen Öffentlichkeit im Gebäude der Staatsoper statt.

Allein die Zusammensetzung der Delegierten des Kongresses, die Tagesordnung, die Anwesenheit angesehener Vertreter der Öffentlichkeit sowie zahlreiche Grußbotschaften unterstrichen seine herausragende Bedeutung.

Den Kongreß begrüßten: Der Oberbürgermeister von Berlin F. Ebert[281] im Namen des hauptstädtischen Magistrats, W. Pieck vom Volksrat, Professor Kastner[282] vom antifaschistischen Parteienblock, O. Grotewohl im Namen der SED. Pieck, Grotewohl und Kastner würdigten bei ihren Auftritten die von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion geleistete Arbeit und unterstrichen die Bedeutung des Kongresses für die Stärkung der Freundschaft und der Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion.

Grußreden hielten die Leiter der ausländischen Delegationen: T. Murray (Schottland), S. Matuszewski (Polen), Jung (England), Doktor Ferner (Schweiz), der Schriftsteller Nico Rost (Holland), Professor G. Nikol (Frankreich), K. Lukanov (Bulgarien) und Doktor Dimitru (Rumänien). Alle ausländischen Delegierten unterstrichen in ihren Auftritten die führende Rolle der Sowjetunion im Kampf der Völker für den Frieden, den gewaltigen Anstieg der Sympathien für die UdSSR in allen Ländern der Welt und die Stärkung des demokratischen Lagers. Die Vertreter Polens, Bulgariens und Rumäniens berichteten von den dank der Hilfe der Sowjetunion erzielten großen Erfolgen der Länder der Volksdemokratie auf dem Gebiet der Entwicklung der nationalen Kulturen, der Volksaufklärung und des Anstiegs des Lebensstandards der Werktätigen.

Die Auftritte der Mitglieder der WOKS-Delegation: des Akademiemitglieds Meschtschaninow, des Schriftstellers Simonow, der Repräsentantin des Antifaschistischen sowjetischen Frauenkomitees S. P. Troizkaja und des Vorsitzenden des WOKS Professor Denissow wurden von stürmischem Beifall begleitet.

W. Pieck, O. Grotewohl sowie bedeutende Vertreter deutscher Wissenschaftskreise äußerten tiefe Befriedigung über die Zusammensetzung der WOKS-Delegation, von deren Mitgliedern einige in Deutschland sehr bekannt sind. Nicht zuletzt dieser Umstand veranlaßte die Führer des Parteivorstandes der SED, der Arbeit des Kongresses erheblich mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Ferner begrüßten den Kongreß Delegationen der FDJ, der Jungen Pioniere, der Bergarbeiter aus Mansfeld und Zwickau, der Stahlarbeiter der Max-Hütte, des Kulturbundes, der Kirche und andere. Den Kongreß begrüßte weiterhin eine Delegation deutscher Kriegsgefangener, die Ende Juli dieses Jahres aus der Sowjetunion zurückgekehrt sind. An die Adresse des Kongresses ergingen Hunderte Grußtelegramme von großen Betrieben und vielen Organisationen der Sowjetzone und Berlins.

Auf dem Kongreß wurden vier Referate gehalten: ein politischer Vortrag des Präsidenten der Gesellschaft Professor Kuczynski, ein Vortrag des Vorsitzenden des Deutschen Volksrates Otto Nuschke[283] zum Thema „Die Sowjetunion im Kampf für den Frieden und die Einheit Deutschlands", ein Vortrag des Präsidenten der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Paul Wandel zum Thema „Die Weltgeltung der Kultur der Sowjetunion" und ein Vortrag des Redakteurs der Zeitung „Neues Deutschland" Rudolf Herrnstadt über die Ergebnisse der Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Die Russen und wir".

---

281 Ebert, Friedrich (1894-1979), 1913 SPD, 1919-33 Redakteur, nach 1933 zeitweilig inhaftiert und bis 1945 unter Polizeiaufsicht, 1945/46 SPD/SED, 1947-50 Mitglied des Zentralsekretariats und ab 1949 des Politbüros des ZK der SED, 1948-67 Oberbürgermeister von Berlin, 1951-58 Präsident der DSF, ab 1960 Mitglied und ab 1971 Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Präsident der Volkskammer.

282 Kastner, Hermann (1886-1957), Jurist, 1917 Professor an der Leopold-Akademie in Lippe-Detmold, 1946-48 Justizminister/Stellvertretender Ministerpräsident des Landes Sachsen, 1948 Leiter des Fachsekretariats Finanzen, Post- und Fernmeldewesen, 1948/49 stellvertretender Vorsitzender der DWK und Kovorsitzender des Präsidiums des Volksrats, 1949-50 stellvertretender Ministerpräsident der DDR; 1945-47 Vorsitzender der LDP Sachsen, 1947-49 Stellvertretender Vorsitzender der LDP, 1949-50 Vorsitzender der LDP, ab Sept. 1956 in der Bundesrepublik.

283 Nuschke, Otto (1883-1957), 1945 Mitbegründer der CDU, Leiter des Verlages „Neue Zeit", 1948 Erster Parteivorsitzender der CDU, 1948-49 Kovorsitzender des Deutschen Volksrates, 1949-57 stellvertretender Ministerpräsident bzw. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

Professor Kuczynski zog in seinem umfangreichen Vortrag unter dem Titel „Freundschaft für immer" Bilanz der Tätigkeit der Gesellschaft und zeigte anhand markanter und überzeugender Beispiele die entscheidende Rolle der Sowjetunion im Kampf für Frieden und Fortschritt, bei den Erfolgen des demokratischen Aufbaus und des Aufschwungs der progressiven deutschen nationalen Kultur in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Er hob die große Bedeutung einer stabilen Freundschaft mit der Sowjetunion für die Zukunft Deutschlands und des deutschen Volkes hervor.

Kuczynski stellte und begründete den Antrag, die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" umzubenennen. Dieser Antrag wurde mit begeisterten Ovationen aufgenommen und durch den Kongreß einstimmig gebilligt.[284] *Mit großer Begeisterung nahm der Kongreß ein Grußtelegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR Genosse I. W. Stalin entgegen, in dem das Verständnis der Kongreßdelegierten für die der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Kampf für Frieden und Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion heute auferlegte Verantwortung besonders hervorgehoben wurde.*

Otto Nuschke verwies in seinem Vortrag auf die Rolle der Sowjetunion im Kampf für die Schaffung eines einigen demokratischen Deutschland und für die Umsetzung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz. Er bewertete die Resultate der Pariser Sitzung[285] des Rates der Vier Außenminister als Sieg der Außenpolitik der Sowjetunion und deckte anhand einer Reihe von Beispielen das Wesen der Kolonisationspolitik des angloamerikanischen Imperialismus in Westdeutschland auf. Nuschke hob das Bestreben aller ehrlichen Deutschen hervor, für Frieden und Völkerfreundschaft zu kämpfen, spottete über die von der reaktionären Presse entfachte antikommunistische Hysterie und rief zur Stärkung der Nationalen Front auf.

Paul Wandel berichtete von den Erfolgen beim Aufbau der neuen demokratischen Kultur in der Sowjetzone, die nur dank der Hilfe der Sowjetischen Milirtäradministration möglich wurden. Er verwies auf die Weltgeltung der sowjetischen sozialistischen Kultur und den gewaltigen Beitrag des russischen Volkes zur Entwicklung der Weltkultur. Wandel verwies auf den großen Einfluß, den die sowjetische Kultur in allen Ländern der Welt auf die Entwicklung progressiver kultureller Kräfte ausübt.

Rudolf Herrnstadt zog eine kurze Bilanz der Diskussion „Die Russen und wir", entlarvte eine Reihe antisowjetischer verleumderischer Erfindungen der reaktionären Presse und legte allgemeinverständlich und überzeugend dar, daß die Sowjetunion tatsächlich an der Schaffung eines einigen und demokratischen Deutschlands, am Abschluß eines Friedensvertrags und am Abzug der Besatzungstruppen interessiert ist.

Im Rahmen der Diskussion über die Hauptreferate trat eine Reihe Delegierter der Sowjetzone und einige Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit Westdeutschlands auf. Die Ärztin Inge Letz aus Frankfurt am Main, der Journalist Bruckner aus Stuttgart und der junge Bergmann Heinz aus dem Ruhrgebiet begrüßten den Kongreß herzlichst im Namen der fortschrittlichen Öffentlichkeit der Westzonen. Sie unterstrichen das gestiegene Interesse der Bevölkerung Westdeutschlands für das Leben der Sowjetunion und ihre Kultur, die Zuspitzung der sozialen Gegensätze in den Westzonen und eine wachsende Unzufriedenheit mit der Politik der angloamerikanischen

---

284 Am 30. April 1949 schrieb Jürgen Kuczynski an Tjulpanow: „[...] anbei der Entwurf meiner Rede auf dem Jahreskongreß der Gesellschaft. Ich wäre Dir doch sehr dankbar, wenn Du sie Dir ansehen könntest und mir sagen würdest, was Du von ihr hältst". Und am 17. Mai 1949: „Lieber Freund, zuerst muß ich Dir noch einmal für all die Verbesserungen an meiner Rede danken. [...] ganz fehlerhaft [...] war die Frage der Politisierung behandelt [worden]." In: BArch, Nachlaß Tjulpanow, ungeordnet.

285 Die Pariser Session des Rates der Außenminister der USA, UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs vom 23. Mai bis 20. Juni 1949 beriet über Deutschland. Obwohl sie zu keinen konkreten Ergebnissen geführt hat, trug sie atmosphärisch zur Entspannung bei.

Besatzungsbehörden. Inge Letz machte den Vorschlag, eine Reise progressiver Vertreter Westdeutschlands in die Sowjetunion zu organisieren und verstärkt Literatur über die UdSSR in die Westzonen zu schicken, um die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Westen zu beleben.

Großen Eindruck auf die Kongreßdelegierten machte der Auftritt des früheren Majors der deutschen Wehrmacht Bruckner, eines Parteilosen, der nie in sowjetischer Gefangenschaft war. Er hob hervor, daß er selbständig durch das Studium marxistischer Literatur und von Büchern über die Sowjetunion zu der Einsicht über die Notwendigkeit des Kampfes für Freundschaft mit der Sowjetunion und gegen den angloamerikanischen Imperialismus gekommen sei. Er berichtete über das Anwachsen der demokratischen, in Opposition zur Politik der Spaltung Deutschlands stehenden Kräfte in Westdeutschland, über das zunehmende nationale Bewußtsein der Jugend und Angehörigen der Intelligenz, über die Notwendigkeit, durch die demokratische Öffentlichkeit der Sowjetzone umfassend die Hilfe für die progressiven Kräfte des Westens zu aktivieren. Diese Auftritte zeigten, daß die Möglichkeiten gestiegen sind, in den Westzonen die Arbeit im Bereich der Propaganda der Sowjetunion zu entfalten und eine Massenbewegung für den Frieden zu schaffen.

Der dritte und vierte Tag der Kongreßarbeit fand im Haus der Kultur der Sowjetunion statt. Die Delegierten erörterten den Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Gesellschaft, unterzogen Mängel in der Arbeit des Zentralvorstandes und der lokalen Organisationen der Gesellschaft sachlicher Kritik und machten eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung und Ausweitung der Tätigkeit der Gesellschaft.

Als gravierende Mängel in der Arbeit der Gesellschaft wurden im einzelnen der relativ geringe *Arbeiteranteil unter den Mitgliedern der Gesellschaft, die schwache Verbindung zwischen dem Zentralvorstand und den lokalen Gruppen, der Mangel an qualifizierten Referenten über die Sowjetunion und andere genannt. Die Delegierten verwiesen auf die Notwendigkeit, Betriebsgruppen der Gesellschaft in den Betrieben zu gründen* und in stärkerem Maße aus der Sowjetunion zurückgekehrte ehemalige Kriegsgefangene für die Arbeit der Gesellschaft zu gewinnen.

Anschließend wurde ein detaillierter Beschluß verabschiedet, in dem die Hauptaufgaben der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft formuliert sind: Kampf für die Festigung der Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der UdSSR, Kampf für den Frieden, die Einheit Deutschlands und die Stärkung der Nationalen Front[286]. In dem Beschluß wird die große Verantwortung besonders hervorgehoben, die den Mitgliedern der Gesellschaft im Kampf gegen antisowjetische Verleumdung und für die Stärkung der Freundschaft mit der UdSSR auferlegt ist.

Der Kongreß legte die folgenden zentralen praktischen Aufgaben der Gesellschaft fest:

1. Umfassende Propaganda der Errungenschaften der Sowjetunion, tiefgreifendes Studium des sowjetischen Gesellschaftsaufbaus und der sowjetischen Ideologie, Hebung des ideologischen Niveaus der Propaganda der Kultur der Sowjetunion.

---

286 Die „Nationale Front des demokratischen Deutschland" (ab 1973: „Nationale Front der DDR") ist aus der 1947 eingeleiteten Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden hervorgegangen. Sie wurde am 7. Okt. 1949 auf der Grundlage des Manifests des 3. Deutschen Volkskongresses „An das deutsche Volk" vom 30. Mai 1949 (zur Bildung einer „Nationalen Front für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden") und auf der Grundlage des Beschlusses des Parteivorstandes der SED vom 4. Okt. 1949 über „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Partei Deutschlands" gegründet. Die „Nationale Front" war als ein gesamtdeutsches „Bündnis aller politischen und sozialen Kräfte des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei" konzipiert und wirkte als ein neues innenpolitisches Propagandainstrument der SED.

2. Entwicklung der Gesellschaft zu einer Massenorganisation durch Intensivierung der Arbeit in allen Schichten der Bevölkerung, insbesondere unter Arbeitern und Bauern.

3. Erziehung der Mitglieder der Gesellschaft zu bewußten Freunden der Sowjetunion. Entschlossener Kampf gegen Kriegstreiber und ihre Agenten, die antisowjetische Verleumdung verbreiten.

In dem auf dem Kongreß gewählten, aus 61 Personen bestehenden Zentralvorstand der Gesellschaft sind alle Schichten der deutschen Bevölkerung, alle Parteien und demokratischen Organisationen der Sowjetzone repräsentiert. Unter den Mitgliedern des Zentralvorstandes sind 13 Arbeiter und Bauern, elf Frauen, sechs Vertreter der Jugend. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde erneut Professor Kuczynski gewählt, Vizepräsidenten sind: die bekannte deutsche Schriftstellerin Anna Seghers, der Bergmann und Initiator fortschrittlicher Arbeitsmethoden Adolf Hennecke, der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften Professor Johannes Stroux und der Schriftsteller und Antifaschist Willi Bredel.

In den Zentralvorstand wurden ferner der Politische Berater Botschafter Semjonow, Generalmajor Tjulpanow, der Direktor des Hauses der Kultur der Sowjetunion Oberst Kusminow und der Chef der Abteilung Kultur der Informationsverwaltung Major Rosanow gewählt.

Über die Arbeit des Kongresses wurde in der deutschen demokratischen Presse und im deutschen demokratischen Rundfunk umfassend berichtet. In den Zeitungen „Tägliche Rundschau", „Neues Deutschland", „Berliner Zeitung" und „Nationalzeitung" wurden die Hauptreferate, die Auftritte der ausländischen Gäste, der Repräsentanten der Westzonen und der herausragenden Vertreter des öffentlichen Lebens der Sowjetzone sowie Materialien über die Arbeit der Gesellschaft vollständig abgedruckt. Andere Zeitungen und die gesamte Provinzpresse informierten ausführlich über den Verlauf des Kongresses. Der Umbenennung der Gesellschaft und den Aufgaben des Kampfes zur Festigung der Freundschaft mit der UdSSR wurden in allen wichtigen Zeitungen Leitartikel gewidmet. Alle Materialien des Kongresses wurden im Radio übertragen, einige Sondersendungen über den Kongreß wurden für Westdeutschland organisiert.

Weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit betrachten die Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Akt von großer politischer Bedeutung, als neue Etappe in der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und Zeugnis dafür, daß die Sowjetunion die Errungenschaften der progressiven deutschen Kräfte auf dem Gebiet der Demokratisierung der Sowjetzone und des Kampfes für den Frieden anerkennt.

Die westliche Presse hat versucht, den Kongreß totzuschweigen und seine Bedeutung zu mindern, indem sie nur einige kurze Berichte mit tendenziösen Überschriften veröffentlichte.

Schlußfolgerungen:

1. Der Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verlief auf hohem politischen Niveau, zeichnete sich durch einen kämpferischen offensiven Geist aus und zeugte vom Anstieg und von der Festigung der Sympathien gegenüber der Sowjetunion in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit.

2. Durch die Änderung des Namens der Gesellschaft unterstrich der Kongreß den politischen Charakter dieser Organisation und ihre organische Verbundenheit mit der Lösung der grundlegenden Frage unserer Zeit: des Kampfes für den Frieden. Der Beschluß des Kongresses bedeutet, daß die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu einem wichtigen Faktor im politischen Leben Deutschlands, zu einer Kampforganisation wird, die es zu ihrer Aufgabe macht, sich zu einer Massenorganisation für den Frieden und die Festigung der Freundschaft mit der Sowjetunion in Deutschland zu entwickeln.

3. Der Kongreß hat die feste Entschlossenheit der progressiven Kräfte Deutschlands demonstriert, gemeinsam mit der Sowjetunion, gemeinsam mit dem gesamten demokratischen Lager der Welt gegen die Kriegstreiber und gegen den angloamerikanischen Imperialismus zu kämpfen.

4. Der Kongreß hat die wichtigsten politischen und organisatorischen Aufgaben der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft deutlich formuliert und die Rolle der Gesellschaft im Kampf für die Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Sowjetzone, für den Frieden und für ein einiges demokratisches Deutschland definiert.

5. Der Kongreß hat eine Reihe praktischer Fragen aufgeworfen und erörtert, deren Lösung ein schnelleres Wachsen der Gesellschaft ermöglicht. Im einzelnen betrifft dies die Notwendigkeit, den Beschluß des Parteivorstandes der SED vom März dieses Jahres, demzufolge die Gründung von Betriebsgruppen der Gesellschaft in den Betrieben nicht zweckmäßig sei, rückgängig zu machen; ferner die Notwendigkeit, die Arbeit der Gesellschaft in Unternehmen der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) zu intensivieren, sowjetische Spezialisten – Direktoren und Ingenieure der Fabriken der SAG – stärker in diese Arbeit einzubinden sowie die Arbeit zur Ausbildung qualifizierter Vortragskader über die Sowjetunion aus den Reihen der aktiven Mitglieder der Gesellschaft zu intensivieren.

6. Der Kongreß hat gezeigt, daß aus der Sowjetunion zurückgekehrte ehemalige Kriegsgefangene, insbesondere wenn es sich um Absolventen der antifaschistischen Schulen handelt, in der Gesellschaft große Arbeit leisten und zu deren aktivstem Teil gehören. Der Kongreß unterstrich die Notwendigkeit einer noch umfassenderen Rekrutierung aus der Sowjetunion zurückgekehrter oder zurückkehrender ehemaliger Kriegsgefangener für die Arbeit der Gesellschaft.

7. Die Anwesenheit einer hochqualifizierten Delegation des WOKS machte es möglich, die öffentliche Resonanz und den Einfluß des Kongresses erheblich zu steigern. Die überzeugenden und informativen Auftritte der sowjetischen Delegierten auf dem Kongreß selbst und die im Anschluß an den Kongreß von der Gesellschaft in Berlin und anderen Städten der Zone organisierten Vorträge von Mitgliedern der WOKS-Delegation trugen dazu bei, die Autorität der Gesellschaft unter der deutschen Bevölkerung zu steigern, und machten den Aufenthalt der WOKS-Delegation in Deutschland zu einem Ereignis von großer politischer und kultureller Bedeutung. Der Erfolg der Auftritte der sowjetischen Wissenschaftler – Meschtschaninow, Denissow, Chwostow[287], Nuschdin, der Erfolg der Literaturabende und Vorträge K. Simonows, das gewaltige Interesse für die Thematik der wissenschaftlichen Vorträge der sowjetischen Wissenschaftler zeugen von einem gestiegenen Niveau des deutschen Zuhörers. Sowohl qualitativ als auch quantitativ sind die Ansprüche der deutschen Zuhörer dermaßen gestiegen, daß wir nicht in der Lage sind, diese mit den der SMAD zur Verfügung stehenden Lektorenkräften zu befriedigen. Diese Lage macht eine systematische Organisation von Reisen qualifizierter Lektorenkräfte aus der Sowjetunion in die Sowjetzone dringend erforderlich.

In der Arbeit des Kongresses gab es auch eine Reihe von Mängeln:

Unter den Rednern waren die Bauernschaft, das Kleinbürgertum und die Mittelschicht schwach vertreten, ferner waren nur wenige Vertreter aus den Westzonen zum Kongreß angereist. Der allgemeine Charakter des Kongresses war etwas linker als es sich aus den Aufgaben der Nationalen Front und [dem Ziel] der Gewinnung aller Schichten des deutschen Volkes für den Kampf um die Festigung der Freundschaft mit der UdSSR ergibt. Diese Mängel waren in erheblichem Maße eine Folge organisatorischer Schwäche von Seiten des Zentralapparats der Gesellschaft und fehlender Lenkung der Tätigkeit der Gesellschaft und der Vorbereitung des Kongresses von Seiten des Parteivorstandes der SED, unter deren Mitarbeitern bis in die jüngste Zeit die Meinung sehr weit verbreitet ist, daß die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion vor allem eine Angelegenheit der Organe der SMAD ist.

Die ebenso großen wie schwierigen Aufgaben, die sich der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft stellen, machen eine erhebliche Stärkung ihrer Führungskader und größere Unterstützung von Seiten der SED erforderlich.

---

287 Chwostow, Wladimir Michailowitsch (1905-1972), Historiker.

Am Rande des Kongresses hatte der Vorsitzende der Leitung des WOKS Professor Denissow ein Treffen mit den Mitgliedern der ausländischen Delegationen. Dieses Treffen hat gezeigt, daß die Gesellschaft bereits gute Beziehungen zu Organisationen dieser Art in anderen Ländern aufgebaut hat, was zweifellos einer Steigerung der Autorität der Gesellschaft förderlich ist. Während des Treffens wurden Maßnahmen zur weiteren Aktivierung dieser Beziehungen ergriffen.

Die WOKS-Delegation hatte ferner ein Gespräch mit dem neuen Vorstand der Gesellschaft, in dessen Verlauf Bitten der Gesellschaft an WOKS vorgetragen und Maßnahmen zur Umwandlung der Gesellschaft in eine Massenorganisation erörtert wurden. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Aufgabe einer Ausdehnung des Einflusses der Gesellschaft auf die Westzonen Deutschlands.

Konkrete Aufgaben und weitere Pläne der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wurden auf einer Sondersitzung unter Beteiligung des Chefs der Informationsverwaltung, des Präsidenten der Gesellschaft Professor Kuczynski und des Vorsitzenden der Leitung des WOKS Professor Denissow erörtert.

Der Chef der Informationsverwaltung der SMA in Deutschland Generalmajor S. Tjulpanow

GARF 5283/22/165, Bl. 9-20. Beglaubigte Kopie.

Nr. 140. Schreiben des Vorsitzenden des WOKS Denissow an den Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP (B) Grigorjan über die Unterstützung der Zeitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. 2. August 1949

Geheim

Der Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hat sich an WOKS mit der Bitte gewandt, der neuen Zeitung der Gesellschaft bei der Ausstattung mit Material Hilfe zu leisten. Die Zeitung soll einmal wöchentlich in einer Auflage von ungefähr 300.000 bis 400.000 Exemplaren erscheinen. Im Format der „Prawda" auf zwölf Seiten. Auf einen Namen der Zeitung haben sich die deutschen Freunde bislang noch nicht festgelegt.

Die Leitung des WOKS erachtet es als zweckmäßig, der Bitte der Gesellschaft zu entsprechen. WOKS wird der Zeitung Aufsätze, Reportagen und Fotoillustrationen zur Verfügung stellen, die von der Presseabteilung vorbereitet werden. Dieses Material wird allerdings weder in thematischer noch in quantitativer Hinsicht für die Ausstattung einer Wochenzeitung ausreichend sein.

Die Leitung des WOKS bittet das ZK der WKP(B), das Sowinform-Büro zu verpflichten, die Zeitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft regelmäßig entsprechend den Wünschen der Redaktion und der Presseabteilung des WOKS mit dem nötigen Material auszustatten.

Gleichzeitig erachtet die Leitung des WOKS es für zweckmäßig, der Bitte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nach einem eigenen Korrespondenten dieser Zeitung in Moskau zu entsprechen, und bittet das ZK der WKP(B) diese Frage positiv zu entscheiden.

Anlagen:

1. Übersetzung des Schreibens des Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft J. Kuczynski an das Mitglied der Leitung des WOKS Genossin L. D. Kislowa.

2. Übersetzung des Publikationskonzepts der neuen Zeitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.[288]

Der Vorsitzende der Leitung des WOKS A. Denissow

GARF 5283/22/165, Bl. 24. Beglaubigte Kopie.

Nr. 141. Direktive des Obersten Chefs der SMAD Armeegeneral Tschuikow und des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow Nr. 1/081 an die Chefs der Verwaltungen der SMA der Länder, den Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin und die Chefs der Verwaltungen der SMAD über die Aktivierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. 13. August 1949[289]

Geheim

Auf ihrem zweiten Zonenkongreß wurde die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion Anfang Juli dieses Jahres in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft umbenannt. Dieser aus den tiefgreifenden Veränderungen im Inhalt der Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion resultierende Beschluß hat große politische Bedeutung und wurde von der deutschen demokratischen Öffentlichkeit als Beginn einer neuen Etappe in den Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion gewertet.

Der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eröffnet sich die Perspektive eines schnellen Wachstums und der Wandlung in eine Massenorganisation. Die über 130.000 Mitglieder zählende Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft leistet große Arbeit im Bereich der Propaganda der Politik, Kultur und des gesellschaftlichen und staatlichen Aufbaus der Sowjetunion unter der deutschen Bevölkerung und zieht in ihren Reihen Freunde der Sowjetunion heran. Die Gesellschaft wird im Kampf für den Frieden und die stabile Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion ein wichtiger Faktor des politischen Lebens der sowjetischen Besatzungszone.

Es ist die Pflicht aller in Deutschland lebenden Sowjetbürger, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft umfassende Hilfe und Unterstützung zu leisten.[290]

Angesichts der außerordentlich großen Bedeutung, die einer umfassenden Stärkung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und einer Ausweitung ihrer Tätigkeit zukommt, sowie zum Ziel einer Aktivierung der Hilfe für die Gesellschaft von Seiten der in Deutschland arbeitenden Sowjetbürger

schlage ich vor:

1. Daß den Kommandanten der Städte und Kreise, ihren Stellvertretern für politische Angelegenheiten und den Chefs der Informationsabteilungen sowie den sowjetischen Direktoren und Ingenieuren der Unternehmen der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) gestattet wird, der

288 Die Anlagen auf Bl. 25-28 werden hier nicht abgedruckt.

289 Im Kopf des Formulars wird der „Oberste Chef der SMAD" genannt.

290 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Mitglieder beizutreten, und daß sie verpflichtet werden, sich aktiv an deren Arbeit zu beteiligen.

2. Daß in den Klubs der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Abstimmung mit den Politischen und den Informationsorganen der SMAD systematisch organisierte gemeinsame Treffen von Sowjetbürgern und Mitgliedern der Gesellschaft durchgeführt werden (Treffen deutscher und sowjetischer Frauen, deutscher und sowjetischer Jugend, deutscher und sowjetischer Spezialisten usw.). Daß Repräsentanten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf Festtagsveranstaltungen und kulturelle Massenveranstaltungen, die für Sowjetbürger durchgeführt werden, eingeladen werden. Daß derartige Treffen zur Popularisierung der Idee einer festen Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion und zur Propaganda der Politik und der Errungenschaften der Sowjetunion *genutzt werden.*

3. Daß die leitenden Mitarbeiter der SMA auf Landes- und Kreisebene verpflichtet werden, auf allen von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durchgeführten großen öffentlichen Ereignissen anwesend zu sein.

4. Daß die Chefs der Industrieverwaltungen der Entfaltung der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Betrieben der volkseigenen Industrie[291] jede erdenkliche Hilfe leisten.

5. Daß der Chef der Land- und Forstwirtschaftsverwaltung der SMAD der Entfaltung der Tätigkeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Dorf und insbesondere in den bei den Maschinen-Ausleih-Stationen gegründeten Kulturhäusern Hilfe leistet.

6. Daß der Chef des Verlages der SMAD den Klubs und Bibliotheken der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft die nötigen Bestände aller Publikationen zur Verfügung stellt.

7. Daß der Bevollmächtigte von „Sowexportfilm" in Deutschland die Praxis ausweitet, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sowjetische Filme zu Vorzugsbedingungen zu überlassen, und die der Gesellschaft geleistete Hilfe im Bereich der Propaganda der sowjetischen Filmkunst in Deutschland intensiviert.

8. *Daß die Chefs der Landesverwaltungen der SMA die notwendigen Maßnahmen* zur Intensivierung der ideologischen und materiellen Hilfe für die lokalen Organisationen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ergreifen und dabei vor allem den Klubs der Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen, damit diese in nächster Zukunft zu echten Heimstätten der sowjetischen Kultur werden.

9. Daß der Chef der Informationsverwaltung der SMAD die Tätigkeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unter besondere Kontrolle stellt und eine Intensivierung der Hilfe für die Gesellschaft von Seiten der Organe der SED und anderer demokratischer deutscher Organisationen gewährleistet.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Armeegeneral W. Tschuikow
Der Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Generalmajor Tjulpanow

Bestätigt: Der Chef des Sekretariats des Obersten Chefs der SMA in Deutschland Major *Sablodski*

GARF 7133/1/281, Bl. 319-320. Beglaubigte Kopie.

291 Infolge von Enteignungen wurden 1948 ca. 40% der Industrieproduktion in sogenannten volkseigenen Betrieben erwirtschaftet, weitere ca. 30% entfielen auf beschlagnahmte Betriebe der SAG.

Nr. 142. Aktennotiz des Chefs der Informationsabteilung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Makaruschin an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow über antisowjetische Stimmungen. 16. August 1949[292]

Geheim

Über die Fakten des Nachlassens der politischen Erziehungsarbeit in den SAG-Betrieben im Land Thüringen.

In der letzten Zeit ließ sich in einer Reihe von Unternehmen der SAG eine Abschwächung der politisch-erzieherischen Arbeit verzeichnen. Dieser Umstand führt im Land Thüringen zu einer Zunahme antisowjetischer und „schuhmacherischer" Stimmungen in diesen Betrieben. Einige Arbeiter aus den Reihen der Mitglieder der SED und der Parteilosen beginnen, offen sowjet- und SED-feindliche Äußerungen zu machen. Dies trat besonders deutlich im Zuge der Durchführung von Versammlungen der SED zur Entlarvung von Nationalismus und Opportunismus in den Reihen der Partei zutage.

So hat sich zum Beispiel eine Reihe von Mitgliedern der SED auf einer Parteikonferenz im BMW-Werk im Kreis Eisenach dagegen ausgesprochen, dem demokratischen Griechenland Hilfe zu leisten. Sie erklärten: „Wir haben während des Krieges selbst gegen die griechischen Partisanen gekämpft und müssen ihnen nicht helfen."

Der Werkmeister Lones, Mitglied der SED, äußerte auf derselben Parteikonferenz offen seinen Unmut darüber, daß die Produktion des Werks in die UdSSR ausgeführt wird. Lones forderte die Einrichtung einer Regierungskommission, die überprüfen soll, wohin die Produktion des Werks geht. Er erklärte, daß die Arbeiter in der sowjetischen Besatzungszone mehr ausgebeutet werden als in Westdeutschland und forderte die Durchführung eines Streiks der Arbeiter des Werks. Derartige Äußerungen wurden von einigen Funktionären der Parteiorganisation des Werks unterstützt.

So hat zum Beispiel der Vorsitzende des Gewerkschaftskomitees Müller nicht nur den oben genannten Auftritt unterstützt, sondern sich auch selbst antisowjetisch geäußert.

Infolge der Abschwächung der politisch-erzieherischen Arbeit im BMW-Werk ist der Einfluß nationalistischer Elemente auf die Mitglieder der SED stärker geworden. Dies führte zur faktischen Sprengung von Parteiversammlungen. Auf einer Parteiversammlung erschienen nur 52 der 180 gewählten Delegierten. Ungeachtet dessen wurde die Parteiversammlung eröffnet und verlief auf niedrigem ideologisch-politischen Niveau. An der Vorbereitung dieser Parteiversammlung hatte sich der Generaldirektor des BMW-Werks in keiner Weise beteiligt.

Schlecht vorbereitet war eine Parteiversammlung zur Entlarvung nationalistischer Elemente im Werk der SAG „Gebrüder Till". Viele Arbeiter dieser Fabrik erklärten: „Stalin und das ZK der WKP(B) machen die richtige Politik, aber die russischen Kommunisten, die bei uns in Deutschland sind, sabotieren den Wiederaufbau der Wirtschaft der Sowjetzone". Elf Delegierte dieser Fabrik haben sich auf der Stadtversammlung in der Stadt Ruhla bei der Abstimmung über die Annahme einer Resolution zur Entlarvung nationalistischer Elemente der Stimme enthalten, ohne Gründe für ihre Ablehnung zu nennen.

---

292 Bei der Vorlage handelt es sich um die 2. (von insgesamt zwei) Ausfertigung. Das Dokument trägt den handschriftlichen Vermerk: „Zwei Exemplare des Berichts mit der Stenotypisten-Nummer 223 vom 15. August 1949 auf sechs Seiten und der Entwurf dazu auf sechs Seiten sowie der Entwurf zu dem vorliegenden Bericht auf sieben Seiten wurden am 16. August 1949 durch Verbrennen vernichtet. Der Chef der Geheimabteilung Oberstleutnant *Lasarjow*".

Besonders schlecht ist es um die Beziehungen zwischen dem Generaldirektor und den gesellschaftlichen Organisationen in der Fabrik „Stock" bestellt.

Der dortige Generalsekretär Genosse Prokofjew stützt sich in seiner praktischen Arbeit mehr auf Methoden der administrativen Weisung als auf erzieherische Methoden und schenkt der Meinung der Betriebsgruppe der SED und der gesellschaftlichen Organisationen keine Beachtung. Mehrfach hat er erklärt: „Die Deutschen können nichts selbst machen, sie machen nur dann etwas, wenn sie einen Befehl erhalten." Der Befehl ist die bevorzugte Führungsmethode des Genossen Prokofjew.

So hat er z.B. die Verbreitung eines den Wahlen zum 2. Volkskongreß gewidmeten Flugblattes in seinem Unternehmen verboten, da dieses Flugblatt ohne seine Erlaubnis gedruckt worden sei. Tatsächlich aber war das Flugblatt mit Genehmigung der Kreiskommandantur der Stadt Rudolstadt gedruckt worden, so daß es einer zusätzlichen Genehmigung durch den Genossen Prokofjew gar nicht bedurfte.

Genosse Prokofjew hat der SED verboten, bei ihm im Betrieb Arbeiter für die Arbeit im Bergwerk Aue und für die Volkspolizei anzuwerben. Den Arbeitern seines Betriebs gegenüber verhält er sich unsensibel.

Genosse Prokofjew weigert sich, von der SED und den Gewerkschaften organisierte politische Veranstaltungen zu besuchen. So hat er etwa eine Einladung ausgeschlagen, an einem Abend zum 1. Mai teilzunehmen. Infolge derartiger Beziehungen des Generaldirektors zur SED und zu den gesellschaftlichen Organisationen hat sich gegenüber diesem eine ganze Opposition formiert, der der Stellvertreter des Direktors für soziale Fragen und die Vorsitzenden der Betriebsgruppe der SED und der Gewerkschaft angehören. Ende Juli haben der Vorsitzende der Betriebsgruppe der SED und der Stellvertreter des Direktors für soziale Fragen der Kreisleitung der SED der Stadt Rudolstadt ihren Unwillen mitgeteilt, weiterhin mit Genosse Prokofjew zusammenzuarbeiten, und ihre Versetzung in einen anderen Betrieb gefordert.

Auch in der Fabrik „Podjomnik" in Arnstadt entsprechen die Arbeitsbeziehungen in keiner Weise der Norm. Der Generaldirektor der Fabrik und der Chefingenieur sind nicht in der Lage, die Arbeiter über die SED und die gesellschaftlichen Organisationen zur Erfüllung der Produktionsaufgaben zu mobilisieren, und helfen sich damit, die Arbeiter und Ingenieure der Fabrik an Feiertagen und außerhalb der festen Arbeitszeiten arbeiten zu lassen. Einige Ingenieure und Arbeiter dieses Betriebs haben über einen Zeitraum von einem Monat und mehr keine freien Tage bekommen. Der Einsatz von Arbeitern außerhalb der festen Arbeitszeiten wird nicht ordnungsgemäß abgerechnet. Infolgedessen haben auch in der Fabrik „Podjomnik" die Aktivitäten antisowjetischer Elemente zugenommen. Ähnlich ist die Situation in den Betrieben der SAG „Olympia" und „Pelz" in Erfurt.

Ich gehe davon aus, daß die antisowjetischen Stimmungen infolge der Abschwächung der politisch-erzieherischen Arbeit von Seiten der SED einerseits und infolge der Geringschätzung der politisch-erzieherischen Arbeit mit deutschen Arbeitern von Seiten einer Reihe von Generaldirektoren der SAG andererseits nicht zurückgehen werden.

Ich bitte Sie, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf die Direktoren der Unternehmen der SAG dahingehend einzuwirken, daß sie der politisch-erzieherischen Arbeit mit den Arbeitern mehr Aufmerksamkeit schenken.

Die nötigen Empfehlungen zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation der SED dieser Betriebe wurden der Bezirksleitung der SED gegeben.

Der Chef der Informationsverwaltung der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen Oberstleutnant *Makaruschin*

GARF 7184/1/168, Bl. 590-592. Original.

Nr. 143. Bericht des Chefs der Informationsabteilung der Verwaltung des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin Oberstleutnant Demidow an den Chef der Informationsverwaltung der SMAD Generalmajor Tjulpanow über die Erfüllung der Direktive Nr. 1/081 vom 13. August 1949. 22. September 1949

Geheim

Bericht
Über die zur Erfüllung der Direktive des Obersten Chefs [der SMAD] Nr. 1/081 vom 13. August 1949 geleistete Arbeit.

Zur Erfüllung der Direktive Nr. 1/081 des Obersten Chefs [der SMAD] vom 13. August 1949 „Über die Aktivierung der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Hilfestellung für die Gesellschaft von Seiten der Sowjetischen Militäradministration" wurde in Berlin folgende Arbeit geleistet:

Das Kommando der Verwaltung der Militärkommandanturen der Stadt Berlin organisierte eine Sitzung der Militärkommandanten der Stadtbezirke, ihrer Stellvertreter für politische Fragen, der Chefs der Abteilungen der Verwaltungen, Generäle, Direktoren der Sowjetischen Aktiengesellschaften und anderen Organisationen, die sich im sowjetischen Sektor Berlins befinden. Auf der Sitzung wurde die Direktive des Obersten Chefs [der SMAD] besprochen und konkrete Maßnahmen zu ihrer Erfüllung festgelegt. Scharfe Kritik war an die Militärkommandanten der Stadtbezirke Mitte, Köpenick, Lichtenberg, die Generaldirektoren der Werke Siemens-Plania, Oberspreewerk, Winter und andere gerichtet wegen ihrer negativen Einstellung zur Arbeit der Gruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in diesen Stadtteilen und Werken, es wurden auch Versäumnisse der Informationsabteilung aufgezeigt, die die Arbeit der Betriebsgruppen der Gesellschaft ungenügend organisierte. Der stellvertretende Militärkommandant der Stadt Berlin, Oberst Jelisarow[293], forderte in seiner Ansprache, alle vorhandenen Mängel zu beheben und alle Bemühungen darauf zu richten, daß die Gruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in starke Organisationen umgewandelt werden, die fähig sind, die an die Gesellschaft gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die Direktive des Obersten Chefs [der SMAD] wurde auf der Sitzung der Chefs der Informationsabteilungen der Stadtbezirke besprochen. Auf der Sitzung wurde die schlechte Arbeit der Chefs der Informationsabteilungen der Stadtbezirke Mitte und Köpenick für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aufgezeigt. Es wurde festgelegt, in der nächsten Zeit die Mängel zu bereinigen und die Arbeit mit der Gesellschaft als die Hauptaufgabe der Stadtbezirksabteilungen zu betrachten.

Am 15. September trug das Parteibüro der Verwaltung der Militärkommandanturen auf seiner erweiterten Sitzung den Rechenschaftsbericht des Chefs der Informationsabteilung über die Arbeit der Abteilung Propaganda der Sowjetunion und über die Arbeit mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor. In der angenommenen Resolution wurde eine ganze Reihe von Mängeln in der Arbeit der Abteilung zu dieser Frage aufgezeigt und praktische Aufgaben für alle Parteiorganisationen der Kommandanturen betreffs der Durchführung der Direktive des Obersten Chefs aufgestellt.

---

293 Jelisarow, Alexei Iwanowitsch, Oberst, 1945-46 Chef der Abteilung Politik der Verwaltung des Militärkommandanten im sowjetischen Besatzungssektors Berlin, 1946-50 stellvertretender Kommandant (für politische Fragen) im sowjetischen Besatzungssektor Berlin.

Der Militärkommandant bestimmte eine Reihe von Offizieren und zivilen Mitarbeitern als verantwortlich für die Arbeit verschiedener Sektionen beim Stadtvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Diese Genossen haben mit der Arbeit zum Teil schon begonnen.

Die Informationsabteilung hat Themen für Vorlesungen erarbeitet, die von sowjetischen Arbeitern vorbereitet und weiter, nach einem Probelauf, vor der deutschen Bevölkerung gehalten oder an deutsche Lektoren der Gesellschaft als Material übergeben werden. Von diesen Lektionen werden 25 vorbereitet.

In den Stadtbezirken und Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaften fanden Treffen der Militärkommandanten und Generaldirektoren mit den Vorsitzenden der Stadtbezirksvorstände der Gesellschaft und den Vorsitzenden der Betriebsgruppen statt.[294] Auf diesen Treffen wurden Fragen zum Zustand der Arbeit der Gesellschaft und zu Maßnahmen zur Verbesserung dieser Arbeit (Einrichtung von Klubs, einzelnen Zimmern und Ecken der Gesellschaft, Plan der Lektionen und Vorträge, Organisation von Lehrgängen und Sektionen der russischen Sprache, Briefwechsel mit der Sowjetunion) erläutert.

Im Stadtbezirk Prenzlauer Berg wurde ein passables Haus für einen neuen Klub der Gesellschaft ausgesucht und Mittel für seine Renovierung bereitgestellt. Die Renovierung des Klubs für die Gesellschaft im Stadtteil Pankow ist abgeschlossen. In anderen Stadtteilen werden Maßnahmen zum Aussuchen von passenden Häusern und zum Ausfindigmachen von Mitteln zu ihrer Renovierung durchgeführt.

Anfang September hat die Informationsabteilung der Stadtleitung der SED Empfehlungen hinsichtlich der weiteren Aktivierung der Tätigkeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erteilt. Der Stadtleitung der SED wurde die Empfehlung gegeben, die Stadtbezirksleitung der SED auf die Unzulässigkeit des Fernbleibens von der Arbeit des Stadtbezirksvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hinzuweisen (Bezirk Lichtenberg), die fehlerhafte Taktik im Umgang mit der Gesellschaft einzustellen *(der 37. Abschnitt des Stadtbezirks Prenzlauer Berg nahm einen Beschluß an, der alle Mitglieder der Partei verpflichtet, Mitglied der Gesellschaft zu werden)*, die zufällige Auswahl der Kader für die Gesellschaft von Seiten der Stadtbezirksleitungen und der Kaderabteilung des Stadtvorstandes der SED zu kritisieren und die Leitung der Mitglieder der SED, die in Dienststellen gewählt wurden und im Apparat der Gesellschaft arbeiten, zu verbessern.

Die Stadtleitung der SED hat schon einen Teil der Arbeit zur Erfüllung dieser Empfehlungen ausgeführt. Es fand eine Sitzung der Stadtleitung der SED statt, auf welcher der Rechenschaftsbericht des Leiters der Gesellschaft über seine Arbeit angehört und konkrete Maßnahmen für die Behebung der Mängel festgelegt wurden (bessere Kader für die Gesellschaft auswählen, die Kontrolle und Führung der Gesellschaft der Abteilung Massenorganisationen übertragen, die Vorsitzenden der Stadtbezirksvorstände der Partei haben sich verpflichtet, der Gesellschaft zu helfen usw.).

In der Stadtleitung der Partei fand die Sitzung der Sekretäre für Massenkulturarbeit der Stadtbezirksleitungen der SED statt, auf der eine Verstärkung der Hilfe von Seiten aller Organe der SED für die Gruppen der Gesellschaft gefordert wurde.

Anfang September hat die Informationsabteilung des Stadtvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Empfehlungen und praktische Hilfestellung bei ihrer Erfüllung gegeben. Die Arbeit der Berliner Organisation der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hat sich nämlich in den Sommermonaten (Juli-August) etwas verschlechtert. Die Anzahl der durchgeführten Maßnahmen war niedriger als in den vorhergehenden Monaten, die

294 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

Besucherzahl der Maßnahmen der Gesellschaft sank, der Mitgliederzuwachs war ebenfalls niedrig. Die Beschlüsse des zweiten Kongresses der Gesellschaft wurden unter den Mitgliedern schlecht bekannt gemacht, die Bevölkerung kennt sie nicht. Dieser Zustand erklärt sich aus dem Nachlassen der Arbeit der Leitung der Gesellschaft, in der die zersetzende Theorie der Unmöglichkeit der Arbeitsausführung in den Urlaubsmonaten aufkam. Ab September wurde die Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aktiviert.

Es wurde empfohlen, eine Stadtkonferenz der Gesellschaft zusammen mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften und anderen Organisationen einzuberufen, auf welcher der Zustand der Arbeit und die bis Ende 1949 durchzuführenden praktischen Maßnahmen erörtert werden. Die Konferenz fand am 19. September statt. Mehr als 450 Leute nahmen teil. Mit Vorträgen traten der Vorsitzende des Stadtvorstandes der Gewerkschaften Deter[295], der Vorsitzende des Stadtvorstandes der Gesellschaft Professor Steinitz auf. In der angenommenen Resolution wurde festgelegt, bis Ende des Jahres mindestens 200 Betriebsgruppen zu bilden, die Zahl der Mitglieder auf mindestens 50.000 zu erhöhen, die Vorbereitung der Feier zum 32. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zum 70. Geburtstag Stalins und zum Tag der Stalinschen Verfassung zu organisieren, die Arbeit in den Sektionen zu verbessern, die Arbeit in den Westsektoren zu verstärken usw. Es ist geplant, bis zum 5. Oktober derartige Konferenzen in allen Stadtbezirken durchzuführen. Anfang des Monats begann die Arbeit zur Bildung der Betriebsgruppen in den Betrieben und zur Werbung neuer Mitglieder.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich die folgenden Hauptmängel und -schwierigkeiten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft konstatieren:

1. *Der Gesellschaft fehlt es an Führungskadern, die dazu befähigt wären, die gewaltigen der Gesellschaft gestellten Aufgaben* sowohl in organisatorischer Hinsicht (Gründung von Betriebsgruppen und Anwerbung neuer Mitglieder usw.) als auch vor allem hinsichtlich der Erziehung der Mitglieder der Gesellschaft zu bewußten Freunden der Sowjetunion zu leisten, d.h. die Vortrags-, Sektions- und sonstige Propagandaarbeit zu entfalten. *Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da sich die Gesellschaft zu einer Massenorganisation wandelt, schenkt der Vorsitzende des Stadtvorstandes der Gesellschaft Professor Steinitz seiner Arbeit unter Verweis auf seine Arbeitsbelastung an der Berliner Universität zu wenig Aufmerksamkeit und ist auch von seiner Befähigung her nicht in der Lage, die ihm unter den neuen Arbeitsbedingungen der Gesellschaft gestellten Aufgaben zu lösen.* Uns ist bekannt, daß auch die Stadtparteileitung und Genosse Ackermann diese Einschätzung teilen. Der Sekretär des Stadtvorstandes Dünow[296] hat nie eine große selbständige leitende Tätigkeit ausgeübt und die ersten drei Monate seiner Arbeit in der Gesellschaft zeigen uns, daß er mit der Arbeit eines Sekretärs kaum zurechtkommen wird. Er kann nicht erkennen, was bei seiner Arbeit wesentlich ist, läßt sich leicht durch rückständige Ansichten beeinflussen, kann Mitarbeiter weder auswählen noch richtig einsetzen und macht viele Fehler, die dann korrigiert werden müssen.

Die anderen Arbeiter im Apparat wissen nur sehr wenig über die Sowjetunion und haben keine ausreichende Arbeitserfahrung in Massenorganisationen. Deshalb besteht eine der Hauptaufgaben der Informationsabteilung bei der Arbeit mit der Gesellschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt

295 Deter, Adolf (1900-1969), 1920 KPD, 1933 Emigration nach Frankreich und 1941-46 in den USA. 1947-50 Mitglied des Pareivorstandes und 1950-54 Kandidat des ZK der SED, 1949-51 Erster Vorsitzender des FDGB-Landesvorstandes von Berlin, 1951-54 Sekretär des FDGB-Bundesvorstands.

296 Dünow, Hermann (1898-1973), 1920 KPD, 1933-45 aus politischen Gründen in Deutschland inhaftiert, u. a. 1947-55 Chefredakteur der Zeitschrift „Die Volkspolizei", 1948-51 Mitarbeiter der Hauptabteilung Politik-Kultur, 1952-56 stellvertretender Leiter der Politischen Verwaltung bei der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei.

darin, der Stadtleitung der SED dabei zu helfen, Führungskader für die Gesellschaft zu suchen, die befähigt sind, die vom zweiten Kongreß gestellten Aufgaben zu erfüllen.

2. Während die Vortragsarbeit zu allgemeinen Fragen in den Stadtbezirken und Betrieben von der Gesellschaft durchgeführt wird, ist die Arbeit zum vertieften Studium unterschiedlicher Fragen der Sowjetunion bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht entfaltet, d.h. die Arbeit der Sektionen funktioniert weder im gesamtstädtischen Maßstab noch auf Ebene der Stadtbezirke und Betriebe. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es erforderlich, nicht nur allgemeine Aufklärungsarbeit zu leisten, sondern den deutschen Werktätigen auch die große Erfahrung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zu vermitteln. Die Gesellschaft muß dazu beitragen, daß die Berliner Werktätigen die Erfahrung des sozialistischen Aufbaus in allen Fragen kennen. Die Informationsabteilung stellt sich die Aufgabe, dem Stadtvorstand der Gesellschaft dabei zu helfen, diesen gravierenden Mangel zu beseitigen, und hat bereits damit begonnen, die Aufgabe zu erfüllen.

3. Die materiellen Schwierigkeiten, mit denen der Stadtvorstand der Gesellschaft zu kämpfen hat, wirken sich negativ auf die gesamte Arbeit aus. *Vom Magistrat der Stadt wurden der Gesellschaft 500.000 Mark für ein Jahr zugewiesen.* Diese Summe ist für die Arbeit nicht ausreichend.[297] Nur aus diesem Grund gibt es in vielen Stadtbezirken keine eigenen Klubs bzw. sind die bestehenden Klubs schlecht eingerichtet; werden für die Propaganda der Sowjetunion nicht die herausragenden wissenschaftlichen Kräfte Berlins herangezogen, deren Arbeit in gewissem Grad angemessen bezahlt werden muß, werden keine großen Veranstaltungen in den Westsektoren Berlins durchgeführt (deren Organisation große Ausgaben erforderlich macht) usw.

Um die materielle Basis der Gesellschaft gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu bessern, wo die Zahl der Mitglieder steigt, die Zahl der Betriebsgruppen zunimmt und es notwendig ist, große Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen sowie die Vortrags-, Sektions- und Ausstellungstätigkeit zu entfalten, ist es nötig, die Gesellschaft mit einer Summe in Höhe von 500.000 Mark im Jahr zu unterstützen.

Anlage: Beschluß der Konferenz in deutscher Sprache. Nur für den Empfänger.[298]

Der Chef der Informationsabteilung der Verwaltung des Militärkommandanten der Stadt Berlin
Oberstleutnant *Demidow*

AWP RF 0457b/9/56/23, Bl. 84-88. Original.

297 Im Bericht Demidows an Tjulpanow vom 16. März 1949 wurde im Jahr 1949 für die Berliner Gesellschaft eine Dotation von einer Million Mark für erforderlich gehalten, worüber mit dem Magistrat, den Gewerkschaften und anderen nicht namentlich genannten Organisationen verhandelt werde. Vgl. AWP RF 0457b/9/56/23, Bl. 22.

298 In der Vorlage ist handschriftlich vermerkt: „Die Anlage wurde vernichtet. Major [Name unleserlich]. 18.8.[19]52".

Nr. 144. Bericht des Chefs des Spezial-Objekts Nr. 42 des Innenministeriums der UdSSR Oberst Serebriski[297] an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über die Ausarbeitung eines Konzertprogramms. 23. September 1949

Streng geheim

Im Spez[ial]-Objekt werden Kader für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ausgebildet. In dem unter Beteiligung des WOKS ausgearbeiteten Sonderprogramm für Kunst und Kultur der Sowjetunion gibt es einen Abschnitt über russische klassische und sowjetische Musik. Zur Illustration der von dem Musikwissenschaftler Poljanowski in diesem Lehrabschnitt gehaltenen Vorträge bitte ich Sie, ein *Konzertprogramm*[298] auszuarbeiten und dessen Organisation und Durchführung zu gewährleisten.

Die Anreise der Künstler wird vom Spez[ial]-Objekt übernommen.

Der Chef des Spez[ial]-Objekts Nr. 42 des Innenministeriums der UdSSR Oberst *Serebriski*

GARF 5283/22/165, Bl. 102. Original.

Nr. 145. Vermerk der Mitarbeiter des ZK der WKP(B) Popow und Pokrowski an den Sekretär des ZK der WKP(B) Suslow betreffend Übersetzung politischer Lehrmittel. 17. Oktober 1949

Beim ZK der WKP(B) sind Bitten der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR (Genosse Schatilow) und der Informationsverwaltung der SMAD (Genosse Tjulpanow) eingegangen, eine Reihe von Lehrmitteln zur Geschichte der WKP(B) und zu anderen Gesellschaftswissenschaften nach Deutschland zu schicken, um diese ins Deutsche zu übersetzen und bei der Propagandaarbeit unter dem Parteiaktiv und den Mitgliedern der SED einzusetzen.

Die Genossen Schatilow und Tjulpanow machen folgende Vorschläge:

1. Einen Bildband zur Geschichte der WKP(B) in deutscher Sprache herauszugeben. Der Bildband kann vom Verlag der SED „Dietz" in einer Auflage von 10.000 bis 15.000 Exemplaren gedruckt werden.

2. Einen Literaturführer zum „Kurzen Lehrgang der Geschichte der WKP(B)", das Lehrprogramm der Parteihochschule beim ZK der WKP(B) zur Geschichte der WKP(B), Stenogramme der Vorlesungen der Parteihochschule beim ZK der WKP(B) zu allen geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen sowie Material- und Dokumentensammlungen zu Kapiteln des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der WKP(B)" an die Informationsverwaltung der SMA in Deutschland zu schicken, um diese zu übersetzen und in deutscher Sprache herauszugeben.[299]

Es wäre zweckmäßig, die Bitte nach Übersetzung und deutschsprachiger Publikation des Bildbandes zur Geschichte der WKP(B) zu unterstützen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen

297 Serebriski, Arkadi Dawidowitsch, Oberst, ab 1946 Chef der Informationsabteilung der SMA Mecklenburg, 1948 Leiter der Zentralen Antifa-Schule für deutsche Kriegsgefangene in Krasnogorsk/UdSSR.

298 Die kursiv gesetzte Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

299 Zum vorstehenden Absatz vermerkte M. Suslow mit dem Datum vom 18. Okt. eigenhändig am Rand: „ist unumgänglich".

Bände mit Material zu den Kapiteln 1 bis 7 des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der WKP(B)" vor, in den nächsten Monaten werden Bände mit Material zu den Kapiteln 8 bis 12 erscheinen.

Was die anderen Bitten betrifft, so kann ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus den folgenden Gründen nicht entsprochen werden:

1. Der Literaturführer zum „Kurzen Lehrgang der Geschichte der WKP(B)" wurde vor Erscheinen der 4. Auflage der Werke W. I. Lenins und der Werke I. W. Stalins herausgegeben und wird zur Zeit im Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der WKP(B) überarbeitet.

2. Das Lehrprogramm der Parteihochschule beim ZK der WKP(B) zur Geschichte der WKP(B) wurde in diesem Jahr zusammengestellt und ist im ZK der WKP(B) noch nicht geprüft und bestätigt worden.

3. Die Stenogramme der Vorlesungen der Parteihochschule beim ZK der WKP(B) zur Geschichte der WKP(B) sowie die im Verlag „Moskowski rabotschi"[300] erschienenen Material- und Dokumentensammlungen zu Kapiteln des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der WKP(B)" können nicht empfohlen werden, da sie der Überarbeitung bedürfen. Die Stenogramme der Vorlesungen der Parteihochschule beim ZK der WKP(B) zum Lehrgang des Dialektischen und Historischen Materialismus, der Politökonomie, der Geschichte der UdSSR und anderen Gesellschaftswissenschaften sind noch nicht fertiggestellt worden. Nur die bereits vorliegenden, in der Parteihochschule ausgearbeiteten Vorlesungsstenogramme zu einzelnen Themen des Lehrgangs zu schicken, würden wir als nicht zweckmäßig erachten.

Wir bitten um Weisung.

D. Popow
B. Pokrowski

RGASPI 17/132/108, Bl. 114-115. Original.

Nr. 146. Vortragsthemen und Literaturempfehlungen der Vortragsgruppe der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B) für Deutschland. 19. Oktober 1949[301]

An den Sekretär des ZK der WKP(B) Genosse Suslow M.A.

Im Zusammenhang mit den Nachfragen der örtlichen Parteiorganisationen hat die Lektorengruppe der Abteilung Propaganda und Agitation des ZK der WKP(B) Vortragsthemen für Deutschland und China mit Literaturempfehlungen erarbeitet.

Ich bitte um Ihre Zustimmung, die vorgeschlagenen Themen den Lektorengruppen der Parteiorganisationen zu schicken.

D. Popow
19/X. – [19]49

300 D. i.: Der Moskauer Arbeiter.

301 Der vom 19. Okt. 1949 datierte Vermerk D. Popows von der Vortragsgruppe der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B) an den ZK-Sekretär Suslow ist von der Registratur des Technischen Sekretariats des ZK der WKP(B) wohl irrtümlich mit dem 2. Okt. 1949 gestempelt worden, denn im Dokument wird noch auf Veröffentlichungen vom 15. Okt. 1949 Bezug genommen. Die handschriftlichen Bearbeitungsvermerke auf der Vorlage sind zwischen dem 19. Okt. und dem 6. Nov. 1949 datiert.

Themenplan für Vorträge für Deutschland

1. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik[302] als Wendepunkt in der Geschichte Europas.
2. Die UdSSR im Kampf für die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands.
3. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als führende Kraft der Demokratisierung des Landes.
4. Die angloamerikanische Politik in Deutschland als Politik der Spaltung des Landes, der Verknechtung des deutschen Volkes und der Schaffung eines Aufmarschgebiets für einen neuen Krieg.

[...][303]

Empfohlene Literatur zu den Vorträgen für Deutschland

1. W. I. Lenin: Der Linksradikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus.
2. I. W. Stalin: Der Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag.
3. I. W. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion.
4. I. W. Stalin: Antworten auf Fragen des Präsidenten der amerikanischen Nachrichtenagentur „United Press" Hugh Bayley, erhalten am 23. Oktober 1946. [In:] „Bolschewik" Nr. 19/1949.
5. Aufzeichnung des Gesprächs des Genossen I. W. Stalin mit dem Vertreter der Republikanischen Partei der USA Harold Stassen vom 9. April 1947. [In:] „Prawda" vom 8. Mai 1947.
6. Stalin: Antwort des Genossen I. W. Stalin auf einen Offenen Brief von H. Wallace. [In:] „Prawda" vom 18. Mai 1948.
7. Fragen des Korrespondenten der „Prawda" und Antworten des Genossen I. W. Stalin. [In:] „Bolschewik" Nr. 20/1948.
8. I. W. Stalin: Antworten auf Fragen des Generaldirektors der amerikanischen Nachrichtenagentur „International News Service" für Europa, Herrn Kingsbury Smith, erhalten am 27. Januar 1949. [In:] „Prawda" vom 31. Januar 1949.
9. I. W. Stalin: Grußbotschaft an den Staatspräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Genosse Wilhelm Pieck und den Ministerpräsidenten Genosse Otto Grotewohl. [In:] „Prawda" vom 14. Oktober 1949.
10. W. M. Molotow: „Fragen der Außenpolitik". Reden und Erklärungen. April 1945 bis Juni 1948. Gospolitisdat 1948.
11. Die Berliner Dreimächtekonferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Gospolitisdat 1945.
12. Deklaration über die Kapitulation Deutschlands und die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland durch die Regierungen der UdSSR, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Provisorischen Regierung der Republik Frankreich.
13. Note der Sowjetregierung aus Anlaß der Londoner Konferenz zur Deutschen Frage. [In:] „Prawda" vom 9. März 1948.
14. Antwort der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf deren Note zur Lage in Berlin. [In:] „Prawda" vom 15. Juli 1948.
15. Noten der Regierung der UdSSR an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs. [In:] „Prawda" vom 3. Oktober 1949.
16. Die Sowjetunion und die deutsche Frage (Dokumente). Herausgegeben vom Außenministeriums der UdSSR. 1. und 2. Ausgabe.
17. Geschichtsfälscher. Historischer Abriß.
18. Erklärung Wilhelm Piecks über die Ostgrenzen Deutschlands. [In:] „Prawda" vom 8. September 1949.

---

302 Die DDR wurde am 7. Okt. 1949 gegründet.

303 Weggelassen wurden fünf Vortragsthemen für China.

19. Die Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik. [In:] „Prawda" vom 8. Oktober 1949.
20. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Resolution des Plenums des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949). [In:] „Prawda" vom 9. und 10. Oktober 1949.
21. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Otto Grotewohl. [In:] „Prawda" vom 15. Oktober 1949.

[...][304]

RGASPI 17/132/113, Bl. 55-58. Original.

Nr. 147. Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Russkich an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über die Durchführung eines Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in der SBZ, mit Ablaufplan. 19. Oktober 1949[305]

Geheim

Über die Durchführung eines Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands

Aufgrund des Beschlusses des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wird in der SBZ im November-Dezember dieses Jahres ein Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft durchgeführt.

Der Hauptinhalt der Arbeit der Gesellschaft wird in den Tagen des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft darin bestehen, umfassende Propaganda der Errungenschaften der Sowjetunion in den Bereichen Politik, Ökonomie, Wissenschaft und Kultur unter der deutschen Bevölkerung zu leisten sowie neue Mitglieder zu werben. Neben Vorlesungen und Vorträgen als Hauptarbeitsform *organisiert*[306] die Gesellschaft verschiedene thematische Ausstellungen über die Sowjetunion, ein Filmfestival, die Herausgabe von Plakaten, Broschüren und Büchern sowie Auftritte im Radio und in der Presse.

Der Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wird am 6. November dieses Jahres mit einer Festversammlung aus Anlaß des 32. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eröffnet und endet am 21. Dezember dieses Jahres mit einer Versammlung zu Ehren des Geburtstags des Genossen Stalin.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wäre es überaus wünschenswert, daß WOKS der Gesellschaft bei den folgenden Maßnahmen Hilfe erweist:

1. Entsendung einer Delegation der Gesellschaft (15 bis 20 Personen) in die Sowjetunion im November dieses Jahres. Nach ihrer Rückkehr wird die Delegation in einer Reihe von Organi-

304 Weggelassen wird hier ein Blatt mit einer Liste empfohlener Literatur für China.

305 Es handelt sich um die 2. Ausfertigung des Dokuments, die 1. Ausfertigung ging laut Vermerk an Grigorjan vom ZK der WKP(B). Das Dokument trägt den Eingangsvermerk vom 27. Okt. 1949 und handschriftliche, größtenteils unleserliche Bearbeitungsvermerke: Einen vom 27. Okt. „an Genossin Kislowa", also die zuständige Referentin, zwei weitere mit gleichem Datum sowie einen vom 16. Dez. [19]49.

306 Die kursiv gesetzten Passagen sind in der Vorlage handschriftlich unterstrichen oder durch Randanstreichung hervorgehoben.

sationen der Gesellschaft, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen auftreten und Vorträge über ihre in der Sowjetunion gewonnenen Eindrücke halten.

2. Abkommandierung sowjetischer Wissenschaftler und Kulturschaffender nach Deutschland in den Monaten November und Dezember, damit diese für die deutsche Bevölkerung Vorträge über die Errungenschaften der Sowjetunion halten.

3. Zusendung einiger thematischer *Ausstellungen (oder von Material, aus dem Ausstellungen zusammengestellt werden können)* an die Adresse der Gesellschaft, welche die Erfolge der Sowjetunion in unterschiedlichen Bereichen des politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens dokumentieren.

4. Entsendung zweier Konzert*brigaden* nach Deutschland in den Monaten November und Dezember.

Die Realisierung obengenannter Maßnahmen in den Tagen des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wird eine sehr positive Rolle für die Stärkung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft spielen.

Anlage: Plan für die Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, bestätigt durch den Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, auf 5 Blatt.[307]

Der Stellvertreter des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland für politische Fragen Generalleutnant *A. Russkich*

[Anlage]
Übersetzung aus dem Deutschen

Plan für die Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (*November-Dezember 1949*)

1. Im Zusammenhang mit der Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wird der Vorstand der Gesellschaft einen speziellen Aufruf an die gesamte Bevölkerung herausgeben.

2. Zusammenarbeit mit Massenorganisationen.

Die Gesellschaft tritt in Kontakt mit allen demokratischen Massenorganisationen, damit sie sich an den von der Gesellschaft im November 1949 durchgeführten Veranstaltungen beteiligen.

3. Lektorengruppen.

Beim Zentralvorstand, bei den Landesvorständen und in den Kreisen werden Lektorengruppen gegründet.

---

307 Die „Anlage auf Blatt 125-129: „Plan zur Durchführung des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft" von Mark, Generalsekretär der DSF und Hamacher, stellvertretender Generalsekretär. Die „Übersetzung aus dem Deutschen" (undatiert) ist weitgehend identisch mit dem in der russischen Editionsvariante abgedruckten „Perspektivplan der DSF für das 4. Quartal 1949" der beiden Vorgenannten vom 23. Sept. 1949, Blatt 114-120 (in: AWP RF 0457b/9/56/23, Bl. 113-120 vom 28. Okt. 1949), der am 28. Okt. 1949 an alle Leiter der Informationsabteilungen der Länder-SMAD als Rundverfügung verschickt wurde. Die wichtigste Abweichung besteht darin, daß in der Weisung zusätzlich auf die Abhaltung von Konferenzen ehemaliger deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR Wert gelegt wurde.

4. Sowjetische Lektoren.

Für die Lesung der im November 1949 zu haltenden Vorträge sollten neben den Gruppen deutscher Referenten auch sowjetische Referenten eingeladen werden.[308]

5. Künstlerensembles.

Neben den deutschen Künstlern, die im November 1949 im Rahmen der Feierlichkeiten der Gesellschaft auftreten werden, sind auch Auftritte von Ensembles der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen nötig.

6. Treffen.

In allen Ortsgruppen der großen Städte der Sowjetzone werden Treffen der Gesellschaft mit hier lebenden *Sowjetbürgern* organisiert werden. Besondere Aufmerksamkeit wird den folgenden Treffen zukommen:

a) zwischen der Freien Deutschen Jugend und dem Komsomol,
b) zwischen Jungen Pionieren und sowjetischen Pionieren,
c) zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Frauenbund.

7. Ausarbeitung des Programms.

Für die Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution werden vom Zentralvorstand gesonderte Vorschläge zur Zusammenstellung von Programmen herausgegeben.

8. Zu den folgenden Themen wird der Zentralvorstand Material für Referenten herausgeben:

a) Die historische Bedeutung der Oktoberrevolution.
b) 32 Jahre Friedenspolitik der Sowjetunion.

9. Filme.

Zusammen mit Sojusexportfilm ist eine Liste von Spiel- und Dokumentarfilmen zusammenzustellen, die im November 1949 in den Häusern der Gesellschaft gezeigt werden sollen.

10. Diskussionen zu wissenschaftlichen Themen.

In allen Universitäten sind Diskussionen zwischen deutschen Wissenschaftlern und sowjetischen Kollegen durchzuführen.

11. Lehrerkonferenzen.

Zusammen mit den *Ministerien für Volksbildung* sind Lehrerkonferenzen zur Frage der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft durchzuführen.

12. Erörterung des Buches „Das Land der frohen Zuversicht" von Jürgen Kuczynski in den Schulen.

Um das Buch „Das Land der frohen Zuversicht" von Jürgen Kuczynski[309] *bekannt zu machen*, sind in den Schulen Erörterungen dieses Buches durchzuführen.

13. Jahrestag der Oktoberrevolution.

In allen Städten und Ortsgruppen der Gesellschaft ist der 32. Jahrestag der Oktoberrevolution feierlich zu begehen.

---

308 Der vorstehende Absatz ist in der Vorlage am Rand handschriftlich zweifach angestrichen, die unterstrichene Passage zusätzlich handschriftlich unterstrichen.

309 Erschienen 1950 beim Verlag „Volk und Wissen" in Berlin.

14. Besondere Vorträge.

Es ist eine ganze Reihe von Vorträgen über die Sowjetunion zu wissenschaftlichen Themen durchzuführen, wozu alle unsere Sektionen heranzuziehen sind.

15. Agitationsveranstaltungen.

Um Propaganda für den Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft zu betreiben, sind die folgenden Maßnahmen durchzuführen:

a) Herausgabe eines Plakats der Gesellschaft mit der Aufschrift „Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft – November 1949"

b) Herausgabe speziellen Materials

c) Nutzung von Diapositiven in Kinotheatern und auf öffentlichen Plätzen

d) Ausstellung sowjetischer Literatur in den Schaufenstern von Buchläden

e) Innere und äußere Ausschmückung der Häuser der Kultur der Gesellschaft

f) Aushängen von Transparenten auf den Straßen der Städte

g) Verteilung von Abzeichen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

h) Radio und Presse des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft

i) Verteilung der Zeitung „Friedenspost" und der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft".

Der Tag der Stalinschen Verfassung am 5. Dezember 1949

Der Jahrestag der Stalinschen Verfassung bildet den Kulminationspunkt unserer diesjährigen Kampagnen.

Anfang Dezember 1949 werden in allen Orts- und Betriebsgruppen der Gesellschaft Vorträge über die Stalinsche Verfassung gehalten werden.

Geburtstag des Genossen Stalin.

1. Am 21. Dezember 1949 werden in allen Städten der Sowjetzone von der Gesellschaft Festabende im Zusammenhang mit dem 70. Geburtstag des Genossen Stalin durchgeführt werden.

In mehr als 500 Ortsgruppen und mehr als 1.000 Betriebsgruppen der Gesellschaft werden Vorträge über die Biographie des Genossen Stalin gehalten werden, mit entsprechendem Kulturprogramm.

2. Publikation von Material

Die Orts- und Betriebsgruppen der Gesellschaft werden Sondermaterial für die Durchführung von Festveranstaltungen und Vorträgen zum Geburtstag des Genossen Stalin erhalten.

3. Bücher.

Zum Geburtstag des Genossen Stalin wird der Verlag der Gesellschaft „Kultur und Fortschritt" die folgenden Bücher herausgeben:

a) Treffen mit J. W. Stalin

b) *Stalin als Wissenschaftler*

c) Die Stalinsche Verfassung

4. Ausstellungen.

Für alle Ortsgruppen und die großen Betriebsgruppen ist die „Stalin-Ausstellung" auf zwölf illustrierten Blättern in einer Auflage von 5.000 Exemplaren zu drucken.[310]

310 Der vorstehende Absatz ist in der Vorlage am Rand handschriftlich angestrichen, die zusätzlich unterstrichene Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

5. Porträts des Genossen Stalin.

Die Gesellschaft wird das Porträt des Genossen Stalin in einer Zahl von 10.000 Exemplaren drucken.

6. Filme.

Zusammen mit Exportfilm wird die Gesellschaft eine Reihe von Filmfestivals veranstalten – „30 Jahre sowjetische Filmkunst". Zu den Vorführungen dieser Filme werden Programme gedruckt werden, die den Inhalt des Films wiedergeben und die Rolle des Genossen Stalin im Zusammenhang mit dem Thema des jeweiligen Films unterstreichen.[311]

7. Elternabende.

Die Ortsgruppen werden Elternabende durchführen, an denen sich die Schüler beteiligen werden.

8. Büste des Genossen Stalin.

Im Auftrag der Gesellschaft wird eine Büste des Genossen Stalin für alle Häuser der Gesellschaft sowie für die Klubs in den Unternehmen gefertigt.

Anwerbungskampagne in den volkseigenen Betrieben.

1. Organisation von Betriebsgruppen.

Zum 21. Dezember 1949 sind in allen volkseigenen Betrieben der sowjetischen Zone Gruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu gründen.

2. Herausgabe von Broschüren

Für die Anwerbungskampagne wird Anfang Oktober 1949 eine Broschüre mit den folgenden Reden des Genossen Stalin herausgegeben werden:

a) „Über die Aufgaben der Wirtschaftsfunktionäre" (Rede auf der Ersten All-Unionskonferenz der Arbeiter der sozialistischen Industrie, 4. Februar 1931)

b) „Die neue Lage – die neuen Aufgaben des ökonomischen Aufbaus" (Rede auf der Sitzung der Wirtschaftsfunktionäre am 23. Juni 1931)

c) Rede auf der Ersten All-Unionssitzung der Stachanow-Arbeiter (17. November 1935)

3. Organisation von Versammlungen und Vorträgen.

a) Von Oktober an sind in allen Unternehmen Versammlungen mit Vorträgen über die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Freundschaft durchzuführen. Im Zusammenhang damit werden alle Fragen erörtert werden, die die Arbeiter interessieren: die Bedeutung der Aktivisten im Betrieb, Arbeiterklasse und Intelligenz usw.

b) Zum 70. Geburtstag des Genossen Stalin wird in allen Unternehmen Bilanz der Kampagne zur Gründung von Betriebsgruppen der Gesellschaft gezogen werden.

c) Die Gesellschaft wird allen Betriebsgruppen in den Unternehmen Plakate und Ausstellungsmaterial zur Verfügung stellen.

311 Der vorstehende Absatz ist in der Vorlage am Rand handschriftlich angestrichen, die zusätzlich unterstrichene Passage ist in der Vorlage handschriftlich unterstrichen.

Anwerbungskampagne in den Maschinen-Ausleih-Stationen.

1. Aufruf.

Zum 15. Oktober 1949 wird ein vom Zentralvorstand der MAS, vom Zentralvorstand der Gewerkschaft der Land- und Forstwirtschaft und vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unterzeichneter Aufruf zur Gründung von Betriebsgruppen der Gesellschaft in den MAS herausgegeben werden.

2. Betriebsgruppen in den MAS.

a) Vom 1. Oktober 1949 an wird in allen MAS eine Kampagne zur Werbung von Mitgliedern für die Gesellschaft beginnen, die am 21. Dezember abgeschlossen sein wird. Bis zu diesem Tag sollen in allen MAS starke und arbeitsfähige Gruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft organisiert sein, auf deren Grundlage sich die Dorfgruppen der Gesellschaft entwickeln sollen.

b) Bis zum 15. Oktober 1949 sollen die Kreissekretäre der Gesellschaft den Kontakt mit den Stellvertretern der Direktoren der MAS für Kulturarbeit herstellen.

c) Vom 1. bis 30. Oktober 1949 sind in allen MAS Versammlungen zur Frage der Gründung von Betriebsgruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durchzuführen.

Wo bereits Betriebsgruppen der Gesellschaft bestehen, sind Werbekampagnen mit dem Ziel der Stärkung dieser Gruppen durchzuführen.

3. Versammlungen und Vorträge in den MAS.

a) Im Oktober, November und Dezember 1949 werden alle für die Ortsgruppen vorgesehenen Versammlungen und Vorträge auch in den Betriebsgruppen der MAS durchgeführt werden.

b) Die Gesellschaft schickt allen MAS Plakate und Ausstellungsmaterial.

Der 21. Dezember – der Geburtstag des Genossen Stalin – bildet den Abschluß der Werbekampagne in den volkseigenen Betrieben und Maschinen-Ausleih-Stationen.

Am Morgen des 21. Dezember 1949 wird in Berlin eine Festversammlung zu Ehren des Genossen Stalin stattfinden, auf der Delegationen der Arbeiter und Angestellten der Vereinigungen der Volksunternehmen und der Maschinen-Ausleih-Stationen auftreten werden, um Rechenschaft über die Kampagne zur Anwerbung neuer Mitglieder für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft abzulegen.

Mark – Generalsekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
Hamacher[312] – Stellvertretender Generalsekretär

GARF 5283/22/165, Bl. 123-129. Original.

312 Hamacher, Gottfried, (1916-), Kriegsgefangenschaft in der UdSSR, Antifa-Schule, 1945 KPD, 1945-46 Leiter der KPD/SED-Landesparteischule in Mecklenburg-Vorpommern, 1947-49 Sekretär der Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR in Mecklenburg, 1950-51 stellvertretender Generalsekretär der DSF, 1951-55 Transportarbeiter, nach politischer Rehabilitierung ab 1959 Angestellter beim Reisebüro der DDR.

Nr. 148. Schreiben des Mitglieds der Leitung des WOKS Kislowa an den Stellvertreter des Obersten Chef der SMAD Generalleutnant Russkich über deutsche Musik. 31. Oktober 1949

Geheim

Das All-Unionskomitee für Rundfunk beim Ministerrat der UdSSR hat sich an das WOKS mit der Bitte um Tonbandaufnahmen der Auftritte deutscher Jugendkollektive auf dem internationalen Festival der demokratischen Jugend in Budapest und eine Tonbandaufnahme der Werke zeitgenössischer deutscher demokratischer Komponisten und Interpreten gewandt, die vom Komitee für Sendungen in der Sowjetunion vorgesehen sind.

Da es für zweckmäßig erachtet wird, der sowjetischen Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, die Musikkultur des demokratischen Deutschlands kennenzulernen, bittet die Leitung des WOKS um Ihre Anordnung, die erwähnten Tonbandaufnahmen dem WOKS zur Übergabe an das All-Unionskomitee für Rundfunk beim Ministerrat der UdSSR zu schicken.

Mitglied der Leitung des WOKS L. Kislowa

GARF 5283/22/165, Bl. 113. Kopie.

Nr. 149. Vermerk über eine fernmündliche Mitteilung des amtierenden Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Gribanow an den Vorsitzenden des WOKS Denissow über deutsch-sowjetischen Wissenschaftsaustausch. 19. Dezember 1949

Der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik Ulbricht hat sich an uns mit den folgenden Fragen gewandt:

1. Ob es möglich ist, daß WOKS im Rahmen seiner Kontakte zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sowjetische Spezialisten nach Deutschland schickt, um an den Universitäten der Republik Vorlesungsreihen zu aktuellen Fragen der Wissenschaft (Pädagogik, Biologie, Agronomie und andere Gesellschaftswissenschaften) zu halten.
2. Ob die Möglichkeit geklärt werden kann, deutsche Wissenschaftler nach Moskau zu schicken, um in den genannten Wissensgebieten die Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft zu studieren und die wissenschaftlichen Errungenschaften der UdSSR in der Republik und insbesondere an den Universitäten und Hochschulen anzuwenden.
3. Ob es möglich ist, deutsche Studenten zum Studium an Moskauer Institute und insbesondere an das Institut für Körperkultur und Sport zu schicken.

Ich bitte Sie, Ihre Meinung zu diesen Fragen der Führung des Außenministeriums der UdSSR mitzuteilen.

Angesichts der Dringlichkeit der Fragen bitte ich Sie, Ihre Vorschläge am 20. Dezember zu senden.

Der amtierende Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR
Gribanow

Übermittelt über das Kreml-Telefon von Genosse Martynow (39-10)
Entgegengenommen von Lapschina
19.XII. [19]49
14.45 Uhr

GARF 5283/22/165, Bl. 141. Original.

Nr. 150. Schreiben des Mitglieds der Leitung des WOKS Kislowa an den Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Gribanow über deutsch-sowjetischen Wissenschaftsaustausch. 20. Dezember 1949

Geheim

In Beantwortung ihrer Anfrage vom 19. Dezember 1949 teile ich mit:

1. Die Leitung des WOKS bereitet den Vorschlag, im Januar 1950 eine Gruppe sowjetischer Spezialisten nach Deutschland zu entsenden, die in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Vorlesungen und Vorträge halten sollen, zur Vorlage an die Instanz vor.

2. Fragen bezüglich einer Einladung deutscher Wissenschaftler zum Studium der Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft und der Entsendung deutscher Studenten zum Studium an Moskauer Instituten liegen nicht in der Kompetenz des WOKS.

Solche Fragen müssen nach unserer Meinung über das Außenministerium der UdSSR in Absprache mit dem Ministerium für Hochschulbildung und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR entschieden werden.

Mitglied der Leitung des WOKS L. Kislowa

GARF 5283/22/165, Bl. 140. Kopie.

Russische Texte des III. Abschnittes wurden von Lars Nehrhoff übersetzt.

Ausgewertete Archivbestände

Archiv der Russischen Akademie der Wissenschaften

Fonds 557

AWP RF
Archiw Wneschnei Politiki Rossiskoi Federazii, Moskau (d. i. Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation)

Fonds 082 (Referat Deutschland),
Fonds 0457a (Der Politische Berater der SMAD),
Fonds 0457b (Informationsverwaltung der SMAD).

BArch
Bundesarchiv Berlin

DX 1 (Befehle der SMA).
Sammlung (unverzeichnet): Pisma S. I. Tjulpanowu 1945-1949g., in: Tjulpanow-Nachlaß im BArch.

BLHA
Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam

202 A (Büro des Ministerpräsidenten), 332 (SED; Landesvorstand).

GARF
Gossudarstwenny archiv Rossiskoi Federazii, Moskau (d.i. Staatsarchiv der Russischen Föderation)

Fonds 5283 (All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland, 1925-1957),
Fonds 6991 (Rat für Religionsfragen beim Ministerrat der UdSSR, 1943-1991),
Fonds 7077 (Verwaltung der SMAD für das Land Brandenburg),
Fonds 7103 (Verwaltung der SMAD für das Land Mecklenburg),
Fonds 7133 (Verwaltung der SMAD für das Land Sachsen-Anhalt),
Fonds 7184 (Verwaltung der SMAD für das Land Thüringen),
Fonds 7212 (Verwaltung der SMAD für das Land Sachsen),
Fonds 7317 (Der Zentrale Apparat der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, 1945-1949),
darin Bestände („opissy"):

- 2 (Sekretariat des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen, 1948-1949),
- 3 (Sekretariat des Ersten Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD, 1945-1949),
- 4 (Sekretariat des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD für ökonomische Fragen, 1946-1949),
- 7 (Stab der SMAD, 1945-1949),
- 8 (Stab der SMAD, 1945-1949),
- 9 (Verwaltung des Kommandanturdienstes der SMAD, 1945-1948),
- 10 (Politische Verwaltung der SMAD, 1945-1946),
- 12 (Militärische Abteilung/Verwaltung der SMAD, 1945-1949),
- 17 (Verwaltung für innere Angelegenheiten der SMAD, 1945-1949),
- 21 (Verwaltung für Repatriierung und Suchdienst [für vermisste Bürger der Vereinten Nationen] der SMAD, 1945-1949),
- 22 (Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts Deutschlands in der SMAD, 1945-1949),
- 23 (Verwaltung zum Studium des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts Deutschlands in der SMAD, 1945-1949),
- 36 (Verwaltung für Landwirtschaft und Forstwesen der SMAD, 1945-1949),
- 36a (Verwaltung für Landwirtschaft und Forstwesen der SMAD, 1945-1949),
- 37 (Verwaltung für Landwirtschaft und Forstwesen der SMAD, 1945-1949),
- 38 (Verwaltung für Transport der SMAD, 1945-1949),
- 39 (Verwaltung für Transport der SMAD, 1945-1949),
- 41 (Verwaltung Verbindungen der SMAD, 1945-1949),

43 (Verlag der SMAD/Verwaltung für Angelegenheiten der polygraphischen Industrie, der Verlage und des Buchhandels der SMAD, 1945-1949),
48 (Abteilung für Organisation, Rechnungswesen und Kader, 1945-1949),
54 (Abteilung/Verwaltung für Volksbildung der SMAD, 1945-1949),
55 (Abteilung/Verwaltung für Volksbildung der SMAD, 1945-1949),
56 (Abteilung/Verwaltung für Gesundheitswesen der SMAD, 1945-1950),
57 (Abteilung/Verwaltung für Gesundheitswesen der SMAD, 1945-1950),
59 (Personalbestand der SMAD, 1945-1949),
61 (Verwaltung für Angelegenheiten der polygraphischen Industrie, der Verlage und des Buchhandels der SMAD, 1946-1949),
62 (Verwaltung für Außenhandel der SMAD, 1946-1950),
64 (Persönliche Angelegenheiten politischer, gesellschaftlicher und staatlicher Funktionäre der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, verfolgt von der Sowjetischen Kontrollkommission),
65 (Informationen über berufliche und politische Zugehörigkeiten von Staatsfunktionären).

Fonds 7408 (Verlag der Zeitung „Tägliche Rundschau", 1945-1950),
Fonds 9434 (Haus der Kultur der UdSSR in Berlin, 1946-1949),
Fonds 9435 (Zentraler Klub der SMAD).

RGASPI

Rossiski Gossudarstwenny Archiw sozialno-polititscheskoi istorii, Moskau (d.i. Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte)

Fonds 17 (Zentralkomitee der WKP (B))
darin Bestände („opissy"):
125 (Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B), 1938-48),
128 (Abteilung Internationale Information des ZK der WKP(B), 1944-50),
132 (Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B), 1948-56),
137 (Außenpolitische Kommission des ZK der WKP(B)).

ZAMO RF

Zentralny archiw Ministerstwa oborony Rossiskoi Federazii, Podolsk, d.i. Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation

Auswahlbibliographie

Nachschlagewerke und Überblicksdarstellungen

Badstübner, Rolf: Vom „Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999.

Barck, Simone u.a. (Hg.): Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945, Stuttgart u.a. 1994.

Barck, Simone/Langermann, Martina/Lokatis, Siegfried (Hg.): Zwischen „Mosaik" und „Einheit". Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999.

Benz, Wolfgang (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55, Berlin 1999.

Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1990.

DDR Handbuch. Hg. von Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. 3. überarb. u. erw. Aufl., Köln 1985.

Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999.

Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2000.

Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen (Hg.): So funktionierte die DDR. 3 Bde:, Reinbek 1994.

Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.

Kuhhirt, Ulrich (Hg.): Kunst der DDR 1945-1949, Leipzig 1982.

Müller-Enbergs, Helmut/Wielgohs, Jan/Hoffmann, Dieter: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000.

Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Stephan, Gerd-Rüdiger u.a. (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2000.

Dokumentationen

Anweiler, Oskar u.a. (Hg.): Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Opladen 1992.

Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994.

Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46. Quellenedition, hg.: Staatliche Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR, Gesamtredaktion: Wolfgang Merker und Hans-Joachim Schreckenbach, Berlin 1989.

Bonwetsch, Bernd/ Bordjugov, Gennadij/ Naimark, Norman N.: Sowjetische Politik in der SBZ. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsabteilung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov, Bonn 1998.

Бонвеч, Бернд/ Бордюгов, Геннадий/ Неймарк, Норман: СВАГ: Управление пропаганды (информации) и С.И. Тюльпанов 1945-1949. Сборник документов, Москва 1994.

Erler, Peter/Laude, Horst/Schroeder, Klaus: „Nach Hitler kommen wir!" Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

Fiedler, Helene (Hg.): Allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung. Dokumente und Materialien zur demokratischen Schulreform, Berlin 1981.

Freundschaft! Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln. Eine Publikation des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Berlin 1996.

Freundschaft DDR-UdSSR. Dokumente und Materialien, Berlin 1965.

Freundschaft - Werden und Wachsen. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Bruderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR, Potsdam 1975.

Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968. Bericht und Dokumentation. 2. Aufl., Köln 1990.

Friedrich, Thomas u.a. (Hg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995.

Geißler, Gert/Blask, Falk/Scholze, Thomas: Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung der DDR in Dokumenten, Berlin 1996.

Geißler, Gert/Blask, Falk (Bearbeiter): In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln, Berlin 1996.

Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945-1961. Eingeleitet, kommentiert und herausgegeben von Andreas Malycha, [Leipzig] 2003.

Günther, Karl-Heinz/Uhlig, Gottfried (Hg.): Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945-1955, Berlin 1970.

Handel, Gottfried/Köhler, Roland (Hg.): Dokumente der SMAD zum Hoch- und Fachschulwesen 1945-1949, Berlin 1975.

Heinemann, Manfred (Hg.): Hochschuloffiziere und der Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945-1949: Die Sowjetische Besatzungszone, Berlin 2000.

Кынин, Георгий П./Лауфер, Йохен П.: СССР и германский вопрос 1941-1949. Том 1, Москва 1996; Том 2, Москва 2000; Том 3, Москва 2003.

Kynin, Georgij P./Laufer, Jochen P. (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, 3 Bde., Berlin 2004.

Overesch, Manfred: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur, Augsburg 1992.

Quellen und Dokumente 1945-1951, hg. im Auftrag des Senats von Berlin, bearb. durch Hans J. Reichhardt u.a., Berlin 1964.

Rößler, Ruth-Kirstin (Hg.): Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994.

Suckut, Siegfried: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986.

Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin(Ost) 1968.

Министерство иностранных дел СССР/Министерство иностранных дел ГДР: За антифашистскую демократическую Германию. Сборник документов 1945-1949 гг., Москва 1969.

Monographien/Literatur allgemein

Abusch, Alexander: Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus. Beiträge zur deutschen Kulturpolitik 1946-1947, Weimar 1967.

Адибеков, Грант М.: Коминформ и послевоенная Европа, Москва 1994.

Akinscha, Konstantin/Koslow, Grigori: Beutekunst. Auf Schatzsuche in russischen Geheimdepots, München 1995.

Albrecht, Ulrich/Heinemann-Grüder, Andreas/Wellmann, Arend: Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992.

Anweiler, Oskar: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, Opladen 1988.

Ansorg, Leonore: Kinder im Klassenkampf. Die Geschichte der Pionierorganisation von 1948 bis Ende der fünfziger Jahre, Berlin 1997.

Bassistow, Jurij W.: Oberst Tjulpanow und die Bildungs- und Kulturpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 305-317.

Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990. Herausgegeben von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Berlin 2002.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993.

Boden, Petra (Hg.): Deutsche Literaturwissenschaft 1945-1965. Fallstudien zu Institutionen, Diskursen, Personen, Berlin 1997.

Die Bedeutung der Befehle der SMAD für den Aufbau des sozialistischen Gesundheitswesens der Deutschen Demokratischen Republik. Hg. vom Ministerium für Gesundheitswesen der DDR, Berlin 1967.

Bednarek, Horst: „Sovjetskoje Slovo", die Tageszeitung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. In: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, Berlin 1977, S. 187-197.

Bejdin, Iwan A.: Erinnerungen an die Arbeit der sowjetischen Kontrollorgane in Deutschland. Die Jugend-, Bildungs- und Parteienpolitik der SMAD in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Bildung und Erziehung 4/1992, S. 417-432.

Bernhardt, Ulrich: Die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht" 1948-1971, Frankfurt a.M. u.a. 1997.

Boese, Thomas: Die Entwicklung des Staatskirchenrechts in der DDR von 1945 bis 1989. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Staat, Schule und Kirche, Baden-Baden 1994.

Богатырев, Н.М.: Демократизация немецких школ после освобождения Германии советской армией от фашистского порабощения. По материалам Министерства просвещения земли Тюрингия. Дисс. Москва 1951.

Clemens, Gabriele (Hg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945-1949, Stuttgart 1994.

Connelly, John: Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945-1956, Chapel Hill u.a. 2000.

Dietrich, Gerd: Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945-1949. Mit einem Dokumentenanhang, Bern u.a. 1993.

Doernberg, Stefan: Die Geburt eines neuen Deutschland. 1945-1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959.

Dralle, Lothar: Von der Sowjetunion lernen ... Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin 1993.

Dudek, Peter/Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): Transformation der deutschen Bildungslandschaft: Lernprozeß mit ungewissem Ausgang, Weinheim u.a. 1994.

Dudek, Peter/Petersen, Peter: Reformpädagogik in der SBZ und der DDR 1945-1950. Eine Fallstudie, Weinheim 1996.

Dymsic, Alexandr L.: Literaturbeziehungen zur Sowjetunion am Neubeginn (1945-1949). In: Begegnung und Bündnis, Berlin 1972.

Ernst, Anna-Sabine: „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus". Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945-1961, Münster 1997.

Ferrari-Demski, Peter: Zur Entwicklung der achtklassigen allgemeinbildenden Einheitsschule in der SBZ bzw. in der DDR in den Jahren 1945 bis etwa 1951/52, Münster 1999.

Филипповых, Д. Н.: Советская Военная Администрация в Германии: Военно-политический аспект деятельности (1945-1949 гг.), Москва 1995.

Филитов, Алексей М.: Германский вопрос: от раскола к объединению, Москва 1993.

Фоменко, В. В.: Осуществление ленинских принципов пролетарского интернационализма и использование опыта КПСС в идеологической работе КПГ и СЕПГ (1946-1949), Москва 1973.

Führ, Christoph/Furck, Carl-Ludwig (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Band VI: 1945 bis zur Gegenwart, 2. Teilband: DDR und neue Bundesländer, München 1998.

Галкин, А. А./ Мельников, Д. Е.: СССР, западные державы и германский вопрос (1945-1965 гг.), Москва 1966.

Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962, Frankfurt a. M. u.a. 2000.

Goerner, Martin Georg: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958, Berlin 1997.

Gröschel, Manfred: Deutsch-sowjetische Kulturbeziehungen und die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. In: Deutschland – Sowjetunion, Berlin 1966.

Гулин, В. И.: Борьба СЕПГ за мобилизацию народных масс на создание антифашистско-демократического строя (1945-1947 гг.), Дисс., Москва 1963.

Günther, Karl-Heinz/ Uhlig, Gottfried: Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1971, Berlin 1974.

Häder, Sonja/ Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext, Weinheim 1997.

Häder, Sonja: Schülerkindheit in Ost-Berlin. Sozialisation unter den Bedingungen der Diktatur (1945-1958), Köln 1998.

Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1955, Bremen 2003.

Haritonow, Alexandr: Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945-1949, Weimar 1995.

Hartewig, Karin: Zurückgekehrt: die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln u.a. 2000.

Hartmann, Anneli: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft: Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/ DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung, Berlin 1993.

Heider, Magdalena: Politik-Kultur-Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-1954 in der SBZ/DDR, Köln 1993.

Heimann, Thomas: DEFA, Künstler und SED-Kulturpolitik. Zum Verhältnis von Kulturpolitik und Filmproduktion in der SBZ/DDR 1945 bis 1959, Berlin 1994.

Heller, Ilse/Krause, Hans-Thomas: Kulturelle Zusammenarbeit DDR – UdSSR, Berlin 1967.

Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.

Hirch, Waldemar: Die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas während der SED-Diktatur, Frankfurt/Main u.a. 2003.

Hohlfeld, B.: Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945-1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992.

Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997.

Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002.

Ястребцов, В. Н.: Сотрудничество Советской Военной Администрации и немецких демократических сил в послевоенном переустройстве Восточной Германии (1945-1949 гг.), Дисс., Киев 1977.

Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.

Jordan, Carlo: Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin: Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945-1989, Berlin 2001.

Köhler, Roland: Die Zusammenarbeit der SED mit der SMAD bei der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens (1945-1949), Diss. B, Berlin 1983.

König, Helmut: Die Schule in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003.

Кульбакин, В. Д.: Очерки новейшей истории Германии, Москва 1962.

Kuby, Erich: Die Russen in Berlin 1945, Rastatt 1965.

Лебедев, А. К.: Политика СЕПГ в области культуры (1945-49 гг.), Ленинград 1974.

Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.

Mählert, Ulrich: Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen" zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn 1995.

Маляров, М. П.: Деятельность СВАГ и её правовые основы, Дисс., Москва 1964.

Matke, Fritz: Altes und Neues vom SWA-Verlag. In: bbb Leipzig 1989, S. 779-782, 793-796, 807-809.

Mendelssohn, Peter de: Zeitungsstadt Berlin, Berlin 1959.

Mick, Christoph: Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945-58, München u.a. 2000.

Могутов, А. А.: Борьба советского и немецкого народов за демилитаризацию и демократизацию Германии (1945-1949 гг.), Дисс., Москва 1951.

Müller, Margarete und Egon, Erwin: „... stürmt die Festung Wissenschaft!". Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin 1994.

Naimark, Norman N.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945-1949, Berlin 1997.

Nikitin, Pjotr I.: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte", Berlin 1997.

Pachaly, E./ Rosenfeld, G./ Schützler, H.; Schulze-Wollgast, H.: Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. In: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland. Bd. I, Berlin 1967.

Pike, David: The Politics of Culture in Soviet-Occupied Germany 1945-1949, Stanford 1992.

Prokop, Siegfried: Aspekte der Sozialgeschichte der ostdeutschen intellektuellen Elite (1945-1949/50). In: HSO Jg.5 (1995), H. 3, S. 44-52.

Raue, Günter: Geschichte des Journalismus in der DDR (1945 - 1961), Leipzig 1986.

Reuter, Elke/ Hansel, Detlef: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953, Berlin 1997.

Richert, Ernst/ Stern, Carola/ Dietrich, Peter: Agitation und Propaganda. Das System der publizistischen Massenführung in der Sowjetzone, Berlin u.a. 1958.

Robinsohn, Saul B./Kuhlmann, Caspar/Mende, Klaus-Dieter/Glowka, Detlef: Schulreform im gesellschaftlichen Vergleich. Ein interkultureller Vergleich. Bd 1, Stuttgart 1970.

Рощин, А.А.: Послевоенное урегулирование в Европе, Москва 1984.

Rossade, Werner: Sport und Kultur in der DDR. Sportpolitisches Konzept und weiter Kulturbegriff in Ideologie und Praxis der SED, München 1987.

Schivelbusch, Wolfgang: Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948, München u.a. 1995.

Schlenker, Wolfram: Das „kulturelle Erbe" in der DDR. Gesellschaftliche Entwicklung und Kulturpolitik 1945-1965, Stuttgart 1977.

Schneider, Michael C.: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät, Dresden 1998.

Шолкович, З. Б.: Деятельность советских военных комендатур на территории Восточной Германии в 1945-1949 гг., Дисс., Москва 1980.

Schreier, Gerhard: Auslese und Förderung im Einheitsschulsystem. Debatten und Weichenstellungen in der SBZ/DDR 1945 bis 1989, Frankfurt a. M. 1996.

Schulmeister, Karl-Heinz: Auf dem Wege zu einer neuen Kultur. Der Kulturbund in den Jahren 1945 bis 1949, Berlin 1977.

Schützler, Horst: Wissenschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Sowjetunion. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin H. 2/1968.

Schwarzkopf, Dietrich (Hg.): Rundfunkpolitik in Deutschland. Wettbewerb und Öffentlichkeit, München 1999.

Семиряга, М. И.: Как мы управляли Германией, Москва 1995.

Strunk, Peter: Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996.

Suckut, Siegfried: Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945 - 1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzeptes der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus", Frankfurt a. M. 1982.

Tenorth, Heinz-Elmar/ Kudella, Sonja/ Paetz, Andreas: Politisierung im Schulalltag der DDR. Durchsetzung und Scheitern einer Erziehungsambition, Weinheim 1996.

Thöns, Kerstin: Die politische und soziale Entwicklung der Intelligenz des Landes Sachsen von 1945 bis 1949. Diss. A, Berlin 1987.

Тимофеева, Н.П.: Немецкая интеллигенция и политика реформ. Система образования в Восточной Германии 1945-1949 гг., Воронеж 1996.

Tischner, Wolfgang: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945-1951, Paderborn u.a. 2001.

Tjulpanov, Sergej I.: Deutschland nach dem Kriege (1945 - 1949), Berlin 1986.

Uhlig, Christa: Rückkehr aus der Sowjetunion. Politische Erfahrungen und pädagogische Wirkungen. Emigranten und ehemalige Kriegsgefangene in der SBZ und frühen DDR, Weinheim 1998.

Über „die Russen" und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema, hg. vom Verlag Kultur und Fortschritt im Auftrage der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion Groß-Berlin, o.O., o.J.. [Berlin 1948].

Висков, С.И./Кульбакин, В.Д.: Союзники и «германский вопрос» 1945-1949гг., Москва 1990.

Waterkamp, Dietmar: Handbuch zum Bildungswesen der DDR, Berlin 1987.

Wehner, Jens: Kulturpolitik und Volksfront. Ein Beitrag zur Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. 2 Bd.e, Frankfurt a. M. u.a. 1992.

Wille, Manfred: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945-1948), Magdeburg 1992.

Wurm, Carsten: Der frühe Aufbau-Verlag. 1945-1961. Konzepte und Kontroversen, Wiesbaden 1996.

Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetische Beziehungen 1945-1965, Berlin 1965.

Zeittafel zur Kulturpolitik der SMAD

1945

4.-11.2.:	Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Jalta/Krim.
14.4.:	In einem Grundsatzartikel der Moskauer „Prawda" ruft der Leiter der Propaganda-Abteilung des ZK der WKP(B) Georgi F. Alexandrow die Rote Armee zu einer humanen Behandlung der deutschen Zivilbevölkerung auf.
30.4.:	Mit der „Gruppe Ulbricht" bringt die Rote Armee führende Mitglieder der KPD aus dem Moskauer Exil nach Berlin.
8.5.:	Die deutsche Wehrmacht erklärt die bedingungslose Kapitulation.
13.5.:	Der Berliner Rundfunk sendet wieder.
15.5.:	Die erste Nummer der *Tägliche Rundschau* erscheint in Berlin als deutschsprachige Tageszeitung der Besatzungsmacht (eingestellt am 30. Juni 1955).
5.6.:	Mit der „Berliner Deklaration" übernehmen die vier Oberbefehlshaber der Besatzungszonen gemeinsam die oberste Regierungsgewalt in Deutschland und einzeln in ihren jeweiligen Besatzungszonen.
9.6.:	Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) entsteht.
10.6.:	SMAD-Befehl Nr. 2 gestattet in der SBZ die Bildung „antifaschistischer" politischer Parteien und Gewerkschaften.
11.6.:	Aufruf der KPD.
15.6.:	Aufruf der SPD.
15.6.:	Gründung des FDGB.
25.6.:	Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (abgekürzt: Kulturbund) wird für Berlin lizenziert.
26.6.:	Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU).
1.-3.7.:	Herstellung der in Deutschland vereinbarten Besatzungszonen; am 3.7. treffen in Berlin die Westalliierten ein.
3.-4.7.:	Erste Tagung des Kulturbunds in Berlin.
5.7.:	Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD).
10.7.:	Durch SMAD-Befehl Nr. 05 wird bei der SMAD eine Abteilung für Volksbildung geschaffen.
10.7.:	In Berlin wird zur gemeinsamen Verwaltung der vier Besatzungssektoren der deutschen Hauptstadt eine Alliierte Kommandantur errichtet.
14.7.:	Die Vertreter der vier von der SMAD lizenzierten Parteien (SPD, KPD, CDU, LDPD) bilden einen „Block antifaschistisch-demokratischer Parteien".
17.7.-2.8.:	Auf der Konferenz von Potsdam einigen sich die Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens über Grundsätze der Behandlung Deutschlands.
31.7.:	Der Kulturbund wird für die SBZ lizenziert.
31.7.:	SMAD gestattet Jugendausschüsse bei den Stadtverwaltungen. Sie schaffen die organisatorische Basis für die 1946 gegründete Freien Deutschen Jugend (FDJ).
2.8.:	SMAD-Befehl Nr. 19 zur Verbesserung der Arbeit der Verlage und Druckereien und der Regelung der Kontrolle ihrer Tätigkeit.
18.8.:	Mit SMAD-Befehl Nr. 29 werden innerhalb der SMAD Sektionen für Propaganda gebildet und der Politischen Abteilung des Politischen Beraters unterstellt.
25.8.:	SMAD-Befehl Nr. 40 über Vorbereitung der Schulen auf den Schulbetrieb und die Säuberung der Schule und der Lehrerschaft von faschistischen Einflüssen (bekanntgegeben am 13. Sept. 1945).
28.8.:	Wiedereröffnung des Goethe-Nationalmuseums in Weimar.
30.8.:	Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland nimmt die Arbeit auf.
4.9.:	SMAD-Befehl Nr. 50 zur Vorbereitung des Unterrichts an den Hochschulen und zur Festsetzung der Kontrolle über deren Tätigkeit (bekanntgegeben am 15. Sept. 1945).
4.9.:	SMAD-Befehl Nr. 51 über Wiedererrichtung und Tätigkeit der Kunstanstalten (bekanntgegeben am 15. Sept. 1945).

7.9.: Neueröffnung des Deutschen Theaters in Berlin mit Gotthold Ephraim Lessings „Nathan der Weise".

8.9.: Erste Aufführung der Deutschen Staatsoper Berlin nach dem Krieg mit Christoph Willibald Glucks „Orpheus und Eurydike".

8.9.: SMAD-Befehl Nr. 039 über schnellere Ausmerzung nazistischer und militaristischer Literatur (bekanntgegeben am 16. Sept. 1945).

12.9.: Bildung der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung gemäß SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 als Hilfsorgan der SMAD auf allen Gebieten der Massenbeeinflussung, Erziehung, Jugendpolitik, Bildung, Wissenschaft und Kunst.

20.9.: Proklamation des Kontrollrats Nr. 2 ordnet u.a. Kontrolle und Zensur „aller Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung" an.

27.9.: SMAD-Befehl Nr. 78 erlaubt (eingeschränkte) Nutzung von Rundfunkempfängern.

30.9.: Die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung erläßt eine Zulassungsordnung für Hochschulen.

1.10.: Schulunterricht in der SBZ wird wieder aufgenommen.

2.10.: SMAD-Befehl Nr. 85 zur Erfassung und zum Schutz der Museumswerte sowie zur Wiedereröffnung und Tätigkeit der Museen.

12.10.: Gründung des Verlages Volk und Wissen als zentraler Schulbuchverlag der SBZ gemäß SMAD-Befehl Nr. 70 vom 25. Sept. 1945.

15.10.: Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

22.10.: Durch SMAD-Befehl Nr. 110 wird Landes- und Provinzialverwaltungen in der SBZ das Recht eingeräumt, verbindliche Gesetze und Verordnungen zu erlassen.

1.11.: Durch SMAD-Befehl Nr. 129 wird bei der SMAD eine Verwaltung für Propaganda und Zensur gebildet (im April 1947 in Verwaltung für Information umbenannt).

24.11.: Wiedereröffnung der Leipziger Bibliothek [Deutsche Bücherei Leipzig] als bibliographisches Informationszentrum der SMAD gemäß Befehl des Stellvertretenden Obersten Chefs der SMAD Marschall Sokolowski Nr. 12 vom 7. Sept. 1945.

6.12.: SMAD-Befehl Nr. 162 über Vorbereitung der Lehrer für die Volksschule eröffnet die Ausbildung von sogenannten Neulehrern.

17.12.: Die Direktive des Kontrollrats Nr. 23 über Beschränkung und Entmilitarisierung des Sportwesens erlaubt nur lokale Sportorganisationen bis zur Kreisebene.

1946

12.1.: Direktive des Kontrollrats Nr. 24 über „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen".

23.1.: SMAD-Befehl Nr. 22 über Wiedereröffnung der Volkshochschulen.

12.2.: SMAD-Befehl Nr. 49 über Eröffnung und Tätigkeit berufstechnischer Schulen.

Januar/ Februar: Die Universitäten in Berlin, Halle-Wittenberg, Leipzig, Greifswald und Rostock sowie die Bergakademie Freiberg nehmen den Lehrbetrieb wieder auf.

5.3.: Churchill spricht in Fulton/Missouri über einen ‚Eisernen Vorhang' von Stettin bis Triest, der Europa politisch und kulturell in zwei Teile zerreißt.

7.3.: Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ).

21./22.4.: Gründung der SED durch Zusammenschluß der SPD und der KPD in der SBZ und in Ost-Berlin.

29.4.: Der Kontrollrat erlässt das Gesetz Nr. 25 über Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung.

29.4.: SMAD-Befehl Nr. 132 erlaubt die Benutzung von Rundfunkgeräten.

April: Als zentrales Archiv für die SBZ wird aufgrund einer SMAD-Anordnung das Zentralarchiv Potsdam gebildet.

13.5.: Der Kontrollrat erlässt den Befehl Nr. 4 über „Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militärischen Charakters."

17.5.: SMAD vergibt die erste Filmlizenz in Deutschland an die Deutsche Film-AG (DEFA) in Potsdam-Babelsberg.

18.5.: SMAD-Befehl Nr. 150 ordnet die Herausgabe von 15 Millionen Schullehrbüchern.

18.5.: SMAD-Befehl Nr. 153 über Gründung eines Hauses der Kultur der UdSSR in Berlin.

25.5.: In Weimar wird die Staatliche Hochschule für Musik eröffnet.

18.6.: SMAD-Befehl Nr. 177 zur Rückführung der Museumswerte und Wiedereröffnung der Museen. Vgl. auch SMAD-Befehl Nr. 85 vom 2. Okt. 1945.

26.6.: Der Kontrollrat erlässt die Direktive Nr. 32 vom 1946 über „Disziplinarmaßnahmen gegen leitendes und Verwaltungspersonal von Lehranstalten, den Lehrkörper und die Studenten, die sich militaristischer, nationalsozialistischer oder antidemokratischer Propaganda schuldig machen".

2.7.: Die Kammer der Technik wird in Berlin gegründet.

12.7.: SMAD-Befehl Nr. 205 über Gründung von pädagogischen Fakultäten bei den Universitäten der SBZ.

17.7.: SMAD-Befehl Nr. 208 betr. Disziplinarmaßnahmen (d.i. „Entnazifizierung") gegen das leitende Personal von Lehranstalten, Lehrer und Studenten, die sich militaristischer, nazistischer oder antidemokratischer Propaganda schuldig gemacht haben.

19.7.: SMAD-Befehl Nr. 220 über Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Lehrer.

26.7.: SMAD-Befehl Nr. 225 über Leitung der Arbeit in Kinderheimen.

30.7.: Mit SMAD-Befehl Nr. 0212 wird die deutsche Verwaltung des Inneren gebildet.

1.8.: Wiedereröffnung der Preußischen Akademie der Wissenschaften als Deutsche Akademie der Wissenschaften gemäß SMAD-Befehl Nr. 187 vom 1. Juli 1946.

9.8.: SMAD-Befehl Nr. 243 über Eröffnung mittlerer Fachlehranstalten.

14.8.: Beschlüsse des ZK der WKP(B) über die Zeitschriften „Swesda" und „Leningrad" leiten einen Kurs auf Isolation von westlichen kulturellen Einflüssen ein (sogenannte Schdanowschtschina).

15.8.: Innerhalb der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung wird eine Generalintendanz der Rundfunksender in der SBZ gebildet.

15.-17.8.: I. Pädagogischer Kongreß der SBZ in Berlin.

25.8.-November: In Dresden findet mit der Ersten Allgemeinen Deutschen Kunstausstellung die erste große deutsche Kunstausstellung nach dem Kriegsende statt.

26.8.: In Berlin wird der Klub der Intelligenz eröffnet.

1.9.: Das sogenannte Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule tritt in Kraft, das im Mai/Juni 1946 durch Präsidialerlasse der Landes- und Provinzialverwaltungen in der SBZ verfügt wurde.

1.9.: Die Weimarer Hochschule für Baukunst und Bildende Kunst wird wiedereröffnet.

6.9.: In Stuttgart spricht der US-Außenminister James F. Byrnes über erhebliche deutschlandpolitische Meinungsunterschiede zwischen den USA und der UdSSR.

9.9.: SMAD-Befehl Nr. 268 über zusätzliche Speisung von Schülern.

26.9.: Mit dem „Staatschor des russischen Liedes" tritt in Berlin die erste größere sowjetische Künstlerdelegation nach dem Krieg ein.

1.10.: Urteilsverkündung im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß.

1.10.: Wiedereröffnung der Technischen Hochschule Dresden.

1.10.: Wiedereröffnung der Hochschule für Musik in Leipzig.

10.10.: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (ADN) wird als zentraler Informationsdienst für Presse und Radio der SBZ gemäß SMAD-Befehl Nr. 0292 vom 16. Sept. 1946 gegründet.

12.10.: Die Kontrollrats-Direktive Nr. 40 lockert die Zensur.

18.10.: SMAD-Befehl Nr. 309 über die Übergabe allgemeinwissenschaftlicher Forschungsinstitute unter die Leitung der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

20.10.: Landtagswahlen in der SBZ.

29.10.: Die Direktive des Kontrollrats Nr. 63 erleichtert den bis dahin für Deutsche amtlich gesperrten Interzonenverkehr.

Oktober: Mit einer Ausstellung moderner französischer Malerei wird in Berlin die erste ausländische Kunstausstellung nach dem Krieg gezeigt.

2.12.: SMAD-Befehl Nr. 333 über die Gründung gesellschaftswissenschaftlicher Fakultäten an den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock. Mit der Einführung von Pflichtkursen des Marxismus-Leninismus werden sie im Wintersemester 1949/50 wieder geschlossen.

1947

1.1.: Das Bizonenabkommen vom 2. Dez. 1946 tritt in Kraft; die amerikanische und die britische Besatzungszonen werden als wirtschaftliche Einheit behandelt.

25.1.: SMAD-Befehl Nr. 25 ordnet zur Kontrolle der Buchproduktion die Bildung eines Rates für ideologische Fragen des Verlagswesens an.

28./29.1.: In Berlin findet eine SED-Kulturtagung statt.

15.2.: Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verbietet Ehen zwischen sowjetischen Staatsbürgern und Ausländern.

26.2.: SMAD-Befehl Nr. 48 betr. Maßnahmen zur Ausbildung von Lehrern der Grund-, Mittel- und Berufsschulen und zur Umschulung von Lehrern und Schulräten in der SBZ.

28.2.: In Berlin wird das Haus der Kultur der Sowjetunion eröffnet.

5.3.: SMAD-Befehl Nr. 55 über Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin und über Vorbereitung neuer wissenschaftlicher Kader.

7.-9.3.: Gründungskongreß des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD).

10.3.-24.4.: Auf der Moskauer Außenministerkonferenz der vier Großmächte entzweien sich die Alliierten in der Reparationsfrage.

12.3.: Der US-Präsident Harry S. Truman verkündet ein Programm zur Eindämmung kommunistischer Expansion (sogenannte Truman-Doktrin).

9.4.: SMAD-Befehl Nr. 79 über Kontrolle der wissenschaftlichen Forschungsarbeit.

17.4.: SMAD-Befehl Nr. 90 über Arbeitsordnung für Verlage und Druckereien.

17.4.: Wiedereröffnung der Kunsthochschulen, der Akademie für Bildende Künste und der Hochschule für Werkkunst in Dresden.

23.4.: Die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung unterzeichnet eine Vereinbarung mit den Landes- und Provinzialverwaltungen, die der Zentralverwaltung u.a. Einspruchsrecht bei Landesgesetzen und bei Einstellung leitender Mitarbeiter einräumt.

25.4.: Der Ministerrat der UdSSR beschließt, die DEFA in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft mit einem sowjetischen Anteil von 55% umzuwandeln.

16.-18.5.: Bund Deutscher Volksbühnen entsteht auf Initiative des FDGB und des Kulturbundes.

20./21.5.: Auf der Ersten Bundeskonferenz des Kulturbundes warnt dessen Präsident Johannes R. Becher in seiner Rede „Wir, Volk der Deutschen" vor Übertragung der Staats- und Lebensformen anderer Völker auf die deutschen Verhältnisse.

4.6.: SMAD-Befehl Nr. 138 ordnet die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) durch Zusammenschluß der wirtschaftslenkenden Zentralverwaltungen an.

5.6.: Der US-Außenminister George D. Marshall kündigt in einer Rede in Harvard das European Recovery Program („Marshallplan") an. Die Ablehnung des Plans durch die UdSSR verschärft den „Kalten Krieg".

14.6.: Hochschule für Angewandte Kunst in Berlin-Weißensee wird gegründet.

20.6.: SMAD-Befehl Nr. 156 unterstellt in der SBZ die Jugendämter den Ämtern für Volksbildung.

25.6.: Die Direktive des Kontrollrates Nr. 55 erlaubt den Austausch von Druckschriften und Filmen zwischen den Besatzungszonen.

30.6.: Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR wird gemäß SMAD-Befehl Nr. 0134 vom 16. Mai 1947 gegründet.

4.8.-13.9.: Die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung führt gemeinsam mit dem Parteivorstand der SED für 134 aktive SED-Mitglieder an Hochschulen einen Lehrgang über den Marxismus-Leninismus durch.

5.-7.8.: In Berlin findet die Erste Laienkunstschau der SBZ statt.

17.8.: SMAD-Befehl Nr. 90 über die Tätigkeit der Verlage und Druckereien.

8.-10.9.: II. Pädagogischer Kongreß der SBZ in Leipzig.

13.-14.9.: Der Parteivorstand der SED führt die erste Tagung mit Dozenten und Professoren der Hochschulen und Universitäten über Fragen des Unterrichts des Marxismus-Leninismus durch.

22.-27.9.: Konferenz über Koordinierung der Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien in Szklarska Poreba (Schreiberhau, Schlesien). Schdanows Doktrin der „zwei Lager" und die Bildung des Kominformbüros verhärten das politische Klima zwischen Ost und West.

4.-8.10.: Im Deutschen Theater in Berlin findet der erste (und bis zur Wiedervereinigung letzte) gesamtdeutsche Schriftstellerkongreß nach dem Krieg statt.

9.10.: SMAD-Befehl Nr. 234 über Steigerung der Arbeitsproduktivität beschleunigt die innenpolitische Entwicklung in der SBZ. Am 3. Nov. 1947 erläßt hierzu die SMAD eine Durchführungsverordnung (Poloschenije), die Berufsausbildungspflicht für 14-18jährige festschreibt, die keine andere Schule besuchen.

28.10.: SMAD-Befehl Nr. 247 über Gründung einer Gesellschaft zur Lehrmittelversorgung der Schulen in der SBZ bei der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung.

Okt.: Auch in Berlin entsteht eine Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR.

Okt./Nov.: In den Westsektoren Berlins wird der Kulturbund verboten.

28.11.: SMAD-Befehl Nr. 262 über Gründung einer deutschen Verwaltungsakademie in der SBZ.

29.11.: Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR wird in ganz Berlin zugelassen.

23.12.: In Berlin wird die Komische Oper eröffnet.

1948

16.1.: SMAD-Befehl Nr. 6 ordnet die Bildung einer Koordinierungsstelle für die Länder der SBZ in der Abteilung für Kunst und Volksbildung der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung an.

10.2.: Beschluß des ZK der WKP(B) über Entartungserscheinungen in der Musik.

11./12.2.: Das Verhältnis zwischen der SED und der Intelligenz thematisiert eine Tagung des Parteivorstands der SED.

12.2.: SMAD-Befehl Nr. 32 stärkt in der SBZ die zentralen Lenkungsinstanzen der DWK.

20.3.: Marschall Sokolowski verläßt unter Protest gegen die Deutschlandpolitik der Westalliierten den Alliierten Kontrollrat.

22.3.: Das Zentralsekretariat der SED fasst einen Beschluß über Einführung von Pflichtkursen des Marxismus-Leninismus an den Universitäten durch die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung. Am 23. März wird der Beschluß mit der Begründung aufgehoben, daß solche Kurse von unten und nur dort eingeführt werden sollen, wo auch entsprechende Dozenten vorhanden sind. Gleichzeitig werden bei der Parteihochschule der SED Kurse für Dozenten des Marxismus-Leninismus eingerichtet.

7.4.: Die erste deutsche Schriftstellerdelegation nach dem Krieg reist in die UdSSR.

12.4.: Die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung erläßt neue Zulassungsbestimmungen für Hochschulen.

20.4.: SMAD teilt mit, daß DWK-Beschlüsse für die gesamte SBZ verbindlich sind.

5.-8.5.: Auf der Ersten Kulturtagung der SED in Berlin orientiert Otto Grotewohl auf die kulturelle Einheit Deutschlands „auf der Grundlage der tiefen sozial-ökonomischen Umgestaltungen, die in der SBZ durchgeführt wurden", und Anton Ackermann auf ein Bündnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen auf der Grundlage des Marxismus.

17.5.: SMAD-Befehl Nr. 90 entläßt das für die zentrale Lenkung der aktuellen Nachrichten- und der gesamten politischen Sendungen des SBZ-Rundfunks zuständige Rundfunkhaus in Berlin-Grünau aus der Kompetenz der SMAD-Informationsverwaltung zugunsten der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung.

22.-23.5.: In Berlin findet die Erste Zonenkonferenz der Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR statt.

9.6.: SMAD-Befehl Nr. 105 über Verbesserung des Vertriebs von Zeitschriften in der SBZ.

15.6.: Bei der Parteihochschule der SED beginnen unter der Leitung von Anton Ackermann viermonatige Kurse für Hochschullehrer des historischen und dialektischen Materialismus, die ab Herbst als Hochschuldozenten eingesetzt werden.

18.6.: In Westdeutschland wird bekanntgegeben, daß am 20. Juni eine Währungsreform durchgeführt wird.

21.6.: Die DWK verordnet Geldumtausch in der SBZ zum 24. Juni, den die SMAD mit Befehl Nr. 111 vom 23. Juni bestätigt. Am 24. Juni setzen die Sektorenkommandanten in West-Berlin die westdeutsche Währungsreform in ihren Sektoren in Kraft. Am gleichen Tag werden die Zufahrtswege nach Berlin gesperrt.

3.7.: Das Zentralsekretariat der SED erklärt die „klare und eindeutige Stellungnahme für die Sowjetunion heute [für] die einzig mögliche Position für eine sozialistische Partei", distanziert sich von der Losung des „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" und beschließt die Bildung einer Kasernierten Volkspolizei.

8.7.: III. Pädagogischer Kongreß der SBZ in Leipzig.

Juli 1948: Die gemeinsame Verwaltung Berlins durch die Vier Alliierten wird beendet.

1.8.: Die drei westlichen Besatzungszonen schließen sich zu einer Trizone zusammen.

13.8.: Der Oberste Chef der SMAD erlässt die Direktive 1/081 zur Aktivierung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR.

18.8.: Das sowjetische Alexandrow-Ensemble tritt in Berlin auf dem Gendarmenmarkt und bis Sept. in Dresden, Halle, Leipzig, Magdeburg, Schwerin und Weimar auf.

21.-25.8.: In der SBZ werden Volkskunsttage der Laienkünstler durchgeführt.

14./(auch: 16.) 9.: SMAD erlässt eine Weisung über Einführung von Kursen des historischen und dialektischen Materialismus sowie der politischen Ökonomie als Pflichtfach an Universitäten und Hochschulen der SBZ.

24.9.: Im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" widerruft Anton Ackermann seine Nachkriegs-These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus".

1.10.: In Berlin (Ost) wird der Deutsche Sportausschuß als Dachorganisation aller Sportverbände gebildet.

13.10.: Der Bergmann Adolf Hennecke erfüllt sein Tagessoll mit 380% und leitet damit in der SBZ nach sowjetischem Vorbild der Stachanow-Bewegung die sogenannte Aktivistenbewegung ein.

24.-30.10.: Der Kulturbund veranstaltet eine Konferenz über den „Zweijahresplan und die Intelligenz".

18.-19.11.: In Göttingen konstituiert sich das „Deutsche PEN-Zentrum".

18. und 24.11.: In der „Täglichen Rundschau" veröffentlicht Alexander Dymschitz einen Aufsatz „Über die formalistische Richtung in der deutschen Malerei" und versucht damit vergeblich, eine Diskussion über den sogenannten Formalismus auszulösen.

19.11.: Rudolf Herrnstadt wirbt im „Neuen Deutschland" in dem Grundsatzartikel „Über ‚die Russen' und über uns" um Verständnis für die sowjetische Politik in Deutschland.

26.11.: SMAD-Befehl Nr. 183 erweitert die DWK.

30.11.: In Ost-Berlin wird ein „provisorischer demokratischer Magistrat" gebildet und am 2. Dez. von der SMAD anerkannt. Seitdem bestehen in Berlin zwei Stadtverwaltungen.

4.12.: In West-Berlin wird die Freie Universität eröffnet.

8.12.: Die Sächsische Akademie der Wissenschaften wird in Leipzig wiedereröffnet.

9.12.: SMAD-Befehl Nr. 199 über Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Vertriebs periodischer Presse in der SBZ.

13.12.: Mit der Gründung des Verbandes der Jungen Pioniere bei der FDJ wird ein „einheitlicher Erziehungsprozeß von Schule, Elternhaus und Kinderorganisation" angestrebt.

1949

12.1.: Durch gemeinsame Verordnung der deutschen Verwaltungen für Inneres und für Volksbildung werden alle Volkskunstgruppen, Volksbildungsvereine und Massensportvereine mit Wirkung vom 1. Jan. 1949 in die Massenorganisationen FDGB, FDJ, Kulturbund, Bund Deutscher Volksbühnen, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, DFD sowie in die Sportgemeinschaft des Deutschen Sportausschusses überführt.

25.-28.1.: Die Erste Parteikonferenz der SED stellt wichtige organisatorische Weichen für die SED als „Partei des neuen, stalinistischen Typs".

8.2.: Die Berliner Universität wird in Humboldt-Universität umbenannt.

31.3.: Die DWK erlässt eine „Kulturverordnung", die durch SMAD-Befehl Nr. 36 vom 2. April bestätigt wird.

8.5.: Im Treptower Park wird ein Ehrenmal für im Kampf um Berlin gefallene sowjetische Soldaten eingeweiht.

12.5.: Die Blockade West-Berlins wird beendet.

23.5.: Das am 8. Mai 1949 angenommene Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird verkündet.

4.7.: In Berlin findet die Zweite Zonenkonferenz der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion statt. Beschlossen wird die Umbenennung in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

14.8.: Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag.

23.-25.8.: IV. Pädagogischer Kongreß der SBZ in Leipzig.

25.8.: In der SBZ werden zum ersten Mal die durch die „Kulturverordnung" geschaffenen Nationalpreise verliehen.

25.-29.8.: Goethe-Festtage in Weimar.

1.9.: Das Marx-Engels-Lenin-Institut beim Parteivorstand der SED nimmt seine Arbeit auf.

15.9.: Konrad Adenauer wird zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

15.9.: In Berlin wird das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut der SBZ eröffnet.

1.10.: Die seit Kriegsende nach Landesrecht bestehenden Vorstudienanstalten zum außerschulischen Erwerb der Studienzulassung für Hochschulen und Universitäten werden in Arbeiter- und Bauern-Fakultäten umgewandelt.

7.10.: Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

10.10.: Die SMAD überträgt alle Verwaltungsfunktionen an die Provisorische Regierung der DDR mit Ausnahme der Kontrolle der Durchführung des Protokolls der Potsdamer Konferenz und anderer Beschlüsse der Vier Mächte, deren Wahrnehmung in der DDR die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland übernimmt.

Namensregister

Abramow, Alexei Alexandrowitsch 20, 49, 150, 152, 153, 155, 187, 197f.
Abrosin 219
Abusch, Alexander 115
Achenbach, Professor 266
Ackermann, Anton 94, 171, 303, 330, 332, 394, 430
Afinogenow, Alexandr Nikolajewitsch 270
Agricola, Rudolf 297
Akulenko 223
Aldrich, Thomas Bailey 376
Alexandrow, Georgi Fjodorowitsch 401
Alexejew, Oberstleutnant 346
Aljabjew 223
Altajew 222
Alverdes, Kurt 296
Ananjew 223
Andersen Nexø, Martin 170
Anouilh, Jean 373
Antifaschist (Deckname) 10
Apollonow, Arkadi Nikolajewitsch 178, 184f., 190
Aragon, Louis 376
Ardow, Wiktor Jefimowitsch 344
Arkadjew, Georgi Petrowitsch 411
Artjuchin, Iwan Dmitrijewitsch 252, 259, 288-291, 294, 296f., 300
Arustamow, Major 106
Aschajew 220
Assafjew, Boris Wladimirowitsch 345
Assanow 344
Assejew, Nikolai Nikolajewitsch 406
Auslender, Major 132

Babenko, Major 96, 98
Bach, Dr. 229
Bach, Johann Sebastian 357
Baranow, Leonid Semjonowitsch 390
Barber, Samuel 373
Bargly, D., Lord 184
Barnikol, Ernst 232
Baschow 344
Bassermann, Albert 81
Baumgarten, Arthur 333f.
Bayley, Hugh 434
Bebel, August 374
Becher, Johannes R. 56, 57, 80, 94, 112, 115, 141-143, 176, 178, 264
Beethoven, Ludwig van 357
Behrens, Fritz 298
Belinski, Wissarion Grigorjewitsch 389, 410
Beljajew 220, 223
Belman, Schuldirektor 326
Bely 345
Bender, Dr. 122
Bennedik, Bernhard 105
Berger, Kreispräsident 109
Bersarin, Nikolai Erastowitsch 79f.
Bessarab, Hauptmann 132
Bilok 125
Binkenstein, Dr. 117
Birkenfeld, Günther 177f.
Bjalik, B. 405
Bjalin s. Bjalik, B.
Blacher, Boris 267
Blagoi 220
Blech, Leo 81
Blei 180
Blok, Alexandr Alexandrowitsch 406
Blötz, Dr. jur. 195
Blum, Leon 372
Bogatyrjow 260, 262
Bogdanow 222
Bogolepowa 216
Bogussewitsch, W. A. 347
Bokken, Ingeborg 170
Bokow, Fjodor Jefimowitsch 86, 88, 96, 234
Bondarenko, Hauptmann 132
Bondarew, Hauptmann 359
Bontjes van Beek, Jan 386
Borodin, Alexandr Porfirjewitsch 271
Borris, Siegfried 267
Borsow, Nikolai Alexandrowitsch 155f., 169, 191f., 198
Böttge, Bruno 118
Braque, George 267, 372
Brauchitsch, Walther 352
Brautsch, Martha 232
Brecht, Bertolt 43, 265
Bredel, Willi 264f., 367, 421
Bruckner, Journalist 419f.
Brugsch, Theodor 159
Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 165
Bude, Werner 232
Bulachow 223
Bürge, Kurt 123
Bürgel, Bruno 367
Busch, Ernst 344
Buslajew, Fjodor Iwanowitsch 404

Cassou, Jean 376
Celibidache, Sergiu 267
Chagall, Marc 20, 267, 372
Chalturin 220
Chatschaturjan, Aram Iljitsch 271, 345, 378, 381
Chlebnikow, Welimir (Wiktor Wladimirowitsch) 405
Chomjakow, Major 206
Chrennikow 345
Chrennikow, Tichon Nikolajewitsch 271

Churchill, Winston 228-231
Chwostow, Wladimir Michailowitsch 422
Claudius, Eduard 264
Clay, Lucius Dubignon 372
Cogniot, Goerges 170
Cranach, Lucas 357

Danilow, Andrei Danilowitsch 198f., 203, 310, 328, 337-339
Dannenberger, Hermann s. Reger, Erik
Dargomyschski, Alexandr Sergejewitsch 223, 271
Deckers 298
Deineka, Alexandr Alexandrowitsch 389
Deiters, Heinrich 171
Delius 119
Delius, Carl 116
Demidow, Wladimir Michailowitsch 98, 101, 103, 105f., 110, 228, 233, 428, 431
Denissow, A. I. 400, 411 413, 415, 418, 422-424, 432, 435, 441
Deter, Adolf 430
Dibelius, Otto 37, 53, 102f., 109, 146, 194
Dichowitschny 344
Dickens, Charles 353
Dieckmann, Johannes 385
Diem, Carl 184
Dienst, Otto 123
Dimitroff, Georgi Michailowitsch 113f.
Dimitru (Rumänien) 418
Ditlei, Frau 124
Dmitrijew, Ju. H. 348
Dobroklonski, Michail Wassiljewitsch 348
Dominke, Prediger 208
Dönitz, Karl 352
Dostojewski, Fjodor Michailowitsch 389
Dovifat, Emil 93
Drabkin, Jakow 404
Dratwin, Michail Iwanowitsch 88, 96, 121, 136, 163, 234, 236, 242, 246, 251, 284, 288, 300, 384
Drechsler, Albert 208
Dreiser, Theodor 376
Dubkowezki 220
Dubrowina, L. Z. 240
Dubrowski, Dmitri Georgewitsch 89
Dudinskaja, Natalja Michailowna 383
Dünow, Hermann 430
Dürer, Albrecht 357
Dymschiz, Alexandr Lwowitsch 99f., 343, 346, 360-362, 378, 393f., 404, 407f.

Ebert, Friedrich 418
Eggebrecht, Axel 177
Eggerath, Werner 212, 247
Ehmsen, Heinrich 366, 385, 387, 400
Ehrenburg, Ilja Grigorjewitsch 218, 269f., 346, 405

Einstein, Carl 81
Eißfeld, Otto 232
Eisler, Lehrer 319
Eisler, Schuldirektor 320
Elchleb, Dr. 205
Eliot, Thomas Stearns 373
Engels, Friedrich 19, 168, 279
Erberg 222
Erpenbeck, Fritz 265
Ertel, Hans Max 332
Eulenberg, Herbert 142f., 177

Fadejew, Alexandr Alexandrowitsch 406
Fainsilberg, Ilja Arnoldowitsch s. Ilf, Ilja
Faulhaber, Michael von 179
Ferner, Dr. 418
Fetissenko 182
Feuchtwanger, Lion 81
Filippow, Iwan Filippowitsch 95, 111
Finn 344
Fisch 222
Fischer, Dr. 318
Fjodorow-Dawydow, Alexei Alexandrowitsch 400
Fladung, Johannes 142f.
Fleming, Lehrer 325f.
Forsch, O. 220
Fradkin, Major 132
Franck, Hans-Heinrich 332
Friede, Dieter 178
Friedensburg, Ferdinand 142, 397
Friedmann, Adolph Hermann 176f.
Friedrich II., König in Preußen 352
Frings, Joseph 145
Frings, Theodor 333
Fripor s. Puppenberger
Frühgraf 181
Funk, Walther 352
Furmanow, Dmitri Andrejewitsch 406
Furtwängler, Wilhelm 267, 383

Gadamer, Hans-Georg 143
Gajdar 220
Gatf, Pfarrer 109
Gawritschewa, Frau 132
Geberg, Peter 109
Gedike, Alexandr Fjodorowitsch 383
Geisler, Professor 232
Gerassimow, Alexandr Michailowitsch 388
Gerassimow, Sergei Wassiljewitsch 389
Gerncke von Falkenberg, Walter 122
Gesell, Silvio 122
Gide, André 373
Gilels, Emil Grigorjewitsch 357
Gilew, Oberstleutnant 133
Giraudoux, Jean 373
Giuseppe, Kardinal 179
Glinka, Michail Iwanowitsch 223, 271
Goebbels, Joseph 352, 397
Goethe, Johann Wolfgang von 19, 57, 81, 321, 323-326

Gontscharow, Pädagoge 240
Gontscharow, Iwan Alexandrowitsch 414
Gorbatow, Boris Leontjewitsch 344
Gorelik 222
Gorki, Maxim 218, 269f., 343f., 356, 369, 389, 405, 409
Gotthelf, Jeremias 323
Grell, Friedrich 123
Gribanow, Michail Grigorjewitsch 28, 155, 161, 164, 251f., 294, 363ff., 415, 441f.
Gribojedow, Alexandr Sergejewitsch 356
Grigorjan, Wagan G. 413, 423
Grimmer, Professor 299
Grossman, Wassili Semjonowitsch 269, 345
Grotewohl, Otto 47, 51, 170f., 181, 418, 434f.
Grünberg, Gottfried 284, 367, 385
Gulija 222
Gurilew 223
Gurstein, Aron Scheftelewitsch 405
Gysi, Klaus 265, 384

Haack, Hermann Otto 376, 385
Hagelstange, Rudolf 266
Hahn, Hugo Carl 193-195
Hamacher, Gottfried 440
Hardenberg, Graf 352
Harich, Wolfgang 265
Harms, Jürgen Wilhelm 248
Harten, Lehrerin 326
Hartenstein, Karl, Dr. 194
Harwick 124
Haubold, Lehrer 326
Hauser, Harald 412
Havemann, Robert 143
Hay, Julius 94
Hegel, Fritz 230
Heidebroeck, Enno 367
Heidegger, Martin 142f., 372
Heikert, Ilma 140
Heinemann, Gustav, Dr. 194
Heisler, Professor 367
Heitzer 140
Hennecke, Adolf 29, 210, 320, 421
Herens, Neulehrer 204
Hermes, Andreas 93
Hermes, Siegfried 123
Hermlin, Stephan 265
Herntrich, Volkmar 194f.
Herrichter 181
Herrnstadt, Rudolf 51, 417-419
Herwegen, Leo 116
Herzen/Gerzen, Alexandr Iwanowitsch 221, 409
Hesse 181
Hesse, Lehrer 319
Heubner, Wolfgang 333
Himmler, Heinrich 116
Hindemith, Paul 20, 267, 373
Hipperling 181
Hitler, Adolf 11, 52, 81-83, 110, 116, 119, 123, 125, 180-182, 229, 231f., 349, 368, 397
Hoecker, Rudolf, Dr. 354
Hofer, Karl 267
Hoffmann, Ministerialdirektor 285f.
Hofmann 204
Hollander, Walther von 142f.
Hollander, Frau 230
Holler, K. 269
Holmer, Paul 201
Holzhauer, Helmut 385
Honegger, Arthur 373
Hoppmann, Franz 102
Höppner, Franz 101
Hübener, Erhard 204
Hund, Friedrich 333

Ignatow 221
Ihering, Herbert 144, 266
Ilf, Ilja 346, 405
Iljin 222
Iljitschow, Leonid Fjodorowitsch 168
Ionow 219
Iwanow, Nikolai Wassiljewitsch 49, 415
Iwanow, Wsewolod Wjatscheslawowitsch 405

Jacoby, Günther 308
Jaeger, Lorenz 109
Jäger, Felix 318
Jagoda, Genrich Georgijewitsch 165
Jahn, Georg 232
Jahn, Student 298
Jahnn, Hans Henny 177
Jakobi, Professor 232
Jakobson, August 270
Jakowlew, Musiker 232
Jakowlew, Sprachwissenschaftler 293, 392
Jakowlew, W. G. 407f., 415
Janowski, Juri Iwanowitsch 346
Jaspers, Karl 142, 372
Jedlitschka 223
Jefimow, Boris Jefimowitsch 368
Jefremow 220, 223
Jegolin 222
Jelisarow, Alexei Iwanowitsch 428
Jessenin, Sergei Alexandrowitsch 405
Jessin 94
Jessipow, Boris Petrowitsch 240
Jung (England) 418
Jurkow, Oberstleutnant 216
Jusowski, Iossif Iljitsch 405

Kabalewski, Dmitri Borissowitsch 271, 345
Kabanow, Alexandr Fjodorowitsch 43, 284, 291-294, 297, 306
Kaganowitsch, K. M. 388
Kairow, Iwan Andrejewitsch 23, 240
Kaiser, Bruno 265

Kaiser, Jakob 119
Kalaschnikow, Alexei Georgijewitsch 239f.
Kalinin, Michail Iwanowitsch 239
Kalinnikow 223
Kamphausen 101f.
Kantorowitsch, Alfred
Karaganow, Alexandr Wassiljewitsch 341f., 362f., 365
Karatygin 223
Karpow, Georgi Grigorjewitsch 145
Karsch, Walter 176
Karsten, Minister 386
Kasack, Hermann 177f.
Kästner, Erich 177
Kästner, Journalist 229
Kastner, Hermann 418
Katajew, Jewgeni Petrowitsch 346
Katajew, Walentin Petrowitsch 218-220, 222, 269f., 344f., 356
Kautsky, Karl 168
Kautzer, Frau 279, 281
Kawerin, Wenjamin Alexandrowitsch 218, 169f., 343
Keine, Student 297
Keller, Robert 266
Kellermann, Bernhard 113, 144, 265, 383, 385
Kemenow, Wladimir Semjonowitsch 141, 153, 170, 176, 343, 248, 355, 360, 365, 382f., 387, 389f., 400
Kerbabajew, Berdy Muradowitsch 414
Kirill, M. S. s. Simonow, Konstantin Michailowitsch
Kiritschenko, Leutnant 128
Kirsanow, Alexandr Wladimirowitsch 133, 401
Kislowa 361f., 423, 441f.
Kjui 223
Klee, Paul 20, 267
Klemperer, Otto 81
Klemperer, Victor 309
Kliche, Pfarrer 109
Knoll 201
Knuschewizki, Swjatoslaw Nikolajewitsch 383, 415
Kobulow, Bogdan Sacharowitsch 300
Koch, Gertrud 125
Koenen, Bernhard 118
Kolesnikow, Oberstleutnant 133
Kolesnitschenko 35, 246, 250
Koloss, Major 148-150
Komow, A. 164
Konstantinow 239
Kops, Erich 212
Koptjajewa 222
Korbut, Leonid Alexejewitsch 338
Korkbilin, A. 275
Körmigk, Friedrich 107
Korneitschuk, Alexandr Jewdokimowitsch 344
Korobkow, Iwan Wassiljewitsch 244
Korolenko 220, 222
Korowin, Fjodor Georgijewitsch 339f.
Koster 122
Kotte, Erich 195
Kowal 219
Kowal, Konstantin Iwanowitsch 42, 300, 305-307
Kowalewski 345
Kraba, Dr. 229
Krawtschenko, Viktor A. 319
Kreissig, Alfred 277
Kreyssig, Lothar 193
Krismanski, Pfarrer 102
Krummacher, Friedrich-Wilhelm 144
Kruschkow, W. S. 387
Krylow 220
Krymow, Juri Solomonowitsch 222, 343
Krywoschein 216
Kuczynski, Jürgen 323, 366, 383-385, 387, 402, 418f., 421, 423, 437
Kudrjawzew 221
Kühn, Professor 296
Kunze 313
Kuprin 220, 222
Kurassow, Wladimir Wassiljewitsch 86
Kurotschkin, Pawel Alexejewitsch 136, 241
Kuschtschow, Generalmajor 80
Kusminow, Oberst 30, 421
Kusnezow, Generalleutnant 228
Kutert 231
Kutscherenko, Alexei Nikolajewitsch 132
Labig, Sektensprecher 208
Lagin 220
Lange, Klaus 324
Langgässer, Elisabeth 177f., 266
Langhoff, Wolfgang 172, 26, 332, 388
Lapschina 441
Lasarjow, Wiktor Nikitisch 347f.
Laski, Melvin J. 177f.
Laufer, Pfarrer 148
Lauschke 299
Lawrenjow, Boris Andrejewitsch 344, 356
Lawrow, I. M. 355
Lebedew, A. K. 388
Leer, Lehrer 324f.
Legal, Ernst 266, 385
Leip, Hans 176
Leise, Horst 123
Leisegang, Hans 308f.
Leitmann, Dr. 122
Lenin, Wladimir Iljitsch 168, 218, 220f., 226, 239, 257, 273, 345, 347, 375, 379f., 388, 391, 409, 433, 434
Leonhard, Rudolf 264
Leonow, Leonid Maximowitsch 356
Lepeschinskaja, Olga Wassiljewna 383
Lerche, Dr. 195
Letz, Inge 419f.
Lewin 346
Lewinson-Lessing, Wladimir Franzewitsch 348
Lewitt, Paul 266

Lieb, Fritz 143
Liebknecht, Karl 351, 374
Liegnitz, Baron 352
Lilje, Hanns 193f.
Linke, Karl 286
Litt, Theodor 266
Ljapin 221
Ljudomirski, N. 400, 407f.
Lones, Werkmeister 426
Lotz, Gerhard 195
Lukacs, Georg 323
Lukanov, K. 418
Lukaschewitsch 222
Lukjantschenko, Grigori Sergejewitsch 163, 186, 251
Luschnat, Schriftstellerin 143
Luther, Martin 108f., 204
Luxemburg, Rosa 351, 374
Lynar, Graf 352
Lyssenko, Trofim Denissowitsch 219, 416
Lyssojwan 250

Mager, Reimer 193
Majakowski, Wladimir Wladimirowitsch 218f., 221f., 269, 388
Makarow, W. N. 347
Makarow, Wassili Jemeljanowitsch 236, 246, 252, 363
Maximow 219
Maximow, L. 195
Malachow, Oberstleutnant 132
Malenkow, Georgi Maximilianowitsch 88, 347
Malraux, André 373
Malyschkin, Alexandr Georgijewitsch 405f.
Malzew 220
Malzew 285
Maniser, G. 388
Mann, Heinrich 81, 265
Mann, Thomas 57, 81
Marchwitza, Hans 264, 332
Mark, Hans 367
Marquardt, Erwin 158f.
Marr, Nikolai Jakowlewitsch 293
Marschak 220
Martynow 441
Marx, Karl 19, 168, 171, 208, 279, 374
Matern, Hermann 225
Matisse, Henri 20, 267, 378
Matuszewski, Stefan 418
Matwejew, Major 225, 227
Maximow 195
Maximow 219
Medynski 239, 387
Mehring, Franz 168, 323, 374
Meier, Otto 57, 171
Meinel, Johannes 201
Meiser, Hans 146, 194
Meißner 181
Meleschko, Je. 378, 381
Mendelson, Peter de 176
Menzel 201
Meschtschaninow, Iwan Iwanowitsch 415, 418, 422
Meschtscherjakow, N. 388
Messiaen, Olivier Eugène Prosper Charles 373
Metallow, Professor 293
Michailow 221
Michalkow, Sergei Wladimirowitsch 221, 270
Milchiker 100
Mischulin 204
Mitropolski 259, 278, 281
Mitscherlich, Eilhard Alfred 333
Mitschurin, Iwan Wladimirowitsch 292, 416
Mjaskowski, Nikolai Jakowlewitsch 345
Moberg, Olle 170
Moissejew, Igor Alexandrowitsch 356, 383
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 84, 401, 413, 434
Moltke, Schüler 326
Moosdorf, Johanna 266
Mörike, Eduard 323
Morosow, M. 168
Motylewa, Professor 293
Mozart, Wolfgang Amadeus 323, 357
Mrawinski, Jewgeni Alexandrowitsch 383
Mtschedlischwili, Hauptmann 132f.
Müller, Martin 107
Müller, Schuldirektor 320
Müller, Vorsitzender des Gewerkschaftskomitees 426
Muradeli, Wano Iljitsch 371, 378-381
Murray, T. 418
Mussorgski, Modest Petrowitsch 223, 271, 379

Naas, Josef 111
Nagel, Frau 124
Nagel, Otto 367
Natonek, Wolfgang 256
Nebe, Willi, Dr. 122
Nedoschibyn, G. A. 388
Negan, Dr. 231
Nelson 286
Nerlinger, Oskar 267
Neumann, Franz 101, 379
Nickel, Eduard 174
Niemöller, Martin 194
Niesel, Wilhelm 194
Nikol, G. 418
Nuschdin 422
Nuschke, Otto 418f.

O'Casey, Sean 376
Oborin, Lew Nikolajewitsch 415
Obraszow, Sergei Wladimirowitsch 356
Odets, Clifford 360
Odud 222
Oistrach, Dawid Fjodorowitsch 383, 415

Olidor, O. 388
Oreschkow 281f.
Orlow, P. 382f.
Osborne, John James 373
Oschegow 219
Ossekin 219
Österreich, Professor 123
Ostrowski, Nikolai Alexejewitsch 269f., 356
Ould, Hermann 176

Panjuschkin, Alexandr Semjonowitsch 348
Panow, Generalmajor 186
Panowa, Wera Fjodorowna 219, 269
Pasternak, Boris Leonidowitsch 405
Patent, Grigori Iossifowitsch 308f., 341f.
Paustowski, Konstantin Georgijewitsch 222, 345
Pawlenko, P. 27
Pechstein, Max 143
Penitz, Lehrer 320
Penzoldt, Ernst 177
Pereliwtschenko, Michail Iossifowitsch 300
Petrow, Jewgeni (Pseudonym) s. Katajew, Jewgeni Petrowitsch
Peunow, Major 133
Picasso, Pablo 20, 267, 378
Pichotka, Dr. 123
Pieck, Wilhelm 47, 50, 57, 94, 170, 181, 418, 434
Pissarew 219
Pjalk 219
Planer, Rektor 203
Plastow, Arkadi Alexandrowitsch 389
Plechanow, Georgi Walentinowitsch 168
Plievier, Theodor 177
Pogodin, Nikolai Fjodorowitsch 344, 356
Pokrowski, B. 432f.
Poljanski, I. W. 179, 192
Polmer, Lehrer 319
Poluektow, Hauptmann 132
Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch 377, 387
Ponomarjow, I. M. 121
Popow, D. 432f.
Popow, Roman Anatoljewitsch 86
Popowski 219
Poppe, Bibliotheksbesitzer 230
Pospelow 219
Preysing (-Lichtenegg-Moos), Konrad Graf von 179
Primus, Georg 318
Prischwin 222
Prjanischnikow 221
Procke, Student 299
Prokofjew, Sergei Sergejewitsch 271, 345, 378, 381
Prokofjew, Generalsekretär 427
Pschenizyn, Major 133
Puppenberger, Journalist 116
Puschkin, Alexandr Sergejewitsch 218, 220, 345, 391, 408, 417
Pylin, Alexander Wesselowski 404

Rachmaninow, Sergei Wassiljewitsch 271
Rachmanow 343, 345
Rakowskaja 223
Rasin, Wassili Fjodorowitsch 155
Raskin 344
Rauchwarger 99
Raute, Prediger 208
Rebensdorf 143
Reber, Richard 125
Redslob, Edwin 176
Reger, Erik (Pseudonym) 176, 269
Reimann, Max 322
Reisen, Mark Ossipowitsch 383
Rener, Student 298
Renn, Ludwig 177, 264, 367
Reuter, Florizel von 345
Ribbentrop, Joachim von 352
Richter 167
Rilla, Paul 265
Rimski-Korsakow, Nikolai Alexandrowitsch 223, 271
Rinklom, Dr. 229
Rjasanzew 219
Romaschow, Boris Sergejewitsch 270
Rompe, Robert Wilhelm Herrmann 258
Rosanow, Major 30, 421
Roschtschin, Wassili Petrowitsch s. Rasin, Wassili Fjodorowitsch
Rosenbaum 283
Rost, Nico 418
Rubinstein 223
Rubinstein, Arthur 351
Rückert, Theaterregisseur 229
Rudomino, Margarita Iwanowna 349, 355
Russkich, Alexander Georgewitsch 178f., 182, 184, 207, 209, 306, 308f., 390, 392-395, 399, 401f., 404, 407, 414, 435f., 441
Rust, Bernhard 352
Rykow, Alexei Iwanowitsch 165

Sacharow 212
Safonow 219
Salka, Mate 220, 222
Salman, Hauptmann 132
Sandberg, Herbert 267
Saparin 220
Saragat, Giuseppe 372
Saremba 223
Sartre, Jean-Paul 142, 268, 372f.
Sawanjuk, Artemi Iossifowitsch 209, 215

Schacht, Horace Greely Hjalmar 352
Schade, Kreisschulrat 204
Schanze, Wolfgang 195
Schaporin, Juri Alexandrowitsch 345
Scharkow, A. 203, 206
Scharow, Wassili Michailowitsch 173f.
Scharrer, Adam 265, 367

Schatilow, S. S. 393, 432
Schdanow, Andrei Alexandrowitsch 371, 396, 401f.
Schebalin, Wissarion Jakowlewitsch 345
Scheinin, L. 270
Schellenberg, Professor 317
Schepilow, Dmitri Trofimowitsch 308
Scherbow 280, 285f.
Schibkow 219
Schidkow 221
Schidkow, G. W. 348
Schikin, Iossif Wassiljewitsch 29, 182, 393
Schiller, Friedrich von 19, 323
Schilling, Erna 231
Schindler, Lehrer 319
Schischkow, Oberstleutnant 256
Schkwarkin 344
Schneider, Georg 367, 369
Schneider, Reinhold 177
Schneider-Schelde, Rudolf 177
Scholochow, Michail Alexandrowitsch 218, 269f., 345, 406
Schönberg, Arnold 20, 267, 373
Schostakowitsch, Dmitri Dmitrijewitsch 271, 345, 378, 380
Schröder, Rudolf Alexander 176
Schröder, Wilhelm, Dr. 34, 131f., 169
Schroth 202
Schubert, Franz 357
Schukow, Georgi Konstantinowitsch 13, 21, 84, 86f., 89-91, 93-95, 227
Schulenburg, Graf von der 352
Schumacher, Kurt 140, 372, 398
Schumann, Robert 357
Schuster 140
Schwarz, Hanns 367
Schwarz, Jewgeni Lwowitsch 219, 223, 270, 344, 356
Schwarz, Otto 367
Schwennicke, Carl-Hubert 397
Seghers, Anna 81, 176, 178, 264, 36, 383, 385, 387, 421
Selbmann, Fritz 332
Selwinski 344, 405
Semjonow, Wladimir Semjonowitsch 29, 42, 52, 56, 89, 95, 189, 191, 198, 300f., 305f., 362, 364, 382, 384, 411, 421
Serafimowitsch, Alexandr Serafimowitsch 406
Serebriski, Arkadi Dawidowitsch 432
Sergejew, A. 300, 304-306
Sertschaninow 219
Shakespeare, William 362
Shaw, George Bernhard 376
Sidorow, Alexei Alexejewitsch 400
Silberman 219
Simonow, Konstantin Michailowitsch (Pseudonym) 269f., 356, 418, 422
Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch 165
Slawkin, Oberst 148
Slobodski 344
Smend, Rudolf 194
Smirnow, Andrei Andrejewitsch 179f., 189f., 192, 411f.
Smith, Kingsbury 434
Sobolew, Leonid Sergejewitsch 344
Sofronizki, Wladimir Wladimirowitsch 357, 383
Sofronow, Anatoli Wladimirowitsch 408
Sokolow 219
Sokolowski, Wassili Danilowitsch 53, 56, 117, 121, 153, 234f., 246, 284, 300, 353, 360, 363, 382, 384, 397
Sollstedt 202
Solotuchin, Pjotr Wassiljewitsch 156, 160f., 163-165, 167, 234, 239, 248, 251, 259f., 262, 276, 278, 284, 287, 343
Solowjow 276, 278, 282, 287, 310, 328
Sorin, Walerijan Alexandrowitsch 184, 390, 400f.
Soschtschenko 344
Speranski, M. N. 404
Spiller, Natalja Dmitrijewna 383
Stachanow, Alexei G. 409, 439
Stalin, Iossif Wissarionowitsch 27, 42, 44, 50, 52, 53, 168, 181, 218, 220-222, 229-231, 239, 257, 374, 380, 391, 409, 419, 426, 430, 433-435, 438-440
Stanislawski, Konstantin Sergejewitsch 266, 410
Stassen, Harold 434
Steinborn, Kommissar 122
Steinbrück, Kreisvorstand 201
Steiner, Otto 123
Steinitz, Wolfgang 322, 364, 367, 430
Stellmacher, Otto 175
Sternberger, Dolf 177
Stolpmann, Paul 101-103
Stolte, Professor 369
Storm, Theodor 323
Strasser, Hans Gotthilf 328, 367
Strawinski, Igor Fjodorowitsch 373, 412
Stroux, Johannes 143, 332f., 385, 421
Stubbe, Hans 333
Stude 298
Sudakow 287
Surow, A. 408
Suslow, Michail Andrejewitsch 168, 182, 207, 292, 377, 401, 414, 432f.
Swadkowski 239
Swetlow, Michail Arkadjewitsch 344, 356

Tanjejew, Sergei Iwanowitsch 223, 271
Thape, Ernst 283
Tichonrawow, Nikolai Sawwitsch 404
Tielko, Wilhelm s. Heidebroeck, Enno
Timirjasew, Kliment Arkadjewitsch 345
Tischtschenko, Jakow Fjodorowitsch s. Rasin, Wassili Fjodorowitsch
Tissen, Heinz 267, 386
Tito, Josip Broz 398f.

Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch 29, 50, 56, 57, 98-101, 103, 106, 112, 115, 126, 128, 132f., 140f., 143-145, 148, 170, 173, 176, 178, 180f., 199, 207, 228, 341f., 358f., 365, 370f., 376, 383, 387, 407, 415, 421, 423-426, 428, 432
Tolstoi, Alexei Nikolajewitsch 218f., 222, 269, 345
Tolstoi, Lew Nikolajewitsch 391, 410
Torhorst, Maria 211f., 367
Träger, Dr. 228f.
Tralow, Johannes 177
Treadwell, Sophie 360
Trenjow, Konstantin Andrejewitsch 344
Treskow, von 352
Trofimenko, Hauptmann 399
Trofimow, K. 179
Troizkaja, S. P. 418
Trotzki, Lew Dawydowitsch 165
Tschaikowski, Pjotr Iljitsch 223, 271, 379
Tschakowski 219
Tschaplina 220
Tschechow, Anton Pawlowitsch 223, 270, 345
Tschernyschewski, Nikolai Gawrilowitsch 218, 220, 388
Tschesno-Hell, Michael 386-388
Tschetschetkina 222
Tschuikow, Wassili Iwanowitsch 24, 328, 338, 415, 424f.
Tuchatschewski, Michail Nikolajewitsch 165f.
Tugarinow, Iwan Iwanowitsch 15, 16, 86
Tur, Brüder 270
Turgenjew, Iwan Sergejewitsch 218
Tynjanow, Juri Nikolajewitsch 405

Udalzow, Professor 387
Uhlig, Lehrer 319
Ulanowa, Galina Sergejewna 383
Ulbricht, Walter 18, 21, 441
Unger, Professor 367
Urich 201
Uschinski, Konstantin Dimitrowitsch 239

Vallentin, Maxim 266
Viebig, Klara 265
Volkmann, Herbert 167
Vorstius, Joris 354

Wallace, Henry 434
Walter, Bruno 81
Wandel, Paul 158, 165, 258, 280, 293, 307, 332f., 418f.
Wangenheim, Gustav von 18, 343
Warakin, Oberst 106
Warchatow, Gardeoberstleutnant 148
Warlamow 223
Wassiljew, Hauptmann 361
Wassiljewskaja, Wanda Lwowna 270
Watnik, Abram Pinchussowitsch 121f., 126, 140f., 358
Weber 222
Wedingen, Frau 228
Weidauer, Walter 225
Weimann, Richard 111
Weinert, Erich 45, 114, 159f., 264, 385
Weinstein, Moritz s. Wisten, Fritz
Weisenborn, Günther 154, 177
Weiß, Schuldirektor 316
Welfert 204
Werin 175f.
Weskamm, Wilhelm 109f.
Wesselowski, Alexandr Nikolajewitsch 404
Weugt, Dr. 104
Weyhe, Hans 232
Weyrauch, Wolfgang 265
Wiegler, Paul 144
Wilboa 223
Wilder, Thornton 373
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 352
Willmann, Heinz 112, 142f.
Winkler 181
Winogradow, Oberstleutnant 195, 197, 412
Winogradow, W. W. 27
Winter, Professor 385
Winzer, Otto 94
Wirko, Major 173f.
Wirta, Nikolai Jewgenjewitsch 346
Wischnewski 344, 356
Wisten, Fritz (Pseudonym) 266
Wolf, Friedrich 105, 176, 178, 265
Wolf, Walter 247
Wolfgang, Lehrer 230
Worotnikow 223
Wurm, Theophil 147
Wyschinski, Andrei Januarjewitsch 88, 111, 220, 415

Zanharnack, Frau 124
Zetkin, Klara 374
Zinder, Direktor 315, 317
Zweig, Arnold 81, 265

Ortsregister

Altenberg 314
Altenburg 201f.
Ammendorf 181, 203
Anhalt, Kreis 107
Annaberg 226f.
Apolda 154
Arnstadt 201, 427
Aue 149, 310, 314, 318, 322f., 427

Babelsberg 175
Bad Hersfeld 102
Bad Salzungen 200
Bad Tölz 180
Baden-Baden 143
Ballenstedt 107
Bautzen 226, 310f., 313f., 321f.
Beleben, Landkreis Mansfelder Seekreis 204

Berlin 9-11, 13, 15, 18, 23-25, 27f., 32, 34f., 37, 44-51, 54-56, 59, 61-63, 79f., 84-88, 90-95, 101f., 105, 109, 112, 119f., 122-126, 129, 132-136, 138-143, 146-148, 150f., 153-156, 159, 163, 166, 169-172, 174-176, 179, 182-186, 190-194, 226f., 233f., 240, 245, 250, 253-255, 263, 267-270, 272, 275, 287, 290f., 295f., 298, 304, 307f., 320, 330, 333-336, 339f., 343, 347-349, 353-356, 360, 362, 366, 368-371, 374, 382f., 385f., 388-390, 392, 397, 400, 407, 409, 411, 415, 418, 422, 424, 428, 431, 434, 440
Berlin-Charlottenburg 123
Berlin-Friedenau 122f.
Berlin-Grünau 45
Berlin-Mitte 428
Berlin-Karlshorst 94
Berlin-Köpenick 123, 428
Berlin-Kreuzberg 122
Berlin-Lichtenberg 122, 428f.
Berlin-Lichtenrade 339
Berlin-Neukölln 122f.
Berlin-Pankow 91, 123, 298, 429
Berlin-Prenzlauer Berg 123f., 410, 429
Berlin-Reinickendorf 123, 159
Berlin-Schöneberg 123
Berlin-Spandau 175
Berlin-Tempelhof 123, 318
Berlin-Treptow 122
Berlin-Wedding 125, 154
Berlin-Weißensee 290
Berlin-Wilmersdorf 122, 124

Bernburg 108
Berwitz 117
Bielefeld 192
Bochum (Westfalen) 145
Borna 277, 310, 314
Brandenburg, Provinz/Land 85, 87, 92, 100, 125, 132, 134, 148, 153, 173f., 183, 193, 278-281, 288, 296, 334, 337, 339f., 416
Brooklyn (USA) 209
Bühlau (Randbezirk Dresdens) 140
Burg 231

Calau 124
Chemnitz 125, 148, 208, 225, 267f., 310f., 313f., 317, 322
Cherson 347
Coswig, Kreis Meißen 209
Cottbus 125, 134, 173f., 279
Crimmitschau 310

Dessau 118, 229
Detroit 222
Döbeln 208
Dresden 89, 101, 122, 131, 133, 140, 154, 166f., 191, 208, 225f., 253f., 267, 276, 290, 297-299, 308, 310f., 313-321, 327, 333-335, 352, 354f., 368, 382, 385

Eisenach 106, 183, 193, 303, 426
Eisenberg 201
Eisleben 108f., 229
Erfurt 107, 122, 131, 183, 191, 368, 382, 427
Erkner 101

Flöha 226f.
Frankenberg 310f., 314, 316, 322
Frankfurt am Main 57, 147, 415, 419
Frankfurt an der Oder 134, 350
Freiberg 226, 253f., 290, 333, 335
Freital (Vorstadt von Dresden) 140f.

Gardelegen 206
Gera 199, 202, 368
Görlitz 208, 310, 314, 318
Gotha 106, 124, 199, 368
Greifswald 245, 253, 256f., 291, 296, 308f. 333-335, 361
Grimma 208, 310f., 313-316, 319, 321

Halberstadt 102
Haldensleben 101-103
Halle (Saale) 55, 102, 105, 131, 154, 159, 166, 181, 186, 188, 191, 203-205, 229-231, 245, 253, 256, 283, 290, 297, 299, 308, 333-335, 354, 367f., 382, 385
Hermersdorf 149
Hessen s. Kessen
Hoyerswerda 277

Ilmenau 122

Jena 24, 158, 234f., 238, 245-247, 250, 253, 255f., 261, 290, 297-299, 308f., 333-335, 353f., 365, 369
Jessnek, Stadt, Thüringen 353

Kasselvitz 124
Kertsch 347
Kessen (Sachsen-Anhalt), wahrscheinlich Hessen, Kreis Halberstadt 117
Kijew 347, 382
Königs Wusterhausen 86f.
Kopenhagen 176-178
Krasnogorsk 298

Langenapel 180
Langensalza 200
Lebung, nicht lokalisierbar 125
Leipzig 18, 101, 112, 122, 131f., 143, 167, 191, 194, 216, 225, 234f., 238, 245, 253, 256f., 276, 282, 290f. 296-299, 308, 310f., 313f., 317, 322f., 325, 327f., 333-335, 351, 353-355, 364f., 368, 382
Leisker, nicht lokalisierbar 124
Leningrad 219, 293, 347, 351, 354-356, 371, 380, 382f., 401
Lichtenstein 310, 313f., 316, 322
Liebenwerda 205
Limbach 314
Lobenstein 202
Lodz 180
Lwow 347

Magdeburg 102f., 107, 180, 205f., 351
Mahlow 339
Mansfeld 204, 418
Mecklenburg, Provinz/Land 85, 123, 132, 143, 166, 274, 278-280, 284, 295, 334f., 337, 367f., 385, 416
Meerane 310, 314
Meißen 209
Merseburg 104, 107, 124, 228-231
Minsk 347
Moritzburg (bei Dresden) 352
Moskau 11f., 15, 22f., 27f., 34, 36, 42, 48, 60f., 114, 148, 158, 220, 222, 226, 239, 275, 293, 318, 343, 345f., 349f., 354-356, 366, 368, 374, 281, 383, 387, 389, 400f., 408, 423, 441f.
Mühlberg 117, 202
München 158, 177, 184, 189, 347

Naumburg 117
Neubrandenburg 124
Neugersdorf bei Dresden 352
Neuhaldensleben 102
Neuwürschnitz 149
Niederbarnim 339
Niesky 310, 314, 318
Nordhausen 102
Nowgorod 347
Nürnberg 116f. 119, 129, 231, 298

Odessa 347
Oelsnitz 149, 208, 314
Olbernhau (Kreis Marienberg) 209
Oschersleben 102, 206
Osthavelland, Kreis 339

Paris 200, 269, 345f., 352f., 419
Pirna 226
Plauen 313, 319
Polen 176, 180, 216, 318, 350, 353, 375, 401, 411, 415, 418
Pommern 85
Pößneck 201
Potsdam 32, 100, 124, 131, 174f., 177, 191, 289f., 339, 452, 368, 397, 419
Pskow 347

Querfurt 230

Radeberg bei Dresden 140, 355
Radebeul 124, 140
Riesa 310, 314
Rossla 351
Rostock 234f., 238, 245, 253, 266, 290f., 303, 305, 308, 333-335, 365
Rudolstadt 427

Saalfeld 202
Sachsen, Land 55, 85, 89, 94, 113, 121f., 125f., 132f., 140f., 148-150, 152-154, 166, 193, 207, 217, 225f., 274, 276-279, 281-283, 300, 302f., 305, 308, 310, 314, 327f., 334f., 337, 353, 358, 360, 367, 385
Sachsen, Provinz s. Sachsen-Anhalt
Sachsen-Anhalt, Provinz/Land 14, 56, 98f., 101-103, 105-107, 109f., 115f., 120, 125, 132, 166, 180-182, 187, 195, 197, 203, 205f., 228f., 233, 280, 283, 286, 295, 308, 334, 336f., 360, 368, 412
Salzwedel 180
Schmiedefeld, Kreis Suhl 201
Schwäbisch-Gmünd 147
Schwanebeck 102
Schwarz, Kreis Calbe 204
Schwarzenberg 226
Schweinitz 104
Schwerin 131, 166, 191, 270, 368, 382, 386
Schwiebus 350
Simferopol 347
Stendal 204f., 231
Stockholm 176
Stollberg 149
Stuttgart 143, 147, 415, 419

Suhl 201, 213
Swinemünde 101

Tangermünde 102
Tangermünde, Kreis Magdeburg 102

Teltow 339

Thüringen, Land 24, 35, 85, 96, 98, 102, 106f., 125, 132, 148, 166, 183, 199, 203, 209, 213-215, 246f., 250, 260-262, 281, 285f., 302, 334, 337, 353, 367f., 426f.
Thurm 227
Torgau 117
Triptis 202

Waltershausen 122
Warschau 180
Weimar 13, 22, 28, 57, 62, 110, 166, 201, 253f., 266, 286, 290, 354, 368, 382, 385, 389, 417
Weißwasser 314
Werdau 310, 313-315, 317f., 322
Wittenberg 104, 108f., 117, 205
Wolmirstedt 104
Woltersdorf bei Berlin 101

Zangenberg 124
Zauch-Belzig 339
Zeitz 117, 124, 230
Zittau 226, 310, 313-316
Zürich 176
Zwickau 122, 148, 310, 313-315, 317, 322, 41